

B O H E M I A

J A H R B U C H
des
C O L L E G I U M C A R O L I N U M

BAND 14

FESTSCHRIFT
ZUM 65. GEBURTSTAG VON PROF. DR. KARL BOSL



R. OLDENBOURG VERLAG MÜNCHEN WIEN 1973

© 1973 Collegium Carolinum, München

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrages, der Entnahme von Abbildungen, der Funksendung, der Wiedergabe auf photomechanischem oder ähnlichem Wege und der Speicherung, Verwendung und Auswertung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Werden einzelne Vervielfältigungsstücke für gewerbliche Zwecke hergestellt, ist an das Collegium Carolinum die nach § 54 Abs. 2 UG zu zahlende Vergütung zu entrichten, über deren Höhe das Collegium Carolinum Auskunft gibt.

Für Form und Inhalt der einzelnen Beiträge tragen die Verfasser die Verantwortung.

Herausgegeben im Auftrag des Collegium Carolinum von
Prof. Dr. Friedrich Prinz, Prof. Dr. Ferdinand Seibt,
Archivdirektor a. D. Dr. Heribert Sturm

Schriftleitung: Dr. Gerhard Hanke, 8 München 22, Thierschstraße 11—17/III

Satz, Druck und Einband:
Verlagsdruckerei Michael Laßleben, 8411 Kallmünz
ISBN 3-486-44071-3

INHALT

ABHANDLUNGEN

Prinz, Friedrich: Die Tschechoslowakei als Brennspiegel gesamteuropäischer Entwicklungen	11
Schwarz, Ernst: Die mittelalterliche Personennamengebung der Sudetenländer im Spiegel der Kulturgeschichte	20
Seibt, Ferdinand: Tabor und die europäischen Revolutionen	33
Klier, Richard: Die Wettengel von Neuenberg. Die führenden Kaufleute Prags vor der Schlacht am Weißen Berge	43
Schieche, Emil: Die schwedischen Grafen von Thurn	81
Schier, Bruno: Schreiberverse — Stiefkinder der kulturhistorisch-volkskundlichen Forschung. Mit Beispielen aus alten Stadtbüchern von Friedland und Reichenberg	95
Otruba, Gustav: Ergebnisse einer Commerzreise durch Böhmen und die Slowakei in den Jahren 1755—1756	110
Mattausch, Rudolf: Geistige und soziale Voraussetzungen der nationalen Wiedergeburt in Böhmen vor 1848	155
Stölzl, Christoph: Zur Geschichte der böhmischen Juden in der Epoche des modernen Nationalismus	179
Slapnicka, Helmut: Die Lehre des öffentlichen Rechts an der Prager Karls-Ferdinands-Universität bis zu ihrer Teilung 1882	222
Wolf-Beránek, Hertha: Die bäuerlichen Dienstboten in den Sudetenländern. Eine historisch-soziologisch-volkskundliche Betrachtung	243
Bachmann, Harald: Die Handels- und Gewerbekammern Prag und Reichenberg und der bürgerliche Wirtschaftsnationalismus als sozialgeschichtliches Problem	278
Alexander, Manfred: Zur Reise von Marshall Foch nach Warschau und Prag im Frühjahr 1923	289
Krüger, Peter: Beneš und die europäische Wirtschaftskonzeption des deutschen Staatssekretärs Carl von Schubert	320
Bachstein, Martin K.: Der Volkssozialismus in Böhmen: Nationaler Sozialismus gegen Hitler	340
Wolfe, James H.: International Law and Diplomatic Bargaining: A Commentary on the Sudeten German Question	372
Lipscher, Ladislav: Die Einstellung der slowakischen Volkspartei zu den Juden während der Zweiten Tschechoslowakischen Republik	386

DIE PUBLIKATIONSTÄTIGKEIT DES COLLEGIUM CAROLINUM

Handbuch der Geschichte der böhmischen Länder	404
Bohemia. Jahrbuch des Collegium Carolinum	411
Die wissenschaftlichen Tagungen des Collegium Carolinum 1958—1972 und ihre Publikation	427
Veröffentlichungen des Collegium Carolinum	442
Handbuch der Sudetendeutschen Kulturgeschichte	475
Wissenschaftliche Materialien und Beiträge zur Geschichte und Landeskunde der böhmischen Länder	487

ZUSAMMENFASSUNGEN DER ABHANDLUNGEN IN ENG- LISCHER SPRACHE	500
---	-----

ZUSAMMENFASSUNGEN DER ABHANDLUNGEN IN FRAN- ZÖSISCHER SPRACHE	511
--	-----

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	523
---------------------------------	-----

PERSONENREGISTER	524
----------------------------	-----

STICHWORTREGISTER	535
-----------------------------	-----

MITARBEITER DES JAHRBUCHES

- Alexander, Manfred, Dr. phil., Seminar f. osteuropäische Geschichte a. d. Univ. Köln.
Bachmann, Harald, Dr. phil., Fürth/Bay.
Bachstein, Martin K., Dr. phil., München.
Klier, Richard, Dr. phil., Oberstudienrat i. R., Nürnberg.
Krüger, Peter, Dr. phil., Priv.-Dozent a. d. Univ. Köln, Mitherausgeber d. Akten z.
dt. auswärtigen Politik 1918—1945, Bonn.
Lipscher, Ladislav, Dr. jur. M. Sc., Zürich.
Mattauch, Rudolf, Dr. phil., Oberstudienrat, Königstein/Taunus.
Otruba, Gustav, Dr. phil., o. Prof. a. d. Hochschule f. Sozial- u. Wirtschaftswissenschaften Linz.
Prinz, Friedrich, Dr. phil., o. Prof. a. d. Univ. Saarbrücken.
Schieche, Emil, Dr. phil., Univ.-Doz. i. R., Johanneshov/Schweden.
Schier, Bruno, Dr. phil., em. o. Prof. a. d. Univ. Münster.
Schwarz, Ernst, Dr. phil., em. o. Prof. a. d. Univ. Erlangen.
Seibt, Ferdinand, Dr. phil., o. Prof. a. d. Univ. Bochum.
Stölzl, Christoph, Dr. phil., München.
Wolf-Beraneck, Hertha, Dr. phil., Gießen.
Wolfe, James, Dr. phil., Prof. a. d. Univ. of Maryland, Department of Government and Politics, College Park, USA.



Hochverehrter, lieber Herr Bosl!

Wenn Ihnen das Collegium Carolinum und sein Vorstand diesen Band des Bohemia-Jahrbuches als Festschrift zur Vollendung des 65. Lebensjahres widmen, dann ist dies mehr als die selbstverständliche Dankespflicht eines Instituts gegenüber seinem langjährigen erfolgreichen Leiter. Denn jeder von uns weiß, daß unser Collegium ohne Ihre mitreißende Energie und ihre bahnbrechende wissenschaftliche Persönlichkeit kaum die ersten Jahre seines Bestehens überlebt hätte. Sie haben weitgesteckte Ziele und hohe Maßstäbe gesetzt, Sie haben uns alle immer wieder durch Ideen angefeuert, diesen Ideen zur Wirklichkeit verholfen und unserem Institut zu internationaler Anerkennung verholfen. Sie haben zu keiner Stunde — und trotz ihrer außergewöhnlichen Arbeitsbelastung als Chef anderer großer wissenschaftlicher Gremien — die Mühen und Sorgen des Aufbaus und der Organisation gescheut, haben uns energisch in der Welt der Wissenschaft und gegenüber den staatlichen Stellen vertreten und unseren jährlichen Tagungen hohes Niveau und unverwechselbares Gepräge gegeben.

Dafür möchten wir Ihnen mit dieser Festgabe von Herzen danken und gleichzeitig unser aller Glückwünsche und Hoffnungen für Ihre Gesundheit, Ihr wegweisendes wissenschaftliches Werk und Ihre künftige erfolgreiche Arbeit damit verknüpfen.

Ad multos annos!

Friedrich Prinz

Ferdinand Seibt

Heribert Sturm

DIE TSCHECHOSLOWAKEI ALS BRENNSPIEGEL GESAMTEUROPAISCHER ENTWICKLUNGEN

Von Friedrich Prinz

Wenn hier ein Thema so umfassender Art zur Sprache kommen soll, dann regt sich sicher kritische Reserve und wahrscheinlich auch die berechtigte Frage, ob ein solches Thema der zu behandelnden Sache wirklich gemäß ist, oder ob nicht der Autor überzogen und übertrieben hat? Mit anderen Worten: man fragt sich, ob nicht emotionale Bindungen an den Gegenstand dieses Vortrages — sagen wir ruhig dafür das altmodische Wort „Heimatliebe!“ — dessen Bedeutung innerhalb der europäischen Geschichte maßlos überschätzen lassen? Beispiele solcher Art gibt es genug, wo sich anspruchlicher Provinzialismus zum „Nabel der Welt“ hochstilisiert und sich damit selbst einer unfreiwilligen Komik überliefert. Behalten wir also diese Gefahr ernsthaft im Auge, wenn hier der Versuch unternommen werden soll, die böhmischen Länder und die Slowakei im Kontext der europäischen Entwicklung zu überblicken und ihren Stellenwert innerhalb derselben zu ermitteln. Nehmen wir — etwa im Hinblick auf die Einordnung des Großmährischen Reiches in den europäischen Kulturhorizont des 9. Jahrhunderts — diese Gefahr der Selbstüberschätzung nicht auf die leichte Schulter und versuchen wir dennoch, die Probleme „im Herzen Europas“ am Standard eben dieses Subkontinents zu messen, wobei wir nebenbei auch im Auge behalten sollten, daß dieses heutige Europa, wie gerade auch der „Prager Frühling“ des Jahres 1968 gezeigt hat, bei weitem nicht so out of date und ohne Zukunftsperspektiven ist, wie uns die europäischen Anbeter der Supermächte in einer Art von subtilem Selbsthaß glauben machen wollen.

Aktualität und Wichtigkeit unseres Themas scheinen mir aber noch in einem anderen, historisch wie ideologisch gleichermaßen wichtigen Bereich zu liegen. Nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte die deutsche neuzeitliche Geschichtsschreibung eine bemerkenswerte Ranke-Renaissance, die teilweise ein Wiederanknüpfen an unbelastete, weil noch nicht nationalistische Traditionen war, teilweise aber auch eine ausgesprochene Rückzugsposition aus der Aktualität historischen Geschehens signalisierte, die sich gefahrvoll auf Rang und Bedeutung wissenschaftlicher Geschichtsschreibung auswirkte, nämlich als geistiger Terrainverlust gegenüber anderen Disziplinen. *Karl Bosl* hat als profiliertester Gesellschaftshistoriker kürzlich mit Nachdruck auf diese Gefahr der Ranke-Renaissance hingewiesen. Eine andere Gefahr war ursächlich damit verbunden. Ranke hatte die Geschichte Europas als Werk und Ergebnis der welthistorischen Synthese zwischen den romanischen und germanischen Völkern verstanden, einer Syn-

these, die sich seit dem Ende der Spätantike in mannigfachen Formen ausgebildet hatte. Es liegt auf der Hand, daß mit dieser Interpretation, die politisch-geographisch nur allzugut in die ideologische Konfrontation nach dem Zweiten Weltkrieg paßte, die historisch und kulturell so reiche und vielgestaltige slawische Welt gleichsam von selbst eliminiert, aus dem geschichtlichen Bewußtsein verdrängt oder zumindest an den Rand des europäischen Selbstverständnisses verwiesen wurde. Ranke-Renaissance und die Ideologie eines abendländisch-karolingischen Großreiches, wie es für die 50er Jahre so typisch war, hängen also enger zusammen, als es auf den ersten Blick erscheinen mag. Dem entspricht haargenau die Isolierung, der die jeweiligen Osteuropa-Institute an den Universitäten vielfach ausgesetzt waren, vor allem was die Rezeption ihrer Arbeit und Lehrinhalte in der allgemeinen Lehrerbildung anbetrifft, ein Zustand, der teilweise bis heute nicht überwunden ist. Was von Geschichte und Kultur Ost- und Ostmitteleuropas damals noch ins allgemeine Bewußtsein vermittelt wurde, lief in der Geschichtswissenschaft vielfach unter dem — gelinde gesagt unzureichenden — Aspekt der „deutschen Kultur- und Pionierarbeit im Osten“, mit anderen Worten: die Völker östlich der deutschen Sprachgrenze wurden mehr oder weniger zu Objekten des historischen Prozesses degradiert. Eine Ausnahme machte vielleicht die Forschung über die ehemalige Donaumonarchie, wo Völker der verschiedenartigsten ethnischen Herkunft — Deutsche, Slawen, Madjaren — jahrhundertlang in enger kultureller Symbiose lebten, der es unter wechselnden Konstellationen nicht an dramatischen Antagonismen gemangelt hatte. Es ist heute ein Gemeinplatz, wenn man sagt, daß gerade in diesem Vielvölkerstaat Formen des Zusammenlebens und der politisch-gesellschaftlichen Integration erprobt, verworfen und neu entwickelt worden sind, deren Modellhaftigkeit für europäische oder gar atlantische Zusammenschlüsse klar zutage liegt, auch was die Gefahrenquellen, Fehler und möglichen Gegenkräfte angeht, die heute der Zwang zur Integration notwendigerweise mit sich bringt. Aber gerade in dieser faszinierenden Modellhaftigkeit und Prototypik der habsburgischen Gesamtgeschichte, in der sowohl die böhmischen Länder wie die Slowakei eine Schlüsselstellung einnahmen, begründet m. E. die eingangs aufgestellte These, daß dieser historische Raum Brennspeigel europäischer Entwicklungen war und ist, wie er andererseits aus demselben Grunde Modellhaftigkeit beanspruchen darf.

Diese These sei an einigen Beispielen verdeutlicht, Beispiele, deren Zahl fast beliebig zu vermehren wäre. Auszugehen ist dabei von der Tatsache, daß Böhmen eine genuin slawische Herrschaftsbildung war und im Grunde immer geblieben ist, trotz der engen Beziehungen zu einer zeitweise dominierenden andersartigen Umwelt. Für den Gesellschaftshistoriker ist es nun faszinierend zu beobachten, daß sich an der slawisch-germanischen Grenz- und Mischzone genau dieselben Phänomene wiederholen wie etwa dreihundert Jahre zuvor in den breiten romanisch-germanischen Kontaktzonen Galliens, der Rheinlande und des Donauraums. So wie im Westen unter dem Einfluß des Christentums, speziell der monastischen Kultur, Franken und Gallorömer im sechsten und siebenten Jahrhundert zu einer neuen Gesellschaft und damit zur Kernzelle Eu-

ropas verschmolzen, so bewirkte auf ähnliche Weise die Christianisierung und die aus ihr erwachsende feudale Kultur in den böhmischen Ländern und an der Donau eine neue Gesellschaft, die im Zeichen des christlichen Glaubens die älteren und regional begrenzten gentilizischen Formen ablöste und der Přemyslidenherrschaft jene Kraft und Geschlossenheit gab, die ihre erstaunliche Eigenständigkeit gegenüber dem deutschen Königtum wesentlich mitbegründete. Der neue, d. h. christliche Kult, der den Landesmittelpunkt auch religiös beglaubigte, war auch in diesem Falle — wie anderswo — der „Kitt archaischer Staatlichkeit“. Die Parallelen zu Polen und zum Reich der Stephanskronen drängen sich hier von selbst auf. Eine ältere Forschung, deren Thematik sich teilweise und verschiedentlich in anachronistischer Form zwischen Tschechen und Deutschen an der Frage entzündete, ob und in welcher Weise Böhmen vom mittelalterlichen deutschen Reich abhängig gewesen sei — ein Tribut von 120 Ochsen, den Böhmen seit der Karolingerzeit an den Frankenkönig zu entrichten hatte, spielt dabei eine komische leitmotivische Rolle —, diese Frage der Abhängigkeit, seit Palackýs Zeiten aus nationalpolitischen Gründen leidenschaftlich diskutiert, scheint mir falsch und ahistorisch gestellt. Denn die weitere Geschichte Böhmens bis in die Stauferzeit hinein zeigt zur Genüge, daß die Přemysliden die Anlehnung an den Westen vor allem zur Sicherung und zum Ausbau ihrer eigenen politischen Herrschaft im Lande gegenüber konkurrierenden Familien (z. B. gegenüber den Slavnikingern, der Familie des hl. Adalbert!) sehr geschickt benutzten. Nationale Gegensätze spielten dabei keine Rolle, denn im Investiturstreit hatte umgekehrt Kaiser Heinrich IV. seine festeste Stütze an den Přemysliden. Dasselbe läßt sich allenthalben im mittelalterlichen Europa beobachten, sei es in der sich bildenden skandinavischen Staatenwelt, sei es im Westen, wo die Ottonen eine so bedeutsame Rolle bei den Anfängen der kapetingischen Königsherrschaft spielten.

Mit der luxemburgischen Dynastie bricht für die böhmischen Länder dann bekanntlich eine Epoche der politischen und kulturellen Internationalität an, die zivilisatorische Ausgereiftheit Westeuropas treibt hier eine erstaunliche Blüte hervor, die sich gleichsam auch optisch manifestiert: Der Papstpalast in Avignon und der Hradschin sind die größten gotischen Wohnpaläste, die uns erhalten sind. Für die Internationalität des spätmittelalterlichen Böhmen ist auch die neue Universität ein Zeichen, womit wir uns dem Phänomen des *Hussitismus* nähern, ein Phänomen, das erst in den letzten Jahrzehnten durch gesellschaftsgeschichtliche und religionssoziologische Untersuchungen aus der thematischen Verengung einer nationalen Betrachtungsweise herausgelöst werden konnte. Gesamteuropäische Faktoren waren auch hier wirksam und machen den exemplarischen Charakter dieser Bewegung aus; so etwa die europäische Sozialentwicklung des Spätmittelalters, die in der Entfaltung frühbürgerlicher Gesellschaftsstrukturen kulminierte, ferner der Verfall der Grundrenten, der durch die Pest nur akzentuiert aber nicht ausgelöst wurde und schließlich zu jenen Zuständen überleitete, die man schlagwortartig mit dem Begriff „Krise des Feudalismus“ umschrieben hat.

Brennspiegel europäischer Entwicklungen ist Böhmen im 14. und 15. Jahr-

hundert auch insofern, als — wie in Paris, Oxford, Bologna und andernorts — an den Universitäten eine internationale Intelligenz entstand, die sich besonders aus den Bettelorden mit ihrer erstaunlichen horizontalen und vertikalen sozialen Mobilität rekrutierte, eine Intelligenz, welche wiederum die institutionelle Voraussetzung der scharfen Kritik an der alten Herrschafts- und Adelskirche, an ihrem Fiskalismus und ihren Prärogativen war. Einerseits wurde die Forderung nach Emanzipation des Staates von der Papstkirche laut, eine Forderung, die sich des neu entdeckten Instrumentarismus des Aristotelismus bediente, so besonders Marsilius von Padua und Wilhelm von Occam (Averroismus). Andererseits ergab sich aus solchen Gedanken fast zwangsläufig der Ruf nach einer gereinigten, spiritualisierten, armen Kirche, ein Ruf, der seit den Anfängen der gewaltigen, ganz Europa ergreifenden religiösen Laienbewegung im 12. Jahrhundert, aus der einst die Bettelorden hervorgegangen waren, nicht mehr verstummt war. Der Konziliarismus als eine kirchenpolitische Theorie, die das Papsttum zugleich reformieren und politisch entmachten wollte, war in diesem Sinne eine ausgesprochene „Universitätsideologie“, deren sich die politischen Gewalten nur zu ganz konkreten begrenzten Zwecken erfolgreich bedienten. In diesem großen europäischen Kontext stehen sowohl John Wyclif wie Jan Hus, beide treten, so gesehen, aus dem vieldiskutierten engen Abhängigkeitsverhältnis des letzteren zum ersteren heraus und werden als Repräsentanten der intellektuellen und gesellschaftlichen Szenerie im spätmittelalterlichen Europa überhaupt erst verständlich.

Gehen wir eine Phase weiter, dann bieten sich die böhmischen Länder vom 15. bis zum 17. Jahrhundert als Paradebeispiel des europäischen Ständestaates dar. Dieser vom Adel regierte Ständestaat lag zuerst auf der englischen Entwicklungslinie, d. h. es zeichnete sich der Trend ab, die Ständeherrschaft als Parlament zu etablieren und zu institutionalisieren, mit der Aussicht, diese ursprünglich adelige Körperschaft schrittweise nach unten zu öffnen und zum Parlament im heutigen Sinne zu erweitern. Mit der Schlacht am Weißen Berg wurde diese Möglichkeit zunichte, Habsburg erzwang eine Umpolung auf das zweite europäische Entwicklungsmodell, nämlich auf das französische, d. h. auf den schrittweise zentralisierenden Absolutismus, der alle notwendigen Staatsreformen in seiner Hand vereinigte und als Waffe gegen die Machtkonkurrenz des Adels verwandte. Wie anderswo in Europa war z. B. die Bauernbefreiung in Österreich ein wirksames Mittel der Dynastie zur Demontage der böhmischen Adels herrschaft und ihrer alten grundherrlichen Rechte, und die böhmischen Stände wurden wegen ihrer vorherigen Bedeutung besonders hart von dieser staatlichen Reformpolitik in Mitleidenschaft gezogen und „domestiziert“. So sehr es auch dem habsburgischen Absolutismus letztlich gelang, ganz in Parallele zur französischen und preußischen Entwicklung, die Stände seinem politischen System einzuordnen — was wiederum exemplarisch an den Verhältnissen des Königreiches Böhmen abzulesen ist —, der „englische Trend“ blieb gerade beim böhmischen Adel als eine Art Unterströmung bis ins 19. Jahrhundert, ja bis zum Ende der Monarchie lebendig. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die konsequente Reformpolitik der Grafen Thun auf ihren nord-

böhmischen Gütern sowie an die Rolle Leo Thuns im Frühjahr 1848, als er versuchte, als böhmischer Gubernialpräsident eine selbständige böhmische Landesregierung zu schaffen, in der sich der Adel mit dem national-tschechischen Bürgertum gegen den Wiener Zentralismus verband.

An diesem Beispiel wird zugleich ein Faktum deutlich, das für das ganze 19. Jahrhundert, und nicht nur in Böhmen, folgenreich geworden ist: Die Stände, der Adel waren gegenüber dem zentralisierenden Absolutismus Schützer und Förderer des Frühnationalismus. Am Lebensweg Palackýs etwa ist diese zeitweise Konvergenz der politischen Interessen beispielhaft abzulesen, und auch hier drängen sich die europäischen Parallelen auf: etwa die Rolle des polnischen Adels als Refugium des polnischen Nationalbewußtseins oder die Funktion der madjarischen Gentry innerhalb des modernen madjarischen Nationalismus.

Doch kehren wir noch einmal für einen Augenblick zur Schlacht am Weißen Berge und deren Folgen zurück, denn gerade hier läßt sich der exemplarische Charakter böhmischer Geschichte am besten demonstrieren. Es ist das geradezu klassische Beispiel einer Umtransponierung gescheiterter politischer Energien in geistige Kraft und Wirkung auf Jahrhunderte hinaus. Man denke etwa an das Schicksal der vertriebenen Böhmisches Brüder und an die Wirkung Komenskýs innerhalb der europäischen Bildungsgeschichte. Dieses Beispiel hat m. E. einen außerordentlichen Stellenwert in einer noch zu schreibenden Geschichte Europas als einer *Geschichte von Emigrationsbewegungen*. Es wäre dies zugleich eine erregende innere Sozial- und Geistesgeschichte Europas, die auf ganz natürliche Weise über nationalstaatliche Beschränkungen des Blickfeldes das Auge für die innere Einheit dieses Kontinents schärfen könnte, ohne daß man dabei zu falschen Harmonisierungsversuchen Zuflucht nehmen müßte. Hier nur einige Andeutungen und Aperçus: Man könnte bei den weltgeschichtlichen Folgen der Vertreibung der Juden durch Kaiser Titus anfangen, man müßte die unerhört befruchtende Wirkung der irischen und der angelsächsischen mönchischen Emigration des Frühmittelalters hinzunehmen, die in der Form der „peregrinatio religiosa“ auf dem Kontinent Missions- und Bildungsgeschichte geworden ist. Ähnliches gilt für die kulturell so bedeutsame spätmittelalterliche und frühneuzeitliche katholische Diaspora der Iren und Schotten überall in Europa. Ausgelöst zumeist durch konfessionelle Verfolgungen in der Heimat, wirkte sie auf dem Kontinent im Dienste der geistigen und gesellschaftlichen Festigung der Gegenreformation.

Vergessen wir dabei nicht die Gegenseite. Paul Hazard hat uns für das 17. Jahrhundert geistvoll die hugenottische und frühaufklärerische Emigration in den Niederlanden und im protestantischen Europa geschildert, die Entscheidendes für das moderne wissenschaftliche Denken Europas geleistet hat; man denke etwa an *Pierre Bayle*.

Damit sind wir wiederum bei *Comenius*, dem letzten Bischof der böhmischen Brüdergemeinde, dem Begründer moderner Erziehung und Didaktik, im Gegensatz zur hugenottischen Emigration eher eine irenische Natur, höchste Sublimierung des böhmischen Protestantismus und späthussitischer Traditionen;

und auch hier findet sich jene für Emigrationen so typische Umsetzung von politischen Energien in geistige Aktivität, schöpferische Spannkraft bei meist kümmerlichen äußeren Lebensumständen. Mit dem ideologisch so aggressiven Hugenottentum, das eine publizistische Offensive nach der anderen gegen das rekatholisierte Frankreich startete, wäre im 14. Jahrhundert am ehesten die franziskanische Intelligenz zu vergleichen, die hier in München in einem Emigrationszentrum von Weltbedeutung, wie Karl Bosl gezeigt hat, die wuchtigsten Angriffe gegen den weltlichen Herrschaftsanspruch und die ingeniose Finanzwirtschaft des avignonesischen Papsttums startete, Angriffe, an deren Spitze Marsilius von Padua und Wilhelm von Occam, die geistigen Väter des „Konziliarismus“, standen. Seit ihrer Zeit stand das Thema des allgemeinen, über dem Papst stehenden Konzils auf der Tagesordnung von Reichs- und Kirchenpolitik in Europa, bis es im 15. Jahrhundert mit den Konzilien von Konstanz und Basel eine freilich recht andersartige Realisierung fand. Die Scheiterhaufen für Jan Hus und Hieronymus von Prag zeigten jedoch, daß die ursprünglichen religiösen und gesellschaftlichen Antriebskräfte der konziliaren Bewegung nicht mehr durch rein politische Übereinkommen unter Verschuß gehalten werden konnten. Gleichzeitig wird an diesem Gang der Entwicklung deutlich, wie rasch wiederum die böhmischen Dinge in den Brennpunkt Europas traten. Dies jedoch war nur möglich, weil die böhmische Stadtkultur des 14. und 15. Jahrhunderts eine vitale Variante der west- und mitteleuropäischen städtischen Zivilisation des Spätmittelalters war, und zwar mit jener typischen Verflechtung von sozialer und religiöser Dynamik, die sich hier noch durch eine frühnationale Komponente komplizierte und verschärfte.

Erwähnen wir schließlich für das 19. und 20. Jahrhundert die folgenreichen ostmitteleuropäischen Emigrationen, besonders die polnische unter *Fürst Adam Jerzy Czartorysky*, die sich in Paris als eine propagandistisch-ideologische Großmacht gegen das zaristische Rußland etablierte, eine Emigration, durch deren geistigen Einfluß Rußland bis an die Schwelle des Ersten Weltkrieges zum großen „Buhmann“ des europäischen Liberalismus und Demokratismus wurde. In diesen Zusammenhang gehört auch der große politische Erfolg und Durchbruch zur nationalen Eigenständigkeit, den während des Ersten Weltkrieges die aktiven ostmitteleuropäischen Emigrationen, also Polen, Serben, Rumänen, Tschechen und Slowaken, im Westen erreichten. Damit fassen wir wiederum die Aktualität und gesamteuropäische Bedeutung der böhmischen wie der slowakischen Geschichte, eine Aktualität, die durch die Emigrationen der folgenden Zeit bis zum Epochenjahr 1968 schmerzlich akzentuiert wird.

Emigrationen, so betrachtet, verleihen der europäischen Entwicklung gleichsam eine innere reale Dialektik von Bestehendem und Erstrebenswertem, sie sind zugleich im hegelschen Sinne, Negation der Negation, also positiv. Emigrationen sind bis zum heutigen Tage der Nährboden für geistige Hochleistungen, die gleichsam aus extremen Situationen hervorgepreßt werden, weil sie einfach gezwungen sind, einen politischen und kulturellen Gegenentwurf zu den Werten des feindlichen Establishments in der Heimat zu entwickeln. Damit kommt jenes erwähnte Moment realer Dialektik in die europäische Ge-

schichte. Ganze Völker sehen sich in „selffulfilling prophecy“ plötzlich anders als sie sind und suchen sich auf diesen Vorentwurf hin zu entwickeln; mit anderen Worten: die freie Emigration gibt zugleich den Anstoß zu einer politischen Pädagogik im weitesten Sinne. Dies gilt für die erfolgreiche tschechische und slowakische Emigration des Ersten Weltkrieges ebenso wie heute für leidenschaftliche Kritiker der gesamtböhmischen und slowakischen Entwicklung. Genannt seien für viele andere Publikationen: *Christian Willars* „Böhmische Zitadelle“ und *Antonin Liehms* „Gespräche an der Moldau“, womit wir die Grenze zwischen Vergangenheit und Gegenwart überschreiten und dennoch auf bestürzend aktuelle Weise bei unserem Thema bleiben: „die Tschechoslowakei als Brennspeigel gesamteuropäischer Entwicklungen“.

Wenn hier die hochbedeutende Rolle der böhmischen Länder innerhalb der Barockkultur, in der Architektur und im Musikleben des 18. und 19. Jahrhunderts eben nur erwähnt werden kann, dann erklärt sich diese lakonische Kürze aus dem Umstande, daß die großen Schöpfungen dieser Epochen zwar durchaus gleichrangig innerhalb der europäischen Gesamtentwicklung stehen, ja zu deren Höchstleistungen zählen, jedoch der besondere Brennpunkt-Charakter im Sinne unseres Themas nicht so manifest ist wie bei den anderen angeführten Beispielen.

Dagegen muß als ein markantes, die europäische Kulturentfaltung ungemein befruchtendes Element der ausgesprochen nationalpädagogische Charakter der tschechischen und slowakischen Kultur betont werden, ein Phänomen, das bis zur Gegenwart die große Rolle des Schriftstellers innerhalb der Gesellschaft erklärt, der hier — wie in Frankreich der *écrivain* — Gewissen, Erzieher und Vorbild der Nation war und ist, wie wiederum das Jahr 1968 gezeigt hat. Das Schauspiel eines sich selbst durch kulturelle Leistungen konstituierenden und artikulierenden, gleichsam zu sich selbst kommenden Volkes, das zugleich in ständigem Wettbewerb und Austausch mit dem deutschen Nachbarn sich selbst definiert, — dieses Schauspiel übt bis zum heutigen Tage eine starke Faszination aus, ja, es hat — ich scheue das pathetische Wort nicht — etwas Ergreifendes.

Doch kehren wir noch einmal zu unserem Hauptthema zurück: Zwei Tatbestände seien noch kurz gestreift, um auch den hartnäckigsten Zweifler davon zu überzeugen, daß die Geschichte der böhmischen Länder und der Slowakei europäisch in einem ganz spezifischen, unverwechselbaren Sinne ist. Die Transzendierung des extremen Nationalismus in der altösterreichischen Arbeiterbewegung unter *Viktor Adler*, *Karl Renner* und *Bohumil Šmeral* wäre der erste wichtige Tatbestand. Hier wurde erstmals in Europa ernsthaft versucht, die zerstörerischen Antagonismen des Nationalismus vor allem zwischen Deutschen und Tschechen aus dem Wege zu räumen. Die Erfahrungen, die dabei auf beiden Seiten gesammelt wurden, sollten auch für unsere Gegenwart und ihre Nationalismen nicht umsonst gemacht worden sein. Seltsam genug aber historisch leicht erklärlich, daß am entgegengesetzten Ende der Sozialpyramide, beim Hochadel und in der hohen Staatsbürokratie der Donaumonarchie, ebenfalls die stärksten supranationalen Bindekräfte lebendig waren, die dieses „Kleinearopa“ genauso erhalten wollten wie die Arbeiterbewegung.

Der europäischen wie der Weltkultur gehört schließlich jene Prager Sternstunde um die Jahrhundertwende an, bei der als Ergebnis einer langen und oft wechselvollen jüdisch-deutsch-tschechischen Kultursynthese jene Literatur entstand, deren bestürzende Modernität und Aktualität nicht zuletzt in ihrem besonders bei *Franz Kafka* manifesten seismographischen Charakter beruht, womit sie künftige innere Bedrohungen der europäischen Zivilisation signalisierte, auf beklemmende Weise zu Wort kommen ließ und auf den Begriff brachte. Mit den internationalen wissenschaftlichen Konferenzen, die 1963 und 1965 in Liblice über Kafka und die Deutschprager Literatur abgehalten wurden, spannt sich der Bogen bis zum Prager Frühling des Jahres 1968 und bis zu den Aufgaben, die sich der Tschechoslowakei-Forschung heute stellen.

Damit stellt sich die Frage: Wo stehen wir heute? Was geschieht bereits und was ist noch zu tun? Dazu einige abschließende Bemerkungen.

Wer die Arbeit des Collegium Carolinum unter der Leitung von *Karl Bosl* in den letzten zwanzig Jahren aufmerksam verfolgt hat, weiß, daß hier, in dieser zentralen deutschböhmischen Forschungsstelle „die Zukunft längst begonnen hat“. Und wer keine ideologischen Scheuklappen anlegt, weiß ebenso, wie allein schon durch europäische und gesellschaftsgeschichtliche Aspekte und Forschungsmethoden viele alte Barrieren und künstliche Gegensätze sich von selbst aufgelöst haben. Damit ergeben sich jedoch von selbst neue Gesprächsmöglichkeiten sowohl mit den tschechischen und slowakischen Partnern jenseits der Grenze wie auch ein lebhafterer Austausch mit der amerikanischen, englischen und französischen Bohemistik, deren reiche wissenschaftliche Erträge eingebracht werden müssen. Man bewegt sich methodisch und sachlich aufeinander zu, eine hoffnungsvolle Tatsache, die hier nur an einem besonders sinnfälligen Beispiel aufgezeigt werden mag: Wenn man das von *Karl Bosl* initiierte und herausgegebene „Handbuch der Geschichte der Böhmisches Länder“ nimmt, ein vierbändiges monumentales Werk, und es lesend mit dem von *František Graus* während des Prager Frühlings 1968 edierten schmalen Bändchen „*Naše živa i mrtvá minulost*“ (Unsere lebendige und tote Vergangenheit) vergleicht, dann wird einem — ungeachtet des unterschiedlichen Umfangs und teilweise andersartiger Fragestellungen — dennoch schlagartig klar, wie sehr sich durch erweiterte, europäische und strukturgeschichtliche Aspekte die früher schlechthin antagonistischen Standpunkte von selbst und aus sachlichen Gründen heraus angenähert haben. Ich betone diese Annäherung aus sachlichen Gründen deshalb so stark, weil sie entschieden abgegrenzt werden muß gegenüber einer verschiedentlich anzutreffenden sentimentalsten neuen Geschichtsideologie, die im Grunde nur das alte Modell des ewigen slawisch-deutschen Gegensatzes durch das allzu optimistische, verschönernde Bild einer möglichst permanenten Gemeinsamkeit von Deutschen, Tschechen und Slowaken ersetzt. Beide Modelle sind m. E. falsch und bedürfen der Korrektur. In den genannten Publikationen und ebenso in anderen Werken, die aus Zeitgründen hier nicht einzeln aufgeführt werden können, ist dies bereits durch eine grundsätzliche und moderne Revision der Aspekte, die zu einer wirklichkeitsnahen Behandlung der Sachfragen führte, geschehen, und zwar, wie ich meine, in einer auch

für andere Disziplinen vorbildlichen Weise. Daß hierzu bereits allenthalben erfreuliche Ansätze vorhanden sind, mag ein Beispiel aus der Volkskunde erläutern, einer Wissenschaft, die auf deutscher wie auf tschechischer und slowakischer Seite von jeher besonders anfällig war für nationalromantische Ideologien. Wie lange hat man nicht auf beiden Seiten die Volkstrachten als Ausdruck eines spezifischen Nationalcharakters gedeutet und verherrlicht, ein Verfahren, womit man allerdings sehr schlecht erklären konnte, warum sich vielfach tschechische, slowakische und deutsche Volkstrachten so stark ähnelten. Seit man aufgrund sozialstruktureller Untersuchungen weiß, daß die Tracht unter anderem Ausdruck der Zugehörigkeit einer Bevölkerung zu bestimmten adeligen Großgrundherrschaften ist, das ethnische Moment also eine weitaus geringere Rolle bei ihrer Entstehung spielte, als die nationale Folkloristik bislang angenommen hatte, hat sich eine sachgemäßere Behandlung dieser Dinge von selbst eingestellt. Mit anderen Worten: der strukturgeschichtliche Aspekt hat eine anachronistische Pseudoproblematik beseitigt, die einer wirklichen Erkenntnis der Zusammenhänge im Wege stand. Niemand wird deshalb sagen wollen, daß damit Reichtum und Vielfalt der Trachten weniger schön, interessant und erforschenswert geworden seien.

Mit einem Wort: Es besteht mehr denn je Anlaß zu der Hoffnung, daß wissenschaftliches Arbeiten unter den eben aufgezeigten Auspizien der internationalen Forschung ebenso dient wie den wahren Interessen derjenigen Völker, die Gegenstand solchen Bemühens sind. Die letztlich heilende Kraft integrier wissenschaftlicher Wahrheitssuche wird dann auch im politischen Leben unserer Gegenwart ihre positiven Wirkungen haben, ohne daß sich die Forschung ins Schlepptau der Tagespolitik nehmen lassen muß.

DIE MITTELALTERLICHE PERSONENNAMENGEbung DER SUDETENLÄNDER IM SPIEGEL DER KULTURGESCHICHTE

Von Ernst Schwarz

Die mittelalterliche Personennamengebung der Sudetenländer im Spiegel der Kulturgeschichte zu betrachten bedeutet, nach den kulturgeschichtlichen Voraussetzungen der Veränderungen in der tschechischen und deutschen Personennamengebung dieses Raumes zu fragen, aber auch ihre gegenseitige Beeinflussung zu beachten.

Aus der Zeit des Großmährischen Reiches fehlen Urkunden, die einen Blick auf die im 9. Jahrhundert in Mähren und der Slowakei verwendeten slawischen Personennamen gestatten. Da aber sowohl mährische als auch alpenländische Slawen in Nieder- und Oberösterreich, Steiermark, Kärnten und Pannonien auf Baiern gestoßen sind und mit ihnen z. T. zusammengelebt haben, dürfen wir die bei ihnen üblichen Personennamen auch in Mähren annehmen und damit die bei der Einwanderung des späten 6. Jahrhunderts ins Land mitgebrachten Personennamen, also aus altslawischer Zeit, voraussetzen. Schon im ältesten Teil des Salzburger Verbrüderungsbuches vom Ende des 8. Jahrhunderts erscheinen slawische Personennamen, so *Zuuentibald*, Eindeutschung für *Světoplukъ*, *Dabramuzli* für *Dobromysl* u. a.¹ Als 827 im Placitum von Puchenau in Pöstlingberg (*Chestinperc*) oberhalb von Urfahr bei Linz die Grenzen der Pfarrei bestimmt wurden², sind die ältesten Baiern und Slawen die Zeugen. Das Namenverhältnis ist 32 Baiern : 21 Slawen, wobei die zuerst genannten zwei Slawen offenbar in höherer Stellung bairische Namen tragen, ein Zeichen, daß das Zusammenleben schon einige Jahrzehnte gedauert hat, also ins 8. Jahrhundert zurückreichen wird. Die Personennamengebung ist also bereits bairisch beeinflusst und verrät, daß aus den Namen nicht unbedingt auf die Sprache der Zeugen geschlossen werden kann. Das ist aber hier ein extremer Fall. Normal ist, daß die slawischen Personennamen so lautgetreu wiedergegeben werden, wie sie gehört wurden, von gewissen Änderungsmöglichkeiten, von denen sofort die Rede sein wird, abgesehen³. Bekannt werden aus der Zeit des Großmährischen Reiches nur einige Namen aus den führenden Schichten, so heißt der früheste mährische Herzog aus

¹ MG Necrol. Germ. II. Hrsg. von S. Herzberg-Fränkell, 1904, 12, 24.

² FT 548 = Bitterauf, Theodor: Die Traditionen des Hochstifts Freising. München 1904, 1909 (Quellen und Erörterungen zur bayer. Geschichte 4 und 5). Zitiert nach Nummern.

³ Über die Gestalt der slawischen Personennamen in der Urkunde von Puchenau zuletzt Schwarz, Ernst: Baiern und Walchen. ZBLG 33 (1970) 930 ff.

der ersten Hälfte des 9. Jahrhunderts *Moimarus*⁴. Hier gibt *-mārus*, das ahd. *māri* „berühmt“, das slawische *mirъ* „Frieden“ wieder. Man versucht also, die fremden slawischen Namen in manchen Fällen einzudeutschen, was wir in dieser Zeit öfters finden. Ein zweites Mal treffen wir diese Schreiberetymologie 871, als der *presbiter Slagamarus* statt *Svatopluk* auf Befehl der Franken zum Herzog bestellt wird⁵. Hier handelt es sich um einen *Slavomir*, wobei auch im ersten Teil eine deutsche Umformung auftritt⁶. Der Enkel des *Mojmir* heißt 846 *Rastizen*⁷, dessen vollere Gestalt in dem 885 auftretenden *Rastislavus* begegnet⁸, dessen erster Teil zum tschech. *rostu* „ich wachse“ gehört und noch gehörtes kurzes *a* voraussetzt. Der größte Widersacher der Franken war der mährische Herzog *Svatopluk*, 869 *Sventopulcus* (CB⁹ I 8), für dessen Sohn *Zwentibaldus* geschrieben wird¹⁰. Das alttschech. *světъ* „heilig“ wurde noch mit Nasalvokal gehört, das im zweiten Teil vorkommende *pluk* erscheint in der altslaw. Gestalt *plъkъ* „Heer“ umgedeutet zu *-bald* „kühn“ wie schon am Ende des 8. Jahrhunderts in Salzburg für einen Mönch. Diese Eindeutschungsgestalt hat sich also bis ins 9. Jahrhundert gehalten. Aus diesen und einigen anderen Namen der führenden Herzogsfamilie ergibt sich, daß in der ersten Zeit der deutsch-slawischen Beziehungen die slawischen Personennamen als fremd empfunden wurden, die man nach Möglichkeit einzudeutschen versuchte.

Schwierig zu entscheiden ist die Frage, ob fremde Personennamen schon in der Zeit des Großmährischen Reiches in das Slawische Mährens Eingang gefunden haben. Direkte Beziehungen zu fränkischen Beamten wird es kaum gegeben haben, denn in diesem slawischen Staat des 9. Jahrhunderts beruhte die Unterwerfung auf Tributpflicht und damit war noch keine Ansässigkeit fränkischer oder bairischer Herren in Mähren-Slowakei verbunden. Aber es hat fremde Missionare gegeben. Als Rostislav und Svatopluk den oströmischen Kaiser Michael um Entsendung slawischer Glaubensboten baten, erwähnten sie, daß schon viele christliche Lehrer gekommen waren aus Welschland, Griechenland und Deutschland¹¹. Die bairischen Missionare waren schon vor Kyrill und Method im Lande und das wird durch Lehnwörter im Alttschechischen gesichert, die dem kirchlichen Kreis angehören und ein altes Gepräge besitzen. Eines der ältesten ist das alttschech. *biskup* „Bischof“, das noch ein *sk* aufweist, während *škoda* „Schaden“ mit seinem *šk* schon auf althochdt. *sk* (*ś* war ein Zwischenlaut zwischen *s* und *sch*) deutet. Man hat sich bisher wenig Gedanken darüber gemacht, denn der Übergang zu *sk* fällt in die letzten Jahrzehnte des 8. Jahrhunderts, in dem man noch

⁴ *Conversio Bagoariorum et Carantanorum*. Hrsg. von M. K o s. Laibach 1936, S. 136.

⁵ MG SS, V 106.

⁶ Es handelt sich nicht um einen althochdeutschen Personennamen, wie öfters behauptet wird, s. S c h w a r z, Ernst: Sprache und Siedlung in Nordostbayern. Nürnberg 1960, S. 258 (Erlanger Beiträge zur Sprach- und Kunstwissenschaft 4).

⁷ Ann. Fuld. zu 846, S. 36.

⁸ G r i v e c, F.: Constantinus et Methodius Thessalonicensis, Fontes. 1960, cap. 14.

⁹ CB = Codex diplomaticus et epistolaris regni Bohemiae. Hrsg. von G. Friedrich. Prag 1907 ff.

¹⁰ Ann. Fuld. zu 869, S. 67.

¹¹ Das Leben des hl. Methodius. Hrsg. von J. E m l e r. Prag 1873, 43 ff. (FRB I).

nicht an sprachliche Beziehungen zu Deutschen, die *biskof* sprachen, dachte. Das Lehnwort wird älter sein als das Großmährische Reich und auf die vereinzelt Missionenversuche bei den Slawen vom fränkisch-bairischen Gebiet zurückgehen, die im Anfang des 8. Jahrhunderts einsetzen¹². Es geht nicht an, die deutsch-tschechischen Lehnwortbeziehungen erst mit der Taufe der böhmischen Großen in Regensburg 845 beginnen zu lassen, denn die lautlichen Erscheinungen weisen bei einigen dieser Lehnwörter auf ältere Zeiten zurück, so wenn für ahd. *st* ein altslaw. *st* erscheint wie in *stodola* „Stadel, Scheune“ aus ahd. *stadal*¹³. *Škoda* ist später entlehnt als *stodola* und *biskup*. Aber ein Lehnwort wie *kostel* „Kirche“ aus ahd. *kastel* (aus lat. *castellum*) macht Schwierigkeiten, denn es weist ebenfalls noch *st* auf, so daß man Entlehnung aus *castellum* für möglich halten kann (die ältesten Kirchen standen in Mähren und Böhmen auf den Burgen). Ein Wort wie *mýto* „Maut, Zoll“ aus ahd. *mūta* „Maut“ wird am ehesten von den alten Zollstätten an der Donau in Niederösterreich zu den Slawen Mährens gedungen sein¹⁴. Der Übergang des ahd. *ū* in altslaw. *γ* weist in alte Zeit¹⁵. Umgekehrt setzt das ahd. *kursina*, mhd. *kürsen* „Pelzrock“ ein altslaw. **kьrznъ* (später *kerzno*) voraus¹⁶. Auch Lehnwörter kirchlicher Bedeutung sind alten Ursprungs, so *postiti* „fasten“ aus ahd. *vastōn*, denn hier wird das ahd. *v*, älter *f*, noch durch *p* wiedergegeben, was wie bei *biskup* in das 8. Jahrhundert zurückführt. In den kirchlichen Bereich gehören u. a. *opat* „Abt“ aus ahd. *abbāt*, *mnich* „Mönch“ aus *munich*, *sotona* „Satan“ aus ahd. *satanas*, während *oltář* „Altar“ aus ahd. *altāri* einer späteren Zeit angehört, weil es nicht mehr die Liquidenumstellung mitgemacht hat, sonst hieße es **latář*. Wenn der Kaiser Trajan im Slawischen als *Trojan* fortlebt, so hat sich hier eine Erinnerung an den Besieger der Daker erhalten. Dieser Name ist also noch älter. Die verschiedene Wiedergabe des ahd. *s* durch *s* bzw. *š* in altslaw. *sotona* und tschech. *klášter* „Kloster“ spiegelt zwei verschiedene zeitliche Schichten wider.

Es waren vor der Mission des Kyrill und Method nicht nur bairische, sondern auch Missionare aus Welschland im Lande, so daß die Möglichkeit besteht, daß es auch kirchliche Lehnwörter aus dem Italienischen gibt. Mit vielen Fällen wird nicht zu rechnen sein, denn z. B. bei *biskup* ist nicht das lat. *episkopus* oder das griechische *ἐπίσκοπος* die Vorlage, sondern das ahd. *biskof*. Aber ein kirchliches Lehnwort wie tschech. *kříž* „Kreuz“ weist nicht auf das ahd. *kriuzi*, sondern auf ein romanisches **krōdġe* (*krōdže*) mit einer Aussprachsform für lat. *crūce*, wie es für Aquileja anzunehmen ist. Das Patriarchat Aquileja war geographisch nahe gelegen, von hier aus ist besonders in Pannonien missioniert worden. Die Wie-

¹² Die Nachrichten darüber sind zusammengestellt von Hermann, Erwin: Slawisch-germanische Beziehungen im südostdeutschen Raum von der späten Antike bis zum Ungarnsturm. München 1965, S. 48 ff. (Veröff. des Collegium Carolinum 17).

¹³ Schwarz, Ernst, Sudetendeutsche und germanische volkskundliche Wortgeographie. BohJb 9 (1968) 138 ff.

¹⁴ Schwarz, Ernst: Das germanische Kontinuitätsproblem in Niederösterreich. In: Aus Verfassungs- und Landesgeschichte. Festschrift für Th. Mayer I, 1954, S. 37 ff.

¹⁵ Schwarz, Ernst: Zur Chronologie von asl. *ū* > *γ*. ASlPh 42 (1928) 275–285.

¹⁶ Dazu Schwarz, Ernst: Bemerkungen zur slavischen Lehnwörterkunde. ASlPh 40 (1926) 292.

dergabe des romanischen *ō* durch altslaw. *y* ist besonders bei Lehnwörtern und Ortsnamen aus Italien und Dalmatien bekannt, vgl. *Jakyn* für *Ancōna*, *Solin* für *Salōna*, und tschech. *Řím* für *Rōma* wird auf dieser Vermittlung beruhen. Diese in Mähren und Pannonien aufgekommenen Lehnwörter friaulischer Aussprache sind ins Tschechische aufgenommen worden, wodurch die Ansicht gestützt wird, daß Beziehungen zum Großmährischen Reich bestanden haben.

Dann kann es auch Personennamen geben, die über die Glaubensapostel byzantinischen Ursprungs sind. Hierher gehört *Ivan* aus *Ἰωάννης*, das neben *Jan* aus *Johannes* vorkommt, in einer Fälschung des 12. Jahrhunderts *Iuan* in der Burg Kouřim (1088? CB I 376) und in Ortsnamen Mährens wie Eibis, tschech. *Ivaň*, *Ivanovice* Eiwanowitz, *Ivančice* Eibenschütz, auch in Böhmen nicht fremd war¹⁷. Ferner ist *Dmitr* für Demetrius östlichen Ursprungs, 1167 in einer Fälschung des 12. Jahrhunderts auftretend¹⁸, und *Kliment* für Klement. Ein Mazedonier dieses Namens war im Großmährischen Reich tätig. 875 soll in Levý Hradec die Kirche des hl. Klemens erbaut worden sein¹⁹. An der Vermittlung dürfte das Kloster Sázava beteiligt sein, von wo der Name Prokop ausgegangen ist.

So besteht die Möglichkeit, daß noch andere Personennamen östlichen Ursprungs sind. Wo ist z. B. der tschechische Name *Ondřej*, *Ondra* für Andreas einzuordnen? Der hl. Andreas, *Ἀνδρέας*, predigte der Sage nach in Gebieten südlich und östlich des Schwarzen Meeres, Thrakien und Griechenland. Der Gedanke, daß es sich um eine späte Entlehnung des tschechischen Namens aus dem Deutschen handle, als hier zu Beginn des 14. Jahrhunderts das kurze *a* zu *o* verdumpft worden ist, ist abzulehnen, denn schon 1207 findet sich der Personenne *Ondřejek* als *Ondreiek* (CB II 155) und 1285 der Ortsname *Ondřejovice* bei Wischau als *Ondrziegewicz* (RB²⁰ II 579). Daraus folgt, daß *Ondřej* mit Weiterbildungen schon damals eingebürgert war. Dann muß die Verdampfung des *a* ins 9. Jahrhundert zurückreichen, in die Zeit, als noch *Rastislaus* geschrieben wurde²¹. Nun fällt die Aufgabe der Nasalvokale ins 10. Jahrhundert, in dem der böhmische Herzogsname *Václav* in der Gestalt *Větřslav* als Wenzlau ins Deutsche übernommen worden ist. Ein im 9. Jahrhundert entlehntes *Ondrej* hätte zu **Udrej* werden müssen. Die Lösung bietet das altbulgarische *Андрейъ* mit einem Ein-

¹⁷ Weitere Belege bei Schwarz, Ernst: Die Ortsnamen der Sudetenländer als Geschichtsquelle. München 1961, S. 272. — MONB I (Prag 1970), S. 332—334, 216 = Hosák, Ladislav / Šrámek, Rudolf: Místní jména na Moravě a ve Slezsku [Die Ortsnamen in Mähren und Schlesien].

¹⁸ Eine Karte von Taufnamen altslaw. Herkunft bietet Šmilauer, Vladimír: Zur Namengeographie im tschechischen Sprachgebiet. In: Beiträge zum Slawischen Onomastischen Atlas. Berlin 1970, Karte 7 (Abh. der Sächs. Akad. der Wiss. zu Leipzig, phil.-hist. Klasse, Bd. 61, Heft 2).

¹⁹ Frinta, A.: O rozšířenosti (frekvence) jména Kliment v Československu [Von der Verbreitung des Namens Kliment in der Tschechoslowakei]. Prag 1970, S. 58—64 (Onomastické práce 3).

²⁰ RB = Regesta diplomatica necnon epistolaria Bohemiae et Moraviae, I ff. Hrsg. von K. J. Erben, J. Emler u. a. Prag 1855 ff.

²¹ Dazu Schwarz, Ernst: Zur Chronologie des asl. *a* > *o*. ASIPh 41 (1927) 124 ff.

schubvokal zwischen *n* und *d*, so daß kein Nasalvokal vorhanden war. Der Name muß also tatsächlich der Mission des Kyrill zuzuschreiben sein. Es ist wahrscheinlich, daß nicht nur Namen der Ostmission, sondern auch der bairischen Mission bereits im 9. Jahrhundert in das Mährische und über dieses in das Tschechische aufgenommen worden sind, ohne daß es Kriterien dafür gibt. Wann ist z. B. *Pabián* für *Fabian* entlehnt worden? Das Mittelhochdeutsche kann nicht vermittelt haben, für **Vabian* wäre **Babian* zu erwarten. Aber das Lateinische im Großmährischen Reich kann den Namen weitergereicht haben. Ähnliches gilt für tschech. *Štěpán* Stephan, 1216 *Shepan* (CB II 114). Daß die Baiern früh in der Slowakei tätig waren, folgt aus einer Nachricht der *Conversio*. Der Erzbischof *Adalrammus* (822—836) hat in Neutra in der Slowakei (*loco vocato Nitrava*) wahrscheinlich 828 schon eine Kirche geweiht²². Es war im Gebiete des Herzogs *Privina*, der sich dem mährischen Herrschaftsanspruch nicht fügen wollte, deshalb vertrieben wurde und dem in Pannonien von den Franken ein von ihnen abhängiges Fürstentum eingerichtet wurde.

Die Einbruchsstelle des Christentums in Böhmen war Regensburg, wo 845 14 Vornehme (*duces Boemanorum*) sich bei ihrer Unterwerfung taufen ließen²³. Seitdem ist in Böhmen ebenfalls mit bairischer Mission zu rechnen, von der wir aus dem 10. Jahrhundert wissen, daß sie schon sehr stark tätig war. Wie in Mähren wurden zuerst die vornehmen und führenden Kreise getauft. Seitdem ist auch in Böhmen mit der Entlehnung kirchlicher und altdeutscher Namen zu rechnen. Der bairische Heilige *Emmeram* war in Böhmen gut bekannt. Nach dem tschech. *Jimram* sind einige Orte benannt, so *Jimramov* bei Neustadt, dt. Ingrowitz, 1361 *Ingromycz*, 1365 *Gymramow* (MONB I 367). Hier wird das ahd. *ei* durch tschech. *i* vertreten wie auch in anderen Namen, weil es noch kein tschech. *ej* gegeben hat.

Eine Liste alttschechischer Personennamen deutscher Herkunft gibt *S v o b o d a*²⁴. Dazu sollen einige Bemerkungen angefügt werden.

Seit dem ersten Bischof in Böhmen, dem Sachsen Dietmar, ist mit einem Kreis deutscher und tschechischer Geistlicher am Bischofshof und in den entstehenden Klöstern zu rechnen. Die deutschen Geistlichen haben altdeutsche oder kirchliche Namen getragen, wodurch ein Beispiel für tschechische Geistliche gegeben war. 982 wurde der Slawniking *Vojtěch* Prager Bischof, der an der Magdeburger Domschule den Namen *Adalbert* angenommen hatte. Im 11. Jahrhundert nimmt der deutsche Einfluß zu. Der böhmische Chronist Cosmas spricht sich schon gegen das Eindringen des deutschen Klerus aus²⁵. Adalbert hat das Kloster Břevnov gegründet, das 993 erneuert wird (CB I 43 ff.).

Da sich Deutsche in der Umgebung des Bischofs, in den Klöstern und am Herzogshofe aufhielten, waren hier die Bedingungen für ein gegenseitiges Kennen-

²² *Conversio* 136.

²³ *Annales Fuldenses* 35.

²⁴ *S v o b o d a*, Jan: Bemerkungen über alttschechische Personennamen deutscher Herkunft. In: *Onomastica Slavogermanica* III, 1967, 33—39 (Abh. der Sächs. Akad. der Wiss. zu Leipzig, Phil.-hist. Klasse, Bd. 58, Heft 4).

²⁵ Darüber eingehender *S c h w a r z*, Ernst: Deutsche, Tschechen und Polen. *BohJb* 1 (1960) 49.

lernen gegeben. Von den Deutschen konnten deutsche und kirchliche Namen übernommen werden, ohne daß daraus folgt, daß ihre Träger Deutsche waren. In der Gründungsurkunde des Leitmeritzer Kollegiatstiftes St. Stephan von 1057 (CB I 53 ff.) ist weder unter den auftretenden Zeugen (0 dt. : 11 tschech. : 3 unbestimmbare Namen) noch den Bauern (0 : 28 : 3) ein deutscher Name zu finden, wohl aber kirchliche, unter den Zeugen *Matuos* (*Matouš*), *Petrus*, *Johannes*, unter den Bauern *Mach*, *Jacob*, *Damianus*. Kirchliche Namen haben nun schon bei den Bauern Eingang gefunden. Unter den Schenkern trägt *Guclinus* einen dt. Namen (*Guzzili*), ebenso Herzog *Henricus*. 1078 gibt es in der Gründungsurkunde des Klosters Hradisch bei Olmütz durch den mährischen Herzog Otto (CB I 82 ff.) unter den Bauern nur tschechische Namen (0 : 9 : 0), unter den Zeugen (Geistlichen) 5 Heiligennamen (*Johannes episcopus*, *Vitus*, *Benedictus*, *Petrus*, *Benedictus*), nur der Abt *Meginardus* führt einen deutschen Namen (*Meinhart*). 1143—1148 findet sich in der familia des Bischofs Johann von Prag kein deutscher Name (CB I 160), wohl aber begegnen 2 Heiligennamen (0 : 54 : 2), *Blas* und *Jacob*, beide in tschechischer Gestalt, *Blaž* für *Blasius*, *Jakub* für *Jakob*. In der gleichzeitigen Urkunde von 1146—1148 (CB I 163), in der Herzog Wladislaw II. der Olmützer Kirche die Burg Podivín zurückgibt, finden sich bereits 10 deutsche Namen neben 7 Heiligennamen, aber mit bedeutendem tschechischem Übergewicht (10 : 34 : 7). Es handelt sich, um ein Beispiel zu geben, welche Namen in dieser Zeit beliebt waren, um die deutschen Namen *Otto*, *Heinricus*, *Mahfridus* (*Mahtvrid*), *Uodalricus*, *Perhtoldus*, *Cuonradus*, die von Priestern getragen werden, ferner *Ropracht* (wohl schon die tschechische Gestalt von *Ruotbreht*), *Marquart*, *Wecel* und *Wilalm* (*Wilhelm*). Im Gefolge des Königs Wladislaw I. bei der Schenkung an das Kloster Waldsassen 1159 (CB I 193) ist das Verhältnis 5 : 9 : 3 und 1160 bei der Bestätigung der Besitzungen von Kloster Hradisch (CB I 196) haben erstmalig die deutschen Namen die Mehrheit (12 : 8 : 10). Es ist deutlich, daß die deutschen Namen zunehmen und das wird man nicht als Mode bezeichnen können, denn dazu war in dieser Zeit wenig Anlaß vorhanden, sondern die Zahl der deutschen Ritter und Geistlichen hat offensichtlich zugenommen. Eine deutsche Bauernsiedlung hat in dieser Zeit noch nicht begonnen. Es handelt sich um den Zustrom deutscher Elemente an den Hof, wobei daran erinnert werden muß, daß sich der König von Böhmen auf den deutschen Reichstagen eingefunden hat und Böhmen deshalb zum Reiche zählte. Böhmen und Mähren waren kein Ausland. Bei den Vornehmen des Landes ist der deutsche Zustrom weniger zu bemerken. So ist das Verhältnis um 1170, als *Časla* das Dorf Bykoš schenkte (CB I 223 ff.), 7 : 22 : 7. Natürlich schwanken die Zahlen, denn als Zeugen werden solche Männer angeführt, die anwesend sind.

Sowohl die deutschen als auch die Heiligennamen sind vom tschechischen Volke und in die tschechische Sprache übernommen worden. Solche Namen müssen dann, wenn ihr lautliches Aussehen tschechisch ist, als tschechisch gezählt werden. In einer Urkunde von 1183 (CB I 271) befinden sich unter den Zeugen 4 : 16 : 4, zu den 16 tschechischen Namen werden nun hinzugezählt *Jan*, die tschechische Form für *Johann*, *Brum* für *Brun*, *Rapota* wegen der tschechischen Endung *-a* für *Rätboto* und *Pabian* für *Fabianus*.

Einige der Merkmale für tschechische Aussprache sollen angeführt werden. Belege dafür sind schon an anderer Stelle gebracht worden²⁶. Dadurch wird die Zeit der Übernahme gesichert.

Das Tschechische hat bis etwa 1180 kein *h* besessen, da das in den alten Urkunden auftretende *h* den Lautwert *ch* besitzt. Der deutsche Hauchlaut wird in dieser Zeit weggelassen, für *Johann* tritt *Jan* ein. 1175 erscheint ein *Aгна* (CB I 244), das ein mhd. *Hagno* wiedergibt. Der Kaplan des Bischofs Johannes von Mähren *Hagno* wird als *vir Teutonicus* bezeichnet (Cosmas 128). Auf *Jimram* für Emmeram ist schon hingewiesen worden. 1250 ist der Olmützer *Imrammus* Sohn des *Lambertus* (CB IV 421). Derselbe Lautersatz *i* für mhd. *ei*, der in *Jimram* für *Heimram* vorliegt, erscheint im Tschechischen *Jindřich* für *Heinrich*. *Indrih* steht im *Necrologium podlaž.* schon vor der Mitte des 12. Jahrhunderts. Wie ist die Schreibung *Hindrich* in einer Fälschung des 13. Jahrhunderts aufzufassen (CB II 362)? Nach Fischer wird *Hindrich* durch *Jindřich* abgelöst²⁷. Zeitlich gesehen liegt der Abfall des deutschen *h* früher, in der Zeit, als das Tschechische noch kein *h* besaß. *Hindrich* stellt vielmehr eine spätere, aber noch alte Neuentlehnung dar, was bei Personennamen bei andauernden Volksberührungen nicht selten ist. Für *Hartleb* kann aus tschechischen Ortsnamen wie *Archelebov* bei Steinitz in Südmähren, 1351 *Arlebow*, 1365 *Hartlebow*, 1437 *oppidum Arkelebow* (MONB I 47) als Übernahmeform *Arlele* erschlossen werden. *Hartlebus*, ein Kanonikus des Prager Bischofs, ist 1175 nachweisbar (CB I 244). Zeitlich verschiedene Entlehnungen sind *Jeřman* und *Heřman* für mhd. *Heriman*, wobei *Jeřman* wieder die ältere Stufe darstellt. Hermannsthal bei Reichenberg, tsched. *Jeřmanice*, 1543 *Gerzmanize* (*g-* ist hier Schreibung für *j-*, Prof.²⁸ II 128) enthält *Jeřman*, ebenso *Jeřmaň* bei Littau, 1371 *Hermannsdorf*, 1382 *Jerzmani* (CMor²⁹ XI 278). Daß auch die Form *Vilém* für *Wilhelm* alt ist, zeigt die lautliche Entwicklung *Wilhelm* > *Vilelm* mit Dissimilation des zweiten *l*. 1195—1197 begegnet *Hermannus Willamowicz* (CB I 323) neben *Hermannus filius Wilhelmi*. *Vilém* findet sich 1210 (Fälschung des 13. Jahrhunderts, CB II 396). Für *Reinher* wurde im Tschechischen mit *y* für mhd. *ei* *Ryner* gesprochen, vgl. 1221 *Rinerius* (CB II 205) und *Rynart* für *Reinbart*, das im Ortsnamen *Rýnarec* bei Pilgram, 1203 *Rynarcz* (CB II 31) vorliegt.

Ist ein Name mit *g* vor dem Wandel des tschechischen *g* > *h* übernommen worden, macht er den Übergang mit. Solche Namen sind vorher entlehnt worden, also vor etwa 1180. Ein *Gregorius* wird deshalb zu *Hřeboř* entwickelt, woraus durch Dissimilation *Řehoř* entstanden ist. Für *Gallus* steht im Tschechischen *Havel*, das als *Gaulus* schon in einer Originalurkunde von 1180—1182 begegnet

²⁶ Schwarz: Ortsnamen der Sudetenländer 272 ff.

²⁷ Fischer, Rudolf: Deutsch-tschechische Beziehungen an Anthroponymen. In: *Onomastica Slavogermanica*. Bd. 1. Berlin 1965, S. 8 (Abh. der Sächs. Akad. der Wiss. zu Leipzig, phil.-hist. Klasse, Bd. 58, Heft 1).

²⁸ Prof. = Profous, A.: *Místní jména v Čechách* [Die Ortsnamen in Böhmen] I—V, vollendet von J. S. Svoboda und V. Šmilauer. Prag 1947—1960.

²⁹ CM = *Codex diplomaticus et epistolaris Moraviae* (306—1411). 15 Bde. Brünn 1836—1903.

(CB I 266). Das *ll* ist hier durch *ul* ersetzt worden, so daß eine Angleichung an *Pavel* für *Paulus* erfolgt ist. Die Form *Gavel* bietet bereits eine Originalurkunde von 1175 (CB I 244). Schon im 10. Jahrhundert hat man den Namen der Kaiserin Kunigunde kennen gelernt und mit Wiedergabe der Gruppe Vokal + Nasal + Konsonant zu *ut* zu *Kunhuta* entwickelt. Auch im Ortsnamen *Maguntia* Mainz ist der Übergang zu *Mohuč* zu beobachten.

Anders wird deutsches *g* behandelt, wenn es vor hellen Vokalen steht. In ältester Zeit tritt dafür *z* ein, z. B. für den Fluß Regen, den Zufluß der Donau bei Regensburg, dafür bei Cosmas³⁰ II 9 *flumen Resne* (heute *Rezen*) für althochdeutsch *Regina*. Nach Ablauf dieses Lautwandels ist *j* der Vertreter, vgl. *Jiří* Georg < **Juri* < *Georius* für *Georgius*. Häufig finden sich schon in alter Zeit *Jurik* und *Jurata*, heute *Jiřík* und *Jiřeta*. In einem Codex des 12. Jahrhunderts steht in den Jahren 1154—1159 die Bemerkung: *Dicebatur hic primus Gradiensis abbas a vulgo non Georgius, sed rudi idiomate Jura* (CB I 190). Für *Pelagius* aber, wofür 1218 *Pelej* geschrieben wird (CB II 152), dem heutigen *Pelej* entsprechend, wird nicht das klassische Latein, sondern das mittellateinische *Peleio* die Vorlage gewesen sein. Ein Zeuge aus Rakonitz heißt 1196 *Hoier*, *Hogir* (CB I 320, 323). Hier wird mhd. *Höhger* vorliegen. Das tschech. *Jiljí* ist nicht aus dem klassischen *Aegidius*, sondern aus dem mittellateinischen *Aegilius* entstanden, 1208—1211 steht schon *Gilia* (CB II 89). Aus derselben Grundlage stammt das mhd. *Gilg*.

Manche alte tschechische Formen von Personennamen sind aus Ortsnamen zu erschließen. Bei Humpoletz in Ostböhmen, das in einer Fälschung des 13. Jahrhunderts (1219) *Gumpoldis* (CB II 410), 1213 aber *Humpolecz* (RB I 382) heißt, besteht bereits vor den Hussitenkriegen Verschiedenheit der Benennung bei Deutschen und Tschechen. Man sprach im Deutschen *Gumpolds*, vgl. 1352—99 *Gumpolcz* (AČ³¹ 28, 115). Hier handelt es sich darum, ob der Ort schon vor dem Übergang des *g* > *h* bestanden hat oder nur der Personennamen *Gundbolt* bereits vorhanden war. Ähnlich setzt Kumpatitz bei Schüttenhofen im Deutschen die *g*-Form fort, während die tschechische Gestalt *Humpolec* 1319 belegt ist (*de Humpolczie*)³². Hier ist frühe Bekanntschaft der Tschechen mit dem deutschen Personennamen durchaus möglich, da sich in diese Landschaft Deutsche schon im 12. Jahrhundert vorgeschoben haben³³, wird doch Albrechtsried bei Schüttenhofen als Dorf des Klosters Windberg in Bayern schon vor 1174 als *Albrechtsrieth* erwähnt (CB I 269). Es ist der älteste deutsche Ortsname in Böhmen (tschech. *Albrechtice*). In der Neuhauser Sprachzunge stehen sich gegenüber *Hospřiz* und Köpferschlag, die deutlich auf *Gotvrid* und die tschechische Entsprechung *Hospřid* weisen, vgl. 1399 *Hosprzid* (AČ 35, 271). In derselben Sprachzunge entsprachen

³⁰ Die Chronik der Böhmen des Cosmas von Prag. Hrsg. von Bertold Bretholz (MG HH, Nova series Bd. 2).

³¹ AČ = Archiv český. Prag 1840 ff.

³² RTvet. 301 = Reliquae tabularum terrae citationum vetustissimae. Hrsg. von Dvorský und J. Emler. Prag 1868 (Abh. der Kgl. böhm. Gesellschaft der Wiss., 6. Folge).

³³ Schwarz: Volkstumsgeschichte I 367 ff.

sich Riegerschlag und *Lodhěrov*, 1294 *Heiligen Rudegerschlag* (RB II 710), 1381 *Lodberzow* (Prof. II 651). Der deutsche Personennamen *Ruodgēr* ist hier mit Dissimilation zu *Lodher* geworden, wobei *o* in der tschechischen Mundart für *u* eingetreten ist. Die deutsche Siedlung setzt in dieser Landschaft schon am Ende des 12. Jahrhunderts ein. Aus dem Nebeneinander von 1281 *villa Godesalci* und 1378 *Hoschalkdorf*³⁴ für Gotschdorf, tschech. *Hoštálkovy*, bei Jägerndorf in Schlesien folgt, daß der Personennamen *Gotschalk* schon im 12. Jahrhundert ins Tschechische als *Hoštálek*, älter *Hoščálek* gedungen ist, vgl. 1382 *Theodricus Hosszalek*³⁵.

Im Tschechischen ist um 1250 das palatale *ř*, das für *r* in der Stellung vor hellen Vokalen gebraucht wurde, in *ř* übergegangen. Beispiele sind die schon erwähnten Personennamen *Jindřich* für *Heinrich* und *Jeřman*, *Heřman* für *Heriman*, *Řehoř* für *Gregorius*. Ähnliches gilt für *Žibřid* Siegfried, *Dětrich* Dietrich, *Oldřich* Ullrich. Die Entlehnung ist vorher erfolgt. Tatsächlich heißt schon 1208—1211 ein Zeuge in Olmütz *Sebrith* (CB II 89), 1175—78 *Oldrih* (CB I 251). Vor 1218 begegnet *Odalricus Oldrichovich* = *Oldřichovic* (CB II 433). Cosmas S. 206 erwähnt zum Jahre 1110 *Oldris oppidum* (*Oldřiš*) für die Burg an der Einmündung der Cidlina in die Elbe, die am Ende des 10. Jahrhunderts gegründet worden ist. So alt ist also die Einbürgerung des deutschen Personennamens *Uolrich*. Daß auch *Dětrich* alt ist, beweist ein Beleg *Detrih* (CB I 313). Bei Cosmas III 27 findet sich zum Jahre 1109 die Verkleinerung *Detrisek* (*Dětríšek*).

Im 13. Jahrhundert wird das mhd. *v* stimmlos, zu *f*. Vorher wird es durch tschech. *b* vertreten. Dadurch wird *-břid* in *Žibřid* erklärbar und kann die Entlehnung zeitlich bestimmt werden. Für Friedrich gebraucht das Tschechische *Bedřich*, das aus **Bredřich* dissimiliert ist, in einer Fälschung des 13. Jahrhunderts (1210) *Bedrih* (CB II 393). 1210 findet sich ein *Olbram* (CB II 392), 1250 und 1253 *Wolbrammus*, *Wolbramus* (RB I 585, 617). Hier ist das deutsche *Wolvram* die Vorlage, die im Tschechischen zu *Volbram* geworden ist. Da *v*- wie *j*- ein alter Vorschlagkonsonant gewesen ist, konnte es durch falsche Analogie wegfallen (es wird *opice* geschrieben und *vopice* gesprochen).

Um 1300 wird allmählich im Mhd. der Sudetenländer die *z*-artige Aussprache des alten *š* aufgegeben, womit sich die heutige Aussprache einstellt. Im Tschechischen zeigen vorher entlehnte Personennamen ebenso wie Ortsnamen und Lehnwörter je nach der Stellung im Deutschen *ž* und *š*. Das tschech. *Žibřid* ist demnach vor etwa 1300 übernommen worden, ebenso *Žipota*, das wegen des *p* das bairische *Sīpoto* für *Sigipoto* voraussetzt, eine Form des 11./12. Jahrhunderts. Für *Blasius* wird 1211 *Blasej* (tschech. *Blažej* CB II 88) geschrieben, das Deutsche hat vermittelt. *Blažim* bei Neweklau begegnet schon zum Jahre 1000 als *Blasin* (CB I 47). Auch *Brož* für *Ambrosius* wird über das Deutsche zugekommen sein.

Nicht überall muß das Deutsche die Vermittlung besorgt haben. Es gibt Fälle, wo für *s*- im Tschech. *š*- steht, so *Šavel* für *Saul*, *Šebastian*, in einer Fälschung des 13. Jahrhunderts *Sebastienicz* (CB II 392), *Šebíř* für *Severus*. *Severus* war 1046

³⁴ MONB I 285.

³⁵ Dazu Prof. I 729.

Bischof von Prag (CB I 51). Auch *šimon* für Simon wird alt sein, ebenso *šaloun* für Salomon. Lessiak³⁶ hält deutsche Vermittlung für sehr fraglich, an hebräischen Einfluß sei nicht zu denken, eher könne das Judendeutsche in Betracht kommen, da sich das *s* hebräischer Wörter durch seine Fortis-Aussprache von der deutschen unterscheidet. Die Frage ist schwierig, denn das lateinische *Severus* wird weder aus dem Hebräischen noch aus dem Judendeutschen stammen. Vielleicht ist an kirchenlateinische Aussprache zu denken. Im Auslaut ist -š verständlich, denn hier wurde *ś* auch im Mhd. stimmlos ausgesprochen, vgl. *Tomáš* Thomas, *Ježíš* Jesus, *Matiáš* Mathias. Ein Zeuge des ausgehenden 12. Jahrhunderts heißt *Matuvs* (CB I 59). Die altschechische Aussprache *Matúš* für *Matouš* war also schon vorhanden.

Auffällig ist die Behandlung des ahd. *iu* in zwei tschechischen Personennamen, *Litold* und *Lipolt*, die auf *Liutold*, *Liutpolt* zurückgehen, 1127 *Lutold* (CB I 247). *Luppoldus* ist häufig, z. B. 1218 (CB II 104), dazu tschech. *Litvín*, 1180–1182 *Lutwin* (CB I 266) aus ahd. *Liutwini*. Die mhd. Aussprache mit *iu* = *ü* kann nicht vorliegen, dafür wäre im Tschechischen *y* eingetreten. Es bleibt nur übrig, an ahd. diphthongische Aussprache mit *iu* zu denken, die nach *l* durch *l'u*, dem späteren *li-*, ersetzt worden ist. Da die Aussprache *ü* schon im 11. Jahrhundert vorhanden war, liegen hier Entlehnungen des 10. Jahrhunderts vor. Das ist nicht merkwürdig, denn *Oldřich* haben wir auch dieser Zeit zugeordnet. Im 10. Jahrhundert ist nicht nur *Větoslav* als *Wenzel* ins Deutsche gedragen, auch ahd. Personennamen sind bereits übernommen worden. Das wird in Böhmen erfolgt sein, wo sich in dieser Zeit das Christentum durchsetzt und der deutsche Einfluß wieder stärker wird.

Bei diesen Entlehnungen ist Dissimilation nicht selten. Wir konnten sie schon bei *Vilém* aus *Wilhelm* und *Lodhěř* für *Rüedegēr* beobachten. Der deutsche Personennamen *Brūn* hat sich zu *Brum* entwickelt, schon 1183 in dieser Gestalt bezeugt (CB I 271). Für Nikolaus erscheint *Mikuláš*, wieder mit auslautendem -š, das früh im Tschechischen bekannt geworden ist, wie die zugehörigen Kurzformen *Mikul* (1145 CB I 146) und *Mikus* (= *Mikuš*, 1169 CB I 217) zeigen, falls nicht bei letzterem eher an *Michael* zu denken ist. Bei tschech. *Pelhřim* für *Peregrinus*, schon 1175 *Pelegrinus* (CB I 244), dessen Alter auch durch tschech. *h* für *g* gesichert wird, gibt es auch im Deutschen die dissimilierte Form *Pilgrīm*.

Eine Zusammenstellung der bei der Tschechisierung deutscher Personennamen verwendeten Suffixe gibt Svoboda³⁷. Ob aber -a in allen Namen als Suffix zu betrachten ist, müßte untersucht werden. In alten Personennamen wie *Rapota* < *Rātboto*, *Žipota* < *Šiboto*, *Ahna* < *Hagno* steht -a für ahd. -o. Davon sind tschechische Kurzformen wie *Bedra* für *Bedřich*, *Hylta* für *Hiltprant* zu unterscheiden.

Das Tschechische hat früh die Fähigkeit besessen und sie bis heute behalten, Kurzformen zu bilden und mit Suffixen Erweiterungen vorzunehmen. Ihr Auf-

³⁶ Lessiak, Primus: Beiträge zur Geschichte des deutschen Konsonantismus. Brünn 1933, S. 110 (Schriften der phil. Fakultät der deutschen Univ. in Prag 14).

³⁷ Svoboda 38.

treten setzt die Bekanntschaft mit den Vollformen voraus. Für *Benedikt* begegnet schon früh die Kurzform *Ben*, den Bruder eines *Budivoj* (1193 CB I 309). Dazu konnte weiter ein *Benek* gebildet werden, z. B. 1180—1182 *Benko* (CB I 266) für einen Prager Kanonikus. Ein *Beník* tritt mehrmals auf, so 1186 *Benic* (CB I 284). Eine Weiterbildung ist *Beneda* 1175 (CB I 244). Dazu ist eine Weiterbildung 1185 *Benedic* (CB I 274), das nicht eine Verschreibung für *Benedikt* ist. *Beneš* erscheint 1146 als *Beness* (CB I 163). Die tschechische Form *Petr* für Petrus kommt mehrmals vor, zuerst 1158—1173 (CB I 263), die Weiterbildung *Petřík* z. B. 1180—1182 (CB I 267) als *Petrik*. Der Sohn des Herzogs Otto von Mähren heißt bei Cosmas II 43 *Ottik* „kleiner Otto“.

Beispiele dafür, daß der Sohn einen Namen deutscher Herkunft, während der Vater einen tschechischen Namen trägt, oder von Brüdern, von denen einer einen Namen deutscher Herkunft besitzt, oder daß der Vater einen deutschen, der Sohn einen tschechischen Namen hat, gibt Svoboda³⁸. Es handelt sich um Fälle wie *Ahna filius Milhost* (1232 CB III 15), *Emram cum fratre suo Pribizlav* (1183 CB I 271), *Lambertus cum filiis suis Velen et Imrammo* (1250 CB IV 336). Svoboda betont, daß sich daraus keine Schlüsse, auch nicht solche bedingter Gültigkeit, ziehen lassen. Aber im Zusammenhang mit dem Auftreten deutscher Namen an den Höfen und dem Erscheinen deutscher Ritter, die meist ohne deutsche Frauen gekommen sein werden, wird man vermuten dürfen, daß es sich in vielen Fällen um Erscheinungen von Mischehen deutscher Männer mit einheimischen Frauen handelt, was sich in der Namengebung auswirkt. Wenn zwei Generationen einer Familie deutsche Namen führen, wird an deutsche Herkunft zu denken sein, etwa 1180—1182 *Detheleb filius Gumpoldi*, *Winther filius Wilhardi* (CB I 266).

Der Slawnikinge *Vojtěch* hat bei der Ausbildung in einem deutschen Kloster vom Erzbischof Willigis den Namen *Adalbert* erhalten (Cosmas II 47). Der Olmützer Bischof Heinrich Zdík wird als *Heinricus qui et Sdik* zuerst bei Cosmas III 51 erwähnt. Verschiedene Herrscher Böhmens und Mährens haben einen tschechischen und einen deutschen Namen besessen, man denke an die beiden *Přemysl*, die bei den Deutschen *Otakar* genannt wurden. Da die Herzöge Böhmens und Mährens deutsche Frauen hatten, wird man in erster Linie daran denken müssen, daß wir die namenkundlichen Folgen nationaler Mischeiraten zu beurteilen haben. Zatschek, der diesen Fällen nachgegangen ist, möchte lieber an Einfluß der mit Deutschen besetzten Hofkapelle böhmischer Fürsten denken³⁹.

Im 13. Jahrhundert bahnt sich in der Benennung von Personen in Böhmen und Mähren eine neue Entwicklung an. Es beginnt der deutsche Landesausbau, der nun viele deutsche Namen von Bürgern, Bauern und Bergleuten ins Land bringt. Dem Ritter folgen andere deutsche Schichten. Die Verhältnisse sind bekannt, ein kurzer Hinweis kann genügen. Die in den Ortsnamen Markers-

³⁸ Svoboda 34.

³⁹ Zatschek, Heinz: Namensänderungen und Doppelnamen in Böhmen und Mähren im hohen Mittelalter. ZSDG 3 (1939) 1—11.

dorf, Seifersdorf, Wolfersdorf, Rückersdorf, Johnsdorf usw. fortlebenden Dorflokatoren *Markwart, Sivrit, Wolfram, Rüdegër, Johan* werden gleichzeitig in den Urkunden genannt. Es besteht eine Zusammengehörigkeit von Personen- und Ortsnamen. Neben den deutschen Rufnamen treten zunächst in geringem Maße Heiligennamen auf, deren Zahl sich zusehends verstärkt⁴⁰. Zugrunde liegt dieser Tatsache einerseits das zunehmende Einschrumpfen der Rufnamen deutscher Herkunft, so daß ein Bedürfnis nach neuen Namen vorhanden war, anderseits die neue Heiligenverehrung, die die bisher schon bekannten Heiligennamen zur Mode erhebt. Das zahlenmäßige Verhältnis ist kennzeichnend für das 13. und 14. Jahrhundert. Hätte man dieses Bild schon vor 50 Jahren vor Augen gehabt, hätte es niemals zur Bretholz'schen Theorie von der dauernden Ansässigkeit der böhmischen Germanen kommen können. Das Bild der bairischen Personennamen vom 8.—11. Jahrhundert ist ganz anders. Man muß hier zwischen Bekanntheit von Heiligennamen wie *Martin, Petrus, Nikolaus, Johannes* und ihrer auf neuer Mode beruhenden Beliebtheit im 13. und 14. Jahrhundert unterscheiden. Nun werden sie auch im Deutschen wie eigene Namen behandelt, z. B. mit Umlaut (*Merten*), Verdampfung des *a* (*Jokel*), verkleinert (*Jobel, Hän-sel, Nickel, Jäckel*). *Jakob* erscheint auch als *Jocoff* aus mittellateinischem oder hebräischem *Jacobus*, so daß in Böhmen bis ins 16. Jahrhundert die Form *Jocoff* üblich ist. Es sind die Zeichen des neuen Kulturlebens, der durch den deutschen Landesausbau eindringenden neuen Frömmigkeit, mit der die Volksheiligung verbunden ist und die letzten Endes auf die neuen Bettelorden zurückgeht, die diese Veränderungen in der Namensgebung bewirken. Die Heiligennamen finden sich ebenso stark bei den Deutschen wie bei den Tschechen, denn beide Völker werden von der neuen Mode, die international ist, erfaßt. Damit ist ein Zurücktreten der älteren heimischen Namen, der deutschen wie der tschechischen, verbunden.

Ähnliches ist beim Aufkommen der Familiennamen zu beobachten. Deutsche Ruf- und Heiligennamen kamen schließlich nur noch in beschränkter Zahl vor. Seit dem 13./14. Jahrhundert ist die Zeit gekommen, eine neue Namenmode einzuführen, die wieder international ist und in gleichem Maße Deutsche und Tschechen betrifft. Es kommen Beinamen auf, die erblich sind, und so zu Familiennamen werden. In Italien und Frankreich sind diese Namen schon vorher Mode geworden, die sich von Westen her über den Rhein nach Deutschland ausbreitet. Daß das Deutsche hier vorangeht, ist mit der Ostrichtung dieser Entwicklung verknüpft. Im Chrudimer Lösungsbuch 1399—1402 tragen viel mehr Tschechen als Deutsche Taufnamen als Einzelnamen (27,6 : 6,4 v. H.), aber fast doppelt soviel Deutsche als Tschechen Familiennamen (65,8 : 37,2 v. H.). Heiligen- und heimische Namen sind in Chrudim bei Deutschen und Tschechen in etwa gleichem Verhältnis vorhanden⁴¹. Natürlich gibt es dabei Unterschiede. Der Landespatron *Wenzel* steht bei den Tschechen an erster, bei den Deutschen an

⁴⁰ Vgl. die Abb. 1—10 bei Schwarz, Ernst: Sudetendeutsche Familiennamen aus vorhussitischer Zeit. Köln-Graz 1957 (Osteuropa in Vergangenheit und Gegenwart 3).

⁴¹ Schwarz, Ernst: Die Personennamengebung einer innerböhmischen Stadt um 1400. ZNF 16 (1940) 274—282, Abb. auf S. 278, 279.

vierter Stelle. Die bei den Deutschen noch häufigen Namen *Konrad*, *Heinrich* und *Hermann* sind bei den Tschechen überhaupt nicht vertreten. Sie waren bei den Deutschen als Kaisernamen beliebt, was bei den Tschechen keine Rolle spielte. Die Mode der Familiennamen breitet sich von oben nach unten, von den Städten auf das Land aus und in den Dörfern findet sich noch Einnamigkeit, während in der zugehörigen Stadt das Bild der Namen „moderner“ ist. Die Hussitenkriege bringen keine Veränderungen in diesen Verhältnissen.

TABOR UND DIE EUROPÄISCHEN REVOLUTIONEN

Von Ferdinand Seibt

I.

Das Urteil über den taboritischen Flügel der hussitischen Revolution ist bekanntlich zwiespältig seit je. Spätestens seit der Französischen Revolution von 1789 wurde die politische Virulenz des Taboritenthemas klar und bereits Ignatius Cornova suchte 1793 bei dem Vergleich zwischen Taboriten und Sansculotten nach einem „Gegengift wider den Freiheitstaumel“¹. Schon damals stellte man der „gemäßigten“ hussitischen Revolution von Prag die „anarchistische“ von Tabor gegenüber und diese Deutung begegnet uns wieder um 1848 in Varianten bei den Kontrahenten František Palacký und Emanuel Arnold; oder 1934 bei Josef Pekař und 1944 bei Kurt Konrad; sie gilt noch heute. Zuletzt sprach 1970 Jaroslav Mezník von einem solchen wenn nicht gar lokal, so doch mindestens strukturell faßbaren Dualismus².

Nun ist aber selbst wieder die Eigenart der taboritischen Revolution umstritten. Zeigen uns die Jahre zwischen 1419 und 1421 die „eigentliche“ Revolution, wie das Macek in seiner in vieler Hinsicht ausgezeichneten Tabor-Monographie zu zeigen sucht und wie später Robert Kalivoda in einer weitgespannten historischen Analyse im Zusammenhang der gesamten abendländischen Entwicklung demonstrierte³? Oder bringt vielmehr das spätere, „das verbürgerlichte Tabor“ nach Macek, „das formierte Tabor“ nach Kaminsky, den eigentlich weittragenden Ansatz zu einer europäischen Revolution, den man etwa am Revolutionsbegriff von Hannah Arendt messen könnte, so wie das Kaminsky in seinem Buch über Tabor im Jahre 1967 unternahm⁴? Eine hussitische Revolution und zwei Zentren also, aber damit nicht genug: ein Tabor und zwei Revolutionen! Wie soll man sie in die europäische Entwicklung einordnen?

II.

Worin besteht die Eigenart des ersten Revolutionsabschnittes in Tabor, den wir etwa mit den Jahren 1419/20 datieren? Es handelt sich um einen Aufbruch breiterer Bevölkerungsschichten, vornehmlich, aber nicht ausschließlich, wie uns

¹ Seibt, F.: Hus und wir Deutschen. Kirche im Osten 13 (1970) 86.

² Mezník, J.: Praha a Tábor. Vortrag auf dem internationalen Symposium der Čsl. Akademie der Wissenschaften in Tabor 1970.

³ Macek, J.: Tábor v husitském revolučním hnutí [Tabor in der hussitischen revolutionären Bewegung]. 2 Bde. Prag 1955 f. — Kalivoda, R.: Husitská ideologie [Hussitische Ideologie]. Prag 1961.

⁴ Kaminsky, H.: A History of the Hussite Revolution. Berkeley-Los Angeles 1967.

Macek gezeigt hat, armer bäuerlicher Herkunft, der monatelang sozusagen handgreiflich eingeübt wurde in den Massenwallfahrten auf heilige Berge, wo die Beteiligten in einer wichtigen, sozialpsychologisch heute an ähnlichen Aufbruchphänomenen längst eruierten Vorübung alles hinter sich ließen: Haus und Hof, Weib und Kind, um in einer neuen Gemeinschaft, geführt von ihren Predigern, geheiligt durch die *communio sub utraque*, wenigstens für Stunden ein neues Leben zu führen. Alles Alte blieb außerhalb, eine neue Welt umgab sie. Die ideologische Übersteigerung dieses Neuaufbruchs wurde für sie zum chiliastischen Syndrom. Ein neues, ein irdisches Paradies war ihnen verheißen, ohne Schmerz, ohne Krankheit, ohne Tod, ohne Sünde. Hinter ihnen aber blieb die ganze alte Welt zurück, von Gott verdammt, zum Untergang bestimmt. Allmählich vollzog sich dabei, wie Kaminsky und Kalivoda gezeigt haben⁵, eine Wandlung von der pazifistischen, von der passiven Erwartung des neuen Aons unter den drängenden Einflüssen äußerer Bedrohung zum Kampf für das neue Christenreich. Gegenüber dieser Kampfbereitschaft trat schließlich sogar das Ereignis der Ankunft Christi selbst in den Hintergrund.

Die Entwicklung ist bekannt. Die Wandlungen des Chiliasmus begleiteten vom Pazifismus bis zur militärischen Aggression im Laufe einiger Monate die organisatorische und ideelle Gestaltung einer Massenbewegung, und wenn auch die verschiedenen überlieferten Fassungen der sogenannten Chiliastenartikel nicht so deutlich die einzelnen Stadien der chiliastischen Entwicklung zeigen können, wie Macek in seiner Analyse von 1953 zunächst meinte⁶, so können wir sie aus diesen Quellen recht gut erfassen und insgesamt deutlich abheben vom allegorischen Chiliasmus herkömmlicher, eher propagandistisch-stimulierender Eigenart, wie ihn beispielsweise Jan Želivský in seinen Prager Predigten anwandte⁷. Der Fanatismus der aufgeregten und im wahrsten Sinne des Wortes aufgebrochenen Menge erlosch allmählich, als die Leute, zumindest in den Zentren der Bewegung, wieder sesshaft geworden waren. In diesem Sinne traf Macek genau das richtige, als er den Übergang vom chiliastischen Tabor zum „verbürgerlichten“ Tabor beschrieb.

Nicht alle Taboriten haben bekanntlich diesen Übergang in ein im weiteren Wortsinn „bürgerliches“ Leben mitvollzogen. Die Extremen wurden 1421 ausgestoßen und schließlich liquidiert. Die Widerspiegelung dieser Entwicklung in allen möglichen Lebensbereichen ist noch immer Gegenstand der Forschung, wovon zuletzt 1970 Jiří Kejř und Amedeo Molnár zeugten⁸. Mich beschäftigt aber die Frage, die Robert Kalivoda vor 10 Jahren in großem Ansatz untersucht und als ein wichtiges Problem der europäischen Historiographie dargestellt hat:

⁵ Kalivoda 4. Kapitel. — Kaminsky, H.: Chiliasm and the Hussite Revolution. *Church History* 16 (1957) 43–71.

⁶ Macek, J.: Tábořské chiliastické články [Die Taborer Chiliastenartikel]. *SbH* 1 (1953) 53–64. Dazu aber Töpfer, B.: Das kommende Reich des Friedens. Berlin 1963, S. 161 f.

⁷ Želivský, J.: *Dochovaná kázání z roku 1419*. Bd. 1. Hrsg. von A. Molnár. Prag 1953.

⁸ Kejř, J./Molnár, J.: Vorträge auf dem Symposium in Tábor 1970.

worin besteht die Bedeutung dieser chiliastischen Revolution in Tabor? Die Antwort wußte eigentlich schon Karl Mannheim 1929. In seinem Buch über Ideologie und Utopie lesen wir: „Der entscheidende Punkt in der neuzeitlichen Entwicklung war — der Augenblick, wo das Chiliastische mit dem aktiven Wollen unterdrückter Schichten ein Bündnis schloß ... Hier beginnt erst Politik im neuzeitlichen Sinne, wenn man nämlich darunter ein mehr oder minder bewußtes Mitwirken aller mitlebenden Schichten an der diesseitigen Weltgestaltung versteht und dies einem schicksalhaften Hinnehmen des Geschehens oder einem Regiertwerden von oben gegenüberstellt.“ Der Chiliasmus zehrt nämlich, wie Mannheim ebenfalls bereits erkannte, nicht von „Ideen“, sondern war in „viel dumpfer gelagerter Seelentiefe“ wirksam, fern dem vielberufenen rationalen Trend, mit dem geistige Eliten die europäische Geschichte vorantrieben, „den niedrigsten Schichten zuzurechnen“⁹. Daß daraus dennoch ein revolutionärer Aufbruch entstehen konnte, zeigte Robert Kalivoda in seiner Analyse der hussitischen Ideologie¹⁰. Er belegte anschaulich den chiliastischen Pantheismus, seine Weltvergottung, und erklärte daher auch seinen Drang zur Weltveränderung, denn die vergottete Welt erhält eine neue Würde, die einen solchen Einsatz lohnt. Konsequenter entspricht dieser Einstellung auch eine Selbstvergottung des Menschen, die funktional an die Stelle der erwarteten Wiederkunft Christi tritt. Sie erfüllt die Sehnsüchte nach der Welt ohne Sünde, ohne Krankheit und Tod wenigstens als illusionäre Behauptung — Sehnsüchte nach der utopischen Welt.

Damit greife ich nach einem Stichwort, das in der tschechischen Taboritenforschung nicht unbekannt ist: denke nur an das Buch von Machovec und Machovecová¹¹. Die Taboriten haben die Ausgestaltung des utopischen Gedankengebäudes natürlich in den vorgeprägten Vorstellungen und Symbolen übernommen, welche ihnen die Bibel an die Hand gab und zählen damit noch zu einer älteren Phase des utopischen Denkens in Europa. Fünf heilige Berge, fünf Zufluchtsstätten, ja die civitas solis, die Sonnenstadt, die später in anderer Version durch Campanella zum utopischen Begriff geworden ist, fanden sie bereits in der Prophetie des Isaia¹². Die Auserwählten sollten alles gemeinsam haben. Wir entdecken im übrigen bei ihnen, ähnlich wie bei Thomas Müntzer, keine konkreten Angaben über die Neugestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse und müssen hier den größten Unterschied konstatieren zwischen den älteren chiliastisch-utopischen Erwartungen und zwischen einer ökonomischen Utopie, die bei Joachim von Fiore zum ersten Mal auftauchte und bei Thomas Morus dann zu einem literarischen Modell gestaltet wurde¹³.

Immerhin bildet die Besitzgemeinschaft eine Verbindung zwischen Morus und den Taboriten. Allen beiden galt das Privateigentum als Todsünde, wie es hier, oder als die Wurzel allen Übels, wie es dort zu lesen steht. Weder Kaiser noch

⁹ Mannheim, K.: Ideologie und Utopie. 4. Aufl. Bonn 1964, S. 184 f. u. 197.

¹⁰ Kalivoda 4. Kap.

¹¹ Machovecová, M. / Machovec, M.: Utopie blouznivců a sektářů [Die Utopie der Schwärmer und Sektierer]. Prag 1960.

¹² Isaia 19, 18.

¹³ Seibt, F.: Utopie im Mittelalter. HZ 208 (1969) 555—594.

Könige, weder Herren noch Adel soll es in der neuen taboritischen Weltordnung geben¹⁴. Die einfachen Leute werden *dominari per se*, aber sie werden dabei nicht mehr die armen Unwissenden von ehemals sein; unmittelbar erleuchtet vom Heiligen Geist sollen sie vielmehr nicht einmal der Bibel mehr bedürfen. Wieder können wir diesen wunderbar begründeten Zustand in der Sehnsucht der Taboriten mit dem rational erläuterten Ergebnis geistiger Schulung auf der glücklichen Insel Utopia des Thomas Morus vergleichen. Auch hier regieren die Weisen über ein erleuchtetes Volk, nur bestellt durch Wahl und allgemeine Anerkennung, und außerdem gibt es keine politischen Privilegien. Man muß den zeitgenössischen Herrschaftsanspruch des „blauen Geblüts“ vor Augen haben vom letzten ritterlichen Grundherrschaften bis hinauf zu dem noch immer weitgespannten Mythos von der Heiligkeit der kaiserlichen und königlichen Dynastien, um die Gemeinsamkeit der utopischen Gegenwelt zu begreifen, die sich nicht erst bei Thomas Morus, sondern eben auch in chiliastischen Utopien vom Typ der taboritischen bereits abzeichnet.

Die taboritischen Chiliasten brauchen keine Eucharistie mehr, weil Christus in ihnen wohnt, keine Taufe, weil sie aus dem Heiligen Geist getauft werden, Bruchstücke einer Konfession, die uns Martin Húška überliefert hat und die Kaminsky nach der historischen Zugehörigkeit zur freigeistigen Häresie und Kalivoda nach ihrer philosophischen Eigenart erläuterten¹⁵. Auch die Utopier des Thomas Morus, der später zum katholischen Märtyrer geworden war, sind in dieser Hinsicht zutiefst unorthodox, weil sie geradeso wie die chiliastischen Taboriten den Kern des christlichen Dogmas ablehnen, nämlich die Lehre von der Gnadenvermittlung.

Eine andere Version der utopischen Sehnsüchte nach der Vollkommenheit begegnet uns wieder im sexuellen Paradies auf Erden, das schließlich eine kleine Gruppe des chiliastischen Taboritentums errichten möchte. Die Verbindungen zu häretischen Zirkeln der Brüder und Schwestern vom Freien Geist aus dem 14. Jahrhundert zeigte bereits vor Jahrzehnten M. Bartoš¹⁶. Seine Erkenntnisse wurden von Howard Kaminsky und von Ernst Werner vertieft¹⁷, aber nicht nur die Wurzeln dieses hedonistischen Pantheismus scheinen mir wichtig, nicht nur der Rückblick an dieser Stelle für den Historiker, sondern auch die Vorausschau zu späteren Entwicklungen, um das historische Phänomen richtig zu erfassen. Solche chiliastischen Utopien sind nämlich nicht etwa typisch mittelalterlich, sondern sie begleiten alle folgenden europäischen Revolutionen bis hin zum Ende des 18. Jahrhunderts, sie lassen sich als revolutionäre Unterströmungen auch im 19. Jahrhundert noch beobachten¹⁸.

¹⁴ Die Chiliastenartikel bei Lorenz von Březová in FRB V 415 ff.; dazu Ergänzungen in der tschechischen Fassung in Archiv Český III, hier bes. der Artikel 24.

¹⁵ Kalivoda 4. Kap. — Kaminsky, H.: The Free Spirit in the Hussite Revolution. Church History 23 (1964) XXXXXXXX.

¹⁶ Bartoš, F. M.: Husitsví a cizina [Hussitismus und Ausland]. Prag 1931.

¹⁷ Werner, E./Büttner, H.: Circumcellionen und Adamiten. Berlin 1959.

¹⁸ Vgl. z. B. Tuveson, E. L.: Millenium and Utopia. Los Angeles 1949.

III.

Wir haben es also, um es noch einmal genau zu sagen, mit einem chiliastischen Utopismus zu tun, der die Brücke schlägt zur Säkularisation des revolutionären Denkens. Er läßt seine Anhänger nicht mehr passiv den Einbruch des Transzendenten ins Diesseits erhoffen, sondern er ist bereits in Grundzügen auf die großen menschlichen Sehnsüchte gerichtet. Zwar noch unfähig, eine wirkliche Gegenwelt aus der rationalen Spekulation der künftigen klassischen Utopie zu gestalten, will er doch tatsächlich im Diesseits eine neue Welt errichten. Epochalen Definitionen möchte ich bei dieser Gelegenheit ausweichen; denn ich glaube nicht, daß diese Entwicklung nur einen einzigen Bogen, etwa vom 12. Jahrhundert an, der großen Zeit des symbolistischen Chiliasmus, bis in die Neuzeit umfaßt. Soweit ich bisher sehe, läßt sich vielmehr beobachten, daß ein und dieselbe Entwicklung von der passiven Endzeithoffnung zum Diesseitsaktivismus immer wieder an verschiedenen Orten den chiliastischen Ereignissen innewohnt.

Im Endergebnis erreichte man auf diesem Wege noch lange nicht jene rationale Neugestaltung aller weltlichen, aller gesellschaftlichen Bezüge, wie sie Thomas Morus nicht etwa geschaffen hat, wie man vielfach noch glaubt, sondern wie er sie nach manchen mittelalterlichen Ansätzen sozusagen aus der Taufe hob, und ihnen in einem genialen Entwurf Gestalt und Namen gab. Vielmehr wirkte die chiliastische Utopie auf der älteren, auf der Grundlage biblischer Paradieshoffnungen noch jahrhundertlang weiter. Da führt beispielsweise wohl ein Weg von den Taboriten zu den Wirsbergern, einer Sekte, die gut 50 Jahre nach dem taboritischen Chiliasmus von westböhmischen Edelleuten geführt, vielleicht von einem Franziskaner aus Eger inspiriert, sich im südlichen und mittleren Deutschland ausbreitete, so stark, daß ihre Anhänger behaupteten, vereint vermöchten sie auch dem mächtigsten deutschen Fürsten zu widerstehen¹⁹. Ähnlich wie die Taboriten formierten sich dann 1476 unzufriedene Bauern, nicht ohne wohlwollendes Interesse auch einiger Niederadeliger, zu Massenwallfahrten im Taubertal. Bis zu 70 000 sollen hier gelegentlich zusammengekommen sein, um die Predigten des vom Geist erweckten, nach einer Quelle auch von einem „Bruder“ angeregten Hans des Pfeifers zu hören, aus dessen Zunamen Böheim man manchmal auch auf besondere Verbindungen nach Böhmen schließt. Solche möglichen Zusammenhänge, die sich beim Quellenmangel doch kaum je erhärten ließen, sind mir aber nicht so wichtig wie der phänomenologische Vergleich: als man Böheim verhaftete, predigte er gerade nackt in einer Schänke. Norman Cohn hat diesen Umstand kürzlich wohl treffend mit dem taboritischen Adamitentum in Verbindung gebracht²⁰. Bis zum militanten Chiliasmus waren die Anhänger Hans Böheims augenscheinlich noch nicht vorgestoßen. Nach der Verhaftung ihres Propheten suchten sie nämlich mit Wallfahrerkerzen die bischöfliche Festung in Würzburg zu erstürmen. Sie wollten also keine innerweltliche militärische Auseinandersetzung führen, sondern sie erhofften noch den unmittelbaren Eingriff

¹⁹ Döllinger, I.: Beiträge zur Sektengeschichte. Bd. 2. München 1890, S. 626.

²⁰ Cohn, N.: The Pursuit of the Millenium. London 1957, S. 249.

Gottes in den Lauf der Welt. Aber schon für den nächsten Tag hatte Hans Böheim vor seiner Verhaftung ein ganz anderes Aufgebot zur Wallfahrt bestellt: nur Männer hatte er nämlich zu diesem Tag geladen, und nicht mit Kerzen, sondern mit Waffen. Auch hier scheint also der Umschlag zur militanten Aggression unmittelbar bevorgestanden zu haben.

Der nächste große Vergleich zum Taboritentum bietet sich dann erst einige Jahrzehnte später als ein Nachspiel zur Reformation nach unserer herkömmlichen Chronologie, nach meinem Dafürhalten allerdings als eine Begleiterscheinung in den reformatorischen Umwälzungen überhaupt, die man richtig mit der hussitischen Revolution beginnen und dann aber auch bis zu den aufgeregten Zeitläuften des Dreißigjährigen Krieges fortführen sollte. Hier meine ich jedenfalls die Ereignisse um das Täuferreich zu Münster 1534/35. An dieser Episode können wir ungestörter, räumlich klar begrenzt und nach der zeitlichen Entwicklung in aller Deutlichkeit belegt, den Ablauf einer chiliastisch inspirierten Utopie vom Transzendenten zum Säkularen beobachten. Die Münsteraner Täufergruppe rekrutierte sich vornehmlich, ganz wie in Tabor, aus Unterschichten, geführt von Gebildeten, oder wenigstens von rhetorisch Überlegenen, von Intellektuellen also nach den Definitionen Brintons und Le Goffs²¹, und entwickelte sich im Laufe einiger Monate vom Pazifismus zum Aktivismus, von der dulddenden Liebe zur Aggression. Während einer sechzehnmonatigen Belagerungszeit gedieh sie schließlich zur kommunistischen Theokratie mit Ansätzen zum Produktionskommunismus und zur Weibergemeinschaft. Das weltliche Regiment in Münster, das sich von der Theokratie zur Monarchie entwickelte, nahm schließlich auch wieder bereits die Ansätze auf zu „verbürgerlichen“, es versuchte nämlich, sich in die konservative Staatengemeinschaft seiner Nachbarn einzugliedern, kurz ehe die Stadt schließlich ihren Belagerern erlag.

Vielleicht muß ich noch genauer zeigen, an einem Beispiel zumindest, daß auch die Münsteraner Chiliasten Pantheisten waren: von den Taboriten berichten uns die Quellen, sie hätten den Text des christlichen Zentralgebetes verändert und die Worte gebraucht: „Vater unser, der du bist in *uns*, heilige *uns* ...“ Solcherart wurde in der liturgischen Formel der Himmel auf die Erde versetzt. Die Münsteraner prägten für ihren Außenhandel Münzen mit der Umschrift: „Und das Wort ist Fleisch geworden und wohnt in *uns*“²².“ Damit münzten sie sozusagen das historische Präteritum des Bibelzitats um zur pantheistischen Gegenwart.

Ähnliche Utopien bewegten nicht nur die Münsteraner, sondern bildeten eine breitere Begleiterscheinung des reformatorisch erregten Europa. Sie brachen bei der nächsten großen Revolution, beim sogenannten „Abfall der Niederlande“ nämlich, in einer anderen Landschaft wieder auf und in der englischen Revolution von 1649 begegnen wir diesem Gedankenkreis von neuem. Einen ähnlichen Zusammenhang hatte übrigens bereits vor 70 Jahren eine deutsche Arbeit über

²¹ Brinton, C.: *Utopia and Democracy*. In: Manuel, F. E.: *Utopias and Utopian Thought*. Boston 1966, S. 50—68, hier S. 53. — Le Goff, J.: *La civilisation de l'occident médiéval. Les grandes V civilisations III*. Paris 1965, S. 10.

²² Seibt, F.: *Utopica. Modelle totaler Sozialplanung*. Düsseldorf 1972, S. 192.

die prophetische Literatur am Vorabend der Reformation in Deutschland zumindest exemplarisch beobachtet und in die Worte gefaßt: „Die prophetische Schwärmerei von einer neuen glücklichen Zeit, deren Begründung ebenso utopistisch entschieden durch ihre Mittel ist wie die französische Aufklärung, stimmt ganz überraschend mit der philanthropischen vom Goldenen Zeitalter zusammen“²³.“ Wir haben es also mit einer revolutionären Erscheinung zu tun, die das Denken politischer Unterschichten jahrhundertlang begleitete und in Tabor eine ihrer markanten Ausprägungen erfuhr.

IV.

Als die Taboriten sich aus diesem chiliastischen Gedankenkreis allmählich lösten, ihn schließlich indizierten und verfolgten, war ihre militärische Kraft noch lange nicht voll entfaltet. Ihre militärische Bedeutung innerhalb der hussitischen Revolution erreichten sie vielmehr erst in der Folgezeit, als sie mit Žižka tatsächlich der stärkste Faktor im hussitischen Böhmen gewesen sind, danach mit ihrem Städtebund den größten Teil des hussitischen Gebietes organisierten und schließlich unter der Führung Prokops des Großen ganz Mitteleuropa in Schrecken hielten. War dieses mächtige, aber von der chiliastischen Utopie gelöste Tabor nun auch noch revolutionär? War es nach seinen gesellschaftspolitischen Vorstellungen „verbürgerlicht“, wie Macek einmal sagte, oder war es nun erst revolutionär „formiert“, wie Kaminsky zuletzt sich ausgedrückt hat? Mit diesem Problem will ich mich nun befassen.

Kaminskys Buch von 1967 will zeigen, daß erst das „formierte“ Tabor der späteren zwanziger Jahre die wohldurchdachte, die kraftvolle, die eigentliche gesellschaftliche Revolution in sich barg. Howard Kaminsky zählt zu den besten Kennern der teils noch unedierten theologischen Traktate, besonders taboritischer Herkunft, und hat in einer ganzen Reihe von Studien den Revolutionsablauf mit guten eigenen Erwägungen nachgezeichnet und aufgehellert. In seinem Buch von 1967 arbeitet er mit religionssoziologischen Gesichtspunkten, die einst Ernst Troeltsch und Max Weber entwickelt hatten. Für die Frage nach der revolutionären Eigenart des taboritischen Christentums sind solche religionssoziologische Gesichtspunkte sicher wichtig, aber sie bringen uns heute nicht mehr den Stand der Forschung. Die Diskussion um das Verständnis der Revolutionen in der europäischen Gesellschaft ist längst in ein anderes Stadium geraten. Kaminsky arbeitet insofern mit vielen wichtigen Einzelheiten, mit einer guten Gesamtdarstellung, besonders der Vorgeschichte der hussitischen Revolution, aber doch mit einer ideengeschichtlichen Betrachtungsweise, die wir heute als ungenügend empfinden. Eine Revolution ist ja doch kein bloß ideengeschichtliches Phänomen, auch wenn sie in der Welt der Ideen für die gedankengeschichtliche Betrachtung die tiefsten Spuren zu hinterlassen pflegt; eine Revolution ist vielmehr zunächst ein Ereignis *innerhalb* der gesellschaftlichen Ordnung und wir erwarten von der Revolutionshistoriographie heute, daß sie diese gesellschaftliche Ordnung und ihre Verän-

²³ Werner, H.: Die Festschrift ‚onus ecclesiae‘ (1519) . . . Gießen 1901, S. 106.

derungen auf eine unmittelbare, direkte Art erfaßt. Einen unmittelbaren Niederschlag haben die gesellschaftlichen Veränderungen aber im ideengeschichtlichen Quellenmaterial, das Kaminsky untersucht, nicht gefunden.

Kaminskys These, daß die eigentliche Revolution im späteren „formierten Tabor“ zu beobachten sei, oder seine Vorstellung von einer „Revolution in der Revolution“, wie František Šmahel Kaminskys Auffassungen kritisiert hat²⁴, bleibt deswegen auch tatsächlich undeutlich auf einen großen Gesamteindruck beschränkt. Auf einen konkreten Beweis für seine Bewertung verzichtet Kaminsky sogar ausdrücklich. Er schreibt da von der Gesellschaftsordnung in Tabor in den späteren zwanziger Jahren: „Da war kein Ersatz einer regierenden Klasse durch eine andere, kein Neubau der ökonomischen Basis der Gesellschaft, aber diese nütternen Korrektive sind selber irreführend ... Tabor und in abweichendem Maß auch die anderen Städte der Bruderschaft mögen wohl die mittelalterlichen ökonomischen Formen der Produktion und die speziellen Formen der Verteilung bewahrt haben, aber die Städte waren *augenscheinlich* neue sozialpolitische Gebilde und ihre Religion war etwas, das vorher in der europäischen Geschichte noch nie gesehen worden war. Das Neue war wichtiger als das Alte²⁵.“ Demnach verläßt sich Kaminsky bei der Qualifizierung dieser Revolution auf das „Augenscheinliche“ und auf ein indefinables „Neues“. Er irrt aber, wenn er davon spricht, die sozialpolitische Neuorganisation der Taboritengemeinde mit religiösem Anliegen und dem Bewußtsein einer weltgeschichtlichen Elite sei zuvor in der europäischen Geschichte noch unbekannt gewesen. Denn jeder Kenner des hochmittelalterlichen Ordenswesens, wo man mindestens so deutlich wie im späteren taboritischen Städtebund die Welt durch neue Gemeinschafts- und Lebensformen verändern wollte, würde solche Prioritäten bezweifeln. Läßt man die taboritische Bewegung nur unter seinen Gesichtspunkten gelten, dann war der weitgespannte Aufbruch etwa der zisterziensischen Ordensbewegungen mit ihrem Konverteninstitut oder das oberitalienische Humiliatenwesen mit laikaler Familienstruktur sehr wohl schon Jahrhunderte früher ein durchaus ebenbürtiger Vorgänger des „Neuen“, das Kaminsky in Tabor beobachtete.

Ich glaube, daß man den Revolutionsbegriff unter schärferen Gesichtspunkten erfassen muß. Kaminsky möchte mit seiner Darstellung, wie er gleich im Vorwort versichert, die Vorstellung von Hannah Arendt widerlegen, die vor wenigen Jahren in einer großen Arbeit die Revolution als ein modernes Phänomen hingestellt hat, das erst mit den Ereignissen in Amerika von 1776 und in Frankreich von 1789 seinen weltgeschichtlichen Anfang habe²⁶. Ich bin geradeso wie er der Auffassung, daß die Revolution in diesem Sinne nicht bloß ein modernes Phänomen ist, sondern daß eine solche Auffassung nur einer unzulänglichen Definition, im Falle Hannah Arendts sogar einer unzureichenden Bekanntschaft mit der mittelalterlichen Geschichte, entspringt. Aber ich glaube, daß man die taboritische Revolution unter anderen Gesichtspunkten fassen und klären muß, gerade

²⁴ Šmahel, F.: Rezension Kaminskys in ČSČH 16 (1969) 752.

²⁵ Kaminsky: A History 440.

²⁶ Arendt, H.: Über die Revolution. dt. Frankfurt 1960, S. 30 ff.

unter solchen, die Kaminsky als „nüchterne Korrektive“ ablehnt. Eine bloß gedankengeschichtliche Deutung der Revolution, wie sie vor 40 Jahren Eugen Rosenstock-Huessy aus der europäischen Revolutionsgeschichte destillierte²⁷, in einem hochinteressanten Buch, das inzwischen schon vier Auflagen erfuhr, bietet wichtige Anhaltspunkte, aber eben nicht die Sache selbst.

Insofern herrscht ein tiefes Mißverständnis zwischen Kaminsky und mir über die Deutung der hussitischen Revolution, das Kaminsky im Vorwort seines Buches anmerkte, ohne es je näher auszuführen. Ich bedauere das. Ich bin der Auffassung, daß wir uns nach manchem grundsätzlichem Einverständnis über die Dinge so nahe sind, daß auch unsere Auffassungen von der Revolution diskutiert werden müssen, weil sie von größtem Belang für unser Gesamturteil über den Hussitismus sind.

V.

Meine Untersuchungen über den hussitischen Gemeindebegriff und über die ständische Rangfolge in hussitischen Manifesten bestätigten 1964 tatsächlich manches, was auch Kaminsky 1967 zum Ausdruck brachte: daß nämlich auch das sogenannte „formierte Tabor“ revolutionär gewesen ist, weil es einen gewaltsamen planmäßigen Umbau der gesellschaftlichen Ordnung erstrebte²⁸. Die Gesellschaft jener Zeit war ständisch geordnet. Die Auseinandersetzung mit dieser Ständeordnung prägte infolgedessen auch die Pläne der Revolutionäre. Nur ein Teil von ihnen, unter anderem auch die utopischen Chiliasten, strebte nach Egalität. Der Großteil, und man ist versucht zu sagen, die Realpolitiker unter ihnen, wollte die Ständeordnung umbauen, aber nicht beseitigen. Wir haben hier ein Phänomen vor uns, das noch viel zu wenig beachtet wurde, obwohl es tatsächlich die europäischen Revolutionen vom 15. mindestens bis zum 18. Jahrhundert bestimmt, alle jene Revolutionen, die Marx als bürgerlich bezeichnete. Marx hatte bei seiner im ganzen der Fachhistorie seiner Zeit manchmal weit überlegenen Konzeption nicht beachtet, daß jenes Bürgertum, von ihm als Träger des Revolutionsprozesses angesprochen, nicht nur aus seinen ökonomischen Grundlagen, sondern auch aus seiner Position in der Ständegesellschaft gedeutet werden muß.

Unter diesen Voraussetzungen erstrebte das spätere taboritische Städtebündnis, wie seine Dokumente erkennen lassen, eine gesellschaftliche Neuordnung in Böhmen auf der Grundlage einer städtischen Schwureinung, einer Eidgenossenschaft aus Stadtgemeinden. Die herkömmlichen Herrschaftsansprüche des Adels und der königliche Legitimitätsanspruch kamen in dieser Schwureinung nicht zur Sprache. Es wird sichtbar, daß die Taboriten eigentlich an eine republikanisch-städtische Neuordnung des Landes dachten, die ihnen aber nie gelang, so daß der praktische Beweis für ihre revolutionäre Absicht auf den regionalen Herrschaftsbereich ihrer Feldheere beschränkt bleibt. Eine politische Theorie haben sie ebensowenig hervorgebracht wie etwa die Prager Altstadt, deren Hegemonialanspruch in den

²⁷ Rosenstock-Huessy, E.: Die europäischen Revolutionen und der Charakter der Nationen. 4. Aufl. Stuttgart 1961.

²⁸ Seibt, F.: Hussitica. Zur Struktur einer Revolution. Köln 1964, S. 161 ff.

Jahren 1420/21 sich jedoch ungleich klarer aus ihren Manifesten herausarbeiten ließ — eine meiner älteren Arbeiten, auf die sich Kaminsky gelegentlich bezog²⁹ —, so daß mir umso unverständlicher scheint, warum ihm das Anliegen meiner auch auf die Taboriten bezogenen Analyse des hussitischen Gemeindebegriffs nicht als die Bestätigung mancher seiner Auffassungen erschien.

Wir begegnen in der hussitischen Revolution diesem ständischen Neuordnungsplan im frührevolutionären Prag, gerade wie auch im späteren Tabor, also etwa auf der „bürgerlichen“ Ebene; wir begegnen ihm aber auch beim Bürgertum der deutschen Reformation, freilich nur ansatzweise, und den deutschen Reichsfürsten gegenüber eher nur in der Defensive; wir finden ihn in den Niederlanden, in der englischen Revolution, und er beherrscht die ersten beiden Jahre der Französischen Revolution. Daneben ist in allen diesen Revolutionen aber auch die egalitäre Ideologie von Bedeutung, ausgearbeitet von politischen Intellektuellen, die zwar städtisch lebten, aber eben nicht bürgerlich dachten, und getragen von den breiteren Massen, die auf der untersten Stufe der Ständepyramide erklärlicherweise nur durch die Gleichheit aller zur Gleichberechtigung aufsteigen konnten. Erst in der Französischen Revolution brach diese egalitäre Strömung zur großen historischen Wirksamkeit durch. Im frühen Tabor aber hatte sie mit chiliastischer Umkleidung zum ersten Mal einen nennenswerten Auftritt auf weltpolitischer Bühne.

Nach Auffassung einer klugen soziologischen Studie setzt eine Revolution die Bildung von Subsystemen in der Gesellschaft voraus³⁰. Die Ständeordnung „Alteuropas“ hielt die Ansatzpunkte für solche Subsysteme in einem noch immer unterschätzten Ausmaß jahrhundertlang schon im Mittelalter bereit. Erst als die Einheit der Christenheit zerbrach — im Investiturstreit, in den Albigenserkriegen und dann im Herzen Europas, vor der Weltöffentlichkeit und vor zwei Konzilen eben im hussitischen Böhmen —, waren solche Systeme auch ideologisch so tief in ihrem Selbstbewußtsein gerechtfertigt, daß sie zur Revolution heranreiften. Die Ständegesellschaft konnte ihren Revolutionären dabei aber eine Alternative anbieten: einmal ein Modell, das die Ständepyramide nicht ablehnte, sondern nur neuordnen wollte, und ein anderes, das die Gleichheit aller versprach. Die hussitische Revolution zeigt uns in Tabor und in Prag zum ersten Mal diese Ambivalenz der europäischen Revolutionen, die fortan die Geschichte Europas über ein halbes Jahrtausend begleitet.

²⁹ Seibt, F.: *Communitas primogenita*. Zur Prager Hegemonialpolitik in der hussitischen Revolution. HJ 81 (1962) 80—100.

³⁰ Ramstedt, O. in *Kölner Zs. für Soziologie* (1968) 333.

DIE WETTENGEL VON NEUENBERG

Die führenden Kaufleute Prags vor der Schlacht am Weißen Berge

Von Richard Klier

Eine der wichtigsten Quellen für die Handelsgeschichte Prags ist das allein erhaltene Zollbuch des Jahres 1597, das sich im Archiv der Hauptstadt der Tschechoslowakischen Republik unter der Signatur rkp. 2054 befindet. Danach waren alle zwölf der darin auf besonderen Konten erwähnten Großkaufleute Träger deutscher Namen. Sie zahlten als Prager Bürger nur halben Zoll, der hier in Klammern nach jedem Namen in Schock meißnischen Groschen angegeben wird.

Christoph Wettengel (Bettengel) aus der Herrschaft Neuberg-Asch (92), Lorenz Stark von Freiberg/Sachsen (55), Hans Teyfel von Prag-Kleinseite (46), Georg Pfender von Isny bzw. Nürnberg (44), Hans Nerhof von Hattingen/Ruhr (37), Thomas Hebenstreit von Frankenberg/Sachsen (26), Christoph Gronberger von Erfurt (21), Linhart Perger von Passau (20), Thomas Graf jun. von Prag (15), Thomas Graf sen. (12), Hans Kirchmair von Prag-Altstadt bzw. von Freistadt in Oberösterreich (3), und Melchior Stark von Freiberg in Sachsen (2)¹.

Abgesehen vom „Taifl-Haus“ erinnert in Prag heute nichts mehr an die oben genannten Familien, nur aus verstaubten Akten können wir etwas über ihr Schicksal erfahren, ganz im Gegensatz etwa zu Nürnberg, wo die alten Patrizierfamilien noch Einfluß und Bedeutung besitzen. In diesem Aufsatz soll ein Blick in die Vergangenheit eines Prager Patriziergeschlechts geworfen werden, bei dem Erfolg und tragisches Schicksal eng verknüpft waren.

Die Wettengel-Sage

In seinen „Miscellanea historica regni Bohemiae“, Prag 1679, berichtet der Jesuit Bohuslav Balbín, der berühmte böhmische Geschichtsschreiber unmittelbar nach dem Dreißigjährigen Kriege, im 39. Kapitel, das „vom Reichtum der Vornehmsten Böhmens im vergangenen Jahrhundert“ handelt, „De Christophori Betengeli, civis veteris Pragae, Richnovii domini, opibus mira a senibus audiui, obiit Pragae 1602“. Demnach hatte er über den Reichtum Christoph Wettengels, der Bürger von Prag und Herr von Reichenau an der Kněžna war, Staunenswertes vernommen. Im Jahre 1602 sei er gestorben.

¹ Janáček 347 f. — Winter, Zikmund: Život v pražském Ungeltě r. 1597 [Das Leben im Prager Ungelt im Jahre 1597]. Časopis musea království českého 73 (1899) 23 f.

Aus diesen Erzählungen, bei denen wohl schon Wahrheit und Dichtung zusammenflossen, entstand im Laufe der Zeit eine Sage, die den Reichtum Wettengels auf einen Schatzfund zurückführte. Diese Sage ist in mehreren, nur wenig voneinander abweichenden Fassungen erhalten. Die älteste findet sich in der im 18. Jahrhundert entstandenen „Historia collegii“ (Bd. III) des ehemaligen Piaristengymnasiums in Reichenau an der Kněžna. Darnach lebte Wettengel im Walde „hinter der Bleiche“ bei Reichenau und ernährte sich vom Löf-felschnitzen — er war demnach ein ganz armer Schlucker — und wurde durch ein Wiesel, das ein Goldstück im Maule trug, auf ein unterirdisches Versteck aufmerksam gemacht, wo er viele Schätze fand, die es ihm erlaubten, die Herrschaft Reichenau zu kaufen.

In den 1816—1818 erschienenen „Deutschen Sagen“ der Brüder Grimm finden wir diese Sage unter Nr. 332. Sie trägt den Titel „Der Krämer und die Maus“. Darin wird wieder das beliebte Schatzmotiv erwähnt, nur daß an die Stelle des Wiesels eine Maus tritt. Als Quelle werden die Dramatischen Erzählungen von [Gottfried Immanuel] Wenzel († 1809) angegeben, die mir nicht zugänglich waren. Der Name Wettengel wird in der deutschen Sage nicht angegeben, jedoch beweist der Ortsname Reichenau, das Sitz einer Herrschaft der Wettengel war, daß es sich um die gleiche Sage handelt.

Von tschechischen Fassungen der Wettengel-Sage ist eine der bekanntesten die von Josef Svátek in seiner Sammlung „Pověsti a legendy“ 135.

Die Herkunft der Prager Wettengel

Über die Herkunft der Prager Wettengel geben die Stadtrechtsbücher der Altstadt Prag Auskunft. Als Christoph Wettengel am 23. August 1563 als Neubürger dieser Stadt aufgenommen wurde, wies er ein deutsches Wohlverhaltenszeugnis der Brüder Adam und Hans Heinrich von Zedtwitz auf Neuberg vor, das am 5. Januar 1562 ausgestellt worden war². Auch seinem Bruder Eustachius Wettengel wurde von den gleichen Adeligen „auf Neuberg und Krugsreuth“ eine Urkunde der gleichen Art am 15. April 1572 ausgefertigt, die aber erst am 9. März 1592³, demnach zwanzig Jahre später, zur Erwerbung des Prager Bürgerrechts diente.

Aus diesen Angaben geht einwandfrei hervor, daß die Prager Wettengel aus dem Gebiet der Herren von Zedtwitz auf Neuberg und Krugsreuth gestammt haben. Diese beiden Schlösser liegen in den Orten gleichen Namens bei Asch im westlichsten Zipfel von Böhmen. Mittelpunkt der Verwaltung der Herrschaft Neuberg war der Markt Asch (seit 1872 Stadt), wo im Gerichtshaus der Gerichtsverwalter, der höchste Beamte des Ländchens, tätig war⁴.

² AmPr.: Kniha městských práv [Buch der Bürgerrechte] Nr. 535 (1550—1600), fol. 41. Irrtum: „Hanns a Gindrich“ ist Doppelname, a (und) überflüssig.

³ E b e n d a f. 251.

⁴ T i t t m a n n, Josef: Heimatskunde des Ascher Bezirkes. Asch 1893, S. 174 (Stadterhebung 1872).

Weil die Prager Wettengel seit dem 18. Juni 1578 nachweisbar das Prädikat „von Neuenberg“ geführt haben⁵, meint mancher Forscher, daß das eine Herkunftsbezeichnung sei, was aber nur teilweise stimmt; denn Christoph erscheint in den Amtsbüchern der Altstadt Prag vom Jahre 1563 bis 1578 entweder nur mit seinem Familiennamen oder wenn eine nähere Bestimmung seiner Person gegeben werden soll, mit der Angabe der Lage seines Hauses „Na Müstku“ (= am Brückel); denn an diesem Gäßchen lag sein Haus⁶.

Die Ansicht, daß „von Neuenberg“ (tschechisch z Nayenpergku, z Najperku etc.) eine Herkunftsbezeichnung ist, ist damit zu erklären, daß die Wettengel tatsächlich, wie wir schon gesehen haben, aus der Herrschaft Neuberg (= Ascher Gebiet) gestammt haben. Der eigentliche Abstammungsort ist schon schwieriger zu bestimmen, es dürfte Niederreuth bei Asch gewesen sein, das auch in der Herrschaft Neuberg bei Asch gelegen war; denn als im Jahre 1630 der letzte Sproß der Prager Wettengel gestorben war, bewarben sich im Jahre 1636 sechs Verwandte (vier Männer und zwei Frauen) aus der Herrschaft Neuberg im Auftrag ihrer Konsorten beim Bürgermeister und Rat der Altstadt Prag um die Anerkennung ihrer Erbensprüche. Von den vier männlichen Erben stammten zwei aus Niederreuth (Abraham und Lazarus Wettengel), der dritte (Georg Wettengel) lebte in Friedersreuth bei Roßbach und der vierte, Hans Ludwig, in Wernersreuth, dem Nachbarort von Niederreuth an der oberen Elster⁷. Wo die Fluren dieser beiden Orte zusammenstoßen, liegt der Zinnberg, dessen Erzvorräte vom 14. bis zum 16. Jahrhundert ausgebeutet wurden. Niederreuth besaß sogar die Bergfreiheit, worauf die eigene Hochgerichtsbarkeit, das Braurecht von vier Bauern, eine eigene Badestube und das Asylrecht eines Hofes (Nr. 21) hinweisen dürften⁸. Aus späterer Zeit wissen wir, daß hier Leinweberei als Nebenberuf der Bauern, besonders aber von den Maurermeistern im Winter betrieben wurde, die ihre Erzeugnisse in Eger und in der Umgebung dieser Stadt als Hausierer zum Verkauf brachten. In dieser Umwelt wuchsen die beiden Wettengel auf, die später in Prag als Großkaufleute eine überaus bedeutende Rolle spielen sollten.

⁵ Janáček 347: Hinweis auf Neuberg bei Asch.

⁶ Beinamen der Wettengel : „z Müstku“ (vom Brückel), am 13. 6. 1578 erwirbt „Bettengel z Naynpergku“ das Zbyteksche Haus in Prag I (AmPr.: Liber contr. alb. 2118, S. 310). In einem Kaufbrief (AmPr.: Lib. contr. Nr. 2015, S. 506) wird der Name „Naypergk“ am 8. Juni 1581 übersetzt „to gest z Nowe hory“, sonst aber nicht. Um diese Zeit besitzt Christoph Wettengel wahrscheinlich schon ein Wappen (Siehe hier S. 56).

⁷ In einem Attestat vom 14. Oktober 1636 bescheinigt Hans Heinrich Dressel, der Verwalter des Ascher Gebiets, die vom Rat der Altstadt Prag bezweifelte Erbberechtigung der Verwandten der Prager Wettengel in Niederreuth, Wernersreuth und Roßbach bei Asch. „Ausführlich und gründlicher Unterricht von denen der Krone Böhmen über die von Zedtwitz zu Neydberg und Asch, auch deren Gericht Asch und dazu gehörige Ortschaften unstrittig zustehenden landesherrlichen Gerechtsamen zu offener Bloßstellung des von denen von Zedtwitz dagegen in ihren bisherigen Druckschriften zum Vorschein gebrachten Ungrunds . . .“ S. 146/147, Beilage 17, Wien 1767.

⁸ Am 14. Mai 1941 habe ich in der Aufsatzreihe „Abriß der Geschichte des Ascher Gebiets“ in der „Ascher Zeitung“ meine Gedanken über die Bergfreiheit von Niederreuth geäußert.

Das Ascher Gebiet, das fast ein Jahrhundert (1232—1331), zuerst als Schenkung und seit dem Jahre 1281 als Reichspfand, zum Vogtland gehört hatte, hat nach dieser Zeit nur in lockerer Form den Anschluß an das Egerland und damit an die Krone Böhmens gefunden. Ungefähr vom Jahre 1400 ab konnten die Egerer Herrschgewalten, der königliche Burggraf und die Stadt Eger, keine landesherrlichen Rechte der Krone Böhmens gegenüber den Herren von Zedtwitz mehr zur Geltung bringen, ob es sich nun um die Hochgerichtsbarkeit oder um das Besteuerungsrecht handelte⁹. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß das Ascher Gebiet von seinen Bewohnern als im Vogtland gelegen betrachtet wurde; dafür spricht, daß die Ascher Studenten in den Hochschulmatrikeln meist als „Varisci“ (Vogtländer) bezeichnet werden¹⁰.

Nur durch das Lehensband war in staatsrechtlicher Hinsicht die Herrschaft Neuberg, die mit dem Ascher Gebiet identisch war, mit der Krone Böhmens verbunden. Neuberg war eines der zahlreichen über ganz Süd- und Mitteldeutschland verstreuten „*deutschen Lehen*“ („*feuda extra curtem*“) der Krone Böhmens. Als solches unterstand es der deutschen Lehenshauptschaft oder dem deutschen Lehensgericht (Lehensschranne) auf dem Prager Schloß, wo die Rechtsstreitigkeiten der Zedtwitzischen Lehensagnaten untereinander oder mit ihren Untertanen ausgetragen wurden¹¹. Als sich Christoph Wettengel in Prag niederließ, lief gerade ein langwieriger Prozeß der Witwe des Hans von Zedtwitz auf Krugsreuth, Walburga von Reitzenstein, gegen Heinrich von Zedtwitz auf Neuberg wegen der Zurückhaltung ihres Erbes¹².

Da bisher von Christoph Wettengel behauptet wurde, er sei böhmischer Bruder (Pikardit) gewesen und habe für seine Glaubensgenossen die prächtige Schloßkirche zu Reichenau an der Kněžna errichten lassen, erscheint es nötig, etwas über die konfessionellen Verhältnisse des Ascher Gebiets im 16. Jahrhundert zu sagen. Wie in den benachbarten Fürstentümern Brandenburg-Kulmbach und in Kursachsen fand die Lehre Luthers zur Zeit der Reformation auch im Ascher Gebiet Anhänger. Unter den Herren von Zedtwitz war es besonders Eustachius († 1559), der der neuen Lehre sehr zugetan war. In der Leichenpredigt seiner Gemahlin Anna, geb. von Witzleben, heißt es von ihm, daß er „ein frommer gottseliger Herr und Regent gewesen, dazu Gottes Wort und die Prediger desselben lieb gehabt“. Es ist anzunehmen, daß die Eltern Christoph Wettengels Anhänger Luthers waren und die Sympathien ihres Grundherren für diesen teilten, da sie ihren zweiten Sohn auf den Namen Eustachius taufen ließen. Während wir von diesem genau wissen, daß er ein Anhän-

⁹ Vgl. dazu die Zusammenfassung meiner Dissertation: Die staatsrechtlichen Beziehungen des Ascher Gebiets zur Krone Böhmens. Prag 1929, S. 77 f. Abschriften der Dissertation befinden sich im Stadtarchiv, in der Stadtbibliothek und im Staatsarchiv Nürnberg, in München in der Staatsbibliothek und beim Collegium Carolinum.

¹⁰ In folgenden Universitätsmatrikeln fand ich Hinweise auf „Varisci“: Altdorf, Jena, Leipzig, Straßburg, Wittenberg.

¹¹ Haimerl, Franz: Die deutsche Lehenshauptschaft (Lehensschranne) in Böhmen, S. 32, 107. — Alberti I, 229.

¹² Alberti I, 208.

ger Luthers war, können wir das von Christoph d. Ä. nicht präzise sagen. Das Gotteshaus, das er in Reichenau errichten ließ, sollte nach meiner Auffassung als Begräbnisstätte der Wettengel dienen. Seine Kinder sind alle vor ihm gestorben.

Als Käufer eines Hauses war Wettengel automatisch Bürger der Prager Altstadt geworden, daher ist es verständlich, daß er auch am Tage des Hauskaufs als Neubürger in das Stadtrechtsbuch eingetragen wurde. Das Bürgerrecht der Altstadt Prag, der Hauptstadt Böhmens, hatte für den jungen Kaufmann große Bedeutung; denn nun konnte er an dem reichen Schatz der Privilegien, besonders an den Zollbefreiungen, teilhaben, der einem Inwohner nie zuteil werden konnte¹³. Führte er von jetzt an z. B. Waren durch Nürnberg, so brauchte er auf Grund der Zollbefreiung der Altstadt Prag in dieser Stadt nur den halben Zoll zu entrichten. Bei der Verleihung des Bürgerrechts der Prager Altstadt werden als Bürgen der Kannengießer Wolff und der Kürschner Kaspar genannt. Beide waren demnach Handwerker, das kennzeichnet die soziale Stellung des Neubürgers. Als dagegen sein Bruder Eustachius im Jahre 1592 das Bürgerrecht der gleichen Stadt erwarb, bürgten für ihn zwei Mitglieder der reichsten Bürgerschicht der gleichen Stadt, doch war damals der ältere Bruder schon einer der reichsten Männer der böhmischen Hauptstadt¹⁴.

Als Krämer begann Christoph Wettengel seinen Aufstieg, wie aus Klagen gegen säumige Zahler, die „Kramwaren“ aus seinem „Kramladen bezogen hatten“ und in seine „Register“ eingetragen waren, hervorgeht¹⁵. Das Wort „Krämer“ hat in den letzten Jahrhunderten eine Wertminderung erfahren, doch ist im 16. Jahrhundert im süddeutschen Sprachbereich darunter der Groß- und Kleinhändler zu verstehen, der eine feste Betriebsstätte besaß. In Prag hatte das Wort eine Bedeutung wie etwa in Frankfurt a. M., doch nicht so wie in Leipzig, wo die Kauf- und Handelsleute die vorderste Stelle unter den Handeltreibenden einnahmen und den Krämern übergeordnet waren. Daß Wettengel tatsächlich Großkaufmann war, ist daraus zu ersehen, daß er nach dem Zeugnis des einzig erhaltenen Prager Ungeldverzeichnisses vom Jahre 1597 von allen Prager Kaufleuten am meisten verzollte, so für die stattliche Menge von 340 Pfund Safran¹⁶. Aus dem Warenhandel entwickelte sich später das Darlehensgeschäft. Als Christoph Wettengel am 25. Februar 1602 seinem Bruder Eustachius das „neue Haus“ am Graben mit der gesamten Einrichtung, dem Geld und den Kleinodien vermacht, werden auch die Schuldforderungen gemäß der „Register“ und die Schuldbriefe von Leuten, die ihm Geld schuldeten, erwähnt¹⁷.

Die Frage, wie Christoph Wettengel reich wurde, kann aus Mangel an ein-

¹³ AmPr.: Liber contr. alb. 2118, S. 57^b (23. 8. 1563).

¹⁴ AmPr.: Kniha městských práv Nr. 535, f. 251.

¹⁵ Beispiel: AmPr.: Lib. contr. alb. 2113, S. 157. Das Haus des verstorbenen Martin Reynhart wird für 167 Sch. 40 Gr. meist. Chr. Wettengel für Kaufmannswaren zugesprochen (6. 3. 1600).

¹⁶ Winter: Život v pražském Ungeltě 127.

¹⁷ AmPr.: Lib. contr. alb. 2113, S. 232 (25. 2. 1602).

schlägigen Quellen nicht klar beantwortet werden. Mittellos war er nicht, als er im Alter von 24 Jahren im Jahre 1563 ein Haus und gleichzeitig das Bürgerrecht der Altstadt Prag erwarb. Der Kauf des Hauses wurde durch Ratenzahlung erleichtert. Die erste Rate betrug 150 Schock böhm. Groschen, die zweite 37 1/2 Sch. b. Gr. und von da ab fünfzehn Jahre lang stets am St. Georgstag (24. April) 25 Sch. b. Gr.¹⁸.

Das Ansehen des jungen Kaufmanns muß groß gewesen sein; denn es gelang ihm, in die angesehene Kaufmannsfamilie Karban von Wolschan einzuheiraten. Am 11. Juli 1565 schloß er einen Heiratsvertrag mit Eva Karban von Wolschan. Diese war wohl Halbwaise; denn ihre Mutter Katharina Karban von Tryskovic zahlte ihr 200 Schock böhm. Groschen als Mitgift und versprach ihr eine anständige Ausstattung. Er bot als Sicherheit sein Haus am Brückel (na Můstku) in Prag an (Stadtarchiv Prag, Hs. 2121, f. 139). Christoph Wettengel fand so Anschluß an eine angesehene Prager Familie. Wahrscheinlich war sein Schwiegervater Wenzel Karban. Dieser hatte am 23. November 1549 von König Ferdinand von Böhmen einen Wappenbrief erhalten, der ihm das Recht gab, sich „von Wolschan“ zu schreiben. Die Gemahlin Christoph Wettengels wird bis zu ihrem Tode, der zwischen dem 23. Februar 1595 und dem 10. Juni 1598 erfolgt ist, stets „Eva von Wolschan“ genannt¹⁹.

Wie gesagt hatte Christoph Wettengel in äußerst günstiger Lage an der engen Gasse „am Brückel“ (Na Můstku), wo der Verkehr zwischen dem Wenzelsplatz und dem Altstädter Ring durchflutete, einen Kramladen eröffnet. Im Groß- und Kleinhandel setzte er seine Waren ab. Den Kleinhändlern, welche die Jahrmärkte besuchten, gewährte er Kredite, so gab er im Jahre 1565 der Katharina von Malovar (= Velvary, nördlich von Prag) sieben Pfund Saffran und für 20 Schock böhmische Groschen Pfeffer und Zitwer²⁰.

Im September 1581 stellten die Nürnberger Zollbeamten fest, daß Peter Beheim, der Nürnberger Faktor der Prager Firma Christoph Wettengel, „nicht nur 1, 2, 3, 4, sondern zum öftern mal und etliche vil jar“ Defraudation getrieben habe. Dieser Zollbetrug bezog sich auf „guldene wahren und untzgold“, die er „haimlicher weis eingeschlagen und gar unverzollt von hinnen verschickt haben soll“. Peter Beheim sagte bei seiner Vernehmung weiter aus, daß er „von einem seiner committenten ein austrucklichen schriftlichen bevelch und instruction gehabt, wie er sich mit bezahlung des zolls und angebung der zollbaren gueter yederzeit verhalten soll“, damit die Waren weit unter dem vorgeschriebenen Tarif verzollt werden sollten. Aus der Höhe der Strafe (1000 Gulden) ist zu ersehen, daß es sich um einen sensationellen Zollbetrug handelte. Nach der damaligen Nürnberger Zollordnung beanspruchten die Zollbeamten die Hälfte des Strafgeldes als Belohnung für ihren Erfolg.

¹⁸ AmPr.: Lib. contr. alb. 2118, S. 56 b.

¹⁹ Doerr, August von: Der Adel der böhm. Kronländer. Prag 1900, S. 26. — Král von Dobrá Voda, Adalbert Ritter: Der Adel von Böhmen, Mähren und Schlesien. Prag 1904, S. 109. Wolschan (č. Olšany) heute Hauptfriedhof von Prag.

²⁰ Winter, Zikm.: Kulturní obraz českých měst I [Das Kulturbild der böhmischen Städte I]. Prag 1890, S. 604.

Am 2. Dezember 1581 erhielten die Amtsleute des Nürnberger Zollhauses vom Rat den Befehl, die Hälfte des Strafgeldes von 1000 Gulden an die Zollbeamten auszuzahlen²¹.

Schlechte Erfahrungen machte Christoph Wettengel mit den Nürnberger Kaufleuten Georg Petzold († 29. Dezember 1590)²² und dessen aus Ulm stammendem Schwiegersohn Andreas Funck. Er gab ihnen auf Wechsel 3 200 Gulden. Als aber die Firma Andreas Funck und Georg Petzolds Erben auf der Frankfurter Frühjahrsmesse des Jahres 1594 fallierten, wobei Funck betrügerischerweise noch von dem Nürnberger Kannengießer Melchior Horchhamer 1 000 Gulden und von dem Ulmer Kaufmann Ulrich Prügel 1 500 Gulden an Darlehen aufnahm, beteiligte sich Christoph Wettengel nicht an einer Gläubigergemeinschaft, sondern ging selbständig gegen die zahlungsunfähige Nürnberger Firma vor, indem er alle Forderungen Nürnberger Kaufleute in Saaz, Komotau, Brüx und im benachbarten Trebnitz pfänden ließ. Wie die Sache ausging, ist nicht bekannt^{22a}.

Nahm man erworbenen Reichtum als Maßstab für die Tüchtigkeit eines Mannes, so konnte man im öffentlichen Leben an Christoph Wettengel nicht achtlos vorübergehen. Im Jahre 1570 war er schon ein Zunftmeister der Kramerzeche²³. Vom 29. Januar 1574 bis zum 18. Dezember 1581 war er Beisitzer des Zehnmänneramts, das als städtisches Beigericht hauptsächlich über Schuldsachen zu entscheiden hatte. Diese Beisitzer kamen dem Rang nach gleich nach den Herren des Rats²⁴. In wirtschaftlichen Fragen war der Rat Christoph Wettengels geachtet; schon am 12. August 1577 wird er in den Landtagsberichten mit noch einem Bürger als Kommissar für die Festsetzung der Preise, Löhne und Arbeitsbedingungen für die Mälzer genannt. Der Beschluß des böhmischen Landtags vom 5. Februar 1582, durch den er zum Mitglied der dreiköpfigen Gesandtschaft der Landstände an den ersten Reichstag Kaiser Rudolfs II. gewählt wurde, ist als besondere Auszeichnung dieses tüchtigen Mannes zu werten. Während er für die böhmischen Städte entsandt wurde, vertraten der energische und talentvolle Führer der böhmischen Lutheraner, Bohuslav Felix von Lobkowitz und Hassenstein, den Herrenstand und Johann Kinsky, der das sehr einträgliche Amt eines Burggrafen von Karlstein beklei-

²¹ STAN: Bb. 197, f. 241 f. — Rep. 54 a II, Nr. 357 — RV Nr. 1468, f. 18 ff. Freitag 22. 9. 1581 — RV 1469, f. 18, Samstag 21. 10. 1581.

²² Petzold, Georg: Todesdatum bei Chph. Friedr. Gugel, Norischer Christen Freyhöfe Gedächtnis. Nürnberg 1682, S. 15 und bei Trechsel, Martin: Großkopff, Verneuertes Gedächtnis des Nürnbergischen Johannis-Kirch-Hof. Frankfurt-Leipzig 1735, S. 661. Datum 1598 falsch, richtig 1590!

^{22a} Frdl. Mitteilung von Dr. Josef Janáček, Prag. Ergänzung: RV. Nürnberg Nr. 1632, f. 11 vom 8. April 1594.

²³ Janáček 363.

²⁴ Šebánek, Jindřich: Desetipanský úřad Starého města pražského a jeho knihy [Das Zehnmänneramt der Altstadt Prag und seine Bücher]. In: Sborník příspěvků dějinám hl. m. Prahy [Sammelschrift von Beiträgen zur Geschichte der Hauptstadt Prag]. Teil 5. Heft 2. Prag 1932, S. 924: Seznam desetisoudců [Zehnrichteramt] Chph. Wettengel Zehnrichter 1574 Jan. 29 bis 1581 Dez. 18.

dete, den Ritterstand. Die Hauptaufgabe der böhmischen Gesandtschaft war es vornehmlich, bei den Verhandlungen über die Türkenhilfe den Anteil Böhmens so niedrig als möglich festsetzen zu lassen. Auch die anderen auf diesem Reichstag erörterten Fragen mußten für die Vertreter der böhmischen Stände von Interesse sein; denn sie betrafen im wesentlichen den verbissenen Streit der Konfessionen in Deutschland. Auch der Kampf der protestantischen Niederlande mit dem katholischen Spanien, auch die heißumstrittene Frage der Mehrheit der Protestanten im Rate der Stadt Aachen und die Frage der Stimmberechtigung des evangelischen Administrators des Erzbistums Magdeburg im Reichstag erhitzte die Gemüter. Herrschte hier nicht die gleiche Kampf Stimmung wie in Böhmen?

Verweilen wir weiter bei der öffentlichen Tätigkeit Christoph Wettengels! Als die Frage der Regulierung der Elbeschifffahrt im Landtag behandelt wurde, wählte man ihn in den dafür bestimmten Ausschuß. Die böhmischen Adeligen dachten besonders an die Verschiffung von Getreide und von Fischen aus ihren zahlreichen Teichen. Erst sehr spät, im Jahre 1594, erscheint Christoph Wettengel als Ratsherr der Prager Altstadt, er blieb es bis an sein Lebensende. Sein Rat in Fragen des Handels und Gewerbes wurde weiter vom Landtag hoch geschätzt. Im Jahre 1595 bewahrte er bei sich die Oberamtssteuerrechnungen des Königreichs Böhmen und im Jahre 1601 wurde er eingesetzt gegen die im Gewerbe um sich greifende Teuerung und in seinem letzten Lebensjahre (1602) wurde er beauftragt, eine neue Handwerksordnung aufzustellen²⁵.

Als Bürger der Hauptstadt Prag hatte er vom Jahre 1563 ab damit zu tun, sein Geschäft aufzubauen. Wenn man bedenkt, daß er in dieser Zeit die festgesetzten Raten der Kaufsumme abzuzahlen hatte, auch für das Geschäft Betriebskapital benötigte, so ist es verständlich, daß ihm kein Geld blieb, über diese Auslagen hinaus Erwerbungen irgendwelcher Art zu machen. Als Gegenleistung für die für Prager Verhältnisse ansehnliche Mitgift seiner Frau von 200 Schock böhmischer Groschen bot er sein Haus und Geschäft an. Erst ab 1570 kündigen die Grundstückserwerbungen die „fetten“ Jahre an, die ihre Höhepunkte im Kauf der Herrschaften Borohrádek am 12. April 1583 für 12 600 Schock böhm. Groschen und Reichenau an der Kněžna für die sehr hohe Summe von 33 750 Schock böhm. Groschen fanden²⁶.

²⁵ Über die Ämter, die Chph. Wettengel bekleidet hat, gibt Aufschluß die Beschreibung der Privatmünzen, S. 13, Nr. IX.

²⁶ Christoph Wettengel von Neuenberg kauft am 12. April 1583 von Johann Hilbrant Licek von Riesenburg und seinen unmündigen Brüdern für 12 600 Schock böhm. Groschen das landtäfliche Gut Borohrádek mit dem gleichnamigen Städtchen, der Feste und den dazugehörigen Meierhöfen in Božetitz, Chotiv und Světlá und mit den Dörfern Rožetitz, Chotiv, Moravsko, Šachov, Unter-Žďár, Zďelov und dem Hofe Ober-Žďár und der Mühle Bor und am 28. Mai 1587 von Burian Trčka z Lípa für 33 750 Schock böhm. Gr. das landtäfliche Gut Reichenau a. d. Kněžna (Rychnov nad Kněžnou) mit dem Schloß, der Brauerei, Mälzerei und den Meierhöfen Lhotka und Dubno. Dazu gehörten die Dörfer Bielai (Bělá), Dlouhá Ves (Langendorf), Hlaska, Habrová, Javornice, Jedlina, Katscher (Kačerov), Kunzendorf (Kunčina Ves), Lí-

Bei den Grundstückskäufen vor den Toren der Prager Neustadt zeigt sich das Bestreben des Altstädter Handelsherren, seinen Besitz abzurunden. So lassen die Kaufverträge erkennen, daß die Felder und Weingärten vor dem Roßtor geschlossen beieinander lagen. Die beiden Herrschaften Borohrádek und Reichenau a. d. Kn. stießen zwar nicht direkt aneinander, doch betrug die Entfernung nur zwei Wegstunden. Auch beim Häuserkauf suchte er Streubesitz zu vermeiden. Im Jahre 1572 nützte Wettengel die Zahlungsschwierigkeiten seines Nachbarn Georg Benatský, der seinen Verpflichtungen bezüglich des von ihm gekauften Zbytekschen Hauses nicht entsprechen konnte, aus, übernahm das Haus und leistete die vereinbarte Zahlung der Kaufsumme²⁷. Das Eckhaus am Brückel und das neu erworbene, das am Graben (später Obstgasse) gelegen sein muß, vereinigte er zu einem Gebäude. Dieses erhielt als Hauszeichen eine Christophorusstatue, weshalb es den Namen „Zum großen Christoph“ bekam. Auch der heute nicht mehr vorhandene Turm der von Christoph Wettengel erbauten Schloßkirche in Reichenau trug ursprünglich ein mächtiges Standbild dieses Heiligen, wie ein Gemälde der Schloßgalerie in Reichenau a. d. Kn. zeigt. Zu erwähnen ist noch „das neue Haus“, das Christoph Wettengel an Stelle von „zwei kleinen, sehr heruntergekommenen Häusern, die bis auf den Grund abgerissen wurden“, in Prag errichten ließ. Hier erhob sich vor 1939 in der Straße des 28. Oktober (Nr. 17) das Gebäude der Prager Kreditbank. Am 23. Februar 1595 erhielt er vom Rat der Altstadt Prag die Erlaubnis, beide ehemaligen Häuser als eins zu betrachten, was besonders wichtig war bei städtischen Leistungen oder Testierungen. Es sei noch erwähnt, daß zur Zeit der Wettengel das neue Haus nicht direkt mit dem Eckhaus am Brückel zusammenstieß, sondern durch das Haus des Schusters Marschalek davon getrennt war. Die beiden Grundherrschaften in Ostböhmen hat Wettengel einerseits wohl erworben, um sich und den Seinen den Weg zum Aufstieg in die Kreise des Adels zu ebnen, wie wir es auch bei anderen Großkaufleuten feststellen können, andererseits, um erworbenes Kapital sicher anzulegen.

Daß sich Christoph Wettengel bemühte, aus seinen Landgütern soviel als möglich herauszuwirtschaften, ist daraus zu ersehen, daß er die Schloßbrauerei in Reichenau mit einer Mälzerei von Grund auf neu errichtet hat; ohne Hoffnung auf reichen Gewinn aus diesem Betrieb wäre das wohl nicht geschehen²⁸. Sehr ertragreich dürfte auch die Holzwirtschaft gewesen sein. Zwischen den flößbaren Flüssen Stiebnitz und der Wilden Adler breiteten sich große Wälder aus, die u. a. Holz für die Berg- und Schmelzwerke in Kuttenberg geliefert haben. Die hier am Böhmischem Kamm des Adlergebirges gelegenen Dörfer Himmlisch Ribnai, Katscher, Kunzendorf, Popelow, Rampusch, Saufloß,

povka, Lukavice, Meziříčí, Popelow, Prorub, Proroupka (Name verloren gegangen, wahrscheinlich Ortsteil von Prorub), Rampusch (Rampuše), Rehberg (1577 Rydnberk), tsch. Liberka, Himmlisch-Ribnai (Nebeská Rybná), Saufloß (Souvlastní).

²⁷ AmPr.: Liber contr. alb. 2118, S. 310 (11. Juni 1572).

²⁸ Archiv min. vnitra Praha: Landtafel gr. Nr. 131 A 24 (am ersten Freitag in der Fasten 1602 = 22. Februar 1602).

die nach der ersten Topographie des Königreichs Böhmen, von Jaroslaus Schaller, Bd. 15 (Königgrätzer Kreis), Prag und Wien 1790, S. 190 von Deutschen bewohnt waren, gehörten auch zur Herrschaft Reichenau.

In dieser besaß er auch bei dem Dorfe Katscher eine Glashütte. Hier ließ er z. B. auf Wunsch des Louda-Kollegs in der Altstadt Prag (22. September 1595) vier oder fünf Truhen Glasscheiben für den Neubau der Anstalt herstellen, die im Februar 1596 nach Prag geliefert wurden²⁹.

Einträglich dürfte auch die Fischzucht, in der Böhmen damals einen bedeutenden Rang einnahm, gewesen sein. Beim Kauf der Herrschaft Borohrádek übernahm Wettengel 1583 sechs Karpfenteiche, in die 280 Schock (= 16 800 Stück) Karpfen eingesetzt waren. Dazu kamen acht Brutvorstreckteiche mit einem Einsatz von 144 Schock (= 8 640 Stück)³⁰.

Pferde und Rinder waren auf den Meierhöfen in großer Zahl vorhanden. Für die kleinere Herrschaft Borohrádek sind folgende Zahlen aus der Zeit vor den Verwüstungen um 1620/21 überliefert: 38 Pferde, 136 Ochsen, 104 Kühe und 50 Stück Jungvieh. Rechnet man zu diesen Vermögenswerten noch den Wert der persönlichen Dienstleistungen und der grundherrlichen Zinse dazu, so erhält man den Eindruck, daß sich das hier angelegte Kapital gut verzinst³¹.

Diese landtäflichen Güter, deren Namen die Wettengel stolz ihrem Namen anfügen konnten, hatten für die Prager Handelsherren nur einen großen Nachteil, sie lagen von der Hauptstadt zu weit entfernt: Borohrádek 114 km und Reichenau 129 km. Wenn man bedenkt, daß der junge Nürnberger Patriziersohn Hans Wilhelm Krefß von Kressenstein im November 1611 für die ebenfalls 114 km betragende Strecke Prag—Kladrau drei volle Tage brauchte³², so dürfen für eine Reise von Prag nach Borohrádek oder gar nach Reichenau ohne weiteres drei bis vier Reisetage angesetzt werden. Es dürfte für die Prager Bürger als Grundherrn der beiden ostböhmischen Herrschaften nicht einfach gewesen sein, den von zwei Seiten an sie herantretenden Anforderungen gerecht zu werden.

Wettengels Aufstieg vom einfachen Krämer zum unerhört reichen Handelsheerrn und Besitzer zweier landtäflicher Güter kann man nur verstehen, wenn man in Betracht zieht, daß das Land Böhmen und damit auch seine Hauptstadt wie aus einem hundertjährigen Dornröschenschlaf wirtschaftlichen Lebens erwachten, als Luther den Dornenwall konfessionellen Hasses beseitigte. Vorbei war die Zeit, wo der deutsche Kaufmann als treuer Sohn der katholischen Kirche davor zurückschreckte, mit dem Ketzerland Böhmen Handel zu treiben und das dahingehende Verbot des Papstes durch eine Dispens zu lockern trachtete. Der Deutsche in Prag oder in anderen utraquistischen Städten brauchte wegen seines Glaubens keine Verfolgung mehr zu befürchten; denn er scheute

²⁹ Teige: Základy II, S. 792, Nr. 29.

³⁰ Bílek, Tomáš V.: Dějiny konfiskací v Čechách po r. 1618 [Geschichte der Konfiskation in Böhmen im Jahre 1618]. Prag 1882, S. 22.

³¹ E b e n d a.

³² Krefß von Kressenstein, Hans Wilhelm I.: Itinerarium Germaniae, Galliae, Belgii, Angliae et Bohemiae. Germ. Nat. Museum Nürnberg, Pap. Hs. 17613 f. 78—85'.

sich nicht mehr wie einst, das Abendmahl in beiderlei Gestalt zu nehmen. Mußte nicht, wenn alle Hemmungen wegfielen, der deutsche Zustrom, der erst nur einem kleinen Rinnsal glich, zum Bach, Fluß, Strom anschwellen, so daß bei den Tschechen immer lauter der Ruf erscholl, dagegen Dämme zu bauen? Ein solcher Damm war es, wenn nun die tschechischen Städte von jedem angehenden Neubürger verlangten, die Kenntnis der tschechischen Sprache³³ nachzuweisen? Doch all das half nichts, das seit den Hussitenkriegen entstandene Vakuum in der mitteleuropäischen Wirtschaft mußte ausgefüllt werden! Die Deutschen taten das, aber nicht, um die Tschechen zu germanisieren, sondern es ging dem Deutschen darum, sich persönlich zu bewähren, er wollte vorwärts kommen. Gern war er bereit sich einzuordnen, ja sich einschmelzen zu lassen, die Geschichte der Prager Wettengel beweist das.

Wie gering war noch im Jahrzehnt des ersten Auftretens Luthers der deutsche Zustrom nach Prag? Zwischen 1516 und 1526 waren nur 4 % der Neubürger der Prager Altstadt Deutsche. Im Jahrzehnt, in dem Christoph Wettengel das Bürgerrecht erwarb (1561—1570), waren es schon 35 % und am Ende des Jahrhunderts (1591—1601) 52 %³⁴.

Zu den glanzvollsten Gestalten unter den deutschen Einwanderern nach Prag und in das tschechische Gebiet zählt Christoph Wettengel. Nicht erst unter Rudolf II., der seit dem Jahre 1582 auf dem Prager Hradschin seine dauernde Residenz hatte, ist er groß geworden, sondern schon zwei Jahrzehnte vorher hatte er die Grundlagen seines Reichtums geschaffen, wenn auch keineswegs gelehnet werden soll, daß sich die gehobene Bedeutung der Moldaustadt unter Rudolf II. auch auf sein Geschäft günstig auswirkte.

Gesamt-Prag mit ungefähr 40 000 Einwohnern bot einen Verbraucherkreis wie wenige Städte des Deutschen Reiches. Man bedenke, daß im Jahre 1605 in Gesamt-Prag (Altstadt, Neustadt, Kleinseite, Hradschin, Judenviertel und dem Wischehrad) 3 974 Häuser gezählt wurden, wovon 900 im Besitz von Adeligen waren. Was für ein Anreiz mußte es für einen tüchtigen Kaufmann sein, diese Kunden zu befriedigen! Doch soll nicht vergessen werden, daß Prags wirtschaftliche Bedeutung über die Grenzen Böhmens nicht hinausgriff, so daß es daher niemals, auch nicht zur Zeit seiner größten Blüte, Nürnberg, Frankfurt a. M., Augsburg und Leipzig den Rang streitig machen konnte³⁵.

Die erste Gemahlin, Eva von Wolschan, heiratete er am 11. Juli 1565 in Prag³⁶, sie gebar am 10. Oktober 1568 einen Sohn, der auf den Namen Johannes getauft wurde³⁷, und eine Tochter namens Katharina, die am 11. Januar

³³ Winter, Z.: *Řemeslnictvo a živnosti XVI. věku v Čechách (1526—1620)* [Handwerk und Gewerbe im 16. Jahrhundert in Böhmen]. Prag 1909, S. 25 ff.

³⁴ Mein Aufsatz: Hattinger als Bürger der Altstadt Prag vor dem Jahre 1620. Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark 59 (1962) 243.

³⁵ Janáček 34 f. Ich schließe mich der Ansicht von Václav Líba an, ebenda 34 Anm. 1.

³⁶ Ehevertrag der Eva von Wolschan AmPr. 2121, f. 139.

³⁷ Das Geburtsdatum des in Lyon Ende Juli 1587 plötzlich verstorbenen Hans Wettengel läßt sich errechnen nach den Angaben des Grabdenkmals in der Schloßkirche in Reichenau an der Kněžna.

1587 den böhmischen Appellationsrat Dr. jur. Hieronymus Michael³⁸ und nach dessen Tod im Jahre 1598 Christoph Radecký auf Radostow zur Ehe nahm³⁹. Ihr Vater vererbte ihr am 13. Mai 1599 die Herrschaft Borohrádek⁴⁰. Sie starb aber bald darauf und die genannte Herrschaft fiel an Eustachius Wettengel. Eva von Wolschan wird das letzte Mal in den Vertragsbüchern der Prager Altstadt am 23. Februar 1595 erwähnt⁴¹. Als Witwer heiratete Christoph Wettengel am 11. Juni 1598⁴² Johanna von Radecký, eine Witwe, die einem ostböhmischen Geschlecht entstammte, das durch den großen österreichischen Feldmarschall berühmt werden sollte. Wie sehr sich Christoph Wettengel seiner tschechischen Umgebung anpaßte, ist aus einer Medaille zu ersehen, die auf der einen Seite eine Christophorus-Darstellung mit der Umschrift „Kristof Betengl z Nayenperku kmoter muog“ (Christoph Betengl von Nayenperk ist mein Pate) trägt⁴³. Dieser Patentaler, der auf der Rückseite einen Engel, der ein leeres Wappenschild in seinen Händen hält, zeigt, war wohl für die adeligen Patenkinder Wettengels bestimmt, deren Wappen in das leere Wappenfeld eingraviert wurde. Tschechische Aufschriften finden sich auch neben lateinischen auf der mächtigen Glocke der Schloßkirche zu Reichenau an der Kněžna. Der Glockengießer muß in dieser Hinsicht eine Weisung des Bestellers gehabt haben. Auch die Inschrift der Grabtafel Christoph Wettengels in der genannten Schloßkirche ist tschechisch. Aus all dem kann man mit Sicherheit nur schließen, daß Christoph Wettengel das Bestreben zeigte, es dem tschechischen Landadel gleichzutun, in dessen Reihen er aufsteigen wollte.

Nahm man erworbenen Reichtum als Maßstab für die Tüchtigkeit eines Mannes, so konnte man im öffentlichen Leben an Christoph Wettengel nicht achtlos vorübergehen. Schon im Alter von einunddreißig Jahren war er einer der vier Zunftmeister der Kramerzeche (1570)⁴⁴. Vom 29. Januar 1574 bis zum

³⁸ Über den 1. Ehemann der Tochter Christoph Wettengels, Katharina, Dr. jur. Hieronymus Michael, finden sich Angaben bei Fleischman zu Frankendorff, Peter: Description [des] herrn Rudolfen des andern . . . erst gehaltenen Reichstag zu Augsburg, getruckt zu Augsburg durch Michael Manger, anno 1582, und von demselben Verfasser: Kurtze und aigentliche Beschreibung des zu Regensburg in disem 94. Jar gehaltenen Reichstag. Regensburg 1594. Gedruckt zu Regensburg, den 12. Sept. (stylo novo) 1594 (bei Andreas Burger).

³⁹ Jelínek, Břetislav: Die Böhmen im Kampf um ihre Selbständigkeit, gibt als Jahr der Eheschließung 1598 an (II. Teil, S. 76).

⁴⁰ Am 13. Mai 1599 verschreibt Christoph Wettengel seiner Tochter Katharina die Herrschaft Borohrádek (Landtafel Nr. 128, Seite Q 19). Die Urkunde wurde durch Durchstreichen ungültig gemacht. Eustachius Wettengel erscheint nach dem Tod seines Bruders als Eigentümer.

⁴¹ Das genaue Datum des Todes von Eva von Wolschan ist nicht bekannt. Das letzte Mal wird sie am 23. Februar 1595 erwähnt. AmPr.: Liber contr. alb. 2113, S. 22.

⁴² Epithalamia in honorem nuptiarum nobilium: amplissimi viri, Domini Christophori Betengli a Naienperk in Richnovia et Boruhradek, civis consularis antiquae urbis Pragensis etc. et dominae Johannae a Radezlie Parium lectissimorum. Celebrantur Pragae 10. Junii [1598].

⁴³ Beschreibung der Privatmünzen, Tafel 2, Nr. 12.

⁴⁴ Janáček 363.

18. Dezember 1581 war er Amtsbeisitzer des Zehnmänneramts, das als städtisches Beigericht hauptsächlich über Schuldsachen zu entscheiden hatte⁴⁵. Rangmäßig kamen die Zehnmänner gleich nach den Herren des Rats. Schon am 12. August 1577 wird er in den Landtagsberichten mit noch einem Bürger als Kommissär für die Festsetzung der Preise, Löhne und die Arbeitsbedingungen für die Mälzer genannt. Der Beschluß des böhmischen Landtags vom 5. Februar 1582, durch den Christoph Wettengel zum Mitglied der dreiköpfigen Gesandtschaft der böhmischen Landstände an den ersten Reichstag Kaiser Rudolfs II. in Augsburg bestimmt wurde, ist als besondere Auszeichnung dieses hochbegabten Bürgers zu werten. Während er für die Städte entsandt wurde, vertraten der energische und talentvolle Führer der böhmischen Lutheraner, Bohuslav Felix von Lobkowitz und Hassenstein, den Herrenstand und Johann Kinsky, der das sehr einträgliche Amt eines Burggrafen von Karlstein bekleidete, den Ritterstand. Die Hauptaufgabe der böhmischen Gesandtschaft war es vornehmlich, bei den Verhandlungen über die Türkenhilfe den Anteil Böhmens so niedrig als möglich festsetzen zu lassen. Auch die anderen auf diesem Reichstag erörterten Fragen mußten für die Vertreter der böhmischen Stände von Interesse sein; denn sie betrafen im wesentlichen den verbissenen Streit der Konfessionen in Deutschland. Der Kampf der protestantischen Niederlande mit dem katholischen Spanien, die heißumstrittene Frage der Mehrheit der Protestanten im Rate der Stadt Aachen und die Frage der Stimmberechtigung des evangelischen Administrators des Erzbistums Magdeburg im Reichstag erhitzte die Gemüter. Herrschte hier nicht dieselbe konfessionelle Kampf Stimmung wie in Böhmen?

Doch hier hatte Kaiser Maximilian II. als König am 2. September 1575 durch eine mündliche „Assekuration und Versicherung“ die Böhmisches Konfession, die sich nach der Augsburgerischen richtete, (scheinbar) bewilligt, wie die böhmischen Protestanten annahmen. Diese Auffassung dürfte auch Christoph Wettengel zeitlebens geteilt haben, denn als er dem Glockengießer Johann Benschovsky von Mährisch-Trübau den Auftrag erteilte, eine Riesenglocke von 140 Zentnern Gewicht für die neuerbaute Schloßkirche in Reichenau a. d. Kněžna zu gießen, befahl er, daß neben seinem Namen und Wappen die Namen seiner Frauen sowie der Name des Kaisers Maximilian II. angebracht werden sollten. Die Tatsache, daß der Name des regierenden Königs von Böhmen, des Kaisers Rudolf II., nicht der ehrenden Erwähnung wert erschien, läßt begründet vermuten, daß der evangelisch gesinnte Wettengel die Ansicht vertrat, der Sohn Maximilians habe das hohe Vermächtnis seines Vaters mißachtet, denn dieser selbst hätte bestimmt seine Versprechungen wahr gemacht. Solchen Gedanken hing wohl der sonst so nüchterne Kaufmann nach, da Maximilian II. schon ein Jahr nach seinen Versprechungen (1576) starb. Jedenfalls verehrte er ihn.

Verweilen wir weiter bei der öffentlichen Tätigkeit Christoph Wettengels. Als die Frage der Regulierung der Elbeschiffahrt im Landtag behandelt wurde,

⁴⁵ Siehe Anm. 25.

wählte man ihn in den dazu bestimmten Ausschuß. Die böhmischen Adeligen dachten besonders an die Verschiffung von Getreide und von Fischen aus ihren zahlreichen Teichen. Erst sehr spät, im Jahre 1594, erscheint Wettengel als Ratsherr der Prager Altstadt, er blieb es bis an sein Lebensende. Sein Rat in Fragen des Handels und Gewerbes wurde weiter vom Landtag hoch geschätzt. Im Jahre 1595 bewahrte er bei sich die Obersteueramtsrechnungen des Landes und im Jahre 1601 wurde er eingesetzt gegen die im Gewerbe um sich greifende Teuerung und in seinem letzten Lebensjahr (1602) wurde er beauftragt, eine neue Handwerksordnung aufzustellen⁴⁶.

Der ungemein erfolgreiche Kaufmann Wettengel zeigte das Streben, in eine höhere Gesellschaftsschicht, den Adel, aufzusteigen. Schon im Mittelalter können wir bei den deutschen Bürgergeschlechtern Prags das Bemühen feststellen, Landgüter zu erwerben, einmal um die erworbenen Kapitalien sicher anzulegen, zum andern, um dadurch in den Landadel aufzusteigen. Beide Beweggründe waren wohl auch für Wettengel maßgebend. Als Nichtadeliger konnte er jedoch landtäfliche Güter nur mit Genehmigung des Königs erwerben. Wettengel versäumte es jedoch, diese beim Ankauf der Herrschaften Borohrádek und Reichenau a. d. Kn. einzuholen, weshalb er vor das Landgericht geladen wurde, wo ihm verkündet wurde, daß seine Güter dem König verfallen seien. Durch ein Gnadengesuch an den König und die Zahlung eines Strafgeldes am 16. Juli 1590 wurde die Sache bereinigt⁴⁷.

Ist es Christoph Wettengel gelungen, in den Adel aufzusteigen? Er führte ein Wappen, das in J. Siebmachers Wappenbuch Bd. 4, Abt. 9 wie folgt beschrieben wird: „In silbernem mit 2 roten Balken durchzogenen Schild eine bis oben reichende blaue Spitze, in dieser auf grünem Dreieck ein gemauerter runder Zinnenturm mit rotem Spitzdach, rundem Schußfenster aus dem rechts gekehrt ein goldenes Geschützrohr hervorragt und geschlossenem schwarzem Tor. Kleinod: Zwischen offenem, silbernem, je mit zwei Schrägbalken durchzogenen Flug, ein goldener Stern auf die Helmkrone gestellt, Decken: blau-silbern und rot-silbern.“ Durch dieses Wappen, das sich auch auf der Riesenglocke der Reichenauer Schloßkirche befindet, ist erwiesen, daß die Wettengel von Neuenberg zu den wappenfähigen Familien Böhmens gehörten, doch nicht zum Ritterstand; denn der böhmische König hatte im 16. Jahrhundert nur das Recht, eine nichtadelige Familie mit einem Wappen zu begnadigen, doch die Aufnahme in den niederen Adel stand nur den künftigen Standesgenossen zu. So ist bekannt, daß der Advokat Adam Linhart von Neuenberg, der das gleiche Wappen wie sein „Vetter“ Christoph Wettengel führte, zur Zeit des Landtags im Jahre 1609 von den Ritters in ihren Stand aufgenommen wurde, nachdem er den Nachweis erbracht hatte, daß sein Großvater, Vater, seine Großmutter und Mutter sowie auch er selbst sich eines ehrbaren Lebenswandels beflissen und ehelich erzeugt wurden und daß er mit einem Wappen begnadigt

⁴⁶ Beschreibung der Privatmünzen 13.

⁴⁷ Svoboda, Antonín/Kouřil, Tomáš: Dějiny Rychnova nad Kněžnou [Geschichte von Reichenau an der Kněžna]. Reichenau 1928, S. 57.

wurde⁴⁸. Christoph und Eustachius Wettengel und dessen Söhne waren keine Adeligen, sie waren „wappenfähige Bürger“, die erst in der dritten Generation Aufnahme in den Ritterstand finden konnten⁴⁹.

Die Eitelkeit alles irdischen Glückstrebens, die von den Malern der rudolfnischen Epoche so oft dargestellte Vanitas, dürfte Christoph Wettengel im Jahre 1587 erschreckend zum Bewußtsein gekommen sein. Mit einem heiteren Aufklang begann das Jahr; denn am 11. Januar fand die Hochzeit seiner Tochter Katharina mit dem kgl. Appellationsrat Dr. Hieronymus Michael in seiner „neuen Behausung“ in Prag statt⁵⁰. Der dazu eingeladene Rat der Stadt Eger, der zu den besten Kunden des Prager Handelshauses zählte, verehrte als Hochzeitsgeschenk „einen silbernen Pecher ganz verguldet“, der mit einem „gesmelzten Wappen“ verziert war. Er wog 42 Lot 1 Quentl und kostete der Stadt 44 fl 21 1/2 Groschen. Für seine Aufbewahrung wurde von einem Drechsler eine hölzerne „Puchsen“ angefertigt⁵¹.

Das ganze Füllhorn des Glücks schien über den Krämer ausgegossen zu sein, als er am 16. Mai desselben Jahres für die gewaltige Summe von 33 750 Sch. böhm. Groschen (= 67 500 Sch. meißn. Gr.) die Herrschaft Reichenau a. d. Kněžna erwerben konnte. Damit war der Beweis erbracht, daß er zu den reichsten Bürgern des Landes zählte⁵².

Doch gerade auf dem höchsten Gipfel des Erfolges sollte er erfahren, daß seinem Glück Grenzen gesetzt waren; denn aus Lyon traf im Sommer dieses Jahres die schreckliche Nachricht ein, daß sein einziger Sohn Johannes Ende Juli im hoffnungsvollen Alter von 18 Jahren, 9 Monaten und 1 Tag einem hitzigen Fieber erlegen war. Der Jüngling war gerade im Begriff, von der von Deutschen vielbesuchten Messestadt an der Rhone eine Kavaliersreise, die ihn schon durch England und Frankreich geführt hatte, nach Italien hin fortzusetzen, als ihn der Tod hinwegraffte. Die tief betrübtten Eltern ließen ein prächtiges Grabmal anfertigen, von dem nur noch das eigentliche Epitaph, eine

⁴⁸ Beschreibung der Privatmünzen 273, Tab. XXVII, Nr. 228.

⁴⁹ Gindely, Anton: Die Entwicklung des böhmischen Adels und der Inkolatsverhältnisse seit dem 16. Jahrhundert. Abhandlungen der k. böhmischen Gesellschaft der Wissenschaften. 7. Folge. Bd. 1. Phil. hist. Klasse Nr. 3. Prag 1886, S. 5. — Schlechtawsshrd, A. P. Ritter von: Die Stellung des niederen Adels in Böhmen gegenüber dem Bürgerstande während des 14., 15. und 16. Jahrhunderts. Jahrbuch „Adler“ 5 und 6 (1895) 149, 157, 158—161. — Klecanda, Vladimír: Přijímání do rytířského stavu v zemích českých a rakouských na počátku novověku [Die Aufnahme in den Ritterstand in den böhmischen und österreichischen Ländern zu Beginn der Neuzeit]. (Příspěvek k dějinám nižší šlechty [Ein Beitrag zur Geschichte des niederen Adels]). Časopis archivní školy Jg. 6, für unseren Betreff wichtig S. 1—29; S. 21—23 wird auf die „Wappenvettern“ eingegangen; S. 24 wird auf die reichen Advokaten hingewiesen, die bestrebt waren, in den Ritterstand aufzusteigen. Christoph I. Wettengel hatte zwei Advokaten (Adam Linhart und Nikolaus Rydl, beide „von Neuenberg“) als Wappenvettern. Zu beachten ist Sedláček, August: Českomoravská heraldika II. Prag 1925, S. 368.

⁵⁰ Stadtarchiv Eger (Cheb), Fasz. 700.

⁵¹ Ebenda: Ausgabebuch 1586, S. 28 und 33.

⁵² Siehe Anm. 26.

sehr schöne Renaissance-Arbeit, in der Schloßkirche zu Reichenau erhalten ist⁵³. Da der Grundstein zu dieser Kirche erst am 2. Juni 1594 gelegt wurde, ist anzunehmen, daß für das Grabmal erst ein würdiger Raum, der auch als Erbbeergräbnis der Familie dienen konnte, geschaffen werden sollte. Der Bau, eine spätgotische Hallenkirche, wurde nach seiner Fertigstellung im Jahre 1602, dem Todesjahr Christoph Wettengels, der Heil. Dreifaltigkeit geweiht. Der Turm über dem Eingang, der an der Außenseite eine Christophorus-Statue trug, wie ein Gemälde der Schloßgalerie Reichenau zeigt, wurde erst im Jahre 1604 fertig. Für die Kirche ließ Christophorus Wettengel von dem Meister Johann Beneschowsky in Mährisch-Trübau eine 140 Zentner schwere Glocke gießen, auf der unter einer lateinischen und tschechischen Inschrift die Namen des Kaisers Maximilian II., Christoph Wettengels von Neuenberg und von dessen beiden Frauen angegeben sind. Auch das Wappen der Wettengel ist angebracht. Die Glocke, berühmt durch ihren mächtigen Klang, ist neben der großen Glocke des Prager Veitsdoms die zweitgrößte des Landes Böhmen. Heute befindet sie sich in einem 20 bis 30 Schritt von der Kirche entfernten niedrigen Glockenturm; denn der eigentliche Turm der Kirche wurde in der Barockzeit weggerissen und an seiner Stelle eine Fassade nach dem Vorbild von „il Gesu“ in Rom errichtet. Wahrscheinlich erfolgte dieser Bau vor der Neuweihe der Kirche im Jahre 1666⁵⁴.

Wettengels einzige Tochter Katharina heiratete in zweiter Ehe im Jahre 1598 Christoph Radecký auf Radostow⁵⁵. Im gleichen Jahr wie seine Tochter heiratete der Witwer Wettengel eine Witwe aus dem Geschlechte des Schwiegersohnes, Johanna von Radecký. Die Trauung fand am 11. Juni in Prag statt. Wir sind darüber durch ein lateinisches Hochzeitsgedicht unterrichtet, von dem ein Teil von dem gefeiertsten tschechischen Dichter des 16. Jahrhunderts, dem kaiserlichen Poeten Georg Carolides von Carlsperg, stammt. Auf der zweiten Seite befindet sich ein Bildchen, das die Trauung darstellt. Es zeigt Christoph Wettengel in der Tracht seiner Zeit und mit einem Vollbart⁵⁶.

Als Christoph Wettengel sein Ende herannahen fühlte, begann er mit der gleichen Sorgfalt, mit der er als Kaufmann gearbeitet hatte, seinen Nachlaß zu ordnen. Zuerst bedachte er seine Tochter. Am 10. Mai 1599 vermachte er ihr die Herrschaft Borohrádek mit allen Zugehörungen, jedoch wurde die betreffende Eintragung in die Landtafel am 3. Mai 1600 wieder gelöscht⁵⁷. Katharina Radecký von Neuenberg scheint vor diesem Datum gestorben zu sein, weil sie in keinem der folgenden Testamente mehr erwähnt wird. Ihr Gemahl heiratete im Jahre 1607 zum zweiten Male⁵⁸. Am 27. April 1600 verkaufte

⁵³ Schaller, Jaroslav: Topographie des Königreichs Böhmen. Teil 15: Königgrätzer Kreis. Prag-Wien 1790, S. 190.

⁵⁴ Toman, Hugo: Památky města Rychnova [Erinnerungen an die Stadt Reichenau]. Památky archeologické II, S. 197.

⁵⁵ Jelínek, Břetislav: Die Böhmen im Kampf um ihre Selbständigkeit 1618—1648. Prag 1916, Teil 2, S. 76.

⁵⁶ Siehe Anm. 42.

⁵⁷ Landtafel Nr. 128, Q 19.

⁵⁸ Jelínek 76.

Christoph Wettengel seinem Bruder Eustachius und dessen Gemahlin Kuni-gunda von Ebenberg das Eckhaus am Brückl um 1 000 Schock böhm. Gro-schen⁵⁹. Das sogenannte „neue Haus“ am Graben (Straße des 28. Oktober Nr. 17), das Christoph Wettengel einst nach Niederreißung von zwei kleinen, ganz heruntergekommenen Häusern von Grund auf errichten ließ, vermachte er am 25. Februar 1602⁶⁰, schon vom Herrgott mit Krankheit bedacht, so daß er nicht persönlich vor dem Rat der Altstadt erscheinen konnte, seinem Bruder Eustachius sowie das gesamte Inventar an Kleinodien, Geld und Geldforderun-gen gemäß der Register und der Schuldbriefe. Die Namen der Schuldner und die Schuldsommen werden nicht erwähnt.

In seinem Testament vom 24. Juni 1602 gedenkt Christoph Wettengel auch seiner Wappenvettern Adam Linhart, Nikolaus Rydl und Melchior Haldius sen., die alle den Beinamen „von Neuenberg“ trugen⁶¹. Es fällt mir schwer, sie als Blutsverwandte des Christoph Wettengel zu bezeichnen, stammten sie doch alle aus dem östlichen Teil Böhmens, so Adam Linhart (geboren in Pla-nian im Jahre 1565, gestorben am 11. August 1617 in Prag)⁶². Er war ein sehr angesehener Rechtsanwalt, so des reichen südböhmischen Adligen Wok von Rosenberg, wie dieser war er böhmischer Bruder. Im Jahre 1608 konnte er für die bedeutende Summe von 98 000 Schock meißnisch die Grundherrschaft Vlkov nordwestlich von Nimburg an der Elbe erwerben, auch besaß er einige Häuser in Prag und in der Umgebung dieser Stadt⁶³.

Der Beiname „von Neuenberg“ erscheint bei dem Wappenvetter Nikolaus Rydl erst am 20. Januar 1588 und bei Melchior Haldius erst im Jahre 1594⁶⁴. Nikolaus Rydl ließ sich mit einem deutschen Wohlverhaltenszeugnis der ost-böhmischen Stadt Braunau vom 20. Januar 1588 in der Neustadt Prag im Jahre 1588 nieder, am 29. November 1590 wurde er Bürger der Prager Alt-stadt⁶⁵. Er zog sich den Haß des angesehenen Adligen Joachim Novohradsky von Kolovrat zu, der zwei Italiener dazu veranlaßte, auf Nikolaus Rydl einen Mordanschlag zu unternehmen, dem aber irrtümlicherweise dessen Bruder Da-vid, der Vater von vier Kindern, zum Opfer fiel. Die Bemühungen, Nikolaus von Kolovrat deshalb gerichtlich zu belangen, hatten keinen Erfolg. Die bei-den Mörder wurden auf dem Weißen Berg bei Prag vor dem 20. September 1597 hingerichtet⁶⁶.

Melchior Haldius von Neuenberg war Baccalaureus der Prager Universität⁶⁷,

⁵⁹ AmPr.: Liber contr. alb. 2113, S. 168.

⁶⁰ E b e n d a 232.

⁶¹ Prag, Statní archiv, Landtafel 131, Seite H 2 (L. Instr. B 131 A 24).

⁶² Beschreibung der Privatmünzen 273 ff. — G i n d e l y, Anton: Die Geschichte der Erteilung des böhmischen Majestätsbriefs von 1609. Prag 1868, S. 39, 68, 95, 101.

⁶³ Beschreibung der Privatmünzen 273.

⁶⁴ E b e n d a 416.

⁶⁵ E b e n d a 483.

⁶⁶ Landtafel gr. 190. Archiv des Min. des Innern Prag.

⁶⁷ Melchior Haldius erwarb am 5. September 1575 das Bakkalaureat (Mon. hist. univ. C. F. Pragensis II, 417).

er stammte aus dem südwestlich von Pardubitz gelegenen Heřmanův Městec. Schon vom Jahre 1594 an läßt er sich als Mitglied des Rats der Prager Altstadt nachweisen und blieb es noch länger. Im Jahre 1609 war er einer der Defensoren des böhmischen Majestätsbriefs. In dieser Zeit besaß er eine Brauerei bei seinem Hause in der Altstadt Prag. Aus all dem ist zu ersehen, daß Christoph Wettengels Wappenvettern einflußreiche Stellungen einnahmen.

Seine beiden Grundherrschaften Borohrádek und Reichenau an der Kněžna vermachte Christoph Wettengel am 24. Juni 1602 seinem Bruder Eustachius und seinem Neffen und Patenkind Christoph Wettengel dem Jüngeren⁶⁸. Christoph Wettengel starb am 24. Juli 1602 im dreiundsechzigsten Lebensjahr⁶⁹. Er wurde neben seinem Sohn, wie dieser in einem Zinnsarge, in der Schloßkirche zu Reichenau beigesetzt.

Eustachius Wettengel

Eustachius, dem Bruder und Erben Christoph Wettengels oblag es, das von seinem bedeutenden Vorgänger Übernommene zu erhalten und auszugestalten. Es ist anzunehmen, daß er von seinem Bruder schon in der Zeit, als das Geschäft eine solide Grundlage erhalten hatte, nachgezogen wurde. Dafür spricht das Zeugnis der ehelichen Geburt und des Wohlverhaltens, das Eustachius am 15. April 1572 von seinen Grundherren zu Neuenberg und Krugsreuth, Adam und Hans Heinrich von Zedtwitz, auf Pergament in deutscher Sprache ausgestellt erhielt⁷⁰. Ein Beweis ist es freilich nicht; denn erst im Jahre 1581 ist er nachweisbar im Geschäft seines Bruders tätig gewesen, und zwar in Nürnberg, wo er mit seinem Bruder in einen sensationellen Zollbetrug verwickelt war, über den schon ausführlich berichtet wurde (siehe oben S. 48 f.).

Im Sommer des Jahres 1588 bereitete Eustachius Wettengel seine zweite Ehe vor. In geziemender Weise wollte der Egerer Rat des Ereignisses gedenken, wie er am 6. Juli seinen zwei Gesandten in Prag schrieb. Die Braut war Kunigunde, die Tochter des aus Passau stammenden Wolf Perger von Ebenberg, dessen Nachlaß im Nachlaßinventar des Eustachius Wettengel erwähnt wird⁷¹. Dieser erbt von ihm das Haus Konkr. Nr. 454 in der Ledergasse, das er im Jahre 1615 an den reichen Kaufmann Konrad Schmidt weiterverkaufte⁷².

Das Bürgerrecht der Prager Altstadt erwarb Eustachius Wettengel, wie schon erwähnt wurde, am 10. März 1592⁷³. Er wies das schon genannte Wohlverhaltenszeugnis, das schon zwanzig Jahre alt war, vor. Als Bürgen erscheinen die der reichsten Schicht des Prager Bürgertums angehörenden Benedikt Fink von

⁶⁸ Zemské desky (Landtafel) 131, S. H 2 (L. instr. B 131 A 24). Arch. d. Min. Innern in Prag.

⁶⁹ Schaller, Jaroslav: Topographie des Königreichs Böhmen. Teil 15: Königgrätzer Kreis. Prag-Wien 1790, S. 190.

⁷⁰ AmPr.: Kniha městských práv [Buch der Bürgerrechte] Nr. 535 (6. März 1592 n. Stil).

⁷¹ Stadtarchiv Eger (Cheb), Kopialbuch 1588, Nr. 180 (6. VII. 1588).

⁷² Siehe Anm. 3.

⁷³ S. Anm. 70.

Goldburg und der aus Hattingen in Westfalen stammende Peter Nehrhof. Ohne das Ansehen seines Bruders wären ihm wohl kaum solche Bürgen zuteilgeworden.

Nach dem Tod seines Bruders am 24. Juli 1602 wurde Eustachius Wettengel dessen Nachfolger im Rat der Altstadt Prag. Dieses Ehrenamt sagte ihm jedoch nicht zu. Den Grund erfahren wir aus einem einzigartigen tschechischen Schreiben des böhmischen Königs (und deutschen Kaisers) Rudolf II. vom 13. November 1603⁷⁴.

„Vězte, že jsme poutivému Eustachiusovi Wetenglovi z Najenperka, spolu-měšťtíninu vašemu, věrnému našemu milému, na jeho poníženou prosbu a pohlída jíce k jeho věrným službám — i také že statky své pozemské odtud od města Prahy vzdálené má k tomu v řeči české nedostatečný jest a také v ouřadě konšelském jakž nás zpravuje, by nejraději chtěl, trvati nemůže, milost učiniti a jeho z tohoto ouřadu konšelského, kterýž na něj vložen jest, propustiti a toho osvoboditi ráčili. A protož vám poroučíme, poněvadž tak od nás toho ouřadu milostivě osvobozen jest, abyste vy jeho již po tento čas v žádný jiný městský ouřad a jakoužkoliv povinnost a práci nepotahovali, nýbrž se k němu ve všem podle tohoto našeho cís. poručení poslušně zachovali, jinak nečiníc.“

Der Inhalt lautet in Übersetzung wie folgt:

„Wisset, daß Wir dem ehrbaren Eustachius Wetengel von Najenperk, Euren Mitbürger, Unserem lieben Getreuen, auf seine demütige Bitte und im Hinblick auf seine treuen Dienste, auch wegen der weiten Entfernung seiner Landgüter von der Stadt Prag und der nicht ausreichenden Beherrschung der tschechischen Sprache die Gnade erweisen, ihn aus dem Ratsherrenamte, das auf ihn gefallen ist, in dem er sehr gerne bleiben möchte, doch wegen der angeführten Gründe nicht bleiben kann, zu entlassen und zu befreien. Aus diesem Grunde empfehlen Wir Euch, weil er von Uns aus Gnaden von diesem Amte befreit ist, ihn von diesem Zeitpunkt ab zu keinem anderen städtischen Amte oder sonst einer Pflicht und Arbeit zu ziehen, sondern verhaltet Euch gehorsam nach Unserem kaiserlichen Befehle, anderes unterlaßt.“

Läßt schon diese königliche Verfügung erkennen, daß Eustachius Wettengel an seiner Muttersprache festhielt, so wird diese Tatsache durch seine Zugehörigkeit zur deutschen evangelischen Salvatorgemeinde der Prager Altstadt noch erhärtet. Schon im Jahre 1597 hatte die „ganze Gemeinde, die ansässigen Bürger und auch die Einwohner deutscher Nation aus allen drei (Prager) Städten, die das Wort Gottes in deutscher Sprache zu hören begehren“, das utraquistische Konsistorium gebeten, den Deutschen irgendein Gotteshaus (da in einigen so kein Gottesdienst gehalten werde) an Sonn- und Feiertagen zur Predigt und zur Feier des Heiligen Abendmahls zu überlassen. Zu diesen Bürgern zählt wohl auch Eustachius Wettengel; denn späterhin gehörte er zu den

⁷⁴ Lier, Miloš: Z dějin domů čp. 382, 381, 380, 379, 378/I až do zboření brány na Můstku [Aus der Geschichte der Häuser Nr. . . . bis zur Zerstörung der Häuser am Brückel]. Za starou Prahu 11 (1922) 36 und 37.

treuesten Mitgliedern der deutschen evangelischen Salvatorgemeinde. Ein Erfolg scheint diesem Gesuch nicht beschieden gewesen zu sein; denn noch am 9. Februar 1609 klagt die Zeitung „Aviso“ Nr. 6: „Die hussitische Pfaffen auff der Alten Stadt und Kleinen Seiten (deren General und Procurator der bey S. Niklaus auff der Kleinen Seiten ist) wollen nicht gestatten, daß in den Praa-ger Stedten Teutsche gepredigt werden solle. Die in der Neuen Stadt aber sein in dem gar einig vnd des Teutschen predigen wol zu frieden.“ Gerade in dieser Zeit zu Anfang des Jahres 1609 tagte der böhmische Landtag, dessen protestantische Stände als Belohnung für die im vergangenen Jahre dem Kaiser Rudolf II. im Kampf gegen seinen Bruder Matthias gewährte Hilfe, die dem ersteren das Königreich Böhmen erhielt, die Anerkennung der Gleichberechtigung der Bekenner der Böhmisches Konfession mit den Katholiken erstrebten. Der Kaiser aber, beeinflußt durch seine katholischen Berater, wollte sich nicht darauf einlassen. Als ein viermaliger Schriftwechsel mit dem menschen-scheuen Herrscher zu keinem Erfolge führte, riß den Vertretern der evangelischen Stände die Geduld. In einer von ihnen unterzeichneten Erklärung teilten sie dem Kaiser mit, daß sie jedem Unrecht, das einem von ihnen zugefügt würde, mit aller Kraft entgegentreten würden. Gleichzeitig beschlossen sie, am 1. Mai wieder zusammenzukommen und bis dahin durch sechs Gesandtschaften den König Matthias, die protestantischen Kurfürsten und Fürsten und die beiden Reichsstädte Nürnberg und Frankfurt a. M. und die Stände Schlesiens und der Lausitz um Unterstützung zu ersuchen. Der Gesandtschaft an den Kurfürsten von der Pfalz, an den Pfalzgrafen von Neuburg, an die Fürsten von Anhalt (Statthalter der Oberpfalz in Amberg), von Württemberg und von Hessen und an die beiden schon erwähnten Reichsstädte gehörte auch Eustachius Wettengel an⁷⁵.

Daraus ist zu ersehen, daß er aktiv an den damaligen konfessionellen Auseinandersetzungen in Böhmen teilnahm. In diesem Zusammenhang sei auch darauf hingewiesen, daß auch Adam Linhart von Neuenberg damals als Advokat die Interessen der Böhmisches Brüder vertrat und Nikolaus Rydl von Neuenberg, der in der ersten Liste der Defensoren des Majestätsbriefes erscheint, wie Eustachius Wettengel in der vordersten Front dieses erbitterten Ringens standen⁷⁶.

Es darf vermutet werden, daß Wettengel als auch seine eben genannten Wapenvettern wie alle Protestanten Böhmens an dem grenzenlosen Jubel Anteil hatten, der durch das Land ging, als am 9. Juli 1609 der böhmische König den Majestätsbrief unterzeichnet hatte. Als einige Tage später das wichtige Dokument einer Deputation der Direktoren der protestantischen Stände übergeben und danach im Altstädter Rathaus ausgestellt wurde, war das Gebäude tagelang von einer zahlreichen Menschenmenge belagert und manche ruhten

⁷⁵ Der Aviso des Jahres 1609. Faksimiledruck, hrsg. von Walter Schöne. Leipzig 1939, nicht paginiert.

⁷⁶ Die Relation des Jahres 1609. Faksimiledruck, hrsg. von Walter Schöne. Leipzig 1940, nicht paginiert.

nicht eher, bis sie unter Freudentränen das teure Kleinod betastet oder geküßt hatten⁷⁷.

Wie zaghaft die deutschen Evangelischen an die Verwirklichung ihrer Wünsche nach Abhaltung von Predigten in ihrer Muttersprache gingen, zeigt eine Nachricht in der Zeitung „Relation“ Nr. 29 (Prag vom 18. Juli 1609): „Den 12. diß hat man ein husitische Kirchen hinder der Juden Statt, so viel Jahr versperrt blieben, beim Creutz genant, auff der Stände ersuchen eröffnet, darin das Te Deum Laudamus und viel geistliche Psalmen gesungen, aber nit gepredigt worden, weil damals die Stände den Majestatbrieff noch nit gehabt, aber denselbigen Tag in einem Herrn-Hauß in der Karpffengassen durch ein alten Predicanten, so vor diesem der reformation halben im Landt ob der Ens außgeschafft worden, wie auch den 15. diß mit zulauff vieler 1000 Menschen das erste Mahl gepredigt.“

Wichtig war für alle evangelischen Deutschen Prags, daß der Majestätsbrief die „Ordination und Einsetzung sowohl böhmischer als deutscher Prediger“ durch das neutraquistische Konsistorium vorsah. Jetzt erst konnten die deutschen Protestanten Prags darangehen, ihr Kirchenleben ohne äußeren Zwang zu gestalten. Aus der oben angeführten Nachricht der Zeitung „Relation“ ist ja deutlich zu ersehen, daß vor der Herausgabe des unterfertigten Majestätsbriefs nur eine Andacht stattfinden konnte, während drei Tage nach diesem Sonntag am Feiertag „Divisio Apostolorum“ (15. Juli) in derselben Kreuzkirche eine öffentliche Predigt gehalten werden konnte. Der Versuch des evangelischen Deutschen Augsburgischen Bekenntnisses, die Abhaltung von Predigten an jedem Montag und Donnerstag in der Altstädter Hauptpfarrkirche zum Tein erlaubt zu bekommen, scheiterte. „Wegen künftiger Übel und Gefahren für die tschechische Sprache und auch für die ganze Stadt“ könne das nicht zugegeben werden, lautete die Antwort⁷⁸.

Das fehlende Entgegenkommen der tschechischen Glaubensgenossen führte schließlich im Jahre 1610 zur Gründung von zwei deutschen evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden in Prag, die eine auf der Kleinseite und die zweite in der Altstadt⁷⁹. Die deutschen Calviner fanden erst im November 1618 eine Bleibe in der Doppelkirche St. Simon und Juda in der Altstadt Prag⁸⁰. Für die großen Bauvorhaben — zum Bau der Kirchen gesellte sich noch der von Schulen — bedurfte es großer Summen Geldes. Diese sollten durch Kirchensteuern und freiwillige Spenden hereingebracht werden, die Höhe der Steuern wurde durch freiwillige Einschätzung der Gemeindemitglieder bestimmt⁸¹. Vom Quar-

⁷⁷ Mayer, Franz Martin: Geschichte Österreichs mit besonderer Rücksicht auf das Kulturleben. Bd. 2. 3. Aufl. Wien-Leipzig 1909, S. 108.

⁷⁸ Klier, Richard: Das Deutschtum Prags in der Vergangenheit. Karlsbad-Drahowitz und Leipzig 1936, S. 42.

⁷⁹ Hrejsa, Ferdinand: U Salvatora [Über die Salvatorkirche]. Sborník k pronimu desitiletí Husovy fakulty (1919/20—1928/29) 101 f.

⁸⁰ Ebenda 144.

⁸¹ Die Angaben über die Kirchensteuer entnahm ich schon vor dem letzten Krieg dem Steuerregister der deutschen Salvatorgemeinde in der Prager Altstadt, die sich im Archiv der Erlösergemeinde Dresden-Striesen befindet.

tal Luciae (13. Dezember) 1611 bis zum Quartal Crucis (14. September) 1617 ist Eustachius Wettengel regelmäßiger Steuerzahler der Altstädter Salvatorgemeinde. Abgesehen vom ersten Quartal, wo er acht Schock meißnische Groschen zahlt, gibt er immer vier Schock. Einen höheren Beitrag geben Hans und Peter Nehrhof (Neerhof), zwei Kaufleute (Brüder), die aus Hattingen an der Ruhr stammen, und der Appellationsrat Johann Baptist Eisen mit je fünf Schock. Valentin Kirchmayr, der aus einer hochangesehenen Zinnhändlersfamilie stammte, die aus Freistadt in Oberösterreich nach Prag eingewandert war, leistet ebenfalls vier Schock meißnische Groschen. Alle übrigen Gemeindemitglieder zahlen weniger. Eine Ausnahme bildet nur einmal Leander Rüppel, der ein einziges Mal 8 Schock zahlt. Aus diesen Angaben ist deutlich zu ersehen, daß Eustachius Wettengel an Opferfreude nur von den Nehrhof übertroffen wurde, doch kann der Unterschied auch dadurch bedingt sein, daß die Nehrhof gebefreudiger als die Wettengel waren. Im Spenderbuch der Salvatorgemeinde, das die Geldzuwendungen der Könige von England⁸², Dänemark und Schweden, von vielen protestantischen Fürsten, Adeligen, Städten und 39 Universitäten enthält, wird Hans Nehrhof von Holterberg „ein sonderer Liebhaber der reinen evangelischen Religion“ genannt. Er dürfte auch sehr wohlhabend gewesen sein; denn seine Hausfrau Elisabeth stammte aus dem reichsten Handelshaus Leipzigs im 16. Jahrhundert, Cramer. Im Spendenbuch der Salvatorgemeinde findet sich auch Eustachius Wettengel eingetragen, doch fehlt leider bei ihm wie auch bei den anderen reichen Prager Bürgern die Angabe „der zu unterschiedlichen Mahlen“ gespendeten Summen. Am 31. Mai 1613 verehrte seine vielgeliebte Hausfrau, die edle und vieltugendsame Frau Kuni-gunda Wettengelin zu dem Kirchen- und Schulbau 40 Taler, am gleichen Tag auch ihr jüngerer Sohn Johannes (Hans) 20 Taler. Im Gegensatz zu diesem Eintrag, der in deutscher Sprache erfolgte, weil vermutlich der Knabe die Lateinschule noch nicht besuchte, glänzte der ältere Bruder Christoph, der auf ein besonderes Blatt eine lateinische Widmung geschrieben hatte, mit seinen Lateinkenntnissen und vierzig Gulden Spende. Die Liebe zu seinem sehr schönen Vaterlande Böhmen und die Freude über die durch Rudolf II. gewährte Religionsfreiheit kommen darin zum Ausdruck. Schon am Silvestertage des Jahres 1612 hatte er das Widmungsblatt verfaßt, als er gerade im Begriffe war, an die Akademie von Straßburg, eine lutherische Hochschule, abzureisen⁸³. Bei den eigenhändigen Eintragungen der Söhne des Eustachius Wettengel fällt auf, daß beide die tschechische Namensform „Betengel“ verwenden. Man er-

⁸² Nach Polišenský, Josef: Nizozemska politika a Bíla Hora [Die Politik der Niederlande und der Weiße Berg]. Prag 1958, S. 126 gab König Jakob bei seiner großen Spende nichts von dem Seinen, sondern die ganze Summe wurde von Gläubigen der anglikanischen Kirche gesammelt.

⁸³ Die Spenden für den Bau der Salvatorkirche sind angegeben im: Spenderbuch für den Bau der protestantischen Salvatorkirche in Prag. Hrsg. von Rudolf Schreiber, mit Beiträgen von Anton Ernstberger, Horst Preiss und Heribert Sturm, erschienen 1956 in: Forschungen zur Geschichte und Landeskunde der Sudetenländer. Unter den Spendern ist unter Nr. 707 Johann Baptist Risen angegeben, statt richtig „Eisen“.

hält den Eindruck, daß die Erziehung der beiden ganz im Sinne eines stark ausgeprägten böhmischen Landespatritismus erfolgte. So war es auch, wie die Namen der Hauslehrer (soweit sie bekannt sind) beweisen.

Als Erzieher Christophs des Jüngeren wird Thomas Duchoslav Žatecký genannt, der an einem Neujahrstag an Stelle eines für diese Zeit üblichen Geschenkes dem Vater seines Schülers lateinische Gedichte widmete, daher der Titel „Loco strenae“. Das erhoffte Gegengeschenk dürfte wohl in einer weniger geistvollen Form erwartet worden sein. Um den reichen Handelsherrn drängte sich auch der Humanist Johannes Daubecius aus Deutschbrod mit seinen Söhnen Wenzel und Gabriel, dieser war Bakkalaureus. Johannes Daubecius widmete Eustachius Wettengel das Werk „Eligideon“, das 42 lateinische Dystichen umfaßt. Im Jahre 1612 widmete ihm Paul Prussius Pschersky das Werk „Encomium concordiae“ (Loblied der Eintracht). Es ist als übertrieben zu betrachten, deshalb Eustachius Wettengel als Förderer der tschechischen Literatur zu bezeichnen⁸⁴. Als er zwischen dem 13. Dezember (Luciae) 1617 und dem 1. Februar 1618 plötzlich ohne Hinterlassung eines Testaments starb, wurde ein Nachlaßinventar angefertigt, das uns wertvollen Einblick in den Besitz und die Geschäftsführung dieses Prager Bürgers gewährt⁸⁵. Die landtäflichen Güter finden darin keine Erwähnung.

In der Prager Altstadt hinterließ er nach dem Testament drei Häuser: das Eckhaus am Brückel (Konskr. Nr. 378, neue Nr. 10), vom Wenzelsplatz aus linker Hand gelegen, das aber im 19. Jahrhundert um das Haus Konskr. Nr. 379 erweitert wurde. Das zweite Haus lag dort, wo sich vor dem letzten Kriege die Prager Kreditbank in der Straße des 28. Oktober Nr. 17 (Konskr. Nr. 377) befand. Zur Zeit der Wettengel war hier „am Graben“ zwischen den beiden erwähnten Häusern noch das Haus des Schusters Marschalek, das demnach einmal mit einem der Nachbarhäuser verschmolzen worden sein muß. Das dritte Haus der Wettengel in der Altstadt war das zum „Goldenen Stern“ (Konskr. Nr. 405). In der Neustadt besaß der Verstorbene noch ein Haus bei St. Apollinaris mit Weinbergen.

Das Nachlaßinventar gewährt auch einen sehr wertvollen Einblick in die Darlehensgeschäfte der Prager Firma. In der folgenden Tabelle werden die Schuldner nach der zeitlichen Reihenfolge des Beginns des Schuldverhältnisses und nicht wie im Originalverzeichnis nach dem Gerichtsstand des Schuldners angeführt.

Nach meiner Zählung besaß Eustachius Wettengel nach seinem Nachlaßinventar Schuldforderungen in der Höhe von 122 176 fl. 9 Sch. rhein. und 6 431 Schock 34 Groschen 1 Pfennig meißnisch (?).

⁸⁴ Truhlář, Anton: Rukověť k písemnictví humanistickému, zvláště basnickému v Čechách a na Moravě v století XVI [Handbuch zur Literatur der Humanisten, insbesondere der Dichter in Böhmen und Mähren im 16. Jahrhundert]. Bd. 1. Prag 1908, S. 131. Irrtum: der Vater des Eustachius Betengel war nicht Christoph, Name nicht bekannt.

⁸⁵ AmPr.: Inventář Nr. 1175, f. 108—117 a.

Ort und Datum der Ausstellung des Schuldbriefs	Name des Schuldners	Darlehens- summe
Prag, 1610 März 17	Hans und Hans Berthold, Gebrüder von Zedtwitz	5 100 fl. rh.
[Eger], 1610 St. Georgstag (23. IV.)	Bürgermeister und Rat der Stadt Eger	17 000 fl. rh.
Prag, 1611 Jan. 1	Lazarus Henkel [der Jüngere]	14 000 fl. rh.
Stuttgart, 1613 August 24	Herzog Johann Friedrich von Württemberg	25 000 fl. rh.
Leipzig, 1616 St. Mi- chaels-Jahrmarkt (29. Sept.)	Kurfürst Johann Georg von Sachsen	20 000 fl. rh.
Stuttgart 1617/18	Herzog Johann Friedrich von Württemberg	25 000 fl. rh.
Regensburg (vor 1618)	Darlehen von 10 000 fl. rh. ge- meinsam von Eustachius Wett- engel, Peter Nerhoff und Lo- renz Stark, Anteil Wettengels	4 376 fl. rh.
Nürnberg (vor 1618)	Darlehen des Nürnberger Fak- tors des Eustachius Wettengel namens Lynhart Milcz [Multz] an verschiedene Personen in Nürnberg	11 700 fl. rh. 9 Schillg.
Prag (vor 1618)	109 Schuldner, davon 15 Ju- den und 26 Adelige, meistens Tschechen	6 431 Schock 34 Gr. 1 Pfg.

Die vorhergehende Übersicht zeigt das Streben des Eustachius Wettengel, am sogenannten „großen Finanzgeschäft“ teilzunehmen, für das die mächtigen Handelsherren Augsburgs im 16. Jahrhundert ein wenig zur Nachfolge einladendes Beispiel gegeben hatten. Das erste größere Darlehen erhielten die Grundherren der alten Heimat der Prager Wettengel, die Herren von Zedtwitz, vorgestreckt. Sie benötigten das Geld für den Neubau des siebentürmigen Schlosses zu Krugsreuth, das in der Kirche zu Neuburg bei Asch auf einem Epitaph vom Jahre 1632 zu sehen war. Der Beginn dieses Baus ist durch das Datum dieses Schuldscheins (Frühjahr 1610) genau bestimmt⁸⁶.

⁸⁶ Das siebentürmige Schloß von Krugsreuth ist abgebildet auf Tafel V (Epitaph <1632> in der evangelischen Kirche zu Neuburg) vor Seite 33 in Alberti: Beiträge II.

Bald darnach, am 24. April 1610, nahmen bei ihm der Bürgermeister und Rat der Stadt Eger 17 000 fl. rhein. „zur Bezahlung der Fristen“ für das „Deutsche Haus“ daselbst auf. Die Stadt Eger hatte im Jahre 1608 die dortige Deutschordenskommande, die das Patronat der St. Niklaskirche, der Pfarrkirche des Ortes, und vieler Landpfarreien der Umgebung besaß, erworben⁸⁷. Die Berechtigung der in der Mehrheit evangelischen Stadt zu diesem Kauf wurde aber von Bischof Wolfgang von Regensburg bestritten, weil dazu nicht die Zustimmung des Papstes eingeholt worden war. Es entstand ein Rechtsstreit, der im wesentlichen durch die Erlegung der ehemaligen Kaufsumme durch eine kaiserliche Kommission am 14. Dezember 1627 seine Erledigung fand⁸⁸.

Bei der Bestandsaufnahme des Nachlasses von Eustachius Wettengel fand sich auch ein Schuldschein eines Lazarus Henckel über 14 000 fl., „für welche Schuld die in diesem Inventar Nr. 1 verzeichneten Kleinode abgeführt wurden“. Es handelt sich hier um Lazarus Henckel den Jüngeren von Donnersmarck, dessen gleichnamiger in Wien lebender Vater zu den reichsten Männern Deutschlands zählte, er besaß ein Vermögen von einer Million Gulden. Lazarus Henckel jun., der Schmuckstücke zur Sicherung des Darlehens geben mußte, hatte in den Jahren 1608 und 1609 in der Welschen Gasse auf der Kleinseite Prags zwei Häuser erworben, an deren Stelle später das Palais Schönborn errichtet wurde. Lazarus Henckel jun. hatte mit der kaiserlichen Hofkammer große Darlehensgeschäfte, die ihm Unheil brachten, abgeschlossen, denn sein hoher Gläubiger ließ ihn ganz in Stich, so daß er seine eigenen Gläubiger nicht oder nur sehr schwer befriedigen konnte. Damit hängt wohl das Wettengel-Darlehen für den jungen Henckel zusammen. Mit Recht konnte daher der alte tüchtige Reichspfennigmeister Zacharias Geizkofler an Lazarus Henckel sen. schreiben, sein Sohn habe „seinen Kredit arg strapaziert“⁸⁹.

Dem Herzog Johann Friedrich von Württemberg ließ der Prager Herrscher zu zweimal je 25 000 fl. rhein. Der zweite diesbezügliche Schuldbrief ist nicht datiert; denn er fällt in die Zeit zu Beginn des Jahres 1618, in der Eustachius Wettengel plötzlich starb. Die Gültigkeit dieses Schuldbriefes wurde aber später nie angezweifelt. Der Vermittler des württembergischen Darlehensgeschäftes war Lienhart Multz (oder Mültz), ein Nürnberger Bürger, der aus dem Zinnbergbaugebiet von Schönfeld bei Schlaggenwald stammte und Genannter des Größeren Rates der Stadt Nürnberg war. Er war aber nicht nur Faktor der Prager Firma Wettengel, sondern auch der des Herzogs von Württemberg, nachweisbar ab 12. Juni 1604⁹⁰.

⁸⁷ Am 24. April 1618 verpflichtete sich der Rat von Eger, die 17 000 Gulden, die ihnen Eustachius Wettengel geliehen hatte, von dessen Söhnen Christoph und Johann zu den alten Bedingungen (Zins 1020 Gulden) auszuleihen. Stadtarchiv Eger (Cheb), Faszikel 301.

⁸⁸ Sturm, Heribert: Eger, Geschichte einer Reichsstadt. Augsburg 1951, S. 292 ff.

⁸⁹ Kallbrunner, J.: Lazarus Henckel von Donnersmarck. Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 24 (1931) 155.

⁹⁰ Lienhart Multz, Faktor des Herzogs von Württemberg, zuerst nachweisbar am 12. VI. 1604 (RV Nr. 1765, S. 14).

Gemeinsam mit Peter Nehrhoff und Lorenz Stark ließ Eustachius Wettengel dem Reichspfennigmeister Stefan Schmid 10 000 rhein. Gulden. Der Anteil Wettengels betrug 4 376 Gulden⁹¹.

Weit überlegen war Nürnberg der Hauptstadt Prag als Handelsplatz. Der Nürnberger Vertreter des Eustachius Wettengel war Lienhart Multz. 11 700 Gulden hatte er ihm geliehen. In Prag gab es bedeutend weniger Darlehensempfänger. In Schock meißnisch umgerechnet waren es 7 478 fl. rhein.⁹²

Die Schulden der Prager Kaufleute werden nicht angeführt, warum ist nicht erkennbar, doch werden 67 Schuldner erwähnt.

Eustachius Wettengel war in zweiter Ehe, von seiner ersten Ehe ist bisher nichts bekannt, mit Kunigunde Berger von Ebenberg vermählt, deren Vater Wolf Perger im Jahre 1553 das Bürgerrecht der Prager Altstadt erwarb. Er war wie sein Bruder Linhart aus Passau (1556) zugewandert. Kunigunde gebär zwei Söhne, Christoph und Hans, und zwei Töchter, die früh verstarben. Von Kunigunde Wettengel von Neuenberg, die am 6. Oktober 1613 in Reichenau an der Kněžna starb, ist eine lateinische Gedenkschrift, die der Präzeptor Nikolaus Grenzer aus Jägerndorf verfaßte, erhalten, die leider fast keinen Aufschluß über ihr Leben gibt. Sie erhielt ein Grab in der von Christoph I. Wettengel erbauten Dreifaltigkeitskirche in Reichenau⁹³.

Eustachius Wettengel starb zwischen dem 14. September 1617 und dem 31. Januar 1618; er muß in der Zeit krank gewesen sein, weil sein Sohn an die Altstädter Salvatorgemeinde die Kirchensteuer zahlte. Es ist anzunehmen, daß er wie die Familie seines Bruders in der Reichenauer Dreifaltigkeitskirche die letzte Ruhestätte neben seiner Frau Kunigunde fand, die hier nach ihrer Leichenpredigt beigesetzt wurde.

Das Handelshaus Wettengel fördert die böhmischen Rebellen 1618

Als im Jahre 1618 in Böhmen alles „auf die Spitze des Schwertes gestellt“ wurde⁹⁴, gingen von Kaiser Matthias Patente und Schreiben an die Stände des Reiches ab, die böhmischen Rebellen nicht durch die Zulassung von Truppenwerbungen, Musterungen und die Erlaubnis von Durchzügen der Truppen, durch die Lieferung von Munition und Kriegsrüstung zu unterstützen. Als aber im Juli 1618 in Wien bekannt wurde, daß die bedeutendste Handelsfirma Nürnbergs, Bartholomäus Viatis und Martin Peller, „den beheimischen

⁹¹ d'Elvert, Christian: Der Reichspfennigmeister Stephan Schmid von Freihofen, Herr auf Kunstadt. Notizen-Blatt der hist. stat. Section der k. k. mähr. schles. Gesellschaft. (1858) Heft 7, S. 62—64.

⁹² Es fällt auf, daß Eustachius Wettengel nur deutschen Adeligen und Fürsten, aber keinem tschechischen größere Geldsummen geliehen hat.

⁹³ Dammann, Oswald: Leichenpredigten und Leichengedichte der Universitätsbibliothek Heidelberg. Archiv für Sippenforschung und alle verwandten Gebiete 13 (1936) 231: Trostgedicht für Kunegunda Perger ab Ebenberg († 6. Okt. 1613) in Reichenau an der Kněžna.

⁹⁴ Johannis Müllneri Annales Norimbergenses VII, Continuatio S. 1413, Bayer. Staatsarchiv Nürnberg.

Stenden eine Anzall Kriegsrüstung zu lifern bewilligt haben“ sollte, wurde der Rat der Stadt Nürnberg durch ein mißbilligendes Schreiben des Kaisers darauf aufmerksam gemacht mit der Bitte, diese Lieferung dem Kaiser „verfolgen zu lassen“ (RV 1952, 20. Juli 1618). Die Nürnberger Firma erklärte daraufhin, daß ihr Befehlshaber (Faktor) in Prag „ohn ihren Befehl sich [mit den böhmischen Ständen] eingelassen, welchs sie aber alsbalden abgeschafft“ hätten. Am 1. Juli 1618 bat Lienhart Multz, der Nürnberger Faktor des Prager Handelshauses Wettengel, den Rat der Stadt Nürnberg, ihm zu gestatten, den böhmischen Ständen 150 Zentner Pulver zu liefern. Der Rat, der den Schein der Neutralität den beiden böhmischen Parteien gegenüber wahren wollte, beschloß „sich gleichsamb der Sach unwissent“ zu stellen und Multz wurde empfohlen, er möge „still und behutsamb damit umbgehen“⁹⁵.

Alle Lieferungen von Kriegsmaterial für die böhmischen Stände führte Lienhart Multz im Auftrag seines Prinzipals Christoph Wettengel von Neuenberg in Prag aus. Auf diesen ist wahrscheinlich auch die Meldung des Agenten von Sachsen-Coburg in Prag, Leander Rüppel von Ruppach, der ein Freund des Eustachius Wettengel war, vom 20. Juli 1618 zu beziehen, der unter anderem berichtet, „[in Böhmen] gehen die Werbungen [= Bemühungen] stark fort und werden alle necessaria zum Krieg und feindlichen Wesen zur Hand gebracht, wie dann auf Begehren der Herrn Stände noch gestern [19. Juli] ein vornehmer Bürger in Prag tausend Centner Pulver, Musqueten und Cartauen-Büchsen in Nürnberg und Würtem(b)erg zu erhandeln befehligt worden, ich auch die Schreiben selbstn abgefasset“⁹⁶.

Für die Durchführung dieses Auftrages kam nur Lienhart Multz in Nürnberg in Betracht. Am 2. September 1618 beschäftigt sich der Rat der Stadt Nürnberg mit dem mündlichen Vorbringen des L. Multz, „ime 300 Rüstungen aus dem Zeughaus verfolgen zu lassen, dabey die Plattner alhie sich erpotten, dieselbe in wenig Zeit wider zu erstatten“. Es wurde beschlossen, „weil solchs bey der kay. May. nit zu verantworten sein werde, ime sein Begern abzuleinen mit Vorwenden, das meine Herren ihr Zeughaus diser Zeit nit entblößen können. Der andern Kriegsrüstung halben aber soll man durch die Finger sehen“⁹⁷.

Der Pflichteifer des Waagmeisters und besonders Hans Richtenstalls, die von der geheimen Förderung Multzens durch den Nürnberger Rat nichts wissen konnten und deshalb schon im August 1618 angezeigt hatten, daß er in seinem Hause Waren abwiege, wofür doch nur die städtische Waage zuständig sei, war dem Rat unangenehm, weshalb sich Multz bei ihm entschuldigen mußte (RV 1953, 13. Aug. 1618). Auch im Oktober 1618 hatte Multz wieder Verdruß mit dem pflichtbewußten Waagmeister. Auf seine Beschwerde hin beschloß der Rat

⁹⁵ RV 1951, S. 82 b.

⁹⁶ Bericht Leander Rüppels von Ruppach an Herzog Johann Casimir von Sachsen-Coburg vom 20. Juli 1618 (Coburger Landesarchiv, Locat B Nr. 2819 — alt B II 21, Nr. 165).

⁹⁷ RV 1954, S. 19 b, 2. IX. 1618.

der Stadt Nürnberg, „dem Richtenstall eine ernste streffliche Red zu sagen, das ime nit geburt hab, den Multzen alhie und an auswendigen Orten also auszuscreyen ader sich umb seine Paßzettl zu bekummern . . .“⁹⁸ Diese ermöglichten das freie Passieren der Waren durch die Stadttore.

Im Sommer des Jahres 1619 beschwerte sich Multz über die Pulvermacher Hans Heher und die Keutschen Erben, weil sie ihm die versprochene Menge Pulver nicht geliefert hatten. Nach Einholung eines Gegenberichts der genannten Pulvermacher entschied der Rat der Stadt Nürnberg, daß diese ihm wöchentlich eine gewisse Anzahl von Zentnern liefern sollten. Alles Pulver, das sie erzeugen, sollen sie dem Rat der Stadt Nürnberg und den böhmischen Ständen liefern „und an kein fremd ort kummen“ lassen. Ein großer Mangel herrsche hinsichtlich des Salpeters, daher solle in allen Ämtern des Nürnberger Territoriums darnach gegraben werden (RV 1966, 13. Aug. 1619). Multz bemühte sich selbst um Salpeter, jedoch wollten ihn die Pulvermacher unter dem Vorwand, er sei nicht genugsam geläutert, nicht annehmen. Der Rat bemühte sich daraufhin neuerdings darum, von diesem Salpeter „eine Prob zu tun“, ob er von den Pulvermachern angenommen werden könne, „damit den behemischen Herren Directorn in etwas geholfen werde“ (RV 1967, 26. Aug. 1619).

Das Interesse des Nürnberger Rates an einem Sieg der böhmischen Rebellen mußte durch das sehr ansehnliche Darlehen von 200 000 fl. rhein. zu sechs Prozent Zins, für das die protestantische Union Bürgerschaft leistete, beflügelt werden. Es wurde in Amberg am 26. August 1619 an den Beauftragten der böhmischen Stände, Elias Rosinus, von zwei Vertretern der Stadt Nürnberg, Friedrich von Berg und Elias Oelhafen, ausgezahlt. Der darüber ausgefertigte Schuldschein wurde von dem Pfalzgrafen Friedrich V. unterfertigt, der an diesem Tage, seinem Geburtstage, zum König von Böhmen von den in Prag versammelten Ständen gewählt worden war⁹⁹.

Vor dem Dreißigjährigen Krieg waren Nürnberg und Leipzig die wichtigsten Handelsplätze für Prag und Böhmen. Zu Beginn des Krieges schied Leipzig als kursächsische Stadt für die Lieferung von Gütern, die für militärische Zwecke bestimmt waren, aus; das bewirkte, daß für diese Zwecke nur Nürnberg in Betracht kam. Hier war Lienhart Multz als Faktor der Prager Wettengel der große Rüstungslieferant. Große Summen Geldes liefen durch seine Hände, sich in Munition, Musketen, Geschütze usw. verwandelnd. Ein Beispiel: Die Kölner Firma Balthasar Fischet und Konsorten erlegte bei ihm eine Kaution von 38 000 fl. rhein. in Goldgulden und Sechsbätznern als Sicherheit für die Ausführung des Vertrags zur Lieferung von Munition und Luntten (= Zündstricken), der zwischen dem böhmischen König Friedrich und der Firma Fischet vor dem 20. Dezember 1619 abgeschlossen worden war. Multz depониerte die genannte Geldsumme erst zum Teil und dann auf Betreiben Fischets ganz in der Schau der Stadt Nürnberg, die u. a. auch die Aufgabe einer

⁹⁸ RV 1956 (22. X. 1618).

⁹⁹ Franz, Eugen: Nürnberg, Kaiser und Reich. München 1930, S. 257 Anm. 1.

Depositenkasse übernommen hatte. Erst nach langem Hin und Her erklärte sich Multz bereit, der Auszahlung der Summe zuzustimmen¹⁰⁰.

Aus den Nürnberger Ratsverläßen geht hervor, daß die Firma Fischet 38 000 fl. rhein. für „Kriegsrüstung“ an Multz gesandt hatte und über Hamburg und Berlin Munition und Zündstricke nach Böhmen abgehen ließ¹⁰¹. Über Berlin wohl deshalb, weil der bequeme kursächsische Elbeweg für die kriegswichtigen Güter der böhmischen Rebellen gesperrt war.

Bei der Auseinandersetzung mit der Firma Fischet zeigte sich Multz so halsstarrig, daß ihm der Nürnberger Rat den Vorwurf machen mußte, daß er die Ausführung des Fischetschen Vertrags „daran doch kön. Majestät in Behem und den Stenden soviel gelegen sein soll, mehr verhindert als befördert“ habe, obgleich gerade von ihm erhofft worden war, daß er die Abwicklung des Geschäfts erleichtern würde. Der Groll des Rats wurde schließlich so stark, daß Multz mit der „Straf des Thurns“ gedroht wurde¹⁰².

Die Lieferungen von Kriegsmaterial gingen laufend weiter, wie verschiedene Verlässe des Nürnberger Rates beweisen. Es muß als selbstverständlich angesehen werden, daß nur außerordentliche Fälle in den Ratsverhältnissen ihren Niederschlag fanden, über die normale Geschäftsabwicklung erfahren wir daraus nichts. Ein Ansuchen der böhmischen Landoffiziere [= Landesbeamten] und Räte um 200 Zentner Pulver (BB 238, f. 116, 15. 3. 1620) aus den Vorräten der Stadt Nürnberg wurde vom Rat abgelehnt, jedoch erklärte er sich nach dem Ratsverlaß vom 15. März 1620 bereit, die hundert Zentner Pulver, welche die Pulvermacher Hans Heher und die Keutkischen zu liefern schuldig waren, ihnen abtreten zu wollen. Multz sollte davon benachrichtigt werden. Jedenfalls half Nürnberg soweit es konnte. Die Bitte des böhmischen Königs Friedrich um Lieferung von 2 000 Musketen für die Ausrüstung zweier Regimenter mußte er ablehnen, da er „sich in diesen gefährlichen Zeiten nicht ganz entblößen“ konnte (BB 238, f. 171, 4. 2. 1620). Er hätte zwar in Suhl etliche Tausend Musketen bestellt und „angefrümpt“ (= vorausbestellt), aber der Kurfürst von Sachsen soll die Ausfuhr verboten haben. In Nürnberg seien aber im freien Handel 1 200 Musketen zu haben.

Seit dem plötzlichen Tod des Lienhart Multz am 29. Mai 1620¹⁰³ sind keine Nachrichten über Rüstungslieferungen mehr erhalten.

¹⁰⁰ Liva, Václav: *Prameny k dějinám třicetileté války* [Quellen zur Geschichte des 30jähr. Krieges]. Teil 3 (1618—1625). Prag 1951, S. 46 (20. Dez. 1619). Lesefehler: statt Fischer Balthasar richtig „Fischet“. Über Balthasar Fischeidt vgl. Thim me, Hermann: Der Handel Kölns am Ende des 16. Jahrhunderts. *Westdeutsche Zeitschrift für Geschichte und Kunst* 31 (1912) 405. — Dietz, Alexander: *Frankfurter Handelsgeschichte*. Bd. 3. Frankf. M. 1921, S. 214. — Fischer, Gerhard: *Aus zwei Jahrhunderten Leipziger Handelsgeschichte (1470—1650)*. Leipzig 1929, S. 217.

¹⁰¹ RV 1973, S. 80 b (28. 2. 1620), RV 1974, S. 13 a (4. 3. 1620), S. 23 b 9. 3. 1620, S. 30 a (10. 3. 1620).

¹⁰² RV 1974, S. 31 a (11. 3. 1620) und f. 77 (27. 3. 1620).

¹⁰³ Das Todesdatum von Lienhart Multz wird erwähnt in den Nürnberger Prozeßakten Nr. 379 d (STAN).

Christoph II. Wettengel von Neuenberg und sein Bruder Hans kämpften in der böhmischen Rebellenarmee als Offiziere mit in der Schlacht am Weißen Berge (8. November 1620) und gerieten durch den kaiserlichen Offizier Hans Bernhard Freiherr von Herberstein in Gefangenschaft. Dieser hatte es sich eifrigst angelegen sein lassen, den Befehl seiner Vorgesetzten zu befolgen, „sich . . . zu bemühen, die böhmischen Kriegsoffizier, so wohl edle als unedle dahin zu bewegen, in kayserliche Bestallung“ zu treten. Er hatte auch „Wettengel und seinen Bruder dahin persuadiret“. Beide Brüder folgten dem Werbeangebot und dienten bis zu ihrem Tode in der kaiserlichen Armee. Christoph Wettengel kämpfte als Fähnrich unter dem Hauptmann Freiherr von Herberstein in Schlesien gegen das Kriegsvolk des Markgrafen Johann Georg von Jägerndorf¹⁰⁴. Er war „bey der Einnehmung des Fürstenthumbs Jegerndorff, dann bey Belagerung [von] Glatz und anderen nothwendigen Defensionen des Landes Schlesien“ dabei. Große Aufwendungen mußte er deshalb machen¹⁰⁵.

Dieser Dienst beim kaiserlichen Heer dürfte eine unliebsame Unterbrechung erfahren haben, als er im Juni und Juli 1621 vor den außerordentlichen Gerichtshof in Prag, der unter Vorsitz des böhmischen Generalkommissars Fürst Karl von Liechtenstein tagte, zitiert wurde. Bei dem Halsgerichtsprozeß wurde ihm zum Vorwurf gemacht, er habe den böhmischen Direktoren und später dem Pfalzgrafen Friedrich V. „zu Erlangung allerhandt Kriegs-Munition von der Stadt Nürnberg auf seinen eignen Credit großen Fürschub getan“ und sei den Erben des Lienhart Multz († 29. Mai 1620) noch an die 40 000 bis 50 000 fl. schuldig geblieben. Damit ist erwiesen, daß der Nürnberger Kaufmann Lienhart Multz als Faktor Christoph II. Wettengels von Prag den böhmischen Rebellen Kriegsmaterial geliefert hat¹⁰⁶. Ich erwähne das deshalb, weil in den Nürnberger städtischen Akten jener Zeit der Name Wettengel in diesem Zusammenhang überhaupt nicht erwähnt wird.

¹⁰⁴ Zentralarchiv Ministerium des Innern Prag: Fond SM, Sign. C 215 W 11, f. 7: Memorial des Hans Bernhard Freiherren von Herberstain (Betrifft die Schuld des am 15. 2. 1623 verstorbenen Christoph II. Wettengel gegenüber Herberstain) „gestalt ich dann umb so viel mehr mich solcher königl. gnad, weils von der churfürstl. durchlaucht aus Bayern so woll von dem kayserlichen General, Grafen von Buquoen, gehaltenen schlacht vor Prag commandiret und anbefohlen, darbey ich mich auch in diensten befunden, sich ein jeder zu bemühen, die böhmischen kriegsoffizier, sowoll edle als unedel dahin zu bewegen, in kayserliche bestallung zu bringen, welches ich mir eyfrigst angelegen sein lassen und obgedachten Wettengel sambt seinen bruder dahin persuadiret, sich in kayserlichen diensten brauchen zu lassen, massen er dann biß an sein end darbey continuiret“. Über Johann Bernhard von Herberstein vgl. Wißgrill, Franz Karl: Schauplatz des landsässigen niederösterreichischen Adels vom Herren- und Ritterstand von dem XI. Jahrhundert bis auf jetzige Zeiten. Bd. 4. Wien 1800, S. 307.

¹⁰⁵ Archiv Min. Inn. Prag, Fond SM, Fasz. C 215 W 11: Gesuch Johann Bettengels von Naynperk an den obersten Landhofmeister Sezima z Wrtby, ihn bei seinen Gütern zu erhalten (Prag, 25. März 1623). Hinweis auf Kriegsdienste in Schlesien.

¹⁰⁶ d'Elvert, Christian: Weitere Beiträge zur Geschichte der böhmischen Länder im 17. Jahrhunderte. Brünn 1868, S. 101–103 (Schriften der historisch-statistischen Sektion der k. k. mährisch-schlesischen Gesellschaft zur Förderung des Ackerbaus, der Natur- und Landeskunde 17).

In der Schluß-Relation über den Kriminal-Prozeß, datiert 17. Juli 1621, wurde Christoph Wettengel von Neuenberg der Gnade des Kaisers Ferdinand II. empfohlen, weil er in seinem jugendlichen Alter, was er getan habe, nicht begreifen konnte. Als strafmildernder Umstand wurde noch erwähnt, daß ihm durch die Verwüstung und Niederbrennung seiner Güter ein Schaden von 60 000 Schock meißnischer Groschen zugefügt worden sei.

Christoph Wettengel bemühte sich mit allen Kräften, sich aus der Verstrickung zu befreien, in die er durch die Tradition seines Geschlechts in Glaubensdingen, durch seinen Reichtum und vielleicht auch durch seine jugendliche Unerfahrenheit geraten war. Fürst Karl von Liechtenstein begann als Generalkommissar des Königreichs Böhmen durch zwei hohe Beamte in Böhmen bei den Bewohnern *sub una* und *sub utraque*, auch bei den Städten, um Darlehen für die kaiserliche Majestät zu ersuchen, um diese vor ihrem völligen Verderben zu bewahren. Auch an Christoph Wettengel, der gerade damals um seinen Kopf bangen mußte, wurde deshalb herangetreten. Seine Gattin Elisabeth brachte eine bestimmte Geldsumme durch Anleihen zusammen, die im Rentamt abgeführt wurde¹⁰⁷.

Im gleichen Jahre trat Christoph Wettengel auch mit Wenzel Freiherren von Kinsky, einem zweideutigen Edelmann, in Verbindung. Er versprach ihm, wenn er ihm Hilfe zur Erhaltung seiner Güter leisten und ihn auch defendieren wolle, 10 000 Schock meißnisch zu geben. Kinsky erhielt im Jahre 1621 von Christoph Wettengel vier Schuldverschreibungen: 2 000 Schock auf die Stadt Leitmeritz, 2 000 Schock auf die Stadt Rakonitz, 2 000 Schock auf Niklas Gerßdorf (von Gerßdorf, Hauptmann der Grafschaft Glatz), 1 000 Sch. auf Niklas Talczko neben einem Kleinod im Wert von 3 000 Schock zugestellt. Eine Gegenleistung erfolgte nicht; Wenzel von Kinsky starb am 18. Februar 1626 in Brünn¹⁰⁸.

Christoph Wettengel bemühte sich um die Unterstützung einflußreicher Fürsprecher bei Kaiser Ferdinand II. Es gelang ihm z. B., den Habsburger Erzherzog Karl, Bischof von Breslau und Fürstbischof von Brixen, zu veranlassen, beim Fürsten Karl von Liechtenstein dafür einzutreten, daß ihm seine Landgüter verbleiben sollten. Zwei seiner Offizierskameraden bei der Armee der Fürsten und Stände Schlesiens, die Kämmerer des Erzherzogs Karl waren, durften sich auch für ihn eingesetzt haben. Fürst von Liechtenstein hat Christoph Wettengel mündlich zugesagt, daß er auf seinen Gütern verbleiben könne, dieselbe Zusage machte er schriftlich Erzherzog Karl gegenüber¹⁰⁹.

Christoph Wettengel hatte auch noch Steuern, und zwar restierende und neu aufgelegte, zu entrichten in einer Höhe von 8 000 Schock meißnisch oder 9 339 fl. rhein. 20 Kr. Diese Summe mußte ausgeliehen werden. Daß er gezwungen war, tatsächlich Geld auszuleihen, hat die böhmische Kammer als er-

¹⁰⁷ Vgl. Gutachten: Bericht der böhmischen Kammer über die Forderungen der Witwe Elisabeth Wettengel an Kaiser Ferdinand (Prag: Zentralarchiv des Min. des Inn. Prag, Fond SM: C 215 W 11, f. 39—44'). Prag, 19. Januar 1629.

¹⁰⁸ Wie Anm. 107, f. 43. Über Wenzel Frh. von Kinsky vgl. ADB Bd. 17, S. 776 f.

¹⁰⁹ Zentralarch. Min. Inn. Prag, Fond SM, Sign. C 215, W 11, f. 96, 96'.

wiesen angesehen, auch sprechen dafür zwei Schuldscheine, die von ihm ausgestellt wurden für seinen Vorgesetzten, den Hauptmann Hans Bernhard Freiherrn von Herberstein, auf 10 000 Taler (zu 36 Gr. oder 72 Kr.), Troppau, 5. Januar 1622, und auf 160 Dukaten (= 300 Reichstaler), Glatz, 4. Oktober 1622. Noch im Jahre 1636 mußte Herberstein um diese Summen kämpfen¹¹⁰.

Christoph Wettengel von Neuenberg hoffte wahrscheinlich als kaiserlicher Offizier Gnade zu erlangen; der Statthalter des Königreichs Böhmen, Fürst Karl von Liechtenstein, hat auch durch Versprechungen Hoffnungen erweckt, doch dem Nachfahren des vor dem Jahre 1620 reichsten Bürgergeschlechts der Hauptstadt Prag sollte es erspart bleiben, zu erfahren, daß seine Bemühungen, die Gunst der Sieger zu erringen, vergeblich gewesen waren; denn am 15. Februar 1623 starb er im Lager bei Neisse (Nizko). Als am 1. März desselben Jahres in Reichenau an der Kněžna das Inventar des dortigen Schlosses aufgenommen wurde, wurde darin vermerkt, daß sich sein Leichnam noch im genannten Lager befinde. Die prächtige Schloßkirche in Reichenau an der Kněžna, die, wie schon erwähnt, von seinem gleichnamigen Oheim gebaut worden war, bot wohl keine Stätte mehr zur letzten Rast¹¹¹.

Erst nach seinem Tode, am 30. Mai 1623, wurde er von der Konfiskationskommission, weil er die Lieferung von Munition von der Stadt Nürnberg durch seinen Kredit ermöglicht habe, seines ganzen Vermögens verlustig erklärt¹¹².

Als der böhmische Statthalter, Fürst Karl von Liechtenstein, vom Tode Christoph Wettengels von Neuenberg erfuhr, wurde von ihm sofort am 1. März 1623 die Konfiskationskommission angewiesen, die Landgüter Reichenau a. d. Kn. und Borohrádek zu übernehmen, zu schätzen und abzutreten. Die Untertanen sollten den Untertaneneid schwören. Eine Inventaraufnahme sei durchzuführen. Das geschah für die Herrschaft Reichenau a. d. Kn. am 9. und 10. März und in Borohrádek am 11. und 12. März 1623. Die Inventare sind noch vorhanden¹¹³. Auch der Stadtrichter der Altstadt Prag, Franz Oststock von Astfeld, erhielt von der Konfiskationskommission am 17. März 1623 den Befehl, die Häuser in Prag, die einst Christoph Wettengel gehört hatten, von einigen Meistern des Bauhandwerks schätzen zu lassen und an den Bevollmächtigten des Hofkammerdirektors Vinzenz Muschinger von Gumpendorff auf Rosenberg, namens Sezima von Wrtba, abzutreten. Eine Weisung gleichen Inhalts und gleichen Datums erging an den Prager Bergmeister, den Weinberg und das dabei gelegene Haus schätzen zu lassen und dann an den Bevollmächtigten Muschingers abzutreten¹¹⁴.

¹¹⁰ Wie Anm. 107, f. 41'.

¹¹¹ Tod Christoph Wettengels. Todesdatum erwähnt in der Genealogie Kirchmayer (Manuskript 244, STAN).

¹¹² Bílek, Tomáš V.: Dějiny konfiskací v Čechách po r. 1618 [Geschichte der Konfiskation in Böhmen nach 1618]. Prag 1882, S. 23 f.

¹¹³ Inventar vom 9. März 1623 über die Herrschaft Reichenau an der Kněžna (fol. 84—91) und über die Herrschaft Bolehrad (Borohrádek) vom 17. März 1623 (f. 68—73'). Zentralarchiv Min. Inn. Prag, Fond SM, Sign. C 215 W 11.

¹¹⁴ E b e n d a., f. 105 (17. 3. 1623).

Hans Wettengel von Neuenberg, der Bruder Christophs, muß von diesen Vorgängen Nachricht bekommen haben, weshalb er sich einige Tage später, am 25. März 1623, an den böhmischen Statthalter, Fürst Karl von Liechtenstein, und an den Bevollmächtigten des Hofkammerdirektors Muschinger von Gumpendorff, Sezima von Wrtba, wandte und um die Erhaltung seiner väterlichen Güter bat, da er nicht (?) an der Rebellion teilgenommen habe. In dem Schreiben an den böhmischen Statthalter hebt er hervor, daß auf verschiedene Interzessionen eines Erzherzogs [Karl, Bischof von Breslau] der Statthalter Christoph und dem Erzherzog gegenüber in Schriften erklärt habe, daß er bei seinen Gütern gelassen werden solle. Hans war auch empört darüber, daß er hinsichtlich des väterlichen Erbes mit Geld abgefunden werden sollte, was bedeutet hätte, daß er es in der schlechten Valuta der damaligen Kipper- und Wipperzeit ausgezahlt bekommen hätte. Während das Schreiben an den Statthalter ziemlich kurz gehalten ist, sucht das zweite die Unschuld seines Bruders zu beweisen, der „wohl in die Bürgschaft vor die Munition gesteckt worden, das er doch diese niemals aus freyen willen über sich genommen, sondern per obliquas artes [durch schlechte Künste] daran gebracht sey; das er die Zeit noch nicht seines mannlichen Alters [25 Jahre!] gewest, auch von seinem Vermögen wieder die key. Mt. nichts aufgewendet . . .“, auch sei er in kaiserlichen Kriegsdiensten gestanden. Er bittet, ihn in Ansehung seiner ungezweifelten sonnenklaren Unschuld in Gnaden anzunehmen und ihn bei seinen väterlichen Gütern zu erhalten¹¹⁵.

Diese Gesuche hatten vorerst noch keinen Erfolg; denn einer der mächtigsten Beamten der habsburgischen Länder hatte schon seinen Blick auf die Wettengelschen Besitztümer geworfen, das war, wie schon gesagt, der Hofkammerdirektor Vinzenz Muschinger von Gumpendorff, ein Emporkömmling. Diesem wurden schon nach sehr kurzer Zeit die beiden Güter Reichenau und Boro-
hrádek für 105 000 fl. rhein. in minderwertigem Geld am 22. Juni 1623 verkauft und am 31. Juli desselben Jahres erfolgte die Ratifizierung des Kaufvertrags durch Kaiser Ferdinand II.¹¹⁶

Hans Wettengel von Neuenberg, dem die Hälfte des väterlichen Erbes zustand, suchte für sich wenigstens die Prager Häuser zu erhalten. Diese waren aber alle schon am 17. März 1623 dem Hofkammerdirektor V. Muschinger abgetreten worden¹¹⁷. Er bekam zuerst durch eine kaiserliche Resolution vom 18. Juli 1624 aus Wien die Felder und die Weingärten in Prag und das dabei liegende Haus für 5 500 Schock meißn. auf Abzahlung seines väterlichen Erbanteils abgelassen¹¹⁸.

Etwas schwieriger war der Wiedererwerb der drei Häuser im St. Gallusviertel der Prager Altstadt. Auf Befehl des Statthalters wurden die Häuser ab 21. März

¹¹⁵ Ebenda, f. 96 f. (Prag, 25. 3. 1623).

¹¹⁶ Ebenda, f. 79 (22. 6. 1523).

¹¹⁷ Ebenda, f. 104.

¹¹⁸ Ebenda, f. 100.

1623 von den ältesten Zechmeistern der Maurer, Steinmetzen und Zimmerer geschätzt. Sie kamen auf eine Gesamtsumme von 27 194 Schock meißn. Da der Hofkammerdirektor Muschinger soviel aber nicht bezahlen wollte, wurde einige Wochen später eine zweite Schätzung anberaumt. Die geschworenen Handwerker, die dazu bestimmt waren, weigerten sich aber, das zu tun, und nur durch den Hinweis auf den strengen Befehl des Statthalters sahen sie sich genötigt, diesem Folge zu leisten. Der Gesamtschätzwert betrug nunmehr 18 194 Schock meißn.

	1. Schätzung	2. Schätzung
1. Haus (Ko. Nr. 377)	6 425 Sch. m.	4 425 Sch. m.
2. Haus (Ko. Nr. 378)	11 539 Sch. m.	7 539 Sch. m.
3. Haus „zum goldenen Stern“ (Ko. Nr. 405)	9 230 Sch. m.	6 230 Sch. m.
	27 194 Sch. m.	18 194 Sch. m.

Im Jahre 1626 wurde schließlich Hans Wettengel von Neuenberg mitgeteilt, daß ihm die Häuser nach der höheren Taxe abgetreten werden sollten. In einem undatierten Schreiben erhob er dagegen schärfsten Einspruch. Er wies u. a. auf ein Schreiben der böhmischen Kammer hin, das von dem Sekretär Güntzel unterfertigt war, in dem ihm die Mitteilung gemacht wurde, daß ihm die Häuser nach der niedrigsten Taxe abgelassen werden sollten, „weil meine väterliche Landgüter auch kaum um die Helfte ihres Werths, dessentwegen ich mich noch zum höchsten zu beschweren hette, zu meinem Nachtheil verkauft genzlich verbleiben, wie wol ich nun auch wegen solchen geringen Tax nit wenig gravirt werde, in deme ich gleichwol die auf langes Geld gemachte Tax anizo dem guten Gelde nach annehmen und zu meinem Erbtheil schlagen lassen soll, hab ich doch nur umb, das ich desto ehender expetirt würde, solche acceptirt“. Er hofft, nicht mit einem Rebellen gleichgestellt zu werden, weil er sich schon fünf Jahre in kaiserlichen Kriegsdiensten befinde. Außerdem bittet er um Ausfolgung der württembergischen Schuldbriefe in der Höhe von 50 000 fl. rh. Am 19. September 1626 wurden ihm endlich durch ein Dekret der böhmischen Kammer die drei genannten Häuser für die geringere Taxe von 18 894 Sch. m. verkauft, die Kaufsumme aber auf das väterliche Erbteil angerechnet¹¹⁹.

Als Hans Wettengel von Neuenberg wieder ins Feld zog, übertrug er die Eintreibung des an den württembergischen Herzog geliehenen Kapitals, das samt den Zinsen auf 62 000 fl. rh. angewachsen war, dem größten Prager Bankier jener Zeit, Hans de Witte, dem er mit 17 000 Schock meißn. verschuldet war. Bis zum Tode de Wittes am 11. September 1630 — er beging Selbstmord, weil er bankrott war — waren nach Ausweis von dessen Geschäftsjournalen

¹¹⁹ E b e n d a , f. 109 (9. IX. 1626) und f. 115 (ca. 19. IX. 1526).

durch seinen Nürnberger Faktor Abraham Blüمرت (Bloemart) kassiert worden¹²⁰:

Am 21. 3. 1628	8 000 Reichstaler	= 12 000 fl. rh.
Am 12. 12. 1628	7 400 Reichstaler	= 11 000 fl. rh.
Am 2. 6. 1629	7 750 Reichstaler	= 11 625 fl. rh.
Am 22. 10. 1629	8 713 $\frac{1}{4}$ Reichstaler	= 13 070 fl. rh.
		= 47 695 fl. rh.

Die Schuldbriefe der Wettengel waren nach der Katastrophe der Schlacht am Weißen Berge (1620) von der böhmischen Kammer eingezogen worden, darunter auch der Schuldbrief für die Stadt Eger auf 17 000 Gulden rh. Es ist aber anzunehmen, daß die Stadt weiter an die Bevollmächtigten der Wettengel zahlte; denn Sebastian Rösch, der Prager Faktor des Augsburger Hofsilberhändlers Ernst Wernberger, kassierte die Halbjahreszinsen dieser Summe zu Georgi, Galli 1621 und Georgi 1622. Der böhmische Statthalter, Fürst Karl von Liechtenstein, erhob dagegen am 24. Oktober 1622 bei der Stadt Eger Einspruch und verbot die Auszahlung der Hauptsumme und der Interessen¹²¹.

Am 12. Januar 1624 forderte Hans Wettengel von der Stadt Eger die schuldigen Zinsen, da ihre Abgabe vom Statthalter erlaubt worden war, auch sei ihm die Hauptsumme schon zugeschrieben worden¹²². Eger wollte nur mit der „langen“ Münze der „Kipper- und Wipperzeit“ die Zinsen bezahlen, und zwar einen Reichstaler zu 9 fl., jedoch auf den Posten Wettengels erklärten sie sich bereit, das Doppelte (1 Taler = 4,5 fl.) zu bezahlen, das heißt statt 170 Reichstalern wurden 340 entrichtet¹²³. Am 3. Februar 1625 wurde Hans Wettengel gestattet, auch die Hauptsumme zu kündigen. Das geschah am 25. April 1625 für St. Georgi (24. 4.) 1626. Da Wettengel wahrscheinlich bares Geld verlangte, trat er seine Forderungen gegenüber Eger an den Kriegsgewinnler Paul Michna, Freiherrn von Waitzenhofen, am 22. Oktober 1625 ab¹²⁴.

Im Jahre 1629 trat Hans Wettengel sein Eckhaus am Brückel (Konskr. Nr. 378) an Elisabeth, die Witwe seines Bruders Christoph, ab. Sie verkaufte es nach vier Tagen an Jan Chmel, genannt Kordula¹²⁵. Am 24. April 1630 erwarb Hans Wettengel die Herrschaft Kraschowitz (Bezirk Sedlčan) von Zdeněk Ma-

¹²⁰ Extrakt auß der Dewittischen Raittung, waß Abraham Blüمرت in Nürnbergk von denen Wirttenbergischen eingenommen geldern uermachtet hatt. Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Kabinettsakten I, A 7 B, Bü. 5 (Günzlerisches Verzeichnis III, S. 189).

¹²¹ Stadtarchiv Eger (Cheb), Fasz. 301: Quittung über einen halbjährigen Zins von 510 fl. für Darlehen von 17 000 fl. rh. von Lienhart Multz (Nürnberg, 16. Oktober 1614).

¹²² Stadtarchiv Eger (Cheb), Fasz. 301.

¹²³ Stadtarchiv Eger (Cheb), Fasz. 301, Kopialbuch 1624, Nr. 24 (An Johann Wettengel von Nayenberg).

¹²⁴ Stadtarchiv Eger, Fasz. 301.

¹²⁵ Lier (s. Anm. 74).

lowetz von Cheinow und Winterberg in Südböhmen für 2 000 Schock meißn.¹²⁶ Diese Herrschaft lag in einer unfruchtbaren Gegend und umfaßte nur wenige Dörfer und Weiler.

Einen schweren, aber nicht unrühmlich ausgefochtenen Kampf hatte Elisabeth, die Witwe Christoph II. Wettengels, mit den Behörden zu führen. Sie wurde verdächtigt, Kleinodien und Silbergeschmeide aus dem Eigentum ihres Mannes, das dem Staat anheimgefallen war, alieniert zu haben. Nach seiner Verurteilung am 16. Mai 1623 sei anbefohlen worden, alle Verlassenschaft zu inventieren, es sei „aber nichts als gemeines Hausgerait befunden“ worden. Als Entschuldigung wurde von der Witwe angegeben, daß bei der „Victoria“ (1620) das Haus ganz ausgeplündert und der beste Vorrat an Kleinodien, Gold und Silbergeschmeid weggenommen worden wäre. Es verhalte sich aber ganz anders, „weil auch derjenige, der damals in dem Haus quartiret, solches nicht gestendig und davon viel anderst relationiret hat, das er angeblich von Gold, Silber und Edelgestein ganz nichts gefunden, sondern auf sein Nachfrag, wo solcher Schmuck hingekommen sei, ihm zur Antwort geworden, die Frau hätte teils von Kleinodien und vornehmsten Sachen bei sich, das übrige wäre zuvor an sichere Orte weggeflehet worden“¹²⁷.

Die Witwe sollte einer Kommission von drei Männern, darunter dem Prager Primas Kaspar Loselius von Wellichau, gegenübergestellt und von ihnen befragt werden, wo sich diese Schätze befänden. Bei einem Geständnis sollte „sie mit einer kaiserlichen Gnade und Remuneration bedacht werden“. Sollte sie nicht geständig sein, so sollten Hausdurchsuchungen im Haus ihres Schwagers Albrecht Kutowetz und dem ihrer Mutter Agnes Kirchmayer von Reichwitz, der Witwe des am 12. Juni 1622 verstorbenen Primas der Prager Altstadt, Hans Kirchmayer von Reichwitz, durchgeführt werden. Sollte das auch keinen Erfolg bringen, so sollte ein gewisser Martin, der für Christoph II. Wettengel den Handel geführt hatte und jetzt das Gewölbe und die Wohnung im Haus habe, scharf verhört werden und wenn er nicht geständig sei, sollte er in den Arrest des Rathauses eingeliefert und dort scharf überwacht werden. Außerdem sollten noch zwei ehemalige Dienstboten verhört werden. Wie diese Verhöre ausgingen, ist nicht bekannt, bekannt ist nur der Befehl des Statthalters Fürst Liechtenstein vom 20. April 1624.

Elisabeth Wettengel von Reichwitz konnte noch ansehnliche Vermögenswerte retten, so bekam sie auf Grund eines Dekrets der böhmischen Kammer vom 8. Oktober 1629 die Schuldverschreibung des sächsischen Kurfürsten auf 20 000 fl. rh. zugesprochen, außerdem noch drei kleinere Darlehen an Privatpersonen, und zwar an Agnes von Rziczán 1 000 Schock meißn. (16. 10. 1619), an Adam Silber von Silberstein (gleichnamiges Schloß bei Trautenau) ebenfalls 1 000

¹²⁶ Z e e h, Johann Ignaz: Alphabetisches Handbuch über den böhmischen hohen und niederen Adel aus der königlich böhmischen Landtafel nach den in derselben seit dem Jahre 1541 vorkommenden Urkunden, Verwaltungs-Archiv Wien, Bd. A und B (nicht paginiert, Handschrift).

¹²⁷ Weisung zur Überprüfung der Witwe Christoph Wettengels (20. April 1624). Zentralarchiv des Ministeriums des Innern in Prag, Fond SM, Sign. C 215 W 11, f. 23—27'.

Sch. m. (16. 10. 1619), an Niklas Peczingar (auf Bydzin und Alt-Wamberg) 1 000 Sch. m. (16. 10. 1618)¹²⁸.

Als alle dringenden Angelegenheiten, die mit dem Nachlaß ihres Mannes zusammenhängen, erledigt waren, exulierte Elisabeth mit ihrer Mutter Agnes Kirchmayer und ihren beiden Schwestern Dorothea Kutowetz und Katharina Koschetizky nach Sachsen. Im Juli 1630 baten die vier Frauen um Aufnahme in Dresden, doch erst am 23. April 1631 wurden sie aufgenommen und erhielten eine Wohnung am Markt in Wilhelm Edels Behausung. Im Jahre 1632 bat die Mutter für ihre Tochter Elisabeth Wettengel um die Auszahlung der Interessen für 20 000 fl., die sie schon 7 1/2 Jahre bei der kurfürstlichen Kammer stehen habe, weil sie dieser Zeit aus Böhmen nichts haben könnten. Zwischen 1632 und 1636 müssen Elisabeth Wettengel (geboren 1593) und Dorothea Kutowetz in Dresden gestorben sein; denn 1636 lebte neben der alten Agnes Kirchmayrin nur noch die Frau Koschetizky und deren Sohn, ein Leutnant¹²⁹.

Das Geschlecht der Wettengel von Neuenberg in Prag war damit ausgestorben. Als die Verwandten im Ascher Gebiet und im Markgrafentum Bayreuth Nachricht vom Tod Hans Wettengels in Prag erhielten, bemühten sie sich um das reiche Erbe. Mehrere Jahre mußten sie kämpfen, bis durch ein Endurteil um das Jahr 1640 ihre rechtmäßigen Erbansprüche anerkannt wurden. In einem Schreiben des Ascher Gerichtsverwalters Hans Heinrich Dressel von Neuenberg vom 14. Oktober 1636 werden als Erben aus dem Ascher Gebiet erwähnt: Abraham, Lazarus und Georg Wettengel, dann Hans Ludwig, Ursula Müßel und Ursula Schleicher¹³⁰. Aus dem ältesten Kirchenbuch der evangelischen Pfarrgemeinde Asch ist zu entnehmen, daß Lazarus Wettengel aus Niederreuth im Alter von 82 Jahren am 30. März 1658 und Abraham Wettengel in Niederreuth im Alter von 87 Jahren 8 Wochen am 28. Januar 1663 gestorben sind¹³¹. Zwei Wettengel-Erben erwähnt das älteste Kirchenbuch der evangelischen Pfarrei Roßbach bei Asch: Georg Wettengel, der als Einwohner in dem nach Roßbach eingepfarrten Dorf Friedersreuth zwischen 1615 und 1640 erwähnt wird und im letztgenannten Jahr die Roßbacher Kirchenrechnung führte, und der Roßbacher Gastwirt Hans Ludwig, der sich im Jahr 1643 mit Ursula Wettengel von Niederreuth in Brambach im Vogtland trauen ließ¹³². Die Trauung fand hier statt, weil während des Dreißigjährigen Krieges im Ascher Gebiet die

¹²⁸ Derselbe Betreff f. 94, 94'.

¹²⁹ Schmertusch von Riesenthal, Richard: Adelige Exulanten in Kursachsen nach Urkunden des Dresdner Hauptstaatsarchivs. Vierteljahresschrift für Wappen-, Siegel- und Familienkunde („Herold“) 30 (1902) 119. — Ders.: Die böhmischen Exulanten unter der kursächsischen Regierung in Dresden. Neues Archiv für Sächsische Geschichte und Altertumskunde 22 (1901) 301.

¹³⁰ Abgedruckt in: Ausführlich und gründlicher Unterricht . . . , siehe hier Anm. 7.

¹³¹ In das älteste Kirchenbuch der evangelischen Pfarrei Asch nahm ich vor dem Jahre 1938 Einblick, es befindet sich heute im Staatsarchiv Pilsen.

¹³² Die Angaben aus den Roßbacher Kirchenbüchern, die sich wahrscheinlich auch im Staatsarchiv Pilsen befinden, verdanke ich dem verdienstvollen Roßbacher Heimatforscher, Bürgerschuldirektor Gustav Hoier († 1956).

Ausübung des evangelischen Bekenntnisses verboten war. Über die Erbinnen Ursula Meißel und Ursula Schleicher war nichts zu finden. Die Namen der vierzehn Wettengel-Erben des Jahres 1644 in Selb konnte ich nicht feststellen.

ABKÜRZUNGEN

- STAN = Bayerisches Staatsarchiv Nürnberg
AmPr. = Archiv hlavního města Prahy [Archiv der Hauptstadt Prag]
RV. = Ratsverlaß (= Verlaß des Nürnberger Rats)
Bb. = Briefbuch der Stadt Nürnberg
J a n á č e k = Dr. Josef J a n á č e k : Dějiny obchodu v předbělohorské Praze [Handelsgeschichte Prags vor der Schlacht am Weißen Berge]. Prag 1955.
T e i g e : Z á k l a d y = Z á k l a d y starého místopisu Pražského (1437—1620), [Grundlagen der alten Topographie Prags]: Staré město pražské [Altstadt Prag]. Teil 1, Prag 1910; Teil 2 Prag 1915.
Beschreibung der Privatmünzen = Beschreibung der bisher bekannten böhmischen Privatmünzen und Medaillen. Hrsg. vom Verein für Numismatik zu Prag. Prag 1852.
A l b e r t i = Beiträge zur Geschichte der Stadt Asch und des Ascher Bezirkes. Bd. 2. Asch 1935.

DIE SCHWEDISCHEN GRAFEN VON THURN

Von Emil Schieche

Berühmt ist der am 14. Februar 1567 zu Leipnik in Mähren geborene und dem mährisch-evangelischen Zweig der Familie Thurn zuzurechnende Heinrich Matthias, die führende Gestalt des böhmischen Aufstands von 1618. Denkwürdiger jedoch und im Schwedentum mehr aufgegangen ist sein Sohn Franz Bernhard, am 26. Juli 1592 geboren, am 27. Februar 1619 in Prag mit der österreichischen Gräfin Magdalena von Hardegg verheiratet, der wie sein Vater nach der Katastrophe am Weißen Berg 1620 Böhmen verließ und vorerst als Gefolgsmann von Kurfürst Friedrich V. in Holland weilte. Dort wurde ihm am 7. April 1624 zu Leeuwarden sein erster Sohn Christian geboren¹. Allein da war er bereits in schwedische Dienste getreten.

Nachdem Franz Bernhard in der Schlacht bei Stadtlohn Juli 1623 schwer verwundet worden war, warb er in Holland ein ganzes Regiment und traf mit diesem Mai 1624 glücklich in Schweden ein². Am 29. Juli berichtete er seinem Vater aus Stockholm, König Gustav Adolf wolle ihn betreffend Besoldung gut akkomodieren und ihm ein „Gütichen“ zuweisen, wo seine Gattin mit dem neugeborenen Kinde Aufenthalt nehmen könne. Übermorgen begeben er sich mit seinem Regiment ins Winterquartier nach Norrköping³.

Als am 28. Juni 1625 eine Flotte unter persönlicher Führung des Königs Schweden verließ, um an der Dünamündung an Land zu gehen, war Franz Bernhard mit seinem Regiment dabei. Der König zeigte sich von allem Anfang an gegenüber dem jungen böhmischen Emigranten, der nur zwei Jahre älter war als er, sehr gewogen und betraute ihn als Generalmajor mit dem Befehl über das Lager, das etwa 50 km landeinwärts bei dem Dünaübergang Keggum errichtet worden war. Als Sekretär setzte ihm der König den jungen Schwaben Philipp Sadler zur Seite, der bereits gute Gewandtheit als Diplomat geoffenbart hatte⁴.

Als sich zeigte, daß in Livland trotz großen Erfolgen eine Entscheidung in der Auseinandersetzung mit Polen nicht zu erreichen war, verlegte Gustav Adolf 1626 den Kriegsschauplatz nach Westpreußen, wo Elbing als Zentrum ausersehen wurde. Reichskanzler Axel Oxenstierna wurde Generalgouverneur, Feld-

¹ Elgenstierna, Gustaf: Den introducerade svenska adelns ättartavlor [Die Ahnentafeln des eingeführten schwedischen Adels], VIII (1934) 274 f.

² ČCH 34 (1928) 493.

³ Wien, Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Große Korrespondenz Fasz. 30; Briefe gedruckt Hrubý, František: Z vídeňských papírů Jindřicha Matyáše hr. z Thurnu [Aus den Wiener Papieren des Gr. Heinrich Matthias von Thurn]. ČCH 34 (1928) 527, Nr. 6.

⁴ Ahnlund, Nils: Axel Oxenstierna intill Gustav Adolfs död [Axel Oxenstierna bis zu Gustav Adolfs Tod]. Stockholm 1940, S. 310.

marshall Herman Wrangel Befehlshaber der Armee und als Dritter in der Rangfolge fungierte Generalmajor Franz Bernhard von Thurn, der September 1626 mit drei Regimentern auf dem Seeweg aus Livland herübergekommen war. Philipp Sadler, der als Gesandter nach Siebenbürgen geschickt worden war, stand nun dem Generalgouverneur für diplomatische Dienste zur Verfügung. Nicht ohne Grund wurde Elbing zum Zentrum ausersehen, denn die deutsche evangelische Bürgerschaft förderte die schwedische Herrschaft, in vorderster Linie der Bürgermeister Johann Jungschultz und neben ihm der Ratsherr und sein späterer Nachfolger Israel Hoppe, der in seiner Chronik über den schwedisch-polnischen Krieg in Preußen unschätzbare Nachrichten der Nachwelt überliefert hat⁵.

Franz Bernhards Gattin Magdalena kam November 1626 zu ständigem Aufenthalt nach Elbing⁶ und richtete am 2. Januar 1627 einen langen Brief an ihren Schwiegervater von Marienberg, wohin sie mit ihrem Gatten gereist war. Sie berichtet, daß am 9. Juli 1626 ein zweiter Sohn geboren wurde, der nach dem Großvater den Namen Heinrich erhalten habe. Sie berichtet aber auch, daß sich ihr Gatte vor dem Feinde außerordentlich tapfer erwiesen und der König ihm „grad ein Gut im Schweten mit 50 der besten Bauern verert“ habe. Sie bittet Gott, daß sie „mit Glik, Fritt und Freiten das Stikichen Brot, das er uns in der Fremd beschert, megen genisen“⁷.

Am 1. Oktober 1625 hatte Gustav Adolf im Feldlager vor Mitau Franz Bernhard versprochen, für ihn die Grafschaft Pernau in Estland an der Rigischen Bucht zu schaffen; die Verleihung fand am 16. Oktober 1627 zu Elbing statt⁸. Diese Grafschaft mit dem Schloß Pernau als Mittelpunkt, das ein Sitz der Ordenskomture gewesen war, bestand aus neun Dörfern, die aus sechs Kirchspielen herausgelöst und zu einer neuen Wirtschaftseinheit zusammengeschlagen wurden⁹. Die willkürliche Zerstörung alter Besitzformen zugunsten neuzuschaffender Guts-herrschaften war bei Pernau kein Sonderfall, recht oft entstanden so schwer zu schlichtende Situationen, wenn verschiedene Donationen bei einigen Dörfern einander überschnitten. Franz Bernhard wurde jedoch auch im Reich selbst Grundeigentümer, indem ihm kraft Donationsbrief vom 24. April 1627 die Säteri (Freihof) Venngarn zwischen Stockholm und Uppsala mit Allodial Eigentumsrecht zugesprochen worden ist¹⁰.

Beginnend mit dem Jahr 1627 kamen österreichische und böhmische Emigranten in zunehmender Zahl nach Elbing, um dort, enttäuscht vom Ausgang des

⁵ E b e n d a 330, 415, 421.

⁶ T o e p p e n, M.: Israel Hoppe's Burggrafen zu Elbing. Geschichte des ersten schwedisch-polnischen Krieges in Preußen. Die preußischen Geschichtsschreiber des XVI. u. XVII. Jh. Königsberg 1887, S. 117.

⁷ Wien HHStA, H r u b ý: Z vídeňských papírů 531, Nr. 11.

⁸ Stockholm, Reichsarchiv, Biographica T: 10.

⁹ H a g e m e i s t e r, Heinrich von: Materialien zu einer Geschichte der Landgüter Livlands. Bd. 2. Riga 1837; 1641 wurden 82 1/4 Haken gemessen. Betr. Haken vgl. „Haken und Hakenzahl“ in J o h a n s e n, Paul: Die Estlandliste des liber census Daniae. Kopenhagen-Reval 1933, 212 ff.

¹⁰ A l m q u i s t, Joh. Ax.: Frälsegodsden i Sverige under Storhetstiden [Die Adelsgüter in Schweden in der Großmachtzeit]. I, 2 (1931) 887.

dänischen Kriegen, Gustav Adolf ihre Dienste anzubieten. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß Franz Bernhard seinen Vater Heinrich Matthias eingeladen hatte, ihn in Westpreußen zu besuchen, gegebenenfalls den Dienst beim Dänenkönig zu quittieren und desgleichen, wie so viele andere, unter Schwedens Fahnen für die Heimat zu kämpfen.

Graf Heinrich Matthias traf am 31. Juli 1628 auf dem Seeweg mit einigem Gefolge und über 20 Pferden ganz überraschend in Elbing ein. Der Sohn ahnte nichts und kam tags darauf in die Stadt, um seinen Vater zu begrüßen, den er eine Reihe von Jahren nicht gesehen hatte. Beide begaben sich hernach ins Feldlager zu Gustav Adolf. Von dort berichtete Heinrich Matthias seiner Schwiegertochter von dem vornehmen Verhalten des Königs, der den Sohn wegen eines erfolgreichen Angriffs auf die Stadt Neuenburg ehrenvoll beschenkt habe. Als die schwedischen Truppen Strasburg besetzt hatten, erkrankte dort Franz Bernhard plötzlich an „hitzigem Fieber“, einer Art Typhus, und starb nach 18tägiger Krankheit am 24. Oktober 1628. Der tief betrübt Vater teilte dies in einem herzzerreißenden Brief der Schwiegertochter mit. Die Hingabe des Sohns an Gustav Adolf und die große Geneigtheit des Königs gegenüber seinem Sohn bewirkten in Heinrich Matthias den Entschluß, bis zu seinem Tod dem Schwedenkönig zu dienen. Der König ließ am 2. November durch einen Hofmarschall der Gräfin Magdalena die Nachricht vom Tod ihres Gatten überbringen, die des Heinrich Matthias Brief noch nicht erhalten hatte, und versicherte sie seiner weiteren Huld.

Inzwischen glückte den Polen die Einschließung von Strasburg, der polnische Feldmarschall Koniecpolski setzte alles daran, Heinrich Matthias gefangenzunehmen, eine Beute, die der polnischen Königin, einer Schwester Kaiser Ferdinands II., willkommen gewesen wäre. Heinrich Matthias entschloß sich da, trotz seinem Alter und trotz seiner seelischen Niedergedrücktheit, zu einem Durchbruch mit 25 Reitern durch die polnischen Linien und gelangte glücklich am 23. November nach Elbing¹¹.

Am gleichen Tag schrieb Heinrich Matthias an König Gustav Adolf nach Stockholm, teilte ihm die glückliche Rückkehr nach Elbing mit. „Gott hat mich mit sein heiligen Engeln begleitet, mich durch die Feind gepfuert, dieselben mit sehenden Augen blind gemacht. Hof, nun wirt es mit der lieben toten Leich zu erhandeln leichter abgen, welche ergebuerlich schön und ordentlich in die Kirchen depositirt ist.“ — „Ich verbleibe getreu untertäniger gehorsamer Diener bis in Tott Heinrich Mathias Graf v. Thurn.“ — Am 30. Dezember 1628 antwortete Gustav Adolf von Stockholm: Er bringt seine tiefe Anteilnahme zum Tode des Sohnes zum Ausdruck und beglückwünscht ihn, daß er das Werk eines tatvollen Heerführers (*strenui ducis officium*) vollbracht und sich so tapfer durch den Feind hindurchgeschlagen habe. In der Annahme, daß Heinrich Matthias den Winter über in Elbing bleibt, bittet er ihn, an Stelle seines verstorbenen Sohnes dem Reichskanzler in allem behilflich und dabei des Danks und der königlichen Gunst sicher zu sein (*certus, quicquid officii nobis hac ratione praestiteris, id nos vicissim gratia et favore regio erga te clementer agnituros*)¹².

¹¹ Toeppen 268 f., 288 f., 316, 322, 331.

¹² Wien HHStA, Hrubý: Z vídeňských papírů 552 f., Nr. 25 und 26.

Heinrich Matthias bat Januar 1629 Koniecpolski um die Auslieferung des toten Sohnes. Als dies abgelehnt wurde, schlugen die Schweden am 12. Februar die Polen vernichtend vor Strasburg und geleiteten ihren toten Heerführer zuerst nach Marienburg und am 8. Mai nach Elbing, wo die Leiche in einen Zinnsarg gebettet wurde. Am 11. Mai fand die feierliche Beisetzung in der Elbinger Stadtkirche statt¹³.

Ein in der Elbinger Stadtbibliothek verwahrt gewesener Stich hielt den Trauerzug fest¹⁴. Den Zug eröffneten 4 Trompeter mit einer berittenen Kompanie des verstorbenen Grafen, eine Abteilung Fußvolk und die Stadtjugend mit dem evangelischen Ortsgeistlichen. Nach dieser Vorhut trugen bei Trompetenschall und Trommelwirbel einige schwedische Offiziere unter der Fahne mit dem Thurnschen Wappen Sporen, Helm, Offiziersstock und Schwert des Verstorbenen, und erst hinter diesen trugen 21 hohe Offiziere den Sarg mit dem Leib des Verschiedenen. Hinter dem Sarg schritten der böhmische Emigrant Oberst Herr von Waldstein mit der Fahne, weiterhin Hauptleute des Thurnschen Regiments mit den zwei verhüllten Pferden des Verstorbenen und zwei Oberstleutnante mit den beiden Knaben des verstorbenen Grafen auf den Armen. Erst hinter diesen erschien die hohe Gestalt des Kanzlers Oxenstierna an der Spitze des schwedischen Offizierskorps, des Stadtrats und der Bürgerschaft von Elbing. Hinter diesen schritt dann die Witwe, geleitet von Feldmarschall Wrangel und Oberst Rheingraf, es folgten adelige Mädchen mit der Gattin des schwedischen Reichskanzlers und eine Menge städtischer Damen, alle wie die Witwe in weiße Trauerkleidung gehüllt. Eine Abteilung Fußvolk beschloß diesen vornehmen Zug.

Heinrich Matthias war nicht zugegen, konnte die bei Strasburg kämpfende schwedische Armee nicht verlassen. Über dem Sarg ließ er in der Kirche ein schönes marmornes Grabmonument mit dem Sohn in liegender Gestalt in voller militärischer Rüstung errichten und besorgte die Herausgabe einer 56 Quartblätter füllenden und König Gustav Adolf gewidmeten Lobschrift auf den Sohn, verfaßt von dem Elbinger Pastor Johannes Schilius, dem er alles nötige biographische Material geliefert hatte¹⁵.

Wegen Bezahlung der erheblichen Beerdigungskosten kam die Witwe Magdalena in arge finanzielle Verlegenheit. In ihrer Not half ihr der Elbinger Bürgermeister Johann Jungschultz mit einer Anleihe von 1 588 Reichstalern, für welchen Betrag sie ihm und seiner Familie am 8. November 1629 eine Obligation aus-

¹³ Toeppen 351, 367, 369 f.

¹⁴ Betr. Trauerzug und Grabmonument vgl.: Das Begräbniß des Grafen F. B. v. Thurn im J. 1629. Neue Preussische Provinzial-Blätter 11 (1851) 452 ff. — Beschreibung gemäß H r u b ý : Z vídeňských papírů 500.

¹⁵ „Ehrenschild der guten Streiter Jesu Christi bei der gräfl. Leichenbegängniß des weiland Hoch- und wohlgeb. Grafen und Herren, H. Franz Bernhard Grafen zu Thurn, Valvasina, Creutz und der Pernau, kgl. Mt. aus Schweden hochbetrawten Sergeanten-Majoren-Generalen . . . christmilder Gedächtnuß. Durch Johannem Schilius Elbingensem.“ Druck Wendel Bodenhausen, Elbing 1629. — Ausführliche Wiedergabe des Inhalts H r u b ý : Z vídeňských papírů 501—506. — Ein Exemplar in der Bibliothek der Akademie der Wissenschaften in Reval, Baltica-Abteilung, vgl. Beiträge zur Kunde Estlands 18 (1933) 221 f.

stellte. Bei Festlegung dieser Transaktion versprach Oxenstierna, allerdings nur mündlich, diese Schuld würde seinerzeit vom Reich übernommen und von der Besoldung, etwa 4 000 Reichstaler, beglichen werden, die Franz Bernhard noch zugestanden hätte¹⁶. — Nicht ohne Grund schritt im Trauerzug Rheingraf Otto Ludwig neben der Witwe, eine Freundschaft schien sich anzubahnen, die allerdings Freundschaft geblieben ist. Frau Magdalena blieb bis in den Tod ihrem Franz Bernhard treu.

Heinrich Matthias hat in einem Schreiben vom 4. Mai 1629, das nicht ermittelt werden konnte, Gustav Adolf mitgeteilt, daß er mit Gültigkeit vom 1. d. M. beim König von Dänemark abgedankt habe und somit an diesem Tag in den Dienst des schwedischen Königs eintrete. Heinrich Matthias begab sich daraufhin nach Schweden und schrieb am 20. November 1629 von Venngarn, der Säteri seines Sohnes, an den König¹⁷. Er hätte die am 17. November ausgefertigte Bestallung erhalten und erinnert Gustav Adolf daran, daß er Franz Bernhard und auch ihn selbst hätte wissen lassen, Heinrich Matthias bekäme so viel, wie er vom dänischen König erhalten hätte, nämlich 300 Reichstaler monatlich, und zwar lebenslänglich. Es wurden ihm auch, wie die Besoldungsakten ausweisen¹⁸, für die Zeit vom 1. Mai bis 31. Dezember 1629 2 400 Reichstaler bar ausgezahlt. Der Übergang des alten Grafen von dänischen in schwedische Dienste ist somit ohne Besoldungsverlust geschehen, obwohl Heinrich Matthias befürchtet hatte, Schweden würde ihn erst vom 17. November an honorieren.

Heinrich Matthias ist in Tremelsee, das ihm Gustav Adolf als Winterquartier angewiesen hat, und schreibt am 3. Dezember 1629 von dort seiner Schwiegertochter¹⁹. Diesem Brief ist zu entnehmen, daß auf Venngarn die Pest ausgebrochen sei und demzufolge der Pächter neun Personen durch den Tod verloren habe, daß er von ganzem Herzen eine Ehe mit dem Rheingrafen begrüßen würde und man mit der Hochzeit nicht allzulange warten sollte und daß Frau Magdalena mit den Knaben auf dem Landweg über Memel nach Pernau unterwegs sei, mit einer Kutsche, sechs Pferden und „2 kleinen Kleppern“.

Gräfin Magdalena residierte seit 1630 dauernd auf Schloß Pernau, von wo sie nur mehrere Male für kürzere Zeit nach Stockholm reiste. Sie hatte einen eigenen Hofprediger namens Ludwig Raspe²⁰ und einen eigenen Hofmeister namens Johann Liphart²¹, der anscheinend auch als Lehrer der Söhne Verwendung fand. Als Gutsherrin übte sie recht bald ein hartes und strenges Regiment aus, soll auch vor Grausamkeit nicht zurückgeschreckt sein, so daß die unterworfenen bäuerliche Bevölkerung beim zuständigen Hofgericht in Dorpat Klage führte. Als Gegen-

¹⁶ Stockholm RA, Biographica T: 10.

¹⁷ Wien HHStA, H r u b ý : Z vídeňských papírů 555, Nr. 29.

¹⁸ Stockholm RA, Likvidationer, Löneafräkningar 29.

¹⁹ Wien HHStA, H r u b ý : Z vídeňských papírů 559, Nr. 31. Der Ort „Tremelsee“ konnte nicht ermittelt werden, wahrscheinlich Ostergötland.

²⁰ G a d e b u s c h, Friedrich Konrad: Versuche in der livländischen Geschichtskunde und Rechtsgelehrsamkeit. Bd. 1. Riga 1779, S. 169. — B o d i s c o, A. von: Graf Matthias von Thurn und seine Nachkommen. Baltische Monatsschrift 52 (1910) 281.

²¹ Stockholm RA, Biographica T: 10.

zug lehnte die Gräfin die Zuständigkeit des Hofgerichts für ihre Person ab. Die in Stockholm eingeholte Resolution vom 16. Dezember 1633 setzte fest, daß die Gräfin von Thurn nicht eximiert werden kann, sie vielmehr dem livländischen Hofgericht alle *Protocolla* und *Acta judicialia* zu liefern habe²². In krassem Gegensatz zu ihrem ausbeutenden Verhalten als Gutsherrin stand ihre Absicht, durch Errichtung von Kirchen die Religiosität der von ihr geknechteten Landbevölkerung zu heben. Im Dorf Saarahof ließ sie eine alte Kapelle eingehen und baute im Dorfe Audern eine neue Kirche, die ihr Hofprediger Raspe einweihte; auch im Dorf Tackerort wurde eine Kapelle errichtet. Da bei diesen Bauten die Kräfte der Bauern über Gebühr in Kontribution gesetzt wurden, wird diese zu kirchlichen Zwecken gewaltsam betriebene Bautätigkeit dem religiösen Anliegen kaum gedient und dem Andenken der Gräfin noch weniger genützt haben²³.

Seit dem 16. Jahrhundert gehörte das Dorf Tammerist im Kirchspiel Pernau der Familie Brackel, König Gustav Adolf hatte es jedoch zu der Franz Bernhard verliehenen Grafschaft Pernau gezogen, wogegen die Brackelschen Erben Einspruch erhoben hatten. Desungeachtet bestand Gräfin Magdalena solange hartnäckig auf Einbeziehung des Dorfes in ihre Grafschaft, bis das königliche Revisionsgericht in Stockholm am 19. Oktober 1637 das Urteil des Dorpater Hofgerichts bestätigt hatte, daß die Gräfin die Brackelschen Erben nicht in ihrem Besitz stören sollte²⁴.

Frau Magdalena erachtete auch kleinere Geldgeschäfte nicht unter ihrer gräflichen Würde. Gustav Adolf hatte 1624 dem Cürassier-Corporal Magnus Bernhard-Sohn Wolffeldt das Gut Neutenorm im Kirchspiel Michaelis verliehen. Von diesem entlieh Frau Magdalena 300 Taler 1641 gegen 6 % Verzinsung und 800 Taler 1646 gegen 8 % Verzinsung. Betreffend eine wie immer geartete Rückzahlung zum Teil oder zur Gänze fehlen Aufzeichnungen. — An ihren Hofmeister Johann Liphard verpfändete sie gegen 300 Taler zur achtjährigen Benutzung das Gut Sodawa. Da jedoch dieses Gut gänzlich wüst war und Liphard erst den Hof Woella anlegen mußte, um das Gut irgendwie nutzbringend zu machen, war die Verpfändung nicht nur ein Akt selbstloser Menschenfreundlichkeit. Die Gräfin entsagte 1641 allen weiteren Ansprüchen auf dieses Gut, das Königin Christina 1649 der Familie bestätigt hat²⁵.

In den Jahren 1630—1634, in denen Heinrich Matthias als schwedischer Heerführer in Deutschland wirksam war und die außerhalb dieser Arbeit liegen, die sich bloß das Schicksal der Familie von Thurn in Schweden und in den von Schweden verwalteten Gebieten zur Aufgabe gesetzt hat, sollte er gemäß der königlichen Bestallungsurkunde vom 17. November 1629 jährlich 3 600 Reichstaler als Besoldung beziehen, also zusammen 18 000 Reichstaler. In Deutschland wurden ihm bar 6 137 Reichstaler ausgezahlt, 1630 erhielt er in Schweden 1 533 Reichstaler in Form von Deputaten. Für den Rest in Höhe von 10 330 Reichstalern wurden ihm bei seiner endgültigen Rückkehr nach Schweden 1635 Kam-

²² Gadebusch 170.

²³ Bodisco 281.

²⁴ Stockholm RA, Biographica T: 10. — Hagemeister II, 148.

²⁵ Stockholm RA, Biographica T: 10. — Hagemeister II, 150, 153.

merassekurationen ausgestellt²⁶. Eine Angelegenheit der Jahre 1630—1634 bedarf hier einer eingehenderen Würdigung, weil die sich aus ihr ergebenden Folgen in den Jahren nach 1640 eine wichtige Rolle gespielt haben.

Am 1. Oktober 1632 fertigte „Wir Hainrich Matthes Graff von Thurn, Vallesasina und Creütz, Herr auff Wellisch, Winteritz, Gödingen und Loßdorff, der Königl. May:tt in Schweden etc. General Leüthenambt im Königreich Böhemb“, zu Donauwörth folgende Obligation aus²⁷. Der königlich schwedische geheime Kriegssekretär Philipp Sadler hat Franz Bernhard, dem verstorbenen Sohn des Heinrich Matthias, eine gute Zeit aufrichtige Dienste erwiesen und ihm, da „kein gesamblete Parschafft oder hinderlegter Schatz verhandten, zu vielen und offer mahlen sein pahres Geldt außgeleget“. Dies war sowohl Heinrich Matthias als Frau Magdalena wohl bekannt. Zu Erinnerung alles dessen und aus gebührender Dankbarkeit gelobt Heinrich Matthias auch namens seiner Enkel („vor unnß und unnßer Ainickhel“) Philipp Sadler die 1 600 Reichstaler als ein bar ausgelegtes Geld vom Ausfertigungstage dieses Briefes an in einem Jahr zu erlegen. Sollte binnen eines Jahres die Bezahlung nicht erfolgen, sollen diese 1 600 Reichstaler bis zur vollkommenen Bezahlung mit 6 % verzinst werden, „jedoch mit vorbehalten anderer unnßeren in künfftig, da unnß der liebe Gott wieder in unnßer Vatterlandt, das Khönigreich Böhemb, verhelffen werden, erweißendten Wolthättigkeit, damit wir ihme zur Recompens seiner trewen Dienste alß ein immatriculirtes Glied deß Köniegreichs Böhemb neben anderen mehrern und bößern Begnügungen versehen wollen“. Aufgedrücktes Siegel und eigenhändige Unterschrift: „Hainrich Mathes Graf und Freyh(er) von Thurn etc.“.

Philipp Sadler konnte Franz Bernhard die guten Dienste nur erwiesen haben, als sie beide von König Gustav Adolf 1625 an der Düna gemeinsam eingesetzt worden waren und als 1626 Feldmarschall Wrangel Sadler als Diplomat und Franz Bernhard als Generalmajor zugeteilt erhielt. Franz Bernhard hat wahrscheinlich zum großen Teil die Kosten für Werbung und Transport des Regiments von Holland nach Schweden selbst tragen müssen und sich so in erhebliche Schulden gestürzt, für die dann der Freund Sadler aufgekommen ist²⁸. Es fragt sich bloß, warum Heinrich Matthias so spät, erst vier Jahre nach dem Tod des Sohnes, diese Obligation ausgefertigt hat. Als Grund käme zweierlei in Betracht: entweder war Heinrich Matthias säumig mit der Bezahlung oder sind die zwei vorher einander nie begegnet.

Im Jahre 1635 verließ Heinrich Matthias für immer Deutschland, um den Rest seines Lebens fern vom Kriegshandwerk zu verbringen. Am 24. Oktober 1635 wurde er als naturalisierter schwedischer Graf in das Riddarhus aufgenommen, die seit Gustav Adolfs Riddarhusprivilegium vom 6. Juni 1626 korporative Einheit des schwedischen Adels. Jedes Geschlecht hatte an den Wänden des wunderbaren Riddarhussaales eine Tafel mit Wappen und Nummer innerhalb der Kor-

²⁶ Stockholm RA, Likvidationer, Lönefråkningar 29.

²⁷ Stockholm Stadtarchiv, Tyska församlingen, K III c 2: 1, S. 671 ff.

²⁸ Frau Magdalena erwähnte in einer Bittschrift am 5. Febr. 1637, Franz Bernhard hätte drei Vierteljahre kein Regiment gehabt und drei Monate bloß Sold einer Reiterkompanie bezogen; Stockholm RA, Biographica T: 10.

poration. Die Familie Thurn bekam die Nummer 4, war also eine der ersten im Riddarhus introduzierten Adelsfamilien²⁹.

Heinrich Matthias war inzwischen 68 Jahre alt geworden, hatte wohl noch nicht die Hoffnung auf eine für die böhmischen Emigranten günstige Wendung des Kriegsgeschehens aufgegeben, aber zugleich recht nüchtern die Entwicklung der letzten Jahre betrachtet, in denen er selbst eine mitunter nicht glückliche Rolle gespielt hat. Eben diese Rolle veranlaßte ihn 1636 zur Abfassung einer Apologie, die auch im Druck erschienen ist: Abgenöthigte doch rechtmäßige und wahrhaftige Verantwortung und Abwendung der Calumnien und Injurien³⁰.

Ob die Krone alle Heinrich Matthias ausgestellten Kammerassekurationen für den Besoldungsrest von 10 330 Reichstalern für das Jahrfünft 1630—1634 eingelöst hat, ist nicht zu ermitteln, aber wohl zu bezweifeln. Für das Jahrfünft 1635—1639 wurde die ihm zustehende Gage von 18 000 Reichstalern folgendermaßen aufgeteilt. Von den livländischen Lizenten, den in den Häfen eingehobenen Abgaben, sollte er erhalten in den Jahren 1636, 1638 und 1639 je 2 400 und 1637 3 500 Reichstaler, von den finnländischen Lizenten 1 200 und vom großen Seezoll 2 000 Reichstaler, zusammen 13 900. Der Rest, 4 100, sollte ihm in Deputaten und 1635 bar ausgezahlt werden³¹. Das für den Empfänger Riskante lag darin, daß er oft selbst die Überweisung der Lizenten bei der zuständigen Lizentkammer anmahnen mußte, daß oft die Kammer über hinreichende Mittel nicht verfügte und daß Stockholm nicht selten Anweisungen ohne Rücksicht auf die zu erwartenden Einnahmen ausfertigte.

Heinrich Matthias traf am 14. August 1636 bei Schwiegertochter und den beiden Enkeln auf Schloß Pernau ein. Er hatte im Jahre 1591 Magdalena, die Tochter des österreichischen Freiherrn Bernhard Leo Galle, geheiratet, die ihm schon das Jahr darauf, am 26. Juli 1592, bei der Geburt von Franz Bernhard durch den Tod entrissen wurde. Im Jahre 1603 heiratete er Susanna Elisabeth Gräfin von Tiefenbach, die ihm nicht ins Exil gefolgt war und am 6. Juli 1622 gemäß kaiserlicher Resolution einen Teil des Gutes ihres Gatten Winteritz, Bezirk Saaz, restituiert erhielt, den sie im gleichen Jahr verkaufte; weiterhin besaß sie von 1623 bis 1625 auf der Prager Kleinseite das Grundstück, auf dem heute das Tyrš-Haus steht. Die Ehegatten lebten auch späterhin getrennt voneinander, am 15. Dezember 1637 wird ihrer in einer kaiserlichen Resolution Erwähnung getan³².

²⁹ Elgenstierna VIII, 275.

³⁰ Monumenta historiae Bohemica I. Paměti nejvyššího kancléře království Českého Viléma hraběte Slavaty [Memoiren des Obristkanzlers des Königreiches Böhmen Wilhelm Graf Slavata]. Hrsg. von Josef Jireček. Teil 1 (1866), Teil 2 (1868). Slavata las 1636 die Apologie in Regensburg und beschloß sofort eine Erwiderung. In den Paměti ist an verschiedenen Stellen die Apologie mit der unmittelbar darauf folgenden Erwiderung überliefert. Verzeichnis der einzelnen Teile der Apologie in Teil 2, S. 346.

³¹ Stockholm RA, Likvidationer, Löneafräkningar 29.

³² Bílek, Tomáš V.: Dějiny konfiskací v Čechách [Geschichte der Konfiskationen in Böhmen]. Bd. 2. Prag 1883, S. 722 f.

Volle drei Jahre durfte Heinrich Matthias in Ruhe auf Schloß Pernau verleben. Am 14. Januar 1640 befiel ihn ein Flußfieber, das 12 Tage später, am 26. Januar, seinem an Abwechslung, Schmerz und Enttäuschung überreichen Leben ein Ende setzte³³. Frau Magdalena berichtete Königin Christina zugleich mit der Trauernachricht am 10. März 1640, daß der Verblichene den Wunsch geäußert habe, in der Domkirche zu Reval beigesetzt zu werden. Man hätte wenig Bargeld gefunden, um so größer seien die Deputatrestanzen, auch die Lizentenrückstände seien beträchtlich. Frau Magdalenas Schuld an die Erben des Johannes Jungschultz im Betrage von 1588 Reichstalern sei 1638 von der Kammer durch Axel Oxenstiernas Vermittlung beglichen worden. Am 20. Mai schrieb Frau Magdalena wiederum an die Königin, sie habe die Absicht, mit den Söhnen ins Reich zu kommen und Christina zu besuchen; die Beerdigung müsse vorläufig wegen Mangel an Mitteln aufgeschoben werden. Da mußte neuerdings am 18. Juli ein Brief abgehen, am 14. Juli war ganz überraschend der ältere Sohn Christian gestorben, gerade 16 Jahre alt. Er sollte gemeinsam mit dem Großvater in der Revaler Domkirche beigesetzt werden. Endlich am 14. September 1640 erging an die Lizentkammer in Riga eine königliche Resolution, für Heinrich Matthias bestimmt gewesene Lizenten an Frau Magdalena auszufolgen, die zu diesem Zwecke ihren Hofmeister Johann Liphard hingeschickt hatte³⁴.

Die feierliche Bestattung von Großvater und Enkel in der Domkirche zu Reval, auf der rechten Seite des Eingangs in den Altarraum, ungefähr gegenüber der Kanzel, fand am 8. März 1641 statt. Heinrich Stahl, Dompropst und erster Beisitzer des königlichen Konsistoriums, hielt über Heinrich Matthias und Christian die Leichenpredigt über 2. Tim. 4, 6—8, Nikolaus Specht schrieb eine lateinische Lobrede. Beide wurden 1641 in Reval gedruckt³⁵.

So war Frau Magdalena als einziges Familienmitglied der bald 15jährige Sohn Heinrich geblieben. Zuallererst war sie darauf bedacht, bei der Regierung die noch nicht ausgezahlten Lizenten ihres Schwiegervaters zu erhalten. Eine Resolution vom 3. November 1641 sicherte ihr bis einschließlich 1643 jährlich 2 000 Reichstaler Lizentgelder zu. Heinrich wird wohl recht bald Pernau verlassen haben, wo ja kaum Voraussetzungen für eine weitere standesgemäße Ausbildung bestanden. Am 28. November 1642 ist er in Stockholm³⁶, am 14. Juli 1644 schreibt er einen freundschaftlich-familiären Brief von Leiden an Demoiselle Elsa Beata de Brahe³⁷. Offensichtlich war er auf der Kavaliersreise unterwegs,

³³ Bodisco 282.

³⁴ Stockholm RA, Biographica T: 10.

³⁵ Gadebusch 153 f. — Bodisco 268. Ein Exemplar der von Heinrich Westphal in Reval gedruckten Leichenpredigt in der Bibliothek der Akademie der Wissenschaften in Reval, siehe Anm. 15. Ausführlich beschrieben und kommentiert von Hrubý, František: Pohřební kázání o Jindřichu Matyáši hr. z Thurnu [Leichenpredigt über Heinrich Matthias Gr. von Thurn]. ČCH 38 (1932) 12—55.

³⁶ Pate bei der Taufe in der deutschen Kirche; Stockholm StA, Tyska församl., C 1: A, S. 254.

³⁷ Elsa Beate, Tochter des schwedischen Staatsmannes Per Brahe, 1629—1653, 1649 verheiratet mit Pfalzgraf Adolf Johan, Bruder Karl Gustavs und Vetter Christinas. Ein deutlicher Beweis für die engen Beziehungen der Thurne zu Hof und Hochadel.

seine Mutter hatte von den 2 000 Reichstalern des Jahres 1643 1 000 in Wechsel nach Holland überweisen lassen³⁸.

Der Oberst und geheime Kriegssekretär Philipp Sadler war nicht nur ein gewiegter und angesehener Diplomat, sondern auch ein treues Glied der deutschen Gemeinde zu Stockholm. Sowie er in Stockholm weilte, nahm er an den Gottesdiensten und an Taufen als Pate in der deutschen Kirche teil. Als Hauptpfarrer Johann Christoph Hingher am 12. Oktober 1640 seine Tochter Agnes Maria taufte, waren Sadler und Axel Oxenstierna Paten. Das letztmal ist Sadler als Haupttaufpate vermerkt, als der Vorsteher der Gemeinde Cort Meurman am 7. Juli 1641 seinen Sohn ihm zu Ehren Philippus taufen ließ³⁹.

Bald nachher muß Sadler gestorben sein, und zwar irgendwo auswärts, denn kein Stockholmer Totenbuch vermerkt seine Beerdigung. Er hat ein Testament hinterlassen und zu dessen Vollstreckern Pfarrer Hingher und zwei Gemeindeglieder festgesetzt, nämlich den Sekretär und Hofrat Joachim Transehe von Rosenneck und den Stockholmer Bürgermeister Jacob Grundell.

Am 12. November 1641 teilten die drei Exekutoren den Ältesten und Vorstehern der deutschen Gemeinde zu Stockholm mit, daß der verstorbene Philipp Sadler wegen seiner „sonderbahren guten Affection, welche er auch gegen die christliche Teutsche Gemein und Kirch alhie getragen hat“, u. a. der Gemeinde die Schuldforderung des Grafen Heinrich Matthias von Thurn vermacht hat, die von den nachgelassen Erben zu begleichen ist und sich im Augenblick an Kapital und Zinsen auf 2 368 Reichstaler beläuft. Der Mitteilung sind beigelegt 1) Wiedergabe des diese Disposition betreffenden Testamentsabschnittes, 2) die Thurnsche Obligation im Original, 3) Aufstellung der bisher aufgelaufenen Zinsen. Entsprechend der Disposition verordnet Sadler, daß „zu Erbauung der Teutschen Kirchen in Stockholm⁴⁰ oder deroselben anderwertlichen Notturfft“ die Thurnsche Obligation bei Öffnung des Testaments seiner „Silberkiste“ entnommen und der deutschen Gemeinde ausgeliefert werde. Er vermahnt, „solche Gellter unnachlässig einzufordern und zu bestimmten Nutzen anzuwenden, nicht zweifelnde, hochwolermler Graf von Thurn werde so wohl wegen der ihm und seinem Haus von mir erzeugten extraordinari Trew und Wolthaten und das ich seinem Herrn Vatter seligen diese Gellter baar gelihen, alß das dieselbe anietzo ad pias causas deputirt und verordnet, mit Abstattung der Hauptsumma und Interesse ohne Aufzug willfährig und zahlbar sich finden lassen.“ Die Aufstellung zeigt, daß von 1633 bis 1640 achtmal 6 %, das sind 96 Reichstaler, hinzugekommen sind, also $1\,600 + 768 = 2\,368$ Reichstaler. Sadler hatte am 27. Oktober 1640 von Gräfin Magdalena die Bezahlung obigen Betrags gefordert und zugleich Kopien der Obligation und der Donation auf Zinsen übersandt⁴¹. Die Gemeinde

³⁸ Stockholm RA, Biographica T: 10.

³⁹ Stockholm StA, Tyska församl., C 1: A, S. 234 und 240.

⁴⁰ In den Jahren 1639—42 wurde das seit dem 16. Jh. als Kirche benutzte Haus der St. Gertruds-Gilde zu der noch heute bestehenden zweischiffigen Kirche ausgebaut. Schieche, Emil: 400 Jahre Deutsche St. Gertruds Gemeinde in Stockholm 1571—1971. Stockholm 1971, S. 15 f.

⁴¹ Stockholm StA, Tyska församl., K III c 2: 1, S. 675, 677 f., 685.

rechnete allerdings mit einer Verzinsung bis zum Jahre 1641, so daß in ihren Kassabüchern von allem Anfang an 1 600 + 864 Reichstaler eingetragen war. In diesem Sinne wurde auch der Gräfin am 12. Dezember 1641 von dem Empfang der Obligation Mitteilung gemacht⁴².

Frau Magdalena antwortete erst am 1. März 1642. Von der Obligation über 1 600 Reichstaler hätte sie erst durch Sadlers Schreiben vom 27. Oktober 1640 erfahren. Daß Sadler ihrem Gatten große Dienste erwiesen hätte, sei ihr bekannt. Ihr Gatte hätte Sadler auch einige Güter der Pernauschen Grafschaft im Werte von 1 500 Reichstalern abtreten wollen, Sadler hätte dies abgelehnt. Sie hoffe, nächsten Sommer nach dem Reich zu kommen, da könne man die Angelegenheit regeln⁴³. Da die Gräfin so lange nicht geantwortet hatte, schickte die Gemeinde am 2. Mai 1642 ein Schreiben an den Rat der Stadt Reval mit der Bitte, wegen der Schuldforderung einen „Expressum“ an die Gräfin abfertigen zu wollen⁴⁴.

Die Gräfin muß vom Sommer 1642 bis 1645 ständig oder vorübergehend in Stockholm gewesen sein, so daß mehrere Besprechungen mit Vertretern der Gemeinde wegen der 1 600 Reichstaler stattfinden konnten. Diese Besprechungen verliefen anscheinend in versöhnlichem Tone, denn gleichzeitig war die Gräfin Patin bei Taufen in der deutschen Kirche, sogar einmal bei der Taufe eines Kindes eines Exekutors des Sadlerschen Testaments, Hauptpastor Hinghers⁴⁵. Am 21. Mai 1645 gab die Gräfin die Erklärung ab, es sei ihr unmöglich, mehr als 600 Reichstaler zu geben, zu deren Auszahlung sie in ihrem Testament ihren Sohn verbunden hätte. Die Gemeinde konnte sich damit nicht zufrieden geben und richtete am 30. März 1649 neuerdings ein Schreiben an die Gräfin. Der früher angeführte Grund, der Sohn bedürfe großer Geldmittel, sei nun nach Vollendung der Reise hinfällig, er sei auch mündig geworden und von seiner Mutter unabhängig. Die Gemeinde brauche das Geld für den Kirchenausbau, müsse Geld auf Zinsen aufnehmen, um alles bezahlen zu können. Sollte keine Zahlung erfolgen, „werden Ew. Gr. Gnaden uns nicht verdencken, das wir solches bey Ihro Königl. May:tt supplicando furtragen und umb unser allergnädigsten Königin Assistenz underthenigst anhalten oder auch sonsten Arrest auf Ew. Gräfl. Gnaden Gueter alhir im Reiche auszubitten veruhrsacht werden möchten“⁴⁶. Am 11. Juni 1649 sprachen drei Vertreter der Gemeinde mit dem jungen Grafen Heinrich über das Sadlersche Testament, die Schuldforderung war inzwischen auf 3 136 Reichstaler angewachsen (1 600 + 1 536 Zinsen). Heinrich bat um vier Wochen Bedenkzeit, um mit seiner Mutter zu verhandeln⁴⁷.

Graf Heinrich war inzwischen nicht nur mündig geworden, sondern hatte auch geheiratet. Die Trauung fand im Jahre 1648 zu Ueckermünde⁴⁸ mit Johannetta

⁴² Ebenda L I h 4: 1, S. 4; L I h 4: 2, S. 46.

⁴³ Ebenda K III c 2: 1, S. 681—684.

⁴⁴ Ebenda K III a 1: 1, fol. 47 v.

⁴⁵ Ebenda C 1: A, Seiten 255, 258, 270, 274.

⁴⁶ Ebenda K III a 1: 1, fol. 64 v.

⁴⁷ Ebenda K III c 2: 1, S. 686.

⁴⁸ Trautag nicht bekannt, da die Kirchenbücher zu Ueckermünde erst von 1703 an erhalten sind.

Margareta Markgräfin von Baden-Hochberg statt, seit 1641 Witwe nach Feldmarschall Johan Banér, mit dem sie als seine dritte Gattin kein ganzes Jahr verheiratet gewesen war. Gerade 23 Jahre alt geworden, wurde Heinrich am 3. Oktober 1649 Gouverneur von Livland, ein auch für damalige Verhältnisse frühzeitiger Eintritt in die Laufbahn hoher schwedischer Verwaltungsbeamter, der neben seiner ohne Zweifel großen Begabung und Gewandtheit eine Erklärung in den engen Beziehungen seiner Mutter zur Königin Christina hat, von denen die Akten ein beredtes Zeugnis ablegen. Durch die Nummer vier im Riddarhus waren die Thurne nach den Brahe, Nr. 1, den Leijonhuvud, Nr. 2, und den De la Gardie, Nr. 3, die vornehmste Familie. Heinrich verzichtete allerdings 1650 zugunsten der Oxenstierna auf Nr. 4 und rangierte von da an als Nr. 5, welcher Rang noch immer einer der angesehensten war, dem er 1651 den Titel eines Generalmajors hinzufügte⁴⁹.

Graf Heinrich wollte nun endlich die Sadlersche Schuldforderung beglichen haben und fand, daß die Krone ihm ein Guthaben seines Großvaters von 2 000 Reichstalern noch nicht überwiesen hatte. Als er diesen Betrag nun anforderte, um davon der Gemeinde 1 600 Reichstaler zu bezahlen, stellte sich heraus, daß die Kammer diesen Betrag verwandt hatte, um die Schuld seiner Mutter an die Jungschultzerben zu beglichen. Die Kammer erklärte sich grundsätzlich dazu bereit, die 1 600 Reichstaler zu übernehmen, aber nicht die Zinsen, wenn die Gemeinde sich damit einverstanden erklärte. Um die Angelegenheit nicht noch mehr hinauszuziehen und so vielleicht auch noch die 1 600 Reichstaler einzubüßen, einigten sich alle Beteiligten auf folgendes Verfahren: Das angesehene Glied der deutschen Gemeinde und ihr oftmaliger Vorsteher, der Kaufmann Heinrich Lemmens, zwingt von seinen Verpflichtungen gegenüber der Kammer 1 600 Reichstaler ab und zahlt diesen Betrag als Sadlersche Schuldforderung an die Gemeinde. Dies geschah in den Jahren 1655 und 1656 in Form von Raten von zusammen 6 000 Talern Kupfer, 1 Reichstaler = 3,75 Taler Kupfer. Graf Heinrich war die Angelegenheit los, die Originalobligation verblieb im Besitz der Gemeinde⁵⁰.

Seit 1649 war Riga der Wohnort von Heinrich und Johannetta Margareta von Thurn. Frau Magdalena gab ihre Hofhaltung auf Schloß Pernau auf und zog zu den Kindern nach Riga. Dort starb sie am 20. August 1851, etwa 50 Jahre alt. Am 20. Dezember 1651 übermittelte Graf Heinrich dem Rat der Stadt Reval die Trauerbotschaft und bat ihn, durch eine Abordnung bei der Beisetzung der Verbliebenen im Dom zu Riga am 8. Februar 1652 vertreten zu sein⁵¹. Etwa zu gleicher Zeit richtete der schwedische Generalmajor und Gubernator in Riga Heinrich von Thurn an den Kaiser ein Gesuch um Restitution von Ehre und Güter seines Großvaters Heinrich Matthias; diesem Gesuch lagen befürwortende

⁴⁹ Elgenstierna VIII, 275.

⁵⁰ Stockholm RA, Likvidationer, Löneafkränningar 29; Biographica T: 10. Stockholm StA, K III a 1: 1, fol. 66 ff.; L I h 4: 2, fol. 46. — Über den höchst verwickelten Gang der Angelegenheit vgl. L ü d e k e, Joh. Ant. Aug.: Denkmal der Wieder-Eröffnung der Deutschen Kirche in Stockholm. Stockholm 1823, S. 314—323.

⁵¹ Göttingen, Staatl. Archivlager, Revaler Archiv BF (= Suecica), Nr. 26.

Schreiben der Königin Christina und einiger Kurfürsten bei. Die kaiserliche Resolution vom 2. November 1653 war eine strikte Ablehnung⁵².

Der Generalgouverneur für Schwedens gesamten Besitz nordöstlich der Ostsee, der allmächtige Magnat Magnus Gabriel De la Gardie, war Heinrich sehr gewogen, und auf diesen ging es wohl zum Teil zurück, daß der 27jährige Heinrich auch die Verwaltung von Estland übertragen erhielt⁵³ und am 4. Oktober 1653 in das Kollegium der Reichsräte aufgenommen wurde, die gemäß der Reichsverfassung von 1634 gewöhnlich 25 an der Zahl waren und dem einheimischen Adel entnommen werden sollten⁵⁴. Es fragt sich, ob die Thurne trotz der Riddarhusnummer fünf als einheimischer Adel im eigentlichen Sinne angesprochen wurden. Diese höchst persönlichen Beziehungen mögen mit verursacht haben, daß Heinrich am 14. August 1653 gerade an Magnus Gabriel das von seinem Vater ererbte Gut Vennarn für 50 000 Speziestaler verkauft hat⁵⁵.

Königin Christina hatte 1654 abgedankt, ihr Vetter und Nachfolger Karl X. Gustav brach 1655 von Livland aus in Polen ein, Magnus Gabriel beteiligte sich am Feldzug und übertrug Heinrich den Oberbefehl über die in Livland verbliebenen schwedischen Truppen. So war er es, der vor Riga vorstoßende russische Verbände zurückschlagen sollte, wurde jedoch mit einer kleinen Schar umzingelt und am 20. August 1656 niedergehauen. Seine Leiche wurde in der Petri-Kirche zu Riga, neben dem Grabe seiner Mutter, beigesetzt⁵⁶.

Die 33jährige Johannetta Margareta war zum zweitenmal Witwe geworden, und nicht genug damit, ihr weiteres Dasein war auch finanziell in Frage gestellt. An die 12 000 Reichstaler hatte sie noch von Heinrichs Gage zu fordern. Karl X. Gustav hatte ihr gleich den Besitz der Grafschaft Pernau bestätigt, aber wie groß waren Enttäuschung und Entsetzen, als sie hinkam, — die Verwüstung war eine derartige, daß sie gar nicht auf Schloß Pernau wohnen konnte. Am 28. Oktober 1656 schrieb sie von Braunsberg dem König, „die Moskowiter hätten alles ruinirt“, sie müsse vom Reich für die verlorenen estländischen Güter Erstattung erhalten. Der neuernannte Gouverneur von Estland, Freiherr Lars Claesson Fleming, ließe alles verkommen⁵⁷. Zusätzlich hatte sie, teilweise schon zu Heinrichs Lebzeiten, Ärger mit Johan Banérs Erben; bei der gerichtlichen Auseinandersetzung mit dem Stiefsohn Gustav Adam Banér hatte sie zum Glück in Magnus Gabriel De la Gardie einen einflußreichen Fürsprecher⁵⁸.

So ist es eine gnädige Fügung, daß sich diese Dame nur noch vier Jahre „fremd im Exil“ fühlen mußte, wie sie dem König geschrieben hatte, und am 1. Januar des Jahres 1661 starb. Sie fand ihre letzte Ruhestätte neben Schwiegermutter

⁵² B í l e k 723.

⁵³ Göttingen, St. Archivl., Suecica Nr. 26.

⁵⁴ Vgl. Schieche, Emil: Der schwedische Ratskonstitutionalismus im 17. Jahrhundert, Spiegel der Geschichte. Festgabe M. Braubach. Münster/Westf. 1964, S. 409.

⁵⁵ A l m q u i s t I/2, 887.

⁵⁶ B o d i s c o 283.

⁵⁷ Fleming vermochte sich kaum der vordringenden Russen zu erwehren, mußte schließlich Dorpat preisgeben. In das wiederaufgebaute Schloß Pernau wurde später die von Gustav II. Adolf 1632 gegründete Universität Dorpat verlegt.

⁵⁸ Stockholm RA, Biographica T: 10.

und zweitem Ehegatten in der Petri-Kirche zu Riga⁵⁹. Mit ihr erlosch das Geschlecht des Grafen Heinrich Matthias von Thurn fern der böhmisch-mährischen Heimat. Da keine Erben vorhanden waren, fiel die Grafschaft Pernau zurück ans Reich.

*

Hans Jakob Graf von Thurn, 1602 in Mähren geboren, ein Sohn von Hieronymus Wenzel Graf von Thurn, dem älteren Bruder des Heinrich Matthias, weilte zur Zeit des böhmischen Aufstands im Ausland und entging so dem Verderben seiner Angehörigen. Erstaunlicherweise kehrte er 1623 nach Mähren zurück, aber sehr bald ging er freiwillig in die Verbannung⁶⁰. In den Jahren 1630 und 1631 war Hans Jakob als Oberst und Chef eines geworbenen Infanterieregimentes in der von Gustav Adolf selbst befehligten Armee⁶¹.

Herbst 1636 schickte ihn Reichskanzler Axel Oxenstierna von Stockholm als Oberst zu Johan Banér, der gerade da den Elbeübergang bei Torgau forcierte. Banér ließ Hans Jakob bei dem wichtigen Brückenkopf als Befehlshaber zurück und zog gegen Leipzig. Nach seiner Rückkehr kam es zwischen Banér und Hans Jakob zu ernststen Auseinandersetzungen. Hans Jakob fühlte sich übergangen, hatte mit größerem Dank gerechnet und bat um seinen Abschied, den Banér annahm. Graf von Thurn berichtete all dies am 4. April 1637 von Lübeck aus dem Reichskanzler⁶².

Am 24. September 1639 erließ die schwedische Vormundschaftsregierung folgenden Erlaß. Der frühere Oberst Hans Jakob Graf von Thurn, vom Anfang des deutschen Krieges in Diensten des Königs Gustav Adolf, hat sich wegen privater Angelegenheiten eine Zeitlang von der Armee ferngehalten, jetzt hat man für ihn keine Beschäftigung gefunden. In der Hoffnung, ihn wiederum in Dienst stellen zu können, wird ihm bis zur Beschäftigung ein jährliches Entretenement von 1 000 Reichstalern zuerkannt, auszuzahlen vom schwedischen Residenten in Hamburg. Allzulange wird er auf eine Beschäftigung nicht gewartet haben. Am 30. Mai 1643 teilte Feldmarschall Linnart Torstenson der Königin Christina von Melnik aus mit, daß bei Hirschberg Hans Jakob Graf von Thurn sein Leben für die Krone Schweden verloren habe. Er bittet, für die Witwe Helena Eusebia geb. Borzitin ein Recompens oder eine Pension zu bewilligen⁶³.

⁵⁹ Bodisco 283.

⁶⁰ Hrubý, František: Hrabata z Thurnu a Valsassina. Dějiny jich českomoravské větve [Die Grafen von Thurn und Valsassina. Geschichte ihres böhmisch-mährischen Zweiges]. ČCH 28 (1922) 329 f.

⁶¹ Sveriges krig 1611—1632 [Schwedens Kriege 1611—1632]. Bd. 3. Stockholm 1936, S. 463, 486, 499 f.; Bd. 4. Stockholm 1937, S. 124, 132, 223.

⁶² Rikskansleren Axel Oxenstiernas skrifter och brefvexling [Des Reichskanzlers Axel Oxenstierna Schriften und Briefwechsel]. Serie II/6 (1893), 388.

⁶³ Stockholm RA, Biographica T: 10.

SCHREIBERVERSE — STIEFKINDER DER KULTURHISTORISCH-VOLKSKUNDLICHEN FORSCHUNG

Mit Beispielen aus alten Stadtbüchern von Friedland und Reichenberg

Von Bruno Schier

Die folgenden Zeilen seien einem Stiefkinde der historischen Volkskunde, der Schreiberpoesie, gewidmet. Außer der ungewöhnlichen Beachtung, welche Wilhelm Wattenbach¹ den Schreiberversen des Mittelalters schenkte, ist der Gegenstand nie erschöpfend behandelt worden. Beiträge zur Kenntnis von Reimsprüchen und Schreiberversen aus West und Ost haben Johannes Bolte², Arthur Kopp³, Josef Klapper⁴ und Max Hippe⁵ geboten; der letzte hat auch auf das verwandte Gebiet der Widmungsverse und Spenderzeichen hingewiesen, die während des 16. und 17. Jahrhunderts in Schlesien üblich waren⁶. Die zahlreichen Sprüche und gereimten Zeitungen der Löbauer Konventbücher wurden von Pfarrer Scheuffler weitgehend berücksichtigt⁷; in der deutschböhmischen

Abkürzungen:

- LA = Landesarchiv Prag
SchA = Schloßarchiv Friedland
StA = Stadtarchiv Friedland
StAR = Stadtarchiv Reichenberg

¹ Wattenbach, W.: Das Schriftwesen im Mittelalter. 2. Aufl. 1875, S. 231—239, 416—447.

² Bolte, J.: Liederhandschriften des 16. und 17. Jahrhunderts. I. Das Liederbuch der Herzogin Amalie von Cleve. ZDPh 22 (1890) 397 ff.; II. Das Liederbuch des Prinzen Joachim Carl von Braunschweig. ZDPh 25 (1893) 29 ff.

³ Kopp, A.: Die niederrheinische Liederhandschrift von 1574. Euphorion 8 (1901) 499 ff.; 9 (1902) 21 ff., 280 ff., 621 ff. — Kopp, A.: Die Liederhandschrift vom Jahre 1568. ZDPh 35 (1903) 507 ff. — Kopp, A.: Die Osnabrückische Liederhandschrift vom Jahre 1575. Archiv für das Studium der neueren Sprachen und Literaturen 57 (1903) 1 ff., 257 ff.; 58 (1904) 1 ff.

⁴ Klapper, J.: Altschlesische Schreiberverse. Mitteilungen der Schlesischen Gesellschaft für Volkskunde 19 (1917) 1 ff.

⁵ Hippe, M.: Reimsprüche aus einer Breslauer Liederhandschrift. Mitteilungen der Schlesischen Gesellschaft für Volkskunde 13/14 (1911/12) 685 ff.

⁶ Hippe, M. in: Schlesiens Vorzeit in Bild und Schrift NF 8 — Jahrbuch des Schlesischen Museums für Kunstgewerbe und Altertümer (1924) 84 ff.

⁷ Scheuffler: Die zwei Löbauer Conventbücher. Neues Lausitzisches Magazin 72 (1896) 273 ff.

Forschung hat Heinrich Ankert auf zwei Sprüche der Leitmeritzer Ratsprotokolle von 1551 und 1604 aufmerksam gemacht⁸.

Der Mangel einer zusammenfassenden Darstellung findet in der Fülle des Stoffes seine Erklärung, der umso unübersehbarer ist, als der alte Brauch, auf diese Schreibergewohnheiten in den gedruckten Handschriftenverzeichnissen hinzuweisen, nicht allgemeine Anerkennung gefunden hat. Schon die Bücher unserer kleinsten Gemeinwesen bieten nicht zu verachtende Beiträge zu diesem weiten Felde der volkstümlichen Gebrauchsichtung. An dem Beispiel der Friedländer und Reichenberger Stadtbücher sei im folgenden die Anregung zu einer ähnlichen Sammlung der Schreiberverse benachbarter Städte geboten.

Da die Stadtschreiber ihre Mitbürger an Allgemeinbildung und geistiger Regsamkeit oft weit übertrafen, bilden ihre zufälligen Bemerkungen einen Maßstab für den Grad der Teilnahme, welche die gebildeten Städter dem geistigen und politischen Geschehen ihrer Zeit zollten. Inhalt und Form der Verse zeigen gleichzeitig, wie mächtig große geistige Strömungen selbst in den bescheidensten Erzeugnissen poetischer Kleinkunst zum Ausdruck kamen. Es ist bestimmt kein Zufall, wenn in der folgenden Sammlung die Eintragungen aus dem 16. Jahrhundert mit Vorliebe in lateinischer Sprache abgefaßt sind und aus Werken stammen, welche Humanismus und Reformation in den Mittelpunkt des Interesses gestellt hatten. Dem ausklingenden Humanismus gehört eine lange lateinische Darstellung eines festlichen Ereignisses der Stadt Friedland an⁹; die herrschaftlichen Missiven jener Zeit sind mit lateinischen Zitaten aus dem humanistischen Rechtsschrifttum geradezu gespickt¹⁰. Das 17. Jahrhundert mit seiner Vorliebe für gereimte Zeitungen läßt es sich nicht entgehen, sogar die trockensten Nachrichten über den Preis der Getreidearten oder die Zusammensetzung des Rates in Knüttelverse zu bringen; das 18. Jahrhundert schließlich, dem die prächtigen Barockbauten unserer Städte und Dörfer entstammen, freut sich an überreicher, spielerischer Verwendung von Reimkünsten, Chronogrammen und Akrostichen.

Für Friedland stellt der Beginn des 18. Jahrhunderts die Blütezeit der Stadtbuchpflege dar. Von 1714 bis 1729¹¹ versah hier der hochgebildete Wundarzt und Bader Johann Friedrich Posselt das Amt des Gerichts- und Stadtschreibers¹². Mit innerer Anteilnahme verfolgt er die politischen und geistigen Bewegungen seiner Zeit und schenkt allen wichtigen Ereignissen im Leben der Stadt eingehende Beachtung. Seinem Verständnis für geschichtliche Überlieferung haben wir es zu danken, daß zwischen die Kaufverträge und Erbsonde-

⁸ Ankert, H.: Zwei alte Sprüche aus Leitmeritzer Ratsprotokollen. MNExKl 26 (1903) 67 f.

⁹ Fridlandia Jubilans, 20. August 1662 = LA 97, S. 375 f.

¹⁰ Z. B. SchA Copeybuch 1628 zum 10. November.

¹¹ Erste Eintragung: 8. Juni 1714 (LA 99, S. 946), letzte Eintragung: 26. August 1729 (LA 101, S. 305).

¹² Johann Friedrich Posselt, geb. am 23. April 1680, seit 16. November 1706 mit Anna Dorothea König verheiratet, erlangt am 25. Mai 1708 das Bürgerrecht zu Friedland und stirbt daselbst am 15. April 1746.

rungen, die Testamente und Ehekontrakte des Stadtbuches Bemerkungen eingestreut sind, die uns nicht nur über Witterungs- und Teuerungsverhältnisse, sondern auch über künstlerische und religiöse Bestrebungen seiner Mitbürger und über Wesen und Bedeutung wichtiger Persönlichkeiten des weiteren Umlandes unterrichten. Posselt hat uns eine umfängliche Beschreibung des kunsthistorisch bedeutsamen Grabdenkmals Melchior von Redern¹³ und der Bestattung des Grafen Johann Wenzel von Gallas gegeben¹⁴; er hat eingehend über Witterung und Wachstum der Jahre 1720—1724 berichtet¹⁵ und ein „Notandum über Leben, Tod und Begräbnis Platz' von Ehrenthals“ abgefaßt¹⁶; er beschreibt die „Aufrichtung der Kapelle am Marktplatz“¹⁷ und macht uns mit wichtigen Umbauten der Friedländer Stadtkirche vertraut¹⁸; schließlich hat er das Haindorfer Festspiel „Die Eilfertige Reiß Mariae auff das Jüdische Gebürge“ überliefert¹⁹, mit dem die Friedländer Erzbruderschaft vom Heiligen Rosenkranz am 2. Juli 1725 einen wichtigen Abschnitt im Aufbau der Haindorfer Wallfahrtskirche durch die großen Wiener Barockmeister Johann Bernhard und Joseph Emanuel Fischer von Erlach feierte. Unter seiner Amtsführung bildete sich der schöne Brauch aus, das neue Jahr der Eintragungen mit einem frommen Glückwunsch zu beginnen, das alte mit einer Gesamtbeurteilung zu schließen. Nach seinem Ausscheiden tritt ein langsamer Verfall dieser zusätzlichen Ausstattung der Stadtbücher ein.

Gemäß dem Alter der reicheren Überlieferung gehen in Friedland die Schreiberverse nicht über die Mitte des 16. Jahrhunderts zurück. Es mangelt ihnen daher die das 14. und 15. Jahrhundert kennzeichnende Betonung der persönlichen Beziehungen des Schreibers zu seinem Werk. In einer Zeit, da die Kenntnis des Schreibens keine besondere Auszeichnung mehr darstellte, werden die in launige oder selbstbewußte Sprüchlein gekleideten Schreiberunterschriften der früheren Jahrhunderte überflüssig²⁰; nur in Nr. 5 der im Anhang abgedruckten Texte ist noch ein schwacher Nachklang davon zu spüren. Trotz der zunehmenden Flüchtigkeit der Schrift verlieren sich aber auch die früher so häufigen Entschuldigungsformeln am Ende der Handschriften²¹. Nachdem der Stadtschreiber in einer umständlichen „Taxa“ die Berechnung für jedes verfer-

¹³ LA 99, S. 1176 ff.

¹⁴ LA 100, S. 109 ff.

¹⁵ Ad 1720 (LA 100, S. 148), ad 1721 (LA 100, S. 264), ad 1722 (LA 100, S. 446), ad 1723 (LA 100, S. 573), ad 1724 (LA 100, S. 787).

¹⁶ LA 100, S. 570.

¹⁷ LA 100, S. 581.

¹⁸ LA 100, S. 758 ff., 783.

¹⁹ LA 100, S. 998—1004. Veröffentlicht von Schier, Bruno: Ein barockes Festspiel aus Böhmen. Rheinisches Jahrbuch für Volkskunde 12 (1962) 53—62.

²⁰ Wattenbach 422 ff. — Vgl. Hans Kriesche in der Chronik von Böhmischem Leipa, der Name und Geburtstag in Versform nennt ad 1570. MVGD 20 (1882) 297.

²¹ Palacký, Fr.: Formelbücher in Bezug auf die böhmische Geschichte. Bd. 1. Prag 1843, S. 253: Sydko nequam scriptor optimus. — A. Kelle in: Abhandlungen der Böhmischen Gesellschaft der Wissenschaften VI/5, S. 19: Nomen scriptoris Girardus cultur amoris. Ultra posse meum non me vis ulla coegit: Non reor esse reum, qui totum posse peregit.

tigte Schriftstück festgelegt hatte²², blieb es ihm erspart, seiner Hoffnung auf klingenden Lohn nach altem Vorbild in einem Schlußverse Ausdruck zu verleihen²³. Doch mochte er auch jetzt noch so manchmal wie seine Vorgänger Anlaß zu der Klage haben:

Est michi precium krank,
Quia nichil datur michi nisi habdank²⁴.

Es fehlen aber auch die nachdenklichen Erwägungen über die Verwendung des Geldes zum Ankauf von Kleidungsstücken, Lebensmitteln und Wein, wie sie bei böhmischen und schlesischen Schreibern des ausgehenden Mittelalters üblich waren²⁵. Auch den poetischen Ausdruck der Freude über die Beendigung einer schwierigen Abschrift, der böhmischen Schreibern früherer Jahrhunderte so geläufig war²⁶, wird man vergeblich suchen.

Und doch finden sich in unseren Stadtbüchern Schreibersitten, die in frühe Zeiten zurückreichen. Wenn noch im 18. Jahrhundert die Eintragung der einzelnen Urkunden mit dem kurzen Gebete: *Laudetur Jesus Christus*²⁷ zu beginnen pflegt, so ist dies die Fortführung einer falschen Auflösung, die das XQ des Chrismonzeichens (Χρῆσιμον) am Ausgange des Mittelalters erfuhr²⁸. Dem Namen des Erlösers werden die von Maria und Josef zur Seite gestellt²⁹. Aus der Verschmelzung dieses Stoßgebetes mit der alten Anrufung Marias: *Assit principio sancta Maria meo!*³⁰ entsteht schließlich die kennzeichnende Eingangsformel der Reichenberger Stadtbücher:

Omnia Ad Maiorem Dei Gloriam et
Beatissimae Virginis Mariae et omnium Sanctorum.
Incipiendum ab Ente omnium Entium,
Initio ac fine carente, velat Inchoanti
Adstare et Finienti hoc opus coronare³¹!

In späterer Zeit wird diese Weiheformel durch die Anfangsbuchstaben abgekürzt und der Anrufung des göttlichen Beistandes ein breiterer Raum zugewiesen:

²² LA 100, S. 721—728 „Taxa des Stadtschreibers allhier zu Friedlandt“.

²³ Palacký I, 253: Non deportabis, nisi mihi 4 grossos dabis.

²⁴ H. Hoffmann von Fallersleben in: Fundgruben I. Breslau 1830, S. 151.

²⁵ Peter Reymann aus Hirschberg schrieb 1476: Eamus Jubelwicz et recipiamus denarios deservitos in Slawp et perbibamus eos in kreczem quo veniemos (Anzeiger des Germanischen Museums 19 (1872) 11). — Vgl. Schlesinger, L.: Ein deutsches Formelbuch aus Böhmen. MVGD 21 (1883) 301.

²⁶ Deutsche Übersetzung der Chronik des sog. Dalimil vom Jahr 1389. Fontes rerum Bohemicarum. Bd. 3. Prag 1878, S. 224.

²⁷ LA 101, S. 278 ad 1729.

²⁸ Wattenbach 417.

²⁹ LA 100, S. 0 ad 1718.

³⁰ Wattenbach 417.

³¹ StAR 3, S. 0 ad 1659. Mit geringen Abweichungen lautet sie im Jahre 1716 (StAR 8, S. 0): Ad Maiorem Dei Gloriam et Beatissimae Virginis atque Immaculatae Matris Dei Mariae Omniumque Sanctorum Honorem Cedat Hic Labor in Nomine Entis Entium. Amen.

O.A.M.D.G.E.B.V.M.

Sint, o Domine, omnes litterarum apices
mei in te amoris syngraphae.

His adde tuam manum et subscribe,

ut ego totus tuus sim et tu totus meus³².

Für beide Teile der Eingangsformel stehen den Schreibern auch entsprechende deutsche Verse zu Gebote:

Alles zu Gottes großer Ehr
Und uns Menschen zu Gute³³.
Fängst Dein Werk mit Gott an,
So ist alles gut getan³⁴.
Mariä Schutz hier uns getrösten,
Die bitt für uns in allen Nöten³⁵.

Der frommen Eingangsformel entspricht ein ähnlicher Schlußvers. Wenn ein böhmischer Schreiber 1369 sagt: *Finito libro sit laus et gloria Christo*³⁶, so wünscht Johann Friedrich Posselt im Hinblick auf den Jahresschluß:

Gott Lob, das alte ist vollendet,
So Gottes Will ein bessers sendet³⁷.

Auch diese Schlußverse des Schreibers Jakob Vogel haben zahlreiche Verwandte in mittelalterlichen Handschriften³⁸:

Alsdann von diesem Jammerstal
Nehm uns zu sich in Himmelssaal.
Solchs wünschen alle Christen gleich
Und loben Gott in seinem Reich³⁹.

Ab und zu schließt sich der Schreiber nach altem Brauche⁴⁰ selbst mit in das Gebet ein (Nr. 16).

In einzelnen Gewohnheiten sind die Schreiber des 16. bis 18. Jahrhunderts weit über ihre Vorgänger hinausgeschritten. Gemäß dem barocken Geist des 18. Jahrhunderts werden die oft recht nüchternen Verse durch Wortspiele, Chronogramme und Akrosticha aufgelockert und belebt. Lieben es schlesische Schreiber des Mittelalters, ihren Namen versteckt am Ausgang des Buches zu nennen⁴¹, so gilt dies nicht mehr für das barocke Zeitalter, in dem sich der

³² StAR 14, S. 0 ad 1774.

³³ LA 101, S. 1 ad 1725.

³⁴ LA 100, S. 0 ad 1718.

³⁵ LA 100, S. 1004 ad 1725.

³⁶ Palacký I, 253. — Vgl. ferner die Schlußverse des Übersetzers der Pehemischen Cronica. Fontes rerum Bohemicarum III, 297.

³⁷ LA 100, S. 571 ad 1722.

³⁸ Wattenbach 441.

³⁹ LA 95, S. 0 ad 1617.

⁴⁰ Wattenbach 434.

⁴¹ Ebenda.

Stadtschreiber mit vollem Titel verzeichnet (Nr. 5). Auch in der Anbringung von Jahreszahlen geht man offener zu Werke. War es früher üblich, die lateinischen Ziffern zu unverständlichen Wörtern zusammenzusetzen⁴², so herrscht jetzt ausschließlich das Chronogramm, das vor allem von Johann Friedrich Posselt überaus häufig angewendet wird⁴³. Wenn man früher die Jahreszahl 1457 durch den Satz umschrieb:

do man zalt ain ringk mit irem thorn
und vier rosseisen auserchorn
und ain l an der zal
und siben venden auch mit der wal⁴⁴,

so entspricht dies dem Zahlenscherz, in den sich der Glückwunsch zum Jahre 1722 kleidet (Nr. 16); hier wird die Jahreszahl nicht weniger als zwölfmal zum Ausdruck gebracht⁴⁵. Die Verse zum Jahre 1721 (Nr. 15) enthalten neben zwei Chronogrammen ein Akrostichon auf den ersten Bestandteil des Namens Friedland.

Eine Neuerung unserer Schreiber gegenüber jenen des Mittelalters ist die Aufnahme von gereimten Zeitungen in die Anfangs- und Schlußseiten der Stadtbücher. Für die Geschichte dieser Zeitungen ist es bedeutsam, daß sich gegen Ende des 16. Jahrhunderts das geistige Interesse an den Türkenkriegen, das Anlaß zur Entstehung zahlreicher Türkenlieder geboten hatte, vorerst abschwächte, und die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Ereignisse der engeren Heimat überging⁴⁶. Während für die Landeshauptstadt Prag der Bericht über die Plünderung durch das „Passawische Kriegsvolk“ (1611) im Mittelpunkt der Anteilnahme steht, ist für das Ackerbaustädtchen Friedland die Nachricht über Witterungs- und Teuerungsverhältnisse von Bedeutung. Jakob Vogel von Kamenz, verordneter Stadtschreiber zu Friedland, hat diese Zustände zum „guten Gedächtnis“ der Nachwelt in Verse gebracht (Nr. 5). Noch hundert Jahre später gibt der Beginn des Jahres 1719 Johann Friedrich Posselt zu einer ähnlich gearteten Eintragung Anlaß (Nr. 13). Die genaue Kenntnis des Passarowitzer Friedensschlusses zeigt gleichzeitig, daß das Zeitungswesen Böhmens im Aufstiege begriffen war⁴⁷. Wie schwer zu einer Zeit, da die österreichische Politik um Anerkennung der Pragmatischen Sanktion rang, die Sorge um die Zukunft des Hauses Österreich den Untertanen am Herzen lag, geht aus dem frommen Segenswunsche zum Jahre 1724 hervor (Nr. 22). Es ist begreiflich, daß in dieser stark bewegten Zeit die Bitte um Abwehr von „Feuer, Krieg, Hunger und

⁴² E b e n d a 435.

⁴³ LA 100, S. O, 11, 149, 266, 448, 571, 573, 582, 584, 720, 783, 786, 787, 904, 1004, 1027; ferner LA 101, S. I, 26, 101, 186.

⁴⁴ W a t t e n b a c h 435.

⁴⁵ Einmal für 1725 verschrieben.

⁴⁶ W o l k a n, R.: Geschichte der Deutschen Literatur in Böhmen bis zum Ausgang des 16. Jahrhunderts. Prag 1894, S. 446.

⁴⁷ Zu Beginn des 18. Jahrhunderts erschien die „Neue Zeitung“ der Rosenmüllerschen Offizin zu Prag. Vgl. P r z e d a k, A.: Geschichte des deutschen Zeitschriftenwesens in Böhmen. Prag 1904, S. 23.

Pest“ häufig wiederkehrt⁴⁸. In Anlehnung an die antike Dreiteilung⁴⁹ wird für Friedland ein kräftiger Lehr-, Wehr- und Nährstand herbeigesehnt (Nr. 15). Mit dem Spruche zum Jahre 1723 (Nr. 19) und dem Wunsche zum Neujahr 1720 (Nr. 14), der wohl das wärmste seiner Gedichte darstellt, kommt Posselt dem Neujahrsspruche der Breslauer Wächter von 1740 nahe, der lautet (*Pro novo Anno Custodes optant*):

Höchster! Steh dies Jahr uns bey.
Deine Hand woll unss bedecken,
Lass dein graesslich feurgeschrey
Unsre Mauren nicht erschrecken.
Hunger, Pest und Wasser-Noth
Und, was zu verderben droht,
Wende ferner Allerwegen,
Und gieb Stadt und Land den Segen⁵⁰.

Unter dem Eindruck des allgewaltigen Christian Platz von Ehrenthal (1663—1722) stehen die Verse, die Posselt in seinem Notandum (Nr. 17) und zu Jahresanfang 1723 (Nr. 18) verzeichnet. Der Sieg der kaiserlichen Truppen bei Peterwardein am 5. August 1716 gibt zu einer freien Umdichtung von Psalm 45, Vers 8 ff. Anlaß (Nr. 11).

Jeder Schreiber, der Sinn für die Anordnung seines Stoffes zeigte, zierte die Blätter, welche den Bericht über die Ratserneuerung enthielten, mit einem passenden Sprüchlein, das bald volkstümlichen, bald gelehrten Ursprunges war (Nr. 2, 6, 20). Den Schöpffen wurden zur Beherzigung der Psalm 81 (Nr. 3) oder entsprechende deutsche und lateinische Worte auf das Vorsatzblatt des Kaufbuches geschrieben⁵¹. Sogar die Aufzählung der Ratsmitglieder und die Gesamtübersicht über den Buchinhalt erfolgte in der Form eines Versleins (Nr. 7, 9). Besonders sorgfältige Schreiber haben auch Preis und Herkunft des Stadtbuches am Titelblatt festgehalten⁵²; leere Seiten werden mit Rätsel- und Scherzfragen auf Zeitereignisse gefüllt⁵³.

⁴⁸ LA 100, S. 11, 582, 720, 904; LA 101, S. 26, 186.

⁴⁹ Platons Politeia: Archontes, Phylakes, Georgoi; vgl. Überweg, Fr.: Grundriß der Geschichte der Philosophie. 12. Aufl. Bd. 1. Berlin 1915, S. 275.

⁵⁰ Klapper, J.: Ein schlesisches Neujahrsliedchen. Mitteilungen der Schlesischen Gesellschaft für Volkskunde 12 (1910) 215 ff.

⁵¹ Was Regenten thun sollen, das sie die Wahrheit schätzen Vndt Handthaben: (Es folgen Sprüche aus Exodus 23, 8 und Sirach 8, 17) StAR 2, S. 0 ad 1637. Almus Spiritus illuminet intellectum et corda DD Senatorum ut Consilio et prudentia Rem publicam bene dirigant et gubernent respectumque hominum nullius aestimationis habeant. StAR 3, S. 0 ad 1659.

⁵² Anno 1637, den 21. Oktober Ist dies buch erkaufft vmb 1 Reichsthaler 30 Kreuzer, StAR 2, S. 0.

⁵³ Es fraget Ein schon durch 5 Jahre im quartier Liegender Soldat dem Andern, der auch Antwort, folgendes:

Ey, Wann Werden Wier Einstens Wieder Weiterhin?
Ja Wohin alls in Ungern Landt.
Also Errath in Welchem Jahr gefraget seye worden.
Ist damit dreyerley Beanthworthet.

LA 100, S. 786 ad 1723.

Eine Gesamtbetrachtung der mitgeteilten Sprüche zeigt, daß die Hauptquellen unserer Schreiberdichtung gelehrtes Buchwissen und volkstümliche Spruchweisheit sind; nur in den Leistungen Johann Friedrich Posselts erscheinen sie uns zu einer neuen, lebensvollen Einheit verschmolzen. Ob die übrigen Schreiber freischöpferisch vorgingen oder unter dem Einfluß eines allgemeinen Brauches standen, bleibe vorläufig dahingestellt. Erst bis größere Sammlungen von Schreibersprüchen vorliegen, wird man darüber entscheiden können, ob von einer volkstümlichen Schreiberkunst gesprochen werden darf und die eingangs vorweggenommene Zuordnung der Schreiberverse zu dem weiten Gebiete der Volksdichtung gerechtfertigt ist.

Texte

1.

Tue Recht, Forcht Niemanden.

2.

Ut oculis videat et auribus audiat dei donum est.

3.

Pupillo rectum ius dicite, dicite egeno
Oppresso patriam ferte libenter opem.
Sustentate humilem, miserum defendite iustum,
Eripite ex hostis, qui tulit arma manu
Ni facitis, motae gnatiam fundamina terrae
Et Deus iniusti criminis ultor ero.
Vos dixi esse Deos vos coelo ducere fortem
Sed mox vestra dabunt vos male dicta neci
Vestra etiam soevae debetur gloria morti
Ad finem currunt et properando dies.

4.

Nihil humanae fidei tam est congruum,
Quam ea, quae inter contrahentes placuerunt,
SERVARE.

-
1. LA 60, S. 0 ad 1574. Dazu vgl. StA Stadtrechnungsbuch VI, 157 b, (1674, 16. Jänner): „Dem Mahler Christian Kaulferschen in Reichenberg für Ein Taffel, worauf mit güldenen Buchstaben geschrieben: ‚Fürchte Gott, Thue Recht, Schew Niemandt‘, so in allhierige Rathsstuben angeheftet worden 15 Groschen.“
 2. LA 90, S. 283 ad 1577; LA 91, S. 156 ad 1582. Vgl. K l a p p e r, J.: Schlesische Sprichwörter des Mittelalters. Mitteilungen der Schlesischen Gesellschaft für Volkskunde 12 (1910) S. 77 ff.; S. 88 Nr. 15, 16; S. 89 Nr. 35.
 3. LA 91, S. 0 ad 1579; Psalm 81 (Deus ad iudices).
 4. LA 93, S. 0 ad 1599. Ulpianus Domitius (170—228 n. Chr.), berühmter römischer Rechtslehrer. Die angeführte Stelle entstammt seiner dogmatischen Darstellung des Zivilrechtes (Ad Sabinum).

Vlpian in Cap. 1 ff. De pactionibus.
Zusagen vnd auch halten,
Steht wol bey Jungen vnd Alttenn.

5.

Als man nach Christi geburt fürwahr
Schreib Sechzehn Hundert Siebenzehn Jahr,
Kam Umb der Menschen Sündt zu Handt
Eine grosse Teurung in das Landt,
Welche Zuvor Niemandt gedachtt,
Auff diese gebt nun gutte achtt,
Die Ihr wohnet in dießem Kreiß
Und werdt aus andrer Schaden weiß.
Damit Ihr aber ohne Spott
Wist was das Getreidt golten hatt,
So werdt Ihr solches hie bericht
Ich biett Vleißig Voracht es nichtt.
Das Korn man Zahlen muß fürwar
Den Scheffel Umb Sieben Taler bar.
Weitzen. Weiter so soltt Vernehmen Ihr,
Das ein scheffel Weitzen alhier
Bezahlen mußte Jung und Alt
Wol Vmb Sieben Taler geldt Baldt.
Gersten. Die Gersten auch desselben gleich
Must zahlen beydes Arm und Reich
Vmb fünff Taler, wie Ich Euch sag,
Da hört man täglich große Klag.
Haber. Ferner so solt Ihr mich Verstahn,
Wer wolt ein scheffel Haber han,
Der must Vier Taler geldt dafür
Auszahlen und mangelt doch schier.
Flachs. Darzu war auch in diesem Jahr,
Das gespinst Vertorben fast gar.
Den Flachs man theils von frembdes Her
Must Holen mit großer beschwer;
Doch wardt oft nicht versponnen draus
Was man dafür that geben auß.
Derhalben großen mangel Vnd noth
Das Liebe Armutt gelietten hatt.
Zudem gab es Von frembdes her
Vnzehlich sehr Viel Betteler,

5. LA 95, S. 0 ad 1617. (Vor den Versen die Worte): In diesem 1617. Jahre ist die große Teuerung gewesen wie Volgett.

Die in so grosser Hungersnotth,
 Nur bahten Vmb ein bießen brodt.
 Gott behütt Vns Vnd Vnser Kindt
 Kunfftig für solcher Zeitt geschwindt.
 Bescher Vns auch das täglich brodt
 Vnd erhalt Vns sein göttlich wortt,
 Auch Rechten brauch der Sacrament
 Alczeit Vnd biss an Vnser endt.
 Alsdan Von diesem Jammersthall
 Nehm Vns Zu sich Ins Himels Saal.
 Solchs wunschen alle Christen gleich
 Und Leben Gott in seinem Reich.
 Zum gutten Gedächtnus schreibet dieses
 Jacob Vogel Von Camenz Verordneter
 Stadtschreiber in Friedelandt. mppm.

6.

Quidquid agis, prudenter agas et respice finem.

7.

Alß man Zehlt nach Jesu Gottes Sohnes Geburt
 Eintausendt Sechß Hundert Neuntzig und Vier gutt,
 Da Auff gieng des Monaths October Schein
 Wardt angefangen in dies Buch zu schreiben ein
 Kauff Brieff Erbsonderung undt Verträge
 Welche bey der Stadt Friedtlandt sich erregen,
 Da hat regirt gar wohl das Bürgermeister Ambt
 Christian Widtholtz wardt benampt,
 David Vilkindt der Stadtrichter auch
 Folgen die Rathsfreunde also drauff:
 Christian Hannisch
 Christoph Päufer
 Christoph Hampel
 Matheis Neumann
 Gotfrid Graber
 Gabriel Czackert
 Johann Gedeon Locht
 Gotfridt Lankisch
 Carl Heinrich Springsholtz
 Gottfried Seydemann

6. StAR 3 S. 0 ad 1659. Antiker Hexameter unbekannter Herkunft.

7. LA 99, S. 0 ad 1694. (Zwischen Zeile 13 und 14 nachträglich eingeschoben): M. N. ist angenommen ao. 1683, den 9. Januarij, obit 1716, den 16. Juni.

Heinrich Johann Schneider gar wohlbekandt
 Zum Stadtschreiber wardt genandt.
 Gemein Elsten Ihrer Vier da stunden
 Vor der Gemein das wort entbunden
 Christian Hörcker, Heinrich Scholtz Vor war
 In der Stadt herin benambt wahr.
 Frantz Troll in der Obervorstadt eben
 David Schäffer Zur Nider Vorstadt gegeben.

8.

Ad Majorem Dej Gloriam
 Anno 1696, Die 16. Martij.
 All mein Anfang, mittel und Ende
 Befehl ich meinem Lieben Gott in seine Hände.

9.

Gerichts Protogoll
 Darein geschriben Gerichts Verträg,
 So geschehen durch Zankh, schmähung und auch schläg.
 O ChrIsten Mann beDenChs VorhIn
 Bringt Verlust und auch Gewinn.

MDCCVII

BeIm reCht DoCh offne Ja thüren stehn,
 Dem Klager und beklagten auß und Ein zu gehn.

10.

Non defenduntur Muris nec Moenibus Urbes,
 Si tollas Leges, Moenia cuncta Ruunt.

Johann Weingart, Lib. 1, cap. 2, pag. 25

11.

Weil der Herr Zebaoth mit Unß ist,
 Auch Maria Unßer Schutz Frau Bist,
 Müssen die Türcken verzagen,
 Thust Ihre Kriegswaffen zerschlagen,
 Verbrenst Ihr Schüldt und Bogen
 Vertreibst auch Wüten und Toben

8. StA Gerichtsbuch (1678—1697), S. 0 ad 1696.

9. StA Gerichtsbuch (1707—1710), S. 0 ad 1707.

10. StAR 8, S. 0 ad 1716. Johann Jacob von und zu Weingarten, Fasciculi diversorum Jurium, Nürnberg 1690.

11. StA Ratsprotokolle (1714—1717) S. 168 ad 1716. Freie Umdichtung von Psalm 45, Vers 8 ff. (Vor den Versen die Worte): Heut den 13. September 1716 Ist wegen der großen Viktorie, So die Kayserlichen Waffen in Ungarn Bey Salan Kement am 5. August alß an Maria Schnee wider den Erbfeind Christliches Namens Siegreich erhalten, mit Solennen Aufzug der Jüngsten das Tedeum Dankampt gehalten worden. (Salan Kement ist das heutige Slankamen in Jugoslawien gegenüber der Einmündung der Theiß in die Donau.)

Darumb Befleißiget Euch Vndt Erkennet,
Daß ich Gott sey:
Ich werdt hoherhoben seyn auf Erden.

12.

A. Jes. Mar. Jos. M. D. G.
Fängst DeIn WerCk MIt Gott ann,
So Ist aLLes gUt gethann:
Dießes Buch ist mit Gott Angefangen den 7. Novembris Anno 1718
Der Helff es Auch Mitteln und VolEnden.

13.

Nun Folget daß 1719. Jahr,
Da der Strich Korn Vmb 3 Gulden 30 Kreutzer war,
Der Waitzen Umb 4 Gulden 18 Kreutzer Schon Ansteigt,
Die Gärsten Umb 3 Gulden 0 Kreutzer Würdt Erzeigt,
Der Haffer Umb 2 Gulden Ist So gar,
Daß Macht daß 1718te Truckne Jahr.
Auch daß Ründt Vieh Bey sehr Futter Armen Zeitten
Viell Hunger darzu Vmbfall muß Erleyden,
Obzwar nicht Hier, Doch in der Nachtbarschafft
Häuffig Vieh Umbfall Viell Schaden Hatt gebracht.
Ansonsten Abgewichen 4ten Augusti Tag
Ein Große Wassers Fluth man angemercket hat.
Waß aber Sonst Von Krieses Neuigkeiten
Der 21zigst July Thut Bedeuten,
Daß der Frieden Bey Passarowitz
Mit dem Türcken Je geschlossen ist.
Nun Wierdt sich alles Beßer Schücken,
Weil Unß der Friede Thutt Beglücken.

Dann

FrleDe BrIngt Unß FreUD
Und HeLLt ALLES LeIDt,

Nun

Gott BehÜtt In Dießen Jahr
WenDe ab aLL FeInDes SChaar.

14.

Gott Erbarme Sich der Armen,
Die da Jetzt Leyden Große Noth,
Kniende Bitten gar mit Zittern
Auch Nur Vmb Einen Büßen Brodt;

12. LA 100, S. 0 ad 1718.

13. LA 100, S. 11 ad 1719.

14. LA 100, S. 149 ad 1720.

Klänglich Weinen, Seuffzen, Heulen,
 Daß Sie nicht Leyden gar den Todt.
 Gott Bewahre, Neues Jahre
 Doch noch Vormehrer Hungers Noth.
 Er Wolt Geben, Daß Wier Leben.
 Der Abgang In NeUnzehnten Jahr
 ALbereIch Mit zWanzIger ZahL.

15.

Führohin Gott Woll Beschützen Neues Jahr
 Richten seine Lehr,
 In so Starcker Wehr,
 Das Unß Alle Nähr
 Erhalten sein LAND im Stadt Ohn all gefahr.
 Da Mann Jetzo Schreibet
 Gott ErhaLt In seIner StarCken HanDt
 NeUes Jahr In Lehr- Wehr- UnDt NährstanDt.
 Mithien
 Der HöChste WoL Unß geben
 gesuUnDtheIts Krafft Das Leben.

16.

Glückwunsch Zum 1722ten Jahr.
 Die Reiffen von Drey Jäger Taschen,
 Zwey Halbe Ähr von einer Flaschen,
 Zwe Andreae Creutz dazu ein Pahr,
 Habt Dan VieL gLÜCKh zUM NeUen Jahr.

Damit Vermittelst dießer

Drey De und auch zwe Ce
 zwe X dazu ein 2e

Da ich

ZehL TaUsent Sieben HUnDert Jahr
 Nebst Vier MahL fÜnff noCh eInIg Pahr

Durch Solche

Creutze		Wo DreI De zWe Ce zWe We
Creutze	zwe	Sonst UnD WeItter LaUffent zWe

Wünsche	Das Gott beWahre eUCH belsteh
	Mit Seegen aLLe Unß anseh,

WorUMB	ICH Da aUCH bitte sehr.
--------	-------------------------

Itzo hier	Wans, des Herrn WILLE, Mier gesCheh,
	Dier ohne CreUtz, Mier aUCH ohne Weh.

15. LA 100, S. 266 ad 1721.

16. LA 100, S. 448 ad 1722.

Immer wehrend hier

Unß aUCh In HIMeL Drobn Wohl ergeh
daß
VerLeih Ihn Gott Wie Mier!

Johann FrIeDrICh PosseLt
p. t. Stadtschreiber

17.

Gott WoLLe Der SeeLe Wohl barMhertzIg seIn,
Ja aUCh ThU WiedEr geben aLL JeDen Daß seIn.
An Ietzo Da RUhet seIn gebeIne zU ReIChenberG In der KÜrChen.

Nun

Gott Lob Daß aLte Ist VoLenDet
So Gottes WIL Unß beßers senDet.

Amen.

18.

Date CaesarI, qUae CaesarIs sUnt, et Deo, qUae DeI sUnt.
ZaLLt Dem Kalser Was Des Kalsers, UnD aUCh Gott, so Gottes Ist.

19.

Vors Feller, KrIeg, HUnger Und Pest
Gottes GnaDen SCHUtZ Der aLLer best.
Das VerLeih Unß Gott EWIGLICh

AMen.

20.

Wo FrIeDt Ist gLÜCK HeIL Seegen
Gott Da Den besten Rath ThUt geben.

21.

NUn WohLan aLhIr DaraUs sIch EnDet Das Jahr 1723.
Wann Wie O MensCh betraCht Die ZeIt,
Dann aUCh aLL StUnDt Die EWIGkeIt.

22.

So Gott Unß Ihn VerMehren WIL, Den Kalser CarL,
WoLt geben Dem Kalßer CarL Ein PrIntz ZUM NeUen Jahr,
Dar Unter WIr Hier BegLÜCKseeLIget seIn Mögen gar.

17. LA 100, S. 571 f. ad 1722.

18. LA 100, S. 573 ad 1723.

19. LA 100, S. 582, 584 ad 1723.

20. LA 100, S. 720 ad 1723.

21. LA 100, S. 783 ad 1723.

22. LA 100, S. 787 ad 1724.

23.

FrIeDLänDIsh UnrUhIgen WeLtJahrs FeInDt,
TheILs Vnter UnDt WIEDer sIch seLber sellnDt.

24.

SteUern, GÜLten, ZÜnß aUCh Renthen
MÜßen ZahLen Nebst Den Zehnten.

25.

ALLes zU Gottes Großer Ehr UnDt Unß MensChen zU GUTte.

26.

Jetzt sIch anfanget Dießes Jahr
UnfrIeDt DoCh nIt Verganen War.

27.

ALß HirnaCh folGet Daß Ein TaUsenDt
Sieben HUnDert Sieben ZWantzIgste Jahr.

28.

VerLeihE Unß den FrIIDen GnäDIGLICH,
Herr Gott ZU Unßeren ZeItten.

29.

Laudetur Jesus Christus.

-
23. LA 100, S. 904 ad 1725.
24. LA 100, S. 1027 ad 1725.
25. LA 101, S. 1 ad 1725.
26. LA 101, S. 26 ad 1726.
27. LA 101, S. 101 ad 1727.
28. LA 101, S. 186 ad 1727.
29. LA 101, S. 278 ad 1729.

ERGEBNISSE EINER COMMERZREISE
DURCH BÖHMEN UND DIE SLOWAKEI
IN DEN JAHREN 1755—1756

Von Gustav Otruba

Im Österreichischen Staatsarchiv, Abteilung Hofkammerarchiv werden die Handschriften 297 und 298 anonym als „Relationen über eine vom Mai 1755 bis Jänner 1756 auf allerhöchste Anordnung durchgeführte Commerzialreise“ angeführt, die von Brünn aus durch Ungarn, Syrmien, Temesvarer Banat, Siebenbürgen, Böhmisches Schlesien, Polen, Danzig, durch Pommern über Wismar, Rostock, Lübeck, Hamburg, Lüneburg, Braunschweig nach Leipzig führte, wobei auch die wichtigsten Orte Sachsens besucht wurden. Es ist unschwer zu erkennen, daß die Handschrift 300, die „Reflexionen über eine Commerzialreise durch Ungarn, Slawonien, Syrmien etc. samt angehängten verschiedenen unmaßgebigen Vorschlägen“ bringt, mit diesen „Relationen“ in einem engen Zusammenhang steht. Die Reflexionen sind von Karl Graf von Haugwitz und Ludwig Ferdinand Prokopp unterzeichnet. In engem Zusammenhang mit obengenannter Commerzialreise steht weiters eine vorhergegangene in die italienischen Länder, worauf im Text mehrfach Bezug genommen wird. Diese Handschrift ist ebenfalls im Hofkammerarchiv unter der Signatur Hs. 295 noch vorhanden, muß aber im übrigen bei unserer Betrachtung ausscheiden.

Zumindest über einen der Verfasser gibt dessen Adelsakt im Österreichischen Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv, nähere Auskunft¹. Ludwig Ferdinand Prokopp erhielt aufgrund seiner Verdienste am 23. August 1765 taxfrei den Ritterstand mit dem Prädikat „von Rabstein“ verliehen. Er war der Sohn des Wenzel Ludwig Prokopp, der über dreißig Jahre lang in Cameral- und Bancaldiensten gestanden war und als Kammerrat in Siebenbürgen verstarb. Sein Sohn war Gubernialrat in Mähren und hatte 1735 einen großen Salztransport von Ungarn nach Schlesien geleitet und im ersten Schlesischen Krieg die bereits im besetzten Gebiet liegenden Salzvorräte und Geldbeträge gerettet. Im Jahre 1745 wirkte er an der Errichtung der mährischen Bancal-Gefälle-Administration mit und wurde dann bei der Einrichtung des mährischen Manufakturamtes zugezogen. Auf kaiserlichen Befehl führte er dann zwei große Commerzialreisen mit einer Gesamtlänge von 1 600 Meilen sowohl im In- als auch Ausland auf eigene Kosten durch, wobei er von den Grafen Podstatzky und Haugwitz begleitet wurde. Zuletzt hatte er noch auf kaiserlichen Befehl die Gründe des Verfalls der Temešvárer-Handelskompagnie zu untersuchen, wobei er sich eine schwere Krank-

¹ Archivdirektor Prof. Goldinger hat diese Recherchen freundlicherweise durchgeführt.

heit zuzog. Der Adelsakt des Georg Karl Grafen von Haugwitz befindet sich leider in Prag, so daß uns nur die Angaben aus dem Wurzbach² zur Verfügung stehen. Er wurde demnach 1723 in den böhmischen Freiherrn- und 1733 in den böhmischen Grafenstand erhoben und wirkte als polnisch-chursächsischer Generalfeldwachtmeister, woraus seine genauen Kenntnisse dieser Länder stammen dürften.

Der Zweck dieser Commercialreisen, die am Ende der kurzen Friedensepoche nach Abschluß des Aachner Friedens erfolgten, war eine genaue Erkundung möglicher Absatzverhältnisse der neugegründeten Textilmanufakturen in Böhmen und Mähren, aber auch der Wollenzeugfabrik in Linz und der Schwechater Cottonfabrik. Der Verlust Schlesiens hatte die Monarchie ihre am meisten industrialisierte Provinz gekostet. Hinzu kam die Unterbrechung wichtiger Handelswege nach Polen infolge der preußischen Zollschranken. In der kurzen Haugwitzschen Reformperiode hatte man sowohl in Böhmen als auch in Mähren für die verlorenen Erzeugungsstätten in Schlesien Ersatz zu schaffen versucht, insbesondere durch Errichtung von Fabriken in Oberleutensdorf, Kladrub und Heraletz. Die ersten Erzeugnisse waren aber noch wenig konkurrenzfähig und es fehlte ihnen der notwendige Absatzmarkt. Allerhöchste Zielsetzung dieser Commercialreisen war der Besuch der führenden Negotianten (Großhändler) im südosteuropäischen Raum und eine Besichtigung von deren Warenlager, um anhand von mitgebrachten Musterkarten die Erzeugnisse der neuerrichteten Fabriken in Böhmen und Mähren vorzustellen und Geschäftsverbindungen anzuknüpfen. Insbesondere sollten dabei die Wünsche der Händler in Hinblick auf Qualität, Sorten und Farben erkundet werden. Für jeden Ort werden überdies die dort gebräuchlichen Maße und Gewichte sowie gängigen Münzen genannt und Überlegungen für den Kostenaufwand des Transportes der Waren einerseits auf dem Land- andererseits auf dem Wasserweg mit allen Mautbelastungen und Zöllen entweder vom Ausgangspunkt Wien oder der Leipziger Messe in Erwägung gezogen. Der Nahrungsstand der Bevölkerung aufgrund eigener Industrie- oder Bergbauproduktion konnte dabei nur sehr oberflächlich Erwähnung finden. Größere Sorgfalt wendeten die Verfasser auf eine Beschreibung der wichtigsten Verkehrswege und auf Vorschläge zu deren Verbesserung. Die Bedeutung des oberungarischen Raumes — der heutigen Slowakei — als wirtschaftlichen Schwerpunkts und Durchgangs für den Verkehr nach Schlesien und Polen kommt in der Darstellung deutlich zur Sprache. In den „Reflexionen“ werden besonders die den Handel behindernden Faktoren, vor allem die Konkurrenz der türkischen Untertanen und die Zollvergehen ausführlich behandelt. Eine weitere Zielsetzung der Commerzreise in deren späteren Verlauf bildet ein Aufsuchen der wichtigsten polnisch-sächsischen Erzeugungs- und Handelsplätze, einschließlich der Leipziger Messe, die den Manufakturen der kaiserlichen Erblande die gefährlichste Konkurrenz bereiteten. Die bei den Konkurrenten gesammelten Erfahrungen werden im Schlußteil der Betrachtung, der mit einer Übersicht über die böhmisch-mährischen Textil-Manufakturen schließt, praktisch verwertet.

² Wurzbach Bd. 8, S. 67.

Die folgende Edition bringt eine Auswahl aus den drei obgenannten Handschriften. Diese beschränkt sich innerhalb der „Reflexionen“ bei dem Handel in Ungarn auf Verbesserungsvorschläge sowie Kommentare zu den Erfolgchancen der böhmisch-mährischen Textil-Manufakturen. Von den Reiseberichten selbst wurden nur jene Orte erwähnt, die im Raume der heutigen ČSSR liegen, wobei zunächst die Slowakei und erst zuletzt Böhmen und Mähren, dem Reiseverlauf entsprechend, Berücksichtigung finden. Die jeweils ausgelassenen Stellen sind in eckiger Klammer vermerkt. Die Edition normalisiert auf das heutige Schriftbild im üblichen Umfang, ohne dabei Sprachstil und Wortbild zu verändern. Die Interpunktionen wurden den heute üblichen angepaßt.

Die vorliegende Quelle stellt ein wichtiges Zeugnis für die Absatz- und Verkehrslage im südosteuropäischen Raum am Beginn der Frühindustrialisierung dar. Eine auszugsweise Veröffentlichung ermöglicht leider keinen Gesamtüberblick, wohl aber konnten die Interessen des genaueren Berücksichtigung findenden Raumes voll und ganz gewahrt werden. Dennoch bleibt zu hoffen, daß eine vollständige Edition der gesamten Commerzreise aufgrund der vorliegenden Anregungen in nächster Zeit vielleicht durchführbar wird.

„Reflexionen über die beschriebene Commercial-Reise durch Hungarn, Slavonien, Syrmien etc. samt angehängten verschiedenen unmaßgebigen Vorschlägen“³

Primo: Die hohe Ordre, so weitschichtige Länder in einer eingeschränkten Zeit zu durchreisen, mitfolglich in einer Zeit von vier Monaten, um auf der Leipziger Messe einzutreffen, 650 Meilen mit Besuchung zahlreicher Ortschaften zu vollbringen, wird wegen Gleichheit der Umstände, die bei der italienischen Reise denen Reflexionen vorgesetzte Vorstellungen auch hier gegenwärtig gelten machen, folgar die Unvollständigkeiten dieser und jener Erforschungen rechtfertigen, indeme bei Ermanglung der nötigen Zeit man sich mit jenen begnügen muß, was das Glück und ein beständiges Nachsinnen auch unermüdete Arbeitsamkeit gleichsam in Vorbeigehen entdeckt. Man kommt auf fremde niemalsen gesehene Ortschaften, man findet lauter Unbekannte, man suchet zu erfahren, was diejenige, von denen es zu erforschen ist, eben geheim zu halten beflissen sind; dieses sind solche Anstände, welche wahrhaftig nur durch die Zeit oder einen Harzard behoben werden können; mithin gehorsam anhoffen lassen, es werde die nach allen Kräften angewendete Beeiferung in diesem aufgehabten Geschäft, ohnerachtet dieser und jener vorfallenden Unvollkommenheiten nach der fürgewalteten Möglichkeit gnädig beurteilt und aufgenommen werden.

Es werden übrigens die vier starke Bände der Relation zeigen, daß bei der gegenwärtigen Reise zahlreichere Ortschaften und Materien, als bei der italienischen⁴, vorgefallen, mitfolglich dieselbe aus denen wegen gemeldter notwendig gewester

³ Oe. StA., Hofkammerarchiv Hs. 300.

⁴ Oe. StA., Hofkammerarchiv, Hs. 295 „Relation des Grafen von Poolstatzky und Manufacturen — Inspectoris von Procopp über die Commercial-Reise nach Italien 1755“.

Eilfertigkeit gemachten verschiedenen zerstreuten Noten und Sammlungen in Ordnung zu setzen, so fort in einen verständlichen Verfaß zu bringen, auch mit denen mühsamen Allegaten zu instruieren eine sehr zeitfressende Arbeit erfordert habe.

Der Context wird beweisen, daß man sich hierbei der möglichsten Kürze gebraucht, und wohl eher allzu succinet, als zu weitschichtig verhalten habe, um nur dem Verlangen, das Werk ehemöglichst in Vorschein zu bringen, genug zu tun; wie dann auch in der That wann die Proportion des Italienischen Berichts gegen diesen wenigstens viermal größeren genommen wird, die gegenwärtige Arbeit viel schleuniger in tempore wegen der nunmehr habenden mehreren Leichtigkeit, als jene zustand gekommen.

Secundo: Die Materien derer Erforschungen, welche in der Relation vorkommen, sind nach Art der Italienischen Reisebeschreibung eingetheilt und insoweit appfondiret, als an diesem oder jenem Ort mehr oder weniger in der zugebrachten kurzen Zeit die Umständ und Gelegenheiten favorisieret haben; Man bemerket:

1. Die hauptsächliche Erzeugnissen der Natur, und wie weit selbe entweder nur zur eigenen Bedurftnuß, oder auch zu auswärtigen Verschleiß hinreichend sind, und hingegen den Mangel nebst der Beobachtung, wohin der Überfluß, oder woher der Mangel gebracht werde, auch was bei unbekannteren Erzeugnissen in der Kultur und Zubereitung besonderes vorkommet, mit Begründung des Preises und der Qualität.

2. Die Beschaffenheit derer beträglichsten eigenen Fabricaten wird auf die nämliche Weise angeführt, folgar ihrer Benennung, Qualität, Preis, Packungsart, hierzu erforderliche erstere Materialia und Requisita, die Verschleisse ad intra et extra und die Benennung derer besten Fabriken und Fabrikanten beschrieben.

3. Die Gangbarkeit derer zur Consumption oder auch weiteren Debit einführenden fremden Waren mit der wiederholten Bemerkung des qualis et Pretii des Orts, woher und wohin, derer darmit beschäftigten, besten Handelsleuten und was sonst für Spezialia hiebei zu einer vernünftigen Commercial-Speculation andienen können.

4. Sowohl von Producten als Fabricaten, gleichwie auch fremden gangbaren Waren sind soviel möglich zu genauerer Erkenntnuß die Muster beigelegt.

5. Die gemachten Bekanntschaften sowohl mit denen Personen der Kaufleute, als in Behuf des Verschleisses mit ein — so anderen in denen kaiserlich-königlichen Erbländen erzeugenden Feilschaften durch Producierung derer mitgehabten Mustern samt denen zu einem Anfang erfolgten verschiedenen Bestellungen.

6. Die Verhalte des Geldes, der Wechsel-Course, Maaß und Gewichten.

7. Detto derer Zölle, Mauten, Frachten, Assecurancen, Commisions- und Speditions-Gebühren und was sonst einen Negotianten zu einem Calculo zu wissen nötig.

8. Verschiedene Policy-Anstalten in betreff derer Banquen Emporien, Anlagen, Privilegien und Freiheiten, Commercial-Satz-Ordnungen und Gebräuche.

9. Generalbeobachtungen über die Commercial-Beschaffenheit der Länder und

Städte, ihrer Connexiones mit denen Nachbarschaften, Administrierung der Justice und was sonst in re Commerciali zur nützlichen Wissenschaft und Gebrauch anzumerken vorgefallen.

Tertio: Den Nutzen, welchen man aus diesen Erforschungen ziehen zu können glaubet, wäre unmaßgebig folgender:

1. Man siehet, was dieses oder jenes Land oder Stadt ab extra nötig hat, wie die Species derer Capi questionis beschaffen sind, tam quoad qualitatem quam pretium, woraus, weilen man auch die Fracht-Maut und andere Unkosten, dann Beobachtungen angemerket findet, beurtheilet werden kann, ob von denen in Überfluß besitzenden Productis aut Fabricatis nicht mit Vorteil und Zurücksetzung anderer Concurrenten einige Verschleiße dahin zu machen, oder in dessen Behuf wegen ein — so anderer besitzenden Vorzüge die vorhandene, jedoch entweder zu schlecht oder zu teuer zu dato erzeugt werdende á Conto zu bringen, ja noch gar Ermangelnde wegen derer besitzenden günstigen Umstände neu einzuführen wären.

2. Man erfahret auf solche Weis die Kanntnuß solcher Waren, welche man entweder zu eigenem Gebrauch von anderwärts nötig hat oder auch zu einem weiteren Debite ad extra nützlich anwenden kann, woher demnach selbe kommen zu lassen am besten convenire?

3. Respectu jener Producten oder Fabricaten, welche man entweder nützlich einzuführen oder zu verbessern die Gelegenheit hat, werde theils die Erzeugungs-Arten und besondere Handgriffe in der Verfertigung und Appretur, auch Packung, theils die Beschaffenheit der ersten rohen und einmal verarbeiteten Materie wie Wollen und Garne sowohl nach der erforderlichen Qualität als Erklärung der Ankaufspreise und Arbeitslöhne, soviel nur zu entdecken ware, ersehen, mithin die Mittel zum Zwecke der Güte und Wohlfeilkeit erleichtert.

4. Wie die Kaufleute in hoc vel illo genere assortiret sind und ihre Niederlagen eingerichtet haben, was sie vor Vorteile zu ihren Nutzen anwenden, wie sie den bei denen Waren bisweilen ermangelnden Gewinn durch das Geld einzuholen wissen, mit einem Wort, was eine kluge und vorsichtige Manipulation der Kaufleute angehet, entdecket sich in verschiedenen Stellen und kann zur Instruir- und Leitung des Erbländischen Handelstandes große Dienste tun.

5. Zu dem nämlichen Ende sind die beste Handels-Häuser auf denen besuchten Handelsplätzen offenbar, um sich am sichersten adressiren zu können, einer Correspondenz, wo sie nützlich befunden wird, einzuleiten, und da unter einem nach Beschaffenheit des Orts von Erbländischen Productis so da convenieren können, Offerta geschehen, auch verschiedene Proben anverlangt worden, die Wege zu denen Verschleiß den Anfang zu machen geöffnet.

6. Findet man praktische Richtschnuren, wie die bei einem Commercio unentbehrliche Einrichtungen der Frachten, Zölle, Mauten, Posten, Speditions-Commissions- und Assecuranz-Provisionen, die Geld-Valuten, Wechsel-Course, Verhalte der Gewicht und Maaßen sich verhalten und am üblichsten sowohl als fürträglichsten sind?

7. Ein gleiches in Ordnung derer anderwärtig zur Emporhebung des Commercii

anwendender Hülfsmittel mittels derer Banquen Emporien, prompten Justiz- und Wechselordnungen, Münz-Reglements, Freiheiten, Messen, privilegirten Compagnien und mit einem Wort zur Beförderung des Activ-Handels eingeführter unterschiedlichen Polizei-Anstalten und Gesetzen, auch Gebräuchen und willkürigen Beobachtungen, wovon *ceteris paribus* etwa nützlicher Gebrauch gemachet werden kann.

Quarto: Haltet man davor, daß zu Zurückhaltung fremder Waren, die man selbst verschaffen kann und zu Beförderung dererjenigen, welche ab extra wirklich notwendig sind, noch mehr aber zu Erlangung eines auswärtigen Commercio zu wissen unumgänglich sei, wie die mögliche Communication zweier Länder sich verhalte, folgar was ein — so anderes derer Landschaften Questionis erzeugt, und entweder nur für sich genugsam oder auch zur Mittheilung an andere in Überfluß habe, und hingegen zur Notwendigkeit, Gemächlichkeit, aber auch nur zur Lust ab extra bedürfe und nehme, sofort eines dem anderen als einen Überfluß mittheilen zu können Gelegenheit habe. Dieses suchet man aus denen eingezogenen Nachrichten in diesen Reflexionen concentrirt vorzutragen, und nach einer solchen Bemerkung die Specialiora derer Länder und Ortschaften synoptice in Erinnerung zu bringen; Endlichen nach denen Besitzenden geringen Begreifen ein — so andere unmaßgebige Vorschläge zu tun und erhoffet soviel Licht zu geben, als theils die General-Cognition oder wenigst gute Fingerzeige, bei vielen aber auch die Individual-Erkenntnuß zu Beurteil- und auch Fassung einer Unternehmung erfordert, um die mit sovielen Natursgaben und arbeitsamen Inwohnern gesegnete kaiserliche-königliche Erblände mit ihren ungemeinen Vorzügen, welche entferntere und viel beschwerlicheren Umständen ausgesetzte Nationen nicht besitzen, und dennoch den Gewinn und Vorteil ziehen, in den nutzbaren Genuß zu setzen.

Quinto: Der Kürze wegen werden zu dem Königreich Hungarn in Ansehen des in der General Beschaffenheit fast gleichstimmigen Verhalts und nämliche Haupt-Umstände Slavonien, Sirmien, das Temeswarer Banat und Siebenbürgen zugezogen, auch die merkwürdigste Beobachtungen angeführet. Der in dem dritten Punkt zum Zweck gesetzte Gegenhalt ist nur insoweit respectu Hungarn und derer sodann nachfolgenden fremden Ländern unterschieden, daß hier die Communication dieses Erblandes mit anderen Erbländen unter einem zu betrachten und der gemeinschaftlich einander zu geben schuldige Vorschub in reife Erwägung zu ziehen kommet. Ermeldtes Königreich nun mit denen unweit angeführten zugezogenen Ländern in seinen Natur-Erzeugnissen mit wenigen zu betrachten, so ist mehr als zu bekannt, daß darinnen ein Überfluß von allerlei Getreid, Obst, Wein, Vieh, Fisch, Wolle, Wachs, Hönig, allerlei rohen Häuten, Flachs, Hanf, theils schon erzeugt werde, theils noch erzeugt werden könne, daß, wann die Inwohner auf ihre gesamte *Producta naturae* ein genugsame Anwehr, folgar auch die theils Orten noch ungebaut-liegenden namhafte Landes-Striche zu Nutzung zu bringen, Lust und Anlaß hätten, hievon unsäglige Summen Geldes eingehen und die Inwohner mit ungemeinem Reichtum überschütten wurde. Man

will mit Stillschweigen übergehen, was der importante Bergbau vor Schätze mittheilt. Die Bevölkerung erscheint à proportion der Landes-Größe zu schwach und also potiori ex parte ein Überfluß an Terrain, daß jedermann genugsame Gelegenheit hat, durch den Feld- und Wein-Bau, Viehzucht, mithin Cultur der Natur-Erzeugniß die Nahrung zu erlangen. Es würde also bei dieser Beschaffenheit die in Händen habende Schätze der Natur noch mehr wüsten, und ohne folgarsonder Gebrauch zurückbleiben, wann ein Teil des ohnehin nicht zureichenden Volks zur Manufacturen angewendet werden sollte, da ohnehin ein Teil der Inwohner zu denen inner Landes unentbehrlichen Handwerkern, als Schneider, Schmied dann Negotianten, Geistlichen, Soldaten gebraucht werden muß. Man glaubet daher, daß die hungarische und derer übrigen zusammen gezogenen Länder Inwohner lediglich zu der Cultur derer obangeführten Natur-Producten zu vermögen, von allen Commercial-Fabriken dahingegen noch um so mehr gänzlich abzuhalten sind, als das commercium mutuum derer kaiserlich-königlichen Erblanden untereinander wirklich auf einem solchen Fuß stehet, daß man denen Hungarn die schon specificirte Erzeugnisse großen Theils abnimmt und dagegen anderer Notdurften abgibt, welcher Circulus zu beiderseitigen Verderben durch andere Einschreitungen zerrüttet und die Zerrüttung gewiß die allerübelste Folgen nach sich ziehen wurde.

Sexto: Das Negotium activum, welches diesen fruchtbaren Provinzen zugewendet werden kann, bestehet also darinnen, daß man auf jene erzeugende Producta naturae, welchen es an genugsamen Verschleiß ermanglet, die möglichste Auswege ausfindig mache: In welcher Absicht quoad specifica folgendes angemerkt wird.

1. Das Getreid ist das stärkste Productum, dessen sowohl vorhandene als zu vermehren mögliche Quantität des auswärtigen Verschleißes nötig hat. Zu dem zehenden Punkt derer Reflexionen über die Italienische Reise ist die Bedürfnis des Getreids in Italien, der hohe Preis und woher selbes gebracht werde, angeführt, und aus dem benachbarten Hungarn mittels derer an dem Mare Adriatico liegenden kaiserlichen Meer-Porten Triest und Fiume einige Versuche zu machen anheim gelassen worden. Das meiste hiebei kommt dem Erachten nach wohl auf den Transport bis Triest oder Fiume an. Was nun zu dessen Facilitirung erreichen könnte, ist in gegenwärtiger Relation 48^{ter} Paragraph angeführt worden, wann nämlich entweder der San'-Strom geraumet, und zur Beschiffung, wie es bereits gewesen, und lediglich durch einen eingestürzten Berg verhindert sein solle, hinwiederum angeschicket, oder sofern die Türkische Nachbarschaft entweder die Beschiffung unsicher oder den Weg nach Crain zu öffnen bedenklich machen wollte, wiewohl die Sicherheit theils durch eine Convention mit den Türken wegen Ausstellung gewisser Wachen, theils durch die schon wirklich kaiserlicherseits vorhandene Postirung in denen Chartaquen und in denen nächsten Orten der Gränitz ausgestellten Comandi errichtet, die Bedenklichkeit der Eröffnung des Wegs in Crain dahingegen durch Verwahrung der Pässe leicht behoben werden könnte, mittels derer Flüsse Scharwitz, Bug und Boßgud, dann etwelcher wohl anbringlicher Canäle die Communication zwischen der Donau

hergestellt wurde. Durch die viele in Hungarn befindliche schiffreiche Flüsse Gelegenheit geboten, mittelst zum Theil beitreter kleiner Land-Transporte beinahe aus allen Gegenden des Königreichs ganz gut an die See-Küsten gelangen zu können. Die zur Bewirkung aufwendende Kosten sollten durch die vor allezeit sich verschaffende Quelle herein ziehen könnender, ansehnlichen Geld-Summen sehr leicht vergütet werden. Sofern auch nichts anderes als die Rückladung so vieler anlangenden Schiffe, die sonst leer abfahren müssen, zu verschleissen Anlaß geboten. Eine vornehmende eigene Untersuchung kann einen genaueren Calculum verschaffen, wornach der glückliche Ausschlag einer Probe den etwaigen kleineren Hazard reichlich herein bringen würde. Ein anderer Getreid-Verschleiß aus Hungarn wäre nach dem welt berühmten Getreid-Emporio Danzig. Dieser Antrag ist mißlicher und könnte nur zur Zeit eines Mißwachses in Polen stattfinden. Daß aber diese Speculation nach denen damaligen fürgevesten Preisen nicht eine Chymere sei, erweist sich dadurch: Vorläufig würde zu Facilitirung dieses Antrags jenes gereichen, was in der Relation § 99 von der Communication zwischen dem Wag-Fluß und der Weichsel mittelst des Poprats angeführt wird; weilen der Poprat nur 6 Meilen von dem Wag-Fluß entlegen und zu Wasser-Transporten bis hinter Crackau in die Weichsel sehr wohl geschickt sein solle. Man setzet sonach, daß der böhmische Strich-Weizen aus Hungarn bis auf die Weichsel geliefert 1 Gulden 30 Kreuzer zu stehen käme, so würde ein Last nach dem 155^{ten} § von 26 $\frac{2}{5}$ böhmischen Strichen 39 Gulden 36 Kreuzer kosten, die Fracht bis Danzig betraget vermög § 130 und 140 . . . 21 Gulden und der polnische Zoll à 10 percento (wiewohlen sich hiebei verschiedene Modificationen, wovon Suo Loco ein mehreres ergeben) machete 3 Gulden 58 Kreuzer. Ja man will auf andere sich etwa ergebende Unkosten, die doch nicht sein können, noch auf den Last 10 Gulden 24 Kreuzer zuschlagen, so wäre dennoch an jedem Strich 30 Kreuzer, folgar an einem Last 13 Gulden 12 Kreuzer zu gewinnen, so ein ausgebiges Percento betragt und so nach erst den in vor-citierten 155^{ten} § enthaltenen damaligen Danziger Preis des böhmischen Strichs à 3 Gulden 20 Kreuzer in der Summa pro 88 Gulden 10 Kreuzer ausmachet.

Wann die Negotia derer Holl- und Engelländer in genaue Erwägung gezogen werden, so wird man gar viele Capi finden, welche aus einer weniger tunlich geschienenen Speculation zu profitablen Handlungsunternehmungen ausgeschlagen sind. Die nun erhöhte Raffin derer Commerciën-Sachen in Europa praetendiret tiefer hergeholte Erfindungen, und was findet man nicht an vielen Orten für florissante Negotia, worzu die Materie gar von anderen entlehnet werden muß. Sofern auch gar kein Kaufmann Gewinn bei dem angeführten Getreid-Verschleisse zu machen wäre, so sollte die Umsetzung eines überflüssigen, anderst nicht verschleißbaren Producti gegen Geld zu Vermehrung des Landes-Capitals sondermaßgebig durch einen publicquen Fond solange unternommen werden, bis nach überstiegenen Beschwerlichkeiten, welche ein jeder Anfang mit sich führt, die Particularen mit Conveniens nach Einschreiten dann den Wohlstand eines Landes so vollkommen als möglich zu machen erfordert darauf Bedacht zu nehmen, daß aller Überfluß mit der ersinnlichsten Industrie ad extra gebracht werde.

2. Die Ausfuhr des Obstes in Specie der gedürzten Zwesken und welschen Nüssen ware vormalen nach Nieder-Schlesien am stärksten. Es ist ein Ware, die man unter anderen zu denen Schiffs-Provisionen gebrauchet, sich lang conserviren, mithin weit verführen lasset. Man glaubet also, daß damit nach Triest, Fiume, Danzig und Hamburg, wann respectu des letzteren Orts die Fahrt auf der Elbe reguliret wurde, gewisse Verschleisse zu machen wären. Die Preise von gedürzten Zwesken sind vermög des 149^{ten} § nach der laut 155^{ten} § Reduction auf das Wiener Gewicht der Wiener Centen à 5 Gulden 33 Kreuzer gewesen. Man unterlasset zu Gewinnung der Zeit Calculos zu formiren, die jedoch, wann man an dieses oder jenes Capo Hand anzulegen vor gut findete, aus denen Vormerkungen der Relation bald zustande zu bringen sind.

3. Daß der Wein-Verschleiß aus Hungarn durch die Veränderung mit Schlesien sehr geschmälert worden, ist ein Notorium und auch gleich aus dem zweiten § der Relation zu entnehmen; wann jedoch consideriret wird, wie viele namhafte nordische Länder, denen der Weinbau ermanglet, den ordinären Franz-Wein in großen Quantis consumiren, welcher in der Qualität denen gemeinen hungarischen Weinen keineswegs gleichkommet und weder Geist noch Feuer hat, dannoch aber laut des 151^{ten} § in Danzig ein Exhoft, so circa $4\frac{1}{3}$ Eimer österreichischer Maß machet, pro 180 Gulden preußischer oder 90 Gulden kaiserlicher verkauft wird, worgegen guter ordinari hungarischer Wein wie aus dem dreißigsten § zu ersehen, der Eimer à 1 Gulden 57 Kreuzer, auch 1 Gulden in Ankauf zu haben gewesen; so ist hieraus zu ermessen, daß diese außerordentliche Wohlfeilkeit sowohl in Polen als zu Danzig und denen übrigen an der Ost-See gelegenen Ländern gewisse und sehr convenable Verschleisse mit Verdringung des schlechten Franz-Weines verschaffen wurde, mithin lediglich die zeitherige Unterbleibung daher rühre, dieweilen außer denen Tockayer-Weinen, welche die Polen selbst abholen, noch niemand einen anderen hungarischen Wein in die gemeldte Länder zu bringen unternommen hat. Wäre der Franz-Wein besser und wohlfeiler als der hungarische Wein, so hätte der König von Preußen nicht Ursach gehabt, die letztere mit so schweren Aufschlägen zurückzuhalten. Die Warschau- und Danziger Kaufleute, die mit mehr gedachten Franz-Weinen handeln und denen man disfalls einige Vorstellungen gemacht, haben mit denen wiederholten Franz-Weinen ihr eingerichtetes Werk und sind des Wegs sowohl als derer laufenden Unkosten aus Hungarn unkündig, daß also his stantibus von ihnen keine Unternehmung oder machender Anfang zu hoffen ist; sondern wann dieser Debit in Gang gebracht werden wollte, die erste Entreprise und Probe von hier aus unternommen werden müßte. Der bei dem Getreid gemeldte Transport auf der Weichsel wäre auch hieher zu appliciren. Viele Nutzen bringen könnende Dinge unterbleiben, weilen niemalen Hand angeleget wird. Die Wohlfeilkeit einer Feilschaft gewinnt nach und nach den Consumenten den angewohnten Geschmack ab und tritt sodann in die Stelle der Verdrungenen.

4. Respectu derer übrigen Productorum an Vieh, Wolle, Wachs, Hönig, rohe Häuten, Toback, dann Flachs und Hanf ware ein Mangel an Verschleiß in Hungarn nicht zu vernehmen, ja das Wachs ist weder zu Providirung derer übrigen kaiserlichen königlichen Erbländern zureichend, und wäre zu wünschen,

daß vermög der habenden so schönen Gelegenheit die Erzeugnuß recht ansehnlich vermehret würde, so sollte es an gemäglichen Auswegen, wie in der Italienschen Relation § 56 zu ersehen, nicht ermanglen.

I. Sollte ganz leicht sein, in einem jeden Lande ein beträgliches Quantum Wachs und Hönig zu erzeugen, wann unter dem Landvolk hierowegen einige Veranstaltung geschehete; die mühesame Imme unterhaltet sich selbst und sammlet den Vorrat ohne anderen Unkosten, als einigen dabei anwendenden Mühe, wodurch dannoch dem Landmann eine sehr gute Beihülff zuwachsete.

II. In Betreff der hungarischen Wolle wäre anzuführen, daß, nachdeme die Rubrique derer Leydner und Aachner Tücher ein sogar namhaftes Capitale denen kaiserlich königlichen Erblanden entziehet, indeme nur von Hungarn zu melden fast ein jeder Bürger ein Kleid von feinem Tuch trägt, ja darinnen wegen der Knappen-Tracht in der Dauer eine Wirtschaft findet, nunmehr aber in Böhmen und Mähren die Fabricierung der Tücher auf holländische Art ad normam der Aachner von Tag zu Tag mehr über sich kommet, daß man sich schon wirklich in der Qualität die Wienerische Elle à 2 Gulden 30 Kreuzer bis 45 Kreuzer ein beträgliches Quantum aufbringen kann, ansonsten aber auch bis auf 3 Gulden, und wo spanische Wolle wie in Oberleutmannsdorf verarbeitet wird, noch in höheren Preisen Tücher machet. Worzu jedoch zeithero die Schlesische Wolle wegen ihrer besonderen Güte besonders gebraucht worden, die vor nun die königlich preußischerseits gelegte schwere Imposten zu entziehen suchen. Dahero nun diesem Mangel durch gute Anstalten so viel wie möglich zu steuern und die ungemein nutzbare Fabricierung feinerer Tücher, worunter auch die eingeführte zu einem großen Negotio mit der Turkey ausschlagen könnende Londres Seconds mitbegriffen sind, zu befördern, folgende Fürkehrungen vor gut erachtet werden:

A) um die erste und nächste Abhülffen zu verschaffen, wäre ein jeglichem der genannten zweier Länder als Böhmen und Mähren ein proportionirtes Magazin von spanischer, dann feiner durch andere Wege mittelst Sachsen und Polen annoch überkommen könnender schlesischer wie auch um Lissa⁵ zu habender besonderer polnischer Wolle aufzurichten oder durch einige Negotianten, die sich hierzu angeden, zu verarbeiten, weilen die Überkommungs-Wege denen particularen noch unbekannt sind, mithin der Bedurftnuß ex parte publici, bis man sich selbst helfen kann, beizuspringen nötig ist.

B) Zumalen aus Böhmen viele feine Wolle nach Sachsen, gleichwie aus Hungarn nach Bayern gehen solle, deren man doch selbst benötiget, ist zu vorläufiger genauerer Einsicht der eigenen Bedurftnuß in Böhmen (wie in Mähren — bereits vor etlichen Jahren geschehen) eine Billanz der Wolle-Erzeugnuß und dagegen der Verarbeitung dergestalten von Österreich oder wohin sonst noch hungarische Wolle gehet, gezogen werden mögte. In Mähren hat sich erwiesen, daß die Verarbeitung die Landes-Erzeugung mehr dann um zwei Drittel über-

⁵ Leszno (in Polen in der Woiwodschaft Posen).

steige und noch ein Quantum von circa 17 bis 18 000 Centnern fremder Wolle zu Beförderung gesamter Wolle verarbeitender Handwerksleute erfordert werde. Diese Überschüsse der Bedurftnuß von denen übrigen Erblanden zusammengezogen, könnten sodann zu einem Gehalt dienen, weilen die Verarbeitung in Ungarn nicht viel zu bedeuten hat, in wie weit die Wolle-Erzeugnuß in denen hungarischen Landen fremder Verschleisse nötig habe, oder ein Universal-Verbot aller Wolle-Ausfuhr wegen eigener Bedurftnuß ersprießlich sei? Diese wiederholte Bedurftnuß würde durch Übersichkommung der Wollenen-Zeug-Waren Fabriken, die zu Dato häufig aus Engelland und Sachsen eingeführt worden und in deren Behuf eine erträgliche Anzahl Schafe zur einschürigen Wolle anzuwenden wäre, nochmehr sich vergrößern und sofern der vermög des 74^{ten} Relations § geweste Einfuhrs-Verbot der türkisch-wallachischen Wolle fürdauren sollte, auch von Siebenbürgen ein Quantum von etlich 1 000 Centen erfordert werden.

Der vorberührte königlich preußische große Aufschlag auf die schlesische Wolle, so noch mehr durch einen gänzlichen Verbot zu besorgen scheint, hat freilich die Wirkung, da sonderlich in Schlesien ein die Verarbeitung inner Landes weit übersteigender Woll-Überfluß vorhanden, nach sich gezogen, daß der Preis namhaft gefallen und also dadurch die der Schaf-Zucht Beflissene verkürzt werden. Allein zumalen nach denen gemachten Anträgen allhier der Casus keines Überflusses gesetzt wird, so zieht auch bei diesem gleich gemeldten Woll-Überfluß in Schlesien die königlich preußische erst angeführte Verfügung so besondere Folgen nach sich, daß eine große Frage ist, ob dem Land hierdurch nicht mehr genutzt als geschadet werde? Wann man den Zusammenhang folgender massen betrachtet: Die Schafzucht ist bei einer Landwirtschaft keineswegs die alleinige, ja nicht einmal die vornehmste Nahrungs-Rubrique, wohl aber hanget bei einem Woll verarbeitenden Professionisten der ganze Verschleiß so mit Nahrung von der notwendigen Wohlfeilkeit des ersten Materialis ab. Es ist eine bekannte Sach, daß aus mehr gedachten Schlesien in die kaiserlich königlichen Erblande und sonderheitlich nach Ungarn ein großes Quantum an Tüchern, Cron- und Halb-Raschen immerzu verführet worden. Da man nun diesen Verdienst denen eigenen Inwohnern zuzuwenden, die Erzeugungen in Böhmen und Mähren veranstaltet, um damit aber wegen derer bei jedem Anfang sich hervortuenden Beschwerlichkeiten die Fabricanten mit denen Schlesiern gleiche Preise machen können, einen Eingangszoll pro 30 Percento zur notwendigen Beihülff gelegeet hat. Wie zumalen aber der fast auf die Hälfte gefallene Preis der Wolle dem schlesischen Fabricanten die Kosten der Ware erleichtert und beinahe die gesetzte 30 Percento Impost allein überträgt, wo doch an dem schlesischen Ausfuhr-Zoll auf die Fabricaten gleichfalls gewisse Erleichterungen eingestanden, nicht minder weil es die Debite so erfordern, noch verschiedene Verringerungen der Arbeits-Löhne bei denen schon hierauf eingerichteten Leuten erfolget sein sollen. So hat der mehr erwähnte hohe Aufschlag auf die Ausfuhr der schlesischen Wolle zwar, wie gesagt, denen der Schaf-Zucht Beflissenen wehe getan, aber niemanden, weilen nur ein Neben-Zufluß angegriffen worden, ruiniret, von der anderen Seite aber so viele 100 Fabricanten von dem gänzlichen Untergang gerettet und die Verschleisse erhalten,

welche sonst bei den vormaligen hohen Preis der Wolle gänzlichen cessiret hätten. Man kann dieses einen Entschluß von sehr tiefer Einsicht, wie *Commercia ad Extra* zu erhalten sind, nennen, wie also bisweilen *cum dispendio quorundam* das Haupt-Augenmerk und der wahre Nutzen erreicht werden müsse. Die Wirklichkeit der Sach gibt den besten Beweis, dann man fande Zeuge der Relation noch auf allen hungarischen Plätzen genügliche sonderheitlich Halb-Rasche in vorigen Preisen und die in denen kaiserlichen Erblanden gemachte, haben theils weilen die schlesische Wolle schon in sich besser ist, theils weilen die Arbeits-Löhne bei einem *neo-introducto* nicht sogleich in der nemlichen Wohlfeilkeit erzwungen werden können, noch immer keinen rechten Abzug gewinnen wollen.

C) Die dritte unvorschieblich anmeinnende Hülff zu desto füglicher Entbehrung der schlesischen und künftiger Erlangung einer ebenso feinen Wolle bestünde in der Verbesserung des Qualis, indeme man zu Dato lediglich die Natur wirken lassen, ohne selbe mit denen Regeln der Kunst und Anwendung einer ordentlichen Manipulation zu unterstützen, sofort die Ursachen der Wirkung zu überdenken und hiernach die Fürkehrungen zu veranstalten. Man stellet an der hungarischen Wolle fürnemlich aus, daß selbe sehr unrein in der Wäsche, von gut und schlechten Schaf-Vieh vermischet, oft zum Betrug mit allerlei Staub, Sand und Unfalt durch die Schäfler verfälschet, theils Orten mit gewissen kleinen Kletten, welche in der Verfärbung des Fabricati sodann unannehmliche Makeln verursachen angefüllet, und endlich noch absonderlich durch die jüdische Woll-Händler durch vorteilhafte entweder aus Sortirung der besten oder Einmischung der schlechten schillhärigen Wolle in der Güte verkürzt seie; zu geschweigen, was für allerlei Listen zu Vermehrung des Gewichts, worunter in Specie das Anfeuchten die gesackte Wolle ersticken und vermurschen machet, mithin auch das Quale verdirbt, gebrauchet werden.

Eine vorschreibende gute Ordnung dahero in Betreff der Auswahl und Cultivirung wohl anständiger Hutweiden, Erhalt-Vermehr- und Verbesserung der Schaf-Zucht, wobei das Ausbracken des schlecht und schielhärigen Viehes eine Haupt-Observation ist, fleißiger Reinigung und geschickter Sortirung bei der Schur, unverfälschter Verpackung und Verkaufs, dann zu Erreichung der in allen so vortreffliche Wirkungen tuenden Aemulation wohl eingeleiteter Woll-Märkte würde, wann die Exequirung hinzukommet, unfehlbar den Zweck in kurzem erreichen mache. Dann es ist ganz wahrscheinlich, daß in anderen und noch wärmeren Ländern die Natur eben das und ad exemplum Spanien noch viel mehr tun müsse, wann gleiche Ordnungen in *causis causantibus* beobachtet werden.

III. Ohnerachtet übrigens, wie in dem Eingang dieses vierten Punkts gemeldet worden, ein Mangel des Verschleisses unter anderen auch an Viehe nicht bemerkt worden, so ist doch gewiß, daß das auserlesene hungarische Hornvieh, nicht minder das Schwein-Viehe nach Italien und absonderlich in das Venetianische, dann in das Reich angebracht zu werden noch gar viele Gelegenheit hätte. Man tuet allhier in der alleinigen Absicht hievon in Vorbeigehen Meldung, dieweilen bei denen weiter unten vorkommenden Reflexionen über das *Negotium* mit Polen das polnische Vieh den Grund hierzu leget, mitfolglich der anderwärtige Ver-

schleiß des hungarischen durch jenes ersetzt und so tanes angebracht werden zu können Gelegenheit gebete.

IV. Die laut des 48^{ten} und 55^{ten} Paragraphi der Relation bemerkte außerordentliche Anzahl durch Boßnien nach Venedig ausführender Ochsen-Kühe und Terzenhäute scheint von darinnen nicht die fürträglichste zu sein, dieweilen einerseits dieses Negotium durch türkische Untertanen geschieht, mithin außer der denen Landes-Inwohnern zukommenden geringen Ablösung des rohen Producti aller Handlungs-Gewinn Fremden zuteil wird. Andererseits haben sich auf dieser Reise, wie an seinem Ort vorkommen wird, nach Danzig, Hamburg, Leipzig und Dreßden sehr namhafte Verschleisse auf Pfund- und anderes Leder hervorgetan, folgar sollte sich hiedurch die Gelegenheit ergeben, selbst eigenen Gebrauch zur Verarbeitung hievon zu machen. Ja auch nach Italien ist Sohlen-Leder abzusetzen, die alleinige Venetianer verbieten die Einfuhr, würden sich aber vielleicht eines anderen bedenken, wann sie nicht die angeführte Facilität, die rohe Häute überkommen zu können hätten. Man fürchtet, daß diese Anmerkungen mehrmalen zu einem Volumine erwachsen, und also die Übergebung der Relation noch weiter verzögern würden, dahero man die merkwürdigere Vorfällenheiten auf das succineteste gleichsam nur berühret, jedoch auf verlangenden hohen Befehl sich über dieses oder jenes umständlicher auszulassen vorbehält.

Septimo: Von denen in Hungarn verfertigenden Fabricaten ist sehr wenig beizubringen. Die schon angeführte Pott-Asch ist vermög der letzten allerhöchsten Anordnung meistens sistiret, sonsten finden sich hin und wieder in dem Lande einige in das Commerciale einschlagende Professionisten, als Lederer, Weißgerber, Handschuemacher, Weber und Tuchmacher, wie solche in denen Pargraphis 18, 35, 68, 74 und sonsten bemerkt sind. Die verfertigende Waren absonderlich in Tüchern sind meistens von schlechter Qualität, man beflisset sich jedoch in Specie in Siebenbürgen Verbesserungen einzuführen, und die Handwerksleute nicht nur allein zu qualificiren, sondern auch zu vermehren. Die aus Ober-Österreich nach Siebenbürgen versendet werdende Emigranten fangen an laut § 68 die Flachs-Spinnerei und das Leinwandweben einzuführen, worzu, da wie aus dem § 73 zu ersehen, über 15 000 Centen erbauten Flachs lediglich ad Turcicum verführet werden, die erste Materie im Lande vorhanden ist, und in Schesburg unter § 77 ist ein, jedoch sehr schwacher Anfang zu Verfertigung von Mousselin gemacht. So werden auch einige leinene Trillich, Zwillich und Cannefaß gearbeitet. Ob diese Attention vor die Aufbringung deren Fabriken in Siebenbürgen in Betrachtung desjenigen, was puncto 5.to angeführet worden, fürträglich seie? wird der hohen Erwegung überlassen. Die Mousseline-Fabrique sollte noch die unschädlichste sein, weilen diese Ware in keinem kaiserlichen deutschen Erbland gemacht wird, und könnte also daher der Herr Hofrat von Seeburg hiebei seine Beeiferungen am besten anwenden, da ohnehin der Entreprenneur an den Verlag und anderen nötigen Hülf-Mitteln Mangel leidet, mitfolglich ohne Beistand schwerlich oder gar nicht über sich kommen wird.

Octavo: Das Negotium passivum vor Hungarn ist gewißlich, und wie aus der Anführung, daß quo ad Fabricata so wenig darinnen geschiehet und auch geschehen soll, zu ermessen von großer Consideration. Es wäre zu weitschichtig, eine Wiederholung aller jenen Articula allhier zu machen, welche per Negotium passivum nacher Hungarn kommen: Man soll demnach lediglich die beträchtlichste und so beschaffene recensiren, bei welchen der Ersatz aus denen kaiserlichen königlichen übrigen teutschen Erblanden entweder schon durch vorhandene oder noch ferner zu stand gebracht oder auch wenigst in die Stelle gesetzt werden kommende Fabricata geschehen kann. Diese sind 1. französische, Leydener, Aachner, Görlitzer und Breßlauer Tücher, worunter sonderheitlich die Aachner auf allen hungarischen Plätzen am stärksten gefunden werden. Dann 2. folgen die Schweinitzer und Breßlauer, Schlesische, wie auch wiewohl in viel minderen Quanto in Sachsen verfertigte Cron- und so nach 3. die Neurod- und Silberberger Halb-Rasche, auch wohl etwas Halbcaster, 4. die Hamburger gedruckte Flanelle und im wenigerem Quanto die sächsische hat man ebenmäßig auf allen hungarischen Handels-Orten angetroffen, 5. allerlei Englisch- und sächsische Zeug-Sorten als Satin, Barcan, Quinet, Callmang, Tabourets, Floretas, Struk etc. sind nicht minder sehr gangbar und endlich 6. kann man die schlesisch und sächsische Leinwanden, Cannefaß, Barchet, Trillich, Bett- und Tischzeug, Battist, schlesische glatt und geblünte Schleier, so auch polnische Leinwanden und Schachwitz unter die frequente Capi rechnen. Sonsten wird zwar auch sehr viel an Seiden-Waren, Gold- und Silbernen Borten und Spitzen, Englisch-französischen und Hamburger Plüsch, Schweitzer Gingang und Halb Drouqueten, Danziger Soy, sächsisch- und schlesischen Hüten, allerlei Nürnberger Messing und anderen Waren wie auch Harras-Garn, Bologneser und Schweitzer-Flor, Türkischen Atlassen nebst anderen Feilschaften, die in dem Allegato sub Nr. 16 breiteren Inhalts bemerkt sind, eingeführet, deren Qualitäten und Preise sowohl in Ankauf als Verkauf bei jeglichem Ort vorkommen. Allein die erste sechs Capi sind vorzüglich in Erwägung zu ziehen: Das meiste dieser Waren wird aus Leipzig und Breßlau beigeführet, indeme die hungarisch- und siebenbürgische Negotianten theils die Messen an beiden Orten selbst oder durch Abgeordnete besuchen, theils auch durch Correspondenz sich die Remessen tun lassen und bewähret übrigens der 87.te, dan 99.te Paragraph, daß der Weg von Leipzig über Breßlau durch Polen nacher Hungarn und Siebenbürgen genommen werde. Sonderheitlich sind in dem lezt-citirten 99.ten Paragraph vier frequentirte Eintritte in Hungarn aus Polen mit Specificirung der Meilen und Ortschaften angemerket. Von denen vorhergehenden angeführten sechs Hauptsorten der Tücher, Cron- und Halb-Rasche, gedruckten Flanelle, wollenen Zeug, endlich leinenen Waren verlohnet nunmehr etwas umständlicher zu handeln: 1. daß man denen Breßlauern und Görlitzern gleiche und auch noch bessere Tücher in Mähren und Böhheim fabricire, ist ganz offenbar, ja alle Hoffnung vorhanden, daß, wann man ein gleiches Woll-Materiale, wie bei denen Leydner und Aachner Tüchern ist, bei Handen hätte, auch die Fabricata in gleiche Qualität wie die Oberleutmannsdorfer Fabrique in Böhheim ein klares Exempel gibt, gesetzet, und in wenig Jahren bei verschaffenden Abzug ungemein ausgebreitet werden würden. Die schlesische und sächsische Lein-

wanden, Trillich, Cannefaß, Bett- und Tischzeug werden durch die von Tag zu Tag eben in Mähren zu Janowitz und Lettowitz in Böhme, zu Rumburg und in Ober-Oesterreich sich mehr emporhebende Fabriken und in diesen Ländern besser qualificirende zahlreiche Weberschaften gleichfalls ersetzt. In denen Cron-Raschen hat man bereits gute Anfänge sowohl in Linz als in Mähren, und die Fabricatur derer Halb-Räsche auch Halb-Castor ist schon auf ansehnliche Quantitäten gestiegen, gleichwie die Linzer Fabrique in denen verschiedenen wollenen Zeig-Waren wirklich vieles thut. Böhmen, in specie zu Osseck schon von vorhero verschiedene Einleitungen hat, und in Mähren sowohl in der Zeigmacher-Gespinnst als Weberei ein hoffnungsvoller Grund geleget ist. An gedruckten Flanellen aber die Böhmischo-Heraletzer Fabrique in quanto et quali schon so weit gekommen ist, auch so bald es nur nötig, sich weiter ausbreiten kann, daß selbige nur eine häufige Abnahm verlangt. Die polnische Leinwanden und Schachwitze endlich als ein gemeine grobe War sind gar entbehrlich, weilen derlei Erzeugungen zur Genüge in Erblanden sind; 2. daß die hungarische, siebenbürgische und übrige Kaufleute der neoquistischen Länder, Leipzig und Breßlau nicht gern abandoniren wollen, ist aus ihren entdeckten § 49 angeführten Intentionen, die erhöhte Zoll-Gebühren zu umgehen, deutlich abzunehmen. Ihre Beweg-Ursachen können hauptsächlich darinnen bestehen. 1. Ist einem jeglichen Kaufmann alldort einzukaufen am angenehmsten, wo er die größt- und beste Assortimenten zur Auswahl finden kann, worzu in Leipzig die ausgesuchteste Waren-Niederlagen vorhanden sind. 2. Haben daselbst verschiedene dieser Hungarischen Kaufleute Activ-Verschleisse an Baumwolle, Türkischen Garn, Tabak, Saffian etc. wodurch ihnen nicht nur allein die Rückfuhren erleichtert werden, sondern auch entweder ein nützlicher Barrato oder ein Gewinn bei der dahinführenden War zu Nutzen kommet. 3. Haben sie auf beträgliche Summen Credit und ist bekannt, daß viele hungarische Kauf-Leute meistens mit fremden Geld handeln, mitfolglich können sie sich ohne Schmälerung, auch wohl gar Verfall ihrer Handelsschaft nicht so leicht los machen. 4. Ist in keine Abrede zu stellen, daß die auf denen besagten Plätzen verkaufende Feilschaften durch die langwürige Ausübung endlich zur Vollkommenheit gelangt sind, folgar die Menge geschickter Arbeiter es in quali et pretio auf das höchste gebracht haben, und also sowohl in der Güte als Wohlfeilkeit noch immer einiger Vorzug gefunden werde. 5. Gebrauchet man sich heimlicher Wege entweder die Zoll-Stationes zu umgehen oder die Zoll-Beamte zu einem durch die Finger sehenden Verfahren zu bringen. Je höher nun die Zoll-Gebühren gesetzet sind, je mehr Vorteil verschaffen die eingeschwärzte Waren, inmassen ein solcher Provaricator, wann er nur den entzogenen Zoll gewinnt, so viel Nutzen dadurch hat, als einem richtig verzollenden Handelsmann sein ganzer Handels-Profit nur selten bringet. 6. Endlichen gewinnen sie an dem Geld, indeme vermög den 257^{ten} § der gewichtige Ducaten gegen War auf 4 Gulden 22 1/2 Kreuzer und das Species-Geld auf den Taler mit 4 bis 5 Groschen Aggio und der Siebenzehner pro 18 Kreuzer auch andere kaiserliche Münzen mit 4, 5 und 6 percento Advantage angebracht wird.

Wann also das hungarische Negotium zu dem Aufnehmen derer Fabriken in denen kaiserlich königlichen Erblanden, sofort hieraus entstehender besserer

Nahrung und indeme so namhafte Geld-Summen zurückgehalten werden auch ansehnlicher Bereicherung gedachter Länder geleitet werden will und sie hungarischer Negotianten hierzu ernstlich vermöget werden sollen, so erachtet man ohnmaßgebig für nötig, die *causus causantes* solcher maßen zu beheben, daß einerseits dem Handelsmann zu einem denen samtlichen Ländern nützlichen *Negotio* aller Vorschub gegeben, andererseits entgegen dem schädlichen Handel die ausgiebigste Fürkehren gebraucht werden. In Behuf des ersteren nun wäre *ad primum* billig, dahin anzutragen, daß die zur *Consumption* in Hungarn erforderliche in denen Erbländen gemacht werden könnende *Fabricata* in *quali et quanto* mit allen ersinnlichen anwendenden Hülfsmitteln emporgebracht und hievon in denen, denen Hungarn wohl gelegenen Plätzen gut und genügend assortirte Niederlagen aufgerichtet werden, damit man sich über einen Mangel zu beklagen keine Ursach habe. Es scheinen hierbei sich zwei wichtige Anstände hervorzutun, und zwar der erste, daß man in vielen *Specibus* derer in Hungarn introducirten und angewohnten Waren zum Theil nicht in *Quali*, meistens aber in *Quanto* innerhalb derer kaiserlich königlichen Erbländen noch nicht aufkommen könne. Der zweite sodann ist, wo man die Leute finden werde, welche gedachte Niederlagen aufrichten, mitfolglich die erforderlichen Anträge zum Vollzug bringen sollen. Zu Behebung des ersteren wäre zu wünschen, daß man genugsame *Fundos* hätte, mithin anwenden könnte und wollte, worzu es nötig, fremde geschickte Professionisten soviel möglich hereinzuziehen, von denen zur *Fabricatur* erforderlichen Materialien und *Ingredienzien* Verlagsmagazine, woraus die Handwerks-Leute in der Güte und Wohlfeilheit gut und zum Theil auch eine Zeit lang auf Borg versehen würden, aufzurichten, und endlichen sie zur Forttreibung ihres Gewerbs mit *Anticipationen* zu unterstützen, massen auf solche Weis, wann nützliche *Instituta* und Ordnungen zu Versicherung des *Qualis* hinzukommen, die Vermehr- und Ausbreitung am schleinigsten Zustand gelangete. Die Wohlfeilheit ist sodann eine notwendige Folge, indeme die Menge mit einer gewissen War beschäftigter Personen und daher entstehender Fabrikaten selbe ohnfehlbar nach sich ziehet. Dieweilen jedoch auf diesen Fuß die Sache zu bewürken und alles durch *Fundos publicos* zu gezwungen allzu beschwerlich fallen dürfte, so können auch die letzteren Wege nicht ohne Effect bleiben, wann nemlich: 1. was in dem 6.ten Punkt von Aufrichtung derer Wollen-Magazins vorgeschlagen worden, wenigst *respectu* jener Materialien, deren Habhaftwerdung mehrerer Schwierigkeiten unterworfen ist, publicquer Vorrat beigeschaffet. 2. Nur zur Erlangung specialer Handgriffe und *Fabrique-Vorteile* auf die nötigste fremde Künstler einige Aufwände gemacht. 3. Die in denen Ländern machende *Dispositiones* und Ordnungen zu Ausbreit- und Qualifizierung derer *Commercial-Fabricaten* eifrig *continuiret* und vollzogen, auch auf die von jemanden darzeigende Vorzüge in *Quali* und *Pretio* zur Aufmunterung gewisse *Praemia* gesetzt werden. Alle übrige denen Handwerkern nötige Hülfen können allein am füglichsten durch Aufbringung genüglcher *Entreprenneurs*, welche unvermöglche Gewerbsleute verlegen oder auch eigene *Fabriken*, so jedoch dem *Statui Contribuentium* nicht mehr so fürträglich, aufrichten. Die verschiedene Freiheiten und Begabnisse, womit man dergleichen Leute, etwas zu unternehmen, aufzumunteren pflaget und

deren Festhaltung das Zutrauen vermehret, sind bekannte Mittel. Es ist auch in denen Reflexionen über die Italienische Reise-Beschreibung von Aufbringung derer Negotianten in dem letzten Punkt ein so anderes vorgeschlagen worden, so anhero applicable sein kann. Man vermeinet jedoch die ausgebigste darmit beizurucken, daß, dieweilen sonder Widerrede jegliche neu anlegende Fabrique oder einführendes Fabricatum, bis die beschwerliche Anfänge überstiegen, die Arbeiter in die nötige Geschicklichkeit und Facilität zum Geschwind-Arbeiten gebracht, diese sodann in ergiebiger Zahl vermehret und dadurch wohlfeile Arbeits-Lohne erzwungen werden, viele Mühe und Geld erforderet, und wann der Verschleiß sodann mit wichtigem Verlust geschehen muß, jeglichen etwas zu unternehmen abschrecket, ex parte publici solche Beihülfen nötig sind, welche die Entrepreneurs vor derlei unerträglichen Beschädigung, soviel Menschen möglich, bewahren, mithin die erzeugende Feilschaften verschleißbar machen.

In der mehr citirten Italienischen Relation ist von der klugen Republik Venedig der gelegte Einfuhrs-Verbot auf jene Fabricaten, welche sie in ihrem Territorio hervorzubringen vorhat, klar erwiesen angeführet. Die in diesen kaiserlich königlichen Erblanden in denen neuen Zoll-Tariffen gesetzte hohe Verzollungen haben gleiche Absicht. Es wird jedoch weiter unten erwiesen werden, warum selbe bei diesem und jenem Capo noch nicht den gehörigen Effekt tun und bisweilen gänzliche Einfuhrsverbote erheischen. Ehe und bevor aber solle man mit wenigen einen ohnmaßgebigen Gedanken eröffnen, was wann durch den angeführten hohen Zoll oder Verbot der Grund gelegt ist, vor ein weiterer Vorteil und Hülfe zu Übertragung der schweren Unkosten einem Fabriken-Verleger hieraus zugewendet werden könnte, der demselben Nutzen, dem Publico die schleunige Vermehrung der in denen Ländern neue introducirt Fabricatur, die Beförderung gewisser Activ-Negotien und einem Land, deme eine fremde War durch die Gewohnheit gleichsam unentbehrlich worden, mit welcher man zu Dato mittels derer erbländischen Fabriken weder in Natura noch in Surrogato genüghen aufkommen kann, die Profitirung verschaffete. Dieser bestunde kürzlich darinnen, wann einem solchen Verleger a proportionem seiner Entreprise als posito auf jeden fördernden Tuch-Zeugmacher oder Lein-Weber-Stuhl eine Anzahl Stücke der nemlichen War, die er einzuleiten unternommen, aus fremden Landen einführen zu dürfen, ein Frey-Pass oder wenigstens eine moderirte Zoll-Gebühr eingestanden werden mögte. Der Gewinn, welchen ein solcher Verleger bei dem Verkauf ermeldter fremder Waren in Gegenhalt anderer genießen wurde, helfete ihm, die unvermeidliche erste Unkosten seiner Unternehmung tragen und damit der Gewinn durch ein größeres Quantum ergebiger werde, muß auch seinen Verlag und Fabrique-Wesen verstärken, wodurch also die nachmachende Ware mit besonderem Nachdruck sich ausbreitete, wo dann, wann sie einmal in stärkeren Gang gebracht ist, wegen derer verschiedenen Ersparnisse so ein Local-Feilschaft vor einer fremden transportiret werden müssenden hat, das ausländische Gut eo ipso dadurch verdrungen und ruckstellig gemacht wird, zu geschweigen, daß derlei Freiheit auf eine gewisse Zeit eingeschränket werden kann, nach deren Verlauf vermög vorhandenen Umständen hinwiederum andere Maß-Regeln genommen werden können. Würde die frei passirte oder in der Verzollung moderirte vor-

gemeldete Einfuhr nur unter der Bedingnuß eingestanden, daß der damit Beteiligte vor ein gleiches Capitale eine andere War aus dem Lande ad extra zu verschleissen verbunden wäre, so entstünden hieraus verschiedene Activ-Negotien, worzu in einem jeden fremden Land entweder in dieser oder jener Rubrique Gelegenheiten vorhanden seind, noch leichter aber zu Barratirungen zu gelangen ist. Auf solche Art glaubete man durch die qualificirte Einfuhr fremder Waren, dieselbe zu exterminiren, die Verschleisse ad extra zu befördern un die Kaufleute, deren ganzes Negotium allein in gewissen Waren besteht, mit deren Verbot der Stoff ihrer Handlung aufhörete, ohne Nachteil des Landes-Capitals zu conserviren, um successive sich theils aus denen auswärtigen Credits-Verbindnungen herausziehen, theils die Waren, womit sie negotiren, selbst erzeugen und in Behuf der Anwehr die Abnehmer bei dem angewohnten Gebrauch gewisser Fabricaten, die sonst der Mangel abkommen machte, erhalten zu können.

Werden durch diesen Weg Fabric-Verleger aufgebracht, so wird es alsdann auch an Niederlagen als den zweiten Requisito nicht ermangeln, dann die eigene Erzeugnisse und vor angetragene privilegirende Einfuhr werden dieses notwendig nach sich ziehen. Wo im übrigen man geliebter Kürze wegen sich in dieser Absicht mehrmalen auf die Vorschläge, so in den Reflexionen über die Italienische Reise beschehen, gehorsam beziehet.

Nun sollen die angelobte Beweise kürzlicher folgen, daß 30 Percento an erhöheter Zoll-Gebühr nicht jedesmal hinreichend sind, denen inner Landes anlegenden Fabriken einen vorteilhaften Preis, mithin den Debit vor denen fremden zu verschaffen. Von denen schlesischen Cron- und Halb-Raschen brauchet es kein mehreres anzuführen, als bereits in dem sechsten Punkt von der dermaligen Wohlfeilkeit der schlesischen Wolle gemeldet worden, dann zumalen sicher verlautet, weilen man in diesen Gegenden selbst nicht gewesen, daß die Wolle, welche ehehin der Stein à 10 und 11 Taler verkauft worden, dermalen à 5 bis 6 Taler zu haben seie, und ergo zu einem Stuck Halb-Rasch nur 7 oder 8 Pfund Breßlauer genommen werden, so ertraget allein der Gewinn an der Wolle 4 bis 35 Percento, an Geld wird 6 bis 7 Percento gewonnen, und der Credit kann auch auf 5 bis 6 Percento angeschlagen werden, so ergeben sich zu Bestreitung derer 30 Percento Zoll 48 Percento Ersparung. Die geringste Aachner-Tücher kostet ein Stück à 36 Wiener Ellen 73 Gulden 48 Kreuzer, die Unkosten und Fracht exclusive der Erbländischen Zölle betragen 1 Gulden 30 Kreuzer, facit 74 Gulden 18 Kreuzer. Ein derlei in Erblanden verfertigtes Stuck Tuch könnte auf das wohlfeilste die Elle unter 2 Gulden 45 Kreuzer nicht verkauft werden, so tuet das Stück 99 Gulden. Mithin ist das erbländische Fabricatum teurer um 23 Gulden 42 Kreuzer oder $31\frac{1}{2}$ Percento: an Geld und Verborgung werden wenigst 10 Percento, mithin zusammen $41\frac{1}{2}$ Percento gewonnen, wovon also ganz füglich 30 Percento entrichtet werden können, und dannoch $12\frac{1}{2}$ Percento vor denen inländischen Tüchern in Voraus verbleiben. Mit denen gedruckten Flanellen hat es eine gleiche Bewandtnuß, dann eine Wiener Elle Hamburger gedruckte $\frac{5}{4}$ Wiener Ellen breite Flanelle kostet in loco Hamburg nicht mehr dann $23\frac{1}{4}$ Kreuzer. Man figuriret also, dieweilen die Stücke von ungleicher Ellen-Maaß sind, ein Stuck von 30 Ellen. Dieses käme sodann zu stehen auf 11 Gulden $37\frac{1}{2}$

Kreuzer. Die Spesen exclusive der erbländischen Mauten können auf 1 Gulden 56 $\frac{1}{4}$ Kreuzer beiläufig gerechnet werden. So kommen 30 Ellen pro 13 Gulden 33 $\frac{3}{4}$ Kreuzer. Hier Landes kostet dergleichen Flanell die Wiener Elle zu dato 35 $\frac{1}{2}$ Kreuzer, mithin 30 detto 17 Gulden 45 Kreuzer. Als ergibt sich eine Differenz von 4 Gulden 11 $\frac{1}{4}$ Kreuzer, so in Percento geschlagen 31 Percento betraget und mit 10 Percento Gewinn an Geld und Credit über die 30 Percento Zoll noch 11 Percento zum Voraus lasset. Auf diese Weise könnte man in wollenen Zeugen und anderen Waren-Sorten noch viele Exempl darstellen, auch in die Ursachen weitschichtiger hineingehen, wann nicht das Werk endlich aus der Hand zu bringen die Zeit pressirete. Es mag also an dem, was in gegenwärtigem Punkt von denen Beschwerlichkeiten bei dem Anfang einer neu anlegenden Fabrique gesagt worden, genug sein, denen sich ohne derlei einraumende Vorteile wenige Personen unterziehen, mitfolglich auch die ermangelnde Fabricata gar nicht oder sehr langsam in die Höhe kommen werden.

Das gemeine Wesen gewinnet jederzeit ganz offenbar hiebei und obgleich die Consumenten wegen des höheren Preises in etwas mitgenommen werden, so geschieht es mit einer solchen Zerteilung, welche niemand ruiniren wird. Ein Entrepreneur einer Fabrique aber, der den Schaden allein zu tragen hat, kann ganz leicht zugrund gehen, bis er es denen Fremden in Quali et Pretio gleichtuen und die in dem Anfang machende Einbußen wieder hereinbringen, folgar durch die nur mit der Zeit erlanget werdende Menge der Arbeiter die Wohlfeilkeit derer Arbeits-Lohne erzwingen kann. Sofern jedoch Einfuhrs-Verbote oder hohe Zölle zu verordnen ein bedenkliches Aufsehen in Politicis machet, so sind ohnvorschreiblich auch noch andere Wege vorhanden, wodurch der nemliche Zweck erreicht werden kann. Man privilegire lediglich die eröffnete Fabrique-Verleger nach denen schon angeführten Modalitäten, die zuruck gehalten wissen wollende Waren in Quanto a proportione Fabricae restricto cum exclusione aller anderen Kaufleute allein führen zu dürfen, so wird der Mangel an Abnehmer die Einfuhr von selbstem hemmen, gleichwie der König von Preußen verschiedene Capi seinen Negotianten zu führen zu Confiscatione verboten haben solle.

Die Manipulation, um nicht hintergangen zu werden, würde allerdings ihre besondere Ein- und Vorsichten erfordern, allein deme allen würde sich bündiger Rat finden, worüber sich dermalen mit Vorschläg auszulassen eben die Zeit zu kurz ist.

Man solle lediglich annoch einen erheblichen Umstand mit wenigen berühren, wie notwendig es sei, daß die dermalige Zoll-Anstalten durch die Bestellungen auf denen Grenzen genau exequiret werden. In dem 102.ten Paragrapho der Relation hat man in dieser Materie etwas indigitiret, die Entdeckung aber folgendermaßen gemacht: Es kame zu einem Kaufmann ein Grentz-Zöllner, welcher feine Tuch, Tressen, seidenes Unterfutter etc. erkaufte. Der Negotiant sagte den Preis der Ware und der Käufer bezahlte hievor ohne zu handeln, was er wollte, wormit auch ohne weitere Widerred das Geld eingestrichen wurde. Auf die nach dem gegen den Kaufmann bezeigte Verwunderung, wie er so wohlfeil verkaufen könne, meldete derselbe, daß dieses ohne den Namen und Station zu sagen, ein Zöllner an der polnischen Grenitz sei, welchen Leuten man ihren Willen tun müsse, weilen sie es schon wiederum herein zu bringen wisseten.

Wann die Faßiones deren Waren Preise von verschiedenen hungarischen Kaufleuten franco Hungarn genommen und dargegen die Ankaufe in Leipzig samt laufenden Spesen und Zöllen gehalten werden, so zeigt sich ganz klar, daß der hohe Zoll hievon nicht entrichtet worden. Dann so findet man in der Preßburger Muster Charte Nr. 3 Aachner Tücher die Wiener Ellen franco Preßburg à 2 Gulden 48 Kreuzer. Diese Sort kostet vermög der Muster-Chart Nr. 95 in Leipzig die Brabander Elle 41 Groschen, mithin die Wiener Elle in kaiserlichem Geld 2 Gulden 51 $\frac{3}{4}$ Kreuzer. Auf die Spesen exclusive der Erbländischen Zölle wird gemeinlich auf die Elle 2 $\frac{1}{2}$ Kreuzer gerechnet, facit 2 Gulden 54 $\frac{1}{4}$ Kreuzer. Ohngeachtet nun der Gewinn an Geld und Credit mit 10 Percento à 17 $\frac{3}{4}$ Kreuzer abgeschlagen wird, so verbleibet doch der Preis à 2 Gulden 36 $\frac{1}{2}$ Kreuzer, zu welchem 30 Percento Zoll mit 48 Kreuzer. So könnte die Elle dieser Gattung genauest zu stehen kommen auf 3 Gulden 24 Kreuzer. Woraus zu entnehmen, daß der Zoll umgangen werde. Es ist zwar nicht ohne, daß die gemeldte Fassiones der Kaufleute sehr ungleich geschehen sind, allein die gar viele dergleichen vorfallende Exempel geben dennoch zu einer nachdenklichen Vermutung Anlaß. Dieses ist gewiß und aus dem schon citirten 79.ten Paragraphen bestätigt zu ersehen, daß die Negotianten all erdenkliche Mittel, die hohen Zölle zu vermeiden, hervorsuchen, mithin die Gegenanstalten nicht bündig genug sein können.

Ad Secundum derer bemerkten Beweg-Ursachen, welche die Hungarn an Leipzig und Breßlau verbinden, könnten die Verschleisse und Barrati, wo nicht directe, doch durch die Fabrique-Verleger nach denen gemachten Anträgen, wie vorhin ihren Fortgang haben.

Ad Tertium nun, womit mehr erwähnte Fabrique-Verleger denen hungarischen Negotianten Credit geben können, weilen allein schon ein Fabrique-Vorlag ein namhaftes Capital erforderet, so wäre ein solcher publicquer Fond zu wünschen, wie selber vermög des 101.ten Paragraphen der Italienischen Reise-Beschreibung bei der kleinen Republique Lucca zu finden ist, allwo die Fabrique-Verleger lediglich mit Genehmhalt und vorläufiger Examinirung ihrer Facultatum declariret werden, sodann aber so viel Geld, als sie benötigt sind, gegen drei Percento Verzinsung aus dem gemeinen Schatz vorgeschossen haben können. Dieser Vorteil machet, daß die Lucceser Seiden-Fabriquen in der Wohlfeilkeit alle anderen übertreffen. Man überlasset diesen Punkt dem hohen Trutinio und vermeinet, daß, wann die verschiedene Depositen und andere Publicquen Cassen, allwo beständige Geldvorräte erliegen, insoweit es tunlich, zusammen gezogen und in die erforderliche Form gebracht, auch hierbei anlegen wollende Capitalia à 3 Percento angenommen und gegen alle Angriffe mit besonderen Immunitäten versichert würden, sich die Mittel, die Fabriquen auf die nemliche Weis zu unterstützen, hervortun würden. Es ließen sich alsdann schon solche Maß-Reguln nehmen, daß der Vorschuß niemalen in Gefahr laufete, auf daß jedoch der nach Hungarn Credit gebende Verleger respectu seiner Debitorum Sicherheit finde, so wäre notwendig, denen in Handlungs-Sachen daselbst in Schwung gehenden Unordnungen vorzubiegen. Es ist eine allgemeine Klage, daß die hungarische Negotianten und sonderheitlich die Griechen und sogenannte Raitzen meistens die Ware auf

Credit nehmen, hierauf immerzu etwas à Conto bezahlen und wieder neue War nehmen, mithin den Verkäufer dergestalten einflechten, daß er nicht mehr loskommen kann. Das ärgste hiebei ist, daß, wann des Debitoris Verschleisse usque ad Terminum Solutionis nicht ergeblich genug sind oder er das Geld zu einem andern Gebrauch verwendet hat, derselbe zurück bleibe und einen Compagnion, wie dann meistens mehrere heimlich beisammen in einer Handlung stehen, auf den Platz schicken, welcher als einzig angebender Fremder seine Negotia ungeschueuet machet und um die Schuld-Post nicht angesprochen werden kann. Begibt sich der Creditor nach langen vergebenen Warten auf den Ort des Debitoris und muß endlich zur gerichtlichen Klag schreiten, so ist derselbe allem demjenigen unterworfen, was von denen hungarischen beschwerlichen Rechts-Processen und dasiger Administrirung der Justiz in dem acht und dreissigsten, neun und dreissigsten und acht und achtzigsten Paragraphen der Relation gemeldet worden. Gelinget es ihm endlich durch vielen Aufwand, daß er zu einem favorablen Spruch Hoffnung hat, entweicht ein solcher böser Zahler in die Turkey, lasset mithin den gutherzigen Gläubiger sowohl respectu seiner Forderung als noch hierzu angewachsenen Reise- und Gerichtsspesen das leere Nachsehen, daß also, wann der Schuldner nicht freiwillig kommt, fast niemand etwas auf dessen Betreibung verwendet.

Soferne dahero das Negotium mutuum zwischen denen hungarischen und andern erbländischen Negotianten auf einen sicheren Fuß gesetzt werden solle, daß durch derer ersteren unordentlich und unbilliges Fürgehen die letztere nicht in Verfall und Banqueroute geraten, mithin das empor zu heben suchende Commercium mit dem Ruin der ohnehin noch ermangelnden genugsamen Handels-Leuten und Verlegerer von seinem eigenen Ingeweide zugrund gerichtet werden solle, so erachtet man sonder gehorsamstes Maßgeben für ohnumgänglich, daß einerseits entgegen die boshafte Entweichungen in das Turcicum ausgebigte Anstalten getroffen und andererseits, da die Natur der Handlungsgeschäfte die Handhabung des Credits mithin eine schleinig und bündige Justiz Administration vor allen Dingen erforderet, eine Wechsel-Ordnung und eigenes Handels-Gericht vor das Commerciale und was dahin einschlaget eingeführet werde. Es dürfte zwar vielleicht eingewendet werden, daß sich entgegen die vorhandene hungarische Gesetze, deren man unkündig ist, kein anderes Recht ordnen lasse. Allein, da das Handels-Wesen in der ganzen civilisirten Welt seine besondere Satz- und Ordnungen hat, so kann doch kein Anstand sein, wann auch nicht contra, doch praeter leges Hungaricas ad Normam des Juris Militaris diese zum eigenen Besten des Königreichs abzielende Anstalten fürkehren zu mögen.

Ad quartum, quintum und sextum ist bereits in der Erörterung. Ad primum sowohl wie zu der Güte und Wohfeilkeit der Waren zu gelangen als auch wie notwendig die genaueste Absicht entgegen die Einschwärzung seie, die gehorsamste Äußerung geschehen: Und respectu des Gewinns, welcher an dem nach Schlesien und Sachsen ausführenden kaiserlichen Geld gemacht wird, bleibet wohl nichts übrig, als daß eine solche dem Staat zum größten Nachteil gereichende Eigennützigkeit derer Privatorum gänzlich abgestellt und also vor diesen Kaufmanns-Vorteil keine weitere Reflexion getragen werde.

III. Eine andere sehr bemerkungs-würdige Rubrique des Negotii passivi ist die Einfuhr verschiedener Waren aus der Turkey, von wessen Bewandniß die Paragraphi 45, 49, 55, 57, 58, 59, 65, 66 und 74 erwähnen; Es ist hieraus abzunehmen, daß ein sehr wichtiger Betrag an Schaf- und sowohl roh- als gesponnener Baum-Wolle, Türkischen Garn, Saffian und Corduan, Taback, Schwein-Vieh, Bagazien oder Türkischen roten Tücheln, Atlassen, Gewöhr und Messern, Caffee, Öl, Reiß, Feigen, Datteln, Ziweben etc. in und durch Hungarn geführt werde, worgegen in die Turkey ausser denen rohen Häuten etwas wenig an Tuch und etwelchen Feldfrüchten nichts abgehet, mitfolglich dieses Negotium mehr Nachtheils Vorteil bringe.

Es ist zwar nicht ohne, daß hievon ein großer Teil nur durch die kaiserlichen Erbländer nach Schlesien und Sachsen verführt werde, mithin respectu dieses Quanti dieser sonst schädliche Handel gemäßigt werde. Allein da die Türkische Untertanen sich selbst des Handels-Geschäfts Quaestionis unterziehen und also die erbländische Handels-Leute hiebei nichts verdienen, so ist außer der wenigen Zehrung und Fracht-Verdienste vor die Länder dann der fünf Percento Zoll-Gebühr für das Aerarium dem innerlichen Commerciali dardurch wenig geholfen. Und obwohl sie türkische Untertanen nebst vielen fremden Waren auch ein so andere erbländische Fabricata an sich erhandeln, so bauen dannoch selbe lediglich darmit die Hungarische Märkte, verhandeln solche lediglich daselbst, und schleppen noch aus dieser Gelegenheit unter dem Vorteil ihrer geringen Zoll-Gebühr eine Menge ausländischer Feilschaften ein. Es ist also ganz richtig, daß eine nicht geringe Anzahl derlei türkischen Untertanen gleich denen Inländern in kaiserlichen Landen und zwar in Specie in Hungarn, Siebenbürgen etc. mit vollkommener Freiheit die Nahrung treiben und sowohl respectu der gedachten erleichterten Zoll-Gebühr, als auch daß sie nicht das mindeste contribuiren, vor denen Insassen ein Großes in Voraus haben. Ein anderer wichtiger Umstand mit diesen türkischen Negotianten ergiebet sich in der namhaften Ausfuhr des kaiserlichen Geldes in die Turkey. Dem äußerlichen Ansehen nach sollte wegen des bezahlenden großen Aggio diese Unternehmung nützlich scheinen. Man wollte es auch noch gelten lassen, wann sie türkische Untertanen anderes Geld hievor in das Land brächten und soltanes gegen die kaiserliche Münze verwechsleten. Zumalen aber aus der vorhergehenden Bewandnuß klar abzunehmen ist, daß der Betrag, welcher zur Einwechslung des kaiserlichen Species-Geldes gebraucht wird, lediglich aus denen Verschleissen sowohl türkischer als anderer ausländischer War innerhalb derer kaiserlichen Länder herkomme, mitfolglich ohne aller Compensation so viele hundert Tausend Gulden von dem Capital derer Erblände ad extra entgehen. So ist gar handgreiflich, daß dergleichen Entziehung derer besten Münz-Sorten ein überaus empfindlicher Verlust sei, welcher auf das Nachdrücklichste, so bald nur immer möglich, remediret zu werden verdienet.

Man vermeinet demnach, daß diese nachtheilige Situation des Negotii mit der Türkei in reife Überlegung zu ziehen, und demselben mit Anwendung behöriger Mittel eine vorteilhaftere Gestalt zu geben, mithin fürnehmlich darauf fürzudenken sei, daß primo mit allen Kräften ad Turcicum ein Negotium activum zur Schadloshaltung derer von dannen ziehenden Bedürfnisse eingeleitet und zu

dem Ende theils durch eigene Erzeugung dahin verschleißbarer Fabricaten, theils gegen Barrato ab extra an sich bringender Waren die Verkehren mit dieser Nachbarschaft billanciret. Secundo der Vertrieb derer türkischer Feilschaften in auswärtige Länder denen erbländischen Handels-Leuten in die Hände gespielet. Dann tertio ihnen türkischen Untertanen die sich herausnehmende allzu große Freiheit in Handel und Wandel samt der Gelegenheit mittelst der nur suo modo berechtigten geringeren Verzollungs-Gebühr, die in kaiserlichen Erbländen gemachte Commercial-Anstalten eludiren zu können, eingeschränket werde. Nach welchen Abhülfen sodann die Geld-Ausfuhr, wann vorläufig der Gegenhalt an Schrot und Korn des davor gebenden Geldes ausgemachet worden, anerst profitabl werden kann. Und nach der in dem 59.ten Paragraph vermerkten Erforschung, daß ein Species-Taler in Belgrad pro acht Siebenzehner und in Constantinopel pro 8 $\frac{1}{2}$ auch wohl neun Siebenzehner azubringen sei, noch nutzbarer als dormalen gemacht werden könnte, wann die Versendungen mit Excludirung derer interessirten Mittels-Personen directe dahin gescheheten.

Man kann keineswegs in Abrede stellen, daß den Gang eines von undenklichen Zeiten eingeführten und durch Friedens-Schlüsse unterstützten Negotio zu verändern vieler Mühe und Beschwerlichkeiten unterworfen sei. Allein es ist doch gewiß, daß eine ernsthafte Application derer erforderlichen Mittel auch die härteste Dinge zustand bringe. Man unterwindet sich einige beifallende Gedanken in dieser Absicht gehorsamst zu eröffnen, und zwar quoad primum wären durch die in denen Ottomanischen Ländern habende Gesandten, Residenten, Consules oder sonsten einiger Anliegenheiten wegen Sejournirende, ja auch durch schon getane aufmerksame Reisen der Sachsen kündige vertraute Personen alle jene Capi nach ihrem Quali et Pretio in Erkenntnuß zu bringen, welche die Türken von fremden Nationen pro Consumptione abnehmen, um hieraus diejenige erwählen zu können, welche entweder selbst zu erzeugen möglich oder durch Gegenhandel nutzbar zu weiterem Verschleiß ab extra an sich zu bringen tunlich wäre. Wonach mit dergleichen anständigen Feilschaften auf türkische Waren barratiret und also ein Zug nach und nach in diese Länder zu Wege gebracht werden könnte, dieweilen die Gelegenheit, eigene Waren absetzen zu können, die Abnahm anderer ungemein facilitiret. Man kennet dormalen vor die Türkei keine andere Articul als die bekannte Türkische Tücher, allerlei Mousseline einige Schleier und Dünntücher, dann verschiedene Seiden-Zeuge und etwelche Leinwand-Sorten. Hätte man in Belgrad die türkische Waren-Lager sehen können, so wäre man im Stand, von ein so anderem genauere Auskunft zu geben. Der gemachte Anfang mit denen türkischen Tüchern oder sogenannten Londres seconds ist indessen wahrhaftig mit allen Kräften zu unterstützen, weilen dieser Debit am allerfüglichsten in considerable Summen erwachsen kann. Man beziehet sich hierowegen auf die Puncto sexto eingeratene Beibringung derer hiezu benötigten feinen Wolle: zu Ausbreitung der Geschicklichkeit in Fabricando sind dergleichen Tücher bei denen Zünften als Meister-Stücke zu assigniren. Zu denen versicherten Ablösungen brauchet es gewisse Anstalten und verlässliche Abnehmer, damit der Lust, sich hierinnen zu qualificiren, erhalten werde. Ja auch der Preis muß anfänglich denen Fabricanten insoweit gebessert werden, als zu Übertragung der

Beschwerlichkeiten, bis eine Sach geläufig wird, erforderlich ist. Vielleicht könnte ein qualificirtes Privativum auf ein gewisses türkisches Waren Capo die Baum-Wolle einen solchen Fond verschaffen, woraus die auf der anderen Seiten durch eine Zeit erforderliche Zubußen bestritten werden könnten. Dieser Antrag revocirt sich übrigens auf jenes, was respectu Anstellung der Fabrique-Verleger vorgeschlagen worden.

Ad Secundum kommen die gleich gemeldte Barrati gegen Türkische Waren ergebig zustand, so geraten diese Feilschaften eo ipso denen erbländischen Negotianten in die Hände, welche durch gänzliche Erlaß- oder Facilitirung derer Transito-Gebühren die fünf Percento entrichten müssende türkische Untertanen bei denen Fremden sodann allezeit und um so mehr übersehen werden, als jegliches vorsichtige barratirte Gut al ordinaire wohlfeiler gegeben werden kann, weilen der Gewinn an der einen War den Preis der anderen erleichtert, zu geschweigen anderer Mittel und Wege, wodurch ohne Anstoßung des Frieden-Tractats denen türkischen Untertanen der Handel durch diese Länder ad extra beschwerlich gemacht werden kann.

Ad Tertium glaubet man recht daran zu sein, daß, wann ein türkischer Untertan von Leipzig allerlei Seiden und andere Waren in die kaiserliche Erblände führet und hievon die Tractat mäßige fünf Percento entrichtet, derselbe sotane lediglich durchzuführen befugt und ad Turcicum zu bringen verbunden, keineswegs aber hievon irgendwo in ein Erbland oder auf denen hungarischen Märkten Verschleisse zu machen berechtigt sei wie dannoch letzteres ganz offenbar geschieht. Wessentwegen respectu der gemeldten Durchfuhr genauere Veranstaltungen nötig sein dürfen, womit unter der bündigsten Einsicht die eintretende vorsichtigst versieglete Colli in der nemlichen Gestalt und Verwahrung hinwieder außer die kaiserlich-königlichen Erbländer gebracht werden.

Die hungarische Negotianten haben sich vielfältig über diese Leute beschweret und gemeldet, daß ihnen durch sie, wie auch ganz leicht zu ermessen ist, fast alle Nahrung entzogen werde, indeme sie sich in allen Orten aufbreiten, alle Negotia an sich zu ziehen bedacht wären, ordentliche Domicilia aufschlagen, mit einem Wort sich allen Vorteils, den ein Landes-Insaß hat, vollkommen anmaßen und danach niemanden etwas contribuiren, ja gar oft, wann selbige ansehnliche Capitalia erworben haben, sich darmit in die Turkey begeben. Man überlasset die Remedur dieser Bedenklichkeiten billig höherer Einsicht und rucket lediglich bei, daß wann diese fremde Untertaner allenfalls, wie billig nur mit einer proportionirten Taglia oder Schutz-Geld beleget würden, hieraus sich ein Fond zu einer Commercial-Unternehmung von vielen Tausend Gulden ganz leicht ergebete.

Die andringende Überreichung gegenwärtiger Relation verstattet nicht, sich respectu des Königreichs Hungarn und übrigen unter einem pertractirten Ländern noch länger aufzuhalten, noch über das Detail derer Ortschaften Reflexiones zu machen, man solle also noch mit der alleinigen Bemerkung schließen, daß vermög des 66.ten Paragraphi der Gouverneur des Temiswarer Banats Herr Marquis von Perlas und dasiger commandirender Herr General von Engelshofen sich anheischig gemacht haben, mit Tuch-Waren mittels der habenden Bekantschaf-

ten sowohl nach der Turkey als nach Moskau Verschleisse einleiten zu wollen, zu welchem Ende man ihnen Muster-Charten derer erbländischen Tüchern behändiget hat. Es beruhet also nur an deme, die Eröffnung ihrer diesfalls hegenden Vorschläge oder allenfalls getroffenen Fürkehren genädig betreiben zu lassen.

Nono, von dem kleinen Strich, welchen man durch Böhmisch-Schlesien über Jabalunka, Teschen, Zkoczow und Bielitz gemacht hat, kommet lediglich anzu-merken.

I. Daß die ziemlich zahlreiche Erzeugung derer Teschner Leinwanden, womit zu Dato die meiste Verschleisse in Hungarn geschehen, auch sowohl für Italien als für die nach Spanien, Portugal und Engelland gangbarer Sorten, wovon bei Hamburg das mehrere vorkommet, adaptirlich wäre.

II. Vermög des 119. und 120. Paragraphi ist zu ersehen, daß die Bielitzer Kaufleute gewisse Sorten rohe Leinwand und detto Trillich, so da teils in der Gegend teils in Polen erkaufet wird, nacher Breßlau versenden, dargegen von dort aus allerlei Specerei und Nürnberger War nehmen, auch Preussisch-Schlesisches Eisen führen und hiemit nebst in loco erzeugenden Tüchern Verschleisse in Polen machen. Es ist ferner umständlich beschrieben, daß durch die Zollabforderung mit 30 Percento von diesen Transito-Gütern, wie sie dann nicht anders geachtet werden können, dieses Negotium völlig unterbrochen und also dem Bielitzer Handels-Stand seine Nahrung entzogen werde.

Die Natur und Eigenschaft eines Negotii bringet mit sich, daß, wann ein Kaufmann mit einer fremden War wiederum in ein fremdes Land handelt, er entweder noch gewisse Appreturen darmit vorzunehmen oder seine Handelszeichen darauf zu drucken, die Richtigkeit des Quanti et Qualis nachzusehen und oft nach Bewandnuß seiner Kundleute die Colli zu verteilen hat. Mitfolglich ihme diese Einsichten zu verschränken sein Negotium ungemein beirren und bisweilen gar aufheben würde. So nötig nun selbige zu Beförderung des Handel und Wandels sind, so offenbar ist, daß wann eine War die effective weiter gehen soll, mit dem Consummo-Zoll belegt wird, sotane nichts anderes nach sich ziehen kann, als daß der Fremde mit dem Fremden directe zu handeln veranleitet und denen im Mittel liegenden Negotianten zu denen machen könnenden Vordiensten alle Gelegenheit benommen wird.

Man vermeinet demnach unvorschreiblich, daß zu Conservirung, des Bielitzer Handels-Standes unter behöriger Vorsicht dieses commercium mutuum gegen die alleinige Transito-Gebühr oder gegen die Verwilligung des Ruck-Zolles, und zwar umso mehr erleichtert werden mögte, als einerseits dadurch verschiedene Landes-Fabricata unter einem verdebitiret werden und andererseits, da die Polen ganz commode à-drittura mit Breßlau handeln können, sonsten auch die bisherige wenige Verkehrung mit ihnen noch gänzlich aufhören würde oder in Ermanglung der Nahrung die Bielitzer Kaufleute vielleicht gar auf die polnische Seite übertreten und sich in Biala niederlassen dörfen, welcher Ort ohnehin schon mit verschiedenen Handwerks- und Handelsleuten besetzt ist. Und da dermalen

diese Starostey an den Premier Ministre Herrn Grafen von Brühl gediehen, wie da verlautet, zum Nachteil der Stadt Bielitz und derer kaiserlich erbländischen Feilschaften verschiedene Unternehmungen in dem Antrag sein sollen, mitfolglich umso mehr mit der äußersten Behutsamkeit alles beizutragen ist, was das Negotium in Polen auf kaiserlichen Grund- und Boden empor heben kann.

Es ist zu vermuten, daß dieweilen Bielitz dem Fürst Sulkofski gehöret, er, der eine große Hand in Polen hat, alles beitragen würde, womit der Handel mit Polen auf sein Territorium und nicht nachher Biala gezogen werde.

fol. 95' — fol. 149

[Decimo bis Decimo quarto beschreibt die Zustände in Polen, Danzig, Hamburg, Lüneburg, Braunschweig, Leipzig und Sachsen. . .]

Decimo quinto de Paragrapho 347 usque ad finem Relationis werden endlich die besuchte *böhmischen Fabriquen*, und was daselbst gesehen, kurzlich berühret.

Primo: Daß Vermög des 348. Paragrapho in Comothau verfertigt werdende schöne Berlinerblau, worauf noch die Verschleisse ermanglen, verdienet, daß alle Einfuhr des ausländischen gänzlich verboten werde.

Secundo: Die Oberleutmannsdorfer Tuch-Fabrique ist ein vollkommenes Werk und könnte die Schule der Tuchmacherei abgeben. Sehr rümlieh hiebey ist, daß alle Arbeit bis auf den Appretirungs-Meister durch Inländer geschiehet. Man findete hierbei nichts zu erinnern, als daß noch auf eine mehrere Wohlfeilkeit wie auch die Ausbreitung in Quanto der Bedacht zu nehmen wäre. So unter anderen dadurch sonder Maßgeben bewürket würde, wann andere erbländische Meister daselbst in dem Modo manipulandi unterrichtet werden sollten, wo dann die Menge der Arbeitenden auch die die unfehlbare Wohlfeilkeit absonderlich bei Privat-Meistern, welche mancherlei Spesen, die eine aufgestellte Fabrique hat, nicht unterworfen sind, nach sich ziehen würde.

Tertio: Die bekannte Duxer-Strümpf sind besser als alle ausländische dergleichen wollene Sorten, und würden also auf denen Leipziger Messen gewißlich gute Anwehr finden.

Quarto: Werden die Ursachen angeführet, warum Prag, ungeachtet seiner guten Situation in der Handlung nicht recht über sich kommen könne. Eine genauere Beurteilung dieser Sache würde auch eine gründliche Untersuchung erfordern, dessentwegen man sich hierüber nicht zu äußern vermag. Die alldortige Leder, dann Leonische Borten- und Spitzen-Fabriquen scheinen ein größeres Verlags-Capital nötig zu haben. Die Hut-Fabrique derer Compagnie Sobeck und Keffenhuller aber ist stärker, und soll auch an Verschleissen keinen Mangel haben. Bei dem Pragerischen Zucht-Haus findete man lediglich zu bemerken, daß dieweilen es das einzige in dem ganzen Königreich ist, das Unterkommen viel zu klein und eingeschränket sei.

Quinto: Die Cladruber Tuch-Fabrique ist noch nicht in vollständigen Stand und mit der Oberleutmannsdorfer keineswegs zu vergleichen. Der Entrepreneur

Beloux jedoch scheint ein sehr geschickter Mann zu sein, der lediglich ein Magazin von spanischer Wolle wünschet und sodann eine namhafte Quantität von Londres seconds zu erzeugen erbietig ist.

Sexto: Die Heralezer Flanell-Fabrique ist in gutem Stand und an denen Qualitäten nichts auszustellen, mit denen Preisen aber kann man es denen Hamburgern noch nicht gleich tun, wessentwegen die in dem achten Punkt vorgeschlagene Unterstützung nötig sind, bis die mehrere Ausbreitung und Erleichterung derer Erfordernisse es näher geben werden. Der Meister daselbst sticht die Kupferplatten zum Drucken und versteht auch die Tractirung derer Calcas mit denen chymischen Farben. Außer dem nun, daß die feine Woll-Spinnerei auf sächsischen Rädeln eingeführet ist, so findet man auch die Erzeugung der einschurigen Wolle des Cameel-Hars, dann der Röte und Weide eingeleitet, eine Bleiche angeleget und die feine Flachsgespunst auf einen besonderen Grad getrieben, Beinebens die erforderliche Röte, Schneid-Stampf- und Mahl-mühle in einem Werk, dann einen Stampf zu Halb-Räschen, Ganz-Räschen und Leinwand, wie auch eine Wasser-Mangel angeleget, daß also von diesen Dispositionen verschiedene Nutzbarkeiten zu hoffen sind.

Septimo: Zu Neu-Schloß die Manipulation der dortigen Bleichen zu sehen, ware außer der Jahres-Zeit. Man hat indessen die Bleich-Plätze, Bleich-Hütten, Walke, Mangel etc. gesehen, und jenes bemerkt, was allschon in der Relation beschrieben worden, außer dem man kein weiteres hier beizurucken findet.

Decimo Sexto: Wann in die gesamte bei dieser Reise vorgefallene Notata mit Reflexionen hätten hineingegangen und über den ganzen Zusammenhang ein förmliches Systeme zustand gebracht werden sollen, so würde notwendig hieraus ein größeres Volumen, als selbst die Relation unstreitig erwachsen sein, wie ganz natürlich ein Comentarium den Text in der Weitschichtigkeit jedesmal übersteiget. Es wäre vielfältige Materie zu Combinationen und Calculirungen deren fremden Sachen, Personen und Verfassungen gegen die Erbländische sofort daher fließenden Demonstrationen des Schöpfen kommenden Nutzens, die Möglichkeit in der Ausführung und der Notwendigkeit, sich gewisser determinirter Hülfsmittel zu gebrauchen, vorgefallen. Allein die pressirte Endigung dieses volumineusen Werks hat alles, was einen weiteren Zeitverlust verursachen kann, und zwar umso mehr zuruck zu halten veranlasset, als vielleicht viele mühesam ausgearbeitete Vorschläge vermög höheren Einsichten dermalen in Vollzug setzen zu können außer der Zeit, mithin der Vortrag vielleicht ein verlornes Tun gewesen wäre. Ist daher in einem oder dem anderen zu wenig gesagt worden, so wird es lediglich von der hohen Willkür abhängen, hievon eine Spezialausarbeitung anzuverlangen, welche sodann aus denen Relations-Notaten umständlich hergestellt, alle noch etwa verdeckte Nutzbarkeit, die sonst entweder im Verborgenen bliebe, oder in Ermanglung der gehörigen Application als eine gleichgültige Sache angesehen wurde, hervorgebracht und der hohen Beurteilung übergeben werden solle. Man wünschet nicht, als daß nach Maß der Beschwerlichkeit Gefahr und sorgvollen Verrichtung, mit welchen diese Sammlungen zustand gekommen, auch

die hieraus gezogen werden könnende Früchte Ihro kaiserlich-königlichen Majestät Erblanden zu Guten gereichen mögen. Und ist nach denen habenden wenigen Begriffen der vesten Meinung, daß nach der auf solche Weis erlangenden Erkenntnuß das weitere durch Anwendung der würksamen Hülfsmittel zu unendlichen Nutzbarkeiten ausschlagen müsse. Allermaßen man dafür haltet, daß, wann eine Sach nach allen erweislichen Begriffen einmal für möglich erkennet wird, es nur von dem, der soltane auch wirklich in Vollzug zu setzen Macht hat, abhänge.

fol. 156'

Carl Graf von Haugwitz, Ludwig Fe. Procopp.

* * *

„Relation über die unterm 19.ten Mai des 1755 sten Jahrs von Brünn angetretene, durch Hungarn, Syrmien, das Temeswarer Banat, Siebenbürgen, Böhmisch-Schlesien, Polen, dann die berühmte Handels-Städte Danzig, sofort durch Pommern, über Wißmar, Rostock, Lübeck, Hamburg, Lüneburg, Braunschweig, Leipzig, wie auch andere beträglichere Örter des Churfürstentums Sachsen, endlich mit Besuchung ein-so anderer böhmischen Fabriken den 6ten Jänner des laufenden 1756ten Jahrs vollendete hochverordnete Commercial-Reise. Mit Allegatis a Nr. 1 bis Nr. 151 instruiert, dann ein so anderen hieraus gezogenen unvorgreiflichen Reflexionen begleitet. Erste Abteilung: Von Hungarn anfangend bis inclusive Danzig“.

Hungarn § 1: Dieses Königreich ware das erste Land, wohin die aufgehabte Reise zu nehmen gnädig verordnet worden. Nun werden darinnen in jener Folge, wie der Weg geleitet hat, nur jene Orte, wo einige Beschäftigungen vorgefallen, berührt, sofort die daselbstigen Verrichtungen beschrieben, und alle Nachrichten, welche eine notwendige Eilfertigkeit, um die gegen 800 Meilen betragende Reise vollbringen, somit auf der Leipziger Messe behörig eintreffen zu können, einzuholen zugelassen angemerkt. Dieweilen aber Slavonien das Temeswarer Banat und Siebenbürgen darzwischen vorgefallen, wornach erst die weitere Reise durch Ober-Hungarn continuative vollführet worden. Als werden auch besagte Landschaften in der Ordnung, wie der Besuch sich ergeben mit eingerucket, in dieser Abteilung vorkommen.

[§ 2 Odenburg]

fol. 8

§ 8. Der zweite Handelsplatz *Preßburg* hat eine ziemliche Handelsschaft und zwar sonderheitlich zur Markts-Zeit. Es gehen alldort gleichfalls feine mittel- und ordinari Tücher, Seiden-War von allerhand Sorten, wollene Zeuge, sowohl als verschiedene leinene Waren, wie das mehrere bei Anführung derer Negotianten vorkommen wird. Dann zu gedachter Markts-Zeit finden sich viele hungari-

⁶ Oe. StA., Hofkammerarchiv Hs. 297.

sche und auch Kaufleute aus deutschen Erblanden ein, worunter aus Mähren etweliche Neu-Titscheiner Tuch-Handler und die Nicolspurger Juden. Die ansässige Preßburger Kaufleute jedoch, außer einigen, die auch außer Markts-Zeit en gros Versendungen in Hungarn tuen, haben ihre meiste Verschleisse nur in Loco oder auf umliegenden Örtern.

§ 9. Die Kaufmannschaft hat eine Bruderschaft und ist privilegiert auf und anzunehmen, wen sie will. Folgar beruhet der Numerus Restrictus bei ihnen. Sie wird in Eisen-Seiden- und Spinnerei-Händler unterschieden.

§ 10. Von erheblichen Commercial-Fabriken ist nichts zu finden. Ein sicherer Spinnerei-Handler Financi, welcher unter einem Ausländer Weine, Rosoglio, und Papier führet, hat ein Privilegium privativum auf die Fabricirung der Wachs-Fackeln.

§ 11. Des Platzes beste Kaufleute, mit denen zu sprechen die Zeit zugelassen hat, sind Christian Sigmund Casper oder die sogenannte Braunische Erben, welche in zweien Gewölbem, in einem die Tuch- und in dem andern die Seiden-Handlung führen. Die Tuch-Sorten bestehen in Aachnern, im Preis die Elle à 2 Gulden bis 3 Gulden 15 Kreuzer, die Hochroten aber à 3 Gulden 48 bis 4 Gulden 45 Kreuzer, die Ordinari gehen in Stücken, à 18 bis 24 Gulden, worunter meistens mährische Tücher sind. Die Cronrasch ziehen selbige von Hamburg, in der Länge à 29 Yards oder 33 Wiener-Ellen, in der Breite $1\frac{1}{8}$ ^u letzterer Maß. Der Preis ist à 21 bis 22 Gulden. Von dannen nehmen selbe auch rote und schwarz-gedruckte Flanelle in zweien Sorten, nämlich $\frac{5}{4}$ ^u und ellen-breit. Die Preise sind nach denen Einkaufskosten in Leipzig, der breiteren, die Brabander Elle deren 45, 31 Yards machen à 8 gute Groschen dreifärbig, und 7 gute Groschen zweifärbig. Die schmalere dreifärbige à 6 gute Groschen und die zweifärbige à 5 gute Groschen. Item ziehen sie von Hamburg allerlei Zitz und Catton von unterschiedener Feine und Preisen. Von Neurode nehmen selbige ein großes Quantum Halbrasche in der bekannten Länge à 22 Wiener-Ellen, und bezahlen selbe in Loco Neurode à $6\frac{1}{4}$ Gulden. Eben von dannen werden ihnen von einem sicheren Gewerbe 44 Wiener-Ellen lange und 14 sechzehndel breite Castor-Zeuge franko Wien pro 13 Gulden geliefert. Mit halbprohen Leinwänden oder sogenannten Cannefassen versehen sie sich von Linz, in der Breite $1\frac{1}{8}$ ^u und in der Länge 30 Wiener-Ellen, die Sorten sind à 9 Gulden 11 Kreuzer et 13 Gulden. Von der Qualität der Halbrasche, Halb-Castor und Linzer Leinwänden zeigen die Muster in dem Allegato sub Nr. 1. Die seidene War aller Sorten nehmen sie meistens directe aus Italien und die sogenannten Schweitzer-Zeuge, halb von Baumwollen und halb von Seiden, ebenmäßig aus der Schweiz, etwas jedoch wird auch in Wien abgenommen. Diese letztere Sorte findet einen starken Zug, daß es der Mühe verlohnen würde, diese Ware nachzumachen, wie dann zwar bereits in Wien ein Anfang darmit geschehen, allein der Preis ist noch zu hoch, indeme man die Elle à 50 Kreuzer erkaufet, wo die Wiener-Ware vermög erhobenen Mustern à 54 Kreuzer zustehen kommet. Der Daniel Maitani ist ein Nieder-Läger, so bloß en-gros verschleiset. Derselbe führet alle vorbenannte Waren, und über dieses viele andere Schweitzer-War in Bändern, Gallonen und

Flor. Seine Provisiones geschehen alle aus der ersten Hand, und da man demselben die zu Heraletz in Böhmen fabrizirt-werdende kleine Flanell-Muster vorzeigte, so verlangte er von denen zwei- und mehrfärbigen von jeder Platte einen Muster-Abdruck zu seiner besseren Ersehung, und versicherte sodann, sich von daraus providiren zu wollen. Wessentwegen der Einsendung habler der privilegierten Mährischen Compagnie die Nachricht gegeben worden. Dieses Grossirers Handlung steht in einem sehr guten Renomeé, wie er dann selbst ein gar fein und bescheidener Mann ist. Franz Joseph Haggi zum weißen Kreutz ist wie die Braunischen Erben asortiret, ziehet jedoch auch Ordinari-Drillich und Zwillich mittelst Tyrnau. Johann Haunsch negotiret nur mit Halb-Raschen, Flanell, Cannefassen und derlei ganz und halbleinernen Fabricatis, wie auch mit ganz und halbseidenen Waren. Man haltet ihn vor sehr gut und rühmet seine starke Verkehrung. Dominicus Faber führet gleiche Sorten, ist jedoch nicht so stark wie der vorhergehende. Johann Poltz ist hauptsächlich ein Tuch-Handler, führet aber nebenbei ganz und Halb-Rasche. Dessen Tücher-Sorten, ihre Länge, Breite und Preise sind aus der Beilage Nr. 2 zu entnehmen. Carl Mader ist ebenmäßig ein bloßer Tuch-Handler und hat ein wohl eingerichtetes Gewölb, meistens mit Aachnern und Leydner Tücher assortiret. Demselben gefielen die vorgezeigte Muster derer in Mähren auf holländische Art gearbeiteten Tücher, er behändigte also eine Muster-Chart, wie eine dergleichen sub Nr. 3 zu ersehen, und verlangte zu einer Probe die Einsendung der nämlichen Farben und Gattungen, wovon die Compagnie auch alsogleich benachrichtiget worden. Man wollte jedoch sagen, als ob seine Handlung in Abnehmen wäre. Noch ein anderer Mader, ein Spinner-Handler, ist ein sehr vermöglicher Mann, mit dem man sich in Geldsachen sehr sicher einlassen könnte. Der Joseph Mayer, der Compagnie bisheriger Correspondent, hat nur ein kleines Warenlager, meistens von Nürnberger Waren.

§ 12. Diesen Kaufleuten, als welche die beste sein sollen, wurden jeglichen die in sein Handlungs-Wesen einschlagende erbländische Fabricata vorgezeigt, die Preise eröffnet, ihre Meinung darüber abgefordert und sie damit zu versehen anboten. Dieselben nun stellten an der Qualität und denen Preisen kein mehreres aus, als daß sie die Cron-Rasche schärfer gepresset und die Halb-Rasche annoch wollreicher verlangten, versicherten dagegen, daß die Waren in der Nähe haben zu können, gar anständig sei. Wessentwegen sie mit der Mährischen Compagnie einige Versuche tun würden.

§ 13. Die Wasser-Fracht von Wien bis Preßburg ist von Centen à 18 Kreuzer, zu Lande aber wie auch zu Wasser von Preßburg nacher Wien gegen den Strom à 24 Kreuzer. Der bessere und schlechtere Weg jedoch, wie auch die teuer und wohlfeilere Fütterung machen wie allerorten einige Veränderung. Von Preßburg bis Brunn aber wird vom Centen à 1 Gulden 45 Kreuzer gemeinlich accordiret.

§ 14. Preßburg hat eine Stadt-Mauth, welche nur Fremde bezahlen, die Einheimischen aber frei sind. Man zahlet von denen Waren und erwöget hiebei die Befrachtung, höchstens jedoch wird vom Wagen 36 Kreuzer abgenommen. Die Zahlung bei der Überfuhr auf der Fliegenden Bruck ist von einem Fußgeher 3

hungarisch, von jeglichen Schaf, Schwein, Ziegen, Kalb 3 detto, von einem Pferd oder Rindvieh 9 Kreuzer, von einer geringen Calesß 6 Kreuzer, von einem Landkutscher oder leeren Fuhrwagen 12 Kreuzer, von einem beladenen großen Wagen von 1 bis 3 Gulden, gemeinlich aber 1 Gulden 30 Kreuzer. Die Dreißigst-Gebrühren wurden angesagt aus Österreich von 100 Gulden Capital 2 Gulden 24 Kreuzer, aus Mähren 5 Gulden und aus fremden Landen 30 Gulden.

§ 15. Von einigen Commercial-Statutis-Wechsel oder Handels-Ordnungen waren nichts zu vernehmen, sondern es soll vielmehr zu größtem Nachteil derer Negotianten daselbst üblichen Rechtens sein, das wann ein Chyrographarius mit einem Wechsel-Inhaber bei Gerichten concurriren, der erstere vorgezogen werde.

§ 16. Von denen hungarischen Münzen ist wenig zu melden, indeme selbige mit anderen der deutschen Erblande gleich sind. Die alleinige sogenannte Hungarische sind: eine Special-Sort des Landes, deren 5 einen Silbergroschen machen. Man führet jedoch bei denen Kaufleuten die Rechnung in Floren, Kreuzer. Der Eimer ist in 30 hungarische Maaß verteilt und sonst dem österreichischen gleich. Die Elle und das Gewicht ist dem Wienerischen gleich, und die Getreid-Maaß ist allbereits bei Odenburg beschrieben worden [Die Getreid-Maaß aber verhältet sich nach der Preßburger, und haltet ein Metzen 22 Maß. Das Messen geschieht durchaus gestrichen, die Knopperrn und Nüssen alleinig ausgenommen, als deren Maß um die Hälfte größer ist. Der Wiener Metzen soll um $\frac{1}{8}$ ^u kleiner als der Odenburger Getreid-Metzen sein. Nachtrag von fol. 7^r und 8]. Es wird nur noch beigerucket, daß selbe auch in Viertel und Achtel zerteilet werden. [§ 17 bis 25 Raab ...]

§ 26. Der vierte Ort ist *Comorn*. Allhier wird ebenso wie in Raab negotiret, das ist von denen Ansässigen in Loco und auf denen umliegenden Örtern. Sie holen ihre meiste Waren von Tyrnau, Preßburg und Wien und sind die besten Negotianten alldort: Johann Kutschera und Compagnon, vel Johann Thomer, Joseph Wagner, dann die Griechen Rosa Demeter et Compagnie, ferner Georg et Nicolo Popowitsch Compagnie. Geringere sind: Johann Figel, Cajetan Freund und Philipp Kißler. Ihre Assortirungen sind fast einerlei und bestehen in feinen Tuch-Sorten als Draps de Berry, $1\frac{3}{4}$ ^u Wiener-Ellen breit, in ordinari Couleuren die Brabander Elle à 60 gute Groschen, Aachner Tüchern, ordinari Farben von der feineren Sort detto à 48 gute Groschen, von der mittleren à 44 detto, Ponceau und Crémoisin à 55 bis 60 gute Groschen, Görlitzer Tücher, eben die Brabander Elle à 30 gute Groschen, dann ordinari mährische Neu-Titscheiner Tücher, das Stück 20 Wiener-Elln lang und $\frac{9}{4}$ ^u breit von 17 bis 19 Gulden. In gedruckten Flanellen $\frac{5}{4}$ ^u breite dreifärbige von Leipzig, die Brabander Elle à 8 gute Groschen, und zweifärbige à 7 gute Groschen, die Ellen breite dreifärbige à 6, und zweifärbige à 5 gute Groschen. In Cron-Raschen, so zweierlei sind, als bessere, welche von Linz kommen, die Wiener-Elle à 54 bis 57 Kreuzer und geringere, so von Breßlau über Tyrnau gezogen werden, die Elle à 45 Kreuzer. Schlesische Halb-Rasche, bessere à 6 Gulden 36 Kreuzer, und etwas geringere à 6 Gulden 15 Kreuzer. In halb-gebleichter aus Polen von Biala bringender Leinwand, das Stuck 60 Breßlauer oder 44 Wiener-Ellen lang, und $1\frac{1}{8}$ ^u breit à 6

Gulden 6 Kreuzer. In gebleichter Teschner Leinwand, so aber nur elln-breit, in Sorten von 6 bis 9 Gulden. Man findet sonst auch noch andere bei Raab beschriebene leinen- und wollene-Sorten. Über die Ganz- und Halb-Rasche, dann gangbareste Couleuren in verschiedenen Tuch-Sorten ist die Muster-Chart sub Nr. 5 beigefügt.

§ 27. Die Maut sowohl als die Maß und das Gewicht verhalten sich, wie bei Raab bemerkt worden. [Die Dreissigst-Gebühr ist wie in Preßburg, von einer Particular-Maut aber hat man nichts erfahren fol. 21, 21']. Das Gewicht ist dem Wiener gleich, die Ellen-Maß aber um $1\frac{1}{4}$ per Cento größer. Die Getreid- und Wein-Maß kommend mit Preßburg überein. Die Fracht aber ist von Wien zu Wasser pro ein Centen 30 Kreuzer und zu Land 14 bis 15 Groschen.

fol. 22'

§ 28. Eine Meile von Comorn gegen Ofen zu Almas wird rot und grau gebrochener Marmor geschnitten und geschliffen. Der rote bricht zu Tardasch und der graue zu Schittna. Der Marmor-Schleifer, Johann Paul Gruber, verkaufet ein Paar zierliche Tisch-Blätter pro 20 Gulden. Es werden auch Salz-Fässer, Messer-Schalen und andere Kleinigkeiten verfertigt.

[§ 29. St. Andre, § 34 Stuhl-Weisenburg, § 39 Ofen, § 44 Pest, § 48 Esseck, § Semlin, § Peterwardein, § 64 Temeswar, § 68 Hermannstadt, § Cronstadt, § 76 Scheßburg, § 78 Epersdorf, § 80 Mediasch, § 81 Carlsburg, § 83 Clausenburg, § 86 Samosuiwar, § 89 Debreczin, § 91 Tockey ...]

fol. 98'

§ 96. Nun folget der drei- und zwanzigste Ort *Caschau*. Diese Haupt-Stadt von Ober-Hungarn solle einstmal sehr vermögliche Einwohner gehabt habe, so aus einigen publicquen-Gebäuden annoch abzunehmen ist. Dermalen aber sind selbige ziemlich erarmet, so aus Ungleichheit derer Anlagen herrühren soll. Es gibt aber dannoch etwelche vermögende Handels-Leute, welche zu dasiger Landes-Consumption wohl assortirte Waren-Lager halten und daraus kleinere Ortschaften verlegen. Die Waren-Gattungen bestehen in Leydner, Aachner, Görlitzer, Bielitzer und Mährischen Tüchern, Tuch-Flanellen und Boyen, nicht minder aus Schlesien in Ganz- und Halb-Raschen, Leinwanden, Tisch-Zeug, Battist, Schleier, schwarz- und weißen Dünntuch aus Leipzig, in gedruckten Flanellen, Hüten, Cron-Raschen, Calamanten, wollenen-Zeug-Sorten, Schweitzer Droquet, Seiden-Zeugen, als Lustrin, Damasten, Droqueten, Taffet ect., Cannefaß und verschiedenen Trillich-Sorten. Item aus Mähren in Ordinari Hüten, wollenen Manns- und Weiber-Strümpfen, Mesolanen und detto Weiber-Röcken, ordinari Leinwanden und Bett-Zeugen. Von denen Cron- und Halb-Raschen sind Muster sub Nr. 26 beigefügt. Die gangbarste Couleuren, wie fast in ganz Hungarn, sind franz- und licht-blau, oder coelest, gras- und licht-grün, unter denen Tüchern jedoch sind verschiedene melierte Farben gleichfalls gebräuchlich.

§ 97. In Caschau finden sich auch Vorräte von Tockayer-Wein, als 49er Ausbruch von Trocken-Beer, das Anteil pro 20 Ducaten, 1753er à 18 Ducaten. Maßlasch, das Faß oder 2 Anteil zu 15 Ducaten, der Ordinari à 8 Dukaten. De

Anno 1754 Ausbruch das Anteil à 12 bis 15 Ducaten, Maßlasch das Faß à 10 bis 12 Ducaten, Ordinari das Faß à 7 Ducaten.

Unter denen Kaufleuten sind von einiger Consideration: Andreas Bratobeuera et Compagnie, Mathias Neumany und Friedrich Michael Dürner, Müllers seelige Wittib, Paul Trexel, Jacobs Costatin seel. Wittib und Erben, Christoph Wiletz und Monsiny, endlich Michael Argenti et Compagnie, Griechen.

§ 98. Die Fracht von Wien bis Caschau betraget von Centen 4 Gulden. Die Elln-Maß und das Gewicht ist wie anderer Orten und die Getreid-Maß geschieht in Kübeln, deren einer 2 Preßburger Metzen machet. Die Wein-Maß bestehet in Fässern und Anteilen, welche sich, wie bei Tockay vorkommene, verhalten, machen also derlei vier Fässer ein 10 Eimeriges österreichisches Faß.

§ 99. In Caschau ware Gelegenheit, jenen Weg etwas genauer zu erforschen, welchen die Hungarn und Siebenbürger mit ihren Breßlauer und Leipziger Waren durch Polen zu nehmen gewöhnet sind. Dieselben frequentiren aber viererlei Wege, nachdem ihnen dieser oder jener respectu des loci ad quem, der verschiedenen Zeit und Witterung, dann wegen Aufbringung und Subsistenz der Fuhr-Leute am gelegensamsten fallet. Die erste Straße gehet von Caschau bis Eperies und betraget 4 Meilen, von dannen bis Bartfeld 4 Meilen, bis Gribow 5 Meilen, bis Suelazin 5 Meilen, bis Cracau 6 Meilen, zusammen also 24 Meilen. Die zweite Straße von Caschau bis Eperies wie oben 4 Meilen, von dannen bis Palotscha 3 Meilen, weiter über das wüste Feld bis Lieblau 3 Meilen, auf Altendorf 2 Meilen, sonach bei dem Schloß Tunajetz über den Fluß gleichen Namens bis Neumark oder Novitary 4 Meilen, endlich bis Cracau 5 Meilen, tuet 21 Meilen. Die dritte Straß gehet mehrmal über Eperies und Palotscha, sind 7 Meilen, ferner über das wüste Feld bis Muschino 4 Meilen, alsdann auf Neumarkt 4 Meilen, und auf Cracau 5 Meilen, betraget 20 Meilen. Die vierte Straß gehet von Caschau der Post-Straße nach bis Leutschau, facit 11 Meilen, von Leutschau über Keßmark nacher Altendorf 4 Meilen, und endlich von dannen, wie bei der zweiten Straß schon angemerkt worden, über Neumarkt nach Cracau 9 Meilen, in summa 24 Meilen. Bei der ersten Straße ist das erste polnische Ort Grübow, bei der zweiten Lieblau, und bei der dritten Muschina, bei der vierten aber wäre es Altendorf. Noch ist zu bemerken, daß bei der ersten, zweiten und vierten Straß unzählige Mal der Fluß Biela passiret werden müsse. Mithin ist in jenem Fall, wann der Fluß Poprat unweit Muschina passiret werden kann, die dritte Straß allzeit die fürträglichste, weilen man nicht nur allein den gedachten Fluß Biela dadurch umgeheth, sondern auch, wie aus der Vormerkung zu ersehen, dieser der nächste ist. Es ware zu vernehmen, daß mittelst des Flusses Poprat gar füglich Wasser-Transporte in die Weixel eingeleitet werden könnten, und da derselbe nur 6 Meilen von dem Waag-Strom entlegen, auch eine Communication mit demselben nicht unmöglich seie.

fol. 103

§ 100. Der vierundzwanzigste Ort ist *Eperies*. In dieser Gegend wird nicht nur allein viel Flachs gebauet sondern auch versponnen, und sodann das Garn

in Leinwand verwebet, maßen in dem angrenzenden gar schön und angenehmen Zipser-Land schon verschiedene Fabricata in leinener Ware gemacht werden, welche sich weit in Nieder-Hungarn ausbreiten und vielen Debit finden. Deme ohnerachtet aber werden auch verschiedene Teschner, Silberberger und Mährische-Ordinari-Leinwanden dahin eingeführet.

§ 101. Zu mehrerer Einsicht des Negotien-Gangs verhalten sich die usuellen Waren-Capi folgender Maßen: Aachner-Tücher von Leipzig, die Brabander Elle 48 gute Groschen ordinari Couleuren, hohe Farben dagegen à 52 bis 54 Groschen, Breßlauer Tücher à 24 bis 38 Silbergroschen. Daher Cron-Rasche, die Elle à 11 bis 12 Groschen. Item schlesische Halb-Rasche, das Stuck zu 6 und 7 Gulden, zu färben dunkel und licht-grün, schwarz, Maron, Eisen-Farb und Ponceau. Schmiedeberger feine Leinwanden von 16 bis 40 Gulden das Schock und respective Webe. Teschner-Leinwand von 6 bis 18 Gulden. Das Schock Breßlauer Schachwitz à 30 Wiener-Ellen lang, $1\frac{1}{8}$ ^u breit von 9 bis 14 Gulden. Gedruckte Flanelle von Leipzig, geköppt, $\frac{5}{4}$ ^u breit, die Brabander Elle zweifärbig zu 8 und dreifärbig zu neun gute Groschen. Die Ellnbreiten mit diesem Unterschied zu 5 et 6 gute Groschen. Ungeköppte $\frac{5}{4}$ ^u breite, zweifärbige, zu 6 und dreifärbige zu 8 gute Groschen, die Elln-Breite in gleichen Verhalt à $3\frac{1}{2}$ und 5 gute Groschen nebst 4 Percento Sconto, wann contant bezahlt wird. Käßmarker Cannefaß gestreift, das Stuck von 25 Elln à $7\frac{1}{2}$ Gulden, rohe detto à 5 Gulden. Steif-Leinwanden, das Stuck à 30 Elln, weiß pro 5 Gulden und schwarz pro 4 Gulden. Bielitzer Tücher in Corrant-Farben, als dunkel und licht-grün, Franz und licht-blau, coelest, cremoisin und scharlach, in ordinari Farben, die Wiener Elle von 24 bis 38 Groschen, in feinen Farben à 44 bis 58 Groschen franco Eperies. Leipziger Schwanen-Boy, die Wiener Elle auf 24 bis 26 Groschen, $1\frac{3}{10}$ ^u breit. Schlesische Glanz-Leinwanden die Wiener Elle à 6 Groschen, alles franco ad locum verstanden. Von ein so anderen Waren werden die Muster sub Nr. 27 beigelegt.

Die beträglichste Kaufleute dieses Platzes sind: Jacob Schreyvogel seeligen Wittib, Johann Jacob Wallentner et Compagnie, Johann Sinkenthaller, Johann Weiferl, Paul Fistrowitz, Joseph Primavesi et Compagnie, Roschosch Stephan, Michael Mičžko, beede Griechen.

§ 102. Vor denen Mauten ist hier nichts Speciales zu bemerken. Wohl aber ware zu vernehmen, daß die Mautner nirgend besser als an der polnischen Gränitz stunden. Die Ursach ist leicht zu begreifen, da fast alle von Leipzig kommende Waren in dieser Gegend in das Land treten, wie es die bei Caschau bemerkte vier Straßen mit mehreren bewähren. Die Fracht von Wien bis Eppe-ries betraget vom Centen 3 Gulden, nach Wien aber nur 2 Gulden. Von Leipzig über Breßlau von Centen 6, auch $6\frac{1}{2}$ Gulden.

§ 103. Die Ellen-Maß und das Gewicht ist mit dem Wiener einstimmig, die Getreid-Maß bestehet in Kübeln, deren einer vier Kores haltet, 2 Kores aber einen Preßburger Metzen. Die Wein-Maß ist wie bei Caschau.

§ 104. Allhier wurde die Topolzheimer-Wolle angerühmet, welche in ihrer Qualität die Stuhlweisenburger noch übertreffen soll, wie dannen dieses auch aus

dem Preis zu entnehmen ist, allermaßen der Centen Winter-Wolle zu 35 et 36 Gulden verkauft worden. Hier Ortes ist ferner jährlich in die 150 Centen Wachs à 60 Gulden zu verkaufen, und ein Quantum Hönig, die 2 $\frac{1}{2}$ Centen haltende Tonne à 11 und 12 Gulden. Man führet auch Trocken-Beer-Wein aus denen Madereyn- und Bernier-Gebürgen, das Anteil à 15 bis 16 Ducaten, die Maslasch das Faß zu 12 bis 13 Ducaten. Man rühmte die besonderen Eigenschaften hievon, daß selbiger sich 15 bis 20 Jahre halten lasse.

fol. 106'

§ 105. Der fünfunzwanzigste Ort ist *Leutschau*. Hier sind abermal etliche recht ansehnliche Negotianten, als Gorbat und Nehrer Compagnon, Johann Friwerth und Johann Radl, welche nicht nur allein in Waren recht wohl assortirt sind und ein starkes Lager halten, sondern auch proportionirte, mithin große Verschleisse machen. Die Gattungen derer Waren sind eben diejenigen, welche bei Caschau bemerkt worden, und gehen hier nächst noch allerhand Catton von Hamburg und von der Schwechater nächst Wien. Wie dann ferner fast alle Sächsisch-Wollene Zeug-Sorten unter einem geführt und die Muster etwelcher Waren sub Nr. 28 bemerkt werden.

§ 106. Der Johann Friwerth machte nach gesehenen hier-ländigen Muster-Charten zur Probe eine Bestellung sowohl an Ordinari, als Mittel-feinen Tüchern, an gedruckten zweifärbigen Flanellen in verschiedener Breite. An Halb-Raschen, welche jedoch so dicht als möglich und bedruckt zu verfertigen wären. Von weißen Bombasin, weißen und schwarzen Steif-Leinwänden, grün und roten Glanz-Leinwänden, weiß auch blau gedruckten Leinwänden, brochirten Wiener-Bändern, item Sommer-Tüchern und von derlei Flor zu machen kommenden Frauen-Schürzen, dann gold- und silbernen Spitzen vor Damen. Dieser Handelsmann recommendirte einen stattlichen Negotianten in der Zips, namens Johann Gottlieb Losgallner, welcher eine gar beträchtliche Handlung führen und von sehr großen Vermögen sein solle. Die Zeit hatte nicht verstattet, daß man sich ad Locum hätte begeben können; folglich ist er der Mährischen Compagnie lediglich durch Correspondenz an Hand gelassen worden, mit Beziehung auf den Recommendenten Muster-Charten und Preise einzusenden.

fol. 108'

§ 107. Der sechsundzwanzigste Ort ist *Neusoll*. Man übergeht allhier die aufgerichtete Eisen- und Kupfer-Schmelzen als eine bekannte Sache und berührt lediglich das Commerciale, so jedoch bloß allein sich auf die Consumption der dasigen Gegend extendiret. Die beste Negotianten, welche sich damit beschäftigten, sind: Johann Simon Šemko, Johann Michael Zopf, Johann Rudolph Trinkl und Samuel Lakner seelige Wittib. Ihre Waren bestehen in denen bei vorgedachten Orten angeführten Sorten. So werden auch selbige von denen nemlichen Orten gezogen, mithin ist in denen Ankaufs-Preisen kein Unterschied. Die ansehnliche Waren-Lager, welche diese Kaufleute halten, zeigen, daß die Verschleisse proportionirt sein müssen. So sich auch wohl aus der Natur der Sache ergibt, weilen in Locis keine Fabricanten zu finden, sondern alle derlei Not-

durften von anderwärts hergeholet werden müssen. Allein von denen aus Zement-Kupfer gemacht werdenden indwendig- und am äußersten Rand vergoldte Bechern nähren sich etliche Fabricanten, weilen diese Art Trink-Geschirr für Reisende sehr commode ist. Die kleineren halbrunden kosten das Stuck 25 Groschen, die größeren in Form halber Fäße aber 3 1/2 Gulden. Von mittelfeinen Tüchern und Cron-Raschen erfolgen Muster sub Nr. 29.

§ 108. Das Hungarische Dreißigst ist all' ordinaire. Die Fracht hingegen von Preßburg bis Neusoll vom Centen 17 Groschen, wo gemeinlich von Wien bis Preßburg die Ware zu Wasser abgeliefert wird und der Centen 6 und 7 Groschen kostet. Von der Maut und zu Wasser abgeliefert wird und der Centen 6 und 7 Silbergroschen kostet. Von der Maaß und Gewicht ist nichts besonderes zu erinnern.

§ 109. Von hier aus ist der Weg über das Bozzer Bergwerks-Ort, allwo von Particular Gewerken auf Gold, wiewohl mit geringen Vorteil, gebauet wird, indeme, wie aus allen abzunehmen ware, es denenselben an der Sach verständigen Leuten fehlet,

fol. 110

§ 110. auf den siebenundzwanzigsten Ort *Schemnitz* für sich gegangen. Obwohlen man zeitwährenden kurzen Aufenthalt in Schemnitz als den Hauptbergort der fürtrefflichen hungarischen Bergwerks-Gegenden den segensreichen Bau sowohl als die in dessen Behuf aufgerichtete Wasser-Luft-Feuer und andere Maschinen nebst der schönen Ordnung in denen Verrichtungen zusehen die Gelegenheit gehabt. So sind dieses dannoch Sachen, welche in eine Commercial-Beschreibung nicht oder nur insoweit einschlagen, wann zum Exempel das gar gemachte Kupfer in Negotio weiter versendet wird. Da nun aber der Kupfer-Verschleiß an die Wienerische Handelsleute Küner et Compagnie allein et privative überlassen ist, so ist auch hierinnfalls von dieser Sache nichts besonders zu erholen gewesen. Dieses allein ware zu vernehmen, daß man das Zimment-Kupfer zu machen aufhöre. Die große Quantität Leute, welche sich aus Gelegenheit dieses Bergbaues ernähren und auf die 12 000 Personen gerechnet werden, verursacht die Bedürfnuß von allerlei Feilschaften und leget den Grund zu einer zimlichen Handelschaft.

Johann Gottfried Grandi seel. Erben ist die best-assortirte Handels-Compagnie, nächst dieser handelt annoch Johann Clement, Samuel Zacharides, Samuel Mitrofsky, Johann Christoph Leicher, Michael Fidler und Johann Nötzl. Die gangbare Gattungen sind: Aachner, Bielitzer und ordinari Mährische Tücher, ^{5/4} und Eln breite gedruckte Flanelle, Catton von Hollitsch und der Schweichater, Callamant, Floretas und allerhand wollene Zeug-Sorten, Cannefaß, Schachwitz, Trillich, ganz und halbe Cron-Rasch, Linzer und schlesische Leinwanden, Hamburger- und Lucceser Damaste, ganz- und halb-seidene Draquete, Lustrins, Grosdetours, Taffet, Gold- und Silber-Tressen, auch Spitzen, reich- auch glatte Bänder, Manns-Hüte in Sorten, Berliner, Hamburger und Duxer Manns- und Frauen-Strümpf, weißer Barchet, Mesulan, Zipser Leinwanden, gestreifte Mesulane,

Weibs-Röcke und was sonst in einer wohleingerichteten Schnitt-Handlung vorkommet. Von ein so anderen Artikeln zeigt die sub Nr. 30 beigebogene Muster-Charte.

§ 111. Die Fracht durch den bekannten polnischen Weg von Leipzig bis Schemnitz belaufet sich von Centen auf 6 bis 7 Gulden. Der schlesische Transito soll 3 per Cento betragen. Von Brünn kostet der Centen einen Reichsthaler. Die Ellen-Maß und das Gewicht verhältet sich vermög dem Wiener, die Getreid- und Wein-Maß aber nach dem Preßburger.

fol. 112'

§ 112. Der achtundzwanzigste Ort ist *Cremnitz*. Allhier sind lediglich zwei Negotianten zu bemerken: Andreas Wagner und Johann Georg Czriwi. Die Assortirung ist wie in Schemnitz, doch a proportione des Orts in minderen Quantis. Die Fracht ist wegen der Nachbarschaft ganz wenig, Maß und Gewicht aber gar nicht unterschieden. Die in dieser Stadt aufgerichtete Münze unterhaltet viele Personen und giebet also Gelegenheit zu etwelcher besseren Nahrung.

fol. 113

§ 113. Der neunundzwanzigste Ort ist *Silein*. Um die Zeit zu ersparen und die hohe Gebürge zu vermeiden, ist der Weg nacher Suzzan an dem Wag-Fluß genommen, sofort auf Flößen bis Silein zu Wasser gefahren worden, an welchem ersteren Ort die Salz-Transporte zu Wasser ihren Anfang nehmen. Vermög der Situation sollte nicht untunlich sein, daß auch bis dahin leicht und platt gebauete Fahrzeug hinaufgezogen sollten werden.

§ 114. Von dem Sileiner Negotio ist gar wenig zu melden. Der Ort hat seine meiste Nahrung von der Passage aus Schlesien. Die daselbstige kleine Kauf- oder vielmehr Kramersleute sind: Johann Anton Contessa et Compagnie, Wenzel Maschner und Mathias Tzeppani. Deren der erstere lediglich mit Spezerey-Waren, die zwei andere aber mit Cron- und Halb-Raschen, Flanellen, Catton, Barchet, Cannefaß und anderen geringen Schnitt-Waren handeln. Ansonsten ist auch daselbst eine Haupt-Salz-Niederlag, wo das Sowerer Sud und Stein-Salz theils weiter nach Neuhof befördert, theils ausgeschiffet sofort über Jablunka nach Teschen und Troppau transportiret wird. Die Salz-Flösse, wann solche aus Träm-Holz bestehen, werden das Paar à 6 Gulden 12 Kreuzer, aus Spärr-Holz aber die schwächere das Paar à 4 Gulden 30 Kreuzer verschlissen. Vormalen sind die nach Hungarn und Siebenbürgen verführte Leipziger und Breßlauer Feilschaften über diesen Paß nach Hungarn bis Debreczin und in das Banat, auch Siebenbürgen gegangen. Von deme es aber nach denen erhöhten Maut-Gebühren abgekommen und der bei Caschau beschriebene Weg durch Polen eingeleitet worden ist. Das also gegenwärtig nur etwelche in die hungarischen Bergstädte gewidmete, aus Schlesien kommende Feilschaften diesen Weg nehmen. Und dieses wären die bei dem Königreich Hungarn mit seinen angehängten Ländern in der anzuwenden habten Eilfertigkeit gemachte Bemerkungen. Die am Ende der ganzen Beschreibung erfolgende Reflexiones werden sodann noch zu ein- und anderen dahin Gehörigen Gelegenheit geben.

Böhmisch-Schlesien

In dem kurzen Strich, welchen man aus Hungarn durch Böhmisch-Schlesien bis an die polnische Gränz gemachet hat, wurde berühret der § 112. neunundzwanzigste Ort *Teschen*. Die in *Negotio* bekannte sogenannte *Teschner-Leinwanden* werden nicht so viel in dieser Stadt als vielmehr in denen kleineren Städten und auf dem Land des ebenso benannten Fürstentums verfertigt und überkommen also den bemerkten Beinamen daher. Es kommen aber auch viele Leinwanden aus Polen dahin, welche alsdann gleichmäßig unter dem Namen derer *Teschner Leinwanden* zum Teil verführet werden. Die in *Loco* befindliche etwelche *Teschner Kaufleute* versicherten, daß selbe binnen Jahresfrist bis 30 000 Stück erwähnter Leinwanden, wann die Bestellung in Zeit geschehete, zu liefern in dem Stand wären, allein hierunter dörfen oben berührtermaßen viele polnische Leinwanden vorfallen.

Die Fabricirung geschiehet in viererley Gattung. Die größte Sort Nr. 1 kostet die *Breßlauer Elle* 9 Kreuzer oder das Stuck 9 Gulden. Nr. 2 als die nächstkommende bessere das Stuck à 12 Gulden. Nr. 3 in mehrerer Feine das Stuck auf 15 Gulden und Nr. 4 die beste das Stuck à 18 Gulden. Nebst dieser wird noch eine Sort *Trillich* gemachet, wovon die schon gedachte *Breßlauer Elle* à 12 Kreuzer zu stehen kommet. Von allen diesen Gattungen exhibiret das *Allegatum* sub Nr. 31 die Muster.

§ 113. Der Debit mit dieser Leinen-War gehet stark theils durch Stadt-*Teschner Kaufleute*, theils und noch mehr durch *Bielitzer*, auch nicht wenig durch die angränzende mährische *Mistecker Negotianten* nach Hungarn. In *Loco Teschen* sind die besten *Johann Anton Contessa*, *Brachetti* seelige *Wittib* und *Christian Schulz*. Diese führen hiebei annoch allerlei fremde *Trillich* und *Cannefaß*, polnische Leinwanden und *Schachwitz*, *Berliner-* dann *Hamburger wollene Manns- und Frauen-Strümpfe*, die *Manns-Strümpfe* das Dutzend à 9 bis 11 Gulden und die *Frauen* detto à 6 bis 7 Gulden, andere derlei gewürflete das Dutzend von 16 bis 17 Gulden. *Hirschberger Leinwanden* die Webe von 8 bis 20 *Rheintaler*, *Halb-Räsche* aus *Nieder-Schlesien* und gedruckte *Flanelle* aus *Sachsen* mit anderen vielerlei *Wollenen-* und auch *Seiden-Zeug*. Das meiste deren letzten Sorten aber lediglich zur *local- und umliegenden Örter Markts-Consumption*. Die *Conteß-* und *Brachettische Handlungen* führen nebenbei *Spezerey-War*.

§ 114. Sonsten wäre annoch das *Teschner Gewehr* oder die sogenannte *Deschinken* anzumerken, welches ehedin in großer Menge verfertigt und verschlissen worden. Nachdeme aber diese Art der Arbeit dermal den vorigen Beifall nicht mehr findet, so ist auch der Verdienst hierbei sehr herabgekommen und sind von nun die *Salz-Einschwärzer* und die *Polen* die größte Abnehmer. Unter diesen Fabricanten machen verschiedene eine recht kunstreiche Arbeit.

§ 115. Die *Ellen-Maß* ist nach der *Breßlauer* und differiret also von der *Wiener* um $32 \frac{1}{8}$ per Cento. Das Gewicht ist ebenfalls *schlesisch* mithin um 35 per Cento geringer als das *Wiener*, und wird der *Centner* in *Steine* einge-

teilet, deren 5 1/2 einen Centner oder 132 Pfund ausmachen, ein jeder Stein auf 24 kleine Pfund gerechnet.

fol. 118

§ 116. Von dannen folgte der dreißigste Ort *Zkotschow*. Dieser Ort hat eine starke Weberschaft, von welcher man wohl in die 6 000 Stuck Leinwanden jährlichen soll aufbringen können. Die Sorten sind von denen bei Teschen angeführten unterschieden. Dann die niedrigste fallet gröber aus, und die feinste kommt der feinen Teschner nicht gleich. Man machet also hierorts fünferlei Gattungen: Nr. 1 das Stuck à 6 Gulden, Nr. 2 à 9 Gulden, Nr. 3 à 9 Gulden 30 Kreuzer, Nr. 4 à 10 Gulden und Nr. 5 à 11 Gulden, wovon eben die sub Nr. 32 beigelegte Muster das mehrere zeigen.

§ 117. Indeme auf dem Ort zur Abnahm keine Handels-Leute sind, so müssen die Weber in Teschen und Bielitz ihre Verschleisse suchen. Ein einzige Wittib namens Schulzin verdebitiret jährlichen etwa 400 Stuck.

[§ 118. Bielitz, § 122 Biala, § 126 Crackau, § 132 Mallogicz, § 134 Konczy, § 135 Warschau, § 143 Thoren, § 148 Danzig ... fol. 192'].

* * *

„Zweite Abteilung der Relation über die von 19.ten Mai 1755 bis 6.ten Jänner 1756 beschene hochverordnete Commercial-Reise von Pommern continuirend bis zur gänzlichen Endigung mit Berührung ein-so anderer böhmischen Fabriquen“.

[§ 161 Pommern, Stettin, § 165 Rostock, § 171 Wißmar, § 174 Lübeck, § 180 Hamburg, § 216 Altuna, § 220 Lüneburg, § 224 Braunschweig, § 228 Leipzig, § 260 Weisenfels, § 262 Zeitz, § 262 Gera, § 271 Roneburg, § 273 Crimitschau, § 275 Glauka, § 279 Penig, § 281 Burgstädtl, § 284 Myttweyda, § 286 Waldheim, § 288 Bautzen, § 294 Zittau, § 303 Görlitz, § 307 Löbau, § 313 Meissen, § 318 Dreßden, § 330 Freyberg, § 332 Oderan, § 335 Frankenberg, § 338 Chemnitz, § 342 Marienberg § 345 fol. 290'].

§ 345. — Die üble Wege und die fast zum Ende des Jahres avancirte Zeit in dem voller Fabriquen angefüllten Sachsen-Lande, da in Sonderheit die kurzen Tage zu denen Verrichtungen allzuwenige Zeit übriggelassen haben, sind die Ursach, daß man die wegen der Spitzen Glöplerei schon gemeldte berühmte Ortschaften Schwerberg und Annaberg nicht mehr besucht, sondern von Marienberg ohne weiters über Reitzenhan den Eintritt in Böhme genommen hat. fol. 290'

§ 346. *Böhme*

Von denen transitirten böhmischen Fabriquen und Traffic-Ortschaften besondere und umständlichere Beschreibungen zu machen wäre zum Teil ein Überfluß, weilen durch die in diesem Königreich angestellte Commercial-Stelle viel ge-

⁷ Oe. StA., Hofkammerarchiv Hs. 298.

nauere Aufnahmen und Relationen vorhanden sein werden, theils auch die pressirte Endigung der Reise sich mit überflüssigen Erforschungen aufzuhalten wider-raten hat. Man solle also hier lediglich berühren, was bloß allein gleichsam in Vorbeigehen bemerkt worden. Und da ware der erste, in Ordnung der ganzen Relation aber der neunundsechzigste Ort

§ 347. *Comuthau*

Die Fruchtbarkeit der Gegend an Getreid, Obst und Garten-Gewächsen gibt zu ansehnlichen Verschleissen in das benachbarte Sachsen die schönste Gelegenheit, so da die Nahrung dasiger Inwohner in gutem Stand erhält, wohin an Hopfen und fertigen Malz nicht minder gar namhafte Verschleisse geschehen. Die ergiebige Alaun-Hütten ziehen gleichfalls Geld herbei, indeme der Comuthauer Alaun vor anderen erbländischen wegen seiner Reinigkeit dem Vernehmen nach gesucht und beliebt ist. Wegen vor angeführter Eilfertigkeit hat man die Alaun-Hütten selbst nicht beaugenscheiniget.

§ 348. In dieser Stadt ist sonst ein Fabricant namens Joseph Weitzmann, welcher Florentiner Lack und Berliner Blau verfertigt, den Lack das Pfund von 5 bis 6 Gulden und das Berliner Blau das Pfund drei Gulden, oder wann es in größeren Partien genommen wird, das Pfund à 2 Gulden 45 Kr. aus den beiliegenden Mustern sub Nr. 150 ist abzunehmen, daß der verfertigende Lack dem Wiener in der Feine und Güte bei weitem nicht gleichkomme. Da hingegen das Berliner Blau auserlesen schön sei, folgar alle Einfuhr des fremden entbehrlich mache. Der Mann obligiret sich, gegen einen Vorschuß so viel zu verfertigen, als man verlangt, klaget aber über den Mangel des Verschleisses. Sonsten ware in dem etlich stündigen Aufenthalt nichts Sonderbares zu entdecken. Mithin wurde von dannen die berühmte gräfliche Wallsteinische Tuch-Fabrique als der siebenzigste Ort in

fol. 293'

§ 349 *Oberleutmannsdorf* besucht.

Auch von dieser durch eine umständliche Beschreibung die ohnehin so weit-schichtig ausgefallene Relation zu vergrößern, wäre bei denen hohen Orts schon vorhandenen Cognitionen unbedachtsam. Man solle demnach lediglich überhaupt hievon melden, daß nebst der kostbaren Abteil- und Bewohnung in Gebäuden, so da vielmehr einem ansehnlichen herrschaftlichen Schloß als einer Fabrique gleich sehen, auch das Innerliche durchaus auf das beste zierlichst und gemachlichst eingerichtet sei. Alle Manipulationen haben ihre Geraume mit allen nötigen Werk-Zeugen versehene Zimmer und sind sodann mit zahlreichen Personen besetzt, so da bis auf den alleinigen Meister der Tuch-Appretirung, welcher ein Niederländer ist, aus lauter Inländern, ja meistens Untertanen stehen, wodurch diese Fabrique einen derer größten Vorteile sowohl in betreff der beständigen guten Bestellung mit tüchtigen Personen als der dadurch erreichenden mehrern Wohlfeilkeit sich ganz wohl bedächtlich zugeeignet hat. Zu geschweigen, was dem Lande durch sotane Formirung der Ingeborenen vor eine Wohltat angedeihet, indeme dieses das alleinig sicherste Mittel ist, ein Werk gleichsam per-

petuirlich zu machen und auszubreiten. Die vorbeschriebene und überaus nette Einrichtung sodann, woran keine Spesen gespart worden, ist ein solcher Behuf, daß man auch Bonität der Ausländer am besten imitiren, ja fast, was man nur will, erzwingen kann. Die Reinlichkeit in den Saubern und Waschen der Wolle, welcher hernach bei der Verfärbung den Lustre gibt, ist ungemein. Alles und jedes hat seinen besonderen und geschickten Ort. Die Färberei ist zwar à proportionen nicht allzugeraum und kommet jener in der Linzer Fabrique in dem Ansehen nicht gleich. Allein der Färber, ein Sohn eines daselbstigen Wirtschaftsbeamten, welchen die Herrschaft mit Fournirung der Spesen reisen lassen, ist sowohl in der Kunst schön als wirtschaftlich zu färben wohl geübet. Die Tuch-Schererei samt der Preß-Stube dargegen ist dato weitschichtiger und, wie schon überhaupt gesagt worden, mit allen Nötigen sehr wohl versehen. Es wird niemanden von denen darinnen befindlichen Personen die Kost abgereicht, sondern von der Arbeit ein Gewisses bezahlt, worgegen in dasigem Wirtshaus die Anstalt getroffen worden, daß jeder, der seine eigene Menage nicht führen will oder kann, um einen billigen Preis bedient wird. Die Spinnerinnen können ihren Verdienst den Sommer hindurch auf 8 bis 9 Kreuzer, und durch den Winter auf 5 bis 6 Kreuzer des Tags, die Tuch-Knappen oder Gesellen auf 3 bis 4 Gulden; die Tuchscherer aber auf 4 bis 5 Gulden wöchentlich bringen. Die Direction führt schon lange Jahr ein dasig obrigkeitlicher Wirtschaftsbeamter. Dieser meldete unter anderen, daß im verwichenen Jahr ein Verschleiß pro 70 bis 80 000 Gulden in allerlei Tuch-Sorten geschehen sei, welcher auch noch stärker sein könnte, wann die Herrschaft das Werk stärker betreiben wollte. Allein dieselbe inclinire umso weniger davor, als der Nutzen herbei sehr mäßig sei, und gleichsam nur in der Consumption, welche die Leute machen, bestehe. Die spanische Wolle sei sehr teuer und komme das Pfund auf 2 Gulden. Der Centen Baum-Ole aber koste 29 Gulden. Die Farb-Materialien hätten nicht minder einen hohen Wert, und also sei bei anderer War nicht viel, insonderheit aber bei denen Londres Seconds gar nichts zu verdienen. Man würde also von darumen vorkünftig keinen Contract mehr anstoßen können. Ob dieses Vorgehen gegründet oder nicht? hätte nähere Einsichten erfordert. Man sollte glauben, daß die- weil alle fast zu kostbare Einrichtungen bereits vorlängst gemacht sind, welche also in den gegenwärtigen Calculum nicht wohl gezogen werden können, sonder lediglich die Conservation in Anschlag komme. Bei solcher Bewandnuß und denen obangeführten Umständen, daß die Arbeiter bis auf einen, lauter Inländer, ja meistens Untertanen sind, es nur an ein-so anderen bündigen Anstalten er- manglen, oder irgendwo eine Unwirtschaft unterlaufen müssete, wann die ver- fertigende Ware nicht auf einen guten Conto gebracht wurde. Dieses ist gewiß, daß die ganze Instruirung zu Erzwingung der Güte auf einen so lobwürdigen Fuß gesetzt sei, daß man es hierinnen dieser Fabrique nicht leicht anderwärtig wird gleichtun können. Folgar, wann es in Ordine der Wohlfeilheit annoch fehlen sollte, denen Stekern [? Fehlern] abzuheffen, um ein so schönes Werk zu unterstützen, ja noch zu vergrößern, all Ersinnliches anzuwenden wäre. Es ist auch ein Strumpf-Wirker namens Bernard Tyfond in dem Ort, welcher nach Art der Duxer allerlei Strümpfe fabriziret.

Man wendete sich sodann gegen die Haupt-Stadt Prag und passierte den ein- und siebenzigsten Ort § 350 *Brix*, welcher in betreff des Handels mit Naturprodukten wie Comuthau gleiche Vorteile, in dem äußerlichen Ansehen und Größe aber merklliche Vorzüge hat. Es ist zu bedauern, daß dieser sonst ansehnlichen Stadt diejenige Lebhaftigkeit ermanglet, welche allein von den Gewerben entstehet, allermäßen außer etwelchen Strümpf-Wirkern keine andere ad Commercium einschlagende Professionisten zu erfahren gewesen. Die Qualität derer verfertigten Strümpfe in Duxer-Art und werden ein Dutzet dreifacher lange Manus-Strümpf à 19 Gulden, detto kurze à 15 Gulden, zweifache lange à 15 Gulden und kurze detto à 13 Gulden verkauft. Die Winter-Strümpf kosten ein Dutzet lange Manus-Strümpf 14 Gulden und kurze detto 12 Gulden. Von hier aus geschah kein weiterer Aufenthalt, außer in dem zweiundsiebzigsten Ort, § 351 nämlich der Haupt-Stadt *Prag*. Man bleibet bei dem vorangeführten Voratz zu Vermeidung mehrerer Weitschichtigkeit, sich in keine umständliche Beschreibungen einzulassen. Es wird also bloß überhaupt bemerkt, daß der christliche Handels-Stand von darumen nicht aufkommen zu können behauptet, die weilen die Juden alle erdenkliche Negotia unternehmen, in allen Herrschafts-Häusern die meiste Zugänge haben und durch verschiedene ausübende Vorteile theils bei der Qualität, theils bei den dadurch erzwingenden wohlfeileren Preiß denen Christen alle verdienstliche Wege ablaufen.

Man erzählte einen Casum, daß eine gewisse Herrschaft einen Seiden-Stoff von einem christlichen Kaufmann holen lassen. Man fragte nach dem äußersten Preiß und verlangte vor der gänzlichen Behandlung, denselben etwelche Stunden zu behalten. Nach dem Abtritt des Kaufmanns wurde der Hausjud berufen, demselben der Zeig vorgewiesen und dessen Meinung darüber vernommen, welchen dann alsbald sotanen vor allzu teuer angabe und einen wohlfeileren von gleicher Güte zu verschaffen sich anerbote, worauf dem Negotianten seine War hinwiederum zurückgestellt wurde. Der Jud bemühte sich, einen solchen Stoff unter seinen Glaubensgenossen ausfindig zu machen, allein vergeblich. Und unter den christlichen Negotianten traf er auf den nemlichen Kaufmann, von welchem die eingangs bemerkte Herrschaft denselben hatte zu sich bringen lassen. Der Jud handlete darum, konnte aber keinen näheren Preiß erlangen, als eben der Herrschaft von dem Kaufmann schließlichen gemachet worden. Der Jud nahm und brachte also den Zeig an die Behörde, verlor zugleich aus eigenem Beutel etwelche Groschen an jeglicher Elle, um die versprochene Wohlfeilkeit zu behaupten. Die Herrschaft ließ nach dem beschehenen Kauf den christlichen Negotianten rufen, zeigte ihm die erkaufte War, meldete dabei den Preis und setzte deme bei, daß die christliche Negotianten allzuviel Profit nehmten und von ihnen nichts zu erkaufen sei, wogegen die Judenschaft sich mit wenigem vergnüge, und also machet, daß das Publikum wohlfeiler bedienet sei. Sie hätten also keineswegs zu schreien, wann man nicht ihnen, sondern denen Juden Geld zu lösen gebe. Der Kaufmann erstaunte, betrachtete den Zeig genau und fand endlich seine Marque, worauf er der Herrschaft dartäte, daß dieses sein eigener Zeig wäre, welchen er an den Juden so und so teuer verkauft habe. Der Jud wurde berufen, so nach confrontiret, mithin der gespielte Streich ins Klare ge-

bracht. Diese und dergleichen gebrauchende Listigkeiten werden angewendet, um die christliche Negotianten in Mißcredit zu setzen und die Kundleute an sich zu ziehen, wo dann bei anderer Gelegenheit ein solcher machender Verlust hinwieder reichlich eingebracht wird. Was noch durch die christliche Handelsleute geschieht, bestehet meistens in Speditionen und Wechsel, worzu theils die Versendungen derer Ober- und Unter-Sachsen theils die Verkehren mit denen sächsischen Inwohnern, welche zu Erkaufung derer böhmischen Producten des kaiserlichen Geldes benötigt sind, die meiste Hand bieten.

§ 352. Aus der Waren-Niederlage, welche die gräflich-Wallensteinische Oberleutmannsdorfische Fabrique in Prag gar nützlich unterhält, hat man eine Muster-Charte erhoben, woraus sub Nr. 151 die Sorten und Preise zu ersehen sind. Man halt davor, daß à proportion derer Qualitäten die Preise zu hoch zu sein scheinen, und wann deme ohnerachtet die bei Oberleutmannsdorf bemerkte Anwehr erfolgt, die Fabrique einen sehr ausgiebigen Nutzen oder gewisse unwirtschaftliche Veranstaltungen haben müsse.

§ 353. Die von einer Compagnie errichtete Leder-Fabrique und die auf Leonische Borte und Spitzen sind von geringer Importanz, indeme es an dem Verlag zu ermanglen scheint. In der letztern jedoch wird die Ware in zimlicher Feine verfertigt und auch ein guter Gusto gehalten. Eine Compagnie Sobeck und Köfenhüller genannt, unterhält eine Fabrique auf feine Hüte, welche in vier Sorten als mittelfeine, feine, viertl- und halb-Castor eingetheilet werden. Die Mittelfeine bestehen in Nummer 4 und 5 in Preis das Dutzet à 24 und 27 Gulden, die feine eben in Nummer vier und fünf, das Dutzet à 27 und 30 Gulden. Die Viertel-Castor in Nummer 3, 4, 5 und 6, das Dutzet à 30, 33, 36 und 39 Gulden. Die Halb-Castor in Nummer 4, 5 und 6, das Dutzet à 37, 41 und 45 Gulden. Diese Compagnie ware auch resolviret, Winter-Hasen-Bälke das 100 à 18 bis 19 Gulden in solutum anzunehmen und solcher gestalten sich bis auf 20 000 Stuck einzulassen. Die vorgezeigte Hüte sind gut und sollen Anwert haben.

§ 354. Das Pragerische Zucht-Haus fabriziret hauptsächlich wie in Wien allerlei Kotzen, auch einige Tücher und Leinwanden. Man hat keinen Mangel an Verschleiß und ware zur Zeit eine zimliche Anzahl straffälliger Personen von beederlei Geschlecht darinnen, die man genugsam mit beständiger Arbeit beschäftigen kan. Ja es wird das Unterkommen beinahe zu klein und dörfte also eine Erweiterung brauchen. Auf der Reise von Prag gegen Mähren ist die Tour auf den dreiundsiebenzigsten Ort

fol. 307

§ 355 *Kladrub* für sich gegangen und daselbst die errichtete Tuch-Fabrique zu beaugenscheinigen. Der Entrepreneur Belloux ist noch wirklich in Begrief derer Einrichtungen. Die Spinner und Wollen-Kämmer wie auch Tuch-Macher arbeiten außer dem Fabrique-Haus, mithin ist in demselben nur die Tuch-Schererei und Appretur samt der Walke und Färberei; wiewohlen in letzterer zu dato nur die

Woll-Färberei exerciret wird. Der Mann scheint geschickt und industrieux zu sein, und rühmte sich sattsamen Debite. Bis Dato vermög seiner Erklärung wird lediglich böhmische Wolle verarbeitet. Er hat aber den Antrag, künftighin sich auch mit spanischer Wolle zu versehen und so dann denen Aachner und Leidnern in Quali et Pretio vollkommen gleiche Tücher zu verfertigen. Nebst denen niederländischen Fabricanten stehen auch Böhmen in der Arbeit, mit welchen derselbe recht wohl zufrieden ist, mithin succesive durch lauter Inländer seine Fabrique zu betreiben gedenket. Nach seiner Meinung sollen die Londres Seconds ohne Zusatz einer spanischen Wolle denen französischen keineswegs gleich gemacht werden können. Er wünschte dahero ein Magazin von spanischer Wolle, woraus in billigen Preis ihm ein Verlag geschehete, nicht minder einen kleinen Zusatz in der Einlösung, so wollte er alsdann diese in die benachbarte Türkei so sehr verschleißbare War in einem namhaften Quanto und wohl anständigen Quali erzeigen.

Von hier aus besuchte man den vierundsiebenzigsten Ort benanntlich die Fabrique zu

fol. 309

§ 356 *Heraletz* nächst Teutschbrod, allwo verschiedene denen kaiserliche Landen nutzbare Unternehmungen zu sehen waren. Als erstlich werden gekoppert und ungekoppelte, gedruckte Flanelle verfertiget, worzu eine eigene Woll-Kämmerei eingerichtet und die Spinnerei unter die Untertanen in denen Ortschaften der Herrschaft ausgebreitet ist. Die Verwebung geschiehet theils durch verschriebene, theils nunmehr abgerichte Meister, welche nach der Elle bezahlet werden. Die eigens aufgerichtete Färberei und Druckerei sind wohl instruirte Werkstätte, worinnen man alle Notwendigkeit findet. Es werden auch die Kupfer-Platten zum Drucken in Loco gestochen und der Meister versteht nicht minder, die Calcas mit chymischen Farben zu drucken. Diese Flanelle sind in der Qualität gut, finden jedoch, wie man sagte, wegen der noch immer fortdaurenden vielen Einfuhr der Fremden keinen genugsamen schleunigen Abzug.

§ 357. Von einiger Zeit her ist einschürige Wolle zu erzeugen angefangen worden, welche sehr gut ausfallet und zur feinsten Gespinst zu gebrauchen sein wird. Nicht minder ist eine Zucht von Sardinischen Gaisen vorhanden, deren Haar oder Wolle dem Cameel-Haar gleichkommet, und woraus als der so genannte Filo d'Angarna so fort Camelot und andere cameelhaarne Waren erzeigt werden können.

§ 358. Die angelegte Weyd- und Röt Plantage wird von Zeit zu Zeit mehr ausgebreitet. Es ist auch schon vermahlene Röte vorhanden und zu der Vermahlung eine gar sinnreiche erfundene Schneid-, Stampf- und Mahl-Mühle, so insgesamt ein einziges Wasser-Rad treibet, aufgebaut. Nächst daran ist eine Stampf vor Halb- und Cron-Rasche, dann derlei leichte Zeige, wie auch Leinwand.

§ 359. Die Anlegung einer Bleiche ware just im Werk und das Bleich-Haus bereits über dem Grund ausgemeuret. Das Gebäu zu einer Wasser-Mangel aber

ware schon unter dem Dach. Die Flachs-Spinnerei ist nicht minder eingeführet und werden recht schöne leinene Garne gesponnen, so waren auch schon Anträge zu der fein sächsischen klaren Gespunst auf kleinen Rädeln. Der letzte und fünfundsiebenzigste Ort endlichen, über welchen man in Mähren eingetreten, ist

fol. 311'

§ 360 *Neuschloß*, allwo der Herr Graf von Chamaré als Possessor Bleichen angeleget hat. Die Bleich-Plätze wie der Ort selbst liegen zwischen lauter sehr hohen Gebürgen und profitiren also nur von der hochstehenden Sonne. Man hat zwei hölzerne mit denen zur Bleich erforderlichen Kesseln und Podingen instruirte Bleich-Hütten gesehen, und die dritte waren allbereits in Antrag. Es ware in dem Monat Januario, mithin außer der Zeit, daß man etwas auf der Bleiche ausgebreitet gefunden hätte. Die Leinwanden jedoch, so vorgezeigt worden, waren ordinaire und grob, scheinen auch noch nicht vollkommen ausgebleicht zu sein. Ferner ware eine Leinwand-Walke oder Stampf zu sehen, welcher ziemlich schwer eingerichtet ist, mithin abzunehmen gibt, daß er nur zur groben Leinwand gewidmet sei. Die Mangel wird durch ein Pferd gezogen und hatte die Länge und Breite nach Art der sächsischen. Allein in der Nettigkeit der Struktur ist der Baumeister zimlich nachlässig verfahren, indeme die Zusammenfügung der Blätter sehr ungleich und aufgerissen sind. Wo doch die Glätte der Blätter zur Nettigkeit der Zurichtung ohnumgänglich ist. Es mag doch wohl sein, daß schon gesagter Maßen, wie es das Ansehen hat, lauter grobe Leinwand manipuliret, mithin eben keine sonderliche Appretur hierzu erfordert werde. Der dasige Rent-Meister hat die Besorgung und Obsicht. Derselbe sagte, daß das Hauptwerk sich in Bodenstein befinde, wohin wegen der allzusehr avancirten Jahreszeit und grundüblen Wegs abzugehen man zurückgehalten, und solchermaßen diese langwürig, weit und beschwerliche Reise mit dem Eintritt in Mähren über Lekowitz beschlossen wurde.

fol. 313'

* * *

GEISTIGE UND SOZIALE VORAUSSETZUNGEN DER NATIONALEN WIEDERGEBOURT IN BÖHMEN VOR 1848

Von Rudolf Mattausch

I

Niedergang und Wiedergeburt des tschechischen Volkes vollzogen sich im geistigen und politischen Raum der Habsburger Monarchie. Die Auseinandersetzung mit ihr als einer bei allem geschichtlichen Wandel maßgeblichen Größe in der Völker- und Staatenwelt Mitteleuropas bildete das Grundthema der tschechischen Geschichte der letzten drei Jahrhunderte. Der Faktor Österreich ist aus der Entwicklung des Tschechentums nicht wegzudenken — bis heute.

Im Jahre 1804 hatte Kaiser Franz II. den Titel eines Kaisers von Österreich angenommen und damit einer Entwicklung Ausdruck verliehen, die sich seit 1526, vor allem aber im 17. und 18. Jahrhundert, in den Formen eines allmählichen Zusammenwachsens der habsburgischen Länder vollzogen hatte. Denn nicht jenes banale und allzu leichtfertig nachgesprochene Bonmont von der zusammengeheirateten Habsburger Monarchie, jenes „bella gerant alii — tu felix Austria nube“, ist wahr, sondern eher das Gegenteil, nämlich die historische Tatsache, daß die Donaumonarchie im Kampf entstanden ist, in der Abwehr gegen äußere Feinde, die die Gesamtheit der Länder des Reiches bedrohten. Ein jeder romantisierenden Reichsideologie gewiß ganz unverdächtig Zeuge, nämlich Josef Redlich¹, hat den Ursprung des österreichischen Reichsgedankens seit Ferdinand I. in der Herrschaft über Ungarn und damit im Schutzgedanken der Türkenabwehr begründet erkannt. So war das habsburgische Österreich schon von dieser Zeit an ein Abbild der alten Reichsidee, eine über den Völkern stehende, die vielgestaltige Christenheit stellvertretend verkörpernde Schutzmacht.

Aber nicht nur das Verhältnis der Völker und Stämme zur Krone, zum Kaiser und zum Reich hat sich in den Jahrhunderten gewandelt; sie selbst waren in ihrer geistigen und sozialen Substanz einem dauernden Wandel unterworfen. In ihrer Vielfalt aber bildeten sie doch einen Machtkomplex von achtungsgebietender Größe, sie unterschieden sich aber wiederum in vielfacher Weise voneinander in ihren Verfassungen, das heißt im Verhältnis der Stände untereinander und zur Krone. Gemeinsam war allen die latente Auseinandersetzung

¹ Redlich, Josef: Das österreichische Staats- und Reichsproblem. Bd. 1. Leipzig 1920, S. 7.

zwischen Krone und Adel, zwischen zentralistischer und partikularer Tendenz, ein Kampf, aus dem schließlich die Krone als Sieger hervorgegangen ist.

In einem Vielvölkerstaat wie der Habsburger Monarchie bildete naturgemäß die Sprache das beste Unterscheidungsmerkmal, sicher jedoch nicht das Wesen des Nationalen selbst. Der markante Vertreter des „Austromarxismus“, Otto Bauer, hat mit Recht auf den wesentlich komplizierteren Charakter des Volksbegriffs hingewiesen, als er in seiner Jugendschrift über „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“ von 1907² den streng marxistischen Versuch unternahm, die Sprachgemeinschaft des Volkes aus der Schicksals-, Kultur- und Charaktergemeinschaft abzuleiten³.

Je nach der vom Schicksal gestellten Aufgabe und nach den Möglichkeiten für ihre Meisterung hat man zwischen geschichtlichen und ungeschichtlichen Völkern unterschieden. Während es den geschichtlichen Völkern dank ihrer durch Jahrhunderte gestellten und erfüllten Aufgaben möglich gewesen ist, ihrem Gemeinwesen oder sogar größeren übernationalen Gemeinschaften den Stempel ihres Wesens und ihrer politischen Wirksamkeit aufzudrücken, versanken die geschichtslosen Völker in den Schlaf des Vergessens, weil ihnen infolge einer bestimmten geschichtlichen Konstellation die Möglichkeit zur Gestaltung des eigenen Lebens und der staatlichen Eigenständigkeit versagt blieb. Ein Beispiel aus der slawischen Völkerfamilie möge dies näher erläutern. Um die Zeit Karls des Großen schien den Slowenen eine große Aufgabe und eine weite Verbreitung ihres Volkstums zu winken; aber 820 vernichtete das sich ausbreitende Karolingische Reich diese Ansätze und Möglichkeiten. Achthundert Jahre später erlebten die Tschechen nach der Niederlage auf dem Weißen Berge bei Prag in der Entmachtung und teilweisen Vernichtung ihres angestammten Adels die schwerste Katastrophe ihrer Geschichte. Obwohl nicht gegen das Tschechentum, sondern von Rechts wegen gegen rebellierende Stände gerichtet, hat der Schlag fast zur Auslöschung des tschechischen Volkstums in den folgenden beiden Jahrhunderten geführt. Für die habsburgische Krongewalt war der entscheidende Durchbruch zur zentralen Staatlichkeit hin erzielt. „Durch den Sieg des Staates über die Stände ist Österreich ein Staat geworden. Die Niederwerfung der Stände hat aber zugleich die tschechische Nation zur Rolle einer geschichtslosen Nation verurteilt; so ward Österreich ein *deutscher* Staat“⁴.

Gewiß bestand zwischen der Leistung der Tschechen und der Slowenen vor der Zerstörung ihres nationalen Eigenlebens ein sehr wesentlicher Gradunterschied, aber weder Tschechen noch Slowenen waren zur Existenz als geschichtslose Nation prädestiniert; sie sind nur für einen bestimmten Zeitabschnitt in die Geschichtslosigkeit zurückgesunken. Diese ist somit nur die Folge einer bestimmten historischen Situation mit den Merkmalen politischer und kultureller Entmündigung.

² Bauer, Otto: Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie. Wien 1907. Neu erschienen 1924 als 2. Band der „Marx-Studien“. Hrsg. von Max Adler und Rudolf Hilferding.

³ Bauer XXVI u. 113.

⁴ Bauer 213.

Die Tschechen konnten tatsächlich auf eine höchst beachtliche nationale Vergangenheit zurückblicken. Diese historische Reminiszenz hat in der Periode der nationalen Wiedergeburt durch die tschechische Romantik eine sehr wichtige Rolle gespielt. Und doch wird man die politische Organisation der slawischen Stämme Böhmens und Mährens, wie sie sich als Ergebnis der Přemysliden-Herrschaft im Hochmittelalter mit einer dem deutschen Kulturkreis eingeordneten kulturellen Hochblüte darstellt, noch nicht als tschechisches „Volk“ ansprechen dürfen. Es war die deutsche Hofhaltung eines so gut wie eingedeutschten Geschlechtes in Prag, wo deutsche Dichter wie Ulrich von dem Türlin und Ulrich von Eschenbach, Reinmar von Zweter und der Tannhäuser mit dem königlichen Minnesänger Wenzel II. in edlem Wettstreit standen. Unter seinem Enkel Karl IV. kam dann noch die starke Befruchtung durch die italienische Frührenaissance, vor allem durch das Vorbild Petrarca's, hinzu.

Zur gleichen Zeit jedoch, als im Herbst des Mittelalters die Nationen aus der christlichen Menschheitsfamilie hervorzutreten begannen, um ein eigenes Dasein zu führen, und als Volk Profil gewannen, wurde aus Sprache, Kultur und Idee⁵, durch einen Verschmelzungsprozeß von einer elementaren Gewalt, wie es Europa bis dahin noch nicht erlebt hatte, im Hussitensturm das tschechische Volk geboren. Kein Geringerer als der Sekretär Friedrichs III., der Sieneser Humanist Enea Silvio dei Piccolomini, der spätere Papst Pius II., hat die innere Situation Böhmens im Volkswerdungsprozeß mit den Augen eines Zeitgenossen gesehen und dargestellt.

Die tschechische Geschichtsschreibung aller Lager hat nicht umhin gekonnt, die Geburt der tschechischen Nationsidee durch die hussitische Bewegung anzuerkennen. Je nach der Bewertung dieses Ereignisses nach seiner politischen, religiösen oder sozialen Seite hin ist der Versuch unternommen worden, aus diesem Anfang den Sinn der tschechischen Geschichte überhaupt abzuleiten.

Franz Palacký, der Vater der nationalen Wiedergeburt und Geschichtsschreibung der Tschechen, dessen geistiges Erbe im mährischen Protestantismus der Brüder-Tradition begründet lag und unter dem Einfluß des Jenenser Professors Luden⁶ und der Philosophie Hegels⁷ geweitet wurde, hat in *Hus* den Begründer der tschechischen Nationsidee gesehen.

Josef Pekař, seit Palacký zweifellos die profilierteste Erscheinung der tschechischen Geschichtswissenschaft, sah den Gang der tschechischen Geschichte und des tschechischen Geistes nicht als autonome Entwicklung, sondern als „eine Variation des europäischen Lebens“⁸. Die Zusammengehörigkeit der tschechischen Kultur mit der deutschen und westeuropäischen galt ihm nicht als Nach-

⁵ Lemberg, Eugen: Geschichte des Nationalismus in Europa. Stuttgart 1950, S. 135 ff.

⁶ Vgl. Pfitzner, Josef: Palacký und Luden. HZ 141 (1930).

⁷ Heidler, Jan: O vlivu hegelismu na filosofii dějin a na politický program Františka Palackého [Über den Einfluß des Hegelianismus auf die Philosophie der Geschichte und auf das politische Programm Franz Palackýs]. ČCH 17 (1911).

⁸ Pekař, Josef: Der Sinn der tschechischen Geschichte. Brünn-Leipzig-Wien 1937, S. 38.

teil, sondern als *die* große Aufgabe und Leistung des Tschechentums⁹. Dem Vorwurf, diese Entwicklung habe kulturell und politisch die Germanisierung der königlichen Familie und weiter Landstriche Böhmens und Mährens zur Folge gehabt, hält Pekař die Leistung der Přemysliden entgegen, denen es gelang, nicht nur die Gefahr einer Abhängigkeit zu brechen, sondern „schließlich dem böhmischen Staat eine hervorragende, bevorrechtete Stellung im Reiche zu schaffen, den böhmischen Königen die römische Kaisermacht in die Hände zu legen“¹⁰. Palackýs Konzeption, nach welcher die tschechische Nation von Anfang an als Träger des friedlichen demokratischen Gedankens zu gelten habe, hat Pekař eine Einteilung der Geschichte in romantische und klassizistische Epochen entgegengehalten und den Tschechen¹¹ — und darüber hinaus den Deutschen und allen Slawen — die romantischen Epochen als die Zeiten ihrer großen Entfaltung zugewiesen. So erschien auch ihm die Hussitenzeit als *die* große Stunde der Tschechen — er hat sie in einem großen Werk über Žižka und seine Zeit¹² dargestellt, aber er hat zugleich auch die seltsame Verquickung der innerböhmischen Situation mit den von außen herangetragenen Ideen und die historische „Schuld“ Kaiser Sigismunds zu einem eindrucksvollen Gesamtbilde zu gestalten gewußt, dessen Ergebnis aber nicht eine fast ins Mythische erhobene Maxime der tschechischen Geschichte, nicht das Grundprinzip der tschechischen Demokratie (Palacký), der tschechischen Religion (Masaryk) oder des tschechischen Kommunismus (Nejedlý) darstellt, sondern einfach: die Darstellung einer — allerdings sehr wesentlichen, weil den neuen Volksbegriff begründenden — Epoche der tschechischen Geschichte, aus der jedoch keine Norm des tschechischen Wesens abzuleiten ist. Denn gerade gegen Th. G. Masaryk¹³, der den Sinn der tschechischen Geschichte in der Ausprägung der religiösen Sendung des Hussitismus zu erkennen glaubte, hat Pekař bei aller Berücksichtigung der vielfältigen Wandlungen, welche ein Volk durchgemacht und deren Existenz er gegen die so gern vereinfachende Grundkonzeption der Nationen, nach denen sie angeblich einmal angetreten sind und weitermarschieren müssen, bei aller Einschränkung also, überhaupt *den* Sinn der tschechischen Geschichte finden zu können, das *Nationale*, die Erhaltung des Eigenwertes des Volkes trotz aller Hingabe an das Fremde betont, „die überall sichtbare Fähigkeit tschechischer Eigenart, sich für einen Gedanken zu begeistern, sich für die Wahrheit, wie sie es nannten, bis zur vollständigen Aufopferung einzusetzen und zu schlagen“¹⁴.

⁹ E b e n d a 38 ff.

¹⁰ E b e n d a 52.

¹¹ P e k a ř, Josef: O periodisaci českých dějin [Über die Periodisierung der tschech. Geschichte]. ČCH 38 (1932), Rektoratsrede.

¹² P e k a ř, Josef: Žižka a jeho doba [Ž. und seine Zeit]. Prag 1927.

¹³ Die polemischen Aufsätze Masaryk - Pekař in ČCH 18 (1912) 130 ff., 170 ff., 380 ff. und 504 ff. — Ferner: P e k a ř, Josef: Masarykova česká filosofie [Masaryks tschechische Philosophie]. 2. Aufl. Prag 1927.

¹⁴ P e k a ř: Der Sinn 59 f.

Der nationale Gedanke ist für Pekař der Sinn der tschechischen Geschichte, „er ist ihre Bedingung, ihr Beweggrund, ihr Blut, ihr lebendes, schlagendes Herz“¹⁵. Gerade wenn man den Gang der Geschichte Böhmens unserer Tage, der wahrhaft böhmischen Tragödie seit dem Jahre 1937, als diese Zeilen geschrieben wurden, überblickt, wenn man die Aufmerksamkeit auf die Versuche seit dem kommunistischen Putsch von 1948 richtet, von Hus über die tschechischen Radikalen des 19. Jahrhunderts wie Arnold, Sladkovský und Frič eine durchgehende Linie tschechischer national-kommunistischer Tradition zu finden¹⁶, wird man von den Worten ergriffen werden, mit denen Pekař seine Untersuchung über den „Sinn der tschechischen Geschichte“ schließt¹⁷:

„Das Ergebnis meiner Auffassung unserer Geschichte ist zwar die Erkenntnis, daß im Verlaufe unserer Geschichte die gegebene Ordnung der Dinge das gewichtigere Wort hat als unsere eigenen Entschlüsse. Aber es geht aus dieser Erkenntnis auch die Lehre hervor, daß wir dort, wo die Glut unserer Vaterlandsliebe die Fortschritte der Bildung und Sittlichkeit Europas suchte und aus ihnen Nahrung zog, zur Größe wuchsen, dort, wo sie erschlaffte oder schwand, aber in Verfall gerieten. Und man kann wirklich sagen, daß sie erschlaffte und schwand, so oft es uns politisch und national gut erging, daß sie aber wuchs, wenn das Verderben im Anzuge war oder Zeiten der Bedrückung heraufkamen. Hier liegt die Gefahr; wenn für uns das gelten wird, was schon oft bei uns gegolten hat, daß erst vexatio dat intellectum, d. h. daß erst Leiden Kraft gibt zur Abwehr, Anstrengung und Begeisterung, dann wird sich die Hoffnung erfüllen, die heimlich aus dem Auge des Feindes spricht, wenn er auf unsere Geschichte blickt.“

In seiner gründlichen Studie über „Masaryks tschechische Philosophie“¹⁸ zerriß Pekař „den Faden, mit dem Masaryk die Führer der tschechischen Wiedererweckung unmittelbar an die Hussiten angeschlossen hatte, entschärfte die romantisch-ideologische Hypothese und widerlegte Zug um Zug die ganze Theorie“¹⁹.

Es war notwendig, auf die Frage der Bewertung der hussitischen Bewegung als grundlegendes Erlebnis der tschechischen Volkwerdung etwas näher einzugehen, weil sich hier bereits deutlich die Problematik der tschechischen Geschichtsschreibung erweist. Denn für sie stellt sich die weitere Entwicklung im wesentlichen so dar, daß die von Hus und seinen Getreuen ausgelöste Bewegung in der Schlacht auf dem Weißen Berge ihren Abschluß fand. Daß es für

¹⁵ E b e n d a 67.

¹⁶ Nejedlý, Zdeněk: O smysl našich dějin [Über den Sinn unserer Geschichte]. Prag 1925; jetzt in: Spisy Zdeňka Nejedlého [Schriften Zdeněk Nejedlýs]. Bd. 16, S. 100 ff. — D e r s.: Hus a naše doba [Hus und unsere Zeit]. Prag 1946. — D e r s.: Dějiny husitského zpěvu I—VI [Geschichte des hussitischen Gesangs]. Dies ist das eigentliche Arbeitsfeld des sog. „Vaters der kommunistischen Geschichtswissenschaft“ und hier hat N. tatsächlich viel zu bieten.

¹⁷ P e k a ř: Der Sinn 68.

¹⁸ Vgl. Anm. 13.

¹⁹ P l a s c h k a, R. G.: Von Palacký bis Pekař. Graz 1955 (Wiener Archiv für Gesch. des Slawentums und Osteuropas 1).

die weitere tschechische Entwicklung zu einem tragischen Bruch mit der Vergangenheit kam, wird niemand bestreiten. Es kann auch nicht unsere Aufgabe sein, die Frage aufzuwerfen, ob das Königtum Georgs von Podiebrad wirklich so geschlossen in die nachhussitische Entwicklung eingeordnet werden kann, wie dies in der tschechischen Historie gern geschah. Für die Zeit nach dem Weißen Berge, welche der Franzose Ernest Denis²⁰ in einem durch die tschechische Erweckungsbewegung geistig stark beeinflussten aber darum nicht weniger bedeutenden und erfolgreichen Buch dargestellt hat, bürgerte sich der Begriff „temno“ (das Dunkel) ein, und auch Pekař rechnet die auf dem Gebiete der Baukunst und des höfischen Lebens gerade in Böhmen so ungemein fruchtbare Epoche des Barock zu den klassizistischen Perioden, in denen dem tschechischen Wesen eine Entfaltung nicht vergönnt sein konnte. Wir werden wohl am besten sagen, daß es sich für das tschechische Volk um eine Periode der Ungeschichtlichkeit gehandelt hat, in der die tschechische Sprache von den Schichten der Gebildeten, des Adels, des Großbürgertums und von der aufsteigenden Bürokratie gemieden wurde.

Leider ist — soweit ich sehen kann — bisher kein nennenswerter Versuch gemacht worden, die für die böhmische Geschichte — und zwar auch für das tschechische Volk — positiven Seiten der als „temno“ abgetanen Epoche ins Bewußtsein zu heben, und es besteht wohl bei der heutigen Tendenz der tschechischen Historie auch keine Aussicht dafür. Denn Zdeněk Nejedlý hat tatsächlich recht, wenn er in seiner „Geschichte des tschechischen Volkes“²¹ erklärt, es habe bei den Tschechen keine nationalere Wissenschaft gegeben als die Geschichte, und wenn er unter Hinweis auf die Parole „Byli jsme a budem!“ (Wir waren und wir werden sein!), die Palackýs Schwiegersohn F. L. Rieger in der Stunde nationaler Erhebung und Wiedergeburt ausgegeben hat, fortfährt: „Die Geschichte ist für uns keine tote Vergangenheit, sie ist überhaupt nicht Vergangenheit, sie ist stets ein lebendiger Bestandteil auch unserer Gegenwart.“

III

Auf der politischen Ebene hat Ferdinand II. die Stände Böhmens geradezu aus dynastischer Selbsterhaltung heraus bekämpfen müssen. Die gleich nach dem Sieg erlassene „Vernewerte Landesordnung“ behält dem Kaiser als Landesherrn allein das Recht der Gesetzgebung vor und konzentriert auf ihn die gesamte administrative Gewalt. Zwar bleibt der bisherige ständische Gerichts- und Verwaltungsorganismus erhalten, die obersten Landesbeamten sind jedoch von nun an nicht mehr solche des Königreichs, sondern „Ihrer Majestät obriste Landesoffiziere“ im Königreiche Böhmen. Sie und alle anderen oberen Landesbe-

²⁰ Denis, Ernest: *La Bohême depuis la Montagne Blanche*. 2 Bde. Paris 1913. — Bachmann, Harald: Die nationalen Verhältnisse Böhmens während des Temnos im Rahmen der sozialen Struktur. *BohJb* 11 (1970) 151—163.

²¹ Nejedlý, Zdeněk: *Dějiny národa českého* [Geschichte des tschechischen Volkes]. Prag 1949, S. 13.

amten werden vom Kaiser aus der Zahl der böhmischen Ständemitglieder — jedoch später nicht mehr ausschließlich aus ihren Reihen — ausgewählt und auf den Kaiser vereidigt. Sie bildeten in ihrer Gesamtheit die kollegial organisierte Königliche Statthaltereie in Böhmen. Dazu trat im Jahre 1624 durch kaiserliches Dekret noch eine neue Behörde, die „Böhmische Hofkanzlei“ in Wien. „Böhmen wird von da ab in oberster Instanz von Wien aus regiert, allerdings durch eine Behörde, die zugleich eine Art von böhmischem Landesministerium, wie man heute sagen würde, und einen obersten böhmischen Gerichtshof in Privatrechtssachen und Streitfragen des öffentlichen Rechts bildete“²². Das Fortschreiten der Zentralisierung als Kampfmittel der Krone gegen die adeligen Stände, eine Erscheinung, die wir im 17. und 18. Jahrhundert nicht nur in der Habsburger Monarchie beobachten können, brachte die völlige Entmachtung des Landtags als der wichtigsten ständischen Organisation mit sich. Der Staatsumbau im Geiste des monarchischen Zentralismus konnte aber nur gelingen, wenn die wirtschaftlich-soziale Sphäre unangetastet blieb. Die Krone hat sich daher wie in der ganzen Monarchie so auch in Böhmen bis zu Maria Theresia allen Versuchen verschlossen, durch eine tiefgreifende Bereinigung der Frondienste und Urbariallasten die Lage des Bauerntums wirklich zu verbessern²³. Als im Jahre 1679 schwere Unruhen im nördlichen, deutschsprachigen Böhmen zwischen Friedland und Elbogen ausbrachen und sich dann auch die wohl vorwiegend tschechischen Bauern im Bunzlauer, Časlauer und Königgrätzer Kreise anschlossen, als sie Schlösser und Maierhöfe in Brand steckten und ihre Unterdrücker, die herrschaftlichen Beamten und gelegentlich auch ihre Herrschaften selbst erschlugen, dann trotz eines kaiserlichen Patents (zu Pardubitz, 22. März 1680), das ihnen eine Untersuchung ihrer Beschwerden versprach, der Aufstand immer weitere Kreise zog, sah sich die Regierung schließlich zur Niederwerfung durch militärische Gewalt gezwungen. Denn schon zeigten sich die ersten Anzeichen eines Übergreifens der Bewegung auch auf Mähren, Schlesien und Österreich ob der Enns²⁴. Die Bauern hatten sich einen Zeitpunkt ausgesucht, der für die Regierung denkbar ungünstig war, denn im Bündnis mit dem Frankreich Ludwigs XIV. drohte der Türke mit neuem Krieg und Einfall. Die Kunde von den Schwierigkeiten der kaiserlichen Regierung mag die Bauern geradezu ermutigt haben; vielleicht hatte der französische Gesandte in Wien, de Vitry, tatsächlich seine Hand bei der Erregung des Bauernaufstandes im Spiel. Jedenfalls gewannen die Bauern die Hilfe entlaufener oder entlassener Soldaten und Offiziere, so daß ihre Bewegung einer gewissen Organisation nicht entbehrte, jedoch durch allerhand räuberisches Gesindel, das sich seit dem Dreißigjährigen Krieg und vor allem seit dem letzten Krieg gegen Frankreich (1672—1678) zu Massen im Lande herumtrieb, schwer belastet wurde. Das Robotpatent vom

²² Redlich: Das österreichische Staats- und Reichsproblem I, 14.

²³ Zur Geschichte des böhm. Bauerntums sei allgemein verwiesen auf: Krofta, Kamil: Dějiny selského stavu. Dílo Kamila Krofta, svazek 3 [Gesch. d. Bauernstandes. Das Werk K. Kroftas, 3. Bd.]. Prag 1949.

²⁴ Zu den Bauernunruhen in Böhmen: Kočí, J.: Boje venkovského lidu v období temna [Die Kämpfe des Landvolks in der Zeit d. „Temno“]. Prag 1933.

28. Juni 1680, das erste überhaupt in Böhmen, sollte zwar den Anschein von Verbesserungen erwecken, seine Bestimmungen waren jedoch rein rhetorischer Art, denn es waren keinerlei Sanktionen gegen die Obrigkeiten im Falle von Übertretungen vorgesehen. Tatsächlich ist bis zum Jahre 1736 kein einziger Fall eines Einschreitens der königlichen Prokuratur zugunsten der Untertanen bekannt geworden, so daß das Patent²⁵ den Bauern nicht nur keine Erleichterung brachte, sondern sogar noch dazu beitrug, ihre Lage bedeutend zu verschlechtern²⁶. So konnte ein später angesehener nordböhmischer Glashändler, G. F. Kreybich, der als junger Mann am Bauernaufstand beteiligt gewesen war, in seinen Erinnerungen²⁷ das düstere Werturteil über seine Zeit fällen: „Es ist kein richtiges Recht mehr im Lande. Die Gerechtigkeit ist über das Meer geflohen und wird so bald nicht zurückkommen.“

Kein Wunder, daß die Bauern sich der sozialen und wirtschaftlichen Bedrückung durch Flucht und Auswanderung — die religiöse Seite werden wir noch zu behandeln haben — nach den benachbarten beiden Lausitzen, nach Sachsen, Ungarn und sogar nach Polen zu entziehen trachteten. Daneben griffen sie auch zur Waffe des Streiks, indem sie die Erfüllung der außerordentlichen Roboten, für welche auch im Patent keine Grenze gesetzt war, verweigerten. Eine Reihe von Unruhen auf böhmischen Herrschaften im Jahre 1716 führte zum Erlaß eines zweiten Robotpatents (vom 22. Februar 1717)²⁸, das im wesentlichen eine Wiederholung des Patents von 1680 mit einigen Verbesserungen war, die aber vor allem wiederum deshalb kaum ins Gewicht fielen, weil weiterhin die Möglichkeit blieb, die Untertanen zu außerordentlichen Roboten zu verpflichten. Die den Kreisämtern zur Pflicht gemachte Unterstützung der Untertanen in Beschwerdefällen war ohnehin illusorisch, weil diese sich gar nicht mehr getrauten, ihre Herrschaften zu verklagen, seitdem sie ihre Beschwerden zuvor erst bei ihnen zu melden hatten²⁹. Es ist bezeichnend für die Auffassung der Krone von den landesherrlichen Rechten, daß sowohl das Robotpatent von 1680 als auch das neue von 1717 aus landesfürstlicher Machtvollkommenheit ohne Verhandlung mit den Ständen erlassen wurden.

Im Jahre 1732 hören wir von neuen Bauernunruhen in Böhmen, die diesmal nicht allein wirtschaftliche Forderungen, sondern auch religiöse Motive zur Ursache hatten. Im Gefolge dieser Unruhen ist es am 27. Jänner 1738 zu einem neuen Robotpatent³⁰ gekommen, das auch für Schlesien und die böhmische Grafschaft Glatz vorgesehen war, dort jedoch wegen der bald einsetzenden Kriegswirren des Österreichischen Erbfolgekrieges nicht mehr zur Durchführung kam. Dieser Krieg und seine Rückwirkungen auf die innere Verfassung der österreichischen Monarchie haben zur Einsetzung eines „Judicium delega-

²⁵ Text in: AČ (Archiv český), Bd. 23 (1906), S. 487.

²⁶ Grünberg, Karl: Die Bauernbefreiung u.d. Auflösung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse in Böhmen, Mähren und Schlesien. Bd. 1. Leipzig 1894, S. 132.

²⁷ MVGDB 8 (1870) 232 ff.

²⁸ Text in AČ, Bd. 24 (1908), 94 ff. Erläutert bei Grünberg II, 15 ff.

²⁹ Grünberg I, 134.

³⁰ Grünberg II, 30 ff.

tum in causis subditorum“³¹ durch Maria Theresia geführt, das unter dem Präsidium des Grafen Hatzfeld gebildet wurde. Diese besondere Behörde — von den Herrschaften als Störenfried angesehen — geriet jedoch in vielfältige Kompetenzstreitigkeiten mit der Statthalterei und wurde schließlich wieder aufgelöst³². Aber die Bewegung auf dem Lande war nicht mehr aufzuhalten. Sie loderte im Jahre 1775 zu neuen Unruhen auf³³, welche die allgemeine Ablösung der Frondienste zum Ziele hatten, wie sie auf den ehemaligen Jesuitengütern Schurz und Schatzlar bereits als sogenanntes „Raab'sches System“ — einer Art bäuerlichem Erbpachtssystem — geübt wurde³⁴. Die auf diesen Gütern, auf denen die Kaiserin seit der Aufhebung des Jesuiten-Ordens Privatobrigkeit war, durch den von ihr eingesetzten Hofrat Raab gemachten guten Erfahrungen bewogen Maria Theresia, das System auch auf ihre anderen Kameralherrschaften in Böhmen auszudehnen und den königlichen Städten ebenfalls für ihre Güter anzubefehlen³⁵. Den Aufstand, dessen Zentren wieder im deutschen Nordböhmen lagen, ließ die Kaiserin mit militärischer Macht blutig niederwerfen. Die Hoffnungen der Bauern, zu einer allgemeinen Fronablösung zu kommen, wurden jedoch durch das Robotpatent von 1775³⁶ zunichte gemacht, das bei gewissen Erleichterungen durch das Verbot außerordentlicher Robotforderungen am Verhältnis der Leibeigenen selbst nichts änderte. Auch dieses Patent³⁷ wurde aus landesfürstlicher Machtvollkommenheit und ohne Mitwirkung der Stände erlassen.

Erst das Patent Josefs II. vom 1. November 1781 über die Aufhebung der Leibeigenschaft³⁸ hat dem Bauern den Charakter einer Rechtsperson gegeben und ihm die Fesseln persönlicher Unfreiheit gelöst. Die wirtschaftliche Unabhängigkeit von der Herrschaft, die Ablösung der Urbariallasten und Frondienste jedoch konnten erst im Revolutionsjahre 1848/49 erstritten werden.

Ein neuer Versuch mährischer Bauern aus den vorwiegend deutschsprachigen Bezirken Znaim, Brünn und Iglau, sich durch Streik aller Fronarbeit zu entledigen, führte im Jahre 1821, als die staatlichen und herrschaftlichen Organe versuchten, streikbrechende Bauern vor der Wut der Streikenden zu schützen, zu einem neuen, großen Aufruhr³⁹. Auch dieser konnte erst nach viermonatiger Dauer durch den Einsatz des Militärs niedergeschlagen werden und führte zu keiner Erleichterung der Lage. Es ist aber vielleicht nicht von ungefähr so gekommen, daß ein Sohn des mährisch-schlesischen Bauernstandes deutscher

³¹ Durch Hofdekret v. 10. Juni 1748 (Haus-, Hof- u. Staatsarchiv Wien), 10 ex 1748, IV, K. 1, 2458.

³² Reskript v. 28. Dez. 1751, 69 ex Dec. 1751, IV, K. 1, 2458.

³³ Krofta: Dějiny 321 ff. — Kutnar, F.: Cesta selského lidu k svobodě [Der Weg des Bauernvolkes zur Freiheit]. Prag 1948, S. 28 ff.

³⁴ Grünberg II, 338 ff. — Krofta: Dějiny 331 ff.

³⁵ Grünberg II, 342 ff.

³⁶ Text in AČ, Bd. 24 (1908), 496 ff.

³⁷ Grünberg II, 257 ff. — Krofta: Dějiny 327.

³⁸ Krofta: Dějiny 340 ff.

³⁹ Ebenda 408 ff. — Kutnar 74 ff.

Zunge, der Kandidat der Rechte Hans Kudlich, zum Wortführer der gesamten Bauernschaft der Monarchie auf dem Kremsierer Reichstage geworden ist.

Fassen wir zusammen: von der trostlosen wirtschaftlichen und lange auch sozialen Lage war der Bauernaufstand der böhmischen Länder in seiner Gesamtheit, ohne Rücksicht auf das sprachliche Bekenntnis, betroffen. Auch die Befreiung der Bauern vom wirtschaftlichen Elend und der sozialen Diskriminierung war im Zeitalter des aufklärerischen Humanismus kein nationales und nicht einmal im eigentlichen Sinne soziales, sondern ein vorwiegend humanitäres Anliegen, das genau so ernst zu nehmen ist wie die Forderung und Gewährung allgemeiner Toleranz und von dem die wirtschaftspolitischen Argumente der Physiokraten kaum zu trennen sind.

Zugleich aber erleben wir ein merkwürdiges Phänomen: der mit Rousseau einsetzende Kulturpessimismus ist zugleich erfüllt von Sehnsucht nach Erneuerung aus den Tiefen des einfachen, gesunden Lebens — des bäuerlichen Daseins. Das tschechische Bauerntum aber war zugleich auch noch der letzte Träger des tschechischen Volkstums. Hier auf dem Lande wurde allein noch die aus den Städten verdrängte, vom Adel und Großbürgertum verachtete tschechische Sprache gesprochen, hier lebten in mündlicher Überlieferung noch die alten Volkslieder und Sagen, hier tanzte man noch in den farbenfrohen Trachten die alten Tänze. Dies alles aber sollte sehr rasch im Gefolge der Ideen Herders eine besondere Aktualität gewinnen. Halten wir noch einmal fest, daß bis zu Josef II. das wirtschaftlich-soziale Problem des Bauernstandes jeder nationalen Note entbehrte. Der tschechische Bauer kämpfte gegen die Unterdrückung und Willkür des böhmischen Adels nicht als Tscheche an, sondern weil er frei sein wollte. Weder die Unterdrückung der Bauern durch die Herrschaften, noch das im Sinne der Aufklärung humanitäre und — vom physiokratischen Standpunkt aus gesehen — wirtschaftspolitische Interesse an ihnen hat nationalen Charakter gehabt. So war es jedenfalls bis zu Josef II.

Denn dieser Aufklärer-Kaiser war zugleich auch ein ausgesprochener Zentralist. Er war es nicht obwohl — sondern weil er Aufklärer war. Von ihm ging für die Stände eine Bedrohung der althergebrachten ständischen Rechte aus, der die adeligen Herren nur durch den Rückgriff auf ein höheres Recht begegnen konnten. Und wie im Schoße des Rationalismus das Irrationale in den verschiedensten Formen wiedergeboren wurde, so nützte den böhmischen Ständeherrn keine vernünftige Berufung auf historische Rechte und Privilegien; daß sie im Augenblick der Entscheidung ohnehin nur das gelten, was man für sie einzusetzen bereit ist, zeigte das blutige Schauspiel, das eben (oder kurz darauf) in Frankreich über die Bühne ging, die bald zum Schaffott werden sollte. Die Berufung auf das höhere Recht der Nation rief schließlich die Nationalidee wieder auf den Plan. Als sich Kaiser Leopold II. zur Rettung seiner Schwestern und seines königlichen Schwagers von Frankreich mit dem König von Preußen verbündet und beide ihre Armee zur Verteidigung der monarchischen Solidarität ins Feld stellen, ist bereits eine Versteifung des böhmischen Adels auf die böhmischen Sonderinteressen fühlbar geworden. Aufgewachsen in der letzten übernationalen Epoche Europas, des Barock, fehlte ihnen jedoch das

Gefühl für Volksverbundenheit; kaum einer der Herren kann mehr Tschechisch, als in der entarteten, primitiven Sprache der bäuerlichen Bediensteten radebrechen. Die sprachlichen Zentralisierungsmaßnahmen Josefs II. haben — weit davon entfernt, deutsch im nationalen Sinne und Sonderinteresse zu sein und germanisieren zu wollen, sondern nur aus der rationalen Erwägung heraus, eine Vereinfachung des Verkehrs zu erreichen — allerorten, in Ungarn, in Böhmen, in Mailand, in Brüssel Widerspruch erregt, dem nun die böhmischen Standesherren dadurch Ausdruck verleihen wollten, daß sie demonstrativ — so schwer es ihnen auch gefallen sein mag — im Vorzimmer des Kaisers böhmisch, also tschechisch radebrechen. Es mag sich gewiß nicht besser ausgemacht haben wie die Verständigungsversuche der adeligen und bürgerlichen Damen mit der böhmischen Köchin in der Umgangssprache der ländlichen Bediensteten in der Küche — im sogenannten „Kuchelböhmisch“.

IV

Wenn wir das bäuerliche Land als das „Rückzugsgebiet“ der tschechischen Sprache kennzeichnen, so meinen wir das noch in einer anderen Beziehung: trotz aller gewaltsamen Rekatholisierungsmaßnahmen hatte sich auf dem Lande, in einzelnen Landschaften in Böhmen, Mähren und Schlesien, das protestantische Bekenntnis erhalten, in einzelnen Brüdergemeinden, als verborgener Utraquismus, gelegentlich sogar als echter Hussitismus, seltener als Calvinismus; und ein nicht unbeträchtlicher Teil der Auswanderer, von denen wir schon sprachen, hat das Land nicht nur aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen verlassen, sondern aus echter Glaubens- und Gewissensnot.

Zunächst waren es nach der Schlacht auf dem Weißen Berge die gegen das Haus Habsburg rebellierenden böhmischen protestantischen Stände gewesen, welche durch ihre politische Emigrantentätigkeit und ihre Verbindungen dem Kaiser manchen Schaden zufügten, um sich durch die Vertreibung der Habsburger aus Böhmen den Weg in die Heimat zu bahnen. Die Aufdeckung ihres politischen Zusammenspiels mit Wallensteins Beratern, vor allem mit Kinský, Trčka und Illow, und mit dem Feldherrn selbst, hat dem auch ins Deutsche übersetzten Wallenstein-Werk von Pekař⁴⁰ seine besondere Note gegeben. An ihnen vollzog sich das tragische Los einer gescheiterten Emigration.

Die ausgesprochen konfessionelle Emigration nach dem Westfälischen Frieden erreichte in Gelehrten wie Johann Amos Comenius (Komenský) und Petr Chelčický Weltbedeutung. Im übrigen bestand die Emigration zum größten Teil aus Städtern und Bauern, die alle nach gleicher wirtschaftlicher Betätigung bei besserer sozialer Stellung in religiöser Freiheit trachteten. Sie entwickelten in der Fremde eine rege Gemeindetätigkeit, entweder im Zusammenhang mit den lutherischen Landeskirchen ihrer Gastländer — und dann allerdings wie in Sachsen und Brandenburg-Preußen in dauernder Gefahr, aufgesogen zu werden —, oder in Anlehnung an den Hallenser Pietismus Franckes. Am schwierig-

⁴⁰ P e k a ř, Josef: Wallenstein (1630—1634). 2 Bde. Berlin 1937.

sten — aber auch am fruchtbarsten — ist der Weg der Brüdergemeinden über Herrenhut zu einer über Europa hinausreichenden Geltung gewesen. Die Werke von Josef Volf⁴¹ und später von Eduard Winter⁴² zeigen Ausdehnung und Beschränkung der tschechischen Exulantenbewegung und ihre Rückwirkung auf die Heimat auf. Gleich Seismographen haben sie die Wandlungen in der Heimat und die Bauernunruhen durch die Wanderungsschläge, die zu ihnen gelangten, verzeichnen können. Trotz ihres tragischen Scheiterns und Zurücksinkens in die Vergessenheit haben die Exulanten für die böhmische Heimat und für Deutschland ihre Bedeutung gehabt — ganz abgesehen von der unbestritten weltweiten Sonderstellung, die Comenius eingenommen hat. In einer Zeit des Absinkens der tschechischen Sprache unter das Niveau bäuerlicher Mundart, nämlich auf den Stand des Dienstboten-Idioms, und bei dem Fehlen einer wirklichen tschechischen Literatur und Druckertätigkeit in der Heimat haben sie es fertiggebracht, durch ein geradezu raffiniertes System des Schmuggels und der illegalen Verbreitung ihre in Freiberg, Pirna, Dresden, Zittau, Berlin und vor allem bei Francke in Halle gedruckten Bücher in Böhmen — und hier vorwiegend auf dem Lande, also im „Rückzugsgebiet“ der tschechischen Sprache — zu verbreiten. Zudem sind die menschlichen, verwandtschaftlichen Beziehungen der Ausgewanderten zur Heimat nie ganz abgerissen. Das Beispiel derer, die sich durch die Emigration aus der Leibeigenschaft befreiten, hat sicher eine nachdrückliche Wirkung auf die Zurückgebliebenen gehabt und den emanzipatorischen Willen zur Beseitigung der Unfreiheit gesteigert⁴³. Die Bemühungen der Exulanten um die tschechische Sprache durch die weite Verbreitung ihrer Bibeldrucke und Erbauungsschriften rief Gegenmaßnahmen auf katholischer Seite hervor, um eine gleichwertige Bibelübersetzung zu bieten — der ersten seit langem! Der Übersetzungskommission gehörte kein Geringerer als der Exjesuit Josef Dobrovský an, der Freund Goethes und Vater der Slawistik. Eduard Winter hat aufgezeigt⁴⁴, wie der Hallenser Pietismus sich eine Zeitlang als Mitstreiter des Jansenismus, der im Kreise um den Prinzen Eugen und auch in Hofkreisen an Boden gewann, gefühlt hat, aber daß auch direkte und persönliche Verbindungen zu Prinz Eugen von Savoyen, seinem Freund und Mitstreiter Franz Anton Graf Sporck, zum Hofkanzler Graf Johann Seilern und zu jenem Freiherrn von Petrasch bestanden, der im Jahre 1745 die erste moderne Gelehrte Gesellschaft in Mähren und ganz Österreich gründete, die „Societas incognitorum“ in Olmütz⁴⁵.

⁴¹ Volf, Josef: *Čeští exulanti ve Freiberce 1620—1640* [Tschechische Emigranten in Freiberg]. 2 Bde. Prag 1913.

⁴² Winter, Eduard: *Die tschechische und slowakische Emigration in Deutschland im 17. und 18. Jahrhundert*. Berlin 1955; dort finden sich auch ausführliche Literaturhinweise und eine Dokumentation.

⁴³ Winter: *Emigration* 256.

⁴⁴ Ebenda 230 f. und 259 ff.

⁴⁵ Ebenda 261; vgl. auch seine früheren Werke: *Tausend Jahre Geisteskampf im Sudetenraum*. Salzburg 1938 (Photomech. Nachdruck München 1955), S. 270 f. und: *Der Josefismus und seine Geschichte*. Brünn 1943, S. 26 ff.

Durch die Namen Francke in Halle, Graf Zinzendorf, Herrnhuter und Brüder-Unität, vor allem aber durch Comenius ist auch die Bedeutung der böhmisch-mährisch-schlesischen Exulantenbewegung für Deutschland umrissen. In seinem 57. Humanitätsbrief hat Johann Gottfried Herder dem Humanitätsstreben Komenskýs ein würdiges Denkmal gesetzt. Es wäre denkbar, daß er gerade aus dieser Berührung mit Comenius und mit der Brüder-Unität das Bild von den demokratischen, friedliebenden Slawen geschöpft hat, wie Winter meint⁴⁶, doch wird sich dies bei der Widersprüchlichkeit seines Slawenbildes, auf das Ernst Birke mit Recht verweist⁴⁷, kaum je mit Sicherheit klären lassen.

Dieser „Heros eponymos“ der Ostdeutschen, vor allem aber der Slawen, verdankte ohnehin seine große Wirkung mehr seinen genialen Gedankenblitzen statt exakter Forschung und Aussage, vor allem aber der Wendung, die er dem Rousseauschen Streben nach den gesunden Ursprüngen menschlichen Zusammenlebens als Vorbild für das Dasein der Nation zur „Kulturnation“ (auch im Sinne der Definition Meineckes) hin gegeben hat. Es lag in der deutschen und ostmitteleuropäischen Situation sozusagen vorbereitet, das Volk als Organismus aufzufassen und nicht als politische Größe im Sinne der „Staatsnation“ des europäischen Westens⁴⁸. Was im Französischen die Staatsnation und die Staatsangehörigkeit bezeichnet, kennzeichnet bei Deutschen und Slawen eine Sprach- und Wesensgemeinschaft. „Der von Herder ausgehende deutsche Volkstumsgedanke erwies sich als fruchtbar vor allem in der Vielvölkerwelt des europäischen Ostens, überall da, wo nicht ein Staat schon die Merkmale des Nationalen an sich trug und die Willenskräfte der national erwachten Volksschichten an sich ziehen konnte. Der ursprünglich französische Nationsbegriff empfahl sich im Gegensatz dazu überall dort, wo ein nationaler Staat die ersehnte Einheit und Wohlfahrt, Macht und Gerechtigkeit zu verwirklichen schien, indem er allen Staatsangehörigen seine Sprache mitteilte und zum gemeinsamen Werk ihren sittlichen Willen anrief. Weil nun aber auch das Bekenntnis zur Muttersprache als solcher, das Festhalten an der ererbten Art eine Frage der sittlichen Entscheidung geworden war, mußten die beiden Nationsauffassungen zusammenstoßen. Der Schauplatz dieses Kampfes waren fast alle europäischen Länder, besonders aber bestimmte Völkermischgebiete Mittel- und Ostmitteleuropas“⁴⁹.

Der Schauplatz war vor allem Österreich⁵⁰; denn Österreich besaß weder

⁴⁶ Winter: Emigration 278.

⁴⁷ Birke, Ernst: Herder und die Slawen. In: Schicksalswege deutscher Vergangenheit. Festschr. f. S. Kaehler, S. 94 f.

⁴⁸ Rádl, Emanuel: Der Kampf zwischen Tschechen und Deutschen (Deutsche Ausgabe hrsg. v. G. Peters). Reichenberg 1928.

⁴⁹ Wittram, Reinhard: Das Nationale als europäisches Problem. Göttingen 1954, S. 11.

⁵⁰ Vor allem sei hier verwiesen auf: Hantsch, Hugo: Die Nationalitätenfrage im alten Österreich. Wien 1953 (Wiener Hist. Studien 1). — Ders.: Die Geschichte Österreichs. Bd. 2. 2. Aufl. Graz 1953. — Ferner das Sammelwerk: Das Nationalitätenrecht des alten Österreich. Hrsg. von K. G. Hugelmann. Wien 1934.

eine rational faßbare, verbindende Staatsidee im französischen Sinne, noch bildeten seine Bewohner eine Sprach- und Wesensgemeinschaft im Sinne Herders. „Österreich ist ein rein imaginärer Name, welcher kein in sich abgeschlossenes Volk, kein Land, keine Nation bedeutet — eine konventionelle Benennung für einen Komplex von unter sich scharf abgesonderten Nationalitäten“; so wurde in einer 1842 in Hamburg anonym erschienenen Schrift „Österreich und dessen Zukunft“⁵¹ geklagt. „Es hat sich ein slawisches, ein ungarisches, ein italienisches Nationalgefühl gebildet, welches sich täglich mehr konsolidiert, alles Fremde von sich abstößt und mit einer ahnungsreichen Heftigkeit um sich greift. Die Sympathien der deutschen Stämme haben sich mit verdoppelter Gewalt, welche alles Widerstandes spotten wird, ihren Brüdern im Norden und Westen zugewendet. Aber es hat sich in diesem Scheidungsprozesse auch nicht von ferne etwas gezeigt, was einem Erwachen eines österreichischen Nationalgefühls, eines den ganzen Staat umfassenden Gemeinsinnes ähnlich gesehen hätte.“ Der Verfasser dieser von Metternichs Polizei mit dem strengsten Verbot belegten Schrift war ein echter Österreicher, den nur die tiefe Sorge um die Zukunft der Monarchie trieb auszusprechen, was ihm aus der intimen Kenntnis der inneren Vorgänge als „Fachmann“ bekannt war, weshalb er sich in die Anonymität seiner Veröffentlichung flüchten mußte; es war kein Geringerer als Freiherr Viktor von Andrian-Werburg, damals Sekretär in der Hofkanzlei, im Revolutionsjahre 1848/49 großdeutsch gesinntes Mitglied und Vizepräsident der Frankfurter Nationalversammlung. „Eine kurze Zeit noch, und es werden sich“, schreibt Andrian-Werburg weiter, „wenn der jetzige Augenblick versäumt wird, in Österreich vier ausgewachsene, gerüstete Nationalitäten feindlich gegenüberstehen, und unter sich nur mehr ein gemeinsames Band haben, das der Abneigung und des Widerstandes gegen die Regierung, im Falle diese das verweigern sollte, was jede von ihnen im Gefühl ihrer Kraft fordern wird.“ Am Ende dieses düsteren Bildes steht die Klage, daß niemand mehr an die Zukunft der Monarchie glaube, die Regierung Metternich nur eine fristende sei, „darauf hinausgehend, den Augenblick zu retten, unbekümmert, wie es im nächsten aussehen werde“.

Und Josef Redlich⁵² hat nach dem Untergang der Monarchie über die auch ihm unlösbar erscheinende Antinomie von dynastischer Staatsidee und moderner Nationalidee westlicher Prägung im Geiste der Volkssouveränität das Urteil gesprochen, „daß für das alte Österreich sich die Staatsidee in der Dynastie erschöpfen sollte und nach Meinung der leitenden Staatsmänner erschöpfen mußte“. Denn das Österreich Franz' I. und Metternichs blieb Staat als dynastischer Machtapparat im Stile des 18. Jahrhunderts. Und nach Redlich resultierte der von Andrian-Werburg beklagte geradezu fatalistische Zweifel an einer Zukunft Österreichs aus der Hilflosigkeit, mit der „die dynastische Idee ohne Schutz durch irgendwelche in den Völkern selbst wurzelnde Einrichtun-

⁵¹ Zitiert nach Bibl, Viktor: Der Zerfall Österreichs. Bd. 2: Von Revolution zu Revolution. Wien-Berlin 1924, S. 41 f.

⁵² Redlich: Das österreichische Staats- und Reichsproblem I, 55 f.

gen der nun erwachten Idee der Volkssouveränität“ gegenüberstand, so daß „der Umsturz dieses Staats- und Regierungssystems schließlich nicht nur den Beherrschten als eine unabwiesbare Notwendigkeit erschien, sondern auch den Machthabern selbst“. Gab es aus dem Dilemma des Gegensatzes zwischen der westlichen Idee der Volkssouveränität und der übernationalen dynastischen Staatsidee keinen Ausweg? Auch unter den österreichischen und deutschböhmisches Abgeordneten der Paulskirche klaffte dieser Zwiespalt⁵³, so, wenn der Abgeordnete Dr. Makowiczka ins Parlamentsalbum schrieb: „Jeder halte fest und treu an dem Volk, dem das Geschick ihn zugeteilt hat; indem man seinem Volke dient, dient man der Menschheit.“ Aber der Auffassung, daß das Volk ewig, der Staat aber vergänglich sei, stand doch das nachdenkliche Wort des Innsbrucker Abgeordneten Schuler bei der Debatte über die Welschtiroler Frage gegenüber: „Es gibt noch ein Höheres als Nationalität: das Staatenprinzip, das Prinzip der Selbsterhaltung.“

Das Nationalitätsprinzip hatte seine geschichtliche Stunde, als es die übernationale Idee des alten Reiches verdrängte und die Idee des souveränen Machtstaates in sich aufnahm. So wurde es zum Prinzip der nationalen Wiedergeburt und Erweckung in Ostmitteleuropa, um heute in angepaßter Form unter den bisher unter kolonialer Fremdherrschaft stehenden Völkern Asiens und Afrikas wirksam zu sein. Nation, Staat, Kultur sind Worte unserer Begriffssprache, sie sind unentbehrlich, aber sie sind zeitbedingt⁵⁴. Sie verwandeln die Umwelt und werden mit ihr verwandelt. Ein Beispiel für den Wandlungsprozeß des Begriffs „Volk“ im marxistischen Bereich bietet — gerade im Blick auf die eingangs zitierte Definition von Otto Bauer (Schicksals-, Kultur- und Charaktergemeinschaft) — die führende historische Zeitschrift der Sowjetunion, wenn der Volksbegriff nicht umschließend, sondern geradezu ausschließend so definiert wird, „daß das Volk eine historisch sich verändernde Gemeinschaft von Menschen ist, die denjenigen Teil, diejenigen Schichten und Klassen der Bevölkerung umschließt, die ihrer objektiven Lage nach dazu geeignet sind, an der Lösung der Aufgaben einer progressiven, revolutionären Entwicklung eines gegebenen Landes in einer gegebenen Periode gemeinsam teilzunehmen“⁵⁵.

Der Tag des Nationalstaatsprinzips scheint zur Neige zu gehen und wir verstehen heute wohl jene Wünsche der als konservativ anzusprechenden Österreicher wie Andrian-Werburg besser, dessen Wunschbild einer österreichischen Gesamtnationalität von dem böhmischen Grafen Friedrich Deym⁵⁶ geteilt und zur Forderung erhoben wird, die Völker Österreichs sollten sich als österreichische Gesamtnation bekennen. Denn Nationalität ist für Deym, der unter

⁵³ Das Folgende nach Sch ü ß l e r, Wilhelm: Die nationale Politik der österreichischen Abgeordneten im Frankfurter Parlament. Phil. Diss. Freiburg 1913, S. 21 f.

⁵⁴ Wit t r a m: Das Nationale 70 f.

⁵⁵ B u t e n k o, A. P.: O soderžanii ponjatija „narod“ [Über den Inhalt des Begriffes „Volk“]. Woprosy Istorii Nr. 4 (1955). In kapitalistischen Ländern darf demnach nur das Proletariat zum Begriff „Volk“ gerechnet werden, in feudalistischen wären auch die Fürsten inbegriffen.

⁵⁶ D e y m, Friedrich Graf: Drei Denkschriften. Karlsbad 1848.

den deutschböhmisches Abgeordneten der Paulskirche eine der profiliertesten Gestalten war, „die Lebensäußerung eines selbständigen organischen Körpers, dessen Unabhängigkeit und Macht die Individualisierung und Selbstbestimmung eines Volkes gestatten“, somit genügend Raum für die Entfaltung mehrerer Völkerschaften in einer Gesamtnation bieten.

VI

Baron Andrian-Werburg hatte in seiner Schrift bereits auf das vom Westen auf Österreich zukommende und drohende soziale Problem hingewiesen: „Wann hat es größeres materielles Elend gegeben? Tausende von Menschen sind inmitten einer reichen, einer stets wachsenden Zivilisation verwaist, einem namenlosen Elend preisgegeben. Durch die wachsende Zahl der Proletarier bereitet sich rasch und drohend eine Umwälzung vor, von deren Folgen wir nicht einmal eine Ahnung haben⁵⁷.“

Tatsächlich hatte sich die wirtschaftliche Lage der sozial Schwächeren in den letzten Jahren zunehmend verschlimmert. Der spätere Reichstagsabgeordnete Dr. F. A. Brauner beschrieb 1847 in einer deutsch geschriebenen Schrift die „Böhmischen Bauernzustände im Interesse der Landeskultur und des Nationalwohlstandes“. Das Jahr 1846 hatte auch in Böhmen eine böse Mißernte gebracht. Das Steigen der Lebensmittelpreise wurde noch durch künstliche Machinationen unverantwortlicher Spekulanten verstärkt, welche den Bauern das Getreide von den Feldern wegkauften und dann zurückhielten. Allenthalben ließen sich auch kommunistische Ideen erkennen, berichtete das böhmische Landespräsidium⁵⁸. Gleichzeitig begann sich der furchtbare galizische Bauernaufstand des Jahres 1846 gegen den polnischen Adel auch auf Böhmen auszuwirken⁵⁹. Obwohl die Lage auf dem Lande zu Beginn des Jahres 1848 aufs äußerste gespannt war, ist es zu größeren Ausschreitungen doch nicht gekommen⁶⁰. Die hauptsächlichsten Beschwerden richteten sich gegen die noch immer bestehenden Fronlasten⁶¹, deren unentgeltliche Tilgung die Bauern von einem künftigen Landtag, und als dieser noch nicht zustande kam, vom Reichstag erwarteten. Auf dem breiten Lande war weder der nationale noch der soziale Zündstoff zur Explosion gekommen. Die revolutionäre Entwicklung vollzog sich vielmehr in den wenigen großen Städten der Monarchie, in den böhmischen Ländern vor allem in Prag und einigen wenigen Schwerpunkten der noch in Entwicklung begriffenen Industrie.

⁵⁷ Zitat nach Bibl: Zerfall Österreichs 97/98.

⁵⁸ Vortrag vom 31. Jänner 1848. Kolowrat-Akten Nr. 374 im Haus-, Hof- und Staats-Archiv Wien.

⁵⁹ Roubík, František: K ohlasu haličských bouří r. 1846 v Čechách [Zum Echo des galizischen Aufstands des Jahres 1846 in Böhmen]. ČDV 16 (1929) 325 f.

⁶⁰ Roubík, František: Na českém venkově roku 1848 [Auf dem böhmischen Lande im Jahre 1848]. ČDV 16 (1929) 198—231.

⁶¹ Roubík, František: Z poddanských stížností r. 1848 [Aus Beschwerden der Untertanen im Jahre 1848]. ČDV 15 (1928) 158 ff.

Schon vor dem Dreißigjährigen Kriege war in Böhmen vor allem die Leinen- und Tuchweberei, die Spitzenklöppelei und die Herstellung von Papier und Glas heimisch gewesen. Selbstverständlich hatte es sich dabei um rein handwerkliche Fabrikation in den dafür seit alters her in Böhmen bekannten Städten gehandelt, allen voran wieder Prag, dann Pilsen, Jungbunzlau, Chrudim, Tabor, Böhmisches Leipa und Braunau⁶². Nach dem Kriege, dessen Zerstörungen bekanntlich gerade in Böhmen besonders schlimm gewesen sind, begünstigte die Regierung die Ausweitung der großhandwerklichen Produktion und des Handels durch Maßnahmen gegen die eingehenden Zünfte. Besonders das 18. Jahrhundert stand wie anderwärts so auch in Böhmen unter dem Einfluß des Gedankenguts des Merkantilismus und der Entwicklung zu Manufakturen⁶³. Böhmens erste Strumpfmanufaktur wurde 1697 vom Kloster Ossegg ins Leben gerufen, und zwischen 1710 und 1716 entstanden die Tuchmanufakturen von Böhmisches Leipa und Planitz⁶⁴. Um der Abwanderung wertvoller Arbeitskräfte, die nicht nur Preußen suchte (vgl. die tschechische Webersiedlung Nowawes zwischen Berlin und Potsdam) und mit regelrechten Webern anwarb, zu begegnen, darüber hinaus mit der Entwicklung der Textilmanufakturen in Preußen Schritt zu halten, gestattete Maria Theresia, deren Gemahl Kaiser Franz I. selbst ein sehr geschäftstüchtiger Förderer der Manufakturentwicklung gewesen ist, daß die Weber ihr Handwerk auch außerhalb der Weberzünfte ausüben durften. Durch Patent vom 21. März 1755 wurde die freie Gründung von Baumwollmanufakturen und der freie Handel mit Baumwollerzeugnissen zugelassen. Die Grafen Kinský und Waldstein errichteten auf ihren Gütern in Bürgstein (bei Böhmisches Leipa) und Münchengrätz Kattunmanufakturen, welche sich sehr rasch entwickelten⁶⁵. Im Jahre 1788 erfolgte zugleich mit der Abschaffung der Weber- und Strumpfwirkerzünfte die Gründung von gewerblichen Fachschulen. Gleichzeitig erging ein strenges Auswanderungsverbot für Meister bestimmter Spezialwebereien. Ganz im Sinne des Merkantilismus erfolgten Einfuhrverbote für bestimmte Warengattungen wie Woll-, Baumwoll-, Glas- und Metallerzeugnisse, ferner von Zucker und schließlich der Zusammenschluß aller österreichischen Länder (außer Tirol) zu einem einheitlichen Zollverband (1775). Die Zahl der selbständigen Meister ist um das Jahr 1765 auf 45 740, die der Arbeiter auf 205 534 angestiegen⁶⁶. Um 1840 aber hat Prag 112 065 Einwohner; in großem Abstand folgt als damals zweitgrößte Stadt Böhmens das deutsche Reichenberg, das die Begründung seiner Textilfabrikation den Bestrebungen Wallensteins verdankte; es hatte 16 000 Einwohner. Es folgten Eger mit

⁶² Horáček, C.: Počátky českého hnutí dělnického [Die Anfänge der böhmischen Arbeiterbewegung]. Prag 1933.

⁶³ Otruba, Gustav: Anfänge und Verbreitung der böhmischen Manufakturen bis zum Beginn des 19. Jh. (1820). BohJb 6 (1965) 230—322. — Klíma, Arnošt: Manufakturní období v Čechách [Die Periode der Manufakturen in Böhmen]. Prag 1955.

⁶⁴ Horáček: Počátky 18.

⁶⁵ Tobolka, Zdeněk: Počátky dělnického hnutí v Čechách [Anfänge der Arbeiterbewegung in Böhmen]. Prag 1923, S. 4 f.

⁶⁶ Horáček: Počátky 19.

9 900, Kuttenberg mit 9 500, Pilsen mit 8 900, Budweis mit 8 000, Taus mit 5 900, dann weiter Jungbunzlau, Böhmisches Leipa, Graslitz, Landskron, Joachimsthal, Příbram usw.⁶⁷ Noch umgaben die mittelalterlichen Befestigungsanlagen die Städte, deren Häuser, meist einstöckig, oft nur Holzbauten, noch nichts von der neuen Zeit um sie herum zu wissen schienen. Es waren Städte mit noch vorwiegend deutscher oder deutschsprechender Bevölkerung. So konnte Österreich damals — und noch bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts — als ein deutscher Staat gelten: „Österreich war ein deutscher Staat auf einer bestimmten Stelle des Weges von dem auf dem Lehensband und der Grundherrschaft beruhenden Feudalstaat zu dem auf der kapitalistischen Warenproduktion beruhenden modernen Staat. Österreich war ein deutscher Staat, als es den Weg zum modernen Staat zwar angetreten hatte, aber noch nicht ans Ziel gelangt war“⁶⁸. Böhmen aber bildete sich, trotz seiner unentwickelten Straßenverhältnisse — Anfang des 19. Jahrhunderts gab es in Böhmen nur 562 km Schotterstraßen⁶⁹! —, zum industriellen Hauptland der Monarchie heran. Allmählich wuchs auch das Eisenbahnnetz. Der mächtige Finanzier der österreichischen Regierung, Samuel Rothschild, baute die Nordbahn von Wien über Prerau—Mährisch-Ostrau nach Bochnia in Galizien; andere Linien folgten⁷⁰. Noch hielt aber — es wiederholt sich alles! — die Polizei-Bürokratie mit der Geschwindigkeit nicht Schritt, denn um eine Fahrkarte kaufen zu können, brauchte man einen Reisepaß und eine polizeiliche Reisebescheinigung. Wie in allen europäischen Ländern, so ist auch in Böhmen die Ausbeutung der Arbeiter in diesen Jahrzehnten des Frühkapitalismus sehr groß, man sucht Ansammlungen oder Verschiebungen zu vermeiden. Sogar Kindern von neun Jahren an wurde ein Arbeitstag von 12 Stunden zugemutet — und das erst auf staatliche Begrenzung hin! Die Arbeiter wurden schlecht bezahlt, Frauen und Kinder erhielten nur einen Bruchteil des Männerlohnes. Die Einschränkung der Nachtarbeit auf Männer über 16 Jahren mußte erst durch Erlaß verfügt werden. Im Mittel betrug die Arbeitszeit 14 bis 16 Stunden täglich (Hofdekret vom 12. Juni 1842)⁷¹.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts verschlechterten sich die Verhältnisse der Arbeiterschaft sogar noch mehr durch die Einführung neuer Maschinen. Die Brünnener Schafwollweberei stellte 1851 die ersten mechanischen Webstühle auf. Neue Industriezweige entstanden: in den dreißiger Jahren ging das Mühlen-gewerbe von der Flachmüllerei zur Gries- und Hochmüllerei über; zwischen 1840 und 1850 wurden die sogenannten französischen Mühlsteine eingeführt. 1829 entstand in Mähren, 1830 in Böhmen die erste Rübenzuckerfabrik, 1822 wurde in Prag die erste Ölfabrik eröffnet. Seit 1837 verwendete man auf böh-

⁶⁷ Říha, Oldřich: *Hospodářský sociálně-politický vývoj Československa 1790—1945* [Die wirtschaftliche und sozialpolitische Entwicklung der ČSR 1790—1945]. Prag 1949, S. 9 f.

⁶⁸ Bauer 214.

⁶⁹ Říha 10.

⁷⁰ Ebenda 11.

⁷¹ Tobolka: *Počátky* 11, 13 ff.

mischen Gutsherrschaften Dampfsägen. Und im Jahre 1826 wurde in Witkowitz der erste Kokshochofen der Monarchie gebaut⁷².

Von einer Textilfabrik im Prager Stadtteil Smíchov ging 1844 ein Arbeiteraufstand aus. Die Arbeiter traten wegen Lohnforderungen in den Ausstand, besetzten die Fabrikgebäude, zertrümmerten die Maschinen und zerstörten die Anlagen. Durch Truppengewalt wurde der Aufstand zwar niedergedrungen, griff aber außerhalb Prags um sich: Die Bauarbeiter der Eisenbahnstrecke Brünn — Pardubitz — Prag marschierten, mit ihrem Arbeitsgerät bewaffnet, gegen die Hauptstadt. Als ihnen im Vorort Karolinenthal (Karlín) zwei Hundertschaften Gendarmerie entgegengeworfen wurden, die von der Schußwaffe Gebrauch machten, griff die erbitterte Bevölkerung zugunsten der Arbeiter ein. Wie nicht anders zu erwarten, wurde auch dieser Aufruhr niedergedrungen, einige Dutzend Arbeiter und Bürger zahlten mit dem Leben oder ihrer Gesundheit. Doch nun ging der Aufstand in der Provinz weiter. In einigen nordböhmischen Orten mit deutscher Bevölkerung kam es auf die Nachricht von den Prager Zuständen ebenfalls zu Arbeiterunruhen: in Reichenberg, Böhmisches Leipa, Reichstadt, Leitmeritz. Gewiß stellte die Polizei Verbindungen mit den Prager Aufständischen fest, aber sie genügen nicht, das Geschehene zu erklären. Die Unruhen waren Ausdruck einer allgemeinen Notlage und Erbitterung und brachten den neuen Statthalter in Böhmen, Erzherzog Stefan — durchaus kein Freund Metternichs und von den besten Absichten erfüllt — dadurch in eine schwierige Lage gegenüber Wien⁷³. Auch in den folgenden Jahren, also 1845, 1846 und 1847 flammten kleinere Unruhen auf⁷⁴. Neben den Studenten haben die Arbeiter Prags auf den Barrikaden die Kerntruppen gestellt, als 1848 der Pfingstaufstand ausbrach.

Auch bei der noch kaum organisierten Arbeiterschaft können wir die gleiche Feststellung machen wie bei den Bauern: die soziale Frage, das wirtschaftliche Anliegen, hat noch keine nationale Note. Es wird jedoch seit dem Revolutionsjahre 1848 die Neigung bleiben, die Arbeiterschaft als Vortrupp für nationale Demonstrationen zu verwenden. Den Grund dafür haben wir in der Tatsache zu suchen, daß Industrie und Handel vor allem in den Händen des Adels und des Großbürgertums lagen. Diese waren, wenn auch nicht immer der wirklichen Herkunft nach, so doch durch ihre sprachliche und kulturelle Zugehörigkeit deutsch; dies traf auch für das jüdische Unternehmertum zu⁷⁵. Daß sich gegen sie — und darüber hinaus gegen das Deutsche schlechthin — eine sich immer mehr verbreitende nationale und soziale Bewegung erhob, geht auf die Wirkung der radikalen Gruppe des bürgerlichen Mittelstandes zurück, der durch

⁷² Bauer 226 f.

⁷³ Walter, Friedrich: Die böhmischen Arbeiterunruhen des Jahres 1844. MIOG 11. Erg.Bd. (1929). — Mendl, Bedřich: Vývoj řemesel a obchodu v městech pražských [Die Entwicklung von Handwerk und Handel in Prag]. Prag 1947. — Tóbolka: Počátky 17 ff.

⁷⁴ Mendl 63 f.

⁷⁵ Hoch, Karel: Sociálně-politické poměry v Čechách před r. 1848 [Sozialpolitische Verhältnisse in Böhmen vor 1848]. ČČH 38 (1922) 117 f.

die allgemeine Verschlechterung der Lebensverhältnisse in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts wirtschaftlich am stärksten betroffen wurde.

VII

Der bürgerliche Mittelstand erfüllte tatsächlich alle Voraussetzungen für eine Mittlerstellung zwischen den sozial stark differenzierten Schichten des sich auf seine nationale Zusammengehörigkeit besinnenden Tschechentums. Die ältere Generation war noch durch die Schule der deutschen Romantik gegangen⁷⁶, in der jüngeren vollzog sich in Böhmen wie in Deutschland der Wandel zu einem politischen Realismus, der auch dem künstlerischen Streben seine besondere Note gab.

In dieses gebildete, sozial und wirtschaftlich bevorrechtete Bürgertum aufzusteigen, es den Deutschen gleich zu tun, „es ihnen zu zeigen“, wird zum Wunschbild für das tschechische Kleinbürgertum der Handwerker, des niederen Beamtenstandes und der Lehrer, die beide schlecht bezahlt werden. Sie besaßen Volksverbundenheit im wahrsten Sinne des Wortes, um die Nöte des kleinen Mannes zu kennen, zugleich aber auch einer bloß romantischen Volkstums-Schwärmerei zu entgehen. Sie besaßen jenes Maß an Verstand und politischem Realismus, ihre sozialen Anliegen, ihren Willen zum Aufstieg auf der sozialen Stufenleiter und zu größerer wirtschaftlicher und politischer Bedeutung als nationales Anliegen zu „tarnen“.

Diese Entwicklung mußte naturgemäß sehr schnell zur Entzweiung mit dem deutschen Bürgertum führen. Noch im März und April 1848 finden wir Deutsche und Tschechen als Verbündete im Kampf um die Durchsetzung der gemeinsamen Freiheitsforderungen. Am 11. März, also noch vor den Wiener Unruhen und dem Sturze Metternichs, war es im Prager Wenzelsbade zu einer tschechisch-deutschen Bürgerversammlung gekommen, an der sich übrigens Palacký nicht beteiligt hat⁷⁷, welche zur Ausarbeitung einer Petition der Prager

⁷⁶ Allgemein sei verwiesen auf: Murko, Mathias: Deutsche Einflüsse auf die Anfänge der böhmischen Romantik. Graz 1897. — Raupach, Hans: Der tschechische Frühnationalismus. Essen 1939. — Lemberg, Eugen: Der deutsche Anteil am Erwachen d. tschechischen Volkes. In: Die Deutschen in Böhmen u. Mähren. Hrsg. von Helmut Preidel. 1950.

⁷⁷ Vgl. an tschedischer Literatur u. a.: Maršan, Robert: Čechové a Němci r. 1848 a boj o Frankfurt [Tschechen und Deutsche im Jahre 1848 und der Kampf um Frankfurt]. Prag 1898, S. 3 ff. — Kazbunda, Karel: České hnutí roku 1848 [Die tschechische Bewegung des Jahres 1848]. Prag 1929, S. 45 ff. — Krofta, Kamil: 11. března — 8. dubna 1848 [11. März — 8. April 1848]. In: Byli jsme za Rakouska. Prag 1936, S. 347 ff. — Tobolka, Zdeněk: Politické dějiny československého národa [Politische Geschichte des tschechoslowakischen Volkes]. Bd. 1. Prag 1932, S. 49 ff.

Zur Revolution allgemein seien nur zwei Werke angeführt: Helfert, J. A. v.: Geschichte der österreichischen Revolution im Zusammenhang mit der mitteleuropäischen Bewegung der Jahre 1848 bis 1849. 2 Bde. Freiburg i. Br. 1907/09, und Kiszling, Rudolf: Die Revolution im Kaisertum Österreich 1848—1849. 2 Bde. Wien 1948. Dort auch Literaturverzeichnis.

Bevölkerung an den Kaiser einen Ausschuß wählte, der aus Tschechen und Deutschen bestand⁷⁸. Dr. Pinkas, ein Deutscher, der den Weg vom „Tschechenfresser“ zum radikalen Tschechen eingeschlagen hat — er ist eine sehr interessante Erscheinung in dieser bewegten Zeit! — wurde mit der Textredaktion beauftragt. Erst die einseitig nationalen Forderungen, welche der radikale Teil des tschechischen Bürgertums aufstellte, haben zum Austritt der Deutschen aus diesem Ausschuß und zu deutschen Gegenforderungen geführt.

Auch in der Gubernialkommission⁷⁹, welche der höchste kaiserliche Beamte in Böhmen, der Oberstburggraf Rudolf von Stadion, zur Vermeidung einer radikalen Entwicklung zusammengerufen hatte, saßen angesehene Adelige und Bürger, Deutsche und Tschechen. Das Protokoll der ersten Sitzung am 3. April 1848 nennt als Gegenwärtige: „Dr. Helminger, Albert Graf von Nostitz, Buchhändler Borrosch, Erwein Graf von Nostitz, Apotheker Dittrich, Ritter Wenzel von Eisenstein, Gutsbesitzer Becher, JUDr. Mudroch, Kaufmann Pleschner, H. Ellenberger, H. Herget, von Lämmel, Kaufmann Kolb, Professor Haimperl, Redakteur Klutschak, Dr. Reisich, Professor Wessely, Dr. Jaksch, Historiograph Palaczky, Ritter von Neuberg, Dr. Brauner, Dr. Strobach, Graf Morzín, Graf Franz Thun (Sohn) und Se. Excellenz Herr Graf Josef Mathias Thun.“

Selbst die Sprachenfrage⁸⁰ und die Forderungen nach Gleichberechtigung der tschechischen Sprache in Schule und Amt wären kein Grund zur Entzweiung gewesen. Schon die Verordnungen der Kaiserin Maria Theresia hatten die Pflege der Volkssprache an den Volksschulen gefördert, und daß die Sprachenvorordnungen Josefs II. keineswegs die Ausmerzung der tschechischen Sprache bezweckten, ist bereits erwähnt worden. Und selbst Metternichs Regierung setzte den Bestrebungen nach Rehabilitierung der tschechischen Sprache in Wissenschaft, Schule und Amt keinen Widerstand entgegen⁸¹. Es waren vielmehr Schwierigkeiten personeller Art, welche sich einem geregelten tschechischen Sprachunterricht und der Verwendung des Tschechischen als Verwaltungssprache entgensetzten, und die Regierung muß noch im Jahre 1848 mehrfach betonen, daß ein großer Mangel an Lehrern herrsche, welche die tschechische Sprache beherrschten, geschweige denn lehren konnten⁸². Im Jahre 1850 erzielte

⁷⁸ Original im Allgemeinen Verwaltungs-Archiv Wien, MdI. Präs. 1/2 K. 19; vgl. K a z b u n d a 363 f. (Beilage II) und: Helfert, J. A. v.: Die böhm. Frage in ihrer jüngsten Phase. Prag 1873, S. 23 des Anhangs.

⁷⁹ M a r š a n 29 ff. — K a z b u n d a 376 ff.

⁸⁰ Zur Sprachenfrage allgemein: Fischel, Alfred: Materialien zur Sprachenfrage in Österreich. Brünn 1902. — Ders.: Das österreichische Sprachenrecht. 2. Aufl. Brünn 1910. — Das Nationalitätenrecht des alten Österreich. Hrsg. von Karl Gottfried H u g e l m a n n. Wien 1934.

⁸¹ Schlitter, H.: Aus Österreichs Vormärz. Bd. 2: Böhmen. Zürich-Leipzig-Wien 1920, S. 71 f.

⁸² Bemerkenswert für dieses Problem:

a) Note d. Innenministers v. Pillersdorf a. d. Unterrichtsminister v. Sommaruga v. 12. April 1848: Allgem. Verw. Archiv Wien: MU Präs. 52 ex 1848 und MI Präs. 562 ex 1848;

b) Unterrichtsmin. an d. böhm. Gubernium, 18. Sept. 1848: Allgem. Verw. Archiv Wien: MU Präs. 6143/781 ex 1848;

der Ministerrat Einigung darüber, daß an den Universitäten alle Sprachen des Reiches gleichberechtigt⁸³ sein und auch in der Rechtspflege gelten sollten⁸⁴.

Die von Glaser gegründete Zeitschrift „Ost und West“ hatte sich die Durchdringung beider Kulturelemente Böhmens, des deutschen und des tschechischen, zum Ziele gesetzt⁸⁵; ein böhmischer Landespatriotismus schien die nationalen Unterschiede zu überbrücken⁸⁶. Auf den Aufruf des deutschböhmischen Dichters Egon Ebert hin trafen sich am 18. März 1848 über hundert deutsche und tschechische Dichter und Schriftsteller im Hotel de Saxe in Prag unter dem Vorsitz von Palacký und Šafařík⁸⁷. Neben ausgesprochenen Panslawisten erblickte man Anhänger der großdeutschen Idee wie Kuranda, Kreutzberg, Hartmann, Meißner und Dr. Makowiczka, dessen emphatische Worte über das Volkstum wir bereits kennen.

Und so wie sich in Prag Deutsche und Tschechen unter der weiß-roten Landesfahne vereinten, viele Deutsche weiß-rote Kokarden oder sogar Armbinden mit dem roten Kreuz, dem Abzeichen der nationaltschechischen Bruderschaft „Svornost“, anlegten, kam es in zahlreichen deutschböhmischen Städten zu Solidaritätskundgebungen mit den Pragern: in Leitmeritz, Lobositz, Karlsbad, Marienbad, Teplitz, Böhmisches Leipa und Gablonz wurden die Landesfarben gehißt⁸⁸ und Freudenfeuer abgebrannt.

Bald wurden aber unter den Deutschen Befürchtungen laut, von den Tschechen, deren Wille zu nationaler Eigenständigkeit immer deutlicher hervortrat, im Lande und in der Hauptstadt majorisiert zu werden. Vor allem die immer stärker betonte panslawistische Verbundenheit, wie sie zunächst mehr akademisch, dann aber in der Öffentlichkeit zur Geltung kam und schließlich während des Allslawenkongresses in Prag exstatische Formen annahm, hat das Mißtrauen auf deutscher Seite immer mehr gesteigert.

Die Deutschen fühlten sich tatsächlich bedroht. Die beginnende Industrialisierung brachte schon damals tschechischen Zuzug in die nord- und westböhmischen Industriezentren und erzeugte damit nicht nur soziale, sondern eben auch nationale Reibungsflächen. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis

c) Unterrichtsmin. an die Landesstellen in Böhmen, Mähren u. Schlesien, 29. Sept. 1848: Allg. Verw. Archiv Wien: MU Präs. 6538/1734 ex 1848.

d) Böhm. Gubernium an Unterrichtsmin., 29. Sept. 1848: Allgem. Verw. Archiv Wien: MU Präs. 6741/877 ex 1848;

Antwort des Unterrichtsmin. an Gubernium, 21. Okt. 1848: Allgem. Verw. Archiv Wien: MU Präs. 6741/877 ex 1848.

⁸³ Ministerrat vom 23. März 1850, Protokoll Nr. 1203 ex 1850 und Ministerrat vom 6. Mai 1850, Prot. Nr. 1866 ex 1850, Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien.

⁸⁴ Ministerrat vom 25. März 1850, Prot. Nr. 1211 ex 1850 und Ministerrat vom 26. März 1850, Prot. Nr. 1222 ex 1850, Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien.

⁸⁵ Hauptmann, Fritz: Die staatsrechtlichen Bestrebungen der Deutschböhmen. Komotau 1926, S. 25.

⁸⁶ Roubík, František: Český rok 1848 [Das tschechische Jahr 1848]. Prag 1931, S. 118 ff. — Kazbunda 78 ff.

⁸⁷ Maršan 19 ff.

⁸⁸ Maršan 9 ff.

zum Ersten Weltkrieg hat sich dieser Druck immer mehr verstärkt⁸⁹. So gab der Beginn der nationalen Auseinandersetzung den Deutschen das bedrückende Gefühl, sich als nationale Minderheit in eine politische Defensivstellung gedrängt zu sehen. Das hat bis zum Ersten Weltkrieg ihre Einstellung zu Österreich in positiver wie negativer Hinsicht beeinflusst und bildete erst recht die Atmosphäre, unter der sie nach der Zertrümmerung der Monarchie in der Ersten Tschechoslowakischen Republik zu leben hatten. Auch ihre Einstellung zum deutschen Gesamtvolk und zum Deutschen Reich — gleichgültig welcher politischer Form — resultierte aus dem Gefühl, in der eigenen Heimat als nationale Minderheit dauernd bedroht zu sein. — Schon der Plan, den Löhner, einer der bedeutendsten Köpfe der Deutschböhmen im Jahre 1848, auf der deutschen Vertrauensmännertagung in Teplitz am 28. August vorgetragen hat⁹⁰, stand unter diesem Gesetz der nationalen Defensive. Er sah bekanntlich die Aufteilung der Monarchie in nationale Kreise und somit die Aufgabe der historischen Grenzen der alten Kronländer vor.

Auf der einen Seite hat die Überspitzung der nationalen Forderungen bei den Tschechen, vor allem aber der immer unverhüllter hervortretende anti-deutsche Panslawismus Mißtrauen und Abwehr unter den Deutschen zur Folge gehabt. Auf der anderen Seite hat das Bekenntnis der Deutschböhmen zum Gesamtdeutschtum, ihre Bereitschaft zur Mitarbeit am Bau des neuen Reiches, das die Nationalversammlung in Frankfurt schaffen sollte, Mißtrauen und Ablehnung unter den Tschechen hervorgerufen. Ein deutliches Beispiel ist die bekannte Absage, die Franz Palacký namens seines Volkes der Einladung zur Teilnahme an den Beratungen des Vorparlaments in seinem Brief vom 11. April 1848 an den Präsidenten von Soiron erteilte. In sehr geschickter Form wurde hier die Verteidigung der nationalen Interessen des Tschechentums mit der Betonung der europäischen Notwendigkeit einer Erhaltung und Eigenstaatlichkeit Österreichs verbunden. Es ist damit jene Linie der Politik beschritten worden, auf welcher die demokratischen Kräfte des Tschechentums in der Erhaltung Österreichs nicht nur die Sicherung ihres Volkstums, sondern die slawische Vorherrschaft in Österreich erstrebt haben. Der bürgerliche „Austroslawismus“ wurde zum Rettungsanker der Habsburger Monarchie. Er wurde es trotz des Pfingstaufstandes in Prag, der den tschechischen Panslawismus⁹¹ als anti-deutsche und gegen Österreich gerichtete Bewegung demaskierte und die liberale und demokratische Politik des tschechischen Bürgertums aufs schwerste gefährdete.

⁸⁹ Hassinger, Hugo: Die Entwicklung des tschechischen Nationalbewußtseins. 1928, S. 20 f.

⁹⁰ Hauptmann: Die staatsrechtlichen Bestrebungen 56 f. — Sieber, Ernst Karl: Ludwig von Löhner. Ein Vorkämpfer des Deutschtums in Böhmen, Mähren und Schlesien im Jahre 1848/49. München 1965 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 18.)

⁹¹ Vgl. Fischel, Alfred: Der Panslawismus bis zum Weltkrieg. Stuttgart 1919. — Prinz, Friedrich: Prag und Wien. München 1968 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 21).

Das deutsche und tschechische Bürgertum Prags war durch vielfache verwandtschaftliche, wirtschaftliche und geistige Bande miteinander eng verbunden. Nicht nur der Adel, sondern auch das gebildete Bürgertum hatte die Bestrebungen des Museumsvereins⁹², der sich sogar der Mitgliedschaft Goethes erfreuen konnte, in jeder Hinsicht unterstützt. Hier war die geistige Heimat eines böhmischen Landespatritismus, der seine Liebe zur Geschichte und zum Volkstum im Geiste Herders und der deutschen Romantik nicht verleugnete. Die Auswahl und Tätigkeit seiner Mitglieder, die Verbreitung ihrer wissenschaftlichen und patriotischen Schriften, ihr geselliger Verkehr, all das war bewußt auf einen kleinen, sozial scharf abgegrenzten Kreis beschränkt geblieben.

Daneben aber hatte sich in kleinen Geheimzirkeln, wie etwa dem aus einer Tischgesellschaft entstandenen „Český Repeal“ — in Verehrung des irischen Widerstands unter O'Connell — ein Kern nationaler Radikalen um Männer wie Trojan, Rieger, Brauner und Strobach gebildet, die sich „Vlastenci“ (Patrioten) nannten. Ihr Sprachrohr wurde Karel Havlíček-Borovský, der Vater der tschechischen Journalistik, seit Jänner 1846 Redakteur der bedeutenden Tageszeitung „Pražské Noviny“ (Prager Zeitung). Sehr bald machte sich auch ein sozialer Einschlag in ihrer Agitation bemerkbar, als sie die Interessen der Handwerker und des Kleingewerbes gegenüber den Großindustriellen und dem wohlhabenden Bürgertum zu vertreten begannen⁹³. So viel an Widersprüchlichem auch in ihren Ideen steckte — in einem haben sie ganz klar gesehen: daß die nationale Bewegung auch eine soziale sein müsse, wenn sie Erfolg haben sollte und daß die sozialen Forderungen am nachdrücklichsten und zugleich unverdächtigsten als nationale Anliegen durchgeföhrt werden konnten. Damit sind sie zu Schrittmachern einer radikalen tschechischen Politik — und allerdings auch der nationalen Entzweiung in den böhmischen Ländern geworden.

⁹² Hanuš, Josef: Národní museum a naše obrození [Das Nationalmuseum und unsere Wiedergeburt]. 2 Bde. Prag 1919.

⁹³ Schlitter: Aus Österreichs Vormärz 79 f.

ZUR GESCHICHTE DER BÖHMISCHEN JUDEN IN DER EPOCHE DES MODERNEN NATIONALISMUS

Von Christoph Stölzl

I.

1. Die Forschungsproblematik

Die Rolle der Juden in der nationalen Auseinandersetzung gehörte zu den am häufigsten beredeten politischen Streitfragen Böhmens in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Umso auffallender erscheint es darum auf den ersten Blick, daß das Problem fast keinen Eingang in die einschlägige Historiographie gefunden hat¹. Während einmal die Geistesgeschichte, die Entwicklung der ideologischen Konfrontation von Deutschen und Tschechen, dann die wechselvollen Geschehnisse der politisch-parlamentarischen Kämpfe schon seit dem Ende der Monarchie fast ermüdend oft aufgerollt worden sind und auch die Sozialgeschichte des multinationalen Landes besonders seit dem Zweiten Weltkrieg große Fortschritte gemacht hat, ist die Frage nach der besonderen Bedeutung der jüdischen Bevölkerung in diesem Versuchsfeld des modernen Nationalismus kaum gestellt worden. Wo sie doch auftauchte, da fand sie sich sozusagen in den Nebensätzen und Parenthesen der historischen Erzählung², und bezeichnenderweise hat sich in neuester Zeit nicht die Geschichtsschreibung, sondern die Literaturwissenschaft — angestoßen von der überragenden Bedeutung des Prager Juden Franz Kafka — zuerst für das besondere jüdische Milieu Böhmens vor dem Ersten Weltkrieg interessiert³. Gleiches gilt von der Kehrseite der jüdischen Existenz im 19. Jahrhundert: die Geschichte des Anti-

¹ Die einzige größere Studie über das Thema ist bislang eine unveröffentlichte Wiener Dissertation von Izrael Olesker (Der Anteil der Juden an den Nationalkämpfen in Böhmen im 19. Jahrhundert. 1934). Die Arbeit ist rein ideologiegeschichtlich ausgerichtet und kann wegen ihrer zahlreichen sachlichen Fehler bestenfalls als unvollständige Bibliographie dienen.

² Vgl. als gutes Beispiel F. Prinz' Beitrag im Handbuch der Geschichte der böhmischen Länder, wo sich der gegenwärtige Stand der Forschung darin spiegelt, daß den christlichen Kirchen eigene Abschnitte gewidmet sind, das böhmische Judentum aber in Ermangelung verwendbarer Vorstudien nur marginal gewürdigt werden kann (Prinz, F.: Die böhmischen Länder von 1848 bis 1914. In: Handbuch der Geschichte der böhmischen Länder. Hrsg. von Karl Bosl. Bd. 3. Stuttgart 1968, S. 3 ff.).

³ Wagenbach, K.: Franz Kafka. Eine Biographie seiner Jugend. Bern 1958. — Krollop, K.: Zur Geschichte und Vorgeschichte der Prager deutschen Literatur des „expressionistischen Jahrzehnts. In: Goldstücker, E. (Hrsg.): Weltfreunde. Konferenz über die Prager deutsche Literatur. Prag-Berlin-Neuwied 1967, S. 47 ff.

semitismus in den böhmischen Ländern ist noch nicht geschrieben⁴. Wo man sich mit dem Phänomen des Antisemitismus in Österreich überhaupt beschäftigte, da geschah dies vorwiegend aus zeitgeschichtlichem Blickwinkel, und deshalb war die Aufmerksamkeit auf die Verhältnisse der Reichshauptstadt Wien gerichtet⁵. Das ist verständlich angesichts der zentralen Rolle des „Wienerlebens“ im Werdegang Adolf Hitlers, hindert jedoch auch eine tiefere Einschätzung der jüdischen Problematik in der Politik der Spätzeit Zisleithaniens, der man nur vermittels einer Würdigung des Zusammenhanges mit der nationalen Frage gerecht wird. Hierzu ist aber die Erkenntnis notwendig, daß die österreichische Innenpolitik in der Epoche der modernen Industriegesellschaft nur durch den doppelten Blick auf Wien *und* die böhmischen Länder begriffen werden kann. Am Rande sei Hannah Arendts geistvoller Versuch erwähnt, nationale und jüdische Problematik der alten Monarchie in Beziehung zu setzen; freilich wird hier der zweite Schritt vor dem ersten getan und ein allzu umfassendes Modell des Antisemitismus spekulativ präzisiert, ohne daß dafür eine befriedigende Quellenbasis zugrundegelegt werden könnte⁶.

Wo aber liegen die Gründe für diese „weißen Flecken“ der böhmischen Historie? Daß alle Geschichtsschreibung nicht zu trennen ist von den sozialen und politischen Bedingungen, aus denen sie hervorsticht, ist eine Tatsache, die man nicht zuletzt an der Historiographie des böhmischen Raumes in vielen Nuancen gleichsam wie an einem Demonstrationsbeispiel ablesen kann. Für die jüdische Thematik ist diese Grundbedingung ganz besonders auffällig. Jüdische Geschichte — wenn dieser Begriff hier vorerst einmal undiskutiert verwendet werden darf — ist vor allem hauptsächlich durch religiös bewußte Angehörige der jüdischen Gemeinschaft geschrieben worden, und so findet sich denn auch für Böhmen eine große Anzahl von fleißig zusammengetragenen Studien zur Rabbinats-, Gelehrten-, Gemeinde- und Familiengeschichte⁷. Freilich, der enge Begriff des „Jüdischen“, der den Verfassern, zumeist Rabbinern und Pädagogen, notwendig zu eigen sein mußte, macht sie als Material für die allgemeine Geschichte fast unbenutzbar⁸. Der Lebensinhalt der überwie-

⁴ Seibt, E.: *Bohemica. Probleme und Literatur seit 1945*. München 1970, S. 160 (HZ-Sonderheft 4). Der blinde Fleck ist in die allgemeine Sekundärliteratur eingegangen, so daß die bislang umfassendste Untersuchung der antisemitischen Bewegung feststellen kann, der Antisemitismus der Monarchie sei zuerst in Wien aufgetreten, was objektiv falsch ist (Pulzer, P. J.: *Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867—1914*. Gütersloh 1966, S. 20).

⁵ Pulzer: *Antisemitismus*. — Arkel, D. van: *Antisemitism in Austria*. Leiden 1966.

⁶ Arendt, H.: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*. Frankfurt 1955.

⁷ Heilig, B.: *Ziele und Wege einer Wirtschaftsgeschichte der Juden in der tschechoslowakischen Republik*. Jahrbuch der Gesellschaft für Geschichte der Juden in der tschechoslowakischen Republik (im folgenden zitiert als JbGGJ) 4 (1932) 11.

⁸ Musterbeispiele für diese Literaturgattung sind die während der zwanziger Jahre von dem Brünner Verleger Hugo Gold edierten voluminösen Sammelbände „Die Juden und Judengemeinden Böhmens (bzw. Mährens) in Vergangenheit und Gegenwart“ Brunn 1934 bzw. 1929, die bei einer Überfülle lokalgeschichtlicher Details für eine systematische Geschichtsschreibung selbst als „Steinbruch“ fast wertlos sind.

genden Mehrheit der österreichischen Juden der zweiten Jahrhunderthälfte war aber — dies sei einmal vorweggenommen — der Gedanke der Assimilation, des bruchlosen Aufgehens in der bürgerlichen Gesellschaft. So ist es nur symptomatisch, daß die beiden großen „politischen“ Historiker der Monarchie, *Friedjung* und *Redlich*, die am Ende der franzisko-josefinischen Ära engagiert Bilanz zogen⁹, der jüdischen Rolle im österreichischen „Staats- und Reichsproblem“ keine besondere Aufmerksamkeit schenken mochten, wiewohl sie doch selbst beide dem Judentum der böhmischen Länder entstammten. Ähnliches gilt von der Historiographie der Ersten Republik. Zwar etablierte sich im Jahre 1929 unter der Ägide des Mediävisten Samuel *Steinherz* eine utraquistisch konzipierte „Gesellschaft für die Geschichte der Juden in der tschechoslowakischen Republik“¹⁰, aber ein Überblick über die bis zur Zerschlagung der ČSR publizierten Arbeiten zeigt, welch verschwindend geringen Raum die nationalen und politischen Probleme des 19. Jahrhunderts einnehmen¹¹. Man darf schlüssig vermuten, daß es sich dabei nicht um einen Zufall handelte: hätte doch die Bearbeitung der Epoche der nationalen Auseinandersetzungen eine nähere Beschäftigung mit dem radikalen tschechischen wie deutschen Antisemitismus notwendig mit sich gebracht, ein Unterfangen, das der von den böhmischen Juden der Zwischenkriegszeit befolgten Politik eines staatsklugen *quieta non movere* nicht dienlich sein konnte, denn die Erste Republik war dank des erklärten Philosemitismus Masaryks¹² im Vergleich zu den anderen mitteleuropäischen Staaten eine Oase der staatsbürgerlichen Unangefochtenheit für die Juden. Durch die Katastrophe des mitteleuropäischen Judentums in der nationalsozialistischen Zeit hat sich endlich die Szene völlig gewandelt. Die jüdischen Historiker Böhmens kamen entweder um oder wurden in die Welt zerstreut. Die mit der Emigration unvermeidliche Änderung der historischen Blickrichtung spiegelt sich in Guido *Kischs* nach dem Krieg geschriebenem Buch über die Rolle der böhmisch-jüdischen Einwanderer in Amerika¹³, in dem eine erste knappe geistesgeschichtliche Übersicht der neueren jüdischen Geschichte in Böhmen im Sinne des versöhnlichen Masarykismus nur eine Nebenrolle spielt. Indes, alle Hoffnungen auf eine Wiederbelebung des Geistes der Ersten Republik sollten durch den Umsturz des Jahres 1948 in der ČSR ein Ende finden. Wo seitdem noch Beiträge zur neueren jüdischen Geschichte Böhmens spärlich und verstreut erscheinen, da dienen sie meist nostalgischen Reminiszenzen an eine idealisierte Franz-Josef-Zeit¹⁴ oder sind aus zionistischem

⁹ *Friedjung*, H.: Österreich von 1848—1860. 2 Bde. Stuttgart 1908—12. — *Redlich*, J.: Das österreichische Staats- und Reichsproblem. 2 Bde. Leipzig 1920—26.

¹⁰ *Kisch*, G.: Jewish Historiography in Bohemia, Moravia, Silesia. In: The Jews of Czechoslovakia. Historical studies and surveys. Vol. 1. Philadelphia 1968, S. 6.

¹¹ Vgl. *Dan*, R.: Zwei Inhaltsverzeichnisse. Zeitschrift für die Geschichte der Juden 5 (1968) 177 ff. — Dazu auch: *Brilling*, B.: Neueres Schrifttum zur Geschichte der Juden in der Tschechoslowakei. ZOF 6 (1957) 572 ff.

¹² Vgl. *Rychnovsky*, E. (Hrsg.): Masaryk und das Judentum. Prag 1931.

¹³ *Kisch*, G.: In Search for Freedom. London 1949.

¹⁴ Dies gilt vor allem von den Beiträgen in *Hugo Golds* in Tel Aviv erscheinender „Zeitschrift für die Geschichte der Juden“.

Blickwinkel verfaßt, d. h. interessieren sich vornehmlich für das innere (religiöse, kulturelle) Leben der jüdischen Gemeinden, beschäftigen sich mit Demographie und Statistik der Juden, bei gleichzeitiger Vernachlässigung der politischen Geschichte¹⁵. Beiden Typen gemeinsam ist ein Desinteresse an den Fragestellungen der allgemeinen politischen und sozialen Geschichte Böhmens, die ja auch vom jetzigen Standort der Autoren aus verständlicherweise eher eine chose passée ist.

Soweit die jüdischen Historiker. Warum aber haben sich deutsche, österreichische und tschechische Forscher des Themas so wenig angenommen? Neben äußerlichen, darum aber nicht minder einflußreichen Umständen wie der höchst wechselhaften politischen Konjunktur aller jüdischen Belange in den osteuropäischen Volksdemokratien¹⁶ läßt sich ein ganzes Bündel von Hindernissen zusammenstellen, die der jüdischen Thematik immanent sind und auch heute noch ihre Bedeutung haben. Zunächst: eine akzeptable Methodik jüdischer Geschichte als Teil der allgemeinen Geschichte ist niemals erarbeitet worden, auch nicht in der deutschen Geschichtsschreibung, die ja ansonsten dem Problem größere Aufmerksamkeit gewidmet hat¹⁷. Die Mehrdeutigkeit des Forschungsgegenstandes „Judentum“ dauert auch heute noch unverändert an. František Graus, als Marxist eigentlich zu säuberlicher Kategorisierung verhalten und einer Neigung zum Feuilletonismus ganz unverdächtig, hat 1967 in seinen „Prolegomena zu einer Geschichte der Juden in den Böhmisches Ländern“ geradezu einen völligen Verzicht auf historische Begriffsbildung als Voraussetzung jeder Beschäftigung mit der jüdischen Geschichte gefordert: „Waren die Juden in der Vergangenheit eine Nation, eine Gruppe mit fest umrissener wirtschaftlicher Funktion, eine Schicksalsgemeinschaft oder eine Religion? Sie waren von all dem etwas und doch keins von ihnen — sie waren ein Phänomen sui generis, dessen Verständnis man sich durch das Einreihen in die üblichen Kategorien nur verbaut¹⁸.“ Schon ein erster Blick auf die böhmische Geschichte des 19. Jahrhunderts bestätigt Graus' Warnung. Soll man die „böhmischen Juden“, die „jüdischen Österreicher“, die „Deutschen resp. Tschechen israelitischer Konfession“ oder die „dritte böhmische Nation“ untersuchen? Die Vermutung liegt nahe, daß bei der deutschen, österreichischen wie bei der tschechischen Historiographie, die ja zum Teil noch bis heute ihre Nähe zu politisch-nationalen Positionen des 19. Jahrhunderts nicht verleugnen kann, die Abneigung gegen das Thema nicht zuletzt aus eben dieser Mehrdeutigkeit rührt, die das „Jüdische“ bis zum Ende der Monarchie behielt; es beharrte sozusagen im vormärzlichen Stadium, wo noch nicht der Prozeß der Entmischung

¹⁵ Vgl. Kestenberg-Gladstein, R.: The Jews between Czechs and Germans in the Historic Lands, 1848—1918. In: The Jews of Czechoslovakia 21 ff.

¹⁶ Vgl. Meyer, P. / Weinryb, B.D. / Duschinsky, E. / Sylvain, N.: The Jews in the Soviet Satellites. Syracuse (USA) 1953.

¹⁷ Weinryb, B.D.: Prolegomena to an Economic History of the Jews in Germany in Modern Times. Yearbook of the Leo Baeck Institute 1 (1956) 288.

¹⁸ Graus, F.: Prolegomena zu einer Geschichte der Juden in den böhmischen Ländern. Judaica Bohemiae 3 (1967) Heft 2, S. 81.

und Integralisierung der nationalen Identität begonnen hatte, der die Menschen Böhmens nach 1848 allmählich zu eindeutigen „Deutschen“ oder „Tschechen“ machte. Vielleicht wurden die Historiker beider Nationen im Zusammenhang mit dem jüdischen Thema an den — im Lichte des Nationalismus — „dunklen Punkt“ so vieler individueller Biographien wie auch des kollektiven Schicksals gemahnt: an den Wechsel des nationalen Bekenntnisses, an die fließenden Linien des Bewußtseins, alles dies Vorgänge, die, wiewohl doch eine Massenerscheinung im Böhmen des 19. Jahrhunderts, im Zuge der politischen Radikalisierung und der Erhebung des Nationalismus zur Ersatzreligion nun mit quasi-ethischen Maßstäben gemessen und gleich Verstößen gegen die bürgerliche Moral als „Verrat“ gehandelt und damit nachhaltig aus dem öffentlichen Bewußtsein verdrängt wurden.

Man darf aber weiter vermuten, daß auch das — solcher ideologischer „Schwellenangst“ ledige — moderne sozialgeschichtliche Interesse von den oszillierenden Eigenschaften des jüdischen Forschungsgegenstandes wenig angezogen wird. Dem Wunsch zur säuberlichen Quantifizierung, zur „Rechnung“ der Geschichte, ist hier a priori der Weg verlegt. Es kommt ein weiteres hinzu. Jüdische Geschichte zu schreiben bedeutet unausweichlich, auch eine Geschichte des *Antisemitismus*¹⁹ zu schreiben, sind doch die Konturen des Judentums in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vielfach erst sichtbar durch die dunklen Schatten der Judenfeindschaft. Weil aber seit dem Zweiten Weltkrieg die Geschichte des Antisemitismus stets im Gedanken an den Völkermord als geschichtliche Tatsache geschrieben werden muß, ist die Beschäftigung auch mit dem böhmischen Antisemitismus eine „menschlich wie wissenschaftlich quälende Aufgabe“, wie es *Graus*, selbst ein Betroffener, ausgedrückt hat²⁰. Und dies nicht nur deshalb, weil angesichts der jüdischen Katastrophe ein Forschen sine ira et studio nicht möglich ist, weil die Kardinalforderung der Historie, sich in beide Seiten einer Konfrontation zu versetzen, hier sehr problematisch wird, sondern hauptsächlich darum, weil das Eingehen auf das Phänomen des Antisemitismus die unausgesprochene Voraussetzung jeder Sozialwissenschaft, daß in der Geschichte des menschlichen Handelns — wie chaotisch die positiven Fakten auch aussehen mögen — ein *Sinn* gefunden werden könne, bis zur Grenze strapaziert. Auch der historische Materialismus mit seiner vordergründig beruhigenden Unterbau-Überbau-Hypothese versagt hier seine Hilfe. Denn daß zwischen dem exzessiven Ausmaß des Antisemitismus in allen seinen Formen einerseits und der *tatsächlichen* Bedeutung der Juden — selbst bei großzügigster Auslegung der letzteren — andererseits ein krasses Mißverhältnis waltet, bedarf keiner Diskussion. Die oft zitierte Formulierung des österreichischen Politikers Engelbert *Pernerstorfer* vom Antisemitismus als dem „Sozialismus des dum-

¹⁹ Ich benütze im folgenden dem vorwissenschaftlichen Sprachgebrauch folgend den Begriff für alle Phänomene der Judenfeindschaft, also auch für jene, die in die Zeit vor dem Auftreten des von Deutschland ausgehenden, pseudowissenschaftlich verbrämten rassischen Judenhasses unter dem neugeprägten Namen des Antisemitismus fallen.

²⁰ *Graus* : Prolegomena 79.

men Kerls“ könnte in diesem Zusammenhang zu einer Prüfung des Katalogs historischer Terminologie Anlaß geben, aus welchem gemeinhin Begriffe wie Dummheit, Gemeinheit, Niedertracht wegen ihrer das Ideal von der Wertfreiheit peinlich störenden moralisierenden Komponente verbannt bleiben. Einstweilen rettet sich der Historiker über die Untiefen der Erklärung eines Phänomens wie des Antisemitismus mit dem immerhin schon legitimen Aushilfsbegriff des Irrationalen. Gleichwohl bleibt der Antisemitismus als ein sozialpsychologisches Phänomen bestehen, das wegen seiner Tendenz zum kompletten Wahnsystem und seiner unerhört destruktiven Elemente oft in das schwer zu fassende, schwerer noch zu wertende Gebiet einer Sozialpathologie hineinreicht, das sich dem Begriffsapparat der Historie einstweilen noch verschließt²¹. All dies zusammen macht die historische Würdigung der *Schattenseite der Fundamentaldemokratisierung* (Seibt) zu einer heiklen und letztlich unbefriedigenden Aufgabe.

Zuletzt noch ein Wort über die Quellen. Die „Juden“ als ein fest umrissenes Subjekt in den Quellen staatlich administrativer Provenienz gibt es in Österreich nur bis zum Jahre 1848. Mit der bürgerlichen Revolution enden die „Judenakten“. Sieht man einmal von den Archivbeständen zur engeren konfessionellen Geschichte, also zur Rabbinats- und Gemeindegeschichte (die sich überdies wegen der alten Selbstverwaltungstradition der Juden in der Sphäre der Administration wenig widerspiegeln), ab, die beide zur Erhellung der politischen Entwicklung kaum dienlich sind, so kennt die offizielle administrative Terminologie seit dem Sieg der bürgerlichen Rechtsgleichheit nur noch Staatsbürger²², die in Böhmen allenfalls durch den Zusatz der Nationalität genauer gekennzeichnet werden; die Juden sind aber bis zum Jahre 1918 vom Staat niemals als kompakte Nationalität betrachtet worden. Wer also in den Quellen zur politisch-nationalen Geschichte Böhmens nach Hinweisen für die Rolle der Juden sucht, der muß bereits eine gewisse Kenntnis der Genealogie der politisch aktiven Familien mitbringen, muß zwangsläufig das zunächst abstoßende Verfahren der antisemitischen „Judenschnüffelei“ wissenschaftlich geläutert als Hilfswissenschaft sich zu eigen machen, wo nicht die Trägheit des bürokratischen Weltbildes zu Hilfe kommt und die Zugehörigkeit einer Person zum Judentum auch nach 1848 in den Quellen vermerkt ist. Überall da, wo die Judenfeindschaft in die Akten Eingang gefunden hat, wird freilich die — dem zeitgenössischen Betrachter immer markant gebliebene — jüdische Gruppe deutlich, und hier ist besonders die Meinungsforschung, welche der österreichische Verwaltungsapparat mit Hilfe des Konfidentenwesens bis 1914 betrieb, besonders wertvoll, weil da sozusagen der „Unterschicht“ der öffentlichen Meinung, eben der unveröffentlichten Meinung nachgegangen worden ist. Neben

²¹ Erst in allerjüngster Zeit beginnt das vorsichtige Ertasten eines neuen historiographischen Instrumentariums, das auch psychoanalytische und sozialpsychologische Verfahren in die Historie einbezieht. Vgl. Wehler, H. U. (Hrsg.): *Geschichte und Psychoanalyse*. Köln 1971.

²² Die Streichung der Konfession als Rubrik im Paß durch den Innenminister Stadion im Dezember 1848 war der erste sichtbare Ausdruck dieses Wandels.

den der staatlichen Sphäre entstammenden Quellen ist vor allem das breite Spektrum der Publizistik heranzuziehen. Die Presse war im Selbstverständnis der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts *das* Medium der politischen Selbstverwirklichung; es ist kein Zufall, daß die Zentren der politischen Willensbildung innerhalb der tschechischen Nationalbewegung fast bis zum Ende des Jahrhunderts faktisch identisch waren mit den verschiedenen Zeitungsredaktionen der Prager Blätter²³. Die „jüdische Frage“ der zweiten Jahrhunderthälfte in allen ihren Erscheinungsformen ist zu allererst ein Problem des Bewußtseins, der Mentalität, der „öffentlichen Meinung“ gewesen, wie immer man den Prozeß des Wettbewerbs der Ideologien, der Verarbeitung sozialer und politischer Entwicklungen im kollektiven Denken der sozialen Gruppen bezeichnen mag²⁴. Im Konzert der österreichisch-böhmischen Publizistik haben auch dezidiert den jüdischen Interessen verschriebene Organe eine gewisse Rolle gespielt, und wenn man sich auch der skeptischen Frage nach der Relevanz solcher professionell jüdischen Stimmen für die jüdische Bevölkerung insgesamt nicht völlig entziehen kann²⁵, so bieten die jüdischen Zeitschriften Österreichs und die böhmischen Korrespondenzen in den großen Periodika des deutschen Sprachraums²⁶ für den kritischen Benutzer doch reiches Material und in jedem

²³ Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien (HHStA). I. B. 467/1865.

²⁴ Einer der rührigsten Vorkämpfer der Emanzipation und Assimilierung der österreichischen Juden, der aus einer Wiener Bankiersfamilie stammende Joseph Wertheimer, wies immer wieder auf die „unsere soziale Stellung begründende öffentliche Meinung“ hin und betonte, es habe sich „nirgends mehr als an den Juden . . . das Wort Montesquieu bewährt, daß die Gesetze aus den Meinungen und Sitten des Volkes hervorgehen“ (Jahrbuch für Israeliten. Wien 1862—63, 78).

²⁵ Weinryb ist der Ansicht, die publizistischen jüdischen Quellen repräsentierten nur die Diskussion der jüdischen Eliten und seien daher in ihrem Wert gering einzustufen (Prolegomena 285). In unserem besonderen Fall scheint mir, da es sich doch um die Epoche einer sehr aktiven Teilnahme der Juden am öffentlichen Leben der entwickeltsten Industrieprovinz Österreichs handelt, mehr Zutrauen in die Tragfähigkeit der Quellen am Platze. Zumindest bei einem böhmisch-jüdischen Periodikum ist die Verbreitung und damit indirekt die Relevanz ziemlich genau abzuschätzen. Pascheles' für die handeltreibenden jüdischen Mittel- und Unterschichten unentbehrlicher Kalender hatte in den sechziger Jahren eine Auflage von 6000 Stück (Pascheles 1868—69, o. S.).

²⁶ Im folgenden die wichtigsten: Philippson, L. (Hrsg.): Allgemeine Zeitung des Judentums. Leipzig 1837 ff. — Fürst, J. (Hrsg.): Der Orient. Berichte, Studien und Kritiken für jüdische Geschichte und Literatur. Leipzig 1840 ff. — Busch, J./Letteris, M. (Hrsg.): Österreichisches Zentralorgan für Glaubensfreiheit, Kultur, Geschichte und Literatur der Juden. Wien-Leipzig 1848 f. (Ich zitiere im folgenden für das Jahr 1848, einem Usus der jüdischen Historiographie folgend, dieses Periodikum als ÜCO). — Kompert, L./Szántó, S. (Hrsg.): Die Neuzeit. Wochenschrift für politische, religiöse und Kulturinteressen. Wien 1861 ff. — Die Zeitstimme. Unparteiisches Organ für die Gesamtinteressen der Juden. Prag 1863 f. — Ehrmann, D. (Hrsg.): Das Abendland. Zentralorgan für alle zeitgemäßen Interessen des Judentums. Prag 1864 ff. — Brandeis, J. B. (Hrsg.): Die Gegenwart. Organ für die Interessen des Judentums. Prag 1868 ff. — Die Wahrheit. Wochenschrift für Lehre und Leben im Judentum. Prag 1871. — Brandeis, J. B. (Hrsg.): Israelitische Gemeindezeitung. Prag 1873 ff. — Bloch, J. S. (Hrsg.): Österreichische Wochenschrift. Wien 1884 ff. — Selbstwehr (Zionistische Wochenzeitung). Prag 1906 ff. — Außerdem sind die jüdischen Kalender wichtig: Illustrierter israelitischer Volks-Kalender. Hrsg. von

Fälle so etwas wie einen Leitfaden zu den für das Judentum bedeutsamen Knotenpunkten der politischen und nationalen Entwicklung. „Wer keine Rubrik in der Tagespresse hat, hat kein Konto im Buche des Lebens, ist totgeschwiegen. Diesem Schicksale sind die Juden nicht verfallen, und das verdanken sie zum Teil ihren Feinden“, bemerkte 1870 hellsichtig ein Prager Autor über die Bedeutung der publizistischen Auseinandersetzungen für das jüdische Schicksal²⁷.

Am schlechtesten ist es mit den Quellen zur jüdischen Wirtschaftsgeschichte, oder wie man wohl neutraler sagen muß, zur Rolle der Juden in der böhmischen Wirtschaft bestellt. Noch weniger als die staatlich-administrativen Akten kennen die wirtschaftsgeschichtlichen Quellen nach 1848 ein besonderes jüdisches Subjekt; der Historiker ist zumeist auf eine sehr vorsichtige Benützung der „Abfallprodukte“ sowohl der antisemitischen Polemik wie der jüdischen Apologetik angewiesen²⁸, auf Interpolationen verschiedener Quellengruppen, die schon deshalb immer fragmentarisch bleiben müssen, weil dem Vernichtungsprogramm des Nationalsozialismus auch der Großteil der jüdischen Gemeindearchive Böhmens zum Opfer gefallen ist²⁹. Auch von der neueren marxistischen Wirtschaftsgeschichte der ČSR kommt keine Hilfe. Hier ist man an den individuellen Besonderheiten innerhalb der „Klassen“ desinteressiert und ignoriert die konfessionellen Zugehörigkeiten. So bleibt nichts, als wenigstens pointillistisch ein Bild der jüdischen Wirtschaftstätigkeit zu malen, da man denn doch des für die antisemitische Problematik hochbedeutsamen ökonomischen Hintergrundes nicht entraten kann.

2. Der Vormärz

Die gut 70 000³⁰ Juden Böhmens, die außer in Prag (ca. 8 000) vor allem in den Ghettos auf dem flachen Land im tschechischsprachigen Landesinneren lebten, waren eine gegenüber dem Rest der Bevölkerung durch Ausnahmegesetze, Besitz- und Heiratsbeschränkungen, Berufs- und Ansiedlungsverbote, schließlich durch eine hohe Sondersteuer und eine Vielzahl von Schikanen im bürgerlichen Leben zurückgesetzte, letztlich nur geduldete Gruppe³¹. Dennoch besa-

mehreren Generationen der Familie Pascheles, Prag. — Brandeis' illustrierter israelitischer Volkskalender, Prag. — Kalendář česko-židovský [Tschechisch-jüdischer Kalender] Prag. — Jahrbuch für Israeliten, Wien.

²⁷ Die Wahrheit 1 (1871) 82.

²⁸ Ein für den Historiker besonders negativer Effekt des wirtschaftlichen Antisemitismus ist der Umstand, daß seit den Jahren, als der Industrialismus sein positives Image in der öffentlichen Meinung einbüßte, die publizistische Selbstdarstellung der Juden im Wirtschaftsleben fast völlig verstummte; es fehlen die für die Wirtschaftsgeschichte besonderer sozialer Gruppen so nützlichen Materialien der Firmengeschichten, Jubiläumsberichte etc. fast vollständig.

²⁹ Heřman, J.: Jewish Community Archives from Bohemia and Moravia. Judaica Bohemiae 7 (1971) Heft 1, S. 3.

³⁰ Stamm, F.: Verhältnisse der Land- und Forstwirtschaft des Königreiches Böhmen. Prag 1856, S. 53.

³¹ Für eine vollständige Übersicht der Judengesetzgebung vgl. Wertheimer, J.: Die Verhältnisse der Juden in Österreich. 2 Bde. Leipzig 1842.

ßen sie in der böhmischen Gesellschaft des Vormärz eine Bedeutung, welche ihren prozentualen Anteil von 1,8 % der Gesamtbevölkerung weit übertraf. Das Gewicht des böhmischen Judentums resultierte aus seiner hervorragenden Stellung im Wirtschaftsleben der Provinz. Handel und Industrie, die beiden treibenden Sektoren bei der Entfaltung der böhmischen Wirtschaft seit dem 18. Jahrhundert, hatten von der Aktivität der Juden entscheidende Anstöße erhalten. Neben den adeligen Fabriksgründern hatten in großem Maße jüdische Unternehmer die Initiative in der Frühzeit des böhmischen Industrialismus ergriffen³². Die Wirtschaftstätigkeit der Juden mußte angesichts des Ausschlusses von der handwerklich-zünftischen Stadtwirtschaft des feudalen Systems allem geschlossenen, statischen Wirtschaftsdenken gezwungenermaßen feindlich sein³³, und so waren die böhmischen Juden überall dort Wegbereiter des modernen Industriekapitalismus, wo es ihnen gelang, in der Produktion Fuß zu fassen³⁴. Die Grundprinzipien der modernen kapitalistischen Wirtschaft, nämlich die Auflösung der Produktion in Technik und Kommerz, trafen sich sozusagen mit den Ausnahmegesetzen, vermittels welcher die jüdische Bevölkerung auf den fast einzig offenen Weg des Handels gewiesen war. So ist das Verlagsystem³⁵ als Zwischenform von Handwerk und Industrieproduktion in Böhmen wesentlich von den Juden mitgeformt worden³⁶. Ebenso wirkte das Grundbesitzverbot, das demjenigen, der nicht in der Lage war, eine Fabriksbefugnis zu erlangen, nur die Pachtung von Gewerbebetrieben (bes. Brauhäuser, Brennereien, Gerbereien) ermöglichte, in die Richtung auf eine Versachlichung der Kapitalverhältnisse. Vom Handel gilt ähnliches; er ist die erste Branche gewesen, in der die Techniken des mobilen Kapitals ihre moderne Ausprägung erfahren haben. Bereits im 18. Jahrhundert dominierten jüdische Firmen den böhmisch-mährischen Großhandel³⁷, nicht zuletzt als Geschäftspartner des feudalen Großgrundbesitzes³⁸ und später — vor allem seit den Napoleonischen Kriegen — als Militärlieferanten. So errang die Familie *Lämel* über die Einführung der Schafwollzucht und den Wollhandel ihre Position als bedeutendstes Handels- und Bankhaus Böhmens im Vormärz³⁹. Vor 1848 lag vor allem der Vieh-

³² Otruba, G. / Kropf, R.: Bergbau und Industrie Böhmens in der Epoche der Frühindustrialisierung. BohJb 12 (1971) 58.

³³ Heilig: Ziele und Wege 56. — Vgl. auch Singer, L.: Zur Geschichte der Juden in Böhmen in den letzten Jahren Josefs II. und unter Leopold II. JbGGJ 6 (1934) 252 ff.

³⁴ Nur ein Ausschnitt, aber doch kennzeichnend ist die Statistik der Fabriksbefugnisse der Jahre 1835/36. 1835 gingen von insg. 48 Befugnissen 13 an jüdische Unternehmer, 1836 waren es 24 von insg. 86 (Raupach, H.: Der tschechische Frühnationalismus. Essen 1939, S. 56).

³⁵ Vgl. Stölzl, C.: Die Ära Bach in Böhmen. Sozialgeschichtliche Studien zum Neoabsolutismus 1849—1859. München-Wien 1921, S. 148 f.

³⁶ Raupach: Frühnationalismus 51. — Heilig: Ziele und Wege 55 f.

³⁷ Heilig: Ziele und Wege 55.

³⁸ „... die großen Gutsbesitzer in Böhmen und Mähren wissen sehr wohl, was ihnen die Juden sind, und sind ebenso wie die meisten Produzenten und Fabrikanten durchgehends gut auf sie zu sprechen ...“ (Wertheimer: Verhältnisse II, 57).

³⁹ Wurzbach, C. v.: Biographisches Lexikon des Kaisertums Österreich, enthaltend

und Landproduktenhandel in jüdischen Händen, und zwar sowohl der Detailaufkauf durch Hausierer wie der große Binnen- und Außenhandel⁴⁰. Aus dem Handel mit Landprodukten entwickelte sich auch die jüdische Agrarindustrie, wo vor allem die Ölfabrikation, daneben auch die Stärke- und Likörherstellung, in geringerem Maße auch die Zuckerindustrie eine Domäne des jüdischen Unternehmertums darstellten. Ähnliche Wurzeln hatte die hervorragende Position der Juden in der böhmischen Lederindustrie⁴¹.

Im wichtigsten böhmischen Wirtschaftszweig, der Textilindustrie, eroberten jüdische Familien sehr früh eine Schlüsselstellung. Kattundruckerei und Leinweberei waren schon 1773 zu „freien“, d. h. vom Zunftzwang ledigen Gewerben erklärt worden, so daß sich hier die erste Einstiegsstelle für die Bildung eines jüdischen Industriekapitals auftat⁴². Die jüdischen Textilindustriellen sind auch deshalb einer näheren Betrachtung wert, weil sich hier ein geschäftlich und familiär eng verbundenes jüdisches Großbürgertum entwickelte, das später den Kern des politisch aktiven böhmischen Judentums darstellte. Die früheste Fabrikindustrie Prags war die Baumwolldruckerei, in der die Familien *Porges*, *Brandeis*, *Dormizer*, *Jerusalem*, *Przibram* und *Epstein* große kommerzielle und technologische Erfolge hatten. In den 40er Jahren waren die jüdischen Prager „Cotton- und Tücheldruckfabrikanten“ die bedeutendsten der ganzen Monarchie, allein die Fabriken der Epstein und Porges produzierten über 10 % des Gesamtausstoßes Österreichs⁴³. Die Gebrüder Porges führten als erste in Österreich die Verwendung von Dampfmaschinen im Textildruck ein und erhielten dafür den Adelsstand. Bedeutend war auch die jüdische Position in der Leinen-, Schafwoll- und Baumwollspinnerei (*Forchheimer*, *Kubinsky*). Druckfabriken, Spinnereien, vor allem aber jüdische Handelsfirmen (*Schwab*, *Löwenfeld*) beschäftigten eine Vielzahl von abhängigen kleinen Webereien und Hauswebern in den Textilgebieten des Erz- und Riesengebirges⁴⁴. Zentren der fabrikmäßig betriebenen jüdischen Leinenindustrie waren Náchod und Hořice in Ostböh-

die Lebensskizzen denkwürdiger Personen, welche seit 1760 in den österreichischen Kronländern geboren wurden oder darin gelebt und gewirkt haben. Bd. 13 (1865), S. 477 ff. — Heilig, B.: Aktuelles aus der Geschichte des Hauses Ehrenstamm 1752—1852. ZVGMS 36 (1934) 8.

⁴⁰ Stamm: Verhältnisse 57 f. — Vgl. auch Gold: Böhmen 431 f. über Schafwoll- und Federhandel, ebenda 386 über Elbegetreidehandel nach Deutschland, ebenda 17 über Hopfenhandel in Westböhmen. — Löwy, M.: Amschelberger Jugenderinnerungen. Prag 1909, S. 9. — Orient 8 (1847) 208 über den Handel in Ostböhmen.

⁴¹ Otruba/Kropf: Bergbau und Industrie 152. — Raupach: Frühnationalismus 57. — Teller, M.: Die Juden in Böhmen und ihre Stellung in der Gegenwart. Prag 1863, S. 71. — Jahrbuch für Israeliten 1854—55, 8 f. — AZJ 2 (1838) 110. — Wertheimer: Verhältnisse II, 67.

⁴² Raupach: Frühnationalismus 51.

⁴³ Zur jüdischen Textilindustrie vgl. Landau, J. H.: Prager Nekrologe. Prag 1883, S. 4 ff. — Orient 4 (1843) 166; 5 (1844) 267. — AZJ 1 (1837) 340; 2 (1838) 25 f. — Wertheimer: Verhältnisse II, 67. — Teller: Die Juden in Böhmen 69 ff. — Volavková, H.: The Synagogue Treasures of Bohemia and Moravia. Prag 1949, S. 24.

⁴⁴ Otruba/Kropf: Bergbau und Industrie 57.

men (*Mauthner, Sobotka*). Mit der Reichenberger Industrie waren jüdische Firmen vor allem als Rohstofflieferanten und Abnehmer verbunden; ein großer Teil der Reichenberger Tuchmacher war von den Krediten der jüdischen Wollhandelsfirmen abhängig⁴⁵. Fast eine Monopolstellung besaßen die jüdischen Unternehmer in der südböhmischen Kappenindustrie⁴⁶, der Zündwarenproduktion (*Fürth, Pollak*)⁴⁷, früh war ihr Anteil an der modernen Papierindustrie entwickelt⁴⁸. In vielen anderen Branchen der Konsumgüterindustrie gab es kleinere jüdische Manufakturen. Die hohe Entwicklung des jüdischen Großhandels einerseits, der Schwerpunkt der jüdisch-industriellen Tätigkeit in Exportgewerben andererseits bewirkten bereits im Vormärz eine sehr enge Verbindung zu Wien als dem Hauptumschlagplatz des österreichischen Handels. Fast der gesamte Textilgroßhandel der Monarchie wurde von Wiener jüdischen Kaufleuten abgewickelt⁴⁹ und eine ständig wachsende Anzahl jüdischer Firmen etablierte sich in Wien, um von dort aus die böhmischen Geschäfte in größerem Umfang abwickeln zu können, an der Spitze bereits zu Anfang des Jahrhunderts das Haus *Lämel*⁵⁰. Eine weitere Intensivierung der Beziehungen zu Wien ergab sich aus der Umformung der Prager Großhandelshäuser zu Bankinstituten. Die *Lämels* waren in den 40er Jahren nicht nur die Bankiers des böhmischen Adels, sondern bereits auch Geldgeber des österreichischen Staates. Prager jüdische Bankhäuser wie die *Thorsch, Zdekauer, Bloch* und *Rosenbacher* betätigten sich als — freilich unzulängliche — Finanziers der böhmischen Industrie⁵¹; seit den 30er Jahren betrieb der Textilindustrielle *Lazar Epstein* den Plan zur Gründung einer böhmischen Eskomptebank⁵².

Fragt man nach den Bedingungen, welche die Juden befähigten, solchermassen treibende Faktoren des ökonomischen Fortschritts zu werden, so stößt man — schließt man einmal alle zweifelhaften Spekulationen über „Volksgeist“ resp. „Nationalcharakter“ beiseite — auf die Vermutung, daß gerade die höhere finanzielle Belastung der jüdischen Wirtschaftstätigkeit in Form der Judensteuer, aber auch die Kosten, die bei der in weitem Umfang praktizierten Umgehung⁵³ von Verboten und Abwendung von Schikanen anfielen, zur maximalen Rentabilitätssteigerung und damit auch zur technologisch-kommerziellen

⁴⁵ Gold: Böhmen 541 u. 547.

⁴⁶ Abendland 1 (1864) 36.

⁴⁷ Teller: Die Juden in Böhmen 69.

⁴⁸ Gold: Böhmen 49.

⁴⁹ Mayer, S.: Ein jüdischer Kaufmann. Wien-Berlin 1926, S. 188. — Otruba/Kropf: Bergbau und Industrie 189 f.

⁵⁰ Denktafeln edler, großherziger, menschenfreundlicher und herzlicher Handlungen von Israeliten begangen. Wien 1852, S. 65.

⁵¹ Přehled československých dějin [Abriß der tschechoslowakischen Geschichte]. Prag 1960, II/1, S. 174.

⁵² Zeitstimme 2 (1864) 104.

⁵³ Für viele Details der Umgehungspraktiken s. Mayer: Ein jüdischer Kaufmann 177 ff. u. 200 f. — Stein, G.: Familie Schidlow. Die Geschichte einer jüdischen Bürgerfamilie des 18. und 19. Jahrhunderts. Prag 1925, S. 287. — Orient 5 (1844) 75. — Weiss, J. H.: Meine Lehrjahre. Berlin 1936, S. 14 f. — Abendland 1 (1864) 36.

Innovation gezwungen haben. In dem Vergleich des christlichen und des jüdischen Handels in Prag, der in einer antisemitischen Broschüre des Grafen Schirnding⁵⁴ enthalten ist, finden sich, filtert man die judenfeindlichen Akzente einmal heraus und reduziert den Text auf die betriebswirtschaftlich ökonomische Analyse, bei den jüdischen Usancen die zukunftssträchtigen Methoden des Hochkapitalismus: Verzicht auf alle Nebenkosten durch Repräsentation, Rentabilität auch bei kleinen Gewinnspannen durch hohen Umsatz, Diversifikation der Handelstätigkeiten, Auffinden neuer Wirtschaftszweige, möglichst Mobilität des Kapitals⁵⁵. Die Unmöglichkeit, Kapital zu feudalisieren, d. h. in Grundbesitz anzulegen, drängte das jüdische Großkapital zum Kredit- und Börsengewerbe, das in Wien fast ausschließlich von Juden betrieben wurde⁵⁶.

Der Hinweis auf den Industrialismus und Kommerzialisismus der böhmischen Juden soll nicht den Eindruck erwecken, daß die jüdische Bevölkerung des Vormärz bereits in Mehrheit eine saturierte Schicht gewesen sei. Vielmehr war das Gros der jüdischen Gemeinschaft in den Ghettos Böhmens zweifellos *arm*⁵⁷. Indes war diese Armut in ihrem Effekt auf die soziale Entwicklung eben doch grundverschieden von dem Hunger der hausindustriellen Bevölkerung der Textilgebiete oder dem Elend der Häusler, aus welchen Schichten sich nach der Jahrhundertmitte das industrielle Proletariat rekrutieren sollte. Ein eigentliches jüdisches Proletariat wie beispielsweise in den östlichen Provinzen der Monarchie (Galizien) gab es dank der hochentwickelten Wohltätigkeitseinrichtungen der jüdischen Gemeinden in Böhmen nicht⁵⁸. Bei aller Dürftigkeit und Kargheit des Ghettolebens enthielt das böhmische Judentum gleichsam die Keime zu dem nach 1848 explosiv sich vollziehenden jüdischen Wirtschaftswunder (Kestenberg-Gladstein) und dem damit verbundenen sozialen Aufstieg auch breiter jüdischer Schichten. Die jüdische Gesellschaftsstruktur entsprach in ihrer horizontalen Gliederung in nuce einer künftigen bürgerlich-industriellen städtischen Mittelschicht⁵⁹; Berufsstruktur⁶⁰ und ethische Standards wiesen gleich-

⁵⁴ S. unten S. 206.

⁵⁵ Schirnding, F.: Die Unruhen in Böhmen. Leipzig 1845, S. 72 ff.

⁵⁶ Wertheimer: Verhältnisse II, 286.

⁵⁷ Kestenberg-Gladstein: The Jews 22. — Der Begriff der „Armut“ ist gerade in der Sozialgeschichte der Juden prekär, weil die Quellen über die materiellen Verhältnisse der jüdischen Bevölkerung während des ganzen 19. Jahrhunderts bis zu den Anfängen der modernen Sozialstatistik, wie sie in Böhmen Raucherberg entwickelte, durchgehend polemischer bzw. apologetischer Natur sind. Das Hauptproblem für eine objektive Einschätzung ist der Mangel einer Untersuchung vergleichbarer nichtjüdischer Gruppen (Weinryb: Prolegomena 291).

⁵⁸ Wertheimer: Verhältnisse II, 53. — „Die gegenseitige Hilfeleistung und ein rastloser Erwerbstrieb schützt die Ärmsten vor drückendem Mangel . . .“ (Stamm: Verhältnisse 57).

⁵⁹ Mayer schreibt in seiner Analyse der vormärzlichen Ghettogesellschaft, hier habe es *nur einen dritten Stand* gegeben: „Natürlich teilte es [das Ghetto. C.S.] sich vor allem in Reiche und Arme; aber dieser Gegensatz griff sozial keineswegs so tief ein, wie heutzutage. Es lag hier eine gewisse Gleichartigkeit des Denkens und Fühlens vor. Sie entstammte vor allem dem Umstände, daß die Bewohner des Ghettos als Händler den gleichen Beruf hatten; sodann aber läßt die Denkweise der Juden diesen Gegen-

sam embryonal Vorformen einer sozialen Entwicklung auf, welche die Gesamtgesellschaft wesentlich später vollzog⁶¹. Auch die Prestigekoordinaten, nach denen sich die Ghettogesellschaft der Übergangszeit gliederte, verraten in ihrer unlösbar vermischten Wertschätzung von kommerziell-finanziellem Erfolg einerseits, jüdischer Gelehrsamkeit andererseits⁶² eine unleugbare Affinität zu den Aufstiegsleitern des deutschen Bürgertums in Österreich: „Besitz und Bildung“. Überspitzt könnte man sogar die jüdische Gemeinschaft als eine gezwungenermaßen mit Kommerz beschäftigte Bildungsgesellschaft kennzeichnen; noch im Vormärz war es eine verbreitete Erscheinung, daß die — auch dies ein Signum der moderneren jüdischen Gesellschaftsstruktur! — vergleichsweise sehr emanzipierten jüdischen Frauen fast selbständig das Geschäft führten, um den Männern die Beschäftigung mit jüdischer Wissenschaft zu ermöglichen⁶³. Wenn sich auch die Bildungsinhalte im Verlauf der großen Assimilationsbewegung seit dem Josefinismus langsam säkularisierten, so blieb doch das Faktum, daß die jüdische Gemeinschaft sich einen „Bildungsverbrauch“ leistete, der im Verhältnis zu den materiellen Möglichkeiten der Juden ungewöhnlich hoch war; hier wurde die Basis gelegt zu dem raschen sozialen Aufstieg nach der Emanzipation im Jahre 1849⁶⁴. Daß jüdische Eltern für die Ausbildung ihrer Kinder in

satz überhaupt nicht so scharf hervortreten. Auch der kleinste Jude hat intuitiv die ökonomische Einsicht, daß der Unterschied zwischen großem und kleinen Besitz ein natürlich entstandener ist . . . Es fällt ihm nicht ein, den Reichen zu befehlen oder auch nur zu beneiden; er strebt nur dahin, selbst womöglich ein kleiner Millionär zu werden und wenn ihm dies nicht selbst gelingen kann, so wünscht er es bei seinem Sohne oder Enkel zu erleben.“ (Ein jüdischer Kaufmann 103).

⁶⁰ Jan Heřman (Staatliches jüdisches Museum Prag) danke ich für folgende Mitteilungen aus seinem unveröffentlichten Manuskript „Evolution of the Jewish population in Bohemia and Moravia 1754—1953“ (voraussichtlich Jerusalem 1974). Die Berufsgliederung der Juden blieb in den groben Umrissen vom 18. Jahrhundert bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts erhalten:

Vor der josefinischen Emanzipation

52 % Handel
20 % Gewerbe
13 % Pächter
14 % freie Beufe

1910

52 % Handel, Finanzen, Verkehr
19 % Industrie und Gewerbe
25 % Freie Berufe und Beamte
3 % Landwirtschaft

⁶¹ Auch in den Spezifika der Familienstruktur, Sterblichkeit etc. zeigte die jüdische Bevölkerung bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts gleichsam eine Vorwegnahme des in der späteren städtisch-industriellen Gesellschaft deutlichen Trends (Heřman: Evolution).

⁶² Bermann, D. T.: Produktivierungsmythen und Antisemitismus. Assimilatorische und zionistische Berufsumschichtungsbestrebungen unter den Juden Deutschlands und Österreichs bis 1938. Phil. Diss. München 1971, S. 56.

⁶³ Goldmark, J.: Pilgrims of '48. One Man's Part in the Austrian Revolution of 1848 and a Family's Migration to America. New Haven 1930, S. 189. — Mayer: Ein jüdischer Kaufmann 77.

⁶⁴ Die wohlhabenden Familien in Prag wie auf dem Lande ließen ihre Kinder durch Privatlehrer ausbilden. Die ärmeren Kinder besuchten vornehmlich die Talmudschulen („Cheder“), deren ausschließlich religiöse Erziehung wegen der Schwierigkeit des talmudischen Lehrstoffes gleichwohl stark intelligenzfördernd war (Kisch, E. E.: Erlebtes und Erstrebtes. Stuttgart-Berlin 1914, S. 30. — Wertheimer: Verhältnisse II, 52).

der Regel Opfer brachten, die ihre wirtschaftlichen Kräfte weit überstiegen⁶⁵, war nur ein Merkmal im Katalog der bürgerlichen Aufstiegstugenden. Die zeitgenössischen Quellen attestieren den Juden, daß sie den erfolgverheißenden Anforderungen der „kapitalistischen Ethik“ (Sparsamkeit, Sittlichkeit, Vergnüungsverzicht, der freilich durch die gesellschaftliche Isolierung gefördert wurde) in weit höherem Maße genügten als die Mehrheit der nichtjüdischen Umwelt und dadurch auch in höherem Maße zur Kapitalakkumulation befähigt waren⁶⁶.

Emanzipation und *Assimilation* waren die beherrschenden Ziele der böhmischen Juden im Vormärz. Die Emanzipation als eine Forderung an den Staat, die Juden in ihren bürgerlichen Rechten endlich der christlichen Bevölkerung gleichzustellen, wurde vor allem publizistisch gefördert. Dies mußte wegen der österreichischen Zensur im Umweg über das deutsche Ausland geschehen, vornehmlich in Broschüren und Zeitschriften, welche in Leipzig, dem Zentrum der österreichischen „Untergrundliteratur“, erschienen⁶⁷, dennoch aber den Weg über die österreichische Grenze fanden. Die böhmischen Korrespondenten des seit 1840 erscheinenden „Orient“ und der „Allgemeinen Zeitung des Judentums“ malten die Unterdrückung der jüdischen Bevölkerung in den schwärzesten Farben. Tatsächlich gelang es z. B., die böhmische „Judensteuer“, ein provinzielles Unikum innerhalb der Monarchie, zu einem heftig diskutierten Thema der deutschen Publizistik zu machen; 1846 entschloß sich der Staat, die Steuer gegen Ablösung aufzulassen. Die eigentliche Triebfeder des Emanzipationskampfes ist aber nicht in der ökonomischen Bedrückung zu suchen, son-

⁶⁵ Wolf, G.: Die Juden. Wien-Teschen 1883, S. 153. — Es ist an dieser Stelle vielleicht nützlich darauf hinzuweisen, daß unter den eingeengten, oft demütigenden Lebensumständen der vormärzlichen Juden jede Ausbildungsförderung auch mit einer starken Verpflichtung verknüpft war, durch tatsächlichen Erfolg im bürgerlichen Leben die Schuld gegenüber den Eltern abzuführen. So entsteht die typische Psyche des jüdischen „Gründers“, die gleichermaßen von rastlosem Aufstiegsdrang wie von der Angst, in die dunklen Anfänge zurückzufallen, gekennzeichnet ist. Ein Mitglied der böhmisch-österreichischen haute bourgeoisie vermerkte als reifer Mann darüber: „So lastete während der Jugendjahre düsteres Denken auf meinem Gemüte, nur aufgepeitscht von leidenschaftlichem Verlangen: hinaus und hinauf . . . Noch jetzt ist mir nicht der erreichte Besitz . . . zur vollen Befriedigung, sondern das Erringen, Erkämpfen ist mir ein Bedürfnis . . . Mein Herz . . . wird noch immer zuweilen von dem beängstigenden Gedanken bewegt, es könnte mich oder meine Kinder ein Rückfall in die engen beklemmenden Vorgänge meiner Jugend bedrohen.“ (Kisch: Erlebtes 22). Vgl. zu diesem Komplex auch die ähnlichen biographischen Momente bei Franz Kafka, Hermann Broch und Viktor Adler, die sämtlich Söhne jüdischer „Gründer“-Väter waren.

⁶⁶ Eine jüdenfeindliche Denkschrift des Prager Handelsstandes von 1844 warf den Juden vor, „mäßig, frugal, karg und ärmlich zu leben, mit schmalen Kost, fast mit spartanischer Suppe [sich] . . . zu begnügen, alle . . . Bedürfnisse möglichst zu beschränken, . . . alle feineren Genüsse des Lebens, alle Annehmlichkeiten dieser Erde zu versagen, . . . dadurch aber alles Geld einzuscharren und nichts in Umlauf zu setzen . . .“ (Orient 5 (1844) 334). Vgl. auch Schirnding: Die Unruhen 72 ff. — Wertheimer: Verhältnisse I, 264 f.

⁶⁷ Die bedeutendste Schrift dieser Art ist Wertheimers: Verhältnisse.

dern vielmehr in der von der jüdischen Oberschicht⁶⁸ sehr tief empfundenen schmerzlichen Diskrepanz zwischen der wirtschaftlich-kulturellen Potenz des Judentums und seiner faktischen Stellung im bürgerlichen Leben. Gerade den arrivierten Juden verwehrten es die Ausnahmegesetze, den als berechtigt begehrten Ort auf der Skala des Sozialprestiges einzunehmen⁶⁹. In gewisser Weise ähnelte hier die Interessenlage der Juden jener der Bauern vor der Bauernbefreiung⁷⁰ und die jüdischen Publizisten trafen das Richtige, wenn sie das Verhältnis der Juden zu ihrem Staat mit der Metapher des „Stiefkinds“ umschrieben, das nur infolge eines *Mißverständnisses* daran gehindert werde, seine Kräfte zum allgemeinen Besten zu entfalten⁷¹. Nicht zuletzt war diese Stiefkindideologie ein Reflex der prekären Situation der zahlreichen jüdischen Intelligenz, die zwar seit dem Josefinismus zum Studium zugelassen war, sich indes vom Staatsdienst als der — angesichts der Rückständigkeit der österreichischen Sozialstruktur⁷² — größten Versorgungsmöglichkeit der Intelligenzberufe ausgeschlossen sah. Aber war es auf seiten des Staates nur ein Mißverständnis? Oder trafen jene Stimmen das Richtige, die vermuteten, das stagnierende Metternichsche System rühre nicht an die veralteten Judengesetze, um den Forderungen der national und (seit der Wirtschaftskrise der 40er Jahre auch wachsend) sozial unzufriedenen Gruppen einen Bevölkerungsteil vorweisen zu können, der noch mehr Grund zur Klage über soziale Benachteiligung hatte⁷³? Die Antwort muß offen bleiben, weil die Meinungen über die Lösung der jüdischen Frage auch im Staatsapparat weit auseinandergingen⁷⁴; freilich, soviel ist sicher: dem Re-

⁶⁸ Diese jüdische Oberschicht hat man sich nach dem oben Ausgeführten ja nicht als eine plutokratisch kleine, sondern als ziemlich breite Schicht von Gebildeten und politisch Interessierten vorzustellen.

⁶⁹ „Geld und wieder Geld, das ist das Einzige, was man uns vor- und zuwirft, um uns zum Schweigen zu Bringen, und viele unserer sogenannten Gönner glauben genug getan zu haben, wenn sie, um sich das Nachdenken über uns vom Halse zu schaffen, uns gestatten, irgendeine lukrative Erwerbsquelle zu benützen, als wenn es nicht gerade den *Besten* und *Reichsten* unter uns desto kränkender wäre, als Staatsgenossen dem *schlechtesten* und *ärmsten* Nichtisraeliten an bürgerlicher Befähigung nachzustehen ...“ (AZJ 1 (1837) 432). Vgl. auch Mayer: Ein jüdischer Kaufmann 144: „Es ist gar keine Frage: der Jude hielt sich ethnographisch (sic) und ethisch für den Besseren.“

⁷⁰ Vgl. Prinz, F.: Hans Kudlich (1823—1917). München 1962, S. 7.

⁷¹ Wertheimer: Verhältnisse II, 10 f.

⁷² Raupach: Frühnationalismus 46 f.

⁷³ „Jeder Mensch will frei im vollen Wortsinne sein und sucht es auf irgendeine Art zu betätigen. Dem einen ist seine Dienerschaft das Objekt, an dem er zum Freiheitshelden wird, dem anderen seine Umgebung. Der Böhme hört abgebrochene Laute der Freiheit aus fremden Ländern, es wird ein Drang in ihm rege und er versucht es, dem Juden gegenüber, als frei zu gelten. Der Staat kann zu jeder Zeit auf die gedrückte Lage der Juden hinweisen, um dem Bürger dessen unendlich bessere Stellung zu beweisen. Es ist dies eine feine Politik. Man unterhält Heloten, um durch den Gegensatz einen Schein von Freiheit zu gewinnen. Wären die Juden im Besitz der selben Konzessionen, welche die Katholiken als Privilegien besitzen, so würden diese ihre Forderungen höher stellen, die aber der Staat nicht gewähren kann, ohne die Grundfesten seines Wesens zu unterminieren.“ (Orient 5 (1844) 238).

⁷⁴ Allgemeines Verwaltungsarchiv Wien. Nachlaß Alexander Bach, Kt. 18: „Darstellung

gime war es spätestens seit der sozialen Gärung der 40er Jahre nicht mehr unbekannt, daß eine offene Emanzipation der Juden die schwelenden Konflikte zwischen Kleinbürgertum und jüdischen Wirtschaftstreibenden⁷⁵ zum offenen Ausbruch bringen konnte; das Zuwarten, die Vermeidung aller reformerischer Bewegung aus Angst vor der Bewegung an sich war aber schließlich die Summe des staatlichen Handelns im letzten Jahrzehnt vor der Revolution. Die Passivität der Regierung wurde dadurch erleichtert, daß die Wortführer der Emanzipationsbestrebungen bei einer Taktik absoluter Loyalität verharrten und insbesondere die Spitze des jüdischen Bürgertums in Böhmen, die *Lämel*, *Porges*, *Jerusalem*, *Jeiteles* etc. zunächst damit beschäftigt waren, die zeitgenössischen Mittel des aufsteigenden Bürgertums („patriotische“ Stiftungen, Wohltätigkeitsakte zu Ehren des Kaisers, exzessive Huldigungen an die Dynastie) zu nützen, um selbst in die Hierarchie der staattragenden Schichten einzurücken und damit wenigstens eine Art von „privater“ Emanzipation zu verwirklichen.

Gesellschaftliche Emanzipation als Vorwegnahme der staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit war auch der Grundgedanke der Assimilation, die von den Stimmführern der Emanzipation gleichzeitig gepredigt wurde. Die Assimilation konnte in diesem Stadium noch nichts anderes sein als die Annahme der Bildungsinhalte und des gesellschaftlichen Habitus der bürgerlichen Gesellschaft⁷⁶ zunächst innerhalb des abgesondert lebenden Judentums, um auf der Brücke gemeinsamer Kulturziele dann auch die soziale Annäherung vollziehen zu können. Die Adaptierung der deutsch bestimmten Kultur des Vormärz war also — genau besehen — eine Vorleistung, ein Faktum, das für die spätere jüdische Geschichte sehr wichtig bleiben sollte. Gleichwohl gab es genuin jüdische Triebkräfte, die auf eine deutsche Assimilation hin drängten; war doch die jüdische Aufklärung⁷⁷ und der Josefinismus, dem die Juden die erste Stufe der Emanzipation verdankten, im Gewande der deutschen Sprache gekommen⁷⁸. Für den jüdischen Großhandel wie für die jüdische Intelligenz, die sich ihre Stellung oft erst nach weiten Binnenwanderungen innerhalb der Monarchie suchen mußte⁷⁹, bedeutete gleichermaßen die deutsche Sprache als

der Judenverhältnisse im österreichischen Kaiserstaate“. Vgl. auch Roubík, F.: Drei Beiträge zur Entwicklung der Judenemanzipation in Böhmen. JbGGJ 5 (1933) 313 ff.

⁷⁵ S. unten S. 204 f.

⁷⁶ Sprache und *Habitus* sind bekanntlich die wichtigsten Bausteine des kulturell-sozialen Musters einer Gesellschaft. In diesem Zusammenhang sind die assimilationspädagogischen Anmerkungen Wertheimers sehr aufschlußreich: „Und dennoch wird man bemerken, daß es selbst von den geringeren Klassen immer lebhafter empfunden wird, wie sehr es not tue, das im Umgange sich als auffallend, unangenehm oder lächerlich Darstellende abzustreifen, während diejenigen, welche den Unterricht an christlichen Lehranstalten genießen, oder sonst . . . nicht auf den Umgang mit den Stammesgenossen beschränkt bleiben, sich größtenteils hiervon emanzipiert haben.“ (Verhältnisse II, 236).

⁷⁷ Vgl. Kestenbergl-Gladstein, R.: Neuere Geschichte der Juden in den böhmischen Ländern. Tübingen 1969.

⁷⁸ Kann, R.: German-Speaking Jewry During Austria-Hungary's Constitutional Era (1867—1918). Jewish Social Studies 10 (1948) 250.

⁷⁹ Illovy, R.: Z rodinné historie [Aus einer Familiengeschichte]. Kalendář česko-

lingua franca des Reiches die Voraussetzung zur lebensnotwendigen Mobilität. Das heißt nicht, daß man die Juden, wie es insbesondere im Zeitalter der schematischen Nationalitätenzählung geschehen ist, a priori dem deutschen Bevölkerungsteil zuzuschlagen hat. Die Mehrheit der böhmischen Juden, die ja in den Ghettos auf dem Lande lebten, war des Deutschen und des Tschechischen mächtig⁸⁰, auch wenn die Kenntnis der beiden Landessprachen sicherlich oft fragmentarisch blieb und der jüdische Jargon, wie es zeitgenössische Betrachter bezeichneten, eine „Enzyklopädie“ mehrerer Sprachen darstellte. Als Medium der jüdisch-religiösen Literatur, soweit sie nicht hebräisch verfaßt blieb, wie der weltlichen Kultur benützten die Juden indes ausschließlich das Deutsche⁸¹, eine Erscheinung, die ja bekanntlich ihre Parallele im sozialen Aufstieg der Tschechen noch des Vormärz hat; der Sprachwechsel ging „ganz natürlich“ vonstatten⁸². Die Literatur der deutschen Klassik war in den jüdischen Siedlungen Böhmens weit verbreitet; in den jüdischen religiösen Schulen wurde deutsch und hebräisch gelehrt und „Wien“ lag den böhmischen Ghettojuden näher als die gesellschaftlich verschlossene „Christenstadt“⁸³. Was von den Landjuden gilt, trifft in noch höherem Maße für das Prager Judentum zu. Hier schwärmten die bürgerlichen Familien seit dem Josefinismus für eine Ablösung der mit dem („separatistischen“) Hebräisch verbundenen jüdischen Bildungswelt durch die deutsche Kultur⁸⁴. Das Desinteresse der reichen Oberschicht an den jüdischen Fächern im Gegensatz zu ihrem „Klassikerfanatismus“⁸⁵ ist eine Standardklage der jüdischen Presse des Vormärz; es ist kein Zufall, daß gerade die kommerziell und industriell führenden jüdischen Familien Böhmens, die *Hönigsberg* (verwandt mit den *Lämel* und den *Frankel*), *Porges*, *Mauthner* und *Wehle* als erste mit der jüdischen Orthodoxie brachen und sich am Ende des 18. Jahrhunderts der Frankistensekte anschlossen⁸⁶. Im assimilierten Großbürgertum des Vormärz gab es schon den Weihnachtsbaum, man veranstaltete Dilletantenaufführungen deutscher Klassiker und die Kinder wurden in den

Židovský [Tschechisch-jüdischer Kalender. (Im folgenden zitiert als KČŽ)] 1930—31, S. 36.

⁸⁰ Kraus, A.: Erinnerungen und Denkwürdigkeiten. B'nai B'rith. Monatsblätter der Großloge für den tschechoslowakischen Staat (im folgenden zitiert als B'nai B'rith ČSR) 4 (1925) 144. — Stamm: Verhältnisse 58.

⁸¹ Noch in den späteren Jahrzehnten des Jahrhunderts konnte man feststellen: „So ein Jude, der das ganze Jahr mit seinen Kunden nur tschechisch spricht, glaubt, er sei mehr, wenn er den Schiller deutsch kann. Deutsch zu können, bedeutet soviel, wie zu irgendeinem Adelsstand zu gehören.“ Penížek, J.: Masaryk und die jüdischen Tschechen. In: Rychnovský: Masaryk und das Judentum 117 f. Vgl. auch die sehr präzisen Ausführungen über die Bildungswelt der böhmischen Landjuden bei Ehrmann, S.: Böhmisches Dorfjuden. B'nai B'rith ČSR 4 (1925) 240 ff.

⁸² Springer, A.: Aus meinem Leben. Berlin 1892, S. 1 f.

⁸³ Ehrmann: Dorfjuden 241. — Rokycana, J.: Isidor Heller. KČŽ 1921—22, 92.

⁸⁴ Kisch: Erlebtes 14.

⁸⁵ Klaar, A.: Aus der geistigen Geschichte des Prager Judentums. In: Das Jüdische Prag. Prag 1917, S. 51 f.

⁸⁶ Mauthner, F.: Erinnerungen (Prager Jugendjahre). Frankfurt 1969, S. 106 ff. u. 291. — Goldmark: Pilgrims 191 f.

westlichen Bildungssprachen, nicht jedoch im Tschechischen, unterrichtet⁸⁷. Darf man der jüdischen Publizistik glauben, so trugen die Prager Juden zu einem Gutteil das kulturelle Leben der böhmischen Hauptstadt. „Unsere Konzerte und unser Schauspiel, unsere Bibliotheken und unsere Vorlesungen sind voll von jüdischen Zuhörern und Besuchern. Seit drei Jahren ist eine Zivilschwimm- schule errichtet, sie verdankt ihr Aufblühen den jüdischen Schülern. Das einzige hier existierende Café littéraire, welches in dem Wahne, das hiesige Publikum habe noch höhere Bedürfnisse als den Gaumenkitzel zu befriedigen, eine reiche Journalliteratur seinen Gästen zu Gebote stellte, geht, von christlichen Besu- chern ganz verwaist, immer mehr seinem Verfall entgegen und es ist bloß die Frequenz einiger Israeliten, wodurch es sich noch erhält“, schrieb — wohl übertreibend — der Prager Korrespondent des „Orient“⁸⁸. Soviel ist als Kern des Berichts aber sicherlich richtig, daß die Prager Juden den Einstieg über die „Kultur“ eifrig nutzten, um die unverändert bestehende gesellschaftliche Iso- lierung⁸⁹ zumindest zum Bildungsbürgertum hin zu überwinden, das wenig- stens in der Theorie die „Gleichheit der Konfessionen“ als ein Standardpostulat des vormärzlichen Liberalismus akzeptierte.

Die bürgerliche Gesellschaft Böhmens kompensierte ihre politische Ent- mündigung durch das Metternichsche System in einem reich entwickel- ten Vereinsleben und einer fast übertriebenen Anteilnahme an den lite- rarischen Ereignissen. Die Wohlfahrtsvereine und landespatriotischen Unter- nehmen, die insbesondere während der Tätigkeit des betont judenfreundlichen Oberstburggrafen *Chotek*⁹⁰ aufblühten, ermöglichten es dem jüdischen Bürger- tum, sich als materiell wie ideell gleich einsatzfreudig zu zeigen und damit seine Gesellschaftsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Leo *Thuns* 1840 gegründeter „Verein zum Wohle entlassener Züchtlinge“ zählte ebenso jüdische Mitglieder⁹¹ wie der „Gewerbeverein“⁹², das „Wirtschaftsparlament“ (Raupach) der inner- halb der feudalen Hierarchie hervordrängenden Gesellschaftskräfte. Der Sekre- tär und die treibende Kraft des Vereins war der getaufte Jude Karl *Kreutz- berg*⁹³, der, ursprünglich Fabrikchemiker des Porges-Konzerns, später der erste „Industriberater“ modernen Typs in Böhmen wurde und weitgespannte Be- ziehungen zur Montan- und Chemieindustrie unterhielt. Im Gewerbeverein setzte Kreutzberg aus radikalliberalen Motiven die Demokratisierung der Ver- einsstatuten durch und schuf damit, ohne es zu wollen, der tschechischen Na-

⁸⁷ Orient 5 (1844) 332. — Goldmark: Pilgrims 190 f.

⁸⁸ Orient 5 (1844) 334.

⁸⁹ „Der Jude geht meistens mit seinen Glaubensgenossen um; nicht aus Nationalgefühl, sondern weil der Christ den Umgang mit ihm verschmäht. In allen Straßen Prags wird der Jude, auch der reichste und vornehmste nur als solcher angesehen.“ (Orient 1 (1840) 1).

⁹⁰ Teller: Die Juden in Böhmen 29. — AZJ 1 (1837) 241. — Roubík: Drei Bei- träge 403 ff.

⁹¹ Orient 1 (1840) 140.

⁹² Ebenda 3 (1842) 382.

⁹³ Zu Kreutzberg (1802—1870) vgl. Wurzbach, Bd. 13 (1865), 204 ff.

tionalbewegung eine quasi parlamentarische Ausgangsposition ersten Ranges⁹⁴. Aus der Initiative des Baumwollfabrikanten *Löwenfeld* ging in den von schweren Hungerkrisen verdüsterten 40er Jahren das „Comité zur Unterstützung der Erz- und Riesengebirgsbewohner“ hervor, ein Verein, der bei allen ihm naturgemäß anhaftenden Schwächen und Unzulänglichkeiten doch das erste bescheiden sozialreformerische Forum des deutschen Bürgertums wurde⁹⁵.

Viel signifikanter als alle diese tastenden Annäherungsbewegungen wurde die Anteilnahme der Juden am literarischen Leben, und hier liegt auch der Punkt, wo das böhmische Judentum erstmals eindeutigen Anteil an der politisch-ideologischen Entwicklung des Landes nehmen konnte. Belletristik und Literaturbetrieb waren, solange der Staatsdienst verschlossen blieb, für die assimilierte Intelligenz neben dem ärztlichen Beruf fast der einzig offene Berufsweg mit Chancen zum sozialen Aufstieg. Das literarische Publikum fragte nicht nach der Konfession des Autors. Wirklich spielt in der Belletristik des Vormärz das Judentum der böhmischen Länder eine große Rolle⁹⁶. Auf die Vielzahl der jüdischen *poetae minores* näher einzugehen, ist nicht möglich; hier sei einstweilen auf die Karriere Ludwig August *Frankls*⁹⁷ hingewiesen, der als erster zu wirklicher literarischer Prominenz gelangte; sein Weg zeigt wie ein Kaleidoskop die vielfältigen verschlungenen Aufstiegswege jüdischen Literatentums, und wirft daneben auch manches Licht auf die jüdische öffentliche Meinung der Voremanzipationsperiode. Frankl, 1810 in Chrast bei Chrudím (Ostböhmen) geboren, ein Nachkomme der Hönigsberg, dichtete als Schüler tschechische⁹⁸ und deutsche Balladen im Geiste des Landespatriotismus, dann Dramen aus der böhmischen Geschichte und faßte seit 1828 als poetisierender Wiener Medizinstudent zielstrebig Fuß in den literaturbegeisterten Kreisen von Bürgertum und kulturbeflissenem Adel. Als Protegé des Freiherrn von Hormayr, des Inszenators der vaterländischen Begeisterung im Jahre 1809, reimte Frankl regierungsfremd und patriotisch, was ihn nicht hinderte, insgeheim für den polnischen Aufstand zu schwärmen. Mit der Balladensammlung des „Habsburgliedes“ (1832) glückte Frankl dann der direkte Zugang zum Kaiserhaus, eine huldvoll gewidmete Schnupftabakdose begründete den öffentlichen Ruhm des Autors. Als erster Jude in Österreich erlangte Frankl 1840 die Erlaubnis, eine Zeitschrift zu redigieren, und die Franklschen „Sonntagsblätter“ entwickelten sich sehr schnell zum einflußreichsten literarischen Periodikum Österreichs. Neben seiner Redaktionstätigkeit versah Frankl die Stelle eines Sekretärs der Wiener jüdischen Gemeinde, da alle Versuche, in den existenzsichernden

⁹⁴ Raupach: Frühnationalismus 62.

⁹⁵ Orient 4 (1843) 110 u. 166. Zum Verein s. auch Stölzl: Ära Bach 200.

⁹⁶ Vgl. Zohn, H.: Partizipation in German Literature. In: The Jews of Czechoslovakia 468 ff. — Nagl, J. W. / Zeidler, J. / Castle, E.: Deutsch-österreichische Literaturgeschichte. 4 Bde. Wien 1899—1937. Hier II/1, S. 967 ff.

⁹⁷ Zu Frankl (1810—1894) s. Frankl, L. A.: Erinnerungen. Prag 1910. — Pascheles 1877—78, 125 ff.

⁹⁸ Frankl bezeichnete seine Muttersprache als „böhmisch“ (Jüdisches Athenäum. Grimma-Leipzig 1851, S. 50).

Staatsdienst zu kommen, scheiterten. 1846 erschien der „Don Juan d'Austria“, wieder ein Habsburg-Epos. Zur selben Zeit aber war Frankl schon mit vielen anderen Juden Mitglied des liberalen „Juridisch-politischen Vereins“, der auf die bürgerliche Revolution zusteuerte.

Andere jüdische Intellektuelle, denen weniger Elastizität im Aushalten politischer Widersprüche eignete, gingen ins deutsche Ausland. Freilich ist hier nicht nur an politisches Märtyrertum zu denken, sondern auch an den Umstand, daß Österreichs unterentwickeltes Verlags- und Pressewesen die Vielzahl der Talente gar nicht auffangen konnte. Nach Leipzig, dem Zentrum der deutschen Buchproduktion, führten auch für das böhmische Judentum viele Fäden: hier erschien Fürsts „Orient“ und Philipppsons „Allgemeine Zeitung des Judentums“, die beide geschickt eine Internationalisierung der Emanzipationsfrage betrieben. Der wichtigste der böhmisch-jüdischen Emigranten wurde Ignaz Kuranda. Als der Wiener Polizeipräsident dem Prager Antiquarssohn — angeblich wegen seiner Zugehörigkeit zum Judentum — die Übernahme einer Wiener Redaktion untersagte⁹⁹, gab dieser in Brüssel, dann in Leipzig die „Grenzboten“ heraus, eine für den österreichischen Untergrundmarkt berechnete literarisch-politische Zeitschrift, die auf einer landespatriotisch-bohemistischen Linie sehr schnell zum Sammelbecken aller oppositionellen Kräfte Österreichs wurde und der äußeren wie inneren Emigration als Sprachrohr diente¹⁰⁰. Die meinungsbildende Kraft von Kurandas „Grenzboten“, ihr revolutionsfördernder Einfluß auf den österreichischen Liberalismus ist gar nicht hoch genug einzuschätzen.

Aus der im Vormärz noch unentmischten Verbindung von Bohemismus und Liberalismus, die auch bei den „Grenzboten“ Pate stand, erwuchs die literarische Bewegung des „Jungen Böhmen“¹⁰¹, in der zum ersten Mal eine ausgesprochen ideologische Auseinandersetzung der jungen jüdischen Intelligenz mit dem tschechisch-nationalen Gedanken stattfand, und die darum den eigentlichen Auftakt bildet zu dem von da an bis zum Ende der Monarchie virulenten Problem des Verhältnisses der Juden zur nationalen Bewegung. Das Interesse an der böhmischen Geschichte stand, wie bemerkt, am Beginn der Karriere Ludwig August Frankls, böhmisch-historische Themen hatten viele der jüdischen Literaten, dem Geschmack des Publikums folgend, aufbereitet¹⁰², als Lokalhistoriker hatten mehrere jüdische Amateure ihrer „vaterländischen“ Geschichtsbegeisterung Ausdruck verliehen¹⁰³. Mit Isidor Heller, dem ersten Typus eines jüdischen Bohemien, kam zu diesem weitverbreiteten landespatriotischen Sentiment der Einfluß demokratischen Denkens. Heller¹⁰⁴, der aus dem

⁹⁹ Frankl: Erinnerungen 258.

¹⁰⁰ Prinz: Die böhmischen Länder 20.

¹⁰¹ Pfitzner, J.: Das Erwachen der Sudetendeutschen im Spiegel ihres Schrifttums bis zum Jahre 1848. Augsburg 1926, S. 223 ff. — Nagl / Zeidler / Castle: Literaturgeschichte II/1, 913 ff.

¹⁰² Pfitzner: Das Erwachen.

¹⁰³ So gab der Arzt Markus Teller die „Sagen von Nachod“ (1837) heraus (Landau: Nekrologe 59 ff.).

¹⁰⁴ Zu Heller vgl. Wurzbach, Bd. 8 (1862), 272 ff. — Nagl / Zeidler / Castle: Literaturgeschichte III, 495.

Ghetto von Jungbunzlau stammte, hatte sich sehr früh seiner streng orthodoxen Erziehung und der Bestimmung zum Rabbiner entzogen und war, dem Beispiel Heines folgend, nach Frankreich gegangen, ohne dort Fuß fassen zu können. Wieder in Jungbunzlau, traf er hier in den späten 30er Jahren auf die Freunde Leopold Kompert und Moritz Hartmann¹⁰⁵, die, noch Gymnasiasten, sich dem Einfluß des weltmännischen Republikaners und Freigeists willig unterwarfen und sich von ihm in die politische Ideologie des „Jungen Deutschland“ einführen ließen. Wenig später gab es bereits einen festen Freundeskreis poetisierender Medizinstudenten in Prag, zu dem neben Hartmann und Kompert auch Alfred Meißner, Friedrich Bach und Hartmanns späterer Schwager Siegfried Kapper gehörten, um nur die wichtigsten zu nennen¹⁰⁶; Meißner gehörte als einziger nicht dem Judentum an¹⁰⁷. Rudolf Glasers Zeitschrift „Ost und West“, welche einer kulturellen Gemeinschaftsarbeit von Deutschen und Slawen gewidmet war, diente als Forum der Dichtergruppe. Die politische Dichtung des „Jungen Böhmen“ freilich, in der die böhmische Vergangenheit im Geiste von Palackýs Geschichtsdeutung zu einer Passionsgeschichte des Demokratismus verklärt wurde, konnte in Österreich nicht veröffentlicht werden und erschien erst später in Deutschland. Das wichtigste Werk, Hartmanns Gedichtsammlung „Kelch und Schwert“¹⁰⁸, lebt nicht zum geringsten von der Begeisterung für die Hussiten als Schildträger demokratischer und sozialer Ideale, aber es ist bezeichnend für das aus dem glühenden Assimilationswillen resultierende Konglomerat der Ideologien bei der jüdischen Intelligenz, daß daneben in einem Atemzug für den polnischen Aufstand, die deutsche Freiheit und für die jüdische Emanzipation geschwärmt wird. An „Deutschlands Hals sich auszuweinen“, bat Hartmann die Tschechen und benützte dabei den für das „Junge Böhmen“ charakteristischen, oft verwendeten Vergleich von jüdischem und tschechischem Schicksal:

„Du Märtyrer der Völker du,
Wann wirst du auferstehen wieder?
Zwar ziehen wie Palästinas Kind
Die Deinen nicht gen Süden und Norden
Doch in der eignen Heimat sind
Sie heimatlos und fremd geworden“¹⁰⁹.

Freilich regte sich in den politisch nüchterner denkenden Kreisen des böhmischen Judentums bereits die Ahnung, daß mit einem Synkretismus der Ideale

¹⁰⁵ Zu Kompert (1822—1886) vgl. Wurzbach, Bd. 12 (1864), 404 ff. — Zu Hartmann: Wittner, O.: Moritz Hartmanns Leben und Werke. 2 Bde. Prag 1906—07.

¹⁰⁶ Hansgirt, C. V.: Moritz Hartmann. MVGD 11 (1873) 149 f.

¹⁰⁷ Es scheint kein Zufall zu sein, daß Meißner in der Sekundärliteratur wegen seiner Zugehörigkeit zum „Jungen Böhmen“ zumeist fälschlich als Jude geführt wird (Kaznelson, S.: Juden im deutschen Kulturbereich. Berlin 1959, S. 1054).

¹⁰⁸ Die erst 1845 veröffentlichten Gedichte stammen aus den frühen 40er Jahren. Zu „Kelch und Schwert“ s. Wittner: Hartmann I, 108 ff.

¹⁰⁹ Hartmann, M.: Gesammelte Werke. Bd. 1. Stuttgart 1877, S. 56.

à la Hartmann *allein* den Juden in einer Zeit heraufdämmernder nationaler Auseinandersetzungen nicht gedient sein konnte. Schon 1842 hatte der Nadhernysche Herrschaftsarzt Markus *Teller*¹¹⁰, der später zu einer wichtigen Figur des politisch tätigen Judentums werden sollte, hellsehtig darauf hingewiesen, auch die Juden bedürften — analog zur politischen Funktion der tschechischnationalen Geschichtsideologie — eines in der jüdischen Geschichte Böhmens verankerten historischen „Lebensrechtes“¹¹¹; die Idee wurde indes erst viel später unter dem Eindruck des radikalen Antisemitismus der 90er Jahre verwirklicht. Zwei Randfiguren des „Jungen Böhmen“, Siegfried *Kapper*¹¹² und der aus einer religiös-hochgelehrten Prager Familie stammende David *Kuh*¹¹³, waren es schließlich, die den fortschreitenden Zerfall des Bohemismus in zwei konträre nationale Lager antizipierten und der jüdischen Minderheit prophezeiichten, daß eine Neutralität „inter Charybdem et Scyllam“ unmöglich sein werde¹¹⁴. Tschechischnational fühlend zogen sie daraus den Schluß, nur im nationalen Lager könne die politische Zukunft des böhmischen Judentums liegen. Siegfried Kapper gewann als Medizinstudent in Wien den tschechischen Romantiker Václav Bolemlr *Nebeský*¹¹⁵ für die Idee. Seit Anfang des Jahres 1844 erschienen nun in den belletristischen Zeitschriften des tschechischen Bürgertums Artikel, die für eine tschechisch-jüdische Symbiose warben. Die Argumentation Nebeskýs fußte auf dem Gedanken der Nützlichkeit einer „Aquisition“ der jüdischen Kulturpotenz für die eigene nationale Sache¹¹⁶, ein Motiv, das in vielen Wandlungen, oft in größerem Gewande, von nun an immer wieder im tschechisch-jüdischen Dialog auftauchen sollte. Der Höhepunkt der Werbetätigkeit auf jüdischer Seite war im April 1844 ein großer geschichtsphilosophischer Essay von David Kuh, der in der „Allgemeinen Zeitung des Judentums“ erschien und

¹¹⁰ Zu Teller (1814—1875) s. Landau: Nekrologe 59 ff.

¹¹¹ „Im Herzen des Kontinents von Europa liegt, von waldbekränzten Bergen wie von einem Walle umgeben, das weitberühmte Tschechenland. Bald nach dem Einzuge der Bojer in dasselbe vor grauer, grauer Vorzeit fanden sich schon viele von den Söhnen Israels, die daselbst ihre Ruhestätte suchten, und diese neue Heimat wurde seit damals bis auf den heutigen Tag das Vaterland von Millionen Juden. Es ist zu beklagen, daß die Geschichte so wenig von dem ersten Auftreten der Juden in Böhmen aufbewahrt hat, sonst könnte man schon das Streben derselben nach dem Besseren und Höheren vielleicht bis in die Urzeit Böhmens nachweisen.“ (Orient 3 (1842) 220).

¹¹² Donath, O.: Siegfried Kapper. JbGGJ 6 (1934) 323 ff.

¹¹³ Zu Kuh (1819—1879) vgl. den Nekrolog von Heinrich Tewele in den MVGDB 17 (1879) 309 ff.

¹¹⁴ Orient 5 (1844) 55.

¹¹⁵ Zu Nebeský (1818—1882) vgl. Hanuš, J.: Život a spisy V. B. Nebeského [Leben und Schriften V. B. N.s]. Prag 1896.

¹¹⁶ „Fast einem jeden Volk haben die Juden ausgezeichnete Männer gegeben, den Böhmen aber nicht. In Deutschland leben ungefähr 300 000 Juden und sie haben viele Zeitschriften in deutscher Sprache und arbeiten für die deutsche Literatur. Unter den Slawen aber wohnen 200 000 Juden und nirgends eine Spur der Beteiligung an dem nationalen Leben in Böhmen. Diese traurige Absonderung, die für beide Teile schädlich ist, muß aufhören.“ (Květy [Blüten] 22. 2. 1844, zit. bei Olesker: Anteil 37 f.). S. auch Illový, R.: Václav Bolemlr Nebeský, průkopník sblížení česko-židovského [V. B. N., ein Vorkämpfer der tschechisch-jüdischen Annäherung]. KČŽ 1935—36, 66 ff.

damit auf breiteste Wirkung hoffen durfte. Dieses „Wort an Juden und Slawen“¹¹⁷, in dessen hymnischem Ton und hochgespannter Ideologie ein Nachhall der politischen Romantik unüberhörbar ist, verdient eine nähere Beleuchtung, weil hier wirklich an die Tiefenschicht der Frage von Assimilierung und Nationalismus gerührt wird; Kuhs Essay ist der Versuch, aus dem alten jüdischen Emanzipationspathos (dem „Judenschmerz“) heraus den Zugang zur nationalen Bewegung zu finden.

Der Ideologie des tschechischen Nationalismus liegt für Kuh, ganz im Sinne der von Herder zu Palacký führenden Linie, der Wille zu einer *Kulturmission* zugrunde. Nationalismus ist „geistiger Glaube“, ein Unternehmen der Bildungsnation, dem von der anderen, reiferen Bildungsnation der Deutschen Achtung entgegengebracht werden muß. Aber auch die Tschechen mögen sich das deutsche Beispiel gut ansehen und daraus lernen, daß die deutsche Kultur ihre Dominanz der Eigenschaft als Mischkultur, also ihrer hohen *Assimilationskraft* verdankt. Nationale Exklusivität, zu der die Slawen neigen, verzögert den kulturellen Aufstieg, gerade aber die Masse der noch nicht assimilierten Juden mit ihrer hohen, noch ausschließlich religiösen Bildung, ist ein unerschöpfliches Reservoir von Talenten, die man der nationalen Kultur fruchtbar machen könne. Der bürgerliche Mittelstand, als Kern einer Nation, ist bei den Slawen noch zu schwach, hier könnten die Juden einspringen. Dazu muß aber die nationale Bewegung ein *Programm der sozialen Integration*, ein auch für den Außenseiter lockendes Gesellschaftsmodell entwickeln, so wie es in Ansätzen die deutsche Aufklärung mit so großem Erfolg getan hat; eine offene, weltbürgerliche Gesellschaft also muß die zukünftige tschechische werden, um die Juden zu gewinnen. In einer großartigen Sequenz¹¹⁸ appelliert Kuh an den Gerechtigkeitssinn der tschechischen Intelligenz, die in dem depravierten, durch Verfolgung deformierten jüdischen Volk den unzerstörbaren religiös-sittlichen Kern erkennen soll, und mahnt zugleich, die Zukunft werde die Tragfähigkeit der missionarischen Ansprüche des Tschechentums an seiner Haltung zu den Juden messen. Nicht einmal um politische Rechte geht es, denn diese können die machtlosen Tschechen nicht gewähren, sondern um die Aufnahme in die natio-

¹¹⁷ AZJ 8 (1844) 195 ff., 207 ff., 219 f.

¹¹⁸ „Das wird wohl der verhärtetste Judenfeind unter Euch gestehen: das Volk, das ich verachte, — und das doch das Panier des Gottglaubens, als das der religiösen Bildung hat vor sich hergetragen, das Volk, das nur am Schacher klebt — und das doch seine Heimat und all' sein weltlich Gut so oft verlassen und Ozeane hat durchfahren um seines Gottes willen, das Volk, das feige, kriechende, kleinliche Häuflein — und das doch um seines Gottes willen sein eigen Blut verspritzt, und das doch zu jeder Zeit mehr Märtyrer hat gezählt, als jedes andere zu allen Zeiten, das Volk, das knickerige, widrige, — und das doch verhöhnt, verstoßen und verachtet, tausend Jahre gekämpft hat gegen rohe Gewalt und Übermut, rastlos und unermüdet, und das doch im tausendjährigen Druck — nicht ist zum Sklaven worden . . . das Volk, — das mag wahrlich kein verächtliches sein! Und wenn das nur ein einziger von euch, Ihr slawischen Gelehrten, gesteht und wenn nur Einer von Euch der rohen Menge vorangeht und sich vom Judenhaß emanzipiert, dann hat dieser Eine nicht nur für die Juden, nein, für sein Volk, ja mittelbar für die Welt segensreich gewirkt und auch unsterblich.“ (AZJ 8 (1844) 207).

nale Gemeinschaft, die bisher noch den Juden ausschließt, um der *Antipathie* willen, die das letzte Echo des mittelalterlichen Judenhasses ist.

Danach spricht Kuh zu den Juden. Er ruft sie auf, das Tschechische zur Sprache ihrer Bildung zu machen und damit Teilhabe an der geschichtlichen Aufgabe der Westslawen zu erhalten, der „Vermittlung des Geistes von Westen nach Osten“. Dazu aber ist es hohe Zeit, alles äußerlich als „jüdisch“ Erkennbare muß verschwinden, um der slawischen „Vergesellschaftung“ nicht in den Weg zu treten. Und wenn nur einer von den intellektuellen Führern der Tschechen aufsteht — so schließt Kuhs Essay — und ein Zeichen der Judenfreundschaft gibt, so werden die Juden sich en bloc der „große(n) europäische(n) Nation“ anschließen.

Es schien zunächst, als fänden die von der kleinen tschechisch-jüdischen Gruppe ausgehenden Impulse ein lebhaftes Echo im jüdischen Bürgertum. Böhmens größter Bankier, Leopold *Lämel*, ein Mann aus betont landespatriotischer Familie¹¹⁹, der über seinen Schwiegersohn Czermak¹²⁰ und seinen Rechtsanwalt Pinkas¹²¹ mit den großbürgerlich-liberalen, dabei auch nationalen Kreisen in der politischen Nähe der ständischen Opposition in Verbindung stand, trat der „*Malice česká*“¹²² bei, ebenso der Textilindustrielle *Forchheimer*.¹²³ Die Prager Juden und verschiedene kleinere Landgemeinden planten die Einführung tschechischen Unterrichts an den jüdischen Schulen, eine tschechische Bibelübersetzung aus dem hebräischen Urtext wurde vorbereitet¹²⁴. Alle diese Ansätze lebten von dem Glauben, man könne mit dem Schlüssel eines betonten Nationalismus die Tür zu der sich nun mit mächtigem Selbstbewußtsein tschechisch umbildenden Gesellschaft finden¹²⁵; es war also eine Bewegung, die für die Juden wie eine konsequente Fortführung der früheren Assimilierung an die ehemals ausschließlich „herrschende“ deutsche Gesellschaft erscheinen mochte.

Welche Verwirklichungschancen der Kapper-Kuh-Kreis in diesem frühen Stadium für sein Unternehmen tatsächlich hatte, läßt sich indes kaum schlüssig

¹¹⁹ Schon der Gründer des Vermögens, Simon von Lämel, hatte die Schwester Leopold Lämels Elise durch Wenzeslaus *Hanka* im Tschechischen unterrichten lassen. Elise Lämels Tochter (aus der Ehe mit dem Zuckerindustriellen Herz) Mathilde heiratete den radikal-nationalen Adeligen Karl Drahotín von *Villany*, der im Jahre 1848 Kommandeur der „*Svornost*“ (Eintracht), also der betont tschechnationalen Prager Nationalgarde wurde (Wurzbach, Bd. 8 (1862), 405 f.).

¹²⁰ Springer: Aus meinem Leben 49.

¹²¹ Vgl. Heidler, J.: Dr. Ad. Pinkas a vznik českého programu v l. 1848—1850 a 1861 [Dr. A. P. und der Ursprung des tschechischen Programms in den Jahren 1848—1850 und 1861]. Prag 1918.

¹²² Auf Palackýs Initiative hin gebildeter Verein zur wissenschaftlichen Pflege der tschechischen Sprache und Literatur, überhaupt erste permanent für eine Tschechisierung wirkende Institution.

¹²³ AZJ 8 (1844) 260.

¹²⁴ Ebenda 155 u. 658.

¹²⁵ „Das gemeinsame Streben in Erforschung der Sprache und Literatur wird eine geistige Annäherung zwischen Juden und Christen bewirken und . . . das soziale Band fester machen.“ (Orient 5 (1844) 155).

eruieren. Denn schon im Juni 1844 bewirkten die Prager Arbeiterunruhen¹²⁶ mit ihren antisemitischen Begleiterscheinungen, Ereignisse, die das gesamte Gesellschaftssystem des österreichischen Biedermeiers aufs tiefste erschütterten, eine radikale Abkühlung der Bewegung. Seit den frühen 40er Jahren kämpfte Österreich mit einer Wirtschaftskrise, die Böhmen und seine Textilindustrie besonders hart traf; Unternehmer und „Verleger“ versuchten sich durch rigoren Lohndruck über Wasser zu halten. Erschwerend hinzu kam eine Lebensmittelteuerung, hervorgerufen durch eine Reihe von Mißernten. In Prag stiegen die Lebensmittelpreise 1842—1843 um ein Drittel¹²⁷. Der Hungerwinter des Jahres 1842 stand am Beginn einer allgemeinen Verschlechterung der Lebensbedingungen nicht nur der Arbeiterschaft, sondern auch des Kleinbürgerturns und die Folge der ökonomischen Misere war eine sozialrevolutionäre Gärung, welche vermittels der unvollkommenen Palliative, wie es die Notstandsarbeiten des Oberstburggrafen *Chotek* waren, nicht aufgefangen werden konnte. Für die Annahme, daß gerade die antisemitische Komponente der sozialen Unzufriedenheit¹²⁸ nicht zuletzt den explosiven Ausbruch möglich machte, spricht eine Reihe von Gründen. In dieser ersten Krise des jungen Industrialismus, der im Österreich des Vormärz ohnehin niemals jenes Sozialprestige erringen konnte, das er im Westen besaß¹²⁹, mußte die Plakatierung der industriellen und kommerziellen Verdienste, welche in der Emanzipationsliteratur eine zentrale Rolle spielte, unversehens ins Negative umschlagen, nämlich in den Glauben, Industrie und Ausbeutung seien überhaupt eine vornehmlich jüdische Domäne in Böhmen¹³⁰. In Prag fand diese Projektion sozusagen ihren vordergründigen Beweis in der tatsächlich monopolistischen Stellung der jüdischen Textilindustrie; hier konnte auch die jüdische Teilhabe an sozial-karitativen Hilfsmaßnahmen wie Leopold *Löwenfelds* Engagement für die notleidende Textilbevölkerung im Gebirge keine Änderung des überkommenen Stereotyps vom jüdischen „Wucherer“ bewirken, wie man noch 1843 gehofft hatte¹³¹. Den Trä-

¹²⁶ Wolfgramm, E.: Der böhmische Vormärz, im besonderen die böhmischen Arbeiterunruhen des Jahres 1844 in ihren sozialen und politischen Zusammenhängen. In: Obermann, K. / Polišenský, J.: Aus 500 Jahren deutsch-tschechoslowakischer Geschichte. Berlin 1958, S. 171 ff. — Walter, F.: Die böhmischen Arbeiterunruhen des Jahres 1844. MIOG 11 (1929), Erg.Bd. S. 717 ff. — Schirnding: Die Unruhen in Böhmen.

¹²⁷ Ebenda 59.

¹²⁸ Schirnding, ein Autor, der wegen seines offenen Antisemitismus mit Vorsicht benutzt werden muß, der andererseits aber wegen seiner für die Zeit ungewöhnlich präzisen sozialgeschichtlichen Details nicht ignoriert werden kann, spricht vom „fast in Fanatismus ausgearteten Haß gegen die Israeliten“ (ebenda 72).

¹²⁹ Matis, H.: Österreichs Wirtschaft 1848—1913. Berlin 1972, S. 65 f.

¹³⁰ Bezeichnenderweise hielt die vox populi auch die Eisenbahnbauunternehmer Gebrüder Klein, deren Arbeiter die Akteure des zweiten sozialrevolutionären Aufstandes im Jahre 1844 waren, fälschlich für Juden (Schirnding: Die Unruhen in Böhmen 67).

¹³¹ „Die Tätigkeit eines solchen Mannes“, so schrieb der Prager Korrespondent des „Orient“, „fruchtet uns gewiß . . . vorzüglich bei der niedrigen christlichen Volksklasse, die den Juden meistens nur von der Handels- und Schacherseite kennt.“ (Orient 4 (1843) 110).

ger der Judenfeindschaft in Prag hat man vor allem im Kleinbürgertum zu suchen. Denn einmal glaubte das Handwerk die Ursache für seinen Niedergang in dem Zusammenspiel von jüdischem Fabrikgründertum und (erkaufte!) Gewerbeliberalismus der Bürokratie gefunden zu haben¹³², zum anderen verschärfte die Wirtschaftskrise die im Prager Kleinhandel traditionell mißgünstige Konkurrenz von christlichem und jüdischem Handel¹³³, wobei gerade in den 40er Jahren das scheinbar unaufhaltsame Eindringen des jüdischen Geschäftslebens aus dem Ghetto in die „Christenstadt“ für das Kleinbürgertum die Überlegenheit des jüdischen Wirtschaftslebens symbolisierte¹³⁴. Eine interessante Marginalie, gleichsam Travestie des historischen Eklektizismus der tschechischen Nationalidee, ist die Tatsache, daß im Sommer 1844 selbst „die gemeinsten Klassen“ über die gerade vor 100 Jahren stattgehabte Vertreibung der Prager Juden durch Maria Theresia diskutierten¹³⁵.

Eine gängige sozialpsychologische Theorie über den aggressiven Antisemitismus besagt, daß in wirtschaftlichen Krisenzeiten die Juden — als schwächstes Glied des gesellschaftlichen Systems — zu *Ersatzzielen* der Aggression werden, wenn die wirkliche Quelle der Frustration entweder nicht zu erkennen, oder zu mächtig ist, um eine direkte Aggression zu ermöglichen¹³⁶. Beide Motive sind in der Situation des Jahres 1844 zu finden: weder war die Prager Mittel- und Unterschicht angesichts der vormärzlichen Möglichkeiten zur Meinungsbildung in der Lage, ein Phänomen wie die Wirtschaftskrise auch nur halbwegs objektiv zu würdigen, noch war es der Arbeiterschaft möglich, den Staat, der die manchesterlichen Praktiken der Unternehmer deckte, zu sozialpolitischem Eingreifen zu bewegen¹³⁷. So kam es zur sozialrevolutionären Entladung, als die Prager jüdischen Kattunfabrikanten das Druckverfahren durch die Einführung der „Perrotinen“ modernisieren und verbilligen wollten und daraufhin die von Arbeitslosigkeit bedrohten Drucker, eine gewerkschaftlich-berufsständisch organisierte Arbeiteraristokratie, nach Massenumzügen in Prag in den Fabriken der *Porges*, *Dormizer*, *Brandeis*, *Schick* und *Epstein* die neuen Maschinen zerstörten. Der Widerhall des Maschinensturms in der Prager Bevölkerung

¹³² Schirnding: Die Unruhen in Böhmen 36.

¹³³ Mit aller Vorsicht vor Verallgemeinerung sei hier immerhin Schirndings Beobachtung zitiert, der jüdische Handel habe sich dank seiner moderneren Methoden und wegen seiner Spezialisierung auf die billigen Konsumgüter in der Wirtschaftskrise besser gehalten als die christliche Konkurrenz (ebenda 84 ff.).

¹³⁴ Roubík: Drei Beiträge 364 ff.

¹³⁵ Orient 5 (1844) 333. — Schirnding: Die Unruhen in Böhmen 15.

¹³⁶ Berman: Antisemitismus 36 ff.

¹³⁷ „Vorstellungen hierüber [d. h. über die seit Beginn des Jahrzehnts verschärfte Ausbeutung. C. S.] fruchteten nichts, eine Klage oder Beschwerde war bei einer Behörde nicht anzubringen, da es keine Norm, kein Gesetz gab, nach welchem diese hätte entscheiden können, und der Fabriksherr die Gewalt hatte, durch augenblickliche Entlassung jene Drucker zu strafen, welche sich über die Unverhältnismäßigkeit der Arbeit zum Lohne beklagten. Man fuhr in dieser einmal begonnenen Manipulation fort und die Fabriksherren, auf eine oder die andere Weise des Schutzes von Seite der Behörde gewiß, erlaubten sich immer mehr Bedrückungen.“ (Schirnding: Die Unruhen in Böhmen 57 f.).

war gewaltig; alle Sympathien der Unterschichten waren auf seiten der Druker¹³⁸. Sehr schnell verband sich das von der Arbeiterschaft ausgehende sozialrevolutionäre Sentiment mit dem latent radikalen Antisemitismus des Prager Kleinbürgertums, so daß nur der Einsatz von Militär die beginnenden gewalttätigen antisemitischen Demonstrationen¹³⁹ unterdrücken konnte. Nur wenig später fanden sich weite Kreise des kaufmännischen Mittelstandes zusammen, um eine Petition an die Wiener Regierung abzufassen, vermittels welcher in scharfer Sprache die strikte Praktizierung der — längst durch Korruption durchlöcherten — Ausnahmegesetze und eine Eindämmung der jüdischen Wirtschaftstätigkeit überhaupt verlangt wurde¹⁴⁰. Die Petition signalisierte das Anschwellen einer judenfeindlichen Bewegung des Kleinbürgertums, die bis zum Jahre 1848 anhielt und 1847 ihren Höhepunkt in einer Aktion von 1800 Handwerksmeistern fast aller Prager Zünfte erreichte, die bei den Prager Kommunalbehörden ihre oft radikalen Argumente vorbrachten. Ganz Prag werde bald zu einer Judenstadt werden, wo die Christen den Juden Sklavendienste leisten müßten, hieß es da, und unverhohlen drohten die Handwerker mit Pogromen; eine Zunft orakelte, die Juden würden vielleicht in einigen Jahren gezwungen sein, bei Nacht und Nebel aus der Christenheit (!) zu flüchten¹⁴¹.

Wie reagierten die Juden auf diese Ereignisse? Für die Werbekraft der tschechisch-jüdischen Idee waren die Prager Unruhen ein schwerer Schlag¹⁴². Die schockierte jüdische Oberschicht, in der nun vor allem die — einer selbst- und damit sozialkritischen Sicht der Dinge wenig geneigten Textilunternehmer offen mit den Kanonen des Stadtkommandanten Windischgrätz liebäugelten¹⁴³, schloß sich in großer Mehrheit einer simplifizierenden Interpretation der

¹³⁸ E b e n d a 12.

¹³⁹ „Die malkontenten Arbeiter hatten sich in einer gewissen Straße gesammelt, zu ihnen gesellte sich bald ein Troß der niedrigsten Volkshefe, die von geschäftigen Hetzern aufgestachelt, jeden dort vorübergehenden Juden die Ausbrüche ihres Haßes in Wort und Tat fühlen ließen. Von vielen Bürgern wurden die Flammen geschürt; überall Verwünschungen und Schmähungen gegen die Juden ausgestoßen, hie und da einzelne geneckt, geschlagen, mit Steinen geworfen, und allenthalben Drohungen gegen das Eigentum und die persönliche Sicherheit der sämtlichen Judenschaft vorgenommen; Drohungen, deren Realisierung der niedere Plebs mit einem rohen, unbändigen Jauchzen und der höhere mit einem raffinierten Schurkenlächeln im voraus schon feierte. Mit einem Worte gesagt, wir standen am Vorabende einer Judenverfolgung.“ (Orient 5 <1844> 231).

¹⁴⁰ E b e n d a 333. Die Petition enthielt eine komplette historische (!) Darstellung der negativen Rolle der Juden in Böhmen.

¹⁴¹ R o u b í k : Drei Beiträge 377.

¹⁴² „Der steinspeiende Arbeiterkrater hat ausgetobt, unser Militär hat siegreich den Wahlplatz verlassen, die Polizei hat ihre Unentbehrlichkeit dargetan, und unsere Juden sind schrecklich enttäuscht worden. Wenn wir von den Geburtswehen der tschechischen Nationalität hörten, wenn slawische Zeitungsherolde das Herannahen des Böhmenreiches verkündeten, glaubten wir, die Freiheit habe sich nach den böhmischen Wäldern verirrt . . . Es war, als sähen wir schon die Juden im neuerbauten Rathause sitzen, . . . an der Universität mehrere Lehrstühle okkupieren . . . Es war, ist aber nicht. Wir haben es erlebt, das finstere Mittelalter.“ (Orient 5 <1844> 328).

¹⁴³ W o l f g r a m m : Der böhmische Vormärz 189.

Geschehnisse an, wie sie in der Presse Deutschlands gegeben wurde, wo die böhmischen Vorgänge als Ausbruch eines *slawischen Judenhasses* gewertet wurden¹⁴⁴, obwohl doch das nationale Moment sichtbar überhaupt keine Rolle gespielt hatte. Es waren dies Gedanken, die dadurch an Wahrscheinlichkeit gewannen, daß mancherlei Indizien für die Virulenz antisemitischer Gesinnung auch in den Kreisen des Prager Bürgertums und der Intelligenz bekannt wurden¹⁴⁵. In diesem Zusammenhang muß auf ein Faktum hingewiesen werden, das — auch wenn seine Relevanz für die Entwicklung des Jahres 1844 schwer zu präzisieren ist — im Gesamtzusammenhang der tschechisch-jüdischen Beziehungen doch Aufmerksamkeit beanspruchen darf: einer der frühesten Kanäle, durch welchen im Vormärz sozialkritisches Gedankengut nach Böhmen vermittelt wurde, war durch Antisemitismen stark getrübt. Die Leipziger Broschüren des Grafen Ferdinand *Schirnding*¹⁴⁶, eines vollständig deklassierten, vom Gelegenheitsjournalismus lebenden Adligen, der im radikalen Prager Kleinbürgertum seine soziale Heimat gefunden hatte und über seinen Freund Karel *Sabina* dem Kreis um den Repeal-Klub nahestand, waren charakterisiert durch eine enge Verbindung von scharfsichtiger, detailreicher und darum wirksamer Sozialkritik und rüdem Antisemitismus. Schirnding reduzierte die Entfremdungstheorie des frühen Sozialismus in drastischer Vereinfachung auf die „Fremdheit“ des Juden in Böhmen¹⁴⁷. Indes fand nicht nur Industriekritik, sondern auch die Angst des Kleinbürgertums vor der „Verjudung“ von Handel und Produktion breiten Raum in Schirndings Werk. Zusammen ergab sich jenes Ideenkonglomerat einer Talmi-Sozialkritik, deren falsche antisemitische Schlußfolgerungen ihr Gewicht aus den unbestreitbaren sozialen Schäden des jungen österreichischen Kapitalismus erhielten. In sozialen Krisenzeiten bis hinauf in die Zeit des modernen Massenantisemitismus sollte das bei Schirnding vorgezeichnete Denken typisch werden für den kleinbürgerlichen tschechischen Radikalismus. Wieweit Schirndings Antisemitismus eine Spekulation auf die Wünsche der Leserschaft dieser für den Untergrundmarkt konzipierten Broschürenliteratur zugrundelag, spielt in unserem Zusammenhang keine Rolle; das Werk des plebejischen Grafen erhält seine Bedeutung daraus, daß es den Berührungspunkt des vorwiegend konkurrenzbedingten Antisemitismus des Kleinbürgertums mit den Ideen der Sozialrevolution bezeichnet und damit ein deutliches Symptom dafür ist, welch deformierenden Einflüssen in Prag noch *vor* dem eigentlichen Beginn des nationalen Zeitalters die ursprünglich idealistische, demokratisch sozialrebellische Tradition der historischen Ideologie ausgesetzt war.

¹⁴⁴ Ein Korrespondent bezeichnete die Tschechen als „würdige Abkömmlinge asiatischer Horden, denen Humanität, Duldung, Rechtsgefühl fremde Worte sind“. (Orient 5 (1844) 213 u. 291).

¹⁴⁵ E b e n d a 238. — Schirnding: Die Unruhen in Böhmen 15.

¹⁴⁶ M a l y, Z.: Die Leipziger Broschüren Ferdinand Schirndings. Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas 7 (1963) 527 ff.

¹⁴⁷ Vgl. J. Kaufmanns Rezension von Schirndings „Revue österreichischer Zustände“: „Aber den Fabrikherrn fessele an den christlichen Arbeiter nur sein Vorteil und umgekehrt, folglich seien beide, Herr und Arbeiter, einander fremd, folglich der Jude ein Fremder im Lande!“ (Zit. in: Orient 3 (1842) 223).

Die „jungböhmisches“ Gruppe der jüdischen Intelligenz, die ihre Wünsche in eben dieser Tradition bestätigt gesehen hatte, wurde tief ernüchtert. Moritz Hartmann vollzog unter dem Eindruck des Sommers 1844 den Schwenk zur großdeutschen Idee. „Wenn man über Revolution hört“, so schrieb er an seinen Freund Meißner, „wie Eure Prager eine war, ist man wirklich auf dem besten Weg, ein loyaler Bürger zu werden und seinen Band Gedichte um die Hälfte kleiner zu machen. — Pfui, ist das eine erbärmliche Meute! Da ist keine Idee von Volksbewußtsein, von Gefühl des Proletariats, von historischer Erinnerung oder einem Blick in die Zukunft. Elender, erbärmlicher kleiner Materialismus. Der Tandelmarkt¹⁴⁸ ihre Bastille, das Ghetto ihr St. Denis . . . wenn es zu etwas käme, bin ich der erste Freiwillige für Österreich, das heißt dann für Deutschland . . . Mein Freund, es kommt die Zeit, wo wir in Böhmen als Deutsche dastehen müssen, das wird in Zukunft unser Posten sein¹⁴⁹.“ Das Motiv der Loyalität, das — bezeichnend genug — in dem Brief des Demokraten Hartmann anklingt, wurde für das jüdische Bürgertum nun auch zu einer Barriere gegenüber dem nationalen Gedanken, je deutlicher die tschechische Bewegung nach der Ablösung *Choteks* ihren landespatriotischen Mantel und damit die Förderung von oben verlor und nun auch oppositionelle Züge aufzuweisen begann. Die gekoppelt sozialrevolutionär-antisemitische Bedrohung von unten und die als Signal unmißverständliche Tatsache, daß die erste laute Äußerung politischen Eigenwillens im Prager Kleinbürgertum reaktionären Inhalts war¹⁵⁰ auf der einen Seite, der Umstand andererseits, daß Wien der sprachlich-kulturellen Fassade des tschechischen Nationalismus zusehends mißtrauischer gegenübertrat, ließ es der großen Mehrheit der böhmischen Juden ratsamer erscheinen, auf dem Wege zu dem Fernziel Emanzipation sich einer Teilnahme an den nationalen Bestrebungen zu enthalten und strikte Regierungsförmigkeit vorzuzeigen. Es schien vernünftiger, „wie es ein jüdischer Korrespondent mit einem treffenden Vergleich ausdrückte, das hübsche auf Belohnung geduldig harrende Kind zu spielen, das sich durch Frömmigkeit und Bescheidenheit vor den übrigen lebhaften Jungens auszeichnet“¹⁵¹. Vergebens

¹⁴⁸ Zentrum des jüdischen Kleinhandels an der Grenze von Juden- und Christenstadt.

¹⁴⁹ Wittner, O. (Hrsg.): Briefe aus dem Vormärz. Prag 1911, S. 255 f. — Man hat hier eine bemerkenswerte Bruchstelle im demokratischen Selbstverständnis des jungböhmisches Liberalismus schon vor den Erfahrungen des Jahres 1848 und damit eine frühe Wurzel für die spätere Annäherung von bürgerlich-demokratischem und bürokratisch-josefinischem Liberalismus. Alfred Meißner schrieb an Moritz Hartmann nach der großen Moldauüberschwemmung im Jahre 1845, von der auch die Judenstadt schwer betroffen gewesen war, die aufschlußreichen Sätze: „Da hab ich doch gesehen, was ich mir so ungern selbst gestand, daß die Behörden doch der Volksmasse voraus sind: die Leute wunderten sich, daß man sich mit der Rettung der *Juden* so viel Mühe gäbe! Es waren dieselben Leute, die sich im Juli vorigen Jahres wunderten und ärgerten, daß man so einen Spektakel mache, wegen der *Juden*, und sie gar so energisch schütze. — Ja man hat Illusionen.“ (E b e n d a 339).

¹⁵⁰ Orient 5 (1844) 333.

¹⁵¹ E b e n d a 328. — Ebenso eine Stimme von 1847: „ . . . drängt sich dem Unbefangenen die Überzeugung auf, daß die Juden sich an die Regierung immer fester an-

wies die schwindende Anhängerschaft der tschechisch-jüdischen Idee auf die weiter erscheinenden Werbeartikel Nebeskýs, auf die sozialen, nicht nationalen Hintergründe des Judenhasses¹⁵², auf die historischen Ausbrüche der Judenfeindschaft in Deutschland hin. Das widersprüchliche Spektrum der Haltung gegenüber den Juden bei den verschiedenen Gruppierungen des nationalen Lagers ließ sich gleichwohl befriedigend nicht ordnen. Die Worte eines tschecho-jüdischen Anonymus vom August 1844 klingen wie ein Motto über die Rolle der tschechisch sympathisierenden Juden in der böhmischen Politik bis zum Ende der Monarchie: „Könnten denn die Tschechen die verkehrte Meinung hegen, daß man einem den Hals abschneiden und doch die Hand zur Freundschaft bieten könne? Könnten sie den glauben, daß durch ein Gesuch um höchstgnädige Lähmung der Judenkräfte bei diesen Sympathie für böhmisches Interesse erweckt werden könne? Wenn es Böhmens Söhne sind, die Israelitenblut wie ein Glas Brantwein schlürfen möchten, so steht doch der Jude auf einer zu hohen Bildungsstufe . . . als daß er nicht einsehen sollte, daß das Sprechen der Landessprache mit den egoistischen Privatinteressen Einzelner in zu wenig geistiger Beziehung steht, als daß er Seelenkleinheit mit Engherzigkeit entgegen sollte¹⁵³.“

1846 dann setzte Karel Havlíček, der bedeutendste tschechische Publizist der vormärzlichen Generation der Nationalbewegung, der tschechisch-jüdischen Bewegung für lange Zeit ein Ende, als er in einer vernichtenden Rezension von Kappers Gedichtband „České listy“ [Tschechische Blätter] den Gedanken einer Integration der Juden ins tschechische Volk weit von sich wies, da die Juden ein *semitisches Volk* seien, das nur *zufällig* in Böhmen wohne und bisweilen die Landessprache verstehe. Die *Religion* sei das besondere Band dieser Nation, darum müsse, wer Tscheche werden wolle, auch die Taufe nehmen. Den Juden, welche ihrem Glauben treu bleiben wollten, empfahl Havlíček, in ein kooperatives Verhältnis zu den Deutschen zu treten, da das Deutsche ohnedies die zweite Muttersprache der Juden geworden sei¹⁵⁴.

Havlíček's schroffe Auseinandersetzung mit Kappers Assimilationswillen und der Rückzug dieses ersten jüdischen Literaten tschechischer Sprache ist immer wieder als die eigentliche Bruchstelle zwischen „Judentum“ und „Tschechen“ interpretiert worden¹⁵⁵. Angesichts der grundsätzlichen Fragwürdigkeit solcher „substantieller“ Begriffe scheint es nützlich, an dieser Stelle noch einmal innenzuhalten und nach den Chancen, aber auch nach der Problematik der

schließen müssen, da das Volk noch so tief in mittelalterlichen Sümpfen wate.“ (Orient 8 (1847) 212).

¹⁵² Ein tschecho-jüdischer Sympathisant schrieb über die Unruhen, daß „hier das Übel ein ganz anderes, tieferes und verborgenes ist und nur um eine äußere Gestaltung verlegen war . . .“ (AZJ 8 (1844) 657).

¹⁵³ Orient 5 (1844) 275.

¹⁵⁴ Havlíček's vielzitierte Ausführungen werden in der Literatur je nach dem Standpunkt des Autors als antisemitisch, prae-zionistisch oder neutral-völkisch interpretiert. Vgl. Olesker: Anteil 31 f. — Kisch: Search 38 ff. — Kestenberg-Gladstein: The Jews 22 f.

¹⁵⁵ Donath: Kapper 341. — Kestenberg-Gladstein: The Jews 22 f.

Ziele bei der tschechisch gesinnten Fraktion des „Jungen Böhmen“ zu fragen. Geht man schematisch vor, so ergeben sich keine ungünstigen Voraussetzungen. Der weit überwiegende Teil der Juden lebte im tschechischsprachigen bzw. gemischtsprachigen Landesteil, war dem sprachlich unberührten Kern des Volkes, den Bauern, durch seine agrarhändlerische und agrarindustrielle Tätigkeit nahe; die deutsche Bildungssprache der Juden bildete gleichermaßen kein unüberwindliches Hindernis, hier lagen die Verhältnisse bei den Tschechen sehr ähnlich. Die Kanäle, vermittels welcher die „Botschaft“ im jüdischen Großbürgertum abgesetzt werden konnte, waren gleichfalls gut ausgebildet. Literarische Produktion genoß in jüdischen Kreisen hohes Ansehen und über die Tätigkeit als Hauslehrer¹⁵⁶ war die tschechisch-jüdische Gruppe mit den führenden jüdischen Familien verbunden: Hartmann und Kapper waren „Hofmeister“ bei den *Mauthners*, *Brandeis* und *Wehles* gewesen; Kuh lehrte beim Wiener Zweig der *Brandeis*, Heller bei den *Zdekauers*¹⁵⁷. Das eigentliche Problem lag indes darin, daß die Kapper-Kuh-Gruppe, hätte sie auch im günstigsten Falle die Juden für ihre Idee begeistern können, auf der tschechisch-nationalen Seite keinen kompakten Partner finden konnte, dessen soziale Ziele ähnlich eindeutig gewesen wären wie jene der Juden. Denn einmal existierte eine komplette tschechische Nation einstweilen nur in der Projektion der nationalen Intelligenz, die aber in ihren Zielen durchaus nicht nur einem abstrakten „Wohl der Nation“ verpflichtet war, sondern unter handfesten ökonomischen Zwängen stand. Man hat daran zu denken, daß durch den deutschen Charakter des Bildungswesens die Entfaltungsmöglichkeiten sehr beschränkt waren und diese „Überschußintelligenz“ sich deshalb auf die äußerst schwach entwickelte tschechische Belletristik und Publizistik konzentriert sah¹⁵⁸. Darum konnte das, was dem Mediziner und idealistischen Freizeitliteraten *Nebeský* als Gewinnung der jüdischen Talente zum Aufbau der Nation erschien, für die Berufsliteraten, wie es beispielsweise *Havlíček* war, sehr wohl einen negativen Aspekt haben: nämlich vermehrte Konkurrenz an der schmalen journalistisch-belletristischen Krippe. Indes ist dieser Gesichtspunkt nicht der entscheidende. Wichtiger war, daß durch die nationale Erweckerarbeit seit Beginn des Jahrhunderts, mehr denn noch unter dem Eindruck der Krisensituation der 40er Jahre, immer neue soziale Gruppen in den Strahlkreis der nationalen Idee geraten waren und damit begonnen hatten, ihre besonderen Interessen dem Nationalismus zu amalgamieren. Es war der Irrtum Kuhs und seiner Freunde, daß sie diese Partikularinteressen nicht als Teil der Nationswerdung erkannten und im Dialog mit einem tschechischen Dichter (der zeitlebens eine Randfigur der politischen Nationalbewegung blieb) glaubten, sich einer Bildungsnation¹⁵⁹ im idealen Sinne

¹⁵⁶ Die Bedeutung der Hauslehrer („Hofmeister“) für die Verbreitung der nationalen Ideologie, insbesondere beim böhmischen Adel, verdiente einmal eine genauere Würdigung!

¹⁵⁷ Goldmark: *Pilgrims* 187. — Rokycana: Heller 95 f. — Pascheles 1879—80, 88. — Donath: Kapper 331.

¹⁵⁸ Raupach: *Frühnationalismus* 45 f.

¹⁵⁹ Es scheint kein Zufall zu sein, daß die ganze tschechisch-jüdische Aktion der drei Medizinstudenten Kapper, Kuh und *Nebeský* in Wien zustandekam, also auf einem

der Romantik anschließen zu können, während die „Nation“ der 40er Jahre bereits ein vielgestaltiges Gebilde war, in dem vor allem das Prager Kleinbürgertum unübersehbar sein Gewicht in die Wagschale warf. Die *politische*, nicht literarische Führungsschicht der Tschechen (Rieger, Brauner, Havlíček) verfolgte zu diesem Zeitpunkt längst schon konkretere Ziele, als es den Literaten bewußt war; der energische Kreis um *Rieger* war ja eben dabei, vom Gewerbeverein aus vermittels des Handwerksreformprogramms das Kleinbürgertum der Städte zur Massenbasis der Nation zu bilden. Wenn auch damit keine offene Aufnahme einer zünftisch-reaktionären Programmatik durch das tschechische Bürgertum bedingt war, so mußte doch durch die Werbung um das Kleinbürgertum zumindest eine *Affinität* zu dessen Interessenlage notwendig die Folge sein, in der doch das antijüdische Sentiment einen festen Bestandteil ausmachte. Ebenso mußte sich der Gedanke des nationalwirtschaftlichen Konkurrenzkampfes, welcher bei der im Gewerbeverein geschaffenen Grundkonzeption einer tschechischen Wirtschaftspolitik von Anbeginn an, wenn auch unterschwellig, mitschwang¹⁶⁰, schon aus strukturellen Gründen zwangsläufig gegen Deutsche *und* Juden richten, da beide ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt außerhalb des Kleingewerbes hatten. Für die Zukunft der jüdischen Position war es jedenfalls hochbedeutsam, daß schon in den Anfängen tschechnationalen Wirtschaftsdenkens die Basis eines umfassenden ökonomischen Liberalismus (der doch nur einen Fortschritt des gesamten Sozialprodukts kennt!) verlassen war; aus dieser Vorentscheidung heraus konnte die nationale Führungsspitze in der Folgezeit einer eindeutigen Stellungnahme gegenüber dem Wirtschaftsantisemitismus des kleinbürgerlichen Fußvolkes immer wieder ausweichen. Zur Verdeutlichung muß hinzugefügt werden, daß die Bedeutung des Kleinbürgertums über die einer *pressure group* im üblichen Sinne weit hinausging, da die intellektuelle Führungsschicht des modernen tschechischen Nationalismus zum überwiegenden Teil selbst unmittelbar dem Kleinbürgertum entstammte.

Vollends konnte die Idee der kulturellen Vermittlerrolle vom fortgeschrittenen, „größeren“ Deutschland zum erwachenden Osten, wie Kuh sie formulierte, nicht auf Gegenliebe stoßen¹⁶¹. Denn Kuh übersah in seinen Überlegungen neben dem tschechischen Kulturmissionsgedanken das zweite Motiv der historischen Ideologie, den in *Palackýs* Werk vorgezeichneten Kampf der Tschechen mit den Deutschen, ein Motiv, das sich auf dem ideologischen „Markt“ in vulgarisierter Form als das eigentlich erfolgreiche erweisen sollte, weil es das ökonomische Schicksal des mobilsten Teiles der tschechischen Bevölkerung (Aufstieg und Überlebenskampf kleinbürgerlicher Schichten) in der

sozusagen neutralen Boden, wo — wie besonders Eduard Winter in seinen Untersuchungen gezeigt hat — zu dieser Zeit noch das tolerante Mit- und Durcheinander der nationalen Ideologien möglich war, weil die Auseinandersetzungen Privatsache einer relativ homogenen Intellektuellenschicht blieben.

¹⁶⁰ R a u p a c h : Frühnationalismus 65 ff.

¹⁶¹ Der völlige Mißerfolg von Hartmanns „Kelch und Schwert“ bei den „echten“ Tschechen ist bezeichnend! (W i t t n e r : Briefe 324).

deutsch dominierten Monarchie mit Sinn und Antrieben zu erfüllen vermochte.

Die Mischung aus ökonomischen Unterlegenheitsgefühlen gegenüber den Juden — Seitenstück eines tiefverwurzelten, auf die angeblich industriell begabteren Deutschen bezogenen Komplexes der Tschechen¹⁶² — und gesellschaftlicher Verachtung¹⁶³, welche für das Prager Kleinbürgertum typisch war, ist Symptom jener labilen Seelenlage eines noch jungen Nationalismus, der zur Stabilisierung seiner Identität noch der dunklen Folie des „Feindes“, des „Fremden“ bedarf. Von hier aus ist nun auch Havlíček's vordergründig an Gedanken des nationalen Pluralismus, des selbstgenügsamen Nebeneinander der nationalen Gruppen Böhmens anklingende Stellungnahme besser einzuordnen. Denn der Ausgangspunkt des großen Nationalpädagogen war eine tiefe, fast mythische Feindschaft zum übermächtig empfundenen Deutschtum und hatte Havlíček folgerichtig zu einem Programm des *unbedingten nationalen Egoismus* geführt, der mit den Plänen zur territorialen Expansion und zur Mediatisierung der nichttschechischen Bevölkerungsteile schon auf einen „integralen“ Nationalismus hinsteuerte. Auf der Linie dieses integralen Nationalgedankens lag auch Havlíček's Überzeugung, nur eine einheitliche Volksreligion könne als irrationaler Kitt die Nation unzerstörbar verklammern¹⁶⁴, und aus dieser Voraussetzung ist es erklärlich, daß Havlíček, der schon den supranationalen Katholizismus für ein Hindernis der Nationswerdung ansah, erst recht nicht eine nach Lage der Dinge „internationale“ Kraft wie das Judentum als Baustein des tschechischen Volkes akzeptieren konnte. Wenn er also den Juden die deutsche Assimilierung offerierte, so bedeutete dies letzten Endes die Zueignung eines Platzes an der Seite des ewigen nationalen Feindes.

Indes, solche ideologische Perspektiven waren es nicht, welche im Augenblick der jüdischen Gemeinschaft Sorgen bereiteten. Ernster zu nehmen war die Welle des praktisch-ökonomischen Antisemitismus, welche sich in den letzten Jahren vor der Revolution auch in judenfeindlichen Stellungnahmen von zwei tätigen Organisatoren der nationalen Bewegung, bei František Brauner¹⁶⁵, dem Agrarexperten der Partei, und bei Václav Štulc, dem Verbindungsmann zum nationalgesinnten Klerus, niederschlugen¹⁶⁶. Auf den zunehmenden Druck reagierte das Prager jüdische Großbürgertum mit der Gründung eines „Vereins zur Beförderung des Ackerbaues und der Handwerke unter den Israeliten Prags“, dem

¹⁶² Raupach: Frühnationalismus 55.

¹⁶³ Über die Haltung der Prager Tschechen gegen die Juden referierte 1841 ironisch ein Korrespondent, daß der „echt aristokratische Vorwurf von des Juden Schmutz und des Juden Küchenezettel, der in dem Munde der Prager als das letzte Erbteil der einstigen Macht und Herrschaft, die wenigstens gegen die Juden sich geltend machen will, traditionell geworden“ sei (Orient 2 (1841) 135).

¹⁶⁴ „Einheit in der Religion ist in der Tat der größte Segen für ein Volk, und die Erfahrung lehrt, daß die Glaubenspaltung jede politische Kraft der Nationen vernichtet.“ (Zit. bei Raupach: Frühnationalismus 119).

¹⁶⁵ Vgl. Brauner, F.: Böhmisches Bauernzustände. Wien 1847, S. 178 f.

¹⁶⁶ Helfert, J. A. v.: Die konfessionelle Frage in Österreich 1848. Österreichisches Jahrbuch 6 (1882) bis 11 (1887), hier 6 (1882) 128.

sich 1847 eine ganz Böhmen umfassende Organisation anschloß¹⁶⁷. Das mit bedeutenden Summen in Szene gesetzte Unternehmen war ein typisches Kind des „jüdischen Antisemitismus“¹⁶⁸ und sollte zur Abwehr der Vorwürfe über die Konzentration der Juden in den Handels- und „Schacher“-Berufen dienen. Im Herbst 1847 dann versuchte der Vorsteher der Prager Judengemeinde *Landau* zusammen mit dem Juristen *Wessely*¹⁶⁹ ein jüdisches „Volksblatt“ vornehmlich zu apologetischen Zwecken zu gründen. Die Erfolgchancen des Unternehmens, das „Aussöhnung des Judentums nach außen“ und Aufklärung über die Eigenheiten der jüdischen Religion anzielte, wurden freilich schon von der — an sich wohlwollenden — Zensurbehörde sehr skeptisch beurteilt¹⁷⁰; mitten unter den Vorbereitungen für dieses erste jüdische Sprachrohr Böhmens brach die Revolution aus.

3. Die Revolution im Jahre 1848/49

Die wechselvolle Geschichte der böhmischen Juden während des Revolutionsjahres bedarf einer eingehenden Untersuchung, die den Rahmen dieser Darstellung sprengen würde¹⁷¹, und muß deshalb in notwendig grober Skizzierung ausgeführt werden. Die böhmische Revolution erhielt ihre besondere Signatur durch die untrennbare Durchmischung und wechselseitige Beeinflussung der nationalen, sozialen und politischen Triebkräfte, und wenn ein bürokratischer Anonymus in der ersten Phase der Bewegung mit unverkennbarem Gespür für die Motivmischung bemerkt hatte, das Ziel sei, „die horizontale Schichtung der Sprachelemente in Böhmen zuerst wieder in eine vertikale, wie dies in Tirol und der Schweiz ist, zu verwandeln“¹⁷², so sollte der weitere Verlauf alsbald erweisen, daß solche Analyse nur den äußersten Rahmen, sozusagen das Plus und Minus der Prager Entwicklung umriß, das von den widerstreitenden politischen Kräften für verschiedenen Zeitpunkten auch höchst verschieden ausgedeutet wurde. Zur Verwirrung der Fronten trug ja nicht nur bei, daß die Deutschen Böhmens der in Prag dominierenden tschechischen Bewegung alsbald

¹⁶⁷ Jahrbuch für Israeliten 1856—57, 52. — Unter den Gründern waren Leopold von Porges-Portheim, der Rechtsanwalt Franz Wiener, der Lederfabrikant Adam Pollak, der Psychiater Gustav Fischel, der Arzt Ludwig Tedesko, der Militärlieferant David Bernhard Frankl (ein Bruder des Dichters) und der Textilgroßhändler Markus Schwab.

¹⁶⁸ Als „jüdischen Antisemitismus“ bezeichnet die einschlägige soziologische Forschung das Verhalten der assimilierten und arrivierten jüdischen Oberschicht, wenn sie in Krisenzeiten die Vorwürfe der antisemitischen Umwelt wegen der Konzentration der Juden in den „unproduktiven“ Handelsberufen gleichsam akzeptiert und zur *Abwendung des antisemitischen Druckes von sich selbst* die breite jüdische Bevölkerung zu „nützlichen“ Berufen hindrängt. Vgl. *B e r m a n n*: Antisemitismus.

¹⁶⁹ Wessely war es 1846 als erstem Juden gelungen, eine Stelle als Privatdozent (vorerst nur der Hebräistik) an der Prager Universität zu erlangen. *K i s c h*, G.: Die Prager Universität und die Juden. *JbGGJ* 6 (1934) 66.

¹⁷⁰ Státní ústřední archiv Praha [Staatliches Zentralarchiv Prag, im folgenden abgekürzt SÚA] PP J/4/1848.

¹⁷¹ Der Verfasser arbeitet derzeit an einer solchen eingehenderen Untersuchung.

¹⁷² SÚA PG 46—49. 15 c/3/2736—1848.

ihren eigenen Willen entgegensetzten, sondern auch der erst jüngst wieder hervorgehobene Umstand, daß die Prager Revolution schon in ihrem ersten Beginn in drei wechselnd konkurrierende, wechselnd kooperierende Schichten zerfiel, nämlich in eine ständisch-föderale, eine großbürgerlich-liberale und eine kleinbürgerlich-radikale¹⁷³; nicht zu vergessen des grollenden Grundtons der sozialrevolutionären Äußerungen im Prager Proletariat, der die Handlungen der politischen Akteure begleitete. All dies bestimmte die Stellung der Juden in den Prager Ereignissen, und wenn man sich daran erinnert, in welcher kompliziert-delikatere Beziehung die Juden sowohl zum Metternich-System, gegen welches sich die Revolution zunächst doch richtete, wie auch zu den eben bezeichneten gesellschaftlichen Gruppen standen, so ist zu ermessen, warum die Entwicklung der „jüdischen Sache“ gleichsam ein oft verzerrtes Spiegelbild der jeweiligen politischen Kräftekonstellation werden mußte¹⁷⁴.

Die am 11. März mit der vom Repeal-Klub einberufenen Massenversammlung im St. Wenzelsbad beginnende politische Bewegung Prags wurde von der jüdischen Bevölkerung — in Anbetracht der Erfahrungen mit der politischen Willensbildung des Prager Bürgertums — mit Besorgnis beobachtet¹⁷⁵. Als jedoch bekannt wurde, daß bei der Versammlung die großbürgerlichen Kräfte die Regie hatten führen können und man darum als einen Petitionspunkt auch die Gleichstellung der Konfessionen aufgenommen hatte, somit also ein Trend der böhmischen Politik auf eine egalitäre Liberalisierung sich anzukündigen schien, da überwog zunächst der Jubel über die vermeintlich überall in Europa heraufdämmernde Freiheitsära alles andere. So konnten die Juden darüber hinwegsehen, daß schon bei der Wahl der Deputationsmitglieder nach Wien sich bei dem Namen Leopold Lämels, der über seine Verbindung zum Pinkas-Kreis als einziger Jude zugezogen worden war, lauter Widerspruch erhoben hatte¹⁷⁶ und daß die zu Beginn — als ein Standardpostulat des Liberalismus — noch diskutierte Forderung nach jüdischer Emanzipation im Lauf der Beratungen immer mehr verwässert wurde, um in der Schlußredaktion im mehrdeutigen Gewand einer „Freiheit für alle Kulte“ übrigzubleiben¹⁷⁷. Es scheint, als ob Lämels in dem von Vertretern politisch zielbewußter Kräfte beherrschten Kreis die Rolle eines eher passiven Renommierstückes spielte, herangezogen wegen seiner Eigenschaft als Finanzgröße der Monarchie, weniger wegen seines Judentums. Jedenfalls wirkte er auch nicht im entferntesten als Vertreter konkreter jüdischer Emanzipationsforderungen. Gleiches gilt sicher von dem bald nach dem 11. März hinzugewählten Fabrikbesitzer *Porges von Porthelm* und

¹⁷³ Prinz, F.: Prag und Wien 1848. München 1968, S. 19 f.

¹⁷⁴ Bislang ist in der Historiographie zum Revolutionsjahr in Prag das Judentum der Stadt viel zu pauschal als Teil des Prager Deutschtums gesehen worden, in Anlehnung an die von Pfitzner (Zur nationalen Politik der Sudetendeutschen in den Jahren 1848—1849. JbVGDB 3 (1934) 210 ff.) benützten Quellen.

¹⁷⁵ Literární archiv Praha [Literarisches Archiv Prag]. Nachlaß Baß: „Ausführliche Berichte der Prager Revolution im Jahre 1848“, o. S.

¹⁷⁶ Helfert: Konfessionelle Frage 6 (1882) 131.

¹⁷⁷ Teller: Die Juden in Böhmen 32.

dem (getauften) Großhändler Josef *Geitler*, deren Wahl man wohl dem Bestreben der bürgerlichen Politiker zuzuschreiben hat, für die Erhaltung der Stabilität des schwankenden wirtschaftlich-sozialen Bodens in Prag eine direkte Verbindung zur hochwichtigen Textilindustrie herzustellen¹⁷⁸. Die Wiener Revolution am 15. März und die bald darauf verheißene Verfassung stürzten Prag dann zunächst in einen Freiheitsstau, in welchem alle Unterschiede der so über Nacht zu allgemeinen politischen Rechten gekommenen Bürger unterzugehen schienen und es so aussah, als feiere ein liberaler Bohemismus seine Auferstehung. Die Prager Juden mochten glauben, es werde der nun in Wien anscheinend zu politischer Allmacht sich erhebende studentische, idealistische Liberalismus¹⁷⁹ auch in Prag ihre Emanzipations- und Assimilierungsprobleme mit einem Zauberschlage wegwischen; dies nicht zuletzt deshalb, weil die jüdische Intelligenz Wiens bekanntermaßen am Erfolg der Revolution großen Anteil gehabt hatte¹⁸⁰. War doch Ludwig August *Frankl* mit seinem Lied „Die Universität“ der populärste Autor der „Erhebung“ geworden, weil er darin die Kongruenz studentischen Sentiments mit der öffentlichen Meinung gefeiert hatte. Tatsächlich engagierte sich auch die Prager Studentenbewegung des 15. und 16. März in ganz eindeutig positiver Weise für die jüdische Emanzipation: der erste Punkt der studentischen Forderungen an die Krone verlangte die Öffnung der Universitätslaufbahn für die Juden¹⁸¹.

Freilich blieb aufmerksamen jüdischen Beobachtern die Brüchigkeit der Fassade des allgemeinen Jubels nicht verborgen; hinter der Befriedigung beim Bürgertum über die langersehnten politischen Freiheiten stand die unverändert anhaltende ungeduldige Hoffnung der Unterschichten auf eine Verbesserung ihrer materiellen Lage, die man hier ebenfalls durch den Umschlag der Verhältnisse zu erreichen hoffte¹⁸². Welche politischen Ziele die verschiedenen Fraktionen von Bürgertum und Großbürgertum jedoch verfolgen mochten, soviel war sicher, daß „Freißfreiheit“ sicher nicht im Mittelpunkt der politischen Zielsetzung stand; schon in der Redigierung der Wenzelsbad-Adresse waren die sozialreformerischen Impulse der Repealisten ganz weggefallen¹⁸³. Die Antwort des Bürgertums auf den sozialrevolutionären Druck war einmal die Organisie-

¹⁷⁸ Schopf, F. J.: Wahre und ausführliche Darstellung der am 11. März 1848 zur Erlangung einer konstitutionellen Regierungsverfassung in der königlichen Hauptstadt Prag begonnenen Volksbewegung und der hierauf gefolgten Ereignisse. 6 Hefte. Leitmeritz 1848, hier I, S. 67.

¹⁷⁹ So die treffende Formulierung des Prager Ästhetikers Josef Bayer über die öffentliche Meinung im März. Bayer, J.: Der Prager Student im Jahre 1848. Die Grenzboten 8 (1849). Bd. 1, S. 30.

¹⁸⁰ Kisch: Search 41.

¹⁸¹ Schopf: Wahre und ausführliche Darstellung I, 54.

¹⁸² „Es lebe der Kaiser, hört man von Literaten, Redakteuren und Buchhändlern rufen, jedoch der andere Teil sagt wieder: wir wollen Freißfreiheit, d. ist, daß wir Brot billig und im Überfluß haben und daß wir dadurch die Freiheit haben, unseren Hunger auch bei wenigem Verdienste dennoch zu stillen. Im Grunde ist nur der kleinste Teil der Bewohner Prags damit zufrieden.“ (Ausführliche Berichte o. S.).

¹⁸³ Prinz: Prag und Wien 19 f.

rung der Nationalgarden¹⁸⁴ zum Schutze des Eigentums, dann eine Forcierung des klassischen Mittels bürgerlicher Sozialpolitik, nämlich eine Steigerung der Wohltätigkeit. Bei beidem bedurfte man der Mithilfe der Prager Juden, schon wegen ihrer Schlüsselstellung im ökonomisch-industriellen Leben der Stadt. Die jüdische Gemeinde hatte den Nationalgardegedanken schon vor dem 11. März verwirklicht und eine informelle „jüdische Wacht“ zum Schutz der Josefstadt aufgestellt¹⁸⁵; nach Etablierung der Prager Nationalgarde wurden auch Juden in diese eingereiht. Moses Landau, der Vorsteher der jüdischen Gemeinde, wurde in den Wenzelsbadausschuß gewählt. Man hat es als ein Resultat dieser neuen interessenbedingten Koalition anzusehen, daß viele der jüdischen Textilindustriellen am 17. März ihren Arbeitern die Vorschüsse schenkten¹⁸⁶, ein Vorgang, den das Prager Bürgertum dankbar begrüßte: denn nun fürchteten nicht mehr die Juden allein die unruhigen „Cottondrucker“¹⁸⁷. Einer Beruhigung der politischen Situation, diesmal in nationaler Hinsicht, sollte auch die Erklärung der deutschen und tschechischen Schriftsteller dienen, an deren Zustandekommen Moritz Hartmann und der Rest des alten „jungböhmisches“ Kreises wesentlichen Anteil hatten¹⁸⁸.

Der Zustand oberflächlichen, scheinbaren Gleichgewichts änderte sich schnell, nachdem die Erledigung der Prager Forderungen in Wien bekanntgeworden war und sich alsbald große Unzufriedenheit mit den Konzessionen der Wiener Zentrale breit machte. Eine Welle des nationalen Unmuts ergriff nun das radikale Kleinbürgertum und verlieh seinen Wortführern, die zu Beginn der Bewegung noch überspielt worden waren, erhöhtes politisches Gewicht. Die am 29. März verabschiedete zweite Petition erhielt unter dem Druck der aufgepeitschten öffentlichen Meinung und eines Massenmeetings mit republikanischen Begleittönen schon eine wesentlich verschärfte Fassung. Für die Juden konnte eine breite Mobilisierung kleinbürgerlicher Schichten letztlich nichts Gutes bedeuten. Zwar meinten optimistische Stimmen noch Ende März festzustellen zu können, die Stimmung sei „für die Juden eine sehr gute, wie sie noch nie war“¹⁸⁹, doch langten andererseits bereits bei der jüdischen Gemeinde Drohbriefe ein, welche den Juden einen Verzicht auf Emanzipationsforderungen nahelegten¹⁹⁰; auch die jüdenfeindlichen Kräfte im Prager Handelsstand berei-

¹⁸⁴ Vgl. den sozialdefensiven Tenor des Gründungsaufufes bei Schopf: Wahre und ausführliche Darstellung I, 47. — Zu schematisch die marxistische Darstellung bei Křížek, J.: Národní gardy v roce 1848 [Die Nationalgarden im Jahre 1848]. Prag 1954.

¹⁸⁵ Rosenbacher, A.: Die Entwicklung der Prager jüdischen Kultusgemeinde während der sechzigjährigen Regierungszeit S. M. des Kaisers Franz Josefs I. Selbstwehr 3. 4. 1908. — Am Morgen des 11. März war der Vorsteher der jüdischen Gemeinde „in der höchsten Angst“ in der Prager Polizeidirektion erschienen, weil die Juden einen Angriff des „gemeinen Volkes“ auf das Ghetto befürchteten (SUA PP 1848. U/1 fol. 178).

¹⁸⁶ Helfert: Konfessionelle Frage. Österreichisches Jahrbuch 6 (1882) 132.

¹⁸⁷ Schopf: Wahre und ausführliche Darstellung I, 20.

¹⁸⁸ Prinz: Die böhmischen Länder 35.

¹⁸⁹ ÖCO 14.

¹⁹⁰ Rosenbacher: Die Entwicklung.

teten unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit eine Solidaritätsaktion vor¹⁹¹. Die anhaltende, täglich tiefer greifende Wirtschaftskrise im Gefolge des italienischen Revolutionskrieges tat ein übriges, das Prager Kleinbürgertum in Bewegung zu halten. Als dann am 8. April in der Erledigung der zweiten Prager Petition eine Emanzipation der böhmischen Juden ausdrücklich zur Sache eines zukünftigen Landtages erklärt wurde, war der Katalysator des lange schwellenden Antisemitismus gefunden. Mitte April begann eine vermittels Flugblättern geführte erregte Agitation, in der die jüdenfeindliche Propaganda die apologetischen Gegenstimmen bei weitem überrunden konnte¹⁹². Indes wurde die Mobilisierung der öffentlichen Meinung in ihrer politischen Wirkung noch einmal von dem zielgerichteten Versuch der großbürgerlich-nationalen Kräfte überlappt, die in Prag gesicherte nationale Macht schnell auf ganz Böhmen auszudehnen und vermittels eines alle sozialen Gruppen ohne Ansehens der Sympathien (daher auch die Juden!) umfassenden Nationalkomitees zu festigen. Mitte April traten weitere prominente Juden dem Národní výbor (Nationalausschuß) bei. So konnte sich das jüdische Bürgertum noch einmal der Hoffnung hingeben, die Verschiebung der Emanzipationsfrage auf den Landtag bedeute nur eine zeitliche, keine substantielle Störung. Aber die rasche Verschärfung der nationalen Frage in Prag, die mit dem im Nationalausschuß ausgetragenen Streit über das Tragen der deutschen Farben sehr rasch den Zerfall auch der äußeren Hülle des Neu-Bohemismus deutlich machte, tangierte aufs neue die jüdische Position. Am 17. April organisierten sich die Prager Deutschen im „Konstitutionellen Verein“, zu dessen Gründung Moritz Hartmann den entscheidenden Anstoß gab und wo mit dem ebenfalls maßgeblich engagierten Arzt Ludwig Tedesko¹⁹³ erstmals ein auch politisch bewußt *deutsch* agierendes jüdisches Großbürgertum sichtbar wurde. Während die Fürsprecher der tschechisch-jüdischen Integration in der jüdischen Presse den Tschechen gegenüber noch die Namen *Hartmann* und *Kuranda* als Zeugnis für den böhmischen Patriotismus der Juden vorwiesen, wurden diese doch in der erregten öffentlichen Meinung Prags zusehends zu negativen Symbolfiguren einer vermeintlichen Gravitation aller Juden nach „Frankfurt“¹⁹⁴. Die Stimmung wurde „im Allgemeinen . . . gegen Deutsche und Juden eine fürchterliche“¹⁹⁵. Nun (17. April) erlebte Prag die erste gewaltsame Demonstration der revolutionären Bewegung. Der städtische Mob, sekundierte vom Kleinbürgertum, demolierte jüdische Läden; Tandelmarkt und Josefstadt blieben verschont, weil die Nationalgarde eingriff. Freilich zeigten sich auch bei dieser bürgerlichen Selbstschutzorganisation im Gefolge der Radikalisierung Korrosionserscheinungen. Ein großer Teil folgte nur sehr widerwillig der Aufforderung zum Schutze der Juden und Teile der Garde begannen, die Juden aus ihren Reihen auszuschließen. Nur mit Mühe

¹⁹¹ Ausführliche Berichte o. S. 205.

¹⁹² Teller: Die Juden in Böhmen 34.

¹⁹³ Zu Tedesko (geb. 1816) vgl. Pascheles 1875—76, 100.

¹⁹⁴ ÚCO 87. — Roubík, F.: Český rok 1848 [Das böhmische Jahr 1848]. Prag 1931, S. 170 f.

¹⁹⁵ Orient 9 (1848) 150.

konnte der Chef der Garde, der Industrielle Haase, ein vollständiges Auseinanderbrechen seiner Truppe verhindern, er selbst sah sich dem Vorwurf ausgesetzt, „zu energische“ Maßnahmen veranlaßt zu haben¹⁹⁶. So begann der Zerfall der bürgerlich-jüdischen Interessengemeinschaft, kaum daß sie ins Leben getreten war. Gleichwohl rief doch der Ausbruch der Gewalttätigkeit im Zentrum der böhmischen Bewegung einige Besorgnisse hervor. Der Nationalausschuß veranlaßte den Prager Erzbischof *Schenk* zu einem Hirtenschreiben, das die Stimmung aufgebrachter Judenfeindschaft besänftigen sollte¹⁹⁷; Maßnahmen zur Eindämmung der ungehemmten Pamphletpresse wurden erwogen. All dies blieb jedoch wirkungslos, und nachdem in der letzten Aprilwoche die deutschfeindlichen und antisemitischen Reibereien nicht aufgehört hatten, kam es am 1. Mai zu einem regelrechten Sturm auf das Ghetto, bei dem große Zerstörungen angerichtet wurden. Militär und Nationalgarden, als „Judenpolizei“ beschimpft, konnten nur mit Mühe der Erregung Herr werden. Am nächsten Tag glich die Stadt einem Heerlager. Dennoch gab es einen Sturm auf die größeren (nichtjüdischen!) Bäckerläden. Die Reaktion auf diesen Beginn bürgerkriegsähnlicher Zustände in Böhmens Hauptstadt spiegelte die bereits unüberschaubar gewordenen politischen Fronten. Die großbürgerlichen, deutsch oder utraquistisch denkenden Kreise sahen in dem Überspringen der sozialrebellischen Aggression auch auf die nichtjüdischen Besitzenden (Bäcker!) den Beweis, daß ihre Ahnung, die Juden seien nur das „Durchhaus“ auf dem Marsch des Kommunismus gegen den Besitz überhaupt, richtig gewesen war¹⁹⁸. Auch die deutschen Textilindustriellen Nordböhmens ergriffen das Wort, um auf die unabsehbaren Schäden hinzuweisen, die der ganzen böhmischen Wirtschaft durch eine Lähmung des jüdischen Zwischenhandels in Prag drohten¹⁹⁹. Das Echo im tschechischen Lager war weit weniger eindeutig. Der Nationalausschuß enthielt sich geflissentlich jeder Stellungnahme. Wie sehr die nationale Bewegung ihre ursprünglich bürgerliche Führung bereits verloren hatte, signalisierte die Haltung von Havlíček's „*Národní noviny*“ (Nationalzeitung). Havlíček, mit programmatischen Worten zur Lage der Nation sonst nicht sparsam, ließ sich zu keinem Eingehen auf die jüdische Frage herbei, sondern veröffentlichte in bezug auf die Unruhen nur einen Leitartikel, welcher bezeichnenderweise von dem Radikaldemokraten Ferdinand *Kopp*²⁰⁰ stammte, der gleich Sabina vom frühsozialistischen Ideengut beeinflusst war. Kopp feierte denn auch in blumigen Phrasen unverhohlen das „Volk“ als das große ungebärdige Kind, das, unbesiegbar durch staatliche Repressivmächte, dennoch einer nationalen und sozialreformerischen Führung blindlings folgen werde. Daß das Gestrüpp von traditionellem Konkurrenzneid und Rücksicht auf die judenfeindliche Stimmung der Prager Massen auch bei den bürgerlichen Kräften undurchdringlich

¹⁹⁶ Schopf: Wahre und ausführliche Darstellung II, 37.

¹⁹⁷ SÚA NV 1848. Protokoll 22. 4. u. 23. 4. 1848. — ÖCO 72.

¹⁹⁸ Bohemia 4. 5. 1848.

¹⁹⁹ So der Großindustrielle E. Leitenberger in der „Prager Zeitung“ vom 7. 5. 1848.

²⁰⁰ Über Kopp s. Stölzl: Ära Bach 233.

war, mußte Graf Leo Thun feststellen, der als neu ernannter Gubernialpräsident glaubte, in einer schleunigen öffentlichen Untersuchung die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Drahtzieher der Unruhen auffinden und damit die Luft reinigen zu können. Thuns Plan, Abgeordnete der Prager Kommune verantwortlich an einem ersten öffentlichen Gerichtsverfahren zu beteiligen, scheiterte vollkommen an der passiven Resistenz der tschechischen Honoratioren²⁰¹.

Die erste jüdische Reaktion auf diese Entwicklung der Dinge war Resignation und der Wunsch, den unfreundlichen Prager Boden zu verlassen. Leopold Kompert verlieh einer weitverbreiteten Haltung Ausdruck, als er am 6. Mai in seinem programmatischen Artikel „Auf nach Amerika“ meinte, den Juden bliebe jetzt nichts, als „dieser Freiheit aus dem Wege zu gehen“²⁰². Die Auswanderungswelle im Prager jüdischen Bürgertum nahm ein beträchtliches Ausmaß an; ein Teil ging nach Wien, ein anderer wählte den Weg nach Amerika, der von eigenen Komitees in Wien und Prag organisiert wurde²⁰³. Zwei der größten Baumwolldruckfabrikanten, *Epstein* und *Brandeis*, waren es leid, sozusagen stellvertretend für den Rest der bürgerlichen Gesellschaft die Lösung der sozialen Frage durch immer weitere Konzessionen an die Drucker zu leisten, und schlossen ihre Fabriken²⁰⁴.

Die landespatriotisch gesinnten Juden, die vor allem in den Kreisen der Landjuden zu suchen sind, da diese nicht unter dem Eindruck der Prager Radikalisierung standen, setzten weiterhin ihre Hoffnung auf den von Thun und der nationalen Partei eilig vorbereiteten Landtag. Freilich wurde nur von einem einzigen, dem oben erwähnten Arzt Markus *Teller* in Hronov (Ostböhmen), eine Kandidatur vorbereitet²⁰⁵. Alle Spekulationen über die Haltung des Pfingstaufstandes, in dem die am Thermometer der Judenfrage bereits vorher aufgeschienene Trennung von bürgerlicher und radikal-demokratischer Nationalbewegung explosiv sichtbar wurde. Die Rolle der Prager Juden während des Aufstandes war durch „Neutralität und Untätigkeit“ gekennzeichnet²⁰⁶. Freilich dankten sie es weniger dieser verständlichen Politik, daß die antisemitischen Inhalte des kleinbürgerlichen Radikalismus im Hintergrund blieben, sondern der Konzentration der Aufrührer auf die militärische Staatsmacht, der kurzfristig führenden Rolle der vom Radikalliberalismus kommenden Studenten und der Tatsache, daß der Aufstand zusammenbrach, bevor sich irgendwelche konkreten politischen Zielsetzungen hätten kristallisieren können. In der negativen Beurteilung des Pfingstaufstandes waren sich jedenfalls die Juden einig; man begrüßte Windischgrätz als den „rettenden Engel“²⁰⁷ und glaubte,

²⁰¹ SÚA PG 46—49 15 c/3.

²⁰² ÜCO 77.

²⁰³ Kestenberg-Gladstein: *The Jews* 26.

²⁰⁴ Helfert: *Konfessionelle Frage*. Österreichisches Jahrbuch 9 (1885) 320. — ÜCO 179.

²⁰⁵ ÜCO 178.

²⁰⁶ Ebenda 201.

²⁰⁷ Vgl. auch *Kurandas* (!) Dank an Windischgrätz in der Frankfurter Paulskirche (Prinz: Prag und Wien 74).

daß sowohl die nationale wie auch die sozialrevolutionäre Welle bei einem Erfolg des Aufstandes für die Juden ein Desaster bedeutet hätte²⁰⁸. Langsam wurden sich die Juden bewußt, warum die Identifikation von Deutschen und Juden weniger vom tatsächlichen Engagement für die deutsche Sache abhing, als vielmehr in den Lebensgesetzen des jungen tschechischen Nationalismus begründet lag²⁰⁹. Daß ein maßgebliches Mitglied von Leo Thuns provisorischer Regierung, der Graf Wilhelm Wurmbrand, seiner Enttäuschung über die Niederlage der ständisch-separatistischen Pläne²¹⁰ in einem irrational-antisemitischen Ausfall gegen den „verjudeten“ Wiener Konstitutionalismus und die Juden überhaupt als Drahtzieher aller Revolutionen Luft machte²¹¹, konnte gleichermaßen die jüdische Meinung über den Föderalismus nicht günstig beeinflussen. Man wird in der Reflexion über den Pfingstaufstand nicht zu Unrecht eine entscheidende Weichenstellung im politischen Denken zumindest des einflußreichen jüdischen Großbürgertums vermuten dürfen, das sich nun, da mit dem Sieg Windischgrätzens das Ende jeder schnellen Entwicklung Böhmens zur Eigenstaatlichkeit sichtbar wurde, endgültig der deutschen Sache zuwandte²¹², die nun einen bedeutenden Aufschwung nahm. Auf dem Kongreß der deutschen Vereine in Teplitz (28. August) wirkte *Tedesko* als Abgesandter des Prager „Konstitutionellen Vereins“ bei den Beratungen der politischen Sektion als energischer Vertreter scharf antitschechischer Forderungen²¹³. Die deutsche Parteinahme der Juden wurde durch die Beobachtung genährt, daß mit der Unterdrückung des tschechischen Radikalismus der Prager Antisemitismus kei-

²⁰⁸ „Das allgemeine Gerücht antwortet, daß wir einer großen Gefahr entronnen sind. Es wäre nämlich auf den Adel, auf die Deutschen und Juden abgesehen gewesen; man hätte sie teils ermorden, teils aus dem Lande jagen und ihr Habe auf solche Weise verteilen wollen, daß das Vermögen der Ersteren der Swornost, und das der Letzteren dem Pöbel preisgegeben worden wäre. Bloß 3 Gulden hätten jedem Juden gelassen werden sollen, als Zehrgeld auf der Reise. Kann man auch solchen schauerhaften on dit's keinen Glauben schenken, und läßt sich nicht denken, daß ein nur halb zivilisiertes Volk sich mit solchen Entsetzen erregenden Maßregeln vor ganz Europa gebrandmarkt haben würde, so können wir doch nicht leugnen, daß im Falle die Aufständischen gesiegt hätten, unser Los ein tragisches gewesen wäre.“ (ÜCO 201).

²⁰⁹ „Es ist ein eignes Schicksal, daß in diesen Ländern überall die Juden mit den Deutschen amalgamiert werden . . . Was beweist dieses nun? Nichts anderes als die Ausschließungssucht der Slawen . . . Sie halten sich von allem beeinträchtigt, was nicht slawisch ist. Ist dies aber ein Beweis von Stärke? Ich glaube vom Gegenteil. Der Starke duldet neben sich, weil er der Herrschaft gewiß, weil er ruhig ist. Der Schwache haßt, und im Hasse glaubt er seine Stärke zu finden, die Stärke seiner Leidenschaft ist ihm und scheint ihm die physische und intellektuelle Stärke. Darum befeindet der Slawe nicht allein die Deutschen, sondern auch die Juden . . . Weil er, trotz aller Prahlerien, im Innersten seiner Seele die Schwäche seines Geistes und seines zerspaltenen Stammes fühlt, darum haßt er.“ (AZJ 12 (1848) 405).

²¹⁰ Prinz: Prag und Wien 66.

²¹¹ Inserat Wurmbrands im „Konstitutionellen Blatt aus Böhmen“ 5. 7. 1848.

²¹² Orient 9 (1848) 315 über die starke Beteiligung der Prager Juden am deutschen „Konstitutionellen Verein“. Im gleichen Sinne Havlíček's „Národní noviny“ 13. 8. 1848.

²¹³ Vomáčkova, V.: Die Bourgeoisie in Böhmen und der deutsche Zollverein im Jahre 1848. In: Aus 500 Jahren 217.

neswegs aufhörte, sondern nun, wo die Sorge um die Domestizierung der Unterschichten der erstarkten Staatsmacht zufiel, erst recht im Bürgertum auflebte: gegen den Willen der Statthalterei versuchte die Prager Gemeinde die Juden von den Neuwahlen der Stadtvertretung auszuschließen²¹⁴ und mit der Gründung eines bürgerlichen Damenklubs, der sich dem Boykott jüdischer Geschäfte widmete²¹⁵, erschien zum ersten Mal eine moderne Form des Antisemitismus, die im politischen Leben Böhmens noch eine große Rolle spielen sollte.

Den Juden waren solche Erscheinungen freilich marginal gegenüber dem Interesse, das sich der Beratung der Emanzipationsfrage auf dem österreichischen Reichstag zuwandte. Hier aber bestätigte der Gegensatz zwischen der entgegenkommenden Haltung des Finanzministers *Krauß* und der retardierenden Taktik der tschechischen Delegierten *Brauner* und *Rieger* in Sachen der jüdischen Anliegen nur alle mißtrauischen Erwartungen der böhmischen Juden²¹⁶. Wie immer die jüdische öffentliche Meinung zur Wiener Oktoberrevolution und zur Unterdrückung derselben durch den seinerzeitigen „Retter“ Windischgrätz gewesen sein mochte²¹⁷, die Arbeit des Reichstages in Kremsier jedenfalls war nicht dazu angetan, den Juden Sympathien für den niedergehenden österreichischen Parlamentarismus einzuflößen. Obwohl das Prager und das Wiener Judentum (L. A. Frankl!) in der Lobby von Kremsier auf die Delegierten einzuwirken versuchten, entschloß sich der Ausschuß für die Grundrechte wiederum dafür, die Emanzipationsfrage den zukünftigen Provinziallandtagen zu überlassen, wobei die zögernde Haltung der tschechischen Delegierten den Ausschlag gab²¹⁸. So knüpften sich alle Erwartungen an das seit der Inthronisierung Franz Josephs (2. Dezember 1848) amtierende Ministerium *Schwarzenberg-Stadion*, das mit Stadions Erlaß betreffend die Streichung der Religionsrubrik in allen Pässen und Urkunden sofort zu Beginn seiner Wirksamkeit die Richtung der neuen Judenpolitik vorzuzeichnen schien. Als schließlich die oktroyierte Verfassung des 4. März 1849 die *volle Emanzipation* der Juden aussprach, brach ungeheurer Jubel unter der gesamten jüdischen Bevölkerung

²¹⁴ Helfert: Konfessionelle Frage. Österreichisches Jahrbuch 11 (1887) 51. — ÜCO 316.

²¹⁵ ÜCO 289.

²¹⁶ Orient 9 (1848) 345.

²¹⁷ Die von den Demokraten *Fürst* und *Philippson* redigierten Periodika (Orient u. AZJ) machten einen ungeheuren publizistischen Kult um den von Windischgrätz standrechtlich hingerichteten jüdischen Ideologen der Oktoberrevolution Hermann *Jelinek*. Man darf sich durch diesen Kult jedoch nicht täuschen lassen; die Mehrheit der böhmischen Juden fühlte nach den Erfahrungen von 1844 und 1848 sicherlich nicht radikaldemokratisch, vielmehr blieb seit 1848 die jüdische bürgerliche Mentalität geprägt durch eine merkwürdige Mischung aus Erzloyalität und Schwärmerei für die „Erhebung“ (vgl. *Mauthner*: Erinnerungen 69. — *Landau*, J. H.: Stammbuchblätter. Prag 1875, S. 54).

²¹⁸ Wolf, G.: Joseph Wertheimer. Ein Lebens- und Zeitbild. Wien 1868, S. 71. — AZJ 12 (1848) 757. — Die Reaktion der Juden auf diese Beschlüsse des Parlaments zeigt deutlich die Enttäuschung und die daran sich anschließenden Sympathien für den zentralistischen Absolutismus: „Wir sagen es laut — das ist Reaktion.“ (Orient 10 (1849) 39).

Österreichs aus²¹⁹. Die Erfahrung, daß der zentralistische Josefinismus es mit der Rückendeckung der Krone zuwege gebracht hatte, den gordischen Knoten von Nationalismus und Antisemitismus zu zerhauen, der die Lösung der jüdischen Emanzipationsfrage auf böhmischer Ebene verschlossen hatte, prägte den politischen Horizont der Juden für viele Generationen. Hier wurde der Grund gelegt für die trotz aller Rückschläge und politischen Wandlungen immer wieder durchscheinende Kaiser- und Reichstreue der Juden, ein Gefühl, das treffend durch die Worte eines trivialen Kalenderdichters der 50er Jahre illustriert ist, der schrieb:

„Solang Franz Joseph lebt,
ist uns nicht bang“²²⁰.

²¹⁹ „Was die Verfassung für Österreich damals bedeutete, ist in Worten nicht auszusprechen“ charakterisiert Elbogen treffend den Tenor der jüdischen Publizistik im März 1849 (Elbogen, I.: Ein Jahrhundert jüdischen Lebens. Frankfurt 1967, S. 52).

²²⁰ Schlußzeile eines Huldigungsgedichtes anlässlich der Kaiserhochzeit im Jahre 1854. Pascheles 1854—55, 124.

DIE LEHRE DES ÖFFENTLICHEN RECHTS AN DER PRAGER KARL-FERDINANDS-UNIVERSITÄT BIS ZU IHRER TEILUNG 1882

Von Helmut Slapnicka

Die systematische Pflege des öffentlichen Rechts an der Prager Universität beginnt mit der Errichtung eines Lehrstuhls für das Natur-, Staats- und Lehenrecht im Jahre 1748. Diese Institutionalisierung in einem festen Lehrstuhl ist freilich nicht die Geburtsstunde des politischen Unterrichts schlechthin, ihr geht vielmehr eine schrittweise Ausweitung der gelegentlichen Vorlesungen über das *ius publicum* und die *res politicae* voraus.

An der Wiener Universität taucht der Plan, einen Lehrstuhl für Staatsrecht zu errichten, im Jahre 1635 auf, 1687 hören wir wieder davon, dann 1724 und 1732¹. In Prag ist diese Forderung im Reformvorschlag des Superintendenten der Universität Birelli von Perlbach aus dem Jahre 1711 enthalten, der die vier Lehrstühle für römisches Recht auf drei reduzieren und statt dessen Vorlesungen über deutsches und böhmisches Staatsrecht einführen wollte — aber es blieb beim Plan².

1732 war an der Universität Olmütz der erste Lehrstuhl für öffentliches Recht in Österreich errichtet worden³, dem schon ein Jahr später an der Universität Innsbruck der Lehrstuhl für Natur- und Staatsrecht folgte. Die Wiener Universität erhielt einen solchen Lehrstuhl erst 1753, als unter Maria Theresia die Reform des Rechtsstudiums energisch in Angriff genommen wurde⁴.

In Prag gab es schon vor Errichtung des Lehrstuhls gelegentlich Vorlesungen des öffentlichen Rechts. Mit Hofreskript vom 4. Dezember 1725 war der Prager Universität gestattet worden, daß die vier ordentlichen Professoren ne-

¹ Hierüber Kink, R.: Geschichte der kaiserlichen Universität zu Wien. 2 Bde. Wien 1854, hier Bd. 1, S. 392 f., 396 ff., 402 f., 364.

² Tomek, W. W.: Geschichte der Prager Universität. Prag 1849, S. 300. — Klabouch, J.: Osvícenské právní nauky v českých zemích [Die Rechtslehren des Aufklärungszeitalters in den Böhmisches Ländern]. Prag 1958, S. 109, 111, 141.

³ d'Elvert, Ch.: Geschichte der Studien-, Schul- und Erziehungsanstalten in Mähren und Österr.-Schlesien, insbes. der Olmützer Universität. Brünn 1857, S. 9 ff. — Nešpor, V.: Dějiny university Olomoucké [Geschichte der Universität Olmütz]. Olmütz 1947. — Klabouch 112. — Kapras, J.: Dějiny právního studia na moravské universitě v Olomouci [Geschichte des Rechtsstudiums an der mährischen Universität in Olmütz]. In: Památník spolku českých právníků Všeohr. Prag 1918, S. 61 ff., 64. — Der erste Olmützer professor *iuris publici* war Gottfried Schweikhardt († 1751) aus Mainz.

⁴ Kink I, 463. — Voltolini, H.: Die naturrechtlichen Lehren und die Reformen des 18. Jahrhunderts. HZ 105 (1910) 70.

ben ihren Hauptvorlesungen Privatkollegien über das „ius publicum secundum Struvii Syntagma“⁵ abhielten⁶.

Die 1746 errichtete Studienkommission war u. a. damit beauftragt, „Mittel auszufinden, einen Professorem Historiarum und Juris Publici zu salariren, welcher zugleich ad Auream Bullam, Recessus Imperii et Instrumenta Pacis Lectiones zu geben geflissen seye“, wobei man sich darüber im klaren war, daß „alle Collegia dermalen auf einmal zu Prag einzuführen die Mittel nicht vorhanden seyen“⁷. Die Prager Professoren — durch die Arbeit der seit 1712 unter dem Vorsitz des Präsidenten des Appellationsgerichts Johann Ernst Graf Schaffgotsch (1675—1747) tagenden Kommission⁸ mit den Reformideen vertraut — erbieten sich, die Kollegien des Natur-, Völker-, Staats- und Lehenrechtes zusätzlich zu übernehmen. Die Erledigung durch das Hofreskript vom 17. Oktober 1747 bewilligte für diese Privatkollegien ein bescheidenes Honorar⁹. Aber schon wenige Monate später wurde ein eigener Professor für das Natur-, Staats- und Lehenrecht ernannt¹⁰.

Staats- und Lehenrecht

Durch das Hofreskript vom 30. Mai 1748 tritt neben die bisherigen vier eigentlichen oder ordentlichen Professoren, nämlich für das kanonische Recht, für den Kodex, für die Digesten und für die Institutionen, ein weiterer Professor für das Natur-, Staats- und Lehenrecht. Damit war die regelmäßige Abhaltung von Vorlesungen in diesen Fächern gesichert.

Vom „Corpus“ der juristischen Fakultät wurde der neue Professor freilich als nicht zur Fakultät gehörig, als „Professor regius“ betrachtet und es bedurfte eines weiteren Hofreskripts¹¹, welches ihn und den inzwischen bestellten Professor Historiarum zu eigentlichen Membra universitatis erklärte. Während aber die Besetzung der bisherigen vier Lehrkanzeln in der Weise erfolgte, daß der Professor für die Institutionen beim Freiwerden auf die höher besoldete Lehrkanzel der Digesten, von dieser auf die des Kodex und schließlich auf die des kanonischen Rechts nachrückte, findet von der neuen Lehrkanzel kein Nachrücken auf eine der vier anderen Kanzeln statt, vielmehr wird der Professor des Natur-, Staats- und Lehenrechts jeweils durch den Landesfürsten ernannt.

Um dem neuen Lehrfach mehr Hörer zuzuführen, wurde durch Hofreskript vom 21. Januar 1749 angeordnet, daß bei der Besetzung von Staatsämtern be-

⁵ Struvius, B. G.: Syntagma iuris publici. Jena 1711, ³1738.

⁶ Schnabel, G. N.: Geschichte der juridischen Fakultät an der vereinigten Carolinischen Hochschule zu Prag. Prag 1827, Bd. 1, S. 65.

⁷ Schnabel II, 13 f.

⁸ Tomek 302. — Klabouch 171, 109.

⁹ Schnabel II, 13—20.

¹⁰ Schnabel II, 21.

¹¹ Vom 12. 2. 1752, Schnabel I, 84.

sonders auf jene Hörer Rücksicht zu nehmen sei, welche die Kollegien über *ius naturae, publicum et feudale* fleißig frequentiert haben¹².

Zum ersten Professor dieses Faches wurde der aus Mähren gebürtige Franz *Bourguignon* von Baumberg († 1784)¹³ ernannt, über dessen wissenschaftliche Bedeutung und pädagogische Fähigkeiten wir nicht so sehr aus seiner Prager Lehrtätigkeit, als aus seiner weiteren Laufbahn unterrichtet sind. Als Maria Theresia daran ging, die Wiener Universität auszugestalten, „daß sich keine hohe Schule Europae ansehnlicherer Rechtsgelehrter als Wienn zu rühmen hätte“¹⁴, wurde Bourguignon zum Studiendirektor der Juristenfakultät der reformierten Wiener Universität bestellt, 1760 wurde er Mitglied der neuerichteten Studien-Hofkommission¹⁵, wir treffen ihn als Mitglied der Kodifikationskommissionen für das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch wie des österreichischen Strafgesetzes. Bourguignon, einer der Initiatoren der Reform des Rechtsstudiums unter Maria Theresia, scheidet aber 1774 aus seinen Ämtern und geht in das eben erworbene Galizien, um hier das Gerichtswesen aufzubauen.

Im Zuge der Reformen des Rechtsstudiums im Jahre 1754 wurde der Prager Lehrstuhl des Natur-, Staats- und Lehenrechts — übereinstimmend mit der 1753 an der Wiener Universität vorgenommenen Neuordnung¹⁶ — in einen für Naturrecht und einen für Staatsrecht geteilt. Die Naturrechtsvorlesung sollte sich auf das *ius naturae privatum* beschränken, „in so weit es einzelner Menschen Pflichten vorschreibt“¹⁷, das *ius publicum universale* „jenen Theil des Rechts der Natur, welcher die Menschen als Bürger und ganze Völker betrachtet“¹⁸, beinhalten. Mit dem Naturrecht wurden die Institutionen, mit dem Staatsrecht das Lehenrecht verbunden.

¹² Schnabel II, 21.

¹³ Wurzbach, C.: Biographisches Lexikon des Kaiserthums Oesterreich. Wien 1856—1891, Bd. 2, S. 100 f. — Čelakovský, J.: O účasti právníkův a stavů ze zemí českých na kodifikaci občanského práva rakouského [Über den Anteil der Juristen und Stände aus den böhmischen Ländern an der Kodifikation des österreichischen bürgerlichen Rechts]. Prag 1912, S. 9. — Klabouch 138, 176.

¹⁴ Kink I, 465.

¹⁵ Kink I, 484.

¹⁶ Kink I, 463 ff.; II, 273. — Lentze, H.: Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein. Wien 1962, 45 ff. (Sitzungsberichte d. Österr. Akademie d. Wiss. 239). — Für die an den deutschen Universitäten lange Zeit bestehende enge Verknüpfung des Naturrechts mit Elementen der Staatswissenschaften ist G. W. Fr. Hegels „Rechtsphilosophie“ charakteristisch, deren Untertitel „Naturrecht und Staatswissenschaften im Grundriß“ lautet; vgl. dazu Maier, H.: Zur Lehrgeschichte der politischen Wissenschaft. In: Politische Wissenschaft in Deutschland. München 1969, S. 37 f. — Riedel, M.: Studien zu Hegels Rechtsphilosophie. Frankfurt 1969, S. 105 ff.

¹⁷ Verhaltens-Bericht für den Professorem Iuris Naturae et Institutionum, bei Schnabel II, 114.

¹⁸ Verhaltens-Bericht für den Professorem Iuris Publici et Feudalis, bei Schnabel II, 130.

1754 wurden für jeden Professor eingehende Instruktionen erlassen. Die für den Professor des öffentlichen Rechts und des Lehenrechts¹⁹ schrieben vor, für die Hörer des 4. Jahrgangs — das Rechtsstudium war auf 5 Jahre verteilt — 6 Monate lang täglich eine Stunde über das allgemeine Staatsrecht mit einer kurzen Geschichte dieser Wissenschaft und durch 4 Monate über das Lehenrecht zu lesen, ferner während des ganzen Jahres täglich eine Stunde über das Staatsrecht von Deutschland. Als Vorlesungsbücher waren „bis daß der Professor . . . sein eigenes auf ächten principiis ruhendes System zum Gebrauch seiner Collegiorum in Druck befördern kann“²⁰ die Werke von Justus Henning Böhmer²¹, Samuel Stryk²² und J. J. Mascov²³ empfohlen.

Mit Hofdekret vom 3. Oktober 1774²⁴ wurden als Vorlesungsbücher die Werke K. A. Martinis für das allgemeine Staats- und Völkerrecht²⁵, J. J. Mascovs, J. H. Selchows oder J. Pütters für deutsches Staatsrecht²⁶ empfohlen. Nach wie vor war aber das Ziel der Regierung „ein zu verfassendes eigenes Lehrbuch mit Bemerkungen des besonderen erbländischen Staatsrechts“. Ein solches Vorlesungsbuch ist bis zum Jahre 1808 — als die Vorlesungen über deutsches Staatsrecht eingestellt wurden — nicht zustandegekommen, so daß Ignaz Beidtel feststellen konnte, daß man „das speziell österreichische Staatsrecht an den öffentlichen Schulen nicht vortrug. Es ist augenscheinlich, daß man das rationelle Staatsrecht dem positiven substituieren . . . wollte“²⁷.

Nach dem Abgang Bourguignons nach Wien wird zum Professor des Staats- und Lehenrechts Franz Lothar Josef Schrodtt (1727—1777) ernannt²⁸. Schrodtt,

¹⁹ E b e n d a.

²⁰ Schnabel II, 131.

²¹ Böhmer, J. H.: *Introductio in ius publicum universale*. Halle 1710.

²² Stryk, S.: *Examen iuris feudalis ex eius novissimis interpretibus in gratiam auditorum collectum*. Wittenberg 1679 u. zahlreiche spätere Auflagen.

²³ Mascov, J. J.: *Principia iuris publici Imperii Romano-Germanici*. Leipzig 1729, 1759.

²⁴ Schnabel II, 38, 139 f. — Lentze 53.

²⁵ Martini, K. A.: *Positiones de iure civitatis*. Wien 1768. — Über die Staatslehre Martinis vgl. Menzel, A.: Österreichische Staatsphilosophen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. In: Beiträge zur Geschichte der Staatslehre. Wien 1930, S. 452—458 (Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften in Wien, phil.-hist. Klasse 210). — Über das Naturrechtsbild Martinis vgl. Langer, A.: Zu den Quellen des Rechtsdenkens bei Adalbert Stifter. Linz 1968, S. 8 ff., insbes. 12 (Schriftenreihe des Adalbert-Stifter-Instituts des Landes Oberösterreich 25).

²⁶ Pütter, J. St.: *Elementa iuris publici Germanici*. Göttingen 1754, 1766; Neubearbeitung unter dem Titel: *Institutiones iuris publici Germanici*. Göttingen 1770, 1802; hierüber Landsberg, E.: Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft. 3. Abt., 1. Halbbd. Text Leipzig 1898, S. 340 f. — Pütter, J. St.: Kurzer Begriff des teutschen Staatsrechts. 1768. — Selchow, J. H.: Grundriß der teutschen Reichsgeschichte. Göttingen 1775.

²⁷ Beidtel, I.: Geschichte der österreichischen Staatsverwaltung 1740—1848. Bd. 1. Innsbruck 1896, S. 104. — Man wird daher Lentze nicht beipflichten können, wenn er behauptet, K. A. Martini habe mit der Verfassung seiner Lehrhelfe den Anforderungen der österreichischen Nationalerziehung Rechnung getragen (Die Universitätsreform 53).

²⁸ Klabouch 181—184. — Wurzbach Bd. 31, 307 f.

der sein Rechtsstudium in Würzburg absolviert hat und mit den naturrechtlichen Strömungen seiner Zeit an den Universitäten Deutschlands bestens vertraut war, ist nicht nur der bedeutendste damals in Prag wirkende Rechtslehrer, sondern wird von den Zeitgenossen Martini und Riegger ebenbürtig zur Seite gestellt²⁹. Er ist ein überzeugter Anhänger des Naturrechts, wobei er von einem theologisch begründeten Naturrechtsbegriff ausgeht. Vor allem zählt er zu den fruchtbarsten Schriftstellern der maria-theresianischen Ära, seine Lehrbücher des Staatsrechts und des Völkerrechts³⁰ erleben noch nach seinem Tod Neuauflagen. Am bedeutendsten sind seine dreibändigen „*Institutiones iuris ecclesiastici*“, eines der vielen Beispiele dafür, wie dieses im Aufklärungszeitalter besonders wichtige Fach Juristen auch anderer Fachrichtungen anzieht.

Nach Schrodts frühem Tod wird sein Nachfolger auf dem Prager Lehrstuhl des Staats- und Lehenrechts Josef Anton Riegger (1742—1795)³¹, der Sohn des berühmten Wiener Rechtslehrers Paul Josef Riegger. Paul Riegger, der als Kind eines vorderösterreichischen Beamten in Villingen im Breisgau geboren wurde, hatte seit 1733 die neu errichtete Lehrkanzel für Natur- und Völkerrecht, öffentliches Recht und deutsche Geschichte in Innsbruck inne, bevor er als Professor des kanonischen Rechts nach Wien berufen wurde und hier entscheidend im Geiste josefinischer Kirchenpolitik tätig war. Sein Sohn Josef, 1742 in Innsbruck geboren, folgte dem Vater nach Wien, wo ihn eine enge Freundschaft mit Sonnenfels verband. Sofort nach Beendigung seiner Rechtsstudien wird er 1764 Professor des kanonischen Rechts an der Theresianischen Akademie, ein Jahr später an der Universität Freiburg im Breisgau. Nicht nur als durchaus ebenbürtiger Fortsetzer seines Vaters auf kanonistischem Gebiet, auch auf dem Gebiet des Zivil- und Strafrechts erlangt er europäischen Ruf. Diesen glänzenden Erfolgen gegenüber nimmt sich sein vierjähriges Wirken an der Prager Universität — 1782 tritt er in den ungleich besser bezahlten Dienst des Fürsten Schwarzenberg — eher bescheiden aus: Seine beiden hier herausgegebenen Lehrbücher — Leitfaden in das deutsche Staatsrecht und Leitfaden in das allgemeine Staats- und Völkerrecht — haben kein großes Echo ausgelöst und vermochten die bisherigen Vorlesebücher nicht zu verdrängen. Heute sind beide Werke verschollen. Als er das deutsche Staatsrecht in deutscher Sprache vorzutragen begann, wurde ihm mit Hofkanzleidekret vom 16. Oktober 1780 eine Rüge erteilt³² — er war damit der Entwicklung um einige Jahre vorausgeeilt, erst 1784 wurden an der Prager Universität deutsche Vorlesungen eingeführt³³.

²⁹ Bourguignon 1771 an Maria Theresia. K i n k 508.

³⁰ *Systema iuris publici universalis*. Prag 1765, 2. Aufl. Bamberg 1780. *Systema iuris gentium*. Prag 1768, 2. Aufl. Bamberg 1786.

³¹ Wurzbach XXVI, 121—129. — Landsberg 384—386, Noten 250—253. — Čelakovský 16. — Klabouch 215—221.

³² Die deutsche Karl-Ferdinands-Universität in Prag unter der Regierung seiner Majestät des Kaisers Franz Josef I. Prag 1899, S. 20.

³³ Hofdekret v. 12. 7. 1784. — Vgl. dazu Lustkandl, W.: Die Josephinischen Ideen und ihr Erfolg. Wien 1881, S. 35; Karl-Ferdinands-Universität 20.

Rieggers späteres, weit erfolgreicherer Wirken in Prag in den Jahren 1785—1795 als Gubernialrat und Sekretär der Kgl. gelehrten Gesellschaft ist nicht mehr Gegenstand unserer Darstellung. Sein Lehrstuhl war inzwischen mit Wenzel *Dienzenhofer* (1750—1805)³⁴ besetzt. Dienzenhofer, der Sohn des berühmten Prager Barock-Baumeisters Kilian Ignaz, hat seine juristische Ausbildung gleichfalls in Wien erhalten, und zwar schon im fortgeschrittenen Alter, nach der Aufhebung des Jesuitenordens, als dessen Mitglied er eine theologische und philosophische Ausbildung genossen und einige Jahre lang als Gymnasiallehrer gewirkt hatte. In den Jahren 1779—1782 liest er Staats-, Lehen- und Völkerrecht an der Universität Innsbruck und geht nach der Umwandlung der Innsbrucker Universität in ein Lyzeum an die Prager Universität. 1793 erscheinen seine „Begriffe fürs Volk von der bürgerlichen Freiheit und Gleichheit“, in denen er den Ideen der Französischen Revolution entgegentritt, später widmet er sich ausschließlich genealogischen Arbeiten. 1800 wird er zum Direktor der juridischen Fakultät ernannt. Nach seinem Tod, in den Jahren 1805 bis 1808, hält die Vorlesungen über Staats- und Lehenrecht der Supplent Josef Netolitzky. Mit Dekret vom 9. März 1808 wurde die Vorlesung über deutsches Staatsrecht — als Folge der Auflösung des Deutschen Reichs — eingestellt, im Vorlesungsverzeichnis für 1809 scheint sie nicht mehr auf. Die Vorlesung über das Lehenrecht wird mit dem Handels- und Wechselrecht verbunden³⁵.

Böhmisches Staatsrecht

Die Opposition gegen die josefinischen zentralistischen Bestrebungen, die in Böhmen ihren deutlichsten Ausdruck 1790 in den Desiderien der böhmischen Stände fand, ist offenbar Ursache dafür gewesen, daß im Zuge der von Leopold II. verfolgten Restaurationspolitik auch an der Prager Universität 1792 zwei bemerkenswerte Neuerungen eingeführt wurden, die Errichtung von Lehrstühlen an der philosophischen Fakultät für tschechische Sprache und Literatur, an der juridischen Fakultät für böhmisches Staatsrecht oder, wie es in der zeitgenössischen Literatur genannt wird, für vaterländisches Staatsrecht.

Den Inhalt dieser Vorlesung wird man freilich nicht mit dem böhmischen staatsrechtlichen Programm der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts vergleichen dürfen³⁶, man wird es sich vielmehr als eine Mischung von Verfassungs-

³⁴ Wurzbach III, 308. — Kloubouch 223. — Allgemeine deutsche Biographie 5 (1877) 246 (Steffenhagen).

³⁵ Unger, W.: Systematische Darstellung der Gesetze über die höheren Studien in den gesamten deutsch-italienischen Provinzen der österreichischen Monarchie. Bd. 2. Wien 1840, S. 112. — Karl-Ferdinands-Universität 131. — Jireček, H.: Právníký život v Čechách a na Moravě v tisícileté době od konce 9. do konce 19. století [Das Rechtsleben in Böhmen und Mähren im Jahrtausend vom Ende des 9. bis zum Ende des 19. Jahrhunderts]. Prag 1903, S. 464.

³⁶ Hierüber neuestens Urfus, V.: Das Programm des sog. böhmischen „historischen Staatsrechtes“ in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts. In: Die Freiheitsrechte und die Staatstheorien im Zeitalter des Dualismus. Budapest 1966, S. 103 ff. (Studia iuridica auctoritate Universitatis Pécs publicata 48). — Slapnicka, H.: Die Stel-

geschichte und Statistik vorzustellen haben, wie sie ihren Niederschlag in der Darstellung des — übrigens einzigen — Professors dieses Faches, Josef Veith, gefunden hat (Statistische Übersicht der böhmischen Staatsverfassung und Landeskultur von den ältesten Zeiten bis auf Ferdinand III. Prag 1798).

Josef Veith († 1824)³⁷ war zwei Jahre nach seiner Promotion mit Hofdekret vom 23. August 1793 zum außerordentlichen Professor dieses Faches ernannt worden, 1795 wurde er zum öffentlichen Universitätslehrer mit allen Prärogativen eines wirklichen Professors ernannt, blieb aber bis an sein Lebensende außerordentlicher Professor. Als Sohn einer begüterten Prager Bankiers- und Juristenfamilie war er in der Lage, diesen Posten ohne Bezahlung durch volle 32 Jahre zu bekleiden.

Sein Buch über die Verfassung Böhmens zeigt uns Veith als Vertreter eines aufgeklärten böhmischen Patriotismus. Dieser Patriotismus ist nicht national gefärbt — Veith verfidt ebenso die Auffassung von den Deutschen als autochthoner Bevölkerung der böhmischen Länder wie die staatsrechtliche Unabhängigkeit Böhmens vom Deutschen Reich —, er ist aber auch nicht mit dem territorial bestimmten Landespatriotismus des böhmischen Adels identisch, dessen Programm einer Wiederherstellung der ständischen Landesverfassung ihm völlig fern liegt.

Als 1804 die Neueinteilung der juristischen Fächer auch an der Prager Universität eingeführt wurde, die das allgemeine und deutsche Staatsrecht in den 3. Jahrgang verwies, ergab sich die Schwierigkeit, daß das böhmische Staatsrecht im 1. Jahrgang gelesen wurde, also dem allgemeinen Staatsrecht vorausging. Man glaubte aber, diese Regelung vertreten zu können, weil nach der damaligen Studienverfassung schon dem Hörer der Philosophie die wichtigsten Vorkenntnisse aus dem allgemeinen Staatsrecht vermittelt wurden. Abermals wurde durch Hofdekret angeordnet, das böhmische Staatsrecht nicht zu vernachlässigen³⁸.

Während die Vorlesungen über das deutsche Staatsrecht als Folge der Auflösung des Deutschen Reichs 1809 aus dem Vorlesungsverzeichnis verschwinden, wird die Vorlesung über das böhmische Staatsrecht bis zum Tode Veiths im Jahre 1824 fortgesetzt. Dann wird auch sie eingestellt, einen Nachfolger hat Veith nicht erhalten.

lungnahme des Deutschtums der Sudetenländer zum „Historischen Staatsrecht“. ZfO 8 (1959) 15 ff.

³⁷ Biographische Daten und Charakteristik seines Werkes bei Schnabel III, 69. — Karl-Ferdinands-Universität 132. — Volf, J.: Přednášky o českém státním právu na pražské universitě (1792—1824) [Vorlesungen über das böhmische Staatsrecht an der Prager Universität]. Sborník věd právních a státních 21 (1921) 156 ff. — Kloubouch 324. — Urfus, V.: Profesor českého státního práva Josef Veith a osvícenský patriotismus v Čechách na přelomu 18. století [Der Professor des böhmischen Staatsrechts J. V. und der aufgeklärte Patriotismus in Böhmen um die Wende des 18. Jahrhunderts]. Acta Universitatis Carolinae, Historia universitatis Carolinae Pragensis 10 (1969) 31—46.

³⁸ Hofdekrete v. 24. 8. 1804, PGS Bd. 22 Nr. 27 und vom 17. 2. 1805, PGS Bd. 24 Nr. 16. — Vgl. Karl-Ferdinands-Universität 94.

Der Prager Lehrstuhl für Polizei-, Handlungs- und Finanzwissenschaft verdankt seine Errichtung dem außergewöhnlichen Ansehen, welches dieses Fach in Wien durch Josef Sonnenfels (1733—1817), den namhaftesten Vertreter des aufgeklärten Absolutismus in Österreich, erlangt hatte. Die „politische Wissenschaft“, welche Elemente der Verwaltungskunst mit Prinzipien der Regierungswirtschaft (Kameralistik) in sich vereinigte und die uns heute meist nur aus der Perspektive ihrer Nachfolgedisziplinen — der Volkswirtschaftspolitik, Verwaltungslehre und Finanzwissenschaft — als deren relativ primitive Vorstufe bekannt ist³⁹, war die wissenschaftliche Lehre von der obrigkeitlichen Glücksorge des aufgeklärten Absolutismus, die Lehre von der inneren Staatsgestaltung, die die Wohlfahrt der Bürger zum Ziel hat, in der Sprache der Zeitgenossen ein Stück Staatsklugheitslehre. Durch diese Vorlesung sollten den Studenten „die ächten Grundsätze, auf was Weiss die Staats-Wirtschaft in allen Theilen zu besorgen seye, beygebracht werden“⁴⁰.

Die Umgestaltung Österreichs in einen Beamtenstaat macht es erklärlich, daß innerhalb einer unglaublich kurzen Frist an allen Universitäten, Lyzeen und sonstigen hohen Schulen Österreichs Lehrstühle dieses Faches zur Heranbildung eines geschulten Beamtenstandes errichtet und mit Schülern Sonnenfels' besetzt werden, 1766 in Klagenfurt mit Leopold Ludwig Schulz (1743—1814), 1768 in Freiburg mit Franz Joseph Bob, in Linz mit Ignaz de Luca (1746—1799), in Troppau mit Karl Geist, in Tyrnau mit J. M. Ehrenfels, in Ofen mit Franz Giurkovich, in Klausenburg mit Anton Dobokai; 1772 geht Schulz von Klagenfurt nach Olmütz, 1780 de Luca von Linz nach Innsbruck⁴¹. Überall treffen wir Sonnenfels' Schüler gleichsam als „amtlich autorisierte Sprecher und Apologeten der Regierungspolitik“⁴², der „Aufklärungspartei“, deren Einfluß

³⁹ Hierzu eingehend Maier, H.: Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre (Polizeiwissenschaft). Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Wissenschaft in Deutschland. Neuwied 1966. — Sommer, L.: Die österreichischen Kameralisten in dogmengeschichtlicher Darstellung, insbes. Bd. 2. Wien 1925, S. 326—354. — Marchet, G.: Studien über die Entwicklung der Verwaltungslehre in Deutschland von der 2. Hälfte des 17. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts. München 1885. — Urfus, V.: Die ökonomische Ideologie der österreichischen Aufklärung und die juristische Bildung. In: Acta facultatis iuridicae universitatis Comenianae. Preßburg 1968, S. 270—278. — Über die Staatslehre Sonnenfels' vgl. Menzel, A.: Österreichische Staatsphilosophen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. In: Beiträge zur Geschichte der Staatslehre. Wien 1930, S. 473—475 (Sitzungsberichte der Akademie d. Wiss. in Wien, phil.-hist. Klasse 210). — Ders.: Österreichs Anteil an der Entwicklung der Staatswissenschaften. Monatsschrift für Kultur und Politik 2 (1937) 43 ff. — Ausschließlich vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt Bráf, A.: Politické vědy v Čechách na shlouhu věku, osmnáctého a v první polovici devatenáctého [Die politischen Wissenschaften in Böhmen an der Wende des 18. Jahrhunderts und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts]. Almanach České akademie císaře Františka Josefa pro vědy, slovesnost a umění 17 (1907) 183—230.

⁴⁰ Kink I, 497.

⁴¹ Deutsch, G.: Josef von Sonnenfels und seine Schüler. Österr.-ungar. Revue NF 5 (1888) 65—85, 83. — Kapras 65.

⁴² Klabouch 207.

es zuzuschreiben ist, daß die politischen Wissenschaften bis 1848 im Vorlesungsverzeichnis der österreichischen Universitäten aufscheinen. Die Vorlesungen wurden nicht in lateinischer, sondern in deutscher Sprache abgehalten, um auch Beamten ohne juristische Vorbildung, Offizieren usw. die Teilnahme zu ermöglichen⁴³.

Ähnlich wie Sonnenfels' Wiener Lehrstuhl der Polizei- und Kameralwissenschaften durch Abtrennung vom Lehrstuhl für praktische Philosophie (Ethik) an der philosophischen Fakultät entstanden war⁴⁴, wurden auch die Lehrstühle in der Provinz zunächst an den philosophischen Fakultäten der Universitäten und Lyzeen oder aber als selbständige Lehrkanzeln errichtet. Mit Verordnung vom 11. November 1784 erfolgte die Übertragung der Lehrstühle an die juristischen Fakultäten — seither ist an den österreichischen Hochschulen die Verbindung der Rechtswissenschaften mit den Staatswissenschaften nicht mehr gelöst worden⁴⁵. Aber schon 1770 war durch Dekrete der Studienhofkommission der Besuch der Vorlesungen über politische Wissenschaft für alle Hörer für verpflichtend erklärt worden, die in den landesfürstlichen, ständischen oder städtischen Dienst treten wollten, also insbesondere für Juristen⁴⁶.

Anlässlich der Übertragung des Lehrstuhls der politischen Wissenschaften an die juristischen Fakultäten wurde bestimmt, daß die politischen Wissenschaften unter Einbeziehung der „praktischen politischen Gesetzgebung“ zu lehren sind. Den Anstoß zu dieser Anordnung hatte der Hofkriegsbuchhaltungs-Akzessist Johann Kropatschek gegeben, der dem Kaiser einen Plan über den Unterricht in der politischen Gesetzkunde überreicht hatte. Der Kanzler Graf Kolowrat fand, daß die Unterweisung in der Gesetzkunde „vielleicht nützlicher wäre als die Polizey- und Kameralwissenschaften, die nur idealisch, diese aber praktisch das, was im Land verordnet und in Ausübung gebracht wird, an Hand geben“⁴⁷. Nach Erlassung des Strafgesetzbuches über Verbrechen und schwere

⁴³ Karl-Ferdinands-Universität 20. — Beidtel I, 99.

⁴⁴ Kink I, 496 f.

⁴⁵ Auf diesen Gesichtspunkt verweisen Kleinwächter, F.: Die rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultäten in Österreich. Wien 1876, S. 14 f. — Ulbrich, J. in: Karl-Ferdinands-Universität 91.

⁴⁶ Schnabel II, 23. — Tomek 335. — Beidtel I, 99, 109. — Karl-Ferdinands-Universität 91. — Bráf 191.

⁴⁷ Kink I, 574. — Zu den Bestimmungen über die politische Wissenschaft im Hofdekret vom 29. 1. 1791, Abschn. 1 und in der „Instruktion zur Ausführung des höchst genehmigten Lehrplans über das juridisch-politische Studium“ vom 7. 9. 1810 vgl. Schnabel III, 49, 55, 161. — Die kameralistischen Kollegien und Akademien, die man in den einzelnen Territorien Deutschlands zur Ausbildung der Beamten schuf, weil der Universitätsunterricht die Bedürfnisse der Verwaltung nicht annähernd befriedigen konnte (darüber Maier 199, 208 f., 235), haben in Prag ihr Gegenstück: Seit 1773 hielt Kreisamtssekretär Johann Edler von Mayern für Kandidaten des Kreisamtsdienstes Vorlesungen über Kreisamtswissenschaften. Der Lehrgang dauerte zwei Jahre und wurde vom Gubernium gefördert, seine Absolventen wurden bei der Anstellung bevorzugt, später wurde die Absolvierung dieses Lehrgangs die unerläßliche Voraussetzung für eine Anstellung. Mayern, der seine Vorlesungen bis zu seinem Tod im Jahre 1789 hielt und auch gedruckt erscheinen ließ („Einleitung zur kreisämt-

Polizeiübertretungen im Jahre 1803 wurden auch die Polizeiübertretungen „als Zweig der politischen Gesetzgebung der politischen Wissenschaft angereicht“ (Hofdekret vom 31. 1. 1804) und im 4. Jahrgang vorgetragen, während der erste Teil des Strafgesetzbuches über Verbrechen im Vorlesungsprogramm des ersten Jahrgangs aufscheint⁴⁸. Erst seit 1850 ist die „Lehre von den schweren Polizeiübertretungen“ Teil der Strafrechtsvorlesung.

Zum außerordentlichen Professor der Polizei- und Handlungswissenschaften in Prag wurde 1766 einer der ersten Schüler Sonnenfels', der Prager Josef Ignaz Butschek (später Edler von Heraltitz, 1745—1821)⁴⁹, ernannt, der eben als Übersetzer von Beccarias „Abhandlung von Verbrechen und Strafen“ ins Deutsche (Prag 1767) hervorgetreten war. Nach der Angliederung des Lehrstuhls an die Rechtsfakultät wurde Butschek 1784 zum ordentlichen Professor dieses Faches ernannt und ihm die Würde eines Doktors der Rechte „ohne Feyerlichkeit und unentgeltlich“ verliehen⁵⁰, da gleichzeitig mit der Übertragung der Lehrstühle der politischen Wissenschaften an die juridischen Fakultäten angeordnet worden war, daß zur Erlangung des Lehramtes für dieses Fach die Würde eines Doktors der Rechte Voraussetzung sei.

Als Vorlesungsbuch dienten Sonnenfels' „Grundsätze der Polizey, Handlung und Finanz“, die insgesamt 8 Auflagen erlebten. 1778 hat Butschek selbst ein Lehrbuch, „Abhandlungen von der Polizey“, veröffentlicht, das um eine klare Trennung der Verwaltung von der Justiz bemüht ist, unter Zurückdrängung der rechtlichen Voraussetzungen des polizeilichen Tuns die eigentlich „politische“ oder „affirmative“ Seite des Polizeibegriffs herausarbeitet und stellenweise von Sonnenfels' Ansichten abweicht⁵¹. Eine weitere Arbeit Butscheks, „Geschichte und Betrachtungen über das böhmische alte und neue Finanzwesen“, ist heute verschollen⁵².

Seitdem Butschek 1775 auch zum ständigen Professor der Landwirtschaft ernannt worden war, befaßte er sich vorwiegend mit Fragen des Untertänigkeitsverhältnisses und arbeitete Entwürfe zur Parzellierung des Großgrundbesitzes aus. Seinen Lehrstuhl der politischen Wissenschaften behielt er bis 1808 bei,

lichen Wissenschaft im Königreiche Böhmeim, zum Nutzen und Gebrauche derer, die sich von solchen einen Begriff beylegen wollen“. Prag 1776), erhielt den Titel „öffentlicher Lehrer der kreisämtlichen Wissenschaft“. Eine Neubearbeitung seines Werkes erschien 1788 unter dem Titel „Handbuch des Kreisamtsdienstes in den k. k. Staaten“. Vgl. Rieger, B.: Zřízení krajské v Čechách [Die Kreisordnung in Böhmen]. Bd. 2. Prag 1893, S. 63 ff. — Ders. in: Österr. Staatswörterbuch. Bd. 2. Wien 1896, S. 486 bzw. 2. Aufl., Bd. 3. Wien 1907, S. 261. — Spiegel, L.: Die Verwaltungsrechtswissenschaft. Leipzig 1909, S. 15 f. — Klabouch 299, 307.

⁴⁸ Schnabel III, 27 f. — Karl-Ferdinands-Universität 96, 126.

⁴⁹ Biographische Daten bei Wurzbach II, 218 f. — Gruber, F.: J. I. Buček první učitel národního hospodářství na pražské universitě [Der erste Lehrer der Volkswirtschaft an der Prager Universität J. I. B.]. In: Obzor národohospodářský 29 (1924) 65—72, 111—116. — Klabouch 209—213, 244. — Bráf 190—195.

⁵⁰ Schnabel II, 23, 26 f.

⁵¹ Zur Charakterisierung dieses Lehrbuchs vgl. Klabouch 210, der sich gegen die Bagatellisierung in der bisherigen Literatur wendet.

⁵² Klabouch 245.

ließ aber schon bald nach der Studienreform von 1792 diese Vorlesung von seinen Supplenten halten.

Der erste Supplent, Martin Adolf *Kopetz* (1764—1832)⁵³, war 1784 als Schüler Butscheks noch an der philosophischen Fakultät zum Doktor der Weltweisheit promoviert worden. Er hatte sein Studium in Wien fortgesetzt und dort auch den juristischen Dokortitel erlangt. Schon als Korrepetitor hatte er in den Jahren 1787 bis 1789 seinen dreibändigen „Leitfaden zum Sonnenfelschen Lehrbuche der politischen Wissenschaft“ erscheinen lassen, der große Verbreitung fand und 1810 als Pflichtlehrbuch für alle Rechtsfakultäten Österreichs vorgeschrieben wurde⁵⁴. In Kopetz' Formulierung wurden die Ideen Sonnenfels' noch bis zum Jahre 1848 — von der Entwicklung längst überholt — an die Studierenden der Rechtswissenschaften herangetragen. Martin Adolf Kopetz hat allerdings schon 1797 sein Fach gewechselt und den nach Josef Anton Schusters (1758—1797) Tod freigewordenen Lehrstuhl des Naturrechts übernommen.

In den Jahren 1797 bis 1806 las als Butscheks Supplent der Advokat Mathias *Kalina* von Jäthenstein (1772—1848) politische Wissenschaften, der vorübergehend auch Kirchenrecht und bürgerliches Recht suppliert hatte. Literarisch hat er sich auf dem Gebiet der Archäologie und Numismatik betätigt und auf diesen Gebieten bahnbrechend gewirkt.

Kalinas Nachfolger als Supplent in den Jahren 1806—1808 und sodann Nachfolger Butscheks auf dem Lehrstuhl für politische Wissenschaften während der nächsten vierzig Jahre wurde Wenzel Gustav *Kopetz* (1781—1857)⁵⁵, der Bruder von Martin Adolf Kopetz. Die beiden Brüder, die nunmehr an der juristischen Fakultät der Prager Universität wirkten — Martin Adolf Kopetz als Professor des Natur-, Völker- und Kriminalrechts, sein um 17 Jahre jüngerer Bruder Wenzel Gustav Kopetz als Professor für politische Wissenschaften —, unterschieden sich in ihren Ansichten sehr deutlich: Der ältere war aus Wien als überzeugter und begeisterter Sonnenfelsianer zurückgekehrt, der jüngere, der gleichfalls in Wien sein Rechtsstudium absolviert hatte, hat sich hier eng an seinen Lehrer Watteroth angeschlossen, der nicht mehr auf dem Boden der von Sonnenfels vertretenen polizeilichen Obsorge für die Wirtschaft stand, sondern das Ideal einer Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen durch das Individuum im Sinne des von Adam Smith und der englischen Theorie geforderten Verzichts auf staatliche Wirtschaftsleitung vertrat. Wohl waren als Vorlesungsbücher noch die Werke Martinis und Sonnenfels' vorgeschrieben, deren zähes Überleben und erstaunliche Widerstandskraft gegenüber einer gründlich gewandelten Situation freilich nicht darüber hinwegtäuschen kann, daß der Frühliberalismus kein inneres Verhältnis mehr zur Zeit des aufgeklärten Absolutismus hatte. Mit dem Polizeistaat war die Polizeiwissenschaft in Mißkre-

⁵³ Biographische Daten bei Wurzbach XII, 431. — Klabouch 324—325.

⁵⁴ Schnabel III, 161.

⁵⁵ Österr. biogr. Lexikon IV, 115. — Klabouch 334 f. — Bráf 200—207. — Der 1857 veröffentlichte Nekrolog aus der Feder seines Enkels Max R. v. Scharschmid war mir nicht zugänglich.

dit geraten. So war der politischen Wissenschaft längst der wissenschaftliche Boden entzogen, bevor ihre Existenz als akademisches Fach im Revolutionsjahr 1848/49 ihr Ende fand⁵⁶.

Wenzel Kopetz, einer der hervorragendsten Nationalökonomien Österreichs im Vormärz, las für die Hörer des vierten Jahrgangs nicht nur politische Wissenschaft, sondern auch „politische Gesetzkunde“. Dieses Fach, das durch die Studienordnung aus dem Jahre 1810⁵⁷ verselbständigt worden war, sollte dem Ziel dienen, eine lückenlose, sorgfältig gegliederte und übersichtliche Darstellung des positiven Verwaltungsrechts unter weitgehendem Verzicht auf eine kritische Beleuchtung zu bieten. Kopetz ist der Verfasser einer zweibändigen politischen Gesetzkunde⁵⁸. Sein Hauptwerk ist die im Auftrag der Regierung verfaßte österreichische Gewerbegesetzkunde⁵⁹, eine vorzügliche, noch Jahrzehnte später als gründliche und für die Feststellung der damaligen Verhältnisse unentbehrlich gerühmte Arbeit⁶⁰.

Statistik

Die neue Verfassung der juristischen Fakultät aus dem Jahre 1774⁶¹, mit der eine „gleichförmige, vollständige, praktische und dauerhafte Studien-Einrichtung“ für die gesamte Monarchie eingeführt wurde, hat den bisherigen Pflichtvorlesungen noch die über die Verfassung der europäischen Staaten hinzugefügt. In Prag wurde der 1746 errichtete Lehrstuhl für Geschichte, Geographie und Heraldik in einen Lehrstuhl für Geschichte und Statistik umgewandelt, der freilich erst Bedeutung erlangte, als er nach dem Tode des Belgiers Albert Thomas *Douzeaidans*⁶², der ihn in den Jahren 1754 bis 1778 bekleidete, mit Josef Mader (1754—1815) besetzt wurde.

⁵⁶ Beidtel II, 38—40. — Maier: Lehrgeschichte 234. — Kann, R. A.: Kanzel und Katheder. Studien zur österreichischen Geistesgeschichte vom Spätbarock zur Frühromantik. Wien 1962, spricht von einer „Periode der Verkalkung von Sonnenfels' Ruhm“ (S. 235).

⁵⁷ Sog. Zeillersche Studienordnung für die Universitäten Wien und Prag und die Lyzeen Graz und Olmütz, vgl. Schnabel III, 31 ff. — Karl-Ferdinands-Universität 95. — Lentze 68 ff.

⁵⁸ Kopetz, W. G.: Österreichische politische Gesetzkunde oder systematische Darstellung der politischen Verwaltung in den deutschen, böhmischen und galizischen Provinzen des österreichischen Kaisertums. 2 Bde. Wien 1807, 1819.

⁵⁹ Kopetz, W. G.: Allgemeine österreichische Gewerbs-Gesetzkunde, oder systematische Darstellung der gesetzlichen Verfassung der Manufakturs- und Handelsgewerbe in den deutschen, böhmischen, galizischen, italienischen und ungarischen Provinzen des österreichischen Kaiserstaates. 3 Bde. Wien 1829 bis 1836.

⁶⁰ Karl-Ferdinands-Universität 136 f.

⁶¹ Hofdekret vom 3. 10. 1774, abgedruckt bei Schnabel II, 139 ff. — Vgl. zu dieser Studienordnung Schnabel II, 24 f. — Kink I, 412 ff., 521 ff. — Ficker, A.: Der Unterricht in der Statistik an den österreichischen Universitäten und Lyzeen in den Jahren 1769—1849 und die literarischen Leistungen der Professoren auf diesem Gebiete. Statistische Monatsschrift 2 (1876) 49.

⁶² Über Douzeaidans vgl. Klabouch 186.

Die enge Verbindung der Statistik mit der Geschichte erklärt sich aus der Auffassung der ersten Vertreter dieses Faches, die die Statistik als „stillstehende Geschichte“, als einen „Querschnitt durch die Geschichte“, auffaßten. Die Statistik sollte einerseits eine genaue Beschreibung der einzelnen Staaten, ihrer Verfassung und Behördenorganisation, anderseits in Zahlentabellen ein prägnantes Bild der Ausdehnung des Staatsgebiets, der Dichte und Verteilung der Bevölkerung usw. geben⁶³. Statistik bedeutete damals „Lehre von den Staatsmerkwürdigkeiten, ohne welche die wahre Einrichtung, Stärke oder Schwäche eines Staates nicht begriffen werden kann“, also Staatszustand oder Staatskunde. Die Instruktion zur Ausführung des Lehrplans über das juridisch-politische Studium aus dem Jahre 1810 sagt daher, der Professor für Statistik müsse sich bewußt sein, „daß er zugleich die Stelle eines eigenen Lehrers des positiven Staatsrechts der österreichischen Länder zu ersetzen bestimmt“ sei⁶⁴. Als Vorlesungsbücher dienten zunächst die Werke Achenwalls und Tozes, die im 19. Jahrhundert von den Lehrbüchern der einheimischen Autoren Bisinger und Zizius abgelöst wurden⁶⁵.

Josef Mader (1754—1815), der einer Leitmeritzer Bildhauerfamilie entstammt, ist in Wien Assistent Martinis an der Lehrkanzel für Naturrecht gewesen, hat also die Stelle bekleidet, die nach seinem Abgang nach Prag Franz Zeiller übernahm. Aus jener Zeit stammt seine Schrift „Über die Vorzüge des Martinischen Naturrechts“ (Wien 1774). Als aber der Prager Lehrstuhl für Statistik ausgeschrieben wurde, wechselte er in das ihm neue Fach hinüber, damals die populärste aller Vorlesungen, deren Inhalt und Umfang er 1790 in seiner Schrift „Über Begriff und Lehrart der Statistik“ dargestellt hat. Seit Dienzenhofer 1782 die Reichsgeschichte zugewiesen wurde, lehrte Mader nur die Statistik⁶⁶.

1806 wurde ihm gestattet, sich im Verhinderungsfalle seines Sohnes Josef Eduard als Substituten zu bedienen, der auch nach des Vaters Tod, 1816, als Supplent Statistik vortrug. Nach dessen frühzeitigem Tod folgte als Supplent Thomas Karl Hårdtl⁶⁷, bis 1818 Georg Norbert Schnabel (1791—1857) zum Professor für österreichische und europäische Statistik ernannt wurde. Schnabel, der sein Rechtsstudium in Prag begonnen und in Wien abgeschlossen hatte,

⁶³ Hierüber näher Kleinwächter 55. — Karl-Ferdinands-Universität 145 ff. — Spiegel: Verwaltungsrechtswissenschaft 77 f.

⁶⁴ Schnabel III, 159.

⁶⁵ Achenwall, G.: Staatsverfassung der europäischen Reiche. 1752, ²1790/1798. — Toze, E. T.: Der gegenwärtige Zustand von Europa. Wismar 1767. — Ders.: Einleitung zur allgemeinen und besonderen europäischen Staatskunde. Bützow 1779. — Bisinger, J. K.: Gesamtstatistik des österreichischen Kaiserstaates. Wien 1808. — Zizius, J. N.: Theoretische Vorbereitung und Einleitung zur Statistik. Wien 1810. Über das Lehrbuch von Zizius vgl. Enzinger, M.: Adalbert Stifters Studienjahre 1818—1830. Innsbruck 1950, S. 85 ff. und Engel-Jánosi, F.: Die Theorie vom Staat im deutschen Österreich 1815—1848. Ztschr. f. öffentl. Recht 2 (1921) 360—394, 364.

⁶⁶ Ficker 51. — Wurzbach XVI, 243 ff. — Klabouch 221. — Kosch, W.: Das katholische Deutschland 2 (1937) 2734.

⁶⁷ Ficker 56, 61.

wurde zum Historiographen der juristischen Fakultät der Prager Universität⁶⁸. 1835 wechselte er nach dem Tode von Martin Kopetz auf den Lehrstuhl für Naturrecht und ließ 1842 sein Werk über „Das natürliche Privatrecht“ erscheinen.

Nachfolger Schnabels auf dem Lehrstuhl für Statistik wurde, nachdem Johann Moritz Chlupp zwei Jahre lang als Supplent gewirkt hatte, in den Jahren 1838 bis 1849 August Nowak, der auch Vorlesungen über Finanzgesetzkunde hielt⁶⁹. 1851 folgte er einem Ruf auf den Wiener Lehrstuhl für politische Ökonomie.

Die Jahre 1849—1882

Die Jahre 1848/49 brachten vor allem mit dem Gedanken der Lehr- und Lernfreiheit in mehrfacher Hinsicht ein Abgehen von der festgefügtten Einteilung der Studienordnung des Jahres 1810⁷⁰. Mit dem Wegfall des Prüfungszwangs entfielen die bisherigen Semestral- und Annualprüfungen, an ihre Stelle traten die theoretischen Staatsprüfungen, die in beliebiger Reihenfolge abgelegt werden konnten. Es war also freigestellt, das Studium mit dem positivrechtlichen oder mit dem historisch-philosophischen Teil zu beginnen⁷¹.

In der kurzen Zeit verfassungsrechtlicher Einrichtungen wurden Vorlesungen über österreichisches Verfassungsrecht gehalten. Die Rückkehr zum Absolutismus ließ sie 1852 wieder verschwinden (RGr. 1852/99) und erst nach dem Wiederaufleben des Konstitutionalismus wurden diese Vorlesungen wieder aufgenommen. Damals war Prag die einzige unter den sieben österreichischen Universitäten, die über einen Ordinarius für allgemeines und österreichisches Staatsrecht verfügte, in Wien gab es nur einen Extraordinarius, in Graz und Innsbruck war dieses Fach mit der Statistik zu einer Lehrkanzel vereinigt⁷².

Die politischen Wissenschaften wurden in die drei Bestandteile zerlegt, die schon das Lehrbuch von Sonnenfels in seinem Titel angeführt hatte, nämlich Verwaltungslehre, Nationalökonomie und Finanzwissenschaften. Neue Lehrkanzeln wurden für österreichische Verwaltungsgesetzkunde und für Finanzgesetzkunde errichtet, später auch ein zweiter Lehrstuhl für Nationalökonomie⁷³. Der Lehrstuhl für Statistik blieb von den Reformen zunächst unberührt.

Als Prüfungsgegenstände — und damit indirekt als Pflichtvorlesungsgegenstände — sah die neue Studien- und Prüfungsordnung (RGr. 1850/327) in der allgemeinen Abteilung innere Verwaltungspolitik, Nationalökonomie, Finanzpolitik, allgemeine und österreichische Statistik, in der staatsrechtlich-administrativen Abteilung österreichisches Staatsrecht, Verwaltungs- und Finanz-

⁶⁸ 1827 erschien in drei Bänden das in Anm. 6 genannte Werk.

⁶⁹ Karl-Ferdinands-Universität 146.

⁷⁰ Hierüber näher Karl-Ferdinands-Universität 10, 96 f., 132 f.

⁷¹ Allerunterthänigster Vortrag des Ministers Thun, RGr. 1850, 37. Beilagenheft, S. 226.

⁷² L e m a y e r, K.: Die Verwaltung der österreichischen Hochschulen von 1868 bis 1877. Wien 1878, S. 186, 196.

⁷³ Über die Auflösung des Fächerkonglomerats der politischen Wissenschaften an den Universitäten Deutschlands vgl. M a i e r: Lehrgeschichte 47 ff.

gesetzkunde vor. Neu daran ist vor allem die Einteilung der Fächer in rechtspolitische — die innere Verwaltungspolitik — und dogmatische — das Staatsrecht, die Verwaltungsgesetzkunde und die Finanzgesetzkunde⁷⁴. Aus dem Bereich der Statistik schied das Verfassungs- und Verwaltungsrecht aus, das jetzt Gegenstand der Vorlesung über Staatsrecht wurde. Aber schon 1852 wurde das Staatsrecht unter der Bezeichnung „Österreichische Staatskunde“ in der allgemeinen Abteilung vorgetragen und geprüft (RGBl. 1852/99).

Durch die Thunsche Studienordnung (RGBl. 1855/172)⁷⁵ wurde die Lehre des öffentlichen Rechts noch weiter in den Hintergrund gedrängt. Sie sah im 3. und 4. Studienjahr wieder Vorlesungen über politische Wissenschaften „mit möglichster Hinweisung auf die österreichischen Verhältnisse, Einrichtungen und Gesetze“ vor, ferner österreichische Statistik. Die politischen Wissenschaften sollten außer Finanzwissenschaft und Nationalökonomie auch die „Lehre über jene administrativen Aufgaben, welche weder der Justiz- noch der Finanzverwaltung angehören“, umfassen, zur Statistik gehörten wiederum die „allgemeinen Kenntnisse des österreichischen Verfassungs- und Verwaltungsorganismus“. Schließlich verfügte die Studienordnung, daß „in angemessenen Zeiträumen“ Vorlesungen über Völkerrecht und Deutsches Bundesrecht, österreichische Finanzgesetzkunde, österreichische Verwaltungsgesetzkunde und Statistik der europäischen Staaten abzuhalten sind. Das Staatsrecht wird mit keinem Wort mehr erwähnt⁷⁶. Die politische Staatsprüfung umfaßte Nationalökonomie, Finanzwissenschaft und Statistik, bei den Rigorosen wurden keine öffentlich-rechtlichen Materien geprüft.

Eine Änderung brachte die Rigorosenordnung von 1872 (RGBl. Nr. 57), aber Vorlesungsordnung und Prüfungsordnungen waren jetzt nur mangelhaft aufeinander abgestimmt: Österreichische Statistik, Verwaltungslehre und Finanzwissenschaft waren zwar Pflichtvorlesungen, bei der Staatsprüfung wurde aber Verwaltungslehre nicht geprüft, beim Rigorosum weder Verwaltungslehre noch Statistik. Hingegen wurde beim Rigorosum allgemeines und österreichisches Staatsrecht und Völkerrecht geprüft, obwohl der Besuch von Vorlesungen in diesen Fächern nicht vorgeschrieben war⁷⁷.

1850 wurde zum außerordentlichen, 1863 zum ordentlichen Professor der österreichischen Verwaltungsgesetzkunde und des deutschen Bundesrechts Johann Nepomuk Schier († 1879) ernannt. Die Vorlesung über das deutsche Bundesrecht entfiel mit der Auflösung des Deutschen Bundes durch den Prager Frieden. In den Jahren 1850—51 las Professor Schier auch österreichisches Verfassungsrecht, seit 1861 Verfassungsrecht und Verwaltungsrecht, seit 1874 auch Kirchenrecht. Die Grundzüge seiner verwaltungsrechtlichen Vorlesungen hat Schier in einer Abhandlung über „Das System einer wissenschaftlichen Behand-

⁷⁴ Darauf verweist Walter, R.: Die Lehre des öffentlichen Rechts an der Karl-Franzens-Universität zu Graz von 1827 bis 1938. Juristische Blätter 88 (1966) 549 f.

⁷⁵ Hierüber Karl-Ferdinands-Universität 97 f., 133. — Lentze.

⁷⁶ Diese Tatsache hat schon die Kritik Kleinwächters hervorgerufen. — Vgl. auch Lemayer 183.

⁷⁷ Kleinwächter 46 f., 61.

lung der österreichischen Administrativgesetzgebung“⁷⁸ niedergelegt, der einzigen von ihm veröffentlichten literarischen Arbeit. Von seinem Schüler und Nachfolger Ulbrich wird Schier als Mann von großem positivem Wissen geschil- dert, dessen Vortrag sich freilich auf die Mitteilung des Gesetzesinhalts be- schränkte⁷⁹.

Vorlesungen über allgemeines Staatsrecht hielt seit 1872 der Professor für Strafrecht Friedrich Rulf (1820—1900)⁸⁰ und seit 1876 der Professor für Deut- sches Recht Hugo Kremer von Auenrode (1833—1888).

1868 habilitierte sich für Staatsrecht Emanuel Ullmann (1843—1913), der sich freilich später gänzlich dem Strafrecht zuwendete und 1872 an die Uni- versität Innsbruck, später nach Wien und schließlich nach München berufen wurde; er las in den Jahren 1869—1871 allgemeines Staatsrecht, englisches Ver- fassungsrecht sowie Staatsrecht der konstitutionellen Monarchie und der reprä- sentativen Demokratie.

1875 habilitierte sich für österreichisches Verwaltungsrecht Jiří Pražák, im folgenden Jahr für allgemeines Staatsrecht Josef Ulbrich; 1878 wurde die *venia legendi* Pražáks auf österreichisches Verfassungsrecht, die Ulbrichs auf öster- reichisches Staats- und Verwaltungsrecht ausgedehnt und ein Jahr darauf wur- den beide zu außerordentlichen Professoren für österreichisches öffentliches Recht ernannt, und zwar Ulbrich für Vorlesungen in deutscher, Pražák für Vorlesungen in tschechischer Sprache.

Auf den neu errichteten Lehrstuhl für Finanzgesetzkunde⁸¹ wurde Johann Moritz *Chlupp* (seit 1870 Edler von Clonau, 1801—1876) berufen, der schon in den Jahren 1834 bis 1835 in Prag Natur-, Staats- und Völkerrecht suppliert hatte und seither an der Universität Lemberg gewirkt hat. Als Chlupp 1871 in den Ruhestand trat, wurde sein Nachfolger Viktor *Mor* Ritter von Sunegg und Morberg († 1907), außerordentlicher Professor der Finanzgesetzkunde mit tschechischer Vorlesungssprache wurde 1871 Matouš (Matthias) *Talíř* (1835— 1902), dessen Habilitierung 1870 erfolgt war.

Auf den Lehrstuhl für Statistik⁸² wurde 1849 Eberhard Anton *Jonák* (1820— 1879) von der Universität Krakau zunächst als außerordentlicher Professor be- rufen. 1860 wurde er zum ordentlichen Professor ernannt, 1865 wechselte er auf den Lehrstuhl für Nationalökonomie. Die Vorlesungen über Statistik über- nahm jetzt bis zu seiner Pensionierung Chlupp, der schon seit 1851 regelmäßige Vorlesungen auch über dieses Fach gehalten hat, nach ihm Mor und seit 1873

⁷⁸ Österreichische Zeitschrift für Rechts- und Staatswissenschaften 1 (1858) 102—132.

⁷⁹ Karl-Ferdinands-Universität 133.

⁸⁰ Über Rulfs Bedeutung für das öffentliche Recht siehe Spiegel, L.: Josef Ulbrich. Rede, gehalten in der Aula der deutschen Universität in Prag am 22. 11. 1910. Deutsche Arbeit 10 (1911) u. Sonderabdr., Prag 1911, S. 26.

⁸¹ Karl-Ferdinands-Universität 10, 135, 143.

⁸² Ficker, A.: Der Unterricht in der Statistik an den österreichischen Hochschulen in den Jahren 1850—1875 und die literarischen Leistungen der Professoren auf diesem Gebiete. Statistische Monatsschrift 2 (1876) 108—124. — Karl-Ferdinands-Univer- sität 10, 140, 146.

Talíř. Natürlich hat die Statistik inzwischen aufgehört, Staatenkunde zu bieten, denn die Vorlesungen über Verfassungs- und Verwaltungsrecht waren inzwischen endgültig eingeführt worden — die neue, mathematische Schule der Statistik, die Wissenschaft der Methoden der quantitativen Forschung, konnte ihren Einzug halten. Polizeiwissenschaft wurde noch vom Professor für politische Ökonomie, Leopold Hasner Ritter von Artha (1818—1891), dem späteren Unterrichtsminister, bis 1860 gelesen, freilich schon als „Verwaltungslehre“ im Sinne von Lorenz von Stein.

Einer näheren Würdigung bedürfen die beiden nach Schiers Tod gleichzeitig zu außerordentlichen Professoren des österreichischen öffentlichen Rechts ernannten Jiří Pražák und Josef Ulbrich, deren Bedeutung freilich erst nach der Teilung der Universität deutlich hervortrat. War Schier noch ein typischer Vertreter der Verwaltungsgesetzkunde, so stehen seine beiden Nachfolger sichtlich unter dem Einfluß der von Karl Friedrich Gerber begründeten juristischen Methode der Behandlung des öffentlichen Rechts. „Eine wissenschaftliche Darstellung des Staatsrechts“ — sagt Ulbrich im Vorwort seines Lehrbuchs des österreichischen Staatsrechts —, „darf nicht ein trübes Gemenge philosophischer, historischer und statistischer Notizen sein, es muß vielmehr in strenger Systematik den Stoff juristisch behandeln.“ In einer Zeit, in der die dogmatische Zivilistik ihren Höhepunkt erreicht hatte, war es kein Wunder, daß die Lehrer des öffentlichen Rechts, von der bisherigen politischen Erörterung staatsrechtlicher Fragen nicht befriedigt, die allgemeinen Lehren des Privatrechts auch dem Staatsrecht dienstbar zu machen versuchten und eine Staatsrechtswissenschaft im Stile der Privatrechtsjurisprudenz aufzubauen versuchten⁸³. Freilich waren beide Gelehrten, Ulbrich wie Pražák, zu sehr mit der Rechtswirklichkeit und den Anforderungen der Verwaltungspraxis verbunden, als daß die Anwendung der juristisch-dogmatischen Methode sie auf eine bloße Betrachtung des Rechtsinhalts der Verwaltung beschränkt hätte oder die Interpretierung des Gesetzestextes sie verleitet hätte, seine politische Fundierung völlig aus dem Auge zu verlieren.

Jiří (Georg) Pražák (1846—1905)⁸⁴ hat sich mit einer Arbeit über „Das Recht der Enteignung in Österreich“ habilitiert; ihn lockte die Gratwanderung an der Nahtstelle von privatem und öffentlichem Recht und das Zusammentreffen des

⁸³ Hierüber Spiegel, L.: Die Verwaltungsrechtswissenschaft. Beiträge zur Systematik und Methodik der Rechtswissenschaften. Leipzig 1909, insbes. S. 24. — Ders.: Ulbrich 10 f. — Maier: Lehrgeschichte 49 f. — Wilhelm, W.: Zur juristischen Methodenlehre im 19. Jahrhundert. Die Herkunft der Methode P. Labands aus der Privatrechtswissenschaft. Frankfurt a. M. 1958. — Bärsch, C.: Der Gerber-Laband'sche Positivismus. In: Staat und Recht. Die deutsche Staatslehre im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. v. M. Sattler. München 1972, S. 43—71.

⁸⁴ Biographische Daten und Werkverzeichnis in Navrátil, M.: Almanach československých právníků [Almanach tschechoslowakischer Juristen]. Prag 1930, S. 355. — Nekrologe in: Almanach České akademie věd a umění 16 (1906) 94—103 (Fiedler); Österr. Verwaltungsarchiv 3 (1906) 244 ff. (Ulbrich); Ztschr. f. Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung 14 (1905) (Tezner). — Hoetzal, J.: Sté výročí narození prof. Jiřího Pražáka [Der hundertste Geburtstag von Prof. J. P.]. Právník 85 (1946) 193—196.

materiellen Rechts mit dem Verfahrensrecht, zugleich aber die große praktische Bedeutung dieses Themas. Die Frage der Kompetenzabgrenzung zwischen Gerichten und Verwaltungsbehörden hat er in einer zweibändigen, in tschechischer Sprache erschienenen Arbeit behandelt, ebenso liegt seine vierbändige Darstellung des österreichischen Verfassungsrechts, der eine gleich umfangreiche Darstellung des österreichischen Verwaltungsrechts folgen sollte, nur in tschechischer Sprache vor. Friedrich Tezner bezeichnet sie als die beste Arbeit, die über das österreichische Staatsrecht erschienen, aber infolge des Fehlens einer deutschen Übersetzung für weitere wissenschaftliche Kreise nicht erschlossen ist⁸⁵. Das wichtigste verwaltungsrechtswissenschaftliche Gedankengut aus Pražáks Schriften hat Rudolf Herrmann von Herrnritt einem deutschen Leserkreis zugänglich gemacht⁸⁶. Pražáks Vorliebe für das Verwaltungsrecht, dessen rechtsstaatliche Ausgestaltung sein größtes Anliegen war, während er sich von der Bearbeitung des Verfassungsrechts wegen des von ihm als erschreckend empfundenen Verfalls des Parlamentarismus zurückzog, trug ihm freilich den Vorwurf ein, er unterstütze den „österreichischen Regierungsbürokratismus“ gegenüber den modernen konstitutionellen Bestrebungen des tschechischen Volks — ein Vorwurf, der freilich mehr den konservativen Politiker Pražák als den Lehrer des öffentlichen Rechts traf, ebenso wie die Behauptung, daß er die Verteidigung des böhmischen Staatsrechts gegenüber der Darstellung des positiven österreichischen Verfassungsrechts vernachlässige⁸⁷. Sein Nachfolger auf dem Lehrstuhl des Verfassungsrechts an der tschechischen Universität, Jiří Hoetzel, hat Pražák als den konsequenten Vertreter der dogmatischen Richtung des Staatsrechts bezeichnet und seinen „puritanischen Positivismus“ hervorgehoben⁸⁸, wobei er sich darauf berufen konnte, daß Pražák die Existenz eines allgemeinen Staatsrechts gelehrt hat, „welches es in Wirklichkeit nicht gibt und das als selbständige Lehre den letzten Überrest der längst verlassenen Naturrechtslehre darstellt“⁸⁹.

Josef Ulbrich (1843—1910)⁹⁰ las durch 32 Jahre, von 1879 bis zu seinem Tod, in Prag für deutsche Hörer Staats- und Verwaltungsrecht. Seine Lebensaufgabe sah er darin, die neuen Grundlagen, auf die der Krieg des Jahres 1866 und die dualistische Neuordnung Österreichs Staatsrecht gestellt hatten, zu bearbeiten. Ulbrichs Bestreben war es — wie sein Schüler und Nachfolger auf dem Prager

⁸⁵ Tezner, F.: Der Kaiser (Österreichisches Staatsrecht in Einzeldarstellungen). Wien 1909, S. VII. — Vgl. die Jahresausgabe und Charakteristik von J. Ulbrich in Österr. Verwaltungsarchiv 3 (1906) 245—248.

⁸⁶ Herrmann-Herrnritt, R.: Grundlehren des Verwaltungsrechtes. Tübingen 1921, Vorwort S. III.

⁸⁷ Vavřínek, F.: Několik osobních vzpomínek na naše první učitele práva veřejného [Einige persönliche Erinnerungen an unsere ersten Lehrer des öffentlichen Rechts]. Památník (s. Anm. 3). 228 f.

⁸⁸ Hoetzel, J.: Jiří Pražák. In: Památník (s. Anm. 3) 121, 122.

⁸⁹ Památník (s. Anm. 3) 122, 228.

⁹⁰ Nekrologe von E. Mischler in: Neue Freie Presse v. 18.10.1910. — L. Spiegel in: Bohemia v. 23.8.1910. — F. Tezner in: Juristische Vierteljahrsschrift 26 (1910) 147—151.

Lehrstuhl, Ludwig Spiegel, hervorgehoben hat⁹¹ —, „das Gesamtgebiet des österreichischen Staats- und Verwaltungsrechts systematisch zu beherrschen und darzustellen“. Freilich fällt die Bewältigung dieser weitgesteckten Aufgabe erst in die beiden letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts, die nicht mehr Gegenstand dieser Darstellung sind: 1882 beginnt sein bahnbrechendes Lehrbuch des österreichischen Staatsrechts zu erscheinen, das als Gegenstück zu Labands Darstellung des Staatsrechts des Deutschen Reichs (1876) konzipiert wurde, eine Neubearbeitung erfuhr der Gesamtstoff durch sein als Bestandteil des Marquardsenschen Handbuchs des öffentlichen Rechts, später des von Jellinek, Laband und Piloty herausgegebenen Sammelwerks „Das öffentliche Recht der Gegenwart“ erscheinendes „Österreichisches Staatsrecht“ (1884, 1892, 1904, 1909). 1884 veröffentlichte er seine Grundzüge des österreichischen Verwaltungsrechts, 1904 sein Lehrbuch des österreichischen Verwaltungsrechts, in dem es ihm gelang, namentlich die allgemeinen Lehren auszugestalten und eine präzise Terminologie zu schaffen. Mit diesen Standardwerken wurde Ulbrich der Staatsrechtslehrer zahlreicher österreichischer Juristengenerationen und der eigentliche Systematiker des österreichischen Staatsrechts. Am bekanntesten wurde Ulbrich aber durch sein gemeinsam mit Ernst Mischler herausgegebenes Österreichisches Staatswörterbuch, dessen Untertitel Handbuch des gesamten österreichischen öffentlichen Rechts Ziel und Aufgabenstellung des Werkes erkennen läßt. Hier gelang es, die hervorragendsten Fachleute aus Forschung und Praxis aller österreichischen Nationen zur Mitgestaltung eines umfassenden repräsentativen Werkes zu gewinnen. Diese Arbeiten — von denen jede für sich allein, wie Mischler in seinem Nachruf hervorhebt, ein Menschenleben auszufüllen vermocht hätte — haben ihm die Charakterisierung als einer der „schaffensfreudigsten und schaffensgewaltigsten Geister“ auf diesem Gebiet⁹² eingetragen.

Ergebnis

Hatte das Jahr 1784 die deutsche Vorlesungssprache gebracht, die bis auf wenige Ausnahmen an die Stelle der bisherigen lateinischen Vortrags- und Prüfungssprache trat, so führte das Jahr 1848 an der Prager Karl-Ferdinands-Universität die Gleichberechtigung beider Landessprachen ein, neben die deutschen Vorlesungen traten schrittweise tschechische Parallel- und Spezialvorlesungen: 1866 wurden alle juristischen Fächer auch in tschechischer Sprache gelesen, 1882 sämtliche Vorlesungen mit der einzigen Ausnahme des Kirchenrechts⁹³. Die Prager Uni-

⁹¹ Spiegel: Ulbrich 4. — Das übersieht B. Dennewitz, wenn er von einer „rückschrittlichen Behandlung des Verwaltungsrechts in Österreich“ durch Ulbrich spricht (Die Systeme des Verwaltungsrechts. Hamburg 1948, S. 85 f.).

⁹² Mischler, E.: Josef Ulbrich. Ein Lebensbild. Prag 1912, S. 8 (Sammlung gemeinnütziger Vorträge 400).

⁹³ Karl-Ferdinands-Universität 22 ff. — Lemayer 143 f. — Krčmář, J.: O Pražských universitách [Über die Prager Universitäten]. Prag 1934, S. 19 f.

versität hatte — nach den Worten Jaroslav Golls — aufgehört, eine deutsche Universität zu sein und war eine utraquistische geworden⁹⁴.

Am 28. Februar 1882 erging das Gesetz „betreffend die k. k. Karl-Ferdinands-Universität in Prag“ (RGrBl. Nr. 24), dessen § 1 bestimmt, daß vom Beginn des Wintersemesters 1882/83 an in Prag zwei Universitäten bestehen, nämlich die „k. k. deutsche Karl-Ferdinands-Universität“ mit ausschließlich deutscher Unterrichtssprache und die „k. k. böhmische Karl-Ferdinands-Universität“ mit ausschließlich tschechischer Unterrichtssprache. Von den oben genannten Professoren traten Pražák und Talíř an die tschechische Universität über, Ulbrich und Mor verblieben an der deutschen. Ein neues Kapitel der Prager Universitätsgeschichte begann, dessen Darstellung einer späteren Arbeit vorbehalten bleiben soll.

Wie an den übrigen österreichischen Universitäten war an der Prager Rechtsfakultät das öffentliche Recht seit den Tagen Maria Theresias fester Bestandteil des juristischen Studienplans, der den gleichen Bildungsgang für künftige Richter wie für Verwaltungsbeamte vorsah⁹⁵. Anders als an den Universitäten des Deutschen Reichs, wo die Staatswissenschaften zwischen der juristischen und der philosophischen Fakultät hin- und herwanderten⁹⁶, stand hier die Eingliederung in die juristische Fakultät, die mit vollem Recht die Bezeichnung „rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät“ führt, von Anfang an fest.

Die mit der Zentralisierung Österreichs Hand in Hand gehende Ausgestaltung der Wiener Universität zur „Musteruniversität für die ganze Monarchie“⁹⁷ hat der Bedeutung der Prager Universität auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts keinen Abbruch getan. Mit Franz Lothar Schrodtt hat hier die Pflege des Staatsrechts einen Vertreter gefunden, der in den Augen der Zeitgenossen als einer der vier hervorragendsten Rechtslehrer Österreichs galt⁹⁸. Josef Butschek darf als der bedeutendste und eigenwilligste Fortsetzer von Sonnenfels bezeichnet werden⁹⁹. In Josef Mader stellte die Prager Universität neben de Luca den wichtigsten Vertreter seines Faches an den österreichischen Hochschulen¹⁰⁰ und in Wenzel Kopetz den Begründer der österreichischen Verwaltungsgesetzkunde, die ihren Höhepunkt später in dem weitverbreiteten Mayerhofschens Handbuch für den Verwaltungsdienst fand. Jiří Pražák wurde zum Begründer der Pflege des öf-

⁹⁴ Goll, J.: Rozdělení pražské university Karlo-Ferdinandovy roku 1882 a počátek samostatné university české [Die Teilung der Prager Karl-Ferdinands-Universität im Jahre 1882 und der Anfang der selbständigen tschechischen Universität]. Prag 1908, S. 3.

⁹⁵ Hierüber eingehend Kleinwächter 14 f., 68.

⁹⁶ Über die Einordnung der Sozialwissenschaften in die universitas literarum vgl. Liefmann-Keil, E.: Über die Entwicklung der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften im 19. Jahrhundert. In: Wolf, H. J. [Hrsg.]: Aus der Geschichte der Rechts- und Staatswissenschaften zu Freiburg i. Br. Freiburg i. Br. 1957, S. 50 f.

⁹⁷ Beidtel I, 45.

⁹⁸ Siehe Anm. 29.

⁹⁹ Kanns Behauptung (Anm. 56, S. 173), kaum einer der Schüler Sonnenfels' sei über den Standard einer durch gute Vorbildung erreichten Tüchtigkeit hinausgehend zu selbständiger Denkweise und Initiative gelangt, trifft auf Butschek kaum zu.

¹⁰⁰ So ausdrücklich Ficker 53.

fentlichen Rechts in tschechischer Sprache, seine Schüler und Enkelschüler haben nach dem Ersten Weltkrieg Verfassungsleben und Verwaltungsaufbau der Tschechoslowakischen Republik bestimmend beeinflusst, während Josef Ulbrich, der „universell schaffende enzyklopädische und systematische Geist auf dem Gebiete des österreichischen öffentlichen Rechts“ (Mischler)¹⁰¹ in die Geschichte eingegangen ist als der „auctor iuris publici Austriae Francisco-Josephinae“¹⁰².

Während die Stadt Prag seit der Vereinigung der böhmischen mit der österreichischen Hofkanzlei immer mehr an Bedeutung verlor und zur Provinzstadt herabsank, war es seiner Hochschule gelungen, ihre alte Bedeutung auch in den neuen Wissenszweigen aufrechtzuerhalten, mögen auch Jahre, in denen die Prager Rechtsfakultät führend voranging, mit Zeiten wechseln, in denen sie lediglich rezipierend an den geistigen Bewegungen und Strömungen teilnahm.

¹⁰¹ Mischler 8.

¹⁰² Spiegel: Ulbrich 23.

DIE BAUERLICHEN DIENSTBOTEN IN DEN SUDETENLÄNDERN*

Eine historisch-soziologisch-volkskundliche Betrachtung

Von Hertha Wolf-Beraneck

Die folgende Arbeit fußt auf einer detaillierten Umfrage des „Archivs für sudetendeutsche Volkskunde“ in Gießen. Die Fragen wurden für rund fünfhundert sudetendeutsche Orte beantwortet. Die Angaben beruhen zu 85 % auf noch erlebten Erinnerungen, die übrigen geben solche von Eltern und Großeltern der heute bereits hochbetagten Gewährsleute wieder. Im wesentlichen wird der Zeitraum von 1870 bis 1945 umfaßt. In günstigen Fällen gehen die Mitteilungen durch die festgehaltenen Erzählungen der Ahnen bis auf 1830 zurück.

Leider kann die Arbeit nicht mit urkundlichen Belegen untermauert werden, da die deutschen Stadt-, Herrschafts- und Kirchenarchive in Böhmen und Mähren-Schlesien nicht zur Verfügung stehen. Mit ihrer Hilfe wäre es wahrscheinlich möglich gewesen, die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der landwirtschaftlichen Dienstboten in diesem Raum weiter zurückzuverfolgen.

Die Dienstbotenfrage wurde um die Jahrhundertwende von juristischer, statistischer und historischer Sicht aus zum Gegenstand gesamtdeutscher oder aber landesregionaler Untersuchungen gemacht¹. Hierbei wurde in den Arbeiten, die

* Die Zitierung der Orte erfolgt so, daß der Bezirk, sofern der Ort nicht selbst Bezirksstadt ist, sofort in Klammer nachfolgt z. B. Galtenhof (Tachau). Steht der Ort selbst schon in einer Klammer, dann wird er vom Bezirk durch einen schrägen Strich getrennt z. B. (Galtenhof/Tachau). Steht nur ein Ort ohne Zusatz, dann handelt es sich um eine Bezirksstadt. Mehrere Orte, die zu einer Bezirksstadt gehören, werden hintereinander aufgezählt, hinter dem letzten kommt die Klammer oder der schräge Strich mit dem Bezirksort.

¹ Hertz, Gustav: Die Rechtsverhältnisse des freien Gesindes nach den deutschen Rechtsquellen des Mittelalters. Breslau 1879 (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte 6). — Knothe, Hermann: Die Stellung der Gutsuntertanen in der Oberlausitz zu ihren Gutsherrschaften. Neues Lausitzisches Magazin 61 (Görlitz 1885). — Kähler, Wilhelm: Gesindewesen und Gesinderecht in Deutschland. Halle/Saale 1896. — Könnicke, Otto: Rechtsgeschichte des Gesindes in West- und Süddeutschland. Marburg 1912 (Arbeiten zum Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftsrecht 12). — Lennhoff, Ernst: Das ländliche Gesindewesen in der Kurmark Brandenburg vom 16.—19. Jahrhundert. 1. Teil. Breslau 1905 (Dissertation). — Wuttke, Robert: Gesindeordnung und Gesindezwangsdienst in Sachsen. Leipzig 1893 (Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen 12, 4). — Morgenstern, Hugo: Gesindewesen und Gesinderecht in Österreich. Mitt. d. arbeitsstatistischen Amtes im k. u. k. Handelsministerium H. 3. Wien 1902. — Ders.: Österreichisches Gesinderecht. Wien 1912. — Stolz, Otto: Zur Geschichte der landwirtschaftlichen Dienstboten in Tirol. Haff-Festschrift. Hrsg. von Kurt Bussmann und Nikolaus Grass. Innsbruck 1950.

sich mit den österreichischen Ländern befaßten, zu denen auch Böhmen und Mähren-Schlesien bis 1918 gehörten, verschiedentlich auf die vor allem rechtlichen und statistischen Verhältnisse in diesen Gebieten allgemein hingewiesen. Doch sind die statistischen Angaben wenig brauchbar, da selbst noch bei der Volkszählung von 1890 nicht zwischen ländlichen Arbeitern, Inleuten, Dienstboten und mitarbeitenden Familienangehörigen unterschieden wurde.

In Deutschland versuchten 1925/26 J. Müller und E. Tille für die Rheinlande und F. Maurer für Hessen die Termine des Dienstbotenwechsels zu untersuchen und zu interpretieren². 1932 legte der *Atlas der deutschen Volkskunde* in seinem 3. Fragebogen und 1956 der *Österreichische Volkskundeatlas* seinen Gewährsleuten eine Frage nach den Terminen, zu denen die bäuerlichen Dienstboten zu wechseln pflegten, vor³. Eine Untersuchung nach neuzeitlichen Gesichtspunkten führte J. Griesmair in seinem Buch „Knecht und Magd in Südtirol“⁴ durch.

Die Sudetenländer sind nur im „Atlas der deutschen Volkskunde“ in bezug auf die Dienstbotentermine mitbehandelt⁵. Außerdem liegen für Westböhmen und den nördlichen Böhmerwald einige wenige gedruckte Angaben zum Thema Dienstboten vor⁶. Eine übersichtliche zusammenfassende Arbeit für das Gesamtgebiet der Sudetenländer fehlt bisher.

Die Dienstboten, zu denen im weiteren Sinn auch die Mietsleute gehören⁷, bildeten während vieler Jahrhunderte einen festgefügtten sozialen Stand mit eigener

² Maurer, Friedrich: Die Termine des Dienstbotenwechsels in Hessen. HBVk 25 (1926) 106—116. — Frings, Theodor/Tille, Edda: Kulturmorphologie. Teuthonista 2 (1925/26) 1—18. — Aubin, Hermann/Frings, Theodor/Müller, Josef: Kulturströmungen und Kulturprovinzen in den Rheinlanden. Bonn 1926, Neudruck Darmstadt 1966 (Gesindetermine 193 ff. bzw. 197 ff. u. Abb. 66).

³ Mitt. d. Volkskundekommission 1932 H. 3, 51, Frage 150. — Österreichischer Volkskundeatlas 1956, Frage 5.

⁴ Griesmair, Johannes: Knecht und Magd. Innsbruck 1970 (Volkskundliche Forschungen 1).

⁵ Atlas der deutschen Volkskunde. Leipzig 1939, Lief. 6, Karten 101—106 (Da die Karten zwischen Urlaubszeiten und Wechseltagen nicht trennen, bleibt manches unklar. Die Karten 5—6 des Österreichischen Volkskundeatlases Lief. 1 bestätigen das Gesagte auch für Österreich).

⁶ John, Alois: Sitte, Brauch und Volksglaube im deutschen Westböhmen. Reichenberg 1924, S. 337—339 (Beiträge zur deutsch-böhmischen Volkskunde 6). — Blau, Josef: Flachsbaum und Flachsverwertung in der Rothenbaumer Gegend. ZföV 5 (1899) 252. — Ders.: Inmann und Bauer in den Ortschaften der Pfarre Rothenbaum. ZföV 6 (1900) 145—154. — Eder, Robert: Volkstümliche Überlieferungen aus Nordböhmen (Handgeld). ZföV 13 (1907) 133. — Zaborisky, Oskar v.: Von den Ehalten, Inleuten und Hütern im Oberen Wald. BjbV 1954) 196—207. — Thür, Leonhard: Dienstbotenlöhne im südlichen Böhmerwald. SZV 1 (1928) 32—33. — Gückelhorn, Adolf: Zum Volksrecht Westböhmens. SZV 5 (1932) 196—197. — Brosch, Albert: Zu den Gesindeterminen im Egerland. SZV 10 (1937) 109—110. — Götz, Franz: Bauer und Dienstbote. SZV 10 (1937) 106—107. — Haßmann, Hubert: Kälberweil. Gesindetermine in der bayerischen Oberpfalz und in Westböhmen. SZV 10 (1937) 33—48. — Wallner, Anton: Kälberweil. SZV 11 (1938) 1—6.

⁷ Kühnel, Horst: Wortgeographische Untersuchungen zur ländlichen Sozial- und Wirtschaftsordnung der Sudetendeutschen. Dissertation, München 1969, 36 und Karte 6 (Wissenschaftliche Materialien und Beiträge zur Geschichte und Landeskunde der Böhmischen Länder 10).

Tradition, die bis ins Mittelalter zurückreicht. So wissen wir, daß sich der Reichstag von 1281 in Nürnberg unter Kaiser Rudolf II. bereits nebenbei mit der Gesindefrage zu beschäftigen hatte⁸. Ein allgemeiner Überblick über die vor allem rechtsgeschichtlichen Arbeiten zum Thema Dienstboten erweist, daß bis zum 18. Jahrhundert die Polizeiordnungen mit den Gesindefragen beschäftigt waren, wobei Gesindemangel, Abwerbung, Entlaufen vom Arbeitsplatz und Aufsässigkeit des Gesindes immer wieder Anlaß für neue Verordnungen waren, die aber im wesentlichen nur die alten bestätigten und wiederum zur Kenntnis brachten. Der Grund für diese Mißstände ist im Untergang des Bauernstandes und dem Aufkommen der Gutsherrschaften zu Ende des 15. Jahrhunderts zu suchen. Zu dieser Zeit hatte sich in den deutschen Ländern eine gewaltige gesellschaftliche und soziale Umschichtung vollzogen. Das Rittertum hatte sein Ansehen verloren und konnte allein mit den Zinsen, die ihm seine Ländereien einbrachten, die es Bauern zur Bewirtschaftung überlassen hatte, mit dem wirtschaftlich sehr gut stehenden Bürgertum, ja manchmal mit dem Bauerntum, das seine Erzeugnisse gut verkaufen konnte, nicht mehr Schritt halten. Es war daher bestrebt, soviel Grund und Boden wie möglich für sich einzuziehen, selbst zu bewirtschaften oder für sich bewirtschaften zu lassen. Es würde hier zu weit führen, über die nicht immer rechtlichen Methoden, die dabei angewendet wurden, zu berichten. Aus den ehemaligen Grundherren wurden Gutsbesitzer, die zur Bewirtschaftung ihrer Güter billige Arbeitskräfte benötigten.

Das Verhältnis der Dienstboten zu ihren Herren hatte sich bislang nach überkommenem deutschem Recht, das im wesentlichen dem Sachsenspiegel folgte⁹, vollzogen. Seit dem 16. Jahrhundert begann das Reichsrecht, auf römischem Recht fußend, die Landesgesetzgebung zu beherrschen¹⁰. Dieses römische Recht gab den Grundbesitzern die Möglichkeit, ihre Untertanen schollenpflichtig und leibeigen zu machen, von den Bauern Robot- (= Frondienst) und von denen, die keinen Grund besaßen, Zwangsdienst zu verlangen, der sich auch auf die Kinder der Bauern bezog. Dieser Zwangsdienst für Bauernkinder betrug meistens drei Jahre. Im bairischen Sprachbereich nannte man ihn Waiseljahre¹¹, da auch Waisenkinder, für deren Unterhalt und Kleidung der Gutsherr aufkommen mußte, nach Vollendung des zwölften Lebensjahres drei Jahre beim Gutsherrn diesen Aufwand abdieneu mußten. Manchmal war die Zeit auch länger.

Die Gutsherren konnten sich mit ihren Forderungen nicht überall gleich durchsetzen. Dort, wo ihre Ländereien zerstückelt waren und weit auseinander lagen, konnte es schlecht zur Bildung großer Gutshöfe kommen, so in West- und Süddeutschland. In Tirol und Salzburg hatten sich die Bauern eine unabhängige Stellung erkämpft¹². Im Osten aber gab es infolge der Kolonisationsform große zu-

⁸ Könncke 34, 672.

⁹ Ebenda 235.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Schmeller II Spalte 1020, mhd. *weise*, hd. *Waise*. „Waiseljahre mußten Kinder der Grundholden im Dienst (als Knechte und Mägde) des Grund- und Gerichtsherren zubringen.“

¹² Morgenstern 45.

sammenhängende grundherrliche Besitzungen, so daß sich hier Fron- und Zwangsdienst entwickeln konnten. Die Sudetenländer waren zu diesen Zeiten mehrfach Schauplatz von Kriegen, was die Einziehung der Bauernbesitzungen erleichterte. Vor allem hatten die Stände hier infolge der Hussitenkriege große Macht erworben. Die Leibeigenschaft der Bauern in Böhmen und Mähren-Schlesien wurde in der Landordnung von 1500 festgelegt. Das freie bäuerliche und städtische Leben, wie es zur Zeit der Kolonisation in diesen Ländern emporgeblüht war, wurde damit größtenteils beendet. Wie stark die Stände waren, beweist, daß 1508 durch Gesetz bestimmt wurde, daß die königlichen Finanzen vom Adel kontrolliert werden sollten¹³. Aus diesen Gründen konnte sich hier der Fron- und Zwangsdienst bis zur schärfsten Form entwickeln¹⁴. Die „Böhmische Landordnung“ von 1530 und 1564, die „Mährische Landordnung“ von 1535, der „Schlesische Landfriede“ von 1528 und die „Teschener Landesordnung“ von 1592 begründeten sodann eine starke Erbuntertänigkeit aller unter einer Obrigkeit Angesessenen, die sich nicht bloß auf die Bauern, Häusler und Kleinstbauern und deren Kinder bezog, sondern auf alle Personen, die in ihrem Gebiet wohnhaft waren. Lediglich die Städte waren besser bestellt, da sie meist eine eigene Verwaltung und die niedere Gerichtsbarkeit besaßen. Ohne Erlaubnis des Gutsherrn durfte niemand sein Gebiet verlassen, ein Handwerk oder sonst einen Beruf erlernen oder studieren.

Der Zwangsdienst bestand aus einem Vormietrecht zur Versorgung des Gutsherrn mit Arbeitskräften und einem sekundären Mietrecht zur Versorgung der Bauern mit solchen, was ebenfalls im Interesse des Gutsherrn lag, da ihm ja über die Fron hinaus gezinst werden mußte¹⁵.

Die Aufhebung der Leibeigenschaft durch Kaiser Joseph II. 1781 schuf hier vollkommen neue Verhältnisse, die neben anderen Umstellungen und Neuerungen auch den Übergang von der Polizeiordnung zur Gesindeordnung notwendig machte.

Die Gutsherrschaften, die zu ihrem bäuerlichen Gesinde kaum eine persönliche Beziehung hatten, verloren durch die Aufhebung der Leibeigenschaft inklusive Zwangsarbeitsdienst fast alle Arbeitskräfte, zumindest aber die billigen, zumal Kaiserin Maria Theresia bereits die Fronleistungen durch Gesetz eingeschränkt hatte. Viele Güter wurden dadurch unrentabel und im Zuge des Raabschen Systems¹⁶ aufgeteilt und an siedlungswillige Kleinbauern vergeben. Für die verbliebenen Güter mußten die Gutsherren neue Wege beschreiten, um zu rentablen Arbeitskräften zu gelangen. Es ist die Geburtsstunde der Deputatsarbeiter.

Die Zeit der Bauernunterdrückung hatte die patriarchalischen Beziehungen zwischen Dienstboten und Bauern, die historisch gewachsen waren, nur vertieft. Sie blieben durch die Dienstbotenordnung, die Kaiser Joseph II. am 29. Dezember 1784 für die österreichischen Länder erließ, unangetastet. Als Grundlage dienten die Verordnungen, die Kaiserin Maria Theresia seit 1765 erlassen hatte. Zu den

¹³ Ploetz, Karl: Auszug aus der Geschichte. Bielefeld 1951²⁴, S. 430.

¹⁴ Morgenstern 51.

¹⁵ Ebenda 48.

¹⁶ Beranek, Franz J.: Deutschensiedlungen der Neuzeit im Inneren von Böhmen und Mähren. StJb 7 (1962) 142.

Merkmale des Dienstbotenstandes gehörte das Wohnen mit dem Dienstherrn unter einem Dach, Ehelosigkeit, die Beschäftigung mit einer geringen, im voraus nicht bestimmbar, sondern jeweils anfallenden Arbeit sowie das Aufgehen in der Hausgemeinschaft des Dienstherrn, mit dem nicht nur gemeinsam gearbeitet, sondern auch gegessen und die Freizeit verbracht und gegebenenfalls Feste gefeiert wurden. Die Ehelosigkeit war zeitweilig durch Kaiserin Maria Theresia aufgehoben worden, wurde aber in Form eines Ehekonsens, den nur Landgerichte erteilen konnten, 1820 wieder eingeführt und dauerte bis 1920. Der Dienstherr hatte nicht nur die Muntgewalt, sondern auch die Haftung für das hausangehörige und hofangehörige Gesinde. Da der größte Teil des Gesindes zwischen vierzehn und fünfundzwanzig Jahren zählte, war es noch erziehungs- und aufsehbedürftig. Die Arbeitsweise im Bauernbetrieb verlangte Vertrauen vom Arbeitgeber und Verschwiegenheit, Verlässlichkeit, Ehrlichkeit und Treue vom Gesinde. Wenn von den Gewährleuten zu diesem Punkt eine Mitteilung gemacht wurde, dann lautete sie, daß es meist langjähriges Gesinde gab, das bis zur Verehelichung bzw. bis zum Tod am Hof blieb. Ganz selten gab es eine Ausnahme.

Übernommen wurde aus früheren Verordnungen, daß Dienstboten ohne Erlaubnis des Herrn nicht ins Gasthaus, zum Tanz oder anderswohin gehen durften, was mit seiner Muntgewalt zusammenhing. Neu war in der Dienstbotenordnung von 1784 die Einführung eines *Dienstbüchleins*, aus dem Geburtstag und -ort sowie der Gerichtsbezirk hervorgingen. Es enthielt ferner Raum für ein Sitzenzeugnis und Dienstzeugnisse, die der Dienstherr auszustellen hatte. Ohne Dienstbuch, das die ordentliche Entlassung enthielt, durfte kein Dienstbote eingestellt werden. Die Verordnung verbot u. a. unter Androhung von Strafe, einem entlaufenen Dienstboten Unterkunft zu gewähren. Um noch vereinzelter Resten von Landstreicherei und vor allem um dem Müßiggang entgegenzuwirken, bestand grundsätzlich Dienstzwang, keiner sollte ohne Arbeit bleiben, auch die Kinder, die daheim nicht gebraucht wurden, sollten dem Dienst zugeführt werden. Wer ohne Arbeit angetroffen wurde, mußte mit der Einweisung in ein Arbeitshaus rechnen. Dienstboten durften nur mit behördlicher Erlaubnis, die gewöhnlich nicht verweigert wurde, außerhalb ihres Gerichtsbezirkes dienen. Diese Dienstbotenordnung, die auch die Dienstdauer, Kündigungszeiten, Dingen, Lohn usw. regelte, sollte für das gesamte Staatsgebiet einheitliche Voraussetzungen schaffen. Dazu waren aber die herkömmlichen Gepflogenheiten im Volk viel zu tief verwurzelt.

Die Dienstboten, die in den Sudetenländern außer *Dienstboten*, *Dienstleute*, *Gesinde*, *Gesindl* (Gesindlein), *Leute*, *Dienstvolk* und *Ehalten* genannt wurden¹⁷, unterscheiden sich von den *Mietsleuten* oder *Herbergsleuten*, *Quartierleuten*, *Hausgenießen*, *Hausleuten*, *Inleuten*, *Inwohnern*, *Zinsleuten*, *Stübleinleuten*, *Haus-(ge)sindelleuten*, *Hausinnelleuten*¹⁸ vor allem durch das Kennzeichen der Hausangehörigkeit, das Wohnen mit dem Dienstherrn unter einem Dach, während die Mietsleute nur als Hofangehörige bezeichnet werden können. Den *Tagelöhnern*,

¹⁷ Kühnel 42 ff. und Karten 9, 10 (Verbreitung der einzelnen Bezeichnungen).

¹⁸ Ebenda 36, Karte 6.

die im weitesten Sinn des Wortes auch landwirtschaftliche Dienstboten sind, fehlt gegenüber den hausangehörigen Dienstboten und den hofangehörigen Mietsleuten das Kennzeichen der ständigen Anstellung.

Die Bezeichnungen Gesinde/Gesindl¹⁹ und Ehalten²⁰ haben wie auch die Worte Dienstboten, -leute, -volk²¹ usw. seit dem Mittelalter eine Wertminderung erfahren, die mit der sozialen Stellung des Bauern bis zu seiner Entlassung aus der Leibeigenschaft eng zusammenhängt. Tatsache ist, daß der Stand der Dienstboten auf der untersten sozialen Stufe rangierte.

Über die Folgen der Aufhebung der Leibeigenschaft der Bauern für das ländliche Bauwesen, die Wohnkultur, die landwirtschaftlichen Arbeitsgewohnheiten im weitesten Sinn und deren Rückwirkungen auf das allgemeine Gewerbe- und Wirtschaftsleben stehen entsprechende Untersuchungen für die Sudetenländer noch aus. Wie den nachfolgenden Darstellungen entnommen werden kann, hatte der sudetendeutsche Bauer möglichst rasch seine Freiheit zu nützen gewußt. Unterstützt wurde er in seinen Aufbaubestrebungen durch das 1770 von Kaiserin Maria Theresia erlassene Höfepatent. Dieses Anerbenrecht, nach dem der älteste oder jüngste Sohn den Hof ungeteilt übernahm, schützte vor Teilung und galt bis 1938.

Die Zahl der eingestellten Dienstboten hing früher von der Betriebsgröße der Bauernwirtschaft (Groß-, mittlerer, Kleinbauer), von der Betriebsweise (Vieh- wirtschaft, Körner-, Hackfrüchte-, Wein- oder Hopfenbau), Siedlungsform (Streu- siedlung, Dorfanlage) und den historisch gewachsenen Gepflogenheiten einer Landschaft ab. Die Betriebsgröße und Betriebsweise wurden wiederum durch landschaftliche und klimatische Gegebenheiten diktiert.

Die Wohngebiete der Sudetendeutschen waren landschaftlich, bonitätsmäßig und klimatisch recht verschieden. Es gab sehr fruchtbare, aber auch arme gebirgige Gegenden, in denen kaum Korn und Hafer reiften. Hier deckte die Landwirtschaft kaum die Bedürfnisse der eigenen Familie. Dienstboten gab es dort keine. Die Kinder gingen vielmehr als Knechte und Mägde ins flache Land und die Väter verdingten sich als Erntearbeiter. Bevor bei ihnen Korn und Hafer reiften, waren sie bereits wieder mit ihrem Verdienst, einer willkommenen Auf- besserung der eigenen Ernte, zurück. Karte 1 vermittelt einen Einblick in die Bodenverteilung, wobei zu bemerken ist, daß das Gras- und Weideland mit zum landwirtschaftlich genutzten Boden zählt und im Gebirgsland den Hauptanteil darstellte.

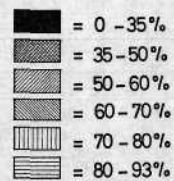
Bis zur Einführung von Maschinen waren zur Bewältigung von Ernte- und Druscharbeiten sehr viele Arbeitskräfte notwendig. Der Bedarf steigerte sich mit der Anbaufläche. Da bis zur Industrialisierung, die in den Sudetenländern um die Jahrhundertwende massiert einsetzte, am flachen Land außer Waldarbeit die Be- schäftigung in der Landwirtschaft die einzige Erwerbsmöglichkeit war, gab es genügend Arbeitskräfte. Wo solche mangelten, half man sich zur Zeit der Ernte

¹⁹ Trübner III, 144.

²⁰ Ebenda II, 131 sub voce „Ehe“.

²¹ Ebenda II, 56.

landwirtschaftlicher Boden



Karte 1



gezeichnet nach: Atlas Republiky Československé
Praha 1925, Karte 27

mit Wanderarbeitern, die gewöhnlich alljährlich zum gleichen Bauern zurückkehrten. Die Entlohnung bestand früher zum großen Teil aus Naturalien. Seit der Jahrhundertwende wurden Dienstboten knapp und waren nach dem Ersten Weltkrieg Mangelware. Grund und Ursache waren, abgesehen von der im Sommer längeren Arbeitszeit, die fehlenden Aufstiegschancen. Ganz abgesehen davon, daß die Dienstboten bis 1920 zur Verehelichung einen behördlichen Ehekonsens benötigten, der von einem gewissen Geldvermögen oder Grundbesitz abhängig gemacht wurde, war es für einen Arbeiter viel leichter, ins Bürgertum überzuwechseln als für einen Landarbeiter oder Dienstboten, der meist weder Familie noch Haus besaß.

Die sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts auch in den Sudetenländern anbahnenden Tarifbestimmungen, die Arbeitszeit, Lohn, Kost, Wohnung, Altersversorgung usw. amtlich regelten, und nach dem Ersten Weltkrieg voll zum Durchbruch kamen, verdrängten die alten Gesindetermine, die landschaftlich abgestuften Zeiten der Dingung, den Zeitpunkt für Dienstan- und -austritt mit ihrem überkommenen Brauch, die alten jährlichen Zahlgewohnheiten und Brauchgaben, sie beendeten aber auch endgültig die Muntgewalt des Herrn und das patriarchalische Zusammenleben. Aus dem hausangehörigen Dienstboten, der bisher im Rahmen der Familie gelebt und gewirkt hatte, wurde ein bezahlter Angestellter, aus den hofangehörigen Mietsleuten Mieter, die sich für Geld verdingten. Die ländlichen Dienstboten, die nun ihre geheizte Stube hatten, wurden in die gesellschaftliche Isolierung gedrängt, die umso fühlbarer wurde, je mehr sich ihre Zahl durch den Einsatz von Maschinen reduzierte.

Die Bauernarbeit war früher voll und ganz auf Handarbeit eingestellt und benötigte besonders zur Zeit der Ernte und des Drusches sehr viele Hände. In mittleren und großen Betrieben konnte der Bedarf durch die Familienangehörigen nicht gedeckt werden. Es wurden daher mindestens drei männliche und drei weibliche Dienstboten eingestellt, unter denen sich im Laufe der Zeit eine fein ausgebaute Dienstbotenhierarchie herausgebildet hatte. Die Arbeitsbereiche der einzelnen Dienstboten waren gegeneinander abgegrenzt, jeder kannte seine Pflichten und seine Rechte und wachte über deren Einhaltung.

Der männliche Dienstbote wurde im gesamten sudetendeutschen Sprachraum mit *Knecht*²² bezeichnet. In den Städten und Städtchen, die bis zum Ersten Weltkrieg noch Bürgerbauern kannten, die Landwirtschaft nur für den eigenen Bedarf und zur Fütterung ihrer Pferde betrieben, findet sich die Bezeichnung *Kutscher*, der die anfallenden schweren Arbeiten, vor allem das Pflügen und Bestellen der wenigen Felder, meist mitversah.

Der Bezeichnung *Magd* für die weibliche Arbeitskraft im nördlichen sudetendeutschen Sprachbereich steht die *Dirn* im Böhmerwald, in Südmähren einschließlich Neuhauser Sprachzunge und in den Sprachinseln von Budweis, Iglau, Brünn, Wischau und Olmütz gegenüber²³. Daneben finden sich in Nordböhmen und im Kuhländchen noch Reste einer ehemals wohl weiter verbreiteten Bezeich-

²² Kühnel 42.

²³ Ebenda 43 und Karte 8.

nung *Mensch* (dazu Pl. *Menscher*)²⁴. Alle diese Bezeichnungen haben im Laufe der Zeit wie die Kollektivbezeichnungen Gesinde usw. (siehe oben S. 248) eine Abwertung, Proletarisierung des Wortinhaltes erfahren²⁵. Diese Bezeichnungen dürften früher auch allgemein für die Söhne und Töchter der Bauern üblich gewesen sein, wie aus Restformen hervorgeht. Sie sprechen für deren einstigen Wertinhalt. Die Deminutivform *Dirndl* wird im oberdeutschen Raum noch heute am Lande zur Bezeichnung von Mädchen benützt und hat nichts Abwertendes. Im gleichen Sinn wurde *Magd* in den umgangssprachlichen Deminutivformen *Mägdlein* = *Mädel* und *Mädchen* zur Allgemeinbezeichnung von jungen Mädchen. Im bäuerlich-mundartlichen Bereich des nördlichen Sudetengebietes finden wir die Entsprechungen für *Magd*²⁶ mitunter auch als Allgemeinbezeichnung. Daneben war in kleinbäuerlichen Kreisen, die das Wort *Mensch* für *Magd* kannten, diese Bezeichnung auch für Eigenkinder üblich.

Die Bezeichnung *Knecht* allgemein auch für Bauernsöhne hatte sich nur in der Iglauer Sprachinsel gehalten.

Die *Rangordnung*, die sich dort, wo mehrere Diensthofen beschäftigt waren, bis zum Ersten Weltkrieg erhalten hatte, läßt deutlich erkennen, daß sich das bäuerliche Leben in überlieferten Ordnungen abgespielt hat. Das Zusammenarbeiten mehrerer Diensthofen gewährleistete eine vorbildliche Arbeit, da sie Raum zum Wettstreiten ließ und jeder seine Ehre darsetzte, gute Arbeit zu leisten. Sie brachte es darüber hinaus aber auch mit sich, daß einer den anderen beaufsichtigte. Arbeit in Gesellschaft war weniger eintönig und wurde nicht selten von Scherz und Lied begleitet, das heute vollkommen fehlt.

Die meisten Bauern hatten: einen

Groß- auch *Alt-* oder *Pferde-/Roß-knecht*²⁷, *Klein-* auch *Jung-* oder *Ochsenknecht* genannt, einen *Hüter* (Hütbub, Kühjungen, Ochsenjungen), *Hirten* oder *Halter*,

eine

Groß- auch *Alt-* oder *Stall-magd / dirn*, *Klein-* auch *Jung-* oder *Haus-/Stuben-magd / dirn*, *kleine Mädl*, *Kucheldirn-Kindsdirn*, im Schönhengst *Hütschenmoad* (hutschen/hütschen = wiegen) genannt.

Altknecht, Altmagd und Jungknecht, Jungmagd sind die Bezeichnungen im sprachschlesischen Raum. Die übrigen Bezeichnungen nennen den Bereich, den sie zu betreuen hatten. Dabei fällt die Bezeichnung *Ochsenknecht* für den Klein- oder Jungknecht im gesamten sudetendeutschen Sprachgebiet auf, über dem der

²⁴ E b e n d a.

²⁵ Trübner: sub voce: „Knecht“ IV, 197; „Magd“ IV, 528, „Mädchen“ 529; „Dirn“ II, 61; „Mensch“ IV, 608.

²⁶ Kühnel 43 f.

²⁷ Pferd: Roß siehe dazu: Sudetendeutsches Wörterbuch, Frageliste 8, Frage 1. — Schwarz, Ernst: Sudetendeutscher Wortatlas. München 1954, Bd. 1, S. 28 und Karte 20.

Pferde- bzw. Roßknecht stand, wodurch dokumentiert wird, daß die Ochsen nicht als Zugtiere gehalten wurden. In den Bauernwirtschaften wurden früher vielmehr nur soviel Kühe gehalten, daß der Eigenbedarf an Milch, Quark, Butter, Butterschmalz bzw. Rinderschmalz²⁸ gedeckt werden konnte. Jeder größere Bauer hatte damals mindestens sechs Ochsen in seinem Stall stehen, von denen er jährlich die größten und stärksten als Fleischvieh verkaufte. Erst als die Milch besonders in den stadtnahen Gebieten in großen Mengen abgesetzt werden konnte, ging man von der Ochsen- zur Kuhhaltung über, wodurch dann oftmals der Kleinknecht durch eine weitere Magd ersetzt wurde.

Der *Großknecht* genoß am Bauernhof eine Vertrauensstellung. Wenn er sich mit dem Bauern verstand, was meist der Fall war, dann beriet sich der Bauer mit ihm. War der Bauer abwesend, hatte der Großknecht Befehlsgewalt, meist auch über die Bauernkinder, vor allem die männlichen. Bei Feldarbeiten hatten ihm auch die weiblichen Dienstboten zu gehorchen. Eine ähnliche Beziehung bestand zwischen Bäuerin und Großmagd. Dem Großknecht unterstanden die Pferde, das Fuhrwerk, Ackergeräte und Maschinen, sobald welche vorhanden waren. Zur Arbeit des Großknechtes gehörten das Schälen des Ackers, das Grobpflügen, das Eggen und das Walzen. Säen und Pflughalten bei der Bestellung war, solange es keine Maschinen gab, meistens Sache des Bauern selbst. Im südlichen Böhmerwald zerschnitt der Großknecht das Brot für die Suppe, was in anderen Gegenden das Vorrecht der Magd war. Wenn von der Bäuerin zum Essen gerufen wurde, war der Großknecht als erster zur Stelle und begann mit dem Gebet, die anderen kamen nach und nach und setzten sich in der üblichen Rangordnung zu Tisch. Er steckte nach dem Bauern gewöhnlich zuerst den Löffel in die Suppe und gab damit das Zeichen zum Essen. Er stand aber auch zuerst vom Tisch auf. Um die Jahrhundertwende bestimmte im Böhmerwald (Pfeffersschlag/Prachatitz) der Großknecht eines Hofes noch, wer wohin gehen durfte. Am gewöhnlichen Feierabend hatten die Jugendlichen außer Haus nichts zu suchen.

Großknecht und Großmagd waren für bestimmte Arbeiten verantwortlich.

Im Böhmerwald, wo sich die alten Gepflogenheiten länger halten konnten, hatte die *Großmagd* am Samstagnachmittag frei zum Aufräumen. Sie hatte sich um den Kuhstall zu kümmern. Aus dem Böhmerwald und aus dem südlichen Nordmähren liegt die Meldung vor, daß die Großmagd dem Knecht das Bett zu machen hatte, was wohl viel weiter verbreitet war. Dafür kaufte er ihr am Herbstjahrmarkt einen Wachsstock, den er im Strohsack versteckte²⁹. War im

²⁸ Rinderschmalz = Butterschmalz. Verbreitung siehe Sudetendeutsches Wörterbuch, Frageliste 87, Frage 53.

²⁹ Die älteste Strohunterlage zum Schlafen im Bett war so gestaltet, daß das Bettgestell nach unten kastenartig geschlossen war. Diesen Kasten füllte man mit Stroh, auf das man zuerst das sog. Strohtuch, ein grobes Gewebe, und sodann das Leintuch legte. Das Stroh konnte leicht immer wieder gelockert und eben gemacht werden. Die nächste Entwicklungsstufe war die, daß das Stroh in eine Strohsackumhüllung gefüllt wurde, die aber auf der oberen Mitte einen übereinanderlappenden Schlitz hatte, damit man hineingreifen und das Stroh immer wieder aufschütteln und ordnen konnte. Das Verstecken in den Strohsack hatte den Zweck, daß die Magd das Stroh fein säuberlich durchschütteln mußte, wenn sie das Geschenk finden wollte.

Haus eine Kindstaufe, so war es im Böhmerwald das Recht der Großmagd, das Gebackene anlässlich des Vorgangs der Wöchnerin nach sechs Wochen zu den Frauen zu tragen, die der Bäuerin ins *Woisat*³⁰ = Weiset mhd. *wîsât / wîset* Geschenke gebracht hatten. Die Magd übergab Krapfen, Striezel, Gugelhupf und Kolatschen = Kuchen in einem weißen Tuch, in dessen einen Zipfel die Empfängerin ein Geldstück einband, das der Magd gehörte.

Der *Kleinknecht* hatte sich um die Ochsen zu kümmern und wurde für leichtere Arbeiten eingesetzt. Besonders beim Flegeldrusch hatte er seine ganz bestimmten Arbeiten zu verrichten, wegen derer er landschaftlich unterschiedlich benannt wurde. Darüber aber an anderer Stelle mehr. Zu den Arbeiten des Kleinknechts gehörte das Menen (mhd. *menen*) = das Treiben und Führen des Viehs beim Ackern.

Die *Kleinmagd* hatte der Bäuerin beizustehen, das Kleinvieh zu versorgen und im Haus zuzugreifen, wo es notwendig war. Während der Erntezeit ging sie auch mit aufs Feld.

Zum *Hüten* des Viehs wurden entweder schulentlassene Buben, manchmal auch Mädels, eingestellt oder aber auch größere Schulbuben. In selteneren Fällen waren es Personen, die sonst nicht einsatzfähig waren. Die Entlohnung bestand aus der Kost und einem kleinen Taschengeld. Später hüteten auch Bauernkinder ab dem 8. Lebensjahr.

Zum *Betreuen* der Kleinkinder wurden schulentlassene Mädchen oder auch ältere Schulmädchen angestellt. Die *Kindermädels* waren die gesuchtesten Kräfte und wurden auch dort eingestellt, wo sonst keine Dienstboten im Haus waren, damit eine volle Arbeitskraft frei wurde.

Die *Beschaffung* von Dienstboten war vor der Industrialisierung der Sudetenländer, die, wie die Statistiken ausweisen, einen hohen Geburtenüberschuß hatten, nicht allzu schwierig. In den meisten Dörfern gab es neben großen und mittleren Bauern bäuerliche Kleinbetriebe, die ihre Entstehung zumeist der sehr stark entwickelten Meierhofwirtschaft in den Sudetenländern verdankten³¹, sowie Häusler, die nach zeitgemäßer Nomenklatur als landwirtschaftliche Nebenerwerbssiedlungen zu definieren wären. Die Besitzer solcher Betriebe waren zumeist sehr kinderreich, so daß sie immer wieder durch den Nachwuchs überzählig gewordene Arbeitskräfte als Knechte und Mägde abgeben konnten. Aber auch in großen und mittleren Betrieben wurden mitunter solche frei, wenn bei der Hofübergabe an den Hoferben unverheiratete Geschwister oder sonstige Verwandte nicht mehr bleiben wollten. Ein großes Reservoir an Arbeitskräften stellten die Gebirgsgegenden trotz der dort zeitig einsetzenden Industrialisierung. Dazu kamen die Kinder der Mietsleute, die bereits Hofangehörige waren. Da ein Verdingen über den Gerichtsbezirk hinaus einer behördlichen Erlaubnis bedurfte, waren die Dienstboten fast alle aus der näheren Umgebung, meist aus dem Ort selbst. In der Budweiser Sprachinsel, in der Neuhauser Sprachzunge und in den nahe der Sprachgrenze gelegenen Orten hatten um die Jahrhundertwende, als die deut-

³⁰ Schmeller II, Spalte 1027 f.

³¹ Kühnel 32 ff.

schen Dienstboten knapp wurden, da sie in die Städte oder Fabriken abwanderten, Tschechen aus dem weiten Hinterland die frei gewordenen Stellen eingenommen. Übereinstimmend dazu sind die Kommentare aus den verschiedenen Gegenden, die besagen: die tschechischen Arbeitskräfte waren fleißig, arbeitsam und willig. Sie schätzten beim deutschen Bauern die bessere Kost, Ordnung, Pünktlichkeit, Sauberkeit und Einhaltung der Arbeitszeit. Durch die Verschärfung der nationalen Gegensätze nach der Gründung der Tschechoslowakischen Republik 1919 und die einsetzende Unterdrückung des Deutschtums hörte die Einstellung tschechischer Dienstboten in deutschen Bauernbetrieben auf. Sie setzte nach 1939 wieder ein. Brauchte der Bauer oder die Bäuerin neues Dienstpersonal, so brauchten sie früher nicht weit zu gehen.

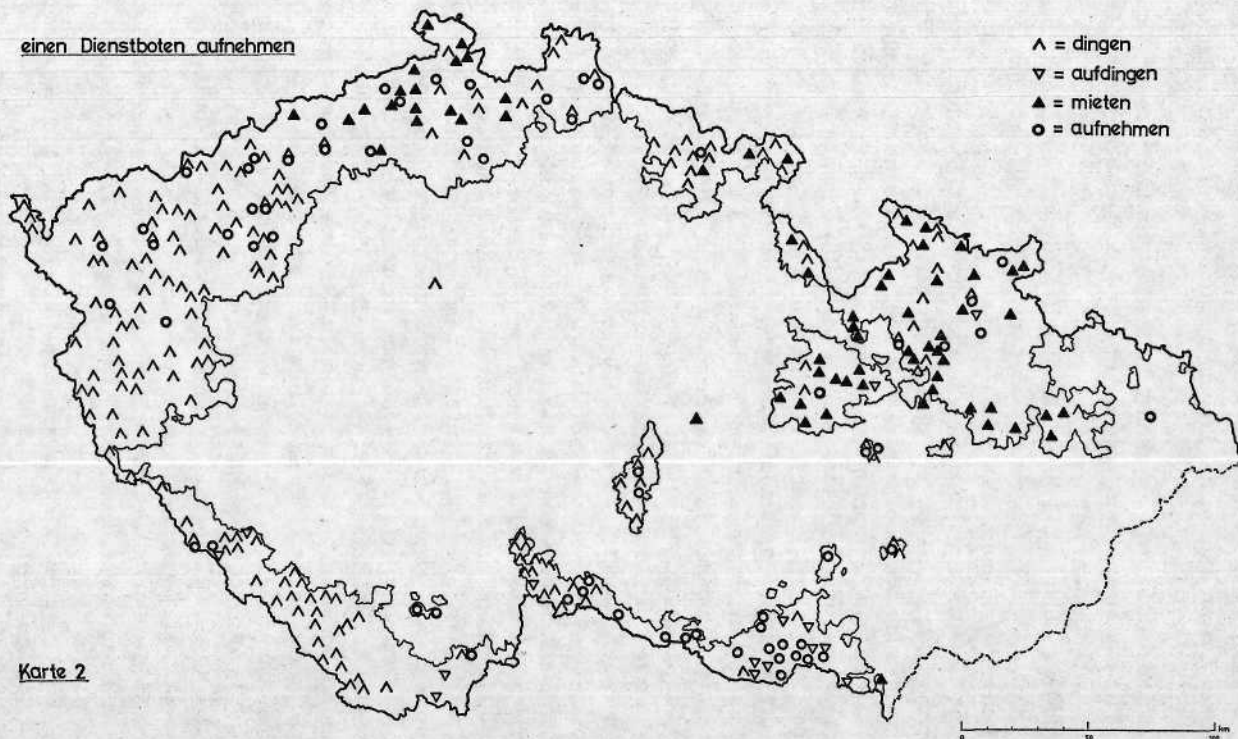
Darüber hinaus war es aber früher auch an verschiedenen Markttagen Brauch, daß Dienstboten gedungen wurden bzw. daß Dienstboten, die eine Anstellung suchten, sich auf diesem Markt zum Dienst anboten. Verschiedentlich wurden noch einige *Gesindemärkte* von den Gewährsleuten genannt. In Budweis kamen im Herbst nach dem Gottesdienst die Dienstboten in der sog. Gesindelaube am Budweiser Ringplatz bei der Sonntagsvormittagspromenade zusammen. Dort erfuhren sie, wo freie Stellen in der Sprachinsel waren, und gingen dann an einem freien Sonntag dorthin fragen. In der Neuhauser Sprachzunge fand das Dingen in Neuhaus oder in Neubistritz im Herbst nach dem Kirchgang am Stadtplatz statt. Am Thomasmarkt in Sonnberg (Gratzen) war gleichzeitig auch Gesindemarkt. Aus Pfefferschlag (Prachatitz) wird mitgeteilt, daß im Böhmerwald an Markttagen im Herbst auch Gesindemarkt war. Auch in der tschechischen Stadt Schweinitz holte man sich aus der Gegend um Gratzen seine Dienstboten beim Markttag. Wer im Bezirk Zlabings noch keinen Dienstboten bzw. noch keinen Posten hatte, versuchte es am Dreikönigsmarkt in Zlabings. In Feldsberg bei Lundenburg in Südmähren war an den vier Markttagen vor Weihnachten und Ostern, nach Pfingsten und im September gleichzeitig auch Gesindemarkt. In der Umgebung von Görkau in Nordböhmen galten der dortige Martinimarkt wie in Nebosedl (Luditz) der Bornkindlmarkt vor Weihnachten als Gesindemarkt.

Frühzeitig hören wir in Urkunden von Dienstbotenvermittlungsstellen³², die aber wohl meist für städtisches Gesinde gedacht waren, bzw. von privaten Vermittlern. Seit der Verknappung der Dienstboten befaßten sich auch in den Sudetenländern Männer und Frauen nebenamtlich oder privat mit der Vermietung von Dienstboten gegen Entgelt, das bei den Bauern meist aus Naturalien, beim Gesinde aus Geld bestand. Als Bezeichnung für diesen Berufszweig finden sich in den Sudetenländer: im Ascherzipfel der/die *Dienstausmacher(in)*, in den Bezirken Kaaden, Podersam, Saaz, Mähr.-Schönberg, Mähr.-Kromau der/die *Zurater(in)*, im Adlergebirge, in den Bezirken Jauernig, Weidenau, Zuckmantel, im Friesetal und im Schönhengst der/die *Vermieter(in)*, in Unterheinzendorf die *Moadmitern* = Magdmieterin. Die Bezeichnung deckt sich in diesen Gebieten mit

³² So schuf Kaiser Joseph II. mit Hofdekret vom 20. September 1788 ein unter Aufsicht des Wiener Magistrats stehendes Dienstbotenamt, das aber 1791 bereits wieder aufgegeben wurde (Morgenstern 68).

einen Dienstboten aufnehmen

- △ = dingen
- ▽ = aufdingen
- ▲ = mieten
- = aufnehmen



Entwurf: Dr. Wolf-Berones

der Wortwahl *mieten* bzw. *sich vermieten* für *dingen* bzw. *sich verdingen* (siehe Karte 2). Ansonsten und mitunter auch neben den bereits genannten Benennungen ist der/die *Vermittler(in)* im ganzen Raum üblich.

Die Vermieter erhielten den *Mietgroschen*, in Nordböhmen die Vermittler das *Kuppelgeld*. Aus Mödritz in der Brüner Sprachinsel ist für das Entgelt die Bezeichnung *Zaseles* (zu jiddisch *Sarsur*, *Sarser* = Unterhändler, Zubringer, Kuppeler³³ bzw. jiddisch *Sasseres*³⁴ = Lohn, Trinkgeld) gemeldet, was die Vermutung zuläßt, daß sich dort jüdische Viehhändler oder Hausierer nebenbei mit Gesindevermittlung befaßten.

Der mittlere Böhmerwald kennt den Begriff *Zalgaib*³⁵ = Zeilen gehen, was soviel bedeutet, wie Besuch machen, aber auch sich in der Nachbarschaft nach einem freien Posten umhören.

Wie die Überlieferung lehrt, wurden die bäuerlichen Dienstboten schon aus Zweckmäßigkeitsgründen auf ein ganzes Jahr gedungen. *Dingen*, in Südmähren und z. T. im südlichen Böhmerwald *aufdingen*, gilt, wie Karte 2 zeigt, für den ganzen sudetendeutschen Sprachraum, es wird nur in Nordböhmen, wo es Dienstboten gab, und in Nordmähren-Schlesien inklusive Schönhengst und Kuhländchen durch das Wort *mieten* abgelöst. Daneben findet sich verstreut über das ganze Gebiet der neuere Wortgebrauch *aufnehmen*, dessen starke Verbreitung in Ost-südmähren, das stärkstens unter dem Einfluß von Wien stand, besonders auffällt.

Beim *Dingen* wurden Lohn, Sachlohn und sonstige Bedingungen, wie sie in der Gegend üblich waren, ausgehandelt. Waren es junge Leute, die eingestellt werden sollten, so trafen der Bauer oder die Bäuerin die Absprache mit den Eltern. War man sich einig geworden, wurde das Dingen mit einem *in Gotts Namen* und Handschlag abgeschlossen. Einen schriftlichen Vertrag gab es nicht. Ähnlich wie bei einem Verkauf oder einer Verlobung folgte nun auch die Übergabe eines Handgeldes und wohl früher auch ein Umtrunk bzw. eine Bewirtung, um den Rechtsakt, denn um einen solchen handelte es sich ja, zu bekräftigen. Es war Brauch, auf das Handgeld zu spucken, ähnlich wie dies beim Kauf oder beim erstverdienten Geld getan wurde³⁶. Karte 3 zeigt uns die Synonyma für das Handgeld. Dem *Draufgeld* in Nordböhmen steht im Böhmerwald und in Südmähren das *Drangeld* gegenüber. In Nordmähren-Schlesien ist es der *Mietgroschen* und im Schönhengst der *Dienstgroschen*, der auch in Westböhmen noch vereinzelt zu finden ist. Statt -groschen findet sich manchmal schon -geld. Ins südliche Westböhmen herein reicht wohl von der Oberpfalz das Häftelgeld *ma. Häftlgeld*. Im ostfränkisch-böhmischen Gebiet sind noch einige wenige Belege von *Dinggroschen* / -geld zu finden. Als wohl neue Bezeichnung erscheint das *Angeld* verstreut über das ganze Sprachgebiet.

Aber auch Reste des alten *Umtrunks* sind noch zu finden (siehe unten Seite 267).

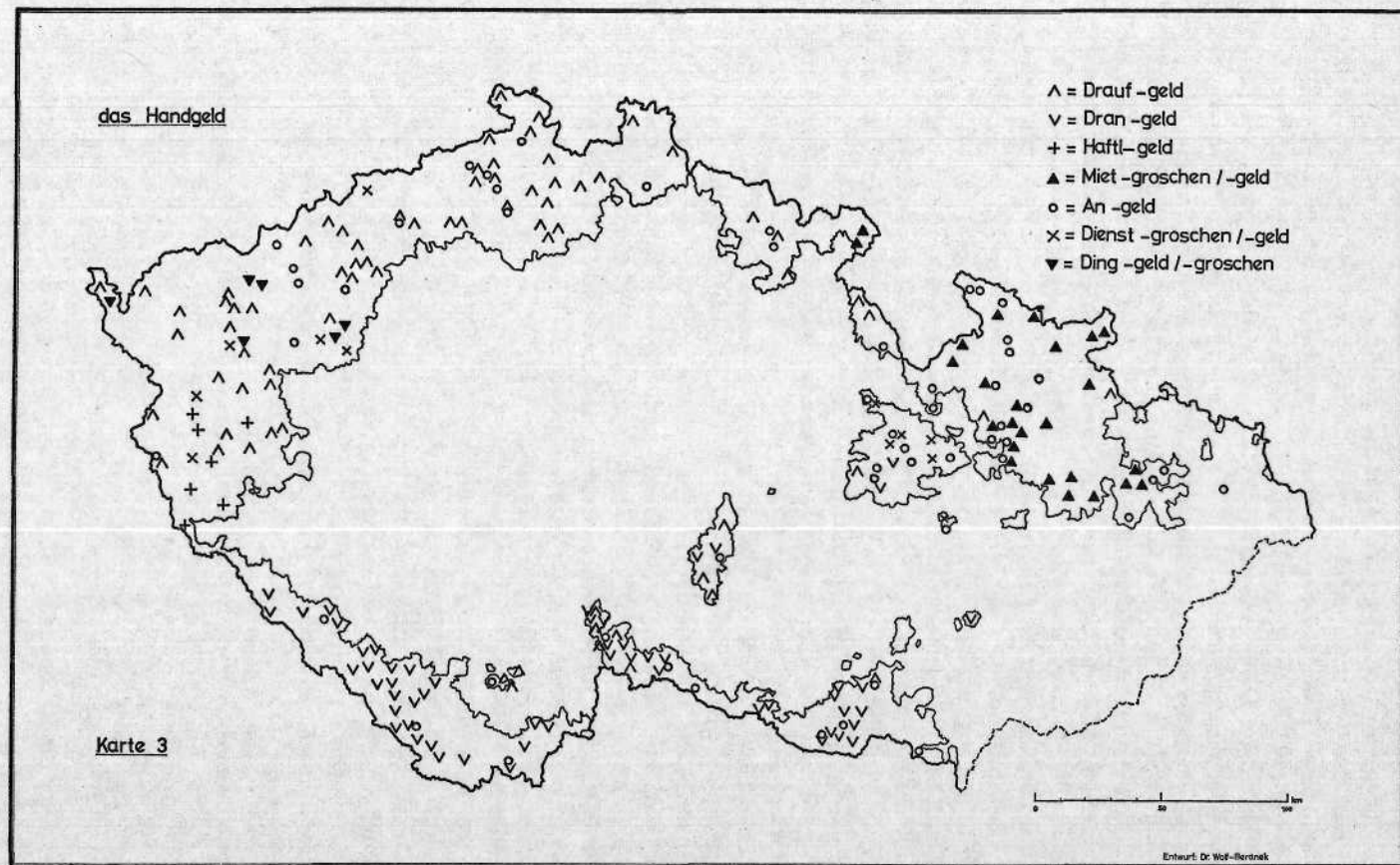
Seit der Dienstbotenordnung von Kaiser Joseph II. 1784 mußten die Dienst-

³³ Avé-Lallemant, Friedrich Christian Benedict: Das deutsche Gaunerthum. 4 Bde. Leipzig 1858—1862, hier Bd. 4, S. 420.

³⁴ Wörterbuch der jiddischen Geschäfts- und Umgangssprache. Nürnberg o. J., S. 38.

³⁵ Schmeller II, Spalte 1113.

³⁶ Eder 133.



boten bei ihrem Dienstantritt dem Dienstherrn ihr Dienstbuch (siehe oben Seite 247) übergeben. In dieses waren Dienstdauer und ein Dienstzeugnis einzutragen. In manchen Gemeinden scheint es Vorschrift gewesen zu sein, daß die Dienstbücher beim Gemeindevorsteher hinterlegt werden mußten, so Luken (Dauba).

Hatte ein Dienstbote das Handgeld angenommen, so war er verpflichtet, zum Termin seinen Dienst anzutreten. Es kam aber auch vereinzelt vor, daß das Handgeld zurückgegeben wurde. Die Rückzahlung des Handgeldes, die einer Aufhebung eines Rechtsaktes gleichkommt, scheint rechtlich nicht überall gleich durchgeführt worden zu sein. Für Luken (Dauba) wurde berichtet, daß für die Rückbringung des Handgeldes eine Frist von vier Wochen vor dem Dienstantritt galt, während in Mähren aus Dittersdorf, Pirnik (Mähr.-Neustadt) und Bodenstadt (Mähr.-Weißkirchen) eine solche von sechs Wochen angegeben wird. Wollte ein Bauer das Handgeld nicht zurücknehmen, entschied der Gemeindevorsteher, selten das Gericht. Interessant sind die Angaben aus Nordmähren-Schlesien (Friedeberg/Weidenau; Deutsch-Liebau / Mähr.-Schönberg; Waltersdorf / Fulnek; Pinkaute / Mähr.-Neustadt), wonach das Handgeld, wenn es angenommen worden war, im Falle des Nichtantritts der Dienststelle in doppelter Höhe zurückgegeben werden mußte. Vielleicht war das der Grund dafür, daß dort zu Lichtmeß (2. Februar) — da war das Handgeld abgedient, denn es betrug die Höhe eines Monatsgehältes — die Stellung ohne weitere Kündigung bei Nichtgefallen gewechselt werden konnte.

Beim Dingen wurde der *Lohn* ausgehandelt. Er galt früher für Jahre. In den letzten Jahrzehnten wurde er von Jahr zu Jahr, auch wenn das Gesinde blieb, neu vereinbart. Der Dienstbote hat seit alters Anspruch auf einen gerechten Lohn, der pünktlich ausgezahlt werden muß. Auch bei einem Konkursverfahren haben Lohnforderungen Vorrang. Gefordert wurde dagegen pünktlicher Dienstantritt. Die Entlohnung richtete sich nach landschaftlichen Gepflogenheiten und bestand in den meisten Orten bis zur Jahrhundertwende, in entlegenen Orten bis zum Ersten Weltkrieg, im Böhmerwald bis 1938 aus Geld- und Sachlohn bzw. Naturalien.

Um 1858 erhielten im Egerland nach John³⁷ ein Knecht 20 und eine Magd 12 Gulden in Scheinen³⁸. Dann stieg der Barlohn wesentlich an, die Sachleistungen nahmen dagegen ab. Um die Jahrhundertwende betrugen die Löhne nach den Mitteilungen der Gewährsleute, die für alle sudetendeutschen Gebiete gleichlautend mitgeteilt wurden, für einen Großknecht jährlich 100 bis 120 Gulden, für eine Großmagd 80 bis 100 Gulden. Kleinknechte, soweit es solche noch gab (siehe

³⁷ John 238.

³⁸ 1762 wurden in Österreich die ersten Bankozettel ausgegeben, die bis 1792 auf Wunsch von der Wiener Stadtbank, die zugleich Staatsbank war, in voller Höhe gegen Metallgeld umgetauscht wurden. Nach dem Staatsbankrott 1811 wurden die Bankozettel auf ein Fünftel herabgesetzt und gegen Einlösungsscheine ausgetauscht, die erst 1858 bei der Einführung der österreichischen Währung im dekatischen System, auch Neugeld genannt, endgültig eingezogen und eingelöst wurden. Zum Unterschied des alten Gulden, der 60 Kreuzer hatte, zerfiel der neue Gulden, der zunächst in Papiergeld = Scheine ausgegeben wurde, in 100 Kreuzer. „In Scheinen“ will sagen, in neuer Währung.

oben Seite 253), erhielten 60—80 Gulden und Kleinmägde 50—70 Gulden. Lediglich im südlichen Böhmerwald war die Bezahlung geringer. Hier erhielt ein Knecht 80 Gulden und eine Magd 60—70 Gulden. Das mag wohl damit zusammenhängen, daß die bäuerlichen Dienstboten im anschließenden Oberösterreich nach allgemeiner Mitteilung noch schlechter bezahlt waren.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde nach dem Tarif bezahlt. Naturalleistungen fielen weg. Ein Knecht hatte 3 000 und eine Magd 2 000 Kronen tschechoslowakischer Währung jährlich. Auch dann war der Lohn im südlichen Böhmerwald viel geringer. Ein Knecht erhielt 700 bis 900 und eine Magd 500 bis 700 Kronen jährlich. Dafür hatten sich hier die Sachleistungen bis 1938 erhalten.

Der *Sachlohn*, so vor allem in der Neuhauser Sprachzunge benannt, hatte noch folgende Synonyme: die *Zugabe* im Schönhengst, das *Gedingte*, *Eingedingte* oder *Ausgedingte* vor allem in Westböhmen und von dort nach Nordböhmen und in den Böhmerwald hinüberreichend, das *Jahrgewand* oder *Gewand* und das *Jahrzeug* oder *Zeng* vor allem im Böhmerwald und westlichen Südmähren, die *Zugehörung* u. ä. bzw. *Zubehör* u. ä. vereinzelt noch um Petschau, Luditz, Prachatitz und Kaplitz, gehäuft im Zlabinger Ländchen, sowie die *Zubesserung* in Ostsüdmähren.

Dieser Sachlohn bestand für alle Gebiete ziemlich gleichbleibend für die Knechte aus 2—4 Hemden, 2—4 Schürzen und Stoff für einen Werktags- bzw. Sonntagsanzug. Die Mägde erhielten ein Stück Leinwand, ein Stück Bettzeug³⁹ und Stoff für ein Kleid, später an Stelle der Leinwand 2—4 Hemden und 2—4 Schürzen. Dieser Sachlohn wurde früher bei der Lohnauszahlung übergeben. Seit sich in den Sudetenländern mit der Ausbreitung des Christbaums seit 1850 auch die Bescherung der Kinder am Morgen des 25. Dezember und späterhin am Abend des 24. Dezember eingebürgert hatte⁴⁰, wurde den Dienstboten bei dieser Gelegenheit auch der Sachlohn übergeben. Früher gehörten zu den Sachleistungen für die Magd auch eine Rupfe Gansfedern und die Aussaat einer bestimmten Menge Leinsamen, dessen Ernte ihr gehörte. Allerdings hatte sie das Land in ihrer Freizeit zu pflegen. In Lissowitz (Wischauer Sprachinsel) hatte eine Magd, wenn sie zehn Jahre bei einem Bauern im Dienst war, Anspruch auf ein Kopfkissen, das mit 2 1/2 kg geschlissenen Gansfedern gefüllt war.

Darüber hinaus wurde der Sachlohn durch *Geschenke* ergänzt, die nach dem Abschluß größerer Arbeiten wie Heuernte, Schnitt, Drusch, Lein- oder Hanfbrechen, Hopfen- und Weinernte oder anlässlich größerer Festtage wie Weihnachten, Ostern, Pfingsten, Kirchweih in Form von Gebäcken für den einzelnen bzw. Festessen für die Gesamtheit des Gesindes gegeben wurden. Dazu kamen je nach dem Ausfall der Ernte Getreidegeld und Sachgeschenke wie Schürze, Kopftuch usw. In Gamnitz (Plan) erhielt zur Heuernte jeder Knecht ein neues Hemd und jede Magd einen bunten, neuen Rock und eine Schürze. Diese Kleidungsstücke

³⁹ Ein Stück Bettzeug bestand aus zwei Oberbett- und sechs Kopfkissenbezügen.

⁴⁰ Im Schönhengst und im Böhmerwald wurde der Weihnachtsbaum und damit eine Weihnachtsbescherung erst nach der Jahrhundertwende, zum Teil erst nach dem Ersten Weltkrieg eingeführt. Siehe dazu Wolf-Beranek, Hertha: Das Jahresbrauchtum in den Sudetenländern (in Vorbereitung).

mußten bei der Heuernte getragen werden. In Neu-Gramatin (Ronsperg) bekam der Knecht, der den Leinsamen einlegte, eingeschlagene Eier⁴¹. Beide Geschenke sind volksglaubensmäßig gebunden. Der Anspruch des Gesindes auf zusätzliche Leistungen des Bauern an Gebäck und Brot anlässlich der Feiertage war landschaftlich recht unterschiedlich und hing von der Fruchtbarkeit der Gegend und der üblichen Größe der Bauernwirtschaften ab.

Zum *Fasching* bekam jeder Dienstbote außer seiner Verpflegung eine Anzahl von Krapfen (Riesengebirge). In der Neuhauser Sprachzunge (Obermühl, Deutsch-Moliken) waren es 30 Krapfen pro Dienstbote. In Dürrnfellern in der Budweiser Sprachinsel stellte man jedem Diensten eine Schüssel voll Krapfen auf die Kammer. Ähnlich war es wohl in anderen Gegenden.

Für *Ostern* meldet die Literatur⁴² für Westböhmen und den Böhmerwald: Was die Hühner Ostersonntag gelegt haben, gehörte der Großmagd, Ostermontag der Kleinmagd und Osterdienstag dem Kindsmädl. Diese Bestimmung war anscheinend zu unbestimmt, auch gingen die männlichen Diensten leer aus. Die Gewährsleute gaben für die einzelnen Landschaften ziemlich genaue Zahlen über die Eier an, die den einzelnen Diensten zustanden. Demnach bekamen in Westböhmen und im nördlichen Böhmerwald der Knecht 20, die Großmagd 15, die Kleinmagd 12 und der Hütbub 10 Eier. Im mittleren und südlichen Böhmerwald bekam jeder Dienstbote 20 Eier, in der Budweiser Sprachinsel und in der Neuhauser Sprachzunge waren es je 30 Eier. Aus dem Schönhengst liegt nur eine Meldung aus Ketzelsdorf (Leitomischl) vor, die von einem Schock = 60 Eiern spricht, jedoch ohne jede Aufteilung. Außerdem gab es zu Ostern meist einen Laib Weißbrot, Kuchen oder Gugelhupf. Ebenso zu *Pfingsten* einen Laib Weißbrot.

Zur *Kirchweih* war es überall üblich, daß das Gesinde über seine Verpflegung hinaus einen großen Kuchen oder eine größere Anzahl von Kücheln erhielt, im Böhmerwald *Austeil* genannt.

Zu *Allerheiligen* wurde das Gesinde dort, wo das Backen eines bestimmten Seelengebäckes noch üblich war, mit diesem beschenkt: in Westböhmen mit der *Allerheiligensemmel*, im Böhmerwald und der Budweiser Sprachinsel mit dem *Seelweck* / *Seelenwecken*, in Südmähren inklusive Neuhauser Sprachzunge und vereinzelt in Nordmähren mit dem *Heiligenstriezel*, im Schönhengst und im Kuländchen mit *Armeseelenkrapfen*. Im mittleren Böhmerwald gab es daneben auch *Kranzln*. Alle diese Gebäcke waren zumeist aus weißem Mehl und mit Ausnahme der beiden Letztgenannten in Weckenform und 10 bis 15 cm lang.

Nur in der Neuhauser Sprachzunge gab es auch am *Thomastag* ein Seelengebäck, das die Diensten erhielten, die *Thomasstriezel*⁴³.

Am *Heiligen Abend* bekam jeder Dienstbote sein geflochtenes Striezel, das bis 60 cm lang und 20 cm breit war, und einen Backkorb voll Äpfel, Nüsse und Gebäck.

⁴¹ John 197.

⁴² John 338. — Zaborisky 197.

⁴³ Wolf-Beranek, Hertha: Gestalten der Mittwinter- und Fastnachtszeit in den ehemaligen Sudetenländern. JbODV 14 (1971) 160.

Beim *Dienstaustritt* oder *Urlaub* gab es die vorgesehenen Gaben, die bei diesen Abschnitten behandelt werden.

Von der *Hausschlachtung* bekamen die Dienstboten gewöhnlich auch ihren Teil. Dafür halfen sie fleißig mit beim Wurstn und den sonstigen Arbeiten, die beim Schlachten zusätzlich anfielen.

Im Böhmerwald bekam die Magd für das *Broteneten* zusätzlich zwei Metzen Korn, der Knecht oder der Mietsmann für die Anfertigung der *Backofenbesen* aus Tannenreis jeweils einen *Kehrwischlaib* (schwarzen Laib Brot)⁴⁴.

Eine Eigenheit gab es im nördlichen Nordmähren-Schlesien (Kohlsdorf/Freiwaldau; Lichtewerden/Freudenthal), die darin bestand, daß die Dienstboten je nach Rang wöchentlich ihre Butter zugeteilt bekamen. Im Sommer die doppelte Menge wie im Winter. Aßen sie die Butter nicht auf, hatten sie Anspruch auf das sog. *Buttergeld*. Vielleicht reichte diese Gepflogenheit aus Preußisch-Schlesien herüber.

Wurde vom Bauer ein Stück Vieh verkauft, so sorgte er dafür, daß der/die Stallpfleger(in) des Tieres vom Käufer das *Stallgeld*, in Nordmähren-Schlesien und Nordböhmen das *Schwanzgeld* und im Braunauer Ländchen das *Trankegeld* erhielten. Es betrug früher 50 Kreuzer bis einen Gulden.

Ging die Bäuerin auf Wallfahrt oder auf den Jahrmarkt, so mußte sie an ein *Mitbringsel* / *Mitgebringe* (Kopftuch, Strümpfe, Socken u. ä.) für die Dienstboten denken, denn das gehörte zur Zugabe.

Die Getränke spielten neben dem Essen eine untergeordnete Rolle. Zum Essen wurde meist klares Brunnenwasser getrunken. Bis zur Jahrhundertwende und in vielen Gegenden darüber hinaus gab es zum Frühstück und zum Abendessen Suppe als Hauptmahlzeit. Wo dies nicht der Fall war, trank man Ersatzkaffee. Bohnenkaffee und schwarzer Tee kamen nur zu den ganz großen Feiertagen auf den Tisch. Bei der Ernte gab es in Böhmen manchmal entrahmte oder Buttermilch, selten Bier. In Nordmähren-Schlesien und von dort nach Böhmen herübergreifend kam am Nachmittag auch Schnaps mit aufs Feld (Kartoffel- oder Kornschnaps), in Südmähren gab es in den Weingegenden den Haustrunk.

Es war allgemein üblich, daß den Dienstboten die Wäsche im Bauernhaus gewaschen wurde. Stärken und Bügeln der Hemden war, so wenigstens im Böhmerwald, Sache der Großmagd. Ausbessern und Flickn der Wäsche und Kleidung dagegen mußte besonders ausgedungen werden.

Besonders ausgemacht wurde auch *Sonntagsgeld* für die Versorgung vom Vieh an Sonn- und Feiertagen. Dabei bekamen die Knechte meist Geld, die Mägde aber Gebackenes (Mariahilf/Pohrlitz; Nispitz/Mähr.-Kromau; Giebau/Sternberg). Stellenweise wurde auch ein *Kirchweihgeld* zusätzlich ausbedungen.

Außer diesem Sachlohn und Geschenken wurden früher *Naturalleistungen* ausgemacht, die den landschaftlichen Gepflogenheiten entsprachen. Sie waren meist für die Angehörigen der Dienstboten bestimmt. Die Altersversorgung der ärmeren Bevölkerungsschichten wurde damals noch durch den Kinderreichtum geregelt und hing davon ab. Die Geburten bis ins höchstmögliche Alter der Frauen waren

⁴⁴ Zaborsky 197.

nicht eine unerwünschte Last, sondern ein Segen für die Eltern. Solange ledige Kinder im Dienst waren, und sie ergänzten sich ja immer wieder, war für die Nahrung und meist auch für das Holz der Eltern gesorgt.

In Westböhmen durfte der Knecht vielenorts einen Viertelstrich Hafer für seine Angehörigen oder für sich zum Verkauf anbauen oder es bekamen die Dienstboten, wenn es ausgemacht war, eine bestimmte Menge Getreide für die Angehörigen. Im südlichen Westböhmen, Böhmerwald und Schönhengst bekam der Dienstbote zwei Strich Korn (ein Strich = 75 kg), drei Strich Kartoffeln, eventuell etwas vom Schlachten und Holz, soweit der Bauer selbst Wald besaß. In Dürrnfellern in der Budweiser Sprachinsel bekamen Knechte und Mägde zusätzlich einige Rangel = Furchen, in die sie Frühkartoffeln ansetzen konnten. Der Verkaufserlös gehörte zu ihrem Lohn. Die Kartoffeln wurden dann am Sonntagvormittag — die Geschäfte waren damals sonntags noch offen — in Budweis verkauft. Im Braunauer Ländchen durfte sich jeder Dienstbote am Feld des Herrn einen Kartoffelkorb voll = $\frac{1}{4}$ hl Kartoffeln anbauen und ernten. In Südmähren (Groß-Tajax/Joslowitz) wurden Kartoffeläcker ausbedungen. Dazu kamen fallweise die Überlassung des Gespanns und der Geräte zur Feldbestellung und Ernte, sofern die Eltern ein wenig Feld, aber kein Spannvieh besaßen.

Wie aus dem Gesagten hervorgeht, wurde früher auf die Verpflegung sehr großer Wert gelegt. Sie spielte auch bei den Lohnverhandlungen eine sehr wesentliche Rolle und war meist auch der Grund des Dienstortwechsels. Auf die Unterbringung im Bauernhaus wurde kein besonderer Wert gelegt, sie war auch bis zum Ersten Weltkrieg und stellenweise bis 1938 nie Gegenstand der Gesetzgebung. Nach den überkommenen Gepflogenheiten verbrachte das Gesinde seine Freizeit mit den Herrenleuten gemeinsam in der Stube und zog sich lediglich zum Schlafen zurück.

Die Unterbringung des Gesindes war, obgleich sie einen Teil der Entlohnung darstellte, meist schlecht. Sie hing mit den bäuerlichen Schlafgewohnheiten und vor allem mit den Möglichkeiten, die Grund- und Aufbau der alten Bauernhäuser boten, zusammen. Bauer und Bäuerin nebst Kleinkindern schliefen noch meist in der Stube, und im Stübel die Ausgedingelter. Söhne und Töchter in Kammern, soweit solche vorhanden waren, sonst am Dachboden. Wo die Bauernhäuser stöckig waren, gab es schon mehrere Möglichkeiten. Dort schliefen gewöhnlich auch die Bauersleute am Stock und nicht mehr in der Stube. Die Kammern waren alle nicht heizbar und primitiv eingerichtet. Die der Dienstboten lagen in der Nähe des Stalles oder am Dachboden. Man sorgte dafür, daß die Mägde im Wohngebäude untergebracht waren, während die Knechte oftmals in einem Nebengebäude, meist in der Siedekammer oder im Pferdestall, schliefen. Oft war es im Sommer der Heuboden und im Winter der Stall, wo es schön warm war. Das Wohnen außerhalb des Wohnhauses hatte den Vorteil, daß man beim nächtlichen Nachhausekommen nicht kontrolliert wurde. Im südlichen Böhmerwald, wo sich ein eigener Getreidespeicher, der *Kasten*, entwickelt hatte, war in dessen Halbstock die Knechtekammer untergebracht. Das Bett des Knechts im Pferdestall war im Daubaer Land und in der Iglauer Sprachinsel für mindestens zwei Personen bestimmt und zweistöckig, also übereinander angeordnet. Man nannte es *Palanda*,

dem tsch. palanda = Hängebett, Pritsche zugrundeliegt. Im Schönhengst sowie um Mähr.-Neustadt hing das Bett neben dem Kuh- oder Pferdestall in einem Verschlag an der Decke und war mit einer Leiter zu erreichen. Man nannte dies *Parak*. Auch Mägde schliefen oft auf einem solchen Parak, im Kuhstall, der im Wohnhaus lag. In Heinzendorf im Schönhengstgau hieß eine solche Liegestatt *Preitsch* = Pritsche.

Als nach dem Ersten Weltkrieg auch die Unterbringungsansprüche stiegen, ging man dort, wo im Bauernhaus keine Unterbringungsmöglichkeit war, dazu über, daß Dienstboten, die aus dem Ort waren, nach der Arbeit nach Hause gingen, eine bestimmt nicht immer vorteilhafte Lösung, besonders dann, wenn plötzlich im Stall Hilfe notwendig war. Diese Notlösung war besonders im Saaz-Podersam-Jechnitzer Gebiet üblich geworden.

Die Folge war, daß sich die Bauern auf verheiratete Dienstboten umstellten, die ganzjährig beschäftigt waren, bei denen aber auch die Möglichkeit bestand, daß Frau und Kinder gegen Lohn, Kost und Deputat mitarbeiteten. Da der Verheiratung von Dienstboten nach dem Ersten Weltkrieg nichts mehr im Wege stand, heirateten sie und blieben als Hofangehörige weiter beim gleichen Bauern, wobei Söhne und Töchter die Stellen von Magd und Knecht einnehmen konnten.

Männliche Arbeitskräfte waren, bedingt durch die Industrialisierung, zuerst Mangelware. Man behelf sich dann in den meisten Betrieben mit zwei Mägden. Solche waren noch leichter zu bekommen, da Mädchen, die in der Fabrik arbeiteten, weil sie ihr Geld meist leichter verdienten, aber auch leichter ausgaben, noch in den ersten Jahren nach dem Ersten Weltkrieg in den Sudetenländern nicht sehr angesehen waren. Daher gingen die Mädels vorerst lieber zum Bauern als in die Fabrik.

Auch in den anderen Gegenden des Sudetenlandes mußte man sich umstellen. Mit Maschinen allein war den Bauern nicht gedient. Man besorgte sich Kindermädels aus der schulentlassenen Jugend oder ältere Schülerinnen zur Aufsicht über die Kinder und arbeitete mit Tagelöhnern. Wo es halbwegs möglich war, versuchte man wenigstens eine Magd zu bekommen.

Die Dienstboten blieben früher oft jahrelang bei ein und demselben Dienstherrn. Sie waren meist sehr sparsam, so daß sie sich manchmal ankaufen bzw. einheiraten konnten. Mädchen aus kleineren bäuerlichen Betrieben verdienten sich so die Wäsche und sonstige Ausstattung und besaßen manchmal bei der Hochzeit mehr als eine Bauerntochter aus einem mittleren Bauernbetrieb.

Die *Entlohnung* wurde früher zum Jahresende, d. i. das Dienstjahrende, ausbezahlt, später halbjährig und zuletzt monatlich. Bei der Jahreszahlung war es möglich, daß sich der Dienstbote, wenn er Geld brauchte, gegen Unterschrift in ein geführtes Buch einen Vorschuß herausnahm, der nachher verrechnet wurde. Der Jahreslohn garantierte den Dienstboten, daß sie auch im Winter einen Verdienst hatten.

Kinder, unverheiratete Geschwister und sonstige Verwandte des Bauern dienten meist nur für Kost, Wohnen und eventuell für ein kleines Taschengeld.

Die Dienstbotenordnung Kaiser Josephs II. von 1784, die einen Dienstantritt zu Maria Lichtmeß (2. Februar), dem Beginn des Bauernjahres, vorsah, schrieb

vor, daß die Dienstboten drei Monate vorher zu dinge[n] seien. Nach Könnecke⁴⁵ handelte es sich hierbei um eine alte Gewohnheit, das Gesinde vor Beendigung des alten Dienstes zu dinge[n]. Wie oben bereits angedeutet wurde, blieb es meist bei den alten Terminen und Gewohnheiten.

Um ganz klar zu sehen, müssen wir uns vor Augen halten, daß beim Dienstbotenwechsel mehrere durch Gewohnheit festgewordene Termine eine wesentliche Rolle spielen. Sie sind es denn auch, die die Erstellung von Karten erschweren, besonders dann, wenn sich im Laufe der Zeit Änderungen ergeben haben, wie dies auch in den Sudetenländern der Fall war.

Vorweggenommen soll werden, daß es früher eine arbeitsfreie Zeit für Dienstboten gab, damit sich diese, wie es hieß, ihre Kleider, Wäsche usw. ausbessern könnten. Sie betrug meist acht bis zehn Tage und wurde von der Dienstbotenordnung von 1784 auf drei Tage eingeschränkt. Nach 1848 kam der Urlaub nach und nach überhaupt ab und wurde dann erst wieder tariflich geregelt.

Nach alter überkommener Gewohnheit trat in der Zeit zwischen dem 25. 12. und 6. 1. in der bäuerlichen Arbeit eine Ruhepause ein. Selbst das Futter für das Vieh für diese Zeit wurde in den Sudetenländern bis 1945 bereits vor dem Heiligen Abend geschnitten und vorbereitet. Es ist die Zeit der Zwölf Nächte, die die alte Kirche aus mehreren Gründen, die hier zu erörtern nicht der Platz ist, ebenfalls als weihnachtliche Festzeit anberaumte, was durch die Synode von Tours 567 anerkannt wurde. Diese Regelung galt für ganz Europa⁴⁶ und schrieb für diese zwölf Tage Arbeitsruhe, Fastenfreiheit und wahrscheinlich auch Gerichtsruhe vor⁴⁷. In dieser Zeit ging das Gesinde, das weiter im Dienst blieb, traditionsgemäß zu seinen Angehörigen. Blieben Knecht oder Magd im Ort, dann kamen sie meist das Vieh versorgen. Dafür wurden sie gesondert entlohnt wie auch die Dienstboten, die im Hause des Dienstherrn blieben, aber außer der Versorgung des Viehs während dieser Zeit für sich arbeiteten.

Es wurde versucht, auf Karte 4 die Urlaubszeiten, soweit sie von den Gewährsleuten noch mit Sicherheit angegeben wurden, festzuhalten. Daraus geht hervor, daß in Nordmähren-Schlesien ohne Bistumsland, in der Hotzenplotzer Enklave, in den Bezirken Jägerndorf, Bennisch, Wigstadtl und dem Kuhländchen, aber inklusive Schönhengst, im Adlergebirge, in allen mährischen Sprachinseln inklusive Iglauer Insel, in Südmähren inklusive Neuhauser Sprachzunge und in Südböhmen inklusive Budweiser Sprachinsel eine arbeitsfreie Zeit vom 26. bzw. 27. 12. bis zum 5. 1. am Abend, an dem die Magd das geweihte Wasser zu bringen hatte, bzw. 6. 1., gehalten wurde. Diese Freizeit wurde in Nordmähren-Schlesien, im Schönhengst, in den mährischen Sprachinseln inklusive Iglauer Insel, in Ostsüdmähren und in der Budweiser Sprachinsel insofern eingeengt, als sich dort wohl wegen der Viehversorgung die Regelung durchgesetzt hatte, daß vom 26./27. 12. bis 1. 1. die Knechte und vom 1. 1. bis 5./6. 1. die Mägde Urlaub machten. Die

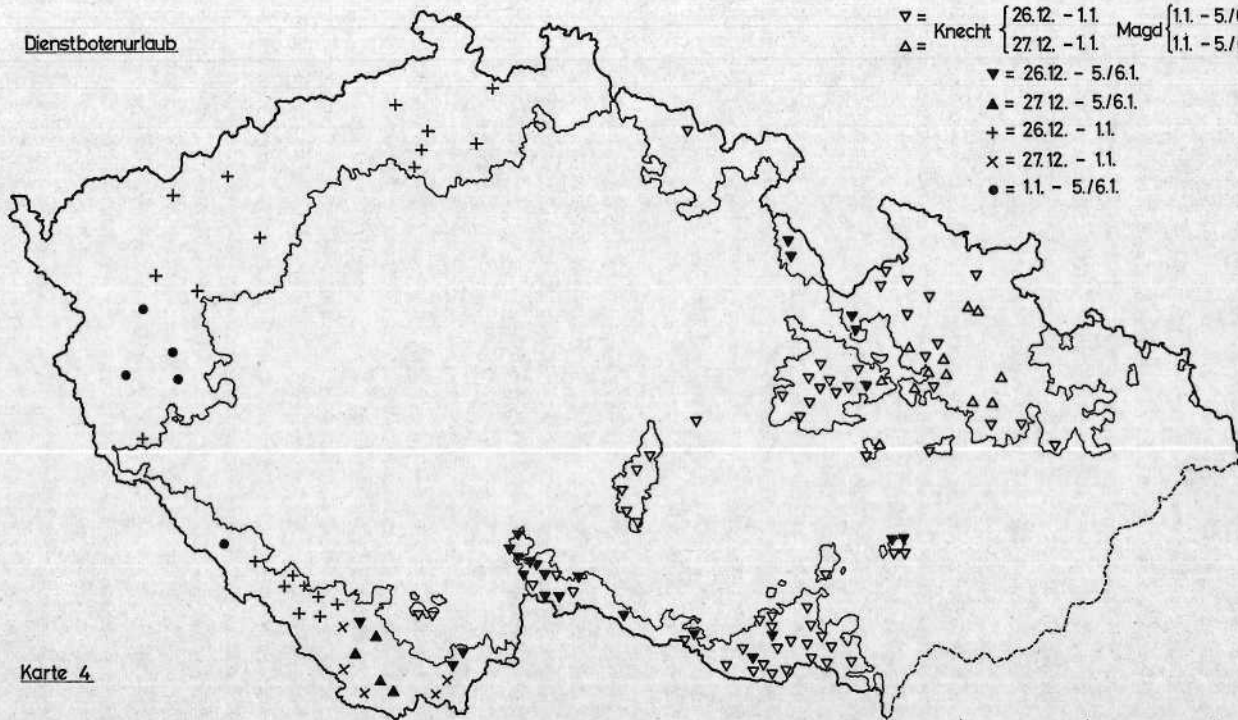
⁴⁵ Könnecke 469.

⁴⁶ Gemeint waren zunächst die christlich gewordenen Länder. Da um den Tag der Wintersonnenwende das germanische Julfest gefeiert wurde, das auch zwölf Tage dauerte, entstanden diesbezüglich beim Vorrücken des Katholizismus keine Schwierigkeiten.

⁴⁷ Wolf-Beranek: Jahresbrauchtum.

Dienstbotenurlaub

∇ = Knecht $\begin{cases} 26.12. - 1.1. \\ 27.12. - 1.1. \end{cases}$ Magd $\begin{cases} 1.1. - 5./6.1. \\ 1.1. - 5./6.1. \end{cases}$
 $\blacktriangledown$ = 26.12. - 5./6.1.
 $\blacktriangle$ = 27.12. - 5./6.1.
 $+$ = 26.12. - 1.1.
 $\times$ = 27.12. - 1.1.
 $\bullet$ = 1.1. - 5./6.1.



Karte 4.

0 25 50 km

Entwurf: Dr. Wolf-Beronek

Wischauer Sprachinsel weist z. B. noch beide Möglichkeiten auf. In Böhmen ist dagegen die Urlaubszeit mit Ausnahme von Südböhmen, der Budweiser Insel und dem Adlergebirge auf die Tage 26./27. 12. bis 1. 1. beschränkt. Lediglich für das südliche Westböhmen und den nördlichen Böhmerwald gilt die Zeit 1. 1. bis 5./6. 1. für das gesamte Gesinde.

Wesentlich differenzierter ist Karte 6, auf der der Termin des Dienstbotenwechsels festgehalten wurde. Es ist meist der Tag des Dienstausstandes, der dort, wo kein Urlaub mehr üblich war, mit dem Dienstantritt zusammenfällt. Mähren zeigt abgesehen von seinem äußersten Norden (siehe Karte 4) und dem Kuhländchen ein verhältnismäßig gleichmäßiges Bild. Die Knechte verlassen überall am 26. bzw. 27. 12. ihren Dienst. In Westsüdmähren inklusive Neuhauser Sprachzunge wandern an diesen Tagen auch die Mägde. In allen anderen oben genannten Gebieten wechseln die Mägde zu Neujahr. Eine Sonderstellung nimmt das Kuhländchen inklusive Wigstadtl ein, wo sich der Dienstbotenwechsel beider Geschlechter am Sylvestertag vollzieht.

Abgesehen von Südböhmen, wo der 27. 12. als Wandertag für Knechte und Mägde galt, zeigt Böhmen auf den ersten Blick ein recht verwirrendes Bild, das dadurch hervorgerufen wird, daß die Gesindetermine zu Martini (11. 11.) in Nordwestböhmen und zu Maria Lichtmeß (2. 2.), der anscheinend vom mittleren Böhmerwald, dem Uhrzeiger folgend, bis nach Sudetenostschlesien gegolten hatte, wenigstens teilweise durch den Stephanstag (26. 12.) bzw. Neujahrstag (1. 1.) ersetzt worden sind. Die Gewährsleute gaben vielmals beide Termine an, wobei sie beim 26. 12. bzw. 1. 1. die Bemerkung „jung“ oder „später“ und bei Martini bzw. Lichtmeß „alt“ oder „früher“ dazusetzten (siehe Karte 6).

Es ist interessant, daß die Karte der Gesindetermine von Österreich⁴⁸ eine deutliche Zweiteilung in ein westliches Lichtmeß- und ein östliches Weihnachtsgebiet, das in Südböhmen bzw. Mähren-Schlesien seine Fortsetzung findet, veranschaulicht.

Im südlichen Nordmähren gab es noch eine Besonderheit. Hier konnte der Dienstbote, wenn es ihm in der neuen Stellung nicht gefiel, noch zu Lichtmeß, da war das Handgeld abgedient, seinen Dienst wechseln (Pinkaute, Pirnik/Mähr.-Neustadt; Deutsch-Liebau/Mähr.-Schönberg; Lautsch/Odrau).

Neben diesen Terminen, an denen das Gesinde seinen Dienstplatz zu wechseln pflegte, gab es noch die, zu denen gekündigt werden mußte. Dafür sah eine alte Gewohnheit etwa ein Vierteljahr vor dem Dienstaustritt vor. Ihr wurde in der Dienstbotenordnung von 1784 Rechnung getragen, indem eine Frist von drei Monaten eingesetzt wurde. In Böhmen und Mähren-Schlesien galt die Zeit um Martini bzw. der Kaiserkirchweih (erster Sonntag nach Michael) als Kündigungstermin. Lediglich in Nordwestböhmen, wo zu Martini gewandert wurde, kündigte man um Anna, 26. 7., das war nach der Heuernte bzw. vor dem Schnittbeginn.

Zu diesen Terminen mußte der Bauer bzw. die Bäuerin, wenn sie das Gesinde behalten wollten, jedem einzeln die Frage stellen „bleibst?“. Wer nicht gefragt

⁴⁸ Österreichischer Volkskundeatlas. Lief. 1, Karte 5.

wurde, war gekündigt und mußte sich um einen anderen Platz umsehen. Zum gleichen Termin konnte der Dienstherr, der sich verändern wollte, dem Herrn seinen Dienst aufkündigen. Die Bauersleute mußten sich dann um eine andere Kraft umsehen.

Wer von den alten Dienstherrn im Haus blieb, bekam beim Fragen das Handgeld neu. Es hatte sich ferner eingebürgert, daß für das *Weiterbleiben* ein besonderes Geschenk, meist Wäsche oder Kleider, gegeben wurde. Im Adlergebirge und im Schönhengst war es früher üblich, daß am Stephanstag der Dienstherr seine Dienstherrn, die weiterblieben, im Schlitten ausfuhr. In einer Gaststätte wurde Rast gemacht und der Herr spendierte den Umtrunk, meist Glühwein. Nach Einführung des Tariflohns fielen diese Geschenke weg.

Mietsleute, die zum hofangehörigen Gesinde zählten, wechselten in den Sudetenländern ihre Wohnung und damit ihren Dienst am 1. April bzw. zu Georgi 24. 4. Eine offizielle Aufkündigung der Wohnung und damit der Arbeit gab es bis zum Ersten Weltkrieg nicht. Von beiden Seiten ging man davon aus „es wird sich schon herumsprechen, daß ...“⁴⁹.

Brauchte man zusätzlich *Hütbuben* oder *Hütmädel*, so wurden diese zum 1. April gedungen. Ihr Dienst dauerte bis Martini.

Ein Wechseln des Dienstes während des Jahres war grundsätzlich möglich, galt aber als Schande. Aus Smilau in der Iglauer Sprachinsel stammt die Redensart „der hat jetzt schon Weihnachten gemacht“ = ist vorzeitig aus dem Dienst gegangen oder umgekehrt, wenn jemand wegen Verfehlungen entlassen wurde, „der hats Büchel (Dienstbotenbuch) bekommen“ (Nordböhmen). Die Kündigungsfrist betrug während des Jahres einen Monat. Bei schweren Verfehlungen mußte ein Dienstherr sofort gehen. Selten kam es vor, daß ein Knecht oder eine Magd einfach fortlief, durchbrannte. Früher gab es sehr wenig Wechsel bei den Dienstherrn. Allerdings gab es auch Bauernhöfe, wo das Personal nicht aushielt. Dort hatte man auch wenig Aussicht, anständige Leute zu bekommen.

Das *Wechseln des Dienstplatzes*, der Austritt aus einer vertrauten Familiengemeinschaft und der Eintritt in eine fremde, bzw. die Verabschiedung eines Hausangehörigen, mit dem man eine bestimmte Zeit zusammengelebt hatte, und die Aufnahme eines Fremden in die Familiengemeinschaft verlangte von beiden Seiten, vom Gesinde und den Herrenleuten, eine Umstellung und die Bereitschaft zur Anpassung bzw. zum Entgegenkommen. Der Dienstaustritt bzw. -antritt ist ein abschließender bzw. beginnender Vorgang, der nach alter Gepflogenheit mit besonderem Brauchtum umgeben war, an das es freilich nur wenig Erinnerungen gab.

In sprachgrenznahen Orten und in Sprachinseln, wo neben deutschem auch tschechisches Gesinde diente (siehe oben Seite 254), hatte es sich eingebürgert, daß die Tschechen am Stephanstag (26. 12.) und die Deutschen am Johannistag (27. 12.) wechselten bzw. auf Urlaub gingen.

Beim Dienstausschick bzw. -antritt war es üblich, daß jeder Dienstherr einen Laib Schwarzbrot erhielt, der seine Bezeichnung je nach der landschaftlichen Benennung des Aus- bzw. Eintretens führte. Nach dem Volksglauben hat Brot die Kraft,

⁴⁹ B l a u : Inmann 149.

Heimweh zu bannen und das Eingewöhnen zu fördern. In Nordmähren-Schlesien (Kohlsdorf/Freiwaldau; Friedeberg/Weidenau und Freiwaldau) war es üblich, daß dem abziehenden Gesinde der sog. *Wanderschnaps* (ein süßer Schnaps) zum Einkauf in die Gemeinschaft des neuen Dienstplatzes gegeben wurde. Zum Abschied wurde schon wegen der guten Erinnerung reichlich und wenn möglich die Lieblingsspeise des scheidenden Dienstherrn gekocht. Mit dem Gruß „Gute Gesundheit und nichts für ungut“ wurde Abschied genommen. Das Abziehende war sonntäglich gekleidet und trug nur ein kleines Pükel mit sich, da die anderen Sachen vom neuen Bauern mit dem Gespann geholt wurden.

Im Volksmund hat das Wandern am Stephans- bzw. Johannistag einige Redensarten hinterlassen: in Weißstätten (Pohrlitz) „heute ist Stephani, da dienen die Männer aus“; in Zuckmantel (Böhm.-Leipa) und im Bezirk Leitmeritz „heute ist Stephanstag, friß dich an und pack dich wag (weg)“, in Hirschberg am See (Dauba) „heute ist Johannistag, wandert mancher faule Sack“ oder in der Wachtel-Deutsch-Brodeker Insel „heute ist Johannistag, wandert mancher Schlamper-sack“.

Die Tatsache, daß in Mähren die Mägde um ein paar Tage später den Dienst wechselten als die Knechte, veranlaßte diese, die Mägde zu foppen, sie mußten nachdienen wegen des vielen zerschlagenen Geschirrs.

Neu eintretendes Gesinde mußte damit rechnen, daß ihm das alte irgendwo einen Schabernack gespielt hatte.

In Weißstätten (Pohrlitz) war es in den Familienbetrieben, die kein Personal hatten, üblich, daß der Vater, die Söhne und die Töchter am Stephanstag nach dem Mittagessen die Teller umdrehten. Die Mutter hatte schon Münzen bereit und legte jedem eine kleine Münze auf den Teller zum Zeichen, daß er weiterbleiben könne.

Für den Dienstaustritt kennen die sudetendeutschen Mundarten verschiedene Bezeichnungen, die landschaftlich gebunden waren. In Westböhmen bis ins nördliche Nordböhmen herein und am südlichen Rand von Nordmähren hieß es *ab-* oder *ausziehen*, im Böhmerwald und Südmähren *ausstehen*, im Schönhengst, Kuhländchen, Adlergebirge und in der Sprachinsel Wachtel-Deutsch-Brodek *sterzen*⁵⁰, um Dauba, Deutsch-Gabel und Kratzau *scherzen*⁵¹, im gesamten sonstigen Nordmähren und in der Iglauer Sprachinsel *wandern*, sonst war bereits das Wort *austreten* üblich geworden.

Die Urlaubstage, die mit den Wandertagen begannen, hatten vielfach ihre Benennungen verloren bzw. die des Abziehtages (siehe Karte 5) übernommen. So hießen sie neben Einzelbezeichnungen, die nicht angeführt werden, in Westböhmen *Ziehtag*, im Böhmerwald *Kölberweile* und in der Iglauer Sprachinsel *Kölbertage*⁵², in Südböhmen und in der Budweiser Sprachinsel *Schlenkertage*⁵³ und

⁵⁰ Schmeller II, Spalte 786. — Maurer 113.

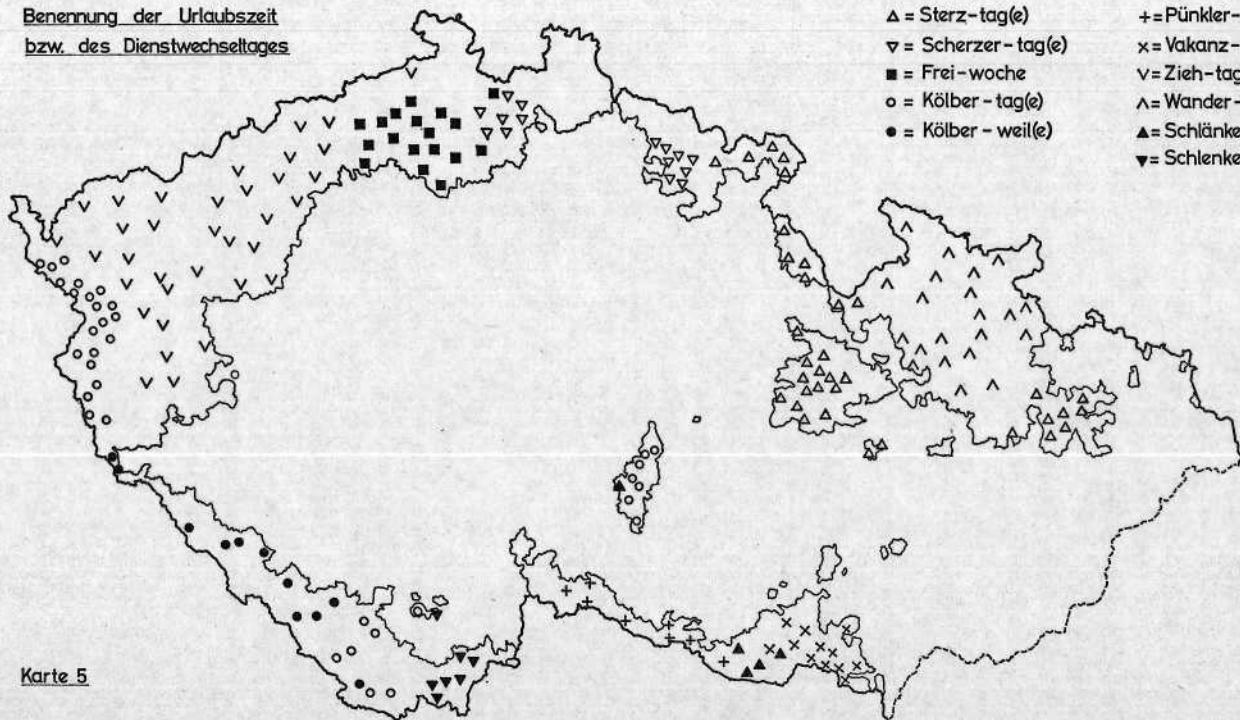
⁵¹ Schmeller II, Spalte 473.

⁵² ma. *Kälber* — in Kälberwal, Kälbertog u. ä. ist etymologisch nicht klar. Es hat mit Kalb nichts zu tun und gehört wahrscheinlich zu *kolben* = umziehen (Schmeller I, Spalte 1238. — Grimm V, 57).

⁵³ Schmeller II, Spalte 528.

Benennung der Urlaubszeit
bzw. des Dienstwechsellages

- | | |
|---------------------|-----------------------|
| △ = Sterz-tag(e) | + = Pünkler-fest |
| ▽ = Scherzer-tag(e) | x = Vakanz-tag(e) |
| ■ = Frei-woche | v = Zieh-tag(e) |
| ○ = Kölber-tag(e) | ^ = Wander-tag(e) |
| ● = Kölber-weil(e) | ▲ = Schläinkel-tag(e) |
| | ▼ = Schlenker-tag(e) |



Karte 5

Entwurf: Dr. Wolf-Beronek

im Bezirk Joslowitz *Schlänkel*⁵⁴, im Schönhengst, im Kuhländchen und in der Wachtel-Deutsch-Brodeker Insel *Sterzwoche*, im Leitmeritz-Auscha-Daubauer Land und um Deutsch-Gabel *Freiwoche* neben *Scherzertage* und im Zlabinger und Znaimer Ländchen *Binklafest*⁵⁵ (ein Pünklerfest) und in Ostsüdmähren *Vakanztage*.

Wenn die Dienstboten in Urlaub gingen, erhielten sie wie das abziehende Gesinde einen Laib Schwarzbrot, dazu aber auch einen Laib Weißbrot und mitunter auch zusätzliche Lebensmittel für die Urlaubstage für die Angehörigen. Zu Weihnachten hatte bereits jeder Dienstherr einen Striezel und einen Backkorb voll Äpfel, Nüsse und Backwerk, in der Iglauer Sprachinsel eine Kuchenpyramide, die vom Flezkuchen an auf dem Brotlaib bis zum kleinen Küchlein aufgebaut worden war, erhalten.

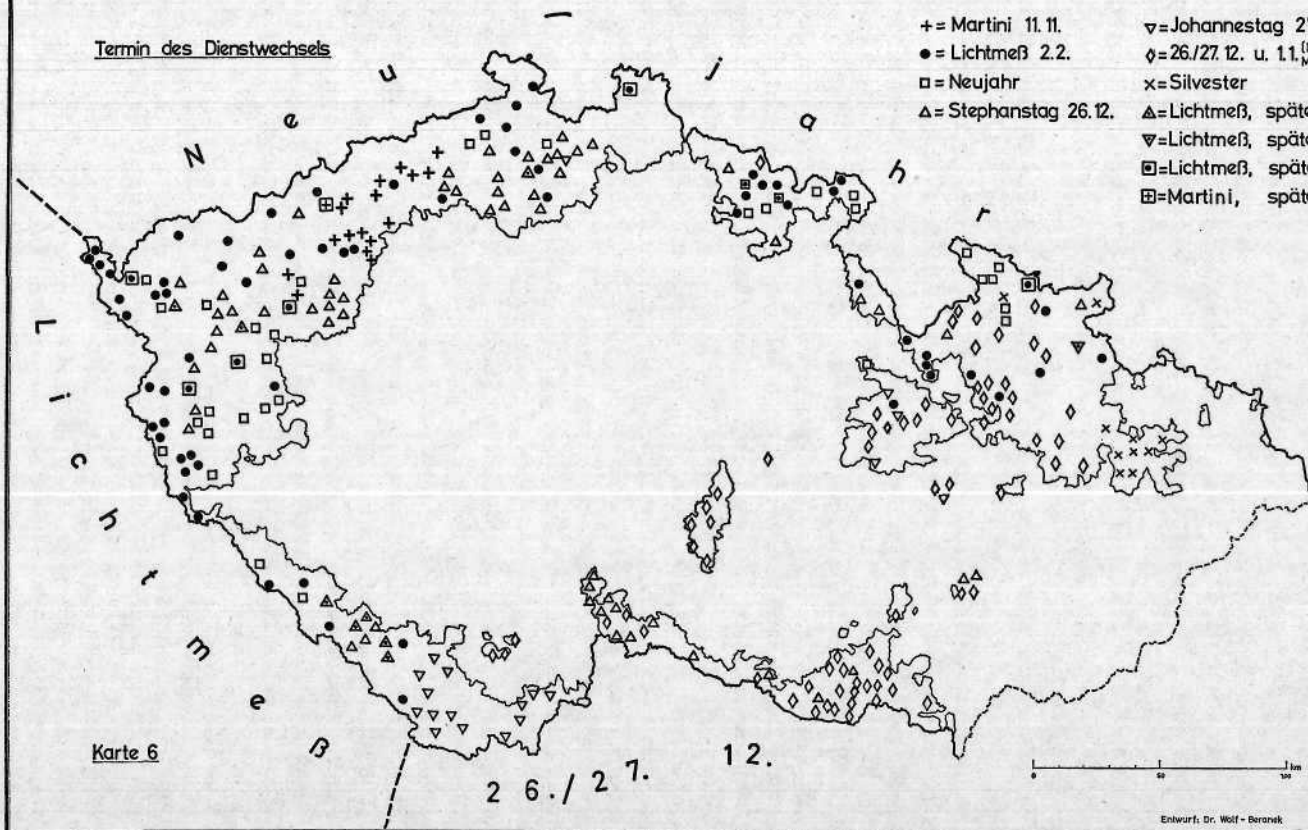
Auch der Dienstherr, der seine Stelle wechselte, ging vorerst nach Hause auf Urlaub.

Da die meisten Dienstboten ihren Dienst zwischen den Jahren wechselten, wurde ihre Habe meist am Sylvestertag, manchmal auch schon früher, vom Bauern, dessen Sohn oder vom Großknecht geholt. Dabei wurde Wert darauf gelegt, daß die Zugtiere besonders gut geputzt und gestriegelt waren, das gute Geschirr und das große Geläute trugen. Da es Winter war, konnte meist mit dem Pferdeschlitten gefahren werden. Die Habe der Dienstboten wurde in West- und Nordwestböhmen das *Zeug*, in Nordböhmen neben *Zeug* der/das *Kram*, in Nordmähren/Schlesien einschließlich Schönhengst bis nach Ostsüdmähren hereinreichend *Kram* und in Südmähren, Böhmerwald bis ins südliche Westböhmen herein die *Sach(en)* genannt. Neben diesen Benennungen stehen noch vereinzelt *Hab und Gut*, *Habschaft*, *Habseligkeiten* über das ganze Gebiet verstreut. Diese Habe war in einer Truhe, Lade, Kasten, Schrank oder Koffer, bei den Knechten meist ein Militärkoffer, verwahrt. In Nordwestböhmen, Nordböhmen, Ostböhmen, Schönhengst und Südmähren treten an ihre Stelle das *Bündel* oder *Pünkel*, in Nordböhmen die *Hucke* mit allen ihren sprachlichen Spielarten und in Westböhmen verschiedene Spielarten zum Worte *Pack*, alles Bezeichnungen für ein großes farbiges Tuch, in das Wäsche, Kleider und sonstige Gegenstände für den Transport eingebunden wurden. Die Stiefel, sofern solche landschaftlich üblich waren, trug der Knecht gewöhnlich zusammengebunden über der Schulter. Das Abholen der Habe der Dienstboten war kein besonderes Entgegenkommen dem Gesinde gegenüber, es fußte vielmehr auf einer sehr alten Verordnung, die im Interesse der Dienstherrn erlassen worden war und vorschrieb, daß jeder Dienstherr seine gesamte Habe in das Haus des Dienstherrn zu bringen habe und nichts anderswo

⁵⁴ Zu *schlanken* = müßig herumgehen (Schmeller II, Spalte 528).

⁵⁵ *Pünkel* und *Bündel* (Schmeller I, Spalte 394) gehören zusammen. Zum Wechsel von -ng- : -nd- siehe Schwarz, Ernst: Sudetendeutsche Sprachräume. München 1962, S. 133 ff. und Abb. 28. — Weinhold, Karl: Bairische Grammatik. Berlin 1867, § 171 (Grammatik der deutschen Mundarten 2). Dieser Wechsel wurde an Hand des Materials des Sudetendeutschen Wörterbuchs auch für den Böhmerwald und für Südmähren mehrfach festgestellt.

Termin des Dienstwechsels



einstellen dürfe. Mit dieser Verordnung sollte im Falle einer Unehrlichkeit die Möglichkeit für Hehlerei unterbunden werden⁵⁶.

Wohnte länger dienendes Gesinde nicht im Ort, so ließ es der Bauer zum Urlaub oft mit dem Gespann nach Hause fahren und holte es wieder ab.

Da der Bauer vielfach auf dem Standpunkt stand, daß die längere Arbeitszeit im Sommer einen Ausgleich finden soll, gab es landschaftlich unterschiedlich gelagert neben Sonn- und Feiertagen einige Halbfeiertage aus besonderen Anlässen und freie Tage zum Fasching, zur Kirchweih und im Böhmerwald zum Beichttag in der Faste.

Auch die Ausgehende in der Woche waren geregelt, es waren das neben Sonntag meist Dienstag und Donnerstag, seltener Samstag. Am Freitag wurde nirgends ausgegangen.

Beim Dienstantritt hatte sich noch mehr Brauchtum erhalten als beim Austritt.

Für die allgemein gültige Bezeichnung Dienstantritt und dessen Verbum gebrauchte man in den Sudetenländern noch in Westböhmen bis nach Nordböhmen herein *Einziehen* und *Anziehen*, im Böhmerwald, Südmähren inklusive Neuhauser Sprachzunge und Schönhengst sowie vereinzelt in Nordmähren *Einstehen* und im Braunauer Ländchen und am Südrand von Nordmähren *Aufziehen* und deren Verba. Sonst hieß es schon allgemein *Eintritt*, *Antritt*.

Der neu eintretende Diensthote kam gewöhnlich in Begleitung von Anverwandten. Die Jugendlichen wurden von den Eltern gebracht. Die Gewährsleute des südlichen Böhmerwaldes, der Neuhauser Sprachzunge, der Iglauer Sprachinsel, der Budweiser Insel und des Friesetales (Nebes, Rohle, Steine) erinnerten sich noch allgemein, daß es bei dieser Gelegenheit ein Festessen mit mehreren Gängen gab, dessen Reste den Angehörigen der Diensthoten gehörten und von diesen in einem Pünkel mit nach Hause genommen wurden.

Im südlichen Böhmerwald war es noch üblich, daß die Knechte, auch wenn sie erst am Dreikönigstag ihren Dienst antraten, am Neujahrstag zum neuen Dienstherrn zum Mittagessen, das besonders festlich und reichhaltig war, *Bescheidessen* kamen. Das Mahl für die einstehenden Mägde war am Abend der *feisten* = fetten *Raumnacht* (5. 1). Dabei wurde sehr reichliches, fettes Essen aufgetragen, wobei ein sehr gut geschmalzener (gebutterter) Brei nicht fehlen durfte. Zum Abschluß gab es kalte Milch mit Semmelbrocken, eine im Jahresbrauchtum weit verbreitete Brauchtumsspeise⁵⁷. Mit dem Rest der Milch wurde die neue Magd reichlich angegossen, damit sie das ganze Jahr über frisch und munter bleibe.

In der Neuhauser Sprachzunge fand das Einstandsessen *Bescheidessen* (Hosterschlag) und das *Reisen* und *Beissen*⁵⁸ (Ottenschlag, Münichschlag, Thiergarten)

⁵⁶ Morgenstern 71.

⁵⁷ Eine Brauchtumsspeise aus gesüßter Vollmilch mit Semmelbrocken, landschaftlich auch mit Mohn, mitunter *Semmelmilch/Mohnmilch* genannt. Die Termine, zu denen diese Speise gegessen werden mußte, waren landschaftlich verschieden: Allerheiligen, Heiliger Abend, Abend der feisten Raumnacht, mitunter nach der Ernte. Siehe dazu Wolf-Beranek: Jahresbrauchtum.

⁵⁸ *Reisen* im Sinne von „aus dem Haus, Besuch machen gehen“ (Schmeller II, Spalte 138). — *Beissen* zu mhd. *bizen*, das in hochsprachlich Anbiß, Imbiß, Zubiß vorliegt (Schmeller II, Spalte 289).

schon zu verschiedenen Zeiten statt, zu Neujahr, am Abend der feisten Rauh-
nacht (5. 1.) oder am Dreikönigstag. Bei diesem Festessen gab es auch Krapfen.

Im Friesetal gab es einen festlichen *Imbiß*⁵⁹.

In allen Dienstorten des Sudetenlandes wurde beim Dienstantritt der *Einstand* gegeben. Er bestand aus einem kleinen Geldbetrag, der nicht vom Lohn abgezogen wurde, und einem Laib Schwarzbrot (Einstands-, Anzieh- usw. -laib), meist auch einem Laib Weißbrot für die Angehörigen und in der Iglauer Sprachinsel aus einer Brotschüssel voll weißem Mehl für die Angehörigen zum Kuchenbacken. Den schwarzen Anzieh- usw. -laib bekam auch das Gesinde, das weiterdiente, wenn es vom Urlaub zurückkam.

Die Mägde mußten traditionsgemäß am Abend des 5. Januar mit geweihtem Wasser zurück sein oder an diesem Abend noch zur Wasserweihe gehen.

Für den neu eintretenden Dienstboten hatte man früher einen Besen auf den Stubenboden gelegt, um zu sehen, ob er ordnungsliebend sei und ihn aufhebt. In Westböhmen hieß man ihn zum Eingewöhnen und damit es ihm nicht bange würde, auf die Ofenbank setzen (Schönbach/Wildstein; Schönthal/Petschau; Untergodrisch/Plan).

Früher hatte der Bauer über seine Dienstboten die *Muntgewalt*, die ihm nicht nur Rechte gab, sondern auch Pflichten auferlegte⁶⁰. Diese Muntgewalt war ein Rest mittelalterlicher Rechtsvorstellung, die im Haus die unterste Stufe der Justizorganisation sah. Nach ihr hat der Hausherr über alle, die unter seinem Dach wohnen, zu gebieten, aber auch für sie nach außenhin zu haften, sie gegebenenfalls vor Gericht zu vertreten und für sie zu schwören. Er hatte über Moral, Ordnung, Sitte und Brauch zu wachen, das Gesinde zur Gottesfurcht zu erziehen, es in die Kirche und zur Fastenzeit zur Beichte zu schicken. Wo es üblich war, bezahlte er auch den Kirchensitz für das Gesinde (Kohlsdorf/Freiwaldau).

Das Gesinde erwartete vom Bauern, daß er selbst gut arbeiten, also richtige Anweisungen geben konnte, daß er großzügig, d. h. nicht geizig war, daß er die Arbeitszeiten einhielt und das Gesinde nicht überforderte, daß er einen Scherzvertrag und ein offenes Herz für sie hatte.

An der Bäuerin vor allem lag es, daß sie die Kost, soweit möglich, abwechslungsreich gestaltete — es gab außer Sonntag nur ein- bis zweimal in der Woche Fleisch — und daß sie nicht knauserig war. Außer Fleisch, das zumeist vom Bauern zerteilt und zugeteilt wurde, konnten sich die Dienstboten im allgemeinen bedienen, bis sie satt waren.

Die große Stube des Bauernhofs, die geheizt wurde, war Aufenthaltsort für alle, Herrenleute und Dienstboten. Sie war sozusagen die Seele des Bauernhauses, die alle zusammenhielt in guten und bösen Tagen. Knechte und Mägde, die meist noch im jugendlichen Alter waren, wurden in die Familie eingegliedert und meist wie eigene Kinder gehalten, was noch aus der Anrede *Vater* und *Mutter* neben *Wirt* und *Wirtin* im Schönhengst hervorgeht. Sonst war die Anrede *Bauer* und *Bäuerin*. Nur in der Stadt und in stadtnahen Orten hieß es *Herr* und *Frau*. Das

⁵⁹ Siehe Anm. 58.

⁶⁰ K ö n n e c k e 239 ff.

Gesinde wurde mit *Du* bzw. mit dem Vornamen angesprochen. Die Herrenleute sprach man im Böhmerwald mit *Du*, ansonsten mit *Ihr* an, welche Anrede auch von den Kindern gegenüber den Eltern und Großeltern gebraucht wurde.

Die Knechte und Mägde waren vollkommen in die Familie eingegliedert. Sie gingen mit den Bauernkindern in die Spinnstube, um dort gemeinsam zu spinnen und im Anschluß zu spielen. Die Knechte setzten mit den Bauernsöhnen die Maibäume und führten mit ihnen gemeinsam die Mädchen zum Vortanz⁶¹. Im Schönhengst wurde am Palmsonntag beim *Pflöckeschlagen* auch der Dienstmagd, die bereits einen Schatz hatte, beim Kammerfenster ein Pflock geschlagen und ins Fenster ein Fläschchen Likör gestellt (Triebitz/Landskron)⁶². Kurz, man arbeitete nicht nur gemeinsam, man aß gemeinsam und feierte gemeinsam Feste. Da die Dienstboten zur Familie gehörten, waren sie auch Glieder der Nachbarschafts- und Dorfgemeinschaft. Das änderte sich freilich alles nach der Einführung der Tarifordnung und Aufhebung der Muntgewalt.

Das Verhältnis zwischen Bauersleuten und Dienstboten war bis dahin ein streng patriarchalisches, das voraussetzte, daß sich die beiderseitigen Interessen in der Arbeit zum Wohle des Hofe begegneten. Eine solche Einstellung, die vom Materialismus des Arbeiters weit entfernt ist, war durch die Naturverbundenheit und den ständigen Umgang mit dem Vieh von selbst gegeben.

Die Kost war in den Sudetenländern bis zum Ersten Weltkrieg und vielfach darüberhinaus für die Bauersleute und für das Gesinde die gleiche. Man aß an einem Tisch, an dem dort, wo es eine Dienstbotenrangordnung gab, nach der Sitzordnung Platz genommen wurde. In vielen Bauernhäusern aß man noch mit dem Löffel aus einer Schüssel, was sich bei der Suppe und bei Salaten am längsten erhalten hatte. Bis zur Jahrhundertwende gab es vielfach nur Holzteller für das Fleisch. Richtige Teller wurden meist nur an Sonn- und Feiertagen benützt.

Bekam ein Dienstbote Besuch von Verwandten oder Freunden, konnte er ihn in der Stube oder später in der Küche, wenn diese groß genug war, bewirten. Die Kost stellte der Bauer (Kamnitz).

Zu den Festtagen gingen die Bauersleute mit ihren Kindern und mit dem Gesinde zum Tanz. Der Dienstherr mußte mit dem weiblichen Personal tanzen. In deutschen Orten, wo es tschechische Dienstboten gab, sonderten sich diese ab und feierten gemeinsam unter sich.

Da der Bauer das Muntrecht besaß, stand ihm auch zu, das Gesinde zu züchtigen, dabei durfte aber nicht blutig oder blau geschlagen werden.

Der Bauer als Hausherr sah auf Moral, schon wegen der eigenen Kinder. Er sorgte dafür, daß die Schlafstätten der Knechte und Mägde säuberlich getrennt

⁶¹ Da die männliche Jugendorganisation (Burschenschaft, Zeche, Irten usw.) in den einzelnen Dörfern früher das ganze Jahr für die Kosten der Tanzunterhaltungen aufkommen mußte, gab es zum Fasching eine Art Vortanz, das war ein kurzer Solotanz, für den die einzelnen Mädchen nach ihren finanziellen Möglichkeiten zahlten, um die Unkosten abdecken zu helfen. Dieser Tanz hatte in den einzelnen Landschaften, wo es ihn noch gab, seine eigenen Bezeichnungen wie *Einführen*, *Pritschen* usw. Siehe dazu Wolf-Beraneck: Jahresbrauchtum.

⁶² E b e n d a.

waren. Da im Egerland und im Böhmerwald noch bis um 1900 *gefensterlt* wurde (Galtenhof/Tachau; Welperschitz/Mies) und in Nordmähren-Schlesien die Burschen zu den Kammerfenstern der Mägde *Klopfen gingen*, waren überall die Fenster der weiblichen Schlafkammern gut vergittert. Die Moral war gut und das Gesinde ehrlich. Wohl wurde mancher derbe Witz erzählt, aber im Grunde waren sie harmlos.

Vor den Mahlzeiten wurde noch überall gebetet. Der Großknecht betete gewöhnlich vor. Das abendliche gemeinsame Rosenkranz- und Litaneibeten scheint in den Sudetenländern früh abgekommen zu sein, es wurde zumindest kaum erwähnt.

Als sich die Verhältnisse später etwas gelockert hatten und es da und dort auch zwischen den eigentlichen Festen des Jahres Tanz gab, war es noch strenger Brauch, daß auch die weiblichen Dienstboten, wenn sie zum Tanz gehen wollten, einen Ausfühler haben mußten. Da man sich im Dorf allgemein kannte, war dem Bauern dann auch der Bursch bekannt, der auf den Hof kam und den Bauern um die Erlaubnis bat, die Magd ausführen zu dürfen. Der Bauer verband mit dieser die Forderung, daß das Mädchen so zurückgebracht werde, wie es abgeholt wurde (Langenlutsch/Mähr.-Trübau).

Die Schenkwirte waren amtlich gehalten, dem Gesinde über eine bestimmte niedrige Summe hinaus keinen Kredit für Getränke zu gewähren. Auch beim Kartenspielen durfte nur um ein Geringes gespielt werden.

Es gehörte zur Tradition, daß das bäuerliche Gesinde jahrelang beim gleichen Dienstherrn blieb. Die Mädchen verdienten sich gewöhnlich die Aussteuer und wer nicht heiratete, wurde am Hof alt. Kost für ein Altes und ein Bett waren am Hof immer noch da und irgendwie machte es sich immer noch nützlich und wenn es nur aufpaßte. Manches von ihnen sah zwei bis drei Generationen aufwachsen. Es war dann die gute Seele im Haus, die die Tradition des Hauses wahrte. In vielen Orten war es üblich, daß langdienendes Gesinde mit dem Hofhausnamen plus Vornamen genannt wurde.

War es soweit, daß eine Magd heiraten wollte, dann richteten ihr der Bauer und die Bäuerin die Hochzeit aus. Die Aussteuer hatte sich die Magd ja durch jahrelange Arbeit verdient (Chiesch; Sonnberg/Gratzen; Frischau/Joslowitz; Hermannseifen/Arnau; Doberseik/Römerstadt; Lichtewerden/Freudenthal; Pinkaute/Mähr.-Neustadt; Unterhainzendorf/Hohenstadt; Thomigsdorf/Landskron). Wie die belegten Orte beweisen, war dies im gesamten sudetendeutschen Gebiet herkömmlicher Brauch. Blieb das junge Paar im Ort, dann bekam es meist vom Bauern eine Wohnung und blieb als Mietsleute weiter am Hof.

Trotz aller guten Sitten kam es immer wieder einmal vor, daß eine unverheiratete Magd ein Kind erwartete. Gewöhnlich wurde rasch geheiratet. Meist nahm sie der Bauer in Wohnung, damit sie am Hof bleiben konnte. Es war die Ausnahme, daß sich der Vater nicht zu dem Mädels bekannte. Besonders im Böhmerwald hätte er im Dorf ausgespielt gehabt. Burschen und Mädchen hätten ihn gemieden (Eisenstein/Neuern). Konnte das Mädchen nicht heiraten, dann ließen sie die Bauersleute nicht im Stich. Das Kind kam am Hof zur Welt und wuchs mit den Bauernkindern auf. Es kam sogar sehr oft vor, daß arme Mädchen, die

in der Stadt gedient und ein uneheliches Kind zur Welt gebracht hatten, auf einem Bauernhof für sich und ihr Kind eine Heimat gefunden haben. Die sude-tendeutschen Bauersleute waren zwar nach außenhin oftmals etwas rauh, die meisten aber hatten ein gutes Herz.

Wurde jemand vom Gesinde krank, so versuchte die Bäuerin zuerst mit Haus-mitteln zu kurieren. Handelte es sich aber um eine ernste Erkrankung, dann wurde der Arzt gerufen, den der Bauer bezahlte, auch wenn er mehrmals kommen mußte. Ging es bei älterem Gesinde zum Sterben, dann wurde auch der Dienstbote früher im Bauernhaus aufgebahrt. Der Bauer richtete das Begräbnis aus und gab ihm das Totenbrett, auf dem er bis zur Einsargung lag.

Das patriarchalische Verhältnis, das den Dienstboten früher die Möglichkeit gab, im Laufe ihrer langen Dienstzeit in die Familie ihres Arbeitgebers hinein-zuwachsen, schützte das Gesinde vor sozialen Härten in einer Zeit, da es keine Tarifordnung, keine Krankenkasse und keine Altersversorgung gab. Schlecht war es freilich um die gestellt, die nirgends aushielten und ständig die Stellen wechselten, denn sie hatten sich kein Zuhause erworben und mußten im Alter von der Barmherzigkeit ihrer Mitmenschen leben. Sie waren erfreulicherweise die Aus-nahmen. Noch seltener kam ein Knecht auf die Walz und versoff sich. Seit der Jahrhundertwende und insbesondere nach dem Ersten Weltkrieg hatte sich auch da sehr viel geändert und gewandelt, nicht immer zum Vorteil der Betroffenen, da der Materialismus mit Riesenschritten auch in die entlegensten Dörfer drang.

Die Dienstboten, Knechte und Mägde, waren sonn- und feiertags ähnlich den Bauernsöhnen und -töchtern gekleidet; es sei denn, daß die Stoffe etwas weniger aufwendig waren. Lediglich im Egerland mußte der Knecht im Gasthaus bis zum Ersten Weltkrieg barhaupt sitzen, während der Bauer seinen Hut aufbehielt⁶³. Im Braunauer Ländchen wurde ehemals beim Gang aus der Kirche zum Dorf eine gewisse Ordnung eingehalten. Man ging nicht in Paaren, sondern in Gruppen: Burschen, Mädchen, Mägde, Knechte⁶⁴.

Im allgemeinen war es für einen Knecht leichter, irgendwo einzuheiraten als für eine Magd, da dieser meist das Geld fehlte, das der Bauernsohn bei der Über-nahme benötigte, um seine Geschwister auszuzahlen, ohne den Hof zu verschul-den.

Zu den Dienstboten im weiteren Sinne gehörten auch die Mietsleute (siehe oben Seite 247). Der Mietsmann war ganzjährig beim Bauer angestellt gegen Wohnung für sich und seine Familie, Lohn, Naturalien und gewöhnlich für ein Stück Land, damit er sich eine Kuh halten und ein Schwein füttern konnte. Meistens war auch seine Frau verpflichtet, gegen entsprechendes Entgelt verschiedene Arbeiten zu verrichten. Bezahlt wurde er nach Arbeitstagen. Die Verrechnung geschah mit Hilfe eines etwa einen halben Meter langen Kerbholzes, das in der Mitte geteilt war. Es paßte genau zusammen. Einen Teil hatte der Bauer und den anderen der Mietsmann. Zum Wochenende brachte der Mietsmann seinen Teil mit zum Bauern zum Abendessen. Der legte beide Teile zusammen und schnitt die Arbeitstage der

⁶³ Z a b o r s k y 197.

⁶⁴ Deutsche Volkskunde aus dem östlichen Böhmen 10 (1910) 90 f.

Woche ein. War ein Arbeitsjahr zu Ende, wurde zusammengerechnet und bezahlt. Auch hier hatte es nach dem Ersten Weltkrieg eine wesentliche Änderung gegeben. Der Mietsmann wurde Mieter und zahlte seine Wohnung und verdingte sich als Landarbeiter.

Im Interesse der alten Rechtsgepflogenheiten soll hier noch erwähnt werden, daß die Mietsleute ähnlich den Gemeindeschmieden und Gemeindehirten, sofern diese nicht aus dem Dienstort stammten, früher nur sieben Jahre hintereinander in einem Ort arbeiten durften⁶⁵, dann mußten sie mindestens ein halbes Jahr irgendwo anders Wohnung nehmen und arbeiten. Damit wollten sich die Gemeinden schützen, daß sie nicht für den Mietsmann und dessen Familie aufkommen mußten, falls dieser krank, invalide oder wegen Alters nicht mehr arbeitsfähig würde.

Wie tief verwurzelt diese Rechtsbestimmung im Volk war, erweist ihr Niederschlag in der Volkserzählung. Von Waldfrauen und ähnlichen Naturgeistern⁶⁶ wird erzählt, daß sie mitunter bei den Menschen als Dienstboten dienten. Wo sie schafften, gedieh alles. Nach *sieben Jahren* aber mußten sie zu ihren Angehörigen zurück.

Die Dienstboten selbst hatten kein eigenes Brauchtum entwickelt. Dazu mangelte es ihnen an der persönlichen freien Entfaltung. Sie beteiligten sich aber im Rahmen der Bauernfamilie an den einzelnen Festen und sonstigen Brauchtumshandlungen. Da diese Abwechslung in ihr Leben brachten, trugen sie wesentlich zu deren Erhaltung bei. Das Gesinde hatte oft sehr gute Sänger und Erzähler unter sich. Mancher von ihnen verfügte über ein sehr gutes Gedächtnis und war auch für geistige Dinge aufgeschlossen, die er gern auch weitervermittelte. Alles das brachte es mit sich, daß das Gesinde oftmals einen sehr guten Einfluß auf die Bauernkinder ausübte.

⁶⁵ Zaborsky 201. — Blau: Inmann 153 f.

⁶⁶ Wolf-Beranek, Hertha: Hausgeister und Kinderschrecker in den Sudetenländern. JbODV 15 (1972) 116. — Dies.: Die Vegetationsdämonen in den ehemaligen sudetendeutschen Gebieten. JbODV 13 (1970) 262 f.

DIE HANDELS- UND GEWERBEKAMMERN PRAG UND REICHENBERG UND DER BÜRGERLICHE WIRTSCHAFTSNATIONALISMUS ALS SOZIALGESCHICHTLICHES PROBLEM

Von Harald Bachmann

Das verfassungsrechtlich wohlfundierte System des Dualismus hatte Österreich-Ungarn seit 1867 unter der Ägide einer versierten und umsichtigen Bürokratie länger als ein Jahrzehnt eine äußerlich ruhige Entwicklung beschieden, und doch waren im Sozialkörper des multinationalen Staates Ideologien wirksam, die das geschaffene Werk in seiner Gesamtstruktur erneut in Frage stellten. Die Reform des Zensuswahlrechts, das zunächst einen relativ hohen Steuersatz aufwies (10 fl), mußte — entsprechend dem gesamten industriellen und gesellschaftlichen Fortschritt — bereits gegen Ende der siebziger Jahre ins Auge gefaßt werden, da der Hochkapitalismus eine eigene „Dynamik“ entwickelte und neue Bevölkerungsschichten, wie Kleinbürgertum und Arbeiterstand, mit Nachdruck ihr Wahlrecht forderten¹. Den gewissermaßen äußerlichen Phänomenen des wirtschaftlich-sozialen Strukturwandels nachzugehen, wäre eine wesentliche Aufgabe, doch erscheint es wichtiger, die retardierende Funktion der staatlichen Sphäre zu erfassen und zu analysieren.

Die Wahlreform war lediglich der Indikator für eine fühlbare Umschichtung, die den gesamten Sozialkörper ergriffen hatte. Bereits in den frühen siebziger Jahren hatten die erheblichen Differenzen zwischen der Höhe des Zensus für die Handelskammern und für die Kurien des böhmischen Landtags heftige Kritik von seiten der Tschechen herausgefordert. Die Fundamentaldemokratisierung kündigte sich an, ihr Fortschreiten wurde zum Gradmesser für den inneren Aufbau des Sozialgefüges.

Neben diesen Erscheinungen gesellschaftlichen Wandels waren es vor allem die wirtschaftlichen Probleme, deren soziale Reflexe bereits in den sechziger Jahren politisch „evident“ wurden. Mit dem Oktoberdiplom 1860 war nunmehr auch den Handels- und Gewerbekammern die Möglichkeit gegeben, durch Wahl von Abgeordneten zu den Landtagen direkten Einfluß auf die politische Entwicklung der einzelnen Kronländer zu nehmen². Deutlich ausgesprochen

¹ Österr. Staatswörterbuch. Bd. 2. Teil 2. Wien 1897, S. 937. — Mindestzensus in der Kurie der Städte: 10 fl. — Auf die genauen Bestimmungen des Kapazitäts- und Intelligenzzensus soll nicht weiter eingegangen werden.

² Horská-Vrbová, Pavla: K otázce vzniku české průmyslové buržoazie [Zur Frage der Entstehung der tschechischen Industriebourgeoisie]. ČSČH 10 (1962) 257—284, hier 262.

wurde dies durch das kaiserliche Patent vom 26. 2. 1861 betreffend die Bildung von politischen Wahlkörpern für die Kronländer, an denen die Handels- und Gewerbekammern Anteil hatten³. Die Abgeordneten der Kammern gehörten seitdem — ihrer gesellschaftlichen Herkunft nach — den Kreisen der deutschen Großbourgeoisie an und hatten auf Grund der „Wahlgeometrie“ — gemessen an ihrer Zahl — einen enorm überhöhten Einfluß. Die Kurienvorfassung der Handels- und Gewerbekammern beruhte (immer noch) auf der 1868 (unter dem Bürgerministerium) geschaffenen gesetzlichen Grundlage, als deren „Vorläufer“ das provisorische Gesetz vom 3. 10. 1848 R. 27 ex 1849 zu bezeichnen wäre. Handelsminister Theodor Hornbostel hatte es beantragt, und es war ohne kaiserliche Sanktion veröffentlicht worden⁴. Erst nach dem Ende des Neoabsolutismus hatte die organisatorische Entwicklung der Handels- und Gewerbekammern eine — im Sinne der Verwaltungsbourgeoisie — definitive gesetzliche Fixierung gefunden. Der Zeitpunkt ist für die soziale Funktion der Kammern im zisleithanischen Staate bezeichnend. Die Organisation der Handels- und Gewerbekammern sollte — der bisherigen Auffassung gemäß — ein „Gegengewicht gegen den atomisierenden Einfluß des Liberalismus“ bilden^{4a}. Dieser Ansicht wäre entgegenzuhalten, daß die Kammern — soziologisch gesehen — bürgerliche Interessenvertretungen waren. Ferner deutet der hier verwendete Ausdruck „Gegengewicht“ gesellschaftsgeschichtlich und ideologisch an, daß ein bewußt angestrebter Zusammenschluß des liberalkapitalistischen Unternehmertums zu einer von der Verwaltungsbourgeoisie geschaffenen Wirtschaftsinstitution tatsächlich stattfand. Im Sozialkörper der Donaumonarchie nahmen die Kammern — ihrer gesellschaftlichen Schichtung entsprechend — eine klassengebundene Stellung ein, deren Einfluß auch nationalideologisch — infolge der engen Kontakte zur Verwaltungsbourgeoisie — gar nicht zu unterschätzen ist. So ist es verständlich, daß die wirtschaftspolitische Aktivität der Kammern während der sechziger Jahre von tschechischer Seite immer stärker in den Bereich politischer Kontroversen gezogen wurde⁵. Schon 1861 wurden Klagen über die Zusammensetzung der Handels- und Gewerbekammern laut, als nämlich die ersten Organisationsversuche der tschechischen Industriebourgeoisie im Prager Industrieraum begannen und von der tschechischen Fortschrittspartei (*strana pokroka*) gefördert wurden. Die tschechische Bourgeoisie sah insbesondere in der Verfassungskonstruktion vom Februar 1861, durch die den Handels- und Gewerbekammern das Recht eingeräumt wurde, Abgeord-

³ Österr. Staatswörterbuch. Bd. 2. Teil 1 (1896), S. 5.

⁴ ÖSTW 2, 1 (1896) 5. — Das provisorische Gesetz wurde als Ministerialordnung publiziert.

^{4a} Geißler, Franz: Die Entstehung und der Entwicklungsgang der Handelskammern in Österreich. In: 100 Jahre österreichischer Wirtschaftsentwicklung 1848—1948. Wien 1949, S. 21—126, hier S. 37.

⁵ Vgl. für die Prager Kammer: Gruber, Josef: Die Handels- und Gewerbekammer in Prag in den ersten 50 Jahren ihres Bestandes 1850—1900. Prag 1900, 605 S. — Vgl. ferner: Bericht der Handels- und Gewerbekammer in Reichenberg. Erstattet an das k. k. Ministerium für Handel und Volkswirtschaft über den Zustand der Industrie, des Handels und der Verkehrsmittel im Kammerbezirke 1861—1863. Reichenberg 1864.

nete in das Parlament zu wählen, einen Versuch, die nationalideologischen Kämpfe auf das Gebiet der Kammern zu übertragen⁶. Im Selbstverständnis der deutschen Verwaltungsbourgeoisie wurde andererseits das Phänomen der nationalen Ideologisierung nicht mehr registriert, es wurde vielmehr verdrängt durch das Streben nach Identifizierung mit dem zisleithanischen Staatssystem, dessen wirtschaftspolitische Exponenten und Machtfaktoren die Handels- und Gewerbekammern waren⁷.

Der Beginn der (schein)konstitutionellen Ära bot der aufstrebenden tschechischen Industriebourgeoisie den ersten, auch publizistisch vertretbaren Ansatzpunkt, berechnete Gravamina gegen die deutsche Verwaltungsbourgeoisie vorzubringen, deren Vertreter sich hinter Wahlkurien und Zensusmanipulationen verschanzten. In besonderem Maße hatte sich das tschechische Bürgertum im Bereich der landwirtschaftlichen Industrie entfaltet. Landwirtschaft und landwirtschaftliche Industrie hatten während des Neoabsolutismus, in dessen Ära eigentlich die Grundlagen für die tschechische soziale Entwicklung gelegt wurden, einen großen Aufschwung erlebt. Die tschechische wirtschaftliche Literatur hat diese Tatsache bereits in den achtziger Jahren — nicht ohne polemische Ausfälle gegen das herrschende System der Verwaltungsbourgeoisie grundsätzlich hervorgehoben. Josef Jodls Arbeit „Zur Einteilung der Handels- und Gewerbekammern in Böhmen“ führt eine Fülle von Belegen hierfür an⁸. In diesem Werk, das damals im Selbstverlag erschien, sind die statistischen Untersuchungen zur Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Industriestruktur (mit Rücksicht auf die fünf böhmischen Kammerbezirke) besonders instruktiv, da sie mit einer sehr scharfen Kritik an den politischen Machtverhältnissen zur Zeit der gesetzlichen Organisation der Handels- und Gewerbekammern (1849/50, 1861, 1868) verknüpft sind. Vergleichende Hinweise auf die Höhe der direkten und indirekten Steuereinnahmen sollen die Nachteile für die neu entstehenden tschechischen Industrieräume besonders deutlich vor Augen führen. Jodl stellte die ernstzunehmende Frage, wieso die Handels- und Gewerbekammern Böhmens lediglich als Domänen der Deutschliberalen zu betrachten wären, gelenkt von einer herrschenden Clique, die, statt die Interessen von Handel und Gewerbe zu vertreten, fast ausschließlich nationale Politik mache. Nach unseren heutigen Begriffen von der nationalen Ideologisierung des Vulgärliberalismus sind diese Vorwürfe gegen die hochkapitalistischen Repräsentanten der Kammern gar nicht von der Hand zu weisen. Sie sind natürlich ganz besonders gravierend, wenn man den geringen prozentuellen Anteil der Prager Deutschen an der Zahl der Handelsleute (9 %) und der Gewerbetreibenden (7 %) in Betracht zieht⁹. Die Kammern waren — nach ihrer Wahlordnung — in der Sektion für den Großhandel durch das Gesetz vom 29. 6. 1868 R. 85 auf einen so hohen Erwerbsteuerbetrag festgelegt (100 fl jährlich), daß in dieser Sektion —

⁶ Horská-Vrbová 265—269.

⁷ Gruber 296—325.

⁸ Jodl, Josef: Zur Einteilung der Handels- und Gewerbekammern in Böhmen. Prag 1885.

⁹ Jodl 14.

nach den Verhältnissen der sechziger Jahre — fast nur (deutschliberale) Unternehmer für diese Kategorie in Betracht kamen. Außerdem findet sich in dem Gesetz noch der Hinweis auf die anderen Kategorien, namentlich die Gewerbetreibenden: Für sie ist als Minimum der Steuerzensus für den böhmischen Landtag vorgeschrieben¹⁰. Die rigorosen Bestimmungen dieses Gesetzes hatten einen weiteren wirksamen Effekt: Die Handelssektion mit ihrem sehr hohen Zensus und der zusätzlichen Bedingung, daß die zugehörige Firma im Handelsregister protokolliert sein mußte, hielt die großbürgerlichen Kreise des Handels- und Geschäftslebens gewissermaßen als „geschlossene Gesellschaft“ bisheriger Provenienz und Funktion zusammen. Jodl befaßte sich mit der nationalen Bevölkerungsstruktur in den einzelnen Kammerbezirken und zog hierzu die Ergebnisse der Volkszählung von 1880 heran. Nach diesen Angaben hatte die Prager Handels- und Gewerbekammer 93 % tschechische Bevölkerung, die Pilsner 77 %, die Budweiser ebenso 77 %, im Gebiet der Reichenberger Kammer waren die Verhältnisse jedoch sehr disparat. Die Egerer Kammer wies lediglich 6 % tschechische Bevölkerung auf¹¹. Die tschechische Minorität in der Reichenberger Handels- und Gewerbekammer besiedelte die südlichen und südöstlichen Gebiete des Kammerterritoriums, in dem die Sprachgrenze nicht überall scharfe Konturen bildete. Die ursprünglichen „Kräfteverhältnisse“, wenn man diesen Ausdruck auf die Sprachenverteilung (gemäß der Umgangssprache) anwenden wollte, waren seit 1868 im großen und ganzen konstant geblieben, die Industrieentwicklung und damit die wirtschaftliche Struktur hatte sich aber stark verändert. Die tschechische landwirtschaftliche Industrie hatte auf eigenständigen Arbeitsgebieten einen enormen Aufschwung genommen, dessen gesellschaftlich-funktionale Auswirkungen noch gar nicht abzusehen waren. Der immer breiter werdenden Schicht tschechischer Industriebourgeoisie entsprach die steigende Zahl landwirtschaftlicher Arbeiter, deren Konzentration in den neuen tschechischen Industriegebieten die Zuwanderung in die alten Zentren der Textilindustrie abschwächen sollte¹². Trotzdem ist eine solche Änderung der Migration nur zeitweise fühlbar gewesen, vor allem 1880 bis 1890, bis zur merklichen Konsolidierung der neuen tschechischen Industriegebiete.

Außerdem wirkte sich die industrielle Struktur eines so alten Textilgebietes, wie es das der Reichenberger Kammer gewesen ist, auch in ihren tschechischen

¹⁰ § 7 Abs. 1 des Gesetzes vom 29. 6. 1868 R. 85.

¹¹ Vgl. H o r s k á - V r b o v á, Pavla: K otázce vzniku české průmyslové buržoazie [Zur Frage der Entstehung der tschechischen Industriebourgeoisie]. ČSČH 10 (1962) 257—284, hier 263 Anm. 16: Liberecká OŽK (obchodní a živnostenská komora) spravovala jednak čistě německé severovýchodní a severní pohraničí Čech a jednak čistě české vnitrozemské okresy Jičín, Ml. Boleslav, Hradec Králové, Mnichovo Hradiště, Nový Bydžov, Roudnice, Semily, Turnov atd., takže poměr sil zde byl 56 % ke 44 % Čechů [Die Reichenberger Handels- und Gewerbekammer verwaltete teils das rein deutsche nordöstliche und nördliche Grenzgebiet Böhmens und teils die rein tschechischen innerböhmischen Bezirke Jitschin, Jungbunzlau, Königgrätz, Münchengrätz, Neu Bydžov, Raudnitz, Semil, Turnau und andere, so daß das Kräfteverhältnis hier 56 % Deutsche gegenüber 44 % Tschechen ausmachte].

¹² R a u c h b e r g, Heinrich: Der nationale Besitzstand in Böhmen. Bd. 1, S. 87, 334.

Bezirken aus: Die Tendenz zur Zuwanderung in die gemischten Bezirke, in denen die Industrie deutsch und die Arbeiter tschechisch waren, hielt unvermindert an. Dies wäre aus verschiedenen Beobachtungen zu erklären, die Heinrich Rauchberg gemacht hat und die er unter den Gesichtspunkten der gelungenen Assimilation der tschechischen Arbeiter im deutschen Gebiet stellte¹³. Nicht überall erscheint ihm der Gedanke der „nationalideologischen Assimilation“ bei der Zuwanderung in die deutschen Gebiete als vorteilhafte terminologische Lösung dieser Frage, er stellt vielmehr das Einströmen von Handwerkern in die Gebiete mit „höherer Wirtschaftsstufe“ als Charakteristikum hin, ferner sieht er in der Einzeleinwanderung die beste Möglichkeit der Assimilation. Das beunruhigende Phänomen einer Ausbildung von sozialdemokratischen Organisationen von Fabrikarbeitern nimmt er aus bürgerlicher Perspektive wahr, hat aber trotz dieses Distanzbewußtseins, das er als bürgerlich (deutsch) nationaler Statistiker entwickelte, noch keine hermeneutischen Begriffe, um die Ideologie des internationalen Sozialismus in der Substruktur des Reichenberger Industrie- raums zu erfassen. Es fehlt ihm trotz interessanter Beobachtungen auch völlig die „Feindperspektive“.

Das Stagnieren der tschechischen Zuwanderung hatte Rauchberg bereits konstatiert, weiterhin erschien ihm auch die Tatsache erwähnenswert, daß die Assimilation an das Deutsche Erfolg gehabt hätte. Die nationalideologische Interpretation dieses Vorgangs sollte die Anpassung der Unterschichten an die staatliche Sphäre des deutschen Sprachgebietes rechtfertigen. Damit war jedoch bewiesen, daß die Sozialstruktur dieses (deutschen) Industriegebietes innerlich unausgeglichen war und die fehlenden Unterschichten aus dem fremdnationalen Gebiet unter wirtschaftlich kaum vertretbaren Bedingungen in den Arbeitsprozeß einbezogen wurden. Das allmähliche Nachlassen der Zuwanderung in die deutschen Gebiete Ostböhmens hatte wesentliche Gründe: Seit den sechziger Jahren war die nationaltschechische Industrie in stetigem Aufstieg begriffen, so daß einige neue Industriegebiete in den fruchtbaren tschechischen Bezirken Innerböhmens entstanden. Die neuentstehenden Industriezweige waren durch die Methoden der Kapitalakkumulation und durch die Struktur des Arbeitsmarktes von Anfang an festgelegt: Es handelt sich um eine hochentwickelte landwirtschaftliche Industrie und um die landwirtschaftliche Maschinenindustrie.

Die tschechische Industrieentwicklung in den Mittel- und ostböhmisches Gebieten war bereits zur Zeit des Neoabsolutismus in verschiedenen Zweigen der landwirtschaftlichen Produktion in vollem Fluß und hatte nach dem Ende der Ära Bach neuen Auftrieb erhalten, dessen allgemeine wirtschaftliche Basis auf der selbständigen Finanzierung durch die nationaltschechischen bäuerlichen und handwerklichen Unternehmer beruhte. Der Aufbau einer eigenen Industrie hatte auch nur mit den Geldmitteln nationaler Vorschußkassen und Kreditinstitute in die Wege geleitet werden können, da das deutsche Bankkapital für die tschechischen Gründungen nicht zur Verfügung stand¹⁴.

¹³ Rauchberg I, 326 f.

¹⁴ Vgl. für die neoabsolutistische Epoche neuerdings: Stölzl, Christoph: Die Ära Bach

Die Einrichtung von landwirtschaftlichen Vorschußkassen, gebildet aus den Kontributionsgetreide- und Getreidegeldfonds, gab der erforderlichen Finanzkraft den notwendigen Auftrieb, so daß auch das Kapital für die Begründung von Kreditbanken, vor allem mit Hilfe der tschechischen Zuckerindustriellen, zur Verfügung stand¹⁵. Dieser Umwandlung der Getreidefonds in Kapitalgut haben kam im Rahmen der fruchtbaren und ausbaufähigen innerböhmisches Landstriche der Charakter einer Primärakkumulation zu, aus der der mächtige Aufstieg der tschechischen Industrie in unmittelbarer Nachbarschaft zum alten Textilindustriegebiet Reichenbergs zu erklären ist¹⁶. Sehr rasch gewannen die Städte, die in der Nähe des früheren Abwanderungsgebietes zum alten Textilgebiet lagen, größere Bedeutung für die Industrie Gründungen, für Handel und Gewerbe sowie schließlich für die Niederlassung von Aktiengesellschaften, die auf die Kapitalhilfe kleinbürgerlicher und großbäuerlicher Kreise zurückgriffen. In einigen Kommunen läßt sich dieser Aufstieg der Industriegesellschaft deutlich verfolgen, auch die Angaben über die Höhe der in einzelnen Bezirken gezahlten Steuern bieten Aufschluß über den Grad der fortschreitenden Industrialisierung¹⁷.

Der sehr beachtenswerte Strukturwandel im innerböhmischen und ostböhmischen Gebiet war nicht spurlos an der Mentalität der Bevölkerung vorübergegangen, vielmehr hatte sich durch die Konzentration von Handel und Gewerbe, durch die Ausbildung von Industrien, eine Schichtung entwickelt, die der manchesterliberalen Gesellschaft in den deutschböhmischen Industriegebieten mit ihrer oftmals landfremden Unternehmerschicht ähnlich war¹⁸. Der Unterschied zwischen den beiden Typen der Industrieoberschicht lag — im Hinblick auf ihr Selbstverständnis — in der nationalideologischen Orientierung bei den Tschechen, während die deutsche Unternehmerschicht, zuweilen landfremder Herkunft, mit der Verwaltungsbourgeoisie der staatlichen Sphäre eng verbunden war.

Die Einteilung der Handels- und Gewerbekammern mit ihren für den Wirtschaftsnationalismus der tschechischen Unternehmer außerordentlich einengen-

in Böhmen. Sozialgeschichtliche Studien zum Neoabsolutismus 1849—1859. München und Wien 1971, 360 S., hier S. 147—166 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 26).

¹⁵ Horská - Vrbová: K otázce vzniku 269. — Vgl. ferner Přehled československých dějin [Überblick über die tschechoslowakische Geschichte] II. Teil, Bd. 1. Prag 1960, 787 S., hier S. 331.

¹⁶ Die gesetzliche Grundlage für die Vorschußkassen war bereits 1863/64 gegeben worden. Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt für das Kgr. Böhmen 1863, Nr. 45 ex 1864.

¹⁷ Horská - Vrbová 279: Die der Österr. Statistik (1882) entnommenen Werte zeigen für die überwiegend tschechischen Bezirke folgende Zahlenangaben über die Höhe der direkten und indirekten Steuern (bezogen auf jeden einzelnen Bewohner des politischen Bezirkes, in österr. Gulden): Königinhof (Dvůr Kralové n. L.) 24, Jitschin, (Jičín) 20, Neustadt a. d. Mettau (Nové Město n. M.) 17, Starkenbach (Jilemnice) 10. — Es ist auffallend, daß von den 10 angeführten Bezirken (mit überwiegend tschechischer Bevölkerung, die infolge ihrer Industrialisierung die höchste Steuerleistung aufweisen) 4 in dem von der Prager Handelskammer projektierten neuen Kammerbezirk liegen.

¹⁸ Horská - Vrbová 273.

den Grenzen war naturgemäß das Angriffsziel für die aufstrebende nationale Wirtschaftsbourgeoisie Innerböhmens, deren ideologische Ziele noch nicht eindeutig zu erkennen waren. Der neugeschaffene Industrieraum mit seinen großen Expansionsmöglichkeiten und der Ausbildung einer eigenen groß- und kleinbürgerlichen Struktur, schließlich der Aufbau einer eigenen Arbeiteraristokratie in staatsfreier Sphäre, zwangen zu wirtschaftlicher und finanzieller Expansion. Der Kapitalmarkt der tschechischen Industrie hatte durch Großbanken und Aktiengesellschaften vor dem gewaltigen Zusammenbruch von 1873 einen mächtigen Aufschwung erhalten, so daß noch vor der Krise vom Mai 1873 eine eigene nationalwirtschaftliche Basis für den völligen Ausbau einer eigenen Großbourgeoisie entstanden war. Die neue Schichtung des Bürgertums sollte erst den Weg zu einem in sich geschlossenen tschechischen Sozialgefüge eröffnen, das gewissermaßen in die staatliche Sphäre Zisleithaniens allmählich hineinwachsen sollte, aber auf einer nationalideologisch eingestellten Unterschicht in staatsfreier Sphäre ruhte¹⁹. Nach der Überwindung der schweren Krise, in die Zisleithaniens Wirtschaft 1873 gestürzt wurde, nahm die erstarkte tschechische Bourgeoisie entschlossen den Kampf um die Reform der staatlichen Sphäre auf. Es war natürlich nicht möglich, für die Handels- und Gewerkekammer Reichenberg eine Änderung des Wahlgesetzes vom 29. 6. 1868 durchzuführen, wie es der tschechischen Bourgeoisie für die Handels- und Gewerkekammer Prag 1883/84 gelungen war. Die neue Prager Kammerwahlordnung (vom 31. März 1884) hatte für die tschechischen gewerblichen Mittelschichten größte Bedeutung, wirkte sich aber nur im Kammerbezirk aus. Für die tschechischen Gebiete der Reichenberger Kammer kam lediglich das Projekt einer völligen Abtrennung von den deutschen Gebieten in Betracht, so daß in den achtziger Jahren der Plan heranreifte, die tschechischen Gebiete Ostböhmens zu einer eigenen neuen Handelskammer zu vereinigen. Es war dabei an die Zuteilung von Bezirken der Prager und Reichenberger Kammer gedacht. Als Amtssitz der neuen Kammer wären vor allem Chrudim (Chrudím) oder Königgrätz (Hradec Králové) in Betracht gekommen, und Chrudim bewarb sich um die Kammer²⁰. Bei der Vorbereitung des Materials für die Wiener Punktationen (1890), die als „Kompromiß der Bourgeoisie“ ihre Auswirkungen haben sollten, hat auch das Handelskammerprojekt für Ostböhmen eine gewisse Rolle gespielt; der Plan wurde aber schließlich aufgegeben. Für die Struktur der bürgerlichen Gesellschaft sind die zahlreichen Denkschriften aufschlußreich, in denen um die Einrichtung der neuen Kammer ersucht wird. Das Gesuch der Stadtgemeinde Chrudim vom 24. 2. 1890 spricht eine sehr deutliche Sprache: „Dadurch, daß die hohe Regierung dem Antrag zustimmte, es sei durch Ausscheidung der nötigen Zahl von Steuerbezirken des Prager und Reichenberger Kammerbezirkes ein neuer Kammerbezirk für das östliche Böhmen zu bilden,

¹⁹ Vgl. hierzu M o m m s e n, Hans: Das Problem der internationalen Integration in der böhmischen Arbeiterbewegung. BohJb 2 (1961) 193—209.

²⁰ Nachlaß E. v. Plener. Wien. Haus-, Hof- und Staatsarchiv. Karton 33 Nr. 91—94. Gesuch der Stadtgemeinde Chrudim an das Abgeordnetenhaus des Reichsrates um Errichtung einer Handelskammer vom 24. 2. 1890.

fanden ihre günstige Erledigung all' die zahlreichen Petitionen, welche im Jahre 1875 von Bezirken, Gemeinden, Städten, Genossenschaften, Fabriken, Geldinstitutionen usw. dem hohen Abgeordnetenhaus und dem hohen Landtage des Königreiches Böhmen überreicht worden waren mit der Bitte, es sei eine ganze Reihe rein böhmischer Bezirke aus dem Rayon der Reichenberger Kammer auszuschneiden, welche den wirtschaftlichen Eigentümlichkeiten dieser Bezirke kein Verständnis entgegenzubringen vermochte. Es besteht nämlich kein Zweifel, daß sich die Handels- und Gewerbeverhältnisse im östlichen Böhmen seit dem Jahre 1868, in welchem das Königreich Böhmen in 5 Kammerbezirke geteilt worden war, vollständig geändert, ja daß sie einen spezifischen Charakter angenommen haben, den wir in anderen Gegenden unseres Vaterlandes nicht wiederfinden²¹."

Die Versuche der tschechischen Bourgeoisie, den Wirtschaftsraum der Oberschicht auszudehnen, scheiterten im Jahre 1890. Der Ausgleichsversuch zwischen Alttschechen und Deutschliberalen wurde durch die jungtschechische Partei konsequent vereitelt, so daß die bisherige Einteilung des böhmischen Raumes in fünf Handelskammerbezirke mit allen wirtschaftlich und gesellschaftlich weiterwirkenden Komplikationen erhalten blieb²².

Der sehr umfangreiche Reichenberger Kammerbezirk mit seinem auf den Traditionen eines alten Textilgebietes ruhenden Unternehmertum war bereits während der siebziger Jahre umstritten, da sich die wirtschaftliche Struktur Nordwestböhmens von 1850 bis 1870 grundlegend geändert hatte.

Das am Westrand des Reichenberger Kammerbezirks gelegene Braunkohlenrevier von Teplitz-Dux-Brüx-Komotau, dessen Ausläufer bis nach Aussig im Osten und im Westen bis Falkenau reichten, erfuhr von 1850—1873 einen ungeahnten Aufstieg, der den Übergang von extensiver Nutzung im Kleinabbau zum Schacht mit dampfbetriebenen Maschinenanlagen voraussetzte²³. Die Ent-

²¹ Nachlaß Plener. Karton 33 Nr. 91—94. Gesuch der Stadtgemeinde Chrudim um Errichtung einer Handelskammer. Nach 1918 war für die vorwiegend tschechischen Bezirke der Handels- und Gewerbekammer Reichenberg die Handels-, Gewerbe- und Industriezentrale Königgrätz (Hradec Králové) zuständig. Vgl. Tausche, Emil: Die Handels- und Gewerbekammer Reichenberg. In: Reichenberg. Berlin 1929, 340 S., hier S. 217—220. — Nicht zugänglich war mir: Die Handels- und Gewerbekammer in Reichenberg 1851—1901. Reichenberg, Verlag der Reichenberger Handelskammer, 132 S.

²² Menger, Max: Der Böhmisches Ausgleich. Stuttgart 1891, 298 S., hier S. 99—105.

²³ Bráf, Albin: Studien über nordböhmisches Arbeiterverhältnisse. Prag 1881, 162 S., hier S. 7 der Anstieg der Braunkohlenproduktion in Meterzentnern:

1867	12,619.348	1871	23,149.263
1868	13,641.686	1872	27,878.808
1869	16,485.305	1873	31,486.432
1870	18,738.368		

Vgl. die Berechnungen der Gesamtförderung des nordwestböhmisches Braunkohlenreviers bei: Schlegel, Friedrich: Der nordwestböhmisches Braunkohlenbergbau unter besonderer Berücksichtigung der Unternehmensformen und der Absatzverhältnisse. Diss. Frankfurt 1917, 122 S., hier S. 23 f. Das Maximum der Förderung lag im letzten Friedensjahr 1913 mit 22,704.468 Tonnen. In der Tabelle der Staaten Europas, die Braunkohle produzieren, lag Österreich-Ungarn 1908—1911 an zweiter Stelle.

Nicht zugänglich war mir: Severočeský hnědouhelný revír včera a dnes [Das nordböhmisches Braunkohlenrevier gestern und heute]. Prag 1969, 210 S.

wicklung dieser Bezirke führte erst nach 1850 zur Industrialisierung, bewirkte einen gewaltigen Aufschwung von Handel und Gewerbe, so daß auch das Bahn- und Straßennetz intensiv ausgebaut wurde. In gleichem Maße wandelte sich die Sozialstruktur dieses nordböhmisches Grenzraumes, in dem eine große Zuwanderung von innerböhmisches Arbeitskräften einsetzte. Die Zuwanderung nahm in dem einsetzenden Industrialisierungsprozeß eine führende Rolle ein. Im Zusammenhang mit ihr bildete sich eine neue gesellschaftliche Schichtung und eine neue Basis für die Ideologisierung dieser Bevölkerungsschichten, deren Fluktuation bis 1880 statistisch überhaupt nicht in vollem Umfang erfaßt wurde. Der Strukturwandel hatte auch Folgen für die wirtschaftliche und gewerbliche Interessensphäre, da das Kleinbürgertum und die städtischen Unterschichten — in diesem Anfangsstadium der Industrialisierung — auf eine intensive Förderung ihrer Standort- und Wirtschaftsinteressen angewiesen waren. Es ist bemerkenswert festzustellen, wie sich die kleinbürgerlichen Gewerbetreibenden und die aufstrebende Industrie seit der Wirtschaftskrise im Jahre 1873 vereinigten, um den Wunsch nach Begründung einer dritten Handelskammer im nördlichen Böhmen deutlich auszusprechen. Die neue Institution sollte den Bezirken Tetschen (Děčín), Aussig (Ústí n. L.), Teplitz (Teplíce), Brüx (Most), Komotau (Chomůtov) und Saaz (Žatec) einen wirtschaftlichen Mittelpunkt geben. Klar kommt die Opposition gegen die bisherige Kammereinteilung in einem „Offenen Schreiben“ zum Ausdruck, das A. Wirth 1882 in Leitmeritz (Litoměřice) herausgab²⁴. Wenn man die eingestreuten kritischen Bemerkungen über den Reichenberger Kammersekretär, Dr. Hermann Hallwich, und ortsgebundene Anspielungen ausklammert, findet man einige Aspekte der neuen Gesellschaftsstruktur, die sich im nordböhmisches Raum allmählich herausbildeten — in einem Gebiet von der Größe des damaligen Königreiches Sachsen. Die Kritik an der bisherigen Kammergliederung ist gesellschaftlich und ideologisch bestimmt, denn zunächst fordert Wirth die stärkere Berücksichtigung des neuen Kohlenreviers und der Elbegegenden. Ferner finden in dieser Abhandlung auch die Postulate der Industrieunternehmer in den südlichen (tschechischen) Bezirken der Reichenberger Kammer (Jičín, Königgrätz, Königinhof u. a.) ihre Erwähnung, deren wirtschaftliche Interessen hier ohne „nationalideologisches Dekor“ gewürdigt werden.

Den Höhepunkt des „Offenen Schreibens“ bildet die Forderung nach einem eigenen Kammerbezirk für den deutschböhmisches Teil des Reichenberger Kammergebietes, das der sächsischen Grenze benachbart ist: „Ein Kammerbezirk mit den bezeichneten Grenzen hat als Mittelpunkt das gewaltige Kohlenlager, das die industriellen Verhältnisse unserer Gegend so mächtig emporhob, das im verflossenen Jahre das Riesenquantum von 90 Millionen Zentner Braunkohle versandte, das Millionen Gulden an Arbeitslöhnen zur Befruchtung der wirtschaftlichen Verhältnisse zurückläßt, das ein an Belgien erinnerndes Eisenbahnnetz binnen wenigen Jahren hervorzauberte sowie eine große Anzahl

²⁴ Die Handelskammerfrage im nördlichen und nordwestlichen Böhmen. Offenes Schreiben eines Kammerkontribuenten. Hrsg. von A. Wirth. Leitmeritz 1882, 24 S.

Fabriks- und gewerblicher Unternehmen nebst einer stattlichen Anzahl von Handelsfirmen — zählt man doch allein in Aussig 45 Kohlencomptoirs — hervorrief.

Und dieser für unseren Volkswohlstand so hochwertige Faktor, dieses für den Staat so wichtige Steuerobjekt, das zu seinem Emporblühen seiner großen Konkurrenz wegen noch gar sehr der Pflege und des Schutzes bedarf, wie fand es bis zur Stunde jene Vertretung in der Handelskammer, die es schon auf Grund seiner Beiträge mit Recht beanspruchen darf?“²⁵

Der Handels- und Gewerbekammer Reichenberg wurde überdies der Vorwurf gemacht, daß sie die Bergbauggebiete im Westen ihres Bezirkes administrativ zu wenig berücksichtigt hätte. Die Montansektion der Handels- und Gewerbekammer Reichenberg bestand (zumindest bis 1882) nur aus 4 Mitgliedern, daher hatten sich wohl die Kohlenindustriellen zusammengeschlossen und 1874, wie Wirth anführt, in Teplitz einen „Verein für bergbauliche Interessen im nordwestlichen Böhmen“ begründet²⁶.

Die sicherlich nicht unberechtigte Kritik an der Bezirksgliederung der Handels- und Gewerbekammern war keine Einzelercheinung. Auf einer anderen Ebene sollte sich die Prager Handelskammer zum Schauplatz scharfer Kontroversen um die Reform der Kammerwahlordnung entwickeln. Die Wende von den siebziger zu den achtziger Jahren bot den gesellschaftlich-politischen Hintergrund zu der wirtschaftlich und ideologisch unvermeidlichen Umschichtung im Lager der böhmisch-zisleithanischen Bourgeoisie. Die Verwaltungsbükratie hatte während der Ära Taaffe (1879—1893) eine Reform der Kammerwahlordnung ins Auge gefaßt, die als eine Angleichung an die Bestimmungen der Wahlrechtsreform vom Jahre 1882 zu betrachten ist. Wirksame Veränderungen der Wahlordnungen für die Handelskammern mußten sich auf die bisherigen Zensusgrenzen beziehen, deren Einteilung bei der Prager Handelskammer von Sektion zu Sektion verschieden war. Die Einteilung der Sektion nach der Höhe der Erwerbssteuer lag nach 1861 bzw. 1868 in den Händen der Großkaufleute, die fast durchwegs Deutsche waren. Diese Situation blieb bis zum Anfang der achtziger Jahre unverändert, sie erweckte naturgemäß nach 1873 infolge der stetig wachsenden nationalen Ideologisierung der Industrie- und

²⁵ „Offenes Schreiben“ 19. — Die neuere Literatur über dieses Gebiet ist verhältnismäßig spärlich; vgl. Havránek, Jan: Hornická stávka roku 1900 v severočeském hnědouhelném revíru [Der Bergarbeiteraufstand im nordböhmischen Braunkohlengebiet]. Abh. der Tschechosl. Ak. d. W. 63 (1953) 151 S. — Kárníková, Ludmila: Úloha uhlí v průmyslovém rozvoji Čech do poloviny 19. století [Die Aufgabe der Kohlen in der Industrieentwicklung Böhmens bis zur Hälfte des 19. Jahrhunderts]. Abh. der Tschechosl. Ak. d. W. 68 (1958), 78 S.; für den Brüxer Raum: Brüx. Die Stadt an der Brücke. Beiträge zur Geschichte einer nordwestböhmischen Stadt. Hrsg. v. K. Oberdorffer und L. Böhm. München 1958, 132 S.

²⁶ Offenes Schreiben 19—20. Der „Verein für die bergbaulichen Interessen im nordwestlichen Böhmen“ wurde bereits 1868 gegründet. Vgl. dazu: Der Braunkohlenbergbau in den Revierbergamts-Bezirken Teplitz, Brüx und Komotau. Festschrift dem Allgem. Bergmannstage in Teplitz gewidmet von dem Vereine für bergbauliche Interessen im nordwestlichen Böhmen. Bearbeitet von Dr. Gustav Schneider. Teplitz 1899, 159 S., hier S. 151.

Wirtschaftskreise (im Bereich der tschechischen Bourgeoisie) heftigen Widerstand²⁷. Die jungtschechische Partei mit ihrer demokratisch eingestellten Führungsgruppe nahm schließlich den Kampf um die Wahlreform in der Kammer entschlossen auf. Dr. Edvard Grégr, als fortschrittlicher Politiker bereits bekannt, Skokánek, Wohanka und Bondy forderten die umgehende Änderung der geltenden Wahlordnung, während die damalige (deutsche) Majorität die Vertagung der Wahlreform (bis zur nächsten Steuerreform) durchzusetzen versuchte. Dr. Grégr apostrophierte in einer vorzüglichen Rede die bisherige Gliederung in Sektionen als Schachzug zur Erhaltung der deutschen Majorität und forderte die bürgerliche Gleichberechtigung: „Ich werde freilich nicht behaupten, der Zweck, in der Prager Handelskammer die deutsche Majorität zu erhalten, d. h. die Erhaltung einer künstlichen Majorität, sei ein gerechter oder ethischer; im Gegenteil! Und eben weil dieser Zweck nicht gerecht und ethisch ist, darum kann auch das Mittel, mit welchem dieser Zweck erreicht werden soll, d. h. die Wahlordnung in die Handelskammer, weder gerecht noch ethisch sein²⁸.“

Die früher als „Tschechisierung der mittelböhmisches Handelskammern“ (Prag mit Pardubitz, Pilsen, Budweis) deklarierte Umwälzung des Jahres 1884 enthüllt sich — gesellschaftlich betrachtet — als unumgänglicher Vorgang der Demokratisierung, dessen Folge die rasche Ausbildung der tschechischen Großbourgeoisie gewesen ist. Der bürgerliche tschechoslowakische Staat des 20. Jahrhunderts hatte somit seine sozial- und strukturgeschichtlich wirksame Grundlage gefunden.

Die Diskrepanz innerhalb der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im Gebiet der Reichenberger Kammer ist aus der unterschiedlichen industriellen Regionalgliederung abzuleiten; sie stellte das Verwaltungssystem Zisleithaniens vor unlösbare Schwierigkeiten, die sich aus der Verschiebung der ökonomischen und bevölkerungspolitischen Schwerpunkte innerhalb des großen Wirtschaftsraumes ergaben.

²⁷ Horská-Vrbová 276 f. Vgl. hier die näheren Ausführungen über den Einfluß der jungtschechischen Partei auf die Prager Handels- und Gewerbekammer, in der Dr. Edvard Grégr bereits nach 1872 eine bedeutende Rolle spielte. Die Entwicklung einer eigenen tschechischen Wirtschaftsbourgeoisie als gesellschaftliche Basis für den Aufbau des gesamten (nationalen) Sozialgefüges wurde von Alt- und Jungtschechen zeitweise gemeinsam gefördert. Über Dr. Edvard Grégr vgl. Verhandlungen der Handels- und Gewerbekammer in Prag in den Jahren 1883 bis 1885. Prag 1887, S. V, IX.

²⁸ Verhandlung der Handels- und Gewerbekammer Prag über den vom hohen k. k. Handelsministerium herabgelangten Entwurf einer Wahlordnung. Prag 1883, 167 S., hier S. 116. — Vgl. auch: Verhandlungen der Handels- und Gewerbekammer in Prag in den Jahren 1883 bis 1885. Prag 1887. Debatte über die Reform der Wahlordnung, Rede Dr. Grégrs S. 115—121, hier S. 117.

ZUR REISE VON MARSCHALL FOCH NACH WARSCHAU UND PRAG IM FRÜHJAHR 1923

Von Manfred Alexander

Als am 11. Januar 1923 französische und belgische Expertengruppen unter militärischem Schutz ins Ruhrgebiet einrückten, um Deutschland für mangelnde Reparationsleistungen zu strafen und zugleich einen Trumpf für die französische Sicherheitspolitik zu erwerben, wurden in Deutschland Befürchtungen wach, daß sich Frankreich mit der Besetzung des Ruhrgebietes nicht begnügen und in gemeinsamer Aktion mit seinen Verbündeten Polen und der Tschechoslowakei das Reich zerstückeln wolle¹. Befürchtungen dieser Art forderten das Auswärtige Amt in Berlin zu erhöhter Wachsamkeit gegenüber allen politischen und militärischen Handlungen Frankreichs und seiner Alliierten auf, so wenig bedeutsam manche dieser Handlungen auch auf den ersten Blick erscheinen mochten. In diesen Rahmen fällt auch die Ankündigung der Reise des Marschalls Foch, eines damals 72jährigen und aus dem aktiven Militärdienst bereits ausgeschiedenen französischen Generals, dem jedoch als persönlichem Freund Poincarés und Vorsitzenden der interalliierten Militärkommission für das Rheinland keineswegs nur die Bedeutung einer Randfigur der französischen Politik zuzumessen war.

Die Vorbereitungen in Prag und insbesondere in Warschau auf den Besuch Fochs fielen in eine Zeit, in der sich bei den deutschen Ämtern für innere Sicherheit, der Reichswehr und den diplomatischen und konsularischen Vertretungen des Reichs Meldungen über gewisse militärische Vorbereitungen in Polen und der Tschechoslowakei häuften². Nach außen wurden die Militäraktionen zwar für die Tschechoslowakei mit der ungarischen Gefahr³, für Polen mit der Notwendig-

¹ Allgemein zur französischen Ruhraktion: Favez, Jean-Claude: *Le Reich devant l'occupation franco-belge de la Ruhr en 1923*. (Diss.) Genf 1969. — Schmidt, Royal J.: *Versailles and the Ruhr: Seedbed of World War II*. Den Haag 1968. — Ausführlich zum Problem einer Beteiligung der Tschechoslowakei an der französischen Sanktionspolitik vgl. vom Verf.: *Die Tschechoslowakei und die Probleme der Ruhrbesetzung 1923*. *BohJb* 12 (1971) 297—336. Die vorliegenden Ausführungen knüpfen dort an und versuchen durch die Einbeziehung Polens eine Erweiterung der Problemstellung.

² Eine Aufführung der Aktenbelege ist wegen der Menge derartiger Berichte unmöglich. Oft besitzen sie nur einen geringen Aufklärungswert, da sie von untersten Instanzen in Grenznähe stammen und mehr über die psychische Verfassung der Grenzbevölkerung als über tatsächliche Vorkommnisse besagen; vgl. z. B. das Gerücht von einem deutschen Gasangriff: PA (Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn), Frank an AA (Or.), Kattowitz 12. I. 23, IV a Po 649 (L 158 273 ff.), IV Pol 2, 11 Polen.

³ PA, Koch an AA (Or.), Prag 16. I. 23, Ts 217 (L 118 970 ff.), Po 1, 2 Ts.

keit einer vorsichtigen Haltung gegenüber der Sowjetunion begründet⁴. Solche Erklärungen vermochten aber nicht die Bevölkerung der grenznahen Gebiete, insbesondere in Oberschlesien, zu beruhigen und ihr die ständige Furcht vor einem bevorstehenden polnischen oder polnisch-tschechoslowakischen militärischen Eingreifen zu nehmen. Als auch noch zur gleichen Zeit die lange vorbereiteten Gesetze über die Gewährung von Krediten für den Ausbau der tschechoslowakischen, jugoslawischen⁵ und polnischen Armee durch das französische Parlament gepeitscht wurden⁶, zeigten sich die deutschen diplomatischen Beobachter zunehmend besorgt, daß sich hinter den offiziellen beruhigenden Äußerungen die Gefahr einer größeren Verwicklung andeute. So konnte der Außenminister Rosenberg in einer Art Zwischenbilanz dem preußischen Innenminister Severing bestätigen, daß es in der Tat — nach Auffassung des Auswärtigen Amtes — in Polen Bestrebungen gegeben habe, durch Korfanty die polnischen Insurgenten von 1920 zu reaktivieren und einen neuen Versuch der Abspaltung ganz Oberschlesiens vom Reich zu unternehmen⁷. Auf solche Pläne habe aber die „Bereitstellung deutscher Abwehrmittel“ bereits dämpfend gewirkt⁸. Die deutschen Gegenmaßnahmen sähen vor, daß Formationen des Selbstschutzes der Leitung von Organen der Reichswehr und der preußischen örtlichen Verwaltung unterstellt würden. Ergebnislos verliefen dagegen die Ermittlungen des deutschen Gesandten in Warschau, Rauscher, der einen Angehörigen der Gesandtschaft nach Danzig schickte, um zu überprüfen, ob tatsächlich Geschütze für die polnische Armee geliefert worden seien⁹. Dies hätte ebenso wie die Meldung, daß die Einberufung von Reservisten durchaus langfristig geplant worden sei und den Gepflogenheiten der polnischen Armee entspräche¹⁰, die vorhandenen Befürchtungen ausräumen können; da diese Aktionen jedoch zeitlich mit französischen Einberufungen bzw. der Verpflichtung zum Längerdiensten zusammenfielen¹¹ und überdies vor dem

⁴ PA, Rauscher an AA (Or., Xerokopie), Warschau 24. I. 23 (K 024 375 f.), Geheimakten Polen Po 2, 2 P-Dtl.

⁵ Vgl. PA, Keller an AA (Ab.), Belgrad 31. I. 23, Js 168 (K 118 252 ff.), Po 4, 4 Kl. E. — Keller an AA (Dd.), Belgrad 6. II. 23, Js 212, Po 4, 4 Kl. E.

⁶ PA, Hoesch an AA (Or.), Paris 17. II. 23, Fr 637, Po 3, 1 Fr-P. Die Auszahlung zögerte sich jedoch noch bis 1924 hinaus und war schließlich an große wirtschaftliche Zugeständnisse Polens gebunden.

⁷ PA, Severing an Rosenberg (Or., Xerokopie), Berlin 16. IV. 23 (K 024 801 f.), Geheimakten Polen Po 2, 4 I P-Dtl. — Koch an AA (Or.), Prag 15. VI. 23, Ts 2209 (L 134 120 ff.), Po 6 A, 1 Ts. — Rosenberg an Severing (Entwurf m. pr., Xerokopie), undatiert, nach dem 3. V. 23, (K 024 803), Geheimakten Polen Po 2, 4 I P-Dtl.

⁸ S. den Entwurf Rosenberg in Anm. 7. Diese These konnte durch die im März/April 1923 erfolgte Reise von General Le Rond, Vorsitzender der interalliierten Militärkommission für Oberschlesien, nach Oberschlesien gestützt werden: PA, Koch an AA (Or.), Prag 16. IV. 23, Ts 1460 (L 137 533), Po 13, 3 Ts. — Rauscher an AA (Or. Xerokopie, streng geheim), Warschau 18. IV. 23, IV a Po 5915 (K 030 268 f.), Geheimakten Polen Pol 3, 1 P-Fr.

⁹ PA, Rauscher an AA (Or. Xerokopie, streng geheim), Warschau 22. III. 23, IV a Po 4726 (K 024 671 f.), Geheimakten Polen Pol 2, 3 P-Dtl.

¹⁰ PA, Rauscher an AA (Or.), Warschau 6. III. 23, IV a Po 3974 (L 213 560 f.), IV 13, 5 Polen.

¹¹ PA, Wallroth nach Warschau (Tel.-Konz.), Berlin 23. III. 23, IV a Po 4640, IV Po

Hintergrund einer ständig wachsenden Spannung an der Ruhr gesehen werden mußten, blieb ein guter Rest von Ungewißheit ob der zukünftigen Haltung Polens Deutschland gegenüber besonders bei der betroffenen Grenzbevölkerung weiterbestehen.

Zwecks Ermittlung der Haltung der Regierungen in Prag und Warschau zur Ruhraktion Frankreichs richtete das Auswärtige Amt Anfragen an die dortigen deutschen Gesandtschaften, deren Antworten übereinstimmend die Möglichkeit einer akuten Gefahr für Deutschland ausschlossen. Aus Warschau berichtete Rauscher, daß der polnischen Regierung der Gedanke, in die französische Aktion verwickelt zu werden, zwar unangenehm sei, er allerdings nicht ausschließen könne, daß Polen von Frankreich zu einer Beteiligung gedrängt würde¹²; dies müsse besonders für jenen Fall gelten, „wenn Frankreich [an der Ruhr] auf allzu große Schwierigkeiten stoßen sollte“ und Polen unter Berufung auf den französisch-polnischen Bündnisvertrag von 1921 zum Eingreifen gegen Deutschland zwingen könne. Einen eigenständigen polnischen Vorstoß gegen Deutschland schließt Rauscher aus: „Bestimmt denkt [die polnische Regierung] nicht daran, angebliche Chancen der Situation auszunutzen, sei es in Oberschlesien, sei es in Ostpreußen.“ Zugleich warnt Rauscher aber dringend vor jeglicher Verlautbarung zu diesem Thema in der deutschen Presse: „Es hieße dies den Teufel an die Wand malen und den Polen zu zeigen, daß man immerhin mit der Möglichkeit oder gar der Durchführbarkeit einer solchen Aktion rechnet.“

Die Haltung Polens zur Ruhraktion Frankreichs wurde durch den Handstreich seines nördlichen Nachbarn Litauen beeinflusst. Am 10. Januar 1923 besetzten litauische Freischärler das unter alliierter Kontrolle stehende Gebiet von Memel¹³ und erreichten damit, was Polen für Danzig erträumte — die Einbeziehung eines erstrebten Ostseehafens in den eigenen Staat. Da sich Polen mit Litauen (infolge der Eroberung Wilnas durch General Żeligowski am 9. Oktober 1920¹⁴) noch im Kriegszustand befand, bot der litauische Vorstoß Polen die Möglichkeit zu einer Intervention¹⁵. Diese zusätzliche Verwirrung in der außenpolitischen Lage seines

13, 5 P. — Hoesch an AA (Or.), Paris 24. III. 23 Fr. 1079, Po 13, 7 Fr. — v. Benn-dorf an AA (Or.), Warschau 8. V. 23, IV a Po 6980 (L 213 569 f.), IV Po 13, 5 P.

¹² PA, Rauscher an AA (Or. Xerokopie, streng vertraulich), Warschau 10. I. 23, IV a Po 579 (K 024 177 f.), Geheimakten Polen 2, 2 P-Dtl.

¹³ Hellmann, Manfred: Grundzüge der Geschichte Litauens und des litauischen Volkes. Darmstadt 1966, S. 157. — Skrzypek, Andrzej: Kłajpeda jako zagadnienie międzynarodowe (1918—1939) [Memel als internationales Problem (1918—1939)]. Dzieje Najnowsze 3 (1971) 55—77, hier 57 f. — Kumaniecki, Jerzy: Po traktacie ryskim. Stosunki polsko-radzieckie 1921—1923 [Nach dem Frieden von Riga. Polnisch-sowjetische Beziehungen 1921—1923]. Warschau 1971, S. 222. Deutschland hatte im Versailler Vertrag Art. 99 das überwiegend deutschbesiedelte Memelgebiet abtreten müssen, dessen vorläufige Verwaltung ein französischer General und ein französischer Oberkommissar im Namen der Alliierten übernahmen (16. II. 1920). Bei der Besetzung durch litauische Freischärler unter Oberst Budrys (eigentlich Polowiński) verließen die französischen Verbände ohne Widerstand das Gebiet.

¹⁴ Wandycz, Piotr S.: France and Her Eastern Allies 1919—1925. French-Czechoslovak-Polish Relations from the Paris Peace Conference to Locarno. Minneapolis (Minn.) 1962, S. 182.

¹⁵ Kumaniecki 211.

Verbündeten mußte Frankreich jedoch sehr unangenehm sein. Da das Reich Litauen in der Memel-Frage gewähren ließ und Rußland seine Antipathie gegen Polen deutlich zeigte, konnten aus einer polnischen Parallelaktion zur französischen Sanktionspolitik im Osten unabsehbare Verwicklungen entstehen¹⁶. Auch der einzige Verbündete Polens in Osteuropa, sein südöstlicher Nachbar Rumänien, stand in diesen Tagen an der Grenze eines bewaffneten Konfliktes mit Ungarn, der aus einigen Grenzzwischenfällen zu entstehen drohte. Rumänien war nicht daran interessiert, „in irgendwelche kriegserische Verwicklungen Polens hineingezogen zu werden“¹⁷, da es unter den gegebenen Bedingungen — Frankreich an der Ruhr engagiert, Grenzkonflikt mit Ungarn, Polen in Litauen beschäftigt — mit einem Angriff der Sowjetunion auf Bessarabien, dessen Verlust Moskau noch nicht verschmerzt hatte, rechnen mußte¹⁸.

Deutlicher noch als der Gesandte in Warschau gab Koch aus Prag dem Auswärtigen Amt zu verstehen, daß sich die tschechoslowakische Regierung an der französischen Aktion nicht beteiligen werde, diese sogar in nichtöffentlichen Erklärungen mißbillige und dem Deutschen Reich — bis auf den Fall eines Ausbruchs offener Feindseligkeiten — Neutralität zusichere. In allen Berichten, die in dieser Frage an das Auswärtige Amt gerichtet wurden, klang jedoch übereinstimmend und unmißverständlich durch, daß man die Entwicklung der Ereignisse in Deutschland weiterhin mißtrauisch beobachte¹⁹ und von Deutschland die strikte Einhaltung der Bestimmungen der Friedensverträge erwarte. Wenn diese Zusicherung auch die akute Drohung eines polnischen und/oder tschechoslowakischen Eingreifens in den Ruhrkonflikt unwahrscheinlich machten, konnte das Auswärtige Amt aus einer Fülle von Anzeichen schließen, daß sich diese Situation durch eine entsprechende Initiative aus Paris bei Gelegenheit ändern konnte und daß für einen solchen Fall Vorbereitungen getroffen wurden. Unter diesem Blickwinkel betrachtete man auch die bevorstehende Reise Fochs in die Hauptstädte der beiden Alliierten Frankreichs. Inwiefern eine französische Initiative den Gang

¹⁶ Frankreich drängte auf eine baldige Regelung. Schon am 16. II. 1923 erkannte die Botschafterkonferenz — nach einem formellen Protest — die neue Lage an und arbeitete das Memel-Statut aus, das am 8. V. 1924 in Kraft trat und dem neuen litauischen Landesteil eine gewisse Autonomie versprach.

¹⁷ PA, Aufz. v. Maltzan (Or. Xerokopie), Berlin 18. I. 23 (K 024 276), Geheimakten Polen Pol 2, 2 P-Dtl.

¹⁸ Vgl. u. a. PA, Wied an AA (Tel.), Budapest 18. I. 23, U 96, Po 4, 4 Kl. E. — Braun v. Stumm an AA (Or.), Budapest 1. II. 23, Po 1 U. — Welczek an AA (Or.), Budapest 24. IV. 23, U 600 (L 123 097 ff.), Po 3, 1 Ts-U. Zu den Grenzzwischenfällen in Bessarabien vgl. die russische Protestnote an Rumänien vom 16. V. 23: Dokumenty vnešnej politiki SSSR [Dokumente der Außenpolitik der UdSSR]. Bd. 6. Moskau 1962, Dok. 181, S. 319 f.

¹⁹ „Lord d'Abernon, der mich heute telefonisch anrief, bestätigte mir, daß der englische Gesandte in Warschau die Zusicherung der Polnischen Regierung erhalten habe, daß sie sich durchaus ruhig verhalten würde.“ Aufz. Maltzan, s. Anm. 17. Ähnlich PA, Stein an AA (Tel.), Warschau 20. I. 23, IV a Pol 2, 11 P. — Rauscher an AA (Or. Xerokopie), Warschau 24. I. 23, IV a Po 1499 (K 024 375 ff.), Geheimakten Polen Po 2, 2 P-Dtl. Zur tschechoslowakischen Haltung vgl. vom Verf.: Die Tschechoslowakei 324.

der Dinge tatsächlich spürbar beeinflussen konnte, ist u. a. aus dem Inhalt und der Tragweite der zwischen Frankreich und seinen Verbündeten bestehenden politischen und militärischen Bindungen zu ersehen.

*

Für das polnisch-französische Verhältnis bildeten die Verträge von 1921 die Basis für eine politische und militärische Zusammenarbeit beider Staaten²⁰. Im Abkommen vom 18. Februar 1921 waren die beiden vertragschließenden Parteien darin übereingekommen, ihre Politik zum Schutz des Friedens im Rahmen des Versailler Friedensvertrags und des Völkerbundes aufeinander abzustimmen, sich gegenseitig über gemeinsam interessierende Fragen zu konsultieren, wirtschaftlich eng zusammenzuarbeiten und im Falle eines unprovzierten Angriffs durch einen Dritten ihre Verteidigungsanstrengungen zu koordinieren²¹. Diesen Rahmen sprengten die Bestimmungen des geheimen polnisch-französischen Militärabkommens vom 21. Februar 1921, in dem die im politischen Vertrag festgelegten Grundlinien durch Einzelabsprachen der Militärs konkretisiert wurden²². So ging bereits der erste Artikel, in dem Polen und Frankreich schon für den Fall einer bedrohlichen Entwicklung in Deutschland selbst oder zum Zweck der Ausführung der Friedensvertragsbestimmungen einander wirksame und rasche Unterstützung für gemeinsames Handeln zusicherten, über eine reine Verteidigungskonzeption hinaus²³. Sollte Polen von Rußland bedroht werden, so versprach Frankreich seinem Verbündeten Hilfe gegen ein Eingreifen Deutschlands (Art. II) sowie Hilfslieferungen zur Stärkung der polnischen Armee (Art. III). Weitere Artikel betrafen die Vereinheitlichung des Kriegsmaterials auf der Basis der französischen Produktion (Art. IV), deren Lieferungen Polen durch den Aufbau einer eigenen Industrie ersetzen sollte (Art. V). Die Generalstäbe beider Länder vereinbarten regelmäßige Konsultationen (Art. VI) und enge Zusammenarbeit der jeweiligen militärischen Vertretungen im Gastland mit den lokalen Militärbehörden (Art. VII)²⁴.

²⁰ Ausführlich zu diesem Thema jetzt K u k u ł k a, Józef: *Francja a Polska po traktacie wersalskim 1919—1921* [Frankreich und Polen nach dem Versailler Vertrag (1919—1921)]. Warschau 1970.

²¹ W a n d y c z : *France* 217; Text: Appendix II, S. 395. — L a r o c h e, Jules: *La Pologne de Pilsudski. Souvenirs d'une Ambassade. 1926—1935*. Paris 1953, S. 15 f.

²² Text bei W a n d y c z : *France*, Appendix III, S. 394 (dort auch Angaben zur Rekonstruktion des Textes); ausführlich zur französisch-polnischen militärischen Zusammenarbeit C i a ł o w i c z, Jan: *Polsko-francuski sojusz wojskowy 1921—1939* [Das polnisch-französische Militärbündnis 1921—1939]. Warschau 1970; der polnische Text des Abkommens dort S. 67 ff.

²³ Der erste Artikel lautet (nach W a n d y c z : *France* 394): „Les deux Gouvernements dans le cas où la situation en Allemagne deviendrait menaçante au point d'impliquer un danger de guerre contre l'un des pays et notamment en cas de mobilisation allemande, comme aussi dans le cas où l'exécution du Traité de Versailles viendrait à nécessiter une action commune de leur part, s'engagent à renforcer leurs préparatifs de façon à être en mesure de se prêter un concours efficace et rapide et à agir en commun. En cas d'agression allemande contre l'un des deux pays, les deux pays sont également tenus de se prêter de concours, suivant un commun accord . . .“ W a n -

Polen, auf dessen Wunsch die Vereinbarungen 1921 getroffen wurden, brachten die Verträge einen beachtlichen Gewinn an Sicherheit und wurden entsprechend gewürdigt. In Frankreich dagegen blieben sie — wegen ihrer Rückwirkung auf das französisch-russische Verhältnis — nicht unbestritten²⁵. Marschall Foch, der Polen gegenüber nicht ohne Wohlwollen war, hatte gegen diese Bindung Frankreichs an Polen, das „weder Grenzen, noch eine Regierung, noch eine Armee habe“, vergebens besorgte Warnungen ausgesprochen²⁶ und versucht, den polnischen Entwurf für Frankreich zu „entschärfen“²⁷. Die französische Regierung mochte die enge Bindung an Polen als Beginn eines umfassenden Allianzsystems in Ostmitteleuropa sehen und hoffen, daß Polen von sich aus die Bestimmungen nicht extensiv zugunsten eigener politischer Bestrebungen auslegen werde; als sich nun 1923 der erste Fall ergab, daß Polen den Verträgen zufolge Frankreich hätte helfen sollen, wich die Regierung Poincaré vor einer Einbeziehung Polens in die Sanktionspolitik zurück. Polen seinerseits verstand die Verträge als Schutz der eigenen Sicherheit im Osten und war wenig geneigt, diese Sicherheit durch eine militärische Unterstützung Frankreichs im Westen aufs Spiel zu setzen²⁸. Die mangelnde Ausgewogenheit der vertraglichen Verpflichtungen und die unterschiedlichen Interessen der Vertragspartner waren der Grund, warum Frankreich später davon abrücken wollte und in Locarno die Einschränkung seiner Bindungen an Polen hinnahm²⁹.

Die Zusammenarbeit zwischen Polen und Frankreich entwickelte sich nach Abschluß der Verträge keineswegs so eng und reibungslos, wie es die Sprache der Verträge und die öffentlichen Freundschaftsbekundungen vermuten lassen³⁰. Zwar unterstützte die französische Regierung den polnischen Standpunkt in der Oberschlesienfrage, konnte aber, weil gegen den Einspruch Großbritanniens machtlos, nur einen Polen wenig befriedigenden Erfolg erreichen³¹. Frankreich verweigerte ferner die Anerkennung der polnischen Ostgrenzen, wie sie im Frieden von Riga

d y c z : France 217 weist nur auf den Fall einer deutschen Aggression hin, der Text läßt aber eine weitergehende Auslegung zu; wie Wandycz auch Ciałowicz 69 ff., Kukułka 378 ff.

²⁴ Das Inkrafttreten beider Verträge war an den Abschluß eines Wirtschaftsabkommens gebunden, das erst am 6. II. 1922 erreicht wurde; Wandycz : France 219. — Ciałowicz 72 ff. — Zum Einfluß von Rapallo auf die rasche Ratifizierung vgl. Ciałowicz 82 f. — Kukułka 380 bemängelt die Ungleichgewichtigkeit in den Wirtschaftsabsprachen.

²⁵ Wandycz : France 222. — Kukułka 381.

²⁶ Wandycz : France 214.

²⁷ Ebenda 218.

²⁸ Zum Interessenkonflikt vgl. Ciałowicz 71.

²⁹ Vgl. vom Verf.: Der deutsch-tschechoslowakische Schiedsvertrag von 1925 im Rahmen der Locarno-Verträge. München-Wien 1970, S. 117 und 162 f. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 24).

³⁰ Besonders in den Wirtschaftsbeziehungen erwiesen sich die Franzosen als keineswegs freundschaftliche Partner, vgl. Kukułka 455 ff. — Roos, Hans: Die militärpolitische Lage und Planung Polens gegenüber Deutschland vor 1939. Wehrwissenschaftliche Rundschau 7 (1957) 181—202, hier 184 f. — Zum Affront Piłsudskis bei seinem Besuch in Paris Ciałowicz 39.

³¹ Wandycz : France 232 ff.

festgelegt worden waren, weil es darin eine polnische Expansion zu Lasten Rußlands sah und sich einem — wie man hoffte — bald wieder bürgerlich gewordenen Rußland gegenüber in der Grenzfrage nicht im vorhinein binden wollte³². Auf der Konferenz von Genua 1922 war Frankreich nicht bereit, seinen Wunsch nach einer Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen mit Sowjetrußland durch die gleichberechtigte Teilnahme Polens an den Verhandlungen oder durch eine Anerkennung von dessen Ostgrenzen zu belasten³³. Polen widersetzte sich hingegen allen französischen Versuchen, sein Verhältnis zur Tschechoslowakei durch substantielle Konzessionen zu verbessern, wenn es auch vorübergehend zu einem Versuch der Verständigung bereit war. Parallel zu den Differenzen in Fragen der großen Politik bestanden auch auf der militärischen und diplomatischen Ebene Spannungen³⁴, die jedoch das offizielle Bild der freundschaftlichen Beziehungen nicht trüben konnten.

Das polnische Stillhalten in der Memelfrage und das gleichzeitige Interesse Frankreichs an einer für den Fall von Unruhen in Deutschland entgegenkommenen Haltung Polens in der Ruhrfrage schufen für die polnische Regierung im Januar 1923 eine günstige Situation, endlich die französische und alliierte Anerkennung des Friedens von Riga und der darin festgelegten polnisch-russischen und polnisch-litauischen Grenzen zu erreichen³⁵. Stand Polen nämlich allein oder nur im Bund mit dem schwachen Rumänien Rußland gegenüber und verweigerte sogar der Verbündete Frankreich die Anerkennung der polnischen Grenze, dann war von Polen keine Bereitschaft zu erwarten, die französische Politik in Deutschland zu unterstützen. Jeder Eingriff Polens in die deutsche Problematik hätte nach dem Rapallo-Vertrag und den deutlichen Warnungen aus Moskau³⁶ die Gefahr eines Bruchs des international noch nicht sanktionierten Friedens von Riga und eine Bedrohung des territorialen Bestands von Polen durch Moskau mit sich gebracht.

Anfang Februar 1923 richtete der polnische Ministerpräsident General Sikorski eine Note an die französische Regierung, in der die Anerkennung der polnischen

³² Über die französische Haltung zum Frieden von Riga vgl. Kukulka 535 ff., besonders 537.

³³ Wandycz: France 257 f.

³⁴ Ciałowicz 77 ff., 83 ff. — Kukulka 484 ff. — Wandycz, Piotr S.: French Diplomats in Poland 1919—1926. JCEA 23 (1963/64) 440—450.

³⁵ Wandycz: France 273 f. — Skrzypek 59. — Pobóg-Malinowski, Władysław: Najnowsza historia polityczna Polski 1864—1945 [Neueste politische Geschichte Polens 1864—1945]. Bd. 2, 1. Teil. London 1956, S. 427 f.

³⁶ Vgl. die sowjetischen Pressemeldungen bei Ruge, Wolfgang: Die Stellungnahme der Sowjetunion gegen die Besetzung des Ruhrgebietes. Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen von Januar bis September 1923. Berlin (Ost) 1962, S. 57 f. (Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Schriften des Instituts für Geschichte. Reihe 1. Allgemeine und deutsche Geschichte 12). Da in der Arbeit die sowjetischen Aktenveröffentlichungen noch nicht benutzt sind und polnische oder tschechische Arbeiten vom Verf. nicht herangezogen wurden, ist das Buch für den vorliegenden Zusammenhang bedeutungslos. — Vgl. Dokumenty wnešnej polityki SSSR, Bd. VI. Dok. 102, 112, 120, 125. — Ferner: Riekhoff, Harald von: German-Polish Relations, 1918—1933. Baltimore-London 1971, S. 73 f. — Gąsiorowski, Zygmunt J.: Stresemann and Poland Before Locarno. JCEA 28 (1958) 28.

Ostgrenze gefordert wurde³⁷. Auf eine zunächst vage Antwort Poincarés brachte Sikorski in Briefen an Marshall Foch und Poincaré noch einmal deutlich zum Ausdruck, daß er zwischen all den internationalen Fragen einen Zusammenhang sehe und Polens Bündniswert an die Erfüllung dieses Wunsches durch Frankreich gebunden sei³⁸. Daraufhin erhielt Sikorski Ende Februar eine Antwort, in der sich Frankreich zu dem von Polen geforderten Schritt bereit erklärte³⁹. Am 14. März 1923 erkannte die Botschafterkonferenz formell die polnische Ostgrenze an, die damit auch durch das französische Bündnis gedeckt und international durch die Bestimmungen des Völkerbundes geschützt wurde⁴⁰.

Nun war es an Polen, einige Zeichen guten Willens vernehmen zu lassen. Einen Tag nach Anerkennung der Grenzen durch die Botschafterkonferenz feierte der polnische Sejm das Ereignis; Außenminister Graf Skrzyński reiste nach Paris, um dort öffentlich die polnische Dankbarkeit zu bezeugen und den französischen Standpunkt in der Ruhrfrage zu unterstützen⁴¹. Aber der politische Wert dieser Reise wird sich nicht in der Deklamation der französisch-polnischen Freundschaft erschöpft haben, wie Hoesch als Beobachter gemeint hatte; verschiedene Treffen mit Politikern und Militärs, darunter auch mit Marshall Foch, boten zweifellos die Gelegenheit zu politischen Unterredungen. Dabei erklärte Skrzyński auch, daß Polen nunmehr in die Kleine Entente strebe⁴². Es entsprach zwar dem französischen Wunsch, das Bündnis von Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien von seiner antiungarischen Orientierung zu einer antideutschen zu bewegen, aber die öffentliche Bekundung des polnischen Wunsches nach Beitritt begründete noch nicht die Hoffnung auf seine Verwirklichung — dem stand das schlechte Verhältnis zwischen Prag und Warschau im Wege.

*

Das tschechoslowakisch-französische Verhältnis nach dem Ersten Weltkrieg läßt sich nicht mit derselben Schlüssigkeit beschreiben wie das polnisch-französische.

³⁷ PA, Rauscher an AA (Tel.), Warschau 15. II. 23, IV a Po 2754 IV Pol 3, 3 P-Fr.: „Nach besonderer Information hat Polen an Frankreich Note wegen Anerkennung Ostgrenze gerichtet unter Hinweis auf seine französischerseits geforderte Zurückhaltung in [Memel-]Frage, um Ruhraktion nicht durch verschärfte Reibungen im Osten zu komplizieren. Glaube bei Weiterbestehen status quo Verantwortung nicht übernehmen zu können.“

³⁸ Wandycz: France 273.

³⁹ Sikorski, General Władysław: Polska i Francja w przeszłości i dobie współczesnej [Polen und Frankreich in der Vergangenheit und Gegenwart]. Lemberg 1931, S. 115 ff.; Text der Note der Botschafterkonferenz vom 15. III. 23 S. 117; vgl. Kumaniecki 227. — Ciałowicz 89.

⁴⁰ Zu den sowjetischen Protesten gegen die Einschaltung des Völkerbundes vgl. Dokumenty wnešnej politiki SSSR, Bd. VI, Dok. 112, 124, 128, 138.

⁴¹ PA, Hoesch an AA (Or.), Paris 16. III. 23, IV a Po 4475 (L 186 401 f.), IV Po 3, 3 P-Fr.; über den Kabinettsauftrag vgl. Kumaniecki 227 ff.

⁴² PA, Rauscher an AA (Or.), Warschau 28. III. 23, IV a Po 4998, IV Po 3 P-Ts. Ein Treffen mit Mussolini, das auf Wunsch Skrzyńskis in Mailand zustande kam, war wenig ergiebig und für die italienische Seite enttäuschend; I Documenti diplomatici italiani, 7. Serie, Bd. 1, Rom 1953, Dok. 664 und 667.

Beneš als Außenminister hatte aus seiner Studienzeit enge Beziehungen zu Frankreich bewahrt und im Weltkrieg von Paris aus für seine politischen Ziele gearbeitet. Bei Kriegsende war er neben dem unbestrittenen Führer der Tschechen und ersten Präsidenten Masaryk der zweite Mann geworden, der während der Friedenskonferenz den nationaldemokratischen Gegenspieler und ersten Ministerpräsidenten Kramář in den Schatten stellte⁴³. Beneš hatte durch geschicktes Taktieren alle vertretbaren Forderungen die zukünftige territoriale Gestalt der Tschechoslowakei betreffend durchgesetzt, und er verstand es weiter, seinen Staat als außenpolitisch saturiert und innenpolitisch nach demokratischen Gesichtspunkten geordnet vorzustellen. Der Völkerbund wurde bald der bevorzugte Platz, auf dem er wegen seines diplomatischen Geschicks rasch das Ansehen seines Staates förderte. Die Politik des *status quo*, die Beneš immer wieder als Grundpfeiler seiner Politik herausstellte, bedeutete die enge Anlehnung an die Alliierten England und Frankreich; diese Anlehnung gab dem jungen Staat Ungarn als dem Hauptgegner gegenüber die notwendige Bewegungsfreiheit und schützte ihn vor einer Bedrohung durch Deutschland — sei es in Form einer Beeinflussung der deutschen Minderheit im Lande, sei es in Gestalt eines Anschlusses von Österreich an Deutschland. Die Zurücksetzung der Tschechoslowakei bei internationalen Verhandlungen (wie in Genua 1922) und der Rapallo-Vertrag zwischen Deutschland und Rußland bedeuteten für die Tschechoslowakei keine Gefährdung, da Prag stets um ein zurückhaltend freundliches Verhältnis zu Moskau bemüht war.

Dieses kompliziert ausbalancierte Verhältnis zu Paris und London einerseits und zu Berlin andererseits war mit der Ruhraktion Frankreichs ins Wanken geraten. Beneš wußte, daß der englisch-französische Konflikt sein Land notwendigerweise an Frankreich heranrücken mußte, weil England nicht zu derselben Sicherung der Grenzen in Ostmitteleuropa bereit war. In dieser Situation gewann die Tatsache zusätzliche Bedeutung, daß die tschechoslowakische Armee gemäß dem Abkommen vom 20. Januar 1919 durch französische Offiziere organisiert und geleitet wurde, nachdem das anfänglich italienische Kommando unter Luigi Piccione von Masaryk abgelöst worden war⁴⁴. Die französischen Generäle Maurice Pellé und Eugène Mittelhauser (1926 von Jan Syrový abgelöst) waren Oberkommandierende der tschechoslowakischen Armee und in weit stärkerem Maße zu eigenen Entscheidungen befähigt als die französische Militärmission in Warschau⁴⁵. Die Zusammenarbeit der französischen Offiziere mit den tschechoslowakischen Politikern war meist gut und reibungslos; da Prag von Paris als sicherer Verbündeter angesehen wurde, ergab sich bis zum ersten Interessenkonflikt 1923 keine Notwendigkeit, die Zusammenarbeit durch weitere vertragliche Bindungen zu sichern, zumal die Tschechen — anders als die Polen — nicht auf einen solchen Vertrag drängten.

Beneš hatte es stets verstanden, sein Land als eine Insel der Stabilität inmitten

⁴³ Generell hierzu: P e r m a n, D[agmar]: The Shaping of the Czechoslovak State. Diplomatic History of the Boundaries of Czechoslovakia, 1914—1920. Leiden 1962.

⁴⁴ W a n d y c z : France 71.

⁴⁵ E b e n d a 296.

der deutschen, polnischen, österreichischen und ungarischen Unruhen herauszustellen, und er bewahrte dafür ein hohes Maß von außenpolitischer Bewegungsfreiheit. In kritischen Situationen, wie bei den Konflikten mit Ungarn und Polen, erhielt er die französische Unterstützung, ohne dadurch zu einer unbedingten Gefolgschaft Paris gegenüber verpflichtet zu werden. Diese Unabhängigkeit hatte er auch bei der französischen Ruhraktion bewiesen, als er dem französischen Wunsch nach einer Kohleblockade Deutschlands nicht nachkam und trotz aller öffentlicher Sympathiebekundungen für Paris seine Ablehnung der Aktion deutlich machte⁴⁶.

*

Auf eine relativ gute Zusammenarbeit der tschechischen und polnischen Auslandspolitiker im Weltkrieg war nach Kriegsende rasch eine Periode tiefer Entfremdung zwischen den beiden neuen Staaten eingetreten. Schuld daran war der Streit um die Grenzgebiete Teschen und an der slowakisch-polnischen Grenze⁴⁷. In das ehemals zur Krone Böhmens gehörende Herzogtum Teschen waren im Zuge der Industrialisierung im 19. Jahrhundert viele Polen als Arbeitskräfte eingewandert, so daß am Ende des Krieges die Tschechen dieses kohlereiche Gebiet aus historischen und wirtschaftlichen, die Polen dagegen aus ethnischen Gründen für sich beanspruchten. Eine lokale Aktion der Teilung des Gebietes nach dem Verlauf der Sprachgrenze wurde von Warschau im Dezember 1918 übernommen, von Prag dagegen bestritten und schließlich durch die Eroberung des ganzen Gebietes durch die tschechoslowakische Armee am 23. Januar 1919 unwirksam gemacht. Der kurze Waffengang zweier Alliierten erregte unliebsames Aufsehen und schuf eine große Verstimmung in beiden Ländern, die dadurch noch vertieft wurde, daß die Tschechen 1920 Materialtransporte nach Polen unterbanden und Polen im russisch-polnischen Krieg in große Schwierigkeiten brachten.

Die von den Alliierten auf der Konferenz von Spa (11. Juli 1920) vorgelegten Teilungspläne, denen zufolge Polen etwa ein Drittel des umstrittenen Gebietes erhielt, fielen unglücklicherweise in eine Zeit schwerer Bedrängnis für Polen, das sich nach dem Angriff auf die Ukraine mit einer erfolgreichen russischen Gegenoffensive konfrontiert sah. So blieb die Regelung der Teschenfrage für die polnische Öffentlichkeit immer mit dem Stigma des Verrats seines Nachbarn belastet, der Polens Schwäche brutal ausgenutzt hatte. Diese Stimmung fand 1938 Ausdruck in der Besetzung des Gebietes, und angesichts des Symbolwertes dieser Stadt

⁴⁶ Olivová, Věra: Československá diplomacie v době rurské krise roku 1923 [Die Tschechoslowakische Diplomatie in der Zeit der Ruhrkrise des Jahres 1923]. ČSČH 6 (1958) 59—70.

⁴⁷ Allgemein zum tschechoslowakisch-polnischen Verhältnis dieser Jahre neben Wandycz: France, vgl. Valenta, Jaroslav: Československo a Polsko v letech 1918—1945 [Die Tschechoslowakei und Polen in den Jahren 1918—1945]. In: Češi a Poláci v minulosti. Bd. 2: Období kapitalismu a imperialismu [Tschechen und Polen in der Vergangenheit. Teil 2: Die Zeit des Kapitalismus und des Imperialismus]. Prag 1967, S. 431—668. — Szklarska-Lohmannowa, Alina: Polsko-czechosłowackie stosunki dyplomatyczne w latach 1918—1925 [Die polnisch-tschechoslowakischen diplomatischen Beziehungen 1918—1925]. Breslau-Warschau-Krakau 1967.

nimmt es kaum Wunder, daß Reste der alten Gegnerschaft 1968 wieder auflebten, als polnische Truppen ausgerechnet über Cieszyn in die ČSSR vorrückten.

Nach der vorsichtigen tschechoslowakischen Unterstützung des polnischen Anspruchs auf Oberschlesien — wobei Prag der englischen Linie einer Teilung des Gebietes folgte — kam es zu einer Annäherung beider Staaten, die im Beneš-Skirmunt-Abkommen vom 6. November 1921 gipfelte⁴⁸. Dieses Abkommen bedeutete faktisch eine gegenseitige Anerkennung des territorialen Bestandes (Art. I), ohne daß damit eine formelle Anerkennung der polnischen Ostgrenze erfolgte; beide Staaten verpflichteten sich zu wohlwollender Neutralität (und dem freien Transit von Kriegsmaterial) für den Fall, daß der Vertragspartner mit einem anderen Nachbarn in einen Krieg verwickelt werde (Art. II); beide verpflichteten sich zum Verbot von Emigrantenorganisationen, die sich gegen den territorialen Bestand des Partnerstaates richteten (Art. III); sie nahmen die anderweitigen vertraglichen Bindungen des Partners zur Kenntnis (Art. IV), versprachen ein Wirtschaftsabkommen (Art. V), ein Arbitrageverfahren bei Streitigkeiten (Art. VI) und wollten für die Zukunft eine enge Zusammenarbeit bei weiteren Verträgen mit anderen Staaten wahren.

Um dem polnischen Sejm die Ratifizierung des Abkommens zu erleichtern und die Antipathie gegen die Tschechoslowakei in der polnischen Öffentlichkeit zu mildern, wurde in einem Annex zu dem Abkommen festgestellt, daß beide Staaten sich beschleunigt um eine Beilegung von Grenzstreitigkeiten in der Tatra bemühen sollten; dazu gehörte auch die Regelung der Javorina-Frage⁴⁹.

Bei Delimitierungsarbeiten an der polnisch-tschechoslowakischen Grenze von 1920 hatte die interalliierte Kommission am 23. April 1921 empfohlen, einen kleinen Gebietsaustausch vorzunehmen, damit die irrationale Grenzziehung bei der kleinen Berggemeinde Javorina zugunsten einer für die Bevölkerung besseren Lösung geändert werde. Von polnischer Seite wurde diese Frage bald hochgespielt, weil man mit dem Nachgeben der Tschechen sicher rechnete und durch den kleinen Erfolg die Niederlage in Teschen vor der polnischen Öffentlichkeit ausgleichen wollte. Die interalliierte Kommission unterbrach ihre Arbeit, um Polen und Tschechen die Möglichkeit einer direkten Regelung zu bieten.

Unglücklicherweise verquickte sich diese Frage mit außenpolitischen und innenpolitischen Problemen in beiden Ländern, so daß daraus schließlich ein Prestigekampf wurde⁵⁰. In der Tschechoslowakei verweigerten die Nationaldemokraten jedes Entgegenkommen und setzten Beneš so unter Druck, daß er trotz des Drängens des tschechophilen polnischen Gesandten in Prag Piltz die Verpflichtungen aus dem Abkommen mit Skirmunt nicht erfüllen konnte⁵¹. Skirmunt sah sich derweilen in seinem Lande einer immer stärkeren Opposition gegenüber, die dadurch noch Zulauf erhielt, daß Polen bei der Konferenz von Genua nicht genügend Berücksichtigung fand. Die Haltung Frankreichs, Polen und Tschechen bei

⁴⁸ Text bei Wandycz: France, Appendix IV, S. 395 ff. — Vgl. Szklarska-Lohmannowa 82 ff.

⁴⁹ Wandycz: France 265.

⁵⁰ Szklarska-Lohmannowa 89 ff.

⁵¹ Wandycz: France 266.

den Verhandlungen ins zweite Glied zu verweisen, die Ablehnung des Friedens von Riga und der Abschluß des Rapallo-Vertrages zwischen Deutschland und Rußland machten das Scheitern der Außenpolitik des Kabinetts Ponikowski-Skirmunt offenkundig. Am 7. Juni 1922 trat das Kabinett zurück; die polnische innenpolitische Schwäche gab nun den Tschechen einen Vorwand, von der Zusage einer freundschaftlichen Regelung der Grenzstreitigkeiten abzurücken. Zusehends verschlechterten sich in den folgenden Monaten die Beziehungen beider Nachbarstaaten, und in der nationalistischen Propaganda wurde die kleine, 450 Einwohner zählende Tatragezemeinde Javorina zu einem Zankapfel erster Ordnung.

Der Bericht des französischen Vorsitzenden der Delimitierungskommission, die nach dem Scheitern einer direkten Regelung der beiden Staaten ihre Arbeit wieder aufgenommen hatte, schlug am 12. September 1922 der Botschafterkonferenz einen Gebietsaustausch vor, der Javorina an Polen gebracht hätte. Dagegen protestierte Beneš, der nach seinem Sturz als Ministerpräsident im Oktober als Außenminister keine Niederlage riskieren wollte⁵². Das Jahresende 1922 sah die polnisch-tschechoslowakischen Beziehungen auf einem Tiefpunkt; die polnische Regierung rief ihren Gesandten Piltz aus Prag ab⁵³; den Tschechen kamen die innenpolitischen Unruhen in Polen entgegen, weil die Weigerung Piłsudskis, die Präsidentschaft zu übernehmen, die Ermordung von Narutowicz nach 12tägiger Amtszeit als Präsident und Straßenkrawalle das Ansehen Polens im Ausland schwer belasteten⁵⁴. So sah Beneš keine Notwendigkeit, dem polnischen Wunsch nachzugeben, und er nutzte seinen Einfluß in Paris für eine französische Unterstützung der tschechoslowakischen Haltung aus.

Der neue polnische Außenminister Alexander Skrzyński stand seit seiner Tätigkeit als österreichisch-ungarischer Diplomat den Tschechen distanziert gegenüber, und er betrachtete auch nach Kriegsende die neuentstandene Tschechoslowakei nicht als einen „möglichen Verbündeten sondern eher als einen unangenehmen Nachbarn, der Polens Schwierigkeiten vergrößern“ konnte⁵⁵. Entgegen den Warnungen besorgter Stimmen im Sejm beharrte Skrzyński auf einer Durchsetzung der polnischen Ansprüche in Javorina und erwartete einen Gegenbesuch Beneš in Warschau (nach dem Besuch von Skirmunt in Prag 1921) als Zeichen des tschechoslowakischen Einlenkens. Dazu war Beneš jedoch nicht bereit, weil er meinte, daß Polen nach dem Erfolg in der Frage der Grenzankennung im Osten die Niederlage im Streit um Javorina leicht verschmerzen könne⁵⁶. Verschärft wurde der Konflikt durch die nationalistische Publizistik beider Länder. So verurteilte die nationaldemokratische Presse der Tschechoslowakei die Anerkennung der polnischen Ostgrenze durch die Botschafterkonferenz⁵⁷, und auch

⁵² E b e n d a 269.

⁵³ S z k l a r s k a - L o h m a n n o w a 102.

⁵⁴ Zur polnischen Innenpolitik: P o l o n s k y, Antony: *Politics in Independent Poland 1921—1939. The Crisis of Constitutional Government*. Oxford 1972.

⁵⁵ S z k l a r s k a - L o h m a n n o w a 102.

⁵⁶ E b e n d a 105.

⁵⁷ PA, Koch an AA (Or.), Prag 19. III. 23, Ts 1000 (L 122 828), Po 3 Ru-Ts.

die übrige Presse zeigte sich wenig erfreut⁵⁸, weil durch die Anerkennung des polnischen Besitzstandes in Galizien der tschechoslowakische Wunsch nach einer Landverbindung mit Rußland vollkommen illusorisch geworden war. Nur starker französischer Druck auf die Verbündeten ließ im März/April 1923 die Außenminister beider Staaten einige freundliche Erklärungen über das Verhältnis beider Staaten zueinander abgeben⁵⁹; hinter dieser Fassade rechnete jedoch Pilsudski mit tschechischen Angriffsplänen gegen Polen⁶⁰ und Beneš leugnete Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Staaten⁶¹. Nach der Resignation des polnischen Gesandten in Prag war auch der ausgleichswillige Gesandte Maxa in Warschau nicht mehr von einem baldigen Übereinkommen beider Staaten überzeugt⁶².

Vor Beginn der Reise von Marshall Foch strebte der Streit um Javorina mit der nationalistischen Kampagne beider Länder seinem Höhepunkt zu. Polen hatte den vernünftigen Vorschlag der Delimitierungskommission auf seiner Seite und betrachtete das tschechische Nachgeben als Voraussetzung für eine Zusammenarbeit beider Staaten. Ein freiwilliges polnisches Nachgeben mußte nach der nationalistischen Propaganda einer Niederlage gleichkommen. Auch in der Tschechoslowakei bewegte sich die Kampagne einem Höhepunkt zu, und es war unter diesen Umständen für Beneš unmöglich, den versprochenen Gebietsaustausch vorzunehmen. Frankreich wußte keinen Ausweg aus dem Dilemma und wollte vor einer Entscheidung durch internationale Gremien, die einen der beiden Verbündeten ins Unrecht setzen mußte, den Versuch einer Schlichtung unternehmen. Die Chance für eine solche Aktion, selbst durch einen Mann von höchstem Prestige, war aber gering⁶³.

*

Wenn die objektiven Bedingungen gegen die Möglichkeit einer gegen Deutschland gerichteten Koalition von Polen und Tschechen sprachen, welche Gefahr konnte dann aus der Ankündigung einer Reise von Marshall Foch nach Warschau und Prag für die deutsche Politik erwachsen? Foch galt in Deutschland mit Recht als der Hauptverfechter der expansiven französischen Rheinlandpolitik⁶⁴; denn er glaubte, den Sieg über Deutschland mit der Abtretung der linksrheinischen Gebiete an Frankreich oder zumindest mit der Gründung eines rheinischen

⁵⁸ PA, Koch an AA (Dd.), Prag 26. III. 23, Ts 1166, Po 3, 1 P-Ts.

⁵⁹ Wandycz: France 277. — PA, Rauscher an AA (Or.), Warschau 28. III. 23, IV a Po 4998, IV Po 3 P-Ts.

⁶⁰ PA, Aufz. Mutius (Dd.), Berlin 26. III. 23, zu U 427, Po 3, 1 Ts-U.

⁶¹ S. Bericht Rauscher, Anm. 59.

⁶² PA, Rauscher an AA (Tel.), Warschau 30. III. 23, IV a Po 4999 (L 165 508), IV Po 3 P-Ts.

⁶³ PA, Koch an AA (Or.), Prag 26. IV. 23, Ts 1541 (L 140 554 ff.), Po 3 Fr-Ts.

⁶⁴ Foch erklärte im Januar 1923: „Ich selber habe diese unerläßliche Besetzung vorgeschlagen, aber ich wollte sie auf eine andere Art ausgeführt wissen, als es tatsächlich geschehen ist“; er trat damals für eine abschnittsweise Besetzung des Ruhrgebietes ein, die Frankreich eine flexiblere Politik ermöglicht hätte: Recouly, Raymond: Marshall Foch. Erinnerungen von der Marneschlacht bis zur Ruhr. Niedergeschrieben unter persönlicher Redaktion des Marshalls. Dresden 1929, S. 211.

Separatstaates sichern zu müssen. Da man zu dieser Zeit noch nicht absehen konnte, ob die französische Besetzung des Ruhrgebietes nur das Nahziel einer Sicherung der Reparationsleistungen verfolgte oder als erste Stufe einer weiter ausgreifenden imperialistischen Politik gegen Deutschland konzipiert war — der Höhepunkt der rheinischen separatistischen Bewegung stand ja noch bevor, und im April war der Mißerfolg des Herbstes 1923 noch keineswegs abzusehen —, war nicht anzunehmen, daß der angekündigte Besuch von Foch in den Hauptstädten von Polen und der Tschechoslowakei nur der Ehrung des ehemaligen alliierten Oberkommandierenden dienen sollte. Fochs Besuch war in den vorausgegangenen Jahren wiederholt angekündigt worden⁶⁵; in der aufgeregten Atmosphäre im Zusammenhang mit der belgisch-französischen Militäraktion mußte diesem Besuch eine besondere Bedeutung zukommen.

Von Foch war bekannt, daß seine eigentlichen Pläne mit der Ruhrbesetzung nicht erreicht worden waren⁶⁶, und er berichtete selbst⁶⁷, daß in französischen Regierungskreisen der Gedanke erwogen wurde, durch einen Marsch auf Berlin den deutschen Widerstand an der Ruhr zu brechen. Nach eigenen Angaben wandte Foch dagegen ein: „Es genügt nicht, nach Berlin zu gehen, was bei dem gegenwärtigen Zustand der deutschen Streitkräfte verhältnismäßig leicht und ohne besondere Hindernisse zu bewerkstelligen wäre. Aber man muß auch für eine Etappenlinie sorgen, um unsere Verproviantierung und unsere Verbindungen zu sichern“⁶⁸. Weitere strategische Überlegungen äußerte er hier nicht und verwies nicht auf die Möglichkeit einer Beteiligung tschechoslowakischer und polnischer Truppen, die durch eine gemeinsame Aktion Deutschland auf der Mainlinie und in Schlesien hätten teilen können und dann den Nachschub aus Böhmen nach Berlin gesichert hätten⁶⁹. Solche Gedanken hätten der französischen Rechtfertigung der Ruhraktion als aus dem Versailler Vertrag begründet widersprochen; erst für den Fall eines aktiven deutschen Widerstandes, der als deutscher Beginn von Kriegshandlungen hätte ausgelegt werden können, wäre eine öffentliche Erörterung solcher Fragen möglich gewesen.

Die zeitgenössische Presse ging im Zusammenhang der Reise nicht ausdrücklich auf solche Probleme ein, ließ die Möglichkeit weiterer Maßnahmen jedoch verschiedentlich durchscheinen, wobei zwischen der französischen und polnischen Berichterstattung unterschiedliche Akzente zu bemerken sind. So stellten die polnischen Verlautbarungen die persönlichen Verdienste des Marschalls in den Vordergrund und leiteten dann zu einer generellen Apotheose des französisch-polnischen Verhältnisses über, das in der Huldigung an Foch, der Verkörperung der französisch-polnischen Zusammenarbeit, gipfelte⁷⁰. Neben dieser Huldigung war in

⁶⁵ Er war bereits 1921 durch Piłsudski und 1922 durch Sikorski eingeladen worden; vgl. Ciałowicz 89.

⁶⁶ Stresemann, Gustav: Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden. Hrsg. von Henry Bernhard. Bd. 1. Berlin 1932, S. 308.

⁶⁷ Recouly 119.

⁶⁸ Ebenda 120.

⁶⁹ Vgl. vom Verf.: Die Tschechoslowakei 304 f.

⁷⁰ Vgl. die Widmung im Buch von Sikorski. — Kurjer Poznański Nr. 94 vom 25. IV. 23 (in: PA, IV Po 3, 3 P-Fr.).

den Artikeln der französischen Presse mehr die Rede von einem politischen und militärischen Sinn der Reise, der hinter all den Ehrungen⁷¹ nicht vergessen werden sollte⁷². Foch selbst hatte Philippe Millet vom Petit Parisien in einem Interview erklärt⁷³, daß er die Frage ansprechen werde, was Polen, „unser natürlicher Verbündeter“, in jenem Falle tun werde, wenn Deutschland oder Rußland sich rührten⁷⁴. Es sei an der Zeit, meinte Millet, diesen Gedanken aufnehmend, „der militärischen und politischen Zusammenarbeit von Frankreich und Polen ein solides Fundament zu geben, das, den gegenseitigen Kräften entsprechend, Schutz vor Abenteuern“ bieten solle. Eben dies nahmen auch einige der polnischen Zeitungen als selbstverständlich an⁷⁵, gingen aber verständlicherweise nicht so weit wie Saint Brice in Le Journal⁷⁶, der die Notwendigkeit einer polnisch-tschechoslowakischen Zusammenarbeit betonte und von der „Disziplin“ und „Organisation“ sprach, die Foch ihnen in der Form einer „union étroite avec la France“ empfehlen solle.

Foch werden die Schwierigkeiten eines solchen Versuchs nicht unbekannt gewesen sein, weil er aus persönlichen Gesprächen in Paris den polnischen und tschechoslowakischen Standpunkt zu dieser Frage kannte. Die Reise konnte aber dennoch zwei wichtige Ziele verfolgen: bei den Alliierten im Osten Verständnis für das französische Vorgehen an der Ruhr zu wecken und für den Fall eines militärischen Abenteuers von seiten Deutschlands eine gemeinsame Haltung zu vereinbaren und zum anderen den deutschen Politikern deutlich zu machen, daß Frankreich außer den eigenen Möglichkeiten im Westen noch im Rücken Deutschlands Reserven zur Verfügung standen, die für den Fall eines offenen Bruchs der Friedensvertragsverpflichtungen durch die deutsche Regierung gegen Deutschland ins Feld geführt werden konnten. Polnische und tschechoslowakische Politiker hatten ja erklärt, daß ihnen für den Fall eines aktiven deutschen Widerstandes an der Ruhr die Wahrung der Neutralität nicht möglich sein würde, und hatten Deutschland vor einer solchen Aktion gewarnt⁷⁷.

Dieser Zweck der Reise von Marschall Foch war dem deutschen Gesandten Rauscher von einem Vertrauensmann aus dem diplomatischen Korps bestätigt worden⁷⁸. Rauscher schien jedoch nicht an eine gefährliche Entwicklung zu glauben, denn er maß dem Besuch von Foch in Warschau so wenig Bedeutung bei, daß er aus Gründen des nationalen Prestiges während des Aufenthaltes

⁷¹ Ausdruck für diese Seite der Reise Fochs: Vaucher, Robert: Avec le Maréchal Foch en Pologne. In: Revue des Deux Mondes. Paris 1923 (93. Jg., 7. Periode, Bd. 15), 856—887. — Sikorski 169 f.

⁷² Le Temps vom 3. V. 23 (in: PA, IV Po 3, 3 P-Fr.).

⁷³ Le Petit Parisien vom 28. IV. 23 (In: PA, IV Po 3, 3 P-Fr.). — PA, Hoesch an AA (Or.), Paris 28. IV. 23, IV a Po 6404, IV Po 3, 3 P-Fr.

⁷⁴ Le Petit Parisien vom 28. IV. 23 (s. Anm. 73).

⁷⁵ PA, Stein an AA (Tel.), IV a Po 6544 (L 186 424), IV Po 3, 3 P-Fr.

⁷⁶ Le Journal vom 29. IV. 23: Le voyage du maréchal Foch en Bohême et en Pologne. In: PA, IV Po 3, 3 P-Fr.

⁷⁷ Vgl. vom Verf.: Die Tschechoslowakei 333.

⁷⁸ PA, Rauscher an AA (Or. Xerokopie, streng geheim), Warschau 18. IV. 23, IV a Po 5915 (K 030 268 f.), Geheimakten Polen Po 3, 1 P-Fr.

von Foch in Polen seinen Beobachtungsposten verlassen wollte⁷⁹ und zu diesem Schritt aus Berlin die Zustimmung erhielt.

Ähnlich beruhigend klangen auch die Berichte aus Prag⁸⁰. Koch leugnete, daß die Reise von Marschall Foch einen politischen Zweck verfolge, und selbst bei einer solchen Absicht auf seiten Fochs sah er kaum Chancen für eine Besserung des polnisch-tschechoslowakischen Verhältnisses. Die Unterbrechung der Rückreise Fochs aus Polen in Prag sei erst auf Wunsch einiger frankophiler Tschechen, die sich durch die ursprünglichen Pläne Fochs zurückgesetzt gefühlt hätten, eingeplant worden. Schon das Programm für die Reiseunterbrechung in der Tschechoslowakei ließe mit seiner Besichtigung von Truppen und Schlachtfeldern kaum Zeit für intensive Gespräche. „Trotz allem bleibt der Besuch Fochs in Prag für Deutschland unerwünscht“, schloß Koch seinen Bericht, „denn eine Wirkung wird er sicher haben: er wird alle die Masseninstinkte, die in der tschechischen Bevölkerung gegen das Deutschtum unter der Oberfläche ruhen, wieder hoch [bringen]. Und mit dieser Wirkung wird Frankreich überaus zufrieden sein.“ Angesichts der wachsenden Sympathie für den deutschen Widerstand an der Ruhr mochte dies bereits als Erfolg gelten, es bleibt jedoch zu bezweifeln, ob Koch damit die politischen Absichten des Marschalls richtig charakterisiert hatte.

*

Am 29. April trat Marschall Foch in Paris seine Reise an, die ihn zunächst nach Wien führte, wo er am 1. Mai morgens eintraf⁸¹. Er wurde begleitet von dem General Heirgault, dem Vertreter des französischen Generalstabschefs, Oberst de Mierry, Hauptmann Lhopital, General Hallier, dem französischen Militärattaché in Wien und Oberst Beck, dem damaligen polnischen Militärattaché in Paris⁸². Unter großen Sicherheitsmaßnahmen verbrachte Foch einen Tag in Wien mit Besichtigungen, die durch ein langes Gespräch mit dem polnischen Gesandten, Graf Lasocki, unterbrochen wurden, ehe er am Abend mit dem Zug nach Polen weiterfuhr⁸³.

Mit dem Passieren der polnischen Grenze bei Petrowice nahm die Reise den Charakter eines Triumphzuges an. In Zbrzydowice⁸⁴ überreichte der polnische Heeresminister General Sosnkowski Foch den Marschallstab der Republik Polen; Foch erfuhr damit diese Ehrung nach der durch England und Frankreich zum drittenmal. Unter allem denkbaren militärischen und zivilen Glanz gelangte Foch dann über Kattowitz nach Tschenstochau (Częstochowa), wo er

⁷⁹ PA, Privatbrief Rauscher (Auszug, Ab.), Warschau 18. IV. 23, IV a Po 6015, IV Po 2 P-Dtl.

⁸⁰ PA, Koch an AA (Or.), Prag 26. IV. 23, Ts 1541 (L 140 554 ff.), Po 3 Fr-Ts.

⁸¹ PA, Pfeiffer an AA (Or.), Wien 2. V. 23, Fr. 1532, Po 3, 1 P-Fr.

⁸² Ferner begleitete ihn Robert Vaucher, Oberstleutnant im Historischen Büro der französischen Armee und Spezialkorrespondent von *Le Petit Parisien*, Ciałowicz 90. — Zur Delegation vgl. Vaucher 857.

⁸³ S. Anm. 81.

⁸⁴ Ciałowicz 90. — Vaucher 858 nennt Dziedzice.

unter dem Bild der Schwarzen Madonna an einem Gottesdienst teilnahm⁸⁵. Am Abend dieses Tages traf Foch in Warschau ein, wo ihn der Ministerpräsident Władysław Sikorski und Marschall Józef Piłsudski — in seiner Eigenschaft als Chef des Generalstabes — begrüßten.

Unter großer Anteilnahme der Bevölkerung und äußerem Glanz erfolgte am 3. Mai die Enthüllung des von Thorwaldsen geschaffenen Denkmals von Graf Josef Poniatowski, Marschall von Frankreich, auf dem Sächsischen Platz; daran schlossen sich mehrere Stunden lang militärische Paraden und zivile Vorbeimärsche an⁸⁶. Den Tag beschloß ein Galadiner im Palais des Ministerpräsidenten und ein glanzvoller Empfang im Warschauer Schloß.

Die Reden, die bei all diesen Anlässen gehalten wurden, entsprachen dem feierlichen Anlaß: sie verherrlichten die polnisch-französischen Beziehungen seit der Zeit Napoleons, statteten den polnischen Dank für die Hilfe Frankreichs im Weltkrieg ab und enthielten kaum politische Akzente, die als deutschlandfeindlich hätten ausgelegt werden können⁸⁷. In den kurzen, allgemein gehaltenen Ansprachen von Foch⁸⁸ klang immer wieder an, daß er sich als eine Art Praeceptor Poloniae empfand und aus den Leistungen der Vergangenheit die Verpflichtung zu zukünftigen gemeinsamen Anstrengungen zur Sicherung des Erreichten ableitete. Nach einem weiteren Tag voller Ehrungen für den neuen Marschall von Polen, an dem er das Großkreuz des höchsten polnischen Ordens *Virtuti militari*, die Ehrendoktorwürde der Warschauer Universität und die Ehrenbürgerschaft der Stadt erhielt⁸⁹, war der 5. Mai Gesprächen mit dem polnischen Generalstab gewidmet.

Aus polnischen Archiven ist kein Dokument über den Verlauf dieser Gespräche bekannt geworden, und als Quelle können nur die Erinnerungen von zwei polnischen Offizieren, Tadeusz Piskor und Tadeusz Kutrzeba, die damals im Stabe Piłsudskis mitgearbeitet haben, sowie ein Resumé dienen, das einem Brief des Generals Stanisław Haller vom 1. Mai 1924 an den Heeresminister beigelegt war⁹⁰.

Den Berichten des Generals Piskor zufolge brachte Foch den fertigen Plan eines kombinierten französisch-polnischen Vorstoßes nach Berlin mit. Polen sollte danach mit allen verfügbaren Truppen über Posen nach Berlin vorrücken und dort mit den Franzosen zusammentreffen, ohne daß den polnischen Wünschen nach Schutz der Flanken gegen Ostpreußen oder Schlesien Rechnung getragen

⁸⁵ Vaucher 861. — Zum Katholizismus von Foch vgl. Beyerhaus, Gisbert: Die Europa-Politik des Marschalls Foch. Leipzig 1942, S. 16 ff.

⁸⁶ Einzelheiten bei Vaucher, passim.

⁸⁷ PA, v. Benndorf an AA (Tel.), Warschau 4. V. 23, IV a Po 6700 (L 186 431), IV Po 3, 3 P-Fr.

⁸⁸ Abdruck der Ansprachen von Foch bei Sikorski 172 ff.

⁸⁹ Vaucher 870 ff.

⁹⁰ Ciałowicz 90 ff. General T. Piskor, damals Oberst im Generalstab und Chef im Büro des Engeren Kriegsrates (*Biuro Szefowej Rady Wojennej*) und General T. Kutrzeba, damals Oberst im Generalstab; ihre Erinnerungen in: *Polskie Sily Zbrojne w drugiej wojnie światowej* [Die Polnischen Streitkräfte im Zweiten Weltkrieg]. London 1962, Bd. 1. — Vgl. Roos 187.

wurde. Dies aber waren die Hauptanliegen Pilsudskis, der den Plan eines Vorstoßes nach Berlin erst erwägen wollte, wenn von Osten keine Gefahr drohe, die polnischen Flanken nach der Eroberung der genannten Gebiete gesichert und das polnische Fenster zur Welt an der Ostsee erweitert worden seien. Die unterschiedlichen Konzeptionen der polnischen und französischen Offiziere ließen sich kaum auf einen Nenner bringen. Foch drängte auf einen schnellen Schlag gegen Berlin, um den deutschen Widerstand an der Ruhr zu brechen und im weiteren Verlauf Frankreichs Sicherheitsinteresse im Westen Deutschlands durchzusetzen, Pilsudski mußte nach den Erfahrungen von 1921, den Zusammenstößen an den Grenzen mit dem Deutschen Reich und angesichts der keineswegs glänzenden Ausrüstung der polnischen Armee wesentlich zurückhaltender taktieren. Ferner war zu bedenken, was Polen durch die Unterstützung Frankreichs anders gewinnen würde als eine noch stärkere Feindschaft Deutschlands, dessen Chef der Obersten Heeresleitung, General Hans von Seeckt, nur auf den Zeitpunkt wartete, zusammen mit Rußland das polnische Problem im Sinne einer neuerlichen Aufteilung zu lösen⁹¹.

Selbst wenn man die politischen Erwägungen, die Polen eine große Vorsicht nahelegten, beiseite läßt, bleiben genügend Differenzen in den strategischen Überlegungen, um dem Plan von Marschall Foch in den Augen seiner polnischen Gastgeber eine geringe Anziehungskraft zu geben. Der junge polnische Generalstab stützte seine Planungen auf die Konzeptionen des ersten Chefs der französischen Militärmission in Warschau, General Henrys⁹², der bereits 1920 vor jedem direkten Angriff Polens auf Berlin gewarnt hatte und diesen Angriff nur nach einer stufenweisen Beseitigung der deutschen Bedrohung in Ostpreußen und Oberschlesien in Betracht gezogen hatte⁹³. Bei den engen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Henrys und Pilsudski und den Spannungen mit anderen französischen Militärs in Warschau konnte Foch kaum Hoffnung haben, die Gastgeber für seine Vorstellungen zu gewinnen⁹⁴. Seinen aus alten Plänen der Rheinlandgewinnung — unter den aktuellen Bedingungen der Ruhrkrise — erwachsenen Überlegungen wurden auf polnischer Seite längerfristige Planungen, unter Berücksichtigung der geostrategischen Lage Polens, entgegengestellt.

Die Differenzen bezogen sich — nach den Berichten der beteiligten polnischen Offiziere — angeblich auch auf grundsätzliche Überlegungen über die Struktur der Armee und die Art der modernen Kriegführung. Foch mochte seine aus den

⁹¹ Vgl. den Brief Generals v. Seeckt vom 11. IX. 22, in: Jacobsen, Hans Adolf / Bredow, Wilfried: Mißtrauische Nachbarn. Deutsche Ostpolitik 1919/1970. Dokumentation und Analyse. Düsseldorf 1970, S. 30 ff. — Pilsudski soll von der geheimen deutsch-russischen militärischen Zusammenarbeit gewußt haben, Roos 188.

⁹² Wandycz: France 146. — Ders.: Henrys i Niessel: Dwaj pierwsi szefowie francuskiej misji wojskowej w Polsce 1919—1921 [Henrys und Niessel: Die beiden ersten Chefs der französischen Militärmission in Polen, 1919—1921]. Bellona 44 (1962) 3—19.

⁹³ Ciałowicz 93 f. — Studium operacyjne na wypadek agresji niemieckiej [Operationsstudie für den Fall einer deutschen Aggression], vom 25. VI. 1920.

⁹⁴ Zu den Streitigkeiten zwischen Pilsudski und den französischen Militärs vgl. die angeführten Arbeiten von Wandycz.

Erfahrungen des Ersten Weltkrieges gewonnene Vorstellung des Stellungskrieges als vorbildlich betrachten, während Piłsudski, der nie eine besondere militärische Ausbildung genossen hatte⁹⁵, die gegen Rußland erfolgreiche Konzeption des weiträumigen Bewegungskrieges auch für zukünftige Auseinandersetzungen für maßgebend erachtete. Mit Recht stellt aber Ciałowicz den Widerspruch heraus, daß ausgerechnet der Befürworter eines Stellungskrieges den Handstreich gegen Berlin plante, der diesen Vorstellungen direkt zuwiderlief⁹⁶. Man wird wohl guttun, die möglichen militärisch-strategischen Kontroversen den politischen Überlegungen hinten zu setzen.

Politisch gesehen lag es fern jeden polnischen Interesses, das prekäre innenpolitische Gleichgewicht und die ungewisse Ruhe an seinen Grenzen mit Deutschland den aggressiven Plänen von Marschall Foch zuliebe aufzugeben und sich in ein militärisches Abenteuer zu stürzen. In diese Überlegungen paßt auch, daß der deutsche Geschäftsträger in Warschau durch eine vermutlich gezielte Information von polnischer Seite⁹⁷ dahingehend beruhigt wurde, daß „bei den Besprechungen von Marschall Foch mit dem polnischen Generalstab, die ab 4. und 5. Mai ds. Js. hier stattgefunden haben, die schwebenden außenpolitischen Fragen nicht erörtert worden [seien]; insbesondere sei die Frage eines etwaigen militärischen Vorgehens Polens gegen Deutschland im Zusammenhang mit der Besetzung des Ruhrgebiets durch Frankreich nicht diskutiert worden“⁹⁸. Nach den benutzten polnischen Quellen und Darstellungen war dies zweifellos nur die halbe Wahrheit, weil Foch nicht nur über die Umstrukturierung der polnischen Armee und ihre Verstärkung verhandelt hatte, wie der Bericht glauben machen will; in der Tendenz traf dagegen zu, daß Deutschland wegen der Ergebnisse der militärischen Beratungen nicht ernsthaft besorgt sein mußte.

Aus der Tatsache, daß die Rolle der Tschechoslowakei in den Aufzeichnungen der polnischen Offiziere keine Erwähnung findet, darf wohl geschlossen werden, daß auf polnischer Seite der Gedanke einer engen militärischen Zusammenarbeit mit den Tschechen kaum anziehend wirkte. Der von deutschen militärischen und zivilen Kreisen befürchtete Vormarsch französischer, tschechoslowakischer und polnischer Truppen hatte für die Vertreter der östlichen Nachbarn Deutschlands nicht die Überzeugungskraft, die manche aus dem Blick auf die Landkarte ableiteten. Die geringe Bereitschaft von Polen und Tschechen zu einer stärkeren Zusammenarbeit untereinander und mit Frankreich sowie die unterschiedliche Einschätzung der Rolle Deutschlands waren im weiteren Verlauf des Jahres 1923

⁹⁵ Rothschild, Joseph: Piłsudski's Coup d'Etat. New York-London 1966, S. 25 f. — Foch soll vor und während seiner Reise geraten haben, Piłsudski durch einen Karriereoffizier abzulösen, Tommasini, Francesco: La Risurrezione della Polonia. Mailand 1925, S. 300.

⁹⁶ Ciałowicz 96.

⁹⁷ Die dringende Bitte des chargé d'affaires v. Benndorf um Geheimhaltung, die vom Gesandten Rauscher unterstrichen wurde, deutet auf einen hohen polnischen Beamten als Quelle hin: PA, Rauscher an AA (Tel.), Warschau 13. V. 23, IV a Po 7088, Geheimakten Polen Po 3, 1 P-Fr.

⁹⁸ PA, Benndorf an AA (Or. Xerokopie, streng vertraulich), Warschau 9. V. 23, IV a Po 6976 (K 030 274 f.), Geheimakten Polen Po 3, 1 P-Fr.

die Voraussetzung für den französischen Versuch, die Tschechoslowakei durch einen Freundschafts- und Beistandsvertrag stärker an Paris zu binden.

Wenn die Beratungen Fochs mit den polnischen Militärs auch nicht den von ihm gewünschten Erfolg gezeitigt hatten und auch durch die abschließenden Gespräche in Krakau am 13. Mai 1923 nicht mehr positiv beeinflusst wurden⁹⁹, so litt das äußerlich glanzvolle Bild seines Polenaufenthaltes nicht darunter. Nach einem Besuch in der Oper am Abend des 5. Mai folgten am Sonntag, den 6. Mai, weitere Empfänge und Paraden, die Graf Adam Zamoyski für Foch veranstaltete¹⁰⁰.

Der Aufenthalt in Posen, wo Foch am 7. Mai eintraf, war in besonderem Maße eine Demonstration polnisch-französischer Zusammenarbeit und der großen patriotischen Begeisterung der Polen¹⁰¹. Die Manöver, die Foch bei Biedrusko besichtigte, boten ihm den ersten Eindruck von der Kampfkraft der polnischen Armee, die zu beurteilen das laut betonte Motiv seiner Reise gewesen war¹⁰². Am 8. Mai reiste Foch über Thorn nach Warschau zurück¹⁰³, und verbrachte die Zeit vom 10. bis 13. Mai in Galizien, wo er insbesondere Lemberg und Krakau besuchte¹⁰⁴. In Krakau fanden nochmals Gespräche mit dem polnischen Generalstab statt, und nach einem weiteren Manöver in Bronowice beendete Foch seinen Aufenthalt in Polen und reiste nach Prag weiter.

In offiziellen Erklärungen bei Ende seines Polenaufenthaltes hatte Foch betont, daß man in den Gesprächen zu einem guten Abschluß gekommen sei. „Alle Situationen sind betrachtet worden, und wir sind zu vollständiger Übereinstimmung gelangt¹⁰⁵.“ Gegen Fehldeutungen seiner Reise führte Foch an, daß die französisch-polnische Konvention von 1921 die Grundlage der Gespräche gebildet habe, und deren Ziel sei — wie bekannt — die Aufrechterhaltung des Friedens und die strikte Ausführung der Friedensverträge gewesen. „Wir haben also nichts Neues unterzeichnet“, erklärte Foch Vaucher in einem Gespräch, „außer den Gesprächsprotokollen, in denen wir die gleiche Politik der Aufrechterhaltung der Verträge und der Bewahrung des Rechts eines jeden bestätigten¹⁰⁶.“ Diese Ausführungen wurden durch den polnischen Heeresminister Sosnkowski bestätigt, der hinzufügte: „Es gibt weder etwas Kriegerisches noch etwas Beunruhigendes. Wir müssen einfach aufpassen, um für die Zusammenarbeit zur Aufrechterhaltung der Verträge bereit zu sein¹⁰⁷.“

Die Form des Empfangs, der Foch in Prag bereitet wurde, unterschied sich grundsätzlich von der, die er in Polen überall erlebt hatte. Die Trauer um die tags zuvor verstorbene Frau des Staatspräsidenten Masaryk dämpfte die allge-

⁹⁹ Vaucher 882. — Tommasini 300.

¹⁰⁰ Vaucher 874.

¹⁰¹ PA, Stobbe an AA (Or.), Posen 9. V. 23, IV a Po 6978 (L 186 437 f.), IV Po 3, 3 P-Fr.

¹⁰² Ausführliche Schilderung bei Vaucher 875.

¹⁰³ S. Anm. 98 und 101.

¹⁰⁴ Vaucher 881 f.

¹⁰⁵ Ebenda 882, ebenso: Le Petit Parisien vom 14. V. 23, in: PA, IV Po 3, 3 P-Fr.

¹⁰⁶ Ebenda.

¹⁰⁷ Vaucher 883. — Ebenso: PA, Rauscher an AA (Tel.), Warschau 17. V. 23, IV a Po 7329, IV Po 3, 3 P-Fr.

meine Stimmung, und sämtliche öffentliche Veranstaltungen zu Ehren von Foch wurden auf das Notwendigste beschränkt oder fielen ganz aus¹⁰⁸. Diese Situation mußte den Eindruck der geringen Begeisterungsfähigkeit der Tschechen vertiefen, den Vaucher mit „zerimoniellem Ernst des ersten Empfangs“ umschrieb¹⁰⁹. Dagegen lobte er das Organisationstalent der tschechischen Gastgeber, die ganze Schulen und Vereine zur Begrüßung des Gastes aufgeboten und geschickt auf dem Wege durch die Stadt postiert hatten. Aber die Zurückhaltung, die aus dem Bericht von Vaucher zu lesen ist, wird man nicht nur mit dem Tod der Frau des Staatspräsidenten erklären können. Foch besaß in der Tschechoslowakei nicht jenes Prestige wie in Polen, wo man in ihm das Symbol einer alten freundschaftlichen Verbindung, ja sogar geistigen Verwandtschaft erblickte. Die Beziehungen der meisten Tschechen zu Frankreich waren demgegenüber intellektuell vermittelt; man äußerte wohl Dankbarkeit für die französische Hilfe im Weltkrieg, aber emotionale Begeisterung schien durch rationale Überlegungen kontrolliert zu sein¹¹⁰. Die Lage der Tschechoslowakei zwang zu einem Standpunkt des Kompromisses: Die enge politische Anlehnung an Frankreich konnte die vielen wirtschaftlichen und traditionellen Beziehungen zu Deutschland nicht ersetzen, und dieses Deutschland befand sich zum Zeitpunkt des Besuchs von Marschall Foch durch die französische Ruhraktion in einem gefährlichen Krisenzustand. Eine Entladung der Spannungen in einer Explosion mußte der Tschechoslowakei aus außen- und innenpolitischen Gründen bedrohlich erscheinen; eine besondere Herzlichkeit konnte daher für den französischen Repräsentanten einer harten Linie Deutschland gegenüber nicht erwartet werden¹¹¹.

In einem Interview mit Vaucher¹¹² betonte der tschechoslowakische Außenminister Beneš selbstverständlich die engen Bindungen der Tschechen an Frankreich und an Marschall Foch, der im Weltkrieg immer den tschechischen Standpunkt unterstützt habe. Daran schloß Beneš aber eine Betrachtung, die bei der Vieldeutigkeit seiner in diplomatische Formulierungen gekleideten Aussagen noch einen politischen Nebensinn hatte. Beneš zitierte eine Mahnung Fochs: „Schließt Euere Reihen, einigt Euch. Wir haben den Krieg gemeinsam gewonnen, wir müssen gemeinsam daran arbeiten, Europa wieder aufzubauen und den Frieden wieder herzustellen“¹¹³. Wenn es auch überspitzt erscheint, hierin einen Tadel der

¹⁰⁸ Vaucher 883. Die Beisetzung erfolgte am 15. V. 23.

¹⁰⁹ E b e n d a.

¹¹⁰ Foch soll nach Auskunft seiner Frau über den „blassen Empfang in Prag“ geradezu entmutigt worden sein; vgl. PA, Aufz. Köpke (Ab.), Berlin 21. VI. 23, Ts 2138, Po 4, 4 Kl. E. — Ähnlich Koch an AA (Or.), Prag 16. V. 23, Ts 1750 (L 122 539 ff.), Po 3 P-Ts.

¹¹¹ Vgl. PA, Marek an österreichisches AA, Prag 17. V. 23 (Auszug und Ab. für Koch), Ts 2445 (L 140 589 ff.), Po 3 Fr-Ts. Eine Arabeske am Rande: „Zum Schluß eine bezeichnende Einzelheit: Die Verhandlungen zwischen Foch, dem Landesverteidigungsminister Udržal und dem Generalinspekteur Machar fanden in deutscher Sprache statt.“ PA, Koch an AA (Or.), Prag 24. V. 23, Ts 1859 (L 122 542 f.), Po 3 P-Ts.

¹¹² Vaucher 885; ebenso Le Petit Parisien vom 17. V. 23, in: PA, IV Po 3, 3 P-Fr.

¹¹³ Vaucher 885; ähnlich hatte sich Foch in Warschau vor der Kriegsakademie geäußert, Frankfurter Zeitung vom 6. V. 23, in: PA, IV Po 3, 3 P-Fr.

französischen Deutschlandpolitik zu erblicken, so lag darin zweifellos eine Anspielung auf die Politik Polens der Tschechoslowakei gegenüber, das sich — nach Beneš Meinung — weigerte, durch Annahme der tschechoslowakischen Vorstellungen zur Lösung der Javorina-Frage den Grundstein für eine gedeihliche Zusammenarbeit zwischen Polen und der Tschechoslowakei zu legen.

In der ursprünglichen Veröffentlichung dieses Interviews in der Zeitung *Le Petit Parisien*¹¹⁴ hatte Vaucher im Anschluß an diese Äußerung direkt nach der polnisch-tschechoslowakischen Zusammenarbeit gefragt und die Antwort erhalten: „Die Entente zwischen uns und Polen . . . ist notwendig. Sie ist schicksalhaft (*elle est fatale*). Sie wird kommen. Alle, die sich ihr entgegenstellen, sind kurzsichtige Politiker. Es gibt einige kleine lächerliche Dinge (*Il'y a de petites histoires ridicules . . .*), um die sich z. Z. 45 Millionen Menschen streiten.“ Selbst mit Österreich, mit dem die Tschechoslowakei so lange im Streit gelegen habe, sei ein Ausgleich erfolgt, und Prag habe Wien eine Anleihe von 500 Millionen Kč gewährt; daher müsse es auch möglich sein, sich mit Polen über das Schicksal von 450 Menschen zu einigen. „Man muß die Prestige-Politik aufgeben und die Streitigkeiten im Sinne einer realistischen Politik regeln.“ In der Bearbeitung seines Artikels aus der Tagespresse für die Zeitschrift *Les Deux Mondes* strich Vaucher diesen Abschnitt und fügte als seine eigene Überlegung an, welche positive Konsequenz sich aus „einer innigen Union der beiden slavischen Völker, der Freunde Frankreichs“ für den Frieden in Europa ergebe; „wenn sie sich nicht gegenseitig neutralisieren, können sie den Frieden in Osteuropa sichern und jene zum ernsthaften Nachdenken bringen, die in Deutschland Revanche-Pläne hegen“¹¹⁵.

Ein Besuch auf dem Schlachtfeld von Königgrätz gab Foch Gelegenheit, ein Wort der Anerkennung für die preußische Heerführung von 1866 zu sagen¹¹⁶. Man habe trotz der Unübersichtlichkeit des Geländes, schlechter Sicht und Unkenntnis der gegnerischen Linie sehr rasch handeln müssen. Beneš warf etwas vorlaut ein, daß in der Diplomatie ebenfalls der Grundsatz gelte, daß man immer der erste sein müsse, und wurde daraufhin von Foch zurechtgewiesen, daß man „in der Diplomatie . . . immer ein Papier durch ein anderes ersetzen“ könne. „Wenn aber ihre Armee am Boden liegt, ist sie wirklich am Boden. Sie werden sie nicht durch eine diplomatische Note wieder aufrichten“¹¹⁷.

Mit einem Besuch der slowakischen Hauptstadt Preßburg und einem Empfang im Rathaus endete der Aufenthalt Fochs in der Tschechoslowakei. Am 19. Mai traf er wieder in Paris ein.

*

Für die deutschen Diplomaten im Ausland, die die Reise sorgfältig beobachtet hatten, standen zwei Probleme im Mittelpunkt: ob und in welcher Weise eine

¹¹⁴ S. Anm. 112.

¹¹⁵ E b e n d a.

¹¹⁶ E b e n d a 886.

¹¹⁷ In einem anderen Zusammenhang hat Foch später Beneš als den einzigen Staatsmann gelobt, „der wisse, was er wolle und mit dem sich ein Gedankenaustausch lohne“. PA, Koch an St. S. (Or.), Prag 15. VI. 23, Ts 2209 (L 134 120 f.), Po 6 A, 1 Ts.

Unterstützung Frankreichs durch Polen und die Tschechoslowakei zu erwarten war und zum anderen ob Foch Möglichkeiten für eine enge Zusammenarbeit von Polen und Tschechen eröffnet hatte.

Übereinstimmend wurde zunächst festgestellt, daß der militärische Zweck der Reise im Vordergrund stand¹¹⁸: Besichtigung der Armeen in Polen und der Tschechoslowakei und Kontakte mit den Generalstäben beider Länder. Ferner wies Benndorf aus Warschau nachdrücklich darauf hin, „daß von [den] politischen Fragen der französische Wunsch nach endlichem Zustandekommen des polnisch-tschechischen Bündnisses sehr stark betont worden ist“¹¹⁹. Aus diesem Grunde seien auch zwei hohe polnische Beamte, der Chef des tschechoslowakischen Referats im polnischen Außenministerium, Łados, und der Vizedirektor der politischen Abteilung, Woroniecki, nach Paris geschickt worden, um dort für Polen in der Javorina-Frage tätig zu werden.

Auch die französische Öffentlichkeit erwartete von Fochs Besuch in den Hauptstädten der beiden ostmitteleuropäischen Verbündeten eine Annäherung dieser Staaten untereinander, die in einer Militärkonvention gipfeln sollte¹²⁰. Bei einer realistischen Einschätzung der Lage sah man jedoch ein, daß die Zeit dafür noch nicht gekommen war¹²¹.

Es ist nicht nur für den Eifer und die Persönlichkeit der Berichterstatter bezeichnend, daß die politisch eindringlichsten Analysen der Situation aus Prag vorgelegt wurden. So hob der deutsche Gesandte Koch die politischen Ziele der Reise Fochs hervor, auch wenn er wenig Chancen für eine Verwirklichung der französischen Absichten erblicken zu können glaubte¹²². Aus seinem Einblick in die politischen Verhältnisse seines Gastlandes hielt er den Gegensatz von Polen und Tschechen für zu tiefgehend, als daß dieser auch nach einer etwaigen Regelung der Javorina-Frage aufgehoben werden könne; denn im Gegensatz zu Polen fühle sich die Tschechoslowakei weder von Rußland noch von Deutschland bedroht. Die tschechoslowakische Armee sei nur für einen defensiven Einsatz verwendbar, ein Argument, das von den Tschechen wiederholt selbst vorgebracht worden sei. Daraus aber folgte für das tschechoslowakische Vorgehen eine große Zurückhaltung gegenüber den französischen Vermittlungsversuchen in Richtung auf Polen oder gegenüber dem französischen Werben um eine stärkere Unterstützung in der Ruhrfrage. Als Beispiel führt Koch an: „Präsident Masaryk selbst hat vor wenigen Tagen einem Ausfrager des Neuen Wiener Tagblattes gegenüber erklärt, daß die Beziehungen zu Deutschland gegenwärtig nicht nur korrekt, sondern geradezu freundschaftlich seien. Am Vorabend des Empfangs Foch's sind solche Äußerungen sicher nicht ohne Berechnung getan.“ Vor dem Hintergrund des deutschen Widerstandes an der Ruhr bedeutete eine solche Aussage, daß der

¹¹⁸ PA, v. Benndorf an AA (Or.), Warschau 9. V. 23, IV a Po 6977, IV Po 3, 3 P-Fr. — Hoesch an AA (Or.), Paris 19. V. 23, IV a Po 7489 (L 186 452 f.), IV Po 3, 3 P-Fr.

¹¹⁹ S. Brief von Benndorf, Anm. 118.

¹²⁰ PA, Hoesch an AA (Or.), Paris 15. V. 23, IV a Po 7270 (L 186 439 f.), IV Po 3, 3 P-Fr.

¹²¹ PA, Hoesch an AA (Or.), Paris 22. V. 23, Ts 1809 (L 122 273 f.), Po 3 Eng-Ts.

¹²² PA, Koch an AA (Or.), Prag 16. V. 23, Ts 1750 (L 122 539 ff.), Po 3 P-Ts.

höchste Repräsentant der Tschechoslowakei in dieser Frage Deutschland gegenüber mehr als nur Neutralität zeigte.

Es bleibt offen, ob strenge Geheimhaltung oder Unergiebigkeit der politischen Gespräche Koch daran gehindert haben, näheres über eventuelle Abmachungen in Erfahrung zu bringen. Die Lücke in seiner Berichterstattung füllt ein Brief des österreichischen Gesandten Marek an seine Regierung, in der von einer Militärkonvention die Rede ist, die Foch der Tschechoslowakei vorgeschlagen habe¹²³. Ihr zufolge sollte die Tschechoslowakei für den Fall eines deutschen Angriffs auf Frankreich den Franzosen aktive Hilfe leisten; auch im Falle innerer Unruhen in Deutschland wurde eine solche Hilfe als denkbar herausgestellt. Marek fügt aber hinzu, daß man dadurch noch lange nicht jene enge Bindung erreicht habe, die durch die Konvention von 1921 zwischen Polen und Frankreich bestand. Deshalb lag nach Meinung Mareks der eigentliche Sinn der Reise Fochs in dem Versuch, Polen zu einer Besetzung Oberschlesiens zu veranlassen und dadurch Frankreich an der Ruhr zu entlasten¹²⁴. Eine Hilfe der Tschechoslowakei sei dabei nicht vorgesehen, und daher sei dem Besuch in Prag nur der Charakter eines Höflichkeitsbesuchs zuzumessen. Allerdings habe sich Beneš in der Frage einer Militärkonvention sehr zurückgehalten und betont, daß eine solche Entwicklung sehr zum Schaden der Tschechoslowakei ausgehen könne. Eine solche Hilfe mußte die Tschechoslowakei nach Meinung des österreichischen Gesandten in Prag besonders aus innenpolitischen Gründen verweigern: Beneš wolle die Möglichkeit einer Aufnahme von deutschen Parteien in die Regierung, die sich bei einer Verschärfung der Opposition von Nationaldemokraten und katholischer Volkspartei als nötig erweisen könne, nicht ausschließen; die wirtschaftlichen Bindungen an Deutschland erzwingen von vornherein eine größere Rücksicht auf die innenpolitische Stabilität im Reich. Beneš benutze daher den ungarischen Revisionswunsch als Mittel, um von anderen Verpflichtungen freigestellt zu werden — eine Politik, die zu einem Konflikt zwischen tschechoslowakischen und französischen Offizieren geführt haben solle. Die Zurückhaltung Benešs in seiner Politik Deutschland gegenüber folgte für Marek aus dessen Grundüberzeugung, „die Politik seines Staates vom rein intellektuellen Standpunkt aus“ zu betrachten. Hierin sehe er sich vom Präsidenten unterstützt: „Gerade in der Frage des Verhältnisses zu Deutschland soll Präsident Masaryk den Standpunkt einer unauffälligen und allmählichen Loslösung der Gebundenheit an Frankreich vertreten. Wie mir vertraulich mitgeteilt wurde, hat der Präsident der Republik politischen Freunden gegenüber wiederholt die Ansicht geäußert, daß die tschechoslowakische Regierung dem beständigen Druck Frankreichs gegenüber besser Widerstand leisten könne, wenn auch deutsche Minister in der Regierung säßen. Derselben Ansicht scheine auch Benesch zu sein, doch hält er angeblich gegenwärtig den Zeitpunkt für noch nicht gekommen, sich von Frankreich allmählich zu emanzipieren.“ Aus diesem Grunde und weil die Regierung, die von der öffentlichen

¹²³ Brief Mareks s. Anm. 111, mit Schreiben vom 28. VI. 23 von Koch nach Berlin geschickt.

¹²⁴ Ähnlich: PA, Koch an St. S. (Or.), Prag 15. VI. 23, Ts 2209 (L 134 120 ff.), Po 6 A, 1 Ts.

Meinung und den Rechtsparteien auf einen harten Kurs gezwungen werde, Polen in der Javorina-Frage nicht entgegenkommen könne, war Marek skeptisch gegenüber allen Spekulationen über die politischen Erfolge Fochs in Prag.

Die Beurteilung der tschechoslowakischen Politik und der Auswirkung der Reise von Marshall Foch, die Staatssekretär v. Maltzan Ende Juni den diplomatischen Vertretungen des Reiches zukommen ließ, entspricht sinngemäß den oben angeführten Gesandtschaftsberichten¹²⁵. Sie betont die Bedeutung der Haltung, die die Tschechoslowakei Deutschland gegenüber bewahrt hat und würdigt das Vorgehen Benešs, der durch konsequente Beachtung der Formel „Die Tschechoslowakei ist der Verbündete Frankreichs und der Nachbar Deutschlands“¹²⁶ einer wahrscheinlichen französischen Bestrebung auf eine engere Bindung beider Staaten widerstanden habe. Freilich äußert sich auch Maltzan nur vage über die Berichte von festen Abmachungen: „Die bereits vor geraumer Zeit durch die Presse gegangene Mitteilung über eine förmliche Militärkonvention zwischen beiden Staaten ist nirgends ausdrücklich bestätigt, aber auch nicht dementiert worden.“ Wenn auch eine französische Orientierung der tschechoslowakischen Außenpolitik unbestritten sei, so segele die Tschechoslowakei doch keineswegs vollkommen in französischem Fahrwasser. Dies sei besonders in einigen für Deutschland günstigen Äußerungen Masaryks deutlich geworden, die beweisen, daß „man ... in Prag trotz allem nicht gewillt [sei], sich das Gesetz des Handelns von Paris vorschreiben zu lassen und ... sich auch Frankreich gegenüber freie Hand zu wahren“ suche. Hierbei spiele der Streit mit Polen um Javorina eine große Rolle und lege den Schluß nahe, daß eine Entente mit Polen noch geraume Zeit auf sich warten lassen werde. Frankreich sei über den „Erfolg“ der Reise des Marshalls Foch enttäuscht. „Damit steht auch die Haltung, welche die Tschechoslowakei bisher in dem Ruhrkonflikt beachtet hat, durchaus im Einklang. Es muß anerkannt werden, daß die Prager Regierung, trotz verschiedener Sympathie-Bekundungen für das Vorgehen Frankreichs, sich tatsächlich bisher in dem deutsch-französischen Konflikt neutral verhalten hat.“ Dies erkläre sich zweifellos aus den wirtschaftlichen Beziehungen der Tschechoslowakei zu Deutschland und aus der Tatsache einer großen deutschen Minderheit im Lande, die eine gegen Deutschland gerichtete Politik der tschechoslowakischen Regierung wenig ratsam erscheinen ließen.

Aus der Tatsache, daß Rauscher seinen Platz während der Reise Fochs mit Erlaubnis des Auswärtigen Amtes verließ und auch später keinen gründlichen Bericht über dieses Ereignis der Zentrale zukommen ließ, darf ebenso wie aus den herangezogenen deutschen Akten geschlossen werden, daß man dem Besuch von Marshall Foch in Warschau und Prag keine besondere Bedeutung zumaß und davon sogar eher eine gewisse Dämpfung der französischen Politik erwartete, da sich die Verbündeten im Osten Deutschlands den französischen Wünschen ge-

¹²⁵ PA, Aufz. v. Maltzan (Konz. Runderlaß), Berlin 30. VI. 23 (L 140 559 ff.), Po 3 Fr-Ts.

¹²⁶ So die amtliche Stellungnahme der tschechoslowakischen Regierung zur Ruhrbesetzung, PA, Koch an AA, Prag 22. I. 23, Ts 271 (L 119 988), Po 2, 3 Ts.

genüber spröde gezeigt hatten¹²⁷. Etwas anders wird das Bild, wenn man die Folgen für die besuchten Länder betrachtet.

*

Solange aus französischen und tschechoslowakischen Archiven keine Einzelheiten bekannt werden, ist man bei der Bewertung des Erfolgs der Reise von Marschall Foch in manchen Punkten auf Vermutungen angewiesen. Aus einer Reihe von Bemerkungen und den weiteren Ereignissen lassen sich jedoch einige sichere Schlüsse ziehen. Zunächst kann festgestellt werden, daß sich die Haltung der tschechoslowakischen wie der polnischen Regierung zum Ruhrkonflikt nicht änderte: beide Staaten wahrten ihre Neutralität, obwohl sie nach außen den französischen Standpunkt vertraten, und beide drängten — je mehr sie durch den Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft selbst in Mitleidenschaft gezogen wurden¹²⁸ — auf ein schnelles Ende der Ruhraktion, auch wenn ihr Einfluß auf den Lauf der Dinge sehr gering war.

In dem Versuch, Polen und die Tschechoslowakei miteinander zu versöhnen, war Foch gescheitert. Der Streit um Javorina und die Vertrauenskrise zwischen Prag und Warschau spitzten sich in den folgenden Wochen durch eine Pressepolemik noch weiter zu¹²⁹. Die polnischen Ansätze zu einem Ausgleich mit Prag wurden im Herbst des Jahres von Beneš ignoriert, bis nach der Entscheidung des Haager Gerichtshofes der Völkerbund den tschechoslowakischen Erfolg in der Javorina-Frage besiegelte¹³⁰.

Diese Mißerfolge kamen in den offiziellen Verlautbarungen natürlich nicht zur Sprache. Foch selbst faßte seine Eindrücke in einem Gespräch mit Jules Sauerwein von *Le Matin* zusammen¹³¹. Darin bezeichnete er Polen als ein starkes Land, das für einige Jahre keinen Angriff von Deutschland oder Rußland zu befürchten habe. Seine Sympathie den Polen gegenüber führte ihn auch zu einem milden Urteil über die Innenpolitik und die Wirtschaft des Landes. Aufschlußreicher sind vor diesem Hintergrund seine Äußerungen zu den Tschechen: „Das ist eine andere Rasse. Vielleicht weniger brillante Qualitäten als in Polen, aber gründliche technische Kenntnisse. Alles was die Tschechen machen, machen sie bis ins Detail mit großer Perfektion.“ Das Land sei gut regiert und zeige sich stabil wie „eine reiche Nation mit mehrhundertjähriger Erfahrung“. Die tschechischen Sorgen wegen der ungarischen Revanche-Drohung hielt er für die nächsten Jahre

¹²⁷ Die Gerüchte über einen französischen Marsch auf Berlin lebten zwar weiter, erwähnten aber keine Beteiligung Polens oder der Tschechoslowakei. — d'Abernon, Viscount Edgar Vincent: *An Ambassador of Peace. Pages from the Diary of Viscount d'Abernon*. Berlin 1920—1926, Bd. 2: *The Years of Crisis*. June 1922 — December 1923. London 1929, S. 232 (Tgb.-Aufz. Berlin 13. VIII. 23) und S. 266 (Tgb.-Aufz. Berlin 25. X. 23).

¹²⁸ Vgl. für Polen Polonsky 116 ff.

¹²⁹ Szklarska-Lohmannowa 108 ff. — Wandycz: *France* 282 ff.

¹³⁰ Wandycz: *France* 310. — Szklarska-Lohmannowa 110 ff.; der Grenzverlauf wurde im Krakauer Protokoll vom 6. Mai 1924 endgültig festgelegt, ebenda 119.

¹³¹ *Le Matin* vom 20. V. 23: „Le maréchal Foch est rentré hier à Paris“, in: PA, II Po 3 Fr-Ts.

für berechtigt, sprach dann aber sehr vorsichtig von weitergehenden französischen Plänen einer Militärallianz mit der Tschechoslowakei: „Wir haben die bestehenden Abmachungen schon vom technischen Standpunkt geprüft und Vorkehrungen getroffen, sie bis ins Detail zu verbessern.“ Diese Bemerkung von Foch deutet an, daß, langfristig gesehen, und gemessen an dem jeweiligen Stand des Verhältnisses Frankreichs zu seinen Verbündeten, der kurze und weniger glanzvolle Besuch Fochs in der Tschechoslowakei eine größere Bedeutung gewann als sein Triumphzug durch Polen¹³².

Foch hatte dem tschechoslowakischen Staatspräsidenten eine Einladung nach Paris überbracht, und als Masaryk im Juni eine längere Reise in den Süden nach Algier antrat, vermutete das Auswärtige Amt in Berlin eine Fortsetzung der tschechoslowakisch-französischen Kontakte¹³³. Aber dazu kam es zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Es liegt nahe, daß Prag vor einer weiteren Bindung an Frankreich auf die Notwendigkeit einer französisch-englischen Wiederannäherung gedrängt hat¹³⁴, weil nach der Konzeption von Beneš Außenpolitik die Sicherheit seines Staates an das gute Einvernehmen der beiden Alliierten des Weltkrieges gebunden war. Die englische Verstimmung über die einseitige Aktion Poincarés brachte für die tschechoslowakische Regierung keineswegs den Zwang einer unbedingten Anlehnung an Paris mit sich, sondern förderte eher die Einsicht, Deutschland vor einer Katastrophe zu bewahren und zumindest nichts zu ihrer Beschleunigung zu tun. Um dem französischen Druck auszuweichen, konnte Prag immer auf die ungarische Gefahr hinweisen, und überdies konnte es von Frankreich für sein Nachgeben eine Unterstützung in der Frage der Grenzstreitigkeiten mit Polen erwarten. Erst als der französische Sieg an der Ruhr feststand und zugleich sicher war, daß Deutschland nicht auseinandergebrochen würde, fügte sich Beneš dem französischen Drängen. Auf einer gemeinsamen Reise von Masaryk und Beneš nach Paris wurden die Grundfragen eines französisch-tschechoslowakischen Allianzvertrages festgelegt, der aber erst am 25. Januar 1924 nach weiteren Klärungen zur Unterzeichnung gelangte¹³⁵. Der große Zeitraum, der seit der Ankündigung des Vertrages durch Marschall Foch im Mai 1923 bis zum Abschluß der Verhandlungen im Januar 1924 verstrich, zeigt, daß sich die Tschechoslowakei dem französischen Wunsch in den spannungsgeladenen Monaten des Jahres 1923 entziehen konnte und erst nach einer Beruhigung der gefährlichen internationalen Lage zu einem Abschluß bereit war, der aber bei weitem nicht das Ausmaß der politischen und militärischen Verbindung zwischen Frankreich und Polen erreichte¹³⁶.

¹³² Foch hatte Beneš in Prag zum ersten Mal den Plan eines französisch-tschechoslowakischen Defensivabkommens vorgetragen; Laroche, Jules: *Au Quai d'Orsay avec Briand et Poincaré 1913—1926*. Paris 1957, S. 185. — Ciałowicz 97.

¹³³ PA, Müller an AA (Tel.), Bern 6. VI. 23, Ts 1970 (K 131 545), Po 3, 2 It-Ts. — Tel. Konz. Mutius, Berlin 7. VI. 23, zu Ts 1970 (K 131 546 f.), Po 3, 2 It-Ts. — Koch an AA (Or.), Prag 15. VI. 23 (L 134 120 f.), Po 6 A, 1 Ts; Hoesch an AA (Tel.), Paris 15. VI. 23, Ts 2068, Po 3 Fr-Ts.

¹³⁴ PA, Koch an AA (Tel.), Prag 15. V. 23, Ts 1690 (L 140 558), Po 3 Fr-Ts.

¹³⁵ Text bei Wandycz: *France, Appendix VI*, S. 398 f.

¹³⁶ Břach, Radko: *Francouzský alianční systém a Československo na počátku roku*

Die polnisch-tschechoslowakischen Beziehungen blieben — sehr zum Leidwesen von Marshall Foch und der französischen Regierung allgemein — weiterhin unbefriedigend. Von einem tschechoslowakisch-polnischen Bündnis oder gar von einem Beitritt Polens zur Kleinen Entente und deren Umgestaltung in ein gegen Rußland und Deutschland gerichtetes Paktsystem konnte keine Rede sein¹³⁷. Die Interessen der Tschechoslowakei und Jugoslawiens verboten eine solche Erweiterung, weil sie diesen Staaten nur die außenpolitische Hypothek Polens Rußland und Deutschland gegenüber aufgebürdet hätte; als Gegenleistung hätten sie keine Stärkung gegen Ungarn erwarten können und überdies noch mit dem polnischen Anspruch auf Führung des Bündnisses rechnen müssen¹³⁸. Rumänien war als weiteres Mitglied der Kleinen Entente nur ein schwacher Fürsprecher Polens, aber auch nur insoweit, wie sein Sicherheitsinteresse der Sowjetunion gegenüber ins Spiel kam; an einer Zielrichtung gegen Deutschland konnte ihm dagegen nichts gelegen sein.

Die Auswirkungen der Reise Fochs nach Warschau wurden schon dadurch geschmälert, daß das Kabinett Sikorski wenige Tage nach seiner Abreise (am 23. Mai 1923) gestürzt wurde und einem Rechtskabinett unter Witos Platz machte¹³⁹, woraufhin sich Piłsudski auf sein Landgut Sulejówek bei Warschau zurückzog, wo er die nächsten Jahre bis zu seinem Putsch im Mai 1926 grollend und Pläne schmiedend zubrachte. Der zeitliche Zusammenhang und die Tatsache, daß die von den Rechtsparteien — Nationaldemokraten und der Bauernpartei Piast — getragene Regierung ein besseres Verhältnis zu Frankreich besaß als ihre Vorgängerin¹⁴⁰, sollte ohne Quellenbelege nicht in einen kausalen Zusammenhang mit der Reise Fochs gebracht werden¹⁴¹. Die innenpolitischen Verhältnisse in Polen waren zu kompliziert, als daß eine von außen gesteuerte Palastrevolution gegen Piłsudski und seine Anhänger Erfolg versprochen hätte. Immerhin kam das Programm der neuen Regierung¹⁴² mit der Gegnerschaft gegen Deutschland und dem Wunsch nach einem Ausgleich mit der Tschechoslowakei den französischen Wünschen eher entgegen als die Vorstellungen Piłsudskis, der das Kabinett Sikorski unterstützt hatte. Die nun in Polen einsetzende Umorganisation der Führungsspitze der Armee schaltete Piłsudski und seine Anhänger bald aus und brachte mit den Generälen Stanisław Haller als Generalstabschef und Stanisław Szeptycki als Heeresminister (der nach drei Wochen General Osinski abgelöst hatte) zwei in der österreichischen Armee avancierte Soldaten an die Spitze¹⁴³.

1924 [Das französische Allianzsystem und die Tschechoslowakei zu Beginn des Jahres 1924]. *Historie a Vojenství* (1968) 1—12. — Ders.: *Československá zahraniční politika v politických proměnách Evropy 1924* [Die tschechoslowakische Außenpolitik in den Wandlungen Europas 1924]. *ČSCH* 18 (1970) 49—83.

¹³⁷ Vgl. PA, v. Neuhaus an AA (Or.), Riga 24. V. 23, IV a Po 7786 (L 186 465 f.), IV Po 3, 3 P-Fr. — Privatbrief v. Neuhaus an StS., Riga 26. V. 23, Po 4, 4 Kl. E.

¹³⁸ PA, Roediger an AA (Dd., vertraulich), Brüssel 26. V. 23, Be 1223 (L 165 527 ff.), IV Po 3 P-Ts.

¹³⁹ Polonsky 113 ff.

¹⁴⁰ Wandycz: France 282.

¹⁴¹ Tommasini 299 f. vermutet das.

¹⁴² Zum Landkrona-Pakt vom 17. V. 1923, vgl. Polonsky 114.

¹⁴³ Ebenda 116. — Ciałowicz 97.

Als im Herbst 1923 mit der Rückkehr des Kronprinzen nach Deutschland¹⁴⁴ die Wiedereinsetzung der Hohenzollern möglich erschien, drängte Foch erneut auf eine enge Absprache des französischen und polnischen Generalstabes¹⁴⁵. Der im Mai 1923 von Foch vorgelegte Plan eines gemeinsamen Vorgehens gegen Deutschland wurde nun — nach einigen für Polen wesentlichen Änderungen — angenommen und bildete die Basis, von der ausgehend im Frühjahr 1924 die militärischen Absprachen zwischen Polen und Frankreich fixiert wurden¹⁴⁶. In diesen Verhandlungen erreichten die polnischen Militärs bei weitem nicht jene Absicherung gegen Rußland und Deutschland, die sie von Frankreich erhofft hatten¹⁴⁷; die Verpflichtung zum Eingreifen in Deutschland wurde modifiziert und dem polnischen Wunsch nach Sicherung der Flanken Rechnung getragen. Gegen Rußland blieb Polen allein, und auch die Hilfsversprechen der französischen Flotte in der Ostsee waren wenig überzeugend. Für die seit Jahren versprochene Militärhilfe von 400 Millionen frs. forderte Frankreich weitgehende Handelsvorteile und wirtschaftliche Sicherheiten, ehe es Polen das Geld zur Verfügung stellte¹⁴⁸. Dazu drängte Foch erneut auf eine engere Zusammenarbeit zwischen Polen und Tschechen¹⁴⁹, die aber nie zustande kam¹⁵⁰. Die polnisch-französische militärische Zusammenarbeit, die Foch auf seiner Reise durch Polen so sehr herausgestellt hatte, war in Wirklichkeit längst nicht so intensiv und herzlich, wie die Propaganda es glauben machen wollte.

Die negative deutsche Beurteilung der Reise von Foch war nicht nur durch die Furcht der deutschen Militärs vor einer antideutschen Koalition begründet, sondern entsprang der Angst vor Fochs Rheinlandpolitik und seiner grundsätzlichen Beurteilung der Situation in Ostmitteleuropa. Foch verstand die Schaffung der neuen Staaten im Osten Deutschlands als eine Leistung Frankreichs, auf die er stolz war. Der deutsche Überfall auf Belgien hatte ihm gezeigt, daß kleine Staaten mehr als nur Neutralitätsverträge zu ihrer Sicherheit brauchten. Da aber die Sicherheit Europas unteilbar war und von der Bedrohung der kleinen Staaten auch die Großen in Mitleidenschaft gezogen wurden, mußte sich Frankreich auch für die Sicherheit der neuen Staaten einsetzen. Die Diplomaten hatten den jungen Staaten Grenzen gezogen, die — wie z. B. die der Tschechoslowakei — Foch die Haare zu Berge steigen ließen¹⁵¹. Frankreich allein aber war der Garant der

¹⁴⁴ Stresemann I, 215 ff., besonders 223 f.

¹⁴⁵ Dokumenty i Materiały do Historii stosunków polsko-radzieckich [Dokumente und Materialien zur Geschichte der polnisch-sowjetischen Beziehungen]. Bd. 4: Kwiecień 1921 — maj 1926 [April 1921 — Mai 1926]. Warschau 1965, S. 310 (Aufz. Haller).

¹⁴⁶ Wandycz: France 306. — Ciałowicz 99 (Treffen vom 7. und 8. April 1924), 102 (Gespräche vom 8.—23. Mai 24).

¹⁴⁷ Vgl. die Anweisung von Sikorski (seit 17. II. 24 wieder Heeresminister) an General St. Haller, Ciałowicz 100.

¹⁴⁸ Ebenda 106 f.

¹⁴⁹ Ebenda 105. — Szklarska-Lohmannowa 117 f.

¹⁵⁰ Vgl. Kozeński, Jerzy: Czechosłowacja w Polskiej polityce zagranicznej w latach 1932—1938 [Die Tschechoslowakei in der polnischen Außenpolitik 1932—1938]. Posen 1964.

¹⁵¹ So fast wörtlich Recouly 226.

Sicherheit dieser Staaten einem Deutschland gegenüber, dessen biologisches Wachstum eine immer stärkere Gefahr bedeutete: „Wenn unsere Kraft, unsere Hilfe fehlen würden, wären diese Bauten dem Einsturz nahe. Das ist das Problem der Sicherheit, wie man es in seinem ganzen Umfang begreifen muß. Es beschränkt sich keineswegs auf die Rheingrenze. Es besteht in der Erhaltung Europas, wie es die auf unseren Sieg folgenden Verträge geschaffen haben¹⁵².“

Für die französische Regierung war die Reise von Marschall Foch eine willkommene Aktion: die Berichte über den glanzvollen Empfang hoben im eigenen Lande das Bündnis mit den östlichen Nachbarn Deutschlands wieder ins Bewußtsein und drängten die Berichte über die Schwierigkeiten an der Ruhr und den Konflikt mit England in den Hintergrund. Hinter den feierlichen Ehrungen konnte ein Vertrauensmann des französischen Ministerpräsidenten¹⁵³ politische Gespräche führen, die nicht den Stempel der amtlichen Politik trugen und im Falle ihres Scheiterns jederzeit verleugnet werden konnten. Daß Paris zu diesem Umweg griff und nicht direkt über Regierungsvertreter und Diplomaten vorstellig wurde, weist einerseits auf den heiklen Charakter dieser Gespräche und zum anderen darauf hin, daß Paris sich seiner Verbündeten nicht vollständig sicher glaubte. In der Zeit einer starken Entfremdung mit London brauchte Frankreich aber eine Stütze im Rücken Deutschlands¹⁵⁴, und wenn diese auch nur in der Propaganda zu nutzen war. Die Haltung seiner Verbündeten wird für Frankreich eine Enttäuschung gewesen sein, so wie das Ergebnis der Reise von Foch selbst eher negativ bewertet wurde. Foch hat später — wenige Monate vor seinem Tod — von seiner Reise im Jahre 1923 jedoch nur noch einen positiven Eindruck bewahrt, der in der Beurteilung der Lebensfähigkeit und des Lebenswillens von Polen und der Tschechoslowakei bestand¹⁵⁵. Aus dieser Distanz gesehen verloren die damaligen Enttäuschungen an Bedeutung, und er nahm die Hoffnung mit ins Grab, daß seine Arbeit erfolgreich gewesen war: „Auch hier ist der Bau auf dem Wege, sich zu befestigen. Geben Sie ihm nur einige Jahre Zeit. Dann wird er völlig befähigt sein, einer Erschütterung standzuhalten¹⁵⁶.“

Selbst wenn die unmittelbaren politischen und militärischen Ergebnisse der Reise Fochs gering waren, so liegt in dem Ereignis selbst eine politische Bedeutung. Besonders die panegyrische Berichterstattung Vauchers macht deutlich, daß

¹⁵² E b e n d a 227.

¹⁵³ Erst Fochs Kritik an der Form der Ruhrbesetzung und der späteren Politik brachte allmählich eine Entfremdung mit Poincaré mit sich; d'Abernon II, 267 (Tgb.-Aufz. vom 25. X. 23).

¹⁵⁴ T o m m a s i n i 298.

¹⁵⁵ R e c o u l y 263.

¹⁵⁶ E b e n d a 263. Über die Frage einer Beteiligung des deutschen Botschafters in Paris an den Beisetzungsfeierlichkeiten für Marschall Foch gibt es die letzte, abschließende Beurteilung durch die deutsche Seite: „Als Kriegsgegner würde er von uns respektiert und nicht kritisiert. Maßgebend sei aber Fochs Nachkriegspolitik bei Ruhrkampf und in der Entwaffnungsfrage.“ Hoesch nahm daraufhin an den offiziellen Trauerfeierlichkeiten nicht teil und beschränkte sich auf private Kondolenz gegenüber der Familie; PA, Hoesch an AA (Tel.), Paris 21. II. 29, Fr. 980, Po 11, 4 Fr; Aufz. Berlin 22. III. 29, zu Fr 970, Po 11, 4 Fr.

in den Beziehungen der Völker untereinander auch Emotionen eine Rolle spielen, selbst wenn sie sich in der praktischen Politik kaum niederschlagen oder nicht niederschlagen können. So erinnert der Triumphzug von Marschall Foch an den fast 50 Jahre späteren Besuch des Staatspräsidenten General de Gaulle im Jahre 1967. De Gaulle, der bereits unter General Weygand in Polen gewesen war und Pilsudski schätzte, hat die Parallelität seiner Mission sicher gesehen, aber ebenso sicher auch die Ohnmacht hinter der Demonstration nicht verkannt. Wenn Foch in Lemberg den polnischen Charakter der Stadt hervorhob¹⁵⁷, so sprach er die Gefühle der Polen — ohne die lokale Bevölkerung zu berücksichtigen¹⁵⁸ — ebenso an, wie dies de Gaulle während seiner Reise durch Polen wiederholt getan hat¹⁵⁹. Worten dieser Art ist ein Wert besonderer Art zuzusprechen — man denke an J. F. Kennedy in Berlin —; mit solchen Worten werden Gefühle belebt, die in der Politik nicht wie die wirtschaftlichen Beziehungen zu messen und zu quantifizieren sind, nichtsdestoweniger aber ebenso real — wenn auch unendlich machtloser sind. Foch — de Gaulle, mit diesen Namen lassen sich fast 50 Jahre polnisch-französischer Beziehungen bezeichnen, zugleich aber auch die mangelnde politische Wirksamkeit dieser Symbole aufzeigen¹⁶⁰. Trotz aller verbalen Bekundungen der gegenseitigen Freundschaft ist für die französisch-tschechoslowakischen Beziehungen in diesem Zeitraum ein solches Symbol nicht nachweisbar — auch dies ein Beispiel für die Verschiedenheit der politischen Gegebenheiten in zwei einander benachbarten und geistig oft so verschiedenen Staaten und Völkern.

¹⁵⁷ Vaucher 881.

¹⁵⁸ Am 18. III. 23 hatte es z. B. ukrainische Protestdemonstrationen gegen die Polen in Lemberg gegeben, Schulthess: Europäischer Geschichtskalender. 1923. München 1925, S. 369.

¹⁵⁹ Vgl. NZZ vom 11. IX. 1967 über den Besuch in Oberschlesien.

¹⁶⁰ In der Berichterstattung über die Reise de Gaulles nach Polen (6.—12. IX. 1967) wird auf die enge geistige Verbindung des polnischen und des französischen Volkes ständig verwiesen; das faßbare Ergebnis blieb dagegen äußerst mager: NZZ vom 14. IX. 1967.

BENEŠ UND DIE EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSKONZEPTION DES DEUTSCHEN STAATSEKRETÄRS CARL VON SCHUBERT

Von Peter Krüger

Zu den vielfältigen Anregungen, die Karl Bosl mit seiner Dynamik und Aufgeschlossenheit wie mit seinem Gespür für fruchtbare Fragestellungen historischer Arbeit immer wieder zu geben vermag, zählen die Problemstellungen der von ihm betreuten Tagungen des Collegium Carolinum. Sie blieben in den vergangenen Jahren Themen der Zeitgeschichte Mitteleuropas vorbehalten. In besonderem Maße Neugier und Nachdenklichkeit des Historikers weckend, brachte die letzte Tagung im November 1972 eine Überraschung, nämlich den kühnen Versuch, ein Thema zu formulieren und zur Diskussion zu stellen, dessen Substanz und Umfang sich erst aus den Referaten und anschließenden Auseinandersetzungen herauschälen mußte. Es lautete: „Die ‚Burg‘, einflußreiche Kräfte um Masaryk und Beneš.“ Das Wagnis wurde ein Erfolg, insbesondere im Hinblick auf die behutsame Eingrenzung einer neuen historischen Forschungsaufgabe. Dies ist auch der Vorsicht und Überlegtheit jener Referenten zu danken, welche die eigentliche Problematik enthüllten: Wirkung und politisch-soziale Gestalt der Kräfte zu ergründen, die unter dem Schlagwort „Burg“ das gesamtstaatliche Interesse der Tschechoslowakei im Sinne der Staatsgründung Masaryks und Benešs förderten und verteidigten¹. In einem dieser Vorträge wurde darauf hingewiesen, daß die außenpolitische Bindung an Frankreich geradezu die Basis für alle innen- und außenpolitischen Bestrebungen, das Credo der Burgpolitiker war. Entsprechend der notwendigen und sachlich berechtigten Begrenzung des Kolloquiums auf die innenpolitischen Vorgänge wurde dieser Aspekt nicht erörtert. Immerhin wäre hier, ausgehend von den außenpolitischen Gegebenheiten und Entwicklungen der zwanziger Jahre, innerhalb des weiteren Rahmens der Untersuchungen über die „Burg“ eine Forschungsaufgabe gestellt, die bedeutsame Aufschlüsse verspricht — im übrigen auch bei der im ganzen schwierigen Quellenlage einige günstige Voraussetzungen bietet infolge der Zugänglichkeit der außenpolitischen Akten der Großmächte, hier vor allem der wichtigen Bestände des französischen Außenministeriums, des „Quai d'Orsay“.

Eine der auch für die wirtschafts- und innenpolitischen Rückwirkungen entscheidenden Fragen in diesem Zusammenhang wäre die, ob in der „Burg“-Politik jemals Bestrebungen aufgetaucht sind, die enge Bindung an Frankreich zu lockern

¹ Bosl, Karl (Hrsg.): Die „Burg“, einflußreiche politische Kräfte um Masaryk und Beneš. München-Wien 1973.

zugunsten einer verstärkten Zusammenarbeit mit Deutschland, oder, wie sich die „Burg“ mit derartigen Bestrebungen auseinandersetzte. Das wäre also die Frage nach der Konsequenz und Kontinuität der von der „Burg“ — und d. h. von Beneš — verfolgten Außenpolitik. Auf den ersten Blick scheint die Antwort denkbar einfach zu sein: Deutschland war für die Tschechoslowakei das lebensentscheidende außenpolitische Problem, die einzige Macht, welche die Existenz des jungen Staates bedrohen konnte. Auch wenn keinerlei akute Gefahr bestand, so war doch offensichtlich, daß die enge Bindung an Frankreich, dem Geburtshelfer und mächtigen Gönner der Tschechoslowakei, die einzig wirksame Sicherung bot — solange die Sowjetunion aus den verschiedensten Gründen dafür noch nicht in Frage kam. Beneš war im übrigen — schon von seiner Erziehung her — ganz französisch orientiert, und eine der einflußreichsten Persönlichkeiten der französischen Außenpolitik, der Generalsekretär des französischen Außenministeriums, Philippe Berthelot, stärkte energisch und mit persönlicher Sympathie von Beginn an die internationale Stellung der Tschechoslowakei. Dies eingehend zu untersuchen, wäre wichtig. Nichtsdestoweniger sollte man zunächst einmal auch von der anderen Seite her fragen, ob Deutschland jemals ein engeres Zusammengehen mit der Tschechoslowakei erwog und wann es im Verlauf der zwanziger Jahre überhaupt eine Konstellation gab, die für eine derartige Politik Ansatzpunkte bot und ein weiteres Vorgehen zumindest nicht völlig aussichtslos erscheinen ließ.

Eine solche Konstellation zeichnete sich im Frühjahr 1928 ab — allerdings selbst auf deutscher Seite nur als Ansatzpunkt für die Entwicklung einer langfristigen Politik der Heranziehung der Tschechoslowakei an das Reich betrachtet, nicht etwa in Erwartung rascher Erfolge. Deutschlands Einfluß in Europa war seit den Locarno-Verträgen und dem Eintritt in den Völkerbund im September 1926 erheblich gestiegen. Dies wurde gerade in der Tschechoslowakei genau beachtet und war zweifellos der wichtigste Grund dafür, daß Beneš vom 18. bis 24. Mai 1928 zum erstenmal Berlin besuchte — wenn auch inoffiziell und zum Abschluß einer ausgedehnten Urlaubsreise, die ihn vorher nach Paris und London geführt hatte. Einen weiteren günstigen Faktor für die deutsche Politik bildete die Entschlossenheit des Auswärtigen Amts, einseitige nationale Machtpolitik durch die Ausgestaltung internationaler Rechtsnormen und Verständigung zu ersetzen. So erfolgte im Winter und Frühjahr 1928 ein energischer Vorstoß im Sicherheitskomitee des Völkerbunds mit der Absicht, dessen Möglichkeiten zur Friedenssicherung zu stärken und die völkerrechtlichen Mittel friedlicher Streit-schlichtung zu erweitern. Zur gleichen Zeit unterstützte das Auswärtige Amt die Pläne des amerikanischen Außenministers Kellogg für einen universalen Kriegsverzichtspakt und hatte bedeutenden Anteil an seinem Zustandekommen. In beiden Fällen entsprang die prononcierte deutsche Stellungnahme dem Bestreben, der künftigen Gestaltung der deutschen Außenpolitik im Sinne weiterer internationaler Verflechtung und Einflußnahme vorzuarbeiten. Verstärkte völkerrechtliche Bindungen und ein Bewußtsein gesteigerter Sicherheit in Europa sollten es erleichtern, wichtige deutsche Ziele und die Verständigung mit den anderen europäischen Großmächten darüber zu erreichen.

Hinzu kamen die Auswirkungen der konkreten außenpolitischen Lage: Die schon 1927 deutlich gewordene Verbesserung der Beziehungen des Reiches zu Jugoslawien und Rumänien, den beiden Partnerländern der Tschechoslowakei in der Kleinen Entente, setzte sich 1928 vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet fort. In Italien, das Ungarn den Rücken stärkte — jenem Land, dessen Revisionismus gegen den Friedensvertrag von Trianon einzudämmen Hauptaufgabe der Kleinen Entente war —, oder genauer noch: in Mussolini fand Beneš außerdem einen immer aktiver werdenden Gegenspieler in der Südosteuropapolitik, der die wirtschaftlichen und politischen tschechoslowakischen Interessen in diesem Raum empfindlich zu stören imstande war. Deswegen blieb die immer mögliche Annäherung zwischen Italien und Frankreich, dem wichtigsten Verbündeten der Tschechoslowakei, eine latente Gefahr². Vor allem aber hatte die Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland weitere Fortschritte gemacht. Dies gilt ungeachtet der im Winter 1927/28 deutlich gewordenen Differenzen in der Frage der vorzeitigen Räumung des Rheinlandes³, das nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages in immer kleiner werdenden Zonen bis 1935 besetzt bleiben sollte. Die Fortschritte zeigten sich auf wirtschaftlichem Gebiet, und zwar am bemerkenswertesten durch den Abschluß des deutsch-französischen Handelsabkommens vom 17. August 1927 und durch die sich festigende Zusammenarbeit der Schwerindustrie im internationalen Eisenkartell⁴. Das deutsche Auswärtige Amt zog die Summe aus all diesen Vorgängen und stellte fest, daß die Tschechoslowakei zum erstenmal seit dem Ersten Weltkrieg in eine gewisse Isolierung zu geraten drohte⁵.

Eine engere Bindung zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland mußte auf Grund der Interessenlage praktischerweise vor allem wirtschaftlich ausgeprägt sein. Deshalb könnte man den einer derartigen Annäherung förderlichen Tendenzen auch die damalige Aktualität internationaler Zusammenschlüsse verschiedenster Art hinzurechnen. Anlaß zur Diskussion solcher Fragen boten die strukturellen Schwächen und Anfälligkeiten der europäischen Handelsbeziehungen, ja man kann sagen der europäischen Wirtschaft jener Jahre überhaupt, ferner die sich allmählich krisenhaft entwickelnden landwirtschaftlichen Exportschwierigkeiten der Donauländer, vor allem auf Grund des Verfalls der Welt-

² Gajanová, Alena: ČSR a středoevropská politika velmocí (1918—1938) [Die ČSR und die mitteleuropäische Politik der Großmächte]. Prag 1967, S. 237—239. Über die tschechoslowakisch-deutschen Beziehungen siehe vor allem die unveröffentlichte Diss.: Campbell, F. Gregory: Weimar Germany and the Czechoslovak Republic. Yale University 1966. Sie soll demnächst in sehr erweiterter Form und unter einem neuen Titel veröffentlicht werden.

³ Jacobson, Jon: Locarno diplomacy. Germany and the West, 1925—1929. Princeton 1972, S. 143—152.

⁴ Handelsabkommen: Reichsgesetzblatt 1927, II, S. 524—876. — Eisenkartell u. a.: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918—1945 (abgekürzt: ADAP), Serie B, Bd. IV, Göttingen 1970, Dokument Nr. 91 und Bd. V, Göttingen 1972, Dokument Nr. 220.

⁵ Hschr. Notizen Schuberts vom 20. 5. 1928; Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (abgekürzt: PA), Büro St. S. Sobe (gefilmt: 4577/E 174 217).

marktpreise für Agrarprodukte seit 1926, und die Propagierung des Paneuropa-Gedankens, in welcher Form und von welcher Seite auch immer. Dergleichen Erörterungen in der Öffentlichkeit wurden immer wieder angefacht durch Äußerungen von Wissenschaftlern, Presseorganen, Verbänden und Interessengruppen, die sich mit europäischen Wirtschafts- und Einigungsproblemen beschäftigten. In diesem Zusammenhang wären noch die infolgedessen wieder auflebenden Mitteleuropapläne verschiedenster Herkunft und Zielsetzung zu erwähnen, welche die Unklarheit des Begriffs Mitteleuropa aufzeigen⁶.

Schließlich konnte ein aktueller Anlaß, die bloße Tatsache nämlich, daß Beneš im Mai 1928 Berlin besuchen wollte, nachdem er diese Stadt jahrelang sorgfältig gemieden hatte, Anlaß zu einem gewissen deutschen Optimismus hinsichtlich der weiteren Ausgestaltung der tschechoslowakisch-deutschen Beziehungen bieten. Dies war eine Chance für die deutsche Außenpolitik, nicht nur aktuelle Fragen, sondern auch Dinge von großer Tragweite für beide Länder zur Erörterung zu bringen, und sie wurde genutzt.

Mochte insgesamt gesehen unter den geschilderten Voraussetzungen eine engere Bindung der Tschechoslowakei an Deutschland weniger aussichtslos erscheinen als in anderen Jahren, so fehlte doch noch zu viel, um darin eine günstige, unmittelbaren Erfolg versprechende politische Gelegenheit zu sehen. Das Unternehmen konnte jedoch ein besseres Ansehen gewinnen, sofern es gelang, mit den langfristigen Zielen die Lösung eines unmittelbaren außenpolitischen Problems zu verbinden. Als solches galt vor allem die Verhinderung eines wie auch immer gearteten engeren Zusammenschlusses der Donaustaaten unter tschechoslowakischer Führung, d. h. unter Ausschluß Deutschlands. Mit diesem Konzept der Verbindung eines kurzfristigen und eines langfristigen, nicht auf unmittelbaren Erfolg berechneten Ziels unternahm der Staatssekretär des deutschen Auswärtigen Amtes, Carl von Schubert, die wichtigste deutsche Initiative gegenüber der Tschechoslowakei in den zwanziger Jahren.

Schubert hatte 1928 praktisch die Leitung des Auswärtigen Amtes in Händen, weil Stresemann infolge seiner sehr angegriffenen Gesundheit wochen- und monatelang von den Amtsgeschäften ferngehalten wurde. Ungeachtet der Tatsache, daß Stresemann selbst mit Beneš in Berlin zusammentreffen wollte, wozu er dann wegen seiner Krankheit nicht in der Lage war, hatte Schubert die politische Vorbereitung auf diesen Besuch in die Hand genommen, traf sie mit größter Sorgfalt und hätte in jedem Fall die Gelegenheit ergriffen, auch selbst mit Beneš zu sprechen. Dies war keine isolierte Eingebung, sondern Teil einer umfassenden

⁶ Um nur wenige unterschiedliche zeitgenössische Stellungnahmen zu nennen: Heilmann, Hanns (Hrsg.): Europäische Zollunion. Beiträge zu Problem und Lösung. Berlin 1926 (darin kommen auch Gegner einer Zollunion zu Wort). — Hantos, Elemér: Europäischer Zollverein und mitteleuropäische Wirtschaftsgemeinschaft. Mit einem Vorwort des Internationalen Komitees für den Europäischen Zollverein: Die Wirtschaftseinheit Europa. Berlin (1928). — Hohlfeld, Hans-Herbert: Zur Frage einer europäischen Zollunion. Eine Kritik. Leipzig 1928; spezieller: Janovsky, Karl (Sekretär des Deutschen Hauptverbandes der Industrie in der Tschechoslowakei): Zollunion Prag-Wien oder Anschluß Wien-Berlin. Reichenberg 1927.

politischen Konzeption des Staatssekretärs, die sich aus verschiedenen Indizien herausarbeiten läßt. Sie stand unter Zeitdruck, weil in Deutschland die Forderung nach verschärfter Politik der Revision des Versailler Vertrags immer nachdrücklicher und bestimmender zur Geltung gebracht wurde, und sie bildete den letzten Versuch, die deutsche Außenpolitik definitiv und konsequent an die Verständigung und internationale Verflechtung mit den anderen Großmächten zu binden. Das bedeutete keineswegs die Aufgabe der deutschen Revisionsziele oder eines deutschen Großmachtstrebens, vielmehr bedeutete es eine konziliante und kompromißbereite Methode im Gegensatz zu einer einseitigen machtpolitischen Vertretung nationaler Ansprüche. Der Versuch schlug schließlich fehl; Locarno- und Verständigungspolitik gingen unter in den nationalistischen Aufwallungen in der Folge des Young-Plans und auf Grund der innenpolitischen Wende mit dem Regierungsantritt Brünnings.

Die Politik Beneš gegenüber den Donaustaaten läßt sich grob unter zwei Gesichtspunkten zusammenfassen: Einmal der Versuch, mit Hilfe des Sicherheitskomitees des Völkerbunds und der dort entwickelten Pläne von Regionalpakten zur Sicherung des Friedens eine, in der Form noch ungewisse, engere Bindung jener Staaten an die Tschechoslowakei zu erreichen. Dabei rechnete er als Vorsitzender des Sicherheitskomitees natürlich mit einem sanften moralischen und politischen Druck des Völkerbunds vor allem auf Ungarn⁷. Zum andern der Versuch, mit Hilfe eines Präferenzzollsystems die Donaustaaten auf wirtschaftlichem Gebiet enger mit der Tschechoslowakei zu verbinden⁸. Damit verfolgte Beneš in der Hauptsache drei Ziele: 1. Sicherung des politischen und wirtschaftlichen Einflusses der Tschechoslowakei in Südosteuropa, d. h. auch eines Absatzmarktes für tschechoslowakische Industrieprodukte, deren Export infolge des Bedürfnisses nach wirtschaftlicher Stärke für diesen Staat in seiner gefährdeten Lage auch große politische Bedeutung hatte. 2. Neutralisierung des ungarischen Revisionsproblems, das sich in einer solchen Verflechtung allmählich von selbst lösen mußte, sowie Verhinderung des Anschlusses Österreichs an Deutschland⁹. 3. Abriegelung des wachsenden deutschen Einflusses in Südosteuropa. Denn Beneš fürchtete, daß die tschechoslowakische Unabhängigkeit desto stärker bedroht war, je bedeutender sich das deutsche Übergewicht in Mittel- und Südosteuropa entwickelte. Deshalb blieb er einer der entschiedensten Verteidiger des status quo

⁷ Aufzeichnungen Schuberts über Unterredungen mit den Untergeneralsekretären des Völkerbunds Sugimura vom 7. — PA, St. S. Vötag, Bd. 8 (4587/E 183 937) — und Paulucci vom 8. 3. 1928 — PA, St. S. Sobe (4577/E 174 176) — in Genf; Aufzeichnung Schuberts vom 12. 3. 1928; PA, St. S. Vötag, Bd. 8 (4587/E 184 016—22); Erlaß des Leiters der Rechtsabt. im AA, Gaus, vom 22. 3. 1928 an die Gesandtschaft in Prag; PA, Referat Völkerbund, Garantie- und Sicherheitsfragen, Comité d'arbitrage, Bd. 5 (K 2342/K 666 176—79).

⁸ Aus den vielfältigen Belegen sei nur einer herausgegriffen: Aufzeichnung Urzidils (Pressechef der deutschen Gesandtschaft Prag) vom 15. 2. 1928 über eine Unterredung mit Beneš; PA, Geheimakten der Abt. II, Österreich, Politik 3, Österreich/Tschechoslowakei (K 60/K 006 889—90).

⁹ *I documenti diplomatici italiani*, 7. Serie (1922—1935), Bd. VI, Rom 1967, Dokument Nr. 33.

der Friedensverträge von 1919/20. Außerdem waren, auch nach seinem eigenen Zeugnis¹⁰, die tschechoslowakische und die deutsche Industrie wirtschaftliche Konkurrenten in Südosteuropa.

Erschien also auf den ersten Blick die Wahl gar nicht zweifelhaft, so ergaben sich bei näherem Hinsehen doch gewisse Zwiespälte. Denn einmal übte gerade die Stärke und Konsumkraft der deutschen Wirtschaft eine ganz natürliche Anziehungskraft aus, zum anderen waren die Donauländer keineswegs die idealen Wirtschaftspartner für die Tschechoslowakei. Sie waren vor allem Agrarexportländer und ihre Kaufkraft hing weitgehend davon ab, wieviel landwirtschaftliche Produkte sie ausführen konnten. Das war ein sehr schwieriges Problem, denn gerade unter dem Einfluß der tschechoslowakischen Agrarpartei des Ministerpräsidenten Švehla stand natürlich der Schutz der eigenen Landwirtschaft vor erhöhten Importen im Vordergrund.

Švehla hatte sich immer eine von der „Burg“ unabhängige Stellung gewahrt, auch wenn er mit ihr zusammenarbeitete. Der Gesandte in Berlin, Chvalkovský, galt als sein Gefolgsmann; er betonte Schubert gegenüber Ende März 1928 den Willen Švehlas, die Beziehungen zu Deutschland enger zu gestalten¹¹. Die Annahme der deutschen Gesandtschaft in Prag, daß in dieser Hinsicht ein Unterschied zwischen den außenpolitischen Vorstellungen Švehlas und Beneš bestand, ist also begründet¹². Es zeugt aber für den guten politischen Spürsinn und die sorgfältige Erwägung aller, auch der innenpolitischen Umstände in der Tschechoslowakei — wobei die Beratung jedes Schrittes durch den Gesandten in Prag, Koch, unentbehrlich war —, daß Schubert trotzdem das Angebot Chvalkovskýs, diesen Fragenkomplex mit Švehla zu erörtern, für seine Initiative nicht benutzte, sondern sich an Beneš hielt. Dieser war eben doch die entscheidende Persönlichkeit der tschechoslowakischen Außenpolitik, und „sein letzter Tag“ war einstweilen, wie Koch sich ausdrückte, „ferner denn je“¹³. Natürlich hatte sich Schubert schon in den vergangenen Jahren vergewissert, ob Aussichten auf andere innenpolitische Konstellationen bestünden mit neuen Männern, die sich den deutschen Wünschen entgegenkommender zeigten. Aber es gab sie nicht.

Die für Deutschland lästige und in Berlin nicht ganz durchschaubare Politik Beneš gegenüber den Donauländern — vor allem Österreich und Ungarn —, weiter die Regionalpakte im Sicherheitskomitee, die nicht nur unerwünschte Gruppierungen schaffen, sondern auch einen allmählich wachsenden moralischen Druck auf die Reichsregierung im Sinne eines „Ost-Locarno“ mit Polen ausüben konnten, veranlaßten Schubert, mit einer eigenen Initiative als Teil seiner umfassenden außenpolitischen Konzeption hervorzutreten. Am 23. März 1928, in

¹⁰ Aufzeichnung Schuberts, Unterredung mit Beneš 23. 5. 1928; PA, St. S. Sobe (4577/ E 174 258).

¹¹ Vertrauliche Aufzeichnung Schuberts vom 31. 3. 1928; PA, Büro Reichsminister 39, Bd. 2 (3086/D 617 980).

¹² Brief Kochs (Prag) vom 15. 1. 1928 an Schubert; PA, St. S. Tsch, Bd. 2 app. 1 (4582/ E 176 203—07).

¹³ E b e n d a.

einer Unterredung mit Außenminister Stresemann über Benešs Ziele¹⁴, äußerte Schubert einen Gedanken, den er bis dahin nie erwähnt hatte und „den man [...] jetzt noch gar nicht aussprechen dürfe“: Man solle entschlossen auf ein enges Zusammengehen Deutschlands mit der Tschechoslowakei und Österreich hinarbeiten, zunächst auf wirtschaftlichem Gebiet. Außerdem „aber könne man sich vielleicht vorstellen, auch irgendeinen politischen Pakt zwischen den drei Staaten abzuschließen“. Der dürfe dann aber keine Klausel gegen den Anschluß Österreichs enthalten — eine deutlich nur von innenpolitischen Rücksichten bestimmte Forderung. Denn Schubert fügte hinzu, im Grunde seines Herzens hege er gegen den Anschluß die allergrößten Bedenken. Diese Haltung hatte er konsequent schon seit Jahren vertreten¹⁵.

Am 23. März konnte Schubert noch nicht damit rechnen, daß Beneš nach Berlin kommen würde. Es ging ihm also zunächst nur darum, seinem Minister seine Gedanken nahezubringen. Neben die deutlich ausgesprochenen Zweifel, daß an die Verwirklichung zu glauben noch sehr verfrüht sei, trat die Unsicherheit, ob Stresemann etwas aus der Idee zu machen bereit war. Er schien sie jedenfalls nicht gerade enthusiastisch begrüßt zu haben: „Der Herr Reichsminister“, notierte Schubert, „gab [...] zu erkennen, daß er meine Idee eines gewissen Zusammenschlusses der drei Staaten für interessant halte“. Das war alles; aber es genügte Schubert, die Initiative zu ergreifen und seinen Gedanken selbst weiterzuverfolgen, als im Mai die Erkrankung Stresemann daran hinderte, Beneš zu empfangen. Übrigens zeigt die Wendung „wenn man sich entschließen würde“, die Schubert benutzte, als er Stresemann seine Idee vortrug, daß seiner Ansicht nach ein klarer Entschluß und die Akzeptierung aller seiner Konsequenzen notwendig war, um die Tschechoslowakei als befreundeten Staat und engen Partner anzuerkennen und die Vorstellung zu begraben, daß man es im Grunde mit einem allem Deutschen kritisch gegenüberstehenden Gegner zu tun habe.

Ein ähnlicher Wandel zu einer positiveren Einstellung gegenüber Deutschland mochte sich allmählich auch in der Tschechoslowakei entwickeln. Es war zwar nur ein schwaches, für Schubert aber jedenfalls nicht ungünstiges Zeichen, daß während der mehrmonatigen Abwesenheit Benešs sich dessen politische Gegner daheim regten und ihm vorwarfen, seine Außenpolitik habe versagt; die deutsch-französische Annäherung vermindere den tschechoslowakischen Bündniswert für Frankreich und lasse eine Neuorientierung angezeigt erscheinen. Koch berichtete darüber und verdeutlichte den eigentlichen Sinn der Vorgänge: „Es handelt sich wieder einmal um einen Frontalangriff gegen die ‚Burgpolitiker‘, und in Beneš wird indirekt auch Masaryk mit getroffen. [...] Švehlas Krankheit erleichtert nur die Eröffnung agrarischer Angriffe gegen die ‚Burg‘¹⁶.“ Der Exponent dieser Kräfte bei den Agrariern, der immerhin wichtigsten Regierungspartei, war der Minister Milan Hodža. Die „Burg“ konnte es sich nicht leisten, diese Stimmung

¹⁴ Aufzeichnung Schuberts vom 23. 3. 1928; PA, St. S. Sobe (4577/E 174 194—95).

¹⁵ Siehe u. a. ADAP, Serie B, Bd. VI, Göttingen 1973, Dokument Nr. 39.

¹⁶ Am 23. 3. 1928; PA, St. S. Tsch, Bd. 4 (4582/E 176 731—34). — Siehe auch: Documenti, 7. Serie, Bd. VI, Dokument Nr. 87.

unberücksichtigt zu lassen. Hodža bekomme wieder, so teilte Koch mit, wohlwollende Worte von der „Burg“-Presse zu hören¹⁷. Beneš war sich infolgedessen — und das blieb Schubert nicht verborgen — darüber klar, daß er aus den Berliner Gesprächen mit einem Erfolg zurückkehren mußte. Dann konnte er den Kritikern daheim beweisen, daß er sehr wohl auf der Höhe der Situation stehe und in der Lage sei, auch unter veränderten Voraussetzungen die richtige Außenpolitik zu führen. Schubert hingegen konnte, wenn er die Unterredung mit einem Mißerfolg enden ließ, die innenpolitischen Schwierigkeiten Benešs erheblich verstärken. Dies war ohne weiteres möglich, denn es gab eine Reihe kleinerer Fragen, auf deren Regelung im deutschen Sinne er kompromißlos beharren und damit jeden weitergehenden Gedankenaustausch im Keime ersticken konnte. Indessen ließ Schubert ganz im Gegenteil die Begegnung im Rahmen des Möglichen zu einem vollen Erfolg werden und stellte damit unter Beweis, daß er in erster Linie mit der „Burg“ und ihrer Politik rechnete und — bei Stresemann wäre ich in diesem Punkt nicht so sicher — mit Beneš zusammenarbeiten wollte. Beneš erklärte am 6. Juni 1928 vor dem Außenausschuß des tschechoslowakischen Abgeordnetenhauses und des Senats¹⁸:

„Meine Reise nach Berlin war keine offizielle. Ich wollte jedoch auf dem Heimweg von London einen Höflichkeitsbesuch in Berlin abstatten und mit den offiziellen Berliner Kreisen — wie dies regelmäßig in den letzten Jahren in Genf geschehen war — über die laufenden Fragen der internationalen Politik, die beide Staaten betreffen, Rücksprache pflegen. Die Krankheit des Ministers Stresemann verhinderte mich, mit ihm persönlich über diese Dinge zu sprechen. Ich hatte also eine allgemeine Unterredung mit dem Reichskanzler Marx und verhandelte eingehend über die Fragen der Außenpolitik mit dem Staatssekretär im Außenministerium von Schubert; über die Fragen unserer Handelsverträge sprach ich mit Handelsminister Curtius und mit den übrigen amtlichen Faktoren.

Ich stelle gerne fest, daß alle diese Unterredungen von aufrichtigstem Geiste und von wahrhaft freundschaftlichen Intentionen geleitet wurden, in dem Bewußtsein, daß es heute zwischen diesen beiden Staaten keinerlei wesentliche strittige Fragen gibt und daß unsere Beziehungen wirklich dem Geiste der Freundschaft entsprechen, der als Basis unserer künftigen gegenseitigen Beziehungen in Locarno gelegt wurde. Ich zweifle nicht, daß dies den Interessen unserer beiden Länder ebenso dienen wird wie dem allgemeinen Frieden Europas überhaupt. Dies ist um so eher möglich, als unsere Beziehungen zu Westeuropa, zu Frankreich, England und Deutschland definitiv geregelt, durch unsere Verträge streng stabilisiert und im Verhältnis zu keiner der angeführten Großmächte durch nichts gefährdet sind.

Bei meinen Unterredungen in Berlin hatte ich auch Gelegenheit, unsere bisherige zentraleuropäische Politik genauest darzulegen, sowohl in rein politischem,

¹⁷ Am 9. 5. 1928; PA, Abt. II, Tschechoslowakei, Politik 5, Bd. 7 (L 439/L 132 270).

¹⁸ Beneš [Edvard]: Die internationale Lage und die tschechoslowakische Außenpolitik. Exposé im Außenausschuß des Abgeordnetenhauses und des Senats am 6. Juni 1928. Prag 1928, S. 21 f.

wie in wirtschaftlichem Sinne. Ich betonte, daß sie auf dem politischen status quo und auf der strikten und entschiedenen Aufrechterhaltung und Wahrung des Friedens beruht. Vielleicht ist es überhaupt nicht notwendig, daß ich auf die Zeitungsnachrichten über verschiedene phantastische Pläne reagiere, die ich nicht gehabt und über die ich niemals und mit niemandem verhandelt habe. Unser Meinungs-austausch betraf die laufenden internationalen Fragen, den Kellogg-Pakt, die Sicherheits- und Abrüstungsprobleme mit Bezug auf die Verhandlungen in Genf und Zentraleuropa besonders, die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Sinne der Genfer Wirtschaftskonferenz¹⁹, eine Reihe unserer deutsch-tschechoslowakischen Spezialfragen usw. Ich möchte nur noch sagen, daß meine Reise über Berlin gewiß für uns beträchtliche politische Bedeutung hat: sie ist nicht nur ein Dokument unseres guten und freundnachbarlichen Zusammenlebens, sondern auch ein Ausdruck der fortschreitenden Konsolidierung in Zentraleuropa und ein Bestandteil unserer systematischen Arbeit für den Frieden Nachkriegseuropas überhaupt.“

Überall in der europäischen Öffentlichkeit wurde das Ergebnis der Berlinreise Beneš als bemerkenswertes Zeichen deutsch-tschechoslowakischer Annäherung gewertet, ja gelegentlich sogar als ein Abrücken von Frankreich²⁰.

Um jedes Aufsehen zu vermeiden und das Gewicht der Begegnung zu verschleiern, hielt man völlig geheim, daß Koch am 20. Mai 1928, einen Tag vor dem ersten Gespräch Beneš mit Schubert, für einige Stunden intensiver Beratung des Staatssekretärs in Berlin war. Bezeichnend dafür ist, daß Schubert, der sonst sorgfältige und sehr detaillierte Aufzeichnungen zu machen pflegte, über diese Besprechung mit Koch nur ein paar schwer lesbare Bleistift-Notizen hinterlassen hat²¹. Beide waren sich darin einig, daß die hauptsächlichen Gründe für Beneš Besuch einmal die Kritik in der Tschechoslowakei an seiner Außenpolitik und an seiner Position überhaupt war, zum andern sein eigener Wunsch, die Pläne eines Präferenzzollsystems mit den Donauländern voranzubringen, und schließlich die Rücksicht auf die neue Bedeutung Deutschlands in Europa, die sich sichtbar in der Annäherung vieler Staaten, vor allem aber am deutsch-französischen Verhältnis zeigte. Schubert drückte es recht plastisch aus: Beneš wolle nicht als letzter durch die Tür gehen. Man konstatierte außerdem, daß die Tschechoslowakei zum erstenmal seit ihrem Bestehen sich in einer gewissen Isolierung befinde. Als Schubert als letzten und wichtigsten Punkt „seinen Plan“ vorbrachte, äußerte sich Koch eher skeptisch: „Der Mann, der es macht, muß *unabhängig* sein! [Der] Tscheche ist deutschfeindlich!“ Vielleicht war es aber gerade diese Äußerung des Gesandten, die den Staatssekretär in seiner Absicht, eine solch heikle Frage mit Beneš zu erörtern, bestärkte. Denn da er sich durch die Gesandtschaft in Prag über die innen- und außenpolitische Lage der Tschechoslowakei besonders sorgfältig hatte unterrichten lassen, war ihm wohl klar geworden,

¹⁹ Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbunds vom Mai 1927 in Genf; ADAP, Serie B, Bd. V, Dokumente Nr. 203 und 218.

²⁰ Ga j a n o v á 239.

²¹ Siehe Anm. 5.

daß am ehesten Beneš die als unbedingt notwendig erachtete Unabhängigkeit besaß. Dessen Stellung hing nicht von einer Partei ab. Präsident Masaryk stand unbeirrbar hinter ihm und ließ ihn niemals im Stich. Beneš war der herausragende Exponent der überparteilichen Integrations- und Ausgleichspolitik der „Burg“ und er besaß als Mitbegründer des Staates und bester außenpolitischer Vertreter der Interessen seines Landes immer noch großes Prestige.

Die Unterredungen zwischen Beneš und Schubert begannen am 21. Mai 1928²² mit der Erörterung eines Problems, das in der internationalen Politik damals im Vordergrund stand und ein entscheidender Faktor in Schuberts außenpolitischer Konzeption war: Die Verhandlungen über den Plan des amerikanischen Außenministers Kellogg für einen universellen Kriegsverzichtspakt. Ursprünglich war die Anregung dazu im Frühjahr 1927 vom französischen Außenminister Briand ausgegangen, allerdings in einer ganz anderen Form. Briand wollte einen Kriegsverzichtsvertrag nur zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten abschließen, was im Grunde auf einen Nichtangriffspakt hinausgelaufen wäre und die Vereinigten Staaten in ein engeres Verhältnis zu Frankreich gebracht hätte — mit zumindest moralischen Verpflichtungen im Falle einer europäischen Krise. Dies war natürlich mit der amerikanischen außenpolitischen Tradition unvereinbar. Nicht zuletzt unter dem Druck der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten — insbesondere der umfangreichen Kriegsächtungsbewegung, die im Senat einflußreiche Fürsprecher gewann — übernahm Kellogg den Grundgedanken, machte aber durch die Forderung nach Universalität eines solchen Vertrags die außenpolitischen Absichten Frankreichs zunichte, ja verkehrte sie in ihr Gegenteil. Als diese neue Vertragsform aber unvermeidlich geworden war, versuchten die Franzosen sie derart mit Vorbehalten zu befrachten, daß sie das Recht, ihren osteuropäischen Verbündeten auch mit militärischem Einsatz zu Hilfe zu kommen, unangetastet ließ. Seiner Sicherung galt das französische Hauptargument, der Kellogg-Pakt sei unter gewissen Umständen mit den Verpflichtungen aus Locarno-Verträgen und Völkerbundssatzung unvereinbar²³. Die Völkerbundssatzung, die für Beneš den Charakter eines unumstößlichen Grundgesetzes hatte, ließ ja unter Art. 15 Absatz 7 sogar eine Möglichkeit offen, zum Angriffskrieg zu schreiten. Dies war für Deutschland der springende Punkt, und letzten Endes stellten die Verhandlungen um den späteren Kellogg-Pakt auch ein hartnäckiges deutsch-französisches Ringen dar.

Schubert hatte die Verhandlungen aufmerksam verfolgt und der deutschen Politik in Erkenntnis der günstigen Möglichkeiten, die sich hier sowohl für aktuelle Fragen wie auch im Hinblick auf die langfristige Entwicklung boten, die Richtung gegeben. Er stellte sich auf den von scharfsinnigen und komplizierten rechtlichen Argumenten gestützten Standpunkt, daß der Kelloggsche Paktentwurf ohne Verkläusulierung oder Vorbehalte hinsichtlich irgendwelcher bestehen-

²² Aufzeichnung Schuberts vom 21. 5. 1928; PA, St. S. Sobe (4577/E 174 222—29). Das Gespräch wurde am nächsten Tag fortgesetzt. Siehe die Aufzeichnung Schuberts vom 22. 5. 1928 (4577/E 174 230—48).

²³ Ferrell, Robert Hugh: *Peace in their time, the origins of the Kellogg-Briand-Pact*. New Haven 1952.

der Verträge angenommen werden könne und müsse, wenn er eine Wirkung haben solle. Er sei durchaus vereinbar sowohl mit der Völkerbundssatzung wie den Locarno-Verträgen. Schubert blieb damit erfolgreich. Die taktischen Einzelheiten und Ziele zu erörtern, gehört nicht hierher²⁴, wohl aber die Erläuterung der übergreifenden Konzeption, die Schubert entwickelt hatte. Er wollte durch die Unterstützung des Kelloggsschen Paktentwurfs und der gleichzeitig im Sicherheitskomitee des Völkerbunds eingeleiteten Initiative²⁵ die Voraussetzungen für eine wirksamere friedliche Streitschlichtung und Einschränkung des Krieges schaffen sowie eine Atmosphäre wachsender Sicherheit in Europa herbeiführen. Dabei nahm er bewußt in Kauf, daß infolgedessen auch Deutschlands revisionspolitische Möglichkeiten weiter eingeschränkt würden²⁶. In den Zusammenhang der möglichst weitgehenden Ausschaltung militärischer Machtmittel und ihres Einflusses auf die Politik, was für die Außenpolitik des entwaffneten Deutschlands nur von Nutzen sein konnte, gehörte auch Schuberts nachdrückliches Eintreten für wirksame Maßnahmen in der Abrüstung, die geeignet gewesen wären, den weit überlegenen Rüstungsstand der anderen Mächte zu senken. Auch über die Abrüstungsverhandlungen sprach er eingehend mit Beneš, ebenso über dessen Ideen sicherheitsfördernder Regionalpakte im Rahmen des Völkerbunds. Beneš beteuerte, er verfolge damit keine weiteren politischen Absichten, blieb aber in bezug auf die deutsche Abneigung gegen solche Pakte nicht im unklaren.

Schubert brauchte wachsendes internationales Vertrauen, gerade auch in eine stetige, auf Verständigung über alle Streitfragen abgestellte deutsche Politik, um seinem Hauptziel näher zu kommen, der Neugestaltung der europäischen Wirtschaftsbeziehungen und dem Wiedererstarken Deutschlands auf der Grundlage der möglichst ungehinderten Entwicklung seiner Wirtschaftskraft. Mit Rücksicht darauf bevorzugte er allgemeine Regelungen in Europa und lehnte die Kompliziertheit und Gefährlichkeit sich überschneidender Allianzen und Gegenallianzen, sprunghafter und unzuverlässiger Diplomatie im Stile der wilhelminischen Ära nachdrücklich ab²⁷. Das war natürlich einleuchtend und vernünftig, vor allem aber konnte es Deutschland nur zum Vorteil gereichen, wenn ihm in Europa keine Staatengruppen gegenüberstanden, wie z. B. Frankreich mit seinen östlichen Verbündeten, sondern bloß einzelne Länder. Auf diesem Wege vermochte das Reich bei behutsamem politischem Vorgehen und in Fortführung der Verständigungspolitik seine wirtschaftliche Überlegenheit auszuspielen.

²⁴ Statt vieler Einzelbelege sei der wichtigste Aktenbestand angegeben: PA, St. S. Fram (4505).

²⁵ Siehe u. a. Aufzeichnung Gaus' von Anfang Dezember 1927; PA, Referat Völkerbund, Garantie- und Sicherheitsfragen, Comité d'arbitrage, Bd. 2 (K 2342/K 665 728—42), und die „Bemerkungen der deutschen Regierung zu dem Arbeitsprogramm des Sicherheitskomitees“ vom 26. 1. 1928; Sch w e n d e m a n n, Karl: Abrüstung und Sicherheit. Bd. 1. Leipzig ²(1933), S. 569—574.

²⁶ Siehe die Aufzeichnung Gaus' (Anm. 25) und den Runderlaß Schuberts vom 12. 1. 1928; PA, St. S. Fram, Bd. 1 (4505/E 122 688—93).

²⁷ Siehe u. a. Aufzeichnungen Schuberts über Unterredungen mit Loucheur vom 18. 9. 1927 und mit Selby vom 12. 12. 1927; PA, St. S. Vötag, Bd. 6 (4587/E 183 618—20) und Bd. 7 (4587/E 183 843—48).

Schubert erreichte jedenfalls das Eingeständnis Benešs, daß auch die Verträge der Kleinen Entente zwischen der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien in ihrer Tendenz gegen Ungarn nicht mit der Völkerbundssatzung vereinbar seien und daß er plane, sie abzuändern²⁸. Da diese Feststellung in unmittelbarem Zusammenhang mit der Erörterung der Vorbehalte zum Kellogg-Pakt stand, war sie zugleich ein wichtiges Indiz für den Erfolg der deutschen Politik, mit Hilfe dieses Paktes die bestehenden Bündnisverträge, namentlich Frankreichs, auf einen rein defensiven Charakter gegen einen potentiellen Friedensbrecher zurückzuschrauben und im übrigen ihre Interpretation derart zu begrenzen, daß sie sich nur im Rahmen der Völkerbundssatzung und der Locarno-Verträge bewegen konnte. Und es war ja gerade die deutsche These, daß Völkerbundssatzung und Locarno-Verträge mit dem Kellogg-Pakt durchaus im Einklang ständen. Damit wurden sogar deren Bestimmungen erneut verstärkt in ihrer Tendenz internationaler, allgemeiner und kooperativer Anwendung und gegen das von Frankreich proklamierte Recht der «*action isolée*», der einseitigen nationalen Befugnis, im Sinne des Völkerbunds und zur Erhaltung des status quo auch militärische Maßnahmen zu ergreifen.

Dabei ergaben sich zumindest in dem Bestreben, Kriegsverhütung und friedliche Streitschlichtung weiter zu entwickeln, durchaus Berührungspunkte mit den politischen Absichten Benešs. Deshalb lag Schubert viel an einer Erörterung der Probleme des Kellogg-Pakts und des Sicherheitskomitees; denn auf diesem Gebiet hing einiges auch von Beneš ab, der geradezu als Inkarnation der Völkerbundspolitik erschien. Es gelang Schubert im großen und ganzen, Beneš von dem Wert der deutschen Vorstellungen zu überzeugen und damit eine gewisse Vertrauensgrundlage für eine Diskussion seiner darauf aufbauenden wirtschaftlichen Pläne zu schaffen.

In bezug auf das notwendige Vertrauen war es aber unumgänglich, ein für Beneš geradezu existenzielles Problem anzuschneiden: Die Anschlußfrage. Beneš machte Schubert am 22. Mai 1928 erneut klar, daß der Anschluß Österreichs an Deutschland für die Tschechoslowakei politisch, vor allem aber auch aus wirtschaftlichen Gründen lebensgefährlich werden könne. Im übrigen liege der Anschluß nicht einmal im wohlverstandenen deutschen Interesse. Das war genau Schuberts Meinung. Er führte deswegen das Gespräch so, daß Beneš darüber nicht im unklaren blieb und in der Gewißheit nach Hause fahren konnte, der Anschluß gehöre auf absehbare Zeit nicht zu den Zielen der damaligen Leiter der deutschen Außenpolitik. Es ist überhaupt beachtenswert, daß die starke und zufriedene Betonung der Konsolidierung Europas auf den Grundlagen des status quo, die Beneš am 6. Juni 1928 in seinem zitierten Fazit der Berliner Reise gab, keineswegs als Mißerfolg Schuberts gewertet werden kann. Schubert ging gar nicht auf eine Veränderung des status quo aus; er wollte im Gegenteil die allgemeine Beruhigung fördern, um mit der Verwirklichung seiner europäischen Wirtschaftspläne beginnen zu können, von denen er sich zu Recht für Deutschland wesentlich mehr Erfolg versprach.

²⁸ Gespräch vom 22. 5. 1928 (Anm. 22).

Nun erst, nachdem die Unterredungen so weit gediehen waren, kam Schubert am 23. Mai 1928 auf „seinen Plan“ zu sprechen²⁹. Dabei trug es wenigstens zur stimmungsmäßigen Verbesserung der Voraussetzungen bei, daß die Reichstagswahlen am 20. Mai einen deutlichen Erfolg der SPD gebracht und damit die Basis der Verständigungspolitik Stresemanns und Schuberts gestützt hatten.

Schubert leitete die Erörterungen damit ein, daß er ein taktisches Druckmittel ausnutzte und der tschechoslowakischen Bitte um weitere Konzessionen bei den sich nun schon jahrelang hinschleppenden Handelsvertragsverhandlungen mit völliger Intransigenz begegnete. Die Absicht, Beneš für die Regelung des tschechoslowakisch-deutschen Wirtschaftsverhältnisses auf viel weitergehende Lösungen zu drängen, wurde ganz offensichtlich, als Schubert unmittelbar daran anschließend erklärte:

„Ich entwickelte sodann meine These von der Notwendigkeit eines auf größter Basis erfolgenden wirtschaftlichen Ausgleiches in Europa. Meiner Ansicht nach müsse man darauf hinarbeiten, die Industrie, aber auch die Landwirtschaft der verschiedenen Länder zu veranlassen, gegenseitig zu einer Verständigung zu kommen, die auf einen Ausgleich der Produktion und des Absatzes hinauszu-
laufen hätte. Ich hätte dabei aber nicht etwa die Gründung von Trusts oder Kartellen alter Art im Auge, sondern vielmehr Vereinigungen und Verständigungen größten Stils, die auf eine Senkung der Preise und damit auf eine Stärkung der Kaufkraft der Konsumenten hinausliefen. Außerdem aber müsse man natürlich dann auf eine Niederreißung der Zollschränken hinwirken. Es klinge natürlich phantastisch, wenn man, wirtschaftlich gesprochen, von den Vereinigten Staaten von Europa sprechen wolle, letzten Endes sei dies aber gewissermaßen das Ziel. Man müsse sich nur vergegenwärtigen, welche ungeheure Stoßkraft das homogene Wirtschaftsgebiet der Vereinigten Staaten allein darstelle, um sich die Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Staaten in Europa klarzumachen.

Ich sagte Herrn Beneš, ich hätte Gelegenheit gehabt, bereits mit zahlreichen Vertretern fremder Regierungen über diese Ideen zu sprechen. Darunter auch mit den Franzosen und den Engländern. Ich hätte einmal Herrn Briand meine Ideen entwickelt und durchaus Gegenliebe gefunden; auch mit Herrn Loucheur hätte ich gesprochen. Für derartige Ideen schienen aber auch Leute wie Herr Bokanowski und Herr Serruys zu haben zu sein³⁰. Das sei immerhin eine interessante Tatsache.

Im Völkerbund würden derartige Ideen ja auch verfolgt, und man könne als Anfang mit dem Ergebnis der Weltwirtschaftskonferenz einigermaßen zufrieden sein. Nur müsse auf diesem Gebiete aller Orten sehr intensiv weiter gearbeitet werden, weil meines Dafürhaltens sonst zu befürchten sei, daß einmal eine ganz unübersehbare Katastrophe in Europa eintreten würde.“

²⁹ Aufzeichnung Schubert 23. 5. 1928; PA, St. S. Sobe (4577/E 174 251—64).

³⁰ Briand war damals Außenminister; Loucheur, der einflußreiche französische Industrielle und Politiker, war zu jener Zeit zwar nicht Minister, aber er vertrat Frankreich in den Wirtschaftsgremien des Völkerbunds; Bokanowski war französischer Handelsminister und Serruys Direktor im französischen Handelsministerium.

Hier findet man Schuberts Pläne in seltener Klarheit und Kürze zusammengefaßt. Ähnliches hatte er seit 1925 schon häufig geäußert — in den verschiedensten Zusammenhängen, gegenüber den unterschiedlichsten Persönlichkeiten und bei allen sich bietenden Gelegenheiten. Es handelte sich hier also ganz ohne Zweifel um eine wohlerrungene außenpolitische Leitvorstellung. Bemerkenswert war, daß er gegenüber Beneš zum erstenmal auch die Möglichkeit konkreter Anwendung seiner Idee für mehrere Staaten sondierte. Schubert meinte nämlich, es sei „vollkommener Unsinn“, zu versuchen, „sofort alle Staaten Europas unter einen Hut zu bringen. [...] Es ließe sich [aber] sehr gut denken, daß ein wirtschaftliches Zusammengehen größten Stils zwischen Deutschland, der Tschechoslowakei und Österreich nicht nur im Bereich der Möglichkeit liege, sondern auch sehr erfolgversprechend sei“. Er deutete außerdem an, daß ja auf diese Weise die befürchteten wirtschaftlichen Rückwirkungen des österreichischen Anschlusses auf die Tschechoslowakei aufgehoben würden. Von einer politischen Verbindung war hier gar nicht die Rede. Sie war, wenn überhaupt, dann nur für eine sehr viel spätere Phase vorgesehen. Im Gegensatz zu den wirtschaftlichen Ideen ist nämlich von solchen politischen Plänen sonst nie mehr die Rede.

Beneš lehnte den Plan natürlich, wie zu erwarten war, vor allem im Hinblick auf die politischen Implikationen ab. Ohne Zweifel lag die Bedrohung der tschechoslowakischen Souveränität auch bei nur wirtschaftlichem Zusammenschluß mit dem übermächtigen Nachbarn auf der Hand. Aber die wirtschaftliche Perspektive beeindruckte ihn offensichtlich: „Im weiteren Verlauf des Gesprächs betonte Herr Beneš, daß, vom rein wirtschaftlichen Standpunkte aus gesehen, mein Plan natürlich sehr interessant sei. Er wolle auch zugeben, daß er vom wirtschaftlichen Standpunkt aus durchaus logisch sei. Er habe stets die Ansicht vertreten, daß die Wirtschaften der drei genannten Länder geeignet wären, sich gegenseitig zu ergänzen. Es bliebe eben nur die politische Schwierigkeit.“

Die außenwirtschaftlichen Fragen waren, erst recht nach Schuberts Vorstoß, der weitere Initiativen erwarten ließ, für die Tschechoslowakei dringend geworden. Ihr wirtschaftliches und damit auch in beträchtlichem Umfang ihr politisches Gedeihen hing von ausreichenden Absatzmöglichkeiten der Industrie ab. Beneš warf seinen eigenen Plan in die Debatte: „Was ihm vorschwebte, sei ein Zusammengehen der Staaten der Kleinen Entente, also der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Rumäniens, unter Ausschluß Polens und unter Hinzuziehung von Österreich, Ungarn, Bulgarien und Griechenland.“ Aber er mußte Schubert zugestehen, daß sein Präferenzzollsystem längst nicht die wirtschaftliche Logik für sich habe wie die Schubertsche Verbindung. Schubert selbst machte mit aller Deutlichkeit klar, daß Deutschland eine Verbindung, wie sie Beneš vorschwebte, nur akzeptiere, wenn es selbst daran teilnehme. Auch das lag natürlich nicht im tschechoslowakischen Interesse, aus dem gleichen Grunde wie bei dem Schubertschen Plan: Beneš konnte das überlegene Gewicht einer Großmacht keinesfalls dulden. Immerhin waren nun aber die Grenzen klar abgesteckt; die Tschechoslowakei vermochte, ohne ihre Existenz aufs Spiel zu setzen, auf Schuberts Pläne in ihrer reinen Form nicht einzugehen, während Benešs Vorhaben für Deutschland wirtschaftlich eine ernsthafte Bedrohung darstellte und — was Schubert sofort sah —

in Verbindung mit Frankreich auch erhebliche politische Folgen haben mußte. Einfluß und Macht Frankreichs im Donaugebiet und die Ausschaltung der deutschen Wirtschaftsinteressen dort, das machte solche Pläne für die Reichsregierung unannehmbar. Die Befürchtungen waren nicht übertrieben, wie Berichte italienischer Diplomaten über die Politik und den Einfluß Berthelots zeigten: Prag sei der Angelpunkt seiner Aktionen in Zentraleuropa und auf dem Balkan³¹.

Eigentlich hätte das Gespräch über diesen Punkt damit am Ende sein können. Aber der Grundgedanke des Schubertschen Plans beschäftigte Beneš weiter, und er fand schließlich scharfsinnig das Bindeglied, das er brauchte, um die deutsche Initiative mit seinen eigenen Wünschen in Einklang zu bringen und vor allem den Anschluß an neue Entwicklungen nicht zu verpassen: Frankreich mußte dabei sein. Dann wären zwei Großmächte beteiligt, die sich im Gleichgewicht hielten, dann könnten die Tschechoslowakei und Österreich beitreten, und das Anschlußproblem, dies betonte er, hätte in diesem Rahmen seine Gefährlichkeit verloren. Beneš wird sich darüber klar gewesen sein, daß ein enges Zusammengehen zwischen Deutschland und Frankreich für sein Land auch Nachteile brachte, denn Deutschland gewann dabei Bewegungsfreiheit gegenüber der Tschechoslowakei und den Donaustaaten. Diese Auswirkung würde in einer gemeinsamen Verbindung zu viert, bei der Beneš von vornherein mitreden konnte, bis zu einem gewissen Grad unschädlich gemacht werden. Außerdem mußte gerade diese Verbindung weitere Staaten anziehen, was die tschechoslowakischen Befürchtungen, Deutschland ausgeliefert zu sein, weitgehend zerstreuen konnte.

Schubert nahm zu der Anregung Benešs nicht mehr ausdrücklich Stellung, obwohl er ihr großes Gewicht beimaß³². Das Zusammenspiel der beiden erfahrenen Diplomaten aber war perfekt, sie verstanden sich völlig, und aus der Diktion der umfangreichen Schubertschen Aufzeichnungen geht deutlich hervor, daß er gern und offen mit Beneš diese diffizilen Probleme erörterte. Sie waren sich einig, daß sie rein persönlich darüber gesprochen hätten, nichts überstürzen und sehr behutsam vorgehen wollten.

Beneš wußte natürlich genau, was er sagte und warum er es sagte. Die kritischen Äußerungen im eigenen Lande über die außenpolitische Lage der Tschechoslowakei angesichts der wachsenden deutsch-französischen Annäherung hatte er selbst schon längst bedacht, insbesondere seit der deutschen Initiative im Sicherheitskomitee des Völkerbunds³³ und der wirksamen Unterstützung des Kellogg-

³¹ Documenti, 7. Serie, Bd. VI, Dokumente Nr. 107, 123, 263. Über Berthelot siehe Challenor, Richard D.: The French foreign office, the era of Philippe Berthelot. In: Craig, Gordon A./Gilbert, Felix: The diplomats 1919—1939. Princeton 1953, S. 49—85, besonders S. 75 f.

³² Das zeigen u. a. die starken Unterstreichungen und Markierungen, mit denen Schubert in seiner Aufzeichnung die Äußerungen Benešs hervorhob.

³³ Über seine Unterredung mit Beneš am 13. und 14. 2. 1928 in Prag teilte der österreichische Bundeskanzler Seipel dem deutschen Gesandten in Wien, Graf Lerchenfeld, mit, Beneš habe „die Bedeutung des deutschen Memorandums [siehe Anm. 25] hervorgehoben, das wohl für die ganze Behandlung der Angelegenheit maßgebend sein werde“. Auszug aus dem Bericht Lerchenfelds vom 21. 2. 1928; PA, St. S. Sobe (4577/E 174 168).

schen Entwurfs für einen Kriegsverzichtspakt. Er hatte mehrfach die Bedeutung und die Notwendigkeit der deutsch-französischen Annäherung hervorgehoben. Gerade auf wirtschaftlichem Gebiet war sie nicht zu übersehen. Als Schubert dann in der bereits zitierten Darlegung seiner Vorstellungen von einer europäischen Wirtschaftseinheit neben Briand und Loucheur die Namen Bokanowski und Serruys erwähnte, mußte ein so erfahrener Außenpolitiker wie Beneš wissen, was mit dieser Andeutung gemeint war. Und seine Aufforderung, Deutschland möge sich besonders auf wirtschaftlichem Gebiet in großem Stil mit Frankreich einigen, dann wäre die Grundlage zur Verwirklichung des Schubertschen Plans geschaffen, bezeugt, daß er das wußte. Schubert spielte nämlich auf den erfolgreichen Abschluß des jahrelangen Ringens, zuletzt vor allem mit Bokanowski und Serruys, um ein deutsch-französisches Handelsabkommen an, Zeichen der tatsächlichen Beendigung der Nachkriegszeit mit ihren Wirtschaftskriegstendenzen. Das Handelsabkommen vom 17. August 1927 brachte Deutschland im großen und ganzen die seit 1919 verweigerte wirtschaftliche Gleichberechtigung gegenüber Frankreich und legte Frankreich darüber hinaus auf die von Deutschland mit Energie verfochtene Meistbegünstigung fest. Der Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium Posse, der deutsche Chefunterhändler in Paris, eine auch international anerkannte Autorität liberaler Handelspolitik, schrieb noch 1950:

„[Der Vertrag] bildete die umfang- und inhaltreichste Abmachung, die Deutschland überhaupt in seiner Geschichte nach dem ersten [Welt-]Kriege abschloß. Sein Zustandekommen nach langen und wechselvollen Kämpfen hatte weit über die Grenzen der beiden vertragschließenden Mächte hinaus in der Welt Aufmerksamkeit gefunden und den im Kielwasser der deutschen Unterhändler segelnden Vertretern anderer Staaten die Möglichkeit geboten, zu einer Bereinigung der wirtschaftlichen Beziehungen ihres Landes mit Frankreich zu gelangen. Mit dem Abkommen glückte es der deutschen Seite vor allem, Frankreich von weiterer Verfolgung seiner Absicht zum Ausbau eines Vorzugszollsystemes auf den Weg der unbeschränkten Meistbegünstigung zurückzuführen. Durch diese Meistbegünstigung und infolge des Genusses der in den Vertrag eingebauten Zollbindungen und -ermäßigungen der deutschen Zölle und der Minimalzölle des französischen Doppeltariffsystemes durch dritte meistbegünstigte Länder trug der Vertrag auch ausgeprägte multilaterale Züge. Es mutet uns heute fast wie ein Märchen an, wenn man daran erinnert wird, daß damals in der Genugtuung über die Bereinigung von fast uralten Spannungen die diplomatischen Gespräche zwischen Deutschland und Frankreich auch auf den stark politisch gefärbten Stoff einer Zollunion auszudehnen sich anschickten. Es blieb leider nur eine Eingebung des Augenblicks. Auf beiden Seiten fehlten die Staatsmänner, die, mit genügend Phantasie begabt, die Vorteile einer derartigen Gemeinschaft schon zu jener Zeit und gerade in ihr gebührend hoch zu schätzen wußten. Nach meiner festen Überzeugung wäre der Verlauf der Weltgeschichte ein anderer geworden, wenn damals die Sehnsucht nach einer Verständigung zwischen den beiden großen Nachbarstaaten in Kontinentaleuropa sich erfüllt hätte³⁴.“ Das war die weh-

³⁴ Posse, Hans: Kleines Wörterbuch des Außenhandels. Frankfurt am Main-Berlin (1950), S. 48.

mütige Reminiszenz an vergebliche Mühen eines Exponenten jener liberalen Handelspolitiker der Weimarer Republik, die sozusagen eine wirtschaftliche Verständigungspolitik betrieben und für die weltwirtschaftliche Verflechtung Deutschlands eintraten, deren politisches Schicksal jedoch mit Antritt der Regierung Brüning unter dem übermächtigen nationalistischen Druck der Autarkie-Anhänger und Protektionisten, in erster Linie der Agrarprotektionisten, besiegelt war.

Innerhalb des Auswärtigen Amts war Schubert der mächtigste und energischste Verfechter jener Ideen, denen auch Posse anhing. Er schickte Posse am Tage der Unterzeichnung des deutsch-französischen Handelsabkommens ein Glückwunschtelegramm, das in seinem lebhaften Dank von der üblichen Zurückhaltung abstach. Es heißt darin u. a.: „Ich bin überzeugt, daß dieser Vertrag nicht nur für die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich segensreich sein wird, sondern daß er darüber hinausgehend auch eine große allgemeinpolitische Bedeutung hat, und aus diesem Grund begrüßen wir hier im Auswärtigen Amt ganz besonders Ihren Erfolg³⁵.“

Die von Posse erwähnten ersten Gespräche über die Zollunion wurden von Schubert tatsächlich geführt; die wichtigsten mit jenen beiden französischen Politikern, deren Namen er gegenüber Beneš erwähnte: Briand und Loucheur. Die Übereinstimmung zwischen den dreien war bemerkenswert groß. Während Loucheur erste praktische Schritte der Verwirklichung anregte³⁶, ging Briand vor allem auf Schuberts Grundgedanken lebhaft ein³⁷: „Am Schluß der Unterhaltung kam dann das Gespräch noch auf die allgemeine Weltlage. Indem ich hervorhob, daß ich eventuell riskierte, für einen Phantasten gehalten zu werden, erklärte ich Herrn Briand, daß es gewisse, ganz elementare Weltprobleme gäbe, welche nicht durch diplomatische Kunststücke gelöst werden könnten. Als solche Probleme bezeichnete ich das chinesische, das russische und das Balkanproblem, das im Zusammenhange mit Italien betrachtet werden müsse; ich erwähnte ferner das Problem der wirtschaftlichen Zukunft Europas. Ich sagte, die Lösung dieser ganz großen Probleme werde noch einmal die Staatsmänner Europas vor ganz außerordentlich schwere Aufgaben stellen, die nur dann gelöst werden könnten, wenn die Staatsmänner auf das allerengste zusammen arbeiteten. Zur Erreichung einer solchen Zusammenarbeit sei es aber meiner Ansicht nach unbedingt notwendig, daß vorher alle anderen Probleme, die im Vergleich zu den von mir genannten großen Problemen ganz klein erschienen, gelöst werden müßten.“

Herr Briand hörte mich sehr aufmerksam an und erklärte sodann, er finde diese Idee in keiner Weise phantastisch, sondern sehr wohl begründet; er könne mir nur voll und ganz beistimmen. [...] Ich hätte auch ganz recht gehabt, wenn ich vielleicht als größtes Problem das Problem der wirtschaftlichen Zukunft Europas hingestellt hätte. Der wirtschaftlichen Entwicklung Europas müßten wir uns in erster Linie annehmen. [...] Man müsse ein Organ schaffen, was wirklich arbeiten und als Sicherheitsventil dienen könne.“

³⁵ ADAP, Serie B, Bd. VI, Dokument Nr. 120, Anm. 3.

³⁶ Aufzeichnung Schuberts vom 10. 3. 1928; PA, St. S. Vötag, Bd. 9 (4587/E 183 984—87).

³⁷ ADAP, Serie B, Bd. VI, Dokument Nr. 194 (Unterredung vom 13. 9. 1927).

Ausgehend von diesen größeren Zusammenhängen lassen sich einige Schlüsse über Sinn und Bedeutung der Äußerungen Schuberts und Beneš während ihrer Berliner Gespräche ziehen. Beneš war an dem wirtschaftlich verlockenden deutschen Angebot ernsthaft interessiert; seine Kenntnis des französisch-deutschen Verhältnisses spricht dafür, daß er die Vorbedingung einer wirtschaftlichen Einigung „größten Stils“ zwischen den beiden Ländern nicht etwa stellte, um eine tatsächliche Ablehnung dahinter zu verbergen und die deutsche Außenpolitik zunächst in eine unlösbare Aufgabe zu verstricken, sondern im Gegenteil, weil er erkannt hatte, daß die Chancen einer solchen Einigung gar nicht schlecht waren. Er sah darin tatsächlich eine Möglichkeit, den Plan mit einem um größere internationale Sicherheit bemühten Deutschland zu verwirklichen, ohne die fatalen Nebenwirkungen einer deutschen Dominanz hinnehmen zu müssen. Auf der anderen Seite war Schubert aus dem gleichen Grund, nämlich weil auch er eine enge wirtschaftliche Verbindung zwischen Deutschland und Frankreich anstrebte, mit dem Ergebnis seines Vorstoßes als Verdeutlichung einer langfristigen Politik nicht unzufrieden.

Die überraschend und direkt gemachte Anregung eines Wirtschaftsbündnisses zwischen der Tschechoslowakei, Österreich und Deutschland war taktisch gesehen einmal ein Versuchsballon, um in eingehenden Gesprächen und in engem Zusammenhang mit den Fragen der Sicherheitspolitik in Europa Benešs Auffassungen und Einwände kennenzulernen. Das Ergebnis war für Schubert dementsprechend eine genauere Kenntnis der Voraussetzungen, mit denen er rechnen, und der Ansatzpunkte, von denen aus er die Verwirklichung seiner Vorstellungen in Angriff nehmen mußte. Sein taktisches Ziel war zum anderen, Beneš für Deutschland sehr unangenehme Initiativen im Donauraum teils durch positive Gegenangebote teils durch die Verdeutlichung des deutschen Widerstandes zu blockieren. Es sei nur am Rande vermerkt, daß sich hieraus auch Möglichkeiten entwickeln konnten, die Isolierung Polens voranzutreiben.

Das wichtigste Mittel, das Schubert einsetzte, war zweifellos die Beruhigung Benešs hinsichtlich der deutschen Anschlußpolitik. Die taktischen Ziele und Gewinne des tschechoslowakischen Außenministers lagen auf der Hand. Er konnte beweisen — sowohl seinen innenpolitischen Kritikern wie auch den südosteuropäischen Ländern —, daß er mit Deutschland auf gutem und vertrautem Fuß stehe und seine Politik weit davon entfernt sei, sich in eine Isolierung manövriert zu haben. Außerdem hatte er wertvolle Aufschlüsse über die deutschen Absichten erhalten.

Die Folgerungen für die langfristigen Ziele Schuberts führen nun aber weit über den gegebenen Anlaß seiner Gespräche mit Beneš hinaus. Es scheint ein Widerspruch darin zu liegen, daß er sich einerseits seit Jahren mit einer europäischen Zollunion beschäftigte und gegen Blockbildungen auftrat, andererseits aber plötzlich entschlossen war, eine engere Verbindung mit der Tschechoslowakei und Österreich anzustreben. Der Widerspruch löst sich, wenn man die erwähnten taktischen Ziele Schuberts berücksichtigt und außerdem seine Bemerkung ernst nimmt, daß eine solche Verbindung nur eine Vorstufe zu größeren europäischen Zusammenschlüssen sein solle. Das ist durchaus berechtigt, denn die europäischen

Wirtschaftseinigung und in diesem Rahmen vor allem die enge Verbindung mit den westeuropäischen Staaten war während seiner gesamten Amtszeit von Ende 1924 bis 1930 als Zielvorstellung eindeutig dominierend, während er die Beneš gemachten Vorschläge nur im Frühjahr 1928 erwog. Schubert zeigte sich nirgends von einer wie auch immer formulierten „Mitteleuropa-Idee“ beherrscht, wenn ich auch nicht ausschließen möchte, daß bewußt oder unbewußt großdeutsche Reminiszenzen aus der Mitte des 19. Jahrhunderts und allgemeine Anschauungen von der wirtschaftlichen und geschichtlichen Logik eines Mitteleuropa unter deutscher Führung von ihm verarbeitet wurden³⁸.

Im übrigen war der Gedanke, daß sich die Tschechoslowakei, Österreich und Deutschland wirtschaftlich zusammenschließen sollten, keineswegs nur Schuberts eigener, sondern er war in der umfangreichen öffentlichen Diskussion paneuropäischer Ideen durchaus geläufig. Am 2. Dezember 1927 berichtete Koch über derartige Pläne des Amtsvorstands der deutschen Sektion des Landeskulturrats für Böhmen, Meisner³⁹, und am 22. Dezember 1927 entwickelte der deutsche Beobachter der Genfer Völkerbundsszene, Generalkonsul Aschmann, in einem Brief an Ministerialdirektor Ritter, der für alle Wirtschaftsfragen im Auswärtigen Amt zuständig war, einen ähnlichen Plan in der Absicht, Benešs Initiativen zu unterlaufen⁴⁰.

Bei der Erörterung der Hintergründe der Berliner Gespräche darf ein entscheidender Umstand nicht übersehen werden. Deutschland stand unter dem unausweichlichen Zwang, seinen Export bedeutend steigern zu müssen. Die Handelsbilanz für das Jahr 1927 war mit über 3,3 Mrd. RM passiv. Das war an sich schon besorgniserregend, hatte aber für Deutschland besonders gefährliche Auswirkungen, weil ja außer diesem Defizit noch die Milliardenbeträge der Reparationslasten nach dem Dawes-Plan aufgebracht werden mußten. Exportüberschüsse waren infolgedessen eine so dringende Notwendigkeit, daß daneben alle übrigen Motivationen der wirtschaftlichen Expansion — beispielsweise in Südosteuropa — verblaßten. Diese wirtschaftliche Zwangssituation und ihre kaum absehbaren Folgen waren u. a. die Ursache für Schuberts häufig geäußerte, tiefsitzende Befürchtung eines großen wirtschaftlichen Zusammenbruchs in Europa, die parallel lief mit seinem starken Pessimismus hinsichtlich der inneren Entwicklung in Deutschland. Beides trieb ihn zu einer Verschärfung des außenpolitischen Tempos, aber nicht im Sinne der nationalistischen Forderungen seit der Kanzlerschaft Brünnings, sondern zur Erbringung eines deutlich sichtbaren Beweises, daß auch auf dem Wege der Verständigungspolitik Erfolge zu erreichen waren. Die Ge-

³⁸ Mit der gesamten Analyse stehe ich durchaus im Gegensatz zu Johann Wolfgang Brügel, der ganz einseitig allein den — gewiß nicht zu leugnenden, aber doch untergeordneten — Aspekt von „Plänen für ein deutsch beherrschtes Mitteleuropa“ bei Schubert sieht; Brügel, Johann Wolfgang: Tschechen und Deutsche 1918—1938. München 1967, S. 214—17. — Zum Problem Mitteleuropa siehe Kluge, Paul: Deutschland und seine Mitteleuropapolitik. BohJb 6 (1965) 373—89, mit weiterer Literatur.

³⁹ PA, Geheimakten der Abt. II, Österreich, Wirtschaft 7, Wirtschaftlicher Donaubund (6119/E 456 030—32).

⁴⁰ PA, Handakten Ritter, Österreich, Bd. 1 (K 1124/K 290 287—91).

sprache mit Beneš gehören auch in diesen Rahmen. Und ihr Ergebnis, daß nämlich Schubert erneut auf die Verständigung mit Frankreich verwiesen wurde, verstärkte ohne Zweifel jene außenpolitische Aktivität, hinter der in den folgenden Monaten alles andere zurücktrat: von Frankreich die Zusage zur vorzeitigen Räumung der besetzten Rheinlande zu erhalten. Denn bevor dies nicht erreicht war, mußte jeder Versuch einer weitgehenden Verständigung und engen Verbindung mit Frankreich unter den gegebenen innenpolitischen Verhältnissen in Deutschland scheitern. Ohne eine solche Einigung mit Frankreich war aber an eine Verwirklichung der Zollunionspläne mit der Tschechoslowakei und Österreich nicht zu denken. Deshalb ist Schubert gegenüber Beneš auch nie wieder auf seinen Plan zurückgekommen: Nach den aufreibenden Kämpfen um die Rheinlandräumung und nach dem Tod Stresemanns kam die innenpolitische Wende in Deutschland, der Sturz des sozialdemokratischen Reichskanzlers Hermann Müller und der Regierungsantritt Brünnings. Schubert konnte seine Pläne nicht verwirklichen; es gab 1930 überhaupt keine Debatte mehr darüber, daß er gehen mußte, und die Zeit bis dahin war zu kurz gewesen, um die Voraussetzungen für eine Fortsetzung des Dialogs mit Beneš zu schaffen.

DER VOLKSSOZIALISMUS IN BÖHMEN: NATIONALER SOZIALISMUS GEGEN HITLER

Von Martin K. Bachstein

Der Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland zwang die Sozialdemokratie — die nach der Hitler-Partei zwar zweitstärkste aber dennoch unterlegene große politische Partei — ins Exil. Schon vor der nazistischen Machtergreifung hatten Vertreter der SPD in der Tschechoslowakei nach Ausweichquartieren Umschau gehalten¹, und es war fast abgemachte Sache, daß man dort sein Exilquartier aufschlagen würde. Die Tschechoslowakei mit ihren langen Grenzen an Bayern, Sachsen und Schlesien lag so günstig für konspirative politische Arbeit in Deutschland, daß ein anderes Exilhauptquartier als Prag wohl gar nicht zur Diskussion stand. Prag lag näher an Dresden, Leipzig, Breslau und Berlin, als das Ruhr- oder Rhein-Maingebiet an der Reichshauptstadt.

Natürlich gingen einige SPD-Politiker auch nach Frankreich, in die Schweiz, in die Niederlande und ins Saargebiet, aber der Hauptteil der *Sopade*, wie die Exilorganisation der SPD firmierte, und die Mehrheit des letztgewählten Vorstandes flüchteten nach Prag. Die Hauptstadt der ČSR wurde so zu einem Zentrum der politischen Auseinandersetzungen um die Richtigkeit und die Fehler der antihitlerischen Politik. Dort stritten neben Sozialdemokraten auch andere Politiker aus dem Reich um den Sinn des antihitlerischen Kurses: Kommunisten, sozialistische Splittergruppen, Gewerkschaftler, einige „bürgerliche“ Politiker und selbst unterlegene Nationalsozialisten wie Dr. Otto Strasser, der mit seinem Bruder Gregor den sozialistischen oder linken Flügel der NSDAP angeführt hatte².

Das Exil ist für ehemals aktive Politiker mit großen Ernüchterungen verbunden. Bisher produktive, praxisbezogene Schaffenskraft muß fern der Heimat brachliegen. Für zahlreiche Exulanten wird so die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zum primären Anliegen der politischen Tagesarbeit. Lange latente persönliche Animositäten und ideologische Differenzen brechen hervor und verleihen der Exilpolitik jene eigenartige Spannung, die gelegentlich grotesk, unwirklich, von persönlichen Sentiments gezeichnet, aber auch unorthodox und manchmal befreiend vorausblickend wirkte.

Auf die in der ČSR beheimateten sozialistischen Parteien, besonders die deutsche, die einen wesentlichen Teil des Unterhaltes für die reichsdeutschen

¹ Siehe Mit dem Gesicht nach Deutschland. Aus dem Nachlaß von Friedrich Stampfer, ergänzt durch andere Überlieferungen. Herausgegeben von Erich Matthias, bearbeitet von Werner Link. Düsseldorf 1968, S. 69.

² Siehe Strasser, Otto: Exil. Eine politische Autobiographie. Frankfurt/Main 1969.

Flüchtlinge bestritt³, blieben die Auseinandersetzungen der exilierten Parteien und Politiker nicht ohne Wirkung. Auch für sie war die Erfahrung der Exulanten aus Deutschland politisch relevant. Auch für sie war der Nazismus eine Herausforderung, die über die Grenze in die ČSR hineinwirkte, mit der sie sich auseinandersetzen mußten, die nach der Niederlage der österreichischen Sozialisten im Februar 1934 zunehmend dringender wurde und der sie sich nicht entziehen durften.

Durch die Übersiedlung der österreichischen Sozialisten im Frühjahr 1934 nach Brünn entstand dort ein zusätzliches Exilzentrum. Im Rahmen des hier behandelten Themas sind fortan folgende Richtungen von Belang: In Prag die *Sopade* und gewisse Kreise in der dort beheimateten sudetendeutschen Sozialdemokratie⁴, und — in geringerem Umfang — in Brünn die Österreicher. Allerdings soll hier nur auf eine einzige aus der Vielzahl der im Exil wirkenden ideologischen Strömungen eingegangen werden, die streng genommen nicht einmal im Exil, sondern hauptsächlich in der DSAP beheimatet war, und welche die beiden Gastparteien nur insofern berührte, als sie aus deren Reihen kommentiert, beeinflusst, begrüßt und auch bekämpft wurde: der Volkssozialismus.

Was ist Volkssozialismus?

Der Terminus gelangte wahrscheinlich von Hans Jäger, einem nach Prag geflüchteten früheren Kommunisten, der ihn in seinem Pressedienst geprägt hatte, über Otto Strasser zu Wenzel Jaksch⁵, der den Begriff als erster zu erklären und in einem Buch ideologisch zu fixieren suchte. Doch auch Jaksch scheute eine exakte Definition. In den nahezu 150 Seiten seines Buches „Volk und Arbeiter“ wird der Volkssozialismus nur ein einziges Mal erwähnt, und zwar als Hoffnungsprinzip. Jaksch schreibt: „Möge der deutsche Arbeitersozialismus in den Tagen seiner schwersten Prüfung jene Weite der Seele finden, die die große Volksseele umspannt und die ihn befähigt, als Volkssozialismus neu zu entstehen und zu siegen!“⁶ Zwei Jahre später, als er auf dem Prager Parteitag gegen den Widerstand einer um den langjährigen Parteivorsitzenden Dr. Ludwig Czech gescharten Gruppe, die ihm seine volkssozialistische Ideologie anlastete, zum neuen Vorsitzenden der DSAP gewählt worden war, schien Jaksch einer plausiblen Definition noch immer nicht näher gekommen. Da sagte er nämlich: „Unter Volkssozialismus meine ich, die schwedische Sozialdemokratie unter großen Erfolgen seit Jahr und Tag als den Inhalt ihrer Po-

³ Paul, Ernst: Was nicht in den Geschichtsbüchern steht. III. Teil. München 1972, S. 15 ff.

⁴ Der volle und offizielle Parteiname lautete Deutsche sozialdemokratische Arbeiter-Partei in der Tschechoslowakischen Republik (DSAP).

⁵ Röder, Werner: Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Hannover 1969, S. 64.

⁶ Jaksch, Wenzel: Volk und Arbeiter. Deutschlands europäische Sendung. Bratislava 1936, S. 117.

litik betrachtet. Nicht auf das Wort kommt es an, sondern auf den Wesensinhalt einer Politik. Das Wort Volkssozialismus ist ja übrigens nur eine Übersetzung des Wortes Sozialdemokratie . . . und an diesem Begriff soll und darf nicht gerüttelt werden.“⁷

Andere hegten ähnliche Vorstellungen. Emil Franzel schrieb in seinem wenig verbreiteten und noch weniger verstandenen Buch „Abendländische Revolution“ im Jahre 1936, daß der Sozialismus mit seinen verschiedenen Richtungen *keineswegs* „eine Erfindung des Marxismus und etwa der marxistische Sozialismus eine lebendige Größe“ sei. Für ihn war der Volkssozialismus gleichbedeutend mit der „nichtfaschistischen Ideologie des tschechischen Nationalsozialismus“⁸, oder, wie er an anderer Stelle feststellte, ein Mittel „der Konfrontierung des herrschenden Faschismus mit seiner eigenen Ideologie“⁹. Man muß berücksichtigen, daß sowohl Franzel als auch Jaksch als eingeschriebene Sozialdemokraten nicht mit jener Deutlichkeit sprechen konnten, die aufgrund des von ihnen eigentlich angestrebten Bruches mit der herkömmlichen sozialistischen Ideologie aus ihrer Sicht angezeigt gewesen wäre¹⁰.

Dies versuchte mit mehr Deutlichkeit Dr. Otto Strasser, der mit Jaksch und Franzel — besonders mit ersterem — in enger Verbindung stand und seine Prager Wochenschrift *Die Deutsche Revolution* in den Dienst der volkssozialistischen Sache stellte. In einer begeisterten Besprechung von Franzels Buch „Abendländische Revolution“ verherrlichte er „Volkssozialismus, Deutschen Sozialismus und Europäischen Sozialismus“ als „fruchtbare Weiterentwicklung“ des orthodoxen „Arbeitersozialismus“¹¹ und wünschte der neuen Richtung „einen recht tiefen und nachhaltigen Eindruck auf die marxistische Arbeiterbewegung . . .“¹²

⁷ Zit. n. Sozialdemokrat (Prag) vom 29. März 1938.

⁸ Franzel, Dr. Emil: *Abendländische Revolution. Geist und Schicksal Europas*. Bratislava 1936, S. 234.

⁹ Ders.: *Butter und Stahl. Zur Ideologie des Antifaschismus. Der Kampf* (Prag) 3 (1936) 6—13, hier 11.

¹⁰ Emil Franzel bemerkt hierzu im Manuskript seiner bald gedruckt vorliegenden Erinnerungen, es sei zu berücksichtigen, „daß meine schriftstellerische Position erschwert war durch die Zensur, der ich mich in der Parteipresse unterwerfen mußte; nicht einer offen geübten, obrigkeitlichen Zensur; sondern einer, deren Maßstab und Grenzen ich selbst bestimmen konnte, aber auch selbst bestimmen mußte, wenn ich überhaupt schreiben wollte“ (S. 285 des Manuskriptes).

¹¹ Strasser, Dr. Otto: *Europas Rettung. Die Deutsche Revolution* 11 (1936) Nr. 15 vom 10. Mai 1936. Der „Deutsche Sozialismus“ war der von Strasser vertretene „nicht-marxistische“ Sozialismus auf der Grundlage seiner Programmschrift „Aufbau des Deutschen Sozialismus“, die 1930 in Leipzig zuerst erschien, im Jahre 1935 in Zürich unverändert wieder aufgelegt wurde und schließlich 1967 eine dritte, gekürzte Auflage erfuhr.

Wenn im folgenden zwischen „orthodoxen“ bzw. „marxistischen“ und „nationalen“ Sozialisten (Sozialdemokraten) unterschieden wird, so gilt als Kriterium die Anerkennung oder Ablehnung der marxistischen Theorie des Klassenkampfes, wie sie beispielsweise Otto Bauer in seinem Buch „Die revolutionäre Partei“ (Paris 1938) formulierte.

¹² Strasser, Dr. Otto: *Volkssozialismus — Bemerkungen zu einem Buch. Die Deutsche Revolution* 11 (1936) Nr. 4 vom 18. Februar 1936.

Josef Hofbauer, der undoktrinäre und tolerante Mitherausgeber des Prager *Kampf*, der theoretischen Zeitschrift der DSAP, definierte den Volkssozialismus schlicht als „Forderung nach Verbreiterung der sozialistischen Front“. Die Wahl des Wortes schien ihm allerdings bedenklich, „weil *Volk* ein vieldeutiger und oft mißbrauchter Begriff ist, und die unbedingte schroffe Gegnerschaft des marxistischen Sozialismus gegen den Nationalsozialismus aller Nuancierungen, die Gegenüberstellung des wirklich revolutionären, unbeirrbar für die Überwindung des Kapitalismus streitenden Sozialismus gegen den völkischen Schwindelsozialismus nicht deutlich genug sichtbar wird.“¹³

Noch kritischer urteilte Paul Sering (Richard Löwenthal). In einer eigens für seinen Aufsatz mit dem Titel „Was ist Volkssozialismus?“ reservierten Nummer der *Sopade-Zeitschrift für Sozialismus* im September 1936 kam der heute hochangesehene Politologe zu dem vernichtenden Verdikt, der Volkssozialismus sei „der Einbruch einer politischen Ideologie des Gegners in unsere Reihen“ und ein Angriff auf die „historische Aufgabe der Arbeiterbewegung selbst“¹⁴.

Die hier gezeigten Beispiele belegen, daß eine simple Definition des Begriffes nur schwer möglich ist. Fast alle der vorgeführten Personen — obwohl sie sich sämtlich intensiv mit der Materie beschäftigt hatten — assoziierten den *Begriff* mit der ihm inhärenten *Zielsetzung* oder mit den von ihm möglicherweise ausgelösten *Wirkungen*, ohne jedoch den Inhalt des volkssozialistischen Konzeptes auf einen kurzen Nenner bringen zu können. Franzel und Jaksch schrieben je ein Buch, ohne dies zu erreichen, und selbst Richard Löwenthal unternahm in seinem erwähnten ausgezeichneten analytischen Aufsatz keinen derartigen Versuch, obwohl dies vom Titel her zu erwarten wäre. Dieser Aufgabe soll im Rahmen dieser Darstellung genügt werden, doch mußte zunächst den Anfängen oder Ursprüngen des Volkssozialismus nachgegangen werden. Erich Matthias analysierte das volkssozialistische Konzept als erster im Rahmen seines ideengeschichtlichen Buches über die „Sozialdemokratie und Nation“ (1952), doch konnte er damals weder das gesamte Schrifttum, besonders Strassers *Deutsche Revolution*, berücksichtigen noch auf die historischen Wurzeln des Volkssozialismus eingehen.

Nichtorthodoxe Vorgänger

Karl Marx hat durch sein umfangreiches, von Engels und Lenin fortgesetztes Werk die theoretischen Grundlagen des heutigen Sozialismus gelegt. Marxismus und Sozialismus wurden nicht nur für die breite Masse, sondern auch für zahlreiche Politiker und Politologen zu sinngleichen, auswechselbaren Begriffen, und ein „nichtmarxistischer Sozialismus“ ist für eine Reihe von Zeit-

¹³ Hofbauer, Josef: Volk und Arbeiter. Der Kampf (Prag) 3 (1936) 57—62, hier 62.

¹⁴ Sering, Paul (Pseud. f. Löwenthal, Richard): Was ist Volkssozialismus? Zeitschrift für Sozialismus 3 (1936) 1105—1136, hier 1106, 1121.

genossen noch heute begrifflich undenkbar. Dabei wird allgemein übersehen, daß es „nichtmarxistische“ Richtungen in der Geschichte des Sozialismus durchaus gegeben hat, die zwar innerhalb der sozialistischen Bewegung stets in der Minderheit blieben, die aber dennoch vorhanden waren und einen teilweise erheblichen Einfluß ausübten. So beispielsweise die Lasalleaner, die erst nach dessen allzu frühen Tode von der von den Marxisten Bebel und Wilhelm Liebknecht geführten Partei in diese absorbiert wurden, die aber später auf Revisionisten wie Bernstein, David, v. Vollmar, ja sogar Ebert und Noske noch immer spürbaren Einfluß ausübten. Lasalle war gegen den historischen Materialismus, gegen den Klassenkampf und die Verelendungstheorie. Im Gegensatz zu Marx befürwortete er den Einsatz des Stimmrechts für die Belange der Arbeiter, die öffentliche Finanzierung eines umfassenden Genossenschaftswesens, die Pflege des nationalen Bewußtseins und die Versöhnung der Gesellschaftsschichten untereinander¹⁵. In den ideologischen Auseinandersetzungen des deutschen sozialdemokratischen Exils in der Tschechoslowakei nach 1933 wurden ähnliche Gedanken von Vertretern des „rechten“ Flügels wie beispielsweise Wilhelm Sollmann wiederum vorgetragen, doch sei darauf später noch eingegangen.

Aber nicht nur in der SPD, sondern vor allem in der tschechischen Arbeiterbewegung — und zwar in beiden sozialistischen Parteien, den Sozialdemokraten und den National-Sozialisten — fand der nichtmarxistische Sozialismus einigen Zuspruch. Schon Jahrzehnte vor dem Untergang Altösterreichs waren in der größten internationalistischen Partei der Monarchie — der sozialdemokratischen — erhebliche nationale Spannungen deutlich geworden, die Parteichef Victor Adler nur mit großer Mühe auszugleichen vermochte. Auf dem Brünner Parteitag im Jahre 1899, als die Partei ihr Nationalitätenprogramm diskutierte, zeigten sich die Ansätze jener nationalen Konflikte, die im Wahlkampf von 1900/1901 offen ausbrachen und die bis zum Zusammenbruch der Monarchie andauerten. Der Internationalismus der altösterreichischen Sozialdemokratie, der Glaube an die Solidarität der Klassen über die nationalen und sprachlichen Schranken hinweg, wurde demnach im Donauraum nicht erst während des Weltkrieges erschüttert.

So überraschte es kaum, daß beispielsweise die tschechoslowakische Sozialdemokratie auch nach der Gründung der ČSR die nationalen Interessen der Tschechen und Slovaken weit höher wertete, als die Verständigung mit der sudetendeutschen Bruderpartei, daß sie bereitwillig mit bürgerlichen und konservativen Parteien ihres Volkes in der Regierung zusammenarbeitete, ihre politischen Ziele an den Vorstellungen der tschechischen (und slowakischen) Arbeiter, Bauern und bürgerlichen Mittelschichten orientierte und sich nicht im Sinne Marx' allein als internationale Arbeiterpartei verstand. Gewiß gab es in der tschechoslowakischen Sozialdemokratie damals auch starke linke, orthodox-

¹⁵ Über Lasalle siehe Reichard, Richard W.: Crippled from Birth. German Social Democracy 1844—1870. Ames/Iowa, USA 1969, S. 136 ff.

marxistische Kräfte¹⁶, die den Anschluß der Partei an die III. (kommunistische) Internationale befürworteten. Wie gering deren Einfluß jedoch insgesamt war, geht aus dem Verhalten der tschechoslowakischen und sudetendeutschen sozialdemokratischen Parteien hervor, die sich auch nach dem Aderlaß der kommunistischen Spaltung untereinander schlimmer bekämpften, als die von ihnen abgefallenen Kommunisten¹⁷. Auch dieses Verhalten unterstreicht die auf das eigene Volk, die eigene Nation beschränkte Orientierung dieser sozialdemokratischen Parteien, die sich nicht einmal zu gemeinsamen Abwehraktionen gegen die Kommunisten zusammenfanden. Die Haltung der tschechoslowakischen Sozialdemokraten mag mit beeinflußt gewesen sein von ihrer vielleicht stärksten Konkurrenzpartei, den tschechoslowakischen National-Sozialisten, die sich im Jahre 1897 von der Sozialdemokratie getrennt hatten, weil sie deren quasi Verzicht auf das böhmische Staatsrecht nicht billigten. Auf alle Fälle hat die Rivalität zwischen diesen beiden Parteien mit dazu beigetragen, daß sie beide während der Ersten Republik eine vornehmlich tschechisch-nationale Politik betrieben, wie dies den Interessen ihrer nach der kommunistischen Abspaltung von der Sozialdemokratie annähernd gleichen kleinbürgerlichen und mittelständischen Wählerschaft am besten entsprach¹⁸.

Eine ähnliche Entwicklung war bis 1918 auch in der deutschösterreichischen Sozialdemokratie¹⁹ zu beobachten, nur blieben dort die „nationalen Sozialisten“, mit Ausnahme einer unbedeutenden Splittergruppe in Böhmen, innerhalb der Partei. Hauptvertreter des nationalen Flügels in der deutschösterreichischen Sozialdemokratie war Engelbert Pernerstorfer. Prüft man seine theoretischen Positionen, so wird deutlich, daß er keinesfalls Marxist war, sondern allenfalls gefühlsmäßiger Sozialist²⁰. Für Pernerstorfer waren „die Völker“ oder Nationen die entscheidenden Triebkräfte der Geschichte, und nicht die Klassen²¹. 1916 schrieb er im Wiener *Kampf*, daß das Volk die „Substanz“ und der Sozialismus die „Form“ sei — womit er dem orthodoxen Marxismus völlig widersprach. Jaksch sollte in seinem zwei Jahrzehnte später erschienenen Buch „Volk und Arbeiter“ ähnlich argumentieren.

Pernerstorfer war aber nicht nur ein Präzeptor des Volkssozialismus, son-

¹⁶ Siehe Klepetář, Dr. Harry: Seit 1918. Eine Geschichte der Tschechoslowakischen Republik. Mährisch-Ostau 1937, S. 129 ff.

¹⁷ Mitteilung Dr. Emil Franzels an den Verfasser. Franzel gehörte als außenpolitischer Redakteur des Prager „Sozialdemokrat“ zu den aufmerksamen Beobachtern der tschechischen sozialdemokratischen Presse seit den frühen zwanziger Jahren.

¹⁸ Für die Entwicklung der tschechischen National-Sozialisten ist noch immer lesenswert die Studie des sudetendeutschen Altkommunisten Karel Kreibich: Padesát let českého národního socialismu. Nová Mysl 2 (1948), 139—154, 249—261. Siehe ferner Rouček, Joseph S.: The Czechoslovak Party System. JCEA 1 (1941) 428—445.

¹⁹ Mit dieser mehr oder weniger willkürlichen Bezeichnung sind jene Teile der gesamtösterreichischen Partei gemeint, die überwiegend deutschsprachige Mitglieder aufwiesen.

²⁰ Siehe hierzu Schilling, Alexander: Dr. Walter Riehl und die Geschichte des Nationalsozialismus. Leipzig 1933, S. 12 ff.

²¹ Pernerstorfer, Engelbert: Zeitfragen. Urania-Bücherei Heft 7. Wien 1917, S. 24.

dern auch ein Vorkämpfer des „völkischen Sozialismus“, wie er in Deutschböhmen in der nach der Jahrhundertwende von nationalen Sozialdemokraten gegründeten „Deutschen Arbeiterpartei“ vertreten wurde. 1918 änderte diese Partei ihren Namen in „Deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei“ (DNSAP) und beschränkte fortan ihre Tätigkeit überwiegend auf die deutschen Gebiete der im gleichen Jahr gegründeten Tschechoslowakischen Republik. Für Franz Jesser, Rudolf Jung, Hans Knirsch und andere führende Persönlichkeiten der DNSAP war Pernerstorfer von richtungsweisendem Einfluß²², doch auch in der sudetendeutschen Sozialdemokratie bei Jaksch und Franzel fielen seine Ideen später auf fruchtbaren Boden. Zunächst jedoch zu einem anderen „Vorvater“ des Volkssozialismus, dessen Einfluß als unorthodoxer sozialistischer Kritiker des Marxismus in letzter Zeit eine erfreuliche Renaissance erlebt: Tomáš G. Masaryk.

Nicht eigentlich aus der sozialistischen Bewegung, sondern aus dem tschechischen Liberalismus des späten 19. Jahrhunderts kam dieser scharfsinnige Gegner des herkömmlichen Marxismus, der auf Umwegen auch auf die Volkssozialisten einwirkte²³. In einer bereits im Jahre 1898 erstmals erschienenen kritischen Analyse Marx' gelangte der spätere erste Präsident der Tschechoslowakischen Republik zu dem Ergebnis, daß der Marxismus keinesfalls ein geschlossenes philosophisches oder soziologisches System darstelle und daher „in einer principiellen Krise“ stecke. Die marxistische Lehre, so Masaryk, sei nicht nur voller von Marx selbst eingestandener Widersprüche, sondern, was das übernommene fremde Gedankengut anlange, „eine mißlungene Synthese heterogener Anschauungen“.

Doch unterscheidet der als Präsident der tschechischen Sozialdemokratie nahestehende Masaryk ausdrücklich zwischen Marxismus und Sozialismus. Letzterer, so Masaryk, habe „seine unversiegbare Quelle“ und Rechtfertigung „in den offenkundigen Unvollkommenheiten und Unsittlichkeiten vieler sozialer Institutionen . . ., seinen lebendigen Boden in der großen materiellen und geistigen Noth aller Völker“. Die sozialistischen Parteien — solange sie sich weniger am Marxismus, sondern „an den wahren Bedürfnissen der Menschen und der Zeit“ orientieren, sind nach Masaryk berechtigt und sollten höchstens „verändert und verbessert werden“²⁴. Wenzel Jaksch wertete so auch noch während seiner Prager Zeit als Vorsitzender der DSAP die Marx-Analyse des Präsidenten-Befreiers als „Ratschläge eines guten Freundes“ und als „sehr positive und fruchtbare Kritik“, die „keinen tschechischen oder sudetendeutschen Sozialisten daran gehindert habe, zu Masaryk in Liebe und Bewunderung aufzublicken“²⁵.

²² Herr, Arthur: Aus den Erinnerungen Dr. Franz Jessers. Stifter-Jahrbuch 3 (1953) 42.

²³ Siehe Strasser, Dr. Otto: Europa von Morgen. Das Ziel Masaryks. Mit einem Vorwort von Wenzel Jaksch. Zürich 1939.

²⁴ Masaryk, Tomáš G.: Otázka sociální. Základy marxismu sociologické a filosofické. Prag 1898, hier zit. n. der deutschen Ausgabe: Die philosophischen und sociologischen Grundlagen des Marxismus. Wien 1899, S. 586 ff.

²⁵ So Jaksch im Vorwort zu Strasser, a. a. O.

Diese Beispiele dürften das Vorhandensein unorthodoxer Traditionen in den sozialistischen Parteien Mitteleuropas hinreichend andeuten. Die nach dem nationalsozialistischen Sieg in Deutschland und der Niederlage des Sozialismus in Österreich einsetzende Emigration in die ČSR und die innenpolitische Situation dieses Staates verstärkte diese, wie auch entgegengesetzte Tendenzen im Rahmen der nach 1933 deutlichen und für notwendig erachteten Überprüfung des Sozialismus. Erich Matthias unterscheidet hierbei (zumindest hinsichtlich ihres Standpunktes zur Nation) drei Richtungen, eine „liberal-demokratische“, die alle antihitlerischen Kräfte unter dem „Banner der Freiheit“ vereinigen will²⁶, eine „volkssozialistische“ und eine „arbeitersozialistische“ Richtung, letztere dem orthodoxen Marxismus am engsten verbunden. Die von Matthias noch angenommene Unterscheidung zwischen verschiedenen volkssozialistischen Tendenzen kann heute allerdings aufgegeben werden, da zwischen der von ihm genannten „Gruppe oppositioneller Nationalsozialisten um Otto Strasser“ und der „volkssozialistischen Tendenz“ in der sudetendeutschen Sozialdemokratie wohl kaum ein Unterschied bestand. Ein Beispiel für die enge Verquickung dieser „Grüppchen“ — wenn diese Bezeichnung überhaupt angewendet werden soll — dürfte die Öffnung von Strassers Prager Zeitschrift *Die Deutsche Revolution* für die mit ihm befreundeten oder bekannten Sozialdemokraten Wenzel Jaksch und Dr. Emil Franzel sein²⁷.

Rechte und linke Strömungen in der DSAP

Es ist schwer und vielleicht für den Historiker nicht einmal angebracht, diese verschwommenen Richtungsbegriffe auch für die ideologischen Strömungen in der sudetendeutschen Sozialdemokratie anzuwenden. Die Partei hatte ihren linken Anhang durch die Abspaltung der Kommunisten im Jahre 1920 teilweise verloren. Josef Seliger, der erste Vorsitzende der nach der Trennung von der altösterreichischen Partei im Jahre 1919 entstandenen deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakischen Republik, war ein in wirtschaftspolitischen Dingen zwar orthodoxer, aber an den Realitäten orientierter Sozialdemokrat, der längst vor dem bürgerlich-sudetendeutschen Lager begriffen hatte, daß seine Partei mit der neuen Tschechoslowakei ihren Frieden ma-

²⁶ Matthias, Erich: Sozialdemokratie und Nation. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigratio in der Prager Zeit des Parteivorstandes, 1933—1938. S. 221; vgl. auch Geyer, Curt: Die Partei der Freiheit. Paris 1939.

²⁷ Mitteilung von Dr. Otto Strasser (München) an den Verf. Karl Kern, der langjährige Vorsitzende des Sozialistischen Jugendverbandes der DSAP, kam allerdings nach einer sorgfältigen Textanalyse der unter dem Pseudonym Joachim Werner im Kampf 3 (1936), 283 ff. und in Strassers Deutscher Revolution 11 (1936), Nr. 36 vom 4. Oktober veröffentlichten Aufsätze über Probleme des Volkssozialismus zu dem Ergebnis, daß allein Otto Strasser der Verfasser sei, obwohl die Initialen eigentlich auf Jaksch schließen lassen. Wie dem auch sei, es ist auf alle Fälle bezeichnend, daß entweder Jaksch in Strassers Zeitschrift, oder aber Strasser in der von Jaksch, Franzel und Hofbauer redigierten theoretischen Monatsschrift der sudetendeutschen Sozialdemokratie schreiben konnten.

chen müßte²⁸. Auf Seliger folgte nach dessen leider sehr plötzlichem Tode im Jahre 1920 Dr. Ludwig Czech, ein aus der mährischen deutschen Arbeiterbewegung hervorgegangener Advokat, dessen pedantisch-gewissenhaftes Eintreten für vornehmlich soziale Belange der deutschen Bevölkerung der ČSR ihn zwar in den Augen einiger führender Tschechen zu einem Nationalisten abstempelte²⁹, der aber der nationalen Frage aus deutscher Sicht nicht jenen Stellenwert einräumte, die vielleicht angebracht gewesen wäre. Czech und mit ihm zahlreiche andere Funktionäre der DSAP repräsentierten eine Generation von Sozialisten, die aus dem Zusammenbruch der sozialistischen Internationalität in den Jahren vor und während des Ersten Weltkrieges nicht die aus heutiger Sicht vielleicht angemessenen Lehren gezogen hatten; als fundierter Kenner der Lehren von Karl Marx glaubte er eher an ein Wiedererstehen der Klassensolidarität als an die besondere Problematik sozialer Fragen in einem gemischtnationalen Siedlungsraum wie Böhmen.

Als einer der ersten in der DSAP hatte Dr. Emil Franzel, damals ein junger außenpolitischer Redakteur im Prager Parteiorgan der DSAP, *Sozialdemokrat*, auf diese Zusammenhänge hingewiesen. Franzel hatte herausgearbeitet, daß die Sozialstruktur in den deutschen Gebieten der ČSR — und sicherlich auch in anderen Teilen Ostmitteleuropas — beherrscht sei von „halbproletarischen“, „kleinbürgerlichen“ und bäuerlichen Mittelschichten, denen der Sozialismus nur „im vormarxistischen, sozialreformatorischen Sinne erklärt“ werden könne. Franzel meinte, daß die DSAP ihre Politik in der nationalen Frage an der Tatsache orientieren müsse, daß für die deutsche Bevölkerung der ČSR die nationale Frage auch eine soziale sei, da, wie er schrieb, „die Angehörigen der deutschen nationalen Minderheit sich ihrer Nation wegen sozial geschädigt und unterdrückt fühlen“³⁰.

Wenzel Jaksch hatte schon früher versucht, seine Partei für eine stärkere Betonung der Volkstumspolitik zu gewinnen, war aber durch den Einbruch der Weltwirtschaftskrise von dieser Thematik wieder abgekommen, zumal er mit diesem Anliegen im Parteivorstand ohnehin nicht hatte durchdringen kön-

²⁸ Siehe Br ü g e l, J. W.: Tschechen und Deutsche. München 1967, S. 51 f.

²⁹ D e r s.: Bemerkungen zu einer Würdigung Dr. Ludwig Czechs. Forward (Toronto) 8 (1955) Nr. 11, S. 13 ff. Dort heißt es über Dr. Czech folgendes: Er führte „einen endlosen Kampf mit dem Unverstand und auch mit der Böswilligkeit . . . , die nicht nur eine Eigenschaft der in vielen Bezirken allmächtigen tschechischen Bürokratie waren, sondern auch vielen Repräsentanten des tschechoslowakischen politischen Lebens anhafteten“. Czech habe „der böse Wille der anderen Seite angedichtet, er sei ein ‚verbissener deutscher Nationalist‘, der er so wenig war wie ein Werkzeug des tschechischen Nationalismus . . . Ludwig Czech hat nicht nur den Nationalismus der anderen bekämpft, sondern auch in der eigenen Nation.“ Im Anschluß an einen Rückblick auf eine Rede Czechs auf der Prager Reichskonferenz der DSAP im März 1938 schreibt Br ü g e l schließlich: „Ludwig Czech hat aber auch in dieser Stunde die Dinge als ein international eingestellter Sozialist betrachtet und nicht mit Krehti und Plehti auf der anderen Seite fraternisiert.“ Das war ein Seitenhieb auf die volkssozialistischen „Eskapaden“ des designierten Czech-Nachfolgers Wenzel Jaksch.

³⁰ Sozialdemokrat (Prag) vom 16. Oktober 1930.

nen³¹. Dennoch hatte Jaksch deutlicher als andere führende Funktionäre der DSAP wiederholt für die Einbeziehung der bäuerlichen und Mittelschichten in die ideologische und Propagandaarbeit seiner Partei plädiert. Er hatte als junger Sekretär des sozialdemokratischen Kleinbauernverbandes erfahren, daß es nicht nur sinnvoll sei, die an die KPTsch verlorenen Linken, sondern vor allem die rechts von der bisherigen Hauptwählerschaft der DSAP stehenden Bevölkerungsteile für die Sozialdemokratie zu mobilisieren³². Dieses Problem war jedoch nicht nur taktischer, sondern vor allem prinzipieller Natur. Für zahlreiche Funktionäre von damals waren derartige Bemühungen um bürgerliche Schichten undenkbar und als Klassenverrat gebrandmarkt. Dieser Punkt mag mit dazu beigetragen haben, daß die DSAP jahrelang nicht in der Lage war, ein der nationalen und gesellschaftlichen Entwicklung von damals entsprechendes Grundsatzprogramm zu beschließen. Man half sich recht und schlecht mit einer Reihe von programmatischen Leitsätzen, wie sie beispielsweise auf dem Teplitzer Parteitag von 1919 beschlossen wurden, doch gelang es nicht, ein umfassendes und befriedigendes Grundsatzprogramm zu erarbeiten — eine Aufgabe die von Parteitag zu Parteitag verschleppt wurde und schließlich aufgrund der alle Kräfte in Anspruch nehmenden Auswirkungen der Wirtschaftskrise einschloß³³.

Die autoritäre Amtsführung Ludwig Czechs, die Unfähigkeit der Partei, sich ein zeitgemäßes Programm zu geben und die für einen Teil der Mitglieder sehr enttäuschenden Ergebnisse der Regierungsteilnahme der DSAP seit 1929 bewirkten schließlich ein Anwachsen der parteiinternen Opposition. Sprachrohr einer Anzahl unzufriedener Funktionäre war die in Brünn herausgegebene Zeitschrift *Sozialistische Aktion*, die, wie es in einer der ersten Nummern des Blattes hieß, zur „inneren Erneuerung der DSAP“ beitragen wollte³⁴. Weil sie darunter auch die programmatische Erneuerung der Partei, das heißt die

³¹ Mitteilung von Dr. Emil Franzel an den Verf. Ebenfalls in einer Mitteilung an den Verf. hat J. W. Brügel Jaksch derartige politische Bestrebungen abgesprochen, doch scheint dies aufgrund der sonstigen Quellenlage nicht gerechtfertigt. Jaksch hat bereits am Anfang seiner politischen Laufbahn in der DSAP eine Ausdehnung der politischen Arbeit seiner Partei auf die bäuerlichen und Mittelschichten gefordert.

³² Siehe sein Referat auf dem Parteitag von 1921 in Tetschen im Protokoll der Verhandlungen des dritten Parteitages, S. 419 ff.

³³ Siehe Bachstein, Martin K.: Programmdiskussion und Krise in der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiter-Partei in der Tschechoslowakischen Republik. BohJb 11 (1970) 308—323.

³⁴ Weiter hieß es in der ersten Nummer der „Sozialistischen Aktion“ vom 1. Juni 1934: „Von Asch bis Ostrau und von Bodenbach bis Brünn gibt es mehr oder minder starke oppositionelle Gruppen, doch weiß man sie zum Schweigen zu bringen oder zu unterdrücken . . . Der Krebschaden unserer sozialdemokratischen Bewegung ist der Mangel an Diskussionsfreiheit, die Unfähigkeit, eine Opposition und mit ihr neue Kräfte und neue Ideen in der DSAP zu entfalten.“ Ernst Paul, langjähriger führender Funktionär in der Prager Parteizentrale der DSAP, hat in einem im Jahre 1972 erschienenen Buch die Bedeutung der „Sozialistischen Aktion“ zu mindern versucht. Er behauptet, allerdings ohne Beweise, der Opposition hätten maximal zwei Dutzend Personen angehört — um anschließend festzustellen, die „Sozialistische Aktion“ sei für die DSAP „eine ernste Gefahr“ gewesen.

Erfüllung des Programmauftrages verstand, wurde die *Sozialistische Aktion* gleichsam zum ideologischen Präzeptor der Volkssozialisten in der DSAP, obwohl auch noch andere Einflüsse eine Rolle spielten.

Das sogenannte Aktionsprogramm der *Sozialistischen Aktion* enthielt Elemente des Bamberger Programms der Gebrüder Strasser³⁵, der sozialreformatrischen Enzyklika Quadragesimo anno Papst Pius XI. und der ständestaatlichen Ordnungsidee Mussolinis. In der Einleitung des Programms wurde darauf hingewiesen, daß die „Verteidigung der Demokratie“ nicht in der Defensive, sondern „nur in der Offensive“ gelingen könne. Darunter verstanden die Autoren einen sowohl politischen wie ökonomischen Angriff auf die Ursachen des Faschismus: „Bauern, Mittelstand und Kleinbürgern“, so heißt es, müsse klargemacht werden, daß nicht der Faschismus, sondern die „soziale Demokratie“ ihre „ökonomischen, sozialen und nationalen Interessen“ am besten schützen und wahrnehmen könne³⁵. Es gab also bereits vor den Volkssozialisten in der DSAP Bestrebungen, eine politische Alternative gegen die im Entstehen begriffene sudetendeutsche Sammlungsbewegung Konrad Henleins zu formieren, die allerdings von der Führung der DSAP bitter bekämpft und aus der Partei ausgeschlossen wurden. Dennoch sei der von der Forschung bisher völlig ignorierte Programmentwurf der *Sozialistischen Aktion* hier vollständig abgedruckt, da es sich um ein für die Darstellung der Erneuerungsbemühungen in der sudetendeutschen Sozialdemokratie wichtiges Dokument handelt³⁶:

I. Wirtschaftliche Forderungen

1. Fünfjahresplan der tschechoslowakischen Planwirtschaft: Organisation des Inneren Marktes und des Gleichgewichts zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Produktion; Erschließung inländischer Rohstoffquellen; Herstellung einer von der Einfuhr nicht abhängigen Produktionsbasis, die einem Wirtschaftskrieg gewachsen ist; Anbauplan und Regionalisierung der Landwirtschaft.

2. Außenhandelsmonopol des Staates.

3. Staatliches Vollmonopol für alle landwirtschaftlichen Produkte: Verteilung der Produkte unter Ausschaltung des wucherischen Zwischenhandels durch die agrarischen, die Konsum- und die Genossenschaften der kleinen Kaufleute und Handwerker.

4. Sozialisierung des Kredits; Verstaatlichung und Konzentration der Banken und Versicherungsanstalten.

5. Verwandlung aller Konzerne, Trusts und Kartelle in Syndikate, in denen die Vertreter der Produzenten (Arbeiter) und der Öffentlichkeit weitgehendes Mitbestimmungsrecht besitzen.

³⁵ Siehe Bachstein: Programmdiskussion ... S. 317 ff.

³⁶ Der Verf. dankt Herrn Karl Rybnicky (Bonlanden) für die freundliche Überlassung einer Reihe wichtiger Materialien über die „Sozialistische Aktion“. Rybnicky war der älteste der drei Führer der Oppositonsgruppe und zeichnete als Herausgeber der gleichnamigen Zeitschrift der „Sozialistischen Aktion“.

6. Verkürzung der Arbeitszeit in der Industrie: Sechsstundentag für alle Großbetriebe, Vierzigstundenwoche für alle mittelgroßen Betriebe.

7. Einstellung aller Arbeitslosen in den Produktionsprozeß durch planwirtschaftliche Notmaßnahmen; öffentliches Arbeitsprogramm, Siedlungsaktion, Übergabe stillgelegter Fabriken an Kollektive von Arbeitslosen, Einstellung jugendlicher Arbeitsloser in die Landwirtschaft; Schaffung zusätzlicher Zahlungsmittel für den vermehrten Güterumlauf.

8. Entschuldung der Landwirtschaft und des Kleingewerbes.

9. Steuerreform zugunsten der arbeitenden Volksschichten und des kleinen Besitzes.

10. Reform, Konzentration und Entbürokratisierung der Sozialversicherung; ausreichende Altersrenten für alle Arbeitenden (Lohnarbeiter, Bauern, Handwerker), die das 60. Lebensjahr überschritten haben; Sozialisierung des Gesundheitswesens.

II. Politische Forderungen

1. Umwandlung der Parteidiktatur in einen demokratischen Volksstaat; Verwandlung der Parteien in öffentlich-rechtliche Einrichtungen, deren Aufgabe es ist, den Willen der Staatsbürger unmittelbar auf Gesetzgebung und Verwaltung zu übertragen; daher gleichmäßiges Zwangsstatut für alle Parteien: geheime Abstimmungen, Verhältniswahlrecht und regelmäßige Tagungen für alle Parteinstanzen, insbesondere die Parteitage.

2. Schaffung einer republikanischen Miliz aus verlässlichen demokratischen Parteigängern; die Aufgabe dieser Miliz ist der Schutz der Grenzen und die Übernahme polizeilicher Funktionen im Kampf gegen den Faschismus; Entbürokratisierung der politischen Verwaltung.

3. Arbeiter-, Bauern- und andere Berufskammern auf demokratischer Basis: Trennung der Wirtschaftsverwaltung von der politischen und Aufbau eines planwirtschaftlichen Apparates auf den regionalen und Berufskammern.

4. Einsetzung von Volksbeauftragten durch das Parlament zur Lösung bestimmter Aufgaben und Vereinfachung des parlamentarischen Betriebes.

5. Verwandlung des Senats in ein oberstes demokratisches Kontrollorgan zur Wahrung der demokratischen Grundsätze in Justiz und Verwaltung. Sonderausschüsse zur Untersuchung faschistischer Umtriebe in den Ämtern, an den Schulen und in den Gerichten.

6. Reform des Wahlsystems; Bildung kleiner Wahlkreise und engerer Kontakt zwischen Wählern und Gewählten.

7. Schaffung von Volksgerichten zur Bekämpfung von Wucher, Korruption, Presseexzessen und faschistischen Machinationen.

8. Reinigung der Presse durch Schaffung eines staatlichen Inseratenmonopols und durch Verbot jeder nationalistischen Hetze.

9. Reform der Schulverwaltung und der Lehrpläne im Sinne demokratischer Prinzipien; Aufhebung der Autonomie der Hochschulen.

10. Schaffung eines demokratischen Propagandaapparates; Verwendung von Film und Rundfunk zum Kampf gegen den Faschismus.

Noch deutlicher als dies im Programmtext der *Sozialistischen Aktion* zum Ausdruck kommt, hatte Emil Franzel in einem vielbeachteten Aufsatz in der ideologischen Zeitschrift der DSAP, *Tribüne*, Motive und Ziele der Erneuerungsbewegung formuliert³⁷. Er schrieb damals, „daß der Faschismus aus der Defensive nicht zu schlagen ist und daß die politische Defensive des internationalen Sozialismus . . . einen unaufhaltsamen Prozeß der Schrumpfung unserer Bewegung bedingt . . . Jeder Bürger oder bürgerliche Staat, der von der Konterrevolution im Inneren, von der Koalition der konterrevolutionären Nachbarn von außen bedroht wird, hat nur einen Weg zu seiner Rettung offen: den Übergang zur jakobinischen Republik. Die jakobinische Demokratie, also die Herrschaft der kleinbürgerlichen, bäuerlichen und proletarischen Schichten — freilich nicht in der Form der proletarischen Diktatur, sondern im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft . . . Die jakobinische Demokratie würde die Massen der Arbeiter und Bauern zur Verteidigung der Demokratie nach innen und außen aufrufen . . . das wäre das wirkliche Bündnis der Arbeiter, Bauern und arbeitenden Kleinbürger zur Verteidigung der Republik und zur Sicherung dieser Verteidigung durch eine staatssozialistische, geordnete Wirtschaft.“

Es war, fast möchte man sagen, eine „staatsautoritäre Zwangsdemokratie“, die nach dem Willen der *Sozialistischen Aktion* — Verfasser des Programmentwurfs soll Hans Torn gewesen sein, während Emil Franzel den Text lediglich durchgelesen haben will — an die Stelle der Tschechoslowakischen Republik mit ihrer ungenügenden Verfassung von 1920 treten sollte. Die den wirtschaftlichen Forderungen im Programm eingeräumte Priorität spiegelt den Stellenwert der Wirtschaftskrise im politischen Denken seiner Autoren, während der angeführte Auszug aus dem Aufsatz Emil Franzels die anti-nationalsozialistischen Motive der *Sozialistischen Aktion* in den Vordergrund rückt. Mit orthodoxem Marxismus, wie ihn damals beispielsweise Otto Bauer vertrat, hatte dies alles nichts zu tun, aber auch das deutsch-tschechische Verhältnis war nebulös skizziert. Nicht etwa, daß die sozialistischen Parteien Mitteleuropas keine Antinationalsozialisten gewesen wären — im Gegenteil — aber bereits im Programm der *Sozialistischen Aktion* und in den Schriften Emil Franzels wird jene grundsätzliche programmatische Verschiedenheit zwischen den marxistischen Sozialisten und den Volkssozialisten deutlich: Die einen tendierten eher nach links (Neu Beginnen, Revolutionäre Sozialisten) oder verharrten in der ideologischen Defensive wie die DSAP-Führung und die nach Brünn geflüchteten österreichischen Sozialisten; die anderen jedoch vertraten eine Art kleinbürgerlichen Scheinsozialismus, der zwar zur Aktion wider den wachsenden Natio-

³⁷ Franzel, Emil: ČSR — Wohin? *Tribüne* 7 (1934) 99 ff.

nalsozialismus aufforderte, aber letzten Endes sehr viel vom ideologischen Gedankengut des Faschismus und Hitlerismus enthielt und die sudetendeutsche Problematik nur am Rande behandelte.

Der Brünner Parteitag

Die *Sozialistische Aktion* scheiterte. Ihre Initiatoren hatten gehofft, daß sich die kleine Oppositionsgruppe durch erheblichen Zulauf bald werde zu einer Art parteiinternen Erneuerungsbewegung mausern können, doch diese Erwartungen erfüllten sich nicht. Wenzel Jaksch und eine Reihe anderer junger Genossen, die der *Sozialistischen Aktion* ihre Hilfe versprochen hatten, hielten sich zurück. Das schnelle Erstarken der Henlein-Bewegung trug wohl auch dazu bei, daß die Führung der DSAP keinen Versuch unternahm, die Opposition zu integrieren; vertrat diese doch eine Politik, die in gewissen Punkten der Ideologie des Gegners ähnlich war. Erst die unerwartet schwere Niederlage der sudetendeutschen Sozialdemokratie in den Parlamentswahlen im Mai 1935 bewirkte, daß man sich wiederum in der DSAP mit der „Überprüfung der Politik und Taktik“ der Partei beschäftigte³⁸.

In seinem Hauptreferat auf dem Brünner Parteitag im Juni 1935 stellte Parteichef Ludwig Czech allerdings fest, daß die DSAP von der Niederlage „ganz unverdient“ getroffen worden sei; Schuld an der Misere seien allein der Antimarxismus, die Wirtschaftskrise und der Einfluß der reichsdeutschen Entwicklung auf die deutsche Bevölkerung der Tschechoslowakei³⁹. Ludwig Czech hatte damit praktisch die Analyse der sozialistischen Niederlage von 1933 in Deutschland von Karl Kautsky übernommen und auf die Verhältnisse in der ČSR abgewandelt. Nur herrschten dort noch annähernd demokratische Verhältnisse, die einen neuen Kurs ermöglicht hätten, doch einen Ausweg wußten weder der ergraute sozialistische Ideologe noch der Vorsitzende der DSAP. Die reichsdeutsche Sozialdemokratie, so Kautsky damals, sei „nicht durch irgendeine verfehlte Ideologie“ in die Defensive gedrängt worden und unterlegen, sondern „durch die Macht der Verhältnisse“⁴⁰. Diese Feststellung belegt, daß selbst dieser orthodoxe Theoretiker die politischen Ereignisse der frühen dreißiger Jahre nur undialektisch erklären konnte. (Kautsky hier zitierte Aussage unterstreicht aber auch, wie schwierig die korrekte Anwendung solcher Begriffe wie „orthodox“ und „marxistisch“ für den Historiker sein kann.) Czech hätte sicherlich auch der Feststellung Kautskys beigepflichtet, „ob der Klassenkampf jeweilig offensiv geführt wird oder defensiv“ hängt letzten Endes „nicht vom Belieben der Kämpfenden ab, sondern von Bedingungen, in letzter Linie von ökonomischen Bedingungen, die allgewaltig wirken, mit der Wucht von Naturgesetzen“⁴¹ — und gegen „Naturgesetze“ kann nicht gekämpft werden, da ist die marxistische Dialektik machtlos.

³⁸ Sozialdemokrat (Prag) vom 20. Juni 1935.

³⁹ Protokoll der Verhandlungen des zehnten Parteitages des DSAP, S. 15 ff.

⁴⁰ K a u t s k y, Karl (anonym): Die Grenzen der Gewalt. Karlsbad 1934, S. 25.

⁴¹ Ebd.

Wenzel Jaksch trat in Brünn mit einer ganz anders orientierten Rede hervor, die für seine eigene Entwicklung bedeutsam war⁴². Er trat nicht nur aus der politischen Reserve heraus, sondern schlug mit seinen Ausführungen außerdem eine ideologische Richtung ein, die einer Absage an seine marxistische Vergangenheit gleichkam. Er hatte in Brünn zwar nicht um die Führung der Partei gekämpft, aber aus seinen Worten ging die Entschlossenheit hervor, endlich deutliche Alternativen zur schwerfälligen politischen Linie seines Parteivorsitzenden herauszuarbeiten, und diese Bemühungen gipfelten dann im sogenannten Volkssozialismus.

Jaksch glaubte, daß eine ideologisch und personell reformierte sudetendeutsche Sozialdemokratie zusammen mit den freiheitlichen Kräften des tschechischen und slowakischen Volkes die nationalsozialistische (beziehungsweise hennleinistische) Herausforderung erfolgreich zurückweisen könne. Auch wenn seine Brünnener Rede heute letzten Endes nur als Indikator für politische Möglichkeiten und nicht als Maßstab für erreichte Ziele betrachtet werden kann, sind seine Bemerkungen von Bedeutung. Jakschs darin vorausgeschickte Feststellung, daß die DSAP „die gleiche Politik hätte machen müssen, auch wenn sie im Voraus gewußt hätte, daß sie ihr zehn Mandate kosten wird“, war sicherlich nur als taktische Beruhigung seiner orthodoxen Gegner in der Parteiführung gemeint, denn in den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte Jaksch völlig andere Gedanken, nämlich die „Erneuerung des sozialistischen Weltbildes“: „Wir müssen die Tradition bewahren, aber wir müssen den Konservatismus in unseren Reihen überwinden“ sagte Jaksch und kritisierte anschließend die vornehmlich ökonomische, auf die Wirtschaftskrise bezogene Analyse der Wahlniederlage seiner Partei. Mit dieser Theorie „kommen wir nicht aus“, meinte Jaksch und verwies auf wesentlich geringere Einbußen der Sozialisten in anderen europäischen Ländern wie in Schweden, der Schweiz und Großbritannien. Völlig undialektisch vorgehend stellte er fest, „daß wir sozialistisch die Situation nicht mehr ganz erklären können“, denn es „klafft eine Lücke in unserer Theorie, und das ist die *Anwendung des sozialistischen Wissens auf die Psychologie der Völker*“ (Hervorhebung nicht im Original). Das war ein Grundinhalt des Volkssozialismus. Was er später in seinem Buch „Volk und Arbeiter“ noch weiter ausarbeiten sollte, stellte Jaksch prinzipiell bereits in Brünn vor: Der „Sozialismus in der Tschechoslowakei“ könne „nicht von der Bauernschaft und vom Mittelstand isoliert werden“; es gehe um die „Erarbeitung neuer Formen, in denen die drei Millionen Deutschen in der Tschechoslowakei wirtschaftlich, kulturell und politisch weiterleben können“, und diese Aufgabe müsse „gemeinsam mit den tschechischen Sozialisten und Republikanern“ gelöst werden⁴³.

⁴² Protokoll der Verhandlungen des zehnten Parteitages der DSAP, S. 15 ff.

⁴³ Ebd.

Eine eigenartige und für den Historiker nur schwer faßbare Rolle bei der Entstehung des volkssozialistischen Konzeptes spielte Dr. Otto Strasser. Dieser frühere Mitarbeiter Hitlers, der mit seinem Bruder Gregor den sozialistischen Flügel der NSDAP angeführt und dann wegen unüberbrückbarer Gegensätze mit Hitler gebrochen hatte, war im Frühjahr 1933 über Wien nach Prag gekommen, wo ihn Emil Franzel, der Strasser durch seine journalistische Tätigkeit kennengelernt hatte, mit Jaksch bekanntmachte⁴⁴. Der promovierte Nationalökonom, Weltkriegsoffizier, ehemalige Sozialdemokrat und Kampfgefährte Hitlers aus den frühen Jahren der Bewegung übte offenbar sofort einen ungewöhnlichen Einfluß auf Jaksch aus. Er und Strasser wurden bald, wie Strasser berichtet, „Freunde fürs Leben“⁴⁵. Strasser suchte offenbar nach Verbindungen, die ihm in der Fremde des Exils einen gewissen Halt und politische Verbindungen bieten konnten, während Jaksch wohl der Meinung war, in Strasser einen unorthodoxen Sozialisten gefunden zu haben, der nicht der unterlegenen Tradition der SPD angehörte und der ihm, da er selbst der ideologischen Ergänzung bedurfte, neue Impulse vermitteln konnte. Die politische Entwicklung in Mitteleuropa rechtfertigte damals auch ungewöhnliche Allianzen.

Strasser will Jaksch in jenen Jahren immer wieder geraten haben, sich in ideologischer Hinsicht den beiden großen tschechoslowakischen sozialistischen Parteien, der Sozialdemokratie und den National-Sozialisten, anzunähern. Die DSAP, so suggerierte Strasser, müsse durch stärkere Betonung der nationalen Problematik mit den beiden anderen Parteien gleichziehen, um dann — wie dies schon die *Sozialistische Aktion* gefordert hatte — von dieser neuen programmatischen Basis aus mit Tschechen und Slowaken gemeinsam eine Lösung der nationalen und sozialen Anliegen der Deutschen in der ČSR durchzusetzen. Strasser will Jaksch auch immer wieder das „Schicksal der beiden deutschen sozialistischen Parteien“, der SPD und der NSDAP (diese Kategorisierung sei Strasser gestattet), vor Augen gehalten haben, um ihn zu überzeugen, daß die DSAP nur durch eine stärkere Betonung der nationalen Anliegen der Deutschen in der ČSR auf der Basis eines linken Wirtschaftsprogramms die Niederlage der SPD vermeiden könne⁴⁶.

Die gleichen Ansichten, die direkt oder abgewandelt in den Schriften Jakschs und Franzels wieder auftauchten, vertrat Strasser auch öffentlich in der von ihm herausgegebenen Prager Wochenschrift *Die Deutsche Revolution*. So forderte er eine „sozialistische Einheitsfront zwischen Braun und Rot“⁴⁷. Die seit 1933 identischen Ziele und Wege seiner eigenen (und sicherlich zahlenmäßig sehr geringen) Gruppe und der Sozialdemokratie mußten in einer neuen politischen Einheitspartei auch organisatorisch zum Ausdruck kommen. Ausdrück-

⁴⁴ Mitteilung Dr. Emil Franzels an den Verf.

⁴⁵ Mitteilung Dr. Otto Strassers an den Verf.

⁴⁶ Mitteilung Dr. Otto Strassers an den Verf.

⁴⁷ Die Deutsche Revolution 9 (1934) Nr. 7 vom 24. Juni 1934.

lich begrüßte Strasser auch den im *Neuen Vorwärts* Anfang 1934 veröffentlichten Programmwurf der Exil-SPD, doch ist es ihm wirtschaftspolitisch zu weit rechts und gesellschaftspolitisch zu weit links orientiert. So fordert er die „totale Sozialisierung“ der Volkswirtschaft, aber eine Unterscheidung zwischen Eigentum und Besitz, um die besitzenden Mittelschichten mit der von ihm angestrebten neuen Gesellschaftsform zu versöhnen⁴⁸.

In einer Polemik gegen Paul Tillich über die Beziehungen zwischen Sozialismus und Nation schreibt Strasser folgende Worte, die trotz ihrer mystischen Verschwommenheit wie eine klappentextähnliche Zusammenfassung von Jakschs Buch „Volk und Arbeiter“ anmuten: „Die Gerechtigkeit wird in der sozialistischen Nation verwirklicht. Gerechtigkeit — Sozialismus — Nation bedingen und erfüllen sich. Nicht die abstrakte Forderung nach menschlicher Gerechtigkeit macht uns zu Sozialisten, sondern eine große Zahl junger Revolutionäre kam zum Sozialismus, um mit ihm und durch ihn die Nation — im Inneren und nach außen — durchzusetzen. Arbeitermassen sind Sozialisten nicht als einzelne, sondern als Volk. Die Nation ist der geheime Sinn ihres elementaren Triebs und Existenzkampfes. Nation ist der offene Sinn der Forderung nach menschlicher und sozialer Neugestaltung hier und heute . . . Wir sind nicht Sozialisten, damit schlechthin Gerechtigkeit werde, sondern wir sind Sozialisten, damit unseren Volksgenossen und unserem Volk Recht werde. Die Nation ist uns unmittelbare Aufgabe und Erlebnis des Sozialismus.“⁴⁹ Damit hätte Strasser auch Pernerstorfer aus der Seele gesprochen.

Mit „freudiger Zustimmung“ brachte Strasser auch den Nachdruck eines Artikels des auf der äußersten Rechten der SPD stehenden früheren Reichsinnenministers Wilhelm Sollmann über „Sozialistische Machtpolitik“⁵⁰. Darin schreibt Sollmann, der SPD habe „die konstruktive Synthese und der Wille zu einer entschlossenen Staats- und Wirtschaftsführung gefehlt. Man lebte seit vielen Jahren in einer Atmosphäre des Theoretisierens, Moralisierens, des Forschens und Predigens . . . und nicht des Machtbestrebens, Machtwollens, Machtglaubens, die unerlässlich sind.“ Sollmann, der ebenfalls als Volkssozialist hingestellt wird, gab außerdem zu bedenken, daß eine neue SPD mehr Wert auf „Staatsautorität, Nationalgefühl, Volkstradition, Arbeitsethos, wehrhafte Volks- und Arbeitserziehung, Romantik der Jugend, die propagandistische Klaviatur für alle Sphären der Volksseele“ legen müsse.

Außenpolitisch trat Strasser „für die Erhaltung des Abendlandes“ und eine west-östliche Bündnispolitik „auf der Linie Paris-Berlin-Prag-Belgrad-Bukarest“ ein, die allein die „teilende“ Nord-Süd-Orientierung der hitlerischen Außenpolitik überwinden könne und die „große Idee der europäischen Föderation,

⁴⁸ Strasser, Dr. Otto: *Wiederkehr der SPD? Die Deutsche Revolution* 9 (1934) Nr. 1 vom 1. Mai 1934.

⁴⁹ Strasser, Dr. Otto: *Von Marx zum Deutschen Sozialismus! Die Deutsche Revolution* 9 (1934) Nr. 5 vom 10. Juni 1934.

⁵⁰ *Die Deutsche Revolution* 10 (1935) Nr. 20 vom 1. Dezember 1935. Das Original war unter dem Titel „Sozialistische Machtpolitik“ in der Zeitschrift für Sozialismus, Heft 24/25 der Folge von 1935 erschienen.

die Krönung und das Ziel“ seiner Außenpolitik, durchsetzen werde⁵¹: „Wer zweifelt daran“, schrieb Strasser, „daß unsere Europäische Föderation, für deren Möglichkeit und Aufbau die Schweiz ein geradezu klassisches Muster darstellt, es ermöglichen wird, Europa noch einmal gleichberechtigt in die Reihen der großen Wirtschaftsreiche zu stellen?“ Strassers Hinweis auf das Modell der eidgenössischen Föderation für Europa ist eigentlich von der Sache her verfehlt, obwohl der Modellcharakter der Schweiz bei der Diskussion einer Verfassungsreform in der ČSR besonders auf sudetendeutscher Seite immer wieder erwähnt wurde. Wichtiger jedoch scheint, daß Wenzel Jaksch, genau wie Otto Strasser, in „Volk und Arbeiter“ dann ebenfalls die europäische Bedeutung des „Schweizer freiheitlich-demokratischen Föderativstaates“ hervorhebt und wie auch sein Freund Strasser ein antihitlerisches Europa neben dem „vorläufig krisenfreien Wirtschaftssystem im Riesenbereich der Sowjetunion“ aufbauen will⁵².

Ideologische Bücher

Im Herbst des Jahres 1935, nach der Wahlniederlage der DSAP und im Anschluß an den Brünner Parteitag, beschloß Jaksch, seine in Brünn geäußerten Vorstellungen in erweiterter Form als Buch darzulegen; Jaksch hatte das Unternehmen sicherlich auch mit Otto Strasser besprochen, denn es ergab sich, wie noch weiter gezeigt werden soll, eine weitgehende Übereinstimmung zwischen den Ansichten Jakschs und den im Prager Exil geäußerten Vorstellungen Strassers. Zum Schutze Jakschs sei allerdings hinzugefügt, daß ihm, da er ja der marxistischen Schule bereits weitgehend entwachsen war und er daher linke sozialistische Lösungen für das Problem der nazistischen Bedrohung nicht akzeptierte⁵³, nur der Weg nach rechts, das heißt in Richtung auf einen nationalen Sozialismus, verblieb. Dieser Terminus ist für deutsche Leser verständlicher Weise belastet; im böhmischen Raum trifft dies weniger zu. Dort waren nationale sozialistische Parteien vorhanden, deren größte, die tschechoslowakische, zu den erbittertsten Gegnern des Hitlerismus zählte. Jaksch war trotz seiner Freundschaft mit Strasser bewußter Sozialist geblieben, nur war für ihn schon damals nicht mehr Marx, sondern Lassalle der führende Ideologe des deutschen Sozialismus⁵⁴. Er bedauerte die Niederlage der Lassalleaner in der SPD und nannte es eine „verhängnisvolle Fehlentscheidung“, daß sich Männer wie David und v. Vollmar mit ihren über den Rahmen einer reinen Arbeiterpartei hinausgehenden Vorstellungen in der SPD nicht hatten durchsetzen können⁵⁵.

⁵¹ v. Buch, Johann (Pseud. f. Otto Strasser): Die Außenpolitik der Schwarzen Front. Deutsche Revolution 9 (1934) Nr. 20 vom 23. September 1934.

⁵² Siehe Jaksch: Volk und Arbeiter. S. 26, 124 f.

⁵³ Siehe seine Kritik am Programm des „Arbeitskreises revolutionärer Sozialisten“ in Volk und Arbeiter, S. 96 f.

⁵⁴ Siehe Jaksch: Volk und Arbeiter, S. 99.

⁵⁵ Ebd., S. 104.

Jaksch trat auch an Emil Franzel mit der Bitte heran, doch sein geplantes und eher auf die Probleme der Gegenwart gerichtetes Buch mit einer theoretisch-historischen Darstellung zu unterstützen. Jaksch war von Franzels großem historiographischen Aufsatz über den „Sinn der europäischen Geschichte“ im „Arbeiter-Jahrbuch“ der DSAP sehr beeindruckt gewesen und hoffte, daß Franzel eine „Theorie der sozialistischen Revolution“ entwerfen könne. Franzel sagte zu, nicht zuletzt da er bereits vor einigen Jahren dem Berliner Dietz-Verlag einen ähnlichen Entwurf über „Die geistigen Wurzeln sozialer Ideen in der mittelalterlichen Geschichte“ angeboten hatte. Dietz hatte damals abgelehnt, obwohl Franz Sattler, der Direktor des großen DSAP-Verlages „Graphia“ in Karlsbad das Unternehmen befürwortete.

Jaksch hatte für die von ihm und Franzel geplanten Bücher auch in Eugen Prager, einem aus Wien nach Prag geflüchteten Verleger, einen Betreuer gefunden, da die DSAP den Verlag der Schriften offenbar nicht selbst übernehmen wollte⁵⁶. Franzel nannte seinen Beitrag „Abendländische Revolution“. Das Buch, das ihm den Namen eines „Roten Spengler“ einbringen sollte, war rein geschichtsphilosophisch angelegt und sollte, wie Franzel im Vorwort schrieb, „ein neues Geschichtsbild“ zur Diskussion stellen. Bereits beim oberflächlichen Durchsehen des Inhaltsverzeichnisses wird jedoch deutlich, daß der hochgebildete Verfasser kaum für engagierte Sozialisten oder gar Arbeiter, sondern fast ausschließlich für Bildungsbürger geschrieben hatte. Da ist vom „Erbe der Antike“ ebenso die Rede wie von „Christentum und Latinität“, „Arianern und Lutheranern“, von Karl V., dem Amerikanismus und dem „Geist des Mittelalters“. Wie bereits bei Franzels Auseinandersetzung mit Alfred Kleinberg über die Zweckmäßigkeit der Geschichtsphilosophie Eugen Rosenstocks in der Prager *Tribüne* deutlich geworden, war Emil Franzel vom theoretischen Ansatz Rosenstocks, wie er selbst zugibt, „leidenschaftlich angetan“⁵⁷. Er suchte deshalb mit seinem eigenen Buch nicht nur die historischen Grundlagen für Jakschs volkssozialistische Theorie zu liefern, sondern obendrein für Rosenstocks Geschichtsphilosophie zu werben. Franzel dachte, wenn er der sozialistischen Intelligenz beweisen könne, daß es im Grunde genommen keinen Widerspruch zwischen dem historischen Materialismus von Marx und dem doch in Wahrheit idealistisch-religiösen Rosenstock gebe, daß er letzterem wichtiges ideologisches Terrain erschließen und zugleich dem Volkssozialismus dienen könne. Dies war ein Trugschluß, und Franzel hat später mit der ihm eigenen intellektuellen Ehrlichkeit bedauert, daß er dieser „geistigen Verführung“ erlag und damit den Wert der „Abendländischen Revolution“ minderte⁵⁸. Anstatt die marxistische Theorie an einer großen Reihe von weltgeschichtlichen Ereignissen auf ihren Wert zu prüfen, schließt Franzel immer wieder Kompromisse mit der von ihm damals längst überwundenen marxistischen Lehre. Seine

⁵⁶ Mitteilung Dr. Emil Franzels an den Verf.

⁵⁷ Franzel, Emil: Leitsterne des Lebens. Unveröffentlichte Erinnerungen, S. 109.

⁵⁸ Ebd.

„Abendländische Revolution“ hätte demnach ebenso gut „Konservative Revolution“ heißen können, denn er wollte zwar „eine neue Sprache“ sprechen, „verhärtete Ideologien“ überwinden und einen neuen geistigen Standort erarbeiten, von dem aus man „das kommende Jahrhundert erblicken“ könne, doch sein Blick war weniger auf eine plausible Erklärung der damals brennenden Zeitfragen, sondern auf die Verherrlichung des deutschen Mittelalters gerichtet.

Franzel deutete den heute allgemein als Neuzeit bezeichneten Zeitabschnitt seit 1500 als gesellschaftsgeschichtliche „Zwischenzeit“, die „in der Mitte steht zwischen dem Alten, das war und dauert und dem Neuen, das nun kommt und an das Alte anknüpft“. Das kommende Europa, so Franzel, werde die Zeit zwischen 1500 und 2000 nur als „negative Überhebung“, als „leeren Intervall zwischen zwei Kulturen“ beurteilen, das „alte Mittelalter aber in höheren Rang einsetzen und als Jahrtausend abendländischen Werdens würdigen“⁵⁹. Über Mittelalter und Sozialismus schreibt Franzel, dessen Deutung des Mittelalters zugebenermaßen auch sehr von Gustav Landauer beeinflusst ist, folgendes: „Welch herrliche Gelegenheit hat der deutsche Sozialismus in seinen liberalen Verirrungen versäumt, da er es unterließ, der Spottgeburt des preußischen Herrgotts die Vision dieses deutschen Gottes, dem Kasernenstaat das Reich, der hohenzollernschen Kaiseridee die mittelalterlichen Kaiser und der ganzen Siegesallee von Feldwebeln die Reihe der großen deutschen Kaiser entgegenzustellen von Karl dem Großen über Otto den Großen, Konrad II., Heinrich III., Heinrich IV. bis zu den Hohenstaufen und endlich noch Rudolf von Habsburg, den Erneuerer des Frieden, der im Interregnum verlorengegangen war. Hier, im deutschen Mittelalter liegen die mächtigen Wurzeln des deutschen Volksstaates, hier liegt seine demokratische und sozialistische Tradition, die verschüttet wurde zunächst von den aufsteigenden Gewalten des landesfürstlichen Absolutismus, der feudalaristokratischen Mißwirtschaft, des industrie- und finanzkapitalistischen Bürgertums dann, und aufs neue von der liberalistischen und kleindeutschen Geschichtsklitterung. Daß seit der Niederlage der großdeutschen Schule in der Historiographie, die nicht auf dem Katheder und in Büchern von den Sybel und Treitschke geschlagen wurde, sondern die dem Schlachtenglück weichen mußte, das sich bei Königgrätz und Sedan auf Bismarcks und der Hohenzollern Seite neigte, niemand mehr im Denken und Fühlen der deutschen Nation die Saite anschlug, die doch Jahrhunderte lang mächtig erklingen war, daß es keine Brücke mehr zum Mittelalter und zum Heiligen Reich gab, hat erst dem preußischen Wahn den Weg freigelegt, auf dem er verderbenbringend daherrast, angetan mit der lügnerischen Maske eines nationalen Sozialismus und mit dem Anspruch darauf, daß sein Tand und Flitter den königlichen Schmuck des ‚Dritten Reiches‘ darstelle.“⁶⁰

Franzel war ernstlich der Meinung, daß die mittelalterliche abendländische Welt, wie er sie nennt, zumindest in ihren Anfängen „genossenschaftlich — mit aller Vorsicht gebraucht: sozialistisch-solidarisch, marktlos, planwirtschaftlich organisiert war“. Und er bezeichnete es als „das Problem des europäischen und

⁵⁹ Ders.: *Abendländische Revolution*, S. 10.

⁶⁰ Ebd., S. 64 f.

ganz besonders des deutschen und mitteleuropäischen Sozialismus“, die Gesellschaft von 1930 „wieder zurückzuführen zu ihrer Einheit und Solidarität, aber auf der höheren Ebene weitergehender gesellschaftlicher Arbeitsteilung als das Hohe Mittelalter mit seiner rein bäuerlichen Naturalwirtschaft sie gekannt hat“⁶¹. Die wichtigsten gesellschaftsgeschichtlichen Prozesse der Neuzeit, von den Städtegründungen über die Reformation bis zum Entstehen der Nationalstaaten, der Weltimperien, des „Industrieamerikanismus“, der Weltwirtschaftskrise und des Faschismus in Mitteleuropa deutet Franzel als problematische Erscheinungen einer zunehmend vom bürgerlich-liberalen Denken bestimmten geschichtlichen Entwicklung, die das Abendland an den Rand des Verderbens gebracht haben.

Wie soll der Weg zurück in die vorbürgerliche sozialistisch-abendländische Gesellschaft gefunden werden? Franzel behandelt zunächst das Bündnisproblem. Er meint, daß die „geschichtslosen Nationen der Slawen“, die Tschechen, Slowaken, Kroaten, Slowenen, Serben, Bulgaren, da sie erst spät in die bürgerliche Welt eingetreten seien, auch die Fragwürdigkeit dieser Welt am ersten erkennen müßten. Bei diesen Völkern sei „der Zug zu sozialistischem Wesen“ deutlich zu erkennen. Masaryk habe dem tschechischen Sozialismus jene naturrechtlich-humanistische Komponente und ein abendländisch-sozialistisches Gewissen geschenkt, das einen weder marxistischen noch faschistischen tschechischen Nationalsozialismus ermöglichte. Und selbst der Marxismus trage bei den Tschechen „die Züge der hussitischen Ahnen, Chelčickýs, Komenskys und Tomáš G. Masaryks“⁶².

Außerdem wendet sich Franzel vor allem an die junge Generation Deutschlands. In keinem anderen Volke Europas, so meint er, habe die junge Generation „mit solcher Leidenschaft und Unerbittlichkeit gegen den Humbug der bürgerlichen Zivilisation, gegen die Unsittlichkeit des Kapitalismus, gegen den Widerspruch zwischen idealistischer Phrase und materialistischer Wirklichkeit gekämpft wie in Deutschland“. Sie sei in den Ersten Weltkrieg gezogen „nicht für die Kriegsziele der Schwerindustrie und der Junker oder für deutsche Königskronen in Ostland“, sondern „für die Aufrichtung des Reiches der abendländischen Völkergemeinde im Zeichen des Sozialismus“⁶³.

Europa sei krank. Seine Menschen seien arm, ausgeblutet, ohne Arbeit. Europa habe, so stellt Franzel fest, „das Fieber des Faschismus im Leibe“ und brauche daher „eine Revolution“. Diese Umwälzung könne aber keine nationale mehr sein, sie könne nicht auf eine einzige Nation beschränkt bleiben. Es dürfe keine in fremde Räume ausgreifende, sondern nur eine „auf das eigene Haus beschränkte und daher ordnende Revolution“ sein. Diese Revolution müsse sozialistisch sein, denn Sozialismus sei „unvereinbar mit Eroberung, Beherrschung, Machtpolitik“, und sie müsse schließlich „eine konservative Revolution“ sein: „Nicht der Fortschritt schlechthin tut uns not, der uns mit neuen Maschinen und neuen Künsten nur Unsegen bringt, sondern der Schritt,

⁶¹ Ebd., S. 88.

⁶² Ebd., S. 234.

⁶³ Ebd., S. 251.

der zurück führt zu den uns gemäßen, dem abendländischen Menschen, dem abendländischen Raum geziemenden Ordnungen. Nicht Auflösung brauchen wir, sondern Bindung, Synthese, Zusammenklang. Europa: die Vielfalt der Einheit, die Freiheit in der Bindung, der vielstimmige Chor der Nationen, das ist es, was uns nottut.“⁶⁴ Die „schon seit Jahrhunderten“ währende abendländische Revolution müsse durch die „Rückkehr in das alte Abendland, die Rückkehr zum Ursprung unseres Kreislaufes“ vollendet werden. Nur in Deutschland, so schreibt Franzel in einem der letzten Sätze des Buches, könne seine „neue Utopie“, sein „neuer Mythos“ gedeihen⁶⁵. Das war, wenn auch unbeabsichtigt, die vielleicht realistischste Einschätzung des von ihm vertretenen Konzeptes — ein brillantes Denkmodell, aber ohne politische Realisierbarkeit.

Der Vorabdruck eines Teils der „Abendländischen Revolution“ wurde von Otto Strassers *Deutscher Revolution* übernommen. Es war sicherlich bezeichnend für die engen politischen Möglichkeiten der Volkssozialisten, daß sie (Jaksch und Franzel) ihre grundsätzlichen Arbeiten zuerst bei ihrem leider besten Verbündeten Strasser veröffentlichten. In seinem Vorspann zu Franzels Schlußkapitel in der *Deutschen Revolution* lobte so auch Strasser das Werk über den grünen Klee: In „grandioser Weise“ habe Franzel den Sinn des Abendlandes herausgearbeitet. Zuversichtlich gab Strasser seiner Hoffnung Ausdruck, daß die „fruchtbare Weiterentwicklung des Arbeitersozialismus zum Volkssozialismus, zum Deutschen Sozialismus, zum europäischen Sozialismus“ gelingen werde⁶⁶. (Die Aufnahme des Buches in der sozialistischen Presse soll erst im Anschluß an die Darstellung von Jakschs Pendant zu Franzel, „Volk und Arbeiter“, für beide Bücher geschildert werden.)

„Volk und Arbeiter“

Im Herbst des Jahres 1935 zog sich Jaksch für einige Wochen zurück in das Böhmerwalddörfchen Chimitz-Tetton, um dort, wie er berichtet, „in der Waldestiefe zwischen Rachel und Lusen“ seine „Gedanken zu ordnen und zu Papier zu bringen“. Er wollte mit seinem geplanten Buch seine Parteifreunde aus der „Enge einer rein klassenmäßigen Betrachtung herausführen und sie davon überzeugen, daß die Arbeiterbewegung von der Lage des Volksganzen“ ausgehen, also von der engen Klassengrundlage abkommen solle⁶⁷. Ein anderer Grund für „Volk und Arbeiter“, wie er das Buch nennen sollte, waren gewisse Strömungen in der Exil-SPD, wie sie beispielsweise der „Arbeitskreis revolutionärer Sozialisten“ vertrat und die auch im Programmentwurf der *Sopade* zum Ausdruck kamen, in denen zwar eine „geeignete revolutionäre Partei“, aber auf eher orthodox-marxistischer Grundlage, gefordert wurde⁶⁸. In

⁶⁴ Ebd., S. 256.

⁶⁵ Ebd., S. 261.

⁶⁶ Die Deutsche Revolution 11 (1936) Nr. 12 vom 12. April 1936.

⁶⁷ J a k s c h, Wenzel: Unser Weg nach Godesberg. Seliger-Jahrbuch 1962, S. 20 f.

⁶⁸ Siehe Zeitschrift für Sozialismus 2 (1934) Nr. 12/13: Der Weg zum sozialistischen Deutschland. Ferner: Neuer Vorwärts vom 28. Januar 1934.

einem Rückblick schrieb Jaksch später, er habe außerdem damals unter den deutschen Bürgern der Tschechoslowakischen Republik mehr Verständnis für die Ziele seiner Partei wecken und „den Sozialismus auch für solche Kreise zur Diskussion stellen wollen, die ihm bisher verständnislos oder ablehnend gegenüberstanden“⁶⁹.

Nicht nur aus Strassers damals gerade in zweiter Auflage erschienener Programmschrift „Aufbau des Deutschen Sozialismus“⁷⁰, sondern auch Strassers wichtiger Broschüre „Der Marxismus ist tot, der Sozialismus lebt!“⁷¹ entnahm Jaksch deutliche Anregungen. Strasser lehnte darin den historischen Materialismus ab, weil der Marxismus die „Individualität von Menschen und historischen Situationen“ ignoriere. Strasser wollte die „nationale Volksgemeinschaft“ an die Stelle der Klassengesellschaft setzen, um dann die „in Bewegung geratenen Schichten des Mittelstandes und des Bauerntums zu bewußten Sozialisten“ formen zu können. Bei Jaksch heißt es entsprechend, man müsse „die bedeutendsten Sozialgruppen aus der falschen Frontstellung, in die sie der Spätkapitalismus hineinmanövriert hat, herauslösen und sie in ein System der nationalen Werkgemeinschaft eingliedern“⁷². Strasser schreibt von der zahlenmäßig „abnehmenden Bedeutung des Proletariats und dem wachsenden Einfluß der Mittelschichten“⁷³, Jaksch schildert die „Arbeiterschaft, die als Minderheit im Volke die nichtproletarische Volksmehrheit“ in ihrer sozialistischen programmatischen Zielsetzung berücksichtigen müsse⁷⁴, usw.

Aber Jaksch war auch grundlegend beeinflusst von Emil Franzel, der gleichsam zum Geleit des Anfang 1936 erschienenen Buches „Volk und Arbeiter“ im Januar-Heft 1936 des *Kampf* über die „Ideologie des Antifaschismus“ folgendes schrieb: Man müsse dem Nationalsozialismus „auf der Ebene seiner Weltanschauung und seines Denkens“ entgegentreten; zwischen dem „Otto-Strasser-Kreis und dem Marxismus“ hätten sich „Wege eines ergiebigen Gedankenaustausches“ eröffnet. Franzel bescheinigt Jaksch auch „sehr beachtliche Fortschritte bei der Ausarbeitung einer „revolutionären antifaschistischen Ideologie“⁷⁵. Bei Jaksch heißt es nämlich, die „analytische Aufgabe des marxistischen Sozialismus“ sei vollendet; nun beginne die „synthetische“; nun habe der Sozialismus „als verbindende Kraft“ zwischen den streitenden Ideologien zu wirken und dem Volke „höhere Ziele nationaler Gemeinschaftsarbeit zu setzen“. Die politische Gegenwart, so Jaksch weiter, verlange nicht mehr, den „Arbeiter als Klasse“ zu organisieren, sondern „alle körperlich und geistig Schaffenden“ zu erfassen und ihre Ziele „in gemeinsame soziale Tat umzusetzen“⁷⁶.

⁶⁹ Zit. n. Matthias: Sozialdemokratie . . . , S. 223.

⁷⁰ Strasser, Dr. Otto: Aufbau des Deutschen Sozialismus. 2. Auflage, Zürich 1935.

⁷¹ Prag o. J. (1935).

⁷² Jaksch: Volk und Arbeiter, S. 103.

⁷³ Strasser, Dr. Otto: Der Marxismus ist tot . . . , S. 20.

⁷⁴ Jaksch: Volk und Arbeiter, S. 98.

⁷⁵ Franzel, Emil: Butter und Stahl. Der Kampf. 3 (1936) 6—13, hier S. 9.

⁷⁶ Jaksch: Volk und Arbeiter, S. 13 f.

Jaksch bezeichnete den Kriegswillen des hitlerischen Faschismus „als europäisches und weltpolitisches Faktum ersten Ranges“. Es komme nunmehr darauf an, dieses „Kriegspotential durch politische Gegenwirkung abzuschwächen oder außer Kraft zu setzen“⁷⁷. Dabei gehe es um die Klärung zweier Begriffe, so Jaksch, die vom Hitlerismus wohl im Namen verbunden, aber in der Praxis „tief auseinandergeklüftet“ worden seien: des Nationalen und des Sozialen. Eine vernünftige Verbindung dieser beiden Begriffe in der politischen Programmatik verheiße den Menschen „Freiheit und Wohlstand in höchster Blüte“. Aus diesem Grunde seien Schweden und die Schweiz von der Krise der dreißiger Jahre kaum berührt, während Ungarn oder Rumänien trotz ihres landwirtschaftlichen oder industriellen Potentials Not litten. Aber nicht nur zu den sozialen, sondern auch zu den außenpolitischen „Hauptfragen“ Deutschlands müsse man „einen festen Standpunkt“ erarbeiten. Weder die Versailler Grenzen, die „aus dem Reichsboden deutsche Volksteile herausschnitten“ noch „die Anschlußfrage“, „das Korridorproblem“ oder „die Frage der deutschen Minderheiten“ könnten übergangen werden.

Diese Punkte seien „wichtige Frontabschnitte des Ringens um die Seele der Nation“⁷⁸. Jaksch kritisierte auch die französische Mitteleuropapolitik seit 1918, welche die „deutschen Sozialisten zutiefst enttäuscht“ habe. „Die deutschen Volksgruppen [das war kein aus dem sozialistischen Vokabular stammender Ausdruck] in Polen wie in Ungarn, in Jugoslawien und in Rumänien dürfen nicht weiter dem bisherigen Niederwalzungsverfahren unterworfen bleiben . . . , Österreich braucht den Anschluß an einen wirtschaftlichen Großraum . . . , und auch das tschechisch-deutsche Zusammenleben im böhmischen Raum harrt noch einer positiven Sinngebung und organischen Gestaltung“⁷⁹. Das war einer der wenigen direkten Hinweise in Jakschs Buch auf die doch eigentlich im Mittelpunkt seiner politischen Tagesarbeit stehende deutsch-tschechische Problematik. Es ist kaum anzunehmen — und dies würde den Einfluß Strassers auf die Zielsetzung der Volkssozialisten überbewerten —, daß Jaksch etwa aus großdeutscher Fixierung heraus den böhmischen Raum vergessen hätte; viel wahrscheinlicher ist, daß Jaksch den Hitlerismus als den großen Störenfried Mitteleuropas erkannt hatte und deshalb die Beseitigung dieses größten Gegners des Sozialismus in den Mittelpunkt seiner theoretischen Überlegungen stellte, denn in der Tagespolitik spielte das sudetendeutsche Problem in der CSR bei ihm eine große Rolle.

Jakschs grundsätzliches Kapitel in „Volk und Arbeiter“ über die Lösung der sozialrevolutionären Aufgabe ist enttäuschend. Zwar schildert er die seiner Meinung nach unvorteilhafte Industriestruktur des Reiches, das Übervölkerungsproblem, die „feudalen Zustände“ auf dem Agrarsektor und die „Frage der Staatskonstruktion“, doch kommt er zu keinen stichhaltigen Vorschlägen und beschränkt sich schließlich auf die Feststellung, „in entscheidenden Augen-

⁷⁷ Ebd., S. 29 f.

⁷⁸ Ebd., S. 33 f.

⁷⁹ Ebd., S. 43 f.

blicken“ müsse der Sozialismus „mit einer konstruktiven Vorstellung an das Werk herangehen“⁸⁰. Besser steht es mit dem „Bündnisproblem im deutschen Freiheitskampf“. Hierzu sagt Jaksch folgendes: „Wahrhaft revolutionäre Initiative erfordert die Aufrollung des Bündnisproblems vor der Revolution und seine Lösung in den ersten Etappen der sozialrevolutionären Umgestaltung. Jede moderne Ausprägung des Sozialismus muß zur Frage der Mittelschichten konkret Stellung nehmen. Es ist ein ideologisches Überbleibsel des Vorkriegsglaubens an das unaufhaltsame Mehrheitswachstum der Arbeiterklasse, daß gerade der deutsche Sozialismus bisher die Rolle der Mittelschichten als ein minderes Problem gewertet hat . . . Der größte Taktiker und Realpolitiker des deutschen Sozialismus, Ferdinand Lassalle, hat wenigstens skizzenhaft den Begriff der arbeitenden Klasse nicht so sehr als ökonomische Theorie und dafür mehr als soziale Schicksalsgemeinschaft interpretiert . . . Lassalles frühes Ende hat es wahrscheinlich verschuldet, daß er seine Vorstellung vom Staate als einer Assoziation der ärmeren Klassen nicht im politisch-taktischen Sinne ausprägen konnte . . . Vorbei ist die Zeit eines sektierischen Radikalismus, der nur auf einem Bein des Volkskörpers zur sozialistischen Machteroberung ausstreiten will.“⁸¹

Soziale und nationale Gerechtigkeit könne nur dann erreicht werden, wenn die Arbeiterschaft „mehr und mehr Kräfte“ auf ihre Seite bringe, sie aus der unheilvollen Verkettung mit dem Nationalsozialismus zu löschen verstehe und sie in eine sozialistische „nationale Werkgemeinschaft“ eingliedere⁸². Jaksch hatte in sein Buch zwar eine Reihe von Hinweisen auf Marx, Engels und Kautsky eingebaut, deren Aussagen er grundsätzlich und wohl auch absichtlich nicht in Frage stellte. Dennoch war seine Argumentierung im Großen und Ganzen völlig unorthodox. Seine wenig konkreten Formulierungen ließen zwar eine vieldeutige Beurteilung seines Buches zu, das dementsprechend sowohl als Beitrag zur Umwandlung der SPD in eine Volkspartei⁸³, als auch als „Einbruch einer politischen Ideologie des Gegners in unsere Reihen“⁸⁴ gedeutet wurde, aber insgesamt — und dies beweist die ausführliche Kritik an „Volk und Arbeiter“ und auch an Franzels „Abendländischer Revolution“ — wurden diese beiden grundlegenden Bücher der beiden Volkssozialisten als konservativ-sozialistische Beiträge aufgenommen.

Wiederum (wie beim Erscheinen von Franzels „Abendländischer Revolution“) wurde ein Kapitel des Buches von Otto Strasser in der *Deutschen Revolution* im Vorabdruck veröffentlicht. Die politische Weisheit dieses Vorgehens ist fraglich, war doch Otto Strasser nach wie vor zahlreichen Sozialisten wegen seiner langjährigen Mitgliedschaft in der NSDAP suspekt. Aus politischer Sicht völlig überflüssig waren auch die mehrmals von Strasser veröffentlichten Rezensionen von „Volk und Arbeiter“, die sicherlich auf zahlreiche sozialistische

⁸⁰ Ebd., S. 91.

⁸¹ Ebd., S. 98 ff.

⁸² Ebd., S. 103.

⁸³ Jaksch: Unser Weg nach Godesberg, S. 20.

⁸⁴ Sering / Löwenthal: Was ist Volkssozialismus?, S. 1105.

Emigranten und sudetendeutsche Sozialdemokraten wie ein rotes Tuch wirkten. So lobte Strasser einmal das „ausgezeichnete“ Buch und seine „wegweisende Bedeutung“⁸⁵, ein anderes Mal seine „unmittelbaren praktischen und theoretischen Wegweisungen in die deutsche Aufgabe, in die Aufgabe des Deutschen Sozialismus“. Selbst als Strasser aus dem Buch ein „Bekenntnis zum Deutschen Sozialismus“ herauszulesen glaubte und seine persönliche „Haltungsübereinstimmung“ mit Jaksch hervorhob⁸⁶, erschien von Jaksch keine selbst andeutungsweise als Distanzierung zu verstehende Richtigstellung, obwohl Jaksch wegen seiner Verbindungen mit Strasser in der DSAP kritisiert wurde. Erst ein Vierteljahrhundert später holte Jaksch in einem Aufsatz diese Richtigstellung nach, den er gleichsam als Schilderung seines Beitrages zum Godesberger Programm der SPD verstanden wissen wollte. Darin schrieb er über „Volk und Arbeiter“: „Der damals im Gegensatz zu einem klassenmäßig gebundenen Arbeitersozialismus verwandte Begriff des Volkssozialismus wird heute von den Ostblockpropagandisten so ausgelegt, als ob er eine Konzession an den Nationalsozialismus gewesen wäre. Auch in England diente er während des Krieges deutschen Werkzeugen des Dr. Benesch als Argument, mich als Halbnazi hinzustellen . . . Es handelte sich in Wirklichkeit nur um einen Versuch zur volkstümlichen Fundierung des demokratischen Sozialismus.“ Jaksch behauptete ferner, daß das Buch damals bei schweizerischen und flämischen Sozialisten und beim jüdischen „Bund“ in Polen die „beste Aufnahme“ gefunden habe⁸⁷.

Die Kritik am Volkssozialismus

Es war zu erwarten, daß die theoretischen Arbeiten der Volkssozialisten unter heftigen Beschuß kommen würden. Die Bücher von Jaksch und Franzel waren in ihrem theoretischen Ansatz mit herkömmlichen marxistisch-ideologischen Vorstellungen kaum zu vereinbaren. Aus diesem Grund wurde auch im vorliegenden Aufsatz gar kein Versuch unternommen, die ideologischen „Verstöße“ Jakschs und Franzels gegen die ohnehin nur schwer definierbare sozialistische Orthodoxie jener Jahre zu registrieren. Dies unternahmen dafür um so eifriger einige mehr oder weniger berufene Ideologen aus den Reihen der sozialistischen Emigration in der CSR, wie Curt Geyer, Otto Bauer und Richard Löwenthal, assistiert von einigen orthodoxen Mitgliedern der DSAP wie Robert Wiener und Karl Wolfgang Deutsch.

Selbst Josef Hofbauer, der neben Jaksch und Franzel die theoretische Monatsschrift der DSAP, *Der Kampf*, leitete, bemängelte einige grundsätzliche Aussagen Jakschs, wie dessen Feststellung, Sozialismus sei „Kampf um die Seele der Nation“. Hofbauer erinnerte Jaksch an Otto Bauers Definition des Sozialismus als „jene Gesellschaftsform, in der die Arbeitenden und die Genie-

⁸⁵ Strasser, Dr. Otto: Wenzel Jaksch — Seele der Nation. Die Deutsche Revolution 11 (1936) Nr. 1 vom 1. Januar 1936.

⁸⁶ Ders.: Volkssozialismus. Bemerkungen zu einem Buch. Die Deutsche Revolution 11 (1936) Nr. 4 vom 18. Februar 1936.

⁸⁷ Jaksch: Unser Weg nach Godesberg, S. 20.

ßenden identisch“ seien und hielt ihm das Kommunistische Manifest entgegen, in dem das Proletariat aufgefordert worden sei, „die politische Macht zu erobern, sich zur nationalen Klasse zu erheben, sich als Nation zu konstituieren!“ Hofbauer meint, daß Jaksch dies hätte ideologisch verarbeiten müssen und stellt außerdem fest, daß er den „Kampf um die Seele der Nation“ nicht hinreichend erklärt habe. Schließlich meldet er prinzipielle Bedenken gegen den Begriff „Volkssozialismus“ an, weil seiner Meinung nach das Wort „Volk“ ein „zu vieldeutiger und all zu oft mißbrauchter Begriff ist, und die unbedingt schroffe Gegnerschaft des marxistischen Sozialismus gegen den Nationalsozialismus aller Schattierungen . . ., gegen den Schwindelsozialismus, nicht deutlich genug sichtbar wird“⁸⁸. Von Franzels „Abendländischer Revolution“ war der bisweilen schwärmerische Hofbauer, ein aus Wien stammender Romantiker, Dichter und Freund der sozialistischen Jugendbewegung, allerdings begeistert. Er räumte zwar ein, daß „viele wahrscheinlich gegen manche Einzelheiten des Buches“ eingewendet werden dürfte; Hofbauer selbst aber attestierte Franzel nicht nur, daß er als „marxistischer Historiker“ geschrieben habe, sondern beglückwünschte ihn obendrein zu seiner mit „dichterischem Schwung“ und „begeisterungsdurchglühten“ Gedanken verfaßten Arbeit⁸⁹.

Otto Bauer, der wohl berufenste orthodoxe Kenner der Nationalitätenfrage in Ostmitteleuropa, verurteilte die „Abendländische Revolution“ kurzerhand als „Romantischen Sozialismus“⁹⁰. Einige Monate nach dem Erscheinen der beiden Bücher von Jaksch und Franzel veröffentlichte Bauer im gleichen Verlag wie die beiden Volkssozialisten ebenfalls eine ideologische Analyse, die sich mit der „Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus“ beschäftigte. Obwohl Bauers Buch im Grunde genommen eine Zusammenfassung eines bis zu seiner Flucht aus Wien im Februar 1934 fast fertiggestellten Manuskriptes über die Entwicklung des Kapitalismus und Sozialismus seit 1918 darstellte, enthielt es auch einige deutliche Hinweise auf den Volkssozialismus. Bauer — dies war ein deutlicher Seitenhieb auf Emil Franzel — räumte zwar ein, daß jede Klasse bei der Entwicklung ihrer Ideologie „der Arbeit von Intellektuellen“ bedürfe, die „im Kopfe jene Schranken sprengen, die die Klasse dann in ihrer geschichtlichen Praxis sprengen muß“⁹¹; wenn aber diese Intellektuellen „große Massenparteien“ von einem Typus propagieren, der „von den Durchschnittsmeinungen ihrer Mitgliedermassen bestimmt ist“, dann werde nach Bauer das Proletariat auf „bürgerliche Ideologien gelenkt“, die nur im Rahmen der unerwünschten kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu verwirklichen sind. Der „reformistische Sozialismus“ müsse erkennen, „daß nicht Flickarbeit an der kapitalistischen Gesellschaft, sondern nur ihre Überwindung, nur die proletarische Revolution und die aus ihr hervorgehende Diktatur des Proletariats die Menschheit vor Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Krisen, Faschis-

⁸⁸ Hofbauer, Josef: Volk und Arbeiter. Der Kampf (Prag) 3 (1936) 62.

⁸⁹ Ders.: Abendländische Revolution. Der Kampf (Prag) 3 (1936) 150.

⁹⁰ Erschienen in der österreichischen Ausgabe des „Kampf“, Juni 1936.

⁹¹ Bauer, Otto: Zwischen Zwei Weltkriegen? Bratislava 1936, S. 261.

mus und Krieg befreien“ könne⁹². So sprach der ideologische Kopf der österreichischen Sozialisten, die in ihrem eigenen Land gescheitert waren, weil sie den Massen den Widerspruch zwischen ihrer reformistischen Praxis und ihrer bis zuletzt unglaublich revolutionären aber orthodoxen Ideologie nicht zu erklären vermochten, und die, von den Massen im Stich gelassen, im Februar 1934 dem Dollfuß-Regime unterlagen⁹³.

Paul Sering (Richard Löwenthal) schrieb in einer von Rudolf Hilferding angeregten vernichtenden Kritik des Volkssozialismus in einer eigens zu diesem Zweck reservierten Nummer der *Zeitschrift für Sozialismus*: Wenn die Lösung der nationalen Probleme durch die Sozialisten die „Zurückstellung des Klassenkampfes“ erfordere — wie dies Jaksch und Franzel, aber noch mehr Otto Strasser befürworteten —, „wenn die Lösung des europäischen Problems unabhängig vom Klassencharakter der europäischen Staaten gelingen kann, wenn die Sprache der enttäuschten Nationalsozialisten den wirklichen Inhalt der sozialistischen Idee von heute richtiger wiedergibt als die ‚veraltete Terminologie des Klassenkampfes‘ — dann muß man die Arbeiterparteien liquidieren.“⁹⁴ Löwenthal, dessen Meinung für die Mehrheit der Neu-Beginnen-Gruppe reichsdeutscher Sozialdemokraten typisch war, meinte, der Sozialismus könne sich nur erneuern, wenn er „zu den Quellen seiner eigenen Kraft“ zurückkehre, nicht aber, wenn er einen „Bauernsozialismus“, einen „kleinbürgerlichen Sozialismus“ oder einen „unklaren Gefühlssozialismus“ wie Jaksch, Franzel und Strasser vertrete.

Die „Revolutionären Sozialisten“, die sicherlich noch links von der Gruppe „Neu-Beginnen“ standen, bezeichneten es als „ein gefährliches und schädliches Abirren vom Weg der Kräftesammlung, wenn neuerdings Gruppen deutscher Volkssozialisten glauben, für den Kampf der deutschen Arbeiterklasse die ‚Flucht aus dem proletarischen Turm‘ empfehlen, ihre Eingliederung in eine mißverstandene nationale Einheitsfront betreiben zu sollen, die über die nationalsozialistische Opposition bis zur äußersten kapitalistischen Reaktion reichen würde“⁹⁵. Diese Art von Volkssozialismus, so heißt es weiter, „müßte den deutschen Arbeiter zum Gefesselten seiner bürgerlichen Bundesgenossen machen; sie käme der Volksgemeinschaft Hitlers als Konkurrenzunternehmen gleich“. Auch Curt Geyer — laut Erich Matthias ein Vertreter der liberaldemokratischen Richtung im sozialdemokratischen Exil in Prag und daher wohl keineswegs als Linker oder Orthodoxer einzustufen — warf den Volkssozialisten im *Neuen Vorwärts* vor, sie „kapitulieren vor der Konterrevolution“, sie hätten die „feige Flucht“ in die Unwirklichkeit angetreten und betrieben die „geistige Gleichschaltung mit der konterrevolutionären Ideologie“⁹⁶.

⁹² Ebd., S. 262.

⁹³ Über Otto Bauer siehe Leser, Norbert: Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis. Wien 1968.

⁹⁴ Sering / Löwenthal: Was ist Volkssozialismus?, S. 1120 f.

⁹⁵ RS-Briefe (Prag), März 1936.

⁹⁶ Zit. n. Jaksch, Wenzel: Konservativer Marxismus? Der Kampf (Prag) 3 (1936) 426—435, hier 428.

Die schärfste Kritik aus den eigenen Reihen traf den Volkssozialismus aus der Feder von Karl Wolfgang Deutsch. Der heute als angesehener Politologe in den Vereinigten Staaten lehrende und aus der Prager deutschen sozialdemokratischen Jugendbewegung hervorgegangene Deutsch bemängelte vor allem den seiner Meinung nach fehlenden Wahrheitsgehalt der „neuen Lehre“⁹⁷. Anhand von zahlreichen Inhaltsvergleichen zwischen Strasser, Jaksch und Franzel gelang es ihm nicht nur, die gedankliche Übereinstimmung und längst bekannte gegenseitige geistige Befruchtung der drei Autoren nachzuweisen, sondern auch die aus orthodoxer Sicht fehlende „Wahrheit“ beziehungsweise marxistische Konformität ihrer Schriften zu kritisieren. Deutsch bescheinigte den Volkssozialisten u. a. eine „stockbürgerliche Klein-Europa-Theorie“, deren Isolierung von Amerika, England und der Sowjetunion „ein politisches Geschenk für Hitler und Mussolini“ darstelle. Auch ignoriere der Volkssozialismus, so Deutsch, das „Herzstück des Sozialismus“, nämlich die „Vernichtung der Kapitalistenklasse“ und „Ausweitung, größte Ausweitung der Produktion“. Deutsch attestiert Jaksch sogar eine panische Angst vor dem industriellen Fortschritt⁹⁸, obwohl nur das Gegenteil, nämlich die „Entfaltung der gesellschaftlichen Schaffenskräfte“, den Hunderttausenden von arbeitslosen Sudetendeutschen wieder Arbeit und Brot oder den Glauben an den Sozialismus bringen könnten. Franzel tue ein übriges, indem er sich (in einem Aufsatz im Prager *Kampf*)⁹⁹ gegen die rußlandfreundliche Politik Dr. Beneš und für die Donaauraumpolitik Milan Hodžas ausspreche. Besonders unsozialistisch sei dabei, daß Franzel dies „mit den Argumenten unserer Todfeinde, der Kramář, Stoupal und Stříbrný“ versuche. Dabei hatte Franzel lediglich geschrieben, für große Teile des tschechischen Bürgertums und der Bauern sei die Aussicht, im Kriegsfall von der Sowjetarmee „befreit zu werden, nicht gar so verlockend“. Auch Deutsch hatte eben vieles zu kritisieren, aber es gelang ihm nicht mehr, als ohnehin Bekanntes zu beweisen, oder in die Unsachlichkeit abzugleiten.

Karla Schwelb und Robert Wiener, beide verdiente Funktionäre der DSAP und keineswegs im Geruch „konservativer Neigungen“, suchten Ende 1936 die offenbar wegen der vehementen Kritik an den Volkssozialisten zerstrittene Führung der DSAP wieder zusammenzuführen. Ludwig Czech und Carl Heller hatten sich deutlich gegen die vom stellvertretenden DSAP-Vorsitzenden Jaksch und Franzel vertretenen Standpunkte ausgesprochen, und Jakschs Freundschaft zu Otto Strasser war in der Partei allgemein unerwünscht¹⁰⁰. Karla

⁹⁷ Deutsch, Karl Wolfgang: Emil Franzels konservativer Sozialismus. Der Kampf (Prag) 3 (1936) 408—416, hier 408.

⁹⁸ Siehe Jaksch: Volk und Arbeiter, S. 19.

⁹⁹ Siehe Franzel, Emil: Europa — eine sozialistische Aufgabe. Der Kampf (Prag) 3 (1936) 182—188; ders.: Europäische Zwischenbilanz. Ebd., 304—312; ders.: Die österreichische Frage und Europa. Ebd., 351—358.

¹⁰⁰ Ernst Paul entschuldigte diese Freundschaft einst mit dem Hinweis, „das Streben, den Dingen auf den Grund zu gehen, war der Anlaß, Otto Strasser anzuhören, einen Menschen, der von der anderen Seite kam und Dinge wußte, die uns fremd sein mußten. Vielleicht hat Jaksch Strasser überbewertet, das taten damals viele . . .“ In

Schwelb stellte fest, daß die Kritik am Volkssozialismus nur dann berechtigt und sinnvoll sei, wenn über den Wesens- und Begriffsinhalt des Sozialismus Einigkeit herrsche, und dies sei doch keinesfalls festzustellen, da sich die Entwicklung der sozialistischen Ideologie vom Gedankengut Marx, Engels und anderer Urväter inzwischen weit entfernt habe¹⁰¹. Auch Robert Wiener, der Sekretär des Abgeordnetenklubs der DSAP, kam zu dem Ergebnis, daß eine Antwort auf die Frage „Was ist orthodox?“ keinesfalls leicht zu finden sei¹⁰². Die „rationalistische Nachweisung des Widerspruches einer Theorie mit der ökonomischen und sozialen Realität“, wie dies Karl Deutsch und andere Kritiker des Volkssozialismus versucht hätten, sei ebenso sinnlos wie der von Jaksch und Franzel gebrauchte Vorwurf, der Sozialismus sei „ideologisch erstarrt“.

Kein politischer Erfolg

Die Volkssozialisten wollten Denkanstöße geben, um die sozialistischen Parteien Mitteleuropas gegen die Bedrohung des Nationalsozialismus zu wappnen. Das Deutsche Reich war damals bereits in der Hand des Gegners; naheliegend wäre deshalb eine Aktivierung der sozialistischen Politik in den deutschen Gebieten der ČSR gewesen. Obwohl der direkte Bezug auf die sudetendeutsche Problematik im volkssozialistischen Schrifttum nur selten zu finden ist, suchte Jaksch eine Verwirklichung seiner volkssozialistischen Ziele zu erreichen. Gegen den Widerstand der Mehrheit seiner Parteiführung nahm er im Frühjahr 1936 Kontakt auf mit jungen Vertretern der beiden stimmenstärksten staatsstreuen Parteien des Sudetendeutschtums, mit Hans Schütz von den Christlichsozialen und Gutav Hacker vom Bund der Landwirte¹⁰³. Dieser sogenannte Jungaktivismus wollte, wie Jaksch auf einer Kundgebung in Bodenbach sagte, „den Sudetendeutschen ihre geistige Selbstbestimmung“ zurückgeben¹⁰⁴. Im Kampf um ihre nationalen und sozialen Rechte seien die deutschen Arbeiter in Böhmen „auf die Bundesgenossenschaft der deutschen Bauern, Handwerker und der Intelligenzschichten angewiesen“. Außerdem seien die sudetendeutschen sozialdemokratischen Arbeiter zur Verteidigung der Demokratie auf das Bündnis mit den tschechischen Arbeitern und „dem tschechischen Fortschrittslager“ angewiesen. Das war inhaltlich ungeachtet seines allgemeinen Gehalts das Gleiche, das auch die *Sozialistische Aktion* in ihrem erwähnten Programm gefordert hatte. Der Jungaktivismus scheiterte. Die Furcht der Tschechen und Slowaken vor der reichsdeutschen Bedrohung und die zunehmend in hitlerisches Fahrwasser geratende Henlein-Bewegung verhinderten eine rechtzeitige Lösung der deutschen Frage in der ČSR.

Ruhm und Tragik der sudetendeutschen Sozialdemokratie. Malmö 1946, S. 18. In einem im Jahre 1967 erschienenen Nachdruck dieses Aufsatzes waren diese Sätze verschwunden.

¹⁰¹ Schwelb, Karla: Vom ABC des Marxismus. Der Kampf (Prag) 3 (1936) 472—481.

¹⁰² Wiener, Robert: Was ist orthodox? Der Kampf (Prag) 3 (1936) 481—485.

¹⁰³ Siehe Brügel, J. W.: Tschechen und Deutsche, S. 298.

¹⁰⁴ Tschechoslowakische Bäderzeitung (Karlsbad) vom 29. April 1936.

Dieses Urteil impliziert allerdings auch das wohl größte Manko der volkssozialistischen Idee: weder auf deutscher noch auf tschechischer oder slowakischer Seite fand sie die notwendige, das sozialistische und bürgerliche Lager umspannende Resonanz. Für die Mehrzahl der deutschen Bevölkerung blieb der Volkssozialismus letztlich doch immer eine Spielart des in jenen Jahren in die Defensive gedrängten Sozialismus, vertreten von einer Partei, die sich im Kampf um die soziale Fürsorge für Hunderttausende sudetendeutscher Arbeitslose zwar aufzehrte, die aber dem Zeitgeist nicht mehr entsprach.

Im Frühjahr 1938 — er war gerade zum Parteivorsitzenden gewählt worden — zog Jaksch die Konsequenz aus dieser Erkenntnis. Er ersuchte Emil Franzel, der inzwischen ebenso konsequent aus der DSAP ausgeschieden war, um die Vermittlung eines Gesprächs mit Professor Josef Pfitzner, dem späteren Vizebürgermeister von Prag, der über gute Verbindungen zur Führung der Sudetendeutschen Partei verfügte¹⁰⁵. Pfitzner hat über den Inhalt des Gesprächs einen ausführlichen Bericht verfaßt, dessen wohl wichtigster Aspekt die Bemerkung Jakschs sein dürfte, ihm hätten sudetendeutsche Arbeiter nahegelegt, „in der SdP Führer der Arbeiter“ zu werden¹⁰⁶. Jaksch habe laut Pfitzner außerdem gefragt, ob es denn niemand in der SdP gebe, der diese Partei wieder auf einen staatsstreuen (pro-tschechoslowakischen) Kurs zurückführen könne. Es mag sein, daß Jaksch damals seine Partei in eine erweiterte Sudetendeutsche Partei einbringen wollte; dies wäre aufgrund seiner volkssozialistischen Vorstellungen sogar folgerichtig gewesen, doch ist der schlüssige Beweis hierfür nicht zu erbringen.

Fassen wir zusammen: Der Volkssozialismus war eine nichtmarxistische sozialistische Erneuerungsbewegung, deren Traditionen in Böhmen und Altösterreich, aber auch in der Geschichte der reichsdeutschen Sozialdemokratie zu finden sind. Aus taktischen und prinzipiellen Gründen enthielt der Volkssozialismus ideologisches Gedankengut, das seine Vertreter näher an den Nationalsozialismus heranführte, als an die damalige Sozialdemokratie. Die persönliche und ideologische Verbundenheit Wenzel Jakschs mit Otto Strasser erwies sich als politische Belastung¹⁰⁷, sie dokumentiert aber auch die von Anfang an deutliche Isolierung der Volkssozialisten vom politischen und ideologischen Denken der sozialistischen Mehrheit. Dennoch hat besonders Wenzel Jaksch im böhmischen Raum versucht, seinen nationalen Sozialismus in die Praxis umzusetzen. Daß dieser Versuch mißlang, lag sowohl an den Tschechen und

¹⁰⁵ Mitteilung von Dr. Emil Franzel an den Verf.

¹⁰⁶ Zit. n. dem Text des Pfitzner-Berichtes in *Aufbau und Frieden* (Prag) vom 29. Oktober 1960.

¹⁰⁷ Die Wahl Jaksch zum Vorsitzenden der DSAP auf dem Prager Parteitag im April 1938 wurde von den unterlegenen Anhängern Ludwig Czechs als „Erfolg der volkssozialistischen Richtung“ gewertet. Im Herbst des Jahres 1940 spaltete sich eine vornehmlich aus diesem Personenkreis stammende Gruppe von der offiziellen Emigrationsorganisation der DSAP in England ab, wobei der Volkssozialismus und Jakschs frühere Verbindungen zu Strasser eine wichtige Rolle spielten. Der Bruch zwischen diesen beiden Lagern der früheren DSAP konnte nie überwunden werden.

Slowaken, an der fortschreitenden nationalsozialistischen Bedrohung Mitteleuropas durch Hitler, aber auch an der ideologischen Defensivhaltung eines maßgeblichen Teils der sudetendeutschen Sozialdemokratie, deren Kritik an den Volkssozialisten nur übertroffen wurde von dem negativen Urteil der reichsdeutschen und österreichischen sozialistischen Emigration.

Obwohl die Volkssozialisten (abgesehen von Strasser) Bürger der Tschechoslowakischen Republik waren, orientierten sie ihre ideologische Analyse an der reichsdeutschen Problematik, weil dort der Sozialismus seine wohl empfindlichste Niederlage erlitten hatte. Lediglich in seiner tagespolitischen Arbeit, die er kaum mit dem Volkssozialismus identifizierte, befaßte sich Jaksch mit deutsch-tschechischen Fragen, die jedoch im theoretischen Überbau des Volkssozialismus kaum erwähnt werden¹⁰⁸. Der zitierte Beitrag von Karl Deutsch und die Unterdrückung der *Sozialistischen Aktion* durch die Führung der DSAP lassen allerdings erkennen, wie empfindlich der orthodoxe Flügel dieser Partei auf über den herkömmlichen Klassenrahmen hinausgehende Kontakte oder Vorschläge betreffend die politische Zusammenarbeit mit tschechischen und slowakischen bürgerlichen Parteien reagiert hätte oder reagierte. Am Beispiel des Volkssozialismus wird deshalb deutlich, daß in den zwanziger und dreißiger Jahren im mitteleuropäischen Raum bemerkbare Krise des sozialistischen Denkens allgemeiner Natur war, die — wie in der ČSR — weder mit einer rechten¹⁰⁹ noch — wie in Österreich — mit einer „linken“ sozialistischen Ideologie behoben werden konnte.

¹⁰⁸ Ein von Jaksch angeregter volkssozialistischer Nachtrag war das im Jahre 1939 in Zürich erschienene Buch von Otto Strasser: *Europa von Morgen*. Das Ziel Masaryks. a. a. O. In dieser Schrift werden die gemeinsamen deutsch-tschechischen Interessen auf volkssozialistischer Grundlage abgehandelt, doch hatte das heute fast völlig vergessene Buch — es erschien nach der Auflösung der Ersten Republik — keine politische Wirkung.

INTERNATIONAL LAW AND DIPLOMATIC BARGAINING: A COMMENTARY ON THE SUDETEN GERMAN QUESTION

By James H. Wolfe

European international relations are in transition. The diplomatic permafrost of the Cold War is giving way to a search for adjustment through the institution of multilateral East-West conferences. References to the Congresses of Vienna (1815) and Berlin (1878) abound in an atmosphere of guarded optimism. Yet allusions to the homeostatic European state system of the 19th century are misleading, for the diplomatic style characteristic of a balance of power, whether during the Warring States period of ancient China or the Italian Renaissance, presupposes *inter alia* a community of belief encompassing the major decision-making elites. Fundamental to the functioning of a self-equilibrating international system is the institutionalization of values in the form of supranational norms and, whenever possible, organizations. The acceptance of these norms by participating governments is essential if the hopes surrounding multilateral conference diplomacy are to be fulfilled. Conversely, failure to agree on specific rules of behavior, e. g., *rebus sic stantibus* as a fundament of treaty law, bodes ill for the successful outcome of a universal diplomatic effort.

Within the regional subsystem of East Central Europe international legal questions are of major importance, for those issues affecting the vital interests of the states in this area have since 1945 more often than not been couched in the language of legal rhetoric. The reliance on juridical reasoning to resolve disputes has the advantage of controlling the diplomatic dialogue between contending governments in the sense that this communication takes place through the manipulation of legal symbols. The restraints of legal terminology do mitigate the fervor of nationalistic passion at the conference table, yet they also emphasize absolute values and thereby make agreement on the basis of a political compromise improbable. The primacy of the legal orientation structures the negotiations in terms of the rational application of juridical principles which, in turn, limits the bargaining capability of the negotiators. International law can be a two-edged sword, for while its application in crisis situations may rationalize the solution of the conflict in terms of universally accepted standards, a strictly legal approach can make a solution on a pragmatic basis improbable. In contemporary world politics few problems illustrate this proposition as clearly as the Sudeten German question.

The fundamental issues of the Sudeten German question as they have developed through West German and Czechoslovak efforts beginning with a trade

agreement in 1967 to achieve a reconciliation are twofold: the challenges to the validity of the Anglo-French-German-Italian Munich Agreement and to the legality of the expulsion of the Sudeten Germans from their Bohemian and Moravian homeland in 1945—6. Prominent in the background of both questions is the possibility of reparations claims and counterclaims which could be advanced by the governments involved. For both the Czech and German publics the financial undertone of these problems lacks the high level of salience intrinsic to their symbolic content. An agreed perspective on the past is indispensable to a viable understanding between Czechs and Germans, and both Prague and Bonn appear convinced that legal reasoning alone provides the most feasible means of reaching a mutually palatable historical consensus on which to build a political relationship for the 'seventies.

The Munich Agreement

Writing in 1942, the Czech jurist and historian Edvard Táborský presented four arguments for the invalidity *ab initio* of the quadripartite Munich Agreement (September 29, 1938) to bring about the transfer to Germany of Czechoslovakia's predominantly German areas — the Sudetenland. Assuredly, Táborský wrote from the perspective of the first Czechoslovak Republic (ČSR), but with minor modifications the legal scholars of today's Czechoslovak Socialist Republic (ČSSR) continue to rely on the same brief advanced by their conservative republican compatriot although their citations pointedly omit any mention of his name. The basic points in the Táborský argumentation are:

1) According to the constitution of 1920, the President of the Republic, Edvard Beneš, lacked the legal competence to authorize a cession of state territory in that he failed to secure the approval of Parliament for this act;

2) The Munich Agreement was concluded under duress, i. e., Prague was oppressed by a belief in the imminence of a German invasion, and accordingly the terms of the treaty are not binding;

3) The Anglo-French pledge to guarantee the territory of the ČSR in its new frontiers constituted an integral part of the Agreement, and the failure to uphold this commitment nullified the obligation of the Czechoslovak government to accept the territorial transfer; and

4) Finally the German military occupation of Bohemia and Moravia on March 15, 1939 as well as the simultaneous creation of a secessionist Slovak state occasioned the dismemberment of the ČSR and thereby repudiated the spirit and the letter of the Agreement¹.

Each of the preceding assertions would in itself be sufficient to invalidate the Munich Agreement *ab initio*; taken together they represent a seemingly convinc-

¹ Táborský, Edvard: 'Munich', the Vienna Arbitration and International Law. In: Václav Beneš, Alfred Drucker, and Edvard Táborský (editors): Czechoslovak Yearbook of International Law. London 1942, pp. 25—37.

ing case for denying legitimacy to the Great Power solution of a grievous minority problem through the modification of a frontier. Yet within the scope of international law several interpretations of an event are usually possible, and the jurisprudential dispute over the initial validity of the Munich Agreement is not an exception to this premise.

The most complex challenge to the legality of the Agreement is that stemming from the alleged lack of competence on the part of the President of the Republic to accept and implement in his executive capacity the multilateral proposal to cede the Sudetenland to Germany. Article 64 of the constitution did require the consultation and support of Parliament for treaties altering the territorial base of the state. President Beneš did secure the unanimous consent of the cabinet and of the leaders of the major parliamentary political parties for his accedence to the Agreement. Táborský and contemporary critics of this diplomatic act argue that the constitutional requirement could only have been met by the passing of a formal parliamentary resolution in support of the Government's policy. The implications of this presumed lack of competence are hardly complimentary to the historical image of President Beneš, who was one of the founders of the Republic. It is difficult to accept the notion that the Chief of State violated his oath of office by acceding to the Munich Agreement without fulfilling his constitutional obligations. Hubert Ripka, a key member of the *hrad* or „fortress“ as the President's closest circle of advisers was known, described in his memoirs the governmental decision-making process during this crisis, and his discussion reflects no doubt as to the constitutionality of the President's action². Informed Czech opinion on the subject of constitutional interpretation remains divided. However, it is notable that in the seven weeks which elapsed between the negotiations in Munich and the signing of the final Czechoslovak-German accord delimiting the new frontier (November 20, 1938), President Beneš's legal competence was not called into question either by any of the signatories of the Agreement or by the Assembly of the League of Nations, which lauded the peacemaking efforts of the Powers.

In an appeal to the theory of general principles of law as a basis for the contention that a transfer of state territory without parliamentary approval is invalid Táborský turned to an analysis of modern constitutions. He recognized that executive authority is sufficient to conclude multifarious international agreements in most states, yet he asserted that the constitutions of civilized regimes require legislative approval for the cession of national territory. Were this argumentation sound, each party to a treaty altering borders would be compelled to investigate the constitutional procedures of the other signatory and to confirm their observance. Diplomatically such a practice would soon prove to be destructive of all but the most routine international negotiations. Instead the balance of opinion among international lawyers supports a theory of confidence whereby each negotiating government accepts as an article of faith that all other parties

² Ripka, Hubert: *Munich: Before and After*. Translated by Ida Šindelková and Edgar P. Young. London 1939, pp. 230—231.

are competent within their own constitutional setting to make a commitment³. Few would question the competence of a head of government and his foreign minister to conclude a treaty⁴. Should doubt exist as to the authority of a diplomatic mission, e. g., spokesmen for a government in exile, the matter must be clarified prior to the fulfillment of the conditions of the treaty under consideration. Contemporary governments of emergent nations sometimes advance the argument that treaties delimiting their borders were concluded by colonial regimes incompetent to represent the interests of the peoples concerned. The question of historical justice notwithstanding, under international law a frontier agreement concluded and implemented within the spirit of the theory of confidence is valid and remains so until replaced by another agreement.

The second plea for the invalidation of the Munich Agreement — that it was brought about under pressure — illustrates the difficulty of arriving at a generally acceptable legal interpretation of a complex diplomatic event. International jurisprudence recognizes duress as a ground for the invalidation *ab initio* of a treaty whenever the representatives of a government have been placed under physical or psychic pressure to submit to a given set of terms⁵. For example, the assent of Emil Hácha, who became President of the ČSR after Beneš's resignation on October 5, 1938, to the dissolution of the Republic and the creation of the Protectorate of Bohemia and Moravia was extracted under such conditions of physical and emotional strain that it could not be regarded as legally binding.

Although he was avowedly presenting a case on behalf of the Czechoslovak Provisional Government, which was organized by Beneš in London on July 4, 1940, Táborický realistically and fairly concludes that „... the majority of international authorities would probably not regard the pressure which was exerted upon Czechoslovakia at Munich as sufficient to render that country's acceptance of it as invalid.“⁶ Notably, currently published opinions in the ČSSR do not support this conclusion. On September 29, 1972, Bohuš Chňoupek, the Foreign Minister of the ČSSR, addressed the General Assembly of the United Nations on the subject of the „Munich Diktat“ and described it as an illegal agreement concluded under a threat of aggression which ultimately led to World War II.⁷ Václav Kral, a leading historian, has cited the judgment of the International Military Tribunal at Nuremberg with reference to the charge of conspiracy to commit aggression as a reason for nullifying the Agreement.⁸ As

³ Berber, Friedrich: Lehrbuch des Völkerrechts. München 1960, vol. I, pp. 435—436.

⁴ Guggenheim, Paul: Lehrbuch des Völkerrechts. Basel 1948, pp. 61—62; Kimminich, Otto: Munich and International Law. Sudeten Bulletin (Juli-August 1963) 238—240.

⁵ Parry, Clive: The Law of Treaties. In: Sorenson, Max (editor): Manual of Public International Law. New York 1968, p. 202.

⁶ Táborický 32.

⁷ Rude pravo, September 30 (1972).

⁸ Kral, Václav: Münchener Abkommen — Gegenwart und Vergangenheit. In: Kimminich, Otto (editor): Das Münchener Abkommen in der tschechoslowakischen wissenschaftlichen Literatur seit dem zweiten Weltkrieg. München 1968, pp. 89—90 (Publications of the Sudeten German Archives No. 3).

evidence of illegal pressure the international lawyer Václav Michal has referred not only to the threat of German invasion, but also to intervention on the part of the British and French ambassadors in Prague, who demanded at the height of the crisis that the Czechoslovak government either accept the proposal of uniting the Sudetenland with Germany or stand alone in the event of an attack.⁹ Jaroslav Žourek has written a detailed treatise in which he argued that the Munich Agreement merely served as a superficially legal camouflage for a war of aggression and therefore never possessed any valid international standing.¹⁰ Vladimír Kopal, Josef Mrázek, Alexander Ort, Antonín Šnejdárek, and Vladimír Soják have argued in support of their compatriots' interpretation of the juridical concept of „duress“ as a cause for denying all legality to the settlement at Munich.

The historical background of the September crisis remains an object of scholarly disputation. In any international crisis all participants share the responsibility, albeit to varying degrees, for conflict. On May 20, 1938 the Czechoslovak army carried out a partial mobilization purportedly to counteract a concentration of German forces on the Republic's borders. The British ambassador in Berlin reported, however, that there was no unusual German military activity in the direction of Czechoslovakia, and Prime Minister Neville Chamberlain disassociated himself from the bellicose implications of the Czechoslovak action.¹¹ Despite this attitude of restraint the German Chancellor instructed his military high command on May 30 to prepare a plan for the use of force against the ČSR, and the proposed invasion received the code designation of „operation Green“. ¹² The Anglo-French *démarche* in Prague of September 19 committed the Western Powers to a solution by cession. There exists reason to believe that this joint declaration was welcomed by Beneš, who received it as a way of resolving an internal as well as external political deadlock.¹³ At this juncture both Hungary and Poland pressed territorial claims in support of their ethnic minorities in the ČSR so that all of the Republic's neighbors were joined in a demand for a revision of its frontiers.

Unquestionably the political leadership in Prague felt itself threatened despite the Little Entente (1920), a collective defense pact supported by France, and an alliance with the Soviet Union (1935). Behind these treaties, which supplemented the collective security system of the League of Nations, stood a fully modernized Czechoslovak army of thirty-four divisions deployed in well developed de-

⁹ Michal, Václav: Das Münchener Abkommen in der zeitgenössischen westdeutschen bourgeoisen Literatur. In: Kimminich: Das Münchener Abkommen 52—54.

¹⁰ Žourek, Jaroslav: Unrichtige Ansichten über das Münchener Abkommen 1938. In: Kimminich: Das Münchener Abkommen 45—46.

¹¹ Noguères, Henri: Munich: Peace for Our Time. Translated by Patrick O'Brian. New York 1965, pp. 138—150. For a challenging interpretation see Hoggan, David L.: Der erzwungene Krieg: Die Ursachen und Urheber des 2. Weltkriegs. Tübingen 1969, pp. 146—147.

¹² „Fall Grün“: Angriff auf die Tschechoslowakei. In: Hofer, Walter (editor): Der Nationalsozialismus: Dokumente 1933—1945. Frankfurt am Main 1957, pp. 202—204.

¹³ Michal 53, note 6.

fensive positions. Nevertheless, political pressures at home and abroad left Beneš little alternative but to accept the stipulations of Munich.¹⁴ That doubt exists as to the wisdom of this policy choice does not provide a legal argument for declaring the Munich Agreement void *ab initio*. Most international compacts requiring a transfer of territory from one state to another are negotiated by governments of unequal power and under conditions of stress, yet the new frontiers are held to be legally valid. In this respect the Munich Agreement is not exceptional.

The third argument Táborický propounds for the initial invalidity of the Munich Agreement hinges on the question of whether or not ancillary statements or understandings associated with a treaty are part of the diplomatic instrument itself. On September 19, the governments of France and Great Britain offered the Czechoslovak government a pledge of security for its new frontiers in exchange for the peaceful cession of the Sudetenland. This guarantee was confirmed in the form of a written declaration made after the signing of the Munich Agreement.¹⁵ Beneš probably acceded to the Munich Agreement in the belief that the Western Powers would uphold the Republic's territorial integrity. His faith proved deceptive; France and Great Britain limited their response to diplomatic protests on March 15, when the ČSR dissolved under the impact of the Slovak secessionist movement and Hitlerian action. If the Anglo-French commitment was intended as a part of the Agreement, then the latter was voided as result of the failure of these two signatories to fulfill their promise. If, however, the guarantee was given apart from the treaty, the original settlement was implemented in a legal and final form when the new German-Czechoslovak border was demarcated. Authorities dispute the binding character, if any, of letters, communiqués, and oral statements which invariably accompany the signing of international accords. Such addenda are typical of the art of obfuscation on which treaty negotiators often depend for their success.

The destruction of Czechoslovak territorial integrity through German military action in occupying Bohemia and Moravia less than six months after Munich constitutes Táborický's fourth and most telling argument. Three days before the conference convened to assign the Sudetenland to Germany, Hitler declared in a public address that his interest was limited to the fate of the Sudeten Germans, and that he was prepared to offer a guarantee of the ČSR after the Czechs had successfully stabilized their relations with other ethnic minorities in the Republic.¹⁶ Nevertheless, following a Slovak separatist *coup d'état* in Bratislava, the German army entered Prague. In 1964, the Chancellor of the Federal Republic

¹⁴ Beneš, Edvard: *Memoirs: From Munich to New War and New Victory*. Translated by Godfrey Lias. Boston 1954, p. 273.

¹⁵ For the text of the Munich Agreement and the Anglo-French guarantee see United States Department of State, *Documents on German Foreign Policy, 1918—1945*, Series D (1937—1945), Vol. II: *Germany and Czechoslovakia, 1937—1938*. Washington 1949, pp. 1014—1015.

¹⁶ *Wir wollen gar keine Tschechen!* In: *H o f e r* 207—208.

of Germany, Ludwig Erhard, cited this act of force as a ground for abrogating *ex nunc* the Munich Agreement.¹⁷ Wartime declarations by the other signatories corroborate this interpretation.¹⁸

The political circumstance of Hitlerian aggression did tear the Munich Agreement to shreds; but the initial negotiated settlement, however cynical the Great Power diplomacy, was consistent with the law of treaties.¹⁹ On June 5, 1945 the four wartime Allies issued a joint communiqué announcing their assumption of all governmental authority in Germany and leaving the question of that state's frontiers open for further discussion.²⁰ In the Potsdam Agreement (August 2, 1945) the governments of the United States, Great Britain, and the Soviet Union identified the German frontiers as those of 1937 with the exception of Königsberg, which was formally annexed by the Soviet Union.²¹ To the extent that the Potsdam Agreement approximates a peace treaty for Germany, it also represents the point in time when the Sudetenland reverted to the Czechoslovak Republic. This point of view receives support in discrete judicial decisions. For example, the United States Military Tribunal in Nuremberg in its decisions of 1948—9 declined to consider the Sudetenland as occupied territory during World War II and by implication treated the area as a part of Germany prior to the end of hostilities.²² The French Court of Appeals in Paris recognized the initial validity of the Munich Agreement and the transfer of the Sudetenland.²³ The tightly reasoned French approach to the validity question is representative of legal scholarship without political bias. Yet the question is so freighted with emotion that pragmatism in the nature of political bargaining rather than the absolutism of the law may provide the only realistic answer.

The Expulsion of the Sudeten Germans

As early as 1942, Beneš wrote that the postwar political order in Central Europe would require the forced transfer of populations on a scale never before

¹⁷ Görgey, Laszlo: Bonn's Eastern Policy: 1964—1971. Institute of International Studies, University of South Carolina. Hamden 1972, pp. 29—31; Vali, Ferenc: The Quest for a United Germany. Baltimore 1967, p. 240.

¹⁸ Pergler, Charles: The Munich Repudiation. American Journal of International Law (April 1943) 308—310; Ushakov, Alexander: Das Münchener Abkommen in den Beziehungen zwischen Polen und der Tschechoslowakei. EA 25 (1968) 517.

¹⁹ Wright, Quincy: The Munich Settlement and International Law. American Journal of International Law (January 1939) 17—31.

²⁰ For the text of the Four-Power declaration see Geiger, Rudolf (editor): Internationale Verträge und Organisationen. München 1971, pp. 289—290.

²¹ United States Department of State, Foreign Relations of the United States: The Conference of Berlin, 1945. Washington 1960, passim; Hacker, Jens: Das Potsdamer Abkommen. Internationales Recht und Diplomatie. Köln 1970, vol. I, pp. 23—37.

²² Münch, Fritz: The Pseudo-Statal Regime. Central Europe Journal (December 1968) 370.

²³ France, Court of Claims, Paris: Hollart v. Moravia. In: Lauterpacht, H. (editor): Annual Digest and Reports of Public International Law Cases: Year 1949. London 1955, pp. 14—15.

experienced in that region.²⁴ He and other members of the Czechoslovak Provisional Government determined that as soon as practicable after the cessation of hostilities all persons regarded by the German government as its citizens would be deported from the newly reconstituted Czechoslovak state.²⁵ In the view of the Czech émigrés a failure to carry out the expulsion, which also included the Hungarian communities on the southern slopes of the Carpathians as well as the German townships of Slovakia and Silesia, would perpetuate the minority problems which had so endangered the ČSR in the interwar years. Undeniably the Sudeten Germans and their conationals in other parts of the Republic had never been offered the opportunity of a plebiscite or any other systematic means of expressing their views.²⁶ Nevertheless, it was this population, twenty-four per cent of the total, which had to bear collectively the brunt of the frustration and bitterness arising out of six years of foreign governance. In the 'sixties prominent Czech intellectuals, both at home and abroad, castigated the expulsion as having been contrary to humanitarian and, depending upon the writer's politics, Marxist principles. The rabid nationalism of 1945—6 did not allow for such tolerance. At Potsdam the Allies condoned the expulsion, which was already underway; it was completed under conditions occasioning an estimated loss of life among the Germans of Czechoslovakia of 241,000.²⁷

Closely related to the problem of the Munich Agreement is the question of whether or not the deportation of ethnic Germans and Hungarians from Czechoslovakia could be sanctioned within the precepts of international law. If not, the present Czechoslovak regime not only confronts the charge of historical responsibility for a manifold violation of human rights, but also faces the threat of claims for reparations as compensation for damages suffered by the deportees. The legal answer to the problem of culpability appears most readily ascertainable in the law of war, *jus in bello*. The humanistic tradition requiring the protection of individual human rights by placing limits on the use of the power of the state has always been a motivating force in the repeated efforts to mitigate the impact of war on civilian populations.²⁸ Historically the law of war has served to define the rights of the individual when confronted with the *ultima ratio regnum* and therefore provides the most applicable legal standards for rendering a judgment on the mass deportations which occurred in Europe during and at the end of World War II. A survey of the writings of jurists, provisions of treaties, and judicial decisions is essential to the crystallization of the core issue: what are

²⁴ Beneš, Edvard: The Organization of Postwar Europe. Foreign Affairs (January 1942) 238.

²⁵ Kral, Václav (editor): Die Deutschen in der Tschechoslowakei, 1933—1947: Dokumentensammlung. Prag 1964, pp. 548—550.

²⁶ Keith, A. Berriedale: The Sanctity of Treaties. In: Beneš, Drucker, Táborský: Czechoslovak Yearbook of International Law 127.

²⁷ Bohmann, Alfred: Das Sudetendeutschtum in Zahlen. München 1959, p. 252. For a critical comment on this statistic see Luza, Radomir: The Transfer of the Sudeten Germans. New York 1964.

²⁸ Kimminich, Otto: Humanitäres Völkerrecht — humanitäre Aktion. München 1972, pp. 13—17.

the limits imposed on the doctrine of military necessity by the obligation of belligerents to respect the rights of noncombatants?

The Greek chronicler Thucydides provided eloquent testimony to the savagery of ancient warfare in which no distinction existed between combatants and non-combatants. There was no law of war which shielded a conquered people in antiquity from the wrath of the conqueror.²⁹ The modern development of a European state system and its obverse of an international balance of power introduced the concept of a limited war designed to achieve a specific foreign policy objective. Military force became the dynamic factor underlying the homeostatic process of action and reaction which regulated and preserved the international system. The maintenance of every major actor contributing to a stable equilibrium was a cardinal principle of European diplomacy until 1914. Of necessity the goals of war were restricted in that action on the battlefield was calculated to deter an aggressor and not to redraw the map of Europe. As a corollary of this theory of deterrence a body of international law came into being to circumscribe the scope of war.

The Spanish theologian Francisco de Victoria (1483—1546) wrote on the law of war against the background of the expeditions of the conquistadores in the New World and concluded that noncombatants are outside the scope of legitimate military action.³⁰ Specifically, he forbade the killing of innocents, especially children. Although the children of Saracens might grow up to wage war against Christendom, they should still be spared when taken captive. Only as an unavoidable concomitant of a battlefield maneuver, such as bombarding a fortress, would no guilt attach to the slaying of the innocent. In this dictum the concept of military necessity, which was later applied to the war crimes trials of 1945—50, appears in its incipient form.

The Dutch legal philosopher Hugo Grotius (1583—1645) affirmed Victoria's principles in his monumental work on the law of war and peace by expostulating that the sovereign could justifiably take the lives of enemy nationals, including women and children, only if success in battle demanded it. Those subjects of an enemy prince who had surrendered unconditionally had a right to their lives and well-being.³¹ Samuel von Pufendorf (1632—1694) went further than Grotius and asserted that natural law set definite restrictions on the extent to which damage can be done to an enemy in time of war, and he made military commanders responsible for the acts of their soldiery campaigning against an enemy.³² Consistent with this approach the Swiss jurist Emmerich de Vattel (1714—1767) admonished sovereigns that the rights of a conqueror are limited to justifiable

²⁹ Wheaton, Henry: *History of the Law of Nations in Europe and America*. New York 1845, p. 2.

³⁰ Victoria, Francisco de: *De indis et de iure belli relectiones*. Edited by Ernest Nys. Washington 1917, pp. 179—180.

³¹ Grotius, Hugo: *De iure belli ac pacis libri tres*. Translated by Francis W. Kelsey. Oxford 1925, pp. 733—743.

³² Pufendorf, Samuel: *De iure naturae et gentium libri octo*. Translated by C. H. and W. A. Oldfather. Oxford 1934, pp. 1310—1311.

self-defense vis-à-vis subdued enemy subjects, and accordingly he counseled an humanitarian approach to the governance of occupied territory.³³

Among modern legal scholars, Christian Wolff (1679—1754) is quite possibly the most significant in a discussion of the concept of universal human rights as a means of attenuating the misery of war. Wolff agreed with Grotius that in armed conflict force could justifiably be used against all the subjects of the enemy sovereign, yet he quickly qualified this assertion by writing that the lives of those who had offered no resistance should not be threatened. In particular, a declaration of unconditional surrender terminates the state of war and with it the belligerent's right to take the life of an enemy. Wolff concluded his discourse with the proscription of the death penalty for captured enemy subjects as a reprisal for a military or diplomatic defeat suffered at the hands of their ruler.³⁴ This maxim is the antecedent of the modern prohibition in the law of war against the imposition of collective penalties, with the possible exception of a monetary fine, on the civilian population of an area under belligerent military occupation.³⁵

During the American Civil War (1861—65) Francis Lieber, who emigrated from Germany after the Revolution of 1848, served as legal adviser to President Abraham Lincoln. In this capacity Lieber wrote General Orders No. 100, a manual on the law of land warfare issued in 1863 for commanders in the field. The express purpose of the publication of these instructions was to protect, if possible, the civilian population from the excesses of war typical of an internecine civil conflict. Lieber began with the assumption that men at war do not cease to be ethical beings, and that they continue to remain morally responsible for their acts even in the heat of battle. The plea of military necessity does not justify an army's wrecking vengeance on the civilians who come under its control in enemy territory. In summation, Lieber wrote, "... military necessity does not include any act of hostility which makes the return to peace unnecessarily difficult."³⁶ Accordingly, he continued, "Private citizens are no longer murdered, enslaved, or carried off to distant parts."³⁷ The prohibition of mass civilian internment and deportation was basic to Lincoln's policy of reconciliation with the South, and Lieber's code became a milestone in the evolution of legal norms designed to provide a minimal amount of security for noncombatants in a war zone.

The theory of limited war embodied in General Orders No. 100 received international recognition in the St. Petersburg Declaration (1868), which was adhered to by seventeen European governments. In order to provide a basis for outlawing the use of certain types of ammunition in battle, the signatories de-

³³ Vattel, Emmerich de: *The Law of Nations*. Philadelphia 1858, pp. 386—389.

³⁴ Wolff, Christian: *Jus gentium methodo scientifica pertractatum*. Translated by Joseph H. Drake. Oxford 1934, pp. 409—417.

³⁵ Spaight, J. M.: *War Rights on Land*. London 1911, pp. 408—409.

³⁶ United States Army. *Government of Armies of the United States in the Field: General Orders No. 100*. Washington 1898, p. 8.

³⁷ *Ibidem* 9.

clared *inter alia*, "... that the only legitimate object which States should endeavour to accomplish during war is to weaken the military forces of the enemy."³⁸ Six years later in Brussels fifteen European governments, but not the United States, negotiated a convention on the law of war which affirmed and expanded the St. Petersburg concept of the limitations on the use of armed force as an instrument for foreign policy. The Brussels Protocol (1874) stated:

It has been unanimously recognised that the progress of civilization should have the effect of alleviating, as much as possible, the calamities of war, and that the only legitimate object which States should endeavour to accomplish during war is to weaken the enemy without inflicting upon him useless sufferings.³⁹

As a precursor of subsequent conventions on the law of war the Brussels conference circumscribed the prerogatives of an occupying power in an enemy country by requiring that family rights, individual religious practices, and private property be respected.

In 1899, the representatives of the major European and American states assembled in the Hague to formulate a general agreement codifying the international norms of the law of war. The conferees determined that war is a condition of conflict among states and should be limited to armed combatants.⁴⁰ At the second conference in the Dutch capital (1907) this principle became the basis of the Hague Regulations, a legal code governing warfare and specifying provisions for the protection of civilians in a combat zone.⁴¹ Although the Hague Regulations did not expressly forbid the mass deportation of civilians, the articles protecting family rights (46), outlawing general penalties (50), and requiring payment for requisitions (52) clearly preclude such reprisals as the forced transfer of a population from its homeland.⁴² The underlying assumption of these efforts to restrict the prerogatives of military government was that the individual civilian could be regarded as an enemy when he was openly bearing arms, and that otherwise his rights as a private person were to be protected.

During World War I, both the Central Powers and the Entente violated the Hague Regulations by deporting enemy civilians from their homelands as these came under military occupation. French authorities deported German citizens from Alsace-Lorraine; and the Tsarist government organized mass expulsions from East Prussia, East Galicia, and Bukowina. In 1916, the American Secretary of State, Robert Lansing, lodged a formal protest with the Imperial German Government over the often compulsory recruitment of Belgian workers for

³⁸ Declaration of St. Petersburg of 1868. In: D e l t e n r e, Marcel (editor): General Collection of the Laws and Customs of War. Brüssel 1943, p. 49.

³⁹ Brussels Conference of 1874. *Ibidem* 575.

⁴⁰ Hall, William Edward: A Treatise on International Law. Oxford 1904, p. 64.

⁴¹ Hague Convention No. IV. In: United States Army. Treaties Governing Land Warfare. Washington 1956, pp. 5—17.

⁴² R a b l, Kurt: Zur Frage des Verbots von Massenzwangsaussiedlungen nach geltendem Völkerrecht. In: R a b l, Kurt (editor): Das Recht auf die Heimat. München 1965, pp. 138—157.

employment in Germany.⁴³ Although all governments sought to justify the deportations of noncombatants by pleading military necessity, the consensus of opinion among international lawyers after the war was that these forced removals contravened the spirit and intent of the Hague Regulations. As long as a civilian obeyed the lawful ordinances of an occupying power for the maintenance of public order and welfare, he had every right to expect the protection of his family and property. The indiscriminate expulsion of civilians from their homes was a form of general penalty and therefore illegal.⁴⁴

Despite transgressions, the experience of World War I reinforced the legal distinction between combatants and noncombatants by limiting the concept of military necessity to:

All direct destruction of life and limb of *armed* enemies, and of other persons whose destruction in incidentally unavoidable in the armed contests of war.⁴⁵

In this sense the expression „military necessity“ refers to a situation in which a vital action against the enemy may entail civilian casualties. The example usually given is the sinking of an enemy merchantman.⁴⁶ The overriding concern is that acts of war be held proportional to legitimate military ends.⁴⁷ For example, although tactical and humanitarian considerations may require the temporary evacuation of enemy civilians from their homes, reprisals in the form of mass population transfers are illegal.⁴⁸

The deportations of World War II made the illegality of these acts the subject of war crimes trials, and two decisions rendered in 1948—49 illustrate the narrowly limited acceptability of an appeal to military necessity as a justification for violating family and property rights. The judicial reasoning in both cases clarifies the proscription in positive international law against the expulsion of ethnic groups from their homelands. In the first trial, that of General Lothar Rendulic before an American military court, the defendant was accused of having flouted the Hague Regulations by ordering the destruction of private property and the involuntary evacuation of the indigenous population from the Norwegian province of Finnmark in 1944. The defense was able to establish that General Rendulic anticipated a major Soviet offensive in his sector of the front and removed the civilian population from the presumed battle area as a

⁴³ United States Department of State. *Foreign Relations of the United States: 1916, The World War*. Washington 1929, pp. 858—870.

⁴⁴ Oppenheim, Lassa: *International Law: A Treatise*. Edited by Hersh Lauterpacht. London 1944, vol. II, p. 346.

⁴⁵ United States Army, *Rules of Land Warfare: FM 27—10*. Washington 1940, p. 7.

⁴⁶ Dunbar, N. C. H.: *Military Necessity in War Crimes Trials*. *British Yearbook of International Law*: 1952. London 1953, pp. 446—449.

⁴⁷ O'Brien, William V.: *The Meaning of 'Military Necessity' in International Law*. In: O'Brien, William V. (editor): *World Polity*. Washington 1957, vol. I, p. 142.

⁴⁸ Glahn, Gerhard von: *The Occupation of Enemy Territory: A Commentary on the Law and Practice of Belligerent Occupation*. Minneapolis 1957, p. 72.

measure of safety. The court martial accepted this interpretation of military necessity and acquitted the defendant on the charge of unlawful deportation.⁴⁹

In the trial of Field Marshal Erich von Manstein before a British military court, the accusation of mass deportation to gain military advantage, rather than out of military necessity, was upheld; and the defendant convicted. The prosecution argued that the precedent of the Rendulic decision was inapplicable because the number of people involved was significantly greater, and because documentary evidence showed that the accused ordered the movement of civilians in 1943–44 in order to deny recruits and laborers to the Soviet army then advancing into the Ukraine.⁵⁰

The foregoing decisions place the notion of military necessity in perspective and confirm the obligation of army commanders to respect the rights of enemy communities which have come under their jurisdiction. The expulsion of the Sudeten Germans from their homeland in 1945–46 was undoubtedly not a matter of military necessity as defined in the Rendulic and von Manstein cases. At the end of hostilities on May 8, 1945 the Sudetenland was a part of Germany, and Czech authorities who assumed governmental functions in this border region were subject to the same Hague Regulations as applied to von Manstein. The legal condition of *occupatio bellica* persisted at least until the signing of the Potsdam Agreement by which the Allies delimited Germany's frontiers to be essentially those of 1937 and thereby restored *de jure* Czechoslovak sovereignty in the Sudetenland. Although at Potsdam the Allies approved a gradual and orderly transfer of the Sudeten Germans to the zones of military occupation into which Germany and Austria were then divided, the Western Powers never disavowed the humanitarian principles of the Hague Regulations and sought to mitigate the inhuman conditions of the expulsion. Nevertheless, the losses among the expellees offer mute testimony to the savagery of ethnic conflict in contemporary East Central Europe, and the legacy of this forced migration continues to oppress relations between Czechs and Germans.

Recognizing that the expulsion was completed after the restoration of Czechoslovak sovereignty in the Sudetenland, the historical reality is that the deportation was begun while the region was still a nominal part of Germany. Moreover, the decision to uproot the Sudeten Germans was made during a time of declared war and is censurable, for the International Military Tribunals in Nuremberg and Tokyo affirmed the principle that the intent to commit acts contravening the law of war is a punishable delict. The Czechoslovak government argues that the Sudeten Germans had collectively forfeited their claim to citizenship in the Republic and to the protection of its constitution. Even accepting this point of view, international law does not recognize denationalization

⁴⁹ United States, Nuremberg Military Tribunal. In the Case of the United States of America vs. Wilhelm List, et al. In: *Trials of War Criminals: The Hostage Case*. Washington 1950, vol. XI, pp. 1295–1297.

⁵⁰ Great Britain, British Military Court at Hamburg. In re von Lewinski (called von Manstein). In: *La u t e r p a c h t*: Annual Digest: Year 1949, pp. 520–523.

as a justification for disestablishment through the expulsion of an ethnic minority.⁵¹

Cicero's maxim *inter arma leges silent* regrettably remains for many a greater truism than the ideal of limited war embodied in the Hague Regulations.⁵² Integral nationalism and its concomitant of a mass citizen army inspired with ideological fervor often undermine the efforts of jurists and professional soldiers to translate the laws and customs of war into viable rules of conduct. One of the founders of the realist school of modern diplomacy, Ludwig August von Rochau, summarized the dichotomy between law and behavior in 1869, when he wrote:

The art of statecraft is, as its name indicates, nothing but the art of success in achieving specific political goals . . . All rational human activity is, according to its nature, aimed at success; and the rational goal of statecraft can be none other than the effective utilization of national resources to achieve political success. A middle class „do“ or „don't“ which ignores the principle of success, takes into account only consequences of good and evil, and clings to an unchallengeable dogma may in individual cases serve the cause of personal honor; but it has nothing in common with the meaning of politics.⁵³

The emissaries traveling between Bonn and Prague may do well to remember the principle of success in an awareness that pragmatic bargaining must complement legal reasoning if a Czech-German *rapprochement* based on parity and mutual concessions is to be achieved.

⁵¹ Schwarzenberger, Georg: *International Law as Applied by International Courts and Tribunals*. London 1968, vol. II, pp. 227—228.

⁵² Wright, Quincy: *A Study of War*. Chicago 1965, p. 330.

⁵³ Rochau, Ludwig August von: *Grundsätze der Realpolitik*. Frankfurt/Main 1972, p. 255.

DIE EINSTELLUNG DER SLOWAKISCHEN VOLKSPARTEI ZU DEN JUDEN WÄHREND DER ZWEITEN TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK¹

Von Ladislav Lipscher

Die ersten praktischen politischen Erfahrungen sammelten die slowakischen klerikalen Politiker in der ungarischen Volkspartei (Néppart), die im Jahre 1894 als Oppositionspartei klerikal-konservativer Richtung gegründet wurde. Unmittelbares Motiv der Parteigründung war der Widerstand bestimmter klerikaler Kreise gegen das Inkrafttreten der kirchenpolitischen Gesetze, die in der Folge tiefgreifender Wandlungen im öffentlichen und Wirtschaftsleben Ungarns zustande gekommen waren. Die Liberalisierung des staatlichen und öffentlichen Lebens brachte die faktische und rechtliche Gleichstellung der Juden mit sich. Die in den Jahren 1894—1895 erlassenen kirchenpolitischen Gesetze waren ein Ausdruck dieses Liberalisierungsprozesses und verliehen der Gleichstellung der Juden insbesondere in religiöser Hinsicht eine rechtliche Grundlage².

Nach der Gründung der Ersten Tschechoslowakischen Republik formierte sich die slowakische klerikale Bewegung in der Slowakischen Volkspartei³ (weiter SVP).

Unter den Bedingungen der Vereinigung zweier Territorialeinheiten mit unterschiedlicher historischer Entwicklung zu einem Staatswesen traten alsbald ernste Komplikationen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Charakters auf. Die aus den böhmischen Ländern kommenden fortschrittlicheren sozialen Strömungen begegneten nicht überall in der Slowakei vollem Verständnis, vor allem nicht in den von der katholischen Kirche beeinflussten Kreisen.

Die Eingriffe des wesentlich leistungsfähigeren böhmisch-mährischen Industrie- und Finanzpotentials führten zu einer völligen Reorganisierung der gesamtstaatlichen Ökonomik. In der Slowakei wirkten sich diese Eingriffe jedoch stark negativ aus, und zwar nicht nur in der wirtschaftlichen, sondern natürlich auch in der gesellschaftlichen Sphäre. Diese Situation wurde zum Ausgangspunkt und zur

¹ Auszug aus dem Manuskript des Verfassers über die Lage der Juden im slowakischen Staat (1939—1945).

² Es sind insbesondere: Gesetzesartikel XLII/1895, der die jüdische Religion den rezipierten christlichen Konfessionen gleichstellte, und Gesetzesartikel XLIII/1895 über die freie Religionsausübung.

³ Die SVP wurde offiziell am 19.12.1918 gegründet. Rede des Abg. Dr. Kmetko. Stenographische Berichte von der 15. Sitzung der Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik, 10.1.1919.

Durch den Entscheid ihres Exekutivausschusses vom 17.10.1925 wurde sie in Hlinkas Slowakische Volkspartei umbenannt.

Grundlage der SVP bei der Gestaltung ihres Programms sowie bei der Ausrichtung ihrer politischen Praxis⁴.

Die Anhänger der SVP bildeten kein einheitliches Ganzes. Sie rekrutierten sich aus verschiedenen sozialen Gruppierungen. Und jede dieser Gruppierungen hatte ihre besonderen Forderungen und Vorstellungen. Darum mußte zunächst das Bindemittel gefunden werden, das sie einen würde. Diesen Kitt stellte die Autonomieforderung für die Slowakei dar⁵. Daß diese Forderung zum Aushängeschild der politischen Praxis gemacht wurde, hatte den Zweck, all die anzusprechen, die aus verschiedenen Gründen mit ihrer Position unzufrieden waren und eine radikale Wandlung herbeisehnten. Es waren eben jene Konsequenzen der Vereinigung zweier ungleich entwickelter Teile zu einem einheitlichen Staatsgebilde, die der SVP außerordentliche Vorteile bei ihrem Bemühen um eine breitere gesellschaftliche Unterstützung boten. Die Partei griff zu antikapitalistischen Parolen und betonte sie nachdrücklich. Ihre Propaganda hatte Erfolg bei den Armen auf dem Dorf und in der Stadt, die am schwersten unter den Auswirkungen der wirtschaftlichen Stagnation der Slowakei zu leiden hatten. Die Propaganda mit der Autonomie gewann auch unter der slowakischen Beamtenschaft und in einem Teil der Intelligenz, die im Staats- und öffentlichen Dienst zur Geltung zu kommen versuchte, aber nur besetzte Stellen vorfand, Boden.

Mit der Betonung antikapitalistischer Parolen hing auch ihre antijüdische Propaganda zusammen. Die SVP hatte deren Inhalt aus dem Programm der österreichischen und ungarischen Christlich-sozialen übernommen. Am häufigsten wurden zwei Argumente hervorgehoben.

Im Wirtschaftsleben der Slowakei spielten die Juden weiterhin eine verhältnismäßig wichtige Rolle. Sie hielten nicht unbedeutende Positionen in Industrie, Handel und Landwirtschaft, wenngleich es nach der Errichtung der Ersten Tschechoslowakischen Republik zu Wandlungen in ihrer sozialen Zusammensetzung gekommen war⁶. In der Slowakei stellten die Juden einen Großteil der

⁴ Vgl. P a u č o : Politicko-národný program HSL'S [Das politisch-nationale Programm der SVP]. Preßburg 1944.

⁵ Die Forderung nach Verwirklichung der politischen Autonomie als staatsrechtlicher Form der Lösung der Nationalitätenfrage kann als richtig betrachtet werden.

⁶ Diese Veränderungen erklärt treffend einer der bekanntesten slowakischen Politiker Dr. Clementis. Sich an die SVP wendend, schreibt er: „Die Kneipen und Wirtshäuser sind aus den Händen der »Kneipen«-Könige (Spitzname für jüdische Besitzer. L. L.) in die der Legionäre, Invaliden, Genossenschaften, Exponenten der Agrarpartei übergegangen . . . Dieselbe Tendenz hat die Entwicklung im Handel und Bankwesen an den Tag gelegt.“ Statistischen Angaben aus dem Jahre 1933 zufolge verteilte sich das Bank- und Finanzkapital in der Slowakei „nationalitätenmäßig“ folgendermaßen: „Die Gruppe der sog. slowakischen Banken repräsentierte mit ihrem Aktienkapital, den Reserven und Einlagen zusammen mit den Sparkassen und Kreditgenossenschaften 3054 Millionen, also 38 v. H. des Gesamtkapitals in der Slowakei. Die tschechischen Banken verfügten über 3451 Millionen, d. h. 44 v. H. des Gesamtkapitals in der Slowakei und die Gruppe der ungarisch-deutschen Banken (also auch jener Banken, in denen das jüdische Element vertreten war) nur die restlichen 18 v. H. Das bedeutet, daß die Juden in den Kleinhandel und in die Geschäftsvermittlerberufe abgedrängt waren und daß wir für die Finanzoperationen und die Wirtschaftspolitik, der ein Teil der Industrie in der Slowakei zum Opfer fiel, dem »arischen« Finanzkapital zu danken haben.“ Clementis : Lex Sidor. DAV 1937, Nr. 4.

mittleren Schichten (Kleinhändler und Handwerker). Viele waren auch in freien Berufen als Rechtsanwälte, Ärzte usw. tätig. In der Kritik der Tätigkeit der Juden in den erwähnten Wirtschaftszweigen, wie sie die SVP geltend machte, erblickten die Volksschichten irrtümlich eine Kritik an der existierenden Gesellschaftsordnung als solcher, die in ihren Augen weitgehend das jüdische Kapital vorstellte. Nicht der Kapitalismus an sich, sondern das jüdische Kapital war in der Argumentation der SVP die Ursache allen Übels. Ihre Kritik galt nicht den Großgrundbesitzern und den Eigentümern der kirchlichen Latifundien, sondern deren jüdischen Pächtern.

Zugleich mit den antikapitalistischen Parolen wandte die SVP gegen die Juden ein weiteres Argument an. Die SVP warf ihnen vor, sich in großer Zahl auch weiterhin zur ungarischen Nationalität zu bekennen, die ungarische Presse und Literatur in der Slowakei zu unterstützen, sich im Privatleben der ungarischen Sprache zu bedienen und die traditionellen Bande mit Budapest aufrechtzuerhalten. Es entspricht der Wahrheit, daß die Juden in der Slowakei sich auch zur Zeit der ČSR zur ungarischen Nationalität bekannten. Daten zufolge, die schon auf den Ergebnissen der ersten offiziellen Volkszählung im Jahre 1921 fußen, bekannten sich zum israelitischen Glauben in der Slowakei insgesamt 135 918 Personen. Von dieser Anzahl gaben 21 584 der Gezählten — also 15,9 % — als ihre Nationalität die ungarische zu Protokoll⁷.

Nicht nur die besondere soziale, sondern auch die nationale Zusammensetzung des Judentums war in entscheidendem Maß von der historischen Entwicklung beeinflusst. Diese historische Bedingtheit im konkreten Fall der Slowakei hat m. E. am treffendsten ein bekannter slowakischer Politiker dargelegt, indem er schrieb: „Daß die Juden in der Slowakei vor dem Umsturz sich mit der Magyarisierungsströmung solidarisierten und nicht der slowakischen nationalen Bewegung anschlossen, ist Tatsache, aber ich würde es ihnen nicht so rigoros zum Vorwurf machen. Die Juden taten in dieser Hinsicht nichts anderes, als daß sie sich der überwiegenden Mehrzahl der Slowaken bzw. der slowakischen Intelligenz anschlossen. Diese war bekanntlich in ihrer überwältigenden Mehrheit dem nationalen Gedanken entfremdet und dem Renegatentum anheimgefallen. Wenn selbst

⁷ Statistická příručka republiky Československé [Statistisches Handbuch der Tschechoslowakischen Republik]. Prag 1925, S. 379. Anlässlich der Volkszählung vom 1. 12. 1930 bekannten sich von der Gesamtzahl der Juden in der Slowakei der Nationalität nach zur:

tschechischen und slowakischen	44 009	32,19 v. H.
ruthenischen	178	0,13 v. H.
deutschen	9 945	7,28 v. H.
magyarischen	9 728	7,12 v. H.
jüdischen	72 644	53,11 v. H.
anderen	233	0,17 v. H.
Insgesamt	136 737	

Československá statistika. Sv. 98. Řada VI. Sčítání lidu v republice Československé ze dne 1. prosince 1930. Díl I [Tschechoslowakische Statistik. Bd. 98. Reihe VI. Volkszählung in der Tschechoslowakischen Republik vom 1. Dezember 1930. Teil I]. Prag 1934, S. 105—106.

die Slowaken das Magyarisierungssystem für das richtige hielten und nur eine Handvoll Slowaken an der slowakischen Sprache festhielt, warum hätten dann die Juden mehr Slowaken sein sollen als die Slowaken selbst, warum hätten sie päpstlicher sein sollen als der Papst?⁸“

Das bedeutet, daß in der damaligen Zeit die gesellschaftlichen und kulturellen Voraussetzungen einer Eingliederung der Juden in das slowakische Volksganze nicht gegeben waren, weil die Voraussetzungen einer kulturellen oder nationalen slowakischen Assimilation fehlten. Auch aus anderen Gründen war es jedoch fehl am Platz, wenn die SVP den Juden den Vorwurf machte, sie seien magyarophil. Es sei nur daran erinnert, daß zu den Anhängern der SVP auch Protagonisten des ehemaligen ungarischen Regimes gehörten, die nach der Entstehung der ČSR von den neuen Verhältnissen persönlich betroffen worden waren. Das war vor allem die zahlenmäßig starke Schicht von Beamten, öffentlichen und Staatsangestellten slowakischer Herkunft, die auf Grund ihres Dienstes im ungarischen Apparat für unzuverlässig erklärt worden waren. Außerdem verschwieg die SVP die Tatsache, daß sich die magyarophile Gesinnung der Mehrzahl der in der Slowakei tätigen röm.-kath. Priester auch nach der Selbständigkeitserklärung der ČSR nicht geändert hatte⁹.

Die Toleranz, die die SVP gegenüber diesen Personen übte, verwandelte sich in ihrem Verhältnis zu den Juden zur völligen Negation jeder Möglichkeit ihrer Anpassung an die neuen Gegebenheiten. Den Prozeß der allmählichen Integration der Juden in die neuen Verhältnisse mußte die SVP schließlich zur Kenntnis nehmen, aber auf die ihr eigene Weise. Da sie sich nicht von ihrer antijüdischen Orientierung freimachen konnte, kommentierte sie diese Erscheinung mit dem Argument, daß „die Juden die Barriere der Magyarisierung überwunden haben, aber nicht um in slowakischen, sondern in tschechoslowakischen Wassern zu schwimmen“¹⁰.

So wie die SVP mit fortschreitender Zeit ihren Kampf um eine Vormachtstellung in der slowakischen Politik intensivierte, wurde sie auch aggressiver in ihren antijüdischen Ausfällen. Ihre Sympathien für verschiedene Bewegungen ultranationalistischer Observanz blieben gleichfalls nicht ohne Einfluß auf ihre Haltung. Auf einer Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Abgeordnetenhauses, die am 9. März 1937 stattfand, brachte einer der führenden Politiker der SVP, der Abgeordnete Sidor, die Forderung einer Aussiedlung der

⁸ Dé rer: Československá otázka [Die tschechoslowakische Frage]. Prag 1935, S. 35—36.

Unmittelbar nach der Gründung der ČSR gab es in der Slowakei ungefähr 1200 nationalfühlende Angehörige der Intelligenz. Rede des Abg. Votruba. Stenographische Berichte von der 72. Sitzung der Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik, 16. 9. 1919.

⁹ Pater Hlinka sandte im November 1918 ein Rundschreiben an die katholische Geistlichkeit in der Slowakei, in dem er sie ermahnte, ihre ablehnende Haltung gegenüber dem neuen Staat aufzugeben und so zu retten, was sich an Interessen der Kirche retten lasse. Sidor: Slovenská politika na pôde pražského snemu (1918—1938) [Die slowakische Politik im Prager Parlament]. Bd. 1. Preßburg 1943, S. 318 f.

¹⁰ Židia na Slovensku v minulosti a teraz [Die Juden in der Slowakei in der Vergangenheit und jetzt]. Slovák, 10. 9. 1933, Nr. 204.

Juden aus der Slowakei vor¹¹. Diese Äußerung war ein untrüglicher Beweis dafür, auf welcher Plattform sich die SVP bereits befand. Es war dies ein Teil jener politischen Hypothek, die die SVP später nicht nur auf Kosten ihres eigenen Kredits als klerikale Partei, sondern auch auf Kosten des gesamten slowakischen Volkes und nicht zuletzt zu Lasten der katholischen Kirche in der Slowakei zurückzahlen mußte.

Die von der SVP gegen die Juden vorgebrachten Argumente waren weder neu noch eine slowakische Besonderheit. Für die weitere Entwicklung der Haltung der SVP in dieser Frage waren die Schlüsse, die sie daraus zog, weit bedeutsamer. Sie war nämlich bestrebt, die Juden als ein fremdes Element vorzustellen, das sich wegen seiner rassischen Besonderheiten diametral von seiner Umgebung unterscheide. Darum könne und wolle es sich nicht in das Volk eingliedern, in dem es lebe¹². Das war eine sehr gefährliche These, deren Tragweite sich erst später so verhängnisvoll erweisen sollte.

Das von den vier Großmächten am 30. September 1938 in München geschlossene Abkommen hatte für die weitere Existenz der Tschechoslowakei als selbstständiger Staat weitreichende Folgen. Abgesehen von den großen Schwierigkeiten, mit denen sich die verstümmelte Tschechoslowakei nach der Abtretung eines Teiles ihres Gebietes auseinandersetzen mußte, kam es auch zu schwerwiegenden staatsrechtlichen Veränderungen im Verhältnis zwischen dem tschechischen und dem slowakischen Volk.

Unter den Bedingungen eines allgemeinen politischen und Ideenverfalls, den die damalige Situation nach sich zog, trat der Exekutivausschuß der SVP am 6. Oktober 1938 in Sillein (Žilina) zu einer außerordentlichen Tagung zusammen. In dem dort angenommenen Beschluß heißt es, daß die SVP die Regierungsgewalt in einer Slowakei übernehme, die sich weiterhin in einer sehr stark gelockerten Verbindung mit den böhmischen Ländern befinde.

Die anti-jüdischen Tendenzen als langjähriges Propagandamittel gewannen so den Charakter einer offiziellen Politik der slowakischen Landesregierung¹³. Schon in dem bereits erwähnten Beschluß des Exekutivausschusses der SVP, der zum Gründungsdokument der Autonomie des Landes Slowakei geworden war, hatte man nicht vergessen, zu betonen, daß die SVP „an der Seite der gegen die marxistisch-jüdische Ideologie der Diversion und Gewalt kämpfenden Völker ausharren“ werde¹⁴.

¹¹ Nech sa ťahujú židia do Palestíny a Birobidžanu! [Die Juden sollen nach Palästina und Birobidschan übersiedeln!]. Slovák, 12. 3. 1937, Nr. 58.

¹² Vortrag von Dr. D'určanský in Sillein (Žilina) am 8. 3. 1937. Slovák, 12. 3. 1937, Nr. 58.

¹³ Zur Lage der Juden zur Zeit des autonomen Landes Slowakei siehe: Kamenec: Židovská otázka a spôsoby jej riešenia v čase autonómie Slovenska [Die jüdische Frage und die Methoden ihrer Lösung während der autonomen Slowakei]. Nové obzory 10 (1968) 155—180. — Bodensieck: Das Dritte Reich und die Lage der Juden in der Tschecho-Slowakei nach München. VfZ 9 (1961) 249—261.

¹⁴ Manifest slovenského národa [Manifest des slowakischen Volkes]. Slovák, 7. 10. 1938, Nr. 228. Es handelte sich eigentlich nur um die Wiederholung eines Schlagwortes, das

Anfangs waren die antijüdischen Maßnahmen, die die slowakische Landesregierung verfügte, Bestandteil der antidemokratischen Eingriffe überhaupt. Es war der SVP vor allem darum zu tun, jede Äußerung einer Opposition zum Schweigen zu bringen. Als die am schwersten wiegende Maßnahme der Landesregierung hat in diesem Stadium die Auflösung der Jüdischen Partei zu gelten. Dadurch büßten die Juden der Slowakei die eigene politische Repräsentanz ein, die zu diesem Zeitpunkt die wichtige Rolle eines der Mittel zur Verteidigung gegen die beginnende Diskriminierung spielen konnte¹⁵.

Zur Zeit der Autonomie des Landes Slowakei wurden noch nicht so viele Schritte unternommen, die sich direkt oder indirekt gegen die Juden richteten. Die antijüdischen Tendenzen kamen ausgeprägter in der ganzen offiziellen Atmosphäre und in der praktischen Politik zum Ausdruck. Der direkte Impuls zur Entfesselung einer antijüdischen Kampagne stand mit den Gebietsverlusten der Slowakei zugunsten Ungarns in engem Zusammenhang. Der Landesregierung war viel daran gelegen, in diesem Fall einen wenigstens teilweisen Erfolg zu erzielen. Darum war sie bestrebt, sich für ihre Vorschläge und Vorstellungen das Dritte Reich geneigt zu machen. Obwohl die verantwortlichen slowakischen Regierungsvertreter in Gesprächen mit Funktionären des Reiches betonten, daß die Slowaken die „*volle Selbständigkeit* unter stärkster politischer, wirtschaftlicher und militärischer Anlehnung an Deutschland“ wünschten und daß „das Judenproblem ähnlich wie in Deutschland gelöst“ würde¹⁶, konnten sie keinen Erfolg verzeichnen. Die strittige Frage wurde von beiden Seiten einem Schiedsspruch Deutschlands und Italiens unterworfen.

Die Ergebnisse des Wiener Schiedsspruchs vom 2. November 1938 waren für die Slowakei in jeder Hinsicht geradezu katastrophal. Nichts war leichter, als diese schmerzliche Niederlage den Juden anzulasten. Ungarn gewann außer Preßburg und Neutra (Nitra) alle größeren Städte, auf die es Anspruch erhoben hatte. Der offiziellen slowakischen Version zufolge waren an der Abtretung vieler dieser Städte die Juden schuld, denn sie hatten sich zur ungarischen Nationalität bekannt. Das Argument, daß die dort ansässigen Juden die Abtretung dieser Städte verschuldet hätten, entsprach nicht den Tatsachen. Bei der Besetzung jenes Teils des slowakischen Gebiets spielten vor allem reale machtpolitische Gründe und Konstellationen und erst in zweiter Linie die nationale Frage eine Rolle. Es wäre sonst nicht geschehen, daß etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung des abgetretenen Gebiets sich zur slowakischen oder tschechischen Nationali-

vor allem seit dem Parteikongreß in Pistyan (Piešťany) im Jahre 1936 immer öfter zu hören war. Die SVP weist auf die jüdische Gefahr hin, die sich als jüdisch-bolschewistische Anarchie manifestiert. P a u č o 13, 42.

¹⁵ Die slowakische Landesregierung beschloß die Auflösung mehrerer politischer Parteien, darunter auch der Jüdischen Partei und der Vereinigten sozialistisch-zionistischen Arbeiterpartei. Kundmachung des Landesinnenministeriums 25/1939. Die Einstellung der Tätigkeit dieser Parteien ordnete das Landesamt in Preßburg bereits am 25. 11. 1938 an.

¹⁶ Gespräche Dr. D'určanskýs mit Göring im Beisein von Mach, Karmasin und Dr. Seyss-Inquart am 12. 10. 1938. ADAP, IV, Dok. 68. — D'určanský: Mit Tiso bei Hitler. Die Entstehung der Slowakischen Republik 1939. Politische Studien 7 (1956) 9.

tät bekannte¹⁷. Ungarischerseits wurden die Juden wiederum entgegengesetzter Absichten verdächtigt¹⁸.

Nach der Bekanntgabe der Ergebnisse des Wiener Schiedsspruches schwoll die Welle antijüdischer Stimmung gefährlich an. In Preßburg kam es am 3. November 1938 zu ausgedehnten Demonstrationen. Es wurden Fenster jüdischer Wohnungen und Schaufenster jüdischer Läden zertrümmert und antijüdische Schlagworte gerufen¹⁹. Am 4. November 1938 erhielten die Bezirksämter in der Slowakei ein vom Vorsitzenden der Landesregierung Dr. Tiso unterzeichnetes Telephonogramm, in dem angeordnet wurde, arme und mittellose Juden mit ihren Angehörigen in Massentransporten in eine 20 km von den neuen Grenzen entfernte Randzone abzuschieben. Die Evakuierung erstreckte sich auch auf Juden ungarischer, deutscher, rumänischer und polnischer Staatsangehörigkeit. Ihr Besitz wurde behördlich sichergestellt. Kurz vor dem Ablauf der Evakuierungsfrist ging den Bezirksämtern eine neue Regelung zu. Die gewaltsame Aussiedlung sollte sich lediglich auf jüdische Einwohner mit der erwähnten fremden Staatsangehörigkeit und auf staatenlose Juden beziehen. Überdies sollten Juden ohne Heimatzuständigkeit aus der Gemeinde, in der sie sich aufhielten, in ihre Heimatgemeinden ausgewiesen werden. Die Aktion wurde in der Mehrzahl der Bezirke durchgeführt²⁰. Mehrere Bezirksämter unterließen die Durchführung aus verschiedenen Gründen²¹.

Auch in Ungarn wollte man die Ausgewiesenen nicht aufnehmen²². So blieb ihnen nichts anderes übrig, als sich unter freiem Himmel im Niemandsland niederzulassen. Die Verantwortlichen der Zentralen jüdischen Amtsstelle und der Zentralkanzlei der orthodoxen autonomen jüdischen Kultusgemeinden entschlossen sich, direkt an den Vorsitzenden der slowakischen Landesregierung zu appellieren,

¹⁷ Nach der Volkszählung von 1930 befanden sich auf dem abgetretenen Gebiet 854 217 Einwohner. Von dieser Zahl bekannten sich 272 145 zur slowakischen oder tschechischen Nationalität. Der Statistik der Religionszugehörigkeit zufolge lebten dort etwa 46 000 Juden. *Československá statistika*. Bd. 98, Reihe VI.

¹⁸ Im Telegramm des ungarischen Gesandten in Prag vom 1. 10. 1938 an die Zentrale in Budapest heißt es: „Die oberländischen Juden entfalten eine starke Propaganda für die Tschechoslowakei.“ HÜSAV — Filmarchiv 2/III (O. L. Küm. pol. 3268/1938 — 7/7 — III — fol. 10). Mit oberländischen Juden waren diejenigen Juden gemeint, die in den später an Ungarn abgetretenen Gebietsteilen der Slowakei siedelten.

¹⁹ Slovák, 4. 11. 1938, Nr. 251.

²⁰ Kamenec 162.

²¹ Der Bezirkshauptmann in Neustadt a. d. Waag (Nové Mesto n/Váhom) meldet, er habe die Aktion wegen unüberwindlicher Schwierigkeiten nicht durchgeführt. Er wies auf die katastrophalen Folgen eines solchen Vorgehens für das Wirtschaftsleben hin. Sein Kollege aus Schemnitz (Banská Štiavnica) begründete seinen Ungehorsam damit, „daß diese Lösung allgemein, auch in christlichen Kreisen, als eine inhumane angesehen wurde, eine um so grausamere, als es gerade vom 4. auf den 5. November kalt war und in Strömen regnete und einzelne Mitglieder der Hlinka-Garde sich trotz ausdrücklichen Verbots der Bezirksbehörde gegen die Juden brutaler und unchristlicher Übergriffe schuldig machten“. ŠSÚA — KÜ 517, P. IV. K. 232.

²² Im Gegenteil, Ungarn wies Juden und Personen ungarischer Nationalität, deren Heimatzuständigkeit in Gemeinden, die sich auf dem besetzten Gebiet befanden, aus dem Lande. ŠSÚA — PSV 107/39. K. 35.

um die Bewilligung einer Rückkehr dieser gewaltsamen Ausgesiedelten in die Slowakei zu erwirken. Nach vielen Interventionen — nicht zuletzt auch seitens der Zentralregierung in Prag und mehrerer bedeutender slowakischer Wirtschaftsvertreter — wurde eine Kompromißlösung erzielt. Die jüdischen Organisationen verpflichteten sich, für die Unterbringung, Verpflegung und ärztliche Betreuung dieser Menschen nach ihrer Rückkehr in die Slowakei zu sorgen und ihnen später die Auswanderung zu ermöglichen. Die Ausgesiedelten wurden nach ihrer Rückkehr in die Slowakei vorübergehend in einem stillgelegten Fabrikbetrieb an der Peripherie Preßburgs untergebracht²³.

Die teilweise Wiedergutmachung dieses Falles bedeutete keineswegs das Ende der antijüdischen Exzesse. Die Hlinka-Garde (weiter HG) und die sog. Nationalausschüsse²⁴ griffen in diesem Zeitabschnitt willkürlich ins öffentliche Leben ein. Insbesondere gegenüber der jüdischen Bevölkerung traten sie nicht nur gewalttätig, sondern auch erpresserisch auf. Wohlhabende Juden wurden entweder direkt erpreßt oder in Gewahrsam genommen²⁵.

Zu wiederholten antijüdischen Ausschreitungen kam es in Tyrnau (Trnava). Die erste Welle brandete im Dezember 1938 heran, als auch die Synagoge geschändet wurde. Die örtlichen Behörden griffen überhaupt nicht ein²⁶.

Außer diesen Exzessen begannen sich die antijüdischen Tendenzen auch in anderer Form zu äußern, vor allem in jenen Kreisen der slowakischen Gesellschaft, die sich der unwillkommenen Konkurrenz der Juden entledigen wollten. Die Leitung der schon erwähnten „Nationalausschüsse“ beeilte sich mit dem Vorschlag, Treuhänder in jene Betriebe zu entsenden, die angeblich unzuverlässigen Unternehmern gehörten oder von ebenso unzuverlässigen Angestellten geleitet wurden. So allgemein formulierte Forderungen bedeuteten, in die damalige Praxis projiziert, Maßnahmen allein gegen tschechische und jüdische Unternehmen.

Die böhmischen Länder hatten nach dem Münchner Diktat viele Wälder eingebüßt. Demgegenüber war der Waldreichtum der Slowakei auch im Rahmen der neuen Grenzen im großen und ganzen erhalten geblieben. Er stellte somit einen wichtigen Rohstoff für die Verarbeitung und Ausfuhr dar. In diesem Wirtschaftszweig spielten jüdische Unternehmen eine wichtige Rolle. Darum fanden sich Vertreter der nichtjüdischen Unternehmer und Händler am 30. Oktober 1938 in Sillein (Žilina) ein, um den Verband slowakischer Holzindustrieller, Holzhänd-

²³ Vgl. Neumann: Im Schatten des Todes. Ein Tatsachenbericht vom Schicksalskampf des slowakischen Judentums. Tel Aviv 1956, S. 18 ff. — Kamenec 164.

²⁴ Die Hlinka-Garde war eine paramilitärische Organisation. Dem Bericht zufolge wurde schon im Juli 1938 in Tyrnau (Trnava) die erste HG-Organisation in der Slowakei gegründet. Slovák, 3. 8. 1938, Nr. 174. Nach der Verkündung der slowakischen Autonomie wurde Sidor zu ihrem Oberkommandanten ernannt. Wegen seines starken politischen Engagements auch außerhalb der Slowakei hatte die Leitung dieser Organisation deren Stabschef Murgaš inne. Die Nationalausschüsse entstanden auf Grund der Verordnung der Landesregierung vom 14. 10. 1938 ABL. Sie sollten als Hilfsorgane der staatlichen und öffentlichen Behörden fungieren.

²⁵ Bericht des Abg. Nečas über die Situation in der Slowakei vom 11. 11. 1938 an den Vorsitzenden des Ministerrats in Prag. SÚA — PMR S 8694/418/3, S — 38. K. 208.

²⁶ SSÚA — PSV 645/39. K. 35.

ler und Waldeigentümer zu gründen. Mitglied konnte nur ein christlicher Slowake werden. Nicht lange danach gründeten Vertreter derselben Wirtschaftskreise am 20. November 1938 eine Handelsgesellschaft „Slowakische Holz AG“ als Konkurrenzunternehmen der Firma „Dredoma“, die sich in überwiegend jüdischen Händen befinden sollte²⁷.

Andere slowakische Wirtschaftskreise verlangten eine Beteiligung an den von jüdischem Kapital beherrschten Unternehmen, die mit der Landwirtschaft zusammenhingen. In diesen Unternehmensbereich war slowakisches Kapital schon zur Zeit der vormünnchner ČSR verhältnismäßig erfolgreich eingedrungen. Zudem erforderte dies wegen der geringen Konzentration nicht viel freies Kapital. Das entsprach gerade den Möglichkeiten jener Kreise, die sich der Zuckerraffinerien, Stärkefabriken, Leinsammelstellen, Malzfabriken, Kunstfettfabriken usw. bemächtigen wollten²⁸.

Die Stimmen, die die Beseitigung der Juden forderten, beschränkten sich nicht allein auf den Wirtschaftsbereich, sondern fanden ihren Widerhall auch im öffentlichen Leben. Auf der gründenden Generalversammlung des „Ärzteverbandes des Landes Slowakei“, die am 4. Dezember 1938 stattfand, entwickelte sich nach einem Referat über aktuelle Standesfragen eine Diskussion auch über das Verhalten der Organisation gegenüber jüdischen Ärzten. Es ließen sich auch schon solche Stimmen vernehmen, die die Einführung des Arierparagraphen verlangten²⁹. In dieser Richtung entfaltete die Hochschuljugend ihre Aktivität. Eine Resolution, die am 29. November 1938 von der Generalversammlung des Vereins slowakischer Medizinstudenten angenommen wurde, forderte die „augenblickliche Einführung des Numerus nullus für Angehörige der jüdischen Nationalität und der jüdischen Religion für mindestens 25 Jahre. Nach dem prozentuellen Ausgleich im Ärzteberuf soll der numerus clausus zur Anwendung kommen“³⁰.

Die Repräsentanten der neuen slowakischen Regierungskreise bauten allmählich, aber zielstrebig, die einzelnen Attribute der Staatsmacht auf, auch wenn sie vorläufig davon ausgingen, daß die Slowakei Bestandteil der ČSR bleiben würde. Zu diesen Attributen gehörte auch die Schaffung eines slowakischen Landtags. Die Wahlen in diesen wurden auf den 18. Dezember 1938 anberaumt. Zugelassen war nur eine einzige Kandidatenliste, auf der auch Vertreter der deutschen, ungarischen und ukrainischen Minderheit an wählbarer Stelle figurierten. Ein Vertreter der jüdischen Gemeinschaft fehlte auf dieser Kandidatenliste, obwohl es sich um 4 % der gesamten Einwohnerzahl der Slowakei handelte. In einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der Landesregierung Dr. Tiso stellte der

²⁷ ŠSÚA — PSV 1767/38. K. 2.

²⁸ Lipták: Ovládnute slovenského priemyslu nemeckým kapitálom [Die Beherrschung der slowakischen Industrie durch das deutsche Kapital]. Preßburg 1960, S. 27.

²⁹ Slovenský lekár [Der slowakische Arzt], 1. 3. 1939, Nr. 1.

³⁰ Národné noviny [Nationalzeitung], 22. 1. 1939, Nr. 22. — Seitens der akademischen Jugend der SVP waren auch radikalere Forderungen zu hören, z. B. „Wir wollen den Arier-Paragraphen“ oder „Den Juden bricht das Herz — hier ist Tuka Rektor“ [Židom srdce puká — tu je rektor Tuka]. Slovák, 26. 11. 1938, Nr. 270.

Korrespondent der Jüdischen Telegraphenagentur Fränkel u. a. die Frage, warum die Juden im Landtag keine Vertretung hätten. Dr. Tiso erklärte, daß die Repräsentanten der slowakischen Juden eine eigene Vertretung nicht verlangt hätten³¹. Mit Hinblick auf die bekannte Orientierung der SVP sowie auf die Forcierung antijüdischer Stimmung fällt die Voraussetzung dahin, daß ein Vertreter der Juden auf der gemeinsamen Einheitsliste, die von der SVP präsentiert wurde, in Erscheinung treten könnte.

Die Absichten der SVP, wie sie während der Vorbereitung, dem Verlauf und in der Art und Weise der Wahlen zum Ausdruck kamen, zielten keineswegs nur auf die Juden, sondern sie richteten sich auch gegen andere Gruppen. Im Verhältnis zu den Juden muß man sich jedoch noch einen weiteren Aspekt vergegenwärtigen. Im Landtag waren außer den Juden auch die sozialdemokratische und die kommunistische Partei nicht vertreten. Diese beiden wurden aus weltanschaulichen Gründen zu den Feinden der neuen Ordnung gezählt. Daß die Juden ohne Rücksicht auf ihre politische Einstellung den Feinden des Volkes und Staates zugeordnet wurden, zog alsbald die ersten konkreten politischen und gesellschaftlichen Folgen nach sich.

Obwohl die offizielle slowakische Politik weitgehend selbständig operierte, war die Slowakei doch noch durch staatsrechtliche Bande mit den böhmischen Ländern verbunden. Diese Tatsache macht es notwendig, die Vorstellungen und die politische Praxis der Zentralregierung³² mit Hinblick auf mögliche antijüdische Maßnahmen in groben Umrissen aufzuzeigen. So läßt sich das Verhalten beider Regierungen konfrontieren und zugleich feststellen, ob und in welchem Umfang die Zentralregierung auf die Haltung der slowakischen Landesregierung in dieser Frage Einfluß nahm.

Die nach dem Münchner Diktat entstandene neue Situation gab den Impuls zu einer Umwertung der alten Werte. Im Rahmen dieses Prozesses kamen auch rechtsradikale und chauvinistische tschechische Kreise zu Wort, die alles verdammt, was die in der ČSR etablierte demokratische Ordnung aufgebaut hatte. Dabei fehlten auch antijüdische Ausfälle nicht. Gegenüber solchen Äußerungen nahm die Zentralregierung vorläufig eine reservierte Haltung ein. Die Politik der Zentralregierung in der Frage antijüdischer Maßnahmen ging von der Negation der von auswärts aufgezwungenen allgemeinen rassistischen und religiösen Diskriminierung der Juden aus. Diese Haltung stützte sich nicht nur auf grundlegende, sondern auch auf taktische Überlegungen, die einer möglichen, vor allem wirtschaftlichen Hilfe seitens der Westmächte nicht den Weg zu verbauen bestrebt waren. Zudem fürchtete die Zentralregierung noch weitere mögliche Folgen, vor allem einen Boykott tschechoslowakischer Waren sowie eine Kapitalflucht aus den einheimischen Banken³³.

³¹ Slovák, 10. 2. 1939, Nr. 34.

³² Nach Verabschiedung des Verfassungsgesetzes über das autonome Land Slowakei 299 vom 22. 11. 1938 Slg. wurde die Zentralregierung ernannt. Stellvertretender Regierungsvorsitzender war K. Sidor als Vertreter der Slowakei. Die slowakischen Landesminister waren vollberechtigte Mitglieder der Zentralregierung.

³³ Alarmierende Berichte kamen von den ausländischen Zweigstellen des Tschechoslowakischen Exportinstituts. ŠSÚA — ÚPV 648/39. K. 35.

Die Zentralregierung war einem systematischen Druck ausgesetzt — das Dritte Reich forderte nachdrücklich die Lösung der Judenfrage³⁴. Die Regierung nahm diesbezüglich eine differenzierte Haltung ein. Die Situation derjenigen, die als Emigranten aus Deutschland, Österreich und dem ehemals tschechoslowakischen, nach dem Münchner Abkommen dem Reich überantworteten Gebiet in die ČSR gekommen waren, sollte im Rahmen einer Allgemeinregelung der Flüchtlingsfrage bereinigt werden. Die Zentralregierung mußte unbedingt irgend etwas unternehmen, um nicht als Schutzmacht aller Feinde des Reiches zu erscheinen³⁵.

Bezüglich der künftigen Stellung der zweiten Kategorie von Juden sollte, wie der neue Vorsitzende der Zentralregierung R. Beran am 13. Dezember 1938 erklärte, auf diejenigen Rücksicht genommen werden, die schon lange hier ansässig seien und sich zu Staat und Volk positiv verhielten³⁶. Die Zentralregierung entschied sich hinsichtlich der Gesamtregelung der künftigen Stellung der Juden für eine abwartende Taktik. Auf ihrer Sitzung vom 6. Dezember 1938 warf der stellvertretende Regierungsvorsitzende K. Sidor u. a. die Frage einer erforderlichen Lösung der Judenfrage auf³⁷. Als Antwort auf diese Initiative gab der Vorsitzende der Zentralregierung auf der folgenden Sitzung am 10. Januar 1939 die Bildung zweier Sonderkommissionen bekannt, deren erste in Zusammenarbeit mit den slowakischen Landesbehörden die Modalitäten einer Ausfuhr des Besitzes jüdischer Auswanderer absprechen sollte³⁸. Die zweite Subkommission sollte im

Die Möglichkeit bevorstehender antijüdischer Maßnahmen rief in Großbritannien Enttüstung hervor. Auf Wunsch der offiziellen tschechoslowakischen Delegation, die in London Verhandlungen über Kreditgewährung führte, beschloß das Ministerium für soziale Fürsorge und Gesundheitswesen, einen hohen Regierungsbeamten zu entsenden, um die Vermutungen zu entschärfen. Seine Erläuterung sollte lauten, daß es sich nur um Kombinationen der englischen Presse handle. Zugleich war er ermächtigt, zu verstehen zu geben, daß sich die Zentralregierung über die zukünftige Lage der Juden in der ČSR Gedanken mache. SÚA — PMR II — 4396.

Ein warnendes Beispiel war der Kapitalschwund aus den Preßburger Banken als Folge der antijüdischen Exzesse in der Slowakei. DBFP, IV, S. 97.

³⁴ Gespräche des tschechoslowakischen Außenministers mit Ribbentrop vom 13. 10. 1938 und des tschechoslowakischen Gesandten in Berlin mit Göring (vermutlich den 16. oder 17. 10. 1938). ADAP, IV. Dokumente 55 und 67.

³⁵ Die Zentralregierung beriet am 19. 10. 1938 über das Problem der Flüchtlinge aus den vom Dritten Reich besetzten tschechoslowakischen Gebieten. In dieser Frage wurde das Innenministerium beauftragt, nach den geltenden Gesetzen vorzugehen. Nur in begründeten Fällen war dem abzuschiebenden Flüchtling eine Ausnahme zu gewähren. Das zukünftige Schicksal der Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich regelten zwei Regierungsverordnungen. Die erste betraf die Überprüfung der Staatsangehörigkeit, während die zweite ergänzende Bestimmungen hinsichtlich des weiteren Aufenthaltes der Flüchtlinge enthielt. Slovák, 3. 2. 1939, Nr. 28.

³⁶ Stenographische Berichte von der 156. Sitzung des Abgeordnetenhauses der Nationalversammlung, 13. 12. 1938.

Der Staatspräsident griff diese Frage auf, indem er es als notwendig erachtete, „einen Weg zu finden, der die Aufgabe der Juden im Leben jener Völker, die Träger des Staatsgedankens sind, begrenzen könnte“. PR 8 (1938—39) 337—338. — KA (1938) 3832 K.

³⁷ Slovák, 8. 12. 1938, Nr. 280.

³⁸ Von der Großbritannien gewährten Anleihe wurde eine halbe Million Pfund-Sterling für die Auswanderung der Juden bestimmt. SÚA — PMR II — 4396.

Einvernehmen mit K. Sidor den Entwurf einer Lösung der Judenfrage überhaupt vorbereiten³⁹. In der gegebenen Situation mußten die langsamen Fortschritte bei der Lösung dieser Frage gegenüber den Repräsentanten des Reiches begründet werden. Man formulierte das folgendermaßen: In der ČSR sind die Verhältnisse anders als in Deutschland, weshalb ein radikales Einschreiten gegen die Juden nicht zu empfehlen ist. Es hängt z. B. vom Vorgehen gegen die Juden ab, ob Großbritannien der ČSR den so notwendigen Kredit gewährt. Die amerikanischen Slowaken werden sich bei Tiso dafür verwenden, keine schärferen Maßnahmen gegen die Juden zu ergreifen, weil er damit auch ihre Wirtschaftspositionen und ihren politischen Einfluß gefährden könnte. Die kleine Tschechoslowakei könne die erwählten Umstände nicht außer acht lassen, während das große Deutschland es könne, erklärte der tschechoslowakische Außenminister Dr. Chvalkovský⁴⁰. Die Führer des Dritten Reichs gaben sich jedoch mit dieser Erklärung nicht zufrieden. Dr. Chvalkovský mußte sich bei seiner Audienz am 21. Januar 1939 heftige Vorwürfe Hitlers anhören, der erklärte: „Die Juden werden bei uns vernichtet ... Aber in der Tschechoslowakei vergiften die Juden heute noch das Volk“⁴¹. Die Zentralregierung ließ sich durch den Ausfall Hitlers nicht von ihrer wohlerrwogenen Politik abbringen. In ihrem Beschluß vom 27. Januar 1939 erklärte sie mit Nachdruck, daß sie, was ihre weitere Haltung gegenüber der jüdischen Bevölkerung betreffe, abzuwarten gedenke, wie diese Frage in anderen mitteleuropäischen Ländern, vor allem in Ungarn, gelöst würde, und daß sie sich der Initiative Rumäniens für eine internationale Lösung anschließe⁴².

In Anbetracht des Verhaltens der Zentralregierung gegenüber den Juden kann eindeutig festgestellt werden, daß die slowakische Landesregierung in dieser Hinsicht keineswegs ermuntert wurde, eine radikale Lösung der Frage in Angriff zu nehmen. Wenn die slowakischen offiziellen Stellen dennoch eine größere Initiative entfalteten, entsprach dies nur der traditionellen, ausgeprägt antijüdischen Orientierung der SVP. In der damaligen Situation trat bereits eine weitere Komponente zutage, die ihre Ausgangsbasis in konkreten machtpolitischen Kämpfen hatte, welche unvermindert auch nach der Autonomieerklärung der Slowakei und ihrer Legalisierung fort dauerten. Das Streben der slowakischen Regierungskreise nach immer mehr Selbständigkeit und Aktionsfreiheit sowie die Bemühungen der Zentralregierung, mit Hilfe ihrer Wirtschaftshebel diesen Prozeß zu bremsen, riefen eine Atmosphäre ständiger Spannung hervor. Die führenden Persönlichkeiten der slowakischen offiziellen Politik suchten Kontakte mit dem Dritten Reich, um auf diese Weise Hilfe und Unterstützung im Konkurrenzkampf mit der Zentralregierung zu erhalten. Die antijüdischen Ausschreitungen, die sich in der Slowakei als Teil der immer schnelleren antidemokratischen Entwicklung zu

³⁹ E b e n d a.

⁴⁰ Aufzeichnung des deutschen Geschäftsträgers in Prag Hencke vom 13. 12. 1938 (Abschrift zu Pol. IV 9275, 435123—4) in D'urica: La Slovacchia e le sue relazioni politiche con la Germania 1938—1945. Bd. 1. Padua 1964, S. 145—146.

⁴¹ ADAP, IV, S. 167, 171, 177: Leithäuser: Diplomatie auf schiefer Bahn. Der Fall Tschechoslowakei. Der Monat (1952) Heft 50, S. 199.

⁴² SÚA — PMR II — 4396.

manifestieren begannen, riefen begreiflicherweise die Aufmerksamkeit des Dritten Reiches hervor, das sich entschloß, die Tschechoslowakei als selbständigen Staat zu liquidieren.

Die antijüdische Stimmung sowie die sie begleitenden Ausschreitungen waren zwar symptomatisch, aber sie gaben keine konkrete Antwort auf die Frage, wie sich die slowakischen offiziellen Kreise Form und Art einer künftigen Regelung der Position der Juden in der Slowakei vorstellten. Alle gingen von der Notwendigkeit einer unmittelbar in Angriff zu nehmenden Lösung der Judenfrage, wie die antijüdischen Eingriffe und Maßnahmen in der offiziellen Terminologie genannt wurden, aus. Diese Überzeugung gewann alsbald eine solche Intensität, daß auch ein großer Teil der liberaleren slowakischen Politiker dieser Psychose unterlag. Auf Grund verschiedener Erklärungen der einflußreichsten slowakischen Politiker kann man folgende Hauptgrundsätze, nach denen diese sich bei der Lösung der Judenfrage zu richten gedachten, nennen:

Das erste Grundprinzip formulierte Dr. Tiso in einer Regierungserklärung vor dem Landtag am 21. Februar 1939. Es lautete: „Bei der Lösung dieser Frage kann nicht nach dem Vorbild irgendeiner anderen Nation vorgegangen werden; das gebietet die Rücksicht auf unsere internationale Lage und auf mögliche Folgen einer Lösung dieses Problems im Leben des Volkes“⁴³.

Damit hing das zweite Grundprinzip zusammen, das vor allem von Wirtschaftskreisen formuliert und vom damaligen Landesminister P. Teplanský in ihrem Sinne erläutert wurde. Das Schlagwort „Die Slowakei den Slowaken“ sollte nicht nur in Personalfragen, sondern auch im Wirtschaftsleben in die Tat umgesetzt werden. Das sollte allmählich geschehen, „und zwar auf eine vernünftige, evolutionäre Weise, damit wir die Unternehmen in der Slowakei in verlässliche Hände leiten können und nicht durch unüberlegte Augenblicksaktionen das Interesse auch des fremden Kapitals zunichte machen“⁴⁴.

Den Sinn des dritten Grundprinzips erblickte Dr. Tiso, wie er mehrfach wiederholte, in der Notwendigkeit, „... ihre (die jüdische, L. L.) Teilnahme am Wirtschafts- und Kulturleben der Slowakei mit ihrem Prozentanteil an der Bevölkerungszahl in Einklang zu bringen“⁴⁵.

Ein weiteres Leitmotiv sollte die Einhaltung strenger Legalität sein, wie es mit Nachdruck K. Sidor formulierte: „... dem ersten slowakischen Parlament fällt die Aufgabe zu, Gesetze ins Leben zu rufen, die in der Slowakei die Lösung der Judenfrage ermöglichen“⁴⁶.

⁴³ Stenographische Berichte von der 2. Sitzung des Slowakischen Landtags, 21.—23. 2. 1939. — Slováč, 22. 2. 1939, Nr. 44.

⁴⁴ Slováč, 10. 11. 1938, Nr. 256.

⁴⁵ Pressekonferenz Tisos mit ausländischen Journalisten. Slováč, 27. 1. 1939, Nr. 22. — Gespräch Tisos mit dem Berichterstatter der Jüdischen Telegraphenagentur. Slováč, 10. 2. 1939, Nr. 34. Dieser These wurde im Leitartikel „Zametáť“ [Auskehren] beigegeben. Slováč, 29. 10. 1938. Der Verfasser des Leitartikels, der mit der Initiale „S“ zeichnete, war der Redakteur Straka, ein Vertrauensmann Sidors, des damaligen Chefredakteurs des Hauptpresseorgans der SVP.

⁴⁶ Wahlrede in Bösing (Pezinok) 28. 11. 1938. Slováč, 30. 11. 1938. — Gespräch mit dem Berichterstatter des „Exchange Telegraph“. Slováč, 28. 1. 1939, Nr. 23.

Die Regierungsstellen waren bestrebt, durch die Publikation im großen und ganzen gemäßigt formulierter Grundprinzipien die Auswirkungen eines überhitzten Radikalismus, wie ihn gewisse slowakische politische Kreise ebenso wie der dem Nationalsozialismus verfallene Teil der heimischen deutschen Minderheit gegenüber den Juden durchzusetzen versuchten, zu paralysieren.

In diesem Zusammenhang sei eine Rede des damaligen Leiters des Propagandaamtes Mach, eines notorischen Verfechters der baldigen Lostrennung der Slowakei und militanten Antisemiten, in Erinnerung gerufen. Mach hielt diese Rede auf einer Manifestationsversammlung in Rišnovce (Bez. Tyrnau) am 5. Februar 1939 und präsentierte in der jüdischen Frage ein einfaches Rezept: „Mit den Juden, die Gold, Juwelen, Reichtümer besitzen, hat man überall aufgeräumt und auch wir werden es tun. Die Stärke der Slowakei ist die Arbeit, und wer hier nicht arbeitet, wird hier auch nicht essen. Wer sich hier Reichtum zusammengehohlen hat, dem wird er abgenommen! Das ist die praktische Lösung der ganzen Judenfrage⁴⁷.“

Erklärungen dieser Art mußten notgedrungen die ohnehin schon bedenkliche Wirtschaftslage der Slowakei weiter belasten, eine Lage, die nicht nur durch die Gebietsabtretungen zugunsten Ungarns, sondern auch durch die neue staatsrechtliche Stellung der Slowakei im Rahmen der ČSR erschwert war und ernstliche Komplikationen mit sich brachte.

Obwohl die Landesregierung sich gezwungen sah, vorläufig eine umsichtigeren Politik in der Frage antijüdischer Maßnahmen zu verfolgen, mußte sie dennoch deren Dringlichkeit ständig betonen. Das geschah nicht nur aus innenpolitischen Gründen, sondern gleichermaßen mit Rücksicht auf die neue internationale Lage — vor allem, um für sich weiterhin die Gunst des Dritten Reiches zu sichern.

Dem entsprach der Beschluß der Landesregierung vom 23. Januar 1939 über die Errichtung einer Kommission für die Lösung der Judenfrage; die Kommission wurde auch das Judenkomitee genannt. Zu seinen Mitgliedern wurde ernannt: K. Sidor, Dr. M. Pružinský, Dr. F. D'určanský, P. Teplanský und Dr. J. Viršík⁴⁸. Vorsitzender wurde K. Sidor. Von den Erwähnten waren die ersten vier Minister, der Letztgenannte übte keine staatliche oder öffentliche Funktion aus.

Gewöhnlich kann man schon aus der personellen Zusammensetzung einer Kommission auf deren Einstellung zur Lösung der ihr übertragenen Aufgabe sowie auf die Art, Richtung und die möglichen Resultate ihrer Arbeit schließen. Nach ihrer Parteizugehörigkeit waren K. Sidor, Dr. Pružinský und Dr. D'určanský den führenden Persönlichkeiten der SVP zuzuordnen. P. Teplanský gehörte zu den bekannten Politikern der ehemaligen Agrarpartei. Dr. Viršík war in der da-

⁴⁷ Slovák, 7. 2. 1939, Nr. 31. — Der Führer der nationalsozialistischen Deutschen Partei erklärte in der Debatte zur Regierungserklärung im Landtag: „Wir wollen nicht Verträge, sondern klare Verhältnisse zwischen dem slowakischen Volk und der deutschen Volksgruppe schaffen. Die Voraussetzung hierfür ist . . . vor allem . . . die Ausschaltung der Juden.“ Novák: Im Zeichen zweier Kreuze. Franz Karmasins und Ferdinand D'určanskýs Glanz und Fall. Prag 1962, S. 50.

⁴⁸ ŠSÚA — PSV 747/39. K. 35.

maligen slowakischen Politik ein unbeschriebenes Blatt⁴⁹. Dr. Pružinský und Teplanský waren bekannt durch ihre liberalere Haltung, während Dr. D'určanský zu den Bewunderern der totalitären Regimes gehörte. Zu beleuchten bleibt die Person K. Sidors, der als Vorsitzender der Kommission das entscheidende Wort sprechen sollte. Zu diesem Zeitpunkt war es nicht leicht, zu bestimmen, welcher der in der SVP existierenden Hauptströmungen er angehörte. Man wußte, daß er zu den intimsten Mitarbeitern des verstorbenen SVP-Führers Andrej Hlinka gehört hatte. Man hielt ihn sogar für dessen designierten Nachfolger. Er war Chefredakteur des „Slovák“, des Zentralorgans der Partei, ein überzeugter Verfechter des Katholizismus ausgeprägt nationalistischer Ausrichtung. Sidor setzte sich für eine enge Zusammenarbeit der slowakischen Politik mit Polen ein. Dem Dritten Reich und dem Nationalsozialismus stand er reserviert, wenn auch nicht feindselig gegenüber⁵⁰.

Seine ausgeprägt nationalistische Orientierung verlockte ihn oft zu scharfen antijüdischen Ausfällen⁵¹.

Vorausgeschickt sei zunächst, daß die Kommission nur kurze Zeit existierte, praktisch bis zur Selbständigkeitserklärung des slowakischen Staates. Zudem — und das muß unterstrichen werden — begann sie ihre Arbeit zu einer Zeit, da die Spannung zwischen der tschechischen offiziellen politischen Repräsentanz und den führenden slowakischen Politikern ständig zunahm. K. Sidor erwies sich als Realist. Darum schloß er sich jenen Kräften der SVP an, die mit Rücksicht auf die erwähnten Verhältnisse zu einem umsichtigen Vorgehen beim Ergreifen anti-jüdischer Maßnahmen rieten. Diese Kräfte bildeten damals die Mehrheit unter den entscheidenden Faktoren der slowakischen offiziellen Politik. Ein vorsichtiges Zuwegehen forderte in dieser Frage auch seine nationalistische Orientierung. Er fürchtete nämlich, daß radikalere Maßnahmen gegen die Juden die schon ohnehin kritische Wirtschaftslage in der Slowakei verschlimmern würden⁵². Die Haltung Sidors, der auch weiterhin entschiedener Verfechter einer wesentlichen Einschränkung des jüdischen Einflusses im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben der Slowakei blieb, beeinflusste ein weiterer Umstand. Er lehnte den Nationalsozialismus ab und war nicht bereit, die brutalen Methoden gutzuheißen, die dieser gegen die Juden zur Anwendung brachte. Ebenso lehnte er das nationalsozialistische Gedankengut als seiner christlichen Weltanschauung entgegengesetzt ab.

Nach der Absicht ihrer Initiatoren sollte die Arbeit der Kommission vertraulichen Charakter haben. Darum ist über ihre Tätigkeit nur eine einzige offizielle Nachricht erhalten. Sie lautet: Am 5. März 1939 hat Sidor das Judenkomitee

⁴⁹ Über die Person Dr. Viršíks war nur soviel bekannt, daß er eine gemeinsame Rechtsanwaltskanzlei mit Dr. D'určanský hatte. Höchstwahrscheinlich wurde er aus diesem Grunde in die Kommission berufen.

⁵⁰ In den verhängnisvollen Märztagen 1939 lehnte er die angebotene Zusammenarbeit mit dem Dritten Reich ab. Nach der Gründung des slowakischen Staates mußte er sich aus der Innenpolitik zurückziehen und trat den Posten des slowakischen Gesandten beim Vatikan an.

⁵¹ Vgl. S. 389 f.

⁵² Laut Mitteilung des ehemaligen Abg. P. Čarnogurský vom 11. 2. 1970.

zu einer Sitzung ins Hotel Carlton in Preßburg einberufen, an der außer seinen Mitgliedern der Senator Dr. K. Mederly, A. Mach und M. Černák teilnahmen. Senator Dr. Mederly verlas den ausgearbeiteten Entwurf des Judengesetzes. Die Kommission beschloß, den Entwurf gutzuheißen und ihn dem Ministerrat vorzulegen⁵³.

Bezüglich der Person des Urhebers und des Inhalts seines Entwurfes seien einige Bemerkungen beigefügt. Dr. Mederly gehörte zu den führenden Persönlichkeiten der SVP und war Mitglied ihrer höchsten Gremien, Jurist von Erudition und Kenner des Verfassungs- und Staatsrechts. Seine politische Orientierung als Anhänger des politischen Katholizismus ordnete ihn in der Partei dem Lager der Gemäßigten zu⁵⁴. Der Inhalt des Entwurfs muß als Niederschlag der Vorstellungen der Führungsmehrheit der SVP und der slowakischen Regierungskreise sowie als mögliche Grundlage der künftigen offiziellen Politik einer Lösung der Judenfrage betrachtet werden. Die Bedeutung dieses Entwurfs wird noch durch die Tatsache unterstrichen, daß er die einzige nicht von der nationalsozialistischen Ideologie Beeinflusste war.

Die wichtigste Bestimmung des Entwurfs lag im Wortlaut des § 25, der darlegte, wer für einen Juden gehalten werden sollte. Es sollten dies jene Personen sein, die a) am 6. Oktober 1938 der israelitischen Religion angehörten, b) konfessionslos waren, sich jedoch zu „dem Judentum nahestehenden und von ihm geführten Ideologien (Kommunismus, Freimaurerei u. a.) bekannten“.

Nach dem 6. Oktober 1938 getaufte Juden konnten erst nach Ablauf dreier Jahre und nach Überprüfung des Falles durch eine zu diesem Zweck von der Regierung zu ernennende Kommission als Nichtjuden angesehen werden.

Im weiteren wurde angeführt, welche Beschäftigungen und Funktionen Juden überhaupt nicht ausüben dürfen (z. B. Erzieher, Lehrer auf allen Stufen, Herausgeber und Redakteur von Zeitschriften, Büchern oder Presseerzeugnissen). Sodann folgte die Kategorie jener Funktionen und Beschäftigungen, die einer begrenzten Zahl von Juden zugänglich waren (z. B. Rechtsanwalt, Arzt, Ingenieur, privater Angestellter usw.). Was den Schulbesuch betrifft, konnte die Regierung durch entsprechende Verfügung die Zahl jüdischer Hörer an Hochschulen beschränken. Der jüdische Anteil am Unternehmenseigentum durfte 40 % nicht überschreiten. Ein Jude durfte nicht mehr Land bewirtschaften als 60 Katastraljoch Agrarbodens

⁵³ Slovenská pravda [Die slowakische Wahrheit], 7. 3. 1939; Urteil des Nationalgerichts in Preßburg gegen Dr. Tiso. ŠSÚA — NS Dr. J. Tiso TnJud 6/46. Der offizielle Titel lautete: „Entwurf der Regierungsverordnung (des Gesetzes) zur Sicherstellung des sozialen und gesellschaftlichen Gleichgewichts im Zusammenhang mit der jüdischen Frage“ (Návrh vládneho nariadenia (zákona) o zaistení sociálnej a hospodárskej rovnosti v súvisi so židovskou otázkou). Das Original ist in jenem Teil des schriftlichen Nachlasses von Sidor hinterlegt, den er vor der Besetzung Roms durch die Alliierten im Jahre 1944 in die Slowakei sandte. Abschrift des Entwurfs im Besitze des Autors.

⁵⁴ Einer der wenigen führenden Politiker der SVP, der nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs vor Gericht teilweise seine Schuld zugab und sich als „verantwortlich für die Politik der SVP, wie sie die Partei in diesen schicksalsschweren Zeiten verwirklichte“, bezeichnete. ŠSÚA — NS Dr. K. Mederly TnJud 15/47—2.

ohne Rücksicht darauf, ob er Eigentümer oder Pächter des Landes war. Zu den wichtigen Teilen des Entwurfs gehörte die Bestimmung, derzufolge es den Juden ermöglicht werden sollte, ihren Entschluß zur Auswanderung aus der Slowakei zu verwirklichen, wobei es ihnen gestattet sein sollte, einen Teil ihres Eigentums mitzunehmen.

Die Vorstellungen von der künftigen Stellung der Juden rekapitulierte Dr. Mederly in einer lapidaren Kurzfassung auf der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses des Landtags am 11. Mai 1939 mit den Worten: „Durch das Prügeln von schläfenlockigen Juden auf der Straße wird nichts erreicht — sie müssen ins slowakische Wirtschaftsleben eingeordnet werden, d. h. jetzt sollen die Juden dienen, so wie früher die Slowaken gedient haben⁵⁵.“ Auch in Gesprächen mit politisch Gleichgesinnten griff Dr. Mederly auf die erwähnten Gedanken zurück, um sie zu erläutern. Nach seiner Meinung war es notwendig, alle schöpferischen jüdischen Eigenschaften zu nutzen und sie in den Dienst am Aufbau der rückständigen Slowakei zu stellen. Die Verwirklichung erblickte er darin, daß den Juden Arbeits- und Unternehmensmöglichkeiten in ihren eigenen Unternehmen gegeben werden sollten, und zwar in hiezu bestimmten Bereichen und Fächern⁵⁶. Die praktische Verwirklichung dieses Planes hätte im Grunde die Rückkehr der Juden ins Ghetto bedeutet, wo sie nur bestimmte behördlich zugelassene Arbeiten und Berufe hätten ausüben können.

Aus den erhaltenen Archivdokumenten geht hervor, daß in diesem Zeitabschnitt weitere Entwürfe antijüdischer Verordnungen ausgearbeitet wurden.

Ende 1938 war im Präsidium der Landesregierung der Entwurf einer Regierungsverordnung konzipiert worden, die die Anmeldung und Bewertung jüdischen Eigentums zur Pflicht machte⁵⁷. Auf Anregung und unter Leitung des Landesministers für Verkehr und öffentliche Arbeiten Dr. D'určanský wurde in dessen Amt ein Komplex von acht Entwürfen von Gesetzesverordnungen antijüdischen Charakters ausgearbeitet und den einzelnen slowakischen Ministerien zur Begutachtung unterbreitet⁵⁸. Es handelte sich zunächst um den Entwurf eines Gesetzes über die Erwerbung der Landesangehörigkeit und des Heimatrechts, das inhaltlich dem Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935 (Reichsgesetzblatt I, S. 1146) ähnelte. Sodann um den Entwurf von Regierungsverordnungen über die teilweise Regelung von Eigentum und Besitz landwirtschaftlichen Vermögens, über die Ausfuhr von Vermögen, über die provisorische Regelung und Überprüfung der Verzeichnisse der Rechtsanwälte, über die Regel gewisser Gewerbekonzessionen, über die Teilregelung der Verhältniszahl der Privatangestellten und über den Ausschluß gewisser Personen aus dem Staats-, öffentlichen und anderen Diensten. Die gutgeheißenen und verkündeten Maßnahmen sollten nur für das Land Slowakei Gültigkeit besitzen.

⁵⁵ ŠSÚA — SSR, Sitzungsprotokolle der Landtagsausschüsse. K. 291.

⁵⁶ Nach Mitteilung von P. Čarnogurský vom 24. 8. 1970.

⁵⁷ ŠSÚA — PSV 2591/39. K. 36.

⁵⁸ ŠSÚA — MV 3449/41. K. 161.

Neben diesem Entwurfskomplex hat sich noch ein weiterer erhalten, dessen Autor, Dr. Virsík, Gesellschafter Dr. D'určanskýs war⁵⁹. Sein Entwurf ist nur darum bemerkenswert, weil er die organisatorische Sicherung der antijüdischen Maßnahmen vorsieht. Man rechnete mit der Errichtung einer Landeszentrale für jüdische Angelegenheiten, die der Regierung verantwortlich sein sollte. Es ist nicht bekannt, ob der Entwurf auf einem offiziellen Forum diskutiert und vor allem ob er der Kommission für die Lösung der Judenfrage vorgelegt wurde.

Diese Entwürfe, so wie wir sie erwähnt haben, konnten wegen der kurzen Zeit der Existenz eines autonomen Landes Slowakei nicht verwirklicht werden. Wir können jedoch sagen, daß sie die in einer legislativen Regelung verhüllten offiziellen Ansichten über antijüdische Maßnahmen vorstellen, wie sie die beiden politischen Hauptströmungen der slowakischen Regierungskreise vertraten.

ABKÜRZUNGEN

ABl	=	Amtsblatt
ADAP	=	Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik
BA	=	Bundesarchiv Koblenz
DBFP	=	Documents on British Foreign Policy
HÚSAV	=	Historický ústav Slovenskej akademie vied [Historisches Institut der Slowakischen Akademie der Wissenschaften]. Preßburg
ŠSÚA	=	Štátný slovenský ústredný archív [Staatliches slowakisches Zentralarchiv]. Preßburg
SÚA	=	Státní ústřední archiv [Staatliches Zentralarchiv]. Prag

⁵⁹ BA — Handakte Seyss-Inquart, Slowakei II, Dokument 40.

DIE PUBLIKATIONSTÄTIGKEIT DES COLLEGIUM CAROLINUM

HANDBUCH DER GESCHICHTE DER BÖHMISCHEN LÄNDER

Herausgegeben von *Karl Bosl*

Band 1: Die böhmischen Länder von der archaischen Zeit bis zum Ausgang der hussitischen Revolution. Stuttgart 1967, XXIV + 637 Seiten.

Karl Bosl: Wandel und Tradition im Geschichtsbild der böhmischen Länder.

A. Theorie und Methode einer Geschichte der böhmischen Länder

B. Der Weg der tschechischen Historiographie

C. Die deutsche Geschichtsschreibung in den böhmischen Ländern

Gerhard Mildenberger: Vor- und Frühgeschichte der böhmischen Länder.

A. Einleitung

Vorbemerkung — § 1 Die natürlichen Voraussetzungen — § 2 Geschichte der Vorgeschichtsforschung in Böhmen und Mähren — § 3 Die Gliederung der vor- und frühgeschichtlichen Zeit

B. Die Vorgeschichte Böhmens und Mährens

1. Die Ältere und Mittlere Steinzeit: § 4 Allgemeines — § 5 Das Altpaläolithikum — § 6 Das Jungpaläolithikum — § 7 Das Mesolithikum

2. Die Jüngere Steinzeit: § 8 Allgemeines. Entstehung und Ausbreitung der neolithischen Kultur — § 9 Der Beginn des Neolithikums in Böhmen und Mähren — § 10 Die bandkeramische Kultur — § 11 Die Gruppen der Lengyel-Kultur — § 12 Der Beginn des Äneolithikums — § 13 Die Trichterbecherkultur — § 14 Die Badener Kultur — § 15 Süddeutsche Einflüsse im böhmischen Jungneolithikum — § 16 Die Řivnáč- und die Jaispitz-Kultur — § 17 Die schnurkeramische Kultur — § 18 Die Glockenbecherkultur — § 19 Die Chronologie des Neolithikums

3. Die Bronzezeit: § 20 Der Beginn der Bronzezeit — § 21 Die Aunjetitzer Kultur — § 22 Die Wisterschaner Gruppe in Mähren — § 23 Die Hügelgräberkultur der mittleren Bronzezeit — § 24 Die Gruppen der Urnenfelderkultur der jüngeren und jüngsten Bronzezeit

4. Die Eisenzeit: § 25 Die Gruppen der Hallstattzeit — § 26 Der Beginn der Latènezeit und das Keltenproblem — § 27 Die Latène-Hügelgräbergruppe in Süd- und Westböhmen — § 28 Die Latène-Flachgräbergruppe in Böhmen und Mähren — § 29 Die Gruppen mit fortlebender Hallstattkultur — § 30 Die Oppidum-Zivilisation der Spätlatènezeit — § 31 Religion

und Heiligtümer der Kelten — § 32 Die Gruppe Bodenbach-Kobil (Podmokly-Kobylý) — § 33 Kelten und Germanen

C. Die Frühgeschichte Böhmens und Mährens

1. Die Römerzeit: § 34 Marbod und sein Reich — § 35 Die Markomannen im 1. und 2. Jahrhundert — § 36 Die Quaden im 1. und 2. Jahrhundert — § 37 Der Markomannenkrieg — § 38 Die Markomannen im 3. und 4. Jahrhundert — § 39 Die Quaden im 3. und 4. Jahrhundert

2. Die Völkerwanderungszeit: § 40 Mähren in der Völkerwanderungszeit — § 41 Böhmen in der Völkerwanderungszeit

3. Das frühe Mittelalter: § 42 Die slawische Landnahme — § 43 Samo und sein Reich — § 44 Mähren im 7. und 8. Jahrhundert — § 45 Mähren in der Zeit des Großmährischen Reiches — § 46 Böhmen vom 7. bis zum 10. Jahrhundert

Karl Richter: Die böhmischen Länder im Früh- und Hochmittelalter.

A. Einleitung

§ 47 Die Quellen zur Geschichte des böhmisch-mährischen Früh- und Hochmittelalters

B. Die böhmischen Länder vom 7. bis 9. Jahrhundert

Das Mährerreich: Quellen — Literatur — § 48 Die Einwanderung der Slawen in die böhmischen Länder. Räumliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Verhältnisse — § 49 Die böhmischen Länder zwischen dem Frankenreich und dem Südosten. Die Anfänge der Christianisierung — § 50 Das Mährerreich. Die Slawenlehrer und die mährische Kirche — § 51 Böhmen im 9. und zu Anfang des 10. Jahrhunderts. Stämme und Burgbezirke

C. Anfänge und Ausbreitung der Přemyslidenherrschaft

Quellen — Literatur — § 52 Die Anfänge der Přemyslidenherrschaft (10. Jahrhundert) — § 53 Innere Wirren und Rivalität mit Polen — § 54 Festigung und Ausdehnung zur Zeit des Investiturstreites — § 55 Älterer Landesausbau. Wirtschaft und Verkehr — § 56 Herrschaftsordnung und Gesellschaft — § 57 Kirchliche Organisation und kulturelles Leben

D. Der Aufstieg der přemyslidischen Länder

Quellen — Literatur — § 58 Die Přemysliden im Bunde mit den Staufern — § 59 Die Přemysliden im Bunde mit dem Papsttum. Přemysl Ottokar II. — § 60 Die böhmischen Länder unter den letzten Přemysliden — § 61 Verfassung und Organisation, Landesherr und Adel — § 62 Kirchliches und kulturelles Leben — § 63 Die böhmischen Länder und das Reich

E. Der Landesausbau im hohen Mittelalter

Quellen — Literatur — § 64 Die Voraussetzungen des großen Ausbaus — § 65 Städtewesen und Stadtrecht — § 66 Bergwesen und Bergrecht. Die böhmische Münze — § 67 Bäuerliche Siedlung und Siedelrecht

Ferdinand Seibt: Die Zeit der Luxemburger und der hussitischen Revolution.

A. Die böhmischen Länder in der europäischen Politik 1306 bis 1346

§ 68 Zur Forschungslage — § 69 Der Wandel zum Ständestaat — § 70 Das

habsburgische Ostprojekt — § 71 Die Ostpolitik Heinrichs VII. — § 72 Johanns Anfänge — § 73 Das Ringen um die Hegemonie in Mitteleuropa 1318 bis 1335 — § 74 Das italienische Abenteuer — § 75 Der Kampf um die deutsche Krone 1335 bis 1346

B. Karl IV. 1346 bis 1378

§ 76 Zur Forschungslage — § 77 Karl als Kronprinz und Statthalter — § 78 Karl als König und Kaiser — § 79 Der Kampf um die königliche Zentralgewalt — § 80 Landrichter, Landtage und Landesbeamte — § 81 Corona regni Bohemiae — § 82 Finanzpolitik, Krongut und Kanzlei

C. Städte und Bauern

§ 83 Zur Forschungslage — § 84 Grunduntertänigkeit und Agrarwirtschaft — § 85 Städtewesen und Bürgertum, Handel und Handwerk — § 86 Die städtische Wirtschaftsentwicklung

D. Kirche und Kultur im 14. Jahrhundert

§ 87 Zur Forschungslage — § 88 Die Entwicklung der kirchlichen Organisation — § 89 Die Klöster — § 90 Die Universität — § 91 Frühhumanismus und Kirchenreform: a) Frühhumanismus b) Die theologische Reformbewegung c) Die Laienbewegung

E. Wenzel IV. als römischer und böhmischer König 1378 bis 1419

§ 92 Zur Forschungslage — § 93 Wenzels politische Aktivität bis 1389 — § 94 Die Rebellion des Hochadels in Böhmen und im Reich — § 95 Wenzel im Sog der Revolution: 1400 bis 1419

F. Revolution und Hussitenkriege 1419 bis 1436

§ 96 Zur Forschungslage — § 97 Hus und die Anfänge der hussitischen Bewegung — § 98 Die politische Geschichte der Revolution — § 99 Die hussitischen Gruppen und ihre Führer — § 100 Die Auswirkungen der hussitischen Revolution

G. Das Zeitalter Georgs von Podiebrad 1437 bis 1471

§ 101 Zur Forschungslage — § 102 Georgs Aufstieg — § 103 Georgs Königtum 1458 bis 1471 — § 104 Die religiöse Entwicklung — § 105 Gesellschaft und Wirtschaft

Stammtafel der in den böhmischen Ländern bis 1457 herrschenden Geschlechter — Verzeichnis der Herrscher in den böhmischen Ländern — Die Bischöfe und Erzbischöfe der böhmischen Länder — Personenregister — Sachregister — Geographisches Register

Band 2: Die böhmischen Länder von der Hochblüte der Ständeherrschaft bis zum Erwachen eines modernen Nationalbewußtseins. Stuttgart 1973.

Heribert Sturm: Die alte Reichspfandschaft Eger und ihre Stellung in der Geschichte der böhmischen Länder.

A. Das Egerland bis zur Verpfändung 1322

Quellen und Literatur — § 1 Anfangsentwicklung auf dem bayerischen Nordgau — § 2 Reichsterritorium unter den Staufern: a) Das Reichsland

Eger b) Das Reichsstift Waldsassen — § 3 Territoriale Aufspaltung: a) Gebietsverluste im Norden b) Gebietsverluste im Westen c) Ausbau des Stiftslandes Waldsassen — § 4 Die Reichsstadt Eger — § 5 Pfandobjekt des deutschen Königtums

B. Das Egerland als Pfand bei der Krone Böhmens

Quellen und Literatur — § 6 Die rechtlichen Grundlagen der Pfandschaft — § 7 Unter den Luxemburgern — § 8 Unter Georg von Podiebrad und den Jagellonen — § 9 Unter den Habsburgern: a) Widerstand gegen die Ständemacht im Königreich Böhmen b) Entmachtung im Dreißigjährigen Krieg c) Wachsender Einfluß des habsburgischen Zentralismus — § 10 Nach der Auflösung des Reiches

Karl Richter: Die böhmischen Länder von 1471 bis 1740.

A. Der böhmische Ständestaat im Zeitalter der deutschen Reformation (1471—1611)

Allgemeine Quellen und Literatur — § 11 Die Zeit der Adelherrschaft (1471—1526) — § 12 Alte und neue Bekenntnisgemeinschaften — § 13 Bildung und Kultur in jagellonischer Zeit — § 14 Landesherren und Stände im Streit um die Vormacht (1526—1576) — § 15 Die Kräfte der Reformation, der katholischen Erneuerung und Gegenreformation — § 16 Die Zeit neuer Ständemacht (1575—1611)

B. Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft in vorweißbergischer Zeit

§ 17 Bildung, Kultur und Gesellschaft in vorweißbergischer Zeit — § 18 Wirtschaft und Gesellschaft auf dem Lande — § 19 Bürgertum, Städtewesen, nichtagrarische Wirtschaft — § 20 Die führenden Schichten der böhmischen Länder — § 21 Die innere Ordnung der böhmischen Länder

C. Die Erhebung der böhmischen Stände und deren Folgen

§ 22 Die böhmischen Länder und ihre Bewohner vor 1620 — § 23 Erhebung und Niederlage der Adelsfronde — § 24 Die unmittelbaren Folgen der Niederlage

D. Die böhmischen Länder im Zeitalter absoluter Herrschermacht (1628—1740)

§ 25 Der Dreißigjährige Krieg und die böhmischen Länder — § 26 Die böhmischen Länder unter kaiserlicher und hochfeudaler Herrschaft (1648—1711) — § 27 Verstärkte Einbeziehung in das Habsburgerreich (1711—1740)

E. Wirtschaft, Gesellschaft und Staat in den böhmischen Ländern vom Dreißigjährigen Krieg bis zum späten Absolutismus

§ 28 Landvolk und Landwirtschaft — § 29 Handwerk und Handel, Städtewesen und Stadtbewohner — § 30 Recht, Verfassung und Verwaltung in den böhmischen Ländern — § 31 Aufgeklärte Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik — § 32 Die neuen Oberschichten

F. Kirche, Gesellschaft und Staat, Kultur und Bildung im Barock- und Aufklärungszeitalter (1627—1790)

§ 33 Die Glaubensgemeinschaften in der Barockzeit — § 34 Barockkultur und Bildung in den böhmischen Ländern — § 35 Aufklärung und religiöses Leben, Kirche und Staat — § 36 Kultur und Bildung in der Aufklärungszeit — § 37 Neues sprachliches Volksbewußtsein und Anfänge eines Staatsbürgertums

Gerhard Hanke: Das Zeitalter des Zentralismus (1740—1848).

A. Die Zeit des aufgeklärten Absolutismus (1740—1790)

§ 38 Die böhmischen Länder in der großen Politik vom Österreichischen Erbfolgekrieg bis zur Französischen Revolution — § 39 Der Umbau des böhmischen Staates und seiner Verwaltung — § 40 Gesellschaft und Wirtschaft im Aufklärungszeitalter

B. Die Zeit der Revolutions- und Befreiungskriege (1790—1815)

§ 41 Die böhmischen Länder in der großen Politik vom Tode Josephs II. bis zum Ende des alten Reiches — § 42 Die böhmischen Länder in den Befreiungskriegen — § 43 Der „böhmische Staat“ und seine Verwaltung während der Revolutions- und Befreiungskriege — § 44 Verfassungsverfassung, Gesellschaft und Wirtschaft in der Zeit vor dem Wiener Kongreß — § 45 Geistige Strömungen und kulturelles Leben an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert

C. Die Zeit des Vormärz (1815—1848)

§ 46 Die böhmischen Länder in der großen Politik nach den Napoleonischen Kriegen — § 47 Die politischen Kräfte und die Verwaltung der böhmischen Länder in der Zeit des Metternichschen Absolutismus — § 48 Gesellschaft und Wirtschaft im Vormärz — § 49 Geistige Strömungen und kulturelles Leben im Vormärz

Band 3: Die böhmischen Länder im Habsburgerreich 1848—1919. Bürgerlicher Nationalismus und Ausbildung einer Industriegesellschaft. Stuttgart 1968, XI + 502 Seiten.

Friedrich Prinz: Die böhmischen Länder von 1848 bis 1914.

Quellen, Hilfsmittel, Allgemeine Darstellungen

A. Revolution und Neoabsolutismus

§ 1 Die Ausgangslage in Europa und Österreich — § 2 Gesellschaft und Wirtschaft am Vorabend der Revolution — § 3 Der Ausbruch der Revolution — § 4 Von Palackýs Absage an die Paulskirche bis zum Wiener Reichstag — § 5 Der Reichstag von Wien und Kremsier — § 6 Der Aufstieg des Neoabsolutismus (1849—59)

B. Vom Neubeginn des Verfassungslebens bis zum österreichisch-ungarischen Ausgleich 1867

§ 7 Vom Zerfall des Neoabsolutismus bis zum Oktoberdiplom 1860 — § 8 Die Ära Schmerling (1861—65) — § 9 Die politischen Kräfte in den böhmischen Ländern — § 10 Das kulturelle Leben der böhmischen Länder um

die Jahrhundertmitte — § 11 Die Kirchen zwischen Staat, Nationen und Parteien — § 12 Die Wirkungen der deutschen Entscheidung von 1866 und des österreichisch-ungarischen Ausgleichs von 1867 — § 13 Der böhmische Ausgleichsversuch von 1871 und seine Folgen

C. Die böhmischen Länder im Zeitalter der modernen Industriegesellschaft (1880—1914)

§ 14 Die Ära Taaffe und die böhmischen Ausgleichsversuche — § 15 Von der Badeni-Krise bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges — § 16 Der Aufbau der modernen Industriegesellschaft — Schlußbetrachtung

Ernst Birke: Der Erste Weltkrieg und die Gründung der Tschechoslowakei 1914—1919.

Bibliographie (Bearbeitet von Axel Schnorbus)

A. Die innenpolitische Entwicklung bis zum Tode Kaiser Franz Josephs

§ 17 Offizielle österreichische Maßnahmen — § 18 Vorstellungen und Politik der Deutschen — § 19 Die Haltung der Tschechen

B. Die Auflösung des Habsburger-Reiches

§ 20 Tschechische Aktionen in Rußland 1914 bis 1916 — § 21 Die tschechische Emigration im Westen bis Ende 1916 — § 22 Der neue Kurs. Die zweite Periode der Kriegsregierung in Österreich — § 23 Die Politik der Deutschen 1917/18 — § 24 Die tschechische Politik in Österreich 1917/18 — § 25 Die Beteiligung der Slowaken — § 26 Die tschechische Auslandsrevolution

C. Der Widerstreit der Selbstbestimmungsansprüche

§ 27 Die Gründung des tschechoslowakischen Staates — § 28 Deutschböhmen und Sudetenland, Deutschsüdböhmen und -südmähren als Verwaltungsbezirke Deutschösterreichs 1918/19 — § 29 Der polnisch-tschechische Streit um das Teschener Schlesien — § 30 Der Kampf um die Slowakei

D. Die Anerkennung der tschechischen Ansprüche

§ 31 Die Pariser Friedenskonferenz und die Tschechoslowakei

Nachtrag zu § 18

Karl Richter: Statistische Übersichten zur Entwicklung der böhmischen Länder und ihrer Bedeutung in Zisleithanien 1848—1914.

I. Bevölkerung und Gebiet

A. Bevölkerung — B. Gebiet und Gebieteinteilung 1910 — C. Die größten Gemeinden der böhmischen Länder 1851 und 1910

II. Wirtschaft

A. Landwirtschaft — B. Industrie, Bergbau und Hüttenwesen

III. Schulwesen und Bildungsstand

A. Volksschulen und Bürgerschulen — B. Mittelschulen (Gymnasien und Realschulen) — C. Bildungsgrad der Bevölkerung

IV. Die Volksvertreter aus den böhmischen Ländern

- A. Im Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrates 1891—1911 —
- B. Im Böhmischem Landtag — C. Im Mährischen Landtag — D. Im Schlesischen Landtag

Personenregister — Sachregister — Geographisches Register — Errata

Band 4: Der tschechoslowakische Staat im Zeitalter der modernen Massendemokratie und Diktatur. Stuttgart 1970, XV + 393 Seiten.

Karl Bosl: Sprachnation — Nationalstaat — Nationalitätenpolitik. — Volkstum und Kultur.

Helmut Slapnicka: Die böhmischen Länder und die Slowakei 1919—1945.

A. Die Erste Tschechoslowakische Republik

Bibliographien, Quellen, Darstellungen — § 1 Die Jahre des Aufbaus: a) Der Staatsaufbau b) Die Konsolidierung der Parteien c) Nationalstaat oder Nationalitätenstaat? d) Das kirchliche Leben e) Die wirtschaftliche Entwicklung f) Internationale Stellung und außenpolitische Orientierung — § 2 Die Ära Švehla und der sudetendeutsche Aktivismus (1925—1929) — § 3 Die Wirtschaftskrise — § 4 Der Weg nach München: a) Im Schatten Hitlers (1933—1937) b) Die Sudetendeutschen als Objekt der internationalen Politik

B. Vom Münchener Abkommen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges

Quellen, Bibliographien, Darstellungen — § 5 Der Reichsgau Sudetenland — § 6 Die Zweite Tschecho-Slowakische Republik — § 7 Neue Grenzen in Zwischeneuropa: a) Das Ende der Tschecho-Slowakei b) Das Protektorat Böhmen und Mähren c) Die Slowakische Republik — § 8 Die tschechische, slowakische und sudetendeutsche Emigration — § 9 Das Kriegsende

Friedrich Prinz: Das kulturelle Leben (1867—1939) vom österreichisch-ungarischen Ausgleich bis zum Ende der Ersten Tschechoslowakischen Republik.

A. Die böhmischen Länder

§ 10 Schul- und Bildungswesen — § 11 Kulturelle Organisationen, Literatur und Kunst

B. Die Slowakei im Gesamtstaat

§ 12 Kultur und Gesellschaft der Slowakei zwischen 1918 und 1939 — § 13 Die volkskulturellen Grundlagen: a) Die böhmischen Länder b) Die Slowakei

Helmut Slapnicka: Die Tschechoslowakei 1945—1965.

Bibliographien, Quellen, Darstellungen — § 14 Die Dritte Republik: a) Kaschauer Programm und Nationale Front b) Die Vertreibung der Deutschen c) Der Februar-Putsch 1948 — § 15 Die Sudetendeutschen außerhalb ihrer Heimat und das tschechische und slowakische Exil seit 1948 — § 16 Die Tschechoslowakei als „Volksdemokratie“ und als „sozialistischer Staat“

Personenregister — Sachregister — Geographisches Register — Errata

BOHEMIA. JAHRBUCH DES COLLEGIUM CAROLINUM

Herausgegeben von *Karl Bosl*

Das Jahrbuch ist in der Bundesrepublik Deutschland das zentrale wissenschaftliche Organ für alle Probleme aus Geschichte und Gegenwart der böhmischen Länder, über deren Stand es durch Aufsätze, Forschungsberichte und Buchbesprechungen laufend unterrichtet. Die Jahrbücher sind mit ausführlichen Personen- und Stichwortregistern versehen und bringen von allen Abhandlungen Zusammenfassungen in englischer und französischer Sprache.

Band 1 — München 1960, 452 Seiten.

Abhandlungen und Miszellen: *Theodor Mayer:* Böhmen und Europa — *Wilhelm Weizsäcker:* Die wissenschaftliche Arbeit an der Rechtsgeschichte der böhmischen Länder — einst und jetzt — *Ernst Schwarz:* Deutsche, Tschechen und Polen — *Heinz Zatschek:* Zur Geschichte der Handwerker aus den Sudetenländern — *Rudolf Wierer:* Die psychologische Einstellung der Tschechen zum sudetendeutschen Problem — *Ferdinand Seibt:* Slyšte nebesa. Eine hussitische Propagandaschrift — *Erich Matthes:* Die Anfänge der Bergstadt Platten — *Friedrich Prinz:* Führende Sudetendeutsche im Jahr 1848 — *Nikolaus von Prehradovich:* Die Leistungen der Sudetendeutschen in der Donaumonarchie 1848—1918 — *Erwin Hölzle:* Rußland und die Entstehung der Tschechoslowakei — *Hans Newirth:* Begegnungen im böhmischen Raum — *Kurt Rabl:* Neue Dokumente zur Sudetenkrise 1938 — *Erich und Hilde Bachmann:* Die Ausstellung „L'Art ancien en Tchécoslovaquie“, Paris, Juni mit Oktober 1957

Gedenktage und Nachrufe: Im Gedenken an Wilhelm Wostry — Adolf Kindermann zum 60. Geburtstag (Augustinus K. Huber) — Karl Beer. † 6. November 1956 (Kurt Oberdorffer) — Karl Gottfried Hugelmann. † 1. Oktober 1959 (Wilhelm Wegener) — Fritz Machatschek. † 25. September 1957 (Gustav Fochler-Hauke)

Berichte: Aufgabe und bisherige Tätigkeit des Collegium Carolinum — Bericht über das Sudetendeutsche Mundartwörterbuch 1958/59 (Franz J. Bera- nek)

Bibliographien: *Rudolf Hemmerle:* Beiträge zur Bibliographie der böhmischen Länder — *Rudolf Hemmerle:* Dissertationen zur Problematik des böhmisch-mährischen Raumes

Band 2 — München 1961, 673 Seiten.

Abhandlungen: *Hans Hirsch:* Geschichte der Prager Universität — *Hans Hirsch:* Die Geschichte des deutschen Rechtes in den böhmischen Ländern — *Ernst Schwarz:* Die Volkstumsverhältnisse in den Städten Böhmens und Mährens vor den Hussitenkriegen — *Hanns Hubert Hofmann:* „Böhmisch Lehen vom Reich“, Karl IV. und die deutschen Lehen der Krone Böhmens — *Heribert Sturm:* Archivalien über Beziehungen zwischen Bayern und Böhmen im Staatsarchiv

Amberg — *Gustav Otruba*: Die wirtschaftliche Bedeutung Böhmens und Mährens im Spiegel der ältesten österreichischen Handelsstatistik (1790—1839) — *Herbert Hassinger*: Die Anfänge der Industrialisierung in den böhmischen Ländern — *Ernst Paul*: Industrialisierung und soziale Frage in den böhmischen Ländern — *Hans Mommsen*: Das Problem der internationalen Integration in der böhmischen Arbeiterbewegung — *Kurt Wessely*: Stellung und Bedeutung der böhmisch-mährischen Industrie im 20. Jahrhundert — *Ludwig von Gogolák*: Die politische Führung bei den Slowaken — *Nikolaus von Preradovich*: Sudetendeutsche in den österreichischen Republiken, 1918—1959 — *Karl Adalbert Sedlmeyer*: Die Festung Böhmen, ein Phantom, und ihre Beziehung zu den Sudetenländern — *Otto Michler*: Die Karlsbader Heilquellen und ihre Beziehung zum Vulkanismus Nordwestböhmens — *Hans Kux*: Von der versunkenen Kölleiner Sprachinsel — *Johanna Spunda*: Die verlorenen Inseln. Ein Beitrag zur Erforschung der nationalen Auseinandersetzung und Umvolkung in Mittelmähren — *Kurt Rabl*: Zur Frage der Deutschenvertreibung aus der Tschechoslowakei — *Kurt Oberdorffer*: Wege tschechischer Geschichtsschreibung heute — *Kurt Rabl*: Über die Verfassungsurkunde der ČSSR vom 11. Juli 1960

Gedenktage und Nachrufe: Ernst Schwarz zum 65. Geburtstag (Karl Kurt Klein) — Josef Hanika zum 60. Geburtstag (Bruno Schier) — Kurt Oberdorffer zum 60. Geburtstag (Karl Bosl) — Ernst Klebel. † 21. Jänner 1961 (Karl Lechner) — Hans Koch. † 9. April 1959 (Günther Stöckl) — Fritz Valjavec. † 10. Feber 1960 (Friedrich Walter) — Josef Blau. † 22. Oktober 1960 (Kurt Oberdorffer).

Band 3 — München 1962, 657 Seiten.

Abhandlungen und Miszellen: *Kurt Oberdorffer*: Der Verein für die Geschichte der Deutschen in Böhmen 1862—1938 — *Ernst Schwarz*: Die volksgeschichtlichen Grundlagen Nordböhmens von der Elbe bis zum Isergebirge — *Josef Hemmerle*: Erörterungen zur Frühgeschichte des Egerlandes und seiner Besiedlung — *Max Piendl*: Böhmen und die Grafen von Bogen — *Karl Beer*: Albert von Seeburg. Eine Gestalt aus dem Kolonisationszeitalter des Sudetenlandes — *Adolf Wagner*: Wok von Rosenberg. Ein Witigone aus dem Vertrautenkreise Přemysl Ottokar II. — *Siegfried Sieber*: Geschichtliches von der Spitzenklöppelei im böhmischen Erzgebirge — *Adam Wandruszka*: Die Sudetenländer und der deutsche Westen in der Neuzeit — *Ferdinand Seibt*: Gutsherrschaft und Grunduntertanen im böhmischen Ständestaat. Neue tschechische Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte des 15. und 16. Jahrhunderts — *Hermann Kellenbenz*: Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Westdeutschland und Böhmen-Mähren im Zeitalter der Industrialisierung — *Emil Schieche*: Die Problematik einer Kulturgeschichte der Tschechen — *Johanna Spunda*: Die verlorenen Inseln. Ein Beitrag zur Erforschung der nationalen Auseinandersetzung und Umvolkung in Mittelmähren. Zweiter Teil — *Karl Ad. Sedlmeyer*: Die Teiche und die Staubecken als Klimafaktoren in den Sudetenländern — *Nikolaus von Preradovich*: Sudetendeutsche Gelehrte an der Universität Graz — *Otto Böss*: Die Zweite Tschecho-Slowaki-

sche Republik im Spiegel zeitgenössischer tschechischer Pressestimmen (Oktober 1938 — März 1939) — *Heinrich Kuhn*: Zur Sozialstruktur der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Ein Forschungsbericht — *Otfried Pustejovsky*: Parlamentarische Demokratie und die Politik der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei in den Jahren zwischen 1945 und 1948 — *Kurt Wessely*: Die Wirtschaftsergebnisse der Tschechoslowakei im Jahre 1961 — *Heribert Sturm*: Egerer Reliefintarsien in den Museen in Eger und Bad Königswart — *Josef Kühnel*: Ein unbekannter Brief Thaddaeus Haenkes von 1803 — *Rudolf Wierer*: Das nationale Problem in den Anfängen der tschechischen Arbeiterbewegung — *Ferdinand Seibt*: Zeitgeschichte in der ČSSR

Gedenktage und Nachrufe: Bruno Schier zum 60. Geburtstag (Josef Hanika) — Erich Gierach. † 16. Dezember 1943 (Bruno Schier) — Wilhelm Weizsäcker. † 19. Juli 1961 (Theodor Mayer)

Berichte: Tätigkeitsbericht des Collegium Carolinum (1960—1962) — Fünf Jahre Sudetendeutsches Wörterbuch (Franz J. Beranek)

Band 4 — München 1963, 500 Seiten.

Abhandlungen und Miszellen: *Karl Tannich*: Die Burg Krummau. Ein Beitrag zu ihrer Baugeschichte als Wehrbau — *Siegfried Sieber*: Der Joachims-thaler Aufstand 1525 in seinen Beziehungen zu Sachsen — *Rudolf Wierer*: Das böhmische Staatsrecht und der Ausgleichsversuch des Ministeriums Hohenwart-Schäffle — *Ludwig von Gogolák*: T. G. Masaryks slowakische und ungarländische Politik. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Zerfalls Ungarns im Jahre 1918 — *Felix von Luscha*: Im Parlament der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Erinnerungen eines sudetendeutschen Abgeordneten 1920—1938 — *Friedrich Korkeš*: Die tschechoslowakische Kontinuitätstheorie — *Viktor Böhmert*: Die tschechoslowakische Frage in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen — *Emil Schieche*: Eine neue Geschichte der Tschechoslowakei — *Rudolf Robert Hinner*: Über das Wirken sudetendeutscher Missionare im Südamerika des 17. und 18. Jahrhunderts — *Josef Kühnel*: Zwei unbekannte Briefe zur Haenke-Forschung — *Josef Kühnel*: Verzeichnis von Haenke-Schriften in der Bibliothek des Madrider Botanischen Gartens — *Johann Wolfgang Brügel*: Noch einmal: Zur Frage der Deutschenvertreibung aus der Tschechoslowakei

Gedenktage und Nachrufe: *Karl Bosl*: Zum 80. Geburtstag von Prof. Theodor Mayer, dem 1. Vorsitzenden des Collegium Carolinum — *Josef Hanika*. † 29. Juli 1963 (Bruno Schier)

Band 5 — München 1964, 539 Seiten.

Abhandlungen und Miszellen: *Karl Bosl*: Deutsche romantisch-liberale Geschichtsauffassung und „Slawische Legende“ — *Josef Werlin*: Ein bedeutendes Denkmal der Prager Bibelliteratur aus dem späten Mittelalter — *Herbert Wolf*: Beiträge zur Mathesius-Bibliographie — *Hans Joachim Kießling*: Militärisch-politische Problematiken zur Türkenfrage im 15. Jahrhundert — *Siegfried Sieber*: Der böhmische Zinnbergbau in seinen Beziehungen zum sächsischen Zinn-

bergbau — *Gustav Otruba*: Die älteste Manufaktur- und Gewerbestatistik Böhmens — *Peter Pontz*: Die Entwicklung und das Wesen der beruflichen Schulen in den Ländern der heutigen Tschechoslowakei — *Nikolaus von Preradovich*: Sudetendeutsche in „Innerösterreich“ — *Franz J. Beranek*: Grundzüge der binnenhochdeutschen Konsonantenschwächung in den Sudetenländern — *Bohumila Wierer*: Die Voraussetzungen für die Außenpolitik der ersten Tschechoslowakischen Republik — *Rudolf Hilf*: Die Stellungnahme der Komintern und der KPČ zur Frage der Deutschen in den Sudetenländern — *Eugen Lemberg*: Wandlungen im Marxismus-Leninismus Ostmitteleuropas — *Erich Schmied*: Grundsätze des neuen tschechoslowakischen Strafrechts — *Harald Bachmann*: Raphael Pacher und die deutschradikale Bewegung in den Sudetenländern — *Karl Bosl*: Die Auslösung des Ersten Weltkrieges vor 50 Jahren

Gedenktage und Nachrufe: *Karl Bosl*: Zum 60. Geburtstag von Archivdirektor Dr. Heribert Sturm, dem hochverdienten Finanzreferenten des Collegium Carolinum — Prälat Prof. D. Dr. Dr. Adolf Kindermann (Augustinus Kurt Huber) — Rudolf Schreiber zum Gedächtnis (Josef Hemmerle) — Josef Nadler. † 17. 1. 1963 (Josef Dünninger)

Band 6 — München 1965, 570 Seiten.

Abhandlungen und Miszellen: *Egon Lendl*: Mitteleuropa als geographisches und historisches Problem — *Wilfried Brosche*: Beiträge zur Vor- und Frühgeschichte der Karlsbader Landschaft — *Heribert Sturm*: Eger, Nürnberg und Prag. Die Grundlagen ihrer Wechselbeziehungen im hohen und späten Mittelalter — *Johanna Schreiber*: Devotio moderna in Böhmen — *Kurt Oberdorfer*: Die Reformation in Böhmen und das späte Hussitentum — *Siegfried Sieber*: Geistige Beziehungen zwischen Böhmen und Sachsen zur Zeit der Reformation. Teil 1: Pfarrer und Lehrer im 16. Jahrhundert — *Horst Pohl*: Bergstadt Platten. Wirtschaftlich-kulturelle Beziehungen und Binnenwanderung im böhmisch-sächsischen Erzgebirge 1532—1938 — *Gustav Otruba*: Anfänge und Verbreitung der böhmischen Manufakturen bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts (1820) — *Friedrich Prinz*: Probleme der böhmischen Geschichte zwischen 1848 und 1914 — *Nikolaus von Preradovich*: Drei steirische Politiker sudetendeutschen Stammes — *Paul Kluge*: Deutschland und seine Mitteleuropapolitik — *Hugo Hantsch*: Österreich und Mitteleuropa — *Karl Ad. Sedlmeyer*: Oskar Lenz, Afrikaforscher und Prager Universitätsprofessor — *Heribert Sturm*: Bemerkungen zur Studie E. Skalas über die Entwicklung der Kanzleisprache in Eger — *Josef Kühnel*: Probleme der deutschen Haenke-Forschung — *Kurt Wessely*: Das neue Wirtschaftssystem der Tschechoslowakei

Gedenktage: *Karl Bosl*: Ernst Schwarz, dem hervorragenden Germanisten und Slawisten, zum 70. Geburtstag

Band 7 — München 1966, 505 Seiten.

Abhandlungen und Miszellen: *Ernst Schwarz*: Neue Forschungen zur Person des Ackermannndichters — *Karl Fischer*: Die Uhrmacher in Böhmen und Mähren zur Zeit der Gotik und Renaissance — *Maria Dorda-Ebert*: Die Herr-

schaft des Zisterzienserklosters Saar und die Volkszugehörigkeit seiner Untertanen in den Jahren 1407, 1462 und 1483 — *Erwin Herrmann*: Der Humanist Kaspar Brusch und sein Hodoeporikon Pfreymbdense — *Siegfried Sieber*: Geistige Beziehungen zwischen Böhmen und Sachsen zur Zeit der Reformation. Teil 2: Pfarrer und Lehrer im 17. Jahrhundert — *Roger Howell*: Georg Ritschel, Lehrer und Geistlicher. Ein böhmischer Vertriebener im England Cromwells — *Werner Hülle*: Mutmaßungen und Gewißheit über einen Kriminalprozeß vor dem Stadtgericht der Kleinseite zu Prag A. D. 1773 — *Hans Raupach*: Bismarck und die Tschechen im Jahre 1866 — *Otto Mather*: Hundert Jahre Mendelsche Gesetze — *Harald Bachmann*: Joseph Maria Baernreither und die nationale Ausgleichspolitik der österreichischen Regierung in Böhmen (1908—1914) — *Jörg K. Hoensch*: Die Grundlagen des Programms der Slowakischen Volkspartei vor 1938 — *Otto Kimminich*: Stellungnahmen zum Münchener Abkommen in der deutschen Presse — *Peter A. Toma*: The czechoslovak communist coup in the sino-soviet dispute — *Rudolf Zischka*: Thaddaeus Haenke als Zoologe — *Hugo Herrmann*: Eduard Langer

Band 8 — München 1967, 485 Seiten.

Abhandlungen und Miszellen: *Karl Bosl*: Wandel und Tradition im Geschichtsbild der Deutschen und Tschechen — *Ernst Schwarz*: Das Ende der Völkerwanderungszeit in Böhmen und die Herkunftsfrage der Baiern. Ein kritischer Überblick des derzeitigen Forschungsstandes — *Christine Bauer*: Johannes von Iglau. Eine Auslegung der zehn Gebote — *Richard Klier*: Der Konkurrenzkampf zwischen dem böhmischen und dem idrianischen Quecksilber in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts — *Emil Schieche*: Umfang und Schicksal der von den Schweden 1645 in Nikolsburg und 1648 in Prag erbeuteten Archivalien — *Klaus Merten*: Die Pfarrkirche St. Peter und Paul in Kralowitz (Kralovice bei Pläß) — *Klaus Merten*: St. Salvator im Clementinum — ehemals böhmische Jesuitenkirche — und die Wälsche Kapelle in der Altstadt Prag — *Erich Bachmann*: Zwei Bildnisse von Johannes Kupezky — *Karl Fischer*: Die mathematischen, physikalischen und astronomischen Handschriften in den Bibliotheken der Slowakei — *Otto von Habsburg*: Die Schlacht bei Königgrätz als geschichtlicher Wendepunkt — *Otto von Habsburg*: Die politische Entwicklung Europas seit 1866 — *James H. Wolfe*: Woodrow Wilson und das Selbstbestimmungsrecht. Das Problem der böhmischen Grenze — *Frank Boldt*: Karel Čapeks „Život a dílo skladatele Foltýna“ und Thomas Manns „Doktor Faustus“ — *Martin Broszat*: Die Reaktion der Mächte auf den 15. März 1939 — *Friedrich Prinz*: Ideologische Aspekte der Vertreibung — *Peter Burian*: Die Dokumente der Vertreibung der Sudetendeutschen — *Oswald Kostrba-Skalický*: Tschechische Stellungnahmen zum Transfer-Problem und zur Transfer-Tatsache — *Margareta Reindl-Mommsen*: Die Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei nach 1945 — *Ernst Schwarz*: Raabs — tschechisch Rakousy — *Gustav Korkisch*: Die Chronik des Mährisch-Trübauer Webers Michael Heger (1676—1725) — *Gustav Otruba*: Die Wirtschaft Böhmens und Mährens (1760). Dargestellt in einem Lehrbuch für Kronprinz Joseph (II.) — *Nikolaus von Preradovich*: Der k. u. k. Marinekommandant Admiral Max

Freiherr von Sterneck (1829—1897) — *Lenz Kriss-Rettenbach*: Die Krippe als Phänomen zwischen Skulptur und Spiel — *Kurt Wessely*: Die tschechoslowakische Wirtschaft im Zeichen der Reform — *Otto Turecek*: Bemerkungen zum gegenwärtigen tschechoslowakischen Kulturleben

Band 9 — München 1968, 499 Seiten.

Abhandlungen und Miszellen: *Ernst Schwarz*: Beiträge zur mittelalterlichen deutschen Kanzleisprache Süd- und Mittelböhmens — *Maria Dorda-Ebert*: Die Volkszugehörigkeit der Untertanen der Klosterherrschaften Chotiechau und Frauenthal sowie der weltlichen Herrschaft Netolitz in vorhussitischer Zeit — *Richard van Dülmen*: Johann Amos Comenius und Johann Valentin Andreae. Ihre persönliche Verbindung und ihr Reformanliegen — *Emil Popp*: Augsburger Künstler und Kunsthandwerker aus den Sudetenländern — *Karl Fischer*: Die Uhrmacher in Böhmen und Mähren 1630—1850 — *Ernst Schwarz*: Sudeten-deutsche und germanische volkskundliche Wortgeographie — *Erwin Herrmann*: Nikolaj J. Danilevskij und der tschechische Panslawismus — *Harald Bachmann*: Staatsreform und Kriegspolitik. Existenzprobleme Österreichs vor Beginn und während des Ersten Weltkrieges — *James H. Wolfe*: Roosevelt und die Sudetenfrage. Eine Untersuchung der amerikanischen Diplomatie — *Jörg K. Hoensch*: Revision und Expansion. Überlegungen zur Zielsetzung, Methode und Planung der Tschechoslowakei-Politik Hitlers — *Herbert Cysarz*: Deutsche Philosophie im Prager Raum seit Bernard Bolzano — *Heinrich Rubner*: Leistungen und Aufgaben der böhmischen Forstgeschichte — *Ferdinand Seibt*: Die Deutschen in der tschechischen Historiographie 1945—1965 — *Karl Richter*: Adel und Herrschaft im mittelalterlichen Böhmen in der Darstellung der tschechischen Historiographie — *Frederick G. Heymann*: Das Temno in der neuen tschechischen Geschichtsauffassung — *Friedrich Prinz*: Der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867 als historiographisches Problem. Ein Kongreßbericht — *Detlef Brandes*: Widerstand und Revolution — *Josef Werlin*: Eine weitere Überlieferung der Prager Pestbelehrung für den Markgrafen von Mähren — *Klaus Merten*: Drei Risse der Wallfahrtskirche in Altbunzlau von Nikodemus Tessin d. J. im Nationalmuseum in Stockholm — *Kurt Wessely*: Die Wirtschaft der Tschechoslowakei im Jahre 1968

Bericht: *Karl Bosl*: Zehn Jahre Collegium Carolinum 1958—1968

Nachruf: Franz J. Beranek. † 11. August 1967 (Ernst Schwarz)

Band 10 — München 1969, 512 Seiten.

Abhandlungen und Miszellen: *Ernst Schwarz*: Vorkelten und Kelten, Germanen und Slawen, Tschechen und Deutsche in den Sudetenländern — *Ernst Schwarz*: Vorkeltisches daksa „Wasser“ in Ortsnamen Böhmens — *Helmuth Preidel*: Das Ende der germanischen Völkerwanderungszeit an der mittleren Donau und die Baiwaren — *Ernst Schwarz*: Egerer Kanzlei- und Luthersprache — *Rudolf Langhammer*: Klösterler Porzellan — *Anton Špiesz*: Die Slowakei in der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Mittel- und Osteuropas — *Harald Bachmann*:

Sozialstruktur und Parteienentwicklung im nordwestböhmisches Kohlenrevier vor dem Zusammenbruch der Monarchie — *Pavel Pollák*: Die Auswanderung in die Sowjetunion in den zwanziger Jahren — *Helmut Slapnicka*: Das Gesicht Mitteleuropas seit den Pariser Vororteverträgen von 1919 — *Otfrid Pustejovsky*: Der „Februar“ 1948 in der Tschechoslowakei. Probleme, Arbeitsbereiche, Literatur — *Karl Fischer*: Die Uhrmacher in der Slowakei — *Siegfried Sieber*: Von böhmischen Blaufarbenwerken

Biographien: *Ferdinand Seibt*: In memoriam Julius Lippert — *Wilfried Brosche*: Oskar Schürer, 22. 10. 1892 — 29. 4. 1949 — *Reinhard Bornkamm*: Professor Dr. Dr. h. c. Franz Firbas

Band 11 — München 1970, 490 Seiten.

Abhandlungen und Miszellen: *Karl Bosl*: Der Osten in der deutschen Geschichte. Vergangenheit — Gegenwart — Zukunft — *Karl Bosl*: Das „Dritte Deutschland“ und die Lösung der deutschen Frage im 19. Jahrhundert. Souveränität-Defensivsystem-Aggressivität. Das bayerische Beispiel — *Ernst Schwarz*: Beiträge zur Volkstumsgeschichte der Sudetenländer — *Harald Bachmann*: Die nationalen Verhältnisse Böhmens während des Temnos im Rahmen der sozialen Struktur — *Gustav Korkisch*: Der Bauernaufstand auf der Mährisch Trübau-Türnauer Herrschaft 1706—1713. Ein Beitrag zur Geschichte des nordmährischen Bauerntums — *Bedřich Štiefl*: Die sozialen Verhältnisse der Glasmacher in den westböhmisches Hütten im 18. und 19. Jahrhundert — *Norbert Linz*: Der Aufbau der deutschen politischen Presse in der Ersten Tschechoslowakischen Republik (1918—1925) — *Martin K. Bachstein*: Programmdiskussion und Krise in der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei (DSAP) in der Tschechoslowakischen Republik — *Otto von Habsburg*: Das Jahr 1945 und seine geschichtliche Bedeutung für Europa — *Karl Fischer*: Ein Beitrag zur Geschichte der Sternatlanten — *Renée Gickelhorn*: Neue Ergebnisse der Haenkeforschung — *Roman Freiherr von Procházka*: Die letzten königlichen Lehensträger und Belehnungen im 19. Jahrhundert — *Johann Wolfgang Brügel*: Um die historische Wahrheit in der deutsch-tschechischen Auseinandersetzung — *Jörg K. Hoensch*: Replik — *Hertha Wolf-Beraneck*: Totenbretter in den Sudetenländern

Biographien: *Karl Adalbert Sedlmeyer*: Wilhelm Dionys Ritter von Grün. Geograph an der Prager Universität, sein Leben und Wirken — *Walter Doskocil*: Egon Weiß. Ein Gedenken zu seinem 90. Geburtstag

Band 12 — München 1971, 481 Seiten.

Abhandlungen und Miszellen: *Helmut Preidel*: Böhmen und Mähren in den ersten nachchristlichen Jahrhunderten — *Paul de Vooght*: Jean Huss, aujourd'hui — *Gustav Otruba* und *Rudolf Kropf*: Bergbau und Industrie Böhmens in der Epoche der Frühindustrialisierung (1820—1848) — *Harald Bachmann*: Zisleithanische Gesellschaftsentwicklung und deutsch-böhmische Frage. Staatliche und staatsfreie Sphäre im Hinblick auf die nationale und soziale Ideologie — *Mechthild Wolf*: Hauptprobleme einer Monographie Ignaz von Pleners

— *Robert A. Kann*: Der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und seine Einstellung zur böhmischen Frage — *Ladislav Lipscher*: Zur Tätigkeit der slowakischen Abgeordneten in der Tschechoslowakischen Nationalversammlung (1918—1920) — *Manfred Alexander*: Die Tschechoslowakei und die Probleme der Ruhrbesetzung 1923 — *L'ubica Haruštiaková-zum-Felde*: Die Slowaken und ihre Presse in Polen — *August Floderer*: Avogadro'sche oder Loschmidt'sche Zahl? — *Kurt Wessely*: Die Wirtschaft der Tschechoslowakei im Jahre 1970 — *Ernst Schwarz*: Der Rollberg und die Rohlau

Gedenktage: Franz Laufke zum 70. Geburtstag (Friedrich Korkisch)

Band 13 — München 1972, 501 Seiten.

Abhandlungen und Miszellen: *Karel Hrubý*: Senior Communitas. Eine revolutionäre Institution der Prager hussitischen Bürgerschaft — *Emil Popp* †: Die Patrozinien der böhmischen Länder in vorhussitischer Zeit. Eine Bestandsaufnahme — *Albert Herzog zu Sachsen*: Die Polenpolitik Augusts des Starken — *Albert Herzog zu Sachsen*: Der Dresdner Zwinger — *Albert Herzog zu Sachsen*: 250 Jahre Jagdschloß Moritzburg bei Dresden — *Jaromír Loužil*: Franz Thomas Bratraneks Leben und Philosophie — *Emil Schieche*: František Palacký, Antonín Boček und der mährische Separatismus — *Herbert Cysarz*: Grillparzer und die böhmischen Länder — *Manfred Klaube*: Die vier deutsch-böhmischen Gemeinden Wolfsberg, Weidenthal, Lindendorf und Alt-Sadova im rumänischen Banat — *Francesco Leoncini*: Das Problem der deutschen Minderheit in Böhmen in der internationalen Politik der Jahre 1918/1919 — *Hanns Haas*: Die deutschböhmische Frage 1918—1919 und das österreichisch-tschechoslowakische Verhältnis. Teil I — *Otto Böss*: Deutsche Kriegsgefangene im Uranbergbau von Sankt Joachimsthal (Jáchymov) 1945—1950 — *Jörg K. Hoensch*: Zur Phänomenologie und Soziologie des politischen Witzes in Osteuropa — *Karl Bosl*: Geist und Macht. Zur Gründung des Bistums Prag vor 1000 Jahren — *Martin K. Bachstein*: Eine unerbittliche Journalistin, Elizabeth Wiskemann
Bericht: Tätigkeitsbericht des Collegium Carolinum für 1972

BUCHBESPRECHUNGEN

Johann Christoph *Allmayer-Beck*: Ministerpräsident Baron Beck. Ein Staatsmann des alten Österreich. München 1956, 327 S. (Friedrich Prinz) BohJb 6
Anton *Altrichter*: Kolonisationsgeschichte der Iglauer Sprachinsel. Wiesbaden 1959, 72 S. (Ernst Schwarz) BohJb 3
Rudolf *Anděl*: Husitství v severních Čechách. Reichenberg 1961, 150 S. (Ferdinand Seibt) BohJb 7
Heinz *Angermeier*: Königtum und Landfriede im deutschen Spätmittelalter. München 1966, 592 S. (Ferdinand Seibt) BohJb 13
Austrian History Yearbook. Bd. 1 (1965), Bd. 2 (1966), Bd. 3 (1967). (Friedrich Prinz) BohJb 11

Barock in Böhmen. Hrsg. v. Karl M. Swoboda. München 1964, 360 S. (Michael Renner) BohJb 7

Ernst Birke: Frankreich und Ostmitteleuropa im 19. Jahrhundert. Beiträge zur Politik und Geistesgeschichte. Köln-Graz 1960, X + 527 S. (Karl Bosl) BohJb 2

Immanuel Birnbaum: Tschechoslowakei. Hannover 1963, 68 S. (Karl Richter) BohJb 5

Bohumil Černý: Mezi Labem a Rýnem. Prag 1965, 155 S. (Jörg K. Hoensch) BohJb 7

Československá Vlastivěda, díl 1, Příroda, sv. 1. Prag 1968, 852 S. (Karl A. Sedlmeyer) BohJb 11

Československý Vojenský Atlas. Prag 1965, 386 S. (Karl A. Sedlmeyer) BohJb 7
Das hunderttürmige Prag im Spiegel deutscher Dichtung und Urkunden. Hrsg. v. Josef Mühlberger. München 1969, 208 S. (Friedrich Prinz) BohJb 11

Dějiny Komunistické Strany Československy. Prag 1961, 710 S. (Heinrich Kuhn) BohJb 4

Der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867. Seine Grundlagen und Auswirkungen. München 1968, 168 S. (Harald Bachmann) BohJb 10

Der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1876. Vorgeschichte und Wirkungen. Wien-München 1967, 238 S. (Friedrich Prinz) BohJb 9

Die Acht-, Verbots- und Fehdebücher Nürnbergs von 1285—1400. Bearb. v. Werner Schultheiß. Nürnberg 1960, 240 + 290 S. (Wilhelm Weizsäcker) BohJb 2

Die deutsche Schule in den Sudetenländern. Form und Inhalt des Bildungswesens. Hrsg. v. Theo Keil. München 1967, 616 S. (Friedrich Prinz) BohJb 9

Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn. Ein Handbuch. Hrsg. v. Viktor Aschenbrenner, Ernst Birke, Walter Kuhn u. Eugen Lemberg. Frankfurt/M.-Berlin-Bonn-München 1967, XVI + 634 S. (Karl Möckl) BohJb 12

Die nationale Frage in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie 1900—1918. Red. v. Péter Hanák. Budapest 1966, 358 S. (Friedrich Prinz) BohJb 8

Die Protokolle des Österreichischen Ministerrates (1848—1867). Einleitungsband. Helmut Rumpler: Ministerrat und Ministerratsprotokolle 1848—1867. Wien 1970, 131 S. (Wolf D. Gruner) BohJb 12

Die wirtschaftliche Situation in Deutschland und Österreich um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert. Hrsg. v. Friedrich Lütge. Stuttgart 1964, 254 S. (Hatto Kallfelz) BohJb 6

Dokumente zur sudetendeutschen Frage 1916—1967. Hrsg. v. Ernst Nittner. München 1967, 581 S. (Ferdinand Seibt) BohJb 9

Dolování v Jáchymově. Prag 1967, 329 S. (Heribert Sturm) BohJb 9

Ein Leben — drei Epochen. Festschrift für Hans Schütz. München 1971, 767 S. (Harald Bachmann) BohJb 13

Europäische Kulturverflechtungen im Bereich der volkstümlichen Überlieferung. Festschrift für Bruno Schier. Göttingen 1967, XII + 257 S. (Georg R. Schroubek) BohJb 13

- Götz *Fehr* — Werner *Neumeister*: Prag. Geschichte und Kultur. Berlin 1967, 166 S. (Friedrich Prinz) BohJb 9
- Hermann *Födisch*: Das Saazer Land in ur- und frühgeschichtlicher Zeit. München 1961, 144 S. (Gerhard Mildenerberger) BohJb 4
- Otto *Folberth*: Der Prozeß Stephan Ludwig Roth. Ein Kapitel Nationalitätengeschichte Südosteuropas im 19. Jahrhundert. Graz-Köln 1959, XV + 384 S. (Friedrich Prinz) BohJb 10
- Klaus *Frommelt*: Die Sprachenfrage im österreichischen Unterrichtswesen 1848—1859. Graz-Köln 1963, 218 S. (Friedrich Prinz) BohJb 8
- Christoph *Führ*: Das k. u. k. Armeekorpskommando und die Innenpolitik in Österreich 1914—1917. Graz-Wien-Köln 1968, 190 S. (Friedrich Prinz) BohJb 10
- Manouchehr *Ganji*: International Protection of Human Rights. Paris 1962, 317 S. (Fritz Peter Habel) BohJb 6
- Renée *Gickelhorn*: Thaddäus Haenkes Reisen und Arbeiten in Südamerika. Wiesbaden 1966 (Karl A. Sedlmeyer) BohJb 6
- Ludwig v. *Gogolák*: Beiträge zur Geschichte des slowakischen Volkes. Bd. 1: Die Nationswerdung der Slowaken und die Anfänge der tschechoslowakischen Frage (1526—1790). München 1963, VIII + 265 S. (Karl Jering) BohJb 6
- Ludwig von *Gogolák*: Beiträge zur Geschichte des slowakischen Volkes. Bd. 2: Die slowakische nationale Frage in der Reformepoche Ungarns 1790—1848. München 1969, 280 S. (Harald Bachmann) BohJb 12
- Großer Historischer Weltatlas. Hrsg. v. Bayerischen Schulbuch Verlag. 2. Teil: Mittelalter. München 1970 (Ferdinand Seibt) BohJb 13
- Otto *Guglia*: Das Werden des Burgenlandes. Eisenstadt 1961, 95 S. (Rudolf Wierer) BohJb 3
- Vlastislav *Häufler*: Dějiny Geografie na universitě Karlově 1348—1967. Prag 1967, 421 S. (Karl A. Sedlmeyer) BohJb 10
- Gerhard *Hahn*: Die Einheit des Ackermann aus Böhmen. Studien zur Komposition. München 1963, 124 S. (Hugo Kuhn) BohJb 7
- Ludwig *Hammermayer*: Gründungs- und Frühgeschichte der bayerischen Akademie der Wissenschaften. Kallmünz, XXIV + 388 S. (Karl Bosl) BohJb 1
- Hugo *Hantsch*: Leopold Graf Berchtold. Grandseigneur und Staatsmann. Graz-Wien-Köln 1963, 2 Bde., XIV + 896 S. (Karl Bosl) BohJb 5
- Lubomír F. *Havlík*: Velká Morava a středoevropské Slované. Prag 1964, 490 S. (Emil Schieche) BohJb 8
- Hans *Heigert*: Deutschlands falsche Träume. Hamburg 1968, 293 S. (Friedrich Prinz) BohJb 10
- Josef *Hemmerle*: Die Deutschordens-Ballei Böhmen in ihren Rechnungsbüchern 1382—1411. Bonn 1967, 193 S. (Hanns Hubert Hofmann) BohJb 11
- Frederick *Hertz*: The Development of the German Public Mind. A Social History of German Political Sentiments, Aspirations and Ideas. Bd. 2: The Age of Enlightenment. London 1962, 487 S. (Rudolf Wierer) BohJb 5

- Johanna Baronin *Herzogenberg*: Prag. Ein Führer. München 1966, 375 S. (Friedrich Prinz) BohJb 8
- Historica I u. II. Les sciences historiques en Tchécoslovaquie. Prag 1959 u. 1960 (Karl Bosl) BohJb 2
- Historica III. Les sciences historiques en Tchécoslovaquie. Prag 1961, 388 S. (Ferdinand Seibt) BohJb 3
- Historica IV u. V. Les sciences historiques en Tchécoslovaquie. Prag 1962 u. 1963, 304 S. u. 328 S. (Ferdinand Seibt) BohJb 7
- Historica VI, VII u. VIII. Les sciences historiques en Tchécoslovaquie. Prag 1963 u. 1964, 304 S., 236 S., 276 S. (Ferdinand Seibt) BohJb 8
- Historica IX—XIII. Historische Wissenschaften in der Tschechoslowakei. Bd. IX: Prag 1964, 291 S.; Bd. X: Prag 1965, 305 S.; Bd. XI: Prag 1965, 281 S.; Bd. XII: Prag 1966, 269 S.; Bd. XIII: Prag 1966, 275 S. (Ferdinand Seibt) BohJb 11
- Felix *Höglinger*: Ministerpräsident Heinrich Graf Clam-Martinić. Graz-Köln 1964, 237 S. (Friedrich Prinz) BohJb 7
- Jörg K. *Hoensch*: Die Slowakei und Hitlers Ostpolitik. Hlinkas Slowakische Volkspartei zwischen Autonomie und Separation 1938/39. Köln-Graz 1965, XII + 390 S. (Friedrich Prinz) BohJb 8
- Ernst Rudolf *Huber*: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. 1: Reform und Restauration 1789—1830; Bd. 2: Der Kampf um Einheit und Freiheit 1830—1850; Bd. 3: Bismarck und das Reich. Bd. 1: Stuttgart 1957, XXVII + 820 S.; Bd. 2: Stuttgart 1960, XXXII + 935 S.; Bd. 3: Stuttgart 1963, XXXVI + 1074 S. (Friedrich Prinz) BohJb 6
- Ernst Rudolf *Huber*: Nationalstaat und Verfassungsstaat. Studien zur Geschichte der modernen Staatsidee. Stuttgart 1965, 293 S. (Friedrich Prinz) BohJb 7
- Humanitas Ethnica. Menschenwürde, Recht und Gemeinschaft. Festschrift für Theodor Veiter. Wien-Stuttgart 1967, 427 S. (Harald Bachmann) BohJb 9
- Hus in Konstanz. Der Bericht des Peter Mladonjowicz. Ed. v. Josef *Bujnoch*. Graz-Wien-Köln 1963, 295 S. (Ferdinand Seibt) BohJb 13
- Josef *Janáček*: Pivovarnictví v českých královských městech v 16. století. Prag 1959, 76 S. (Hermann Kellenbenz) BohJb 4
- Josef *Janáček*: Řemeslná výroba v českých městech v 16. století. Prag 1961, 269 S. (Hermann Kellenbenz) BohJb 4
- Josef *Janáček*: Rudolfinské drahotní řády. Prag 1957, 78 S. (Hermann Kellenbenz) BohJb 4
- Zdeněk *Jičínský*: K politické ideologii buržoazní ČSR. Prag 1965, 249 S. (Hans Lemberg) BohJb 8
- Robert *Kalivoda*: Husitská ideologie. Prag 1961, 561 S. (Ferdinand Seibt) BohJb 4
- Linus *Kather*: Die Entmachtung der Vertriebenen. Bd. 1: Die entscheidenden Jahre. München 1964, 320 S. (Fritz Peter Habel) BohJb 7

George F. Kennan: From Prague after Munich. Diplomatic Papers 1938—1940. Princeton 1968, 266 S. (Fritz Peter Habel) BohJb 12

Stanley Buchholz *Kimball*: Czech Nationalism. A study of the national Theatre movement 1845—1883. Urbana 1964, XIII + 186 S. (Rudolf Wierer) BohJb 6

Kirche, Recht und Land. Festschrift für Weihbischof Prof. Dr. Adolf Kindermann. Königstein/Taunus-München 1969, 280 S. (Harald Bachmann) BohJb 11

Horst Köpstein: Über die Teilnahme von Deutschen an der hussitischen revolutionären Bewegung — speziell in Böhmen. Berlin 1963. (Ferdinand Seibt) BohJb 4

Jaroslav Koutek: Wuinta colonna all' Est. I nazisti nei Sudeti 1933—1938. Rom 1965, XII + 217 S. (Fritz Peter Habel) BohJb 8

Alois Kubiček — Alena Petráňová — Josef Petráň: Karolinum a historické koleje university Karlovy v Praze. Prag 1961, 203 S. (Kurt Oberdorffer) BohJb 4

Heinrich Kuhn: Der Kommunismus in der Tschechoslowakei. Köln 1965, 304 S. (Rudolf Hilf) BohJb 8

Paul Lamatsch: Prager Tragödie. Großböhmen, Experimentierraum für ein geeintes Europa. München 1964, 207 S. (Karl Jering) BohJb 5

Leistung und Schicksal. Abhandlungen und Berichte über die Deutschen im Osten. Hrsg. v. Eberhard G. Schulz. Köln-Graz 1967, 414 S. (Ferdinand Seibt) BohJb 13

Eugen Lemberg: Ostkunde. Grundsätzliches und Kritisches zu einer deutschen Bildungsaufgabe. Hannover 1964, 256 S. (Hans Rainer Giebel) BohJb 6

Hans Lentze: Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein. Graz-Wien-Köln 1962, 372 S. (Rudolf Wierer) BohJb 4

Dobroslav Líbal: Alte Städte in der Tschechoslowakei. Prag 1971, 107 S. (Wilfried Brosche) BohJb 13

Antonín Liehm: Gespräche an der Moldau. Das Ringen um die Freiheit der Tschechoslowakei. Wien-München-Zürich 1968, 352 S. (Friedrich Prinz) BohJb 10

Nikolaus Lobkowicz: Marxismus-Leninismus in der ČSR. Die tschechoslowakische Philosophie seit 1945. Dordrecht-Holland 1961, 267 S. (Heinrich Kuhn) BohJb 3

Radomír Luža: The Transfer of the Sudeten Germans. A Study of Czech-German Relations 1933—1962. New York 1964, 365 S. (Rudolf Hilf) BohJb 6

Kurt Marko: Evolution wider Willen. Die Sowjetideologie zwischen Orthodoxie und Revision. Graz-Wien-Köln 1968, 219 S. (Friedrich Prinz) BohJb 10

Werner Maser: Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924. Frankfurt-Bonn 1965, 524 S. (Fritz Peter Habel) BohJb 8

Vojtech Mastny: The Czechs Under Nazi Rule. The Failure of National Resistance 1939—1942. New York-London 1971, 274 S. (Martin K. Bachstein) BohJb 12

Erich Matthes: Das Häuserlehnbuch der sächsisch-böhmischen Bergstadt Platten

- ten im Erzgebirge 1535—1570. Neustadt/Aisch 1967, 72 S. (Horst Pohl) BohJb 9
- Sebastian *Merkle*: Ausgewählte Reden und Aufsätze. Würzburg 1965, XII + 699 S. (Georg Schwaiger) BohJb 8
- Meyers Handbuch der Geschichte. Bd. 1: Lexikon der historischen Persönlichkeiten. Mannheim 1968, 739 S. (Friedrich Prinz) BohJb 10
- Hans *Mommsen*: Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat. Wien 1963, XI + 467 S. (Friedrich Prinz) BohJb 6
- Hans *Mommsen*: Nationalitätenfrage und Arbeiterbewegung. Trier 1971, 46 S. (Harald Bachmann) BohJb 12
- Otakar *Mrázek*: Vyoj průmyslu v Českých Zemích a na Slovensku od manufaktury do roku 1918. Prag 1964, 490 S. (Hermann Kellenbenz) BohJb 7
- Jan *Mukařovský*: Kapitel aus der Poetik. Frankfurt/M. 1967, 157 S. (Friedrich Prinz) BohJb 9
- Vladimír *Nekuda*: Zaniklé osady na Moravě v období feudalismu. Brunn 1961, 232 S. (Ferdinand Seibt) BohJb 5
- Nemecká otázka a Československo 1938—1961. Preßburg 1962, 291 S. (Ruprecht Steinacker) BohJb 8
- Edward Polson *Newman*: Masaryk. London-Dublin 1960, VIII + 242 S. (Friedrich Prinz) BohJb 4
- A. I. *Njeussychin*: Die Entstehung der abhängigen Bauernschaft als Klasse der frühfeudalen Gesellschaft in Westeuropa vom 6. bis 8. Jahrhundert. Berlin 1961, 598 S. (Pankraz Fried) BohJb 6
- Josef *Nožička*: Proměny lesů a vývoj lesního hospodaření v Krošnohoří do r. 1848. Prag 1962, 113 S. (Karl A. Sedlmeyer) BohJb 4
- Odboj a revoluce 1938—1945. Nástin dějin československého odboje. Prag 1965, 435 S. (Rudolf Hilf) BohJb 8
- Österreich im Jahre 1918. Hrsg. v. Rudolf *Neck*. München 1968, 205 S. (Friedrich Prinz) BohJb 11
- Österreichische Historische Bibliographie 1965. Santa Barbara/Calif. 1967, 120 S. (Friedrich Prinz) BohJb 11
- Rudolf *Olšovský*: Světový obchod a Československo 1918—1938. Prag 1961, 287 S. (Kurt Wessely) BohJb 6
- Ost und West in der Geschichte des Denkens und der kulturellen Beziehungen. Festschrift für Eduard Winter. Berlin 1966, 816 S. (Ferdinand Seibt) BohJb 13
- Karl Heinz *Osterloh*: Joseph von Sonnenfels und die österreichische Reformbewegung im Zeitalter des aufgeklärten Absolutismus. Lübeck-Hamburg 1970, 271 S. (Wolf D. Gruner) BohJb 12
- Památník Palachého 1798—1968. Bearb. v. Milan *Myša*. Ostrau 1968, 80 S. (Ferdinand Seibt) BohJb 13
- Stanley Z. *Pech*: The Czech Revolution of 1848. Chapel Hill 1969, 386 S. (Friedrich Prinz) BohJb 11

- Prag. Ein Bildband von Günter *Schindler* u. Jürgen *Seuss*. Hannover 1967, 16 S. + 125 Bildtafeln. (Friedrich Prinz) BohJb 9
- Helmut *Preidel*: Slawische Altertumskunde des östlichen Mitteleuropas im 9. und 10. Jahrhundert. Teil I. Gräufelfing 1961, 176 S. (Rudolf Grenz) BohJb 5
- Helmut *Preidel*: Slawische Altertumskunde des östlichen Mitteleuropas im 9. und 10. Jahrhundert. Teil II. Gräufelfing 1964, 255 S. (Rudolf Grenz) BohJb 5
- Friedrich *Prinz*: Hans Kudlich (1823—1917). Versuch einer historisch-politischen Biographie. München 1962, 214 S. (Selbstanzeige) BohJb 3
- Heddy *Pross-Weerth*: Prag und die Tschechoslowakei. Ein Reiseführer. Olten-Freiburg/Br. 1967, 480 S. (Friedrich Prinz) BohJb 9
- Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Nürnberg. Hrsg. vom Stadtarchiv Nürnberg. Bd. 1: Nürnberger Urkundenbuch. Nürnberg 1951—1959, 850 S. (Hans Patze) BohJb 7
- Almar *Reitzner*: Alexander Dubček. Männer und Mächte in der Tschechoslowakei. München 1968, 226 S. (Friedrich Prinz) BohJb 10
- Johann Richard *Rogler*: Die Orts- und Flurnamen des Ascher Bezirkes. München-Feldmoching 1961, 408 S. (Ernst Schwarz) BohJb 3
- Hubert *Rösel*: Beiträge zur Geschichte der Slawistik an den Universitäten Halle und Leipzig im 18. und 19. Jahrhundert. Heidelberg 1964, 219 S. (Horst Preiß) BohJb 7
- Hugo *Rokyta*: Die böhmischen Länder. Handbuch der Denkmäler und Gedenkstätten europäischer Kulturbeziehungen in den böhmischen Ländern. Salzburg 1970, 350 S. (Wilfried Brosche) BohJb 13
- Helmut *Rumpler*: Das Völkermanifest Kaiser Karls vom 16. Oktober 1918. Letzter Versuch zur Rettung des Habsburgerreiches. München 1966, 96 S. (Friedrich Prinz) BohJb 10
- Helmut *Rumpler*: Max Hussarek. Nationalitäten und Nationalitätenpolitik in Österreich im Sommer des Jahres 1918. Graz-Wien-Köln 1965, 118 S. (Friedrich Prinz) BohJb 8
- Lilian *Schacherl*: Böhmen. München 1966, 388 S. (Ferdinand Seibt) BohJb 8
- Lilian *Schacherl*: Wege ins Exil. Emigrantenschicksale aus Böhmen und Mähren in fünf Jahrhunderten. Gräufelfing 1964, 215 S. (Ferdinand Seibt) BohJb 8
- Hans *Schenk*: Nürnberg und Prag. Gießen 1969, 190 S. (Richard Klier) BohJb 12
- Bruno *Schier*: Hauslandschaften und Kulturbewegungen im östlichen Mitteleuropa. Göttingen 1966, 451 S. (Torsten Gebhard) BohJb 9
- Ernst *Schwarz*: Sprache und Siedlung in Nordostbayern. Nürnberg 1960, XX + 466 S. (Karl Bosl) BohJb 2
- Ute Monika *Schwob*: Kulturelle Beziehungen zwischen Nürnberg und den Deutschen im Südosten im 14. bis 16. Jahrhundert. München 1969, 273 S. (Wilhelm Störmer) BohJb 11
- Jindřich *Šebánek* — Sáša *Dušková*: Panovnická a biskupská listina v českém státě doby Václava I. Prag 1961, 126 S. (Kurt Oberdorffer) BohJb 4

Siegfried Sieber: Studien zur Industriegeschichte des Erzgebirges. Köln 1967, 152 S. (Gustav Otruba) BohJb 9

Školní atlas československých dějin. Prag 1959 (Karl Richter) BohJb 2

Erhard Spengler: Zur Frage des völkerrechtlich gültigen Zustandekommens der deutsch-tschechoslowakischen Grenzneuregelung 1938. Berlin 1967, 171 S. (Otto Kimminich) BohJb 9

Hedwig Steiner: Anton Hanak. Werk, Mensch und Leben. München 1969, LIV + 106 S. (Friedrich Prinz) BohJb 10

Herbert Steiner: Die Arbeiterbewegung Österreichs 1867—1889. Beiträge zu ihrer Geschichte von der Gründung des Wiener Arbeiterbildungsvereines bis zum Einigungsparteitag in Hainfeld. Wien 1964, VIII + 308 S. (Hans Mommsen) BohJb 7

Walter Steinhauser: Slawisches im Wienerischen. Wien 1962, 190 S. (Hugo Herrmann) BohJb 4

Studia Historica Slovaca I u. II. Preßburg 1963, 252 S. u. Preßburg 1964, 287 S. (Ruprecht Steinacker) BohJb 8

Studien zur Geschichte der Österreichisch-Ungarischen Monarchie. Hrsg. v. V. Sandór u. P. Hanák. Budapest 1961, 524 S. (Friedrich Prinz) BohJb 9

Heribert Sturm: Egerer Reliefintarsien. München 1961, 280 S. (Selbstanzeige) BohJb 2

Berthold Sutter: Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897. Ihre Genesis und ihre Auswirkungen vornehmlich auf die innerösterreichischen Alpenländer. Bd. 1. Graz-Köln 1960, 310 S. (Harald Bachmann) BohJb 8

Berthold Sutter: Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897. Ihre Genesis und ihre Auswirkungen vornehmlich auf die innerösterreichischen Alpenländer. Bd. 2. Graz-Köln 1965, 542 S. (Harald Bachmann) BohJb 9

Jan Svoboda: Tschechoslowakei. Landschaft, Geschichte, Kultur. Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1967, 196 S. (Friedrich Prinz) BohJb 9

Christoph Thienen-Adlerflycht: Graf Leo Thun im Vormärz. Grundlagen des böhmischen Konservatismus im Kaisertum Österreich. Graz-Wien-Köln 1967, 227 S. (Friedrich Prinz) BohJb 8

Gerburg Thunig-Nittner: Die tschechoslowakische Legion in Rußland. Ihre Geschichte und Bedeutung bei der Entstehung der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Wiesbaden 1970, XX + 299 S. (Karl-Ludwig Ay) BohJb 11

Rudolf Turek: Die frühmittelalterlichen Stämmegebiete in Böhmen. Prag 1957, 128 S. (Ernst Klebel) BohJb 1

Rudolf Urban: Die sudetendeutschen Gebiete nach 1945. Frankfurt-Berlin 1964, 440 S. (Rudolf Hilf) BohJb 7

Hana Veverková-Rousová: Max Haushofer 1811—1866. Lehrer für Landschaftsmalerei an der Akademie der bildenden Künste in Prag. Prag 1966 (Heinz Haushofer) BohJb 12

Jozef Vlachovič: Slovenská meď v 16. a 17. Storočí. Preßburg 1964, 327 S. (Hermann Kellenbenz) BohJb 9

Ctibor Votrubec: Der gegenwärtige Stand und die weitere Entwicklung der tschechoslowakischen Städte. Berlin 1963 (Karl Sedlmeyer) BohJb 4

Vývoj mapového zobrazení území Československé Republiky. 1. Mapy českých zemí do poloviny 18. století. Prag 1959, 80 S. — 3. Mapování a měření českých zemí od pol. 18. století do počátku 20. století. Prag 1961, 80 S. (Karl Sedlmeyer) BohJb 4

Walter Wagner: Geschichte des k. u. k. Kriegsministeriums. Bd. 1: 1848—1866. Graz-Wien-Köln 1966, 257 S. (Friedrich Prinz) BohJb 8

Walter Wagner: Geschichte des k. k. Kriegsministeriums. Bd. 2: 1866—1888. Wien-Köln-Graz 1971, 287 S. (Wolf D. Gruner) BohJb 12

Piotr S. Wandycz: France and her Eastern Allies 1919—1925. French-Czechoslovak-Polish relations from the Paris Peace Conference to Locarno. Minneapolis 1962, IX + 454 S. (Fritz Peter Habel) BohJb 6

Maximilian Weigel — Josef Wopper — Hans Ammon: Ambergisches Pfarrerbuch. Kallmünz 1967, 32 + 244 S. (Heribert Sturm) BohJb 9

Maximilian Weigel — Josef Wopper — Hans Ammon: Neuburgisches Pfarrerbuch. Kallmünz 1967, 25 + 208 S. (Heribert Sturm) BohJb 9

René Wellek: Essays on Czech Literature. Den Haag 1963, 214 S. (Friedrich Prinz) BohJb 10

Weltfreunde. Konferenz über die Prager deutsche Literatur. Hrsg. v. Eduard Goldstücker. Berlin-Nerwied 1967, 430 S. (Friedrich Prinz) BohJb 9

Rudolf Wierer: Der Föderalismus im Donauraum. Graz-Köln 1960, 236 S. (Hans Lentze) BohJb 4

Christian Willars: Die böhmische Zitadelle. CSR — Schicksal einer Staatsidee, Abrechnung und Ausblick. Wien-München 1965, 520 S. (Friedrich Prinz) BohJb 8

Eduard Winter — Maria Winter: Der Bolzanokreis 1824—1833 in Briefen von Anna Hoffmann, Michael Josef Fesl, Franz Schneider und Franz Přihonský. Wien 1970 (Herbert Cysarz) BohJb 11

Elizabeth Wiskemann: Erlebtes Europa. Ein politischer Reisebericht 1930—1945. Bern-Stuttgart 1969, 255 S. (Fritz Peter Habel) BohJb 13

Zbyněk A. B. Zeman: Der Zusammenbruch des Habsburgerreiches 1914—1918. München 1963, 278 S. (Rudolf Wierer) BohJb 6

Paul E. Zinner: Communist Strategy and Tactics in Czechoslovakia 1918—1948. New York 1963, 264 S. (Rudolf Hilf) BohJb 7

DIE WISSENSCHAFTLICHEN TAGUNGEN DES COLLEGIUM CAROLINUM 1958—1972 UND IHRE PUBLIKATION

„Ein Gedankenaustausch soll herbeigeführt und eingeleitet werden, wie er sich überall dort, wo zwei Völker sich begegneten, als höchst fruchtbar erwiesen hat. Das pulsierende Leben echter Verständigung soll geweckt werden. Im politischen Leben sind derzeit noch tiefe Gräben vorhanden, die nicht ohne weiteres überwunden werden können. Es ist nicht unsere Aufgabe, Politik zu treiben, wohl aber meinen wir, daß mit den Tschechen wieder einmal eine friedliche Aussprache möglich sein wird. Sie vorzubereiten, ist eine Aufgabe der Wissenschaft.“

Mit diesen Worten eröffnete Theodor Mayer vor sechzehn Jahren die Arbeit des Collegium Carolinum. Sie sind dem ersten Band der Tagungsberichte vorangestellt. Inzwischen liegen die Ergebnisse solcher Tagungen in einer stattlichen Reihe von 10 Bänden vor, und das Institut hat sich durch solche Tagungen wie durch ihre Publikation nicht zum mindesten einen Namen gemacht als Stätte wissenschaftlicher Begegnung im Sinn der Geleitworte von Theodor Mayer. Die Wahl der Themen und der Referenten, die gedankliche Leitung und die Herausgabe der Manuskripte schließlich zählen zu den Verdiensten unseres Jubilars. Deshalb kann ein Rückblick auf die 10 Bände der Essays und Referate von den Tagungen 1958 bis 1971 auch eine gute Anschauung von der Arbeit des Instituts unter seiner Leitung vermitteln.

Der erste Band¹ sucht mit seinem Thema eine Bestandsaufnahme und einen Brückenschlag zur neuen Heimat, die sich für einen sehr großen Teil der Vertriebenen bekanntlich in Bayern aufgetan hat. „Böhmen und Bayern“: Unter diesem Generalthema zeigt Ernst Schwarz aus dem reichen Fundus seines dialektgeographischen Materials „Die deutsche Besiedlung des Böhmerwaldes und Westböhmens im Lichte der Mundarten“. Er belegt anhand von Kartenskizzen die Verbreitung einzelner Sprachräume, die Abgrenzung zu thüringischen und sächsischen Einflüssen und die Ausbildung eines sogenannten Kolonistendeutsch als Mischform während der mittelalterlichen Ostbewegung. Seine Erkenntnisse bieten bei dem bekannten Mangel an urkundlichem Quellenmaterial zur Bevölkerungsverschiebung im Rahmen der deutschen Ostbewegung vielfach die sichersten Aufschlüsse. Auf denselben Vorgang der „Besiedlungsgeschichte des Böhmerwaldes“ richteten sich auch die Ausführungen von Ernst Klebel, in einer kurzen Bestandsaufnahme.

Karl Bosl betrachtete den „Eintritt Böhmens und Mährens in den westlichen Kulturkreis im Lichte der Missionsgeschichte“. Dabei wird hier zum erstenmal, vor einer Reihe anderer Arbeiten des Autors zum selben Themenkreis, die Bedeutung Regensburgs für die böhmische Mission hervorgehoben, sowohl nach dem ersten Taufbericht von 845, als auch nach dem Handschriftenbestand des Domklosters St. Emmeram. Wilhelm Weizsäcker bringt unter dem Titel

¹ Böhmen und Bayern. München 1958, 127 S. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 1).

„Städteentstehung und Heimatkunde“ Betrachtungen über Stadtgrundrisse, darunter einen besonders eindrucksvollen Vergleich über Parallelen zwischen Wien und Brünn, und Grundzüge des Zusammenhangs der sogenannten Stadtrechtsfamilien in Böhmen aus meist Magdeburger oder süddeutscher Filiation.

Den umfangreichsten Beitrag des Bandes lieferte Erich *Bachmann*, auch nach der Themenstellung: „Böhmen und die bayerische Kunst“. Von der Veitsrotunde des 10. Jahrhunderts bis an die Schwelle des 20. verfolgt er Einflüsse aus Stilrichtungen, Kunsttechniken oder dem Lebensgang einzelner Persönlichkeiten, um die enge, doch nicht ungebrochene, manchmal antithetisch sich wandelnde Bindung Böhmens an die südostdeutsch-bayerischen oder an norddeutsche Kunsträume zu zeigen.

Dem historischen Hintergrund eines staatsrechtlichen Problems widmet sich am Schluß des Bandes Heribert *Sturm*. In seinen Ausführungen über „Bayern und Eger seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts“ zeigt er, daß die alte Reichspfandschaft bei der Auflösung des Reiches von 1806 aus ihrer faktischen, niemals juridisch fixierten Zugehörigkeit zur Krone Böhmen wieder gelöst sein wollte und darum bis 1922 vergebliche Auseinandersetzungen mit der Habsburgermonarchie und der tschechoslowakischen Republik geführt hat.

„Die Sudetenfrage in europäischer Sicht“ suchte der 2. Band² dieser Reihe zu erfassen, der mit Vorträgen aus dem Jahr 1959 drei Jahre später erschien. In seinem Aufbau weicht er vom vorhergehenden wie von allen folgenden Bänden ab, weil er auch die Diskussionen der Tagung übermittelt. Das entspricht auch dem Anliegen dieser Veranstaltung, die wohl in mancher Hinsicht zur Klärung und Orientierung beitragen sollte. Paul *Kluke* eröffnet den Band mit Ausführungen über „Das Münchener Abkommen und der Zweite Weltkrieg“. Er holt weit aus, um die Verstrickung der Sudetendeutschen in die europäischen Minderheitenprobleme zu erläutern, und macht dann klar, wie schlecht ihre Angelegenheiten bei Hitler aufgehoben waren. Er zeigt dabei Hitlers taktisches Spiel mit der Volkstumsideologie ebenso wie seinen aus manchen Äußerungen bekannten Ärger über den Abschluß des Münchener Abkommens, der eine deutsche Offensive gegen die Tschechoslowakei bekanntlich zunächst einmal verhinderte. Der Vortrag fand die ausführlichste Diskussion, nicht nur zur Sache, sondern auch zur Erkenntnis der Standpunkte interessant. Gewisse Einseitigkeiten, die nicht nur 1959 den Rückblick belasteten, greift Wenzel *Jaksch* auf in seinem Referat über „Die Sudetenfrage im europäischen Geschichtsbild“. Seine Kernthese, das Münchener Abkommen sei nur die Konsequenz aus Hitlers Machtergreifung, drei Millionen Sudetendeutsche wären deshalb für das Münchener Abkommen nicht mehr verantwortlich als 65 Millionen Deutsche für Hitlers Machtergreifung, ist zweifellos zur Anschaulichkeit pointiert worden; dennoch tritt dieser Vergleich einem noch immer gängigen Urteil über die Vertreibung und ihre Ursachen entgegen, nach welchem der Ermordete schuldig war.

² Die Sudetenfrage in europäischer Sicht. München 1962, 281 S. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 12).

Interessantes zur atmosphärischen Definition innerhalb der Ersten Tschechoslowakischen Republik bringt Rudolf Wierer in seinen Ausführungen über den „Tschechoslowakischen Staat und die Sudetenfrage“. Gerade solche nicht im herkömmlichen Belegmaterial greifbaren Beobachtungen, soweit man sie kritisch sichern kann, erklären manche Vorgänge im Hinblick auf die bekannte Bedeutung des populären Stimmungsbarometers für politische Entscheidungen. Ferdinand D'určanský skizziert „Die Stellung der Slowaken und nichtdeutschen Minderheiten im tschechoslowakischen Staat“, Hans Neuwirth den „Weg der Sudetendeutschen von der Entstehung des tschechoslowakischen Staats bis zum Vertrag von München“. Beide Referate bringen viel Bekanntes unter dem Gesichtspunkt persönlichen Erlebnisses, mitunter auch mit dem Quellenwert von Memoiren. Vieles aus dem weitgespannten Mosaik der Ausführungen Neuwirths mag in diesem Sinn für spätere Recherchen noch wichtig werden.

Hermann Raschhofer vergleicht „Das ‚Münchener Abkommen‘ und die sowjetische Note vom 10. Januar 1959“. Seine These ist noch aktuell: unvereinbar mit dem geltenden Völkerrecht sei eine an sich undeutliche Version in der sowjetischen Note, wenn sie eine Annullierung des Münchener Abkommens ‚ex tunc‘ bedeutete; zielt sie aber, so meint Raschhofer, auf die Zerstörung des Abkommens durch Hitlers Einmarsch in die Resttschechoslowakei im März 1939, dann könnte eine solche Auffassung „als eine zulängliche Diskussionsgrundlage bezeichnet werden“. Eine knappe Skizze von Taras von Borodajkewycz über „Geschichtliche Probleme deutsch-tschechischer Begegnung“ beschließt den Band.

„Zwischen Frankfurt und Prag“ heißt das nächste Tagungsthema³, das Karl Bosl mit Ausführungen über „Frankfurt, die Franken und das Reich“ eröffnete. Er skizziert die Geschichte der frühmittelalterlichen Königspfalz und der Reichsstadt des hohen Mittelalters, die Entwicklung ihres Territoriums und die machtpolitische Bedeutung des Frankfurter Reichslands im Gesamtbild der deutschen Königspolitik. Walter Schlesinger schließt daran eine Betrachtung über „Die böhmischen Länder in der Geschichte der deutschen Ostbewegung“. Dabei bemüht er sich, die deutsche Ostbewegung vom nationalen Pathos und von diffamierenden Überschätzungen gradeso zu befreien, wie vom Verschweigen aus Ratlosigkeit, das freilich auch heute noch in weitem Maß unser Geschichtsbild kennzeichnet.

Hanns Hubert Hofmann behandelt ein Detail königlicher Territorialpolitik des Spätmittelalters, nämlich „Karl IV. und die politische Landbrücke von Prag nach Frankfurt am Main“. Er zeigt dabei auch kartographisch, wie umsichtig der große Luxemburger um eine Verbindung seiner böhmischen Residenz mit dem Königswahlort bemüht war, teils über Besitz-, teils über Lehensbeziehungen, teils über das besondere Rechtsinstrument der königlichen Schutzvogtei für Orden und Bistümer. Ferdinand Seibt sucht Verlauf und Eigenheiten der „hussitischen Revolution“ herauszuarbeiten: einerseits ihre Vielschichtigkeit, die sie mit den Ablaufmodellen jeder anderen europäischen Revolution

³ Zwischen Frankfurt und Prag. München 1963, 155 S. mit 1 Karte.

gemeinsam hat, andererseits aber das ständisch bedingte politische Programm, seit dem 19. Jahrhundert immer wieder einmal von der Geschichtswissenschaft zu Unrecht modernisiert. Friedrich *Prinz* berichtet über „Die Sudetendeutschen im Frankfurter Parlament“. Er zeigt an den Stellungnahmen ihrer politisch profilierten Vertreter die eigenartige Ambivalenz dieser deutschböhmischen und -mährischen Politiker zwischen nationalem und demokratischem Einsatz im politischen Kräftespiel. Heribert *Sturm* schließt mit einer Betrachtung über „Goethe in Böhmen“, einem in vieler Hinsicht interessanten Stück böhmischer Kulturgeschichte, in dem mannigfache personelle und sachliche Beziehungen zusammenfließen. Die Arbeit ist auch durch eine gründliche Bibliographie wichtig.

Der vierte Band vereinigt unter dem Titel „Probleme der böhmischen Geschichte“ Vorträge aus dem Jahr 1964⁴. Er wird eingeleitet mit einem Beitrag von Ferdinand *Seibt* über „König Ottokars Glück und Ende — Dichtung und Wirklichkeit“. Hier wird Grillparzers Dichtung in ihren historischen Aussagen kritisiert, die ein Jahrhundert lang über den Schulunterricht Geschichtsbild machte, ähnlich wie Schillers Dramen. Dem wird die Figur des großen Přemyslidenkönigs als Verkörperung eines zielbewußten Machtpolitikers gegenübergestellt, voll auf den Spuren der zeitgenössischen Expansionspolitik in Spanien, in Frankreich, im staufischen Unteritalien, und dabei imstande, zum erstenmal und für ein Menschenalter lang die Kernzelle des künftigen Donauraums in seiner Hand zu vereinigen.

Ingrid *Matison* kennzeichnet in ihrem Referat „Der ‚Hussitenkönig‘ Georg von Poděbrad in seiner Zeit“ die Tendenz zur monarchischen Zentralisation in der Politik des böhmischen Parvenüs als das wichtigste Forschungsproblem — ein Desiderat, dem inzwischen die Bücher von Heymann und Odložilík in vollem Umfang nachgegangen sind. Im Mittelpunkt der Ausführungen von Heribert *Sturm* über den „erzgebirgischen Bergbau im 16. Jahrhundert“ steht die Geschichte des Joachimsthaler Silbers und das Unternehmertum der Grafen Schlick, kennzeichnend für ein neues, individualistisches Geschäftsdenken.

Einen sehr interessanten Abriss „Über den Strukturwandel der grundbesitzenden Oberschicht Böhmens in der neueren Zeit“ bietet Karl *Richter*. Anhand einiger statistischer Entwicklungen zeigt er, daß der deutsche Einfluß und der damit verbundene personale, aber auch der wirtschaftliche Wandel im böhmischen Adel nicht erst dem großen Strafgericht von 1621 und dem Zustrom von Landfremden im Gefolge des Dreißigjährigen Kriegs zuzuschreiben sei, sondern daß beides sich bereits im 16. Jahrhundert anbahnt und den langfristigen Wandel in der grundbesitzenden Oberschicht bestimmt. Richters Ausführungen sind 1972 durch eine amerikanische Dissertation und danach durch eine amerikanisch-tschechische Gemeinschaftsstudie bestätigt worden. Gerhard *Hanke* verfolgte „Badische und bayerische Herrschaften in Böhmen“. Es geht dabei nicht um ein bloßes Stück Lokalgeschichte, sondern um das Schicksal eines ziel-

⁴ Probleme der böhmischen Geschichte. München 1964, 145 S. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 16).

bewußten Unternehmens, mit dem sich deutsche Fürstenfamilien im böhmischen Wirtschaftsraum etablierten. Überdies läßt die Verwaltungsorganisation der Besitzungen interessante Schlüsse auf den zeitgenössischen Aufbau der Gutswirtschaft zu. Mit dem Reichsdeputationshauptschluß und den Folgeereignissen fiel der Besitz an die Habsburger.

Friedrich *Prinz*, „František Palacký als Historiograph der böhmischen Stände“, beleuchtet die politische Entwicklung Palackýs um das Jahr 1848, als er versuchte, dem böhmischen Adel eine neue Funktion als Träger der böhmischen Nationalpolitik zu übertragen. Rudolf *Wierer* stellt „Albert Eberhard F. Schöffle und das deutsch-tschechische Problem“ vor, das Schicksal eines Wirtschaftsministers der alten Monarchie, der am Ende des 19. Jahrhunderts das nationale Problem in seiner irrationalen Kraft unterschätzte und durch „wechselseitige Verschmelzung“ lösen wollte. Ernst *Birke* berichtet fesselnd und elegant über „Frankreich und Böhmen von 1848 bis 1938“, eine Zusammenschau vieler Wechselbeziehungen, vornehmlich nach der großen Wende in der französischen Ostpolitik 1871 von großer Bedeutung für die Folgezeit. Gotthold *Rhode* sprach über „Das Jahr 1938 in der europäischen und deutschen Geschichte“. Nicht nur die Unruhe in der deutschen Minderheit, sondern auch die polnische und die ungarische Aversion gegen die Tschechoslowakei hebt er dabei als komplementäre Elemente der westlichen Appeasement-Politik hervor. Er würdigt die Entscheidung der Westmächte als den Versuch, die undemokratische Aggressionspolitik Hitlers aufzufangen und dabei dem demokratischen Prinzip des Selbstbestimmungsrechts zu folgen.

Den Rahmen der böhmisch-mährischen Probleme der Tagungsreihe überschreitet eine Veranstaltung über „Die Slowakei als mitteleuropäisches Problem in Geschichte und Gegenwart“⁵, eingeleitet durch Karl *Bosl* zum 1000-jährigen Gedenken an „Kyrill und Method — Ihre Stellung und Aufgabe in der römischen Kirchenorganisation zwischen Ost und West“. In einem weiten Aufriß zeigt Bosl hier nicht nur die bekannte fränkisch-byzantinische Rivalität und die Rolle der beiden Kirchenorganisatoren in diesem Zusammenhang, sondern das meist unbeachtete Anliegen und den Erfolg päpstlicher Ostpolitik im Mährerreich. Die fünf folgenden Beiträge gelten der Neuzeit, angeführt von einem sehr umfangreichen, sehr kenntnisreichen, von vielem Einzelwissen gespeisten Abriss Ludwig *von Gogoláks* über „Die historische Entwicklung des slowakischen Nationalbewußtseins. Beiträge zur slowakischen Sozial- und Verfassungsgeschichte“. Er richtet sich im großen und ganzen auf die Entwicklung des 19. Jahrhunderts und sucht nationale und soziale Trends dabei zu kombinieren. Über die „Slowakei und den Panslawismus“ referiert Ferdinand *D'určanský*. Er unterscheidet tschechophile und russophile Strömungen im Laufe des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, hebt aber beide ab von der Absicht eines Verzichts auf das eigene slowakische Volkstum.

Milan Stanislaus *Durica* sucht die Situation der „Slowakei in der Märzkrise

⁵ Die Slowakei als mitteleuropäisches Problem in Geschichte und Gegenwart. München 1965, 237 S. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 15).

1939“ zu erläutern. Besondere Aufmerksamkeit widmete er dem oft behaupteten Hilferuf Dr. Tisos an Hitler vom 10. März 1939, dem er nicht nur den Mangel positiver Belege entgegenhält, sondern auch anderslautende diplomatische Äußerungen aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes. Ctibor Pokorný sprach über den „Kommunismus und die Slowaken“. Er hob die starke nicht-slowakische Beteiligung an der Partisanenbewegung hervor, eine These, die jedenfalls umsichtige Prüfung verdiente.

Den letzten Beitrag des Bandes bildet eine Arbeit von Kurt Wessely über „Wirtschaftliche und soziale Probleme der Slowakei seit dem Ersten Weltkrieg“. Er greift allerdings bis zu Entwicklungen im Manufakturzeitalter zurück und belegt dann mit reichem statistischem Material die wachsende Landesentwicklung bis zur Gegenwart im industriellen, agrarischen und demographischen Bereich. Daraus ergibt sich der wachsende Anteil der Slowakei am Wirtschaftsvolumen des Gesamtstaates bis 1963.

Unter dem Titel „Beiträge zum deutsch-tschechischen Verhältnis im 19. und 20. Jahrhundert“ wurden 1967 die Ergebnisse zweier Tagungen in einem Band veröffentlicht⁶. Zwei Schwerpunkte kennzeichnen demnach auch den Inhalt des Bandes: die Revolution von 1848 und das Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen in der Zwischenkriegszeit.

Friedrich Walter berichtet von der „Böhmischen Charte vom 8. April 1848“ und zeigt dabei, wenn auch mit Sympathie für den altösterreichischen Standpunkt, in allen Einzelheiten die Geschichte eines nicht eingelösten kaiserlichen Versprechens. Friedrich Prinz beleuchtet in seinem Beitrag „die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt und den Reichstag in Kremsier“. Er wägt ab, welche Chance man in Kremsier noch für ein konstitutionelles Verfassungswerk unter innen- wie auch unter außenpolitischen Gegebenheiten hätte sehen können. Mit „Masaryk, Beneš, Kramář und dem tschechisch-deutschen Verhältnis“ beschäftigt sich Bohdan Chudoba, während A. K. Simon unter derselben Kategorie der Betrachtung einen Beitrag über „Rudolf Lodgman von Auen und das deutsch-tschechische Verhältnis“ lieferte. Beim gegebenen Quellenmangel sind Simons Ausführungen in mancher Hinsicht besonders aufschlußreich. Memoirenhaften Quellenwert haben auch die Äußerungen des ehemaligen tschechischen Gesandten in London, Karel Lisický, über „Die Entwicklung des deutsch-tschechischen Verhältnisses in tschechischer Sicht“. „Erfolge und Mißerfolge des sudetendeutschen Aktivismus“ stellt Erwin Zajicek zusammen.

Beiträge von Friedrich Prinz und Ferdinand Seibt richten sich auf „Beneš und die Sudetendeutschen“ und „Beneš im Exil 1939–1945“. Beidemale steht die Frage im Mittelpunkt, ob Beneš die Vertreibung mit der von ihm selber später behaupteten Konsequenz betrieben habe oder ob er sie im Lauf der Zeit mit wachsender Opportunität betrieb. Seibt sucht die Antwort in Benešs Memoiren mit den Mitteln innerer Quellenkritik, wie sie allgemein nur in der Mediävistik geübt wird. Er stellt auch eine Betrachtung über die „So-

⁶ Beiträge zum deutsch-tschechischen Verhältnis im 19. und 20. Jahrhundert. München 1967, 175 S. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 19).

zialstruktur der Ersten ČSR“ zusammen, nach kartographischem und statistischem Material. Er zeigt die „Westlichkeit“ der Republik, zumindest ihrer drei westlichen Provinzen, und doch zugleich auch wichtige Differenzen in der sozioökonomischen Struktur zwischen ihr und dem Kernraum der „westlichen“ Entwicklungsbereiche.

Den interessanten taktischen Wandel in der „Stellung der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei zur sudetendeutschen Frage“ beleuchtet im letzten Beitrag Heinrich Kuhn. Er macht deutlich, wie sehr auch im linken Lager des ideologischen Radikalismus das verbreitete Volkstumsdenken respektiert und zur Orientierung der eigenen Programmatik genutzt wurde, aber ohne Ansprüche auf prinzipielle Gültigkeit.

Mit dem Jahr 1968 fanden die Tagungen des Collegiums konkreteren Zugriff zu besonderen Problemkreisen. Auch erhielten die Veröffentlichungen, fortan vom Verlag Oldenbourg betreut, ein neues Gesicht. Gleich die erste Tagung der neuen Planung brachte zudem als besondere Unternehmung auch tschechische Spezialisten aus Prag an das Rednerpult des Collegiums. Der erste Band⁷ in der neuen Reihe unter dem Titel „Aktuelle Forschungsprobleme um die Erste Tschechoslowakische Republik“ galt insgesamt dem 50. Jahrestag der Staatsgründung. Karl Bosl eröffnete die Tagung mit einem weiten Rückblick über „Böhmen als Paradefeld ständischer Repräsentation vom 14. bis zum 17. Jahrhundert“. Hier ging es ihm darum, Böhmen als Ständestaat auf dem Weg der Entfaltung der repräsentativen Verfassung und damit der demokratischen Mitbestimmung hervorzuheben, auf einem evolutionistischen Weg, der andere Stationen kennt als die in diesem Zusammenhang meist allein beachtete revolutionäre Entwicklung in Amerika und Frankreich. Zdeněk Šolle schließt daran einen Beitrag über „Kontinuität und Wandel in der sozialen Entwicklung der böhmischen Länder 1872 bis 1930“, der die Entwicklung von 60 Jahren einer sozialen und auch einer nationalen Entfremdung in einer neuen Konvergenz begriffen sah, als die Weltwirtschaftskrise 1930 und der folgende Zusammenbruch der Weimarer Republik „im komplizierten und labilen System Mitteleuropas“ auch die Tschechoslowakei in ihren Strudel zogen.

Friedrich Prinz bringt nach dem Belegmaterial seines Beitrags in Band IV. des Handbuchs der Geschichte der böhmischen Länder einen Abriss über „Das Schulwesen der böhmischen Länder von 1848 bis 1939“. Er sieht dabei den Nationalismus wohl als geistiges Stimulans für den Wettbewerb in der Bildungsentwicklung an, aber er glaubt nicht, daß die nationale Auseinandersetzung die Entfaltung des Schulwesens bei Deutschen und Tschechen wesentlich behindert hätte. Heinrich Rumpler fragt: „Der Zerfall der Habsburgermonarchie — ein Versäumnis?“ Er kommt zu dem Ergebnis, daß die Ansicht vom unbeirrbar Willen zur Auflösung der Monarchie bei den slawischen Völkern durch viele Argumente gestützt werden könne, nur nicht durch das eine, daß die Monarchie auch durch ein entsprechendes Entgegenkommen ihrerseits alle

⁷ Aktuelle Forschungsprobleme um die Erste Tschechoslowakische Republik. München-Wien 1969, 209 S.

Möglichkeiten des Kompromisses erschöpft und „ein echtes Angebot“ dargebracht habe. Das zeigt Rumpler dann im einzelnen am Gang der Ereignisse während der letzten Kriegsmonate. Karel *Pichlík* äußert sich „Zur Kritik der Legenden um das Jahr 1918“. Nicht der Leistung Masaryks im ursächlichen Sinn und nicht dem Geschenk der Sieger sei die Staatsentstehung zu verdanken, sondern der Kriegsentwicklung, die nach dem Ausfall des russischen Bündnispartners eine Zerschlagung der Habsburgermonarchie nahelegte, längst vorbereitet durch die nationale und wirtschaftliche Reife gerade des tschechischen Volkes im 19. Jahrhundert. Helmut *Slapnicka* geht in seinen Betrachtungen über „Recht und Verfassung der Tschechoslowakei 1918 bis 1938“ von dem Vergleich aus, nach welchem die Tschechoslowakei als einziger Staat in Mittel- und Osteuropa ihre Verfassung durch die ganze Zwischenkriegszeit unverändert beibehielt. Er kommt zu dem Schluß einer umfangreichen österreichischen Rechtsrezeption im tschechoslowakischen Rechtsleben, nicht aus Mangel, sondern aus treffender Erkenntnis der tschechischen Juristen über die Qualitäten der Rechtspflege im alten Österreich.

Hans *Lemberg* gibt einen Überblick über „Die tschechischen Konservativen 1918 bis 1938“ und kommt zu dem Schluß, daß gerade „das Fehlen des hohen und niederen Adels, das Kramář schon 1911 als Gefahr für eine künftige tschechische Politik zu erkennen meinte, gerade der Umstand, daß die ‚breiten Massen‘ Träger dieser Politik wurden und daß sie dazu fähig waren“, verhindert habe, daß die ČSR von innen her der Gefahr des Faschismus ausgesetzt war. „Chancen und Grenzen des sudetendeutschen Aktivismus“ betrachtet Peter *Burian*. Nach einer Untersuchung des Ablaufs der aktivistischen Regierungsbeteiligung ist er der Ansicht, daß sich die aktivistische deutsche Politik, auf den Primat parteitaktischer und sozialer Gesichtspunkte gestützt, niemals mehr als die Hälfte des deutschen politischen Potentials umfassend, auf den allgemeinen politischen Entwicklungsgang kaum initiativ ausgewirkt habe. „Es waren ausschließlich die tschechischen politischen Gruppen, die den Staat in Theorie und Wirklichkeit prägten.“ Dazu liefert dann Hans *Schütz*, einer der führenden Politiker in der letzten Phase des deutschen Aktivismus, einen umfangreichen Diskussionsbeitrag. Er betont die Bedeutung des deutschen Aktivismus als aktuellen Kompromiß, der auch durch den Wahlerfolg nach der ersten Legislaturperiode ihrer Regierungsbeteiligung „als politische Spielregel“ von den Wählern honoriert wurde. Karl J. *Newman* spricht über „Krisen in der tschechoslowakischen Demokratie“. Er geht aus von der Tatsache der versagten Föderation beim Staatsbau, der Demontage der Wirtschaftsbindungen zwischen den böhmischen Ländern und dem Donaauraum, und sieht in dieser Zerschlagung der „natürlichen“ Zusammengehörigkeiten auch die Ursache des Untergangs der Ersten Republik. Hans *Schütz* ergänzt Newmans Ausführungen mit vier anderwärts wohl kaum bekannten wirtschaftspolitischen Details.

Bohumil *Černý* leistet in einem Referat über „Dr. Eduard Beneš und die deutsche Frage während des Zweiten Weltkrieges“ anhand neuer Londoner Aktenstudien einen Beitrag zu der Frage, die in dem Sammelband von 1967

bereits diskutiert worden war. Auch er wendet sich gegen die Vorstellung, Beneš sei Urheber und planmäßiger Dirigent der Aussiedlungspolitik gewesen. Er zeigt nach neuen Londoner Aktenfunden, daß Beneš ein opportunistischer Politiker mit sicherer Witterung für die Machtverhältnisse war, der es verstand, aus der Entwicklung der Beziehungen zwischen den Verbündeten, aus der Situation auf den Kriegsschauplätzen sowie aus den Konstellationen in der Londoner Regierung selbst Vorteile zu ziehen. Dementsprechend entwarf er seine Pläne und stellte seine Forderungen.

Im letzten Beitrag des Bandes entwirft Ferdinand Seibt ein Bild über „Die erste ČSR im Bild der Forschung“. Er zeigt dabei den allmählichen Wandel im Urteil der marxistischen Historiographie, angefangen vom Verdikt über den bourgeois Imperialismus bis zur Einsicht in die Grenzen und Möglichkeiten der tschechoslowakischen Situation innerhalb der französischen Hegemonialpolitik der 20er und frühen 30er Jahre. Als besonderes Beispiel von Mißverständnis, Unklarheit und schlechter Information auf der anderen Seite, in der deutschen Historiographie, hebt er die Darstellungen über die Bodenreform hervor, die freilich allgemein auch beeinflusst gewesen sind von dem teils drohenden, teils anmaßenden, insgesamt jedenfalls dem Staatsverhalten eines guten Teils besonders der deutschen Bürger durchaus abträglichen Begeleitones in der tschechischen Öffentlichkeit von Anfang an.

„Versailles — St. Germain — Trianon. Umbruch in Europa vor fünfzig Jahren“ heißt der Titel des Tagungsbandes von 1970⁸, der im folgenden Jahr veröffentlicht wurde. Fritz Fellner eröffnet ihn mit einer Übersicht über „die Pariser Vororteverträge von 1919/20“. Er geht aus von der verbreiteten scharfen Ablehnung des Vertragswerkes, die etwa noch bei Golo Mann zu finden ist, schildert dann die diplomatische Entwicklung und zeigt, wie wenig sich dieser Friedensvertrag in Form und Inhalt von älteren Verträgen unterschied und wie sehr unsere herkömmliche Meinungsbildung noch immer von der politischen Stellungnahme der Nachkriegsjahre beeinflusst ist anstelle von der nüchternen historischen Analyse. Koloman Gajan untersucht das Thema „Masaryk, Beneš und Kramář und ihre Einflußnahme auf die Gestaltung der Friedensverträge“. Er zeigt, welche Unsicherheit die provisorische tschechische Regierung nach der Proklamation des neuen Staates im Hinblick auf die deutschen Gebiete überspielte, eine Unsicherheit, die man übrigens deutscherseits nur zu ungeschickten Deklamationen zu nützen wußte. Andererseits waren nach seiner Darstellung Beneš und besonders Masaryk die elastischen und versöhnlichen Gesprächspartner mit dem Blick für realisierbare Forderungen, anders als Kramář, der im Norden und im Süden des neuen Staates noch territoriale Forderungen durchsetzen wollte.

Peter Hanák zeigte „Ungarn im Auflösungsprozeß der österreichisch-ungarischen Monarchie“. Die militärische Niederlage war dafür zwar der Ausgangspunkt, die Auflösung, das meint Hanák auch am ungarischen Beispiel zu er-

⁸ Versailles — St. Germain — Trianon. Umbruch in Europa vor fünfzig Jahren. München-Wien 1971, 198 S.

kennen, resultierte aber aus einer schleichenden Krise, die seit einem halben Jahrhundert schon die Konflikte zwischen Nationalem und Demokratischem unaufgelöst miteinander verschlungen hatte, die freilich dann auch die Friedensverträge nicht lösten.

Winfried *Baumgart* sprach über „Brest-Litovsk und Versailles. Ein Vergleich zweier Friedensschlüsse“. Dieser Vergleich ist mit interessanter Umsicht geführt. Nach Baumgart stand der Friedensschluß von Brest-Litovsk den Unterhändlern in Versailles gelegentlich deutlicher vor Augen, als das in den Akten Niederschlag fand. Er war allerdings als Präliminarfriede gedacht, während Versailles die Welt neu ordnen wollte. Aus demselben Zusammenhang stellt Peter Claus *Hartmann* eine besondere Frage an „Das Friedensprojekt: Grundstein der französischen, antideutschen und antibolschewistischen Hegemonialpolitik?“ Die französische Politik bezeichnet Hartmann nur im Ansatz als hegemonial, für den Aufbau eines entsprechenden Systems aber viel zu schwach. Deshalb sei es auch bei der Sicherheitspolitik als Hauptziel geblieben, die zu der entsprechenden Bündnispolitik mit den neugegründeten Staatswesen im Rücken oder in der Flanke Deutschlands geführt habe. Auch verwehrte die Angst vor der bolschewistischen Revolution die völlige deutsche Entmilitarisierung.

Friedrich *Prinz* erläutert, welche Beziehungen „Die USA und die Gründung der ČSR“ erkennen lassen. Er hält sich dabei an die neuesten amerikanischen Darstellungen, wonach sich Wilsons grundsätzliche Stellungnahme für die Erhaltung Österreich-Ungarns erst nach dem 9. Mai 1918 durch den sogenannten Putney-Report zu wandeln begann. Die Ambitionen der tschechischen Emigration waren durch diesen Report unmittelbar „in die Herzkammern der politischen Entscheidungen Amerikas“ getragen worden. Die neue Hinwendung der amerikanischen Führung zu dem Projekt der neuen Tschechoslowakei wurde dabei noch begünstigt durch Hoffnungen auf den berühmten *cordón sanitaire* gegenüber dem revolutionären Rußland, eine Wendung, die erst 1962 in der bislang letzten großen Untersuchung von D. Perman belegt worden ist. Im Bezugsgeflecht dieser Entwicklungen besaß die Entscheidung Kaiser Karls von Österreich-Ungarn gegen einen Separatfrieden natürlich eine Schlüsselstellung. Danach greift Helmut *Rumpler*, „Die Sixtus-Aktion und das Völkermanifest Kaiser Karls. Zur Strukturkrise des Habsburgerreiches 1917/18“. In großem Wurf zeigt er, daß der Kaiser im Lauf der letzten anderthalb Kriegsjahre dreimal im Begriff war, die große Kluft zwischen dem sozio-ökonomischen Entwicklungsstand der slawischen Völker Zisleithaniens und ihren nationalen Selbstbestimmungsmöglichkeiten zu überwinden und das Donauimperium von Grund auf umzugestalten, wozu zuerst die Lösung aus der deutschen Abhängigkeit gehört hätte und der Versuch, Deutschland zu einem Verzichtfrieden zu bewegen. Aber keiner dieser Versuche wurde diplomatisch realisiert.

In der Kriegszielbestimmung auf alliierter Seite wie in der Revolutionstrategie des bolschewistischen Rußland spielte im Laufe der letzten Kriegsmomente das Selbstbestimmungsrecht eine wichtige Rolle. Geradeso, das zeigen unter

anderem auch die Aktionen Kaiser Karls, hatte sich die politische Debatte in Österreich des Begriffs bemächtigt — ein Begriff, der wohl von allem anderen aus dem Diskussionskreis von 1918 noch heute am meisten gilt. Georg E. Schmid sucht ihn historisch und völkerrechtlich zu erfassen: „Selbstbestimmung 1919. Anmerkungen zur historischen Dimension und Relevanz eines politischen Schlagwortes.“ Ausgangspunkt der Betrachtung ist auch hier, wie bei den meisten geschichtsmächtigen Schlagworten, der Nachweis der Unsicherheit, ja Unklarheit hinter einem scheinbar selbstverständlichen Sprachgebrauch; und nicht nur im Gebrauch, sondern sogar im Bezug dieses Begriffes, so, wenn sich der deutsche Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau nicht einmal darüber im klaren war, daß der Begriff in Wilsons bekannten 14 Punkten gar nicht enthalten ist. Im Grunde ein Prinzip, geboren aus dem philosophischen Optimismus der Aufklärung, zeigt das Selbstbestimmungsrecht in Wilsons und anderen westlichen Überlegungen übrigens einen anderen Charakter als im mitteleuropäischen Echo: Schmid erinnert dafür an die bekannte Kongruenz von Staat und Volk im Westen, zumindest wie sie bis 1918 vor Augen stand, während das Selbstbestimmungsrecht im Osten eher für ein innerstaatliches Prinzip der Mitbestimmung gelten konnte, oder aber desintegrativ werden mußte, nicht konstitutionell, wie im Westen (nach einer Diskussionsergänzung von Fritz Fellner), sondern konstitutiv für neue politische Einheiten.

Kurt Wessely übernimmt am Schluß des Bandes die Aufgabe, „Die Pariser Vororte-Friedensverträge in ihrer wirtschaftlichen Auswirkung“ darzustellen. Er trägt dabei informativ zusammen, was im allgemeinen nur in Teilaspekten zur Sprache kommt. Er zeigt besonders, daß nicht nur die Besiegten, sondern auch die Sieger unter den Wirtschaftsbestimmungen der Pariser Verträge schließlich Schaden nehmen mußten. Insofern kritisiert er an den Verträgen nicht nur die Härte, sondern auch die Verletzung bisher allgemein gültiger Rechtssätze und schließlich die Verkennung wirtschaftlicher Tatbestände und Fernwirkungen.

Die nächste Tagung unternahm den Schritt von den Friedensverträgen des Ersten zu den Waffenstillstandsverhältnissen des Zweiten Weltkriegs; vom französischen Hegemonialprojekt in Europa zum geteilten Kontinent; vom letzten Europaprojekt des klassischen Konzerts zur Rivalität der beiden Supermächte. Die Vortragsthemen waren dabei aber auf den Mittelpunkt der böhmischen Länder gerichtet: „Das Jahr 1945 in der Tschechoslowakei“⁹.

Um den größeren Bezugsplan bemüht sich Ferdinand Seibt mit dem Einleitungsvortrag: „Von Regensburg bis Potsdam. Ein Versuch über Grenzen und Friedensschlüsse 1803 bis 1945.“ Er will zeigen, welche grundstürzenden Wandlungen Mitteleuropa im Verlauf von 150 Jahren erlebte, vom Reichsdeputationshauptschluß bis zur Potsdamer Konferenz. Ein Versuch, der freilich immer wieder nur im Kartenbild so recht plastisch wird: Von der Vielheit der weltlichen und geistlichen Territorien in Deutschland in ihrem labilen Gleich-

⁹ Das Jahr 1945 in der Tschechoslowakei. Internationale, nationale und wirtschaftlich-soziale Probleme. München-Wien 1971, 316 S.

gewicht führt der Weg bis zur ausgeprägten preußisch-österreichischen Polarisierung, die den Deutschen Bund sprengte, die sich zu den „Mittelmächten“ entwickelte und nach dem Rückschlag ihrer Tendenzen von 1918 auch den Versuch einer Neutralisierung im neuen Vielstaaten Europa überwand, eine neue Großreichbildung in Mitteleuropa mit Gewalt suchte und endlich die Polarisierung der Welt auf ihrem Boden austragen muß.

Auf diesen letzten Akt der Entwicklung in Mitteleuropa richtete sich das Referat von Karl Bosl: „Die Aufteilungspläne der Alliierten in den Verhandlungen von Casablanca bis zur Potsdamer Konferenz und die Grundtatsachen der Teilung Deutschlands.“ Die Aufteilung war bereits gelegentlich, das war bei der vorhergehenden Tagung zur Sprache gekommen, 1918 auf französischer Seite einmal erwogen worden. Die Kriegszielplanung der Alliierten im Zweiten Weltkrieg griff sie wieder auf, ließ sie aber in Potsdam hinter politische Interessen zurücktreten. Die Teilung Deutschlands nach 1949 hatte nicht hier ihre Ursachen, sondern in den unterschiedlichen Bindungen der vier Mächte an ihre Besatzungszonen. Peter Krüger untersuchte noch einmal genau „Die Tschechoslowakei in den Verhandlungen der Alliierten von der Atlantik-Charta bis zur Potsdamer Konferenz“. Krüger greift nach dem Zeitraum zwischen dem Beginn des deutschen Rußlandfeldzugs im Sommer 1941 und der sichtbaren deutschen Niederlage an der Ostfront zum Jahresende 1942 als dem entscheidenden Spielraum für den Exilpräsidenten Beneš ebenso wie für die alliierten Konferenzen. Beneš nützte diese Zeitspanne, die amerikanische Diplomatie ließ sie verstreichen. Mit einer solchen Sicht korrigiert Krüger auch die Kriegsschronologie in dem bekannten Buch von Wenzel Jaksch über Europas Weg nach Potsdam.

Mit Jaksch und dem sozialdemokratischen Exil der Sudetendeutschen befaßt sich der nächste Beitrag von Martin K. Bachstein: „Die Politik der Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten als Hauptrepräsentanz des deutschen Exils aus der Tschechoslowakischen Republik.“ Er zeigt, wie Jaksch den ungleich gewandteren Beneš noch mit Loyalität betrachtete, als er in Wirklichkeit schon sein Gegenspieler geworden war, und wie er schließlich außerstande gewesen ist, sich neben diesem Gegenspieler mit dem Versuch eines selbständigen sudetendeutschen Nationalkomitees einzurichten. Detlef Brandes untersucht denselben Zeitabschnitt innerhalb der Tschechoslowakei zu dem Thema: „Der tschechische Widerstand in den letzten Kriegsjahren.“ Er zeigt, soweit das die sehr ungleichmäßige Quellenlage gestattet, einzelne Widerstandsgruppen, besonders aber die politische Entwicklung des Prager Aufstands vom 5. Mai 1945.

Hans Kaiser beleuchtet „Die Eingliederung der Slowakei in die nationalsozialistische Kriegswirtschaft“. Er stützt sich dabei auf Literatur verschiedener Provenienz und auf umfangreiches Aktenmaterial. Ladislav Lipscher führt das Thema weiter und zeigt „Die Einflußnahme des Dritten Reiches auf die Judenpolitik der slowakischen Regierung“. Er kennzeichnet die wachsende Radikalisierung, die schließlich mit dem „Judenkodex“ von 1941 die Slowakei in den Teufelskreis der Zwangsmaßnahmen zum Massenmord führte. Ein Ab-

bruch der Deportationen und Ausnahmeregelungen für getaufte Juden blieben das Ergebnis von Einsprüchen des Vatikans und der katholischen und slowakischen Bischöfe der Slowakei. Wieweit die slowakische Regierung, mehrheitlich offensichtlich mit der deutschen Judenpolitik nicht einverstanden, sich dabei einem unmittelbaren deutschen Druck beugen mußte, ist bis heute noch nicht geklärt. „Die Slowakei im Jahre 1945“ untersucht Jörg K. *Hoensch*. Er weitet diesen Zeitbegriff allerdings um einige Monate aus und bildet ein Ablaufmodell nach drei Phasen, das anfänglich in der von Partisaneneinheiten und der Roten Armee befreiten Slowakei in verhältnismäßig föderalistischer Distanz von der Prager Zentrale ausgeformt wurde. Die Kommunisten verließen diese Distanz aber zugunsten eines neuen Prager Zentralismus, um der neuen Demokratischen Partei Herr zu werden, die andernfalls eine kommunistische Machtergreifung hätte verhindern können.

Peter *Burian* referiert über den „Transfer und seine Konsequenzen“. In einem kurzen Abriss kennzeichnet er den Vertreibungsvorgang als einen Versuch zur radikalen Verwirklichung des Nationalstaatsgedankens, allerdings in einer Welt, die den bürgerlichen Begriff vom Nationalstaat nicht mehr kennt und einen kommunistischen, abgesehen vom jugoslawischen Modell, noch nicht entwickelt hat.

Zur gleichen Zeit wurde „Der Neuaufbau der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei im Jahre 1945“ organisiert, mit dem sich Heinrich *Kuhn* befaßt. Er beobachtet ihn anhand der grundsätzlichen Richtlinien und einzelner Unternehmungen, auch mit besonders aufschlußreichem statistischem Material aus einzelnen Regionen um zu zeigen, wie sehr die kommunistische Partei der ersten Nachkriegszeit ihr Image als revolutionäre Bewegung mit radikalen Tendenzen in den Hintergrund drängte und mit Begriffen von einer nationalen Revolution operierte, die den Fehler von 1938 durch eine neue Aufbauarbeit tilgen wolle. Erst die spätere Entwicklung der Partei griff auf die sozialrevolutionären Tendenzen zurück, mitunter auch in groß angelegten Säuberungsaktionen unter dem Mitgliederbestand der ersten Nachkriegszeit.

Helmut *Slapnicka* betrachtet die gesamte Entwicklung im Hinblick auf „Die Verfassungsprobleme der Tschechoslowakei im Jahre 1945“. Beneš selber hatte sein Grundanliegen, nämlich die Wahrung der staatlichen Kontinuität, durch seine Vertreibungspolitik bereits vor Kriegsende nicht mehr in vollem Umfang aufrechterhalten. Aber im Lauf der letzten Kriegsmonate und der ersten Nachkriegszeit wurde durch Vermögenskonfiskationen, durch Aufhebung der alten Exekutivorganisation, durch den Entzug der Gesetzesinitiative der Nationalversammlung, durch Aufhebung des Verfassungsgerichts, des Ständigen Ausschusses und des Wahlgerichts die „bourgeoise Staatsmaschinerie“ hinweggefegt, wie es im kommunistischen Rückblick später hieß, ja es blieb am Ende von der Kontinuitätsidee nur mehr die Person von Beneš selber. Gleichzeitig erfolgte der Neubau im Sinn der Volksdemokratie.

Die Bedeutung jener Monate für die Vertriebenen kennzeichnet am Schluß des Bandes der Beitrag von Fritz Peter *Habel* — nach ihrem wichtigsten Anliegen, nämlich der „Eingliederung der Vertriebenen in Deutschland“. In seinem

Beitrag „zu Umfang, Begriff, Konzeption und Ergebnissen eines gesellschaftlichen Strukturierungsprozesses“ zeigt der Verfasser die räumliche Akzentuierung des Bevölkerungswachstums seit 1945 im Bereich der Bundesrepublik, hervorgerufen durch die Bevölkerungsbewegung aus Vertreibung und Flucht. Er untersucht die Eingliederung als verwaltungsorganisatorischen und als soziologischen Begriff, ihre wirtschaftlichen und kulturellen Voraussetzungen, und findet zu dem Ergebnis, daß in der DDR generell ein Einschmelzungsprozeß der Vertriebenen abgelaufen sei, in der Bundesrepublik dagegen eine beachtliche Integrierung, insgesamt freilich gekennzeichnet von einem sozialen Statusverlust. Auch die westliche Eingliederung ist übrigens nach Habel von einer Aufgabe ideeller Spezifikation begleitet.

Der letzte bisher vorliegende Band richtet sich auf „Das Jahr 1941 in der europäischen Politik“¹⁰. Er gilt den Tagungsthemen aus dem Jahr 1971, nach Erkenntnissen, die in den vorhergehenden Tagungen bereits angeklungen waren: wie sehr im Jahr 1941 sich das Schicksal nicht nur des Krieges, sondern sogar noch der Nachkriegsereignisse bis her zu unseren Tagen entschieden habe. Peter Krüger zeigt zunächst „Das Jahr 1941 in der deutschen Kriegs- und Außenpolitik“ in einer solchen entscheidenden Rolle. Er kennzeichnet den Mangel einheitlicher gesellschaftspolitischer Konzeptionen des Nationalsozialismus, der mit Phrasen und Täuschungen nicht nur seine Absichten, sondern zum Teil auch seine Planlosigkeit kaschierte. Nach den großen Erfolgen der Hitlerschen Blitzkriegsstrategie, die seine Gegner gelähmt hatte, verbreiteten sich in diesem Jahr neuerdings Zweifel über die Richtigkeit seiner Führung, die Hitler auf seine Vabanque-Manier schließlich mit der Kriegserklärung an beide Großmächte in Ost und West überspielte. Krüger entwirft dabei umsichtig das große Gemälde der politischen Situationsänderung, die Invasionspläne Hitlers in England im Herbst 1940, die Bemühungen um eine Kontinentalblockpolitik von Spanien bis nach Japan, die „Selbstfesselung“ schließlich durch seine Angriffspläne gegen die Sowjetunion. Gleichzeitig hatte der Krieg auch dabei durch den neuen Angriff einen besonderen ideologischen Charakter angenommen — in nationalsozialistischer Sicht aus rassistischem Sozialdarwinismus, auf der Gegenseite als Kreuzzug für die Humanität, der schließlich die USA mit der UdSSR verband.

In diesem Rahmen berichtet Peter Claus Hartmann über „Frankreich im Jahre 1941. Seine militärische, politische und wirtschaftliche Situation“. Militärisch war Frankreich damals durch Flotte und Kolonien nicht ganz bedeutungslos, trotz seiner großen Niederlage, politisch suchte es Marschall Petain durch einen autoritären Führerkult im nationalkonservativen Anstrich zu regenerieren, wirtschaftlich aber war es der deutschen Ausbeutung ausgeliefert. Detlef Brandes untersucht den „Kriegseintritt der Sowjetunion und die kleinen osteuropäischen Alliierten“. Er zeigt im Vergleich der polnischen, der tschechischen und der jugoslawischen Exilregierungen und ihrer Partisaneneinheiten, wie unterschiedliche Ausgangspositionen seit 1941 schließlich von der tschechischen

¹⁰ Das Jahr 1941 in der europäischen Politik. München-Wien 1972, 160 S.

Regierung mit dem größten Effekt im Exil, von Tito mit dem größten Erfolg im Partisanenkrieg genutzt wurden, beim Rücktritt der ursprünglich sehr günstigen polnischen Position. Ergebnisse, die nach Brandes bei einem gewissen politischen Spielraum durchaus vom unterschiedlichen Geschick der Akteure beeinflusst waren.

„Die Exilpolitik der tschechoslowakischen Auslandsregierung im Jahre 1941“, heißt danach ein Beitrag von Martin K. *Bachstein*. Auch seine Untersuchung ist wieder ein Beitrag zu jenem Beneš-Bild, das hier bereits von mehreren Autoren entwickelt wurde und den begabten Opportunitätspolitiker seine Pläne nach den Möglichkeiten ausstecken zeigt. Überdies ist auch für die tschechische Exilregierung dabei das Jahr 1941 der entscheidende Wendepunkt, formal mit der Anerkennung durch das englische Gastland, der Sache nach durch die internationalen Zusammenhänge der Kriegsentwicklung. Im selben Ausmaß wurde das Kriegsjahr aber auch militärisch zum Angelpunkt der Katastrophe. Das zeigt Klaus *Reinhardt* in seinen Ausführungen über „Das Scheitern der Strategie Hitlers vor Moskau im Winter 1941/42“. Reinhardt erläutert die Bedeutung der Operation „Taifun“ gegen Moskau für Hitlers Kriegsvorstellungen geradeso wie für die allgemeine militärische deutsche Position. Aus Hitlers Äußerungen zum Jahresende 1941 ergibt sich immerhin, daß er nach dem Fehlschlag sein bisheriges Kriegskonzept für gescheitert betrachtete.

Auch für das Schicksal der jüdischen Minderheiten in Deutschland und in den besetzten Gebieten war das Jahr 1941 entscheidend. Damals wurde die sogenannte „Endlösung der Judenfrage“, der organisierte Völkermord, in Szene gesetzt. Ladislav *Lipscher* vergleicht „Die Verwirklichung der antijüdischen Maßnahmen in den vom Dritten Reich beeinflussten Staaten“ und stellt heraus, daß nur in Dänemark und in Finnland gegen die deutsche Judenpolitik von vornherein Widerstand geleistet wurde, hier aber mit deutlichem Erfolg.

Einen Wendepunkt in der psychologischen Kriegführung des Nationalsozialismus und in der politischen Regie der Okkupationsgebiete gab es aber auch hinsichtlich der „Kollaboration in Europa mit dem Dritten Reich um das Jahr 1941“. Ihr gilt eine Untersuchung von Hans *Lemberg*. Sie zeigt die französische Entstehung des Begriffs, zunächst wertneutral, bald aber von jeder Seite pejorativ. Lemberg untersucht den Begriff auch unter ethischen Kategorien, verfolgt Formen und Motive in der politischen Typologie und schließlich in der politischen Wirklichkeit. Er greift dabei nach einem ziemlich vernachlässigten Forschungsbereich im lebhaften Auf und Ab der zeitgeschichtlichen Diskussion. Er fordert seine Aufhellung, nicht zur Rehabilitierung, sondern zur vollen Erkenntnis der Wirklichkeit.

Die zehn Tagungsbände markieren recht klar den Weg des Collegium Carolinum durch anderthalb Jahrzehnte seines Bestehens. Sie zeigen Entwicklungen, nicht nur dem Kundigen, Klärungen, Versachlichungen, sie machen einen erfreulichen Anreiz der Forschungsthemen gerade auch bei jüngeren Gelehrten deutlich und lassen erkennen, mit welcher Redlichkeit das Institut den Aufgaben folgt, die ihm bei seiner Gründung gewiesen wurden.

Band 1:

Böhmen und Bayern. München 1958, 127 S. (Siehe: Die wissenschaftlichen Tagungen S. 427 f.).

Band 2:

Franz *Streinz*: Die Singschule in Iglau und ihre Beziehungen zum allgemeinen deutschen Meistersang. Mit einem Beitrag von G. *Becking*: Musikkritische Bewertung eines Iglauer Meisterliedes. München 1958, 296 S.

In diesem Band legt der beste Kenner des reichen Materials über die Kunstübung des deutschen Meistersanges in der Sprachinsel Iglau, der 1949 verstorbene Literarhistoriker Streinz, die schon 1945 für den Druck vorgesehenen Ergebnisse seiner langjährigen Studien vor.

Gerade die Iglauer Singschule bietet durch die außergewöhnliche Menge erhaltener Urkunden, Lieder und Schulordnungen einen vorzüglichen Einblick in das Wachsen und Werden eines Meistersingervereins vor und vor allem während der Blütezeit von 1613—1621.

Streinz legt in drei großen Abteilungen vor: einen Abriß der Geschichte der Iglauer Singschule (S. 1—36), den gesamten urkundlichen Nachlaß der Iglauer Meistersinger (S. 68—175) und die erhaltenen, aus den großen Sammelhandschriften bekannten Lieder der Iglauer Schule.

An den ersten, historisch darstellenden Abschnitt schließt sich die Studie des 1945 verstorbenen Prager Musikhistorikers G. Becking über Aufbau, Form und Struktur der „Geborgten Freudweise“ des Iglauer Georg Schaller an.

Nach einer knappen allgemeinen Einleitung gibt Streinz einen Überblick über die Geschichte des Meistersanges. In der Organisationsform der frühen Singschulen betont er die Parallele zu den kirchlichen Sängerschulen und leitet dann von den ersten Bruderschaften am Oberrhein über die revolutionären Fetzschs Neuerungen zum Gipfelpunkt der Meistersangeskunst in Nürnberg über. Er verfolgt die Ausbreitung des Meistersangs im Gefolge der Reformation in Schlesien, Oberösterreich und Böhmen. In Mähren hat nur in Iglau eine Singschule bestanden, da in Schönberg und Trautenau, wie er nachweisen kann, Anfang des 16. Jahrhunderts aus Mangel an Geldmitteln keine Singschulen eingerichtet werden konnten.

In Iglau, das seinen wirtschaftlichen Aufschwung seit dem 13. Jahrhundert dem blühenden Silberbergbau verdankt, hat sich trotz der Rezession in den Hussitenkriegen ein wirtschaftlich bedeutendes Gewerbe (vor allem Tuchmacher) entwickeln können, mit einem selbstbewußten Handwerkertum, das auch stadtpolitisch energisch aufzutreten verstand. Neben dem Erstarken des Zunftwesens bildete der neue lutherische Glaube (seit dem Wirken des Paulus Speratus 1522), wie in anderen Städten auch, die Grundlage, auf der sich die Iglauer Meisterschule aufbaute. Aus den erhaltenen Supplikationen, mit denen die Meistersinger vom Stadtrat die Bewilligung erbitten, sonntags im Rathaus-

saal Singstunden abhalten zu dürfen, lassen sich die Anfänge des Iglauer Meistersangs auf die 60er Jahre des 16. Jahrhunderts festlegen.

Neuen Aufschwung erfährt die Iglauer Schule mit der Einführung einer neuen Tabulatur nach Nürnberger Vorbild, auf die man sich 1614 einigt.

Über Organisation, Tagungsweise und Gepflogenheiten der Iglauer Meistersinger informiert Streinz auf Grundlage der im Quellenanhang edierten drei Geschäftsbücher der Schule: dem Kassenbuch („Register zum Auflegen“), der Vereinschronik („Handelsbuch“), und dem „Schulbuch“, in dem die einzelnen Festschulen, Kranzgewinner, ihre Weisen und Liedtexte festgehalten sind.

Der Dreißigjährige Krieg und die gewaltsame Rekatholisierung entziehen wie in den anderen Singschulen des Ostens der Kunst des Meistersanges den wirtschaftlichen und ideologischen Boden.

Das letzte Zeugnis für die Iglauer Singschule ist eine Eintragung in das Handelsbuch von 1621.

Das Kapitel „Dichtungen des Iglauer Meistersangs“ (S. 29—36) ordnet die Iglauer Meisterlieder — von denen nur zwei neue Weisen bekannt sind — inhaltlich und formal der literarischen Gattung des Meistersanges zu.

Der Beitrag G. Beckings (S. 37—56) untersucht eine dieser neuen Weisen, die „Geborgte Freudweise“ Georg Schallers, musikkritisch und literarhistorisch, ordnet sie der Gattung „Heldenlieder“ bei und gibt sie in moderner Notation heraus. Das alphabetische Namensverzeichnis aller bekannten Iglauer Meistersinger (S. 57—67) versucht nach Matrikeln und Urkunden alle Daten der bekannten Persönlichkeiten zusammenzustellen.

Der auf den folgenden Seiten (68—177) edierte Nachlaß der Iglauer Meistersinger umfaßt an Urkunden: die schon erwähnten Supplikationen, Schulordnungen und Tabulaturen, besonders die von 1571 und die vom Rat bekräftigte von 1615, neben denen auch das Vorbild, die Tabulatur des Steyrer Lorenz Kessel von 1562, ediert wird; die Vorschriften über die Freieung eines Meistersingers nach einer zum Zweck der Einrichtung einer neuen Schulordnung aus Nürnberg bezogenen Handschrift, die Streinz im Iglauer Stadtarchiv aufgefunden hat. Neben den Urkunden sind veröffentlicht: die oben erwähnten Bücher der Meistersinger: das „Register“ (S. 123—140), das „Handelsbuch“ (S. 141—150) und das „Schulbuch“, eine Schulkunst mit angehängten Singschulprotokollen (S. 151—175) und zwei Verhandlungsprotokolle über Streitfälle vor der Meistersinger-Bruderschaft (S. 175—180).

Den Anhang (S. 181—195) bildet die umfassende, nach Quellen geordnete Edition aller Meisterlieder aus Iglau, die teils im Iglauer Ratsarchiv, teils in den großen Sammelhandschriften (Peter Heibergers, Adam Puschmanns und Wolf Bauttners) erhalten sind.

Band 3:

Kurt Rabl: Das Ringen um das sudetendeutsche Selbstbestimmungsrecht 1918/19. Materialien und Dokumente. München 1958, 245 S.

Der Zweck der vorliegenden Untersuchung war, den Nachweis zu führen, daß eine sehr wesentliche Rechtsbehauptung der tschechischen Delegation in

St. Germain — daß nämlich die Sudetendeutschen das von Wilson verkündete Selbstbestimmungsrecht gar nicht in Anspruch nehmen wollten und daß es (um nochmals mit Beneš zu sprechen) in den Sudetenländern „keine Volksbewegung von wirklicher Kraft“ gebe, welche die staatliche Vereinigung mit Deutschösterreich bzw. mit Deutschland verlange —: daß diese Rechtsbehauptung objektiv unrichtig war und mit objektiv unrichtigen Angaben zu stützen versucht wurde.

Der sudetendeutschen Bevölkerung wurde ferner gewaltsam verwehrt, ihren Selbstbestimmungswillen kundzutun, und zu diesem Zweck in ihrer Heimat eine antidemokratisch-militärabsolutistische Verfassungs- und Verwaltungsordnung fremdnationalen (tschechisch-nationalistischen) Charakters aufgerichtet.

Endlich hat die Prager Regierung zur Begründung ihres mit dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts unvereinbaren tschechischen Herrschaftsanspruchs über das sudetendeutsche Gebiet vor der Friedenskonferenz schriftlich und mündlich eine große Zahl objektiv unrichtiger Behauptungen vorgebracht — nicht nur, was den Willen der sudetendeutschen Bevölkerung zur Inanspruchnahme des Selbstbestimmungsrechts, sondern vor allem auch, was die Voraussetzungen geschichtlicher und bevölkerungsstatistischer Art betraf, von deren Vorliegen die Befugnis zur Geltendmachung eines solchen Anspruchs abhängig zu machen war. Weder den Sudetendeutschen selbst, noch der deutsch-österreichischen oder der deutschen Regierung ist die Möglichkeit geboten worden, diese Behauptungen im einzelnen kennen zu lernen und zu ihnen Stellung zu nehmen.

Trotzdem ist das Vorbringen, wonach Verfahren und Entscheidung der Friedenskonferenz in dieser Sache nicht zu beanstanden sei, ins positive Völkerrecht eingegangen — und zwar in einer Form, die seine objektiv-historische Unrichtigkeit noch unterstreicht.

Im Vorspruch zu dem Vertrag, den die alliierten Hauptmächte mit der Tschechoslowakei über den Minderheitenschutz abgeschlossen haben und der gleichzeitig mit dem Friedensvertrag von St. Germain am 10. September 1919 unterzeichnet wurde, heißt es, daß „die Völker Böhmens, Mährens und eines Teiles von Schlesien aus eigenem Willen ihre Vereinigung zu einem dauernden Bund behufs Schaffung eines einheitlichen, souveränen und selbständigen Staates unter dem Namen ‚Tschecho-Slowakische Republik‘ beschlossen“ hätten. Abgesehen von den polnischen Volksteilen, die — unter Durchbrechung des Grundsatzes der Unverletzlichkeit historischer Landesgrenzen! — zum größten Teil ihre Vereinigung mit dem werdenden polnischen Staat hatten erzwingen können, waren in den genannten Ländern damals zwei Volkstümer ansässig: Deutsche und Tschechen.

Während sich nun die Denkschriften der tschechoslowakischen Regierung für die alliierten Regierungen darauf beschränkten, davon zu sprechen, daß man deutscherseits das Selbstbestimmungsrecht nicht in Anspruch nehme, wird hier die Behauptung aufgestellt, die Deutschen der böhmischen Länder hätten sich tatkräftig an der Errichtung des tschechischen Nationalstaats beteiligt. Daß davon keine Rede ist, wurde nachgewiesen.

Mit dem Nachweis aber, daß der Vorspruch des Minderheitenschutzvertrages eine objektive historische Unrichtigkeit enthält, sind die Rechtsgrundlagen des tschechoslowakischen Staates — zumindest, soweit es sich um die Sudeten-deutschen handelt — ins Zwielicht geschichtlicher Unwahrheit getaucht.

So bleibt der Satz bestehen, in dem Peroutka das Ergebnis seiner Studien und Betrachtungen noch im Jahre 1934 zusammenfaßte: „Die Tschechen haben ihren Staat gegen den Willen der Deutschen gegründet.“ Mehr: diese Staatsgründung bedeutete, indem sie die Deutschen gegen ihren Willen erfaßte, für sie — im Gegensatz zum tschechischen Nachbarvolk, das beginnen konnte, sich seiner nationalen Freiheit mit Recht zu erfreuen — einen Rückfall in jenes System des antidemokratisch-absolutistischen Polizeistaats, von dem man glaubte, daß es durch die Abschaffung der Dynastien Romanow, Hohenzollern und Habsburg sein Ende gefunden hätte. So läßt sich das Ergebnis der vorliegenden Studie — als eine geschichtswissenschaftlich begründete, juristische Erkenntnis — in einem Satz zusammenfassen, der etwa folgendermaßen lauten könnte:

Wäre die Anwendung des Grundsatzes vom Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht nur dem tschechischen Volk, sondern in gleicher Weise auch den in Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien ansässigen Deutschen zugebilligt worden, so hätten die sudetendeutschen Gebiete niemals einen Teil der Tschechoslowakei gebildet.

Entgegenstehende Behauptungen sind daher — in dem Sinn, wie dies zu Beginn der vorliegenden Untersuchung skizziert wurde — als Legenden zu bezeichnen.

Band 4:

Horst *Preiß*: Böhmen, wie es Johannes Butzbach von 1488 bis 1494 erlebte. München 1958, 119 S.

Grundlage für die Untersuchungen des Verfassers sind die Böhmen betreffenden Kapitel des autobiographischen Reise- und Erlebnisberichtes, die der Maria-Laacher Benediktinermönch, Literat und Poet Johannes Butzbach (1477—1526) in seinem dreibändigen mit Zitaten und Reflexionen humanistisch gelehrter Tradition ausgeschmückten „Hodoëporicon“ auf Drängen seines Halbbruders Philipp Drunk gegen 1506 verfaßt hat (Kap. 15—25 des ersten und 1—21 des zweiten Buches).

Das einleitende Kapitel über Leben und Wirken des Johannes Butzbach bemüht sich vor allem um die zeitliche Datierung der Wanderjahre und Erlebnisse in Böhmen.

B. wurde 1477 als Sohn eines Webers in Miltenberg am Main geboren, bei einer Tante aufgezogen, besuchte dort die Schule und begab sich 1488 mit einem älteren Freund auf die obligatorische Bildungsreise durch Bayern, Franken und das Egerland, die höchst unerfreulich damit endete, daß er in Karlsbad von einem tschechischen Adligen geraubt und nach Sichelau verschleppt wurde. Als „leibeigener“ Bediensteter wird er unter den regionalen Adelsfamilien ausgetauscht und in dieser Zeit hat er Gelegenheit, das Leben und Trei-

ben des Adels und des Landvolkes in jenem Gebiet ausführlich zu beobachten. Von diesen Beobachtungen zehrt sein Bericht.

Nach geglückter Flucht kehrt er 1494 in seine Heimatstadt zurück, versucht sich ohne Erfolg in Aschaffenburg als Schneiderlehrling und tritt nach manchen Wirren in das Benediktinerkloster Maria-Laach ein. Er bekommt „Bildungsurlaub“ zum Studium in Deventer und wird nicht ohne Widerstände 1503 in Trier zum Priester geweiht. In Maria-Laach widmet er sich als Prior der Ausbildung und Schulung des Klosternachwuchses und bekommt durch seine eigenen literarischen Bemühungen Kontakt mit den führenden Humanisten der Zeit (Jakob Siberti, Trithemius). Äußeres Zeichen der Anerkennung seines literarischen Werkes ist die Aufnahme in die „Literarische Gesellschaft rheinischer Humanisten“.

1526 stirbt er in Maria-Laach — 48jährig.

Preis ediert im Folgenden (S. 19—42) das „Hodoëporicon“, das für Böhmen die eigenen Beobachtungen Butzbachs um Zitate aus zeitgenössischen Quellen — Hartmann Schedels Weltchronik, Aenea Silvios Historia de Europa und Historia Bohemica — erweitert, soweit es originäre Beschreibung der Erlebnisse und Erfahrungen B.s ist, aus der Maria-Laacher Handschrift (datiert 1. 4. 1506, jetzt Universitätsbibliothek Bonn).

S. 43—51 analysiert der Verfasser die für die Sprachwissenschaft aufgrund der besonderen „quasi — phonetischen“ Aufzeichnungen sehr bedeutungsvollen Belege alttschechischer Texte in B.s Bericht, die besonders die Dialektforschung im Sprachgrenzgebiet Nord-Westböhmens anbelangen.

Daneben liefern die Aufzeichnungen B.s wertvolle Nachrichten für die Volkskunde des böhmischen Raumes: für Volksmedizin (Fieberbehandlung) und Aberglaube (Heilzauber, Schatzhebung, Diebsbannung) wie für Märchengut, Tracht, Wohnungsbau und Liedgut.

Trotz mancher offenkundiger Fehler und Irrtümer ist B.s Reisebeschreibung auch für die Geographie und Geologie des nordböhmischen Raumes (Gegend von Sichelau und Sossen) bemerkenswert.

Darüber hinaus gibt B. ein zutreffendes Sittenbild des niederen Adels und aufschlußreiche Erkenntnisse über die Rechts- und Machtverhältnisse im nachhusitischen Böhmen und über die Verwüstungen der Kriegsbrüderschaften, die sich im Zusammenhang mit der Verfolgung und Zerschlagung der Sekten gebildet hatten.

S. 62—70 versucht der Autor anhand der Ortsnamenbeschreibungen, die B. liefert, und der verschiedentlichen Hinweise auf die Glaubensbekenntnisse der Bevölkerung den Verlauf der Sprachgrenze zwischen Deutschen und Tschechen für das Ende des 15. Jahrhunderts festzulegen.

Der Anhang bringt S. 71—93 eine eng an den lateinischen Text angelehnte deutsche Übersetzung.

Ein ausführliches Register erschließt die Handschrift des „Hodoëporicon“ nach Ortsnamen, Personennamen und volkskundlichen Begriffen.

Ein Verzeichnis der in der Handschrift benutzten Siglen soll ihre spätere Benutzung erleichtern.

Gustav Korkisch: Die Mährisch-Trübauer Stadtlandschaft auf Grund des ältesten Urbars von 1535—1548. München 1960, 108 S.

Im ersten von 8 Abschnitten gibt Korkisch einen kurzen Abriß der Überlieferung und eine kurze Beschreibung der äußeren Merkmale des Urbars, das von 1535—1548 in Verwendung war. Eine Analyse des Inhalts ergibt eine Untergliederung in 8 Abschnitte und ein Verzeichnis der an die städtische Wasserleitung angeschlossenen Bürger. Die einzelnen Abschnitte sind wieder untergliedert, z. B. das Zinsregister der Stadt (1) nach Gassen, das Verzeichnis der zinspflichtigen Immobilien der Stadt und Herrschaft (2) nach Sachgebieten. Das Verzeichnis der Pächter herrschaftlicher Äcker (6), der herrschaftlichen Vorwerksäcker und Wiesen (7) und der verpachteten Liegenschaften (8) wurde laufend korrigiert. Die Sprache ist das Altmährische mit mundartlicher Färbung.

B) skizziert zunächst kurz die politische und geographische Lage der Stadtlandschaft, wozu die Karte Seite 107 zur großräumlichen Einordnung beiträgt, dann die Geschichte des Gebietes seit der Gründung durch deutsche Siedler um die Mitte des 13. Jahrhunderts auf Veranlassung des Landesoberstkämmerers Wenzels I. Zur Veranschaulichung des Vorgangs referiert K. die Gründungsurkunde von Politschka, da von Trübau kein ähnliches Dokument erhalten ist. Trübau wird 1267 erstmals erwähnt, erhielt deutsches Stadtrecht und einen — ärmlich ausgestatteten — Vogt. Als 1365 das Gebiet an Johann Heinrich von Luxemburg verkauft wurde, zählten zur Trübauer Stadtlandschaft zwei Städte und 21 Dörfer.

C) Der Besitz zerfällt in zwei große Gruppen a) herrschaftlicher Besitz, über den das Urbar nur oberflächliche Angaben macht, soweit er in Eigenbewirtschaftung steht, b) Besitz der Stadt und der Dörfer, für den genauere Angaben vorliegen. Von der Stadt erhielt der Grundherr Geldabgaben in Form verschiedener Zinse, von denen der „Hauszins“ eine soziale Gliederung erkennen läßt; die Bewohner am „Ring“ zahlten am meisten, die der Vorstädte am wenigsten. Aus dem Hauszins läßt sich die Zahl der Einwohner auf 750—1 000 schätzen.

Für die Dörfer bringt das Urbar Angaben über die Größe der Dorfflur, des Einzelbesitzes, über Art und Höhe der Abgaben. Eine Tabelle (S. 31) stellt die Besitzgrößen der einzelnen Dörfer zusammen; daraus geht hervor, daß der Besitz im allgemeinen sehr gering war.

D) stellt zunächst die Abgaben der einzelnen Dörfer auf in Form von Geld und Naturalien, die z. T. mit gesammeltem Geld gekauft wurden. Die Abgaben waren von Besitzgrößen und Bodengüte der einzelnen Orte abhängig und wurden jeweils im einzelnen aufgeschlüsselt. Sie erlauben zusammen mit den Robotleistungen den Schluß, daß es den Bauern in den 40er Jahren des 16. Jahrhunderts „nicht schlecht ging“.

E), der von den Wirtschaftsformen handelt, stellt die spärlichen Angaben des Urbars zusammen; daraus geht hervor, daß die Stadtbewohner neben ihrem Handwerk vielfach Ackerbau und Viehzucht trieben. Wie die Felder in den Dörfern bebaut wurden, läßt sich nicht ermitteln; besondere Bedeutung scheint die Viehzucht gehabt zu haben.

F) nennt die im Urbar genannten Geldeinheiten (Prager- und Meissner Groschen, Heller, verschiedene Mark) sowie Maße (Scheffel, unterteilt in Viertel, Geschwierte $\frac{1}{16}$ und Mirka $\frac{1}{32}$ oder $\frac{1}{64}$, Faß für Bier ca. 200 l, Dreiling ca. 1 100 l für Wein und Kufe ca. 800 l vornehmlich für „Importbier“).

G) schildert ganz kurz die Topographie und Ortsnamenverteilung: tschechische Flurnamen fehlen fast ganz; H) die nationalen Verhältnisse der Gegend. Aus dem Urbar und aus den Stadtbüchern läßt sich schließen, daß die deutschen Siedler dieses Gebiets die Hussitenkriege überstanden; erst nach 1450 wurden die deutschen Namen in tschechische Formen gebracht bzw. assimiliert.

Das umfangreichste Kapitel I enthält ein Namenregister sowie ein Besitzregister mit Namen, Wohnort, Besitz und Seitenangabe des Urbars. In einem Anhang J werden die Freiheiten und Leistungen der Vögte (Erbrichter) des Trübauer Gebietes verzeichnet. Eine Detailkarte der Trübauer Stadtlandschaft (S. 108) beschließt das Buch.

Band 6:

Kurt *Rabl*: Staatsbürgerliche Loyalität im Nationalitätenstaat. Dargestellt an den Verhältnissen in den böhmischen Ländern zwischen 1914 und 1938. München 1959, 150 S.

In Übereinstimmung mit den Bedingungen der Potsdamer Konferenz wurden die Sudetendeutschen nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs aus ihrer Heimat vertrieben, wo sie Jahrhunderte gelebt hatten. Einige Beobachter schienen dies für eine geeignete Maßnahme gegen eine ethnische Gruppe zu halten, die sich gegen ihre rechtmäßige Autorität unloyal verhalten habe. Nach dieser Auffassung verhielten sich die Sudetendeutschen unloyal, weil sie eine Trennung von der tschechoslowakischen Republik angestrebt hatten.

Vorliegende Studie bemüht sich, das Problem der staatsbürgerlichen Loyalität als einen Begriff des sozialen, rechtlichen und politischen Bewußtseins zu erklären. An Vergleichsmaterial — vor allem aus Amerika — versuchte der Autor zu zeigen, daß theoretisch zwischen einer Loyalität des Verhaltens und einer Loyalität der Gesinnung unterschieden werden muß. Die Loyalität des Verhaltens kann erzwungen werden, die Loyalität der Gesinnung nicht; sie beruht auf dem moralischen Empfinden freier Menschen.

Da der moderne demokratische Staat aber ohne die Loyalität der Gesinnung auf seiten der überwiegenden Mehrheit seiner Bürger nicht existieren kann, muß er sich bemühen, diese Gesinnung bei den Bürgern zu stärken. Dies geschieht jedoch nicht, wenn der Staat wesentliche menschliche Interessen seiner Bürger — wie Religion, Sprache, Glaubensbekenntnis oder Rasse — mißachtet. Er tut dies, wenn durch immer mehr Gesetze und Vorschriften die persönliche Freiheit zunehmend eingeschränkt wird (so z. B. durch Pressezensur, Einschränkung der Redefreiheit, Versammlungsfreiheit usw.). Ein ernstes Problem entsteht, wenn solche Beschränkungen einer ganzen Volksgruppe auferlegt werden, um sie dann, wenn sie sich dagegen auflehnt, in ihrer Gesamtheit als unloyal abzustempeln.

Vor und während des Ersten Weltkriegs wurde nun für derartige Fälle die Idee des Selbstbestimmungsrechts formuliert — d. i. das Recht einer gesellschaft-

lichen Gruppe, ihre Ergebenheit einem Staat gegenüber zu beenden und sich von ihm zu trennen, statt ihm weiterhin gegen ihren Willen untertan zu sein. Diesen Anspruch auf Selbstbestimmung erhob das tschechische Volk 1918, als es sich von der Habsburger Monarchie lostrennte; und dieses historische Ereignis fand allgemeine Zustimmung.

1938 war die allgemeine politische, soziale und konstitutionelle Situation der Sudetendeutschen, die 1919 gegen ihren Willen in die tschechoslowakische Republik eingegliedert worden waren, ganz ähnlich der Situation der Tschechen unter habsburgischer Herrschaft im Jahre 1918. Die nicht-tschechischen Minoritäten hatten nur „beschränktes Bürgerrecht“; außerdem wurde ein Unterschied gemacht zwischen der sudetendeutschen und z. B. der polnischen Minderheit. Dieses „beschränkte Bürgerrecht“ hat der Autor — anhand veröffentlichter sowie nichtveröffentlichter Quellen — ausführlich dargestellt.

Weiter wird gezeigt, daß die sudetendeutsche Reaktion auf das tschechoslowakische Minoritätensystem nur in ganz geringem Maße durch bürgerliche Auflehnung gekennzeichnet war, nämlich nur durch kleine unbedeutende Gruppen. Bis zur Beendigung der tschechischen Oberherrschaft über das Sudetenland wurde ein gesetzestreues Verhalten gezeigt.

Welche Versuche auch immer gemacht werden, die Austreibungen zu rechtfertigen, der Vorwurf der „Unloyalität“ der Sudetendeutschen gegenüber dem tschechoslowakischen Staat kann jedenfalls nicht aufrechterhalten werden, wenn man diesen Begriff nicht auch auf die Unabhängigkeitsbestrebungen der Tschechen im Jahr 1918 anwenden will.

Band 7:

Quellenbuch zur Geschichte der Sudetenländer. Band 1: Von der Urzeit bis zu den Verneuten Landesordnungen (1627/28). Bearbeitet von Wilhelm Weizsäcker. München 1960, 128 S. u. 12 Kunstdrucktafeln.

Die Sammlung will, so das Vorwort, „nur wenige, möglichst kennzeichnende Quellenstücke vorlegen, sie mit der erforderlichen Übersetzung und einigen Erklärungen versehen, und sie durch knappe geschichtliche Ausführungen verbinden“. Der Herausgeber, der sich von der tschechischen Sammlung „*Naše národní minulost v dokumentech I*“ (Prag 1954) ausdrücklich absetzt — „sie kommt auch wegen der anders gezielten Auswahl für Deutsche weniger in Betracht“ —, hat sich nach eigenen Worten bemüht, „ein peinlich objektives Bild des Geschichtsverlaufes zu geben; denn es sollen nicht Gefühle geweckt, sondern Kenntnisse und Verständnis vermittelt werden“.

Der 1. Band ist eingeteilt in 5 Kapitel und 1 Anhang. Am Anfang steht jeweils ein kurzer historischer Abriss, der die Einordnung der Dokumente erleichtern soll. Zur Germanenzeit (1) wird Tacitus, zu Samo (2) Fredegar zitiert. Eine größere Zahl von Zeugnissen bringt erst Kapitel 3 „Böhmische Fürstenzeit“ (10 Nummern), unter denen das Privileg Sobieslaws II. für die Prager Deutschen von 1167/68 zu erwähnen ist. 19 Nummern umfaßt das Kap. „Zeit vorwiegend deutschen Einflusses (gotische Zeit)“, wo die Brünnener Handfeste von 1293, die

Urkunde zur Gründung der Universität Prag und vor allem eine „Schmähschrift gegen die Deutschen“ aus der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts sowie der Erbvertrag zwischen Luxemburgern und Habsburgern von 1364 hervorgehoben seien. Das Kap. 5 „Hussitenzeit und Ständemacht“ zählt 20 Nummern, darunter die Prager Artikel von 1420, die Kompaktaten von 1433 und das Sprachengesetz des Prager Generallandtages von 1615, das „den Gipfel des gegen das Deutschtum ausgeübten Zwanges“ markiert, und schließlich die Verneuerte Landesordnung für Böhmen von 1627.

Der Anhang, „das Königreich Böhmen im Deutschen Reich“, umfaßt 10 Nummern (darunter als bekannteste Quelle die Goldene Bulle von 1356).

Ein Namens- und Sachregister erschließt das Buch, das durch 12 Abbildungen in Kunstdruck illustriert wird (u. a. Wenzelsstatue, verschiedene Urkunden und historische Gebäude).

Band 8:

Walter *Wannenmacher*: Die Umstellung auf sozialistische Ernährungswirtschaft. Untersucht an dem Beispiel der Tschechoslowakei. München 1960, 228 S. und 11 Diagramme.

Der Autor, Landwirtschaftsfachmann und Wirtschaftsjournalist, stellt auf der Basis umfangreichen statistischen Materials die Problematik der Sozialisierung der tschechoslowakischen Landwirtschaft in den Nachkriegsjahren bis zum Ende der 50er Jahre dar.

Er geht aus von der Feststellung, daß die Tschechoslowakei mit ihrer Vorkriegsagrарstruktur, wie die anderen Länder des Ostblocks auch, ein Nahrungsmittelüberschußgebiet war, heute aber, nach relativer Gleichschaltung mit dem sowjetischen Vorbild, trotz verringerter Bevölkerungszahl einen wachsenden Zuschußbedarf an Nahrungsmitteln aufweist, und setzt dies in Vergleich zu den theoretischen Erwartungen des Marxismus-Leninismus, wonach die Zurückdrängung des Privateigentums an Produktionsmitteln eine Produktivitätssteigerung bis zum „Überfluß“ gerade in der Landwirtschaftsproduktion mit sich bringen würde.

Die Tschechoslowakei als Untersuchungsobjekt bietet sich dafür an, da einzig für sie auch in der Vorkriegszeit eine moderne, sorgfältig erhobene und gegliederte Agrarstatistik vorliegt. Den Vorkriegsbefund setzt er in Kontrast zu dem aus statistischen Quellen und „langjähriger persönlicher Erfahrung“ in der Praxis gewonnenen Bild der Kolchoswirtschaft, um von dort her allgemeine Aussagen über die Wirkung der Sozialisierung in der Agrarproduktion zu treffen.

Kap. B (S. 42—43) umreißt „Die Produktivität der tschechoslowakischen Landwirtschaft bis zum Weltkrieg“ und kommt nach Abwägung von Verbrauchsstandard, pflanzlicher und tierischer Produktion — trotz des erheblichen west-östlichen Intensivitätsgefälles — hinsichtlich der Ernährungsbilanz zu dem Schluß, „daß die Tschechoslowakei in den letzten Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg trotz ihrer überwiegend industriellen Wirtschaftsstruktur ein Nahrungsmittelüberschußgebiet hätte sein können, wenn dies agrarpolitisch wünschenswert gewesen wäre“ (S. 39).

Die Vorkriegslage der tschechoslowakischen Landwirtschaft war nach dem raschen Aufschwung infolge der agrarpolitischen Hilfsmaßnahmen bis 1926 geprägt von dem Gegensatz zwischen der exportabhängigen Industrie und einer importfeindlichen Landwirtschaft. Verschärft wurde der Gegensatz durch das katastrophale Absinken der Getreidepreise (bes. seit 1929 auf dem Weltmarkt), dem man durch eine agrarprotektionistische Schutzzollpolitik zu begegnen versuchte, und so die Entwicklung einer zur Überproduktion neigenden Landwirtschaft stoppen mußte.

Im Kapitel C zeichnet der Verfasser den Weg von der bis 1938 latent vorhandenen Überproduktion in den unterproduktiven Zustand der Nachkriegsjahre — der sich leider nicht auf statistische Zahlen und Materialien stützen kann, da sie entweder für die Jahre 1939—1945 verloren oder in den Archiven der tschechoslowakischen Regierung unerreichbar sind. Immerhin kann er feststellen, daß eine Schwächung der Produktivität erst nach der Niederlage und der völligen „Umkrempelung“ der Besitzstruktur in der Zeit der Volksfrontregierung (fast 50 % der Nutzfläche wechselten den Besitzer) bei gleichzeitiger Vertreibung der Deutschen und der Zerschlagung des Großgrundbesitzes eintrat.

Die Folgen dieser Strukturveränderung sieht W. in einem erheblichen Rückgang der Hektarerträge: Kartoffeln 22 %, Zuckerrüben 40 %, im Rückgang des Viehbestandes mit Ausnahme der Schweine, im wachsenden Zuschußbedarf bei der Brotgetreideversorgung (Zunahme fast 100 %). Die gleiche Tendenz spiegeln auch die Zahlen der landwirtschaftlichen Veredelungsindustrie.

Kap. D umreißt Struktur und Funktion der sozialistischen Betriebswirtschaft vom Zeitpunkt der totalen Machtergreifung im Februar 1948 an, nimmt die aus Rußland importierten Methoden der Produktion, der Absatzorganisation, der Hilfsstoffversorgung, der Finanzierung und die soziale Lage der landwirtschaftlich Tätigen in der Kolchoswirtschaft kritisch unter die Lupe und versucht einen Querschnitt durch den Stand der Produktivität und Versorgungslage in der Vollsozialisierung zu geben. Eine Gesamtinterpretation der agrarpolitischen Linie und ihrer Ergebnisse gibt W. im Kap. E: Die Zersplitterung der Betriebsgrößen in der Volksfrontperiode brachte zunächst eine scharfe Herabdrückung der Produktivität, die zu Versorgungsschwierigkeiten führte. Eine Erholung trat mit der Zusammenfassung der Splitterbetriebe in Kolchosen und Sowchosen ein — dennoch gelang es nicht, die absolute Produktivität auf den Vorkriegsstand zu bringen.

Agrarexport in nennenswertem Umfang ist nicht mehr möglich. Erfolge in der Produktivitätsverbesserung wurden nur bei Brotgetreide und Schweinen erzielt. Die Gesamtproduktivität liegt ebenso wie die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Erlöse und Arbeitsverdienste wesentlich niedriger als in der westlichen Welt. Die Verbraucherpreise sind dagegen infolge der hohen Verteilungskosten höher. Planerfüllung ist auf dem Agrarsektor im Gegensatz zur Industrie nicht erreicht worden.

Der Verfasser schließt mit der Prophezeiung wachsender Ernährungsschwierigkeiten für den gesamten Ostblock, die von „schicksalhafter Bedeutung“ für Ost und West würden.

Josef Kühnel: Thaddäus Haenke. Leben und Wirken eines Forschers. München 1960, 228 S. u. 12 Kunstdrucktafeln.

Dem Verfasser geht es um die Würdigung von Leben und Wirken des fast in Vergessenheit geratenen Naturforschers Thaddäus Haenke (1761—1817). Die hier gedruckte Lebensbeschreibung ist eine auf den neuesten Stand gebrachte Neugestaltung der vergriffenen Haenke-Biographie des gleichen Verfassers von 1939.

Haenke wird 1761 in Nordböhmen in kleinbürgerlicher Familie geboren, als Sohn eines Landwirts, der zugleich Stadtrichter war. Bis 1786 besuchte er in Prag zunächst als bürgerlicher Stipendiat und Sängerknabe das Wenzelsseminar der Jesuiten. Noch vor Auflösung des Instituts verläßt er dieses 1783 und wird Singmeister bei den Kreuzherren. Er beginnt sein Hochschulstudium mit einem zweijährigen philosophischen Propädeutikum und kommt in Kontakt mit der Prager Aufklärung (Ignaz von Born); er verlegt sich auf naturwissenschaftliche Studien (Medizin, Botanik, Chemie) bei Prof. Mikan. Bald wird er Direktor des Prager Universitätsgartens, macht sich einen Namen als Botaniker und nimmt an botanischen Exkursionen ins Riesengebirge teil, deren Ergebnisse er im „Blumenkalender für Böhmen 1786“ veröffentlicht.

Haenke setzt seine Studien in Wien fort (1786—1789) und strebt die Laufbahn eines Hochschullehrers an. Als die spanische Regierung aus Mangel an eigenen ausgebildeten Kräften Botaniker für eine Südsee-Expedition sucht, bewirbt sich Haenke und nimmt an der Malaspina-Exkursion teil. Von Spanien aus bricht der 28jährige nach der Südsee auf (1789—1793), treibt in Südamerika botanische, zoologische und mineralogische Studien, läßt sich schließlich in Cochabamba (Bolivien) nieder, das ihm zur zweiten Heimat werden soll. Er bewirtschaftet ein Landgut, ein Silberbergwerk und tritt in die Dienste der spanischen Kolonialregierung, in deren Auftrag er zahlreiche wissenschaftliche Expeditionen in Bolivien und in Peru unternimmt.

In seinem letzten Lebensjahrzehnt, über das wir am wenigsten wissen, ist er auch als Arzt, Chemiker und Schriftsteller tätig. Er wird in die Auseinandersetzungen der Kolonie mit der spanischen Krone verwickelt und stirbt 1817 im Alter von 56 Jahren. Über seinen Tod ist nichts Genaues bekannt.

Diesen Abriß der Lebensgeschichte gibt der Verfasser in den ersten drei Kapiteln seines Buches (S. 1—73). Die folgenden Kapitel umreißen und besprechen die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung Haenkes: Die seiner Weltreise, der verschiedenen Reisen durch Bolivien und Chile, sein Wirken als Arzt, Wirtschaftsberater und Pflanzenkundler für die spanische Regierung in Cochabamba.

Besonders hervorzuheben sind die Studien zu einer Landeskunde von Chile und Peru, die ethnographische, botanische, zoologische und geographische Gesichtspunkte berücksichtigen. Seine wichtigste Arbeit ist die Naturgeschichte von Cochabamba aus dem Jahre 1798, die die Kolonialbeamten über Naturprodukte der reichen Provinz und über ihre Verwendung in Wirtschaft, Industrie und Heilkunde aufklären wollte. Sie behandelt mineralogische Substanzen, Kunstprodukte, tierische Produkte und Pflanzenstoffe sowie die Möglichkeiten ihrer Ge-

winnung und Verwertung. Kühnel gibt kurze Inhaltsangaben zu jedem einzelnen Kapitel. Die Beiträge Haenkes zur Vorbereitung des Aufbaus der Chilesalpeterindustrie und seine Erforschung der Heilmittelkunde in Südamerika, die völlig in Vergessenheit geraten war, hebt der Verfasser in den folgenden Kapiteln hervor (S. 108—116). Es folgt eine Analyse der geographischen und ethnographischen Beobachtungen verschiedenster Provenienz, darunter eine recht kritische und sozial-engagierte Analyse des Zwangsarbeitssystems in den Silbergruben.

Ein abschließendes Kapitel würdigt Haenkes Gestalt als Forscher, Kulturpolitiker und als Mensch (S. 128—147), der trotz der Isolierung von den wissenschaftlichen Fortschritten vor allem auf dem Gebiet der Chemie zu Ende des 18. Jahrhunderts in freigewählter Einsamkeit zu bedeutenden Erkenntnissen besonders auf dem Gebiete der angewandten (technologischen) Botanik kam, sie aber kaum der wissenschaftlichen Öffentlichkeit mitteilen konnte.

Ein Schriftenverzeichnis und ein umfangreicher Dokumententeil mit Briefen aus Archiven in Wien, Madrid und Buenos Aires beschließen den Band. Im Anhang finden sich zwei Karten über die Route der Malaspina-Expedition und über das Forschungsgebiet Haenkes in Bolivien.

Band 10:

Georg Tilscher: Runarz. Das Bild eines deutschen Sprachinseldorfes. München 1961, 187 S., 12 Abb. u. 3 Karten.

Das Buch bemüht sich, nach den Worten des Verfassers, „ein treues Bild von dem Leben der Bewohner (seiner) Heimatgemeinde Runarz, wie (er) es in (seiner) Erinnerung (bewahrt)“ aufzuzeichnen.

Nach einführenden Kapiteln über „Landschaft“ und „Geschichtliches“, die von F. Wagner für weitere Leserkreise ergänzt werden mit Angaben über die gesamte Sprachinsel Deutsch-Brodeck, behandelt Tilscher in mehreren Einzelkapiteln unterschiedlicher Länge „wirtschaftliches und kulturelles Leben“, wo die Handwerker des Dorfes mit Namen und Eigenarten, aber auch Zigeuner, Gaukler und uneheliche Mütter erwähnt werden. Das Kap. „Volkscharakter“ wird interessant durch die Schilderung dörflicher Originale. Tilscher beschreibt danach „Haus und Hof“, die Kleidung und besonders farbig „Arbeit und Brauchtum im Jahreslauf“, wo vom Neujahrsfest über Fasching, Ostern, Kirchweihbesuche und Wallfahrten die Feste, von der Aussaat über die Ernte bis zum Laubscharren im Winter die bäuerlichen Arbeiten bis ins einzelne beschrieben werden. Ähnlich erzählt das Kapitel „Von der Wiege bis zum Grabe“ von Geburt, Taufe, Ehe und Tod und den sie umgebenden Bräuchen. Auch „Volks Glaube“ und „Volksmedizin“ mit ihren vielfältigen Hausmitteln werden nicht vergessen.

Breiten Raum nehmen „Volksdichtung“ und „Mundart“ ein, wobei sich der Verfasser, wie auch bei anderen Abschnitten, auf ältere Arbeiten stützen kann, über die eine Bibliographie (S. 181) informiert. Er erzählt Sagen, Volksschwänke und Rätsel, berichtet Volks- und Kinderlieder mit Text und Noten und beschreibt auch Kinderspiele. Freilich ist nicht alles speziell Runarzer Volksgut. Das

Kapitel über die Mundart untergliedert sich in Laut- und Formenlehre, Wortsammlung, Mundartproben in Form geschlossener Geschichtchen, Anreden, Grußformeln, Ausrufe und Redensarten etc. Die erwähnte Bibliographie der Aufsätze des Verfassers zur Heimatkunde von Runarz und Karnitz, seiner zweiten Heimat, wo er lange als Lehrer wirkte (S. 182 f.), eine Übersichtskarte der Sprachinsel Deutsch-Brodeck-Wachtl (S. 184), ein Ortsplan Runarz (S. 185), ein Hausnummernverzeichnis mit Angaben der letzten Bewohner vor der Vertreibung (S. 186) sowie ein Flurplan von Runarz beschließen das Buch.

Band 11:

Friedrich *Prinz*: Hans Kudlich (1823—1917). Versuch einer historisch-politischen Biographie. München 1962, 214 S. u. 3 Abb.

Das Buch versucht anhand einer Biographie die politischen und sozialen Probleme der Revolution des Jahres 1848 aufzuzeigen, wobei die nationalen Fragen der Donaumonarchie und die Grundentlastung naturgemäß im Vordergrund stehen mußten und in zwei gesonderten Kapiteln behandelt wurden. Biographische Details sind daher nicht als Selbstzweck betrachtet, sondern nur insofern herangezogen worden, als sie charakteristisch für die Gesamtsituation waren.

Hans Kudlich wurde am 25. Oktober 1823 als Sohn erbuntertäniger, robotpflichtiger Bauern in Lobenstein in Österreichisch-Schlesien geboren. In der Familie lebte damals noch das Wissen um protestantische Vorfahren und dieses Wissen scheint, neben den Bedrückungen durch die Robot, auch der Keim zu der selbstbewußten und kritischen Einstellung des Vaters gegenüber dem Althergebrachten im allerweitesten Sinne gewesen zu sein, die durch die Lebenserinnerungen des Bauernbefreiers bezeugt ist. Der Vater vermittelte seinen Kindern ein liberales Weltbild, in dem Maria Theresia und der schon mystisch gewordene Bauernfreund Josef II. im Zentrum standen.

Mit elf Jahren besuchte Hans das Troppauer Gymnasium, das vor ihm schon sein Bruder Hermann absolviert hatte, und als Hans mit siebzehn Jahren das Reifezeugnis erhielt und mit Genehmigung der Liechtensteinschen Herrschaft die Wiener Universität bezog, ebnete ihm der ältere Bruder dort die Wege in die höhere liberale Gesellschaft, deren Reformpläne und Ideen er besonders im berühmten „Wiener Leseverein“ kennenlernte. Kudlich studierte nach dem Willen seines Vaters Rechtswissenschaft. Kurz vor Ausbruch der Revolution des Jahres 1848 bestand er sein erstes Rigorosum, dann rissen ihn die Wiener Märztage in den Wirbel der Ereignisse. Der Gang der Revolution zeigte ihm bald, daß er nicht zur Partei des mit den reformwilligen Ständen verbundenen Großbürgertums gehörte, wie sie sich z. T. im „Leseverein“ formiert hatte.

Er zog als jüngster Abgeordneter in den ersten freigewählten Wiener Reichstag ein und nahm auf der Linken des Hauses neben den deutschböhmisches Gessinnungsfreunden Schuselka (Budweis), Löhner (Teplitz), Borrosch (Prag), Fischhof (Brünn) u. a. seinen Platz ein. Er stellte den ersten Antrag, der eine wirkliche Neuordnung und Konsolidierung der staatlichen Verhältnisse nach der Revolution herbeiführen sollte. Wie er den Bauern seines Wahlkreises versprochen

hatte, beantragte er am 25. Juli 1848 und begründete am folgenden Tag in einer längeren Rede diesen berühmten Antrag, „die hohe Versammlung möge erklären: von nun an ist das Untertänigkeitsverhältnis samt allen dazugehörigen Rechten und Pflichten aufgehoben, vorbehaltlich der Bestimmungen, ob und wie eine Entschädigung zu leisten sei“.

Am 7. September wurde das durch Kudlichs Antrag zustandegekommene Grundentlastungsgesetz verabschiedet, einen Monat später brach der Wiener Oktoberaufstand aus, der den Zusammenbruch der Revolution und schließlich auch des Parlamentarismus einleitete.

Nach der gewaltsamen Aufhebung des Reichstages am 7. März mußte Kudlich, wie andere Abgeordnete der Linken, ins Ausland fliehen und begab sich nach Frankfurt, wo sein Bruder Hermann als Deputierter in der Paulskirche saß. Von nun an tauchte er gleichsam als „Berufsrevolutionär“ an den Brennpunkten der deutschen Revolution auf: in Sachsen, in der Pfalz, wo er sogar Mitglied der provisorischen Aufstandsregierung wurde, und schließlich in Baden. Nach dem Zusammenbruch von Rastatt flüchtete er im Juni 1849 in die Schweiz.

Trotz seines vielfach bedrückenden Emigrantendaseins studierte er Medizin und legte im März 1853 sein Doktorexamen ab. Kurz vor seiner Auswanderung in die Vereinigten Staaten, die durch den Druck Österreichs auf die Schweizer Bundesbehörden noch beschleunigt wurde, heiratete er die Tochter des Professors Wilhelm Vogt.

In Amerika ließ er sich als Arzt erst in Greenpoint, aber schon 1854 in Hoboken im Staate New Jersey nieder, wo er bis zu seinem Tode im Jahre 1917 wirkte. Inzwischen war in Österreich 1854 gegen ihn das Todesurteil gefällt worden. Die Urteilsbegründung legte ihm Versuch zum Umsturz der bestehenden Ordnung, Aufwiegelung der Landbevölkerung, seine Beteiligung am Pfälzer Aufstand und staatsfeindliche Umtriebe im Schweizer Exil zur Last.

Nach der österreichischen Katastrophe von 1866 wurde Kudlich wie auch andere „Achtundvierziger“ begnadigt, so daß einer Rückkehr nach Europa nichts mehr im Wege stand. Nach dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71, der sein Nationalgefühl sehr befeuert hatte, kehrte er wirklich nach Österreich zurück, und es war damals unentschieden, ob er nicht ein politisches „Come-back“ versuchen und für immer in der alten Heimat bleiben würde.

Aber Österreich hatte sich seit Kudlichs Flucht 1849 gewandelt, und trotz des begeisterten Empfanges, der ihn vielerorts von liberalen Kreisen, von deutschen und anfangs auch von tschechischen Bauern bereitet wurde, konnte er in dieser veränderten Umgebung nicht mehr recht Fuß fassen.

Bei seinen späteren Europaufenthalten nahm Kudlich zwar immer wieder in öffentlichen Reden und Artikeln zu Fragen der österreichischen Politik Stellung, wobei besonders der immer schärfer entbrennende Kampf der Nationalitäten um den Staat seine leidenschaftliche Anteilnahme erregte; aber eine wirklich aktive Rolle spielte er dabei nicht mehr. Bis in sein Alter blieb für ihn das Jahr 1848 der Höhepunkt seines Lebens wie auch der neueren Geschichte Österreichs.

Band 12:

Die Sudetenfrage in europäischer Sicht. München 1962, 281 S. (Siehe: Die wissenschaftlichen Tagungen S. 428 f.).

Band 13:

Heribert Sturm: Egerer Reliefintarsien. München 1961, 280 S., davon 112 Abb. auf Kunstdrucktafeln.

In dem in Lieferungen erscheinenden Reallexikon zur deutschen Kunstgeschichte ist im Artikel „Einlegearbeit“ erwähnt, daß die Anfertigung von Reliefintarsien sich in Eger während des 17. und 18. Jahrhunderts „zu einer Spezialarbeit von hervorragender Qualität“ entwickelt habe, und im Artikel „Brettspiel“ ist zu lesen: „Um die Mitte des 17. Jahrhunderts tauchen die Bildschnitzer Adam Eck († 1664) und Johann Georg Fischer, beide aus Eger, als Verfertiger von Spielbrettern auf.“ Solche allgemein und knapp gehaltene Hinweise sind auch in anderen einschlägigen Handbüchern zu finden; sonst aber vermag man meist nicht viel mehr über die Art der einzelnen Werkstücke und über ihre Meister, von denen allenfalls die Namen Adam Eck, Johann Georg Fischer sowie gelegentlich auch Karl Haberstumpf genannt werden, auszusagen. Demgegenüber ist die Zusammenfassung eines weitschichtigen archivalischen Quellenmaterials über die Egerer Kunsttischler, die sich auf ein solches Kunsthandwerk spezialisierten, und ihrer in zahlreichen Museen und auch Privatsammlungen des In- und Auslandes als eindrucksvolle Schaustücke barocker Kleinkunst verstreut verwahrten Werkstücke das Hauptanliegen des Buches über „Egerer Reliefintarsien“.

In der Zeitspanne von etwa 1640 bis 1720 sind in Eger zahlreiche Kabinett-schränke, Schreibtische, Kästchen, Brettspiele und Kassetten gefertigt worden, deren Füllungen mit Bilddarstellungen mannigfacher Motive in Reliefintarsia geschmückt sind; außerdem wurden derartige Reliefintarsia-Darstellungen, die sich in der Verschmelzung der Techniken der Einlegearbeit und der Flachreliefschnitzerei aus verschiedenfarbigen Hölzern zusammensetzen, auch als selbständige Bilder ausgeführt. Sie wurden sowohl als modische Luxusgegenstände für vermögende Liebhaber wie auch vor allem zu Geschenkzwecken an hochgestellte Persönlichkeiten verwendet.

Die Stadt Eger, ehemals eine freie Reichsstadt und seit 1322 an die Krone Böhmen verpfändet, war durch die Ereignisse des 30jährigen Krieges nicht nur stark in Mitleidenschaft gezogen, sondern hatte nach dem Friedensschluß in ihrer und ihrer Landes staatsrechtlicher Sonderstellung als autonomes Pfandland erhebliche politische Einbußen erlitten. Um sich weiterhin gegen die gerade in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts zunehmend in Erscheinung tretende faktische Einbeziehung in die innere Verwaltung des Königreiches Böhmen zur Wehr zu setzen und die bisherige autonome Unabhängigkeit von Böhmen zu verteidigen, waren wiederholt und eigentlich unausgesetzt langwierige Verhandlungen mit der Landesregierung des Königreiches Böhmen und dem Böhmischem Landtag wie auch mit dem Kaiser und den Reichsbehörden erforderlich. Zahlreiche Werkstücke der Egerer Kunsttischler sind deshalb — archivalisch im einzelnen nachweisbar —

von der Stadt Eger geschenkt an einflußreiche Persönlichkeiten in Prag und Wien, selbst an den Kaiser, gegeben worden, um deren Gunst und Einfluß für die Durchsetzung der Egerer Forderungen um die Erhaltung ihrer Unabhängigkeit zu gewinnen und zu erhalten.

Aufgrund sowohl der archivalischen Überlieferung wie auch des Überblickes über die heute erfaßbaren Werkstücke, von denen immerhin gegen 180 nachgewiesen werden können, während bisher kaum ein Dutzend bekannt war, läßt sich ein größerer Personenkreis feststellen, der für die Ermittlung der jenes Kunsthandwerk repräsentierenden Meister in Betracht kommt, als nur das Dreigestirn Hans Georg Fischer, Adam Eck und Karl Haberstumpf. Und zwar treten Meister in Erscheinung, deren Schaffen vorerst allein archivalisch nachgewiesen werden kann, ohne daß Werkstücke von ihnen identifiziert sind, so Lorenz Eck, Bernhard Drechsler, Hans Kaspar Bauer; daneben erscheinen solche, für die lediglich ihre zum Teil bezeichneten Reliefintarsien zeugen, ohne daß ihre Tätigkeit archivalisch belegbar wäre, wie der nach der Qualität seiner Arbeiten als der hervorragendste Meister dieser Egerer Kleinkunst zu wertende Hans Georg Fischer, der mit vollem Namen oder mit HGF und dem Zusatz EGRA signierte, und Georg Mathes Eck; ferner sind Meister sowohl archivalisch wie gegenständlich nachweisbar, wie Adam Eck, Karl Haberstumpf und Niklas Haberstumpf, und schließlich dürften Meister in Betracht zu ziehen sein, die weder archivalisch noch durch erhaltene Werkstücke vorerst zu erfassen sind, aber in den zeitgenössischen Quellen mit der Berufsbezeichnung Kunsttischler genannt werden, wie Hans Adam Bauer, Paul Eck oder Wolfgang Eck. Jedenfalls handelt es sich hier um einen Personenkreis, der sich durch Verwandtschaft, durch Werkgemeinschaft und durch gegenseitig freundschaftliche Beziehungen eng zusammenschloß.

Die heute in vielen bedeutenden Museen des In- und Auslandes sowie in Privatbesitz verstreut verwahrten Werkstücke der Meister der Egerer Reliefintarsien runden nicht nur das Gesamtbild ihres Schaffens ab, sondern vermögen überhaupt erst ihre Leistung und die Besonderheit ihrer kunsthandwerklichen Arbeiten darzutun. Deshalb enthält das Buch, das noch keine abgerundete Darstellung über die Egerer Kunsttischler des 17. und 18. Jahrhunderts sein kann, vielmehr eine zusammenfassende Darbietung der archivalischen und gegenständlichen Überlieferung zu diesem Thema sein will, neben der Beschreibung der erfaßten Werkstücke einen umfangreichen Bilderteil, der vielleicht auch einer ergänzenden Erfassung noch nicht ermittelter Werkstücke und vor allem für eine weiterführende kunstgeschichtliche Auswertung dienlich sein kann. Bisher sind nur an einem einzigen Werkstück, einem Kabinett im Nationalmuseum in Krakau, in einer Doktor-dissertation (Jan Stankiewicz, Sekretarzyk z r. 1648 w zbiorach Czartoryskich) kunstgeschichtliche Untersuchungen mit aufschlußreichen Ergebnissen durchgeführt worden. Sie weiter fortzusetzen, soll dem Kunsthistoriker vorbehalten sein, dem der Archivar das hier zusammengefaßte Material als Anregung und Grundlage für seine Spezialforschungen bieten möchte. Denn immerhin handelt es sich bei den Egerer Reliefintarsien um eine beachtliche Leistung des deutschen Kunsthandwerks in der Barockzeit.

Anton *Ernstberger*: Böhmens freiwilliger Kriegseinsatz gegen Napoleon 1809. München 1963, 200 S.

Der Verfasser geht in seiner Arbeit davon aus, daß die Erhebung Österreichs gegen Napoleon 1809 den Charakter eines Volkskrieges hatte und untersucht Böhmens freiwilligen Beitrag zu diesem Krieg. Im ausführlichen 1. Kapitel behandelt er den personellen und wichtigsten Beitrag Böhmens, nämlich die Legion Erzherzog Karl, und schildert deren Aufbau und Entstehung. Die Legion war zum größten Teil aus der Landwehr hervorgegangen, deren Errichtung Kaiser Franz 1808 auf Betreiben seines Ministers Stadion und der Erzherzöge Karl und Johann zur Ergänzung des stehenden Heeres verfügt hatte. Vor allem Erzherzog Karl setzte große Hoffnungen auf eine Volksbewaffnung und hatte bereits 1800 in den böhmischen Ländern die Bildung einer Freiwilligenlegion angeregt. Diese erste Legion Erzherzog Karl war jedoch nur zur Abwehr des Feindes gedacht, während die zweite Legion von 1809 Elitetruppe in einem Angriffskrieg sein sollte. Das Aufstellen der Legion erfolgte deshalb nicht nur unter militärischen Gesichtspunkten; man wollte hauptsächlich überzeugte Freiwillige aus dem eigenen Land gewinnen, vor allem solche, die bereits bei der Landwehr waren und ohne weitere Ausbildung sofort als Soldaten eingesetzt werden konnten. Trotz mancher Schwierigkeiten beispielsweise von seiten der Landwehroffiziere, die sich dem Überwechseln ihrer guten Leute zur Legion widersetzen, stellte Böhmen seine Freiwilligenverbände in kürzester Zeit auf. Noch vor Ausbruch des Krieges konnte die aus 5 böhmischen Infanteriebataillonen und dem Prager Jägerfreibataillon bestehende Legion Erzherzog Karl abmarschieren. Nachdem sich alle Legionsbataillone im Kriegseinsatz bewährt hatten (z. B. das 2. Bataillon bei Aspern, das 1. und 4. bei Wagram), erfolgte nach dem Frieden von Schönbrunn ihre Rückkehr nach Böhmen und Anfang 1810 die endgültige Auflösung.

Das knappe 2. Kapitel befaßt sich mit dem freiwilligen materiellen Kriegsbeitrag Böhmens, d. h. mit der Sammlung von Geld und Sachgütern zur Ausstattung der Soldaten. Böhmische Adelige, Bischöfe, Äbte und Bürger, die bedeutendere Geldsummen spendeten, werden namentlich genannt, desgleichen Dörfer, Herrschaften, Institutionen etc. Neben Geld erfolgten alle Arten von Sachspenden, vor allem Kleidung, Pferde und Waffen. Die größten Opfer wurden jedoch durch Gold- und Silberspenden gebracht, indem Tafelsilber, Schmuck und Goldmünzen zum Einschmelzen gegeben wurden. Die großzügigsten Spender werden auch hier namentlich aufgeführt. Der Verfasser betont jedoch, daß die Spendenfreudigkeit in allen Kreisen der Bevölkerung gleich groß war und bringt zum Beweis im Anhang ein umfangreiches Verzeichnis, das, nach Orten geordnet, sämtliche Spender enthält mit genauer und detaillierter Angabe ihrer Geld- und Sachspenden. Mit dem Sieg von Aspern erreichte die Spendenwilligkeit zwar ihren Höhepunkt, jedoch versiegte sie erst lange nach dem Frieden von Schönbrunn Mitte 1810.

Die kurzen Kap. 3 und 4 befassen sich schließlich mit Böhmens „ideellem“

Kriegsbeitrag; Kap. 3 mit den Wehrmannsliedern, Kap. 4 mit den patriotischen Vereinen. Viele der meist schon vor Beginn des Krieges verfaßten Lieder durften wegen ihres kämpferischen Charakters nicht oder erst nach Beginn der Feindseligkeiten gedruckt und verbreitet werden. Einige dieser zur Anfeuerung der Massen und als Werbung für Landwehr und Legion gedachten Gesänge (die tschechischen mit deutscher Übersetzung) werden mit ihrem gesamten Text aufgeführt. Zur Gründung der patriotischen Vereine und Bünde kam es, als die Ungewißheit, ob Böhmen Kriegsschauplatz würde, unter der Bevölkerung Unsicherheit hervorrief. Drei Prager patriotische Vereine, von deren Existenz die Wiener Polizeihofstelle nichts erfuhr, wollten die Bürger zur Verteidigung aufrufen. Nach dem Schönbrunner Friedensschluß wurden sie aufgelöst, trotz des im 5. Kap. beschriebenen Versuches, den Kaiser für die Einrichtung solch geheimer patriotischer Vereine in der gesamten Monarchie zu gewinnen, um der Mutlosigkeit nach dem verlorenen Krieg entgegenzuwirken.

Band 15:

Die Slowakei als mitteleuropäisches Problem in Geschichte und Gegenwart. München 1965, 237 S. (Siehe: Die wissenschaftlichen Tagungen S. 431 f.).

Band 16:

Probleme der böhmischen Geschichte. München 1964, 145 S. (Siehe: Die wissenschaftlichen Tagungen S. 430 f.).

Band 17:

Erwin Herrmann: Slawisch-germanische Beziehungen im südostdeutschen Raum von der Spätantike bis zum Ungarnsturm. Ein Quellenbuch mit Erläuterungen. München 1965, 286 S.

Diese Arbeit, eine Münchener Dissertation von 1961/62, will, so das Vorwort des Verfassers, das Werden der „Schicksalsgemeinschaft“ von Germanen und Slawen im bayrischen und pannonischen Raum von der Spätantike bis zum Ungarnsturm anhand der Quellen deutlich machen. In der Einleitung teilt Herrmann die Quellen in acht Hauptgruppen ein (Quellen vorwiegend geographischen Inhalts, annalistische, chronikalische, urkundliche und verwandte Quellen wie Capitularien, einzelne Namens- und Zeugnennennung, Briefe, Poetica und Legenden) und charakterisiert kurz die wichtigsten Beispiele dieser Gattungen und ihre Relevanz für das Thema.

Die Quellen und ihre jeweilige Erläuterung sind jedoch unabhängig davon streng chronologisch zusammengestellt, willkürlich unterteilt in die Abschnitte: bis 814, bis 840, bis 885, bis zum Beginn des 10. Jahrhunderts — so im Inhaltsverzeichnis, nicht im Text —, auch wenn sie nach Betreffen geordnet sind, wie z. B. die Quellen zu Konstantin und Method, zu Wenzel, zu Konstantin Porphyrogenitos, die wie die übrigen Quellen in die streng chronologische Zusammenstellung eingereiht sind (z. B. Wenzel zu 929). In drei Exkursen behandelt Herrmann die Quellen und Literatur zu Bischof Wiching von Neutra, er-

läutert, ediert und kommentiert die *Descriptio Civitatum* (Geographus, Bavarus) und bespricht Editionen und Literatur zum Traktat des Mönches Chrabr.

Ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis sowie ein Register beschließen das Buch, in dem auf „Ergebnisse der Numismatik, der Kunstgeschichte, der Namenforschung und der Archäologie nicht eingegangen werden konnte“, obwohl die Bedeutung der Archäologie gerade für dieses Thema und diesen Zeitraum vom Verfasser selbst nicht unerwähnt gelassen wurde.

Band 18:

Ernst Karl *Sieber*: Ludwig von Löhrner. Ein Vorkämpfer des Deutschtums in Böhmen, Mähren und Schlesien im Jahre 1848/1849. München 1965, 157 S.

Die vorliegende Untersuchung, die eine Lücke in der Reihe der Biographien österreichischer Politiker des Revolutionsjahres 1848 schließen will, beginnt mit einem Überblick über Leben und Persönlichkeit Ludwig v. Löhnerns. Unter Heranziehung der zeitgenössischen Memoirenliteratur und journalistischer Quellen beschreibt Sieber die politischen Anfänge Löhnerns als Mitglied der Wiener medizinischen Fakultät und im Wiener „juridisch-politischen Leseverein“. Seine eigentliche politische Wirksamkeit setzte mit Beginn der Revolution von 1848 ein und wurde von Anfang an durch den Nationalitätenkampf zwischen Tschechen und Deutschen bestimmt. Die genaue Schilderung des Revolutionsjahres dient S. als politischer Hintergrund, vor dem er sowohl die Entwicklung der nationalen Gegner Löhnerns, der Tschechen, als auch die Rolle des deutschböhmisches Politikers beim Aufprall der entstehenden nationalen Gegensätze untersucht. Ausführlich dargestellt wird Löhnerns Tätigkeit als Führer des zur Abwehr der tschechischen staatsrechtlichen Ansprüche gegründeten „Vereins der Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien zur Aufrechterhaltung ihrer Nationalität“, der sich die Aufgabe gestellt hatte, das Deutschtum in den bedrohten Provinzen zu organisieren und seine nationalen Rechte zu wahren. Auf der Quellenbasis der amtlichen Verhandlungsprotokolle des österreichischen Reichstags und der gesammelten Reden Löhnerns untersucht S. dessen Wirken als Parlamentarier und Parteiführer der deutschböhmisches Abgeordneten im Wien-Kremsierer Reichstag. Dort vertrat Löhrner die deutsche demokratische Linke, die frankfurterisch, d. h. großdeutsch, orientiert war, und forderte den Anschluß Österreichs an Deutschland. Nach dem Oktoberaufstand veränderte er jedoch dieses als nicht mehr realisierbar erkannte Programm zu der Forderung nach Schaffung eines österreichischen Föderativstaates. Mit der Würdigung der Persönlichkeit endet der 1. Abschnitt. Der 2. Abschnitt befaßt sich mit der Wirksamkeit des „Vereins der Deutschen . . .“, der auf Löhnerns Initiative gegründet worden war, um von Wien aus die deutsche Minderheit in den böhmischen Ländern zu unterstützen, als diese sowohl durch die Berufung des tschechischen Nationalismus auf das böhmische historische Staatsrecht als auch durch die Bestrebungen der Tschechen zur Lostrennung Österreichs von Deutschland um den Verlust ihres nationalen Bestandes fürchten mußten. Löhrner machte den Verein zum Sprachrohr der deutsch-nationalen Interessen und organisierte von Wien aus den Widerstand gegen die

staatsrechtlichen Bestrebungen und Selbständigkeitstendenzen der Tschechen. Neben den Protestaktionen gegen die 2. Prager Petition und die Absonderung der böhmischen Länder trat der Verein für eine Verbindung Österreichs mit Deutschland ein, setzte die Ausschreibung der Wahlen zur Paulskirche durch und führte einen erbitterten Wahlkampf zur Vermeidung einer slawischen Majorität im Reichstag. Im 3. Abschnitt untersucht der Verfasser Löhners parlamentarische Tätigkeit im Wien-Kremsierer Reichstag, wo er als Führer der großdeutsch orientierten demokratischen Linken sowohl die Tschechen auf der Rechten als auch das konservative Zentrum zu Gegnern hatte. Mit seinen Anträgen und Interpellationen setzte sich Löhner für die Abschaffung der Adelsprivilegien, die Bauernbefreiung und ‚Grundentschädigung‘ ein. Seine Vorschläge zur Lösung der böhmischen Frage und zur Neuordnung Österreichs auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Nationalitäten werden in einem letzten Abschnitt dargestellt. Die Neugliederung der Donaumonarchie sollte nach ethnographischen Gesichtspunkten erfolgen, indem an die Stelle der historischen Provinzialgrenzen die nationale Aufteilung trat. Ethnische Untereinheiten waren die Kreise, welche, vom Prinzip der Gemeindefreiheit auf der untersten Verwaltungsebene ausgehend, mit beträchtlicher Autonomie ausgestattet sein sollten. Dieser Löhnersche Plan der Kreiseinteilung wurde von den Deutschböhmen auf dem Teplitzer Kongreß zu ihrem Programm erhoben. Löhners Vorschlag zur Lösung des österreichischen Problems nach seiner Abkehr von Frankfurt sah die Aufgliederung Österreichs in 5 Nationalstaaten mit voller Autonomie innerhalb ihrer Sprachgrenzen vor. Diesem Programm, das dem Palackýs sehr ähnlich war, folgte nur mehr ein Teil der deutschen Linken, so daß Löhner deren Führung abgab. Die gewaltsame Auflösung des Kremsierer Reichstages beendete dann bald darauf sein politisches Wirken.

Band 19:

Beiträge zum deutsch-tschechischen Verhältnis im 19. und 20. Jahrhundert. München 1967, 175 S. (Siehe: Die wissenschaftlichen Tagungen S. 432 f.).

Band 20:

Gustav *Korkisch*: Geschichte des Schönhengstgaues. Teil 1. München 1966, 340 S. und 15 Abb.

In einem ersten von insgesamt neun Kapiteln dieses ersten Teiles, der bis 1648 reicht, umreißt K. zunächst das Gebiet des Sch., der größten sudetendeutschen Sprachinsel vor 1945 (1 230 qkm, 140 Ortschaften, 130 000 Einwohner 1939, davon 126 000 Deutsche), und gibt eine topographische Beschreibung.

Das zweite Kap. (S. 14—27) gibt einen Abriß der Geschichte von der vorgeschichtlichen Zeit bis zur slawischen Epoche, in der der Sch. in unterschiedlicher Intensität besiedelt war.

Im dritten Kapitel beschreibt K. das „Werden des Schönhengstgaues“, das mit der „Landgabe“ seitens des Königs, des Olmützer Bischofs sowie geistlicher und weltlicher Grundherrschaft an deutsche Siedler beginnt, die von Böhmen und Mäh-

ren her etwa gleichzeitig die Rodung vortrieben. K. beschreibt nacheinander den „böhmischen“ und „mährischen Anteil“ und gibt jeweils einen Überblick über die Geschichte, insbesondere das Verhältnis zwischen Slawen und Deutschen bis zu den Hussitenkriegen.

Ausführlich geht K. auf die Städte ein, die alle erst durch die deutschen Siedler entstanden seien. Er unterscheidet königliche (Gewitsch, Politschka), bischöfliche (Zwittau, Brüsbau, Müglitz) und grundherrliche Städte (Trübau, Landskron, Hohenstadt) und gibt jeweils die Gründungsgeschichte. In zwei systematisch zusammenfassenden Abschnitten behandelt K. „die Stadtanlagen“ (Burg, grundherrliche Häuser, Befestigung, Stadtplan) und „Stadtrecht und Stadtverfassung“. Die Städte des Sch. haben Magdeburger Recht, wobei nach schlesischem Vorbild die Stadt mit den umliegenden Dörfern eine Hochgerichtsbarkeit mit einem Vogt bildete (Verfassung). Eingehend analysiert K. das Verhältnis zwischen deutschen und tschechischen Einwohnern anhand von Urkunden, Ratslisten und Stadtbüchern. In einem Abschnitt „ländliche Siedlungen und Siedlungsformen“ behandelt K. ausführlich Siedlungsweise (Waldhufendorf), Verfassung (Erbgericht), Besitzgrößen, Haus- und Dorfformen. Ein eigener Abschnitt ist den Straßen und Wegen gewidmet. Gestützt auf die Mundartforschung erschließt K. die Herkunft der Siedler aus verschiedenen Teilen Deutschlands (Franken, Oberpfalz, aber auch Rhön und Bayern). Im 4. Kap. folgt auf diese mehr „strukturelle“ Beschreibung der Anfangsphase ein Abriß der Geschichte unter den Přemysliden und Luxemburgern, unterteilt in „allgemeine historische Entwicklung“, „kirchliche Organisation“ und „innere Stadtgeschichte“. Aus der kirchlichen Geschichte ist zu erwähnen, daß der Sch. 1344 einen eigenen Bischof in Leitomischl erhielt.

Unter Johann Heinrich von Luxemburg erlebten das Gebiet und vor allem die Städte eine „bis dahin nicht erreichte wirtschaftliche Blüte“, doch fehlen in den lokalen Quellen alle näheren Angaben über wirtschaftliche Dinge. Im einzelnen trägt K. die spärlichen Zeugnisse über Jahrmärkte, Stadtbücher, Spitäler und die Konsequenzen der Kämpfe nach 1378 für die Städte zusammen.

Je ein kurzes Kapitel ist den Hussitenkriegen und den „Böhmischen Brüdern“ gewidmet, die früh Anhänger unter der deutschen Bevölkerung des Sch. fanden. Nach einer chronologischen Schilderung der Feldzüge beschreibt K. die Folgen der Kriege und der Taboritenherrschaft für das Deutschtum in Böhmen und für den Sch. im besonderen: im Kern konnte es sich trotz jahrzehntelanger Taboritenherrschaft behaupten, wurde aber vom geschlossenen deutschen Sprachgebiet abgeschnürt.

Das umfangreiche Kap. 7 bringt wieder einen Querschnitt: „Der Schönhengstgau im Zeitalter des Humanismus und der Renaissance.“ Zunächst geht K. ausführlich auf die Boskowitz ein, von denen besonders der Landeskämmerer Ladislaus Trübau zu einem „Brennpunkt humanistischer Bestrebungen“ machte. Die ausführliche Darstellung der Trübauer Verhältnisse wird erleichtert durch die Stadtbücher, die Rechnungsbücher und das Urbar von 1538—1545 (vgl. Band 6 der Veröffentlichungen des Collegium Carolinum). Ein Ausdruck der humanistischen Bildung auch weiterer Kreise sind die zahlreich erhaltenen Bücherverzeichnisse Trübauer Bürger, die vor allem Bücher der Reformatoren aber auch latei-

nische und griechische Klassiker sowie deutsche Literatur des Mittelalters und der Zeitgenossen aufführen.

Gegenüber Trübau blieben die übrigen Städte, die nacheinander abgehandelt werden, zurück, obwohl auch sie durchweg einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebten.

In drei wiederum systematisch zusammenfassenden Abschnitten behandelt K. die städtische Verwaltung und Gerichtsbarkeit, das Zunftwesen und das Schöngestädte Dorf. Er umschreibt die vielfältigen Aufgaben des Rates, die beginnende Spezialisierung der Verwaltung, die öffentlichen Finanzen, die städtischen Bediensteten, das vielfältige System von Strafen und Bußen, insbesondere verschiedene Arten von Todesstrafen.

Über das Aufkommen und die rechtliche Verankerung des Zunftwesens im Sch. ist wenig bekannt, um so ausführlicher handelt K. über das Brauchtum.

Die Dörfer nahmen im Gegensatz zu den Städten eine ungünstige Entwicklung, die sich ausdrückt in der rechtlichen Herabdrückung des Bauernstandes durch den in den Hussitenkriegen erstarkten Adel, einer Ausdehnung der Eigenwirtschaft der Grundherrschaft seit der Mitte des 16. Jahrhunderts und der damit zusammenhängenden Erhöhung der Robot, so daß K. von „Bauernlegen“ spricht. In den beiden letzten Kapiteln behandelt K. die Reformation und den 30jährigen Krieg. Die Reformation, die früh Eingang in den Sch. fand, erlangte besondere Bedeutung für das Deutschtum durch den engen Kontakt mit deutschen Gebieten. K. behandelt die einzelnen Etappen der Reformation, die ersten protestantischen Pfarrer in den einzelnen Orten, die Auseinandersetzungen im Zuge der katholischen Reform und schließlich das durch Reformation und Reform belebte Schulwesen.

Der 30jährige Krieg zog besonders Trübau in Mitleidenschaft, weil es Besitz und Residenz des politischen Führers der aufständischen Mährer, Ladislaus Welen, war; auch die übrigen Städte hatten vielfach zu leiden, doch schlimmer erging es den Bauern. In einem großen Teil des Sch. wurde durch den katholischen Liechtensteiner mit Gewalt das katholische Bekenntnis wiederhergestellt. Ausführlich schildert K. die wechselnden Durchzüge von Truppen der verschiedenen Parteien mit ihren Folgen für die einzelnen Städte und Dörfer.

Ein Verzeichnis der Literatur und der gedruckten Quellen, drei Register (geographisches-, Personennamen- und Sachregister) sowie 15 Abbildungen auf Kunstdrucktafeln beschließen den Band.

Band 21:

Friedrich Prinz: Prag und Wien 1848. Probleme der nationalen und sozialen Revolution im Spiegel der Wiener Ministerratsprotokolle. München 1968, 180 S.

Ausgehend von den intensiv genutzten Wiener Ministerratsprotokollen für den Frühsommer 1848, denen in einem Aktenanhang (S. 106—169) Auszüge aus den Faszikeln des Innenministeriums beigegeben wurden, und unter Einbeziehung der Archivalien aus dem Nachlaß des Grafen Leo Thun konnte sich der Vf. auf eine reiche Sekundärliteratur höchst unterschiedlicher Provenienz stützen.

Es ist ihm gelungen, seine Aussagen sehr subtil zwischen der von der bürgerlich-nationalen tschechischen wie der deutsch-österreichischen Geschichtsschreibung überbetonten nationalen Komponente und der Erkenntnis der modernen tschechischen Historiographie über den sozialen und gleichsam „supranationalen“ Charakter als Movers der Prager Ereignisse des Jahres 1848 anzusiedeln.

Am Modellfall des Prager Pfingstaufstandes wird nachgewiesen, wie vielschichtig nicht nur in Böhmen, sondern im gesamten habsburgischen Kaiserstaat das Widerspiel von liberal-demokratischen und nationalen Kräften war. Nach dem Erlahmen des revolutionären Schwungs der ersten Wochen verstanden die Konservativen diesen Konflikt zielbewußt auszunutzen, um die Revolution zu spalten. Den tiefgreifenden sozialen Spannungen und ihren Rückwirkungen auf das böhmische Geschehen auf der Ebene der ständischen böhmischen Politik gegen den Wiener Beamtenzentrismus widmete der Vf. vorrangig Aufmerksamkeit. Dem Innenminister des ersten konstitutionellen Wiener Ministeriums und nachmaligen Ministerpräsidenten von Pillersdorf, der als Exponent des Wiener Zentralismus zuerst das Umschlagen der Revolution von ihrer großbürgerlich-konstitutionellen in eine kleinbürgerlich-demokratische Phase mit radikalen und proletarischen Zügen aufzuhalten und dann — bedingt durch die Entwicklung in Lombardo-Venetien, in Ungarn, aber auch in Böhmen — die de-facto-Auflösung des österreichischen Staatsverbandes zu unterbinden suchte, traten im Prager Gubernialpräsidenten Graf Leo Thun und in František Palacký kongeniale Widersacher entgegen. Die politische Zielsetzung jener ständischen Gruppe um Thun tritt in der Darstellung klar hervor, die — weder eindeutig national und schon gar nicht revolutionär im demokratischen Sinne — unnachgiebig einen antizentralistischen, böhmisch-ständischen Kurs verfolgte, und sich dennoch, mit großer Vorsicht und ohne es an Loyalitätsbekundungen Wien gegenüber fehlen zu lassen, der nationalen und sozialen Problematik bediente, um mit dem Schlagwort „Föderalismus“ für Böhmen die Restauration des die Staatsreformen Maria Theresias und Josefs II. aufhebenden Ständestaates zu erzwingen. Diese Zielsetzung hat in der Anfangsphase auch Palacký nicht durchschaut. Als Exponent nationaler und bürgerlich-ständischer Interessen von Thun am 28. Mai 1848 in die provisorische Regierung berufen, mußte Palacký mit ansehen, wie der von ihm organisierte Slawenkongreß in den Pfingstaufstand, „das Werk fremder agents provocateurs und der einheimischen Dummheit“, ausuferte und wie der Übergang der Initiative an kleinbürgerlich-demokratische Kreise samt dem kräftigen Linksruck der gesamten böhmischen Innenpolitik dem Fürsten Alfred Windischgrätz zum Vorwand diente, mit militärischen Mitteln der Gegenrevolution in der Donaumonarchie zum Sieg zu verhelfen. A. Bach, dem Justizminister im Kabinett Wessenberg-Doblhoff und späteren Innenminister, blieb es vorbehalten, in einem neoabsolutistischen System für mehr als zehn Jahre gewaltsam Ruhe zu schaffen.

Da der Wiener Ministerrat unter Pillersdorf zugleich der wesentliche Gegenspieler der Prager politischen Kräfte und der konservativen Kreise im Innsbrucker Hoflager war, erschließt die Arbeit mit den Protokollen nicht nur einen den zeitgenössischen Aspekt des politischen Geschehens widerspiegelnden Quellenfun-

aus, sondern vermag dadurch auch Aufschluß zu geben über die Entscheidungsprozesse im Nervenzentrum der Ereignisse selbst. Insgesamt wird hier an einem Einzelbeispiel ein wesentlicher Beitrag zur Erhebung der Interdependenz nationaler, sozialer und ständisch-staatsstruktureller Probleme geleistet.

Band 22:

Peter Hilsch: Die Bischöfe von Prag in der frühen Stauferzeit. Ihre Stellung zwischen Reichs- und Landesgewalt von Daniel I. (1148—1167) bis Heinrich (1182—1197). München 1969, 262 S.

Nicht eine Bistumsgeschichte im engeren Sinne sollte geliefert werden, „sondern eine Geschichte der Prager Bischöfe und ihres Kampfes um Selbständigkeit zwischen böhmischem Herzog und deutschem König, zwischen Kaiser und Papst, zwischen Kirchenreform und alten Kirchengewohnheiten in der frühen Stauferzeit. Die individuell verschiedene Stellung der Prager Bischöfe im Geflecht dieser Beziehungen darzustellen und ihre Absichten und Handlungen im größeren Zusammenhang zu deuten“, sollte die Aufgabe sein. Es liegt in der Natur dieser Fragestellung, daß die vorliegende Arbeit sich stellenweise zu einer Geschichte der Beziehungen zwischen Böhmen und dem Reich ausgeweitet hat.

Nach der einleitenden Erläuterung von Literatur und Quellen (v. a. der Chronisten Vinzenz von Prag, Gerlach von Mühlhausen und der Boček'schen Urkundenfälschungen) beginnt die Darstellung mit einem Überblick über die Verhältnisse der Kirche, des Reiches und Böhmens um 1150, wobei die Tätigkeit des Olmützer Bischofs Heinrich Sdik (1126—1150), die Anfänge seines Verwandten und Schülers Daniel von Prag, die Frage der Herkunft und Bedeutung ihrer Familie und die päpstliche Legation des Kardinaldiakons Guido (1143 ff.) im Mittelpunkt stehen. Die drei nächsten Kapitel beschäftigen sich in chronologischem Fortgang mit dem Episkopat Daniels von Prag (1148—1167), des bedeutendsten Prager Bischofs dieser Zeit. Im Rahmen der Reichsgeschichte verkörperte er den Typ des staufertreuen Reichsbischofs; er hielt sich häufig am Königshof auf, unternahm verschiedene Gesandtschaftsreisen, nahm an zwei Italienzügen teil, spielte eine besondere Rolle beim Ausbruch des Schismas und beim Versuch Friedrichs I., den kaiserlichen Papst im Abendland durchzusetzen, blieb bis 1167 Träger der „neuen Politik“ Barbarossas. Sein Anspruch auf fürstliche Stellung neben dem Herzog von Böhmen war auf diesen festen Rückhalt beim Kaiser angewiesen. So war er eine Schlüsselfigur im Verhältnis des Reiches zu Böhmen, wirkte in seinem eigenen Interesse für eine Übereinstimmung zwischen beiden Seiten, ohne das Mißtrauen des Herzogs und den Widerstand des böhmischen Adels immer ganz ausschalten zu können. Diese Schwierigkeiten dürften auch mit den für seine Zeit tiefgreifenden Maßnahmen zusammenhängen, die er im Prager Bistum ergriff (Begünstigung der Prämonstratenser, Einführung des Dekretum Gratians, Schriftlichkeit am Bischofshof, Archidiakonatsverfassung, Organisation des Bischofshofes).

Nach dem Tode Daniels vor Rom kam es unter seinen relativ kurz regierenden Nachfolgern Gotpold, Friedrich und Valentin (1169—1182) zu einem Rück-

schlag in der Stellung der Prager Bischöfe (Kapitel 5), da sie von den böhmischen Herrschern bewußt in größerer Abhängigkeit gehalten wurden. Die zur gleichen Zeit zu beobachtende Verschlechterung der Beziehungen der Přemysliden zum Reich hat hierin einen bedeutsamen Grund.

Die beiden letzten Kapitel der Darstellung (6 + 7) behandeln den Episkopat Bischof Heinrichs (1182—1197), der — selbst Přemyslide — den reichsfürstlichen Anspruch Daniels erneut mit Energie aufgriff und ihn durch bedingungslose Anlehnung an die kaiserliche Politik im Reichsfürstenprivileg von Regensburg 1187 rechtlich durchsetzte. Es kam zu keinem Abbau dieser Stellung, als Heinrich 1193 auch noch das Herzogsamt übernahm. Mit ihm starb 1197 der letzte Prager „Reichsbischof“.

In der Zusammenfassung der Arbeit wird unter anderem die Behandlung des Themas in den national bestimmten Traditionen der deutschen und tschechischen Forschung beleuchtet.

Im Anhang folgen noch zwei Exkurse, die sich mit chronologischen und rechtlichen Aspekten der päpstlichen Legation des Kardinaldiakons Guido sowie mit einem nun Bischof Daniel I. zuzuschreibenden Briefwechsel mit der Seherin Hildegard von Bingen beschäftigen.

Band 23:

Monika Glettler: Sokol- und Arbeiterturnvereine (D. T. J.) der Wiener Tschechen bis 1914. Zur Entwicklungsgeschichte der nationalen Bewegung in beiden Organisationen. München-Wien 1970, 116 S.

In den letzten Jahrzehnten der österreichisch-ungarischen Monarchie galt die sprunghaft steigende Zuwanderung von Tschechen nach Wien bei deutschen wie bei tschechischen nationalen Vorkämpfern als Maßstab, an dem sich die Entfaltung der nationalen Problematik und im besonderen die Verschiebungen innerhalb des für die innere Entwicklung des Gesamtstaates überaus bedeutsamen Verhältnisses zwischen Deutschen und Tschechen ablesen lassen konnten.

Die Verbindung von Turnerbewegung und Nationalismus war keineswegs nur in den deutschen Turnvereinen zu verfolgen. Der Turnverein Sokol wurde 1862 in Prag gegründet. Seine „Paten“ waren der tschechische Intellektuelle Dr. Miroslav Tyrš als ideologischer und der liberale deutschböhmische Bankier Heinrich Fügner als organisatorischer Initiator. Bereits vier Jahre später entstand in Wien der erste Sokolverein außerhalb der böhmischen Kronländer und 1908 umfaßte der „Verband der slawischen Sokolschaft“ auch schon slowenische, kroatische, serbische, bulgarische, polnische und russische Gruppen. Nach ihrem Vorbild schuf Josef Linhart 1897, gewissermaßen als sozialdemokratisches Gegenstück, in Prag die „Dělnické Tělocvičné Jednoty (D. T. J.)“, deren Wiener Organisationen — als erste konstituierte sich 1899 der „Lassalle“ in Favoriten — in der Folge die Sokoln an lokaler Bedeutung sogar übertroffen haben.

Die Studie, die auf reichen und guterhaltenen Quellenbeständen in Prag und Wien basiert, behandelt Geschichte und Organisation von Sokol und D. T. J. sowie deren personelle Zusammensetzung (soziale Grundgliederung, Frauen- und Jugendorganisationen), die Grundzüge des nationalpolitischen Arbeitsprogram-

mes und den Erfolg der nationalpolitischen Tätigkeit. Dabei lassen sich einige für die tschechische Minderheit in der Großstadt Wien besonders typische Entwicklungslinien erkennen: Pflege und Intensivierung des nationalen Lebens waren innerhalb des tschechischen Siedlungsgebietes leichter als in Wien, wo die Tschechen ohne territorialen Zusammenhang mit der Heimat lebten und meist auch untereinander keinen Kontakt hatten; zudem war hier bei vielen Tschechen die Bereitschaft zum Wechsel der Volkszugehörigkeit vorhanden, weil Wien von den tschechischen Zuwanderern nicht nach Sokol- oder D. T. J.-Ideologien gehalten gewertet wurde, sondern hauptsächlich nach Verdienstmöglichkeiten, wobei zumindest äußerliche Assimilierung an die deutsche Umwelt als Voraussetzung angesehen wurde. Im Unterschied zu einer bodenständigen Volksgruppe waren die Wiener Tschechen in ihrer sozialen und altersmäßigen Schichtung auf wenige Berufsgruppen und Jahrgänge beschränkt. Dies und die Besonderheiten des nationalen Verhaltens hatten ihre Auswirkungen auch auf die Vereinsarbeit. Aus den Eigentümlichkeiten der tschechischen Situation in Wien erklärt sich z. B. die überraschend große Mitgliederfluktuation und die schwierige finanzielle Lage; andererseits aber waren die Wiener Sektionen beider Vereine weitaus mitgliedstärker und die Aktivität der einzelnen Mitglieder viel intensiver als in den Organisationen der Heimat.

Auch wenn einige Fanatiker die Gelegenheit zu radikalen Experimenten benutzt haben, zeigt das Quellenmaterial in seiner Gesamtheit, daß beide Organisationen im Grunde bemüht waren, Sicherungen gegen die Bereiche des nationalen Kampfes zu schaffen. Das Ziel der Auseinandersetzungen war — wenn man von den hineinredenden Parteien absieht — weder beim Sokol noch bei den D. T. J.s ausschließlich die Stärkung des Tschechen- oder Slawentums in Wien, sondern immer auch der Versuch, die Daseinsbedingungen der Vereinsmitglieder zu bessern. Das aber bedeutete nicht eine „Tschechisierung“ der Stadt Wien, sondern die erste Stufe des Aufstiegs. Der Anreiz des sozialen Aufstiegs ist, auch bei den Nationalitätenkämpfen in der Donaumonarchie, ein bestimmender und modifizierender Faktor gewesen.

Band 24:

Manfred *Alexander*: Der deutsch-tschechoslowakische Schiedsvertrag von 1925 im Rahmen der Locarno-Verträge. München-Wien 1970, 212 S.

Ausgehend von dem Archivmaterial des Auswärtigen Amtes, das durch die einschlägige Literatur ergänzt wird, werden die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen der Jahre 1924 bis 1926 untersucht. Im Zentrum steht die Zeit vom deutschen Vorschlag einer Sicherung der Rheingrenze (9. Februar 1925) bis zum Abschluß der Locarno-Verhandlungen im Oktober 1925. Die chronologische Darstellung wird wiederholt durch Einschübe aufgelockert, in denen die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen seit 1923 skizziert, das französische Bündnis-system in Ostmitteleuropa analysiert und das polnisch-tschechoslowakische Verhältnis erörtert werden. Ein besonderes Kapitel ist den für diesen Zeitraum nachweisbaren deutsch-tschechoslowakischen Konfliktstoffen gewidmet, die in den

Akten ihren Niederschlag gefunden haben. Zum Abschluß wird die erste Auswirkung der Locarno-Verträge auf die tschechoslowakische Innenpolitik untersucht.

Besonderes Augenmerk wurde auf die Verzahnung von innenpolitischen und wirtschaftlichen Fragen mit der Außenpolitik gerichtet, um den Rahmen abzustechen, in dem sich die Versuche einer Entkrampfung des deutsch-tschechoslowakischen Verhältnisses jener Jahre abgespielt haben.

Als Ergebnis kann festgestellt werden, daß sich die tschechoslowakische Außenpolitik zwar traditionell auf die französische Politik des status quo der Friedensverträge stützte, ihre Politik Deutschland gegenüber jedoch sehr differenziert handhabte. Die vielfältigen wirtschaftlichen Bindungen, die deutsche Minderheit im Lande als ein die Deutschlandpolitik beeinflussendes Element und der Konflikt mit Ungarn waren Faktoren, die von der Deutschen Regierung benutzt werden konnten, eine Einheitsfront der ostmitteleuropäischen Verbündeten Frankreichs gegen die Ausklammerung der Ostgrenzen aus dem Sicherheitsvorschlag zu verhindern. Prag war zu einem weitgehenden Entgegenkommen Berlin gegenüber bereit und erklärte sich mit den deutschen Bedingungen (Schiedsvertrag statt Anerkennung und Bestätigung der gemeinsamen Grenzen) in Locarno einverstanden. Wichtiger als der Fortbestand der deutsch-polnischen Reibungen war für die tschechoslowakische Politik der Ausgleich der westlichen Alliierten untereinander und mit Deutschland, so daß sich nach der Zeit der Konfrontation durch die Friedensverträge und den Ruhrkonflikt nun eine Periode der internationalen Entspannung abzeichnete.

Als eine der ersten Auswirkungen der Locarno-Verträge auf die Innenpolitik der Tschechoslowakei kann die Wahlniederlage der nationalistischen Sudetendeutschen vom November 1925 gesehen werden. Die als endgültig angesehene Grenzziehung und die neutrale Haltung der Deutschen Regierung legten den verständigungsbereiten Politikern der Sudetendeutschen eine Zusammenarbeit mit ihren tschechoslowakischen Kollegen nahe, was im Herbst 1926 zum Eintritt von sudetendeutschen Ministern in die Regierung der Tschechoslowakei führte. Auf den internationalen Ausgleich folgte so ein innerstaatlicher Ausgleich.

Der Nationalismus der unmittelbaren Nachkriegszeit wich und machte einer Periode problemloser, fast freundschaftlicher Nachbarschaft zwischen Berlin und Prag Platz; als unzulässig muß daher die Vereinfachung abgelehnt werden, daß die Verträge von Locarno die Entwicklung der 30er Jahre mit dem Münchener Abkommen als Abschluß präjudizierten.

Band 25:

Egbert K. *Jahn*: Die Deutschen in der Slowakei in den Jahren 1918—1929. Ein Beitrag zur Nationalitätenproblematik. München-Wien 1971, 186 S.

Einleitend begründet der Verfasser seine Beschäftigung mit einer so kleinen ethnischen Minderheit wie den Slowakeideutschen, die nur $\frac{1}{20}$ der Bevölkerung der Slowakei ausmachten und in der Geschichte der Ersten Tschechoslowakischen Republik kaum eine Rolle spielten. Ziel seiner Arbeit, die sich vor allem auf die

deutsche Presse in der Slowakei und amtliche Statistiken stützt, ist es, zu einer vergleichenden Darstellung des Nationalismus und damit zu seiner Erforschung beizutragen. Dazu soll die soziohistorische Situation einer relativ kleinen Gruppe, hier in ethnischer Abgrenzung die Slowakeideutschen, detailliert untersucht werden, wobei der Verfasser als günstigsten Zeitpunkt die Übergangsperiode zwischen den vereinzelt Anfängen der deutschen nationalen Bewegung im alten Ungarn und dem „eindeutig vorherrschenden integralen Nationalismus“ in der Slowakei wählt.

Im 2. Kapitel berichtet der Autor über die Slowakeideutschen vor dem Ersten Weltkrieg. Während der Zugehörigkeit der Slowakei zu Ungarn, also bis 1918, waren sie ein Teil des sog. „ungarländischen Deutschtums“, und wurden zusammen mit den Deutschen der Karpatenukraine bis zur Ausprägung des Begriffes Slowakeideutsche häufig als „Karpatendeutsche“ bezeichnet. Sie lebten nicht in einem geschlossenen Siedlungsgebiet, sondern verteilten sich auf drei weit auseinanderliegende Sprachinseln — Relikte ausgedehnter deutscher Siedlung im Mittelalter —, deren unterschiedliche Lage und historische Entwicklung kurz abgehandelt wird. Durch die lange Zugehörigkeit zu Ungarn war bei den meisten Deutschen dieser Sprachinseln, nämlich Preßburgs, des Hauerlandes und der Zips, eine mehr oder minder starke Madjarisierung erfolgt, zumal Ungarn den Assimilationsbestrebungen der Minderheit keinen Widerstand entgegensetzte. Das folgende Kapitel befaßt sich mit der Darstellung des Verhältnisses der Slowakeideutschen zum ungarischen und tschechoslowakischen Staat. Im 19. Jahrhundert hatten sich die Slowakeideutschen, die „deutschen Ungarn“, als ungarische Patrioten empfunden; einen deutschen Nationalismus gab es bis 1914 kaum. Erst durch den Ersten Weltkrieg wurde das deutsche Nationalbewußtsein gefördert bzw. überhaupt erst hervorgerufen. Trotz der anschließenden Stärkung des Nationalitätsbewußtseins durch die Volksrätebewegung wurde immer an der Loyalität zum ungarischen Staat festgehalten. Dagegen gab es nach der Einverleibung der Slowakei in den tschechoslowakischen Staat nie ein Bekenntnis der Slowakeideutschen zu diesem. Zwar wurde keine offene Staatsfeindschaft demonstriert, doch entwickelte sich ein defensiver Minderheitennationalismus. Anschließend wendet sich der Verfasser den „Grundlagen des Nationalitätenkampfes“ zu und untersucht die Volkszählungen der Jahre 1921 und 1930, die u. a. die Angabe der Nationalität forderten. Dabei kann er zeigen, daß sich bei diesen Zählungen neben den Unzulänglichkeiten der Nationalitätenerhebung (z. B. unzureichende Definition des Nationalitätenbegriffes, Wahlmöglichkeit für einen Teil der Bevölkerung etc.) vor allem die Zweckgebundenheit dieser Statistiken durch ihre Verwertung bei der Sprachengesetzgebung verfälschend auswirkte und die Fehlerhaftigkeit zu Lasten der nationalen Minderheiten ging. Die Untersuchung der Siedlungsstruktur der Slowakeideutschen zeigt für die Zeitspanne von 1921—1930 bei gleichbleibender Bevölkerungszahl einen Rückgang in den vorwiegend deutschen Gemeinden und eine Zunahme in den deutschen Minderheitengemeinden. Aus dieser Binnenwanderung läßt sich schließen, daß die Deutschen zugunsten anderer, zumeist wirtschaftlicher Interessen auf den Verbleib in ihren regionalen Ballungsgebieten und damit auf ihr Sprachrecht verzichteten. Die konfes-

sionelle Zusammensetzung der Slowakeideutschen hatte keinen Anteil an der Erhaltung dieser Minderheit, denn im großen und ganzen stimmte sie mit der der Landesbevölkerung überein. Nach gründlicher Untersuchung der wirtschaftlichen Lage und sozialen Struktur der Slowakeideutschen kam der Verfasser zu dem Ergebnis, daß deren wirtschaftliche Existenz vor allem durch solche Faktoren gefährdet war, auf die die nationalistischen Intentionen von Politikern und Parteien kaum Einfluß hatten. Ein weiteres Kapitel, auf umfangreiches statistisches Material gestützt, befaßt sich ausführlich mit den deutschen Parteien in der Slowakei. Der Verfasser berichtet über die Parteigründungen, gibt einen kurzen Abriss der innenpolitischen Entwicklung der ČSR in den 20er Jahren und geht schließlich auf die Politik und das Wahlverhalten der Slowakeideutschen ein. Abschließend wendet er sich wieder dem Problem des Nationalismus und der Nationalismusforschung zu. Nach Ansicht des Autors ist das Sprachenproblem Kernpunkt des ethnischen Nationalismus und prinzipiell unlösbar, solange es keine internationale Verkehrssprache gibt.

Band 26:

Christoph Stölzl: Die Ära Bach in Böhmen. Sozialgeschichtliche Studien zum Neoabsolutismus 1849—1859. München-Wien 1971, 360 S.

Die Arbeit untersucht den stürmischen Umbruch der wirtschaftlich-sozialen Strukturen Böhmens zwischen 1849 und 1859 und unternimmt es damit, den gewandelten Hintergrund zu analysieren, auf dem sich das 1860 beginnende öffentliche politisch-nationale Leben abspielte. Neben dieser engeren bohemistischen Zielsetzung verfolgt die Arbeit auch das Ziel, am Beispiel einer national gemischten Landschaft Mitteleuropas den Einbruch des Hochkapitalismus bzw. Manchesterindustrialismus ins überkommene Sozialgefüge zu beleuchten, um hier anknüpfend die Auseinandersetzung der Gesellschaft mit der „sozialen Frage“ darzulegen.

Am Eingang der Epoche steht die Bauernbefreiung. Sie bewirkte eine gewaltige Mobilisierung der Agrarbevölkerung. Die Kapitalisierung der Landwirtschaft führte zu einer raschen Zersetzung der dörflichen Sozialstruktur. Das Großbauerntum erlebte einen steten wirtschaftlichen Aufstieg, in dessen Verlauf sich über die expandierende Agrarindustrie eine prosperierende Schicht des „Landbürgertums“ entwickelte. Dieses trat nun in engere Verbindung zum Bürgertum der Städte und erhielt seinen Zugang zum tschechisch-nationalen Gedanken über die landwirtschaftliche Fortschrittsbewegung, die von den nationalen Kreisen geleitet wurde. In den fünfziger Jahren beginnt daher die Integration der Bauern der tschechisch-sprachigen Gebiete in die moderne Nation. Kleinbauerntum und Landarmut wurden entwurzelt; hier lag das Reservoir für die von nun an in die wachsenden Industriegebiete abwandernden Arbeitermassen. Das überwiegend deutsche Wirtschafts- und Industriebürgertum erlebte nicht nur eine materielle Blüte, die es mit der Entfaltung des Hochkapitalismus in engste Verbindung zur ökonomischen Reichszentrale Wien setzte, sondern sah seine Ideologie, einen naiven Fortschrittsglauben, auch

zur herrschenden Denkweise der österreichischen Gesellschaft werden. Daß dieser Siegeszug des deutschen Vulgärliberalismus gleichwohl nicht in Richtung auf eine Germanisierung des tschechischen Bevölkerungsteils in den Städten wirkte, lag daran, daß der ökonomische Fortschritt — die industrielle Revolution — sich für das handwerkliche Kleinbürgertum, die Basis der nationalen Bewegung, sehr negativ bemerkbar machte. Für das depossedierte, in Lebensstandard und Sozialstatus durch den westlichen („deutschen“) Kapitalismus empfindlich getroffene Kleinbürgertum leistete die tschechische Nationalidee Ersatz für das beschädigte bürgerliche Selbstgefühl. Hinzu kommt, daß gerade aus den Reihen der nationalen Bewegung selbst erfolgsversprechende Methoden des wirtschaftlichen Überlebens im Konkurrenzkampf angeboten wurden. Genossenschaftswesen, Selbsthilfe- und Assoziationsidee sind im nationalen Gewande erfolgreich geworden. Für die Arbeiterschaft und die Unterschichten insgesamt brachte das nachrevolutionäre Jahrzehnt eine Verschlechterung aller Lebensbedingungen. Ausbeutung, Veredelung, ja radikale Vertreibung aus der bürgerlichen Gesellschaft sind für die Arbeiterschaft die Folgen des Manchestertums in Böhmen gewesen. In nationaler Beziehung bedeutete dies eine Schwächung des deutschen Bevölkerungsteiles, da in der früher entwickelten Leichtindustrie (Textil) der deutschböhmisches Industriegebiete die für die Bevölkerungsentwicklung verheerenden Praktiken der Kinder- und Frauenarbeit in weit größerem Umfange stattfanden als in der erst nach 1848 neu entstehenden, vorwiegend schwerindustriellen mittelböhmisches Industrieregion.

Zur „sozialen Frage“ schwieg die Gesellschaft. Deutsches Großbürgertum, tschechische Bewegung, die mächtige Kirche wie die Intelligenz haben mit wenigen Ausnahmen der Ausbeutung gleichmütig zugesehen oder sie aus dem optimistischen Bewußtsein verdrängt. Der Staat, scheinbar allmächtig nach dem Zusammenbruch des österreichischen Konstitutionalismus, hat der Zersetzung der Gesellschaft, der Deklassierung von Kleinbürgertum und Arbeiterschaft, der Polarisierung der agrarischen Gesellschaft nicht Einhalt geboten. Er war, trotz seiner monarchisch-konservativen Fassade, ein Staat des liberalen Bürgertums. Die Geburtskonstellation des Systems, die Revolutionsmüdigkeit der „Besitzenden“ aller Art gab dem „Neuen Österreich“ einen Haupthemmschuh jeder aktiven staatlichen Sozialpolitik mit: eine ängstliche, allzu enge Verteidigung des bürgerlichen Eigentumsprinzips. Das Versagen des neoabsoluten Systems gegenüber den von der Revolution hinterlassenen, vom wirtschaftlichen Umbruch radikalisierten Problemen der Ordnung im sozialen Bereich hat auch die 1848/49 noch nicht national „infizierten“ Schichten dem modernen Nationalismus in die Arme getrieben und damit letztlich die Zukunft der Monarchie entschieden.

Band 27:

Fritz Schnelbögl: Das „Böhmische Salbüchlein“ Kaiser Karls IV. über die nördliche Oberpfalz 1366/68. München-Wien 1973, 181 S., 4 Abb. und 1 Kartenskizze.

Der Luxemburger auf dem böhmischen Thron, Kaiser Karl IV., dem zu seiner Vermählung am 4. März 1349 mit einer Tochter des Pfalzgrafen bei Rhein als Sicherstellung der Morgengabe eine Reihe von Orten in der nördlichen Oberpfalz verpfändet worden war, betrieb hier in den fünfziger Jahren des 14. Jahrhunderts eine zielstrebige Erwerbspolitik, die entlang der bedeutsamen Verkehrsstraße von Prag über Tachau, Bärnau, Weiden, Hirschau, Sulzbach, Hersbruck und Lauf nach Nürnberg eine gebietsmäßig nahezu geschlossene Landbrücke entstehen ließ. Diese als eine territoriale Einheit 1355 der Krone Böhmen einbezogenen luxemburgischen Besitzungen mit dem Hauptort Sulzbach, und seit der Abtrennung des südlichen Teils davon im Jahre 1373 Auerbach, wurden im Kriege des Pfälzers und nachmaligen deutschen Königs Rupprecht den wittelsbachischen Landen zurückgewonnen und 1401 dem pfälzischen Territorium in Bayern, der „Oberen Pfalz“, wieder zurückgegliedert, so daß jenes unzutreffend „Neuböhmen“ genannte Gebiet — dieser Name kam erst in neuerer Zeit auf — in seinem südlichen Teil um Sulzbach nur etwa siebenzehn Jahre und in seinem nördlichen Teil gegen fünfunddreißig Jahre Bestand hatte. Für das noch nicht geteilte gesamte Gebiet der luxemburgischen Besitzungen der Krone Böhmen in der Oberpfalz ist aus der Zeit von 1366 bis 1368 ein im Landgericht Sulzbach angelegtes Salbuch, also eine erschöpfende Aufzeichnung sämtlicher hoheitlicher und grundherrlicher Rechte, Einkünfte, Ansprüche und Verbindlichkeiten, erhalten, dessen Edition samt sorgfältiger Einbegleitung und Kommentierung den Inhalt der Publikation ausmacht.

Die Bedeutung dieser archivalischen Quelle liegt außer in der Fülle der hier festgehaltenen lokalen und regionalen Fakten aus einem an Böhmen nicht nur angrenzenden, sondern für diese Zeit im besonderen mit Böhmen verbundenen Gebiet vor allem auch in ihrem Aussagewert für die gleichermaßen bayerische wie böhmische Landesforschung. Eine intensive wirtschaftliche Förderung prägte trotz der kurzen Zeitspanne der Zugehörigkeit zur Krone (übrigens nicht zum Königreich) Böhmen die Struktur der Landschaft: für den hier von Amberg aus kürzlich intensivierten Eisenbergbau erhielt speziell Sulzbach grundlegende Privilegien verliehen, allenthalben wurden Märkte zu Städten erhoben und durch gezielte Privilegierung (z. B. mit dem Bannmeilenrecht) wirtschaftlich abgesichert, oder es verstärkte sich die Wirtschaftskraft im besonderen durch den Transithandel, wie sich dem Salbuch bei Festlegung der Geleitstationen sowie der Tarifsätze für Zoll und Geleit entnehmen läßt, wobei Anhaltspunkte sich dafür ergeben, daß in Richtung Böhmen vor allem flandrisches Tuch oder Wein oder Wolle und aus Böhmen Häute, Wachs, Kupfer oder Zinn verfrachtet und Ochsen und anderes Vieh hindurchgetrieben wurden. Es entstanden innerhalb des Gebietes mehrere Pflegamtssitze als regionale Verwaltungsstützpunkte, die ihrerseits beispielsweise für die Siedlungsentwicklung konkrete Voraussetzungen boten. Dann sind in dem Salbuch für die Burgen deren zum Wachdienst oder auch zur Sicherung des Straßenverkehrs und für das Geleit erforderliche Besatzungen mit ihrer Ausrüstung festgelegt und zahlenmäßig ausgewiesen; es vermitteln die Waldrechtsaufzeichnungen für den Bestand und die Nutzung der ausgedehnten Forsten ebenso instruktive Einblicke wie die An-

gaben über Dienstleistungen und Scharwerken und über Natural- und Geldabgaben: insgesamt also eine Fülle von vielseitigen Einzelheiten aus der Mitte des 14. Jahrhunderts, die für weiterführende Forschungen authentischen Quellenwert besitzen.

Darauf ist in Anlage und Bearbeitung der Edition Bedacht genommen. In der Einführung werden der Zweck und die Bedeutung des Salbüchleins klargestellt, es wird die Handschrift beschrieben und auf ihre paläographischen Eigentümlichkeiten untersucht, die Abfassungszeit mit der Spanne von 1366 bis 1368 ermittelt und Entstehung und inhaltlicher Aufbau des Archivales sowie dessen Schicksal behandelt. Dann werden geschichtliche Erläuterungen gegeben über die luxemburgischen Erwerbungen westlich des Böhmerwaldes, über die Verwaltung des so zustande gekommenen Teilterritoriums, über die Abtrennung des südlichen Teiles davon im Jahre 1373 und schließlich werden die wirtschaftlichen und kulturellen Ergebnisse zusammengefaßt, wobei auch auf das Spezifikum eingegangen ist, daß einige Städte zu dieser Zeit ihr Siegel mit dem heraldischen und verbalen Bezug auf Böhmen änderten. Auf den Inhalt des Salbüchleins eingehend sind erläuternde Bemerkungen zu den Natural- und Geldabgaben, zum Münzwesen sowie über die Verwendung gängiger Maße, Gewichte und Währungen noch dem Text vorangestellt. Der Wortlaut des Salbüchleins ist nach der in ihrem inhaltlichen Zusammenhang bereinigten Vorlage wiedergegeben und durch genaue Angabe des jeweiligen Schriftbefundes — vor allem zur Kennzeichnung der späteren Nachträge — sowie zur Identifizierung der Orte, Fluren und Personen kommentiert. Ein Register der Eigennamen und ein Sachregister mit Worterklärungen schlüsseln den Inhalt des Salbuches auf und beschließen die Edition einer vorrangig für die Oberpfalz, doch im besonderen auch für Böhmen und die Beziehungen von Bayern zum östlichen Nachbarland während eines historisch bedeutsamen Zeitabschnittes aufschlußreichen archivalischen Quelle.

Band 28:

Monika Glettler: Die Wiener Tschechen um 1900. Strukturanalyse einer nationalen Minderheit in der Großstadt. München-Wien 1972, 628 S.

Im Rahmen der Nationalismusforschung wird hier das bisher noch kaum untersuchte Problem einer nationalen Minderheit in der Großstadt behandelt. Die Arbeit umfaßt den Zeitraum vom Anfang der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts bis zum Jahre 1914, also die Hauptphase der tschechischen Zuwanderung aus Böhmen, Mähren, Schlesien in die lohnintensiven Industrieregionen Wiens und seiner Umgebung. Sozialstruktur und Nationalpolitik der Wiener Tschechen werden von drei Perspektiven her beleuchtet: der Wiener Gesamtgesellschaft, der Wiener tschechischen Organisationen und des einzelnen Angehörigen der nationalen Minderheit.

Das 1. Kapitel analysiert zunächst die soziale Grundgliederung der Wiener Tschechen und zwar unter den Aspekten der zahlenmäßigen Stärke, der geographischen Herkunft, des Aufbaus nach Alter und Geschlecht, der Siedlungsweise und der Erwerbstätigkeit in den jeweiligen Berufs- oder Wirtschaftszwei-

gen. Ein zweiter Untersuchungsgang befaßt sich mit der Aufteilung in verschiedene Verhaltensfelder, an denen der einzelne mit unterschiedlicher Intensität teilhatte: Gemeint sind hiermit z. B. politische Parteien, Vereine, Wirtschaftsverbände, kirchliche Organisationen, Schulen. Im Vordergrund der Überlegung stand, daß diese Selbstverwaltungskörper an ihre Mitglieder bestimmte Anforderungen richteten. Diesen Erwartungen und Ansprüchen werden tatsächliches Verhalten und Einstellungsweisen sowohl der Mitglieder als auch der Gesamtbevölkerung gegenübergehalten.

Weitere Abschnitte befassen sich mit der indifferenten Haltung der tschechischen Abgeordneten im Wiener Reichsrat sowie mit den Wiener tschechischen Problemen gegenüber politisch führenden Persönlichkeiten aus dem Wiener Tschechentum selbst, die im Kreise ihrer Landsleute Einfluß besaßen.

Das 2. Kapitel erhebt Konzeption und Hemmnisse der Nationalpolitik der Wiener Tschechen. Hier wird zuerst auf Entstehung und Bedeutung der tschechischen Beschwerdeschriften gegen das Ministerium für Kultus und Unterricht eingegangen, da diese das nationalpolitische Gesamtprogramm des Wiener Tschechentums und seine Argumentationen in der geschlossensten Form widerspiegeln. Die Entwicklung der tschechischen Frage im Wiener Gemeinderat bis 1897 verdeutlicht, daß erst in der darauffolgenden Ära des populären Bürgermeisters Karl Lueger mit antitschechischen Verordnungen und Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des „deutschen Charakters“ der Stadt Wien von einer Zuspitzung der nationalen Frage gesprochen werden kann. Auch wenn es als „Verdienst“ Luegers anzuerkennen ist, daß der Wiener Bürgermeister durch seine erfolgreichen Sozialleistungen wesentlich dazu beigetragen hat, das Tschechenproblem — durch erhöhte Assimilation infolge wirtschaftlicher Prosperität — quantitativ und damit letztlich de facto zu reduzieren, so muß dabei ebenso klar hervorgehoben werden, daß Luegers tatsächliche politische Wirkung auf die Massen streng von seiner eigenen ideologischen Intention zu trennen ist. Die Nachfolger Luegers verschlimmerten die Lage nur noch, wie es am Beispiel der Affäre um die tschechische Privatschule im III. Wiener Stadtbezirk und auch auf den übrigen Gebieten des öffentlichen Lebens nachzuweisen ist.

Wenn es am Beispiel der Wiener Tschechen immer wieder klar wird, daß Erfolg oder Mißerfolg einer nationalen Ideologie aufs engste mit den sozialstrukturellen Bedingungen verknüpft sind, unter denen diejenigen zu leben haben, für die eine solche Ideologie bestimmt ist, so gilt dies auch für den tschechischen Teil der niederösterreichischen Sozialdemokraten. Sie standen wesentlich loyaler und konsequenter hinter Victor Adler, als dies in der bisherigen Literatur zur Kenntnis genommen wurde. Ihr Beitrag zum sozialistischen Internationalismus in der Periode des Kampfes um das allgemeine Wahlrecht von 1907 war kein ideologisches Aushängeschild, sondern politische Praxis.

Ein reichhaltiger Anhang an Materialien (z. B. Wiener tschechisches Pressewesen von 1848 bis 1914, Vereine, Genossenschaften, Banken, Geschäfte, Übersichten von Interpellationen in Reichs- und Gemeinderat) sowie Dokumente und ausführliche Register sollen vieles ergänzen, was im Haupttext nicht näher ausgeführt wurde.

Band 1:

Ernst Schwarz: Die Ortsnamen der Sudetenländer als Geschichtsquelle. 2. durchgesehene, teilweise umgearbeitete und erweiterte Auflage. München 1961, 405 S., 12 Abb. im Text, eine Grundkarte und 13 z. T. mehrfarbige Deckblätter.

Die erste Auflage des Buches ist 1931 erschienen und war 1936 vergriffen. Die 2. Auflage dehnt die Heranziehung der Ortsnamen für die Feststellung der alten Siedelverhältnisse über 1300 bis zu den Hussitenkriegen (1420) aus. Es handelt sich darum, die Ortsnamen als Geschichtsquelle zu benützen, als Zeugen tschechischer und deutscher Siedlungstätigkeit, der Berührungen der im Lande wohnenden Völker, der deutschen Ostbewegung darzustellen und die allmähliche Herausbildung der Sprachgrenze in ihren spätmittelalterlichen Grundlagen anzudeuten. Die bisherigen Versuche beschränkten sich darauf, die Ortsnamen kleiner Gegenden zu deuten. Die vier Bände von A. Profous: *Místní jména v Čechách* [Die Ortsnamen in Böhmen], Prag 1947—1957, boten viele Belege aus neuerer Zeit.

Der 1. Teil, Bildung und Veränderung der Ortsnamen, beschäftigt sich zunächst mit den vortslawischen Namen, den vorkeltischen, keltischen und germanischen Namen, wobei eine Zusammenfassung des bisher bekannten Stoffes geboten wird. Die meisten gehören der ältesten Schicht der vorkeltischen indogermanischen Namen an, die — soweit es sich um Fluß- und Bergnamen handelt — von Volk zu Volk übernommen werden, wobei jedes Volk die Möglichkeit hat, gelegentlich eigene Benennungen durchzusetzen. Das älteste Siedlungsgebiet liegt in Nordböhmen und reicht etwa von Karlsbad bis Königgrätz und Prag, in Mähren von Littau über Brünn bis Znaim und Göding. Jedes Volk zieht diese fruchtbaren Gebiete vor. Bei den tschechischen Ortsnamen wird eine Übersicht über die slawischen Völkernamen gegeben, auf die Siedlerbezeichnungen, die Berufs- und Spottnamen, die Namen für menschliche Tätigkeit, die Kultur-, Berg- und Gewässernamen wird eingegangen, um eine Übersicht über die verwendeten Namen zu gewinnen. Bei den deutschen Ortsnamen werden Siedlernamen, Bezeichnungen für die Wohnstätte, gewerbliche, kirchliche und Verkehrsamen, der deutsche Bergbau in der Ortsnamengebung, Natur-, Berg- und Gewässernamen unterschieden. Es werden Anlässe der Namengebung, die Wahl des Personennamens, geographische Einflüsse bei der Namengebung, Verkleinerungsbildungen, Unterscheidung gleicher Ortsnamen und Namensänderungen besprochen. Bei der Veränderung der Ortsnamen kommen in Betracht die mundartliche Entwicklung, die Betonung, Analogie (Einfluß der Nachbarschaft), mundartliche Aussprache und Schriftform, Volks- und Schreiberumdeutung, Änderung von Silbengrenze und Wortlaut. Bei den Namenberührungen von Deutschen und Tschechen dreht es sich um wörtliche Übernahme, den gegenseitigen Ersatz von Suffix, Endung oder Grundwort, sowie Mischnamen, Übersetzungen oder verschiedene Namen beider Völker für denselben Ort, um mehrfache Entlehnung. Einige Bemerkungen über die moderne tschechische Namengebung werden hinzugefügt.

In der Hauptsache neu war zur Zeit des Erscheinens der 1. Auflage die Verwendung der Ortsnamen als Geschichtsquelle. Die Namen können für die Laut- und Wortlehre, die Mundartgeographie, die Volkskunde und Kulturgeschichte verwendet werden. Es wird der Versuch unternommen, slawische Sprach- und Stammesgrenzen nach den Ortsnamen zu unterscheiden. Die Altlandschaft, der zunächst von den Slawen besiedelte Raum, kann nicht nur nach den Grabfunden festgestellt werden, sondern auch nach den bis 1230 belegten Ortsnamen, wobei die große Menge der Belege Vergleiche mit der Urlandschaft zur Zeit der vorslawischen Völker und den ältesten slawischen Funden ermöglicht, die zeigen, daß besonders seit dem 11. Jahrhundert ein tschechischer Landesausbau eingesetzt hat, der vom Innern der Länder in die weniger fruchtbaren Landschaften fortschreitet. Die Frage der Schichtung der tschechischen Ortsnamen und ihrer wirtschaftsgeschichtlichen Bedeutung wird untersucht. Um den Niederschlag der deutschen Zuwanderung in der Ortsnamengebung aufzuzeigen, werden zuerst die deutschen Ortsnamen bis 1300 gesammelt, die in der Hauptsache in den Waldgebieten an den Rändern der Länder auftreten und verraten, daß sich dem tschechischen Landesausbau im Innern ein deutscher an den Rändern zugesellt, der bis ins 20. Jahrhundert in der Gestalt nachgewirkt hat, daß das Deutschtum an den Rändern geschlossene Siedlungsgebiete ausgebildet hat. Um den Fortgang der deutschen Besiedlung bis 1300 und ihr Übergreifen in älter tschechisch besiedelte Landschaft zu fassen, werden von Lessiak in den Alpenländern ausgebildete Lautersatzregeln verwendet, nur daß sie der anderen Lage und den anderen Völkern angepaßt werden. Es handelt sich nicht um bairisch-slowenische Beziehungen, sondern um bairische-ostfränkische-ostmitteldeutsche zu den Tschechen. Wichtig ist zunächst der Wandel des alttschechischen *g* zu *h*, der sich um 1180 vollzieht. Ältere Namen mit *g* im Deutschen zeigen die frühesten Berührungen der beiden Völker, etwa Formen wie Prag: *Praha*, Münchengrätz: *Mnichovo Hradiště*, Göding: *Hodonín*. Wichtig sind die Ersatzverhältnisse der *s*- und *sch*-Laute, weil sich um 1300 die deutsche Aussprache des *s* in der Richtung auf die neuhochdeutschen Verhältnisse ändert. Wo z. B. für deutsches *s* ein tschechisches *ž* auftritt, etwa Sandau: *Žandov*, oder umgekehrt für tschech. *ž* deutsches *s* erscheint, z. B. *Žatec*: Saaz, haben Namenberührungen vor etwa 1300 stattgefunden. Da sich das tschechische palatale *ř* seit der Mitte des 13. Jahrhunderts zu *ř* wandelt, sind deutsche Formen mit *r* vorher übernommen worden, etwa *Třešť*: Triesch. Es folgt daraus, daß sich die Deutschen nicht auf die Rodung der Wälder beschränkt, sondern sich auch in tschechischen Orten niedergelassen haben, wodurch sich die gegenseitigen Beziehungen verdichteten. Eine Fülle von deutsch-tschechischen sprachlichen Berührungen läßt sich feststellen, die auf Karten gebracht zusammenhängende Gebiete ergeben. Weitere Beobachtungen, die auf das 14. Jahrhundert ausgedehnt werden, z. B. wo tschechisches *a* wie deutsches *a* zu *o* verdumpft worden ist, z. B. *Vranov*: Frohnau, oder wo deutsche Schreibungen tschechischer Ortsnamen begegnen, ergeben bis zu den Hussitenkriegen eine Sprachgrenze, die sich von der neuzeitlichen unterscheidet, z. T. noch zurückgeblieben ist, z. T. aber vorgerückt war und deutsche Sprachinseln im Landesinnern anzeigt.

Da die namenkundlichen Beziehungen zögernd im 12. Jahrhundert einsetzen und ihren Höhepunkt im 13. erreichen, vom 7.—10. Jahrhundert aber fehlen, kann die von Bretholz aufgeworfene Frage, ob das Sudetendeutschtum auf die Germanen der Völkerwanderungszeit zurückgehen könne, als erledigt betrachtet werden. Die Sudetendeutschen verdanken ihr Erscheinen im Lande denselben Bewegungen, die von der Ostsee bis zum Südsüdabhang der Alpen das Deutschum nach Osten ausgedehnt haben, ihrem Einsatz beim Landesausbau, der Gründung und Weiterbildung von Städten, der Anlage von Dörfern auf grünem Boden und der Beteiligung an älteren tschechisch benannten Orten. Die Sudetendeutschen sind deshalb ein Teil der Ostdeutschen. Da die deutschen Ortsnamen in ihrer Bildungsweise in der Hauptsache die Namen der Nachbarländer, Nieder- und Oberösterreichs, Bayerns, Sachsens, und Schlesiens fortsetzen, die vielen Namen auf -grün z. B. denen der nördlichen Oberpfalz und des Vogtlandes entsprechen, während die Ortsnamen auf -walde und -hain im Norden Böhmens und Mährens in den Zug dieser Namen in der Mitte Deutschlands von Westen nach Osten gehören, werden Hinweise auf die Herkunft der deutschen Siedler geboten.

Die Aussagen der Namenforschung gewähren einen Einblick in die meist friedlichen, nur gelegentlich gestörten Beziehungen zweier Völker.

Band 2:

Ernst Schwarz: Sudetendeutsche Sprachräume. 2. durchgesehene und teilweise erweiterte Auflage. München 1962, 386 S., 59 Abb. im Text.

Die im Jahre 1935 erschienene 1. Auflage war 1938 vergriffen. Durch die Austreibung des Sudetendeutschums nach 1945 ist den sudetendeutschen Mundarten, die von den relativ wenigen Zurückgebliebenen noch gesprochen werden, die Verwurzelung im Heimatboden entzogen worden. Die Darstellung nach dem Stande der Zeit vor 1945 soll die Erinnerung an Mundarten bewahren, die auf sieben Jahrhunderte zurückblicken konnten, an Sprachlandschaften, die eine Forschung des Bairischen, Ostfränkischen, Obersächsischen und Thüringischen sowie des Schlesischen bildeten, an alte Sprachinseln in Böhmen, Mähren und der Slowakei, deren Beobachtung und Kenntnis der Sprachwissenschaft und der Geschichte Aufklärung über das Wesen und Werden von Kolonialmundarten bietet. Für die Nachbarlandschaften stellen die sudetendeutschen Mundarten ein abgeschlagenes Stück ihrer Sprache und Geschichte dar. Die Menschen haben in der Zeit der deutschen Ostbewegung im 13. Jahrhundert ihre Sprache mitgenommen. Diese Grundlagen, aber auch die in der neuen Heimat eingetretenen Veränderungen zu studieren, bedeutet, die Frage nach der Herkunft dieser Mundarten und ihrer Träger aufzuwerfen. Gegenüber der 1. Auflage sind in einem gewissen Maße auch die Aussagen der Wortgeographie einbezogen worden.

Das Material besteht aus den 40 Wenkersätzen, die 1926 abgefragt worden sind. Mit ihrer Hilfe sind in Prag verschiedene Karten gezeichnet worden, deren Zahl durch Pausen aus dem ober- und mitteldeutschen Reichsgebiet in

Marburg ergänzt worden ist. Vom Deutschen Sprachatlas liegen inzwischen viele Karten vor, die eine Übersicht über die engere und weitere Nachbarschaft gewähren. Da auch phonetisch genaue Aufnahmen unerlässlich sind, wurde die erschienene wissenschaftliche Mundartliteratur verwertet, so daß eine dauernde Kontrolle der Laienantworten möglich ist. Von den für das 1930 begründete Sudetendeutsche Mundartwörterbuch gezeichneten Karten sind zwar die meisten in Prag zurückgeblieben, aber über 100 Karten, meist wortgeographische, sind wieder zusammengebracht und in den drei Bänden des Sudetendeutschen Wortatlasses 1954—1958 veröffentlicht worden. Hier bietet der Deutsche Wortatlas eine weitere Ergänzung. Außerdem liegen mehrere Dissertationen vor, die eine auf persönlicher Abfragung beruhende Darlegung einzelner Sprachlandschaften bieten.

Zur Zeit der Veröffentlichung der ersten Auflage lag noch keine Zusammenfassung über die sudetendeutschen Mundarten vor. Ihre Notwendigkeit hat sich durch die Gründung der Ersten Tschechoslowakischen Republik ergeben, und den Wunsch, die bei der sudetendeutschen Bevölkerung gesprochenen Mundarten mit der Geschichte des Landes und der deutschen Ostbewegung in Zusammenhang zu bringen.

Da bei der Verpflanzung der Mundarten durch die Siedlung im Osten mehr oder minder Mischungen der Siedler und damit der Mundarten entstanden sind, erhebt sich sofort die Frage, ob es möglich ist, durch die Mischung und den erfolgten Ausgleich die Grundlagen der mitgebrachten Mundarten zu erkennen. Bei jungen Kolonialmundarten ist das sehr schwierig, weil sich eine koloniale Umgangssprache entwickelt und zugleich die neuhochdeutsche Schriftsprache eingewirkt hat. Die sudetendeutschen Mundarten sind aber älter, bereits im hohen Mittelalter entstanden, also vor der Entstehung der neuhochdeutschen Schriftsprache. Die Erweiterung des deutschen Sprachgebietes in Böhmen im 16. und 17. Jahrhundert ist von den älteren deutsch besiedelten Gebieten durchgeführt worden, wodurch die Sprachgrenze vorgeschoben worden ist. Hinzu kommt, daß die sudetendeutschen Mundarten Rand- und Insellandschaften des deutschen Sprachraumes waren. Das Ostmitteldeutsche war z. B. ein Reliktraum des Mitteldeutschen, das Schlesische ein Rückzugsgebiet des Ostmitteldeutschen, das Schönhengsterische des Ostfränkischen, das Zipserische samt dem Siebenbürgisch-Sächsischen des Mittelfränkischen. Dadurch wird ein Einblick in die Mundartgeschichte ermöglicht. Staffelungen der Sprachlandschaft müssen als Ergebnis des Ausgleiches begriffen werden. Der Überblick über einen großen Raum wird dadurch gestützt, daß die Arbeiten der Historiker benutzt werden. Man muß wissen, wie alt das Deutschtum in den einzelnen Landschaften ist. Die vor der Ausweisung gesprochenen Mundarten, deren Untergang nicht aufzuhalten sein wird, müssen als Endpunkte einer langen Entwicklung aufgefaßt werden.

Die Mundarten der Deutschen in den Sudetenländern zerfallen, vom Standpunkt der Zeit vor 1945 gesehen, in oberdeutsche, hauptsächlich mittel- und nordbairische, im südlichen und ostmitteldeutsche im nördlichen Teil. Auf das Nordbairische folgt zunächst in einem schmalen Gebiet das Nordwestböhmi-

sche zwischen Duppau und Brüx, eine eigentlich ostfränkische Sprachlandschaft, hereingetragen längs der Eger und noch mehr über das Erzgebirge, beeinflusst durch Züge des inzwischen nördlich des Gebirges entstandenen Obersächsischen. Östlich Brüx folgen lausitzisch-schlesische und schlesische Mundarten, z. T. mit den jenseits der Landesgrenze gesprochenen deutschen Mundarten zusammenhängend, aber auch Unterschiede aufweisend, die auf direkte Ansiedlung aus dem Altlande weisen. Die im 13. Jahrhundert entstandenen Sprachinseln bieten besondere Probleme. Die Brüanner und Wischauer Sprachinsel waren Reliktgebiete des mittelbairischen Sprachraumes mit besonders altertümlichen Zügen, die an südbairische Sprachinseln erinnerten. Die Iglauer Sprachinsel war in der Hauptsache oberpfälzischer Herkunft, aber mit ostmitteldeutschen Merkmalen ausgestattet, die auf Bergleute zurückgehen. Die Mundarten des Schönhengster Landes, in großer Vielfalt gesprochen, sind in der Hauptsache ostfränkisch und weisen auf direkte Besiedlung aus dem kolonialostfränkischen Raume an der oberen Saale hin. Das Schlesische hat im Landskroner Gebiet, das Bairische in der gesamten Insel Einfluß ausgeübt. Da auch tschechische Laute in Ortsnamen die deutsche mundartliche Entwicklung mitgemacht haben, sind offenbar aus der Heimat die Ansätze mitgebracht worden, so daß der Gleichklang der Mundarten im Osten und Westen sekundär zustande gekommen ist, letzten Endes aber doch die Heimat erschließen läßt. Wie zäh sich diese Mundarten gehalten haben, wird ersichtlich aus der im 16. Jahrhundert durch Zuwanderung aus dem Nordschönhengst und dem benachbarten Nordmähren entstandenen Wachtler-Deutsch Brodeker Sprachinsel, in der sich die verschiedene Herkunft in Wachtl bzw. den übrigen Orten behauptet hatte. Durch die Feststellung der Lage älterer Züge kann eine zeitliche Ordnung der Sprachgeschichte angestrebt werden. In Schlesien werden zur Feststellung älterer Sprachzustände die alten schlesischen Sprachinseln Kostenthal, Schönowald bei Gleiwitz und die Bielitzer Sprachinsel mit Wilmesau herangezogen. In der Slowakei, wo viel städtisches und dörfliches Deutschtum verschwunden ist, stellen die zurückgebliebenen Sprachinseln Relikte dar. Die Kremnitzer und Deutsch-Probener Sprachinsel bieten alte schlesische und bairische Sprachelemente, getragen von Bergleuten, Bauern und Bürgern. Die Oberzips verriet durch mittelfränkische Besonderheiten Zusammenhänge mit dem Siebenbürgisch-sächsischen, die Zipser Gründe zeigten Züge einer zipserisch-bairischen Bergmannssprache. Es wird möglich, den Sprach- und Siedlerzug in die Sudetenländer im hohen Mittelalter in den Hauptsachen zu rekonstruieren. Ausblicke auf die jungen deutschen Sprachinseln in der Slowakei und der Karpatenukraine schließen die Darstellung, die durch zahlreiche Karten den schwierigen Stoff erläutert.

Band 3:

Ernst Schwarz: Volkstumsgeschichte der Sudetenländer. 1. Teil: Böhmen. München 1965, 455 S., 81 Abb.

Band 4:

2. Teil: Mähren-Schlesien. München 1966, 534 S., 56 Abb.

Während des Zweiten Weltkrieges war der Verf. mit einem umfänglichen Buch: „Die volkstumsgeschichtlichen Grundlagen des Sudetendeutschums vor den Hussitenkriegen“ beschäftigt, das bei Kriegsende gesetzt war, aber nicht mehr erscheinen konnte. 17 Jahre später ist das Buch neu geschrieben worden. Manche Quellen waren nicht mehr zugänglich, dafür wurde die Darstellung auf das 15.—18. Jahrhundert ausgedehnt.

Vorarbeiten zum Plan waren seit langem entstanden. Die Ortsnamen der deutschen Bezirke mußten untersucht und auf ihre siedlungsgeschichtliche Bedeutung geprüft werden. Eine Zusammenfassung wurde durch das Buch: „Die Ortsnamen der Sudetenländer als Geschichtsquelle“ versucht. Das nach dem Zweiten Weltkrieg erschienene Buch von A. Profous: *Místní jména v Čechách* [Die Ortsnamen in Böhmen] bot weiteres Material. Mundartuntersuchungen von Dissertationen, dazu das Buch des Verf.: „Sudetendeutsche Sprachräume“ gewährten Einblicke in die Sprachgeschichte. 1929 wurde durch die Flurnamenstelle der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Prag mit der Flurnamensammlung begonnen. Das wichtigste Merkmal eines Volkes ist seine Sprache. Es galt, sie als geschichtliche Entwicklung zu verstehen, als Äußerung des Volkslebens, die Entwicklung der Sprachgrenze zu studieren. Natürlich gibt es auch andere Berührungspunkte, so in der Volkskunde, in Volkslied und Tracht, im Recht. Aber hier sind die Voraussetzungen für eine Betrachtung im Raume noch nicht geschaffen.

Eine Sprachgrenzgeschichte war noch nicht vorhanden und schien vielen Forschern unmöglich, weil dazu die geschichtlichen Quellen nicht ausreichen. Wenn es aber gelang, die sprachlichen dafür auszuwerten, mußten Fortschritte möglich sein. Da Mundart und Namen an jedem Orte haften, konnte auf diese Weise ein Belegnetz über das ganze sudetendeutsche Sprachgebiet gespannt werden. Darum mußten außer den geschichtlichen Nachrichten die Orts-, Flur- und Personennamen gesammelt und herangezogen werden. Dazu waren die umfangreichen und zeitraubenden Vorarbeiten notwendig, die zusammengefaßt werden mußten.

Eine Sprachgrenze entsteht nicht sofort, wenn sich zwei Völker treffen. Sie ist das Ergebnis einer langen Entwicklung und eines Ausgleiches. Die Volkstumsauseinandersetzung verläuft in Böhmen und Mähren ohne Gewalt, die Hussitenkriege ausgenommen, die aber nur einen vorläufigen Abbruch und Stillstand bedeuten. Das tschechische Volk hat sich anders als die slawischen Stämme in Norddeutschland behauptet. Die Deutschen haben eine Rolle im Landesausbau gespielt, hereingeholt vom Staat und den Grundbesitzern. Die bewohnbare Fläche ist dadurch erweitert worden, aber auch im Gebiete der tschechischen Orte ist es zu Berührungen der beiden Völker durch Zusammenwohnen gekommen. Tschechen sind im Laufe der Zeit zu Deutschen und Deutsche zu Tschechen geworden. Die Sprache war das unterscheidende Merkmal, nicht das Nationalgefühl, das sich erst allmählich ausgebildet hat. Es han-

delt sich nicht um eine Siedlungsgeschichte, sondern um die Frage, wie Deutsche und Tschechen miteinander ausgekommen sind, wie sich das Zusammentreffen der beiden Völker ausgewirkt hat, wie sich in Stadt und Land sprachliche Unterschiede bemerkbar machen. Diese Probleme sind wohl erkannt und oft behandelt worden, aber ein zusammenfassendes Bild ist nicht zustande gekommen, weil das Belegnetz nicht dicht genug war. Die Urkunden müssen herangezogen werden, aber sie genügen nicht, ein deutliches Bild abzugeben. Sie beurkunden Rechtsgeschäfte, aber nicht den Gebrauch einer Sprache, oder geben nur indirekte Hinweise, die vereinzelt bleiben.

Historiker stehen der Benutzung der Sprachgeschichte für Zwecke der Volkstumsentwicklung z. T. mit Mißtrauen gegenüber, weil es bekannt ist, daß in der Gegenwart und früher Tschechen deutsche Namen tragen können und umgekehrt, Namen und Volkstum also nicht übereinstimmen müssen. Aber das war nicht immer so, auch hier liegt eine Entwicklung vor, die herausgearbeitet werden muß. Es gibt Möglichkeiten, auf die Sprache einer Gemeinschaft zu schließen, die Namengebung der Orte, Fluren und Personen, kombiniert mit Angaben der Urkunden, die bisweilen mit *vulgo* „im Volke“ auf den Sprachgebrauch hinweisen. Tschechische Namen sind von den Deutschen übernommen worden, diese Tatsache muß beachtet und ausgewertet werden. Es muß untersucht werden, wann fremde Namen in die andere Sprache gedrungen sind, wann und wo sich die Voraussetzungen dafür ändern. Die Beobachtungen müssen nicht nur über einen großen Raum, sondern auch auf lange Zeiten ausgedehnt werden. Die Sprache der Ratsmitglieder ist wichtig, die Namen sind z. T. noch im 14. Jahrhundert eindeutig, auch wenn es viele unbestimmbare Namen gibt. Heiligennamen wie *Nikolaus*, *Johannes* können nicht national eingeordnet werden, wenn es keine weiteren Hinweise gibt. Aber Bürgernamen außerhalb des Rates müssen einbezogen werden, wenn das Material vorhanden ist. Vergleiche stärken die Zuversicht. Die Namengebung ist z. B. in Strakonitz anders als in Kuttenberg, obwohl beide Städte in der Neuzeit tschechisch sind. Im hohen Mittelalter war es so schon in Strakonitz in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts, als die Deutschen nur eine Minderheit bildeten, Kuttenberg war zu $\frac{9}{10}$ deutsch. Orts-, Flur- und Personennamen müssen zunächst getrennt untersucht und erst dann kombiniert werden. Die bei günstiger Quellenlage erarbeiteten Ergebnisse können dort verwendet werden, wo die Quellenlage weniger günstig ist. Da die Entwicklung der Sprachgrenze allmählich verlaufen ist, hat es vorher z. T. Mischzonen gegeben. Es können in später deutschen Orten tschechische Minderheiten bestanden haben und umgekehrt, darauf wird zu achten sein. Es kann nicht genügen, eine einzelne Stadt herauszugreifen, etwa die Landeshauptstadt, oder eine einzelne Landschaft, die Voraussetzungen waren nicht gleich. Es muß das ganze Land, jede Stadt, jeder Bezirk untersucht werden. Um die Übersicht nicht zu verlieren, müssen den einzelnen Städten und Landschaften Karten beigegeben werden, die die einzelnen Forschungsquellen veranschaulichen, und schließlich soll eine Kombinierung versucht werden.

Es bestehen weiterhin verschiedene Möglichkeiten, genaueren Einblick in die

Sprachverhältnisse eines Ortes zu erlangen. In den Städten kann dort, wo es die Quellen gestatten, nicht nur der Rat und die Bürgerschaft nach ihren Namen untersucht werden, es kann diese Forschung auf die Zünfte, bei Stadtbüchern auf Bürger und benachbarte Dörfer ausgedehnt werden, auf Zu- und Abwanderer. Die Herkunft dieser Leute ist dann nach ihren Namen zu unterscheiden. Auf dem Lande können Urbare verwendet werden. Es ergeben sich dadurch wichtige Einblicke, besonders in die soziale Struktur von Städten. Die Deutschen Prags z. B. lebten vom Handel und Gewerbe, in den kleineren Städten hat es auch arme Deutsche gegeben. Man kann nicht nur von wohlhabenden Deutschen und armen Tschechen sprechen. Die Verhältnisse lagen komplizierter. Der Umkreis der Zuwanderung kann Aussagen über die Bedeutung einer Stadt machen. Auch nahe gelegene Orte zeigen ein unterschiedliches Bild. In der Prager Altstadt beginnt sich das nationale Namenverhältnis entscheidend erst seit etwa 1400 zu verändern, auf der Prager Kleinseite überwiegen die tschechischen Namen im Rat schon seit der Mitte des 14. Jahrhunderts, in der Prager Neustadt sind sie gleich nach der Gründung in Führung. Es ist wichtig zu fragen, ob Städte von deutschen Dörfern umgeben waren, von denen deutscher Zuzug erfolgen konnte. Haben in Dörfern tschechische Bauern gelebt, zu denen deutsche stießen, die die Mehrheit erlangten, so wird es tschechische Flurnamen gegeben haben, die die Deutschen übernehmen konnten. Die Zeit dieser sprachlichen Berührungen zu bestimmen ist aufschlußreich, besonders wenn die Untersuchungen auf die weitere Nachbarschaft ausgedehnt und Unterschiede beobachtet werden können. Bei den Personennamen deuten Mischformen wie *Hanslik* für *Hensel* und *Peschel* für *Pešek* auf Doppelsprachigkeit, was für die Volkstumsauseinandersetzung von Belang ist. Es muß beachtet werden, ob in der Hussitenzeit die deutsche Bevölkerung einer Stadt vernichtet, wie es in Jaroměř der Fall war, oder zur Auswanderung genötigt wird, wie es in Prag geschehen ist, oder ob sie zurückkehrt, wofür Kuttenberg einen freilich vereinzelt bleibenden Fall darstellt. Komotau wurde zerstört, die deutsche Stadt entsteht von neuem. Auch das niedergebrannte Deutsch Brod ist zunächst wieder deutsch und wird erst allmählich tschechisch. Manche Städte ändern ihre nationalen Verhältnisse. Während Städte wie Kaaden und Brüx über die Hussitenzeit deutsch bleiben, werden andere Städte wie Saaz oder Leitmeritz tschechisch, wobei unbedeutende deutsche Minderheiten bleiben. Diese Städte sind durch deutsche Zuwanderung seit dem Ende des 16. Jahrhunderts und besonders im 17. wieder deutsch geworden. Auch in andere Städte sind wieder Deutsche gekommen, ebenso im Innern des Landes, so nach Kolin oder Rakonitz, ohne sich aber durchsetzen zu können. In Prag ist seit dem 16. Jahrhundert durch Zuwanderung eine neue deutsche Bevölkerung entstanden, wobei besonders in der Altstadt und auf der Kleinseite das deutsche Element sehr gestärkt wurde.

Eine Probe, ob die angewandte Methode zuverlässig ist, kann in Beraun durchgeführt werden. In der Mitte des 14. Jahrhunderts ordnet der König an, daß die Hälfte der Schöffen aus Tschechen bestehen solle. So wurde es wirklich gehalten, wie eine Untersuchung der Namen der Ratsmitglieder erweist.

Es beginnt sich ein Sprachenrecht auszubilden. 1421 wurde die Stadt niedergebrannt, Deutsche lassen sich wohl im 16. Jahrhundert wieder nieder, können sich aber nicht durchsetzen. In Kolin zeigen sich vor den Hussitenkriegen Unterschiede bei den Zünften, indem z. B. bei den Gärtnern, Lederern, Fischern und Bräuern die tschechischen Namen überwiegen. Im Rate von Kuttenberg, einer wichtigen Bergstadt, die den Königen große Einnahmen lieferte, tauchen kaum tschechische Namen im Rat auf, sie fehlen auch fast in der Bürgerschaft und bei den Abwanderern stehen sich 66 Deutsche, 6 Tschechen und 10 Unbestimmbare gegenüber, wenn man nach Namen urteilen darf.

In Westböhmen reicht das deutsche Gebiet vor den Hussitenkriegen bis östlich Karlsbad, Tepl, östlich Tachau und Pfraumberg, umfaßt gegenüber der neuzeitlichen Sprachgrenze erst die westliche Hälfte. Die östliche ist erst in der Neuzeit deutsch geworden. Nach den Hussitenkriegen können Stadtbücher und andere Angaben zur Bestimmung des Sprachgebrauches herangezogen werden. Dabei muß zwischen verordnetem tschechischem Sprach- und Schreibgebrauch und der wirklich im Umgang und in den Familien geltenden Sprache unterschieden werden. Untersucht man das Verhältnis der Flurnamen deutschen bzw. tschechischen Ursprungs, so kommt man zum Ergebnis, daß dort, wo etwa 5—6 % tschechischen Ursprungs sind, während in der Nachbarschaft ein bedeutend größeres Verhältnis besteht, die alte Sprachgrenze verlaufen ist, wobei natürlich zu bedenken ist, daß im Laufe der Zeit durch Aussterben oder Übersetzung das Verhältnis geändert worden ist. Die Flurnamen sind für die einzelnen Orte wichtig, denn dem einen Ortsnamen stehen oft 30—60 Flurnamen zur Seite.

Die Umgebung einer Stadt, die Zuzug geliefert hat, ist für ihr Volkstumschicksal entscheidend geworden. Prag hatte keine deutschen Dörfer im Umkreis, die Tschechisierung war gründlich. Auch Saaz und Leitmeritz waren vorgeschobene deutsche Städte und sind tschechisiert worden, aber die deutsche Zuwanderung war reichlich, die Städte sind wieder deutsch geworden. In Leitomischl und Hohenmauth sind die Deutschen geblieben. Sie haben die Prager Artikel angenommen, in den Familien hat sich zunächst die deutsche Sprache gehalten. In Landskron geraten die Deutschen nach der Hussitenzeit in die Minderheit, werden dann wieder zur Mehrheit. Iglau behauptet sich als deutsche Stadt im Innern des Landes, weil es von deutschen Dörfern umgeben war. Da sich an den Rändern um 1400 ein deutsches Gebiet gebildet hatte, haben sich hier die Volkstumsverhältnisse auch nach der Hussitenzeit nur unwesentlich geändert. Auch die Städte sind hier in deutscher Umgebung deutsch geblieben, so Eger, Kaaden, Brüx, B. Leipa, Trautenau. In den Städten Innerböhmens hat neue deutsche Zuwanderung keine Eindeutschung erreichen können, sie bleibt in Städten wie Laun oder Rakonitz eine Episode. In Kuttenberg, wohin die deutschen Bergleute zurückkehren durften, weil man sie gebraucht hat, sind sie bald tschechisiert worden. Sonst aber beginnt im 16. Jahrhundert eine hauptsächlich von heimischen Deutschen genährte Ausbreitung, unterstützt vom Bergbau, der Glasindustrie. Im Erzgebirge entstehen seit dieser Zeit neue deutsche Bergstädte wie St. Joachimsthal, im Isergebirge siedeln sich

neben deutschen Bauern Glasarbeiter an, in Nordmähren werden viele Wüstungen wieder von Deutschen aufgebaut.

So bildet sich in manchen Teilen des Landes eine neue Sprachgrenze, besonders gegen das Landesinnere vorgeschoben in West- und Nordböhmen, während sie in Südböhmen mehr auf dem alten Standpunkte beharrt. Mähren, das eine ruhigere Volkstumsentwicklung mitmacht und von der Hussitenzeit weniger betroffen wird, zeigt ein Einschrumpfen der deutschen Bevölkerung besonders in Südmähren, wo die direkte Verbindung mit der Brünnener und Wischauer Sprachinsel abbröckelt. Eingeschrumpft ist auch die Iglauer Sprachinsel, während der Schönhengst Ausdehnung und Einschrumpfung zugleich aufweist. Eine Reihe von deutschen Sprachinseln ist verschwunden, so die große Insel, die sich von Kolin bis Kuttenberg hinzog, die Holitzer Insel, die Saarer Insel, viel Streudeutschtum im Innern des Landes und an der Sprachgrenze.

Ergänzungen liefert der Aufsatz: Beiträge zur Volkstumsgeschichte der Sudetenländer (BohJb 11 [1970] 34—150).

Band 5:

Franz J. Beranek: Atlas der sudetendeutschen Umgangssprache. Bd. 1. Marburg 1970, VII + 222 S., 100 Karten mit Text.

Die deutsche Umgangssprache war in den Sudetenländern nicht einheitlich. Beranek hat nach der Vertreibung 1946—1952 begonnen, in den Orten Hessens bei den Vertriebenen der Sudetenländer etwa 800 Begriffe abzufragen. 1957 war die Umgangssprache im wesentlichen bereits verklungen, früher als die Mundarten. Für den 1. Band ist das Flächensystem gewählt.

Aus der Spannung zwischen Mundart und Schriftsprache hat sich im 18. und besonders im 19. Jahrhundert die hochdeutsche Umgangssprache entwickelt. Ausgehend von der Stadt hat sie die Mundart immer weiter zurückgedrängt. In ihr vollzieht sich der Verkehr untereinander, z. T. auch schon auf dem flachen Land. Die Mundart hat sich im Munde der Gebildeten der Hochsprache angenähert, die auch im Schulunterricht, in Kirche und Ämtern gebraucht wird. Aber zur Einheitlichkeit ist sie noch nicht gediehen. Lautbildung, Tonfall und Sprachmelodie bleiben von der Entwicklung unberührt. In der Wortwahl zeigen sich in den Sudetenländern Unterschiede, letzten Endes auf die deutsche Siedlung des Hochmittelalters zurückgehend, da der Norden zum Ostmitteldeutschen, der Süden zum Bairischen gehört, wobei auch ostfränkische und obersächsische Einflüsse bemerkbar werden. Aber auch die Bildungsgeschichte der Nachbarländer hat sich niedergeschlagen. Der Anschluß Böhmens und Mährens an Österreich ist 1526 vollzogen worden, seitdem gewinnt, von Wien ausgehend, das Oberdeutsche in der Umgangssprache die Oberhand und rückt nordwärts vor, langsamer im Westen, schneller im Osten. Restformen und Mischgebiete bleiben als Zeugen des Vorrückens zurück. In Grenzstädten ist bisweilen noch das Restgut der Nachbarschaft bewahrt. Im Westen macht sich auch Münchener Einfluß bemerkbar. Aber Grundzug bleibt die ständige Verösterreichung der sudetendeutschen Volkssprache. 1918 hat infolge der politischen

Entwicklung der Wiener Einfluß geendet und die politische Grenze gegen Österreich wurde zu einer sprachlichen Grenzlinie. Die tschechische Nachbarschaft wirkt durch Lehnwörter und Lehnübersetzungen ein.

Die gebotenen Wortkarten sind meist Sachkarten, die die unterschiedlichen Bezeichnungen für eine Sache in der Umgangssprache der Sudetenländer und der Nachbarschaft darstellen. Sie bringen Antworten aus den Gebieten Natur und Landschaft, Haus und Hof, Feld und Garten, Küche und Keller, Mensch und Familie, Handel und Gewerbe, Kirche und öffentliches Leben, dies und das. Sie werden von einem kurzen aufklärenden Text mit Literaturhinweisen begleitet.

Band 6:

Ernst Schwarz: Sudetendeutsche Familiennamen des XV. und XVI. Jahrhunderts. München 1973, 356 S., 4 Abb. im Text.

Das 1957 erschienene Buch des Verfassers: „Sudetendeutsche Familiennamen aus vorhussitischer Zeit“ hat die deutschen Familiennamen Böhmens und Mähren-Schlesiens bis 1420 geboten. Nun folgt eine Fortsetzung bis 1560. Seit dieser Zeit wächst die deutsche Zuwanderung nach Prag, Brüx, Saaz und anderen Städten und bringt viele neue Namen mit. Als Quellen dienen gedruckte Schriften wie Stadtbücher, Urkundenbücher, Schöffensprüche von Iglau, Lösungsregister und Urbare, Bergbücher, Waisen- und Gerichtsbücher, Chroniken, Zunftordnungen, Neubürgerverzeichnisse, einzelne Stadtgeschichten, soweit mit genauer Wiedergabe der Schreibungen zu rechnen ist. Eine besonders wichtige Quelle sind die Grenzstreitsurkunden des 16. Jahrhunderts, die viele deutsche Bauernnamen in tschechischer Schreibung bieten. Ungedruckte Quellen standen nicht zur Verfügung, doch bieten zwei Dissertationen die Familiennamen des Braunauer Stadtbuches des 15. Jahrhunderts und des Iglauer Lösungsbuches von 1425. Auszüge aus dem Leitomischler und Hohenmauther Stadtbuch gewähren Einblicke in eine vergehende deutsche Familiennamegebung. Das Nebeneinanderleben von Deutschen und Tschechen in Neuhaus hat sich in der Familiennamegebung der Stadt niedergeschlagen. Gut sind wir über die deutsche Zuwanderung in die aufstrebende Bergstadt St. Joachimsthal unterrichtet. Die Zahl der noch undruckten Quellen ist beträchtlich, doch tritt die Zahl der deutschen Familiennamen in den Stadtbüchern der nachhussitischen Zeit im Innern der Länder stark zurück, weil hier das Deutschtum in der unruhigen Zeit verschwunden oder stark zurückgegangen oder tschechisiert worden ist. Ein aussagefähiges Belegnetz konnte über Böhmen und Mähren-Schlesien gebreitet und süd- und ostmitteldeutsche Familiennamen konnten nebeneinandergestellt werden.

Die lateinische Sprache der Quellen tritt nach den hussitischen Wirren stark zurück, die Volkssprache setzt sich durch, doch ist die deutsche in ihrem Gebrauch durch die Erklärung des Tschechischen zur offiziellen Sprache eingeschränkt. Bei den deutschen Schreibungen müssen Unterschiede zwischen bairischer und ostmitteldeutscher Schreibsprache beachtet werden. Es wird nicht

in Mundart geschrieben, sondern in Schreibsprachen verschiedener Höhe, doch begegnen gelegentlich dialektische Schreibungen, besonders wenn die Etymologie der Namen den Schreibern nicht geläufig war. Dadurch kann ein Einblick in die Geschichte der Mundarten gewonnen werden. Bisweilen verraten die tschechischen Schreibungen die deutsche Mundart. Es gibt noch Fälle, daß im 15. Jahrhundert Leute nur mit ihrem Rufnamen genannt werden, wobei sich die Heiligennamen gegenüber den älteren heimischen zum Großteil durchgesetzt haben. Bei den Rufnamen kann man besonders aus der Betonung erkennen, welche schon vorher bekannt und welche neu eingebürgert sind. Es läßt sich bei ihnen die Aufnahme tschechischer Suffixe beobachten. Ein Rufname wie *Peschel* entspricht z. B. dem tschechischen *Pěšek*, während sich ein *Hanuš* des 13. Jahrhunderts zu *Hannes* entwickelt und mit Hans zusammenfällt. Neben *Kuonrát* tritt mit dem tschechischen Suffix *Kunat* auf und kann sich zu *Kundt* entwickeln.

Bei den Familiennamen aus Herkunftsnamen überflügeln die bloßen Ortsnamen als Familiennamen nun die Bildungen mit -er, weil es sich in starkem Ausmaß um mitteldeutsche Zuwanderung nach Nordböhmen handelt. Die Bestimmung der Herkunftsorte ist wichtig, aber oft schwierig. Die engere Nachbarschaft hat die meisten Zuwanderer gestellt. Die Verbindungen von Eger reichen weniger in das Vogtland als in die Oberpfalz und nach Oberfranken; Brüx, Dux und Graupen bekommen die meisten Zuwanderer neben der Nachbarschaft im Lande aus Sachsen, also nördlich vom Erzgebirge. Bei den Familiennamen aus Berufsnamen kann nicht immer mit Sicherheit angegeben werden, ob Berufsbezeichnungen schon zu Familiennamen geworden sind. Auf den Dörfern kommen nur relativ wenige Berufsbezeichnungen als Familiennamen vor, da im bäuerlichen Haushalt vieles selber hergestellt wird. Die Familiennamen aus Übernamen sind meist schon in früherer Zeit entstanden, so daß zur Erklärung das Mittelhochdeutsche herangezogen werden kann. In den nicht seltenen Satznamen glaubt man den Humor des Volkes zu spüren.

Die alten Nomina agentis auf -o, -jo, -on und -jon begegnen nicht selten und zeigen, daß diese Bildungsweise, die im heutigen Deutsch nur noch in wenigen Wörtern vorkommt (vgl. *Becke* neben *Bäcker*), noch bekannt war. Im 15. und 16. Jahrhundert haben die Familiennamen noch keineswegs die heutige Festigkeit besessen, so daß gelegentlich Doppelformen vorkommen oder eigens gegebene Spottnamen andere Bildungen zurückdrängen oder sich der Berufsname durchsetzt. Deshalb konnte es bei den Gelehrten in der Humanistenzeit üblich werden, den Namen ins Lateinische zu übersetzen oder wenigstens mit der Endung -us, -ius zu versehen. Nur wenige haben die fremde Gestalt beibehalten, die meisten haben sie wieder aufgegeben.

Bisweilen ist es möglich, die Ausbreitung von Familiennamen zu verfolgen, wenn es sich um seltene Namen oder um Herkunftsnamen aus einem Dorfe handelt. Das ist nur dort festzustellen, wo die Quellen ein größeres zusammenhängendes Gebiet betreffen. Einige Karten aus dem Egerlande oder dem Schönhengste bieten Beispiele von Sippennestern.

Die Heimat der ältesten Familiennamen kann schwer bestimmt werden, weil

sie nur zum kleinen Teil mitgebracht, in der großen Mehrzahl im Lande angekommen sind, und weil Vergleichsmaterial des 13. und 14. Jahrhunderts fehlt. Bei der Zuwanderung des 16. Jahrhunderts lassen sich öfters die Heimatorte ausfindig machen, in Joachimsthal sind sie z. T. bekannt. Die neue deutsche Einwanderung bringt nach Prag und vielen nordböhmischen Städten neue deutsche Namen. Vor dem schnellen Schluß vom einzelnen Familiennamen auf das Volkstum des Trägers muß gewarnt werden. Hier geben die Rufnamen einige Auskunft. Für solche Fragen müssen die Aussagen der Orts- und Flurnamen und die Urkunden herangezogen werden, auch spielt die Lage des Ortes dabei eine Rolle.

Die Stichwörter begnügen sich bei den einzelnen Orten meistens mit der Anführung eines Namens. Die Zahl der verzettelten Namen liegt bedeutend höher.

WISSENSCHAFTLICHE MATERIALIEN UND BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE UND LANDESKUNDE DER BÖHMISCHEN LÄNDER

Band 1:

Klaus Schreitter von Schwarzenfeld: Das deutsche und tschechische Turn- und Sportwesen in der Tschechoslowakischen Republik von seinen Anfängen bis zum Jahre 1938. München 1956, 101 S.

Nach kurzer Charakterisierung der Gegebenheiten und Probleme in der 1918 gegründeten Tschechoslowakischen Republik, insbesondere des Verhältnisses der deutschen Bevölkerung zum tschechischen Staat, wird zunächst die staatliche Organisation und Fürsorge um Turnen und Sport aufgezeigt, und zwar im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für öffentliches Gesundheitswesen, bei dem anstelle eines 1918 vom Sokol-Präsidenten befürworteten Ministeriums für Leibesübungen eine besondere Abteilung für die Belange des Sportes geschaffen wurde: das Ministerium für nationale Verteidigung zu einer vormilitärischen Wehrerziehung und das Ministerium für Schulwesen und Volkskultur hinsichtlich Sport und Körpererziehung in den Schulen einschließlich der staatlichen Turnlehrerausbildung. Das Kernstück bildet die Darstellung des deutschen und des tschechischen Turn- und Sportwesens in seinen tragenden Verbänden und Vereinen, wobei die Entwicklung im einzelnen nach deren spezifischer Aufgabenstellung, Wirksamkeit und politischer Ausrichtung — belegt mit statistischen und vergleichenden Angaben — behandelt ist. Auf den durch die nationalen Gegensätze hervorgerufenen Verhältnissen und der von den Verbänden geprägten besonderen Einstellung zu Turnen und Sport als Ausdruck eines nationalen Bekenntnisses beruhte die Organisation und geistige Grundhaltung des Turn- und Sportwesens in der Tschechoslowakei während des behandelten Zeitabschnittes vor allem.

Band 2:

Franz J. *Wünsch*: Deutsche Archive und deutsche Archivpflege in den Sudetenländern. München 1958, 307 S.

Ausgehend vom aktuellen Informationsbedürfnis, inwieweit das archivalische Schriftgut im deutschen Siedlungsraum der böhmischen Länder die Kriegs- und Umbruchszeit überstanden hat, wurde bereits 1946 begonnen, durch Umfragen Berichte darüber einzuholen und systematisch zu sammeln. Zwar kann von der aus dieser weitverzweigten und umfangreichen Ermittlungsaktion erwachsenen Übersicht mit immerhin mehr als 360 Informationsartikeln verständlicherweise keine erschöpfende Vollständigkeit erwartet werden, doch liegt damit, gestützt auf authentische Mitteilungen von sachkundigen Gewährsleuten — meist den Archivaren und Archivbetreuern selbst — und auch auf den vor allem im Rahmen der Tätigkeit des Sekretariates des tschechischen Nationalausschusses für die Evidenz und den Schutz der historischen Denkmale veröffentlichten Ermittlungen, die teilweise allerdings zu berichtigen waren, zumindest über die wesentliche Archivsubstanz der regional einschlägigen nicht-staatlichen Archive eine zuverlässige Bestandsaufnahme vor. Überdies ist dabei auch auf die Darstellung der persönlichen Initiative und des Schicksals jener Archivare und Archivverwalter Wert gelegt, „die in der schweren und so verhängnisvollen Zeit mit Verantwortungsbewußtsein das Wohl der ihnen anvertrauten Archive wahrgenommen haben. Wenn die Archivverluste in den Sudetenländern erträglich waren, so ist dies ihnen mit zu verdanken“.

Band 3:

Alfred *Bohmann*: Bevölkerungsbewegungen in Böhmen 1847—1947 mit besonderer Berücksichtigung der Entwicklung der nationalen Verhältnisse. München 1958, 320 S.

Die einleitenden Darlegungen über Böhmen und die deutsch-tschechische Frage, über die Veränderungen der Verwaltungsgrenzen Böhmens im Hinblick auf die nationalen Gegebenheiten, dann auch zur Geschichte der Volkszählungen in Böhmen bilden die thematische Voraussetzung und Grundlage für die Untersuchung der Bevölkerungsbewegungen während des Jahrhunderts von 1847 bis 1947 im Lande Böhmen und seinen einzelnen Kreisen. Dabei sind die Veränderungen sowohl nach der natürlichen Entwicklung als auch in den Ergebnissen der Wanderungsbewegungen erfaßt und speziell im Hinblick auf die Volkszugehörigkeit dargestellt. Der Bevölkerungsstand Böhmens — das ist eines der wesentlichen Ergebnisse — hat sich vom Jahre 1754 bis 1830 verdoppelt, bis 1890 verdreifacht und bis 1943 vervierfacht, fiel aber durch die Ausweisung der deutschen Bevölkerung nach 1945 auf den Stand von 1882 zurück. Dabei ergibt sich aus den Volkszählungen, daß bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges sowohl die tschechische wie auch die deutsche Bevölkerung ständig zunahm, das Nationalitätenverhältnis sich indes zunehmend zugunsten der tschechischen Bevölkerung verschob. Durch eine Reihe von Kartenskizzen

ist das gebotene Zahlenmaterial veranschaulicht und die Darstellung durch einen Überblick über die 1947/49 eingeführte neue Kraj-Gliederung ergänzt.

Band 4:

Helene *Jahn-Langen*: Das Böhmisches Niederland. Bevölkerungs- und Sozialstruktur einer Industriedorflandschaft. München 1960, 70 S. mit 14 Karten und 4 Schaubildern.

Die im wesentlichen bereits 1944 fertiggestellte und deshalb noch auf breiter Quellenbasis aufgebaute Analyse der Bevölkerungs- und Sozialstruktur des sogenannten Böhmisches Niederlandes, jenes nördlichsten böhmischen Landzipfels zwischen Elbe und Görlitzer Neisse im Südläusitzer Bergland, zeigt den aus geschichtlich gewordenen siedlungsgeographischen Voraussetzungen erwachsenen Wandel der durch die natürliche Schranke der Randgebirge geographisch vom zuständigen Staatsgebiet abgesonderten Landschaft zu einer Region von vorherrschend Industriedorfgemeinden. Diese besonderen und das kleine Gebiet kennzeichnenden Siedlungs- und Wirtschaftsformen entwickelten sich während der letzten hundert Jahre zwar verschiedenartig, jedoch zu jeweils eigener Zentrenbildung. Als instruktives Beispiel eines weitentwickelten Industriedorfgebietes, dessen industrielle Struktur bei völligem Mangel an Bodenschätzen durch das Vorherrschen der Textilindustrie und die Spezialisierung einzelner Dörfer auf bestimmte Erzeugnisse charakteristisch ist, stellt das Böhmisches Niederland eine eigenartige und von anderen wesentlich unterschiedene Wirtschaftsregion dar, deren Besonderheit durch Zahlenangaben, Tabellen und Karten im einzelnen erläutert wird.

Band 5:

Archivbestände zur Geschichte der böhmischen Länder. München 1966, 93 S.

Anlässlich der 100. Wiederkehr des Gründungsjahres des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen, dessen Archivabteilung sich im besonderen um das Archivwesen im deutschsprachigen Teil der böhmischen Länder bemühte, führte die Historische Kommission der Sudetenländer gemeinsam mit dem Collegium Carolinum eine Arbeitstagung durch, deren Fachberichte den Inhalt der Publikation ausmachen. Zunächst ist von Karl *Richter* über die Archivorganisation in der Tschechoslowakei nach 1945 und über die bedeutsamsten, vor allem staatlichen Archive ein Überblick gegeben, der mit einer ausführlichen Spezialbibliographie ergänzt wird. Friedrich *Walter* stellt die wichtigsten Bestände zur Geschichte der böhmischen Länder in den Wiener staatlichen Archiven zusammen, während Josef *Hemmerle* Aufschluß über die bayrischen Archive gibt, die als Quellen historischer Forschungen auch im besonderen für die böhmischen Länder in Betracht kommen, indem er neben den zentralen Münchner Archiven die in Bayern jeweils für den Bereich eines Regierungsbezirkes bestehenden regionalen Staatsarchive vorstellt und weiters auf Stadt-, Kirchen- und Privatarhive hinweist. Über das für die Oberpfalz zuständige Staatsarchiv Amberg, dessen Dienstbereich unmittelbar und in lan-

gem Grenzverlauf an Böhmen anschließt, werden von Heribert *Sturm* die einschlägigen Archivalien über Beziehungen zwischen Bayern und Böhmen im auszugsweisen Nachdruck eines ausführlicher belegten Beitrages im *Bohemia-Jahrbuch des Collegium Carolinum*, Bd. 2, beständeweise gekennzeichnet.

Band 6:

Julius *Schreitter-Schwarzenfeld*: Die Finanzwirtschaft der sudetendeutschen Gemeinden und Bezirke 1918 bis 1938. Gedanken, Erfahrungen, Dokumente. München 1965, 163 S.

Aus fundierter Berufserfahrung eines in Brüg, Eger, Reichenberg und Olmütz leitend tätig gewesenem Experten kommunaler Finanzpolitik wird hier für den Zeitraum von 1918 bis 1938 anhand der fortschreitend Geltung erlangten Gesetze zur Regelung der Finanzwirtschaft in den Gemeinden und Städten der Tschechoslowakei die besondere Entwicklung in den deutschen Bezirken aufgezeigt. In einem Mehrvölkerstaat, der die Tschechoslowakische Republik damals gewesen ist, obwohl sie dem Willen ihrer Gründer nach ein Nationalstaat sein sollte, vermochte sich das politische Leben einer Minderheit, auch wenn sie zahlenmäßig, kulturell und wirtschaftlich noch so stark war, vor allem im Rahmen einer autonomen Betätigung behaupten. Für die Gemeinden und Bezirke, die in dem noch in Zeiten Österreichs zurückreichenden Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper — gewissermaßen in einem Gemeindetag — zusammengeschlossen waren, bildete deshalb in der Tschechoslowakischen Republik die Erhaltung von deren Finanz- und Wirtschaftskraft die Voraussetzungen für die Existenz der kommunalen Selbstverwaltung überhaupt. Insofern ist die mit vielen konkreten Fakten und zahlenmäßigen Unterlagen belegte Darstellung ein wesentlicher Beitrag zur zeitgeschichtlichen Erfassung prägender Vorgänge und sich festigender Zustände in den deutschen Gemeinden und Bezirken während des Zeitabschnittes der Ersten Tschechoslowakischen Republik.

Band 7:

Hermann *Födisch*: Zum Problem präurbaner Siedlungen in Ostmitteleuropa. München 1967, 116 S. mit 5 Abb.

Als eine rechtsgeschichtliche Untersuchung zur Frage der vorkolonialen Städte in Ostmitteleuropa gehen die Darlegungen von einem kritischen Überblick über den bisherigen Forschungsstand vom Wesen des Stadt-Begriffs aus und behandeln die vor- und frühgeschichtlichen Siedlungszentren im Hinblick auf ihre Kontinuität, vom Neolithikum angefangen über die Bronzezeit, die Ältere und Jüngere Eisenzeit bis zu den Burgwallperioden. Im einzelnen wird dann die Stellungnahme der deutschen Forschung zum Problem der Siedlungskonzentrationen im frühen Mittelalter sowie der russischen und polnisch-tschechischen Forschung zu ihren Thesen dazu aufgezeigt und schließlich auf die Frage eingegangen, ob man von vorkolonialen Städten in Ostmitteleuropa überhaupt sprechen könne. Die Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, daß es ange-

bracht erscheint, für die vor- und frühgeschichtlichen Siedlungskonzentrationen in Ostmitteleuropa den Stadt-Begriff nicht anzuwenden, ihn eher den frühen Städten des 13. Jahrhunderts vorzubehalten und damit jener Zeit, in der die rein agrarischen Lebensbedingungen abgelöst wurden durch ein von Handwerkern und Kaufleuten gebildetes „Bürgertum“, das in verwaltungsmäßiger Trennung vom Hinter- und Umland bei Aufkommen der Geldwirtschaft die Geschicke der Siedlung selbst zu bestimmen begann.

Band 8:

Franz *Machilek*: Ludolf von Sagan und seine Stellung in der Auseinandersetzung um Konziliarismus und Hussitismus. München 1967, VII u. 256 S.

Abt Ludolf von Sagan (1394—1422) war der Forschung vor allem seit der Herausgabe seiner um 1398 abgeschlossenen Klostergeschichte (*Catalogus abbatum Saganensium*) durch Gustav Adolf Stenzel im Jahr 1835, seines *Soliloquium schismatis* von 1408/09 durch Franz Bliemetzrieder 1905 und seines *Tractatus de longo schismate* von 1417—1422 durch Johannes Loserth 1880 zwar bekannt, doch fehlte bislang eine zusammenfassende Monographie über sein Leben, seine Werke und eine nähere Bestimmung seiner Stellung in den geistigen und kirchenpolitischen Auseinandersetzungen der Zeit. Diesen Mangel suchte die von Johannes Spörl angeregte und betreute Münchener Dissertation von 1963 zu beheben, die 1967 als Heft 8 der vorliegenden Reihe in überarbeiteter Form im Fotodruck erschien.

Im ersten Teil behandelte der Verfasser das Leben und die Werke Ludolfs vor dem Hintergrund der in den böhmisch-mährisch-schlesischen Klöstern vielfach feststellbaren Reformbewegungen und frühhumanistischen Bestrebungen. Der um 1353 in Einbeck im Leinetal zwischen Harz und Solling Geborene und wohl zuerst in der Schule des dortigen Chorherrenstifts St. Alexander Unterrieth bezog gleich vielen anderen Niederdeutschen die damals noch ungeteilte Prager Universität und gehörte nach deren Teilung (1372) der Juristenuniversität an, wo er den Grad eines *baccalarius in decretis* erlangte. 1386 legte er in dem zur flandrischen Kongregation von Arrouaise gehörigen Augustiner-Chorherrenkloster Sagan in Niederschlesien unter dem nach Raudnitzer Vorbild reformierenden Abt Johannes II. die Profeß ab, wurde bald darauf dort Subprior und 1394 Abt. Als solcher pflegte er weiterhin enge Beziehungen zum Prager Kulturbereich. Bei der von ihm vorgenommenen Überarbeitung der Arrouaiser Statuten und ihrer Angleichung an die Raudnitzer Gewohnheiten verwendete Ludolf besondere Aufmerksamkeit auf die Übernahme jener Vorschriften, die einen geregelten Wissenschaftsbetrieb im Kloster ermöglichten. 1398 war er an einem „Waldenser“-Prozeß in Breslau führend beteiligt. 1406, 1410, 1412, 1420 oder 1421 sowie möglicherweise auch 1404 und 1418 predigte Ludolf auf den Synoden der Breslauer Kirche. 1409 vertrat er den Breslauer Bischof auf dem Pisaner Konzil, vor dem er auch — wahrscheinlich am Fronleichnamstag — predigte. Auf dem Konstanzer Konzil ließ er sich selbst vertreten. Am 21. August 1422 ist er verstorben. In den letzten Jahr-

zehnten widmete sich Ludolf in starkem Maße der Predigt und der literarischen Tätigkeit. Eine Liste des recht umfangreichen Werkes Ludolfs mit insgesamt 27 Nummern, eingeteilt in drei Gruppen (1. Werke zur Geschichte, Verfassung und Verwaltung des Stiftes; 2. Schriftkommentare, Predigten; 3. Traktate und polemische Schriften), ist der Arbeit anhangsweise beigegeben. Sie enthält jeweils die nötigen Angaben zur Überlieferung. Mehrere Schriften sind verloren, darunter ein Werk gegen die durch Papst Gregor XI. 1374 verworfenen vierzehn Artikel des Sachsenspiegels. Von den Predigten ist die wichtigste die auf dem Pisaner Konzil gehaltene *In una domo comedetis*, deren Edition durch Dieter Girgensohn geplant ist. Die in zwei späten Abschriften in der Handschriftenabteilung der Münchener Staatsbibliothek erhaltene monastische Schrift *De tribus essentialibus religiosorum* will der Verfasser an anderem Ort bekannt machen.

Der zweite Teil der vorliegenden Arbeit bietet eine Interpretation der das Große abendländische Schisma und dessen Beendigung betreffenden Aussagen Ludolfs. Im *Soliloquium* argumentiert dieser nach dem Standpunkt der von Gregor XII. gewichenen Kardinäle: *Via cessionis*, *via concilii*, Konzilsberufung durch die Kardinäle. Gehorsamsentzug, Papstabsatz und Neuwahl begründet er mit *utilitas*, *necessitas* und *caritas* und der darin verankerten „Gruppen“-Epikie. Die Entscheidungen des Pisaner Konzils hat Ludolf entschieden bejaht und vor der Breslauer Synode 1410 und in seinem *Tractatus de longo schismate* verteidigt. Ebenso bekräftigte er in diesem Werk die Entscheidungen des Konstanzer Konzils vom Sommer 1415. Die Stellung des Königs als *defensor ecclesiae* in der Zeit des Schismas und der Reformkonzilien wird in einem eigenen Abschnitt des zweiten Teiles in größerem Zusammenhang dargestellt.

Der dritte und abschließende Teil behandelt Ludolfs Nachrichten über Böhmen unter den Luxemburgern und seine antihussitische Polemik. Besonders ausführlich werden dabei die Anfänge des literarischen Streites um die Vier Prager Artikel von 1420 dargestellt, in den sich Ludolf noch kurz vor seinem Tod eingeschaltet hat.

Auf eine Untersuchung des Inhalts der exegetischen und homiletischen Schriften Ludolfs wurde in der vorliegenden Arbeit verzichtet. Sie bedürfen noch einer gesonderten Behandlung, zumal zu erwarten ist, daß die Auseinandersetzungen mit den Fragen der Zeit gerade in den Predigten Ludolfs konkreten Ausdruck gefunden haben. Insgesamt erscheint Ludolf nach dem bereits Untersuchten in seinem Denken und in seinen Forderungen als durchaus konservativer Geist, für den scharfe Kritik an der Kirche und liebendes Festhalten an ihr durchaus vereinbar waren.

Band 9:

Fritz Peter *Habel*: Historische, politische und soziale Voraussetzungen des Zusammentreffens zwischen Bayern und Sudetendeutschen nach 1945 (Ein Beitrag zum Strukturwandel Bayerns). München 1968, 330 S.

In Bayern erfolgte nach 1945 ein deutlicher gesellschaftlicher Strukturwandel des Landes, der wesentlich auf das Einströmen sudetendeutscher Vertriebenen zurückzuführen war. Wichtige Voraussetzung für diesen Strukturwandel waren die historischen, politischen und sozialen Erfahrungen einmal der Bayern und zum anderen der Deutschen in Böhmen und Mähren-Schlesien. Die Arbeit versucht, diese Erfahrungen in Situation und Struktur wichtiger Abschnitte der neuen Geschichte nachzuzeichnen.

Nach einführenden Bemerkungen zu Name, Zahl und Raum der Sudetendeutschen sowie der staats- und völkerrechtlichen Lage beider Personengruppen wird als erster Abschnitt der Zeitraum 1848/49 behandelt, in dem sie in den geschichtlichen Ablauf handelnd eintreten. Während jedoch bei den Bayern eine Renaissance freiheitlicher Errungenschaften des modernen bayerischen Staates im Vordergrund stand, war es bei den Deutschen in Böhmen und Mähren das mehr oder minder deutliche Erkennen der binationalen Zusammensetzung ihrer „historischen Länder“ im Rahmen einer noch handlungsfähigen, wenn auch bereits eher ehrwürdigen Monarchie. Gemeinsam wurde beiden Personengruppen der Beginn einer neuen Zeit bewußt mit der quälenden Ahnung ihrer sozialen Problematik.

Bis 1908/20 hatte die (historisch betrachtet) ungeheuerliche Explosion von Menschenmassen und Technologie soziale und (in Böhmen und Mähren auch) nationale Spannungen erzeugt, die die Herrschaftsstrukturen sprengten. Ihre Umgestaltung führte jedoch zum Oktroy: Bayern wie Sudetendeutsche hatten sich mit den „fremd“ gesteuerten Republiken von Weimar bzw. ČSR bestenfalls abgefunden, mehrheitlich aber nie identifiziert.

Um 1933 war der noch vorhandene schmale psychologische Kredit der Republiken durch vor allem wirtschaftliche Spannungen erschöpft; nach 1945 trafen 7 Millionen Bayern und über 1 Million Sudetendeutsche in Bayern unter denkbar ungünstigen Umständen zusammen.

Diese Abläufe eines Jahrhunderts werden durch den Autor materialintensiv nachgezeichnet. Zahlreiche Anmerkungen, ein Schrifttumverzeichnis (16 S.) und ein Dokumentenanhang (18 S.) zur Zeit nach 1945, in der das Entstehen sudetendeutscher Organisationen nachgezeichnet wird, runden die Arbeit ab.

Band 10:

Horst Kühnel: Wortgeographische Untersuchungen zur ländlichen Sozial- und Wirtschaftsordnung der Sudetendeutschen. München 1969, 127 S. mit 29 Karten und 7 Abb. im Text.

Gegenstand der Arbeit sind mundartliche Bezeichnungen aus dem sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Gefüge des deutschen Dorfes in Böhmen und Mähren-Schlesien (Bauer, Häusler, Mietsleute, Gesinde, dörfliche Gewerbe, Gemeindeverwaltung und -einrichtungen, Gemeindegefängnis, Friedhof, Kirchweih, Hochzeitsbitter u. a.). Es wurden solche Komplexe ausgewählt, die wortgeographisch besonders ergiebig sind.

Das mundartliche Material stammt aus den Sammlungen des Sudetendeutschen

Wörterbuches in Gießen. Darüber hinaus wurden historische Quellen (Weistümer, Rügungen, Taidingsordnungen, Robotverzeichnisse) ausgewertet, die bis ins 13./14. Jahrhundert zurückreichen. Die Gegenüberstellung der historischen Belege mit den Angaben der Gewährsleute des Wörterbuches gab Aufschluß über sprachliche Überschichtungs- und Verdrängungsprozesse, die z. T. bereits während der mittelalterlichen Kolonisationszeit, teilweise aber erst im 18./19. Jahrhundert eingesetzt haben.

Die Untersuchung konnte die bisherigen Forschungsergebnisse der sudeten-deutschen Dialektologie weitgehend bestätigen und zum Teil ergänzen. Unter anderem zeigte sich in vielen Fällen der charakteristische mitteldeutsch-oberdeutsche Nord-Süd-Gegensatz (etwa: *Magd/ Dirn, Kirchhof/Freithof*). Von der Natur der untersuchten Bezeichnungen her ergaben sich im Vergleich zu anderen wortgeographischen Arbeiten über die Sudetenländer, die Wortgut aus dem kleinbäuerlichen Lebenskreis erfaßt haben, großräumigere Wortlandschaften.

Als methodisch besonders günstig hat sich erwiesen, zwei Begriffe einer Wortfamilie miteinander zu vergleichen. Dingwörter (Altenteilwohnung) oder feststehende Redewendungen (zur Miete wohnen) zeigten sich dabei weitaus konservativer als Abstrakta (Altenteil als Giebigkeit) oder Personenbezeichnungen (Mietsleute), ältere Geltungsbereiche, jüngere Überschichtungen und Verdrängungen ließen sich leichter und besser erkennen. Zum zweiten konnten durch die Auswertung historischer Quellen genauere und weitreichendere Angaben gemacht werden über: a) völlig oder regional erloschenes Wortgut (z. B. *Hausgenosse, Taiding, Leitgeb, Ehalten, Gottesacker*); b) Überschichtungsvorgänge und deren zeitliche Einordnung (z. B. bei den Bezeichnungen für das ländliche Gasthaus); c) alte, besiedlungsgeschichtlich bedingte Mischgebiete im Gegensatz zu jüngeren (z. B. bei den Bezeichnungen des Fleischers und des Kirchweihfestes); d) Bedeutungswandel (*Prokurator*) und e) Kontaminationsvorgänge (*Mühlschütz/Müllner*). Urkundliche Nachweise trugen weiterhin dazu bei, bestimmte Sprachschichten außerhalb der Mundart und ihren Einfluß auf diese aufzuzeigen und zu untersuchen. Über die Beeinflussung durch die Umgangs- und Verkehrssprache hinaus zeigten sich Auswirkungen großräumiger Stadtrechtssprachen (*Ausgedinge, Auszug, Hube*) seit der mittelalterlichen Kolonisationszeit, Auswirkungen der österreichischen Verwaltungssprache (*Lahner, Inleute, -wohner, Dienstbote*) seit dem 17. Jahrhundert, Auswirkungen von grundherrschaftlichen Begriffen (*Gärtner, Kaluppner, Pferde-, Ochsen-, Fahr-, Freibauer, Freisatz, Gesinde*) im Norden seit dem 16./17. Jahrhundert, schließlich Auswirkungen der Militärsprache (*Quartier, -leute*) etwa seit dem Dreißigjährigen Krieg. Da alle diese Sprachschichten in historischen Quellen faßbar sind, ermöglichen sie zudem eine zeitliche Einordnung bestimmter Spracherscheinungen, etwa für Südmähren, wo sich von Haus aus mitteldeutsche Wörter (*Bäcker, Müller*) nicht als siedlungsgeschichtlich bedingt alt, sondern als jüngere Übernahme aus der Umgangssprache erwiesen haben.

Wilfried Stolle: Der Vokalismus in den Mundarten der Iglauer Sprachinsel. Inaugural-Diss. Marburg/L. München 1969, 233 S. mit 31 Karten im Anhang.

Die Mundart der Iglauer Sprachinsel ist nur aus ihrer Siedlungsgeschichte heraus zu verstehen, der daher die entsprechende Beachtung geschenkt wird. Das Siedlungsgebiet dieser Sprachinsel weist eine durchschnittliche Höhenlage von 400 bis 600 Metern auf und ist klimatisch sehr rau. Deshalb war es wohl erst der Silber- und Goldbergbau, der deutsche Siedler etwa seit 1230 in die nur teilweise und wahrscheinlich recht dünn von Slawen bewohnte Landschaft lockte. Auf Karte 1 sind alle Orte verzeichnet, für die Bergbau festgestellt werden konnte. Die Bergbauorte liegen gehäuft um die Stadt Iglau, die 1249 vom böhmischen König Wenzel I. und seinem Sohn Přemysl Ottokar, dem Markgrafen von Mähren, Stadt- und Bergrecht verliehen bekam. Das für die damalige Zeit recht moderne Bergrecht von Iglau erhielt Rechtsgültigkeit für alle Bergstädte Böhmens und Mährens, war aber auch über die Grenzen des Königreichs hinaus rechtswirksam. Über die Ausdehnung des einstigen deutschen Sprach- und Siedlungsraumes sowie über die stammesmäßige Herkunft der deutschen Siedler, sowohl der Bergleute wie auch der Bauern, die nicht unbedingt dem gleichen Siedlerzug angehören mußten, geben die Urkunden so gut wie keinen Aufschluß. Der Historiker ist daher auf die Hilfe anderer Wissenschaften, insbesondere auf die der Mundartforschung angewiesen. Der Verf. baut vor allem auf den Erkenntnissen auf, die Ernst Schwarz durch sprachgeographische Vergleiche und durch den Versuch, durch Kombination der Orts-, Flur-, Siedlungs- und Personennamen historischer Urkunden dieses Raumes den ehemaligen geschlossenen deutschen Sprachboden zu rekonstruieren, gewonnen hatte. Er konnte den Nachweis erbringen, daß sich die Iglauer Sprachinsel im Nordwesten in einem bedeutenden deutschen Bergbauggebiet mit der Stadt Deutsch-Brod als Mittelpunkt fortsetzte und daß die deutschen Ansiedlungen in vorhussitischer Zeit weit über die Grenzen von 1945 hinausgereicht hatten. Als stehengebliebener Rest des einstigen deutschen Bergbauggebiets von Deutsch-Brod muß der äußerste Norden der Iglauer Sprachinsel um die Orte Langendorf und Sehrlenz angesehen werden, deren Mundart als „Langendörflerisch“ bezeichnet wird. Infolge der Isolierung von ihrem einstigen deutschen städtischen Mittelpunkt Deutsch-Brod und ihrer eindeutigen Randlage in der Insel selbst konnten sich hier alte Lautungen und Formen erhalten bzw. ungestört selbständig weiterentwickeln.

Als Grundlage der Mundarten der Iglauer Sprachinsel allgemein wurde das Nordbairische ermittelt. Die Siedler müssen aus der südlichen bzw. mittleren Oberpfalz gekommen sein. Diese Mundart, das „Pachterische“ genannt, wird im nördlichen Teil der Sprachinsel um Stecken und mit einigen Veränderungen als „Nordpachterisch“ um Smilau und Schlappenz gesprochen. Die Mundart des südlichen Teils der Sprachinsel, das „Bäuerische“ genannt, weist merkwürdige mittelbairische Einflüsse auf. Die Erklärung dafür gab Schwarz, dem es gelungen ist, eine einstige Verbindung zwischen der Iglauer Sprachinsel und

Westsüdmähren im Raum um Datschitz wahrscheinlich zu machen. Von hier aus sind dann wohl einige mittelbairische Merkmale auch ins Pachterische gekommen.

Karte 2 vermittelt das Wirken der Kolonisationsherren, der Lichtenburger, des Klosters Seelau und des Klosters Frauental in der Iglauer Sprachinsel, während Karte 3 die Besitzverhältnisse im böhmischen Teil der Sprachinsel um 1650 darstellt, also zu einer Zeit, da der Bergbau bereits an Bedeutung verloren hatte.

Abgesehen vom Langendörflerischen sind im Pachterischen und im Bäurischen nur die allgemeinen Sprachgrundlagen einheitlich wirksam geworden, in Wirklichkeit zerfallen diese beiden Sprachräume wiederum in einige kleinere und größere Sprachlandschaften mit eigenem Sprachgepräge, das freilich nur von einem aufmerksamen Beobachter festgestellt und erfaßt werden kann. Grund und Ursache dafür sind, wie oben bereits angedeutet wurde, die wohl verschiedene Herkunft von Bergleuten und Bauern, die von weltlichen und kirchlichen Grundherren in verschiedenen Zeitabschnitten ins Land gerufen wurden. Sie prägten von ihren jeweiligen Ausgangspunkten her — einer Stadt oder einem Kloster — die Landschaft, die Wirtschaft und den Bergbau jenes Raumes.

Die dieser Untersuchung vorangegangenen Teilbearbeitungen der Mundart der Iglauer Sprachinsel, 1858 K. Noe: „Die Mundart der Stadt Iglau“ und 1912 J. Neupärtel: „Der Vokalismus von Schlappenz“ (im Pachterischen), konnten die Sprachwissenschaft wegen ihrer Kleinräumigkeit nicht befriedigen. Eine 1941 von R. Budin geplante Lautlehre der gesamten Iglauer Sprachinsel blieb infolge des Zweiten Weltkriegs unvollendet. Mit der vorliegenden Arbeit wird daher eine unliebsam empfundene Lücke geschlossen.

Der Verf. versucht bei der sprachlichen Behandlung dieser Mundarten die historische, die dialektgeographische und die synchronphonologische Arbeitsweise, die vor 1969 vornehmlich in den USA verwendet worden ist, zu kombinieren. Er geht dabei so vor, daß er das Vokalsystem und die geschichtliche Entwicklung der einzelnen Laute nach der historischen Methode untersucht. Die Einordnung der historischen Entwicklung in das gesamte Lautsystem durch Aufgliederung in Phoneme und Reihen vollzieht er nach phonologischen Gesichtspunkten wie auch die zusammenfassende Darstellung der mundartlichen Vokalsysteme. Um lautliche Erscheinungen im größeren Zusammenhang mit dem gesamtbairischen Sprachraum und anderen benachbarten Dialekten darzustellen, verwendet er die althergebrachte dialektgeographische Arbeitsweise. Das im Text Gebotene wird auf den Karten 5 bis 31 veranschaulicht.

Wichtig für weitere Arbeiten, die sich mit Mundarten von Vertriebenen beschäftigen, ist das Kapitel „Kritische Prüfung der Ergebnisse“ auf S. 183 ff.

Ein reichhaltiges Literaturverzeichnis rundet diese sehr sorgfältig durchgeführte Arbeit ab.

Band 12:

Christoph Buggert: *Figur und Erzähler. Studie zum Wandel der Wirklichkeitsauffassung im Werke Adalbert Stifters*. München 1970, 322 S.

Anhand der Aussagen des vom Dichter oft eingeführten Erzählers und aufgrund der Aussagen der Hauptfiguren der behandelten Erzählwerke untersucht der Verfasser die Wandlungen der wichtigsten Erscheinungsformen von „Umwelt“, wie sie Stifter gestaltete und deutete. Von den drei Hauptformen dieser Umwelt, Natur, Gesellschaft und Geschichte, werden vor allem die beiden ersteren ausführlich untersucht, wobei im Zentrum der Analyse die frühe Erzählung „Der Hochwald“, die zweite Fassung der „Mappe meines Urgroßvaters“ (mittlere Schaffensperiode) und der „Nachsommer“ als Alterswerk stehen. Im Frühwerk zeigt sich ein starkes Spannungsverhältnis zwischen Individuum und Umwelt, das zu tragischen Konflikten führt. In der mittleren Epoche Stifters ordnet das Ich seine Zwecke der objektiven Natur ein; die Versöhnung mit der zuvor als feindselig empfundenen Naturwelt geht völlig zu Lasten des Individuums. Im Spätwerk wird die Natur nicht mehr als Bedrohung empfunden, die Aufgabe des Menschen besteht jetzt darin, sich schrittweise eine immer genauere Kenntnis der objektiven Wirklichkeit zu schaffen. Die Übereinstimmung mit derselben wird dadurch erreicht, daß sich der Mensch seines individuellen Seins entäußert und nur jene Züge beibehält, die sich auch in der Wirklichkeit vorfinden, d. h. der Mensch entwickelt konventionelle Verhaltensweisen. Da aber auch auf diese Weise das Negative und Bedrohliche der Umwelt nicht völlig getilgt werden kann, schafft der Dichter die heile Welt des Rosenhauses, die keine Flucht in die Idylle ist, sondern mittelbare Kritik an der unvollkommenen Wirklichkeit artikuliert. Auf ähnliche Weise wird im „Witiko“ der Welt der Geschichte, die voller Unrecht und Gewalttat ist, das harmonische Leben der Waldeleute gegenübergestellt, die in ihrem begrenzten Bereich Gesetz und Sitte verwirklichen.

Band 16:

Deutsch-Mokra — Königsfeld, eine deutsche Siedlung in den Waldkarpaten. Volkskundliche Darstellung, aufgrund der Sammlungen von Anton F. Zauner. Herausgegeben mit mehreren Mitarbeitern von Hans Schmid-Egger. München 1973, 298 S., 16 Bildtafeln.

In der Gegend von Marmarosch-Sziget, am Oberlauf der Theiß, lagern ergiebige Salzvorkommen. Der nördliche Teil, der 1920 zur Tschechoslowakei kam, reichte aus, den ganzen Staat mit Steinsalz zu versorgen.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts war der Salz-Abbau dort auf Schwierigkeiten gestoßen; die Wälder in der unmittelbaren Umgebung waren gelichtet, es mangelte an Holz für die Gewinnung des Salzes und für den Abtransport auf dem Wasserweg. Unweit im Norden zieht sich der Karpatenbogen hin mit weiten, damals noch unerschlossenen Bergwäldern. Die Weiterführung des Salzbergbaues hing davon ab, Holz von dort heranzufloßen; andere Transportmöglichkeiten standen nicht zur Verfügung.

Es war bekannt, daß die Waldarbeiter im österreichischen Salzkammergut es vorzüglich verstanden, Wildwässer flößbar zu machen. So warb eine Kommission der ungarischen Komitatsverwaltung von Marmarosch-Sziget mit Genehmigung der Kaiserin Maria Theresia 1775 im Salzkammergut einen Waldmeister, mehrere Rottmeister und 100 Holzknechte an, die mit ihren Familien in die Waldkarpaten übersiedeln und die Nutzung des Waldes organisieren sollten.

In einem engen Waldtal zwischen Bergen, die Höhen bis über 1700 m erreichen, legten die Siedler das Dorf Deutsch-Mokra an, gründeten wenig später von dort aus das Dorf Königsfeld und Zweigniederlassungen in den ukrainischen Dörfern Russisch-Mokra und Dubove. Am Oberlauf der Quellflüsse der Tereschwa, die in die Theiß mündet, legten sie „Klausen“ (Stauwerke) an und machten die Wasserläufe durch zahlreiche Kunstbauten zum Flößen geeignet. Mehr als 150 Jahre lang flößten sie und später auch die von ihnen angelernten Ukrainer Stämme für den Salzbergbau und für den Holzhandel zu Tal.

Für ihre Siedlung hatten die Waldarbeiter soziale Sicherungen ausgehandelt, die für die damalige Zeit vorbildlich waren: neben einer festgelegten Entlohnung in Bargeld auch Bezüge in Naturalien, Brot- und Weizenmehl sowie Salz; im Krankheitsfall freie ärztliche Versorgung und Medikamente, dazu ein Krankengeld; bei Erreichung der Altersgrenze oder Invalidität eine „Pension“, Bezüge für Hinterbliebene. Bau- und Brennholz erhielten sie unberechnet aus dem Staatswald, das von ihnen selbst zu erstellende Haus, ein „Krautgarten“ dabei und Weide für 2—3 Rinder sollten in ihr Eigentum übergehen. Weiters hatten sie sich zusichern lassen, daß sie einen eigenen Pfarrer und einen eigenen Schulmeister haben würden.

In der Abgeschiedenheit des Karpatentals erhielten sich die Siedler die Frömmigkeit und die Kultur des Spätbarock, wie diese zur Zeit ihrer Auswanderung im Salzkammergut lebendig waren. Das vielstimmige Singen, das den Älplern liegt, wurde bei ihnen gepflegt bis zur Evakuierung der Dörfer am Ende des Zweiten Weltkriegs. Gutes Familienleben und Kinderreichtum bewirkten, daß sie nicht nur ihre Dörfer ausbauen, sondern darüber hinaus noch Kräfte abgeben konnten: als Forstaufseher oder Vorarbeiter in die weitere Umgebung, in Gruppen von jeweils mehreren Familien in ukrainische oder madjarische Gemeinden; seit 1900 gingen einige Hundert Auswanderer nach Übersee.

Auf den baumfreien Kämmen der Karpaten hatten die Siedler Almen angelegt, im Sommer weideten dort ihre Kühe und wurden von Sennerinnen betreut; die Milchprodukte wurden auf Wagen oder als Traglasten, die Frauen auf dem Kopf balancierten, zu Tal gebracht. Die Holzhauer lebten die Woche über im Wald, auch im Herbst, wenn die an den Hängen gefällten Stämme in „Riesen“ zum Talgrund befördert wurden, und im Winter, wenn das Holz zu Sammelplätzen geschleift wurde; sie wohnten in einfachen Schlafhütten, die sie sich in der Nähe der Holzschläge errichteten.

Als Ende 1944 die Russen über die Karpaten vordrangen, veranlaßte die Wehrmacht die Evakuierung der deutschen Dörfer. Die Siedler kamen nach Oberschlesien und Thüringen, bei Kriegsende wurden sie weit zerstreut. Aus

der russischen Besatzungszone in Sachsen kehrten zwei größere Gruppen in ihre Heimatdörfer zurück; von diesen wurden etwa 700 nach Sibirien verschleppt und 1—2 Jahrzehnte dort zurückgehalten. Die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Siedler und ihre Nachkommen pflegen heute noch den Zusammenhalt.

Ein Kreis von Sachkennern stellte sich die Aufgabe, die eigenartige Kultur von Mokra und Königsfeld darzustellen, bevor die Erinnerungen verblassen. Die Akten über die Anwerbung der Siedler im Salzkammergut sind in Wiener Archiven zugänglich. Briefe aus der ersten Zeit der Ansiedlung, die Einblick geben in die Schwierigkeiten des Anfangs, sind in Bad Ischl gefunden worden. Über die Geschichte der Ansiedlung, die erdkundliche Beschaffenheit der Gegend und deren wechselnde staatliche Zugehörigkeit wird berichtet. Die von einem ehemaligen Siedler angelegte umfangreiche Sammlung volkskundlichen Materials, Tonbandaufnahmen des Freiburger Instituts für ostdeutsche Volkskunde und andere Quellen ermöglichten eine lebendige Darstellung des kulturellen Lebens, der wirtschaftlichen Entwicklung, der Arbeit im Wald und auf der Alm, der schulischen und kirchlichen Verhältnisse. Schilderungen außenstehender Besucher, z. B. des tschechischen Schriftstellers Ivan Olbracht, sind ebenso aufgenommen wie Berichte über die Evakuierung, den Zwangsaufenthalt in Sibirien, den jetzigen Zustand des Siedlungsgebietes. — 22 ausgewählte Volkslieder, 45 Lichtbilder, mehrere Zeichnungen, Landkarten und Pläne sind beigegeben.

SUMMARIES

CZECHOSLOVAKIA AS A MICROCOSM OF EUROPEAN-WIDE DEVELOPMENTS

Friedrich Prinz

The Bohemian lands and Czechoslovakia offer the characteristics of a model of European history. This is illustrated by such examples as the connection between Christianization and the building of Přemyslide rule, the problem of Church reform in the form of Hussitism, and the crisis of feudalism in the richly developed urban culture of the late Middle Ages. The Bohemia of the 15th and 16th centuries likewise furnishes a model of a fully developed hierarchic order („Ständeherrschaft“), such as that developed above all in England. Since the Battle of White Mountain, however, the Bohemian lands followed the European alternative of absolutism. In any European history of emigration movements with profound consequences, Bohemia from the Hussite age down to the threshold of the present day would have to be assigned a central role. The same applies to the study of nationalism and its impact on the working-class movement. Ever since its foundation, the Collegium Carolinum, under the direction of Karl Bosl, has viewed its task as exploring and depicting the European nexus of Bohemian, Sudeten German and Czechoslovak history.

MEDIEVAL PERSONAL NAMES IN THE LIGHT OF CULTURAL HISTORY

Ernst Schwarz

This study is an attempt to view medieval personal names in terms of cultural history. Emphasis is placed on the question of explaining the presence of German baptismal names and saints' names in Czech in the 12th and 13th centuries. Sources began to appear only in the 12th century. Only a few names were available from the Great Moravian Empire. But already then, saints' names were being adopted by the Slavs and passed on to Bohemia. Examples of such names are Ivan (Johann), Dmítr (Demetrius), Kliment (Klement) and Ondřej (Andreas). The Old Bulgarian of the „Slav Apostles“ Cyril and Methodius was the vehicle for disseminating such names. The mission in Bohemia reached its high point in the 10th century, when such German and saints' names as Uolřich (Oldřich), Liutold (Litold), Liupolt (Lipolt), Liutwin (Litvin), Hagno (Ahna) and Heimram (Jimram) were borrowed; on the other hand, the name of the

Czech duke Václav was adopted by the Germans in the form of Wenzel. Other names, particularly those of saints, date from this period. Examination of the phonetic changes makes it possible to determine the approximate time (before 1170, 1250 and 1300) when such names were borrowed as Jerman (Heriman), Vilém (Wilhelm), Rýner (Reiner), Havel (Gallus), Ahna (Hagno), Jiří (Georg), Humpolt (Gumpold) and Hospřid (Gotfrid). These offer evidence of the presence of German knights, clerics and monks long before the beginning of German resettlement. Special discussion is devoted to cases where the rules of German phonetic change do not apply, such as Šimon = Simon. The age of many names can be established by their presence in 12th—13th century sources. Since the Czech language can incorporate foreign names simply by abbreviations and suffixes, the age of many full names can be identified with some degree of certainty. The question of the effects of national intermarriage on personal names is also dealt with. Brief attention is devoted to the well-known fact that with the territorial expansion of the late Middle Ages, German Christian names were introduced on a mass scale. The impoverishment of the old native Christian names as well as the emerging veneration of saints led to the extension of saints' names, also into the lower strata. The exhaustion of the treasury of Christian names and international fashion both contributed to the appearance of family names.

TABOR AND THE EUROPEAN REVOLUTIONS

Ferdinand Seibt

This contribution appraises the efforts made thus far to interpret the role of the Taborite movement within the Hussite revolution (1419 to 1436) and especially the relationship between Tabor and Prague, as well as the criteria of revolution in European history. Referring back to his earlier studies and to a new survey of Utopian thought in the age of the Reformation in Central Europe, Seibt shows that in the first phase of the revolutionary development in Tabor (1419—1421), the same egalitarian program of revolution emerged that characterized the „left wing“ of other European revolutions. It was clearly expressed in the forms of a chiliastic Utopia, as has been demonstrated most recently in the studies of Josef Macek.

In Seibt's view, subsequent Taborite developments were also revolutionary in character. And, what is more, developments in Prague after 1419 must also be defined as revolutionary; to be sure, the program of the leading forces in Prague did not call for universal equality, as was the case with the Taborites between 1419 and 1421, but still they wanted to overturn the existing social order in the interest of the bourgeois aspirations to leadership. In the same manner, the Taborites clearly backed down from their demands for equality after 1421. Their views of a future social order probably also assumed the relativization of the hierarchic order (*Ständeordnung*). Seibt questions Kaminsky's view that a new

world view based on religion is the decisive criterion of a revolutionary movement. If this criterion were correct, the monastic reform orders would also have to be considered revolutionary movements. Seibt concludes that revolution cannot be defined solely in terms of intellectual history, but rather only in those of a comprehensive view of society.

THE WETTENGEL OF NEUENBERG:
THE LEADING MERCHANTS OF PRAGUE
BEFORE THE BATTLE OF WHITE MOUNTAIN

Richard Klier

At the end of the 16th century the Wettengel from Neuenberg were the richest burghers of the Old Town of Prague. They came from the domain of Neuberg near Asch in Bohemia. According to the Prague customs book of 1597, Christoph Betengel (Wettengel) paid the highest duties (92 Schock 14 Gr. of Bohemia). He owned a number of houses in the Brückel quarter and fields where the National Museum is now located. In addition, he acquired in 1583 in eastern Bohemia the estate of Barohrádek for 12,600 Schock of Bohemian Groschen, and in 1587 the estate of Reichenau on the Kněšna for 33,750 Schock of Bohemian Gr. Since his only son Johannes died in Lyons during a horseback journey in 1587, and his only daughter Katharina died around 1600, his brother Eustachius became his main inheritor in 1602. The latter had only obtained the civic rights of the Old Town of Prague on 10 March 1592. When his brother Christoph died in 1602, he became a member of the council of the Bohemian capital, as his brother had been before him. But this honor proved a heavy burden for him, because of his poor knowledge of the Czech language, and he finally got the sovereign to free him from this office on 13 November 1603.

After the sudden death of Eustachius in January 1620, an inventory of his estate was prepared, which gives a detailed picture of his financial situation. Eustachius' two sons inherited a total of 250,000 Schock of Meissen Groschen. But this handsome inheritance did not bring happiness to the two young Wettengel, whose fate was influenced by the defeat of the Protestants at White Mountain. Both became officers in the Imperial service. The younger Christoph Wettengel died in the camp at Nizko (Neisse) on 15 February 1623. His brother Hans had to fight hard for the recognition of his claims; he died in 1630.

THE SWEDISH COUNTS OF THURN

Emil Schieche

The family of Count Heinrich Matthias von Thurn knew only three generations in Sweden. Heinrich Matthias himself died as a prominent Swedish nobleman in 1640; his son Franz Bernhard fell in 1628, serving the Swedish Crown

in West Prussia during the war against Poland; and his grandson Heinrich was killed in 1656, also in the service of the Swedish Crown, in the war with the Russians. All three generations had close ties with the court and the court nobility, and King Gustavus II. Adolphus expressly created for them the county of Pernau in Estonia. In his capacity as general and governor, Heinrich, the last of the family in Sweden, became a member of the Swedish imperial council. In addition to this family, Count Hans Jacob von Thurn served Sweden as a colonel; he was a nephew of Heinrich Matthias and cousin of Franz Bernhard, and gave his life for the Swedish Crown in 1643 in his native Bohemia, near Hirschberg.

SCRIBE VERSES — A STEPCHILD OF RESEARCH IN CULTURAL HISTORY AND FOLKLORE

Bruno Schier

Aside from the general survey by Wilhelm Wattenbach, the verses by scribes in municipal books and chronicles have hardly ever been dealt with comprehensively. This is due to the bulk and variety of widely dispersed material which has been handed down. Using examples from old municipal registers from Friedland and Reichenberg, the author attempts a small contribution to this neglected branch of cultural history and folklore.

In form and content, the scribe verses are a mirror image of their particular age. In the 16th century they were usually written in Latin and were permeated by ideas taken from Humanistic literature. The 17th century displayed a predilection for newspapers in rhyme: even the dullest reports on grain prices or the composition of the council were presented in doggerel verse. The baroque spirit of the 18th century delighted in the playful use of rhyme effects, chronograms and acrostics.

Scholarly book knowledge and popular maxims may be considered the main sources of the scribe verses in the Friedland and Reichenberg municipal books. But only the scribe of the town of Friedland, Johann Friedrich Posselt (1680—1746) was able to achieve a lively new unity out of these sources. Only when more scribe verses are available, will it be possible to determine whether one can speak of a genuine scribe art and whether it is justified to regard scribe verses as part of the larger field of popular poetry.

RESULTS OF A COMMERCIAL JOURNEY THROUGH BOHEMIA AND SLOVAKIA IN THE YEARS 1755—56

Gustav Otruba

The author publishes the report of a commercial journey through various European countries in 1755—56 conducted in accordance with high-level orders;

singled out are those parts pertaining to the area of what is now Czechoslovakia.

The specific purpose of the tour was carefully to explore potential markets for newly established textile manufactories, studying dealers' wishes with regard to quality, varieties and colours. Beyond this, the report cited for each locality the weights and measures used, the coins in circulation, and the costs of transporting merchandise. The author of the report paid careful attention to the most important communication routes and to proposals for their improvement.

Finally a practical evaluation is made of the experiences gathered by competitors.

INTELLECTUAL AND SOCIAL PREREQUISITES OF THE NATIONAL REVIVAL IN BOHEMIA BEFORE 1848

Rudolf Mattausch

Deals with the decline of the Czech language going back to the decisive turning point of the Battle of White Mountain (1620). At the same time, however, the author shows how the Czech language survived among the peasant population and the petty bourgeoisie, sustained by a religious and pietistic literature largely emanating from Germany (Halle, Freiberg and Berlin), where centers of the confessional and political emigration had been formed. Still, the disappearance of the Czech language could be foreseen toward the end of the 18th century — this despite the reorganization of the elementary school system under Empress Maria Theresa and the opposition of the Bohemian nobility to the centralistic inclinations of Joseph II. Only the efforts in the linguistic and historical fields (Palacký) which began with Herder and in the spirit of German Romanticism, and the assumption of a leading role by the bourgeois middle class brought a decisive change — which already before the revolutionary years of 1848 and 1849 had determined the revival of the Czech nation.

ON THE HISTORY OF THE BOHEMIAN JEWS IN THE AGE OF MODERN NATIONALISM

Christoph Stölzl

By virtue of its economic activity (in commerce and industry) the Jewish minority in Bohemia held a position in Bohemian society that was far greater than the relative weight of the Jewish population share. The preeminent goal of the Bohemian Jews prior to 1848 was civil emancipation and assimilation into the ruling (German) culture. With the development of the modern Czech national movement since the beginning of the 1840s, part of the Jewish intelligentsia was also fired by the national idea. A group of Czech Jews around David Kuh and Siegfried Kapper — small in number but influential in its publicistic

activity — sought from 1844 on to win support among the Jews for the cause of Czech nationalism and at the same time to induce the leadership of the Czech movement to accept Jewish emancipation as part of its national program. This effort failed after the events of the year 1844, which though social-revolutionary in nature also had an anti-Semitic tinge; the reason was lack of interest on the part of the Jewish bourgeoisie, which saw close dependence on the Austrian state as a better guarantee of its future. But a role was also played by the negative attitude of the Czech-national leaders, who were being pressured by anti-Semitic moods among the Czech petty bourgeoisie. The question of Jewish emancipation remained unresolved during the 1848 revolution. Following an initial period of cooperation of the upper Jewish bourgeoisie with the Czech-dominated National Committee (Národní výbor), the Czech-Jewish relationship deteriorated as a result of an anti-Semitic campaign led by the petty bourgeoisie of Prague, issuing in pogrom-like occurrences in early May 1848. After the Whitsun insurrection, the upper Jewish bourgeoisie completely moved over to the German Bohemian camp. The full emancipation proclaimed by the March 1849 constitution laid the foundation for that striking loyalty to Emperor and the Empire which was henceforth to be characteristic of Bohemian Jewry.

THE TEACHING OF PUBLIC LAW AT THE KARL-FERDINAND UNIVERSITY OF PRAGUE UP TO ITS DIVISION

Helmut Slapnicka

Systematic cultivation of the discipline of public law (*ius publicum*) at the University of Prague began in 1748 with the establishment of a chair of Natural, Public and Feudal Law; next to this there was another chair of Bohemian Public („vaterländisch“) Law between 1793 and 1824. A second source of instruction in public law was the chair of Police, Commercial and Financial Sciences, established at the Philosophical Faculty in 1766 and incorporated into the Juridical Faculty in 1784. In addition, the chair of Statistics gave courses in politics expressly designed to disseminate knowledge of positive public law. And, finally, between 1773 and 1789, functionaries were trained in courses on the administration of the district administrative services.

Subsequent developments were characterized by frequent reorganizations which divided or fused the chairs: thus public law was separated out from natural and feudal law, and police sciences from penal law; political science was separated into its three component parts of administration, national economy and financial science. The titles of individual lectures were also changed: in the second half of the 19th century courses were given on administration, general public law, Austrian constitutional law, and international law.

These lectures were held in Latin up to 1784 and then in German. Two professors of public law were named in 1879, the one assigned to lecture in German,

the other in Czech. This opened the road to the division into two independent universities, one presenting lectures in German, the other in Czech, which took place in 1882.

FARM EMPLOYEES IN THE SUDETEN LANDS: AN HISTORICAL — SOCIOLOGICAL — FOLKLORE CONSIDERATION

Hertha Wolf-Berane k

The author chose the second half of the 19th century for this study of the historical, social and folklore aspects of domestics in Bohemia and Moravia-Silesia; in this period some of the social conditions that arose after the emancipation of the peasantry from serfdom were still operative, but at the same time the road had been paved for the massive industrialization that was to create a completely different type of social development. Social legislation to protect employees in case of inability to work due to illness or old age only began to take root at the beginning of the 20th century and to prevail after the First World War, but farm employees in the Sudeten lands, provided they were not unwilling to work, had their old age secured — this by virtue of their sharing in the life of the peasant family and the peasant's right of tutelage (Muntrecht) over all persons living under his roof. Only with the abolition of the Muntrecht and after various wage-scale agreements were introduced was the patriarchal bond between peasant and domestic servants dissolved. The rapid proliferation of materialism left no room for them to find a common meeting ground in working for the good of the farm. The result was above all to isolate the farmhands, who for the most part lived in places offering no opportunities for urbanlevel entertainment; this in turn only encouraged them to seek other occupations.

This study is based on detailed questionnaires conducted for some 500 Sudeten German localities, selected so as to give as broad a sample as possible.

THE CHAMBERS OF COMMERCE AND TRADES IN PRAGUE AND REICHENBERG AND BOURGEOIS ECONOMIC NATIONALISM AS A PROBLEM OF SOCIAL HISTORY

Harald Bachmann

The establishment of chambers of commerce and trades in Bohemia during the period of neo-absolutism (1850—1859) provided a strong impetus to the development of economic life. The five Bohemian chambers of commerce were organized territorially along the lines of the administrative principles of neo-absolutism. This structure, however, no longer corresponded to economic and

national conditions by the 1870s and 1880s. This is why various strata of the Czech and German population called for changes in the demarcation lines between the chambers of commerce. At about the same time, Czech industry (mostly agricultural) demanded the creation of a new chamber of commerce in eastern Bohemia incorporating also the Czech districts of the Reichenberg chamber. This project, however, had not been realized by 1918. In an „open letter“ the Germans came out in favour of the establishment of a chamber of commerce of their own whose main object was to be the promotion of the new lignite basin. This proposal also was not carried out. With only a few alterations, the territorial division of Bohemia into chamber of commerce districts survived intact until 1918 and even continued to remain an important administrative organization until 1938. Of some importance was the fact that in 1884 — due to changes in the laws governing elections to the chambers of commerce — the Czech bourgeoisie gained the majority in the senates of the central Bohemian chambers of commerce of Prague (with Pardubitz) and Pilsen.

ON MARSHAL FOCH'S TRIP TO WARSAW AND PRAGUE IN THE SPRING OF 1923

Manfred Alexander

In the spring of 1923 the occupation of the Ruhr by France and Belgium seemed to offer the first occasion where the formal Franco-Polish and informal Franco-Czechoslovak alliance against Germany could have been applied. In these months of growing tension in the Ruhr, a high French military official paid visits to the capitals of the allies, Warsaw and Prague, which necessarily aroused the suspicion that weightier plans were being pursued than indicated by the official declarations. And indeed, Marshal Foch, a known advocate of French annexation of the Rhineland, discussed in Poland questions of a Polish-French military undertaking against Berlin, for which idea, however, he gained no support from Piłsudski. The triumphal facade of Foch's journey through Poland only concealed concrete conflicts and opposing interests that were more decisive for Polish-French relations of those years than any emotional affirmations of spiritual links. The atmosphere during Foch's visit to Prague was markedly cooler, but viewed in the longer term, he achieved a greater success there than in Warsaw, for the direct antecedents of the Franco-Czechoslovak friendship treaty of 1924 date from this visit.

Examination of the course and effects of Foch's journey throws into relief the problems of French security policy in East-Central Europe, stemming from a multiplicity of conflicts between France's allies and their respective neighbours and between each other.

BENEŠ AND GERMAN STATE SECRETARY CARL VON SCHUBERT'S CONCEPTION OF EUROPEAN ECONOMIC COOPERATION

Peter Krüger

In the new relaxed atmosphere in Europe after the signing of the Locarno treaties in 1925, Czechoslovak-German relations were affected by the growing political and economic influence of Germany. Carl von Schubert, State Secretary in the German Foreign Office and an author of the Locarno idea, favoured a customs union and close economic cooperation in Europe, partly out of fear that the continent would otherwise soon suffer an economic collapse. When Beneš visited Berlin for the first time in May 1928, Schubert used the occasion to present these ideas and suggested, as a first step, an economic union between Czechoslovakia, Austria and Germany. Beneš agreed with the basic idea, but since he was fearful of the intended German expansion in Southeast Europe and of German dominance in this grouping, he suggested including France. This possibility was in line with Schubert's thinking. For a long time, he had tried to promote a basic economic understanding between France and Germany. Beneš's attitude strengthened Schubert's intentions to achieve a European agreement on security and on economic cooperation which he thought the best way to secure peace and to reestablish Germany as a great power. But he was unable to carry out his plans before Stresemann's death and before Brüning gave German foreign policy a new character.

POPULAR SOCIALISM IN BOHEMIA: NATIONAL SOCIALISM AGAINST HITLER

Martin K. Bachstein

The term *Volkssozialismus* might most adequately be translated to mean *popular socialism*. It contained elements of nationalist ideology, of American Populism, and of course, of non-Marxist socialist traditions exemplified among others by Ferdinand Lassalle, Engelbert Pernerstorfer, and other national socialists. *Volkssozialismus* came into being in the nineteen-thirties as a socialist reform movement in the German Social Democratic Workers Party of Czechoslovakia (DSAP), when a number of younger members and functionaries in that party, foremost among them Wenzel Jaksch and Dr. Emil Franzel, opposed the internationalist and inflexible course advocated by then party chairman Dr. Ludwig Czech. Influenced also by former national socialist leader Dr. Otto Strasser, an early associate of Hitler, and other right-wing elements, and motivated by the desire to form an alternative to the all-embracing Sudeten German nationalist movement of Konrad Henlein, the *Volkssozialisten* perhaps all too readily parted from their own traditional socialist heritage.

The personal and ideological friendship between Wenzel Jaksch — after the war one of the foremost refugee politicians in West Germany — and Otto Strasser turned out to be of political disadvantage. Jaksch nevertheless attempted to put his brand of socialism into practice and bring the DSAP on a more national course. The reasons for his failure, however, were not only due to his misconception of socialist political opportunities but also due to the distrust of Czechs and Slovaks, to the growing threat of Hitlerism in Central Europe in the 1930s, and last but not least, to the defensive reaction of leading Sudeten German social democrats, which for reasons of internal party rivalry denied the *Volkssozialisten* support and understanding.

But the failure of popular socialism to assert itself was also due to its preoccupation with history and lofty theory, and with primarily German problems, which tended to cloud the more important tasks of a German minority party operating in Czechoslovakia: namely finding a solution for the deteriorating relationship between Czechs and Germans. The heated discussion of popular socialism by both orthodox and right-wing socialists, their failure to agree on its merits and demerits, and the eventual demise of popular socialism parallel to the end of the DSAP in the dismemberment of Czechoslovakia only proved that the crisis of socialist ideas and politics in the inter-war-period was of a general nature, and too far-reaching to be cured simply by either a rightist or by a leftist socialist ideology.

INTERNATIONAL LAW AND DIPLOMATIC BARGAINING: A COMMENTARY ON THE SUDETEN GERMAN QUESTION

James H. Wolfe

The diplomatic dialogue over the problems of a European *détente* is couched in the language of international law. Typical of the legal approach to negotiation is the West German-Czechoslovak effort to reach agreement on the validity of the Munich Agreement (1938) and the permissibility of the expulsion of the Sudeten Germans from their homeland (1945—46). As early as 1942, Professor Edvard Táborský argued that the Munich Agreement was void *ab initio* on the following grounds: the nonfulfillment of its conditions, the use of duress during the negotiations, an unconstitutional ratification on the part of Czechoslovakia, and finally Hitlerian aggression against the remainder of the Czechoslovak Republic (ČSR). Professor Otto Kimminich and others have challenged the cogency of these arguments, and they remain a source of perennial debate. Similarly, the deportation of over two million ethnic Germans from the ČSR contravened those laws of war which demand respect for the personal and property rights of noncombatants except in instances of critical military necessity, as exemplified in the court martial of General Lothar Rendulic (1948). The indiscriminate uprooting of an ethnic minority's subject to a condition of *occupatio bellica* violates the spirit, if not the letter, of the Hague Regulations

(1907). The Czechoslovak government denies the illegality of the expulsion with the result that the application of juridical principles alone to the problems which beset German-Czechoslovak relations will not overcome the cleavage between these nations. Accordingly, the best approach to a reconciliation between the two negotiating partners is one emphasizing the techniques of pragmatic diplomatic bargaining over an appeal exclusively to legal reasoning.

THE ATTITUDE OF THE SLOVAK PEOPLE'S PARTY TOWARD THE JEWS DURING THE SECOND CZECHOSLOVAK REPUBLIC

Ladislav Lipscher

Anti-capitalist and anti-Semitic slogans asserted themselves in the program and political practice of the conservative-clerical Slovak People's Party. Particularly susceptible to such slogans were the petty bourgeoisie and peasantry, who were more or less threatened by the evolving economic situation.

When as a result of the Munich Agreement the Slovak People's Party assumed governmental power in Slovakia, the anti-Semitic tendencies exploited for many years as a means of propaganda acquired the character of an official policy of the Slovak government. Initially the anti-Semitic measures taken by the Slovak government were but part and parcel of interventions based on the principles of an anti-democratic orientation. At this time no concrete steps had yet been taken that were aimed, directly or indirectly, against Jews living in Slovakia. Anti-Semitic tendencies found their chief expression rather in the official atmosphere and in practical politics. By issuing moderately formulated basic principles, Slovak governmental authorities endeavoured, however, to check the impact of the extreme radicalism which certain Slovak political circles and nationalist elements among the local German minority advocated.

RÉSUMÉS

LA TCHÉCOSLOVAQUIE, MICROCOSME DE L'ENSEMBLE DES ÉVOLUTIONS EUROPÉENNES

Friedrich Prinz

Les pays de Bohême et la Tchécoslovaquie pourraient servir de modèle à l'histoire européenne. Cela est expliqué par quelques exemples comme les relations entre la christianisation et le développement du règne des Premyslides, la réforme de l'église par le hussitisme, la crise du féodalisme dans la civilisation urbaine du Moyen-âge. De même aux 15 et 16èmes siècles la Bohême est le modèle d'une puissance des classes supérieures entièrement développée, comme c'était le cas en Angleterre. Depuis la bataille de la Montagne Blanche les pays de Bohême suivirent cependant les variations de l'absolutisme européen. Si l'on écrivait une histoire européenne des mouvements migratoires riches de conséquences, la Bohême y jouerait un rôle central depuis l'époque du Hussisme jusqu'au début de l'époque actuelle. Cela vaut aussi pour l'étude du nationalisme et ses effets sur le mouvement ouvrier. Le Collegium Carolinum, sous la direction de Karl Bosl, s'est justement donné pour tâche depuis sa fondation d'étudier et d'exposer les inter-pénétrations européennes de l'histoire de Bohême, de l'Allemagne des Sudètes et de la Tchécoslovaquie.

LES NOMS DE PERSONNE AU MOYEN-ÂGE DANS LE CADRE DE L'HISTOIRE CULTURELLE

Ernst Schwarz

L'exposé s'efforce d'étudier les noms de personne dans les pays des Sudètes au Moyen-âge dans le cadre de l'histoire culturelle. Il insiste sur le problème suivant: comment s'expliquent les noms de baptême et saints allemands dans la langue tchèque aux 12 et 13èmes siècles? Les sources n'apparaissent qu'au 12ème siècle. Seuls quelques noms slaves de l'époque du royaume de Grande Moravie sont connus. Certes des noms de saints étaient déjà utilisés à cette époque par les Slaves non seulement en Moravie mais aussi en Bohême tels *Ivan* < Johann, *Dmitr* < Demetrius, *Kliment* < Klement, *Ondřej* < Andreas. L'extension de l'emploi de ces noms fut facilitée par la langue des apôtres Kyrill et Method: le vieux bulgare. En Bohême le 10ème siècle est l'époque principale de la mission de Kyrill et Method. A cette époque des noms allemands et des noms de saints

sont transformés en tchèque comme Uolrich devient *Oldřich*, *Liutold* *Litold*, *Liupolt* *Lipolt*, *Liutwin* *Litvin*, *Hagno* *Abna*, *Heimram* *Jimram*, de même que d'un autre côté le nom du comte tchèque *Václav* devient en allemand *Wenzel*. D'autres noms encore des noms de saints particuliers datent de cette époque. L'étude de la transformation des phonèmes permet de situer la date de l'emprunt des noms tels que *Jerman* de *Heriman*, *Vilém* de *Wilhelm*, *Rýner* de *Reiner*, *Havel* de *Gallus*, *Abna* de *Hagno*, *Jiří* de *Georg*, *Humpolt* de *Gumpolt*, *Hospřid* de *Gotfrid* aux environs de 1170, 1250 et 1300. Ils témoignent de la présence de chevaliers, ecclésiastiques et moines allemands bien avant le début de la recolonisation allemande. Une attention toute particulière est portée aux cas qui sont en contradiction avec les règles de la transformation des phonèmes comme *Šimon* *Simon*. L'apparition des noms dans les sources des 12/13èmes siècles en confirme leur âge. La langue tchèque a la possibilité de s'approprier des noms étrangers en les raccourcissant ou en leur rajoutant des suffixes; ce qui permet de situer l'âge du nom entier. L'influence des mariages mixtes sur les noms est aussi étudiée. On ne fait que mentionner des faits connus tels que l'extension massive des noms allemands lors du développement du pays à la fin du Moyen-âge. L'appauvrissement des vieux prénoms indigènes d'un côté et d'un autre côté le respect croissant des saints mènent à l'extension de l'emploi des noms de saints jusque dans les basses classes sociales. L'épuisement de la liste des prénoms et la mode internationale contribuent à l'apparition du nom de famille.

TABOR ET LES RÉVOLUTIONS EUROPÉENNES

Ferdinand Seibt

L'exposé est une prise de position vis à vis des essais d'explication du Taborisme publiés jusqu'à présent dans le cadre de la révolution hussite, en particulier en ce qui concerne les rapports entre Tabor et Prague et les critères des mouvements révolutionnaires dans l'histoire européenne. Seibt montre, à l'aide de ses études antérieures et d'une nouvelle étude de la pensée utopique à l'époque de la Réformation en Europe centrale, que dans une première phase du développement révolutionnaire (1419—1421) se révéla à Tabor le même programme révolutionnaire égalitaire que caractérise aussi d'autres révolutions européennes „gauchistes“ („linker Flügel“). Il était exprimé dans les formes d'une utopie chiliaste et ne fut finalement révélé que par les études de Josef Macek.

Seibt estime que l'évolution de Tabor est empreinte d'un caractère révolutionnaire. Certes les Praguais n'exigèrent pas l'égalité générale d'après le programme de leurs chefs, comme le firent les habitants de Tabor entre 1419 et 1421, mais ils voulurent cependant renverser la société d'alors avec la prétention d'une direction à teinte bourgeoise. De la même façon les Taborites se distancèrent manifestement après 1421 de leurs revendications d'égalité. De même les idées qu'ils se faisaient d'un ordre futur présumaient vraisemblablement une certaine relativité dans l'ordre des classes. Seibt est en contradiction avec les idées de

Kaminsky qui voit dans une nouvelle conception du monde à base religieuse un critère décisif pour un mouvement révolutionnaire. Si ce critère pour un mouvement révolutionnaire s'avérait juste, on devrait alors considérer les ordres réformateurs monastiques comme des mouvements révolutionnaires. Seibt en vient à la conclusion qu'une révolution ne se laisse pas définir seulement par l'histoire des courants d'idées mais au contraire seulement par le tableau approfondi de la société.

LES WETTENGEL DE NEUENBERG. LES NÉGOCIANTS ÉMINENTS DE PRAGUE AVANT LA BATAILLE DE LA MONTAGNE BLANCHE

Richard Klier

A la fin du 16ème siècle les Wettengel de Neuenberg étaient les bourgeois les plus riches de la cité de Prague. Ils étaient originaires du domaine de Neuberg près d'Asch en Bohême. D'après le livre des douanes de Prague de l'année 1597 Christoph Betengel (Wettengel) acquitta les frais de douane les plus élevés (92 Schock 14 Gr. de Bohême). Il possédait plusieurs maisons dans le quartier du Brückel et des champs à l'emplacement de l'actuel musée national. De plus il acheta en 1583 en Bohême orientale le domaine de Borohrádek 12 600 Schock de Gr. de Bohême et en 1587 le domaine de Reichenau sur la Kněžna pour 33 750 Schock de Gr. de Bohême. Comme son fils unique Johannes était décédé en 1587 lors d'un voyage à cheval à Lyon et sa fille unique Katharina en 1600, son frère Eustachius était devenu son héritier principal en 1602. Ce dernier n'avait obtenu le titre de citoyen de la ville de Prague que le 10 mars 1592. Lorsque son frère Christoph mourut en 1602, il entra comme ce dernier au conseil municipal de la capitale de Bohême. Cet honneur fut pour lui une lourde charge car il n'avait que peu de connaissances de la langue tchèque. Il se fit libérer de cette charge par le souverain le 13 novembre 1603.

Lors de la mort soudaine d'Eustachius en janvier 1620 on dressa un inventaire de succession qui montre clairement la situation financière du défunt. Les deux fils d'Eustachius héritèrent au total de 250 000 Schock de Gr. de Meissen. Le riche héritage ne fit pas le bonheur des deux jeunes Wettengel. La défaite des protestants dans la bataille de la Montagne Blanche eut une influence sur le sort des deux jeunes Wettengel: tous deux devinrent officiers au service de l'Empereur. Christoph Wettengel le cadet mourut au camp le 15 février 1623 à Nizko (Neisse). Son frère Hans dut lutter dur pour la reconnaissance de ses revendications. Il mourut en 1630.

LES COMTES SUEDOIS DE THURN

Emil Schieche

La famille du comte Heinrich Matthias de Thurn n'a connu que trois générations en Suède. Heinrich Matthias lui-même mourut en noble suédois estimé en 1640; son fils Franz Bernhard était mort avant lui pour la couronne suédoise en 1628 lors de la bataille contre les Polonais en Prusse occidentale; son petit-fils Heinrich mourut de même pour la couronne suédoise lors d'une bataille contre les Russes. Ces trois générations eurent d'étroites relations avec la Cour et la haute noblesse; la famille reçut le comté de Pernau en Estland, que le roi Gustav II avait créé exprès pour elle. Heinrich, le dernier de la famille de Suède, devint, en tant que général et gouverneur, membre du conseil de l'empire suédois. En plus de cette famille, le comte Hans Jakob de Thurn était aussi au service de la couronne en tant que colonel; c'était un neveu de Heinrich Matthias et un cousin de Franz Bernhard qui mourut pour la couronne de Suède en 1643 dans sa patrie de Bohême près de Hirschberg.

LES NOTES RÉDIGÉES EN VERS DES SCRIBES, LES ENFANTS PAUVRES DE LA RECHERCHE HISTORIQUE CULTURELLE ET FOLKLORIQUE

Bruno Schier

Mis à part le travail de Wilhelm Wattenbach, qui nous donne une idée d'ensemble, aucune oeuvre ne réunit les vers des scribes contenus dans les livres des villes et chroniques. Cela tient de l'abondance et de la multiplicité du matériel des différentes sortes de registres municipaux. Avec des exemples tirés de vieux registres municipaux de Friedland et Reichenberg l'auteur essaie de faire une petite contribution à cette branche délaissée de la recherche historique culturelle folklorique.

Les vers des scribes sont, de par leur forme et contenu, le reflet de leur époque. Au 16ème siècle ils sont volontiers rédigés en latin et imprégnés de l'esprit littéraire humaniste. Le 17ème siècle, qui a une prédilection pour les journaux rédigés en rimes, ne manque pas de donner en vers à quatre temps forts rimant deux à deux les informations les plus sèches sur le prix des différentes sortes de céréales ou la composition du conseil municipal. L'esprit baroque du 18ème siècle se plaît à utiliser des effets de rimes, des chronogrammes et des acrostiches.

La science livresque et la connaissance des maximes populaires sont les sources principales des vers des scribes des registres de Friedland et Reichenberg. Seul le scribe de la ville de Friedland, Johann Friedrich Posselt (1680—1746) est arrivé à base de ces deux sources, à créer une unité nouvelle et pleine de vie. Ce n'est que quand d'autres collections de vers de scribes seront réunies que l'on pourra décider si l'on peut parler d'un art des scribes propre et si on peut le considérer comme faisant partie de la poésie populaire.

RAPPORTS D'UN VOYAGE DE COMMERCE EN BOHÈME ET SLOVAQUIE DANS LES ANNÉES 1755—1756

Gustav Otruba

L'auteur publie le rapport d'un voyage de commerce exécuté conformément à un ordre supérieur à travers différents pays d'Europe dans les années 1755—1756; il n'en étudie que les parties se rapportant aux pays de l'actuelle Tchécoslovaquie.

Le but du voyage était en particulier l'étude exacte d'éventuels débouchés pour les manufactures de textiles nouvellement fondées. De plus les désirs des commerçants en ce qui concerne la qualité, les variétés et les couleurs devaient être aussi étudiés. Sont de plus mentionnés pour chaque endroit les mesures et poids usités ainsi que la monnaie courante et les frais de transport des marchandises. Les auteurs donnent beaucoup de soin à la description des voies de communication les plus importantes et aux conseils qu'ils donnent pour leur amélioration.

Enfin est dressée une étude pratique des renseignements recueillis auprès des concurrents.

LES CONDITIONS INTELLECTUELLES ET SOCIALES DE LA RENAISSANCE DE L'ESPRIT NATIONAL EN BOHÈME AVANT 1848

Rudolf Mattausch

Cet exposé traite avant tout du déclin de la langue tchèque jusqu'à l'événement décisif de la bataille de la Montagne Blanche (1620). Mais il est en même temps montré que la langue tchèque s'est maintenue parmi la population paysanne et la petite bourgeoisie, soutenue avant tout par une littérature religieuse et de piété qui vint en grande partie d'Allemagne (Halle, Freiburg, Berlin) où des centres d'émigrés confessionnels et politiques s'étaient constitués. La fin de la langue tchèque était cependant à prévoir vers la fin du 18ème siècle et cela malgré les lois scolaires promulguées sous l'impératrice Marie-Thérèse et malgré l'opposition constante de la noblesse de Bohême aux tendances de centralisation de Joseph II. Herder et les tendances, dans l'esprit du romantisme allemand, dans les domaines linguistiques et historiques (Palacký), la prise en charge du pouvoir par la classe moyenne bourgeoise menèrent au tournant décisif. Il décida déjà avant les années révolutionnaires, de la renaissance de la nation tchèque.

DE L'HISTOIRE DES JUIFS DE BOHÈME À L'ÉPOQUE DU NATIONALISME MODERNE

Christoph Stölzl

La minorité juive de Bohême occupait de par son activité économique (commerce et industrie) une position dans la société de Bohême qui était supérieure au pourcentage de juifs dans la population. Le but prédominant des juifs de Bohême était, avant 1848, l'émancipation civile et l'assimilation à la culture dominante (allemande). Avec le développement du mouvement national moderne des Tchèques depuis le début des années 40, une partie de l'intelligentsia juive participa au rayonnement de l'idée nationale. Un groupe de juifs tchèques réunis autour de David Kuh et Siegfried Kapper, petit mais influent au point de vue publications essaya à partir de 1844 de mettre les juifs du côté du nationalisme tchèque et en même temps d'amener la direction du mouvement tchèque à faire entrer l'émancipation juive dans son programme national. Cet essai échoua après les événements sociorévolutionnaires de 1844 devant le désintéressement de la bourgeoisie juive qui sentait son avenir plus assuré dans un état autrichien, étant donné que les événements sociorévolutionnaires avaient aussi une teinte antisémite. La position des juifs fut renforcée par l'attitude négative des dirigeants du mouvement national tchèque, qui furent influencés par les tendances antisémitiques de la petite bourgeoisie tchèque. Pendant la révolution de 1848 la question de l'émancipation juive resta suspendue. Après un début de coopération de la haute bourgeoisie juive avec le comité national dominé par les Tchèques (Národní výbor) les relations tchéco-juives se détériorèrent par suite de propagande antisémite; cette propagande fut menée par la petite bourgeoisie de Prague et s'accompagna de pogroms au début de mai 1848. Après le soulèvement de la Pentecôte la haute bourgeoisie juive se tourna complètement vers le parti des Allemands de Bohême. Lorsque l'émancipation totale fut proclamée par la constitution octroyée de mars 1849, la première pierre de l'attachement à l'empereur et au royaume avait été posée; cette fidélité devait devenir le trait caractéristique des juifs de Bohême.

L'ENSEIGNEMENT DU DROIT PUBLIC À L'UNIVERSITÉ KARL-FERDINAND DE PRAGUE JUSQU'À SON DÉMEMBREMENT

Helmut Slapnicka

L'enseignement systématique du droit public (*ius publicum*) à l'université de Prague commence en 1748 avec l'institution d'une chaire de droit naturel, de droit public et de droit féodal; de 1793 à 1824 est de plus instituée une chaire pour le droit public de Bohême ou droit du „pays natal“ („*vaterländisch*“). La

deuxième source d'où découle l'enseignement du droit public est la chaire des sciences policières, commerciales et financières faisant d'abord partie de la faculté de philosophie, rattachée ensuite en 1784 à la faculté de droit. De plus des cours d'instruction civique furent donnés à la chaire de statistique; la chaire devait avant tout procurer de plus amples connaissances du droit public positif. En dehors de l'université entre 1773 et 1789 la formation des fonctionnaires se complétait par un cours sur l'administration des services administratifs de l'arrondissement.

L'évolution ultérieure est caractérisée par la réorganisation fréquente des chaires, leur démembrement et leur fusion: le droit public fut séparé du droit naturel et du droit féodal, les sciences policières du droit pénal, la science politique fut divisée en ses trois branches: instruction administrative, économie nationale, science des finances. De même la dénomination des différents cours fut changée: dans la deuxième moitié du 19ème siècle il y eut des cours d'instruction administrative, de droit public général, droit constitutionnel autrichien et de droit international.

Jusqu'en 1784 ces cours furent donnés en latin, puis en allemand. En 1879 deux professeurs de droit public furent nommés: l'un eut pour tâche de faire les cours en allemand, l'autre en tchèque; la division en deux universités indépendantes, l'une avec des cours en allemand, l'autre avec des cours en tchèque était ainsi commencée; elle devait se réaliser en 1882.

LES EMPLOYÉS DES FERMES DANS LES PAYS DES SUDÈTES. UNE CONSIDÉRATION POPULAIRE SOCIO-HISTORIQUE

Hertha Wolf-Beraneč

Pour faire une étude historique, sociale et populaire des domestiques en Bohême et Moravie-Silésie, on a choisi la 2ème moitié du 19ème siècle; à cette époque ce sont d'une part encore les mêmes conditions que celles après la libération des paysans de l'esclavage et d'autre part le chemin de l'industrialisation en masse et la transformation sociale qu'elle implique est déjà tracé. Des réglemens légaux d'ordre social pour la protection des ouvriers en cas d'incapacité de travail par suite de maladie ou de vieillesse n'apparurent qu'au début du 20ème siècle et ne furent vraiment valables qu'après la deuxième guerre mondiale. Cependant les employés des fermes des pays des Sudètes, tant qu'il ne s'agissait pas de paresseux, avaient leur vieillesse assurée de par leur participation à la vie de famille du fermier et le droit de tutelle que le fermier avait sur tous ceux qui vivaient sous son toit. Ce n'est qu'après la fin du droit de tutelle et après l'entrée en vigueur des différents accords tarifaires que les rapports patriarcaux entre fermiers et employés disparurent. Le matérialisme qui se répandit vite changea l'attitude respective des employés de la ferme et du fermier, autrefois réunis pour le bien de la ferme. La conséquence fut qu'avant l'employé de ferme qui la

plupart du temps habitait loin des divertissements offerts par la ville, fut contraint à l'isolement, ce qui d'une part contribue à la fuite devant cette profession.

L'exposé présent se base sur des questions détaillées qui furent traitées pour environ 500 localités sudètes.

LES CHAMBRES DE COMMERCE ET DES MÉTIERS DE PRAGUE ET REICHENBERG ET LE NATIONALISME ÉCONOMIQUE BOURGEOIS EN TANT QUE PROBLÈME D'HISTOIRE SOCIALE

Harald Bachmann

Depuis la création des chambres de commerce et des métiers à l'époque du néoabsolutisme (1850—1859) la vie économique s'était fortement développée. Les cinq chambres de commerce de Bohême étaient territorialement divisées selon les principes administratifs du néoabsolutisme. Dans les années 70 et 80 cette répartition ne correspondait plus aux données économiques et nationales. Aussi diverses couches de la population tchèque et allemande exigèrent-elles un changement dans les limites des ressorts des chambres de commerce. A peu près à la même époque l'industrie agricole tchèque exigea la création d'une nouvelle chambre de commerce en Bohême orientale, à laquelle on voulait annexer les arrondissements tchèques de la chambre de commerce de Reichenberg. Le projet n'était pas encore réalisé en 1918. Dans une „lettre ouverte“ on optait, du côté allemand, pour l'institution d'une propre chambre de commerce en Bohême du nord-ouest dont la tâche principale devait être l'expansion du nouveau bassin de lignite. Ce projet ne fut pas non plus exécuté. La division territoriale de la Bohême en circonscriptions de chambres de commerce se maintient jusqu'en 1918, mis à part quelques changements, et représenta jusqu'en 1938 une importante organisation administrative. Le fait qu'en 1884, lors d'un changement des lois électorales concernant les chambres de commerce, la bourgeoisie tchèque put obtenir la majorité dans les sénats des chambres de commerce de Bohême centrale de Prague (avec Pardubitz) et Pilsen, fut d'une grande importance.

DU VOYAGE DU MARÉCHAL FOCH À VARSOVIE ET PRAGUE AU PRINTEMPS 1923

Manfred Alexander

Au printemps 1923 l'occupation de la Ruhr par la France et la Belgique sembla être la 1ère occasion où l'entente formelle franco-polonaise et l'entente informelle franco-tchèque contre l'Allemagne auraient pu servir. Pendant les mois de tension croissante en Ruhr eut lieu le voyage d'un haut militaire français dans

les capitales des alliés, Varsovie et Prague; ce voyage éveilla des soupçons, il serait suivi de plans ultérieurs, comme le laissèrent entendre les communiqués officiels. En fait le maréchal Foch, qui était pour l'annexion de la Rhénanie à la France, souleva en Pologne la question d'une entreprise militaire franco-polonaise contre Berlin; il ne trouva cependant pas d'appui auprès de Piłsudski. Derrière la façade d'un voyage triomphant de Foch en Pologne, se cachaient des conflits serrés et des divergences d'intérêt qui furent plus décisives pour les relations franco-polonaises de cette année que les manifestations émotionnelles de liens intellectuels. La visite à Prague se déroula dans une atmosphère d'un autre genre, en fait plus froide; mais là, à longue échéance, il remporta un plus grand succès qu'à Varsovie car sa visite fut le préliminaire direct de l'entente amicale franco-tchèque. L'étude de l'évolution et des effets du voyage de Foch permet de poser le problème de la politique de sécurité française en Europe centrale orientale; ceux-ci reposent sur une multiplicité de conflits entre les alliés de la France et leurs voisins respectifs et entre ces derniers.

BENEŠ ET LA CONCEPTION DE LA COOPÉRATION ÉCONOMIQUE EUROPÉENNE DU SECRÉTAIRE D'ÉTAT ALLEMAND, CARL VON SCHUBERT

Peter Krüger

Dans l'atmosphère de détente qui suit en Europe les traités signés à Locarno en 1925, les relations entre la Tchécoslovaquie et l'Allemagne sont marquées par la croissance de l'influence politique et économique de l'Allemagne. Carl von Schubert, Secrétaire d'État à l'Office allemand de Affaires Étrangères, un des auteurs de l'idée locarnienne, soutient l'idée d'une union douanière et d'une coopération économique plus étroites en Europe. Il craignait que le continent ne connaisse autrement une crise économique. Lorsqu'en mai 1928 Beneš se rendit pour la première fois à Berlin, Schubert saisit l'occasion pour lui exposer ses idées et suggéra pour première étape une union économique entre la Tchécoslovaquie, l'Autriche et l'Allemagne. Beneš approuva le principe de l'union économique, mais craignant les projets d'expansion allemands dans l'Europe du Sud-Est et une prépondérance allemande dans une telle union, il suggéra d'y inclure la France. Cette éventualité était dans la ligue de la pensée de Schubert. Longtemps il avait essayé de promouvoir une entente économique franco-allemande. L'attitude de Beneš renforça Schubert dans sa conviction de la nécessité d'aboutir à un accord européen sur la Sécurité et sur la coopération économique. Il pensait que c'était la meilleure voie pour assurer la paix et rétablir en même temps l'Allemagne dans sa position de grande puissance. Mais il ne put mener à bien cette politique avant la mort de Stresemann et avant la nouvelle direction que prit la politique étrangère de l'Allemagne sous l'impulsion de Brüning.

SOCIALISME POPULAIRE EN BOHÊME

Martin K. Bachstein

La façon la plus adéquate de traduire la notion de *Volkssozialismus* serait de parler de socialisme populaire. Celui-ci comprit des éléments d'idéologie nationaliste, de Populisme américain et, bien entendu, de traditions socialistes non-marxistes personifiées, entre autre, par Ferdinand Lassalle, Engelbert Pernersdorfer et d'autres socialistes nationaux. Le *Volkssozialismus*, qui prit naissance au cours des années trente de ce siècle, fût un mouvement de réforme au sein du Parti Ouvrier Social-démocrate Allemand de Tchécoslovaquie (DSAP) déclenché par de jeunes membres et fonctionnaires de ce parti, avant tout Wenzel Jaksch et Dr. Emil Franzel qui s'opposaient à la ligne politique internationaliste et inflexible poursuivie alors par le président du parti Dr. Ludwig Czech. Influencés également par l'ancien chef national-socialiste Dr. Otto Strasser, associé de première heure d'Hitler, et d'autres éléments de droite et inspirés par le désir de former une alternative au mouvement nationaliste allemand de Konrad Henlein (Sudètes), les *Volkssozialisten* se dégagèrent peut-être trop tôt de leur propre héritage traditionnel et socialiste.

L'amitié aussi bien personnelle qu'idéologique entre Wenzel Jaksch — après la guerre l'un des réfugiés politiques des plus éminents en République Fédérale — et Otto Strasser s'avéra être un désavantage politique. Néanmoins, Jaksch essaya de réaliser son idée du socialisme et de faire suivre au parti ouvrier social-démocrate allemand un cours plus nationaliste. Les raisons de son échec furent non seulement une fausse idée qu'il avait des possibilités politiques du Socialisme, mais aussi la méfiance de la part des Tchèques et des Slovaques, le danger grandissant du Hitlerisme en Europe centrale et, last but not least, la réaction défensive de la part de certains chefs du parti social-démocrate sudète, qui, pour des raisons de rivalité interne, refusèrent aux *Volkssozialisten* toute aide et toute compréhension.

Mais l'échec du socialisme populaire résulta finalement du fait qu'il avait tendance à s'occuper plus d'histoire et de théorie que de politique réelle, négligeant ainsi les tâches plus urgentes qui seraient incombées à un parti minoritaire allemand établi en CSR, à savoir: trouver une solution afin d'empêcher que se détériorent d'une façon plus forte encore les relations entre Tchèques et Allemands. La discussion échauffée autour du socialisme populaire entre les socialistes orthodoxes et ceux de droite, leur incapacité de s'entendre sur ses mérites et défauts et la fin éventuelle du socialisme populaire de pair avec la fin du DSAP lors du partage de la Tchécoslovaquie prouvèrent que la crise des idées et des actions politiques socialistes dans la période entre les deux guerres fût une crise générale ayant une envergure trop importante pour être guérie par de la simple idéologie extrême — fût-elle de gauche, fût-elle de droite.

LES LOIS INTERNATIONALES ET LE MARCHANDAGE DIPLOMATIQUE: UN COMMENTAIRE SUR LA QUESTION DES SUDÈTES

James H. Wolfe

Le dialogue diplomatique relatif aux problèmes de la détente en Europe repose sur le langage juridique international. L'effort Allemagne de l'Ouest-Tchécoslovaquie pour parvenir à un accord sur la validité du traité de Munich (1938) et l'admissibilité de l'expulsion des Allemands des Sudètes de leur pays natal (1945—46) est un cas typique d'une approche légale vers une négociation. Déjà en 1942 le professeur Edvard Táborský prétendait que l'accord de Munich était nul *ab initio* pour les motifs suivants: la non-exécution de ses conditions, l'emploi de la contrainte pendant les négociations, une ratification non-constitutionnelle du côté tchécoslovaque et finalement l'agression hitlérienne contre le reste de la République tchécoslovaque (ČSR). Le professeur Otto Kimminich et autres ont réfuté la valeur de ces arguments qui demeurent une source de continuel débats. De même la déportation de plus de 2 millions de personnes de race allemande hors de Tchécoslovaquie contreviennent aux lois de la guerre qui exigent le respect des personnes et des droits des non-combattants sauf en cas de nécessité militaire critique comme illustré lors de la Cour Martiale du général Lothar Rendulic (1948). Le déracinement sans discrimination d'une minorité ethnique se trouvant dans la condition *d'occupatio bellica* viole l'esprit, sinon la lettre de la convention de La Haye (1907). Le gouvernement tchécoslovaque réfute l'illégalité de cette expulsion si bien que la seule application de moyens juridiques aux problèmes qui nuisent aux relations Allemagne-Tchécoslovaquie ne peut surmonter le différend qui sépare ces nations. En conséquence la meilleure approche à une réconciliation entre ces deux antagonistes est celle qui mettra l'accent sur les techniques classiques du marchandage diplomatique plutôt que sur le recours exclusif au raisonnement légal.

DE L'ATTITUDE DU PARTI POPULAIRE SLOVAQUE ENVERS LES JUIFS PENDANT LA DEUXIÈME RÉPUBLIQUE TCHÉCOSLOVAQUE

Ladislav Lipscher

Au programme et dans la pratique politique du parti populaire slovaque à tendance conservatrice et cléricale, seules les idées anticapitalistes et antisémitiques valaient. La petite bourgeoisie et les paysans étaient très réceptifs à de telles idées, d'autant plus que leur situation économique était plus ou moins menacée.

Une des conséquences de l'accord de Munich fut la prise du pouvoir en Slovaquie par le parti populaire slovaque le 6 octobre 1938. Les tendances

antisémitiques qui avaient été de longues années des moyens de propagande devinrent les bases de la politique officielle du gouvernement slovaque. Au début les mesures antisémitiques que le gouvernement slovaque avait prises, étaient une partie des interventions antidémocratiques de principe. A cette époque on n'entreprit pas encore de démarches concrètes qui étaient directement ou indirectement contre les juifs vivant en Slovaquie. Les tendances antisémitiques se révélèrent avant tout dans l'atmosphère officielle et dans la politique pratique. Le gouvernement slovaque s'efforça cependant de freiner les effets d'un radicalisme extrême en publiant les principes fondamentaux rédigés d'une façon modérée; le gouvernement s'opposait ainsi à certains cercles politiques slovaques et à des fractions de minorité allemande à tendance nationaliste.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ASlPh	Archiv für slawische Philologie
BJbVk	Bayerisches Jahrbuch für Volkskunde
BohJb	Bohemia. Jahrbuch des Collegium Carolinum
ČČH	Český časopis historický
ČDV	Časopis pro dějiny venkova
ČSČH	Československý časopis historický
HBVk	Hessische Blätter für Volkskunde
HJ	The Historical Journal
HZ	Historische Zeitschrift
JbODVk	Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde
JbVGDB	Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen
JCEA	Journal of Central European Affairs
MIOG	Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung
MNExKl	Mitteilungen des Nordböhmisches Exkursions-Klubs
MVGDB	Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen
SZVk	Sudetendeutsche Zeitschrift für Volkskunde
ZBLG	Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte
ZDPh	Zeitschrift für deutsche Philologie
ZföVk	Zeitschrift für österreichische Volkskunde
ZNF	Zeitschrift für Namenforschung
ZSDG	Zeitschrift für sudetendeutsche Geschichte
ZVGMS	Zeitschrift des Vereins für Geschichte Mährens und Schlesiens

PERSONENREGISTER

- Adalbert Vojtěch, Bischof von Prag (982—997), 24, 30
- Adalrammus, Erzbischof v. Neutra (822—836) 24
- Adler, Victor (1852—1918), österr. soz.-dem. Politiker 17, 192 Anm. 65, 344
- Adolf, Johann, Pfalzgraf (Mitte 17. Jh.) 89 Anm. 37
- Andrian-Werbug, Viktor Frh. von 1813—1858), österr. Politiker 168, 170
- Arnold, Emanuel (1801—1869), tschech. Politiker u. Publizist 159
- Aschmann, dt. Generalkonsul (1927) 338
- Bach, Alexander Frh. von (1813—1893), österr. Staatsmann 282
- Bach, Friedrich (1817—1865), Dichter u. Arzt 199
- Balbín, Bohuslav (1621—1688), böhm. Geschichtsschreiber 43
- Banér, Gustav Adam (um 1650) 93
- Banér, Johann (1596—1641), schwed. General 92—94
- Bauer, Otto (1882—1938), österr. Politiker 156, 169, 352, 365 f.
- Bayer, Josef (1827—1910), Ästhetiker 214 Anm. 179
- Bayle, Pierre (1647—1706), frz. Philosoph d. Aufklärung 15
- Bebel, August (1840—1913), dt. soz.-dem. Politiker 344
- Becher, Gutsbesitzer (1848) 175
- Beck, Józef (1894—1944), poln. Politiker, Außenminister 304
- Beheim, Peter, Nürnberger Faktor d. Prager Firma Chr. Wettengel (1581) 48
- Benatský, Georg, Prager Bürger (1572) 51
- Beneš, Edvard (1884—1948), tschech. Staatspräsident 297, 299—301, 309 f., 312—315, 320—339, 368, 372, 374—376, 378
- Beneschowsky, Johann, Glockengießer in Mähr.-Trübau (um 1600) 55, 58
- Benndorf, dt. Geschäftsträger in Warschau (1923) 307 Anm. 97, 311
- Beran, Rudolf (* 1887), tschech. Politiker 396
- Berg, Friedrich von, Nürnberger Bürger (1619) 70
- Bernstein, Eduard (1850—1932), Theoretiker d. Sozialdemokratie 344
- Berthelot, Philipp (1827—1907), frz. Politiker 321, 334
- Birelli von Perlbach, Superintendent d. Prager Univ. (um 1720) 222
- Bismarck, Otto von (1815—1898), preuß. Ministerpräsident (1862—1890) 359
- Bloch, Prager Bankiers 189
- Blümert, Abraham, Nürnberger Faktor Hans de Wittes 77
- Bob, Franz Joseph, Prof. f. pol. Wissenschaften in Freiburg (1768) 229
- Böheim, Hans, Taborit 37 f.
- Böhmer, Justus Henning (1674—1749), Jurist 225
- Bokanowski, Maurice (1879—1928), frz. Politiker 332, 335
- Bondy, Bohumil (1832—1907), tschech. Politiker 288
- Borrosch, Alois (1797—1869), Prager Buchhändler u. Politiker 175
- Bourguignon von Baumberg, Franz († 1784), Prof. f. Staats- u. Lehenrecht 224 f., 226 Anm. 29
- Brahe, Elsa Beate de (1629—1653) 89
- Brahe, Per (1602—1680), schwed. Staatsmann 89 Anm. 37
- Brandeis, Prager Industrielle 188, 204, 209, 218
- Brauner, Franz August (1810—1880), tschech. Politiker 170, 175, 178, 210 f., 220
- Briand, Aristide (1862—1932), frz. Staatsmann 329, 332, 335 f.
- Broch, Hermann (1886—1951), Schriftsteller 192 Anm. 65
- Brüning, Heinrich (1885—1970), dt. Staatsmann u. Gelehrter 324, 336, 338 f.
- Budry (eigtl. Połowiński), Oberst, litau. Freischärler (1920) 291 Anm. 13
- Butschek, Josef Ignaz Edler von Heraltitz (1745—1821), Prager Univ.-Professor 231 f., 241
- Carolides von Carlsberg, Georg (1579—1612), tschech. Humanist u. Schriftsteller 58

- Chamberlain, Arthur Neville (1869—1940), brit. Staatsmann 376
- Chelčický, Petr (ca. 1390—1460), hussit. Laientheologe 165, 360
- Chlupp, Johann Moritz Edler von Clonau (1801—1876), Univ.-Professor 235, 237
- Chmel, Jan, Prager Bürger (um 1630) 77
- Chňoupek, Bohuš (geb. 1925), tschechosl. Außenminister (ab 1971) 375
- Chotek, Karl Graf von (1783—1868), Oberstburggraf (1826—1843) 196, 203, 207
- Christina († 1689), Königin v. Schweden (1644—1654) 86, 89, 92—94
- Chvalkovský, František (1885—1944), tschechosl. Außenminister (ab 1938) 325, 397
- Cicero, Marcus Tullius (106—43 v. Chr.), röm. Politiker u. Schriftsteller 385
- Clementis, Vlado (1902—1952), tschech. Kulturschaffender u. Politiker 387 Anm. 6
- Comenius s. Komenský, Jan Amos
- Cornova, Ignatius (1740—1822), Schriftsteller u. Historiker 33
- Cosmas von Prag (1045—1125), Chronist 24, 27 f., 30
- Curtius, Julius (1877—1948), dt. Staatsmann 327
- Czartoryski, Adam Fürst (1770—1861), poln. Staatsmann 16
- Czech, Ludwig (1870—1942), suddt. Politiker 341, 348 f., 353, 368, 370
- Czermak, Johann Nep. (1828—1873), Mediziner 202
- Daubecius, Johannes, Bakkalaureus in Prag (Anf. 17. Jh.) 65
- David, Josef (* 1884), tschech. Politiker 344, 357
- Denis, Ernest (1849—1921), frz. Historiker u. Slawist 160
- Deutsch, Karl Wolfgang, Politologe 365, 368 f., 371
- Deym, Friedrich Graf (1801—1853), österr. Politiker 170
- Dienzenhofer, Kilian Ignaz (1689—1751) 227
- Dienzenhofer, Wenzel (1750—1805), Prof. f. Staats- u. Lehenrecht 227, 234
- Dietmar, Bischof v. Prag (973—982) 24
- Dittrich, Prager Apotheker (1848) 175
- Dobokai, Anton, Prof. f. polit. Wissenschaften in Klausenburg (18. Jh.) 229
- Dobrovský, Josef (1753—1829), Slawist 166
- Dollfuß, Engelbert (1892—1934), österr. Bundeskanzler (ab 1932) 367
- Dormizer, Prager Industrielle 188, 204
- Douzeaidans, Albert Thomas († 1778), Prager Univ.-Professor 233
- Drahotín von Villany, Karl Ignaz (* 1818), Schriftsteller 202 Anm. 119
- Dressel, Hans Heinrich, Ascher Gerichtsverwalter (um 1640) 45 Anm. 7, 79
- Đurčanský, Ferdinand (* 1906), Prof. u. slowak. Politiker 399 f., 402 f.
- Ebert, Friedrich (1871—1925), dt. Staatsmann 344
- Ebert, Karl Egon Ritter von (1801—1882), dt.-böhm. Schriftsteller 176
- Ehrenfels, Johann Markus Ritter von († 1843), Prof. f. pol. Wissenschaften in Tyrnau
- Eisen, Johann Baptist, Appellationsrat (Anf. 17. Jh.) 64
- Eisenstein, Wenzel Ritter von (Mitte 19. Jh.), Zuckerfabrikant 175
- Ellenberger, H., Prager Bürger (1848) 175
- Engels, Friedrich (1820—1895), dt. Philosoph 343, 364, 369
- Epstein, Prager Industrieller 188, 204, 218
- Epstein, Lazar, böhm. Textilindustrieller (1830) 189
- Erhard, Ludwig (* 1897), dt. Politiker 378
- Eugen, Prinz v. Savoyen (1663—1736), österr. Feldherr u. Staatsmann 166
- Ferdinand I., Kaiser (1556—1564), König v. Böhmen u. Ungarn (ab 1526) 48, 155
- Ferdinand II., Kaiser (1619—1637) 73, 75, 83, 160 f.
- Fink, Benedikt, Prager Bürger (1592) 60
- Fischel, Jakob (1813—1892) Psychiater 212 Anm. 167
- Fischer von Erlbach, Johann Bernhard (1656—1723), Baumeister 97
- Fischer von Erlbach, Joseph Emanuel (1693 bis 1742), Baumeister 97
- Fischet, Balthasar, Kölner Großhändler (1. H. 17. Jh.) 70 f.
- Fleming, Lars Claesson Frh., Gouverneur von Estland (nach 1656) 93
- Foch, Ferdinand (1851—1929), frz. Marschall 289, 292, 294, 296, 301—319
- Forchheimer, böhm. Industrieller 188, 202
- Francke, August Hermann (1663—1727), prot. Theologe u. Pädagoge 165—167

- Frankl, böhm. Industrieller 195
 Frankl, David Bernhard Militärlieferant (1847) 212 Anm. 197
 Frankl, Ludwig August (1810—1894), Schriftsteller 197 f., 214, 220
 Franz I., Kaiser (1745—1765) 168, 171
 Franz II., röm. Kaiser (1792—1804), als Franz I. Kaiser v. Österreich (1804—1835) 155
 Franz Josef I., Kaiser v. Österreich (1848—1916) 181, 220
 Franzel, Emil (* 1901), Publizist 342 f., 346—348, 352, 355, 358—362, 364—370
 Frič, Josef František (1804—1876), tsched. Jurist u. Politiker 159
 Friedjung, Heinrich (1851—1920), österr. Historiker u. Journalist 181
 Friedrich III., Kaiser (1440—1493) 157
 Friedrich V. († 1632), Kurfürst v. d. Pfalz (1610—1620), König v. Böhmen (1619/1620) 70—72, 81
 Fürst, Julius (1805—1873), Orientalist 198, 220 Anm. 217
 Fürth, böhm. Industrieller 189
 Fundk, Andreas, Nürnberger Kaufmann (Ende 16. Jh.) 49
- Gallas, Johann Wenzel Graf von (1669—1719), Diplomat 97
 Gardie, Magnus Gabriel De la, schwed. Generalgouverneur nordöstl. d. Ostsee (Mitte 17. Jh.) 93
 Gaulle, Charles de (1890—1970), frz. General u. Politiker 319
 Geist, Karl (* 1732), Prof. f. pol. Wissenschaften in Troppau (2. H. 18. Jh.) 229
 Geitler, Josef, Prager Großhändler (1848) 214
 Geizkofler, Zacharias, Reichspfennigmeister (Anf. 17. Jh.) 67
 Georg von Podiebrad, König v. Böhmen (1458—1471) 160
 Gerber, Karl Friedrich (1823—1891), Rechts- u. Staatswissenschaftler 238
 Geyer, Curt, Sozialdemokrat 365, 367
 Giurkovich, Franz, Prof. f. polit. Wissenschaften in Ofen (18. Jh.) 229
 Glaser, Rudolf (1801—1868), Prager Dichter u. Schriftsteller 199
 Goethe, Johann Wolfgang von (1749—1832), dt. Dichter 166, 178
 Goll, Jaroslav (1846—1929), tsched. Historiker 241
- Graf, Thomas sen., Prager Großkaufmann (1597) 43
 Graf, Thomas jun., Prager Großkaufmann (1597) 43
 Graus, František (* 1921), tsched. Historiker 182 f.
 Grégr, Edvard (1827—1907), tsched. Politiker 288
 Groneberger, Christoph, Prager Großkaufmann (1597) 43
 Grotius, Hugo (1583—1645), holl. Philosoph 380 f.
 Grundell, Jacob, Stockholmer Bürgermeister (Mitte 17. Jh.) 90
 Gustav II. Adolf, König v. Schweden (1611—1632) 81—83, 85—87, 93 Anmerkung 57, 94
- Haase, Andreas Edler v. Wranau (1804—1864), Industrieller u. Verleger 217
 Hácha, Emil (1872—1945), tsched. Staatspräsident (ab 1938) 375
 Hacker, Gustav (* 1900) suddt. Politiker 369
 Härdtl, Thomas Karl, Supplent f. Statistik in Prag (1816—1818) 234
 Haimel, Franz Xaver (1806—1867), Rechtswissenschaftler 175
 Haldius von Neuenberg, Melchior, Baccalaureus d. Prager Universität (um 1600) 59 f.
 Haller, Stanislaw, poln. General (1924) 305, 316
 Hallier, frz. General, Militärattaché in Wien (1923) 304
 Hallwich, Hermann (1838—1913), suddt. Historiker, Volkswirtschaftler u. Politiker 286
 Hanka, Václav (1791—1861), tsched. Dichter u. Philologe 202 Anm. 119
 Hartmann, Moritz (1821—1872), Schriftsteller u. Politiker 176, 199 f., 207, 209, 210 Anm. 161, 215 f.
 Hasner, Leopold Ritter von Artha (1818—1891), Univ.-Professor u. Unterrichtsminister 238
 Hatzfeld, Karl Friedrich Anton Graf von (1718—1793), österr. Staatsmann 163
 Haugwitz, Georg Karl Graf von (1674—1745), poln. u. chursächs. Generalfeldwachtmeister 110 f., 137
 Havlíček-Borovský, Karel (1821—1856), tsched. Schriftsteller 178, 208—211, 217
 Hebenstreit, Thomas, Prager Großkaufmann (1597) 43

- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1770—1831), dt. Philosoph 157, 224 Anm. 16
- Heher, Hans, Nürnberger Pulvermacher (1619) 70 f.
- Heine, Heinrich (1797—1856), dt. Dichter 199
- Heinrich III., Kaiser (1039—1056) 359
- Heinrich IV., Kaiser (1056—1106) 13, 359
- Heinrich Zdik, Bischof v. Olmütz (1126—1150) 30
- Heirgault, Mitgl. d. frz. Generalstabes (1923) 304
- Heller, Carl (1872—1942), Rechtsanwalt, suddt. Politiker 368
- Heller, Isidor (1816—1879), Journalist u. Schriftsteller 198, 209
- Helminger, Dr., Prager Bürger (1848) 175
- Henckel von Donnersmark, Lazarus d. A., Wiener Millionär (Anf. 17. Jh.) 67
- Henckel von Donnersmark, Lazarus d. J., Prager Bürger (Anf. 17. Jh.) 66 f.
- Henlein, Konrad (1898—1945), suddt. Politiker 350, 353 f., 369
- Henrys, frz. General (1920) 306
- Herberstein, Johann Bernhard Frh. von († 1685), österr. Offiz. 72, 74
- Herder, Johann Gottfried (1744—1803), dt. Dichter 164, 167 f., 178, 201
- Herget, H., Prager Bürger (1848) 175
- Herz, Elise geb. Lämle 202 Anm. 119
- Hieronimus von Prag (ca. 1360—1416), Hussit 16
- Hilferding, Rudolf (1877—1941), dt. Politiker 367
- Hingher, Johann Christoph, Pfarrer in Stockholm (Mitte 17. Jh.) 90 f.
- Hitler, Adolf (1889—1945), dt. Politiker u. Reichskanzler 180, 340, 355—357, 368, 371, 377 f., 397
- Hlinka, Andrej (1864—1938), slowak. Politiker 386 Anm. 3, 389 Anm. 9, 400
- Hodža, Milan (1878—1944), slowak. Politiker 326 f., 368
- Hönigsberg, böhm. Industrieller 195, 197
- Hoetzel, Jiří (* 1874) tschech. Verfassungsrechtler 239
- Hofbauer, Josef (1886—1948), Journalist u. Schriftsteller 343, 347 Anm. 27, 365 f.
- Hohenzollern, Geschlecht 317
- Hoppe, Israel, Ratsherr in Elbing (1626) 82
- Horchhamer, Melchior, Nürnberger Kannegießer (Ende 16. Jh.) 49
- Hormayr, Joseph Frh. von (1782—1848), österr. Geschichtsschreiber 197
- Hornbostel, Theodor Friedrich von (1815—1888), Industrieller u. Bankfachmann 279
- Hus, Johannes (ca. 1369—1415), böhm. Reformator 14, 16, 157, 159
- Illow, Christian Frh. von (ca. 1585—1634), kaiserl. Feldmarschall 165
- Jaksch, Wenzel (1896—1966), suddt. soz.-dem. Politiker 341—343, 345—349, 353—358, 361—371
- Jeiteles, böhm. Industrieller 194
- Jellinek, Hermann (1822—1848), Schriftsteller u. Journalist 220 Anm. 217, 240
- Jerusalem, Prager Industrieller 188, 194
- Jesser, Franz (1869—1954), suddt. Politiker 346
- Joachim von Fiore († 1202), ital. Abt 35
- Johann I., Bischof v. Prag (1134—1139) 25
- Johann IV., Bischof v. Olmütz (1157—1172) 26
- Johann Friedrich, Herzog v. Württemberg (1608—1628) 66 f., 76
- Johann Georg I., Kurfürst v. Sachsen (1611—1656) 66, 71, 78
- Johann Georg, Markgraf v. Jägerndorf (bis 1621) 72
- Jonák, Eberhard Anton (1820—1879), Prof. f. Statistik 237
- Josef II., Kaiser (1765—1790) 163—165, 175, 246, 254 Anm. 32, 255, 263
- Jung, Rudolf (1882—1945), suddt. Nationalsozialist 346
- Jungschultz, Johann, Bürgermeister v. Elbing (1626) 82, 84, 89
- Kafka, Franz (1883—1924), Dichter 18, 179, 192 Anm. 65
- Kalina von Jäthenstein, Matthias (1772—1848), Advokat 232
- Kapper, Siegfried (1821—1879), Dichter u. Schriftsteller 199 f., 202, 208 f.
- Karban von Tryskovic, Katharina (1595) 48
- Karban von Wolschan, Wenzel (Mitte 16. Jh.) 48
- Karl I. der Große, König v. Franken (768—814), röm. Kaiser (ab 800) 156, 359
- Karl IV., Kaiser (1346—1378) 157
- Karl X. Gustav, König v. Schweden (1654 bis 1660) 89 Anm. 37, 93
- Karl, Erzherzog (1590—1625), Bischof v. Breslau u. Fürstbischof v. Brixen 73, 75
- Kaspar, Prager Kürschner (1563) 47

- Kautsky, Karl (1854—1938), dt. Sozialist 353, 364
- Kellogg, Frank Billings (1856—1937), amerik. Staatsmann 321, 328 f.
- Kennedy, John Fitzgerald (1917—1963), Präsident d. USA (1961—1963) 319
- Kinsky, Grafen 171
- Kinsky, Johann († 1590), Burggraf v. Karlstein 49, 55
- Kinsky, Wenzel Frh. von († 1626) 73
- Kinsky, Wilhelm Graf († 1634), Oberst Wallensteins 165
- Kirchmair, Hans, Prager Großkaufmann (1597) 43
- Kirchmayer von Reichwitz, Agnes (Anf. 17. Jh.) 78 f.
- Kirchmayer von Reichwitz, Hans († 1622), Primas d. Altstadt Prag 78
- Kirchmayr, Valentin, Prager Zinnhändler (Anf. 17. Jh.) 64
- Kisch, Guido (* 1889), Rechtswissenschaftler 181
- Klein, Gebr., Eisenbahnbauunternehmer 203 Anm. 130
- Kleinberg, Alfred (* 1881), Literaturhistoriker 358
- Kluttschak, Prager Redakteur (1848) 175
- Knirsch, Hans (1877—1933), Nationalsozialist 346
- Koch, Walter, dt. Diplomat 292, 304, 311 f., 325—328, 338
- Kolb, Prager Kaufmann (1848) 175
- Kolowrat, Philipp Graf von (1688—1773), Oberstburggraf in Böhmen 230
- Komenský (Comenius), Jan Amos (1592—1670), Pädagoge 15, 165—167, 360
- Kompert, Leopold (1822—1886), Schriftsteller 199, 218
- Konieczpolski, poln. Feldmarschall (1628) 83 f.
- Konrad II., Kaiser (1024—1039) 359
- Kopetz, Martin Adolf (1764—1832), Prager Univ.-Professor 232, 235
- Kopetz, Wenzel Gustav (1781—1857), Prof. f. polit. Wissenschaften 232 f., 241
- Kopp, Ferdinand (* 1824), Schriftsteller 217
- Korfanty, Wojciech (1873—1939), poln. Politiker 290
- Koschetizky, Katharina (1. H. 17. Jh.) 79
- Kral, Václav (* 1923), tschech. Historiker 375
- Kramář, Karel (1860—1937), tschech. Politiker, Ministerpräsident (1918/19) 297, 368
- Krauß, Philipp Frh. von (1792—1861), österr. Staatsmann 220
- Kremer von Auenrode, Hugo (1833—1888), Prager Univ.-Professor 237
- Kreß von Kressenstein, Hans Wilhelm, Nürnberger Patrizier (1611) 52
- Kreutzberg, Karl (1802—1870), Chemiker u. „Industriebereiter“ 176, 196
- Kreybich, G. F. (1662—1736?), Glasschneider 162
- Kropatschek, Johann, Hofkriegsbuchhaltung-Akzessist (um 1770) 230
- Kubinsky, böhm. Industrieller 188
- Kudlich, Hans (1823—1917), suddt. Politiker 164
- Kuh, David (1819—1879), Journalist u. Politiker 200—202, 209 f.
- Kunigunde († 1033/39), Gemahlin Kaiser Heinrichs II. 27
- Kuranda, Ignaz (1812—1884), Abg. d. Frankfurter Nationalversammlung 176, 198, 216, 218 Anm. 207
- Kutowetz, Albrecht, Prager Bürger (1622) 78
- Kutowetz, Dorothea († ca. 1635) 79
- Kutrzeba, Tadeusz poln. General 305
- Kyrril (826/27—869), Slawenapostel 21—23
- Lämel, Prager Kaufmannsfamilie 175, 187, 189, 194 f.
- Lämel, Leopold, Prager Bankier (1840) 202, 213
- Lämel, Simon von, Prager Bankier 202 Anm. 119
- Landau, Moses, Vorsteher d. Prager Judengemeinde (1847) 212, 215
- Landauer, Gustav (1870—1919), Schriftsteller 359
- Lansing, Robert (1864—1928), amerik. Politiker 382
- Lasocki, Sigmund Graf von, (* 1867), polnischer Politiker 304
- Lassalle, Ferdinand (1825—1864), dt. sozial. Politiker 344, 357, 364
- Lemmens, Heinrich, Kaufmann in Stockholm (Mitte 17. Jh.) 92
- Lenin, Wladimir Iljitsch (1870—1924), sowjet. Staatsmann 343
- Leopold II., Kaiser (1790—1792) 164, 227
- Lerchenfeld, Graf, dt. Gesandter in Wien (1928) 334 Anm. 33
- Le Rond, frz. General (1923) 290 Anm. 8
- Lhopital, frz. Hauptmann (1923) 304
- Lieber, Franz (1800—1872), dt.-amerik. Schriftsteller u. Staatswissenschaftler 381

- Liebknecht, Wilhelm (1826—1900), dt. Politiker 344
- Liechtenstein, Karl Fürst (1569—1627), Landeshauptmann v. Mähren 72—75, 77 f.
- Lincoln, Abraham (1809—1865), amerik. Staatsmann 381
- Linhart von Neuenberg, Adam (1565—1617), Rechtsanwalt 56, 57 Anm. 49, 59, 62
- Liphard, Johann, Hofmeister Magdalena von Thurns 85 f., 89
- Lobkowitz und Hassenstein, Bohuslav Felix von (1517—1583), Landvogt in d. Niederlausitz 49, 55
- Löwenfeld, böhm. Industrieller 188
- Löwenfeld, Leopold, Prager Textilfabrikant (um 1840) 197, 203
- Löwenthal, Richard (geb. 1908), Journalist u. Schriftsteller 343, 365, 367
- Loselius von Wellichau, Kaspar, Prager Primas (1623) 78
- Loucheur, Louis (1872—1931), frz. Wirtschaftspolitiker 332, 335 f.
- Luca, Ignaz de (1746—1799), Prof. f. polit. Wissenschaften 229, 241
- Luden, Heinrich (1780—1847), dt. Historiker u. Politiker 157
- Ludwig XIV., König v. Frankreich (1643—1715) 161
- Ludwig, Hans, Gastwirt in Roßbach (Mitte 17. Jh.) 79
- Ludwig, Ursula geb. Wettengel (Mitte 17. Jh.) 79
- Luther, Martin (1483—1546), dt. Reformator 46 f., 52 f.
- Mach, Alexander (Šaňo), slowak. Politiker u. Publizist 399, 401
- Machar, Josef Svatopluk (1864—1942), tschech. Dichter 309 Anm. 111
- Mader, Josef (1754—1815), Prager Univ.-Professor 233 f., 241
- Mader, Josef Eduard († 1816), Supplent f. Statistik 234
- Makowiczka, Franz (1811—1890), Publizist u. Politiker 169, 176
- Malowetz von Cheinow u. Winterberg, Zdeněk (1630) 77 f.
- Maltzan, Vollrath Frh. von (* 1899), dt. Diplomat u. Wirtschaftspolitiker 313
- Manstein, Fritz Erich v. Lewinski (* 1887), dt. Generalfeldmarschall 384
- Marek, Ferdinand (* 1881), österr. Diplomat 312 f.
- Maria Theresia, Königin v. Ungarn u. Böhmen (1740—1780), Gemahlin Kaiser Franz I. 161, 163, 171, 175, 204, 222, 224, 226 Anm. 29, 241, 246—248
- Marschalek, Prager Schuster (1595) 51, 65
- Marsilius von Padua (1275/90—1343), Publizist u. Staatstheoretiker 14, 16
- Martini zu Wasserberg, Karl Anton Frh. von (1726—1800), Staatsmann u. Rechtsgelehrter 225 f., 232, 234
- Marx, Karl (1818—1883), dt. Philosoph 41, 343 f., 346, 348, 357 f., 364, 369
- Marx, Wilhelm (1863—1946), dt. Politiker 327
- Masaryk, Thomas Garrigue (1850—1937), tschech. Philosoph u. Politiker, Staatspräsident d. Tschechoslowakei 158 f., 181, 297, 308, 311—313, 315, 320, 326, 329, 346, 360
- Mascov, Johann Jakob (1689—1761), dt. Historiker u. Jurist 225
- Matthias, dt. Kaiser (1612—1619) 62, 68 f.
- Mauthner, böhm. Industrieller 189, 195, 209
- Maxa, tschech. Gesandter in Warschau (1923) 301
- Maximilian II., Kaiser (1564—1576) 55, 58
- Mayern, Johann Edler von († 1789), Kreisamtssekretär 230 Anm. 47
- Mederly, Karol, Senator d. SVP 401 f.
- Meißel, Ursula (1636) 79 f.
- Meißner, Alfred von (1822—1885), österr. Schriftsteller 176, 199, 207
- Method, Slawenapostel, Erzbischof v. Sirmium (870—885) 21 f.
- Metternich, Klemens Lothar Wenzel Fürst von (1773—1859), österr. Außenminister (1809), Staatskanzler (1821—1848) 168, 173—175, 193, 196, 213
- Michael III., oström. Kaiser (842—867) 21
- Michael, Hieronymus, böhm. Appellationsrat (Ende 16. Jh.) 54, 57
- Michna von Waitzenhofen, Paul Frh. von (1625) 77
- Mierry, de, frz. Oberst (1923) 304
- Millet, Philippe, Journalist des „Petit Parisien“ (1923) 303
- Mischler, Ernst (1857—1912), Prof. f. Statistik 240 f.
- Mittelhauser, Eugène Désiré Antoine (* 1873), frz. General 297
- Mor, Viktor Ritter von Sunegg u. Morberg († 1907), Prager Univ.-Professor 237, 241
- Morus, Sir Thomas (1478—1535), engl. Humanist u. Staatsmann 35—37

- Morzin, Peter Prokop Graf von (1768—1855), Feldzeugmeister 175
- Müller, Hermann (1876—1931), dt. Politiker 339
- Müntzer, Thomas (ca. 1490—1525), Wiedertäufer u. Bauernführer 35
- Multz, Lienhart, Nürnberger Faktor d. Prager Fa. Wettengel († 1620) 66—71
- Murgaš, Josef (1864—1929), slowak. kath. Geistlicher u. Erfinder 393 Anm. 24
- Muschinger von Gumpendorf, Vinzenz, Hofkammerdirektor (1623) 74—76
- Mussolini, Benito (1883—1945), ital. Staatsmann 296 Anm. 42, 322, 350, 368
- Napoleon I. Buonaparte (1769—1821), Kaiser d. Franzosen 305
- Narutowicz, Gabriel (1865—1922), poln. Staatspräsident (1922) 300
- Nebeský, Václav Bolemír (1818—1882), tschech. Schriftsteller 200, 208 f.
- Nehrhof, Elisabeth geb. Kramer (Anf. 17. Jh.) 64
- Nehrhof, Hans, Prager Großkaufmann (um 1600) 43, 64
- Nehrhof, Peter, Prager Kaufmann (um 1600) 61, 64, 66, 68
- Nejedlý, Zdeněk (1878—1962), tschech. Historiker 158, 160
- Netolitzky, Josef, Jurist (1805) 227
- Noske, Gustav (1868—1946), dt. Politiker 344
- Nostitz-Rieneck, Albert Graf von (1807—1871), böhm. Staatsmann 175
- Novohradsky von Kolovrat, Joachim (um 1600) 59
- Nowak, August (1875—1937), Prof. f. Statistik 235
- Ockham (Occam), Wilhelm von (vor 1300—1349), spätscholast. Philosoph u. Theologe 14, 16
- O'Connell, Daniel (1775—1847), irischer Volksführer 178
- Oelhafen, Elias, Nürnberger Bürger (1619) 70
- Osiński, poln. General (1923) 316
- Osterstock von Astfeld, Franz, Stadtrichter d. Altstadt Prag (1623) 74
- Otto I. der Große, röm.-dt. Kaiser (936—973) 359
- Otto I. der Schöne, Herzog v. Mähren (1061—1087) 25, 30
- Oxenstierna, Axel Graf (1583—1654), schwed. Staatsmann 81, 84 f., 89 f., 94
- Palacký, František (1798—1876), tschech. Historiker u. Politiker 13, 15, 157 f., 160, 174—177, 199, 201, 202 Anm. 122, 210
- Paul, Ernst (* 1897), dt. Politiker 349 Anm. 34, 368 Anm. 100
- Peczinger, Niklas (1618) 79
- Pekař, Josef (1870—1937), tschech. Historiker 157—159, 165
- Pellé, Maurice, frz. General (1925) 297
- Peller, Martin, Nürnberger Großhändler (Anf. 17. Jh.) 68
- Perger, Linhart, Prager Großkaufmann (2. H. 16. Jh.) 43, 68
- Perger von Ebenberg, Wolf, Prager Bürger (2. H. 16. Jh.) 60, 68
- Pernerstorfer, Engelbert (1850—1918), österr. Politiker u. Schriftsteller 183, 345 f., 356
- Petrarca, Francesco (1304—1374), ital. Dichter u. Humanist 157
- Petrasch, Joseph Frh. von (1714—1772), Gelehrter 166
- Petzold, Georg († 1590), Nürnberger Kaufmann 49
- Pfender, Georg, Prager Großkaufmann (1597) 43
- Pfitzner, Josef (1901—1945), Historiker 370
- Piccione, Luigi, ital. Kommandeur (1928) 297
- Piloty, Robert (1863—1926), dt. Staatsrechtslehrer 240
- Piłsudski, Józef (1867—1935), poln. Marschall 300 f., 302 Anm. 65, 305—307, 316, 319
- Piltz, Erasmus (1851—1929), poln. Publizist u. Diplomat 299 f.
- Pinkas, Adolf Maria (1800—1865), Jurist u. Politiker 175, 202, 213
- Piskor, Tadeusz, poln. General 305
- Pius II., Papst (1458—1464) 157
- Pius XI., Papst (1922—1939) 350
- Platz von Ehrenthal, Christian (1663—1722) 101
- Pleschner, Prager Kaufmann (1848) 175
- Poincaré, Raymond (1860—1934), frz. Staatsmann 289, 294, 296, 315, 318 Anmerkung 153
- Pollak, böhm. Industrieller 189
- Pollak, Adam, Prager Lederfabrikant (1847) 212 Anm. 167
- Poniatowski, Józef Graf (1763—1813), poln. Feldherr 305
- Porges, Prager Industrieller 188, 194 f., 204

- Porges-Portheim, Leopold von (1784—1869), Industrieller 212 Anm. 167, 213
- Posselt, Johann, Friedrich (1680—1746), Arzt u. Stadtschreiber 96 f., 99—102
- Prager, Eugen (Anfang 20. Jh.), Verleger 358
- Pražák, Jiří (1846—1905), Univ.-Professor f. öffentl. Recht 237—239, 241
- Přemyslid, Geschlecht 13, 158
- Pribina († 861), Fürst von Neutra, dann Fürst von Pannonien 54
- Prokop, Andreas, der Kahle od. Große (ca. 1380—1434), hussit. Feldherr 39
- Prokopp, Wenzel Ludwig, österr. Kammerrat (um 1700) 110
- Prokopp von Rabstein, Ludwig Ferdinand von, Gubernialrat (1756) 110
- Prügel, Ulrich, Ulmer Kaufmann (Ende 16. Jh.) 49
- Pružinský, Mikuláš, Abg. u. Senator d. SVP, slowak. Wirtschafts- u. Finanzminister (1939—1945) 399 f.
- Przibram, Prager Industrieller 188
- Pschersky, Paul Prussius, tschech. Dichter (Anf. 17. Jh.) 65
- Pütter, Johann Stephan (1725—1807), dt. Staatsrechtslehrer 225
- Pufendorf, Samuel von (1632—1694), dt. Rechtsphilosoph u. Historiker 380
- Raab, Franz Anton Ritter von (1722—1783), Hofrat 163
- Radecký auf Radostow, Christoph († 1602) 54, 58
- Radecký auf Radostow, Katharina, verw. Michael, geb. Wettengel († 1599/1600) 54, 58
- Ranke, Leopold von (1795—1886), Historiker 11 f.
- Raspe, Ludwig, Hofprediger Magdalena von Thurns 85 f.
- Rastislav, Fürst v. Großmähren (846—870) 21
- Rauscher, Ulrich (1884—1930), Diplomat 290—292, 303, 313
- Redern, Melchior von (1. H. 18. Jh.) 97
- Redlich, Josef (1869—1936), österr. Jurist u. Historiker 168, 181
- Reinmar von Zweter (ca. 1200—1260), mhd. Spruchdichter 157
- Rendulic, Lothar, dt. General 383 f.
- Renner, Karl (1870—1950), österr. soz.-dem. Politiker 17
- Rieger, František Ladislav (1818—1903), tschech. Politiker 160, 178, 210, 220
- Riegger, Josef Anton (1742—1795), Prof. f. Staats- u. Lehenrecht 226 f.
- Riegger, Paul Josef von (1705—1775), Jurist 226
- Ripka, Hubert (1895—1958), tschech. Politiker 374
- Rösch, Sebastian, Prager Faktor d. Augsburger Silberhändlers Wernberger (um 1620) 77
- Rosenbacher, Prager Bankiers 189
- Rosenberg, Peter Wok von (1539—1611), Feldhauptmann 59
- Rosenstock-Huessy, Eugen (* 1888), dt. Rechtshistoriker u. Soziologe 358
- Rosinus, Elias, Beauftragter d. böhm. Stände (1619) 70
- Rothschild, Salomon Frh. von (1774—1855), Bankier 172
- Rousseau, Jean-Jacques (1712—1778), frz.-schweiz. Schriftsteller, Kulturkritiker u. Philosoph 164, 167
- Rudolf I. von Habsburg, dt. König (1273—1291) 359
- Rudolf II., Kaiser (1576—1612) 49, 53, 55, 61 f., 64, 245
- Rüppel von Ruppach, Leander, Prager Kaufmann (Anf. 17. Jh.) 64, 69
- Rulf, Friedrich (1820—1900), Prof. f. Strafrecht 237
- Rydl von Neuenberg, Nikolaus (um 1600) 57 Anm. 49, 59, 62
- Riczán, Agnes von (1619) 78
- Sabina, Karel (1821—1877), tschech. Schriftsteller u. Publizist 206, 217
- Sadler, Philipp († 1641), kgl. schwed. geh. Kriegssekretär 81 f., 87, 90—92
- Šafařík, Pavel Josef (tschech.), Šafařík, Pavol Jozef (slow.) (1795—1861), tschechosl. Schriftsteller 176
- Sattler, Franz, Verleger in Karlsbad (um 1935) 358
- Sauerwein, Jules (* 1880), frz. Journalist 314
- Schaffgotsch, Johann Ernst Graf (1675—1747), Präsident d. Appellationsgerichts 223
- Schick, Prager Textilindustrieller 204
- Schier, Johann Nepomuk († 1879), Prager Univ.-Professor 236—238
- Schilius, Johannes, Pastor in Elbing (1629) 84
- Schirnding, Ferdinand Leopold Graf von (1808—1845), Schriftsteller 190, 203 Anmerkung 128, 206

- Schleicher, Uusula (1636) 79 f.
- Schmid von Freihofen, Stefan, Reichspfennigmeister (Anf. 17. Jh.) 68
- Schmidt, Konrad, Prager Kaufmann (1. H. 17. Jh.) 60
- Schnabel, Georg Norbert (1791—1857), Prof. f. Statistik 234 f.
- Schrenk-Notzing, Alois Josef (1802—1849), Prager Erzbischof (1838—1849) 217
- Schrodt, Franz Lothar Josef (1727—1777), Prof. f. Staats- u. Lehenrecht 225 f., 241
- Schubert, Carl von, dt. Staatssekretär 323, 325—339
- Schütz, Hans (* 1901), suddt. christl.-soz. Politiker 369
- Schuler, Innsbrucker Abgeordn. i. d. Paulskirche 169
- Schulz, Leopold Ludwig (1743—1814), Prof. f. polit. Wissenschaften 229
- Schuster, Josef Anton (1758—1797), Prof. f. Naturrecht 232
- Schwab, böhm. Industrieller 188
- Schwab, Markus, Prager Textilgroßhändler (1847) 212 Anm. 197
- Schwarzenberg, Felix Fürst zu (1800—1852), österr. Staatsmann 220
- Schweikhardt, Gottfried († 1751), Prof. f. öffentl. Recht in Olmütz 222 Anm. 4
- Schwelb, Karla, suddt. Soz.-dem. 368 f.
- Seeckt, Hans von (1866—1936), General u. Chef d. Heeresleitung (1920—1926) 306
- Seilern, Johann Friedrich Graf von (1675—1751), österr. Ob. Hofkanzler 166
- Seipel, Ignaz (1876—1932), österr. Politiker 334 Anm. 33
- Selchow, Johann Heinrich (1732—1795), Jurist 225
- Seliger, Josef (1870—1920), suddt. soz.-dem. Politiker 347 f.
- Serruys, Direktor im frz. Handelsministerium (1928) 332, 335
- Severing, Karl (1875—1952), preuß. Politiker 290
- Severus, Bischof v. Prag (1030—1067) 28 f.
- Sidor, Karol (* 1901), slowak. Schriftsteller u. Journalist 389, 395 Anm. 32, 396—400
- Sigismund, Kaiser (1410—1437), König v. Ungarn u. Böhmen 158
- Sikorski, Władysław (1881—1943), poln. General 295 f., 302 Anm. 65, 305, 316
- Silber von Silberstein, Adam (1619) 78
- Skirmunt, Konstantin Graf von (* 1865), poln. Diplomat 299
- Skokánek, Ignaz (1837—1909) 288
- Skrzyński, Alexander (1882—1931), poln. Staatsmann 296, 300
- Sladkovský, Karel (1823—1880), tschech. Politiker 159
- Slavnikinger, Geschlecht 13
- Šmeral, Bohumír (1880—1941), tschech. Politiker 17
- Smith, Adam (1723—1790), Begr. d. klass. Nationalökonomie 232
- Sobotka, böhm. Industrieller 189
- Soiron, Alexander von (1806—1855), badischer Parlamentarier 177
- Sollmann, Wilhelm, dt. Soz.-dem. 344, 356
- Sonnenfels, Josef Frh. von (1733—1817), österr. Kameralist u. Theaterschriftsteller 226, 229—232, 235, 241
- Sosnkowski, Kasimir (* 1885), poln. Heeresminister (1921/22, 1924) 304, 308
- Specht, Nikolaus (1. H. 17. Jh.) 89
- Sporck, Franz Anton Graf (1662—1738), Literat 166
- Stadion, Rudolf Graf von (1808—1882), Prager Oberstburggraf 175, 184 Anm. 22, 220
- Stahl, Heinrich, Domprobst zu Reval (1641) 89
- Stark, Lorenz, Prager Großkaufmann (um 1600), 43, 66, 68
- Stark, Melchior, Prager Großkaufmann (1597) 43
- Stefan, Erzherzog (1817—1867), Statthalter v. Böhmen (1844—1847) 173
- Steinherz, Samuel (* 1857), Historiker 181
- Stoupal, Viktor (1888—1943), tschech. Politiker 368
- Strasser, Gregor (1892—1934), nat.-soz. Politiker 340, 350, 355
- Strasser, Otto (* 1897), dt. Politiker 340—342, 347, 350, 355—357, 361 f., 364 f., 367 f., 370 f.
- Stresemann, Gustav (1878—1929), dt. Reichskanzler (1923) u. Außenminister (1923—1929) 323 f., 326 f., 332, 339
- Stříbrný, Jiří (1880—1958), tschech. Politiker 368
- Strobach, Antonín (1814—1856), tschech. Jurist u. Politiker 175, 178
- Stryk, Samuel St. (1640—1710), Jurist 225
- Štulc, Václav Svatopluk (1814—1887), kath. Priester u. Dichter 211
- Svatopluk, Fürst v. Großmähren (871—894) 21
- Švehla, Antonín (1873—1933), tschechosl. Staatsmann 325 f.

- Syrový, Jan (1888—1958), Armeegeneral u. tschechosl. Ministerpräsident 297
- Szeptycki, Stanisław (1867—1940?), Heeresminister 316
- Taafe, Eduard Graf von (1833—1895), österr. Staatsmann, Ministerpräsident (1879—1893) 287
- Táborský, Edvard, tschech. Politiker u. Publizist 373—375, 377
- Talíř, Matouš (1835—1902), Prof. f. Finanzgesetzkunde 237 f., 241
- Tannhäuser (ca. 1240—1270), Minnesänger 157
- Tedesko, Ludwig, Arzt (um 1847) 212 Anm. 167, 216, 219
- Teller, Markus (1814—1875), Arzt 200, 218
- Teplanský, Paul (* 1896), Finanzminister 398—400
- Teyfel, Hans, Prager Großkaufmann (1597) 43
- Thorsch, Prager Bankiers 189
- Thorwaldsen, Bertel (1768—1844), dän. Bildhauer 305
- Thukydides (ca. 455—395 v. Chr.), griech. Historiker 380
- Thun, Grafen 14
- Thun, Franz Anton II. Graf (1809—1870), Verwaltungsbeamter 175
- Thun, Josef Matthias Graf (1794—1868) 175
- Thun, Leo Graf von (1811—1888), Statthalter v. Böhmen (1848) 196, 218 f., 236
- Thurn, Christian von (1624—1640), 81, 88 f.
- Thurn, Franz Bernhard von (1592—1628), schwed. Generalmajor 81—87
- Thurn, Hans Jakob Graf von (1602—1643), schwed. Oberst 94
- Thurn, Heinrich von (1626—1656), schwed. Generalmajor 82, 88 f., 91—93
- Thurn, Heinrich Matthias von (1567—1640), prot. Heerführer 81, 83—90, 92, 94
- Thurn, Helena Eusebia geb. Borzitin (Mitte 17. Jh.) 94
- Thurn, Hieronymus Wenzel Graf von († 1642), Erbmarschall d. Erzstiftes Salzburg 94
- Thurn, Johanna Margareta geb. Gräfin v. Baden-Hochberg († 1661) 91—93
- Thurn, Magdalena geb. von Galle († 1592) 88
- Thurn, Magdalena, geb. Gräfin von Hardegg († 1651) 81—92
- Thurn, Susanna Elisabeth, geb. Gräfin von Tiefenbach 88
- Tillich, Paul (* 1886), prot. Theologe 356
- Tiso, Jozef (1887—1947), slowak. Politiker u. Staatspräsident (1939—1945) 392, 394 f., 397 f.
- Titus Flavius Vespasianus, röm. Kaiser (79—81) 15
- Torn, Hans suddt. Soz.-dem. 352
- Torstenson, Linnart, Graf v. Ortala (1603—1651), schwed. Feldherr 94
- Trajan, röm. Kaiser (98—117) 22
- Transehe von Roseneck, Joachim, schwed. Hofrat (Mitte 17. Jh.) 90
- Trčka (Terzky), Adam Erdmann Graf (ca. 1600—1634), kaiserl. Feldmarschallleutnant 165
- Troeltsch, Ernst (1865—1923), evang. Theologe, Soziologe u. Geschichtsphilosoph 39
- Trojan, Alois Pravoslav (1815—1893), tschech. Politiker 178
- Udržal, František (1866—?), tschechosl. Politiker 309 Anm. 111
- Ulbrich, Josef (1843—1910), Prof. f. Staats- u. Verwaltungsrecht 237—242
- Ullmann, Emanuel (1843—1913), Prof. f. Staatsrecht 237
- Ulrich von Eschenbach (* um 1250) 157
- Ulrich von dem Türlin, mhd. bürgerl. Epiker 157
- Vattel, Emmerich de (1714—1767), schweiz. Jurist 380
- Vaucher, Robert, frz. Politiker (um 1921) 308—310, 318
- Veith, Josef († 1824), Prof. f. böhm. Staatsrecht 228
- Viatis, Bartholomäus, Nürnberger Großhändler (Anf. 17. Jh.) 68
- Victoria, Francisco de (1483—1546), span. Theologe 380
- Viršík, J., slowakischer Politiker 399, 400 Anm. 49, 403
- Vitry, de, frz. Gesandter in Wien (Ende 17. Jh.) 161
- Vogel, Jakob, Stadtschreiber in Friedland (1. H. 17. Jh.) 99 f.
- Vollmar, Georg v. (1850—1922), soz.-dem. Politiker 344, 357
- Waldstein, Grafen 171
- Wallenstein, Albrecht von (1583—1634), Fürst, kaiserl. Feldherr 165, 171
- Watteroth, Heinrich Josef (1756—1819),

- Prof. f. Reichsgeschichte, Statistik u. polit. Wissenschaften 232
- Weber, Max (1864—1920), Sozialökonom u. Soziologe 39
- Wehle, böhm. Industrieller 195, 209
- Wenzel II., König v. Böhmen (1278—1305) 157
- Wernberger, Ernst, Augsburger Hofsilberhändler (um 1620) 77
- Wessely, Joseph Ritter von (1799—1872), Rechtsgelehrter 175, 212
- Wettengel, Abraham (1576—1663) 45, 79
- Wettengel, Anna geb. von Witzleben (Mitte 16. Jh.) 46
- Wettengel, Christoph (1539/40—1602), Prager Großkaufmann 43—61, 68 f.
- Wettengel, Christoph d. J. († 1623) 60, 64 f., 67 Anm. 87, 68, 72—75, 77 f.
- Wettengel, Elisabeth geb. Kirchmayer von Reichwitz (1593—ca. 1635) 73, 77—79
- Wettengel, Eustachius († 1617/18), Prager Großkaufmann 44, 47, 54, 57, 59—62, 64—69
- Wettengel, Eva geb. Karban von Wolschan († um 1597) 48, 53
- Wettengel, Georg, in Friedersreuth (1636) 45, 79
- Wettengel, Hans († 1636) 64, 67 Anm. 87, 53, 72, 74, 76 f.
- Wettengel, Hans Ludwig, in Wernersreuth (1636) 45
- Wettengel, Johanna geb. von Radecký (um 1600) 54, 58
- Wettengel, Johannes (1568—1587) 53
- Wettengel, Kunigunda geb. Perger von Ebenberg († 1613) 59 f., 64, 68
- Wettengel, Lazarus (1576—1658), 45, 79
- Weygand, Maxime (* 1867), frz. General 319
- Wiener, Robert, dt. Soz.-dem. 365, 368 f.
- Wiklif, John (ca. 1330—1384), Reformator 14
- Willigis, Erzbischof v. Mainz (975—1011) u. Erzkkanzler 30
- Windischgrätz, Alfred Fürst zu (1787—1862), österr. Feldmarschall 205, 218 f.
- Witos, Vinzenz (1874—1945), poln. Ministerpräsident (1921, 1923, 1926) 316
- Witte, Hans de († 1630), Prager Bankier 76
- Wladislaw II., Herzog v. Böhmen (1140—1172), als König Wl. I. (ab 1158) 25
- Wohanka, Josef (1842—1931), tschech. Großhändler u. Politiker 288
- Wolff, Christian (1679—1754), Philosoph 381
- Wolff, Prager Kannengießer (1563) 47
- Wolffeldt, Magnus Bernhard-Sohn, Cürassier-Corporal (1624) 86
- Wrangel, Hermann von (1587—1643), schwed. Feldherr 82, 84
- Wrtba, Sezima von (1578—1648), böhm. Statthalter u. Generalkriegskommissar 74 f.
- Wurmbrand, Wilhelm Graf von (1806—1884), polit. Publizist 219 f.
- Young, Owen D. (* 1874), amerik. Wirtschaftsführer u. Politiker 324
- Zamoyski, Adam Graf, poln. Adeliger (um 1923) 308
- Zatecký, Thomas Duchoslav, Erzieher (1. H. 17. Jh.) 65
- Zdekauer, Prager Bankiers 189, 209
- Zedtwitz, Herren von 45 Anm. 7, 46, 66
- Zedtwitz, Adam von, auf Neuberg (16. Jh.) 44, 60
- Zedtwitz, Eustachius von († 1559) 46
- Zedtwitz, Hans von, auf Krugsreuth (um 1600) 46, 66
- Zedtwitz, Hans Berthold von (1610) 66
- Zedtwitz, Hans Heinrich von, auf Neuberg (16. Jh.) 44, 60
- Zedtwitz, Heinrich von, auf Neuberg (1563) 46
- Zedtwitz, Walburga geb. Reitzenstein (1563) 46
- Zeiller, Franz (1751—1828), Rechtsgelehrter 234
- Żeligowski, poln. General (um 1920) 291
- Želivský, Jan (Johann von Seelau) († 1422), hussit. Prediger 34
- Zinzendorf, Nikolaus Ludwig Graf von (1700—1760), Erneuerer d. Brüdergemeinde 167
- Žižka von Trocnov, Jan (ca. 1370—1424), Hussitenführer 39, 158

STICHWORTREGISTER

- Aachner Frieden 111
 Abrüstung, Abrüstungsverhandlungen 330
 Absolutismus 14 f., 229, 235, 359
 Adel, Adelsherrschaft 14 f., 17, 36, 41,
 50 f., 56, 156, 160, 164, 170, 173, 178,
 188 f., 219 Anm. 208, 228, 246
 Adlergebirge 264, 266, 268
 Agrarindustrie 188
 Albigenserkriege 42
 Amerika 218, 368 s. a. Vereinigte Staaten
 v. Amerika
 Anerbenrecht 248
 Anschlußproblem 334, 363
 Antisemitismus 179 f., 183 f., 203—206,
 208, 210—212, 216, 219—221
 Arbeiteraufstand, Arbeiterunruhen 17, 173,
 203, 205
 Arbeiterschaft, Arbeiterstand 172 f., 203—
 205, 278, 362, 364, 367
 Arbeitslöhne 128, 286
 Arbeitslosigkeit 204, 351, 366, 370
 Architektur 17
 Arierparagraph 394
 Aufklärung, Aufklärungszeitalter 194, 226
 Außenpolitik, deutsche 323 f., 331, 337
 Austroslawismus 177
 Auswanderung 162, 165, 167

 Balkan 334, 336
 Banat 110, 115, 133, 137, 146
 Barock, Barockkultur 17, 58, 96, 160, 164,
 227
 Bauernaufstand, Bauernunruhen 161—164,
 166, 170
 Bauernbefreiung 14, 164, 193
 Bauerntum 161, 164, 245
 Baumwollindustrie 171, 188
 Bayern 27, 119, 340
 Belletristik 197
 Bergbau 116, 287
 Bessarabien 292
 Bettelorden 14, 31
 Bewegungskrieg 307
 Biedermeier 203
 Binnenwanderung 194
 Brandenburg 165
 Böhmerwald 252 f., 255, 258—262, 264,
 268, 272, 274 f.
 Böhmisches Brüder 15, 62, 157, 165—167
 Bourgeoisie s. Bürgertum
 Bürgerkrieg, Amerikanischer (1861—1865)
 381
 Bürgertum 15, 41 f., 160, 164, 173—175,
 177 f., 188, 191, 194, 196 f., 200, 202—
 207, 209—211, 213—218, 245, 250,
 279 f., 284 f., 287 f., 359, 368
 Bukowina 382
 Bulgarien 333
 „Burg“ 320 f., 325—327, 329, 374

 Calvinismus 165
 Chiliasmus, taboritischer 34—42
 Christentum, Christianisierung 12f., 24, 29

 Dänemark 64, 85
 Dalmatien 23
 Dawes-Plan 338
 Deutscher Bund 236
 Deutsches Reich 53, 177, 227 f., 240 f., 290,
 292, 306, 321 f., 369
 Deutschland 21, 31, 37, 39, 50, 55, 67,
 86 f., 166 f., 174, 199, 207 f., 210, 226,
 289, 291—293, 295, 297 f., 300—304,
 306 f., 309—318, 321—330, 333—341,
 347, 353, 360, 363, 377 f., 383 f., 391,
 396 f.
 Dienstbotenordnung 246 f., 255, 263 f., 266
 Dienstbüchlein 247
 Donaumonarchie 12, 17, 155, 279
 Donaumaum, Donaustaaten 13, 322, 324 f.,
 328, 334, 344, 368
 Dreißigjähriger Krieg 38, 43, 70, 79, 161,
 171
 Drittes Reich 391, 396—400

 Egerland 46, 258, 275 f.
 Ehekonsens 247, 250
 Einfuhr, Einfuhrverbot 126—128, 131, 171
 Eisenbahn, Eisenbahnnetz 172
 Eisenkartell 322
 Emanzipation, jüdische, Emanzipationsfor-
 derung 192, 194, 197—199, 201, 207,
 213—216, 220 f.
 England 57, 64, 119 f., 134, 297, 304, 318,
 327, 365, 368, 370 Anm. 107

- Emigrationen, Emigrationsbewegungen 15—
 17, 162, 165, 167, 181, 198
 Erbfolgekrieg, Österreichischer 162
 Estland 82, 93

 Familiennamen 31 f.
 Fischerei, Fischzucht 52
 Flachsabbau 142 f.
 Frankfurter Nationalversammlung 169, 177
 Frankreich 16 f., 31, 57, 161, 164, 199, 289,
 291—297, 299, 301, 303—307, 309, 311—
 313, 315—318, 320—322, 326—331,
 334—337, 339 f., 376 f.
 Französische Revolution 33, 42, 227
 Frondienste 161, 163, 170, 245 f.
 Frühkapitalismus 172

 Galizien 190, 224, 301, 308, 382
 Gallien 12
 Gegenreformation 15
 Genfer Wirtschaftskonferenz (1927) 328,
 332
 Genua, Konferenz von (1922) 295, 297, 299
 Germanisierung 158
 Geschichtsschreibung, Geschichtswissenschaft
 11—13, 157, 159 f., 179—183
 Gesindemärkte 254
 Gesindeordnung s. Dienstbotenordnung
 Gesindetermine 250, 263 f., 268
 Getreideproduktion 116
 Gewerbe 280, 286, 351
 Gewerbeverein 196, 210
 Ghetto 191, 195, 199, 204, 207, 215 An-
 merkung 185, 217, 402
 Glaserzeugung 52, 171
 Grenzstreitigkeiten 300, 315
 Griechenland 21, 23, 333
 Großbritannien 294, 354, 377 f., 396 An-
 merkung 33, 397
 Großbürgertum 160, 164, 173, 188, 209,
 211, 214, 216, 219, 284, 288
 Großmächte 320, 324, 334, 374, 390
 Großmährisches Reich 11, 20—24
 Gutsherrschaften 245 f.

 Haager Konvention 382—385
 Hallenser Pietismus 165 f.
 Handel, Handelswesen 130—135, 137—
 147, 151 f., 171, 187—189, 194, 204, 206,
 280, 286, 322, 387
 Handelsabkommen, deutsch-französisches
 (1927) 322, 335 f.
 Handelsniederlassungen 125, 137 f., 143
 Handgeld 255, 258, 266
 Handwerk 187, 204 f.

 Heiligennamen 31
 Herrenstand 49, 55
 Hessen 62
 Hlinka-Garde 392 Anm. 21, 393
 Holland 81, 87, 90
 Holzwirtschaft 51, 393
 Hugenottentum 15 f.
 Humanismus 96, 164
 Hussitenkriege, Hussitenzeit 27, 32, 53,
 157—159, 199, 246
 Hussitentum, Hussitismus 13, 41, 158, 165

 Industrialisierung, Industrialismus 112, 171
 —173, 176, 187, 190, 203, 248, 253, 263,
 282 f., 286, 298
 Industrie, Industrieproduktion 187, 324 f.,
 332, 350, 387
 Industriebourgeoisie, tschechische 279—281
 Industriegebiete 281—283
 Investurstreit 13, 42
 Italien 23, 31, 57, 121 f., 322, 336, 391

 Jansenismus 166
 Javorina-Frage 299—301, 310 f., 313 f.
 Jesuitenorden 227
 Josefismus 191, 193 f., 221
 Judenfrage, Judentum 179—221, 386—403
 Judensteuer 189, 192
 Jugoslawien 296, 316, 322, 331, 333, 363
 Jungaktivismus 369

 Kärnten 20
 Kapitalismus 206, 343, 360, 362, 366, 388
 Karolingerreich, Karolingerzeit 13, 156
 Kellogg-Pakt 328, 330 f., 334 f.
 Klassenkampf 344, 353, 367
 Kleinbürgertum 203—207, 210 f., 215 f., 278,
 286, 352
 Kleine Entente 296, 316, 322, 331, 333,
 376, 382
 Kohlenbergbau, Kohlenlager 286
 Kommunismus 217, 340 f., 345 f., 401
 Konsumgüterindustrie 189
 Kuhländchen 250, 255, 264, 266, 268

 Laienbewegung, religiöse 14
 Landesabbau, deutscher 30 f.
 Landwirtschaft 248, 250, 280, 325, 332,
 350 f., 387, 394
 Lausitz 62, 162
 Lederindustrie 122, 152, 188
 Lehenrecht 222—225, 227
 Lehnwörter 22 f., 26, 28 f.
 Leibeigenschaft 163, 166, 246, 248
 Leinweberei 45, 171, 188

- Liberalismus 16, 196, 198, 207 Anm. 149,
 210, 213 f., 279, 346
 Litauen 291 f.
 Literatur, Literaturwissenschaft 179, 195,
 197
 Livland 81 f., 92 f.
 Locarno-Verträge 321, 327, 329—331
 Lohnforderungen 173, 258

 Mähren 20—25, 30, 94, 110—112, 119,
 123 f., 138—140, 152, 157 f., 161, 165 f.,
 172, 224, 243 f., 246, 255, 258, 266, 268,
 275, 375, 377
 Marxismus 343, 345—347, 352, 360, 362
 Materialismus 183, 207, 276, 344, 358, 362
 Matice česká 202
 Memelfrage, Memelgebiet 291 Anm. 13,
 295, 296 Anm. 37
 Merkantilismus 171
 Mietsleute 244, 247 f., 250, 253, 267, 276 f.
 Militärabkommen, polnisch-französisches
 (1921) 293
 Mischheiraten, nationale 30
 Mission, Missionsversuche 22—24
 Mittelalter 42, 56, 95, 98 f., 157, 245, 248,
 359 f.
 Mühlengewerbe 172
 Münchner Abkommen 373—379, 390, 393,
 395 f.
 Muntgewalt 247, 250, 273 f.
 Musik 17

 Napoleonische Kriege 187
 Národní výbor (Nationalausschuß) 216 f.
 Nationalbewußtsein, Nationalismus 15, 17,
 156, 159, 179, 183, 201 f., 207—211, 219,
 221
 Nationalgarden 215—217
 Nationalitätenfrage, Nationalitätsprinzip
 169, 366, 387 Anm. 5
 Nationalsozialismus 186, 340, 342—345,
 352 f., 362, 364—366, 369 f., 399 f.
 Naturalleistungen 259—261, 267, 270, 276
 Naturprodukte 113, 115—119, 149
 Naturrecht 222—224, 226, 232, 234, 237
 Neoabsolutismus 279 f., 282
 Niederlande 15, 42, 50, 55, 340
 Niederösterreich 20, 22

 Oberösterreich 20, 43, 64, 122, 124, 259
 Oberpfalz 62
 Oberschlesien 290 f., 294, 299, 306, 312
 Obstausfuhr 118
 Österreich 14, 119, 140, 155 f., 161, 166—
 172, 177, 180, 184 f., 188, 191, 197—
 199, 203, 207, 221 f., 229, 232 f., 238 f.,
 241, 258 Anm. 38, 266, 278, 297, 310,
 324—326, 331, 333 f., 337—339, 347,
 363, 371, 384, 396
 Ortsnamen 23, 26—28, 31
 Ostpreußen 291, 305 f., 382

 Pannonien 20, 22—24
 Panslawismus 177
 Papierindustrie 171, 189
 Personennamen 20 f., 23—29, 31
 Polen 81, 93, 110 f., 119, 121, 135, 142,
 146 f., 162, 289—296, 298, 300—304,
 306—318, 325, 333, 337, 363, 365, 376,
 400
 Pommern 137, 148
 Portugal 134
 Potsdamer Abkommen 378, 384
 Präferenzzollsystem 324, 328, 333, 335
 „Prager Frühling“ (1968) 11, 18
 Prager Pfingstaufstand (1848) 173
 Prager Revolution (1848/49) 212—220
 Pragmatische Sanktion 100
 Pressewesen 198
 Preußen 82, 118, 164 f., 171
 Proletariat 190, 207, 213, 362, 366
 Protestantismus 15, 157
 Publizistik 185, 192 f., 196, 198, 300

 Raab'sches System 163
 Rapallo-Vertrag 295, 297, 300
 Recht, kanonisches 223, 226, 236, 240
 öffentliches 222, 224—226
 Reformation 38 f., 42, 46, 96, 360
 Reichstag von Kremsier 164, 220
 Reichswehr 290
 Renaissance 157
 Reparationsleistungen 289, 302, 338
 Repeal-Klub 206, 213 f.
 Revolution, hussitische 33, 38 f., 41 f.
 Rheinlande 12, 289, 339
 Riga, Frieden von 294 f., 300
 Ritterstand, Rittertum 50, 55—57, 245
 Robot 162, 245
 Robotpatente 161—163
 Romantik 157, 174, 178, 201, 210
 Rufnamen 31
 Ruhraktion, Ruhrfrage 289, 295—298,
 302—304, 306 f., 309, 311, 313—315,
 318, 340
 Rumänien 292, 295, 316, 322, 331, 333,
 363, 397
 Rußland 16, 292 f., 295, 297, 300 f., 303,
 306 f., 311, 314, 316 f., s. a. Sowjetunion

- Saargebiet 340
 Sachlohn 259, 261
 Sachsen 43, 79, 110, 119 f., 130, 137, 148 f.,
 152, 162, 165, 286, 340
 Sachsenspiegel 245
 Schafzucht 120 f., 187
 Schlesien 62, 72 f., 110 f., 118—120, 130,
 134, 137, 146 f., 161 f., 165, 243 f., 246,
 255, 258, 261, 264, 266, 268, 275, 302,
 305, 340, 379
 Schlesische Kriege 110
 Schönhengst 255, 262—264, 268, 270
 Schweden 64, 81, 83, 85 f., 93, 354, 363
 Schweiz 212, 340, 354, 357, 363
 Siebenbürgen 82, 110, 115, 122 f., 137, 142,
 146
 Slawonien 110, 115
 Slowakei 11 f., 17, 20 f., 24, 111, 379, 386—
 403
 Sowjetunion 169, 290, 292, 295, 316, 321,
 357 f., 376, 378, s. a. Rußland
 Sozialdemokratie 340—371
 Sozialismus 206, 282, 340—371
 Spa, Konferenz von (1920) 298
 Spätmittelalter 15 f.
 Spanien 50, 55, 134
 Spitzenklöppelei 171
 Sprachenfrage 175
 Sprachgrenze 253, 281, 298
 Sprachinseln 250, 253 f., 255, 259 f., 262,
 264, 267 f., 272
 Staatsrecht, allgemeines 222—228, 234—240
 böhmisches 222, 227 f., 239, 245
 Städtebund, taboritischer 39—41
 Ständeherrschaft, Ständeordnung, Stände-
 staat 14, 42, 164, 246
 Statistik 233—238
 Stauferzeit 13
 Steiermark 20
 Stellungskrieg 307
 Steuerzensus 281
 Strukturwandel, gesellschaftlicher 286
 Sudetendeutsche Partei 370
 Südmähren 26, 250, 254 f., 259—261, 264,
 270
 Syrmien 110, 115, 137
- Taboritentum 33—42
 Täuferreich zu Münster (1534/35) 38
 Tagelöhner 247 f., 263
 Textilindustrie 111 f., 119—126, 148, 150,
 152—154, 171, 188, 203, 214, 281, 283
 Thrakien 23
 Tirol 171, 212, 245
 Trianon, Friedensvertrag von 322
- Tschedisierung 29, 202 Anm. 122, 288
 Tschechoslowakische Republik, Erste 181,
 345, 386 f.
 Tuchweberei 171, 189
 Türkei 119, 130—134
 Türkenabwehr, Türkenkriege 100, 155
- Ukraine 298, 384
 Umtrunk 255, 267
 Ungarn 110, 112, 115—125, 129, 131, 133 f.,
 137 f., 142, 146 f., 155, 162, 165, 278,
 292, 297 f., 316, 322, 324 f., 331, 333,
 363, 376, 386, 391, 397, 399
 Utraquismus 165
- Vereinigte Staaten von Amerika 329, 332,
 378, s. a. Amerika
 Verkehrswege 111, 116 f., 142, 146, 286
 Verlagssystem 187 f.
 Versailler Friedensvertrag 291 Anm. 13,
 293, 302, 322, 324
 Vertreibung d. Sudetendeutschen 378—385
 Verwaltungsbourgeoisie, deutsche 279 f., 283
 Vielvölkerstaat 156
 Völkerbund, Völkerbundsatzung 293, 296 f.,
 314, 321, 324, 329—331, 332 Anm. 30,
 334
 Völkerrecht 223, 226 f., 232, 236 f.
 Vogtland 46, 79
 Volksdichtung 102
 Volkssouveränität 169
 Volkssozialismus 341—346, 354, 358, 361,
 365—371
 Volkstrachten 19
 Volkszählung 281, 392 Anm. 17
 Vormärz 186—212, 233
- Wahlordnung, Wahlreform 278, 280, 284,
 287 f.
 Waiseljahre 245
 Weimarer Republik 336
 Weinbau 118
 Weißen Berg, Schlacht am 14 f., 59, 72, 77,
 81, 156, 159 f., 165
 Welschland 21 f.
 Weltkrieg, Erster 16 f., 177, 179, 242, 250,
 258 f., 263, 274, 276 f., 296—298, 305,
 307, 309, 315, 322, 344, 348, 360, 382 f.
 Zweiter 11 f., 179, 183, 375, 378 f., 383
 Wenzelsbadversammlung, Wenzelsbadaus-
 schuß 213, 215
 Westfälischer Friede 165
 Westpreußen 81, 83
 Wiener Revolution (1848) 214, 220
 Wiener Schiedsspruch (1938) 391 f.

Wirtschaft, Wirtschaftspolitik, Wirtschaftstätigkeit 186—190, 205, 210, 322, 325
Wirtschaftskrise 193, 203 f., 216, 284, 348 f., 352—354, 360, 366
Wohlfahrtsvereine 196 f.
Wollerzeugung 119—121, 172
Württemberg 62

Zensurwahlrecht 278, 280
Zisleithanien 180, 284, 288

Zölle, Zollgebühren 113, 124, 126—129, 131, 134
Zollbefreiung 47
Zollschranken 111, 332
Zollunion, europäische 336 f., 339
Zollverband (1775) 171
Zuckerindustrie 172, 188
Zuwanderung, deutsche 25
 tschechische 281 f., 285
Zwangsarbeitsdienst 246